II. Teil

WIEN

aktuell

WIEN AN DIE DONAU

Planungen und Gestaltungen im Donaubereich

„Wenn Sie Wien zu einer Weltstadt ersten Ranges machen wollen, so ist der Schlüssel hierzu die Donauregulierung!" Diese Worte des Gemeinderates Josef Schnürer, die er 1865 im Rahmen der Diskussionen über die erste Donauregulierung im Rathaus aussprach, haben auch noch heute, mehr als hundert Jahre später, Gültigkeit. Denn auch diesmal waren die Großinvestitionen der öffentlichen Hand zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Wien zum Teil unmittelbarer Anlaß, zum Teil der Anstoß für Maßnahmen, die eine volle Umstrukturierung des Donaubereiches bewirken werden. Wien war bisher eine Stadt, die nicht an, sondern neben der Donau lag. Das ging beinahe so weit, daß die Menschen, die jenseits „des Wassers" siedelten, im Bewußtsein der Stadtbewohner gar keine richtigen Wiener waren und es zum Teil bis heute nicht wurden, obwohl inzwischen rund ein Drittel der Bevölkerung Wiens in den Bezirken nördlich des Stromes wohnt.

Das nunmehr in Ausführung befindliche Hochwasserschutzprojekt bietet die Voraussetzung dafür, daß erstmals die Stadtteile nördlich und südlich der Donau nicht nur durch Brücken, sondern durch städtebauliche Maßnahmen und durch eine entsprechende Nutzung und Gestaltung des engeren Donaubereiches verbunden werden. Das Freizeit- und Kommunikationszentrum, das vor allem im Mittelteil des engeren Donaubereiches und damit im Herzen Wiens entstehen wird, wird nicht nur auch die psychische Barriere aufheben, weil dieser kontrastreiche Erlebnisbereich ein – leicht erreichbarer – Zielpunkt im Freizeitverhalten der gesamten Wiener Bevölkerung werden wird; die Neue Donau, die Insel und die Uferpromenaden – und damit die Donaulandschaft – sind auch der gestalterische Rahmen für hochwertige Nutzungen im Bereich des Handelskais, in Kaisermühlen, am linken Ufer der Alten Donau und für neue, zentrale Funktionen, wie sie vor allem in der UNO-City zum Ausdruck kommen[1]). Eine Vielzahl schwieriger Probleme war zu lösen, die in diesem Bericht schlaglichtartig zusammengestellt wurden. Das eigentliche Hochwasserschutzprojekt wurde von Senatsrat Dipl.-Ing. Minich dargestellt, die Probleme um die Reichsbrücke, um die alte und neue Floridsdorfer Brücke und die Brigittenauer Brücke beschrieb Dipl.-Ing. Suchanek. Den Abschnitt über die Anschlußstelle Nordbrücke erstellte Dipl.-Ing. Melzer, über das Wiener Abwasserbeseitigungsprojekt 1980 informierte Senatsrat Dipl.-Ing. Stich. Den Abschnitt städtebauliche Einbindung, Nutzung und Gestaltung und die Gesamtredaktion besorgte Dipl.-Ing. Domany.

Donauhochwasserschutz

Die Situation vor der Donauregulierung 1870

Neben anderen Faktoren war es der Donaustrom als Lebensader, wichtiger Verkehrsweg und Wirtschaftsträger, welcher die Menschen zur Siedlung am Strom veranlaßte. Mit der Ausdehnung der Siedlung zur Stadt und dem Wachstum derselben im Laufe der Jahrhunderte erwuchs den Menschen die Aufgabe, sich gegen den Strom, wenn er bei Hochwasser lebensbedrohend anschwoll, zu schützen. In seiner ursprünglichen Form breitete sich der Strom – nach Eintritt durch die Wiener Pforte zwischen Leopoldsberg und Bisamberg – mit vielen Armen in ein weitverzweigtes Gerinnesystem aus. Bei Hochwasser stellten die ausgedehnten Überflutungen und die sich in unberechenbarer Weise verändernden Wasserarme eine latente Gefahr für Siedlungen und Verkehrswege dar. Neben den direkten Hochwasserschäden waren es die Unterbrechungen der Verkehrs- und Versorgungswege, die den Lebensrhythmus der Stadt empfindlich störten. Darüber hinaus wurde die Siedlungsentwicklung der Leopoldstadt, der Brigittenau und der linksufrigen Donaugemeinden (Floridsdorf, Jedlersdorf, Stadlau usw.) verhindert. Dies führte dazu, daß zur Zeit der großen Stadterweiterung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein wirksamer Schutz gegen die Hochwässer der Donau geschaffen werden mußte. In den Jahren 1870 bis 1875 wurde der Donaustrom im Stadtgebiet von Wien mit dem sogenannten „Wiener Durchstich" reguliert, womit die Stadt vor Hochwässern großen Ausmaßes geschützt werden sollte.

Das Hochwasserschutzprojekt 1870

Durch die Errichtung einer Durchstichstrecke sollte die nicht zu beherrschende Verwerfungstätigkeit des ursprünglich weitverzweigten Flußsystems unterbunden werden. Darüber hinaus sollte durch Wahl eines geeigneten Regulierungsprofils die Konsumtionsfähigkeit der Flußstrecke gegenüber dem nicht regulierten Flußsystem wesentlich vergrößert werden. Die Sicherheit gegen Ausuferungen des Stromes bei Hochwasser sollten begleitende Dammsysteme übernehmen. Dieses im vorigen Jahrhundert errichtete Hochwasserschutzsystem, welches bis vor Beginn der Arbeiten zur Verbesserung des Hochwasserschutzes bestand, stellte sich in folgender Weise dar:

Die Anbindung an die Bergflanken des Leopoldsberges erfolgte rechtsufrig über den Damm der Franz Josephs-Bahn zum Wehr Nußdorf und über einen Verbindungsdamm zur Schleuse Nußdorf. Von dort führte eine Hochkante im Verlauf des Straßenzuges Wehlistraße – Engerthstraße bis zum Freudenauer Hafen. Diese Hochkante war vom Ufer rd. 270 m weit entfernt, sodaß bei Hochwasser ein breiter Streifen, in welchem sich Wohn- und Industriegebiet sowie Straße und Bahn befanden, überflutet wurde. Im Anschluß an die Hochkante verlief die Hochwasserschutzlinie über Freudenau und Donaukanalbegleitdämme bis in das Gebiet von Mannswörth.

Der linksufrige Hochwasserschutz wurde, vom Bisamberg ausgehend, über Donaugrabendamm und Nordwestbahndamm vom Hubertusdamm und Marchfeldschutz-

[1]) In der Sitzung des Gemeinderates am 29. Oktober 1979 wurde der Abschlußbericht, insbesondere das Nutzungskonzept, der Entwurf zur Flächenwidmung und der Bauzeitenplan sowie die im Abschlußbericht niedergelegten Empfehlungen des Beirates Donaubereich Wien, von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Sinne dieses Beschlusses sollen diese materiellen Ergebnisse der Beratungen des Beirates die Grundlage der weiteren Vorgangsweise für die Gestaltung des Donaubereiches sein. Die Koordinierungsstelle wird ihre Tätigkeit im Rahmen der Magistratsdirektion fortsetzen.

damm bzw. in dessen Verlauf vom Hafenumschließungsdamm Lobau übernommen.

Das Stromprofil setzte sich daher aus dem rechtsufrigen, rd. 270 m breiten Vorland von der Hochkante Wehlistraße – Engerthstraße bis zur Uferkante, der rd. 280 m breiten Stromrinne und dem rd. 450 m breiten Überschwemmungsgebiet zusammen, welches durch den Hubertus- bzw. Marchfeldschutzdamm begrenzt wurde.

Neubewertung der Bemessungswassermengen

Schon im Jahr 1899 wurden die Hochwasserschutzanlagen durch ein außerordentliches Hochwasser mit rd. 10.500 m³/s Abfluß bis an die Grenze ihrer Durchflußfähigkeit belastet. Weitere Hochwasserereignisse, bis letztlich jenes im Jahr 1954 mit einer Abflußmenge von ca. 9.600 m³/s, ließen erkennen, daß die gegebene Konsumtionsfähigkeit der Hochwasserschutzanlagen nicht ausreichend ist, um für eine Großstadt wie Wien einen entsprechenden Hochwasserschutz zu gewährleisten. Daraufhin eingeleitete umfangreiche hydrologische Untersuchungen führten zu der einhellig vertretenen Festlegung, daß dem Hochwasserschutz von Wien eine Abflußmenge von 14.000 m³/s zugrunde zu legen ist. Diese Wassermenge, „Projektshochwassermenge" genannt, entspricht jener des rekonstruierten Hochwassers aus dem Jahr 1501. Sie ist Basis aller laufenden und zukünftigen Arbeiten zur Verbesserung des Donauhochwasserschutzes von Wien und wird nach neuesten statistischen Untersuchungen nur alle 5.000 Jahre anfallen.

Notwendigkeit zur Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien

Zur Beurteilung der Notwendigkeit der Verbesserung des Donauhochwasserschutzes von Wien wurden theoretische Hochwasserabflußuntersuchungen für den weit in das Marchfeld erstreckten betroffenen Wiener Raum erstellt. Dem Rechenmodell liegt ein gleichbleibender Abfluß eines Projektshochwassers mit 14.000 m³/s Durchflußmenge zugrunde. Da die Projektshochwassermenge größer ist als innerhalb des derzeitigen Hochwasserschutzsystems abgeführt werden kann, muß es zum Überströmen der Dämme und Hochkanten kommen. Es wird dabei vorausgesetzt, daß die Dammbauten trotz Überströmung standfest bleiben. Unter all diesen Annahmen würden insgesamt 291 km² überflutet, wovon ca. 74 km² auf Wiener und 217 km² auf niederösterreichischem Gebiet liegen. Im Überflutungsgebiet auf Wiener Raum allein wären 350.000 Einwohner, 140.000 Wohnungen, 9.400 Betriebe mit 60.000 Beschäftigten, 110.000 auspendelnde Arbeitskräfte sowie 200.000 zukünftige Einwohner betroffen. Die Verkehrswege wären blockiert, E- und Gaswerke der Stadt wären überflutet und eine Grundwasserverseuchungsgefahr durch aufgeschwemmte Abfallstoffe müßte befürchtet werden. Der volkwirtschaftliche Schaden ist kaum abzuschätzen, der Ausfall des Bruttoproduktionswertes allein ist mit etwa 800–1.000 Mio. S zu beziffern.

Noch kritischer werden die Verhältnisse, wenn man den baulichen Zustand der Dämme mit in Rechnung stellt. Aufgrund durchgeführter Belastungsversuche mußte festgestellt werden, daß das linksufrige Dammsystem bei Hochwässern über 10.000 m³/s als ernstlich gefährdet anzusehen ist. Bedenkt man, daß ein 50jährliches Hochwasserereignis einem Abfluß von 9.800 m³/s entspricht, ist der unzulängliche Schutz der Bundeshauptstadt Wien wohl deutlich vor Augen geführt.

Möglichkeiten zur Verbesserung des Hochwasserschutzes

Es ist naheliegend, daß sich eine Erhöhung der Dämme als erste Lösung zur Verbesserung des bestehenden Hochwasserschutzes anbietet. Das Hochwasserschutzsystem bliebe in seinem Wesen bestehen, zur Erzielung der Konsumtionsfähigkeit müßten die Dämme um rd. 80 cm und zusätzlich um 1 m Sicherheitshöhe, insgesamt um rd. 1,80 m, erhöht werden. Und hierin besteht bereits einer der wesentlichen Nachteile gegenüber der später ausgewählten Lösung. Wie erwähnt, weisen die Dämme einen äußerst unzulänglichen Bauzustand auf. Eine höhere Belastung der Dämme durch den hohen Projektshochwasserspiegel bzw. durch die Dammaufhöhung hätte eine durchgreifende Sanierung, Dichtung und Verbreiterung der Dämme erfordert, eine Absenkung des Hochwasserspiegels wäre damit nicht erreicht worden. Ohne weiter ins Detail einzugehen, sollen noch alle jene wesentlichen Aspekte angeführt werden, die letztlich von der Erhöhung der Dämme Abstand nehmen ließen:

- Keine Absenkung des Wasserspiegels bei Hochwasserdurchgang, daher nach wie vor Grund- und Drängewasseranspannung bei Hochwasser.
- Bei Niederwasser nach wie vor Mitgehen des Grundwasserspiegels, d. h. keine günstige Beeinflussungsmöglichkeit der Alten Donau.
- Keine Vorleistungen für den linken Donausammelkanal und die Donauuferautobahn A 22.
- Keine städtebauliche Möglichkeit, das „Überschwemmungsgebiet" wertvoll zu gestalten.
- Keine technische Vorleistung für die Kraftwerksstufe Wien, hingegen Probleme für die zukünftige Stauraumgestaltung, da das Überschwemmungsgebiet je nach Staulage freiliegt oder eintaucht.

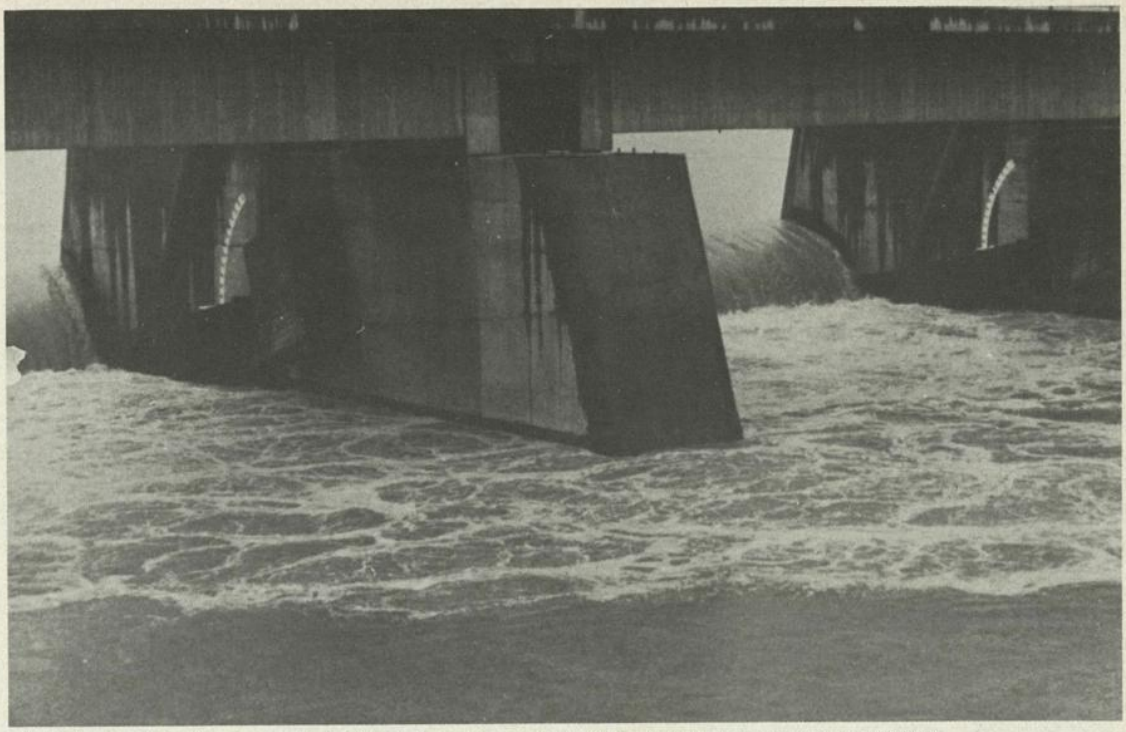
Außer durch Dammerhöhung könnte die Konsumtionsfähigkeit auch durch Vergrößerung des Durchflußquerschnittes, im gegenständlichen Fall durch teilweise flächige Abgrabung des Inundationsgebietes oder durch Verbreiterung des Strombettes in Richtung Inundationsgebiet erfolgen. Diese Lösungen bringen zwar die erwünschte Absenkung der Hochwasserspiegel mit sich, haben aber bei geringeren Wasserführungen Veränderungen des flußmorphologischen Gleichgewichtes zur Folge. Ohne die korrespondierenden Maßnahmen einer Kraftwerksstufe Wien würde der Geschiebehaushalt und auch die Schiffahrt empfindlich beeinträchtigt werden. Im übrigen haben diese Lösungen die gleichen Nachteile wie die Variante „Dammerhöhung".

Es mußte daher eine Lösungsmöglichkeit gefunden werden, die einerseits den verbesserten Hochwasserschutz durch Vergrößerung der Konsumtionsfähigkeit gewährleistet, andererseits aber das Regime des Stromes im Hinblick auf Geschiebetrieb und Normalwasserstände für die Schiffahrt unverändert läßt.

Das Hochwasserschutzprojekt der Stadt Wien

Diesen Forderungen trägt das nunmehr in Ausführung befindliche Projekt eines Hochwasserentlastungsgerinnes (Neue Donau) wie folgt Rechnung:

Bei Normalabfluß verbleibt der Strom unverändert in seinem Hauptgerinne, sodaß die natürlichen Verhältnisse nicht gestört werden. Bei Hochwasser tritt ein längs des Hubertus- und Marchfeldschutzdammes im Inundationsgebiet verlaufendes Hochwasserentlastungsgerinne (Neue Donau) in Funktion bzw. nimmt am Abfluß teil. Die Gesamtkonsumtionsfähigkeit von Donauhauptstrom und Hochwasserentlastungsgerinne ist wesentlich größer als im gegenwärtigen Zustand, sodaß bei Hochwasser eine Wasserspiegelabsenkung erzielt werden kann. Dieses Grundprinzip war ausschlaggebend dafür, daß aus wasserbaulicher Sicht der Lösung mit dem Hochwasserentlastungsgerinne der Vorzug zu geben war. Zum anderen erlaubt es auch die weitestgehende städtebauliche Gestaltungsmög-



Einlaufbauwerk in Langenzersdorf. Überströmte Segmentverschlüsse bei Hochwasser, 20. Juni 1979

Seeartige Erweiterung der Neuen Donau vor der UNO-City



lichkeit und steht am besten im Einklang mit der vorgesehenen Kraftwerksstufe Wien.

Die Neue Donau beginnt bei Langenzersdorf und reicht bis zum Hafen Lobau. Zwischen Neuer Donau und Donaustrom wurde eine, die beiden Gewässer trennende Insel geschüttet, wofür der Aushub aus der Neuen Donau verwendet wird.

Das wasserbauliche Projekt zur „Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien" wurde im Jahr 1970 von der Obersten Wasserrechtsbehörde im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wasserrechtlich bewilligt.

Die hydraulische Dimensionierung der Neuen Donau erfolgte unter der Festlegung, daß die Projektshochwassermenge (14.000 m³/s) den derzeit möglichen Hochwasserspiegel von 9 m am Pegel Nußdorf (bei etwa 11.600 m³/s) nicht übersteigen darf. Nach umfangreichen hydraulischen Berechnungen und eingehenden wasserbaulichen Modellversuchen ergab sich, daß die Neue Donau für eine Durchflußmenge von 5.200 m³/s zu bemessen ist. Zusammen mit der im Strom verbleibenden Wassermenge von 8.800 m³/s kann mit dieser Wassermengenaufteilung die gestellte Forderung des Durchflusses von 14.000 m³/s durch den Wiener Raum bei 9 m am Pegel Nußdorf (= Spiegelabsenkung um 90 cm) erfüllt werden.

Aus flußmorphologischen Gründen dürften die Durchflußverhältnisse im Hauptstrom für alle Abflüsse bis zu einer Höhe von 9 m Pegel Nußdorf gegenüber den derzeitigen Verhältnissen jedoch keine Änderung erfahren. Die Wasserführung in der Neuen Donau war deshalb regelbar zu gestalten, was durch die Anordnung des Einlaufbauwerkes am oberen Ende der Neuen Donau erzielt wird. Da die Neue Donau nur im Hochwasserfall durchströmt wird, kann sie in der übrigen Zeit als stehendes Gewässer anderen Zwecken zur Verfügung gestellt werden. (Siehe auch den Beitrag über Nutzung und Gestaltung.) Durch das Einlaufbauwerk und zweier weiterer Wehre wird sie in zwei Stauhaltungen unterteilt. Die Stauspiegel wurden möglichst der derzeitigen Mittelwasserführung angepaßt, wodurch ausgeglichene und stabilisierte Grundwasserverhältnisse landseits des Hubertus- und Marchfeldschutzdammes (Alte Donau, Lobau) erwartet werden können. Das 1. Wehr (mittleres Wehr) liegt auf Höhe des unteren Endes der Alten Donau, das 2. Wehr (unterstes Wehr) liegt im Bereich der Ausmündung der Neuen Donau in den Donaustrom.

Anlageverhältnisse der Neuen Donau und Donauinsel als Kern des Hochwasserschutzprojektes

Die Grundrißführung der Neuen Donau wird bestimmt durch die Lage innerhalb des derzeitigen Überschwemmungsgebietes, durch die aus anderen Gründen fixierten Punkte der drei Wehre und letztlich aus dem hydraulischen Erfordernis, der Dynamik des Hochwasserdurchflusses strömungstechnisch Rechnung zu tragen. In Übereinstimmung mit diesen Kriterien wurde aber auch den Forderungen der Gestaltung sehr weitgehend entsprochen. Dies findet seinen Ausdruck in der Entschärfung der an und für sich durch Hubertus- und Marchfeldschutzdamm vorgegebenen donauparallel gestreckten Linienführung durch Einschaltung von Bogenfolgen, durch die Anlage von seenartigen Erweiterungsflächen sowie durch die Gliederung der Ufer mit Buchten, Häfen usw.

In gleicher Weise ist auch die konstruktive Ausbildung des Abflußquerschnittes zu sehen. Sind es einerseits die Anforderungen an die Standsicherheit des Bauwerkes, die Sohl- und Böschungssicherung mittels Steinmaterials unabdingbar vorschreiben, so sind es andererseits die Vorstellungen über Gestaltung und Nutzung, die mit der Anlage von Grünzonen und Bepflanzungsbermen, flachen Böschungen usw. in Planung und Bau Berücksichtigung finden. Die Donauinsel zwischen Donaustrom und Neuer Donau muß bis zum Höchstabfluß und auch bei größtmöglicher Wasserspiegeldifferenz die Trennung zwischen Donaustrom und Neuer Donau gewährleisten. Die Minimalbreite war daher im Hinblick auf die unbedingte Sicherheit gegen Durchbruch festzulegen. Sie beträgt etwa 60 bis 80 m. Im Maximum kann die Insel aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine Breite bis rd. 210 m erhalten.

Das linke Ufer der Neuen Donau, in dessen Bereich derzeit der Hubertus- und Marchfeldschutzdamm den Hochwasserschutz bilden, wird durch die Abrückung der Neuen Donau so weit verbreitert (im Minimum rd. 20 bis 25 m) und damit verstärkt, daß es als breites Ufer der Ausgestaltung und Nutzung großen Spielraum gibt. In diesem Zusammenhang ist auf die Anlage des Linken Donausammelkanals zu verweisen, der als Hauptsammler für die Abwässer des gesamten linksufrigen Stadtgebietes von Wien in diese linksufrige Dammverbreiterung eingebaut werden konnte (siehe gesonderter Beitrag).

Die Dämme des Hochwasserschutzsystems

Generell bleiben die Begleitdämme, Umschließungsdämme und Rückstaudämme erhalten, so wie sie schon nach der Donauregulierung aus den Jahren 1870 bis 1875 bestanden haben. Sie werden jedoch durch die je nach Örtlichkeit mehr oder weniger stark spiegelabsenkende Wirkung der Neuen Donau günstiger belastet und nach neuesten Erkenntnissen der Bodenmechanik verfertigt bzw. erhöht und verstärkt.

Die Anbindung des Hochwasserschutzsystems gegen Nordwesten zu erfolgt an die Bergflanken des Leopoldsberges und des Bisamberges. Rechtsufrig ist der angestrebte Hochwasserschutz nahezu geschlossen durch die fertiggestellte Bundesstraße B 14, über den Bahnkörper der Franz Josephs-Bahn zum umgebauten und fertiggestellten Wehr Nußdorf, weiter über einen Verbindungsdamm zur ebenfalls umgebauten und fertiggestellten Schleuse Nußdorf sowie im Anschluß daran durch den ersten Teil des neuen Rechten Donaudammes im Bereich des Grundwasserwerkes Nußdorf und in Fortsetzung dessen durch eine Hochwasserschutzmauer im Bereich des Brigittenauer Bahnhofes bis nahezu zur Floridsdorfer Brücke. In diesem Zusammenhang sei festgestellt, daß anstelle der ursprünglichen Hochkante Wehlistraße – Engerthstraße ein Hochwasserschutzdamm, der „Rechte Donaudamm", unmittelbar am Ufer des Donaustromes errichtet werden wird. Der der ursprünglichen Hochkante vorgelagerte Uferbereich, auf dem sich wichtige Verkehrsanlagen, wie die Straße am Handelskai oder die Donauuferbahn, mit einer Vielzahl von Bahnanlagen befinden, werden schon bei relativ geringen Hochwässern überronnen. Die Vorverlegung der Hochkante in den eigentlichen Uferbereich stellt somit eine wesentliche Verbesserung dar. Darüber hinaus ist der etwa 60 m breite Uferstreifen, auf welchem nach Absiedlung der Betriebsanlagen der Dammkörper errichtet werden wird, in weitestgehender Weise gestalterisch nutzbar. Die diesbezüglichen Planungsarbeiten für den weiteren Verlauf des Dammes sind in Ausarbeitung begriffen.

Im flußabwärtigen Bereich des rechten Donauufers sind der Hafenumschließungsdamm Freudenau sowie der anschließende linksufrige Donaukanalrückstaudamm bereits fertiggestellt, wobei hier, ähnlich wie beim Linken Donausammelkanal, der Verbindungskanal vom Donaudüker zur Kläranlage und der Rechte Donausammelkanal sowie der Linke Hauptsammelkanal zweckmäßig in die Dammkörper eingebaut werden konnten.

Das rechtsufrige Dammsystem wird mit dem rechtsufrigen Donaukanalrückstaudamm, dem Hafenumschließungsdamm Albern und dem Alberner Hauptdamm seinen flußabwärtigen Abschluß finden.

Das linksufrige Dammsystem beginnt mit einem neugeplanten Verbindungsdamm vom Bisamberg zum Donaugrabendamm und findet seine Verlängerung in der in Bau befindlichen Bundesstraße Nr. 3, die den Hochwasserschutz bis zum Anschluß an die linksufrige Dammverstärkung der Neuen Donau beim Einlaufbauwerk übernimmt. Das flußabwärtige Ende der linksufrigen Dammverstärkung der Neuen Donau wird vom Hafenumschließungsdamm Lobau fortgesetzt, der in den Marchfeldschutzdamm übergeht, welcher sein flußabwärtiges Ende im Rahmen des Hochwasserschutzes für Wien beim Schönauer Schlitz findet.

Bauvorgang und Baudurchführung

Um während des Zeitraumes der Bauausführung eine Beeinträchtigung der Hochwassersicherheit hintanzuhalten, war den Bauabläufen aus hydraulischer Sicht ein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden. Für alle maßgebenden Bauzustände wurden gesonderte hydraulische Berechnungen durchgeführt. Während der Baudurchführung durfte keine Verschlechterung der derzeitigen Hochwassersicherheit eintreten, mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten sollte eine sukzessive Verbesserung der Sicherheit gegen Hochwasser erreicht werden. Unter diesem Gesichtspunkt wurde daher ein grundsätzlicher Bauvorgang festgelegt und im Jahr 1972 mit den Bauarbeiten an der Neuen Donau und der Donauinsel begonnen.

Die ersten Baumaßnahmen erfolgten im Bereich der Steinspornbrücke mit der Errichtung eines Sicherungsbauwerkes in Form eines befestigten Absturzbauwerkes und eines den Inselbau schützenden Spornes. Im Schutz dieser Sicherungsbauwerke wurde die Neue Donau und die Donauinsel in flußabwärtiger Richtung gebaut, sodaß heute eine Strecke von rd. 4 km fertiggestellt ist. Da von vornherein geplant war, die Bauarbeiten gleichzeitig an zwei Stellen ablaufen zu lassen, konnte nach Errichtung des Einlaufbauwerkes bei Langenzersdorf ein zweites Baulos für Neue Donau und Donauinsel in Angriff genommen werden. In diesem Baulos stehen die Bauarbeiten etwa im Bereich zwischen Nordbrücke und Floridsdorfer Brücke.

Gleichzeitig baute man von der Überfuhrstraße (Schwarzlackenau) bis zum Absturzbauwerk (Am Steinsporn) den Linken Donausammelkanal in die Trasse der späteren Dammverstärkung ein. Der Kanal ist bereits in Funktion, sodaß die Arbeiten an der linksufrigen Dammverstärkung ausgeführt werden können.

Der Bau des Einlaufbauwerkes bei Langenzersdorf ist abgeschlossen und übernimmt in Hochwasserfällen bereits eine gesteuerte Beaufschlagung des oberen Teilstückes der Neuen Donau. Das Wehr 1 ist ebenfalls fertiggestellt, mit Beginn der Arbeiten für die Neue Donau flußabwärts des 1. Wehres wird es in gleicher Weise wie das Einlaufbauwerk den Schutz der Bauarbeiten übernehmen. Das Wehr 2 befindet sich derzeit im Planungsstadium.

Die Bauausführung der Dammbauwerke ist vielfach von Gesichtspunkten bestimmt, die keine Aneinanderreihung ermöglichen. Teils sind es Verkehrsbauwerke (z. B. Bundesstraße Nr. 3), teils Kanalbauten (Kanäle im Hafenumschließungsdamm Freudenau oder im Donaukanalrückstaudamm), die andere Kriterien für den Bauzeitpunkt vorgeben. Aus der Sicht des Hochwasserschutzes wird jedenfalls ein kontinuierliches Schließen des Dammsystems angestrebt.

Folgemaßnahmen

Das Bauvorhaben zur Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien hat eine Reihe von Folgemaßnahmen ausgelöst und bildet für die Planung anderer Bauvorhaben eine Vorgabe.

Von größerer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Errichtung des Linken Donausammelkanals. Weiters ergibt sich die Möglichkeit, auf der Donauinsel Grundwasserfassungsgebiete errichten zu können. Diesbezügliche Untersuchungen und Probeentnahmen wurden bereits durchgeführt (siehe gesonderter Beitrag).

Positive Aspekte werden sich ferner bei der Errichtung der geplanten Kraftwerksstufe Wien ergeben, wenn die Vorteile der Neuen Donau im Bauzustand der Staustufe als Hochwasserentlastung und im Endzustand der Staustufe als Grundwasserregulator zur Wirkung kommen.

Letztlich erwies es sich im Zuge der Autobahnplanungen (A 22) landseits des linken Ufers der Neuen Donau als überaus vorteilhaft, daß die derzeit bestehende Hochwasserschutzlinie des Hubertus- bzw. Marchfeldschutzdammes in Richtung Donau verschoben werden konnte, was ohne die konsumtionsvergrößernde Wirkung der Neuen Donau nicht möglich gewesen wäre.

Dämme:

rechtes Ufer

1. Kahlenbergerdorf-Schleuse Nußdorf+)	2,0 km
2. Rechter Donaudamm	13,0 km
3. Hafenumschließungsdamm Freudenau	1,3 km
4. Rechter Donaukanalrückstaudamm+)	7,9 km
5. Linker Donaukanalrückstaudamm+)	6,9 km
6. Hafenumschließungsdamm Albern	2,3 km
7. Alberner Hauptdamm	4,1 km
8. Alberner Leitdamm	2,4 km
	39,9 km

+) Beinhaltend Straßen-, Autobahndämme und Bahnkörper, die den Hochwasserschutz übernehmen werden.

linkes Ufer

1. Donaugrabendamm	1,4 km
2. Hafenumschließungsdamm Lobau	3,3 km
3. Marchfeldschutzdamm bis Schönauer Schlitz	8,1 km
4. Überströmstrecke (Stopfenreuth)	2,3 km
5. Witzelsdorfer Rückstaudamm	5,2 km
	20,3 km

Um das Bauziel und eine sichere Hochwasserabfuhr von 14.000 m³/s zu gewährleisten, sind auf den Baustellen des Donauhochwasserschutzes Wien rund 60 Ingenieure und Techniker sowie 300 Arbeiter im direkten Einsatz, darüber hinaus sind viele Arbeitskräfte vor allem für Stahlwasserbauarbeiten in Werkstätten tätig.

Der zum Einsatz gelangende Maschinenpark umfaßt eine Leistungskapazität von 22.000 kW (90.000 PS). Der Maschinenpark setzt sich zum Teil aus dem speziell für den Hochwasserschutz entwickelten Eimerkettenbagger (700 m³ Leistung pro Stunde) sowie Hydraulik- und Seilbagger, Laderaupen und anderes Gerät zusammen.

Der Materialtransport im Baustellenbereich erfolgt durch 30 Großraumkipper, wobei jeder 18–20 m³ (35 t) Ladung faßt.

Für den Steineinbau der Sohl- und Böschungssicherung sind zwei mit vollgeladenen Lkw-Zügen befahrbare Pontonbrücken im Einsatz.

Für die Herstellung der Wehranlagen und der Brückenunterfangungen finden weitere Spezialgeräte wie Bohrpfahlgeräte sowie Geräte für Schmal- und Dichtwandherstellung Verwendung.

Technische Daten und Baubetrieb

Um die Durchführung der Baumaßnahmen am Donauhochwasserschutz Wien zu veranschaulichen, werden die technischen Daten in einer Übersichtstabelle dargestellt.

Projektshochwassermenge PHW	14.000 m³/s
Aufteilung:	
Strom	8.800 m³/s
Entlastungsgerinne	5.200 m³/s
Länge des Entlastungsgerinnes	21,1 km
Wasserfläche des Entlastungsgerinnes	330 ha
Hochwasserfreie Flächen bzw. Flächen der Insel	295 ha
Breite des Entlastungsgerinnes	200 m
Breite der Insel	von 70 m bis 210 m
Sohlgefälle der Donau und des Entlastungsgerinnes	0,46% (46 cm auf 1 km)
Wassertiefe im Entlastungsgerinne bei PHW	11,5 m
Wassertiefe im Entlastungsgerinne zwischen Einlaufbauwerk und 1. Wehr (hochwasserfreie Zeit)	1,60–6,30 m
zwischen 1. Wehr und 2. Wehr (hochwasserfreie Zeit)	2,30–6,00 m

Baudaten Entlastungsgerinne:	
Aushubmaterial	
Auftrag	18,4 Mio m³
Abtrag	24,3 Mio m³
Humus	1,1 Mio m³
Steine zur Sohlsicherung Ø 15/30	1,4 Mio t
Steine zur Böschungssicherung	0,3 Mio t
Betongrassteine	335.000 m²
Treppelwege	43 km

Objekte:

1. Wehr Nußdorf	2 Segmentverschlüsse á 30 m	
2. Einlaufbauwerk		Ruhewasserspiegel
	5 Wehrfelder á 24 m	
3. 1. Wehr	5 Wehrfelder á 24 m	157,65 m
4. 2. Wehr	5 Wehrfelder á 24 m	153,60 m

Städtebauliche Einbindung des Hochwasserschutzprojektes

Erste Wettbewerbsstufe

Im Anschluß an den vom Gemeinderat am 12. September 1969 getroffenen Grundsatzbeschluß, den Hochwasserschutz für Wien durch die Errichtung eines Hochwasserentlastungsgerinnes („Neue Donau") und der Donauinsel herzustellen, schien es zur Optimierung des eigentlichen Hochwasserschutzprojektes – der wasserbaulichen Planung – erforderlich, die Einbindung dieses Projektes in den gesamten Donaubereich sicherzustellen; insbesondere die städtebaulichen Auswirkungen und Konsequenzen auf die gesamte Stadt mußten analysiert und Nutzungs- und Gestaltungsüberlegungen für Donauinsel, Neue Donau und die beiden Ufer ausgearbeitet werden. Die Stadt Wien und die Republik Österreich als gemeinsame Eigentümer faßten daher nach Vorarbeiten durch die Planungsdienststellen 1972 den Beschluß, einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Donaubereich auszuschreiben, der die Erlangung einer Vielfalt von Vorschlägen zur Einfügung der Maßnahmen im engeren Donaubereich in die gesamtstädtische Entwicklung des Wiener Raumes zum Ziel hatte.

Das Wettbewerbsgebiet (rund 1/5 des gesamten Stadtgebietes) umfaßte eine ca. 60 km² große Fläche entlang des Stromes zwischen Langenzersdorf und Albern, bedeutende Teile der Stadt an beiden Donauufern sowie die 21 km lange Donauinsel, die den Kern des gesamten Wettbewerbes bildet.

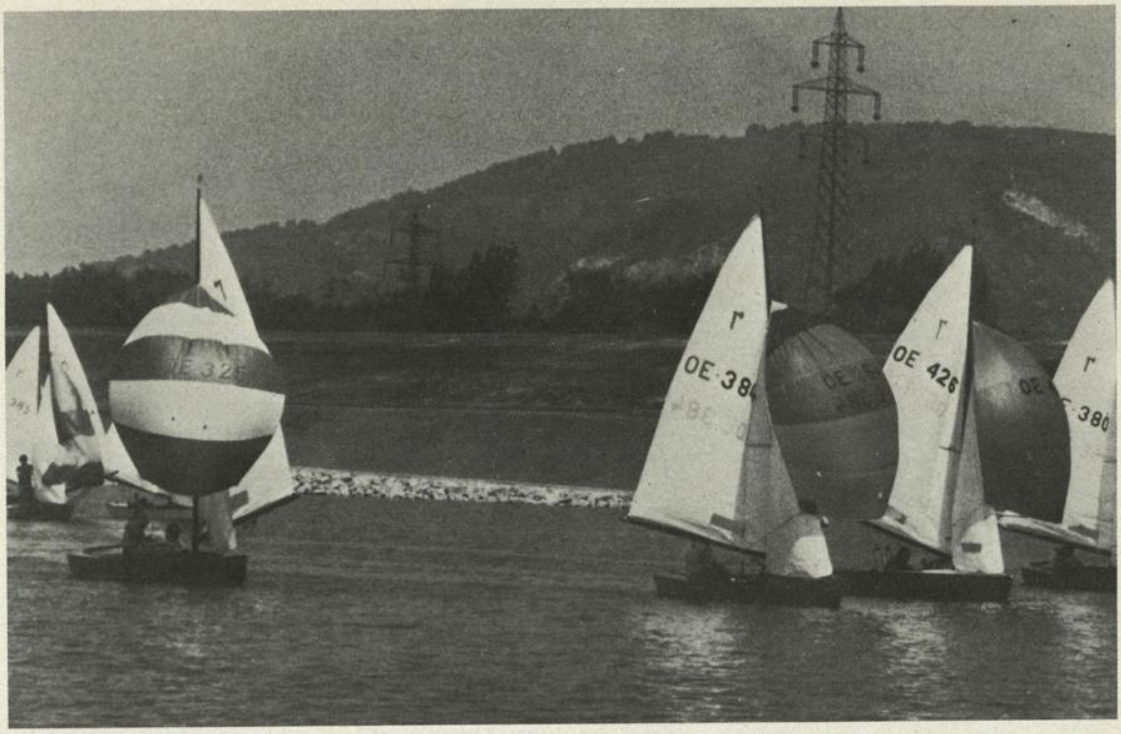
Im Hinblick auf die komplexe Aufgabenstellung wurde der Wettbewerb in zwei Stufen abgewickelt. Ziel der ersten Wettbewerbsstufe war es, verschiedene städtebauliche Konzepte für die Entwicklung des Donaubereiches und seine Einbindung in die gesamte Stadtstruktur zu erlangen. In der zweiten Wettbewerbsstufe sollten die erlangten städtebaulichen Konzepte konkretisiert und Gestaltungsvorschläge für die Donauinsel ausgearbeitet werden.

Aufgrund der zweistufigen Abwicklungen des Ideenwettbewerbes sollte ein Maximum an Ideenvielfalt ausgeschöpft werden. Deshalb war der Wettbewerb nicht auf den Bereich des Hochwasserschutzprojektes allein beschränkt, sondern es war wesentliche Aufgabe des Wettbewerbes, die Einbindung dieses Projektes in die gesamte Stadtstruktur zu bearbeiten; auch war das vorliegende technische Hochwasserschutzprojekt nicht als absolut bindend vorgegeben, sondern es wurden die technischen Bedingungen als Begrenzung des Vorschlagspielraumes formuliert.

Empfehlungen der ersten Wettbewerbsstufe

Die in der ersten Wettbewerbsstufe eingereichten 44 Projekte veranlaßten die Jury zu folgenden materiellen Empfehlungen:

- Zum Hochwasserschutz haben die Wettbewerbsarbeiten keine wesentlichen Vorschläge erbracht, die als prinzipielle Alternativen zum Projekt der Stadt Wien – im ganzen genommen – größere Vorteile aufweisen und die Nachteile vermeiden würden. Allerdings sollten die Variationsmöglichkeiten in der Führung der Achse des Entlastungsgerinnes („Neue Donau"), die Gestaltung der Uferstreifen und der Inseloberfläche bzw. der Hochwasserschutzdämme voll ausgenützt werden.
- Die ökologischen und landschaftlichen Probleme, die durch den Einfluß der Donauregulierung vor hundert Jahren und durch die Maßnahmen im Zuge des nunmehr vorliegenden Hochwasserschutzprojektes in der Donaulandschaft entstanden sind bzw. entstehen und das vorhandene Gleichgewicht empfindlich stören, müssen eine besondere Beachtung erfahren. Insbesondere ist nicht nur ein weiteres Absinken des Grundwasserstandes unbedingt zu verhindern, sondern eine Sanierung durch eine Hebung des Grundwasserspiegels zu erreichen. Die wertvollen Elemente der charakteristischen Stromlandschaft (Tier- und Pflanzenwelt, Morphologie und Gestaltqualität) sollten so weit wie möglich erhalten und bei der Gestaltung der Neuen Donau, der Ufer und der Insel berücksichtigt und verwendet werden.
- Insel, Strom und Neue Donau samt den jeweiligen außenliegenden Ufern sind als Einheit zu betrachten.
- Bei der zukünftigen Entwicklung muß der Maßstab der Landschaft und die Erhaltung ihrer wertvollen Elemente Vorrang haben. Jede bauliche Nutzung, insbesondere auf der neuen Donauinsel, sollte deswegen nach Ausmaß und Maßstab zurückhaltend sein.
- Zwei grundsätzlich unterschiedliche prinzipielle Nutzungs- und Entwicklungsdispositionen sollten weiter untersucht werden:



Segelregattastrecke

„Toter Grund"



1. Der Ausbau von ein, zwei oder drei auch baulich entwickelten Verbindungsachsen im Zuge der Massenverkehrsmittel in Richtung Kagran, Floridsdorf und Stadlau mit einer erheblichen baulichen Entwicklung im Kleingartengebiet entlang der Alten Donau.
2. Eine Konzeption, in der der engere Donaubereich (Donaustrom, Insel und Neue Donau, Alte Donau und Donaupark) als zentraler Grünraum erhalten bleibt. Die „Stadtkante" entlang dem Handelskai sollte betont werden und eine relativ eigenständige Entwicklung der Stadtteile am linken Ufer der Alten Donau mit einer „Stadtkante" linksufrig der vorhandenen Altwässer (Alte Donau, Mühlwasser) gefördert werden.

- Die Donauinsel selbst sollte in ganz überwiegendem Maß für Erholungszwecke genutzt werden; eine Bebauung muß sehr zurückhaltend behandelt werden und dürfte in erster Linie nur diesem Hauptzweck dienen. Jedenfalls ist das obere und untere Drittel der Donauinsel von jeder Bebauung auszuschließen und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen anthropogen gestalteten Sport- und Erholungsflächen und Flächen, die sich aufgrund natürlicher Strukturen und Gesetzmäßigkeiten weitgehend selbst regulieren und regenerieren, anzustreben.
- Der Mittelbereich der Donauinsel und Neuen Donau hat eine entscheidende Schlüsselrolle für die Entwicklung des Donaubereiches als wesentliches Verbindungsglied in der Hauptachse Innenstadt – Kagran. Die Führung der Neuen Donau, die Art und das Maß der Nutzung ist hier besonders sorgfältig zu untersuchen. Die Entwicklungen am Handelskai, die zukünftige Nutzung des Nordbahnhofgeländes, des Messegeländes und der Kleingartengebiete am linken Ufer der Donau und der Alten Donau sind im Hinblick auf ihre besonders wichtige Aufgabe im Zuge dieser Hauptachse zu überprüfen und zu untersuchen.
- Die gute Zugänglichkeit der Erholungsräume – besonders auch von den öffentlichen Verkehrsmitteln aus – muß garantiert werden. Erholungsflächen in der Nähe der Haltepunkte und alle Uferzonen dürfen keiner exklusiven Nutzung zugeführt werden, sondern müssen allgemein zugänglich sein. Es ist dafür zu sorgen, daß die Erholungsanlagen der Insel durch entsprechend gute Zugangswege benutzt werden können. Die Zugängigkeit dieser Erholungsflächen könnte durch einen Motorbootfährdienst längs und quer der Insel und durch Fußgeherbrücken über die Neue Donau verbessert werden.
- Das Hauptstraßennetz und die im Planungskonzept der Stadt Wien vorgesehene Führung der S- und U-Bahn wurden im Prinzip bestätigt, die Trassenführung – insbesondere für die Donauuferautobahn – sollte im einzelnen noch sorgfältig untersucht werden.
- Ein Baulandbedarf, der eine Bebauung im Projektsgebiet erzwingen würde, besteht nicht.
- Eine Wohnbebauung auf der Donauinsel ist zurückhaltend zu beurteilen, weil die mikroklimatischen Bedingungen nicht optimal sind und weil der für eine sinnvolle Wohngebietsentwicklung erforderliche Umfang sich nicht mit dem Hauptzweck des Erholungsgebietes vereinbaren läßt.

Darüber hinaus hat die Jury im Hinblick auf den Umfang der zu lösenden Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Baufortschritt laufend notwendigen Entscheidungen, die Bedeutung des Donaubereiches für die gesamte Entwicklung der Stadt Wien sowie die damit verbundenen Investitionen und Maßnahmen vor allem der öffentlichen Hand organisatorische Vorschläge und Empfehlungen ausgearbeitet.

Insbesondere sollte in der zweiten Wettbewerbsstufe ein Begutachtungsverfahren in Kooperation mit den Preisträgern der ersten Wettbewerbsstufe unter Beteiligung der betroffenen Projektanten und Dienststellen durchgeführt und eine eigene Planungsorganisation geschaffen werden.

Zweite Wettbewerbsstufe – Organisation

Dementsprechend wurden für die zweite Wettbewerbsstufe die Jury, die Projektleitstelle, das Planungsteam und allenfalls zuzuziehende Experten zu einer projektorientierten Arbeitseinheit zusammengefaßt, die von 1974 bis 1977 tätig war. Sie konnte im März 1977 mit der Erstellung des „Leitprojektes Donaubereich Wien" und Empfehlungen über die weitere Organisation der Ausführungsplanung ihre Tätigkeit beenden.

In der 34. Sitzung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission am 23. Juni 1977 wurde dieser Abschlußbericht der Jury zustimmend zur Kenntnis genommen; darüber hinaus empfahl die Kommission, für die weiteren Durchführungsmaßnahmen im Donaubereich in der Geschäftsgruppe Stadtplanung eine Koordinationsstelle einzurichten und als beratendes Organ einen Beirat zu bestellen.

Nachfolgeorganisation: Beirat Donaubereich Wien und Koordinationsstelle

Die Koordinationsstelle Donaubereich sollte ein koordiniertes Vorgehen der beteiligten städtischen Dienststellen ohne Veränderung der bestehenden Verwaltungsstruktur gewährleisten und die Unterlagen für die Abstimmung der Interessen aller vom Geschehen und den Entwicklungen im Donaubereich Betroffenen durch den Beirat schaffen.

Aufgabe des Beirates sollte sein, den Donaubereich betreffende Vorschläge, Empfehlungen und Anregungen zu erarbeiten. Deshalb gehörten neben Gemeinderäten, die von den im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien nominiert wurden, auch die Bezirksvorsteher der Bezirke des Donaubereiches dem Beirat an. Weitere Beiratsmitglieder waren Vertreter des Bundes, des Landes Niederösterreich, der Arbeiterkammer, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Vertreter der preisgekrönten Architektenteams des Wettbewerbes und sonstige Interessengruppen.

Der Beirat und die Koordinationsstelle nahmen ihre Arbeiten im Oktober 1977 auf. Die große Zahl der an diesem Planungsprozeß Beteiligten und das Aufeinanderprallen verschiedenster, schon in ihrer Zielrichtung widerstrebender Interessen und unterschiedlicher Zielsetzungen im Donaubereich erschwerte einerseits die Beratung, stellte andererseits aber geradezu ein Paradebeispiel einer „offenen Planung" dar – nicht zuletzt hatte auch die Bevölkerung im Rahmen der Ausstellung „Wien an die Donau", die innerhalb von vier Monaten fast 10.000 Besucher verzeichnete, die Gelegenheit zur aktiven Mitwirkung und Mitentscheidung durch Stellungnahmen auf den aufgelegten Fragebögen und durch Betreuung durch fachkundiges Personal.

Die Bereitschaft aller Beteiligter, an diesem Planungsprozeß mitzuwirken, ermöglichte, die Aufgabenstellung von Beirat und Koordinationsstelle im September 1979 im wesentlichen zu erledigen. Neben der Erstellung eines Bauzeit-, Kosten- und Ablaufplanes, der Ausarbeitung eines Entwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den engeren Donaubereich, der Zusammenstellung von Sofortmaßnahmen für bereits fertiggestellte Bereiche der Neuen Donau und Donauinsel, der Bearbeitung von rechtlichen Angelegenheiten usw. war es eine der zentralen Aufgaben des Beirates und der Koordinationsstelle, im Zuge der Ausführungsplanung die Zielsetzungen

des „Leitprojektes Donaubereich Wien" zu verwirklichen. Dazu mußte eine Abstimmung zwischen den einzelnen Interessen der verschiedenen Geschäftsgruppen und Dienststellen des Magistrats, der Bezirksvertretungen, der verschiedenen Interessensgruppen, der Interessen des Miteigentümers Bund und Land Niederösterreich erfolgen – und nicht zuletzt die technischen Erfordernisse des Hochwasserschutzes und der übrigen Großbauvorhaben im Donaubereich (insbesondere Brückenneubauten, Donauuferautobahn A 22, Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien usw.) berücksichtigt werden. Das Ergebnis dieses Planungsprozesses ist das „Nutzungskonzept für den engeren Donaubereich", in dem das Konzept für die Gestaltung des engeren Donaubereiches, die vorgeschlagenen Nutzungen und die für wichtig erachteten Maßnahmen als Grundlage für die Entscheidung der zuständigen Körperschaften dargestellt sind.

Gesamtstädtische Ansprüche an den Donauraum

Die in diesem Konzept dargestellten Zielsetzungen hinsichtlich der Gestaltung und Nutzung des engeren Donaubereiches müssen im Hinblick auf die räumliche, strukturelle und inhaltliche Verflechtung des Donauraumes mit der Gesamtstadt verstanden werden.

Der Donauraum besitzt trotz der seinerzeitigen Donauregulierung noch wesentliche naturräumliche Gegebenheiten, die aus ökologischen, stadtklimatischen und stadtgestalterischen Gründen, wegen der Trinkwassergewinnung und im Sinne eines umfassenden Freiraumkonzeptes für die Gesamtstadt ergänzt und gestärkt werden sollen. Gleichzeitig stehen diese naturräumlichen Merkmale und Eigenschaften in einem Spannungsverhältnis zu den Eigenschaften des Donaubereiches als Kultur- und Erholungslandschaft.

Der Donaubereich unterliegt im Hinblick auf seine unmittelbare Nähe zu den dichtbebauten Kerngebieten Wiens und als Verbindungselement zwischen den Stadtteilen rechts und links der Donau massiven Entwicklungskräften einer urbanen Nutzung – sowohl in bezug auf die Erholung wie auch in bezug auf eine Bebauung –, die einen ausschließlich naturnahen Ausbau als nicht zweckmäßig erscheinen lassen. In diesem Sinne ist die Umgestaltung des „Stadtumlandes" Inundationsgebiet zu einer Freizeitlandschaft grundsätzlich zu begrüßen, und die Bewältigung des Spannungsverhältnisses „naturnah – urban" war eine der schwierigsten Fragen sowohl im Hinblick auf die Gestaltung dieses Raumes als auch im Hinblick auf die Funktionen und Nutzungen, die hier angesetzt werden.

Die Einschätzung der Ansprüche an den Donauraum sind ebenso nur aus der gesamtstädtischen Situation abgeleitet:

- Es war der „totale" Hochwasserschutz für Wien mit 14.000 m³/s Abflußmenge sicherzustellen.
- Die in der Folge der Donauregulierung vor hundert Jahren eingetretene Grundwasserabsenkung sollte rückgängig gemacht, der Wasserspiegel der Alten Donau in erhöhter Lage stabilisiert werden.
- Die Ansprüche der Schiffahrt mußten berücksichtigt werden.
- Die Errichtung der Kraftwerksstufe Wien war zu beachten.
- Der 11 km lange linke Donausammelkanal mußte untergebracht werden.
- Die Donauuferautobahn A 22 mußte landschaftlich eingebunden werden.
- Für die Grundwassergewinnung waren günstige Verhältnisse zu schaffen.
- Für die Dotierung der Altwässer (Mühlwasser, Altarme in der Lobau) waren Vorkehrungen zu treffen.
- Auf Großbauprojekte (insbesondere Neubau der Donaubrücken, Amtssitz internationaler Organisationen usw.) war hinsichtlich ihrer Anforderungen und Auswirkungen Bedacht zu nehmen.
- Die Bevölkerung setzt steigende Ansprüche an das Wohnumfeld in bezug auf Ruhe, Freiflächen und Möglichkeiten für eigene Freizeitaktivitäten.
- Als Folge der verkürzten Arbeitszeit und des wachsenden Lebensstandards ist ein zunehmender Bedarf an Flächen und Einrichtungen für die Naherholung gegeben.
- Der Donaubereich weist aufgrund der vielen längs- und querlaufenden Verteilerschienen für den öffentlichen und individuellen Verkehr eine besonders gute Erreichbarkeit auf (Lagegunst).
- Die Stadt- und Landschaftsgestaltung des Donaubereiches ist geprägt durch die Weite und Großzügigkeit der Stromlandschaft (größtmaßstäbliche Wasser- und Landflächen, Übersichtlichkeit, weiter Horizont usw.) und vor allem im Kontakt zur bebauten Stadt von besonderem Erlebniswert.
- Es konnten keine über die bereits angeführten Funktionen hinausgehenden Nutzungsansprüche ermittelt werden, die nur im Donaubereich unterzubringen wären.

Prioritäten für die Nutzung und Gestaltung im engeren Donaubereich

Unter Berücksichtigung dieser Ansprüche ergaben sich im Zuge der Beratungen der Jury folgende Prioritäten für die Nutzung und Gestaltung des Donaubereiches:

- Der Charakter einer Fluß- und Aulandschaft soll im Donaubereich als für das ganze Stadtgebiet und den gesamten Wiener Raum entscheidender Faktor in vollem Umfang des Bestandes erhalten und betont werden. Dabei soll die Polarität Wienerwald – Aulandschaft zur Geltung kommen und der Kontrast zwischen dem zentralen Landschafts- und Erholungsraum und der angrenzenden dichten städtischen Bebauung betont werden.
- Abschließende Bebauungsfronten der Stadtteile im Donaubereich sollen einerseits am rechten Ufer des Donaustromes entlang der bestehenden Stadtkante (Handelskai), andererseits außerhalb der aktivierbaren Altwässer am linken Donauufer (Alte Donau, Mühlwasser) liegen. Innerhalb dieses Raumes soll die Bebauung im wesentlichen auf die bereits bebauten Bereiche beschränkt bleiben.
- Die ökologischen Zusammenhänge sollen bei Maßnahmen und Veränderungen im Donaubereich besonders berücksichtigt werden, um den Naturhaushalt als Grundlage der Funktionen im Donaubereich zu verbessern.
- Die vom Stadtzentrum über die Donau, UNO-City, Kagran und weiter bis zur Großfeldsiedlung führende Achse verbindet die bedeutendsten Entwicklungsräume des Donaubereiches. Diese Achse ist sowohl in der Gestaltung als auch in der Vordringlichkeit der Maßnahmen besonders zu beachten.
- Um den mittleren Teil des engeren Donaubereiches zusätzlich mit den Gebieten rechts und links der Donau zu verbinden, die Gliederung des Bereiches Nordbahnhof – Donau – Kagran – Floridsdorf zu stärken und ausreichende Freiflächen nahe an den Wohngebieten zu schaffen, bedarf es der Ergänzung der Freiflächen durch ein Freiflächenband, das sich vom Nordbahnhof über die Donau zum Donaupark, über die Alte Donau und zwischen Kagran und Floridsdorf bis zur offenen Landschaft erstreckt.
- Das übergeordnete Grünraumsystem des Stadtgebietes links der Donau soll aus der zentralen Fluß- und

Aulandschaft (Auraum), einem geschlossenen äußeren Grüngürtel, den radial zwischen diesen verlaufenden Grünkeilen und weiteren übergeordneten Grünverbindungen bestehen.

- Im zentralen Auraum kommt der Erholungs- und Freizeitnutzung sowie der Bewahrung eines funktionsfähigen Naturhaushaltes die Priorität gegenüber allen anderen Funktionen zu. Ein großräumiges Erholungsgebiet soll hier geschaffen werden. Innerhalb des zentralen Auraumes sollen darüber hinaus nur aus überregionalen und nationalen Gründen erforderliche Funktionen Platz finden.
- Die Höhenentwicklung der Bebauung im Donaubereich sollte nur begrenzt vom gleichmäßig nach außen abgestuften Höhenaufbau des Wiener Stadtkörpers abweichen, wobei die angestrebte Gesamtstruktur vorsichtig und maßvoll betont werden sollte.
- Für den Weiterbestand der Lobau und für eine bessere Wasserqualität an der Alten Donau sowie in den Altwässern sollen die ökologischen Voraussetzungen geschaffen werden (Dotation).
- Die Zugänglichkeit der Uferzonen der Donau, der Neuen Donau, der Alten Donau und der Altarme soll durch die Anordnung von Grünverbindungen, Fußwegen, Sekundärbrücken und Fähren sowie durch die Freihaltung und Ausgestaltung der Uferstreifen entsprechend den Erfordernissen verbessert werden.
- Die Attraktivität der Bebauung entlang der Stadtkante am rechten Donauufer soll entsprechend der städtebaulichen und funktionellen Bedeutung wesentlich erhöht werden.
- Die absehbaren Veränderungen der Nutzungen in den Stadtteilen rechts der Donau (Handelskai) sollen zur Verbesserung der Struktur dieser Gebiete herangezogen werden: die trennende Wirkung der Bahnanlagen soll durch Reduzierung und Schaffung von Übergängen vermindert werden; das Nordbahnhofgelände soll langfristig für eine intensive städtische Nutzung einschließlich der Errichtung von Grünanlagen Verwendung finden.
- Strom, Insel und Neue Donau samt den außenliegenden Ufern sind als Einheit zu betrachten. Die Landschaftsgestaltung soll im Nordteil und im Südteil weitgehend naturnah, im zentralen Bereich des Mittelteiles eindeutig städtisch geprägt sein.
- Im engeren Donaubereich sollen die Nutzungen auf jene beschränkt bleiben, die nicht günstiger oder ohne wesentlichen Mehraufwand in anderen Teilen des Stadtgebietes geeignete Standorte finden.
  Daraus ergibt sich unter anderem:
  keine Verbauung der Donauinsel;
  nur beschränkte Flächen für den organisierten Sport;
  besondere und bis ins einzelne überlegte Gestaltung der Ufer und der Insel;
  sorgfältig abgestimmte Erschließung;
  volle Ausnützung der Chance, welche die Wasserfläche der Neuen Donau bietet.
- In der Großform der Neuen Donau, der Ufer und der Insel sollen an wesentlichen markanten Punkten einmalige großformige Gestaltungsmerkmale eingesetzt werden (Überschwemmungszonen, Wasserflächenausweitung, Höhenentwicklung).
- Die Landschaftsgestaltung soll Bezüge zur weiteren Donaulandschaft herstellen; die für diese typischen Gestaltungsmerkmale sollen in reicher Variation verwendet werden.
- Der gesamte Mittelteil muß so deutlich aufgewertet werden, daß er seiner internationalen Funktion (UNO-City) und seiner regionalen Bedeutung entsprechen kann. Diesem Ziel soll unter anderem eine seeartige Erweiterung der Neuen Donau vor der UNO-City, die Ausgestaltung des Vorlandes vor Kaisermühlen sowie eine städtische Ufergestaltung im Bereich von Brückenköpfen dienen.
- Zur Bindung Wiens an die Donau und zur Verbindung der Gebiete beiderseits der Donau sollen unter anderem folgende Gestaltungselemente beitragen:
  Ausweitung der Neuen Donau oberhalb der Reichsbrücke (UNO-See);
  Fortsetzung der Verschwenkung der Neuen Donau unterhalb der Reichsbrücke und vor Kaisermühlen;
  Verbindung vom Donaupark zum linken Ufer der Neuen Donau mit einer breiten Fußgängerbrücke über die A 22;
  sorgfältige, abwechslungsreiche und deutlich erkennbare Formung der Ufer, der kleineren Bootshäfen, der Badebuchten sowie der verschmälerten Insel;
  durch Ufermauern betonte Brückenköpfe der Reichsbrücke;
  zusätzliche Verbindung der beiden Ufer der Neuen Donau mit einer U-Bahn-Haltestelle;
  besondere Ausgestaltung des Vorgeländes Kaisermühlen;
  sorgfältige Einfügung der A 22 samt ihrer Anschlüsse in die Planung der Reichsbrücke, der Brigittenauer Brücke sowie der UNO-City.
- Im Mittelteil soll der Inselabschnitt oberhalb der Reichsbrücke von dem stromabwärts liegenden Abschnitt in der Grünflächengestaltung deutlich unterschieden werden.
- Die Insel darf nur insoweit bebaut werden, als nur damit und nicht anders wasser- und landschaftsgebundene Freizeit und Erholung zu fördern ist.
- Am rechten Donauufer soll eine durchgehend begehbare Grünzone als Uferpromenade ausgebildet werden. Punktuelle Bebauungen im Uferbereich sollen nur für allgemeine und öffentlich zugängliche Funktionen vorgesehen werden, dürfen jedoch die Promenade nicht unterbrechen.

Umsetzung dieser Empfehlungen zur Nutzung und Gestaltung im „Nutzungskonzept für den engeren Donaubereich"

Tatsächlich war es möglich, diese Zielsetzungen für die Gestaltung und Nutzung des engeren Donaubereiches im Zusammenwirken aller Beteiligten, insbesondere der Arbeitskreise 1 (Federführung Arch. Christoph) und 2 (Federführung Prof. Heiß), des Zivilingenieurbüros Dipl.-Ing. Zottl-Erber und der beteiligten städtischen Dienststellen (insbesondere MA 45), in dem 21 km langen engeren Donaubereich unterzubringen. Entsprechend dem „Nutzungskonzept für den engeren Donaubereich" sind in den einzelnen Abschnitten folgende gestalterische Merkmale und Nutzungen vorgesehen:

Nordteil (Einlaufbauwerk bis Floridsdorfer Brücke):

Nach einer aus hydraulischen Gründen erforderlichen relativ geradlinigen und mit einem gleichmäßigen Durchflußquerschnitt versehenen Linienführung der Neuen Donau auf etwa 1,5 km flußabwärts des Einlaufbauwerkes wird die Insel zur besseren Erreichbarkeit zugunsten einer Verbreiterung des Vorlandes am Hubertusdamm um im Mittel 15 m verschmälert, wobei auf die Mindesterfordernisse der Wassergewinnung Rücksicht genommen werden mußte. Uferverflachungen (Böschungen von 1 : 4 bis 1 : 10) sowohl oberhalb des Treppelweges als auch stellenweise unter Wasser in Form von Badebuchten ermöglichen naturnahe Erholung (Wildbadeplätze) in diesem Abschnitt der Neuen Donau. Etwa 2 km flußabwärts des Einlaufbau-

werkes an der Landesgrenze zu Niederösterreich ist am linken Ufer der Neuen Donau ein Segelhafen für etwa 800 Boote vorgesehen und flußaufwärts eine Segelregattastrecke ausgewiesen. Vorhandener Baumbestand wurde am linken Ufer vor der A 22 und auf der Insel oberhalb der Floridsdorfer Brücke soweit wie möglich erhalten; im übrigen sind auf etwa 50% der Flächen Gehölzgruppen angeordnet. Auf der Insel selbst ist auf Höhe Anschlußstelle Strebersdorf ein Zeltlager für Jugendgruppen im Rahmen der Ferienaktion „Spiel mit" der MA 13 vorgesehen.

Im gesamten Nordabschnitt sind linksufrig rund 1.200 Stellplätze ausgewiesen. Über die A 22 sind vier Fußgeherstege und zwei Grünbrücken (Überfuhrstraße, Teslagasse) geplant. Im Bereich Anschlußstelle Strebersdorf und in Verlängerung der Überfuhrstraße werden je eine Fußgeherbrücke über die Neue Donau errichtet. Der Autobus 32 B wird im Bereich der Anschlußstelle Strebersdorf unmittelbar an das linke Ufer (Fußgeherbrücke) herangeführt werden. Haltestellen für den künftigen Fährbetrieb über den Donaustrom wurden am linken Ufer der Donau berücksichtigt.

Folgeeinrichtungen (Versorgungsstützpunkt, Sanitäreinrichtungen, Verleih von Sportgeräten usw.) sind am linken Ufer der Neuen Donau im Bereich Einlaufbauwerk, Segelhafen und im Bereich der Grünbrücken sowie auf der Insel nahe dem Zeltlager beabsichtigt. Erste-Hilfe-Stationen werden im Bereich des Segelhafens und bei der Überfuhrstraße errichtet.

Im Hinblick auf den naturnahen Charakter dieses Abschnittes ist vorwiegend die Widmung „SWW – Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel" vorgesehen.

Auf die Überlegungen hinsichtlich der Führung des Marchfeldkanals wurde Bedacht genommen. Das Wassergewinnungsgebiet Nord auf der Insel flußauf der Nordbrücke ist durch eine spezielle Inselgestaltung (technische Einrichtungen von einem Betriebsweg am tiefsten Punkt einer „morphologischen Rinne", das heißt nicht geradlinig, aus erschlossen, technische Bauwerke durch Bepflanzung „überspielt") landschaftlich eingebunden.

Südteil (Wehr 1 bis Auslaufbauwerk):

Im Südteil dominiert ebenso die naturnahe Nutzung und Gestaltung. Die Linienführung der Neuen Donau ist im Bereich zwischen Panozzalacke (Zufahrt ÖMV) und Auslaufbauwerk (2. Wehr) auf etwa 2 km um bis zu 25 m zugunsten eines breiteren linken Ufers gegen die Insel verschwenkt. Badebuchten sind am linken Ufer vor allem flußabwärts der Ostbahnbrücke und in diesem verbreiterten Bereich (FKK-Strand) angeordnet, am rechten Ufer gibt es Badebuchten flußauf und flußab der Ostbahnbrücke (beide durch Inseln bzw. spornartige Erdkörper vom Abflußquerschnitt der Neuen Donau abgegrenzt und daher besonders kinderfreundlich) und weiters auf Höhe Panozzalacke. Der „Tote Grund" ist als ehemaliger Altwasserarm im wesentlichen erhalten geblieben und dient als „Ökozelle". Der Gehölzanteil beträgt insgesamt zwischen 50 und 70%, durch Anordnung von Rinnen und flachen Uferböschungen ist der Anteil der „feuchten Standorte" zur Erhaltung des Auencharakters soweit wie möglich gefördert worden. Das Wassergewinnungsgebiet Süd erstreckt sich auf etwa 2 km flußauf des Auslaufbauwerkes. Im Bereich der Ostbahnbrücke sind Sportplätze der offenen Tür vorgesehen, ein zweiter Standort für einen Zeltlagerplatz ist flußauf der Steinspornbrücke nahe der „kinderfreundlichen" Badebucht angeordnet. Flußab der Steinspornbrücke ist auf einer Länge von etwa 2,5 km eine Ruderregattastrecke vorgesehen, auf der 1983 die Weltmeisterschaften abgehalten werden.

Im gesamten Südabschnitt sind am linken Ufer Stellplätze für mehr als 3.000 Pkw geplant bzw. teilweise bereits errichtet. Auf der Raffineriestraße verkehrt die Autobuslinie 24 mit Haltestellen an den wichtigsten Zugangspunkten.

Folgeeinrichtungen werden im Bereich des Wehres 1, bei der Ostbahnbrücke, der Steinspornbrücke und im Bereich der Badebuchten am linken Ufer, Sicherheitseinrichtungen im Bereich des Wehres 1, der Ostbahnbrücke und am Beginn des Nacktbadestrandes entstehen.

Im Bereich der Steinspornbrücke ist das Abwasserpumpwerk situiert und landschaftlich eingebunden. Die geplante Staustufe Wien ist ebenso berücksichtigt wie Haltestellen für den künftigen Fährbetrieb über den Donaustrom.

Entsprechend der Gestaltung und Nutzung ist im Südteil vor allem die Widmung „SWW – Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel" vorgesehen; die Folgeeinrichtungen für die Ruderregattastrecke, die Sportplätze der offenen Tür und des Zeltlagers werden als „Erholungsgebiet" gewidmet.

Flußab des Auslaufbauwerkes – in der mit Donauwasser gefüllten Auslaufstrecke der Neuen Donau – ist die Errichtung eines Motorboothafens möglich.

Mittelteil (Floridsdorfer Brücke bis Wehr 1):

Bei der Linienführung der Neuen Donau wurde versucht, das Vorland vor der Trasse der Donauuferautobahn so zu verbreitern, daß eine wassergebundene Nutzung und Erholung optimal erleichtert wird. Zwischen Floridsdorfer Brücke und Brigittenauer Brücke ist eine akzentuierte Verschwenkung der Linienführung der Neuen Donau in Richtung Insel vorgesehen, vor der UNO-City ist die Neue Donau seeartig in möglichst größter Breite aufgeweitet; vor der Reichsbrücke schwenkt die Achse der Neuen Donau wieder etwas Richtung Kaisermühlen, um flußab der Reichsbrücke eine mittlere Vorlandbreite von 70 bis 100 m zu ergeben. Kurz vor dem Wehr 1 erreicht die Achse der Neuen Donau wieder die Linie des ursprünglichen Hochwasserschutzprojektes. Durch diese Linienführung der Neuen Donau ergibt sich eine unterschiedliche Breite der Insel. Flußab der Reichsbrücke ist die Insel um im Mittel 30 m breiter als flußauf und ermöglicht dadurch die Bildung begrenzter Räume auf der Insel selbst, die Anlage kleinerer Flächen für besondere Aktivitäten und einen größeren Anteil an pflanzlichen Elementen. Dadurch ist der Mittelbereich der Insel nach Erlebnis- und Funktionsbereich in zwei deutlich unterschiedliche Abschnitte gegliedert. Die Ufergestaltung ist in städtischer Form funktionsabhängig vorgesehen; das heißt, daß im unmittelbaren Bereich der Brückenköpfe, bei den Bootsanlegestellen und hafenartigen Erweiterungen Kaimauern und Terrassen auf Treppelwegniveau vorgesehen sind, weiters Stiegenanlagen, Rampen, Plätze, klar geformte Böschungsflächen und allee- oder platzartige Bepflanzungen.

Auch von den vorgeschlagenen Nutzungen ist die Schaffung einer spezifisch urbanen Freizeitatmosphäre vorbereitet. Am linken Ufer der Neuen Donau ist flußabwärts der Ostbahnbrücke ein Festplatz vorgesehen, flußab der 5. Donaubrücke ein städtisches Freizeitzentrum mit einer Badebucht. Im Bereich des Segelsees werden gewerbliche Bootsvermietungen angeordnet. Im Vorland Kaisermühlen sind bauliche Einrichtungen im gestalterischen Zusammenhang mit dem Freiraum für Zwecke der Erholung, Freizeit und Kultur beabsichtigt. Der Rahmen dafür wird im Zuge der Bauarbeiten an der Hochwasserschutzanlage bzw. durch die Bepflanzung bereits jetzt vorbereitet und so ein Anreiz für weitere Entwicklungen und Investitionen auch gewerblicher Art geschaffen. Kurz vor dem Wehr 1 sind ein öffentlicher Hafen, eine Slipanlage für Ruder- und Segelboote samt den erforderlichen Folgeeinrichtungen und – von der Anschlußstelle Kaisermühlen der A 22 erreichbar – auch Parkplätze für ca. 250 Pkw vorgesehen.

Auf der Insel soll im Bereich der Floridsdorfer Brücke das Sportzentrum Floridsdorf mit Halleneinrichtungen und Sportplätzen der offenen Tür entstehen; hier wird es auch – abweichend von dem für die gesamte Insel gültigen Fahrverbot für Autos – im Hinblick auf den Winterbetrieb Stellplätze für ca. 300 Pkw geben. Die schmale Insel zwischen 5. Donaubrücke und Reichsbrücke wird parkartig gestaltet. Im Bereich der Reichsbrücke selbst – in Verbindung mit der deutlichen Verbreiterung im Hinblick auf den Brückenkopf der Reichsbrücke – werden Möglichkeiten für bauliche Folgeeinrichtungen für Erholung und Freizeit (Versorgungseinrichtungen, Sportgeräteverleih, Bootsvermietungen, Kioske, Erste Hilfe usw.) geboten. Flußabwärts der Reichsbrücke ist die Insel bis zur Fußgeherbrücke über die Neue Donau vor Kaisermühlen städtisch-parkartig mit geradlinigen Alleen und karreeartigen Bepflanzungen gestaltet. Auch hier sollen Sportplätze der offenen Tür entstehen. In einem kleinen Abschnitt bleibt das heutige Inundationsgebiet samt Baumbestand erhalten. Flußab dieses Bereiches wird mit entsprechender landschaftlicher Gestaltung, der Anordnung von Badebuchten usw. der Übergang zum naturnah gestalteten Südteil hergestellt.

Im Mittelteil sind am linken Ufer der Neuen Donau rund 4.500 Stellplätze (unter Mitbenützung von Anlagen im Bereich der UNO-City) vorgesehen. Die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist durch Haltestellen der Straßenbahn im Zuge der Floridsdorfer Brücke auf der Donauinsel und durch die Abgänge der U-Bahn-Haltestelle Donauinsel zum linken Ufer der Neuen Donau und der Insel optimal gegeben. Sämtliche Brücken werden Stiegen bzw. Rampen für Fußgeher und Radfahrer aufweisen. Auch Standorte für den Bootsfährbetrieb auf dem Donaustrom sind berücksichtigt.

Entsprechend der Nutzung und Gestaltung ist für diesen Teil vorwiegend die Widmung Erholungsgebiet – Park, – Sport bzw. – Bad vorgesehen; mit besonderen Bestimmungen sind jene Bereiche ausgewiesen, in denen auch bauliche Einrichtungen für Freizeit, Erholung und Kultur möglich sind.

Rechte Stromkante:

Die Nutzung und Gestaltung der rechten Stromkante ist einerseits durch die geringe verbleibende Breite zwischen Donauuferbahn und Stromkante und durch die große Barrierewirkung von Handelskai und Donauuferbahn stark eingeschränkt; andererseits erfüllt gerade die rechte Stromkante für das dichtbebaute Gebiet des 2. und 20. Bezirkes eine wichtige Naherholungsfunktion.

Durch eine Vielzahl von niveaufreien Querungen des Handelskais, u. a. durch Grünbrücken, wird die Barrierewirkung minimiert und die Verknüpfung mit dem Hinterland auch gestalterisch verbessert. Im Hinblick auf die Betonung der Stadtkante und die städtische Atmosphäre wird das Stromufer mit alleeartigen Baumreihen bepflanzt. Durch Anordnung von Plätzen sowohl auf Treppelwegniveau als auch hochwasserfrei wird einerseits die strenge Linienführung etwas gemildert, andererseits ein Rahmen für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten gegeben. Baulicher Schwerpunkt wird das Schiffahrtszentrum Wien der DDSG flußab der Reichsbrücke (Fertigstellungstermin 1981) sein. Daneben sind auch Standorte für die Fährverbindungen ausgewiesen. Die Staustufe Wien ist vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf die Höhe des Treppelweges berücksichtigt. Entsprechend der Nutzung und Gestaltung ist die Beibehaltung der derzeit über weite Bereiche bereits festgesetzten Widmung Erholungsgebiet – Park vorgesehen.

Weitere Vorgangsweise:

Das „Nutzungskonzept engerer Donaubereich" und der darauf aufbauende „Entwurf zum Flächenwidmungsplan für den engeren Donaubereich" wurde einstimmig vom Beirat Donaubereich Wien anläßlich seiner 5. Sitzung am 18. September 1979 verabschiedet. In seiner Abschlußempfehlung brachte der Beirat zum Ausdruck, daß bei der Konkretisierung des Leitprojektes für den absoluten Hochwasserschutz durch die Ausführungsplanung die städtebaulichen Möglichkeiten bei der Schaffung der Neuen Donau voll ausgenützt wurden. Es wird nun Angelegenheit der Stadt Wien sein, in Abstimmung mit dem Bund und dem Land Niederösterreich die wirtschaftlich vertretbare Umsetzung der planerischen Vorstellungen mit Rücksicht auf die eingesetzten öffentlichen Mittel zu sichern und fertiggestellte Teilgebiete der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Entsprechend dem im Zuge der Beratungen des Beirates erarbeiteten Bauzeit- und Ablaufplan wird die Hochwassersicherheit für Wien 1983 gegeben sein; bis 1987 ist die Fertigstellung für das gesamte Projekt vorgesehen.

Neue Donaubrücken

Der Neubau der Reichsbrücke

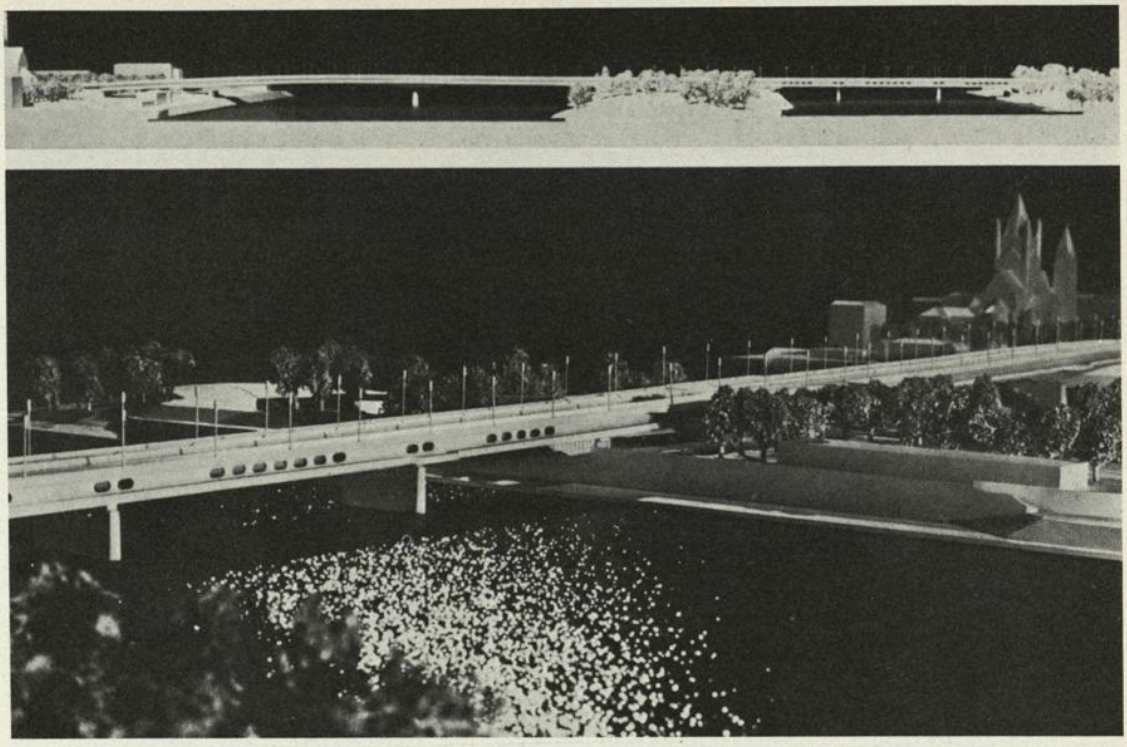
Geschichtlicher Rückblick

Die Reichsbrücke hat in Wien eine besondere Bedeutung: sie gewährleistet nicht nur, wie die übrigen Brücken, eine Verkehrsverbindung über den Donaubereich, sondern sie verbindet die bedeutendsten Zentren Wiens mit Abgängen auf die Donauinsel für Fußgänger und Radfahrer; sie dient nicht nur dem Individualverkehr, sondern auch der U-Bahn und hat dadurch für viele Wiener einen besonderen Erlebniswert; sie ist der zentrale Bestandteil der Wiener Brückenfamilie und ist eingespannt zwischen den baulichen Akzenten der UNO-City und der Kirche am Mexikoplatz.

Die Reichsbrücke ist ein wesentliches Bindeglied in der Zentralachse Wiens vom Stadtzentrum am rechten Ufer zu den Bereichen am linken Ufer. Dementsprechend war dieser Donauübergang lange Zeit das meistbefahrene Straßenstück Österreichs. Umso mehr mag es verwundern, daß an dieser wichtigen Stelle erst seit etwa hundert Jahren eine Brücke steht. Das erste Tragwerk wurde noch im Trockenen – vor Errichtung des Wiener Durchstiches – errichtet, erhielt den Namen „Kronprinz Rudolf-Brücke" und wurde am 21. August 1876 eröffnet.

Der Strom wurde mit vier Feldern einer Gittertragwerkkonstruktion überspannt; daran schlossen sich im Überschwemmungsgebiet Steinbögen. Mit dem Zerfall des Kaiserreiches erhielt die Brücke den Namen „Reichsbrücke".

Die nur 7,5 m breite Fahrbahn war für den damaligen Verkehr schon bald zu schmal. Anfang der dreißiger Jahre entschloß man sich – auch zur Arbeitsbeschaffung – zum Neubau der Reichsbrücke. Den damaligen Wettbewerb gewann das Projekt einer Hängebrücke mit zwei Pylonen. Statt der heute üblichen Kabel wählte man Ketten, die der Brücke eine besonders charakteristische Silhouette gaben. Die alte Brücke wurde seitlich verschoben, um dem Neubau Platz zu machen. Während des Baues stellte sich



Neue Donaubrücke anstelle der Reichsbrücke

heraus, daß die Eigenschaften des Baugrundes zur Aufnahme der großen Zugkräfte in der Kette nicht ausreichten. Die Kräfte mußten in die Hauptträger geleitet werden, die zu diesem Zweck aufwendig verstärkt wurden.

Am 10. Oktober 1937 fand die Eröffnung statt. Die Brücke überstand die Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges und hieß kurze Zeit „Brücke der Roten Armee".

Am frühen Morgen des 1. August 1977 kam es überraschend zur Einsturzkatastrophe.

Der Projektwettbewerb Reichsbrücke

In den folgenden Wochen wurden unter höchstem Druck folgende Arbeiten durchgeführt:

- Die im Flußbett liegenden Brückenteile, die den internationalen Schiffsverkehr auf der Donau unterbrachen, mußten mit hydraulischen Pressen entfernt werden.
- Für Straßenbahn und Individualverkehr entstanden in Rekordzeit Behelfsbrücken.
- Für den Neubau der Reichsbrücke wurde ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben. Dabei mußte das Projekt der U-Bahn-Linie U 1 (Reumannplatz – Stephansplatz – Praterstern – Kagran) im Donaubereich überarbeitet werden, da vor dem Einsturz der Reichsbrücke eine eigene U-Bahn-Brücke stromauf vorgesehen war. In diesem Zusammenhang waren die gesamte Verkehrskonzeption und insbesondere auch die entsprechenden Anschlüsse der Wagramer Straße an den Handelskai (Mexikoplatz und Donauuferautobahn) zu erneuern.
- Anstelle der Flutbrücke der alten Reichsbrücke über das Inundationsgebiet war nunmehr eine neue Brücke über die Neue Donau zu errichten.
- Es war zu überprüfen, welche städtebaulichen Konsequenzen aus der Errichtung der UNO-City für den Brückenneubau zu ziehen sind.

Nach sechswöchiger Prüfung durch eine Jury wurde dem Projekt „Johann Nestroy" nach einigen Modifikationen der erste Platz zuerkannt und der Auftrag zum Neubau der Reichsbrücke an die ARGE „Johann Nestroy" vergeben. Bereits am 9. Jänner 1978 konnte mit dem Bau begonnen werden.

Projekt „Johann Nestroy"

Die ARGE „Johann Nestroy" besteht aus den Firmen Hamberger, Hofman & Maculan, Negrelli, Stuag und Züblin. Die architektonische Gestaltung stammte von Arch. Dipl.-Ing. Kotz und Prof. Sirén. Planung und Berechnung erfolgte durch die Zivilingenieure Dipl.-Ing. Popper und Prof. Dipl.-Ing. Dr. Schickl. Das Projekt sieht eine Gesamtbauzeit von 38 Monaten bei vorzeitiger Verkehrsübergabe nach 34 Monaten vor. Es ist als Doppelstock-Brücke konzipiert und weist oben eine Fahrbahnplatte mit drei Fahrspuren in jede Richtung auf. Darunter, in den beiden Hohlkästen, wird die U-Bahn geführt. Auf seitlichen Kragplatten an den Hohlkästen führt, wettergeschützt unter den Fahrbahnplatten, der Fuß- bzw. der Radweg. Zwischen den Hohlkästen befinden sich die Einbauten. In einem geschlossenen Kollektorgang knapp unter der Fahrbahn sind die Kabel für Strom, Post sowie die Anlagensteuerung untergebracht. In einem nach unten offenen Abschnitt werden die Rohre für Gas, Wasser und Fernheizung geführt. In Längsrichtung sieht der Entwurf ein einheitliches Brückenband vor.

Statisch gesehen sind drei Brücken aneinandergereiht: eine Brücke mit fünf Feldern über Handelskai, Donauufer-

bahn, Donaustrom und Donauinsel, eine dreifeldrige Brücke über die Neue Donau sowie eine zweifeldrige Brücke über die Donauuferautobahn. Die Brückenköpfe werden völlig neu gestaltet. Der Handelskai wird im Kreuzungsbereich mit neuen Rampen auf die Brücke verbreitert, die Donauuferbahn muß verlegt werden. Die A 22 und die UNO-City werden kreuzungsfrei angeschlossen. Eine Abfahrt auf die Donauinsel ist geplant, sie darf allerdings nur von Einsatzfahrzeugen befahren werden. Die U-Bahn führt von der Lassallestraße kommend mit der maximal zugelassenen Neigung von 40‰ in die Hohlkästen der Brücke. Über der Neuen Donau ist eine Station mit Abgängen zur Donauinsel und zum Hubertusdamm vorgesehen. Danach schwenkt die U-Bahn beim Widerlager Kagran aus der Brückenachse und führt in Hochlage zur Station UNO-City.

Die Fußgeher und Radfahrer gelangen auf einer eigenen Verkehrsebene am Mexikoplatz auf die Brücke, haben über dem Strompfeiler auf einer Aussichtsplattform Gelegenheit zu verweilen, um dann über gesonderte Rampen zur Donauinsel zu kommen oder, weiterhin getrennt vom Autoverkehr, zur UNO-City zu gelangen. Die Radfahrer erhalten Anschluß an die geplanten Radfahrwegnetze auf der Donauinsel Richtung Stadt und Kaisermühlen.

Bei der Gestaltung der Brückenausrüstung (Geländer, Maste) sollte der Boulevard-Charakter einer Stadtstraße unterstrichen werden. Die Straße erhält besondere Maste mit Kugelleuchten und ein Rohrgeländer. Der Fußweg wird indirekt beleuchtet.

Baudurchführung

Bevor mit dem eigentlichen Bau begonnen werden konnte, waren umfangreiche Vorarbeiten notwendig:

Die neue Brücke sollte in der Achse der alten errichtet werden. Dort befand sich aber noch die unter Verkehr stehende alte Flutbrücke. Erst nachdem man die Behelfsbrücken über das Überschwemmungsgebiet mit Fertigteilbrücken verlängert hatte, konnte man die alten Steinbögen abbrechen und die Fundierungsarbeiten für die neue Brücke in Angriff nehmen. Die Widerlager haben Flachgründungen, die Pfeiler sind auf Schlitzwänden oder Bohrpfählen gegründet. Die Tiefe der Fundamente ist bereits auf die Neue Donau ausgelegt. Bei dem Pfeiler am rechten Donauufer wurde der vorhandene Caisson der alten Reichsbrücke wieder verwendet, seine Tragfähigkeit aber durch Zementinjektionen verbessert. Der Standort des Strompfeilers ist an der Stelle eines Brückenpfeilers der ehemaligen Kronprinz Rudolf-Brücke gewählt worden. Die Lasten des Tragwerkes werden über den Pfeilerschaft und eine 4 m dicke Rostplatte in 37 Bohrpfähle abgeleitet, welche um den bestehenden Caisson angeordnet sind. Diese Pfähle haben eine Tiefe von 20 m und einen Durchmesser von 1,5 m. Zur Errichtung dieses Bauteiles im Donaustrom wurde folgende Bauweise gewählt:

Über eine Fertigteil-Brücke, die das linke Donauufer mit einer Arbeitsplattform verband, wurde eine künstliche Insel aufgeschüttet. Von dort aus wurden Schlitzwände bis zu einer Tiefe von 10 m unter der Flußsohle abgeteuft und in Höhe der Flußsohle Stahlfertigteilwände versetzt. Erst jetzt war es möglich, die Baugrube auszuheben und die Bohrpfähle abzubohren. Der Strompfeilerschaft wurde einschließlich der Hilfsstützen für den Freivorbau im Gleitbauverfahren hergestellt.

Die Schalung, welche der konischen Form des Pfeilerschaftes laufend angepaßt wurde, hat nur eine Höhe von 1,2 m. Sie wird mittels hydraulischer Presse dem Erhärtungsprozeß des Betons entsprechend hochgezogen. Dabei kommt eine Zielleistung von 3 m je 24 Stunden zustande. Es muß Tag und Nacht durchgearbeitet werden.

Die Herstellung des Stromtragwerkes wird nach der Methode des Freien Vorbaues durchgeführt. Hiebei wird symmetrisch zum Pfeiler nach beiden Seiten im Gleichgewicht abschnittsweise vorgefahren. Die einzelnen Tragwerksabschnitte haben eine Länge von 3,5 bzw. 5 m. Der Tragwerksquerschnitt besteht aus zwei Hohlkästen, welche durch die obere Fahrbahnplatte miteinander verbunden sind. Die Herstellung der beiden Hohlkästen erfolgte getrennt, sodaß vier Vorbauwägen im Einsatz waren. Es wurde im Wochentakt gearbeitet: Der Beton wird in der zweiten Wochenhälfte eingebracht und erreicht über das Wochenende eine Festigkeit, die es erlaubt, den hergestellten Abschnitt am darauffolgenden Wochenanfang an das bereits fertiggestellte Tragwerk anzuspannen. Im Anschluß daran fuhren die Vorbauwagen, die die Schalung trugen, um einen Abschnitt weiter, die Bewehrung wird eingestrickt und der Vorgang wiederholt sich. Hilfsstützen zu beiden Seiten des Pfeilers sichern dabei das Tragwerk im Bauzustand vor dem Kippen.

Der Freie Vorbau wurde bei der Strombrücke von drei Pfeilern aus angewendet: dem Landpfeiler am rechten Ufer, dem Strompfeiler und dem ersten Landpfeiler am linken Ufer. Es wurden dabei Spannweiten bis zu 170 m überbrückt. Das Tragwerk ist eine Spannbetonkonstruktion, wobei in alle Richtungen vorgespannt wurde.

Eine Besonderheit stellte eine Bauhilfsmaßnahme am rechten Ufer dar: die Tragwerksunterkante reichte genau bis an das Lichtraumprofil der Donauuferbahn heran. Dies bedeutete aber für den Bau, daß die unteren Rüstungsteile des Vorbauwagens bereits in den Gefahrenbereich der Bahn geragt hätten. Es war daher notwendig, das Tragwerk auf Baudauer um etwa 52 cm zu heben. Da das Tragwerk im Freivorbau einen Waagebalken bildet, war dies mit relativ geringem Kraftaufwand möglich. Der erforderliche Hub wurde über ein Hilfsjoch mit hydraulischen Stellringpressen erreicht und bewirkte, daß sich der Waagebalken schiefstellte. In dieser Stellung wurde der Freivorbau über die rechtsufrigen Verkehrswege hinweg durchgeführt. Nach Erreichen des Endzustandes wurde der Vorbauwagen abgebaut und über das Hilfsjoch das Tragwerk in seine endgültige Lage abgesenkt.

Die Brückenteile im Überschwemmungsgebiet wurden feldweise in konventioneller Rüstung und Schalung hergestellt. Die Hohlkästen werden jeweils in einem unteren und einem oberen Bauabschnitt ausgeführt. Nach Erhärten des unteren Bauabschnittes wurde gespannt, sodaß der untere Teil gleich den oberen mittragen half.

U-Bahn-Station

Moderne Brückenquerschnitte haben zur Gewichtsersparnis Bauteile mit möglichst geringer Dicke. Im Bereich der U-Bahn-Station bedeuten die großen Öffnungen für Fenster und Stiegenabgänge für den einheitlichen durchgehenden Querschnitt eine Schwächung, die nur mit großem Aufwand ausgeglichen werden konnte. Zur U-Bahn-Station gehören Aufnahmegebäude und ein Unterwerk für die Stromversorgung. Die Ausgestaltung der Station erfolgt nach den Grundsätzen der anderen U-Bahn-Stationen. Beim Widerlager Kagran verläßt die U-Bahn seitlich das Tragwerk, sodaß ein Querschnitt mit insgesamt sieben Stegen entsteht.



Floridsdorfer Brücke in Bau

Der Neubau der Floridsdorfer Brücke

Allgemeines

Als am 23. Dezember 1976 eine Totalsperre über die alte Floridsdorfer Brücke verfügt wurde, waren sich die Verantwortlichen im klaren darüber, daß so rasch wie möglich Maßnahmen ergriffen werden mußten, um den Ausfall dieses so wichtigen Verkehrsbandes über den Donaustrom in möglichst kurzer Zeit wettmachen zu können. Schon lange vor der Brückensperre waren Überlegungen angestellt worden, die auf eine Generalsanierung der Brücke, verbunden mit einer Verbreiterung abzielten. Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen der Brückenisolierung, Ersatz der alten Tragwerkskonstruktion durch eine orthotrope Platte sowie umfangreiche Beschichtungsarbeiten an der Stahlkonstruktion waren vorgesehen, wären jedoch äußerst kostspielig gewesen.

Weitere Schwierigkeiten für den Fortbestand des Flutbrückenteiles der alten Floridsdorfer Brücke ergaben sich dadurch, daß durch den Bau der Neuen Donau umfangreiche Sanierungsmaßnahmen und äußerst schwierige Unterfangungen der Pfeiler notwendig geworden wären, da diese mit ihren Gründungsunterkanten über der Sohle der Neuen Donau lagen.

Projekt und Vergabe

Nach der Brückensperre wurde nun ein Planungskreis, bestehend aus Vertretern von Bundesdienststellen, der Stadt Wien sowie Ziviltechnikern, gebildet, der das im folgenden beschriebene Projekt entwickelte. Dieses Projekt sah den Neubau der Floridsdorfer Brücke knapp oberhalb der alten Brücke in zwei Phasen vor. Weiters waren Neubauten am Friedrich Engels-Platz und in der Floridsdorfer Hauptstraße vorgesehen. Bereits im März 1977 konnten die Planungen durch die Vorlage des ausführungsreifen Projektes abgeschlossen werden.

Auf Grundlage eines Angebotes der aus den Firmen Waagner-Biro, VÖEST und Wiener Brückenbau unter Beiziehung der Bauunternehmungen Porr, Universale, Wiener Betriebs- und Baugesellschaft sowie Neue Reformbau als Subunternehmer bestehenden Stahlbau-ARGE „Wiener Donaubrücken" für die Bauphase 1, welche den Bauabschnitt von der Rampe am Friedrich Engels-Platz bis zum Dammabschnitt im Bereich der künftigen Donauinsel vorsah, konnten die Arbeiten am 1. April 1977, also nur etwa drei Monate nach der Sperre der Brücke, vergeben werden.

Als Termin für die Verkehrsaufnahme wurde seitens der Auftragnehmer der 13. Oktober 1978 garantiert.

Für die 2. Phase, in der die Brücke über die zukünftige Neue Donau sowie über die künftige Donauuferautobahn (A 22) inkl. der Rampen zur Floridsdorfer Hauptstraße zu errichten war, wurde ein Baubeginn 1978 mit einer Fertigstellung 1980 vorgesehen. Die ARGE garantierte jedoch im Auftragsfall die Verkehrsfreigabe des 2. Bauabschnittes ebenfalls zum 13. Oktober 1978, was zu einer Auftragserweiterung führte. Damit standen als Bauzeit bis zur Verkehrsübergabe für die gesamte neue Floridsdorfer Brücke von der Rampe Engelsplatz bis zur Einbindung in die Floridsdorfer Hauptstraße 78 Wochen oder 1,5 Jahre zur Verfügung. Diese äußerst kurzen Termine wurden – wie vorweggenommen werden darf – auch pünktlich eingehalten. Diese einmalige Leistung österreichischer Arbeiter und Ingenieure sowie der österreichischen Bauwirtschaft wurde auch international anerkannt und gewürdigt.

Anlagenverhältnisse

Die Floridsdorfer Brücke, die den 20. mit dem 21. Bezirk verbindet, ist ein Teil des übergeordneten Straßennetzes zweiter Ordnung. Sie verknüpft neben ihrer Funktion als Sammelstraße die Donauuferautobahn (A 22) und den Handelskai (B 10) und ist nach Betriebsaufnahme der U-Bahn nach Kagran die einzige Donaubrücke, die eine Verbindung der beiderseits der Donau befindlichen Straßenbahnnetze herstellt.

Konstruktion und Ausführung

Der Querschnitt der neuen Brücke im Strombereich sieht je eine zweispurige Richtungsfahrbahn mit 7 m Gesamtbreite und einen Mittelstreifen von 1,50 m Breite vor. Die Straßenbahntrasse liegt stromabwärts auf einem eigenen Gleiskörper. Die Brücke besitzt stromaufwärts einen 1,25 m breiten Schutzstreifen, stromabwärts einen 6,10 m breiten Gehweg mit getrennt angeordneter Radfahrspur. Die Öffnung für die Schiffahrt liegt 8 m über dem höchsten schiffbaren Wasserstand. Die Fundamente aller Pfeiler und Widerlager bestehen aus verrohrt hergestellten Großbohrpfählen mit einem Durchmesser von 1,20 m bzw. 0,90 m. Insgesamt wurden 330 Pfähle zu 1,20 m und 126 Pfähle zu 90 cm niedergebracht. Für die zwei Strompfeiler wurden im Strom Baugruben mit Hilfe von Stahlkastenfangedämmen hergestellt, die eine Länge von 27,70 m und eine Breite von 16,60 m hatten. Die Pfeiler weisen – um der Geschiebeerosion einen möglichst großen Widerstand entgegenzusetzen – einen homogen eingebrachten abriebfesten Vorsatzbeton auf, sodaß keine Verminderung der Festigkeit auftreten kann.

Über dem Handelskai wurde ein 4-Feld-Spannbetondurchlauf-Tragwerk, bestehend aus zwei Hohlkästen mit Stützweiten von 17 m – 28 m – 35 m – 14 m, errichtet.

Für die Strombrücke wählte man ein Stahltragwerk mit Stützweiten von rd. 82 m – 167 m – 82 m (Gesamtlänge 332,50 m). Die Hauptelemente sind zwei gevoutete Kästen im Abstand von 10,20 m, deren Obergurt aus der beiderseits 6,10 m auskragenden Fahrbahnplatte besteht. Die Höhe des Stegbleches liegt zwischen 3 und 6,50 m. Das Stahlbrückendeck wird aus einer orthotropen Fahrbahnplatte gebildet, die durch Querträger und Längsrippen ausgesteift ist.

Jeder Kasten ruht auf einem Kalottenlager auf den Strompfeilern; das Festlager und ein einseitig bewegliches Lager sind unter dem unterstromigen Kasten angeordnet, da die Straßenbahn auf diesem Teil größere Brems- und Vertikallasten verursacht. Auf den Widerlagern und Trennpfeilern befindet sich unter jedem Kastensteg ein Kalotten-Zug-Drucklager. Die Brücke über die Neue Donau (Flutbrücke) besteht ebenfalls aus einem Stahltragwerk.

Die Montage der Strombrücke erfolgte derart, daß die in maximalen Breiten von 3,5 m angelieferten Stahlteile auf einem Vorbauplatz am linken Donauufer zu C-förmigen Teilen zusammengebaut und mit leichten Montageverbänden zu Kästen geschlossen wurden, die lediglich die halbe Breite der endgültigen Kästen aufwiesen. Nach Errichtung der Pfeiler wurden diese Kästen mittels eines 200 t-Schwimmkranes montiert. Die letzten Schüsse (Abschnitte) kragten über die Strompfeiler hinaus. Das aus sieben Schüssen bestehende Mittelstück wurde vom Wasser aus von einem Schwimmkran hochgezogen.

Schließlich wurde noch die Brücke über die künftige Donauuferautobahn (A 22) errichtet. Diese Brücke besteht aus einem beiderseits frei aufliegenden Einfeldträger, der im Verspannsystem aus Beton hergestellt wurde.

Die Baukosten der gesamten Brücke betrugen 940 Mio. S; die am Engelsplatz für die Fußgänger errichtete Unterführung kostete rd. 28 Mio. S. Die Verkehrsübergabe erfolgte am 3. Oktober 1978.

Abbruch der alten Floridsdorfer Brücke

Tiefbauarbeiten

Unmittelbar nach der Verlegung der Einbauten für Strom, Wasser, Gas und Fernmeldeanlagen in die neue Floridsdorfer Brücke wurde am 24. Juli 1979 mit dem Abtrag des alten Bauwerkes begonnen. Die Arbeiten umfassen den Fahrbahnbelag des Gesamtobjektes, die Pfeiler und Widerlager der Inundationsbrücke und der Brücke über den Handelskai sowie den mittleren Strompfeiler und werden von der ARGE Tiefbau Floridsdorfer Brücke ausgeführt.

Der Abtrag der Inundationsbrückenpfeiler II bis VI, welche im Bereich der künftigen Neuen Donau liegen, erfolgt im Schutz einer Baugrubenumschließung aus Dichtungsschlitzwänden und Schmalwänden mit Wasserhaltung, wobei besonders auf die in unmittelbarer Nähe liegenden Brünner-Straßen-Kanäle und Flutbrückenpfeiler der neuen Brücke geachtet werden muß. Die restlichen Inundationsbrückenpfeiler werden bis etwa 0,5 m unter Gelände abgetragen.

In der Donau wird im Schutz einer aus Spundwandelementen herzustellenden Insel in einer trockenen Baugrube der mittlere Strompfeiler XIV bis 0,5 m unter Flußsohle abgebrochen, um die beim Neubau der Brücke entstandene

Schiffahrtsöffnung von 160 m voll nutzen zu können. Nach Beendigung dieser Arbeiten wird auch die Insel wieder entfernt. Die unmittelbar hinter den beiden neuen Strompfeilern stehenden Pfeiler (XIII und XV) bleiben erhalten.

Stahlbauarbeiten

Der Abtrag der Flutbrücke und des Kaitragwerkes erfolgt durch die Stahlbau-ARGE „Wiener Donaubrükken" mittels Mobilkränen vom Boden aus. Der Abbau der vier Felder der Strombrücke wird von einem fahrbaren Abtraggerät aus durchgeführt. Dieses Gerät übernimmt dabei die volle Eigengewichtslast der Bogen eines Strombrückenfeldes. Die gewählte Art des Abbaues vermeidet den Einbau jeglichen Joches im Strombrückenbereich sowie die Einengung des Lichtraumprofiles. Es ist daher keinerlei Einschränkung der Schiffahrt notwendig.

Das Abtraggerät ist eine Fachwerkbrücke von ca. 142 m Länge. Das Gerät wird am linken Donauufer auf den letzten Feldern der Flutbrücke zusammengebaut und hierauf in die erste Bogenöffnung eingeschoben. Die Lagerung erfolgt in diesem Zustand auf den Pfeilern der alten Brücke. Am Obergurt des Abtraggerätes fahren zwei Abbaukräne. Es werden vorerst die Längsträger, die Zoreseisen, die Nebenquerträger und Konsolen entfernt. Hierauf erfolgt die Umlagerung des restlichen Bogengewichtes auf die Bogenabstützungskonstruktionen des Gerätes. Es werden die restlichen Querträger entfernt, sodann die Bogen so weit angehoben, daß das Zugband fast spannungslos durchschnitten werden kann. Es folgt der Abbau des Zugbandes und der Hängestangen; die Bogen werden durchtrennt und zerschnitten. Der Transport der Schrott-Teile erfolgt mittels Schubwagen im Gerät bis ins rechtsufrige Stromfeld. Von dort werden die Teile auf Schiffe verladen. Nach Abtrag eines Bogens fährt das Gerät auf Lagerböcken ins nächste Feld. Der Abbauvorgang erfolgt analog.

Die Massen der abgetragenen Stahlbauteile betragen für die Flutbrücke ca. 4.200 t, für die Strombrücke ca. 6.500 t und für die Kaibrücke ca. 600 t, d. s. insgesamt ca. 11.300 t. Das Gewicht des Abtraggerätes beträgt ca. 470 t.

Die Flutbrücke, die abgebaut wird, hat eine Länge von 422,6 m und ist in zwölf Felder geteilt. Die Strombrücke hat vier Felder mit einer Gesamtlänge von 334,8 m, die Kaibrücke hat sieben Felder mit 84,4 m Gesamtlänge.

Die Reihenfolge des Abtrages erfolgt so, daß die Arbeiten am Floridsdorfer Ende der Flutbrücke beginnen und in Richtung 20. Bezirk fortschreiten. Nach Abbau der Strombrückenfelder wird das Abtraggerät demontiert. Zuletzt erfolgt der Abbau der Kaibrücke.

Brigittenauer Brücke

Anlageverhältnisse

Die Brigittenauer Brücke ist verkehrstechnisch als Verbindungsglied zwischen den beiden Hochleistungsstraßen A 22 und B 10 notwendig. In der linksufrigen Anschlußstelle an die A 22 (Donauuferautobahn) ist ein direkter Anschluß der Donauturmstraße berücksichtigt. Die Stromquerung weist je Richtungsfahrbahn zwei Fahrspuren und je eine durchgehende Manöverspur auf sowie einen stromaufwärts angeordneten, 5 m breiten Geh- und Radweg. Der Anschluß der stromauf führenden Fahrbahn am Handelskai erfolgt über zwei einspurige Parallelrampen, die stromab führenden Relationen werden über eine zweimal zweispurige Spange angeschlossen. Die Anschlüsse im Knoten Donaupark sind einspurig (stromauf) bzw. zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens der UNO-City zweispurig (stromab) ausgebildet. Der Anschluß der Donauturmstraße erfolgt zweimal einspurig, wobei das die A 22 überführende Objekt auf 2 × 2 Spuren ausgelegt ist und die Überbreite für die Geh- und Radwegführung verwendet wird.

Die 32,25 m breite und 355 m lange Strombrücke sowie die im Aufweitungsbereich liegende Brücke über die Neue Donau sind als reine Stahlkonstruktionen mit orthotroper Platte vorgesehen. Die beiden Brücken gehen unter Zwischenschaltung eines Trennpfeilers kontinuierlich mit gleichem äußeren Erscheinungsbild ineinander über, wobei das auf dem Trennpfeiler gelagerte Zwischenstück aus Gründen des gleichmäßigen Verlaufes sowohl im Belagsaufbau wie in der Ansicht als Trägerrost mit orthotroper Platte vorgesehen ist.

Das Hauptfeld der Strombrücke über der Schiffahrtsrinne weist entsprechend den Vorschreibungen der Schiffahrt eine Stützweite von 175 m auf. Die Gesamtfläche der Stahlbrücken beträgt ca. 23.200 m². Alle übrigen Brücken, wie das Tragwerk über den Handelskai, die beiden rechtsufrigen Rampen sowie alle Rampen und Überführungsbauwerke im Knoten Donaupark sind einheitlich als Spannbetondurchlauftragwerke mit plattenförmigem Querschnitt bei Spannweiten um 20 m und maximal 32 m ausgebildet. Die Gesamtfläche dieser Brücken beträgt ca. 14.000 m². Für die Fußwegführung werden darüber hinaus noch zwei Wendelrampen in Stahlbauweise sowie ein Spannbetontragwerk über den Handelskai errichtet.

Planung

Das Brückenvorprojekt wurde parallel zum Straßendetailprojekt sowie in Abstimmung mit der gestalterischen Begleitbearbeitung erstellt, wobei Gestaltungselemente, wie die Geländerform, die Beleuchtung, die Gehwegführung (Fußgängerrampe) und Geländegestaltung besonders berücksichtigt wurden.

Tiefbauarbeiten

Die Bauführung für die Fundierungen im Strom und Überschwemmungsgebiet werden vor allem durch die notwendige Erhaltung der Hochwassersicherheit während der Bauzeit beeinflußt. So dürfen bis zum Abtrag des Brünner-Straßen-Kanals im Zuge der Herstellung der Neuen Donau im Herbst 1980 keine Verengungen des Abflußprofils eintreten.

Die Ausführung der Pfeiler und die Montage der Flutbrücke im Bereich der Neuen Donau muß noch vor der Baggerung des Gerinnes in diesem Bereich, also noch vor Februar 1981, erfolgen, da sonst erhebliche Mehrkosten eintreten würden. Besonders schwierig wird sich die Herstellung der beiden Strompfeiler trotz der bisher beim Neubau der Floridsdorfer Brücke und Reichsbrücke gewonnenen Erfahrungen gestalten. Die für die Fundamentherstellung erforderlichen Baugrubenumschließungen müssen bedingungsgemäß möglichst schmal gehalten werden. Die Bauversorgung erfolgt am rechten Strompfeiler voraussichtlich über eine provisorische Brücke, am linken Strompfeiler über einen Hilfsdamm in Höhe des Überschwemmungsgebietes.

Stahlbauarbeiten

Das Tragwerk über den Strom besteht aus einer orthotropen Platte und zwei tragenden Hohlkästen, ähnlich der neuen Floridsdorfer Brücke. Die Flutbrücke besteht aus einer orthotropen Platte und vier Längsträgern, die im Aufweitungsbereich beim Knoten Donaupark entsprechend vermehrt werden.

Allen Konstruktionsteilen, die einer ständigen Wartung und Überprüfung bedürfen, wird im Hinblick auf die

Zugänglichkeit und Wartungsfreiheit besonderes Augenmerk zugewandt.

Die Montage der Strombrücke wird im freien Vorbau von beiden Ufern aus erfolgen, die Flutbrücke wird vom Gelände aus abschnittsweise mittels Hilfsjochen hergestellt.

Einbauten

Die Führung einer Reihe von Einbauten wie Gas, Kabel usw. wird zwischen den tragenden Hohlkästen durch die Anbringung von Rohrauflagern und Kabeltassen ermöglicht.

Baukosten

Die Kosten für das ganze Bauvorhaben dürften, nach gegenwärtigen Schätzungen, bei 1,2 Mrd. S liegen.

Anschlußstelle Nordbrücke

Allgemeines

Im Rahmen der Erweiterung des Wiener Bundesstraßennetzes wird im Bereich der bestehenden Überführung der S 2 (Donaukanal-Schnellstraße) über den Donaukanal im Anschluß an die Nordbrücke ein Verkehrsknoten errichtet, der alle Verkehrsrelationen zwischen der S 2 (Donaukanal-Schnellstraße), der B 10 (Budapester Bundesstraße) und der B 14 (Klosterneuburger Bundesstraße) unter Einbeziehung eines direkten Anschlusses des Bezirkes Döbling ermöglicht. Bei der Verkehrslösung waren zahlreiche Zwangspunkte, die hier im Einlaufbereich des Donaukanals, im Bereich der Franz Josephs-Bahn, der Bahnhöfe Brigittenau und Heiligenstadt und deren Schleifenverbindung über den Donaukanal und im Bereich der bestehenden Donaukanalbrücke im Zuge der S 2 gegeben sind, zu berücksichtigen. Besonders zu beachten waren die bestehenden Bauwerke – insbesondere das Nußdorfer Nadelwehr von Otto Wagner und die schiffsbautechnische Versuchsanstalt am Brigittenauer Donaukanalufer. Unter Verzicht auf die Anbindung unbedeutender Verkehrsrelationen werden die beiden Bundesstraßen in geradliniger Trassierung entlang der Franz Josephs-Bahn bzw. entlang der Donauuferbahn geführt und unter Beachtung der trassierungstechnischen Richtlinien für Schnellstraßen verknotet.

Dieses Großbauvorhaben der Bundesstraßenverwaltung mit einem Kostenrahmen von nahezu einer Milliarde Schilling wird in mehreren Bauphasen mit einer voraussichtlichen Endfertigstellung im Sommer 1983 durchgeführt. Baubeginn war 1975. Von der Gesamtfläche von über 60.000 m² nehmen Brücken und Hochstraßen mehr als 90% der zu errichtenden Verkehrsflächen ein.

Bauabschnitt 1 (Hochstraße Handelskai)

Dieses erste Brückenbauvorhaben mit einer Fläche von ca. 7.500 m² umfaßt die Hochführung des Handelskais sowie die Anschlußrampen zur Nordbrücke und zur B 14 und wurde 1974 ausgeschrieben. Nach einem Wahlentwurf der ausführenden Firma wurden die schlaff bewehrten Durchlauftragwerke über Stützweiten unter 20 m mit Fertigteillängsträgern und verbindender Ortbetonplatte in knapp zwei Jahren Bauzeit mit Gesamtbaukosten von 38 Mio. S errichtet und stehen seither der provisorischen Verkehrsführung zur Verfügung.

Bauabschnitt 2 (Eisenbahnbrücke über den Donaukanal)

Als Vorleistung für die Straßenbauarbeiten mußte die bestehende Gleisschleife zwischen den Bahnhöfen Brigittenau und Heiligenstadt um ca. 150 m donaukanalaufwärts verschoben werden. Im Bereich der Vereinigung des Donaukanals mit dem Schleusenkanal wurde eine 120 m lange eingleisige Eisenbahnbrücke errichtet. Die geringe zur Verfügung stehende Bauhöhe führte zu einer Tragkonstruktion in Spannbeton, wobei die starke Krümmung und die große Mittelstützweite von 55 m die Konstrukteure zwangen, die Möglichkeiten des Spannbetons voll auszuschöpfen.

Die Brücke wurde in den Jahren 1976 und 1977 errichtet und in einer Bauzeit von 13 Monaten bei Gesamtbaukosten von 15 Mio. S fertiggestellt.

Bauabschnitt 3 (Hochstraße im Zuge der B 14)

Vom bestehenden Widerlagerabsprung am Abhang des Nußberges quert die B 14 mit extrem schleifendem Schnitt die zweigleisige Franz Josephs-Bahn und folgt dem Donauufer und anschließend dem Donaukanalufer auf eine Länge von ca. 1 km bis zur Gabelung in den stadteinwärts und stadtauswärts führenden Ast am Beginn der Anschlußstelle. Dieses Teilstück stand lange Zeit im Mittelpunkt der Diskussionen, da berechtigte Bedenken hinsichtlich einer Beeinträchtigung der architektonischen Wirkung des Nußdorfer Wehrs von Otto Wagner bestanden und die Hochstraße für Passagiere von Ausflugsschiffen und der Franz Josephs-Bahn einen dominierenden Blickpunkt darstellen wird. Zahlreiche Trassenvarianten, unter anderem eine Verlegung ans andere Donaukanalufer sowie eine Tiefführung im Bereich des Wehres, wurden untersucht und wieder verworfen. Letztlich wurde die Nivelette im Bereich des Wehres soweit als möglich abgesenkt. Die zur Ausführung gelangende Variante sieht eine ausgewogene und ästhetisch befriedigende Brücke vor, die auch die Zustimmung des Bundesdenkmalamtes fand. Weitausladende, geschwungene Konsolen verleihen dem nahezu 20 m breiten Tragwerk ein schlankes, elegantes Aussehen und leiten zu den formal angepaßten Zentralstützen über, die auch unter der Brücke ein optimales Raumangebot für Fahr- und Gehflächen gewährleisten.

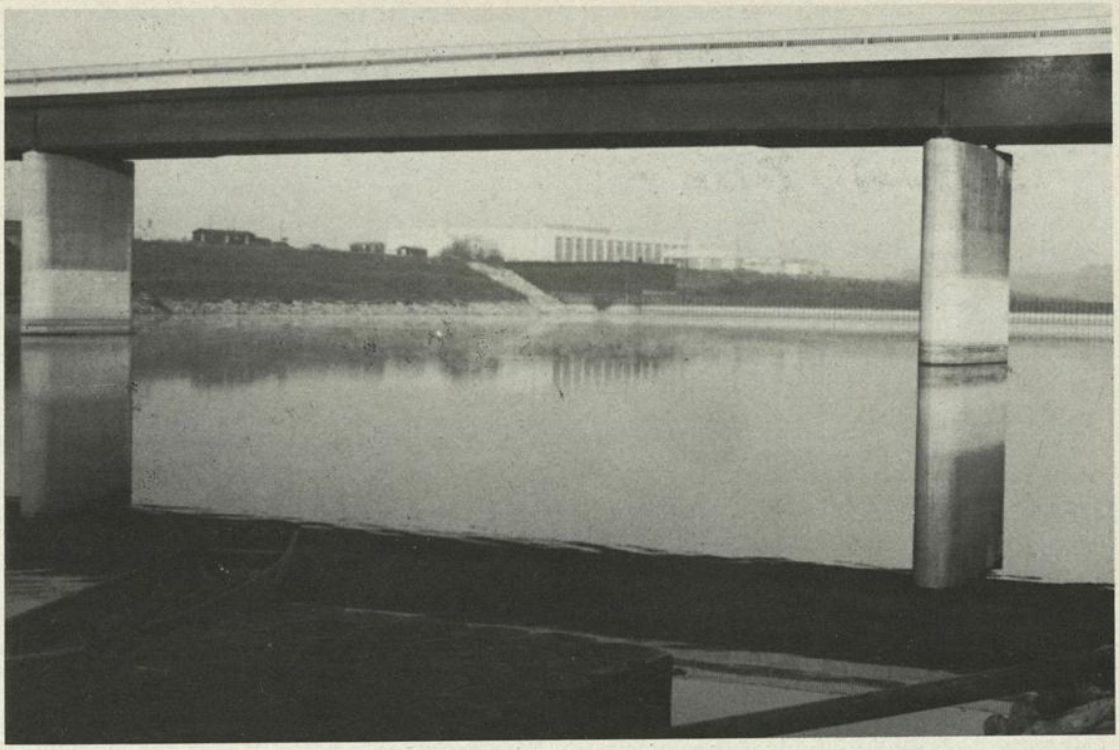
Das Gesamtobjekt wurde aufgrund seiner Länge in fünf Abschnitte gegliedert, die als Spannbetondurchlauftragwerke großteils mit freitragender Vorbaurüstung errichtet werden sollen. Extreme Schwierigkeiten lassen die beengten Platzverhältnisse entlang der schmalen Uferzone und die beschränkten Zufahrtsmöglichkeiten besonders bei der Herstellung der Bohrpfahlfundierung erwarten.

Das Bauwerk wurde im Frühjahr 1979 ausgeschrieben und steht unmittelbar vor der Vergabe. Mit seiner Fertigstellung ist Ende 1982 zu rechnen.

Bauabschnitte 4 bis 6 (Brückenobjekte in der Anschlußstelle)

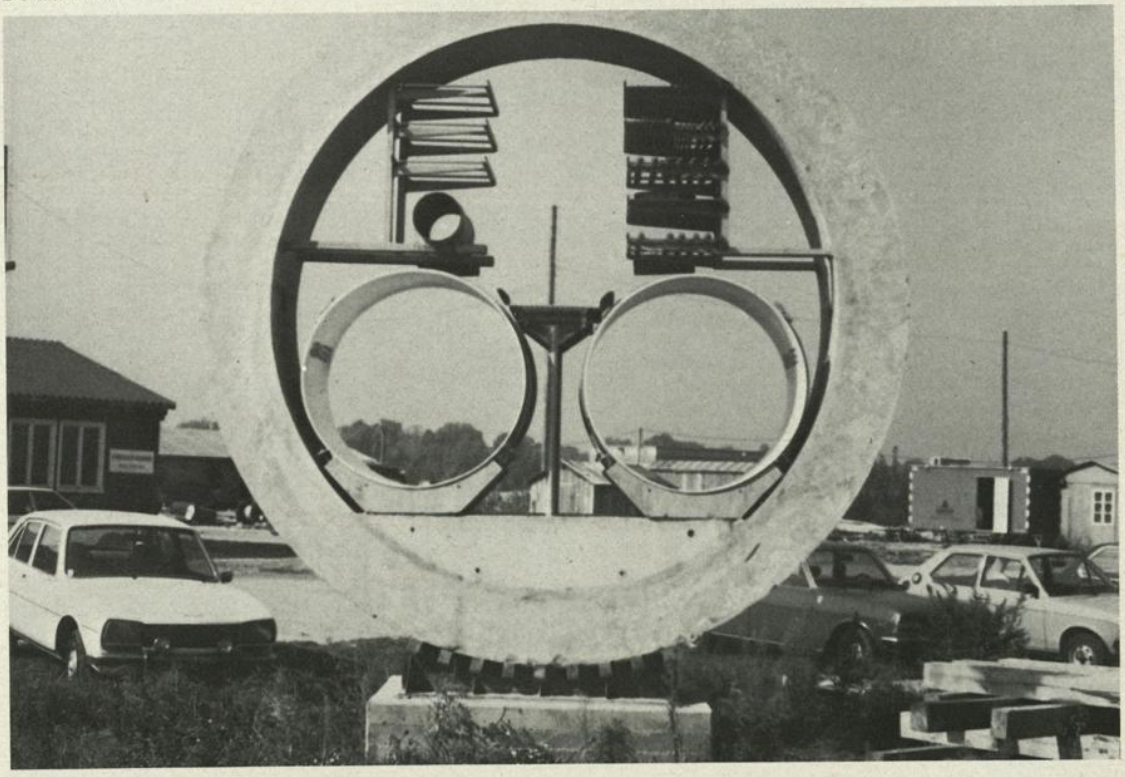
Dieser brückenbautechnisch schwierigste und interessanteste Teil des gesamten Verkehrsbauwerks mit seinen vier Donaukanalbrücken schließt die Lücke zwischen der Hochstraße der B 14 und der Hochstraße Handelskai.

Die maßgebliche Problemstellung für den Brückenentwurf ergibt sich aus den stark unterschiedlichen Anlageverhältnissen und Funktionen der rechtsufrigen Hochstraßenbereiche und der Flußbrücken, die mit Hauptfeldöffnungen zwischen 60 und 70 m bei teilweise extremer Bogenlage den Donaukanal überspannen. Die Hochstraßen werden weitgehend an die Hochstraße der B 14 angeglichen, obgleich eine Fortsetzung des Zentralquerschnitts durch die Aufspaltung in schmälere Tragwerke naturgemäß nicht möglich war. Lediglich die Stützenform konnte konsequent beibehalten werden. Das Problem, diese schlanken unauf-



Steinspornbrücke mit Pumpwerk Linker Donausammelkanal

Donaudüker



fälligen Tragwerke mit den weitgespannten Donaukanalbrücken zu einer harmonischen Einheit zu verbinden, wird durch die Wahl einhüftig gevouteter Spannbetonhohlkästen gelöst, die durch große Massenkonzentrationen das linke Ufer schwerpunktmäßig betonen und rechtsufrig kontinuierlich auf die Bauhöhe der Hochstraßen auslaufen.

Das Ausschreibungsprojekt für die Bauabschnitte 4 bis 6 steht vor der Fertigstellung.

Einem an die Vergabe der Hochstraße der B 14 anschließenden Baubeginn und einer Endfertigstellung des gesamten Bauvorhabens im Sommer 1983 steht nun nichts mehr entgegen.

Bauabschnitt 7 (Abfahrtsrampe von der Nordbrücke)

Diese flächenmäßig untergeordnete Brücke trägt die Problematik des seitlich einschleifenden Anschlusses an das erste Stromfeld der Nordbrücke in sich und kann daher nur in derselben Bauweise wie diese – nämlich als Stahlbrücke – ausgeführt werden. Deshalb wurde dieses Objekt aus der Planung der übrigen Knotenbauwerke herausgelöst.

Die Planung dieser Brücke soll im Jahr 1980 erfolgen, damit bei einem Baubeginn im Frühjahr 1981 die Fertigstellung 1983 gewährleistet werden könnte.

Wiener Abwasserbeseitigungsprojekt 1980 (WABAS 80)

Konzeption

Die Donau und der Donaukanal haben nicht nur als Teil des Stadtbildes von Wien und als Verkehrswege wesentliche Bedeutung, sondern auch als Vorfluter für die in sie eingeleiteten Abwässer. Im Zuge der Bemühungen um einen wirksamen Gewässerschutz wurden Untersuchungen der Wassergüte des Donaustroms und des Donaukanals durchgeführt, wobei sich die Notwendigkeit einer mechanisch-teilbiologischen Reinigung der Wiener Abwässer ergab. Aus Gründen der Platz- und Personalersparnis, besonders aber wegen Berücksichtigung des Grundwasserwerkes Lobau, erwies es sich als zweckmäßiger und wirtschaftlicher, auf eine eigene Kläranlage für die Gebiete links der Donau zu verzichten und alle Abwässer Wiens – mit Ausnahme der in der Kläranlage Inzersdorf-Blumental gereinigten – zentral in einer Hauptkläranlage zu reinigen.

Die Hauptkläranlage Wien mit dem Standort in Kaiser-Ebersdorf ist auf 2,5 Mio. Einwohnergleichwerte ausgelegt und weist in der mechanischen Reinigungsstufe ein Durchsatzvermögen von 24 m³/s auf, wovon 12 m³/s in der biologischen Stufe zusätzlich gereinigt werden können. Der für die erste Ausbaustufe wasserrechtlich vorgeschriebene Reinigungsgrad von 70% bedeutet, daß dem Abwasser durch den Klärprozeß mindestens 70% der enthaltenen Schmutzstoffe entnommen werden müssen. Die für die Hauptkläranlage vorgesehene Fläche von ca. 41 ha ist so groß, daß darauf später auch weitere Reinigungsstufen (Reinigungsgrad 90%) untergebracht werden können. Die Erweiterung auf eine vollbiologische Reinigung wird voraussichtlich im Zuge der Errichtung einer Staustufe der Donau unterhalb von Wien notwendig sein.

Die Planung der Abwasserreinigungsanlage erfolgte daher unter Berücksichtigung einer künftigen vollbiologischen Reinigung des Abwassers. Durch Vorschalten einer biologischen Stufe können auch die Stickstoffverbindungen des Abwassers oxidiert werden (Nitrifikation). Durch Zugabe von entsprechenden Chemikalien wird bei Bedarf die sogenannte Simultanfällung angewendet, das heißt, die im Abwasser vorhandenen Phosphorverbindungen können zu etwa 90% abgebaut werden. Außerdem steht eine derzeit vermietete Fläche für eine künftig allfällig erforderliche Behandlung des Regenüberfallwassers zur Verfügung.

Kläranlage

Die folgende Beschreibung der einzelnen Anlagenteile erfolgt entsprechend dem Fließverlauf des Abwassers. Im Doppelprofil des verlängerten Rechten Hauptsammelkanals (RHSK) ist vor Erreichen der Einlaufgruppe ein Schotterfang angeordnet, in dem sich größere Schwerstoffe absetzen können. Im dritten Profil, das die Abwässer des 2., 20., 21. und 22. Bezirkes der Hauptkläranlage zuleitet, ist ein Schotterfang nicht erforderlich, da die Zubringerkanäle solche bereits vor den jeweiligen Dükern aufweisen.

Die aus Schneckenpumpwerk, Rechenanlage und Sandfang bestehende Einlaufgruppe ist in sechs einander gleichwertigen Straßen ausgebildet. Die Inbetriebnahme bzw. Abschaltung einzelner Straßen ist von der Menge des zufließenden Abwassers abhängig.

Das ankommende Abwasser wird in einem Schneckenpumpwerk mit einer Förderleistung von 6 × 4 m³/s um etwa 5 m gehoben. Von dieser Höhe aus kann das Abwasser die gesamte Kläranlage im Freispiegelgefälle durchfließen. Nach den Förderschnecken durchfließt das Abwasser eine Rechenanlage, die aus je sechs Grob- und Feinrechen mit Stabweiten von 80 bzw. 25 mm besteht. Das mit diesen Rechen dem Abwasser entnommene Rechengut (Schwimm- und Schwebstoffe aus Holz, Textilien, Papier usw.) wird über Förderbänder den Rechengutpressen zugeführt, in denen es unter Druck entwässert, in Containern gesammelt und anschließend zur Verbrennungsanlage verführt wird. Schneckenantrieb, Rechenanlage und Pressen sind in einem Gebäude untergebracht. Diesem Gebäude folgt eine Sandfanganlage, in der mitgeführte Schwerstoffe (hauptsächlich mineralischer Natur, wie Sand, Asche u. dgl.) zur Absetzung gelangen. Drei Zwillingsräumer schicken das abgesetzte Gut, der Fließrichtung entgegengesetzt, in die Sandfangtrichter, von wo es mittels Greifer in die Sandwaschanlage gefördert wird. Dort wird das Material mittels Druckwasser und Preßluft so weit gereinigt, daß es unbedenklich auf Deponien gebracht werden kann.

Der aus einem offenen Doppelprofil bestehende S-förmige Zulauf zur Beckengruppe weist schon eine Abzweigmöglichkeit zur künftigen zweiten Beckengruppe auf, die bei Ausbau der Hauptkläranlage auf eine vollbiologische Reinigung erforderlich ist.

Die mechanische Vorklärung des bereits grob gereinigten Abwassers wird in acht Rechteckbecken vorgenommen, wobei der Zulauf über die auf der Außenseite liegenden Verteilungsgerinne erfolgt. In diesen Vorklärbecken tritt durch wesentliche Verringerung der Fließgeschwindigkeit ein Absetzen bzw. Aufschwimmen von Schmutzstoffen ein. Der sich am Beckenboden absetzende Vorklärschlamm wird durch Räumer in Sammelrinnen geschoben und dann in die Eindicker gefördert. Der Schwimmschlamm wird mit einem Paddelwerk abgezogen. Durch die gesamte mechanische Reinigungsstufe, deren Wirkung auf rein physikalischen Vorgängen beruht, wird dem Abwasser fast ein Drittel der Schmutzstoffe entzogen.

Zur weiteren Reinigung von den im Abwasser weiters enthaltenen organischen Schwebstoffen sowie gelösten Stoffen sind biologische Vorgänge notwendig. Diese entsprechen der biologischen Selbstreinigung natürlicher Gewässer, nur verlaufen sie in einer Kläranlage bedeutend

rascher und konzentrierter. Kleinstlebewesen nehmen dabei die Schmutzstoffe auf und verwenden diese zum Aufbau der Zellsubstanz, sie vermehren sich sehr rasch und bilden Schlammflocken, die sich später in den Nachklärbecken absetzen. Diese Mikroorganismen benötigen für ihre Lebensprozesse Sauerstoff, der künstlich zugeführt werden muß. Bei der Hauptkläranlage Wien wurde für die biologische Reinigung des Abwassers das Belebungsverfahren gewählt. Der Sauerstoffeintrag erfolgt durch Belüftungskreisel, durch deren rasche Umdrehung das Abwasser-Schlamm-Gemisch von der Beckensohle hochgesaugt und an der Oberfläche strahlenförmig ausgestoßen wird. Der Strahl wird dabei in viele Tröpfchen aufgeteilt, wodurch eine wesentliche Vergrößerung der Kontaktfläche mit der Luft entsteht. Beim Aufprall des versprühten Abwasser-Schlamm-Gemisches auf die Wasseroberfläche entstehen weiters zahlreiche Luftbläschen, die mit der starken Umwälzströmung in die Tiefe des Beckens gerissen werden und dort einen Teil ihres Sauerstoffes abgeben. Die starke Umwälzung verhindert in Verbindung mit der kreisförmigen Strömung ein Absetzen des Schlammes an der Beckensohle.

Im biologischen Teil der Beckengruppe können, wie bereits erwähnt, höchstens 12 m³/s durchgesetzt werden. Falls bei stärkeren Niederschlägen mehr als 12 m³/s Abwasser der Kläranlage zufließen, wird der diese Menge übersteigende Teil, also maximal weitere 12 m³/s, nach der Vorklärung über das Mittelgerinne direkt dem Ablaufkanal zugeleitet.

Nach Durchfließen der Belebungsbecken gelangt das Abwasser-Schlamm-Gemisch in die Nachklärbecken, in denen sich durch mechanische Absetzvorgänge der belebte Schlamm vom gereinigten Abwasser trennt. Dieses fließt über Überlaufschwellen in den Ablaufkanal, während der abgesetzte Nachklärschlamm von Längsräumern nach außen in die Schlammtrichter geschoben und gesammelt wird. Zu einem großen Teil wird er über zwei Rücklaufschlammpumpwerke (Schneckenpumpen zu je 4 m³/s Förderleistung) als Rücklaufschlamm wieder in die Belebungsbekken zurückgefördert, um dort wieder an der biologischen Reinigung mitzuwirken. Der übrige Schlamm wird als sogenannter Überschußschlamm in die Eindicker gepumpt.

Die gesamte Beckengruppe weist eine Größe von etwa 6 ha auf, die Beckensohlen liegen auf einer Höhe, die so gewählt wurde, daß sie nur an wenigen Tagen im Jahr durch den Grundwasserspiegel überschritten wird. Die Betonsohlen weisen streifenförmige Aussparungen auf, die erst vor Inbetriebnahme mit Bitumenkies geschlossen werden. Dies stellt eine Maßnahme zur Sicherheit gegen Auftrieb dar; es soll damit vermieden werden, daß bei höheren Grundwasserständen und leeren Becken die Betonsohle bricht. Die Räumer der Vorklär- und der Nachklärbecken sowie der Verteilungsgerinne werden in Aluminium ausgeführt. Dabei wird wegen der guten chemischen Beständigkeit des Aluminiums auf jeglichen Schutzanstrich verzichtet, ohne daß die Lebensdauer des Metalls beeinträchtigt wird. Dies ergibt auch geringere Wartungskosten.

Am Kläranlagenauslauf mußte ein Hochwasserpumpwerk angeordnet werden, da der Wasserspiegel der Donau und damit auch der des Donaukanals bei Hochwasser höher liegt als der der Kläranlage. Im Hochwasserfall drücken drei Propellerpumpen zu je 8 m³/s Förderleistung das geklärte Abwasser in den geschlossenen Auslaufkanal und damit in den Donaukanal. Bei normaler Wasserführung der Donau verbleibt am Kläranlagenauslauf eine Nutzfallhöhe von etwa 2,50 m, die zur Energieerzeugung verwendet wird.

Ein Kollektorsystem dient zur Unterbringung sämtlicher Schlamm- und Nutzwasserleitungen sowie aller elektrischen Leitungen (20 kV-Kabel), Meß- und Steuerleitungen usw.). Beiderseits der Belebungsbecken, also möglichst nahe dem Stromverbrauchsschwerpunkt, sind die Transformatorengebäude angeordnet. An der Nordseite der Bekkengruppe befindet sich der Zuleitungskanal, der die Abwässer des Kaiser-Ebersdorfer- sowie des Liesingtal-Sammelkanales einschließlich des in der Kläranlage Inzersdorf-Blumental anfallenden Schlammes dem Zulauf der Hauptkläranlage zuführt. Dieser Kanal dient ebenso wie der südlich der Beckengruppe liegende Entleerungskanal bei der Entleerung von Becken als Vorfluter.

Am Westrand der Kläranlage wurden vier Schlammeindicker errichtet. Durch entsprechende Leitungsführung können hier Vorklär- und Überschußschlamm sowohl gemeinsam als auch getrennt voneinander eingedickt werden. Westlich der Beckengruppe befinden sich Hochbauten (Warten-, Betriebs- und Sozialgebäude, Magazine und Werkstätten sowie ein Garagengebäude).

Das am schwierigsten zu lösende Problem der Abwasserreinigung bildete hier wie bei allen anderen Großkläranlagen die Behandlung und Beseitigung des anfallenden Klärschlammes. Ursprünglich bestand in Wien der Gedanke, den Schlamm auszufaulen und landwirtschaftlich zu verwerten. Letzten Endes ergab sich aber keine Möglichkeit, den Schlamm auf viele Jahre hinaus ganzjährig garantiert in der Landwirtschaft unterzubringen. Außerdem fehlt es in einem Ballungsraum wie Wien und Umgebung an geeigneten Deponiemöglichkeiten zur Unterbringung von entwässertem Faulschlamm. Nach langwierigen Untersuchungen und Kostenermittlungen ergab sich als zweckmäßigste Lösung, den Schlamm in frischem Zustand, also unausgefault, zu entwässern und zu verbrennen.

Im Herbst 1976 wurde mit den Entsorgungsbetrieben Simmering Ges. m. b. H. & Co KG, kurz EBS genannt, an der die Stadt Wien mehrheitlich beteiligt ist, ein Übereinkommen getroffen, nach dem diese Gesellschaft verpflichtet ist, den anfallenden eingedickten Schlamm, pro Tag bis 3.800 m³, zu übernehmen und zu verbrennen. Ein Leitgedanke dabei war es, die bei der Verbrennung von Altöl und Sondermüll entstehende Überschußenergie bei der Schlammbehandlung zu verwerten. Diese Verbrennungsanlage, die auch das anfallende Rechengut beseitigen soll, wird westlich der Hauptkläranlage errichtet.

Die Inbetriebnahme sowohl der Hauptkläranlage als auch der EBS-Anlage ist vertraglich für Mitte 1980 festgelegt.

Zusammenführung der Abwässer

Zum Wiener Abwasserbeseitigungsprojekt gehört nicht nur die Errichtung der Hauptkläranlage, sondern auch die Zusammenführung der Abwässer. Die Sammelkanäle, die derzeit direkt in den Donaukanal oder den Donaustrom münden, mußten bzw. müssen bis zur Hauptkläranlage verlängert, außerdem mußten neue Sammelkanäle errichtet werden.

Kanalbauten stellen sehr aufwendige und langlebige Investitionen dar, die nicht nur baulich, sondern auch hinsichtlich des Abfuhrvermögens 100 Jahre überdauern sollen. Die Ermittlung der künftigen Belastung, also der Bemessungswassermenge, erfolgte daher in Zusammenarbeit mit der Wiener Stadtplanung, die zum Beispiel anhand verschiedener Stadtmodelle für die Gebiete links der Donau die voraussichtliche Entwicklung hinsichtlich Bevölkerung, Arbeitsplätze bzw. Siedlungsentwicklung usw. als wichtigste Bemessungsgrundlage ermittelte.

Sämtliche neuen großen Sammelkanäle wurden aus betrieblichen Gründen als Doppelprofile mit seitlichen Podesten ausgebildet, da hiedurch die Räumung des abgelagerten Materials erleichtert wird. Zu diesem Zweck sind in größeren Abständen (hauptsächlich bei der Einmündung von Nebensammlern) Umschwellbauwerke angeordnet,

sodaß für Räumzwecke ein Profil trockengelegt werden kann.

Soweit diese neuen Sammelkanäle nicht unter öffentlichen Verkehrsflächen liegen, sind über ihnen Bedienungsstraßen vorgesehen. Diese dienen nicht nur zur Betreuung des Kanals, sondern teilweise auch den Aufgaben des Strombauamtes.

Sowohl die Maßnahmen zur Zusammenführung der Abwässer als auch die Errichtung der Neuen Donau erfordern die Auflassung der derzeit das Überschwemmungsgebiet querenden Sammelkanäle und daher die Errichtung eines Begleitkanals parallel zur Donau. Dieser Linke Donausammelkanal (LDS) liegt größtenteils in der donauseitig angeordneten Verbreiterung des Hubertus- bzw. des Marchfeldschutzdammes. Er führt von der Überfuhrstraße in der Schwarzlackenau bis auf Höhe des Kraftwerkes Donaustadt und weist dabei eine Länge von 10,5 km auf. Sein mittleres Gefälle von 0,45‰ entspricht dem der Donau. Er beginnt oben mit einem Profil 2 × 215/240 cm, das 6,4 m³/s abführen kann. Da dieser Sammelkanal bis zu seinem unteren Ende keinen Überfall aufweisen kann, der ja in die Neue Donau münden würde, mußte er auf eine entsprechend große Wassermenge ausgelegt werden. Er besteht daher im unteren Bereich aus einem Profil von 2 × 530/310 cm, das ein Abfuhrvermögen von 63 m³/s besitzt. In der Nähe des Kraftwerkes Donaustadt ist ein Trennbauwerk angeordnet, von dem aus die Abwässer bis zu einer Verdünnung von mindestens 1 + 1,5 (maximal 7,5 m³/s) über einen Absturz in Richtung Donaudüker geführt werden. Bei Starkregen werden die darüber hinaus anfallenden, durch den Niederschlag verdünnten Abwässer dem in den Donaustrom mündenden Überfallkanal des LDS-Pumpwerkes zugeleitet. Beide Kanäle (Profil 2 × 130/200 + 2 × 400/250 cm) unterfahren gemeinsam mit einem Kollektor die Neue Donau und münden in das auf der Donauinsel untergebrachte LDS-Pumpwerk.

Da der Linke Donausammelkanal tiefer liegt als das rechtsufrige Kanalsystem, muß vor der Unterfahrung der Donau eine Drucksteigerungsanlage errichtet werden. Außerdem kann das Überfallwasser ab Mittelwasserführung der Donau nicht mehr im Freispiegelgefälle abfließen, sondern muß gepumpt werden. Beide Pumpanlagen sind in dem auf der Donauinsel situierten LDS-Pumpwerk vereinigt. Für das Dükerpumpwerk sind vier Kanalradpumpen mit einer maximalen Leistung von je 2 m³/s vorgesehen. Für das Überfallpumpwerk werden für die erste Ausbaustufe je zwei Propellerpumpen zu 3 bzw. 7 m³/s Leistungsfähigkeit eingebaut. Baulich ist die spätere Installation weiterer vier Pumpen berücksichtigt. Den Pumpen werden zur Entfernung gröberer Schwimm- und Schwebstoffe Umlaufrechen vorgeschaltet. Das anfallende Rechengut wird entwässert und zur Verbrennung abgeführt.

Der technisch schwierigste Abschnitt des gesamten neuen Kanalsystems war der Donaudüker. Seine Aufgabe besteht nicht nur darin, die links der Donau anfallenden Abwässer zur rechten Donauseite zu bringen, sondern auch die für die Stromversorgung und Steuerung der Hauptkläranlage und der Pumpwerke erforderlichen Kabel aufzunehmen. Die Trasse der Donauquerung wurde stromabwärts des Kühlwasserentnahmebauwerkes des Kraftwerkes Donaustadt, jedoch oberhalb der Kühlwasserausmündung festgelegt, womit natürlich auch der Standort des LDS-Pumpwerkes bestimmt wurde.

Die Ausschreibung der Baumeisterarbeiten für die Herstellung des Donaudükers erfolgte in zwei Varianten. Die eine bestand aus einem großen Rohr mit einem inneren Durchmesser von 370 cm, in dem alle Leitungen unterzubringen waren, die andere sah zwei Rohre von je 240 cm Innendurchmesser vor, wobei in einem das Abwasser in zwei voneinander getrennten Kammern aufgenommen werden und das andere als Kollektor dienen sollte. Das Vortriebsverfahren war den Bietern freigestellt. Von den insgesamt 51 abgegebenen Angeboten verschiedenster Ausführungsarten wurde die Vorpressung eines Rohres mit 370 cm Innendurchmesser zur Ausführung ausgewählt. Dieser Wahlvorschlag sah anstelle eines Schachtes am rechten Donauufer das Auffahren des Donaudükers in gekrümmter Gradiente vor.

Die Vorpreßrohre wurden in einem Betonwerk in St. Pölten gefertigt und auf der Straße zur Baustelle transportiert. Die Stahlbetonrohre mit der Betongüte B 500 hatten bei 300 cm Baulänge einen lichten Durchmesser von 370 cm und 46 cm Wanddicke.

Für den Vortrieb wurden die Rohre nach Aufziehen der Dichtung mittels Portalkranz in die Preßgrube abgesenkt, angesetzt und – entsprechend der Vortriebsleistung vor Ort – eingeschoben.

Den Beginn der Strecke bildeten der Schneidschuh, verstärkt ausgebildete Rohre und die Schleusenwände, durch die drei Kammern entstanden. In der ersten Kammer befanden sich ein Fräslader als Abbaugerät und der Spülkübel. In der zweiten Kammer war der Steuerstand für Haupt- und Hilfssteuerpressen. Die dritte Kammer diente als Personenschleuse. Im Laufe des Vortriebes wurden etwa alle 100 m Dehnerelemente eingebaut sowie etwa 350 m von der Ortsbrust entfernt eine zusätzliche Sicherheitsschleuse. Zur Verringerung der Reibung zwischen Rohr und Gebirge erfolgte eine Schmierung mit Bentonitsuspension über in den Betonrohren regelmäßig angeordnete Rohrstutzen. Durch diese wurde zuletzt auch die endgültige Verpressung des Spaltes zwischen Rohraußenfläche und Boden vorgenommen.

Der Vortrieb erfolgte unter Druckluft. Die Drücke in der Arbeitskammer betrugen etwa 2,0 bar, wobei Druckerhöhungen bis 2,3 bar den örtlichen geologisch-hydrologischen Bedingungen entsprechend erforderlich waren. Der Abbau erfolgte in durchgehendem Schichtbetrieb rund um die Uhr, vor Ort waren jeweils fünf Mann beschäftigt. Das mit dem Fräslader „Dachs" abgebaute Material wurde zerkleinert und im Spülförderverfahren in zwei am rechten Donauufer angelegte Absetzteiche gepumpt. Dieses System der Spülförderung hat sich gegenüber anderen Verfahren der Materialförderung als sehr vorteilhaft erwiesen, da es einen kontinuierlichen Betrieb ermöglicht und keine Materialschleusung erfordert.

Gleichzeitig mit dem Rohrvortrieb wurde mit den Arbeiten am linksufrig vorgesehenen Zielschacht begonnen. Dieser Schacht mit 8,80 m lichtem Durchmesser und 1 m bzw. 1,25 m Wanddicke wurde nach dem Senkbrunnenprinzip hergestellt, die Schneidschuhkante lag etwa 27 m unter Gelände.

Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten erfolgte am 17. März 1978 mit großer Genauigkeit der Dükerdurchschlag. Der Donaudüker Wien stellt hinsichtlich Durchmesser und Länge, besonders aber durch die Kurvenfahrt, eine – auch international gesehen – technische Spitzenleistung dar.

Nach Fertigstellung des Rohbaues des Donaudükers wurden zwei Abwasserleitungen aus glasfaserverstärkten Kunststoffrohren NW 1.400 eingebaut. Der über diesen befindliche Raum wird als begehbarer Kollektor zur Unterbringung von Hoch- und Niederspannungskabeln sowie eines Wasserrohres NW 300 ausgestattet. Am Dükerrohrscheitel wurden zwei Schienen eingebaut, die in Verbindung mit Laufkatzen Montage- und Transportarbeiten erleichtern sollen.

Im Zuge der Zusammenführung aller Abwässer Wiens waren auch im Bereich des 2. Bezirkes verschiedene Kanalbauten erforderlich. Am rechten Donauufer münde-

ten ursprünglich drei öffentliche Straßenkanäle direkt in den Donaustrom aus. Vor Ausbau des Handelskais wurde daher zwischen Mexikoplatz und Donaukaibahnhofsplatz (stromaufwärts der Ostbahnbrücke) der Rechte Donausammelkanal (RDS) als Profil 150/180 cm mit einem Abfuhrvermögen von 2,1 m³/s verlegt. Dieser Kanal muß noch bis zum Auslaufbauwerk des Donaudükers verlängert werden. Die Verbindung zwischen dem Auslauf des Donaudükers und dem linken Donaukanalufer stellt die sogenannte Praterquerung dar. Dieses unbewehrte Drillingsprofil (2 × 200/200 + 1 × 150/180 cm) ist die Verlängerung des Linken und Rechten Donausammlers und liegt in der landseitigen Böschung des Hochwasserschutzdammes entlang der Seitenhafenstraße. Dieser Kanal wurde in monolithischer Bauweise hergestellt.

Der Linke Hauptsammelkanal (LHSK) mündet zur Zeit oberhalb der Ostbahnbrücke in den Donaukanal. Um dessen Abwasser der Hauptkläranlage zuleiten zu können, mußte dieser Kanal entlang des Donaukanals unter Berücksichtigung der Flughafenautobahn bis zu einer Stelle gegenüber der Hauptkläranlage verlängert werden. An der Vereinigungsstelle des Linken Hauptsammelkanals mit dem Rechten Donausammler wird ein Überfallbauwerk errichtet, das wegen der Gefahr des Einstaues von Hochwasser mit dem Linken Hauptsammelkanal-Pumpwerk versehen werden muß.

Gemeinsam mit dem verlängerten Linken Donausammler wird in einem echten Düker, der wegen schwieriger hydraulischer Verhältnisse aus 2 × 3 Kammern besteht, der Donaukanal unterfahren. Dieser Donaukanaldüker, der in offener Bauweise mittels Kastenfangedammes mit 21 m langen Spundbohlen in zwei Phasen – jeweils bis Donaukanalmitte – hergestellt wurde, weist ebenso wie das unterste Baulos des verlängerten Linken Hauptsammelkanals einen Kollektor zur Aufnahme verschiedener Leitungen auf. Über diesen Donaukanaldüker gelangen die Abwässer des 2., 20., 21. und 22. Wiener Gemeindebezirkes zum 3. Profil des Zuleitungskanals zur Hauptkläranlage.

Der am rechten Donaukanalufer verlaufende Rechte Hauptsammelkanal (RHSK) mußte von seiner Ausmündung unterhalb des E-Werkes Simmering um über 2 km bis zum Einlaufbauwerk der Hauptkläranlage verlängert werden. Im Bereich der Margetinstraße zweigt dieser Kanal vom Donaukanalufer ab. Hier wurde ein hochwassersicheres Überfallbauwerk errichtet. Nach diesem Überfall können bis 16 m³ Abwasser pro Sekunde der Hauptkläranlage zugeleitet werden; bei stärkeren Niederschlägen werden die über diese Menge hinaus anfallenden, stark verdünnten Abwässer dem Donaukanal zugeführt. Bei Donauhochwasser, das natürlich auch in den Donaukanal zurückstaut, wird das Überfallwasser über das Rechte Hauptsammelkanal-Pumpwerk in den Donaukanal gedrückt. In den letzten 200 Metern vor dem Pumpensumpf der Hauptkläranlage ist der Zulaufkanal als Drillingsprofil ausgebildet, wobei das in Fließrichtung links liegende Profil die aus dem Donaukanaldüker zufließenden Abwässer aufnimmt. Zur Ausführung gelangte eine Firmenvariante aus Fertigteilen mit den Innenmaßen 2 × 500/435 cm, einer Länge von 6 m und einem Stückgewicht von 56 t. Diese Fertigteile wurden in Feldfertigung auf der Baustelle erzeugt und anschließend eingebaut.

Zu den Maßnahmen für den erweiterten Hochwasserschutz von Wien, die die Kanalisation betreffen, gehört auch die hochwassersichere Gestaltung der untersten Regenüberfälle des Rechten Hauptsammelkanals. Es war notwendig, diese umzubauen und mit Verschlußorganen zu versehen.

Nach Inbetriebnahme des neuen Wiener Abwasserbeseitigungsprojektes mit allen angeführten Kanälen und Pumpwerken können die alten, am linken Donauufer befindlichen Hochwasserpumpwerke aufgelassen werden. Am Donaukanal bleibt das des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals erhalten. Der derzeitige Auslaufkanal dient künftig nur noch als Überfallkanal, da die Trockenwettermenge bis zu einer Verdünnung von 1 + 1,5 gemeinsam mit den Abwässern des Liesingtal-Sammelkanals und mit dem in der Kläranlage Inzersdorf-Blumental anfallenden Klärschlamm der Hauptkläranlage zugeführt wird. Die Errichtung dieses Zuleitungskanals sowie des zugehörigen Hebewerkes ist für die nächsten Jahre beabsichtigt. Außerdem muß noch der Liesingtal-Sammelkanal, der derzeit unterhalb von Schwechat in das Ziegelwasser einmündet, zum Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanal umgeleitet werden.

Maschinelle Einrichtung und Stromversorgung

Zur maschinellen Ausrüstung der Hauptkläranlage, der Sammelkanäle und der zugehörigen Pumpwerke gehören nicht nur zahlreiche verschiedenartige Verschlußorgane des Stahlwasserbaues, sondern auch eine große Zahl von Pumpen, Rechen, Räumern und anderen maschinellen Einrichtungen.

Kläranlage und Pumpwerke sind zur Optimierung des Stromverbrauchs elektrotechnisch ebenfalls in einem System zusammengefaßt. Seine Anspeisung erfolgt mittels zweier 110 kV-Leitungen aus dem nahegelegenen Kraftwerk Donaustadt der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke, wobei für den Endausbau eine Leistung von 35 MVA berücksichtigt wurde.

Die Steuerung und Überwachung dieses komplizierten Systems erfordert den Einsatz eines Prozeßrechners, wobei ein Optimierungsprogramm für eine nicht unerhebliche Einsparung an elektrischer Energie sorgt.

Kostenübersicht

Die Gesamtkosten aller Maßnahmen zur Zusammenführung der Abwässer Wiens einschließlich der Errichtung der Hauptkläranlage betragen rund 3 Mrd. S, wovon ca. 80% auf die Bauarbeiten entfallen. Der Rest wird für maschinelle Einrichtung und Stromversorgung sowie Elektroinstallation aufgewendet.

Um einen Überblick über das Ausmaß der Bauarbeiten zu geben, ist anzuführen, daß die eingebaute Betonmenge rund 500.000 m³ beträgt, wofür ca. 150.000 t Zement verbraucht wurden. Der Verbrauch an Baustahl umfaßt ungefähr 20.000 t.

Das neue Wiener Abwasserbeseitigungsprojekt, das in seiner Größenordnung und seiner Bedeutung nur mit der Errichtung der Sammelkanäle in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verglichen werden kann, ist die in Österreich weitaus umfangreichste Maßnahme zum Schutz der Gewässer und damit der wesentlichste Beitrag zur Verbesserung der Wassergüte der Donau und des Donaukanals. Als weitere große Maßnahme im gleichen Sinne ist für die achtziger Jahre die Errichtung von Entlastungskanälen zu den beiden Wienfluß-Sammelkanälen und zum Rechten Hauptsammelkanal beabsichtigt, womit das Anspringen der Regenüberfälle sowohl der Intensität als auch der Häufigkeit nach stark reduziert werden soll.

DAS WIENER VIZEBÜRGERMEISTERAMT UND SEINE VERTRETER

Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte

Von Archivdirektor a. o. Univ.-Prof. Dr. Felix Czeike

2. Teil: Biographien (1783–1850)

1. Die Vizebürgermeister des Kriminaljustizsenats (Kriminalgerichts)

Friedrich Ignaz v. Maurer (1783–1787)

Ignaz (meist Friedrich Ignaz) v. Maurer (seltener Mauerer) war seit dem Amtsantritt des Bürgermeisters Josef Georg Hörl im Jahre 1773 bis zur Aufhebung des k. k. Stadtgerichts im Jahre 1783 als dessen unmittelbarer Nachfolger Stadt- und Landrichter und wurde sodann aufgrund der im josephinischen Magistratsdekret enthaltenen Bestimmungen am 1. November 1783 zum ersten Vizebürgermeister des Kriminaljustizsenats bestellt[80]). Maurer war der Sohn des „Chyrurgus" Johann Jakob Maurer[81]) aus dessen zweiter Ehe. Als Stadt- und Landrichter logierte er im Haus Hoher Markt Nr. 485[82]) (das nebst anderen Häusern auf dem Areal des späteren Palais Sina, heute 1, Hoher Markt 8, stand); das Gebäude – ebenso wie das kleinere Nachbarhaus Nr. 484 Teil des alten Berghofs[83]) – befand sich zu diesem Zeitpunkt im Besitz von Verwandten Maurers: seines Schwagers, des Arztes Dr. Florian Prosky, und seines Bruders, des Obristhofmarschallrats Paul Joseph Maurer. Friedrich Ignaz bezog als Stadt- und Landrichter ein Gehalt von 3.800 fl jährlich[84]). Seine Einkünfte als Vorstand des Kriminaljustizsenats (und Vizebürgermeister) sind nicht völlig transparent, da sich die Quellen widersprechen[85]); man darf jedoch einen Betrag zwischen 2.500 und 3.000 fl als gegeben betrachten. Maurer stand Johann Georg Augusti zur Seite, der auch sein Amtsnachfolger werden sollte; Augusti war nach Maurer der ranghöchste von zwölf Räten, aus denen der Senat bestand. Der nach Augusti zum Vizebürgermeister ernannte Joseph Anton Macher rangierte zu diesem Zeitpunkt wohl erst an fünfter Stelle, war aber einer der wenigen Räte, die ein Wahlfähigkeitszeugnis besaßen. Vizebürgermeister Maurer verfügte zu Beginn seiner Tätigkeit über folgendes weitere Personal[86]): einen Gerichtskommissär, einen Gerichtsdiener, sieben Gerichtsboten, einen Gefangenengeistlichen (Augustiner), einen Physikus, einen Chyrurgus und eine Hebamme. Mögen die Einkünfte der leitenden Beamten auch vergleichsweise hoch erscheinen, so muß dabei doch berücksichtigt werden, daß sie für Fehlleistungen materiell haftbar gemacht werden konnten. So dekretierte beispielsweise das niederösterreichische Appellationsgericht am 28. Juli 1784, daß „die Sorglosigkeit und die Verzögerung der Untersuchung des arretierten Gotthardt Kollinger erhoben sei und Herr Vizebürgermeister von Maurer, die Herren Räte Beer und Koller zu einem kollegial zu leistenden Entschädigungsbetrag von 100 fl und zum Ersatz der Atzungskosten von sieben Monaten verurteilt" würden[87]). Am 22. Februar 1787 wurde Maurer, der bereits mit dem Titel eines k. k. Rats ausgezeichnet worden war, durch ein Dekret des niederösterreichischen Appellationsgerichts „jubiliert" (d. h. pensioniert), nachdem er tags zuvor zum letzten Mal eine Ratssitzung geleitet hatte[88]). Nach seiner Pensionierung logierte Maurer Hoher Markt Nr. 486[89]), im städtischen Brunnhaus, in dem auch sein Amtsnachfolger Augusti eine Wohnung innehatte.

Johann Georg Augusti (1787–1800)

Zu Maurers Nachfolger wurde schon nach wenigen Wochen der aus Wien gebürtige, damals im Alter von 64 Jahren stehende – demnach um 1723 geborene – Magistratsrat Augusti bestellt, der bereits 1778 als Mitglied bzw. Senior des Inneren Stadtrats Angehöriger des Stadt- und Landgerichts gewesen war[90]). Augusti wohnte damals – und weiterhin bis zu seinem Tod im Jahre 1800 – in „Gemeiner Stadt Wien Brunnhaus" am Hohen Markt Nr. 486 (seit 1795 nach Umnumerierung Nr. 550), das vor der Schranne frei auf dem Platz stand[91]). Als Senior bezog Augusti 1782 ein Gehalt von 1.542 fl[92]). Die Neuregelung durch das Regierungsdekret vom 25. August 1783 brachte ihm eine Gehaltsfestsetzung in Höhe von 1.500 fl, als Vizebürgermeister bezog er 1787 jährlich 2. 500 fl, seit 1788 schließlich jährlich 3.000 fl[93]). Am 5. März 1787 präsidierte Augusti zum ersten Mal als Vizebürgermeister einer Ratssitzung[94]), am 29. Oktober erfolgte die Bestätigung aller „drei Herren Bürgermeister" durch das niederösterreichische Appellationsgericht[95]). Als am 23. Juni 1788, kurz nach Augustis Amtsübernahme, mit der neuen Kriminalgerichtsordnung der Theresianische Codex außer Kraft trat, begann damit eine neue Ära des magistratischen Kriminalgerichts. Aufgrund der Gesetze vom 13. Mai und 16. August 1791 erhielt der Senat am 10. Dezember desselben Jahres zusätzlich zehn Assessoren[96]). Zum Personal zählten darüber hinaus zwei Ratsprotokollisten, zwölf Aktuare, elf Auskultanten, ein Gerichtskommissär, zwei Einreichungsprotokollisten, ein Depositenamtskontrollor, ein Offizial, ein Gerichtsdiener, sieben Gerichtsboten, ein Gefangenenwärter, ein Gefangenenschreiber, vier Gefangenenwärtergehilfen, zwei Stadtphysici, ein Gerichtswundarzt und eine Gerichtshebamme. Um die Personalkosten trotz Personalaufstockung und Bezahlung von jährlich je 500 fl an die neuen Assessoren unverändert erhalten zu können, wurde verfügt, daß die Auskultanten in Hinkunft unentgeltlich zu arbeiten hätten[97]). Am 19. Dezember 1791 versammelten sich die Mitglieder des Bürgerausschusses im Rathaus, um „ihre Äußerung wegen Bestätigung des hiesigen Bürgermeisters und der beyden Vice-Bürgermeister mündlich, allenfalls schriftlich" abzugeben[98]); aus dieser Formulierung geht eindeutig hervor, daß von einer geheimen Wahl nicht die Rede sein konnte. Hörl, Moßbach und Augusti wurden nach vollzogener Wahl am 17. Februar 1792 vom Kaiser auf weitere vier Jahre bestätigt[99]). Nachdem sein Amtskollege im Ziviljustizsenat (Johann Joseph Edler v. Pilgram) bereits 1795 diese Ehrung erfahren hatte, wurde auch Augusti am 30. März 1797 nach einer mehr als 50jährigen Dienstzeit als Beamter unter Nachsicht der Taxen der Titel „wirkl. nö. Appellationsgerichtsrat" verliehen[100]). Am 21. März 1798 wurde ihm die bisherige Leitung des Depositenamts entzogen[101]). Trotz seines Alters übte Augusti zwar das Amt bis zu seinem am 2. Oktober 1800[102]) erfolgten Tod aus (andersartige Überlieferungen[103]) sind unrichtig), doch dürfte der 77jährige Vizebürgermeister die Kontrolle seiner Untergebenen nicht mehr allzu streng gehandhabt haben. So kam es, daß er am 29. Juli 1800 vom Kaiser wegen festgestellter unkorrekter Verhöre, welche Beamte im Kriminaljustizsenat durchgeführt hatten, angewiesen wurde, in Hinkunft besser darauf zu achten, daß „die Amtsgeschäfte mit Genauigkeit" geführt würden; zugleich wurde ihm anbefohlen, über Mißstände gegebenenfalls „sofort zu berichten", und zwar „bei eigener Verantwortung[104])". Augusti hinterließ ein mit 28. September 1800 datiertes Testament, in welchem er – da seine Frau bereits vor ihm verstorben war und er auch keine

Kinder hinterließ – die bürgerl. Kaffeesiederin im nahegelegenen Regensburger Hof (heute 1, Lugeck 4), Anna Krimm, in deren Lokal er offenbar Stammgast war, zu seiner Universalerbin einsetzte. Die Verlassenschaftsabhandlung[105]) unterrichtet uns in allen Details über seine Vermögensverhältnisse[106]): der Nachlaß hatte einen Gesamtwert von nur 2.106 fl 49 kr.

Joseph Anton Macher (1801–1811)[107])

Der Augusti im Amt als Vizebürgermeister folgende Magistratsrat Macher wurde am 23. Jänner 1745 geboren, verheiratete sich jedoch erst 1793 (Ehevertrag vom 22. Oktober) mit Maria Anna Kupefsky[108]). Aus dieser Ehe gingen zwei Kinder hervor: Anna und Franz Johann (k. k. Generalhoftaxamtsoffizier der königl.-ungarischen Hofkanzlei). Maria Anna muß sehr bald gestorben sein, denn spätestens 1797 war Macher bereits mit seiner zweiten Gattin, der um 1771 geborenen Anna Josepha, verheiratet, die ihm zwei Kinder – Joseph (geb. 1798) und Elisabeth (geb. 1810) – gebar. Macher wurde über sein Ersuchen vom niederösterreichischen Appellationsgericht schon am 11. September 1783, als er noch den Titel „k. k. Stadt- und Landgerichtsbeisitzer" führte, das „Breve eligibilitatis" erteilt, das ihm die Wahlfähigkeit „zu einer Rathsstelle bey dem sowohl Civil- als Criminal-Justiz-Senat" testierte[109]). Spätestens 1791 war er Rat. Am 26. Februar 1796 und am 13. November 1799 wurde ihm die ah. Zufriedenheit darüber ausgedrückt, daß er Kriminaluntersuchungen – 1796 gegen Räuber, 1799 gegen ostgalizische Staatsverbrecher – erfolgreich abgeschlossen und sich dabei besonders bewährt hatte[110]). Am 6. Oktober 1800 bewarb er sich mittels Majestätsgesuches um die Vizebürgermeisterstelle: „Zu Euer Majestät geheiligten Throne unterfanget sich der Unterzeichnete zu nähern", heißt es in diesem Schreiben wörtlich, „und um die Allergnädigste Verleihung der bey dem Wiener Stadt Magistrate in Criminal Justiz Fache erledigten Vice-Bürgermeisters Stelle in aller Unterthänigkeit zu bitten . . .". Macher war, wie seinem Gesuch zu entnehmen ist, mit 30 Dienstjahren der älteste der damals zwölf Räte des Senats (somit „Ratssenior"), war mehrfach belobigt worden, hatte Augusti in seinem Amte des öftern „suppliert" und war „Stimmführer" bei der vom Kaiser anbefohlenen Prüfung des Entwurfes der neuen Kriminalgerichtsordnung gewesen. Im Zusammenhang mit seiner Bewerbung wurde ihm am 9. Oktober 1800 auf sein Ersuchen vom 7. Oktober bestätigt, daß er als ältester Rat durch mehrere Jahre hindurch den nunmehr verstorbenen Vizebürgermeister Augusti in Krankheits- oder anderen Verhinderungsfällen in seinen Kriminalamtspflichten immer wieder vertreten hatte[111]). Mit dieser amtlichen Bestätigung wollte Macher offenbar seine Bewerbung konkurrenzlos untermauern. Tatsächlich erteilte ihm das niederösterreichische Appellationsgericht am 18. Februar 1801 die Befugnis und noch im selben Jahr – das genaue Datum ist nicht mehr feststellbar – wurde ihm das Amt übertragen. Er wohnte damals in der städtischen Mehlgrube am Neuen Markt Nr. 1108 (heute 1, Neuer Markt 5)[112]). Am 18. Jänner 1804 bewarb sich Macher mit Majestätsgesuch um die durch die Jubilierung Hörls frei werdende Bürgermeisterstelle für den Fall, „wenn Euer Majestät dem sehr geschickten und verdienstvollen ersten Vizebürgermeister dieses Magistrats Joseph Edlen v. Pilgram die Bürgermeisterstelle allergnädigst zu verleihen nicht geruhen würden". Macher war zu diesem Zeitpunkt „dem Range nach zweyter Vizebürgermeister". Er konnte für sich ins Treffen führen, „daß seit undenklichen Zeiten ein jeweiliger Stadtrichter in Wien zum Bürgermeisteramte stätts befördert worden sey, und es kann dießfalls zum Beweise nebst mehreren Vorfahren der dermahlige Bürgermeister Hörl, welcher vor ungefähr 31 Jahren Stadtrichter war, angeführet werden". Macher hatte bereits 33 Dienstjahre abgeleistet und war während dieser Zeit achtmal mittels Dekrets belobigt worden; seine privaten Verhältnisse waren einwandfrei, insbesondere glaubte er betonen zu müssen, daß er schuldenfrei sei. Die Bewerbung Machers fand dennoch keine Berücksichtigung; dies, obwohl ihm die niederösterreichische Landesregierung am 1. Juni 1804 bestätigt hatte, daß „bey der gemeinschäftlich mit dem nö. Appellationsgerichte . . . abgehaltenen Kommission" seine Wahlfähigkeit zufolge der „anerkannten Eigenschaften, Fähigkeiten und Moralität" als gegeben erachtet worden sei. An seiner Stelle wurde der amtierende Oberkämmerer, Stephan Edler v. Wohlleben, zum Bürgermeister ernannt (1804–1823). Was Machers eigene Tätigkeit betrifft, war sie vor allem durch Personalsorgen überschattet. Seine 1802 und 1805 vorgebrachten Bitten, die Zahl der Räte im Kriminaljustizsenat um sechs auf 18 zu erhöhen – das heißt auf jene Zahl, die dem Ziviljustizsenat von Anfang an zur Verfügung stand –, wurde nur schrittweise, letztlich allerdings über das erbetene Maß hinaus erfüllt[113]). Der Kriminaljustizsenat erhielt mit Hofdekret vom 11. Dezember 1807 zwei Ratsposten, die am 30. April 1808 neu installiert wurden[114]), mit Hofdekret vom 5. Mai 1809 zwei weitere (allerdings bei gleichzeitiger Verminderung der Zahl der Kriminalassessoren um zwei) und mit Regierungsdekret vom 26. November 1811 nochmals drei Ratsstellen[115]), sodaß ihm nunmehr 19 Räte zur Verfügung standen. In Machers Amtszeit fällt 1803 die Publikation des neuen Strafgesetzes. In das Jahr 1808 fällt eine grundsätzliche Entscheidung hinsichtlich der Postenbesetzungen. Ein am 27. März erlassenes Regierungsdekret[116]) legte fest, daß die Ratswahlen bei den Zivil- und Kriminalbehörden nicht mehr durchzuführen seien, sondern der Vorschlag an die Landesstelle und das niederösterreichische Appellationsgericht weitergeleitet werden solle, von welchem die Ernennung dann auch erfolgte. Lediglich die Räte des Politisch-ökonomischen Senats wurden auch weiterhin gewählt. Den Bürgermeister, die beiden Vizebürgermeister und den Oberkämmerer ernannte der Kaiser, wobei er sich einer Vorschlagsliste bediente. Wenig später wurde am 25. August 1808 mit Regierungsdekret[117]) entschieden, daß bei den Magistraten jener größeren Städte, welche durchwegs aus geprüften „Individuen" bestanden, das Wahlprinzip auch hinsichtlich des Politisch-ökonomischen Senats aufgehoben wurde; in diesem Fall erfolgte die Besetzung freigewordener Dienstposten aufgrund einer Ausschreibung. Als Vizebürgermeister Macher im Alter von erst 66 Jahren krankheitshalber aus dem Amt schied – er wurde am 22. Juli 1811 „jubiliert"[118]) –, wurde ihm eine Pension in Höhe von 560 fl jährlich zugestanden[119]). Am 12. November 1811 verfaßte er sein Testament und am 21. Juni 1814 ist er als „jubilierter Vizebürgermeister" im Großen Waaghaus in der Stadt Nr. 682 (nach späterer Numerierung Nr. 641, heute Teil von 1, Rotenturmstraße 19), welches nach Auflassung der Hauptmaut beim Roten Turm 1773 in anderweitige städtische Verwendung genommen worden war, verstorben[120]). Die langdauernde schwere Krankheit geht aus den erheblichen Forderungen hervor, die zwei Wiener Apotheker für gelieferte (und noch nicht bezahlte) Medikamente an die Verlassenschaft stellten: Anton Würth, Apotheker der erst 1804 begründeten Apotheke „Zum hl. Leopold" (heute 1, Plankengasse 6), legte unbeglichene Rechnungen in Höhe von 408 fl vor, Joseph Edler v. Well, Apotheker „Zum schwarzen Bären" (damals Lugeck 1, heute 1, Graben 7), solche in Höhe von 376 fl 30 kr[121]). (Man kann sich leicht vorstellen, daß es einem im Lohnverhältnis arbeitenden Zeitgenossen niemals möglich gewesen wäre, derartige Beträge aufzubringen!) Zum Mitvormund für Machers noch minderjährige Kinder wurde das Mitglied des Äußeren Rats Johann

Michael Rudolph bestellt. Die Witwe Anna Josepha starb am 19. August 1830 im Alter von 59 Jahren in der Rabengasse Nr. 485 (heute 1, Rabensteig 4)[122]).

Vinzenz Weiner[123]) (1812–1814)

Weiner wurde um 1766 geboren, erhielt am 13. August 1790 eine Auskultantenstelle beim Kriminaljustizsenat[124]), am 12. September 1791 das Breve eligibilitatis[125]) und wurde am 14. September 1795 als Ratsprotokollist vereidigt[126]). Nach mehrheitlich erfolgter Wahl bestätigte ihn das niederösterreichische Appellationsgericht mit Dekret vom 15. April 1797 als Sekretär[127]) und am 29. Dezember 1801 nahm er erstmals in der Funktion eines Rats an einer Sitzung teil[128]). Am 13. Jänner 1812, also in relativ jungen Jahren, wurde Weiner vom Kaiser zum Vizebürgermeister des Kriminaljustizsenats bestellt[129]). Bereits am 7. Juli desselben Jahres wurden dem Senat weitere vier Ratsposten genehmigt; die durch ständige Geschäftsausweitung erzwungene Personalaufstockung hielt also an (mit Regierungsverordnung vom 13. Februar 1813 wurden für die neu ernannten vier Räte die entsprechenden Büroräume geschaffen)[130]). Nach Abschluß der Personalvermehrungen verfügte der Kriminaljustizsenat 1813[131]) neben dem Vizebürgermeister über 23 Räte, zwei Sekretäre, zwei Ratsprotokollisten, zwölf beeidete Actuarii, sieben Auskultanten, elf unbesoldete Praktikanten, einen Kriminalgerichtskommissär, zwei Einreichungsprotokollisten, einen Kriminalregistranten, einen Depositar, einen Gerichtsdiener, fünf Gerichtsboten, einen Gefangenenwärter, einen Gefangenenschreiber und drei Gehilfen des Gefangenenwärters; dieser Stand erfuhr dann bis 1850 keine wesentliche Veränderung mehr. Am 6. Juni 1813 wurden mit Regierungsdekret die Auszahlungsmodalitäten der Gehälter neu geregelt: Besoldungen über 1.000 fl waren hinfort am 16. jeden Monats, jene unter 1.000 fl am Ersten jeden Monats im vorhinein zu bezahlen. Der Vizebürgermeister bezog 1813 unverändert ein Gehalt von jährlich 3.000 fl[132]), wogegen die Entlohnung der Räte sich inzwischen verbessert hatte; mit Teuerung und Geldentwertung hielten die Gehaltserhöhungen allerdings keineswegs Schritt, sodaß es in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu einem merklichen Absinken des sozialen Status der Beamten kam[133]). Nachdem bereits am 18. Februar 1814 Rat Karl im Senat wegen einer Erkrankung des Vizebürgermeisters den Vorsitz hatte übernehmen müssen, starb Weiner am 23. März 1814 in der Stadt Nr. 1011 in der Himmelpfortgasse (heute 1, Himmelpfortgasse 17) an „unechter Lungenentzündung" im Alter von nur 48 Jahren[134]). Seine Verlassenschaftsabhandlung wies lediglich Aktiva von 602 fl aus, denen zudem noch Passiva (vor allem Krankheitskosten) von 673 fl 15 kr gegenüberstanden[135]). Weiner hinterließ eine Witwe namens Theresia (geb. Sturm) und eine neunjährige Tochter (Maria Antonia). Die Familie hatte in der Himmelpfortgasse in einem Benefiziatenhaus, das sich 1759 bis 1851 im Besitz der Stadt Wien befand, eine aus vier Zimmern und einer Küche bestehende Wohnung innegehabt und den Haushalt mit Hilfe einer Hausangestellten geführt[136]).

Anton Lumpert (1814–1823)[137])

Als Sohn eines Tiroler Kaufmanns, der vor allem mit der Schweiz Handelsgeschäfte betrieb, kam Anton am 13. November 1757 in Köglen (im Tiroler Oberlechtal) zur Welt. Von seinen Eltern für den geistlichen Beruf bestimmt, absolvierte er das Gymnasium, doch gelang es ihm, anschließend philosophische Schulen in Innsbruck zu besuchen und sich damit auf ein weltliches Universitätsstudium vorzubereiten. 1780 ging er nach Wien, um an der hiesigen Universität das Studium der Rechte zu beginnen, zu dem er sich hingezogen fühlte. Nach dessen Beendigung trat er am 21. Dezember 1785 als Auskultant in den Kriminaljustizsenat des Magistrats ein, in dem er einen kontinuierlichen Aufstieg nahm: 1786 erhielt er eine systemisierte Registrantenstelle, 1789 wurde er Ratsprotokollist (er führte bis zum 26. Mai 1791 das Ratsprotokoll), dann avancierte er zum Sekretär und am 12. März 1792 erhielt er aufgrund seiner ausgezeichneten Dienstleistung vom niederösterreichischen Appellationsgericht ohne vorangegangene Richterprüfung das Breve eligibilitatis[138]) (um das er sich 1787 einmal bereits vergeblich bemüht hatte[139]). 1794 rückte Lumpert als Sekretär in die nächsthöhere Gehaltsstufe auf und am 19. Jänner 1795 wurde er zum Kriminalrat ernannt (die Vereidigung erfolgte am 9. Februar)[140]). Am 26. Juni 1801 wurde ihm auch die Aufsicht über die Kriminalregistratur übertragen[141]). Weil man in ihm den vorzüglichen Beamten schätzte, wählte ihn der Magistrat am 24. Mai 1814 mit Stimmenmehrheit zum Vizebürgermeister des Kriminaljustizsenats[142]); der Kaiser bestätigte die Wahl des damals 57jährigen Juristen[143]), er wurde am 29. September 1814 vereidigt[144]) und übte das Amt bis zu seiner Bestellung zum Bürgermeister (1823) aus. In den folgenden Jahren wurde die Abhängigkeit des Magistrats von Hof und Regierung immer fühlbarer. So brachte am 6. Jänner 1816 ein Regierungsdekret (unter Berufung auf Hofverordnungen vom 18. Juni und 28. Juli 1814) in Erinnerung, der Magistrat habe „über alle erledigten Dienstplätze ohne Unterschied die Anzeige und Besetzungsvorschläge . . . vorzulegen"; wenige Wochen danach, am 3. Februar 1816, legte ein Hofdekret fest, der Magistrat habe „von denen seiner eigenen Wahl überlassenen Dienstbesetzungen von Fall zu Fall vor Ausfertigung des Anstellungs Decrets und vor der Eidesablegung die Anzeige an die k. k. nö. Landesregierung zu erstatten". Damit war der Entscheidungsspielraum des Magistrats fast zur Gänze eliminiert. Die Verbesserung der Währungssituation führte hingegen zu einer Besserstellung der Magistratsbeamten: seit 1816 wurden die Gehälter in Conventions-Münze ausbezahlt, seit 1. Mai 1817 zur Hälfte und seit 1. November 1818 schließlich zur Gänze in Silber. Die bisherigen – meist ohnehin unzureichenden – Teuerungszuschläge konnten gestrichen werden[145]). Mit ah. Entschließung vom 5. Mai 1822 wurde Lumpert taxfrei der Titel „k. k. Rat" verliehen[146]). Nach dem Tode des Bürgermeisters Stephan Edlen v. Wohlleben[147]) am 30. Juli 1823[148]) erfolgte mit ah. Entschließung vom 1. Dezember 1823 die Ernennung Lumperts zum Bürgermeister (Vereidigung am 9. Dezember)[149]). Lumpert war der erste und einzige Vizebürgermeister des Kriminaljustizsenats, dem der Aufstieg auf den Bürgermeistersessel gelang. Die Verhältnisse standen jedoch von Anfang an gegen ihn, sodaß er 1834 genötigt werden mußte, über eigenes Ansuchen in den Ruhestand zu treten; am 1. Oktober 1834 geschah dies aufgrund eines Regierungsdekrets vom 18. September[150]) unter Zusicherung voller Bezüge[151]). Lumpert ist am 8. April 1837 im damaligen Großen Seitenstettner Hof in der Stadt Nr. 464 (heute 1, Seitenstettengasse 5) an Altersschwäche im 80. Lebensjahr verstorben[152]), nachdem er am 24. Jänner dieses Jahres ein eigenhändig unterschriebenes und datiertes Testament verfaßt hatte[153]). Selbst ohne Nachkommen, vermachte er seinen Nachlaß seiner Nichte Theresia und seinen beiden Neffen Anton und Ignaz Falger (der Tochter seines verstorbenen Bruders Johann Eusebius bzw. den Söhnen seiner ebenfalls bereits verstorbenen Schwester Marianna). Je 5.000 fl widmete er den Armen im Bürgerspital und dem Normalschulfonds, seiner langjährigen Wirtschafterin sicherte er durch eine lebenslängliche Rente von jährlich 500 fl ein sorgenfreies Alter. Seinen Testamentsvollstrecker, den Vizebürgermeister Hollan, bedachte er nicht nur mit seiner kleinen Bibliothek, sondern

für seine Mühewaltung auch mit einem Barbetrag von 2.000 fl. Lumpert wurde am 10. April auf dem St. Marxer Friedhof zur letzten Ruhe bestattet[154]); ein einfacher Stein in Form einer Giebelstele erinnert bis heute an ihn[155]).

Joseph Hollan (1824–1844)[156])

Zu Lumperts Nachfolger als Vizebürgermeister wurde nach mehrmonatiger Wartefrist[157]) mit ah. Entschließung vom 25. September 1824 Magistratsrat Joseph Hollan bestellt[158]). Der um 1772 wahrscheinlich in Stauding (Schlesien) geborene Hollan entstammte einer bäuerlichen Familie, stand damals im 52. Lebensjahr und sollte sein Amt rund zwei Jahrzehnte lang ausüben. Hollan war offensichtlich niemals verheiratet, hatte aber mehrere Geschwister, die er alle überlebte[159]). Nach Absolvierung „sämmtlicher Theile der Rechts- und politischen Wissenschaften auf der hiesigen Universität"[160]) (Wien) wurde ihm am 26. November 1798 die Praxis beim Magistrat auf die Dauer eines Jahres gestattet[161]), am 25. Mai 1799 eine unbezahlte Auskultantenstelle verliehen[162]) und am 31. Mai desselben Jahres legte er den Diensteid ab[163]). Am 20. Juni 1800 erhielt er das Wahlfähigkeitszeugnis[164]), weil er sein Können in langjähriger Praxis unter Beweis gestellt hatte[165]). Nachdem er sich am 27. Mai 1801 persönlich beworben hatte, wurde er am 11. Februar 1802 zum Ratsprotokollisten befördert[166]). Dreizehn Monate hindurch war er als Actuar an den Untersuchungen gegen die aus Ostgalizien nach Wien überstellten Staatsverbrecher beteiligt[167]), wofür ihm eine Remuneration von 200 fl bewilligt wurde[168]). Am 7. November 1808 wurde Hollan zum Sekretär befördert[169]). Am 11. März 1814 wurde Vizebürgermeister Weiner ermächtigt, Rat Hollan die „volle Zufriedenheit" für seinen Einsatz bei der Bekämpfung der „ausgedehnten und gefährlichen Raubs- und Diebskomplizität" auszusprechen[170]). In einem Präsidialschreiben des Präsidenten der k. k. Obersten Polizey- und Censurhofstelle, Joseph Graf v. Sedlnitzky, vom 10. Mai 1819 wurde Hollans überdurchschnittlicher Arbeitseinsatz besonders lobend erwähnt[171]). Die folgenden Jahre brachten ihm mehrfach schriftlich Anerkennungen der vorgesetzten Behörden[172]). Am 27. März 1823 referierte Rat Hollan über die Notwendigkeit, die Strafgesetzbücher der benachbarten Staaten beim Kriminaljustizsenat präsent zu halten[173]): ein Beweis dafür, daß man sich damals bereits bewußt war, internationale Vergleichsmöglichkeiten seien auch in der Rechtsprechung erforderlich. Nach Lumperts Avancement erfolgte am 27. März 1824 die Neuwahl für den freigewordenen Vizebürgermeisterposten durch den Magistrat; als Ergebnis wurde Hollan dem Kaiser primo loco zur Bestätigung vorgeschlagen[174]). Mit ah. Entschließung vom 25. September 1824 wurde die Bestellung rechtskräftig, am 18. Oktober legte Hollan den Diensteid ab[175]). In diesem Jahr wohnte Hollan in der städtischen Mehlgrube am Neuen Markt (damals Nr. 1045, heute 1, Neuer Markt 5)[176]). Zweifelsohne erfreute er sich des Wohlwollens der Obrigkeit, die es nicht verabsäumte, seine Tätigkeit immer wieder gebührend zu würdigen; so wurde beispielsweise im Appellationsdekret vom 13. Dezember 1824 ausdrücklich hervorgehoben, er habe bei einer Kriminaluntersuchung „Umsicht, Aufmerksamkeit, Fleiß und Beharrlichkeit" an den Tag gelegt[177]). Am 26. Juni 1828 wurde mit ah. Entschließung entschieden, daß für den Bau eines neuen Kriminalgerichtsgebäudes „auf der Schießstätte" (heute 8, Landesgerichtsstraße 11) jene drei eingereichten Entwürfe als Grundlage dienen sollten, welche von Hofbaurat Pietro Nobile bzw. von Adjunct Johann Fischer stammten. Insbesondere sollte sich der Bau in der Fassadengestaltung an den Enwurf Nobiles halten, der den besonderen Beifall des Kaisers gefunden hatte. Die Ausarbeitung der Detailpläne sollte von der Hofkommission der k. k. Civil-Baudirektion überwacht werden, jedoch unter Hinzuziehung von Vizebürgermeister Hollan[178]). Im selben Jahr, am 9. Oktober 1828, wurde Hollan zum Mitglied der Sonderkommission zur Revision des Strafgesetzbuches bei der Hofkommission in Justizgesetzsachen bestellt[179]). Da die Arbeiten nur schleppend vorangingen, wurde am 26. Juli 1840 verfügt, die Mitglieder der Kommission hätten sich der Thematik unter Hintansetzung aller ihrer übrigen Aufgaben zu widmen. Da dies im Falle des Vizebürgermeisters jedoch nicht tunlich erschien, wurde dieser bei gleichzeitigem Ausdruck des „besonderen Wohlgefallens" seiner Mitwirkung entbunden[180]). Als Bürgermeister Lumpert am 1. Oktober 1834 in den dauernden Ruhestand trat, wurde Hollan am 18. September als der ältere der beiden amtierenden Vizebürgermeister – dem Ziviljustizsenat stand seit 1826 Johann Baptist Ripelly vor – mit der provisorischen Führung der Geschäfte betraut[181]). Die Leitung des Kriminaljustizsenats übernahm für diese Zeit der älteste Kriminalrat. Hollan bewarb sich alsbald um den freigewordenen Bürgermeisterposten, ebenso allerdings – neben dem nö. Regierungssekretär Aloys Winkler und zehn Räten – auch sein Amtskollege Ripelly. Die Wahl fiel allerdings auf keinen der Bewerber, sondern auf den bisherigen Geschäftsleiter der Senatsabteilung zur Untersuchung schwerer Polizeiübertretungen, den k. k. Rat und Magistratsrat Anton Joseph v. Leeb, dem zugleich der Titel nö. Regierungsrat verliehen wurde. Offensichtlich zum Ausgleich dafür wurde Hollan in Anerkennung seiner Verdienste mit ah. Entschließung vom 31. März 1835 der „K. k. Raths-Titel mit Nachsicht der Taxen"[182]) verliehen. Bei der Amtseinführung Leebs hielt Hollan am 13. April die „Empfehlungsrede"[183]). 1835 wohnte Hollan Tuchlauben Nr. 553 (heute 1, Tuchlauben 20) im Michael von Zollerschen Stiftungshaus[184]). Bürgermeister Lumpert bestimmte ihn in seinem Testament 1837 zum Testamentsvollstrecker, hinterließ ihm seine kleine Bibliothek und vermachte ihm für seine Mühewaltung einen Barbetrag von 2.000 fl. Nachdem Hollan bereits am 29. Oktober 1838 im neuen Kriminalgericht eine Dienstwohnung bezogen hatte[185]) (man strich ihm dafür das bis dahin ausbezahlte Quartiergeld), übersiedelte am 13. März 1839 das gesamte Kriminalgericht vom Hohen Markt (Schrannengebäude) in das 1831–1839 auf den Gründen der auf die Wieden abgesiedelten Bürgerlichen Schießstätte und des schon unter Joseph II. 1784 aufgelassenen sog. Neuen Stephansfriedhofes erbaute „Gerichtshaus am Glacis" (heute Landesgericht für Strafsachen I, 8, Landesgerichtsstraße 11), wo am 14. Mai 1839 die erste Ratssitzung abgehalten wurde[186]). Die nach dem Amtsantritt Czapkas zur Diskussion stehende Trennung der Senate wurde bereits behandelt. Im „Stand des Raths- und Concepts-Personals des Wiener Magistrats am 1. Jänner 1839"[187]) wird Hollans Gehalt mit 3.000 fl und – irrtümlich – mit einem Quartiergeld von 400 fl ausgewiesen; letzteres wurde allerdings mit der Beziehung des neuen Gerichtshauses, in dem Hollan die Dienstwohnung besaß, gestrichen[188]). Am 26. April 1841 wurde Hollan im Zuge der dargelegten Verwaltungsreform der Titel „Appellationsrat und Präses" verliehen[189]), am 13. Februar 1844 wurde er über eigenes Ansuchen – da er fast erblindet war[190]) – „jubiliert" und ging mit vollen Bezügen und einer Personalzulage von 500 fl in Pension[191]). In seinem bereits am 6. Juli 1830 verfaßten Testament[192]) hatte er zur Erbin seines nicht unbeträchtlichen Vermögens[193]) seine damals im 71. Lebensjahr stehende Tante, die k. k. Hofkonzipistenwitwe Aloisia Hollan[194]), bestimmt, die ihn trotz ihres höheren Alters überleben sollte. Über das Ausscheiden Hollans aus dem aktiven Dienst besitzen wir eine recht informative Augenzeugenschilderung des Magistratsrats Franz Kysse-

lak, von dem wir auch die schriftlichen „Annalen des Wiener Criminal-Gerichtes" besitzen, auf die in unseren Biographien mehrfach und mit Erfolg zurückgegriffen werden konnte[195]); er schreibt unter anderem[196]), Hollan sei „vor Beginn der Plenarsitzung, welche jedesmahl an diesem Wochentage abgehalten wird, . . . nach einer im großen Rathssaale an das versammelte sämmtliche Personale dieses Kriminal-Gerichtes gehaltenen ergreifenden Abschiedsrede aus dem bisherigen Dienste ausgetreten". Bereits vier Monate danach, am 25. Juni 1844, ist Hollan am Alsergrund 2 verstorben[197]). Er wurde nach Einsegnung in der Pfarrkirche „Zur hl. Dreifaltigkeit" in der Alservorstadt auf dem Währinger Friedhof im eigenen Grab bestattet[198]).

Florian Philipp (1844–1850)

Der letzte in der Reihe der Vizebürgermeister des Kriminalgerichts war Florian Philipp. Um 1784 in Raase, Kreis Troppau (Österreichisch-Schlesien), geboren, studierte er an der Universität Wien, erhielt hier das Absolutorium und danach die Befugnis zur Erlangung einer Kriminalrichters- und Kriminalratsstelle. Am 24. August 1810[199]) wurde Philipp als Praktikant beim Kriminalgericht des Wiener Magistrats vereidigt, am 25. April 1811 avancierte er zum Actuar, am 15. Juni 1812 zum Ratsprotokollisten[200]) und schließlich am 19. Dezember 1812 – relativ frühzeitig – zum Rat. Aus dieser Beförderung ergaben sich allerdings Komplikationen besonderer Art, weil das niederösterreichische Appellationsgericht die Wahl als widerrechtlich bezeichnete und den Posten anderweitig besetzte. Man beließ Philipp zwar den Ratscharakter, doch wurde das an der Besetzung schuldtragende Wahlgremium dazu verhalten, das Gehalt des Rats so lange aus eigener Tasche zu bezahlen, bis er diesen Rang im formal richtigen Weg würde erlangt haben. Es ist verständlich, daß Philipp bei der Wahl für den nächsten frei werdenden Ratsposten am 9. August 1813[201]) primo loco gereiht wurde; da die Hofkanzlei den Vorschlag akzeptierte, brauchten die Mitglieder des Wahlgremiums den Gehalt Philipps nur wenige Monate hindurch zu bezahlen[202]). Die Ernennung zum Rat erfolgte definitiv mit Hofdekret vom 5. November 1813[203]). Am 11. März 1814 wurde Vizebürgermeister Weiner von der Landesstelle ermächtigt, Philipp die volle Zufriedenheit derselben mit seiner Arbeit auszusprechen. Vom 7. März bis zum 2. November 1836 war Philipp Beisitzer beim Bezirks-Gefällen-Gericht. Am 12. März 1844 bewarb er sich um die nach der Pensionierung Hollans frei gewordene Vizebürgermeisterstelle des Kriminalgerichts; er befand sich zu diesem Zeitpunkt in der höchsten Gehaltsstufe der Räte (2.000 fl) und bezog dazu ein Quartiergeld von 120 fl jährlich[204]). Bereits am 22. Juli 1844 hat der mit ah. Entschließung vom 18. dieses Monats ernannte neue Präses und nö. Appellationsrat in dieser Eigenschaft beim niederösterreichen Appellationsgericht den Diensteid abgelegt „und derselbe wurde nach diesem Akte dem gesammten Personale des Kriminal-Gerichtes im großen Rathssaale durch den abgeordneten k. k. nö. Appellations-Rath und ehemaligen Sekretär des Wiener Kriminal-Gerichtes, Leopold Peller, in Beyseyn des k. k. Regierungsrathes und Bürgermeisters Ignaz Czapka mit einer langen Ansprache vorgestellt"[205]). Philipp bezog die Dienstwohnung im „neuen Gerichtshaus", die auch Hollan innegehabt hatte, und erhielt das übliche Salär von 3.000 fl ausbezahlt[206]). Am 8. Mai 1849 wurde Philipp vom Appellationsgericht über Auftrag des Ministeriums der Justiz für seine in schwierigen Verhältnissen während der „drangvollen Tage" der Revolution ausgeübte Tätigkeit und seine „unausgesetzte umsichtigstvolle Leitung der Geschäfte" die volle Anerkennung ausgesprochen[207]). Philipp konnte sich, zeit seines Lebens unverheiratet geblieben, seinen Amtsobliegenheiten jederzeit ohne Rücksicht auf eine Familie widmen. Nachdem er 1850 aufgrund der neuen Gerichtsordnung Senatspräsident des k. k. nö. Landesgerichts geworden war, wurde ihm am 12. Mai 1851 das tags zuvor mit ah. Entschließung verliehene Ritterkreuz des österreichisch-kaiserlichen Leopold-Ordens überreicht[208]). Als Philipp am 29. April 1857 im Alter von 74 Jahren in der Komödiengasse Nr. 1040 (heute 1, Maysedergasse 3) verstarb[209]), lebten noch zwei seiner Brüder (Adrian und Vincenz); Philipp wurde auf dem Matzleinsdorfer Friedhof zu Grabe getragen.

2. Die Vizebürgermeister des Ziviljustizsenats (Zivilgerichts)

Dr. Leopold Edler v. Moßbach (1783–1795)[210])

Zugleich mit Friedrich Ignaz v. Maurer erhielt am 1. November 1783 der bisherige Stadtsyndicus Dr. jur. Leopold Edler v. Moßbach den Posten eines Vizebürgermeisters; er stand dem neu gebildeten Ziviljustizsenat vor, der als größter der josephinischen Senate über 18 Räte verfügte. 1789 wohnte Moßbach im Unterkammeramtsgebäude Am Hof Nr. 307 (heute 1, Am Hof 9) und führte bereits den Titel „k. k. wirkl. Rat"[211]). Am 16. Jänner 1795 zum k. k. Hofrat bei der k. k. Obersten Justizstelle ernannt[212]), schied Moßbach, der sein Amt unter drei verschiedenen Kaisern hatte ausüben müssen, am 22. März 1795 aus seinem Amt[213]). Nach seiner Pensionierung behielt er merkwürdigerweise seine Wohnung im Amtsgebäude Am Hof (neue Hausnummer: 359)[214]).

Dr. Johann Joseph Edler v. Pilgram (1795–1804)

Am 23. März 1795 trat sein Nachfolger, der damals 50jährige, aus Wien gebürtige, am 18. März 1795 bestellte graduierte Jurist und nö. Landrat Dr. jur. v. Pilgram sein Amt an[215]); als besondere Auszeichnung – auf die nach den Gepflogenheiten der damaligen Zeit nur ein Beamter seines Ranges hoffen durfte – wurde ihm am selben Tag vom Kaiser mittels Hofdekrets der Titel „nö. Appellationsgerichtsrat mit Eid und Rang" verliehen, wobei ausdrücklich betont wurde, „dies sollte dem Rang, der dem Bürgermeister gebührt, nicht schaden". Am 24. September 1745 geboren, studierte Pilgram an der Universität Wien, an der er am 12. Dezember 1768 zum Doktor der Rechte promoviert wurde. Am 15. Dezember 1787 wurde er in den Adelsstand erhoben. In seiner Beamtenlaufbahn erfolgte die Ernennung zum nö. Regierungsrat. Am 29. September 1779 heiratete Pilgram Cäcilie v. Fritsch (geb. 6. Juni 1750, gest. 7. März 1821) und damit in eine vornehme Familie: war doch der Vater seiner Braut Dr. jur. Johann Adam Reichsritter v. Fritsch (gest. 2. April 1786), Hof- und Gerichtsadvokat und Senior der juridischen Fakultät der Wiener Universität. Wenige Tage nach der Hochzeit starb am 4. Oktober 1779 seine Schwiegermutter Maria Elisabeth. Pilgram hatte sechs Kinder: Johann Baptist (geb. 24. Juni 1780, gest. 30. Mai 1861, seit 1803 im Staatsdienst, seit 1834 Staatsrat und Kanzler des Ordens vom Goldenen Vlies, seit 3. September 1840 Freiherr); Maria Anna (geb. 20. September 1781, gest. 23. März 1806); Maria Cäcilia (geb. 15. August 1782, gest. 24. April 1806); Maria Klara (geb. 13. April 1785, Todesdatum unbekannt); Maria Barbara (geb. 18. Juli 1788, Todesdatum unbekannt); Maria Elisabeth (geb. 10. Jänner 1796, gest. 1830)[216]). Pilgram bezog anfangs ein Gehalt von nur 2.500 fl jährlich, obwohl sein Amtskollege im Kriminaljustizsenat seit 1788 bereits 3.000 fl erhielt[217]). Er besaß

ein Haus in der Dorotheergasse Nr. 1186 (heute 1, Dorotheergasse 2 – Graben 11, d. i. das um 1720 erbaute Palais Bartolotti-Partenfeld)[218]) und übte das Amt – im Sinne der am 7. Jänner 1803 in Kraft gesetzten Verordnung, daß auch die Vizebürgermeister ihr Amt lebenslänglich auszuüben hätten – bis zu seinem am 24. März 1804 erfolgten Tod aus (er verschied an „Nervenschlag")[219]). Drei Tage nach seinem Tod, am 27. März, wurde auch der seit 31 Jahren im Amt befindlich gewesene Bürgermeister, Josef Georg Hörl, der bereits das 82. Lebensjahr erreicht hatte, mittels Regierungsdekrets pensioniert.

Balthasar Weber (1804–1815)[220])

Vielleicht waren die Pensionierung Hörls und die Suche nach einem geeigneten Nachfolger Gründe dafür, daß erst ein Vierteljahr nach Pilgrams Tod, am 28. Juni 1804, die Wahl Balthasar Webers durch den Magistrat erfolgte; mit Regierungsdekret vom 12. September 1804 wurde die Wahl bestätigt[221]). Der gebürtige Wiener[222]) Weber stand im Zeitpunkt seiner Bestellung erst im 43. Lebensjahr. Am 30. Oktober 1804 legte er im Ratssaal des Politisch-ökonomischen Senats im (alten) Rathaus in die Hand des am selben Tag unmittelbar zuvor in sein Amt eingeführten und vereidigten neuen Bürgermeisters – es war der an die Stelle des pensionierten Hörl getretene bisherige Oberkämmerer Stephan Edler v. Wohlleben – den Amtseid ab[223]). Mit Elisabeth Bittermann[224]) verheiratet, hinterließ Weber im Zeitpunkt seines Todes (1815) neben seiner Witwe zwei Söhne, den achtjährigen Anton (geb. 1807) und den siebenjährigen Franz (geb. 1808), für die als Mitvormund der Landschaftssekretär Philipp Weber – möglicherweise ein Verwandter – eingesetzt wurde. Die Wohnung des Ehepaares befand sich seit der Übernahme des Vizebürgermeisteramtes durch Weber in dem der Stadt Wien gehörigen, neben dem Rathaus in der Wipplingerstraße an der Ecke zum Stoß-im-Himmel gelegenen Haus „Bey der Muschel No. 414"[225]). Das Haus „Zur goldenen Muschel" – wie das Hausschild präzise hieß – hatte der Stadtrat 1777 von Josef Freiherrn v. Pichler käuflich erworben und in demselben, wie überliefert ist, Amtslokale, offenbar aber auch Wohnungen für höhere städtische Funktionäre eingerichtet[226]). Weber, der spätestens 1801 als „Magistratsrat im Ziviljustizsenat" bezeichnet wird und damals im Haus „am Salzgries Nr. 291[227])", im Haus der Bäckerinnung (heute 1, Salzgries 19 – Passauer Platz 7), wohnte, war mit der Materie seiner Tätigkeit wohl vertraut: er hatte sich als Rat nicht nur gründliche Rechtskenntnisse erworben, sondern sich auch durch seine den Witwen und Waisen gegenüber erwiesene Hilfsbereitschaft, die in der besonders raschen Erledigung der Verlassenschaftsabhandlungen ihren Ausdruck fand, sehr beliebt gemacht[228]). Weber, der den ihm zustehenden Titel eines k. k. nö. Appellationsrats führte, erfuhr auch die Ehre der Verleihung der Goldenen Salvatormedaille. In seine Amtszeit fielen die zweimalige Besetzung Wiens durch die Truppen Napoleons, der Finanzkrach des Jahres 1811 und der Wiener Kongreß. In die letzten Monate seiner Tätigkeit fällt die kaiserliche Bewilligung vom 15. April 1815, daß die Magistratsbeamten zur Erhöhung ihres Ansehens ein Amtskleid tragen dürfen. Nach Verfassung seines Testaments[229]) ist er am 19. Juli 1815 im obgenannten Haus an der „fliechtigen Wassersucht" gestorben[230]). Die Verlassenschaft[231]) hatte einen Wert von lediglich 380 fl[232]).

Josef Anton v. Hober (1816–1825)[233])

Der etwa 1749 geborene und daher im Zeitpunkt seiner Ernennung bereits im 67. Lebensjahr stehende Hober tritt uns in magistratischem Dienst erstmals am 8. April 1793 entgegen[234]). Im Jahre 1807 wohnte er in der Vorstadt Landstraße[235]) (heute 3, Landstraßer Hauptstraße 88) in einem stattlichen Haus mit vornehmem Gartenparterre, welches das Schild „Zur goldenen Sonne" trug. Am 30. Oktober 1809 erhielt er – damals bereits Rat – für seine „durch eine lange Reihe von Jahren bey dem k. k. Hofmarschallamte geleisteten eifrigen und nützlichen Dienste" eine Remuneration und taxfrei den Titel „k. k. Rat"[236]). Ein Jahr nach seiner Amtsübernahme (deren genaues Datum nicht mehr feststellbar ist) verlor Hober am 18. April 1817 seine im 64. Lebensjahr stehende Gattin Maria Josepha[237]), geb. Kanjowitz; damals wohnte er bereits in der „Stadt Wiener Magistrat Benefiziatenhaus" in der Himmelpfortgasse Nr. 1011 (heute 1, Himmelpfortgasse 17). Am 15. Juni 1824 wurde ihm ein sechswöchiger Urlaub genehmigt – ein nicht selbstverständlicher Beweis von Wohlwollen, vielleicht jedoch krankheitsbedingt[238]). Mit ah. Entschließung vom 31. Juli 1825 wurde Hober nämlich im Alter von 76 Jahren pensioniert, wobei ihm nicht nur eine dem Aktivbezug entsprechende Pension in Höhe von jährlich 3.000 fl C.-M. zugesprochen wurde (was ebenfalls auf Krankheit hindeutet), sondern ihm auch taxfrei der Titel „Nö. Appellationsrat" verliehen wurde[239]). Am 29. April 1827 ist Hober in seiner Wohnung in der Himmelpfortgasse (damals Nr. 954) im Alter von 78 Jahren als „jubilierter Vizebürgermeister" gestorben[240]).

Johann Baptist Ripelly (1826–1847)[241])

Zum Nachfolger Hobers wurde am 21. Juli 1826 der damals 39jährige Johann Baptist Ripelly bestimmt und dessen Jahresgehalt unverändert mit 3.000 fl zuzüglich 400 fl Quartiergeld festgelegt[242]). Über Ripellys Werdegang ist nicht allzuviel bekannt. Am 13. Jänner 1809 wurde er zum Sekretär ernannt[243]), 1824 war er neben seiner Tätigkeit als Magistratsrat Referent beim k. k. Obersthofmarschallamt und wohnte im Großen Waaghaus am Haarmarkt Nr. 641 (heute 1, Rotenturmstraße 19)[244]). Mit ah. Entschließung vom 31. März 1835 – mittels welcher der bisherige Geschäftsleiter der Senatsabteilung zur Untersuchung schwerer Polizeiübertretungen, Anton Joseph v. Leeb, zum Bürgermeister bestimmt wurde – erhielt Ripelly (gleichzeitig mit seinem Amtskollegen des Kriminaljustizsenats, Joseph Hollan) taxfrei den Titel „k. k. Rat"[245]). Während seiner Amtszeit als Vizebürgermeister bemühte sich Ripelly um eine Reform des Ziviljustizsenats, wobei seinen Bestrebungen der Tatbestand, daß ihm nach der Bestellung Czapkas zum Bürgermeister (30. Juni 1838) praktisch keine Chance für ein Avancement mehr blieb, neue Impulse verlieh. Wie bereits dargelegt, endeten die in den nächsten Jahren mit immer größerer Intensität geführten Reformdebatten schließlich damit, daß am 30. März 1841 der Ziviljustizsenat in das (magistratische) Zivilgericht übergeleitet und unmittelbar dem niederösterreichischen Appellationsgericht unterstellt wurde. Seither führte Ripelly den Titel „Präses des Zivilgerichts", in der Praxis wurde er häufig „Präses-Vizebürgermeister" genannt. Ein neuerlicher, am 27. Oktober 1841 Bürgermeister Czapka unterbreiteter Reformvorschlag hatte keinen weiteren Erfolg[246]). Im privaten Leben mußte Ripelly schwere Schicksalsschläge hinnehmen: drei seiner Söhne starben in den Jahren 1828 und 1830 an „Nervenfieber" (Typhus), zwei davon an einem einzigen Tag; am 16. Juni 1841, wenige Monate nach seinem beruflichen Avancement, verlor er auch seine Gattin Thecla[247]). Das Ehepaar hatte zu diesem Zeitpunkt (seit etwa 1836) in der Wollzeile Nr. 793 im Armen-Bürgerladhaus (heute 1, Wollzeile 28) logiert[248]). Mit ah. Entschließung vom 13. März 1847 wurde Ripelly pensioniert[249]); sein weiterer Lebensweg verliert sich im Dunkel[250]). Möglicherweise ist er nicht in Wien verstorben.

Carl Kratky (1847–1850)[251])

Zum Nachfolger Ripellys wurde am 11. Mai 1847 – als letzter Präses-Vizebürgermeister des Zivilgerichts – Carl Kratky bestimmt[252]), der ebenfalls den Titel k. k. nö. Appellationsrat führte[253]). Am 1. Juli 1850 wurde das (magistratische) Zivilgericht aufgelöst; seine Aufgaben gingen auf die staatlichen Gerichte über.

3. Die Vizebürgermeister des Politisch-ökonomischen Senats

Ignaz Czapka (1835–1838)[254])

Einen Politisch-ökonomischen Senat gab es zwar bereits seit 1. November 1783, doch blieb er dem Bürgermeister unmittelbar unterstellt. 1804 wurde in seinem Rahmen eine eigene Abteilung für schwere Polizeiübertretungen geschaffen, die ein Geschäftsleiter führte; dieser wurde 1847 zum 4. Vizebürgermeister erhoben.

Der am 24. Februar 1792 in Liebau (Mähren) geborene Czapka war der Sohn eines kleinen Gewerbetreibenden. Er besuchte das Gymnasium in Olmütz und studierte sodann an der Wiener Universität Jus. Nach Abschluß seiner Studien trat er im Jänner 1815 als Konzeptspraktikant in den Dienst des Wiener Magistrats und machte rasch Karriere. Seine Gattin Antonia, geb. Haas – eine gebürtige Landstraßerin –, verlor er nach offenbar kurzer Ehe am 16. April 1821 im Alter von erst 21 Jahren durch Kindbettfieber[255]). Bereits 1825 wurde Czapka Magistratsrat, 1834 wurde ihm das Referat über die Approvisionierungsgewerbe übertragen und 1835 stand er bei Kaiser Franz II. so hoch in Gunst, daß ihn dieser nach dem zu erwartenden Rücktritt Lumperts als Bürgermeisterkandidaten ins Auge faßte. Nur der überraschende Tod des Monarchen ließ dieses Vorhaben nicht zur Realisierung kommen. Die Berater Kaiser Ferdinands I. entschieden sich für den rangälteren Anton Joseph v. Leeb (1835), entschädigten Czapka jedoch durch die aufgrund ah. Entschließung vom 31. März 1835 verfügte Systemisierung und Verleihung einer dritten Vizebürgermeisterstelle zur Leitung des Politisch-ökonomischen Senats[256]) (die näheren Umstände wurden bereits eingehend behandelt); bei seiner Vereidigung am 13. April 1835 hielt Czapka eine viel beachtete „sehr kraftvolle Rede"[257]). Nach dem Tode Leebs wurde Czapka – obwohl er nicht der älteste der im Amt befindlichen Vizebürgermeister war! – entgegen allen Usancen die Führung der bürgermeisterlichen Geschäfte übertragen[258]), im Jänner 1838 wurde er zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt und am 30. Juni 1838 von Kaiser Ferdinand unter gleichzeitiger Verleihung des Titels k. k. Regierungsrat ernannt[259]); über diese seine Tätigkeit und seine verschiedenen Reformversuche ist in unserem Zusammenhang nicht zu berichten[260]). Am 27. April 1843 erfolgte Czapkas Erhebung in den erblichen Ritterstand mit dem Prädikat „von Winstetten" (einer Abwandlung von „Stadt Wien"). Nachdem er am 16. März 1848 die Stadt unter dem Druck der Revolutionäre fluchtartig verlassen hatte und erst am 5. Mai 1849 zurückgekehrt war, wurde Czapka bei den Wahlen im Herbst 1850 zwar neuerlich in den Gemeinderat gewählt, legte sein Mandat aber infolge der Anfeindungen seiner Gemeinderatskollegen bald wieder nieder und zog sich für einige Jahre ins Privatleben zurück. Am 6. Mai 1856 wurde er von Kaiser Franz Joseph zum Polizeidirektor von Wien berufen, bat jedoch 1859 aus Altersrücksichten um seine Dienstenthebung. In Anerkennung seiner treuen Dienste wurde er mit dem Orden der Eisernen Krone II. Klasse ausgezeichnet und daraufhin am 28. Februar 1860 in den Freiherrnstand erhoben (um diese Erhebung durften Träger dieser Auszeichnung ansuchen). Noch einmal kehrte Czapka für kurze Zeit in das öffentliche Leben zurück: als 1861 freie Wahlen für den Gemeinderat abgehalten wurden, wurde er von der dritten Wahlkammer ein letztes Mal in diese Körperschaft gewählt und fungierte dort von der ersten Sitzung an bis zur Wahl eines Bürgermeisters – im Juni wurde Dr. Zelinka gewählt – als deren Alterspräsident. Da er für die neue Ära nicht mehr flexibel genug war und auch die Zeitungen ihn mehr oder weniger deutlich bespöttelten, beauftragte er den nächstälteren Gemeinderat, Hütter, mit seiner Vertretung. 1863 schied Czapka aufgrund einer Auslosung endgültig aus dem Gemeinderat aus, ohne noch einmal in die Geschäfte eingegriffen zu haben. Am 5. Juni 1881 ist er, im 90. Lebensjahr stehend, in Wien an Altersschwäche gestorben. Czapka war verheiratet und hatte sechs Kinder.

Andreas Lanser (1840–1845)[261])

Als Sohn des k. k. nö. Appellationsrates Andreas Lanser sen. am 8. Juli 1779 geboren, trat Andreas jun. am 19. Februar 1802 als Konzeptspraktikant in den Dienst des Wiener Magistrats ein, wurde 1806 Registrant und avancierte am 30. Oktober 1809 zum Sekretär des Politisch-ökonomischen Senats[262]). Seit 1818 Magistratsrat[263]), arbeitete er sich zum Geschäftsleiter der Senatsabteilung zur Untersuchung schwerer Polizeiübertretungen empor; er war zugleich auch Referent bei der k. k. Hauszins-Erhebungs-Commission[264]). Seine Wohnung lag in der Stadt Nr. 690 (heute 1, Fleischmarkt 20–22). Lanser war mit Sidonia, geb. von Felasgo, verheiratet und hatte aus dieser Ehe vier Kinder[265]). Am 15. Juni 1840 zum Vizebürgermeister des Politisch-ökonomischen Senats bestellt, ging Lanser am 21. Mai 1845, erst 66jährig, in Pension[266]); er bezog seither vom Oberkammeramt eine jährliche Pension in Höhe von 3.570 fl W. W. Lanser ist am 7. November 1859 in seiner Wohnung in der Wollzeile Nr. 787 (heute 1, Wollzeile 35 – Postgasse 1) gestorben und hinterließ eine Witwe[267]). Seine Verlassenschaft[268]) wird mit insgesamt nur 353 fl 41 kr beziffert, darunter 50 fl Bargeld und Pretiosen (eine goldene und eine silberne Dose, eine goldene Zylinderuhr u. a.) im Wert von 131 fl.

Ferdinand Bergmüller (1845–1861)

1802 geboren, war Bergmüller seit 1842 Magistratsrat[269]) und wurde 1845 zum Vizebürgermeister bestellt. Über seine Funktion während der Revolution und der neoabsolutistischen Ära wurde bereits gesprochen. Nach 1861 übte Bergmüller eine Funktion aus, die jener des späteren Magistratsdirektors entsprach. Er ist am 25. Mai 1868 als Ritter der Eisernen Krone III. Klasse an „Erschöpfung der Kräfte" in seiner Wohnung Augustinergasse 8 im Alter von 66 Jahren gestorben[270]).

Joseph Mader

Am 20. Februar 1847[271]) wurde innerhalb des Politisch-ökonomischen Senats vorübergehend eine zweite Vizebürgermeisterstelle geschaffen und mit Joseph Mader besetzt. Der um 1792 in Neudörfl (Mähren) geborene Mader war Geschäftsleiter der Senatsabteilung für schwere Polizeiübertretungen und wurde in dieser Eigenschaft durch die Verleihung des Titels Vizebürgermeister aufgewertet. Als er am 26. Jänner 1855 starb[272]), war er k. k. Rat und Vizebürgermeister, verheiratet und auf der Wieden Nr. 1041 (heute 4, Schikanedergasse 5 – Mühlgasse 1) wohnhaft.

Anmerkungen

80) Hs. A 80, fol. 10; Geusau (Anm. 43), V, 366.
81) Maurer war in erster Ehe mit der verwitweten Maria Sophia Kauz (geb. Beyr) verheiratet (Testament v. 21. Februar 1712) und hatte mit dieser vier Kinder; aus zweiter Ehe (Name der Gattin unbekannt) stammten ebenfalls vier Kinder: Maria Elisabeth (verh. Prosky), Ignaz, Paul Joseph und Maria Anna (vgl. Paul Harrer-Lucienfeld, Wien, seine Häuser, Menschen und Geschichte, Hs. 433, VI, 202). Johann Jakob Maurer verfaßte am 9. März 1739 sein Testament.
82) Hof- und Staatsschematismus, 1778, 232.
83) Im Nebenhaus Nr. 486 logierte schon damals sein Amtsnachfolger Johann Georg Augusti.
84) Hs. A 70/1, fol. 153 (12. November 1782).
85) Hartl (Anm. 3) 84, Anm. 103, gibt unter Bezugnahme auf Hs. B 71/1 (25. August 1783) ein Gehalt von 3.000 fl an, an anderer Stelle (ebenda, 34, dazu Anm. 41) hingegen unter Bezugnahme auf ein Dekret vom 15. Mai 1786 ein Gehalt von nur 800 fl zuzüglich einen Anteil an den Taxen in Höhe von 278 fl (eine eher unwahrscheinliche Entlohnung).
86) Hartl (Anm. 3), 72.
87) Hs. A 63/1, Zl. 5368. Näheres über die Amtshaftung bei Hartl (Anm. 3), 98 f. Erst Kaiser Franz II. verbot mit Hofdekret v. 14. März 1806 alle Klagen gegen Staatsbeamte in bezug auf ihre Amtshandlungen.
88) Geusau (Anm. 43), V, 366.
89) Hof- und Staatsschematismus, 1789, 219.
90) Ebenda, 1778, 232.
91) Das „Brunnhaus", in dem auch eine Wachstube für Nachtwächter untergebracht war, führte seinen Namen nach dem Auslaufbrunnen der 1565 vollendeten Hernalser Wasserleitung. Es wurde 1801 von Andreas Frh. v. Fellner angekauft und demoliert, weil dieser für sein Palais (1, Hoher Markt 8, seit 1805 im Besitz von Georg Simon Frh. v. Sina, nach dem es üblicherweise benannt war) freie Aussicht wünschte. Vgl. Czeike (Anm. 60), 473.
92) Hs. A. 70/1, fol. 153 (12. November 1782).
93) Hs. B 71/1 (vgl. Hartl, 84, Anm. 103).
94) Ebenda, fol. 35.
95) Ebenda, fol. 36'.
96) Hartl (Anm. 3), 72.
97) Ebenda, 72, Anm. 41.
98) Hs. B 71/1, fol. 52.
99) Ebenda, fol. 55.
100) Hs. A 63/1, Zl. 694; Hs. A 70/1, fol. 337.
101) Hs. B 71/1, fol. 88.
102) TBP, 1800, A, fol. 52.
103) So nennt etwa Geusau (Anm. 43) den 22. März 1795.
104) Hs. A 70/2, fol. 203.
105) Verl. Abh. 3770/1800.
106) Bargeld: 1.100 fl 20 kr, Forderungen: 200 fl, Pretiosen (je zwei goldene und silberne Uhren, eine goldene und zwei silberne Tabatieren, silbernes Eßbesteck): 313 fl 35 kr, Kleidung und Wäsche: 573 fl 3 kr, Mobiliar: 235 fl 58 kr, Bibliothek (!): 56 fl 28 kr (leider keine Angaben über den Buchbestand).
107) Nicht gesondert belegte Personalangaben sind der Hs. A 85 entnommen, in der u. a. Schriftstücke zur Amtslaufbahn Machers enthalten sind.
108) Beilage zur Verl. Abh. 1554/1814.
109) Hs. A 85.
110) Hs. B 71/1, fol. 76 (1796); Hs. A 85 (1799).
111) Hs. B 71/1, fol. 91.
112) Hof- und Staatsschematismus, 1801, 193.
113) Vgl. Hartl (Anm. 3), 71 f.
114) Hs. B 71/1, fol. 137.
115) Hartl (Anm. 3), 71.
116) Hs. B 71/1, fol. 136'f.
117) Ebenda, fol. 138'.
118) Ebenda, fol. 157'.
119) Hs. A 70/3, fol. 121 f.
120) TBP, 1814, fol. 38; Hs. B 71/2, fol. 40.
121) Verl. Abh. 1554/1814.
122) TBP, 1830, fol.
123) In der Literatur (zuletzt noch der ansonsten verläßliche Karl Weiß, II, 644) wird Weiner durchwegs fälschlich als Weber geführt.
124) Hs. B 71/1, fol. 47'.
125) Ebenda, fol. 51.
126) Ebenda, fol. 70.
127) Ebenda, fol. 83.
128) Ebenda, fol. 102.
129) Hs. B 71/2, fol. 9 (erstmals als Vorsitzender in der Sitzung v. 17. Jänner 1812).
130) Ebenda, fol. 20.
131) Personalstand v. 11. Jänner 1813 in: Hs. A 70/2, fol. 210 f.; vgl. Hartl (Anm. 3), 73.
132) Hs. A 70/2, fol. 210.
133) Vgl. Mayr (Anm. 29).
134) TBP, 1814, fol. 20; Hs. B 71/2, fol. 39'.
135) Verl. Abh. 1295/1814. Die Aktiva setzten sich folgendermaßen zusammen: Bargeld: 15 fl, Pretiosen (goldene Minutenuhr, Teile eines silbernen Eßbestecks): 153 fl, Kleidung und Wäsche: 178 fl, Mobiliar: 256 fl.
136) Die Beschäftigung von Dienstpersonal war aufgrund der Einkommensverhältnisse unproblematisch. So erhielt ein Dienstmädchen gemäß Regierungsdekrets v. 23. Juni 1830 monatlich etwa 6 fl, dazu freie Kost und Quartier sowie etwas Bekleidung. Vgl. Hartl (Anm. 3), 86.
137) Vgl. Czeike (Anm. 7), 269 ff. (dort S. 269 statt 10. April richtig 8. April; S. 270 statt Haller richtig Hollan); Czeike (Anm. 60), 222; Wurzbach (Anm. 7), XVI, 160 f.
138) Hs. B 71/1, fol. 55.
139) Ebenda, fol. 35.
140) Ebenda, fol. 68, 68'.
141) Ebenda, fol. 100'.
142) Hs. B 71/2, fol. 38'.
143) Ebenda, fol. 37.
144) Ebenda, fol. 39.
145) Hartl (Anm. 3), 86.
146) Hs. B 71/2, fol. 108.
147) Vgl. Czeike (Anm. 60), 344 f.; Czeike (Anm. 7), 257 ff.; Wurzbach (Anm. 7), LVII, 245 ff.; Anna Schmutzer, Stephan Edler v. Wohlleben, der Bürgermeister des von den Franzosen besetzten Wien, phil. Diss. Wien 1955.
148) Hs. B 71/2, fol. 120.
149) Ebenda, fol. 119.
150) H. A.-Akten, Offic. 2/1834.
151) Hs. B 71/3, fol. 90'.
152) TBP, 1837, fol. 10.
153) Test. 219/1837.
154) Hans Pemmer, Der Mozart-Friedhof zu St. Marx, Wien 1945, 12; über die Feierlichkeiten beim Leichenbegängnis vgl. H. A.-Akten, Hist. 1/1837.
155) Gerhardt Kapner, Freiplastik in Wien, Wien 1970 (in: Wiener Schriften, Heft 31), 220.
156) Materialsammlung: Hs. A 85.
157) Lt. Hof- und Staatsschematismus, 1824, 667, war der Vizebürgermeisterposten unbesetzt.
158) Originaldekret in Hs. A 85; Gehalt 3.000 fl, Quartiergeld 400 fl ab Georgi (24. April) 1825, Ablegung des Eides am 18. Oktober 1824.
159) Marianna (geb. im Februar 1784, verh. mit Florian Dostal, Bauer in Stauding Nr. 45, gest. 26. Juni 1841); Johanna (geb. im Mai 1778, verh. mit Franz Anderla, Bauer in Stauding Nr. 105, gest. 28. Oktober 1843); Franz (Lebensdaten unbekannt, lebte in Stauding).
160) Hs. A 85, unfol.
161) Hs. B 71/1, fol. 89.
162) Ebenda, fol. 91'.
163) Hs. A 85, unfol. Eingabe v. 27. Mai 1801.
164) Hs. B 71/1, fol. 97.
165) Hartl (Anm. 3), 67.
166) Hs. B 71/1, fol 107.
167) Hs. A 85, unfol.
168) Ebenda, unfol. Schreiben des Appellationsgerichts v. 18. September 1801.
169) Hs. B 71/1, fol 139.
170) Ebenda, fol. 156.
171) Hs. B 71/2, fol. 86; Original: Hs. A 85, unfol.
172) Hs. A 85, z. B. 9. Mai 1821, 12. Juni 1824.
173) Hs. B 71/2, fol. 113'.
174) Ebenda, fol. 128'.
175) Ebenda, fol. 126', 129.
176) Hof- und Staatsschematismus, 1824, 668.
177) Hs. B 71/2, fol. 128.
178) Hs. B 71/3, fol. 27'.
179) Hartl (Anm. 3), 88.
180) Hs. A 85, unfol.
181) Hs. B 71/3, fol. 90'; Hs. A 85, unfol. (Dekret).
182) Hs. B 71/3, fol. 101'.
183) Ebenda, fol. 102; H. A.-Akten, Offic. 9/1835.
184) Hof- und Staatsschematismus, 1825, 272; 1837, 283.
185) Hs. B 71/3, fol. 135'.
186) Hs. B 71/4, fol. 16.
187) Ebenda, fol. 5 ff.
188) Ebenda, fol. 5'.
189) Ebenda, fol. 68'.
190) Ärztliches Zeugnis des Dr. med. Friedrich Jäger v. 12. Oktober 1843, das bestätigt, Hollan sei am rechten Auge erblindet, und es drohe ihm auch Erblindung auf dem stark geschwächten linken Auge, sofern er nicht jede Beanspruchung vermeide; er sei „vollständig und bleibend unfähig geworden, seinen Dienst zu versehen". (Hs. A 85, unfol.)
191) Hs. B 71/4, fol. 5'; Hartl (Anm. 3), 83.
192) Test. 356/1844.
193) Aktiva: Bargeld: 400 fl, Pensionsrückstand: 291 fl 40 kr, Obligationen: 8.215 fl 32 kr, Pretiosen (goldene Minutenuhr, silberne Tabaksdose): 20 fl, Kleidung und Wäsche: 111 fl, Mobiliar: 343 fl, Bücher: 5 fl, Gesamtsumme: 9.386 fl 12 kr. – Passiva: Leichenbegängnis: 296 fl, Arztkosten: 6 fl. – Verl. Abh. 2589/1844.
194) Wohnhaft Josefstadt Nr. 210. Gest. am 13. Oktober 1845 im Alter von 86 Jahren.
195) Hs. B 71/1-4.
196) Hs. B 71/4, fol. 104.
197) Hs. 87/2, fol. 47; TBP, 1844, unfol.
198) Lt. Parte in Hs. A 85, fol. 45; Grabmalhain Währinger Park Nr. 27 (vgl. Gerhardt Kapner, Freiplastik, 268; Heimatbuch Währing, 632).
199) Die folgenden Daten sind der „Qualifikationstabelle" Philipps v. 12. März 1844 entnommen, die im Zuge seiner Bewerbung um den Vizebürgermeisterposten angelegt worden ist (Hs. A 85, fol. 10–13).
200) Ernennung bereits am 12. Juni 1812 (Hs. B 71/2, fol. 12).
201) Ebenda, fol. 23'.

202) Vgl. ebenda, fol. 22; Hartl (Anm. 3), 69.
203) Hs. B 71/2, fol. 27.
204) Hs. A 85, fol. 10–13.
205) Hs. B 71/4, fol. 105ᵛ f.; Hs. A 85, fol. 14; ebenda Reden des Appellationsrats Leopold Peller (fol. 19–20) und Philipps (fol. 21–22), die Eidesformel (fol. 16–17) sowie Begrüßungsadresse des Mitarbeiters Joseph Benesch (fol. 24–25).
206) Vgl. Hof- und Staatsschematismus, 1847, 630; Hs. B 71/4, fol. 5ᵛ.
207) Ebenda, fol. 142 f.
208) Hs. A 85, fol. 40, 42.
209) TBP, 1857, unfol.
210) Bei Weiß (Anm. 42), 643, irrig 1782–1794.
211) Hof- und Staatsschematismus, 1789, 219.
212) H. A.-Akten, 10/1795.
213) Geusau (Anm. 43), V, 365.
214) Hof- und Staatsschematismus, 1801, 256.
215) Geusau (Anm. 43), V, 365.
216) Zur Genealogie der Familie vgl. Else Spiesberger, Franz Anton Pilgram, seine Verwandtschaft und Nachkommen, in: Adler. Zeitschrift für Genealogie und Heraldik, 10. (XXIV.) Band (1976), 351 f.
217) Vgl. Hs. B 71/1, fol. 69; s. a. Anm. 93.
218) Gb. 29/34, fol. 225.
219) TBP, 1804, B/P, fol. 28.
220) Bei Weiß (Anm. 42), 643 f., irrig 1805.
221) Geusau (Anm. 43), V, 365; Hs. B 71/1, fol. 116.
222) Lt. TBP, 1815, W, fol. 26.
223) Geusau (Anm. 43), V, 365.
224) Ein Josef Anton Bittermann, J. U. D., Innerer Stadtrat und Senior desselben, war 1778 Stadt- und Landgerichtskanzleidirektor.
225) Vgl. Hof- und Staatsschematismus, 1807, 576.
226) Vgl. Felix Czeike, Wien und sein Altes Rathaus, in: Wiener Geschichtsblätter, 27 (1972), 451.
227) Hof- und Staatsschematismus, 1801, 194. Hier liegt offenkundig ein Druckfehler vor: es soll richtig heißen Nr. 219.
228) Geusau (Anm. 43), V, 365 f.
229) Test. 383/1815.
230) TBP, 1815, W, fol. 26; Hs. B 71/2, fol. 51ᵛ.
231) Vgl. Abh. 1424/1815.
232) Bargeld: 40 fl, Pretiosen (Goldene Salvator-Ehrenmedaille, ein Dutzend silberner Eßlöffel, ein halbes Dutzend silberner Kaffeelöffel): 152 fl, Kleidung und Wäsche: 159 fl, Mobiliar: 29 fl, d. s. zusammen 380 fl. – Bezeichnend für die damalige Zeit, daß unter den Kleidungsstücken ausdrücklich sieben Fracks in den Farben Dunkelgrün, Blau, Lichtbraun, Braun, Silber, Grau und Schwarz erwähnt werden.
233) Bei Weiß (Anm. 42), 644, irrig 1816–1827.
234) Hs. B 71/1, fol. 60.
235) Hof- und Staatsschematismus, 1807, 576 (Landstraße Nr. 213).
236) Hs. B 71/1, fol. 145ᵛ.
237) Hs. 87/1, fol. 28; TBP, 1817, H, fol. 26ᵛ.
238) Hs. B 71/2, fol. 125.
239) Ebenda, fol. 134ᵛ.
240) TBP, 1827, F (sic!), fol. 11ᵛ; Hs. B 71/2, fol. 166ᵛ.
241) Bei Weiß (Anm. 42), 644, irrig 1828–1849.
242) Hs. B 71/4, fol. 5ᵛ.
243) Hs. B 71/1, fol. 143.
244) Hof- und Staatsschematismus, 1824, 668.
245) Hs. B 71/3, fol. 101ᵛ; H. A.-Akten, Offic. 9/1835.
246) H. A.-Akten, Offic. 5/1841.
247) Johann Baptist, Hörer der Philosophie, geb. ca. 1813, gest. 19. März 1828 (Hs. 87/1, fol. 88); Anton, geb. ca. 1815, gest. 23. August 1830; Johann Nepomuk, geb. ca. 1818, gest. 23. August 1830 (beide: ebenda, fol. 102ᵛ bzw. TBP, 1830, R, fol. 28ᵛ). – Gattin Thecla, geb. um 1787, gest. 16. Juni 1841 im Alter von 54 Jahren, zuletzt wohnhaft Wollzeile Nr. 793 (Hs. 87/2, fol. 22ᵛ), beigesetzt im eigenen Grab auf dem St. Marxer Friedhof (Friedhofsbücher, II-B-3, fol. 274ᵛ).
248) Hs. 87/2, fol. 22ᵛ; vgl. Hof- und Staatsschematismus, 1835, 652 (Rotenturmstraße); 1837, 677 (Wollzeile), ebenso noch: ebenda, 1847, 630.
249) Hs. B 71/4, fol. 5ᵛ.
250) Die Durchsicht der „Memorabilien" (Hs. 87) bis zum Jahre 1870 erbrachte ebensowenig einen Hinweis auf seinen Tod wie die Durchsicht der Friedhofsbücher; er wurde jedenfalls nicht im Grabe seiner Gattin Thecla auf dem St. Marxer Friedhof beigesetzt (Friedhofsbücher, II-B-3, fol. 274ᵛ).
251) In der Literatur bisher übergangen.
252) Hs. B 71/4, fol. 5ᵛ.
253) Hof- und Staatsschematismus, 1848, 640.
254) Vgl. Rudolf Till, Ignaz Czapka Freiherr von Winstetten, letzter Bürgermeister des vormärzlichen Wien, in: Jahrbuch des Vereines für Geschichte der Stadt Wien, 14 (1958), 57 ff.; Hahnkamper (Anm. 67), 335 ff.; Czeike (Anm. 7), 272 ff.; Czeike (Anm. 60), 81.
255) TBP, 1821, C/G/K, fol. 30.
256) Vgl. Hs. B 71/3, fol. 101ᵛ.
257) Hs. B 71/3, fol. 102.
258) Ebenda, fol. 130.
259) Ebenda, fol. 133ᵛ.
260) Vgl. Anm. 252.
261) Bei Weiß (Anm. 42), 644, irrig 1838–1844.
262) Elfriede Sheriff, geb. Wallner, Die Ämter der Stadt Wien von 1783–1848 in verwaltungsgeschichtlicher und personeller Hinsicht, phil. Diss. Wien 1977 (W 150), 291.
263) Hs. B 71/4, fol. 7; lt. Sheriff (Anm. 262), 291 (ohne Quellenangabe!) bereits 1815.
264) Hof- und Staatsschematismus, 1839, 730.
265) Karl, Bürger von Wien (war 1859 in Marseille); Maria, verehel. Janotta (bei Sheriff-Wallner, Anm. 262, irrig Sanotti!), k. k. Polizeiratsgattin, wohnhaft Leopoldstadt Nr. 245; Alois, k. k. Kriegskommissariatsadjunkt (bei Sheriff-Wallner, Anm. 262, irrig Kriegskommissärsadjunkt!) in Sombor; Anton, k. k. Landesgerichtsadjunkt in Wien, wohnhaft Stadt Nr. 787 in der väterlichen Wohnung.
266) Hs. B 71/4, fol. 6.
267) TBP, 1859, L, unfol.
268) Bez. Ger. Innere Stadt, Verl. Abh. 1194/1859.
269) Hs. B 71/4, fol. 9.
270) TBP, 1868, fol. 167.
271) Vgl. Anm. 35.
272) TBP, 1855, M, unfol.

INDEX

GESETZBLATT DER STADT WIEN UND LANDESGESETZBLATT FÜR WIEN VOM 30. OKTOBER 1945 BIS 31. DEZEMBER 1979

LGBl. Nr.

Abgaben
- abgabenrechtliche Vorschriften, Änderung und Anpassung an Gemeinderecht 18/69
- – Anpassung an das Finanzausgleichsgesetz 1973 . . . . . 12/73

Abgabenordnung, Wiener 21/62
- Änderungen 4/74, 28/78
- Druckfehlerberichtigung 2/63
- Ergänzungen 12/64

Ankündigungsabgabegesetz, Wiener 7/48
- Abänderungen 17/62, 21/62, 18/69, 12/73
- Anpassung an Gemeinderecht 18/69

Anzeigenabgabegesetz 14/46
- Abänderungen 21/62, 20/65, 12/73, 10/78

Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, Sistierung der Einhebung 11/47
- Änderungen 5/48, 13/49, 21/62
- Einhebung 8/50
- – Druckfehlerberichtigung 10/50
- – Änderungen 30/51, 3/54, 3/57
- – Aufhebung des § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 durch den VfGH. (8/50 i. d. F. 3/57) 6/63
- – Außerkraftsetzung von Bestimmungen des Gesetzes LGBl. Nr. 8/50 . . . . . 1/64

Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh, Einhebung . . 7/50
- Änderungen 29/51, 4/54, 4/57, 21/62, 18/69
- Anpassung an Gemeinderecht 18/69
- Ausnahmen 11/69

Ausgleichszuschlag bei Lebendvieh, Sistierung der Einhebung 11/47
- Änderungen 5/48, 13/49

Dienstgeberabgabe 32/69
- Abänderung 17/70, 5/79

Fremdenverkehrsförderungsgesetz, Wiener, Ortstaxe 13/55
- Abänderungen 21/62, 4/64, 18/69, 12/73, 8/75
- Anpassung an Gemeinderecht 18/69

Garagengesetz, Ausgleichsabgabe 22/57
- Änderung 21/62
- Durchführungsverordnungen . . . 32/57, 14/62, 9/75

Gebrauchsabgabegesetz 1966 . . . . . 20/66
- Abänderungen 12/73, 12/76
- Novelle 1967 . . . . . 25/67
- Novelle 1968 . . . . . 25/68

Gebrauchsgebührengesetz 4/48
- Änderungen 14/49, 21/62
- Aufhebung des § 1 Abs. 1 und der Worte „und jederzeit widerruflich“ im § 1 Abs. 2 durch den VfGH. 23/65

Gefrorenessteuer 17/48
- Änderungen 21/62, 12/73

Getränkesteuernovelle 1947 . . . . . 2/48
- Gesetz für Wien 11/48
- Änderung 21/62
- Gesetz 1971 . . . . . 2/71
- – Abänderungen 12/73, 32/73
- – Durchführungsverordnung 12/48
- – – Änderung 9/52
- – – Aufhebung des Art. I Abs. 2 durch den VfGH. (12/48 i. d. F. 9/52) 7/55

Grundsteuer, Verfahren 12/64

LGBl. Nr.

Grundsteuerbefreiungsgesetz 1948, Wiener 25/48
- Änderung 7/70
- Durchführungsverordnung 27/49
- – Aufhebung des § 1 Abs. 2 durch den VfGH. . 27/51
- Novelle 1951 . . . . . 7/52
- Gesetz 1952 . . . . . 8/52
- – Änderungen 3/56, 15/59, 11/64, 7/70
- Gesetz 1955 . . . . . 4/55
- – Änderung 7/70
- Gesetz 1968 . . . . . 21/68
- Gesetz 1972 . . . . . 11/72
- Gesetz 1973 . . . . . 24/73

Hauskehrichtabfuhrgebühren, Neufestsetzung des Ausmaßes 14/47, 10/48, 1/51, 28/51

Hauskehrichtabfuhrgesetz 1954 (Gebühren) . . . 16/54
- Abänderungen 4/56, 10/59, 21/62

Hundeabgabegesetz, Änderungen 1/46, 2/50, 5/52, 21/62, 18/69
- Anpassung an Gemeinderecht 18/69

Jagdsteuer 6/50
- Aufhebung 7/58

Kanaleinmündungsgesetz (Gebühren) 22/55
- Abänderungen 13/67, 2/70, 10/73, 20/77
- Neufestsetzung des Einheitssatzes 6/47, 5/51, 18/51, 24/52, 1/56, 2/61, 21/67, 16/68

Kanalgrenzwertverordnung 18/78

Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 . 2/78

Lohnsummensteuer, Verfahren 12/64

Müllabfuhrgesetz 1965 . . . . . 19/65
- Abänderung 9/70
- Anpassung an Gemeinderecht 18/69

Opferfürsorgeabgabegesetz 3/59
- Novelle 1963 . . . . . 26/63
- Abänderungen 10/67, 39/69, 12/73, 31/73, 31/77

Sportgroschengesetz, Wiener 16/48
- Änderungen 12/49, 27/69, 12/73
- Novelle 1960 . . . . . 28/60

Überhöhungsabgabe 35/49
- Aufhebung 6/58

Unratsanlagen, Räumungsgebühr 6/54
- Benützungs- und Räumungsgebühr 17/61
- Änderungen 21/62, 18/69
- Anpassung an Gemeinderecht 18/69

Verfahren für die von den Behörden der Stadt Wien verwalteten Abgaben, vorläufige Regelung allgemeiner Bestimmungen 13/61

Vergnügungssteuergesetz für Wien 1945, Änderungen 13/46
- 1946, Neuverlautbarung 17/46
- Änderung 21/62
- – Durchführungsverordnungen 18/47, 21/48
- – Druckfehlerberichtigung (zu 21/48) 23/48
- – Kundmachungen über die Feststellung von Gesetzwidrigkeiten in der Verordnung LGBl. Nr. 18/47 . . . . . 14/51, 13/52
- Novelle 1948 . . . . . 30/48
- Novelle 1949 . . . . . 19/49
- gesetznovelle 1960 . . . . . 27/60
- gesetznovelle 1962 . . . . . 16/62

LGBl. Nr.

– Gesetz für Wien 1963 . . . . . 11/63
– – Abänderung 12/73
– – Novelle 1967 . . . . . 3/68
– – Novelle 1968 . . . . . 20/68
– – Novelle 1969 . . . . . 17/69
– – Novelle 1976 . . . . . 37/76
Wassergebühren . . 4/47, 15/47, 9/48, 4/51, 32/51, 10/60
Wettgebührenzuschläge 26/49

Abgassammler, siehe Bauordnung

Abschußliste, siehe Jagdgesetz

Agrarbehördengesetz, Wiener 6/71

Altersunterstützung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, siehe Fürsorgewesen

Altstadterhaltungsnovelle, siehe Bauordnung

Ambulatoriumsbeiträge, siehe Krankenanstaltengesetz

Amtstaxen, siehe Verwaltungsabgaben

Ankündigungsabgabegesetz, siehe Abgaben

Anliegerbeitrag, siehe Bauordnung

Anzeigenabgabegesetz, siehe Abgaben

Apotheken, Dienst in öffentlichen 20/48
– Abänderung 18/53
– Aufhebung des § 1 Abs. 1 durch den VfGH. (20/48) 9/56

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, siehe Dienstrecht

Ärzte, auszubildende, Entgelt und Anzahl 22/50
– Abänderung 19/56
Kammerräte in der Vollversammlung und im Vorstand der Ärztekammer für Wien, Anzahl 1/66, 1/70, 1/74, 5/77

Aufbringungsgesetz, landwirtschaftliches (BGBl. Nr. 77/47)
Bezirks- und Ortsaufbringungsausschüsse, Bildung 12/47
– Konstituierung 13/47

Aufzugsgesetz, siehe Bauordnung

Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, siehe Abgaben
– auf Lebendvieh, siehe Abgaben

Ausgleichszuschlag bei Lebendvieh, siehe Abgaben

Ausländergrunderwerbsgesetz 33/67

Ausstellungsgesetz
– Änderung 5/70

Badeverbot, siehe Wasserrechtsgesetz

Baumschutzgesetz, Wiener 27/74

Bauordnung
– Abänderungen 17/47, 45/49, 28/74
– Novelle 1955 . . . . . 16/55
– Novelle 1956 . . . . . 28/56
– – Abänderungen 14/58, 31/60, 3/64, 10/64, 9/67, 6/70
– – Aufhebung des § 17a Abs. 1 erster Satz und Abs. 3 erster Satz durch den VfGH. (11/30 i. d. F. 28/56) 7/60
– Novelle 1961 . . . . . 16/61
– Ergänzung 13/68
– Novelle 1970 . . . . . 15/70
– Novelle 1971 . . . . . 25/71
– Novelle 1976 . . . . . 18/76
Abgassammler mit Metallrohr, Zulassung 20/57
– Aufhebung 15/77
Altstadterhaltungsnovelle 1972 . . . . . 16/72
Anliegerbeitrag, Befreiung, Abänderung 41/69
– Einheitssatz 33/49, 18/64

LGBl. Nr.

Aufzugsgesetz, Wiener 12/53
– Abänderung 31/68
– Durchführungsverordnungen 16/53, 17/73
– – Abänderung 16/56
Baulärm, Schutz 16/73
– Emmissionswertverordnung 20/73
Baurecht, Aufhebung einiger ehemaliger Rechtsvorschriften 24/54
Bausperre zeitlich begrenzte, Aufhebung . . 5/53, 20/74
Baustoffe, Ö-Normen 9/50, 9/54
– Abänderungen 12/57, 23/59, 33/68
– Verbindlicherklärung bzw. Aufhebung 11/60, 23/60, 14/63
Blitzableiter, Anlage 17/60
Drosselklappen, Abänderung der Verordnung LGBl. Nr. 48/30 . . . . . 6/51
– Neuregelung 25/54
Dunstschläuche 25/54
Fachbeirat für Stadtplanung, Geschäftsordnung 24/79
Falzsteinbauwand „System Antosch", Zulassung . 22/59
Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 4. Bezirk (teilweise), Aufhebung des Beschlusses durch den VfGH. (ABl. 17/1898) 21/78
– – 22. Bezirk (teilweise), Aufhebung des Beschlusses durch den VfGH. (ABl. 19/1928) 36/78
Gehsteigherstellung, Abänderung 28/48
– Aufhebung des § 6 Abs. 1 durch den VfGH. (42/30) 18/73
– Druckfehlerberichtigung 3/49
– teilweise Aufhebung des § 1 Abs. 12 durch den VfGH. (42/30) 13/64
Kleinhäuser, Reihenhäuser und Sommerhäuser, Erleichterungen 9/78
Kleinölbrenner 22/47
– Aufhebung 12/63
Kleinwohnungshäuser, Kleinhäuser, Einfamilien- und Siedlungshäuser, Erleichterungen, Abänderung der Verordnung Vdg.-Bl. Nr. 25/39 6/66
Lüftungsschläuche 25/54
Ölfeuerungsanlagen, Abänderung 12/63
Ölfeuerungsgesetz, Wiener 19/74
Ö-Normen für Baustoffe 9/50, 9/54
– Abänderungen 12/57, 23/59
– Verbindlicherklärung bzw. Aufhebung . 11/60, 23/60, 14/63, 16/64, 4/67
Rauchfänge, enge, Abänderung der Verordnung LGBl. Nr. 48/30 . . . . . 6/51
– Neuregelung 25/54
Rauchsammler mit Metallrohr, Zulassung 22/62
– – Verlängerung 24/64
Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsangelegenheiten, Gutachterkommissionen 22/77
– Assanierung von Wohngebieten 31/78
Torstahl 40, Zulassung 5/46
– Druckfehlerberichtigung 9/46
– Abänderung 2/49
Wiederaufbau, Sonderbestimmungen 5/47
– Ergänzung 20/47
– Änderungen 6/49
Wiederaufbaugesetz, Wiener 20/51
– Aufhebung des § 18 durch den VfGH. 5/56
– Verlängerung der Geltungsdauer 18/56

Beamtenentschädigung, siehe Dienstrecht

Bedienstetenschutz, siehe Dienstrecht

LGBl. Nr.

Behindertengesetz 22/66
– 1. Novelle 4/69
– 2. Novelle 10/75
– 3. Novelle 32/76
– Behinderte, Ausweise 16/75
– Behindertenhilfe, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG 40/78
– Kostenbeiträge 15/75
– Pflegegeld . . 14/75, 35/75, 1/77, 37/77, 35/78, 34/79

Berufsausbildungsordnung, land- und forstwirtschaftliche; siehe Landarbeitsordnung

Besoldungsordnung, siehe Dienstrecht

Bestattungswesen, siehe Sanitätsangelegenheiten

Betriebsaktionen-Verbotsgesetz 24/56

Bezirksaufbringungsausschüsse, siehe Aufbringungsgesetz, landwirtschaftliches

Bezirkseinteilungsgesetz, siehe Verfassung

Bezügegesetz, siehe Verfassung

Bezugsvorschüsse, siehe Dienstrecht

Blindenbeihilfengesetz 2/57
– Novelle 8/60
– Änderungen 5/61, 13/62, 3/63, 15/65, 3/66, 1/67, 15/68, 6/69
– Wiederverlautbarung 14/69
– – Änderung 31/76
Höhe der Blindenbeihilfen . 10/69, 28/69, 34/70, 21/71, 22/72, 29/73, 51/74, 34/75, 27/76, 34/77, 34/78, 35/79

Blitzableiter, siehe Bauordnung

Börsesensalegesetz (BGBl. Nr. 3/49)
Mäklergebühr an der Börse für landwirtschaftliche Produkte 3/50, 2/51, 6/62
– an der Wiener Warenbörse 16/50, 2/51, 6/52, 10/76
– der Wiener Börsesensale 12/60

Branntweinkleinverschleißgeschäfte und -schenken, Sperrstunde; siehe Sperrstunden

Brennstoffe, Beförderung und Abladen; siehe Straßenpolizei

Buschenschankgesetz, Wiener 4/76
Buschenschankbetriebe, Ausschankzeit 6/76

Dächer, Reinigung; siehe Straßenpolizei

Dienstgeberabgabe, siehe Abgaben

Dienstrecht
– Bezeichnung von Angelegenheiten als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde . . . 20/69
Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, Wiener 1/57
– Anpassung an Gemeinderecht 20/69
Beamtenentschädigung wegen politischer Maßregelung 8/53
Beamtenentschädigungsgesetz, Wiener 2/62
Bedienstetenschutzgesetz, Wiener 28/79
Besoldungsordnung 1967 . . . . . 18/67
– 1. Novelle 30/67
– 2. Novelle 34/67
– 3. Novelle 26/68
– 4. Novelle 45/69
– 5. Novelle 15/71
– 6. Novelle 4/72
– 7. Novelle 10/72
– 8. Novelle 6/73
– 9. Novelle 18/74
– – Druckfehlerberichtigung 25/74
– 10. Novelle 55/74
– 11. Novelle 24/76

LGBl. Nr.

– 12. Novelle 9/77
– 13. Novelle 28/77
– 14. Novelle 7/78
– 15. Novelle 26/78
– 16. Novelle 6/79
Bezugsvorschüsse im Sinne des Beamten-Überleitungsgesetzes 2/55
Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien, Aufhebung durch den VfGH. . 15/51
– landesgesetzliche Regelung 34/51
– – Anpassung an Gemeinderecht 20/69
– 1. Novelle 14/52
– 2. Novelle 15/52
– 3. Novelle 20/52
– 4. Novelle 6/53
– 5. Novelle 14/53
– 6. Novelle 15/54
– 7. Novelle 22/54
– 8. Novelle 10/55
– 9. Novelle 2/56
– 10. Novelle 15/56
– 11. Novelle 5/57
– 12. Novelle 18/57
– 13. Novelle 10/58
– 14. Novelle 2/59
– 15. Novelle 16/59
– 16. Novelle 20/59
– Wiederverlautbarung 24/59
– 17. Novelle 15/60
– 18. Novelle 26/60
– 19. Novelle 6/61
– 20. Novelle 1/62
– 21. Novelle 11/62
– 22. Novelle 15/63
– 23. Novelle 9/64
– 24. Novelle 22/64
– 25. Novelle 12/65
– – Anpassung an Gemeinderecht 20/69
– 26. Novelle 9/66
– – Anpassung an Gemeinderecht 20/69
– 27. Novelle 18/66
– 28. Novelle 17/67
– – Anpassung an Gemeinderecht 20/69
Dienstordnung 1966 . . . . . 37/67
– 1. Novelle 4/71
– 2. Novelle 48/74
– 3. Novelle 23/77
– 4. Novelle 25/78
– 5. Novelle 26/79
Dienst- und Betriebsvorschrift für den Fahr-, Verkehrs-, Revisions-, Werkstätten- und Bahnerhaltungsdienst der Verkehrsbetriebe, Abänderung 12/69
Freiwillige Waffenübungen, Fortzahlung der Dienstbezüge 24/77
– Änderung 5/78
Gebietsänderungsgesetz, dienstrechtliche Maßnahmen 23/54
Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, Ersatzleistungen 9/61
– Abänderungen 4/63, 13/65, 32/68
Kindergärtnerinnen-Dienstrechtsüberleitungsgesetz 8/64
– und Erzieher an Horten, fachliche Anstellungserfordernisse 1/71
Mandatsausübung von Beamten, Außerdienststellung 9/55
– Anpassung an Gemeinderecht 20/69

LGBl. Nr.

Mutterschutzgesetz, Anwendung von Bestimmungen auf weibliche Bedienstete der Stadt Wien 21/57, 8/70
– Änderung 42/74, 2/77
– Ergänzung 10/66
Nationalsozialistengesetz, dienstrechtliche Maßnahmen 10/56
– Druckfehlerberichtigung 14/56
Pensionsordnung 1966 . . . . . 19/67
– 1. Novelle 46/69
– 2. Novelle 27/70
– 3. Novelle 7/73
– 4. Novelle 54/74
– 5. Novelle 7/79
Ruhegenüsse, an ehemalige Empfänger von solchen 11/57
Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 . . . . . 22/68
– 1. Novelle 21/69
– 2. Novelle 1/72
– 3. Novelle 25/75
– 4. Novelle 6/78
Teuerungszulagen, Gewährung 26/68
Unfallfürsorgegesetz 1967 . . . . . 8/69
– 1. Novelle 2/74
– 2. Novelle 33/77
– 3. Novelle 27/79
Versorgungsgenüsse, an ehemalige Empfänger von solchen 11/57
Vertragsbedienstetenordnung 1979 . . . . . 20/79
Verzicht auf Ersatzforderungen der Gemeinde Wien gegenüber Organwaltern der Gemeinde Wien oder des Landes Wien 8/72

Donaustrom und -kanal, siehe Schiffahrtswesen

Drosselklappen, siehe Bauordnung

Dunstschläuche, siehe Bauordnung

Ehrenzeichen für die Errettung von Menschen aus Lebensgefahr, siehe Rettungsmedaillengesetz
– für Verdienste im Feuerwehr- und Rettungswesen, siehe Feuerpolizeiwesen

Ehrenzeichengesetz, Wiener 35/67

Einfamilienhäuser, Erleichterungen; siehe Bauordnung

Einsatzmedaille des Landes Wien 13/77

Elektrizitätsrechtliche Vorschriften, Weitergeltung im Lande Wien 7/56

Elektrizitätswirtschaftsgesetz, Wiener 8/77

Federwild, Verkehr mit Eiern; siehe Jagdgesetz

Feiertagsarbeit und -ruhe, siehe Sonntagsruhegesetz

Feldschutzgesetz, Wiener 38/69
– Abänderung 44/74

Feuerbestattung, siehe Sanitätsangelegenheiten

Feuerpolizeiwesen
Ehrenzeichen für Verdienste im Feuerwehr- und Rettungswesen 22/52
– Abänderung 3/53
– Ausstattung 9/53
Feuerpolizeigesetz, Wiener 17/57
– Abänderung 23/69
– Verordnung, Wiener 25/57
Feuerwehrgesetz, Wiener 16/57
– Abänderung 23/69
– Verordnung, Wiener 26/57
Handfeuerlöscher, Ö-Normen 29/57

LGBl. Nr.

Kehrverordnung, Wiener 23/57
– Abänderung 4/68
Ö-Normen für Handfeuerlöscher 29/57

Filmprädikat-Anerkennungsverordnung, siehe Kinogesetz

Filmvorführerverordnung, siehe Kinogesetz

Fischereigesetz
– Wiener 1/48
Brittelmaß 19/48
– Abänderung 19/69
Fangstatistik 24/48
Fische, Verbot des Verkaufes 31/49
Fischereiausweis 6/46
– Änderung und Ergänzung 8/47
Fischereikataster 24/48
Fischereiverpachtung in Pachtrevieren 9/49
Fischerkarten, Ausstellung 11/50
Krebse, Verbot des Verkaufes 31/49
Schonzeiten 19/48

Fleischbeschau, siehe Tierseuchenwesen

Fonds-Reorganisationsgesetz, siehe Stiftungsgesetz

Försterdienst, Errichtung einer Staatsprüfungskommission 19/63

Forstgesetz 1975, Ausführungsbestimmungen . . 9/79

Forstschutzorgane, Betrauung von Personen . . . 23/76

Fremdenführertarif 1965 . . . . . 2/66
– Abänderungen 30/68, 22/71, 24/72
– 1974 . . . . . 30/74
– – Änderung 14/76
– 1978 . . . . . 37/78

Fremdenverkehrsförderungsgesetz, Wiener 13/55
– Novelle 1963 . . . . . 4/64
– Abänderungen 21/62, 4/64, 18/69, 12/73, 8/75

Fristenablauf, Hemmung durch Samstage und den Karfreitag 8/62

Funktionäre, Gebühren; siehe Verfassung

Fürsorgewesen
Altersunterstützung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft 25/56
Fürsorge und Jugendwohlfahrt, vorläufige Regelung 11/49
– öffentliche, Richtsätze 4/62
– – Abänderungen 10/63, 21/63, 2/64, 1/65, 9/65, 25/65, 6/67, 41/67, 29/68, 35/69, 12/70, 16/70, 32/70, 10/71, 20/71, 21/72
Fürsorgeerziehungsheime, Richtlinien für die Errichtung und den Betrieb 17/56
Jugendhilfswerk, Wiener, Fonds 20/56
Jugendwohlfahrtsgesetz, Wiener 14/55
Pflegekinderheime, Richtlinien für die Errichtung und den Betrieb 27/56

Garagengesetz, Wiener 22/57
– Novelle 1969 . . . . . 40/69
– Änderung 7/75
– Durchführungsverordnungen . . . 32/57, 14/62, 9/75
– – Abänderung 13/70
Ö-Norm über Abscheider für brennbare Flüssigkeiten, Anerkennung 2/58

Gasgesetz, Wiener 17/54
– Durchführungsverordnung 26/54
– Abänderungen 13/66, 19/71, 27/78
Gasanlagen, Anzeige- und Überprüfungspflicht, Ausnahmen 19/66
Technische Richtlinien, Anerkennung 33/75

Gastgewerbe, Sperrstunde; siehe Sperrstunden

Gebietsänderungsgesetz, siehe Verfassung
– dienstrechtliche Maßnahmen; siehe Dienstrecht oder Verfassung

Gebrauchsabgabegesetz, siehe Abgaben

Gebrauchsgebührengesetz, siehe Abgaben

Geflügel, Schoppen; siehe Tierschutzgesetz

Gefrorenessteuer, siehe Abgaben

Gehsteigherstellung, siehe Bauordnung

Gemeindejagd, siehe Jagdgesetz

Gemeinderatsmandate, Aufteilung auf die Wahlkreise; siehe Gemeindewahlordnung

Gemeindevermittlungsämter,
Abänderungen 10/51, 37/69

Gemeindewahlordnung der Stadt Wien . . . 29/49, 17/64
– Abänderungen . . . 20/54, 14/59, 3/69, 24/71, 13/78
– 1959, Wiederverlautbarung 17/59
– – Änderung 18/60
Gemeinderatsmandate, Aufteilung auf die Wahlkreise . . . . . (GBl. Nr.) 2/45
Mandatsausübung von Beamten, Außerdienststellung 9/55
Wahl in den Gemeinderat im Jahre 1949 . . . . . 30/49, 36/49
Wahlen in den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen im Jahre 1954 . . . . . 19/54
– in den Landtag von Niederösterreich im Jahre 1954 . . . . . 21/54
Wahlkreise, Zahl der Gemeinderatsmandate . . . . . (GBl. Nr.) 2/45

Gesellschaftstänze, Unterricht 27/48

Gesetzblatt der Stadt Wien, Gesetz über das *) . . . . . (GBl. Nr.) 1/45

Getränkesteuergesetz, siehe Abgaben

Gewerbeordnung 1973, Verordnung, mit der die Besorgung der im § 198 festgelegten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde auf eine Bundesbehörde übertragen wird 32/74

Grenzen der Stadt Wien, siehe Verfassung

Grundsteuerbefreiungsgesetz, siehe Abgaben

Grundwasserschongebiet, siehe Wasserrechtsgesetz

Halteverbote, siehe Straßenpolizei

Handfeuerlöscher, Ö-Normen; siehe Feuerpolizeiwesen

Hausbesorgerwesen
Entgelt 6/57
– Abänderungen . . . 25/60, 20/62, 6/65, 11/67, 15/69, 18/70, 15/72, 37/74, 7/76, 41/77
Haustorschlüssel, Vorschriften 21/47, 32/49, 21/50, 25/51, 23/55, 6/57
– Abänderung der Verordnung 6/57, 25/60
– Kundmachung über die Feststellung der Gesetzwidrigkeit des § 4 Abs. 1 zweiter Satz in der Verordnung LGBl. Nr. 23/55 . . . . . 4/59
Materialkostenersatz 18/70
– Abänderungen 15/72, 37/74, 7/76, 41/77
Reinigungsgeld 2/47, 21/47, 5/49, 32/49, 21/50, 25/51, 23/55
Sperrgeld 2/47, 21/47, 5/49, 32/49, 21/50, 25/51, 23/55, 6/57, 18/70, 15/72, 41/77
– Abänderungen 25/60, 20/62, 6/65, 11/67, 15/69, 37/74, 7/76
Zuschlagsvergütung 6/57
– Abänderungen . . . 25/60, 20/62, 6/65, 11/67, 15/69

Haushaltsordnung, siehe Voranschlag

Hauskehrichtabfuhrgebühr, siehe Abgaben

Hauskehrichtabfuhrgesetz 1954 . . . . . 16/54
– Abänderungen 4/56, 10/59

Haustorschlüssel, siehe Hausbesorgerwesen

Heilquelle, Erklärung einer Quelle 6/60

Heilquellen, siehe Heilvorkommen- und Kurortegesetz

Heilvorkommen- und Kurortegesetz, Wiener . . . 7/61
– Änderungen 37/75, 29/79
Analysen und Gutachten 8/67

Hunde, Haltung für Wachtzwecke; siehe Tierschutzgesetz

Hundeabgabegesetz, siehe Abgaben

Hupverbot, siehe Straßenpolizei

Hypothekenanstalt, Wiener, Änderung des Statutes 22/74

Jagdgesetz
– Wiener 6/48
Abschußliste 5/50
Federwild, Verkehr mit Eiern 50/49
Gemeindejagd, öffentliche Versteigerung 4/49, 1/54
Gemeindejagdverpachtungen, Erlag der Kaution 1/49
Jagdabschußplan 5/50
Jagdaufseher, Beeidigung und Bestätigung sowie äußere Kennzeichnung 20/50
Jagdkataster 4/52
Jagdliche Eignung und jagdliche Verläßlichkeit, Anerkennung von Nachweisen 12/79
Jagdschaden, Ersatz 1/52
Jagdwirtschaftsplan 5/50
Reichsjagdrecht, Anwendung, Änderung 7/47
Schonzeit für Fasanhennen 20/72
Schonzeiten der jagdbaren Tiere 15/48
– Abänderungen 21/59, 9/63, 11/65, 34/68, 28/70, 26/75
– Abgabe und Verkauf während der Schonzeit 54/49
Schwanenhals beim Fangen von Wild, Verbot der Anwendung 6/68
Tellereisen, Verbot der Anwendung 26/51
Wildabschuß, Verbot 15/46
Wildarten, Jagdeinstellung 13/48
– Aufhebung 7/53
Wildschaden, Ersatz 1/52

Jagdsteuer, siehe Abgaben

Jugendhilfswerk, Wiener; siehe Fürsorgewesen

Jugendschutzgesetz, Wiener 23/63
– Abänderung 14/68
– 1971 . . . . . 7/72

Jugendwohlfahrtsgesetz, siehe Fürsorgewesen

Kanaleinmündungsgebühr, siehe Abgaben

Kanaleinmündungsgesetz 22/55

Karenzurlaub, siehe Dienstrecht

*) Das Gesetzblatt der Stadt Wien erhielt ab 14. Februar 1946 infolge des Überganges der Verfassung 1920 wieder den Namen Landesgesetzblatt für Wien.

Kartoffelkäfer, siehe Kulturpflanzenschutzgesetz

Kartoffelkrebs, siehe Kulturpflanzenschutzgesetz

Katastrophenhilfegesetz, Wiener 8/78

Kehrbezirke 11/55, 12/59

Kehrtarif 1951 . . . . . 9/51
– – Änderung 24/51
– 1953 . . . . . 10/54
– – Änderungen 12/55, 21/56
– 1958 . . . . . 24/57
– 1961 . . . . . 10/61
– – Abänderung 15/62
– 1963 . . . . . 13/63
– 1965 . . . . . 8/65
– 1966 . . . . . 23/66
– 1968 . . . . . 19/68
– 1970 . . . . . 25/70
– 1972 . . . . . 13/72
– 1973 . . . . . 23/72
– 1974 . . . . . 29/74
– 1975 . . . . . 3/76
– 1976 . . . . . 11/76
– 1977 . . . . . 29/77
– 1978 . . . . . 17/78

Kehrverordnung, siehe Feuerpolizeiwesen

Kindergärtnerinnen-Dienstrechtsüberleitungsgesetz, siehe Dienstrecht

Kindertagesheimwesen, Regelung 32/67
– Änderung 16/77

Kinogesetz
– 1955, Wiener 18/75
– Druckfehlerberichtigung 20/55
– Abänderungen 8/61, 26/69
– Aufhebung des zweiten Satzes des § 1 Abs. 5 durch den VfGH. 16/66
– Novelle 1966 . . . . . 2/67
– Sperrstunden 13/56
Filmprädikat-Anerkennungsverordnung 15/67
Filmvorführerverordnung 11/56
– Abänderung 3/62
– 1974 . . . . . 56/74
Kinobetriebsstättenverordnung 12/56
Kinooperateure, III. Kinodurchführungsverordnung 1937, Abänderung 27/47
– III. Kinodurchführungsverordnung 1949 . . . . 15/49
– Druckfehlerberichtigung 20/49
Vergnügungsbetriebesperrstunden-Verordnung . 56/49

Kleingartengesetz, Wiener 11/59
– Abänderung 7/69
– Wiener 3/79

Kleinhäuser, Erleichterungen; siehe Bauordnung

Kleinölbrenner, siehe Bauordnung

Kleinwohnungshäuser, Erleichterungen; siehe Bauordnung

Kommissionsgebühren, siehe Verwaltungsabgaben

Krankenanstaltengesetz
– Wiener 1/58
– Änderungen 13/58, 14/65, 25/66, 28/67, 57/74, 32/77, 19/79
Ambulatoriumsbeiträge für die Wiener städtischen Krankenanstalten, Neufestsetzung 8/58, 14/66, 17/68, 33/69, 23/70, 9/71, 4/75, 41/75, 30/76, 27/77, 40/77, 24/78, 33/78, 13/79
– Änderung 27/59
– Erweiterung und Ergänzung 14/67
Besondere Gebühren in den Wiener städtischen bzw. öffentlichen Krankenanstalten 25/47, 13/51, 6/55, 30/56
Gebühren der Abteilungs- oder Institutsvorstände bei Pflegen in den höheren Gebührenklassen der Wiener städtischen Krankenanstalten 11/61, 7/63, 7/64, 7/65, 8/66, 22/67, 2/69, 29/70, 33/70, 19/72, 26/73, 15/74, 21/74, 46/74
Krankenanstaltenfinanzierung 22/78
Pflegeentgelte in den Wiener städtischen Pflegeheimen . . . 45/74, 40/75, 35/77, 41/78, 39/79
Pflegegebühren, Abschlag für Begleitpersonen . . 1/78
– für das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien und für die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau 27/63, 2/65, 5/67, 18/68
– für die Heilanstalt für geschlechtskranke Frauen und Mädchen in Klosterneuburg . 8/63, 24/66, 29/67
– für die öffentlichen Krankenanstalten für Geisteskrankheiten 13/59
– Schiedskommission, Entschädigung der Mitglieder und Ersatzmitglieder 6/75
Sondergebühren in den Wiener städtischen Krankenanstalten 5/60
Verpflegsgebühren für Sozialversicherungsträger in den Wiener städtischen Krankenanstalten 7/51, 19/51, 23/51, 33/51, 11/52
– in den Wiener städtischen Krankenanstalten und in den diesen angegliederten Spitälern 8/46, 25/47, 22/48, 17/49, 34/49, 24/50, 12/52, 11/54, 30/56, 22/60, 1/63, 24/63, 21/64, 4/66, 7/67, 18/68, 34/69, 22/70, 8/71, 3/72, 14/74, 21/74, 3/75, 39/75, 36/76, 36/77, 1/79
– in der Kinderklinik Glanzing 4/53

Krankenbeförderungsgesetz, siehe Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz

Krebse, siehe Fischereigesetz

Kulturpflanzenschutzgesetz 21/49
– Ergänzung 8/55
– Abänderung 9/59
Kartoffelkäfer, Bekämpfung 48/49
Kartoffelkrebs, Bekämpfung 49/49
Mindestpflanzabstände von Grundstücksgrenzen . 19/76
Pflanzenschutz im Obstbau 47/49
– Änderung 23/52

Kulturschillinggesetz, Wiener 5/72
– Abänderung 12/73

Kurortegesetz, siehe Heilvorkommen- und Kurortegesetz

Kurzparkzone, siehe Straßenpolizei

Ladenschluß
Ladenschlußanordnung 1946, Wiener 10/46
– Änderung 29/48
– Aufhebung durch den VfGH. 17/52
– 1952, Wiener 26/52
Ladenschlußverordnung, Wiener 1/59, 21/65
– Abänderungen 18/61, 9/62, 23/71
Ladenschluß am 18. Dezember 1976 . . . . . 29/76
– an Samstagen vor Weihnachten 31/57
– Außerkraftsetzung 15/61
– an Werktagen im Bereich der Wiener Internationalen Gartenschau 1974 . . . . . 11/74
– der Lebensmittelgeschäfte am 22. Dezember 1962 . . . . . 23/62
– für den 24. und 31. Dezember 1964 . . . . . 26/64

– im Kleinhandel im Gebiete der Stadt Wien, Änderung der Anordnung . . . . . GBl. Nr. 1/46, 10/46, 29/48
– – Aufhebung durch den VfGH. 17/52
– im Kleinhandel mit anderen Waren als Lebensmitteln am 24. und 27. Dezember 1947 . 26/47
– – am 24. November 1973 . . . . . 30/73
– im Kleinhandel mit Lebensmitteln und im Kleinverschleiß der Lebensmittelerzeugungsgewerbe am Mittwoch 17/50
– im Straßenhandel mit einigen Lebensmitteln zur Nachtzeit 11/51
– Sonderregelung 32/79
– und Sonntags- und Feiertagsarbeit im Gewerbe der Handelsgärtner, der Naturblumenbinder und der Naturblumenhändler sowie im Straßen- und Wanderhandel mit Naturblumen 27/52
– – Abänderung 25/69
– und Sonntags- und Feiertagsarbeit im Kleinhandel im Prater sowie Verkaufszeiten beim Feilbieten auf der Straße und im Umherziehen im Prater 28/52
– vor Weihnachten 53/49, 23/50
– – Außerkraftsetzung (23/50) 15/61

Landarbeitsordnung
– Wiener 22/49
1. Durchführungsverordnung 37/49
– Druckfehlerberichtigung 52/49
2. Durchführungsverordnung 38/49
3. Durchführungsverordnung 39/49
4. Durchführungsverordnung 40/49
– Druckfehlerberichtigung 52/49
5. Durchführungsverordnung 41/49
6. Durchführungsverordnung 42/49
– Novelle 1958 . . . . . 9/58
– Novelle 1961 . . . . . 4/61
– Abänderung 10/62
– Novelle 1964 . . . . . 15/64
– Novelle 1965 . . . . . 4/65
– Novelle 1967 . . . . . 26/67
– 2. Novelle 1967 . . . . . 2/68
– Novelle 1969 . . . . . 13/69
– Novelle 1970 . . . . . 26/70
– Novelle 1975 . . . . . 17/75
– Novelle 1976 . . . . . 6/77
– Novelle 1978 . . . . . 18/79
Berufsausbildungsordnung, Wiener land- und forstwirtschaftliche 12/58
– Abänderungen 27/67, 15/78
– Novelle 1972 . . . . . 6/72
Dienstnehmerschutzverordnung, land- und forstwirtschaftliche 10/70

Landeslehrer, siehe Schulwesen

Landessportgesetz, siehe Sportwesen

Landes-Verwaltungsstrafer höhungsgesetz 1949 . . 44/49

Landparteienkundmachung, siehe Marktwesen

Landungsplätze am Donaustrom, siehe Schiffahrtswesen

Landwirtschaftskammergesetz, Wiener 28/57
– Änderungen 8/73, 25/77

Lebensmittelkarten, Mitwirkung der Hauseigentümer bei der Verteilung 18/48

Lehrerdienstrecht, siehe Schulwesen

Leichen, siehe Sanitätsangelegenheiten

Lobauverordnung, siehe Naturschutzgesetz

Lohnsummensteuer, siehe Abgaben

Lüftungsschläuche, siehe Bauordnung

Mäklergebühr, siehe Börsesensalegesetz

Mandatsausübung von Beamten, siehe Dienstrecht oder Gemeindewahlordnung

Marktbindung, siehe Marktwesen

Marktwesen
Landparteienkundmachung, Aufhebung des Art. VIII Abs. 1 der Kundmachung des Wiener Magistrates, M.Abt. 58-2407/52, durch den VfGH. 6/62
Marktbindung 19/62, 19/64, 25/64, 17/65, 17/66
– Verlängerung 24/62
Marktordnung, Aufhebung des § 16 Abs. 1 durch den VfGH. 5/62
Pferdemarkt, Marktordnung, Abänderungen 8/51, 2/52

Maximaltarif, siehe Fremdenführertarif, Kehrtarif und Taxitarif

Müllabfuhrgesetz, siehe Abgaben

Mutterschutz, siehe Dienstrecht

Nachthupverbot, siehe Straßenpolizei

Nationalsozialistengesetz, dienstrechtliche Maßnahmen; siehe Dienstrecht

Naturschutzgesetz 1/55
Landschaftsschutzgebiet Prater 15/79
Lobauverordnung 32/78
Naturschutzverordnung 5/55
2. Naturschutzverordnung 6/56
3. Naturschutzverordnung 13/57
– Druckfehlerberichtigung 15/57

Nutzwasser, siehe Wasserversorgung

Ölfeuerungsanlagen, siehe Bauordnung

Ölfeuerungsgesetz, siehe Bauordnung

Ö-Norm für Baustoffe, siehe Bauordnung
– für Handfeuerlöscher, siehe Feuerpolizeiwesen
– über Abscheider für brennbare Flüssigkeiten, siehe Garagengesetz

Opferfürsorgeabgabegesetz, siehe Abgaben

Ortsaufbringungsgesetz, siehe Aufbringungsgesetz, landwirtschaftliches

Ortslohn, siehe Reichsversicherungsordnung

Parken, siehe Straßenpolizei

Parkometergesetz, siehe Straßenpolizei

Pensionsordnung, siehe Dienstrecht

Pferdemarkt, Marktordnung; siehe Marktwesen oder Tierseuchenwesen

Pflanzenschutz, siehe Kulturpflanzenschutzgesetz

Pflegegebühren, siehe Krankenanstaltengesetz

Pflegekinderheime, siehe Fürsorgewesen

Pflichtschulerhaltungsgesetz, siehe Schulwesen

Pflichtschulorganisationsgesetz, siehe Schulwesen

Platzfuhrwerksgewerbe, Maximaltarif; siehe Taxitarif

Publikumstanz, Sperrstunde; siehe Sperrstunden oder Theatergesetz

Ratten, planmäßige Bekämpfung . . . . (GBl. Nr.) 2/46

Rauchfänge, siehe Bauordnung

Rauchfangkehrergewerbe, Maximaltarif; siehe Kehrtarif

Rauchsammler mit Metallrohr, siehe Bauordnung

Reichsjagdrecht, siehe Jagdgesetz

Reichsversicherungsordnung, Festsetzung des Ortslohnes gemäß § 149 . . . . . 10/47, 28/47

Reinigungsgeld, siehe Hausbesorgerwesen

Religionsunterricht, siehe Schulwesen

Rettungsmedaillengesetz, Wiener 36/67
– Änderung 14/77

Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz, Wiener 22/65
– Änderungen 24/67, 3/71, 36/75

Rettungswesen, Ehrenzeichen für Verdienste; siehe Feuerpolizeiwesen

Ruhegenüsse, siehe Dienstrecht

Sammlungen, öffentliche, Regelung 16/46
– Abänderung 3/70
– Durchführungsverordnung 3/47
– – Ergänzung 24/47
– Änderung 15/50

Sanitätsangelegenheiten

Bestattergewerbe, Höchsttarif 49/74

Bestattertarif 1976 . . . . . 21/76
– Abänderung 34/76

Feuerbestattung, Abänderung 43/69

Leichen, Aufbahrung und Beisetzung, Aufhebung des § 3 letzter Satz der Kundmachung des Wiener Magistrates, M.Abt. 16-525/53, durch den VfGH. 13/60
– Transport und Ausgrabung (Exhumation), Abänderung 44/69

Leichen- und Bestattungsgesetz, Wiener 31/70
– Aufhebung der die Zuständigkeit des Magistrats als Bezirksverwaltungsbehörde festgelegten Werte im § 29 Abs. 1 durch den VfGH. 38/74

Totenbeschauordnung, Abänderung 42/69

Schankgewerbe, Sperrstunde; siehe Sperrstunden

Schienenparkverbot, siehe Straßenpolizei

Schiffahrtswesen

Landungsplätze am Donaukanal, Auflassung . . . 19/59
– am Donaustrom, Festsetzung bzw. Auflassung 15/55, 3/58, 4/58, 4/60, 1/61, 22/63

Schleusungszeiten und Gebühren in Schleuse Nußdorf 12/51, 16/51, 10/52, 7/54

Winterstandsgebühr für die Häfen Freudenau, Albern und Lobau 10/49

Schlachthofanlagen, Untersuchungsgebühr; siehe Tierseuchenwesen

Schleusungszeiten, siehe Schiffahrtswesen

Schonzeiten der Fische, siehe Fischereigesetz
– der jagdbaren Tiere, siehe Jagdgesetz

Schulwesen

Baulichkeiten und Liegenschaften der Wiener öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen, Mitverwendung 11/77

Kollegium des Stadtschulrates, Entschädigungen 25/63
– Änderungen 5/71, 26/76

Landeslehrer, Dienstbeurteilungen 11/79
– Geldstrafen und Geldbußen im Disziplinarverfahren, Verwendung 14/79

– Gnadenrecht in Disziplinarangelegenheiten . . 7/57
– schulfeste Stellen 10/65, 14/70
– – Abänderungen 7/66, 5/69, 16/71, 2/72, 19/73, 12/75, 9/76, 16/78, 23/79

Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1963, Wiener . 18/63
– 1966, Wiener 21/66
– 1972, Wiener 5/73
– 1978, Wiener 4/79

Landeslehrer-Personalvertretungs-Geschäftsordnung, Wiener 12/68
– Änderung 29/75

Landeslehrer-Personalvertretungs-Wahlordnung, Wiener 40/67
– Änderung 30/75

Lehrer im Lande Wien, Diensthoheit 25/49

Pflichtschulerhaltungsgesetz, Wiener 11/58

Pflichtschulorganisationsgesetz, Wiener 17/63
– Abänderungen 15/66, 12/67, 36/69, 18/72

Religionsunterricht in der Schule 4/50
– Abänderung 30/57

Schulaufsichts-Ausführungsgesetz, Wiener 16/63
– Abänderung 16/67

Schulgesetz, Wiener 20/76
– Änderung 16/79

Schulpflicht, Beginn 16/52

Schulsprengel für die Wiener öffentlichen Berufsschulen 21/77
– für die Wiener öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen 24/60, 14/64, 10/77

Schulzeit-Ausführungsgesetz, Wiener 18/65
– Änderungen 20/75, 8/76

Schwanenhals beim Fangen von Wild, siehe Jagdgesetz

Sicherheitspolizei, örtliche, Übertragungsverordnungen 27/68, 19/75

Siedlungshäuser, Erleichterungen; siehe Bauordnung

Siedlungsgesetz, Wiener Landwirtschaftliches . . . 7/71
– Änderung 12/72

Siegel, siehe Wappen

Sittlichkeitspolizei, siehe Sicherheitspolizei

Sonntagsarbeit, siehe Sonntagsruhegesetz

Sonntagsruhegesetz (RGBl. Nr. 21/1895)
Feiertagsruhe im Ausflugs- und Badegebiet von Wien 22/56
– Abänderung 19/57
– im Photographengewerbe 18/52

Kleinverkauf von Waren auf Campingplätzen an Sonn- und Feiertagen 29/59

Ladenschluß und Sonntagsruhe im Straßenhandel mit einigen Lebensmitteln zur Nachtzeit 11/51
– und Sonn- und Feiertagsarbeit im Gewerbe der Handelsgärtner, der Naturblumenbinder und der Naturblumenhändler sowie im Straßen- und Wanderhandel mit Naturblumen 27/52
– – Abänderung 39/67
– und Sonn- und Feiertagsarbeit im Kleinhandel im Prater sowie Verkaufszeiten beim Feilbieten auf der Straße und im Umherziehen im Prater . 28/52

Milchverschleiß an Sonn- und Feiertagen 5/58
– Abänderung 28/59

Sonntagsarbeit im Kleinhandelsgewerbe 1/47
– im Kleinverschleiß am Silbernen und Goldenen Sonntag sowie Ladenschluß an Samstagen in der Zeit vor Weihnachten 31/57

LGBl. Nr.

– – Außerkraftsetzung 15/61
– im Kleinverschleiß (Goldener Sonntag) und Ladenschluß vor Weihnachten 53/49, 23/50
– – Außerkraftsetzung (23/50) 15/61
Sonntagsruhe im Ausflugs- und Badegebiet von Wien 22/56
– Abänderung 19/57
– im Photographengewerbe 18/52
– in Milchsondergeschäften 19/52
Sonntagsruhebeginn an Samstagen in Kleinhandelsgewerben und beim Kleinverschleiß in Erzeugungsgewerben 21/52

Sozialhilfegesetz, Wiener 11/73
– 1. Novelle 38/75
– Beitritt zu einer Vereinbarung über den Kostenersatz 9/74, 11/75, 24/75, 13/76, 15/76, 30/78
– Obdachlosenherbergen, Benützungsentgelt 14/73, 28/75, 39/77
– Pflegeentgelte in den Wiener städtischen Altersheimen 15/73, 35/76
– Richtsätze in der Sozialhilfe 13/73
– – Änderungen 5/74, 50/74, 32/75, 28/76, 38/77, 2/79, 36/79

Sozialversicherungsgesetz, Allgemeines, Ausführung 23/56

Sozialversicherungsträger, Verpflegsgebühren; siehe Krankenanstaltengesetz

Sperrgeld, siehe Hausbesorgerwesen

Sperrstunden
– für bestimmte Gastgewerbe, die auf der Straße oder bei Veranstaltungen im Freien ausgeübt werden 31/74
– für Branntweinschenken und Branntweinkleinverschleißgeschäfte 46/49
– – am Silvestertag 3/51
– für Publikumstanz, Abänderung 7/64
– – vorläufige Regelung 26/48
– im Gast- und Schankgewerbe 25/50, 27/57
– – Änderungen 12/51, 20/64, 24/68
– – Übertragung auf die Bundespolizeidirektion Wien 35/68
– in Kinos, Geltung der Vergnügungsbetriebesperrstunden-Verordnung 13/56
Vergnügungsbetriebesperrstunde für musikalische Veranstaltungen im Freien in Wiener Heurigengebieten 23/68
– Vergnügungsbetriebesperrstunden-Verordnung 56/49

Sportgroschengesetz, siehe Abgaben

Sportwesen
Landessportgesetz für Wien 17/72
Sportstättenschutzgesetz, Wiener 29/78
Sportzweige 52/74

Stachelhalsbänder, Verbot der Verwendung; siehe Tierschutzgesetz

Starkstromwegegesetz 1969, Wiener 20/70

Stiftungs- und Fonds-Reorganisationsgesetz, Wiener 19/55

Strafgelder, Widmung wegen Übertretung von Wiener Rechtsvorschriften 1/50

Straßen, Reinigung; siehe Straßenpolizei

Straßenpolizei
Brennstoffe, Beförderung und Abladen fester . . . 55/49
Dächer, Reinigung, Aufhebung durch den VfGH. . 15/53
– – Neuregelung 6/59

LGBl. Nr.

Fahrzeuge, Festsetzung der Kosten für die Entfernung und Aufbewahrung 11/78
Halteverbot in 1, Börsegasse, ausgenommen Fahrzeuge der APA, Aufhebung durch den VfGH. 26/59
– Neubaugasse zwischen Mariahilfer Straße und Westbahnstraße bzw. Siebensterngasse, Aufhebung durch den VfGH. 3/60
Kundmachung der Wiener Landesregierung, Pr. Z. 2851, Gesetzwidrigkeit der Worte „der Ortstafeln" in der Verordnung vom 9. November 1960, Zl. M.Abt. 46 – 7958/60 . . . . . 27/66
Kundmachung des Wiener Stadtsenates, M.Abt. 70-III/1/54, Gesetzwidrigkeit der Ziffer „82" 2/60
Kurzparkzone 5/59, 14/60
Nachthupverbot 12/54, 26/56
Parken von Fahrzeugen auf Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen 16/58, 8/59, 9/60
– Abänderungen 21/60, 29/60
– Aufhebung der §§ 1, 2, 3 und 4 Abs. 1 durch den VfGH. (8/59) 25/59
– Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 7. Jänner 1969, Gesetzwidrigkeit der Verordnung MA 70-II/69/61 . . . . . 1/69
– in Teilen des 1. Wiener Gemeindebezirkes . . . 5/59
– in Teilen des 6. und 7. Wiener Gemeindebezirkes 14/60
Parkometergesetz 47/74
– Änderungen 18/77, 30/77
– Zeitkartenparkometersystem 5/75
– – Änderung 12/77
Schienenparkverbot 16/58, 8/59, 9/60
– Abänderungen 21/60, 29/60
– Aufhebung der §§ 1, 2, 3 und 4 Abs. 1 durch den VfGH. (8/59) 25/59
Straßen, Reinigung, Aufhebung durch den VfGH. 15/53
– – Neuregelung 6/59
Straßenpolizei-Ordnung, Inbetrachtkommen von Vorschriften für Wien 7/59
– Abänderung 1/60
Übertragung von Aufgaben der Vollziehung auf dem Gebiet der Straßenpolizei an die Bundespolizeidirektion Wien 30/60
– Abänderungen 5/65, 11/66, 19/70

Taxitarif 1954 . . . . . 13/54
– Aufhebung des §15 durch den VfGH. 8/56
– Abänderung 14/61
– 1962 . . . . . 7/62
– – Abänderungen 12/62, 12/66, 26/66
– 1967 . . . . . 42/67
– – Änderungen 17/71, 27/73, 26/74, 16/76, 20/78, 23/78, 31/79

Tellereisen, siehe Jagdgesetz

Teuerungszulagen, Gewährung; siehe Dienstrecht

Theatergesetz
– 1930, Änderungen und Ergänzungen . . . 16/47, 4/70
– Novelle 1957 . . . . . 14/57
Publikumstanz, Sperrstunde, Abänderung 7/46
– vorläufige Regelung 26/48
Vergnügungsbetriebesperrstunden-Verordnung 56/49

Theaterkartenbürotarif 1975 . . . . . 22/75

Tierärztliche Untersuchung, siehe Tierseuchenwesen

LGBl. Nr.

Tierkörper, Beseitigung; siehe Tierseuchenwesen

Tierschutzgesetz 43/49
– Abänderung 18/62
– Ausführungsverordnung 2/53
– – Abänderung 13/53
Geflügel, Schoppen 15/58
Hunde, Haltung für Wachtzwecke 15/58
Stachelhalsbänder, Verbot der Verwendung . . . 1/68
Tiere, Schlachten und Töten 3/52

Tierseuchenwesen
Brucellose, tierärztliche Untersuchung 23/67
– periodische Untersuchung 16/69, 11/71, 25/73, 21/75, 17/77, 17/79
Maul- und Klauenseuche, Anordnungen gegen die Ausbreitung 22/73, 23/73
– Aufhebung 28/73
Pferdemarkt, Marktordnung, Abänderungen 8/51, 2/52
Rinder, Auftrieb auf der Wiener Messe 31/67
Schlachthofanlagen, Untersuchungsgebühr 17/56
Schweinepest, Bekämpfung 38/67
Tierärztliche Untersuchung von beförderten Tieren 11/46
– Abänderungen 7/49, 23/49, 13/50, 22/51, 3/61, 31/75
– Einhebung der Gebühren 12/46
Tierärztliche Untersuchungsgebühren 20/67
– Abänderungen 14/72, 23/75, 17/76, 10/79
– Neuregelung 37/79
Tierkörper, unschädliche Beseitigung 1/53
Tierseuchen, Maßnahmen gegen Verschleppung . 10/53
Tuberkulose bei Rindern und Ziegen, Bekämpfung 5/66
Vieh- und Fleischbeschau außerhalb der öffentlichen Schlachthöfe, Gebühren für die Durchführung . . . . . GBl. Nr. 3/46, 8/49, 21/51
– Ergänzung 19/47
– Änderung 24/49
– Einhebung der Gebühren . . . . . (GBl. Nr.) 4/46
– Gebühr für die Überprüfung 25/52

Tierzuchtförderungsgesetz 20/63
– Änderung 18/75
– Verordnung 5/64

Trinkwasser, siehe Wasserversorgung

Totenbeschauordnung, siehe Sanitätsangelegenheiten

Tuberkulosegesetz
Durchführungsverordnung 30/70

Überhöhungsabgabe, siehe Abgaben

Überschwemmungsfall, Aufhebung von örtlichen sicherheitspolizeilichen und baupolizeilichen Vorschriften 3/67

Überwachungsgebühren, siehe Verwaltungsabgaben

Unfallfürsorgegesetz, siehe Dienstrecht

Unratsanlagen, Räumungsgebühr; siehe Abgaben

Veranstaltungsbetriebegesetz, Ergänzung 23/47
– Aufhebung des § 3 Abs. 3 durch den VfGH. . . 28/49

Veranstaltungsgesetz, Wiener 12/71
– Änderung 22/76

Veranstaltungsstättengesetz, Wiener 4/78

Vereinbarung über Vorhaben in der Bundeshauptstadt Wien, an welchen der Bund und das Land Wien interessiert sind 21/79

LGBl. Nr.

Verfassung der Bundeshauptstadt Wien
– Änderungen 19/50, 8/57, 18/59, 19/60, 26/65, 33/76, 19/77, 12/78, 30/79
– Ergänzung 13/68
– Wiederverlautbarung 28/68
– – Aufhebung einiger Bestimmungen durch den VfGH. 11/70
Abtretung einzelner Geschäfte an das Amt der Wiener Landesregierung 9/73
Bezirkseinteilungsgesetz 1954 . . . . . 18/54
Bezirkseinteilungsnovelle 1955 . . . . . 21/55
Bezügegesetz, Wiener 4/73
– Änderung 25/79
– Aufhebung des § 20 Abs. 3 durch den VfGH. . . 8/79
Funktionäre, Gebühren 16/65
– teilweise Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderates vom 20. Mai 1960 durch den VfGH. 3/65, 24/65
– 1. Novelle 9/69
– 2. Novelle 24/70
Gebietsänderungsgesetz 14/54
– dienstrechtliche Maßnahmen anläßlich der Gebietsabtrennung 23/54
Grenzänderungen zwischen 21. und 22. Bezirk . . 6/64, 23/64
Mittelbare Bundesverwaltung, Führung von Angelegenheiten durch Mitglieder der Landesregierung 25/76
Volksanwaltschaft, Zuständigkeit 14/78

Vergnügungsbetriebesperrstunde, siehe Kinogesetz, Theatergesetz oder Sperrstunden

Vergnügungssteuer, siehe Abgaben

Verkaufszeiten, siehe Ladenschluß

Verpflegsgebühren, siehe Krankenanstaltengesetz

Versorgungsgenüsse, siehe Dienstrecht

Vertragsbedienstetenordnung, siehe Dienstrecht

Verwaltungsabgaben
– Neufestsetzung bzw. Ausmaß 2/46, 3/46, 3/48, 14/48, 16/49, 14/50, 18/50, 2/54, 9/57, 10/57, 10/68, 11/68, 13/71, 14/71, 21/73, 53/74, 33/79, 38/79
– Druckfehlerberichtigungen (zu 3/48, 14/48 und 2/54) 8/48, 23/48, 8/54
Amtstaxen, Neufestsetzung bzw. Ausmaß 2/46, 3/46, 3/48, 14/48, 14/50, 2/54, 9/57, 10/57, 10/68, 11/68, 13/71, 14/71, 21/73, 53/74
– Druckfehlerberichtigung (zu 2/54) 8/54
Kommissionsgebühren, Neufestsetzung bzw. Ausmaß 3/46, 14/48, 18/50, 2/54, 38/79
– Druckfehlerberichtigung (zu 2/54) 8/54
Überwachungsgebühren 11/68, 14/71, 21/73, 53/74, 38/79

Verwaltungsstraferhöhungsgesetz, siehe Landes-Verwaltungsstraferhöhungsgesetz

Viehbeschau, siehe Tierseuchenwesen

Volksanwaltschaft, siehe Verfassung

Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1967 und Haushaltsordnung des Magistrates der Stadt Wien, Aufhebung von Bestimmungen durch den VfGH. 43/67

Wahlen, siehe Gemeindewahlordnung

Wahlkreise, siehe Gemeindewahlordnung

Wappen und Siegel 4/46
– Abänderung 24/69

Wassergebühren, siehe Abgaben

LGBl. Nr.

Wasserrechtsgesetz (BGBl. Nr. 215/59)
Badeverbot in den Gewässern der Häfen Lobau, Albern und Freudenau 5/63
Grundwasserschongebiet zum Schutz der Laudon'schen Wasserleitung, Bestimmung . . . 12/61
Wirtschaftsbeschränkung im Bereiche der Donau etc. 11/53, 10/74

Wasserversorgung der Stadt Wien 4/47

Wasserversorgungsgesetz 1947, Neuverlautbarung 15/47
– Änderungen 9/48, 4/51, 32/51
– 1960 . . . . . 10/60
– – Änderungen 13/61, 21/62, 3/74, 5/76, 7/77
– – Druckfehlerberichtigung 16/74
– Anpassung an Gemeinderecht 18/69
– – Durchführungsverordnung 20/60

Wasserwirtschaftsfonds, Dotierung 22/78

Weinsteuer, Bodenständigkeit der Herstellung von Weinmost etc. 51/49

Wettgebührenzuschläge, siehe Abgaben

LGBl. Nr.

Wiederaufbaugesetz, siehe Bauordnung

Wiederverlautbarungsgesetz, Wiener 18/49

Wildabschuß, -arten, -schaden; siehe Jagdgesetz

Winterstandsgebühr für Wiener Häfen, siehe Schiffahrtswesen

Wohnbauförderungsbeirat, Bestellung 3/55, 5/68

Wohnbauförderungsgesetz 1968, Durchführungsverordnungen 7/68, 8/68, 9/68
– Änderungen . . . 29/69, 30/69, 31/69, 21/70, 18/71, 9/72, 1/73, 2/73, 3/73, 6/74, 7/74, 23/74, 24/74, 1/75, 2/75, 13/75, 1/76, 2/76, 3/77, 4/77, 26/77, 3/78, 19/78, 38/78, 39/78, 22/79, 40/79, 41/79

Wohnungsanforderungsgesetz 1949, Durchführungsverordnung 17/51, 17/53
– Abänderung 5/54

Wohnungen, Räumungstermin 18/46, 9/47

Wohnungsfehlbestand, Feststellung 27/75

Wohnungs-Überbelag 29/56

WIENER ZUWANDERER-FONDS

(Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien)

STARTWOHNUNGEN UND WOHNPLÄTZE
BERATUNG UND INFORMATION
PROSPEKTE UND PUBLIKATIONEN

Zentrale:
Schottenring 25, 1010 Wien
Tel.: 34 33 46, 34 91 56
Telex: 07/6669
Bürozeiten: Mo bis Do 7.30–11.30
u. 12–16 Uhr
Fr 7.30–13.30 Uhr

Beratungszentrum:
Hofherrgasse 1, 1100 Wien
Tel. 64 21 51, 64 82 17
Mo bis Do 7.30–18 Uhr;
Fr 7.30–13.30 Uhr

WIENER ZUWANDERER-FONDS
IM DIENSTE WIENS UND DER WIENER WIRTSCHAFT

Die WIENER HOLDING im Dienste Wiens und der Wiener

Freizeit:

- Theater an der Wien
- Wiener Stadthalle-Kiba
- Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft
- WIGAST (Pizzaparadies, Naschmarkt, Au-Restaurant)
- Kurbetrieb Heilquelle Oberlaa (Thermalschwimmbad, Quellensauna, Kurhalle)

Ver- und Entsorgung:

- Heizbetriebe Wien
- BIOMULL Gesellschaft zur Verwertung städtischer Abfallstoffe
- Entsorgungsbetriebe Simmering
- Serotherapeutisches Institut

Wirtschaft:

- Wiener Messe AG
- Porzellanmanufaktur Augarten
- GEWISTA Werbegesellschaft
- GUSTANA Menü-Service Gesellschaft
- Wiener Hafen, Lager- und Umschlagsbetriebe
- Wiener Kühlhaus-Frigoscandia

Bildung:

- Jugend & Volk Verlagsgesellschaft

Wiener Allgemeine Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m. b. H., Spittelauer Lände 45, 1090 Wien, Telefon 31 46 46

5 Jahre WIENER HOLDING

ORTSPOLIZEILICHE VERORDNUNGEN

Ortspolizeiliche Vorschriften für Messen, Magistratskundmachung vom 29. Dezember 1949, M.Abt. 7 – 4050/49

Auf Grund der §§ 77 und 111 der Verfassung der Stadt Wien in der Fassung von 1931 (LGBl. für Wien Nr. 41) werden folgende ortspolizeiliche Vorschriften für die Einrichtung und den Betrieb von Messen erlassen:

Abschnitt A

Verfahren

§ 1. Vor jeder Messe ist beim Magistrat um Feststellung der Eignung der Anlage anzusuchen. Der Magistrat kann die Vorlage maßstabrichtiger Pläne, auf denen insbesondere die Einrichtung der Räume, die Breite der Verkehrswege und Ausgänge bis zur Straße, die Beleuchtung, Notbeleuchtung und Beheizung ersichtlich sind, fordern. Für die beabsichtigte Neueinrichtung oder Änderung aller die Sicherheit der Besucher und Dienstnehmer betreffenden Einrichtungen, wie elektrische Anlage, Notbeleuchtung, Hydranten und Feuermeldeanlage, Lüftungs- und Heizungsanlage, sind vor ihrer Durchführung Pläne samt Beschreibung vorzulegen.

Der Magistrat überprüft, ob die Anlage in betriebstechnischer, bau-, feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht und im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion in sicherheits- und verkehrspolizeilicher Hinsicht entspricht, und erteilt die für die Betriebssicherheit notwendigen Aufträge dem Veranstalter der Messe, der für ihre Erfüllung durch die Aussteller und Besucher Sorge zu tragen hat.

Kann die erforderliche Betriebssicherheit durch behördliche Aufträge nicht erreicht werden oder wurden diese nicht erfüllt, so kann der Magistrat für jene Teile, die dieser Anforderung nicht entsprechen, die Benützung durch die Besucher untersagen.

Überwachung

§ 2. Die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen dieser Kundmachung und der erlassenen besonderen Aufträge obliegt, soweit sie sich auf betriebstechnische, bau-, feuer- und gesundheitspolizeiliche Rücksichten erstrecken, dem Magistrat, sonst insbesondere hinsichtlich der Ruhe und Ordnung der Bundespolizeidirektion.

Ergibt sich während des Betriebes die Notwendigkeit unaufschiebbarer Verfügungen zur Wahrung der Betriebssicherheit, so sind diese von den zur Überwachung zuständigen Organen zu erlassen. Solche unaufschiebbare Verfügungen sind:

a) im Wirkungsbereich der Bundespolizeidirektion die Entfernung von Ruhestörern, die Sperre des Einlasses oder gänzliche Räumung von Schauräumen, um Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung oder Gefahren für die Sicherheit der Person oder des Eigentums hintanzuhalten, endlich die Sperre der ganzen Anlage;
b) im Wirkungsbereich des Magistrates die Erteilung von Aufträgen, um die erforderliche Betriebssicherheit zu erreichen, oder wegen Gefahr im Verzuge die Sperre einzelner Schauräume oder der ganzen Anlage. Ist jedoch ein Überwachungsorgan des Magistrates nicht anwesend, so ist auch in diesen Fällen bei Gefahr im Verzuge das Überwachungsorgan der Bundespolizeidirektion berechtigt, diese Verfügungen zu treffen.

Abschnitt B

Technische Bestimmungen

Lage

§ 3. Gebäude von über 300 m² Grundfläche müssen voneinander durch Freiflächen getrennt sein, die in der Regel 12 m breit sein müssen; ergibt die Summe der Gesimshöhen der gegenüberliegenden Gebäude ein größeres Maß, so ist dieses für den Gebäudeabstand maßgebend.

Bei größerer Ausdehnung der Anlage können Brandschutzstreifen gefordert werden, die nicht verbaut werden dürfen und tunlichst mit Bäumen zu bepflanzen sind.

Schauräume in Wohngebäuden müssen eigene, ins Freie führende Verkehrswege haben, die von den übrigen Gebäudeteilen feuerbeständig getrennt sind; Verbindungsöffnungen mit zu anderen Zwecken benützten Gebäudeteilen sind verboten.

In Gebäuden mit Schauräumen dürfen in der Regel nicht Räume untergebracht sein, in denen feuergefährliche Stoffe gelagert, verarbeitet oder verkauft werden, wenn durch einen Brand in diesen die Besucher gefährdet werden können.

Kleinere Gebäude, wie Kioske, Musterhäuser, Ausstellungsobjekte u. dgl., müssen von den benachbarten Gebäuden mindestens 3 m entfernt sein.

Bauliche Beschaffenheit

§ 4. Bei mehrgeschossigen Gebäuden, in denen Schauräume untergebracht sind, müssen die Umfassungsmauern, Stiegenhäuser, alle tragenden Bauteile sowie die Durchfahrten und Durchgänge feuerbeständig ausgeführt sein.

Ebenerdige Schauräume können auch nur feuerhemmend hergestellt werden.

Innerhalb eines Gebäudes sind nach Bedarf Brandmauern anzuordnen, die in der Regel 15 cm über die Dachhaut führen müssen und die brennbaren Konstruktionsteile vollkommen trennen; Maueröffnungen müssen feuerhemmende Abschlüsse haben, die außerhalb der Besuchszeit geschlossen sein müssen.

In Hallen, die länger als 60 m sind und eine freie Dachuntersicht haben, können anstatt Brandmauern Brandschürzen oder Brandschutzstreifen verlangt werden. Die Brandschürze ist feuerhemmend herzustellen und soll mindestens 3 m unter die Dachhaut bzw. Decke reichen; der Brandschutzstreifen muß mindestens 6 m breit sein, im Bereich des Daches aus einer nicht brennbaren Dachhaut und einer feuerhemmenden Dachuntersicht (3 cm Verputz) und im Bereich der Seitenwände bis zum Fußboden aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen. Bei der Brandschürze und beim Brandschutzstreifen muß die Dacheindeckung von den anschließenden Teilen feuerhemmend getrennt sein.

Verbindungsgänge zwischen den Hallen sind nur zulässig, wenn die anschließenden Hallenwände feuerbeständig sind oder die Verbindungsgänge selbst feuerbeständige Wände und Decken aufweisen.

Die Dachhaut von Objekten größerer Ausdehnung, wie Hallen u. dgl., muß feuerhemmend sein.

Ausstellerobjekte, Kioske, Pavillons u. dgl., die für längere Dauer errichtet werden, sind in der Regel feuerhemmend herzustellen; Gebäude, die dieser Anforderung nicht entsprechen, dürfen nur dann nebeneinander aufgestellt werden, wenn ein Zwischenraum freibleibt, der $^2/_3$ der Firsthöhe beträgt.

Fassungsraum, Verkehrswege

§ 5. Die Lage, Zahl und Breite der Verkehrswege (Gänge, Ausgänge, Türen und Stiegen) in Gebäuden mit Schauräumen ist nach dem Fassungsraum zu bestimmen; Erleichterungen können für kleine Schauräume, Pavillons, Musterhäuser u. dgl. gewährt werden.

Zur Bestimmung des Fassungsraumes sind für jeden m² der von Besuchern benützbaren Bodenfläche in der Regel drei Personen anzunehmen.

Die unverstellte Durchgangsbreite der Verkehrswege ist nach dem Verhältnis von 1.50 m für 250 Personen zu bemessen.

Die erforderlichen Verkehrswege dürfen weder durch Türen oder Windfänge noch sonstige Einbauten oder Lagerungen eingeengt werden.

Sitzgelegenheiten für Aussteller außerhalb ihrer Stände oder für Aufsichtspersonen sind unverrückbar zu befestigen und dürfen in Verkehrswege nicht vorragen.

Boden- und Wandbespannungen dürfen nicht leicht entzündlich sein und müssen ebenso wie Bilder, Spiegel u. dgl. in oder längs Verkehrswegen unverrückbar befestigt sein; Verglasungen von Schaukasten und Türen sind gegen Eindrücken zu sichern oder entsprechend stark auszuführen.

Ein abnehmbarer Holzbelag des Fußbodens ist eben herzustellen und beim Auftritt abzuschrägen. Fußabstreifer müssen in der Ebene des Fußbodens liegen.

Im Freien müssen die allgemeinen Verkehrswege mindestens 5 m breit und mit den öffentlichen Verkehrsflächen unmittelbar oder durch Durchfahrten bzw. Durchgänge verbunden sein. Die Verbindungen mit der Straße können durch Tore abschließbar sein; für diese gelten sinngemäß die Bestimmungen für Türen (§ 7).

Während der Besuchszeit der Messe kann die Benützung der Verkehrswege durch Fahrzeuge eingeschränkt oder untersagt und die Zu- und Abfahrt besonders geregelt werden.

Während des Betriebes der Messe müssen die notwendigen Verkehrswege unversperrt und in voller Breite benützbar sein.

Gänge und Ausgänge

§ 6. In Schauräumen müssen mindestens 2.50 m breite Gänge vorhanden sind.

Für Schauräume, die einen starken Besuch erwarten lassen (bei Kostproben u. dgl.), können auch breitere Gänge gefordert werden. In Schauräumen mit Verkehrswegen von höchstens insgesamt 30 m Länge oder bei Verkehrswegen, die nur in einer Richtung begangen werden oder an denen nur an einer Seite Schaustellungen stattfinden, kann die Gangbreite bis auf 2 m herabgesetzt werden.

Aus Schauräumen, deren Verkehrswege insgesamt länger als 15 m sind, müssen mindestens zwei Ausgänge zu Fluchtwegen ins Freie führen.

Ausgänge aus Schauräumen dürfen in der Regel nicht mehr als 30 m voneinander entfernt sein und müssen ebenso wie die Fluchtwege ins Freie mindestens 1.50 m breit und 2.10 m hoch sein.

Ausgänge sind als solche deutlich zu bezeichnen und sollen tunlichst weit von den Verkehrswegen aus sichtbar sein; der Weg ins Freie ist im Bedarfsfall durch Richtungsweiser kenntlich zu machen.

Türen

§ 7. Türen müssen mindestens 2.10 m hoch und 1.20 m breit sein und müssen nach außen aufgehen. Nach innen aufgehende Türen sind für Räume, in denen sich nur wenige Personen aufhalten, zulässig und können ausnahmsweise auch dann zugelassen werden, wenn durch ihre Lage gewährleistet ist, daß die Türflügel bei Anwesenheit von Besuchern durch geeignete Einrichtungen offen bleiben. Die geöffneten Türflügel dürfen höchstens 0.15 m in Verkehrswege vorspringen; die erforderliche Breite der Verkehrswege darf durch die vorragenden Türflügel nicht verringert werden.

Türverschlüsse müssen leicht erreichbar, raumseitig deutlich sichtbar sein und sich mit einem Griff öffnen lassen; Kantenriegel, Wurfriegel, untere Aufsatzriegel und ähnliche Türverriegelungen sind verboten. Obere Aufsatzriegel sind nur an einem der beiden Türflügel innenseitig zulässig.

Rauchdicht und samt Stock feuerhemmend ausgestattete Türen müssen in der Fluchtrichtung aufschlagen und selbsttätig ins Schloß fallen.

Drehtüren sind unzulässig.

Stiegen

§ 8. Stiegen müssen so angeordnet sein, daß kein Teil eines den Besuchern zugänglichen Raumes mehr als 40 m vom Stiegenhaus entfernt ist; sie sind feuerbeständig und geradarmig herzustellen. Die Stufen müssen mindestens 0.30 m breit und dürfen nicht höher als 0.16 m sein.

Stiegen für Besucher müssen mindestens 1.50 m breit sein; mehr als 2.50 m breite Stiegen sind durch Anhaltestangen zu unterteilen.

Stiegen sind beiderseits mit Anhaltestangen ohne freie Enden zu versehen.

Treppenläufe mit mehr als 20 Stufen sind durch 1 m lange Ruheplätze zu unterbrechen.

Vor und hinter Türen sind je 0.45 m tiefe Ruheplätze anzulegen.

Höhenunterschiede bis zu 48 cm Höhe dürfen nur durch Rampen mit einer Steigung von höchstens 10% ausgeglichen werden.

Stiegenhäuser müssen in der Regel ins Freie führende Fenster besitzen und sind gegen die einzelnen Geschosse rauchdicht abzuschließen; im obersten Geschoß können Rauchklappen gefordert werden, die sich beim Lösen einer im Erdgeschoß befindlichen Betätigungsvorrichtung durch ihr Eigengewicht öffnen.

Der feuerhemmende und rauchdichte Abschluß von Kellerstiegen gegen Verkehrswege und Räume, in denen sich Besucher aufhalten, kann gefordert werden.

Einbauten

§ 9. Bei Einbauten, die Tragkonstruktionen haben, müssen diese, wenn sie nicht feuerbeständig oder feuerhemmend sind, durch einen Anstrich unter Beimengung von Erdfarbe schwer entzündlich gemacht sein; Holzteile müssen gehobelt sein.

Bespannungen, Stoffverkleidungen, Vorhänge und sonstige Ausschmückungen sind sicher zu befestigen; Bespannungen aus Papier sollen tunlichst an die Wand geklebt sein. Brennbare Kunstseide darf zur Ausschmückung nicht verwendet werden.

Obere Abdeckungen (Vela u. dgl.) von Ständen oder über Verkehrswegen müssen durch Behandlung mit einem Schutzmittel schwer entzündlich gemacht sein.

Die Zulassung einer über das übliche Ausmaß hinausgehenden Ausschmückung der Stände oder der Ausstellungsräume kann von der Verwendung schwer brennbar gemachter Stoffe oder von der Beistellung zusätzlicher Löschgeräte abhängig gemacht werden.

Durch Gasgeräte, elektrische Glühkörper und andere Wärmequellen gefährdete Wand- und Deckenteile sind

durch Asbest unter Freihaltung eines entsprechenden Luftraumes zu sichern.

Die Ausstattung von Ausstellerobjekten, wie Pavillons, Musterhäuser u. dgl., hat in sinngemäßer Beachtung obiger Bestimmungen zu geschehen.

Packstoffe dürfen in den Ausstellerständen nicht verwahrt werden.

Ausstellungsgegenstände

§ 10. Ausstellungsgegenstände, die im Betrieb vorgeführt werden, sind so zu sichern, daß eine Gefährdung der Besucher und Beschäftigten nicht eintreten kann.

Bei Gegenständen, deren Ausführung den österreichischen Vorschriften nicht entspricht oder deren Verwendung an eine behördliche Zulassung gebunden ist, hat der Aussteller auf diesen Umstand besonders hinzuweisen, widrigenfalls die amtliche Anbringung eines Anschlages an dem Ausstellungsgegenstand vorbehalten bleibt.

Die Verwendung brennender, glühender, feuer- oder explosionsgefährlicher Stoffe ist in allen Schauräumen verboten; um ihre ausnahmsweise Verwendung, wie zum Antrieb von Ausstellungsgegenständen, ist beim Magistrat anzusuchen, der unter besonderen Voraussetzungen die Verwendung und Lagerung zulassen kann.

Gegenstände aus Zelluloid sind als solche zu bezeichnen und tunlichst unter Glasverschluß zur Schau zu stellen. In einem Stand darf nur eine Höchstmenge von 1 kg vorhanden sein; ein Kübel mit Wasser und eine Löschdecke oder andere geeignete Löschmittel sind bereitzuhalten.

Elektrische Anlagen

§ 11. Die elektrischen Anlagen sind nach den hiefür geltenden Vorschriften auszuführen, instandzuhalten und zu betreiben und vor jeder Messe amtlich überprüfen zu lassen. Elektrische Maschinen, Transformatoren und Geräte müssen mit den vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen, wie Schutzschaltungen, Erdung, Nullung u. dgl., ausgestattet sein.

Hochspannungsanlagen, wie Leuchtröhren, Röntgen- und große Hochfrequenzapparate, bedürfen einer gesonderten Bewilligung, die unter Vorlage einer technischen Beschreibung samt Skizze, vom Aussteller und der Installationsfirma gefertigt, rechtzeitig beim Magistrat zu erwirken ist.

Vor jeder Messe ist beim Magistrat um die Überprüfung der gesamten elektrischen Anlage rechtzeitig anzusuchen.

Zur Überwachung und Instandhaltung der elektrischen Anlagen – einschließlich jener der Ausstellerstände – ist auf die Dauer der Messe ein konzessionierter Elektroinstallateur von der Messeleitung zu bestellen und dem Magistrat zur Kenntnis zu bringen.

Beleuchtung, Notbeleuchtung

§ 12. Alle Messeräume, die nicht belichtet sind, müssen elektrisch beleuchtet sein. Die Anspeisung durch zwei voneinander unabhängige Stromquellen kann gefordert werden; in diesem Fall müssen die Leuchtstellen, in den Räumen gleichmäßig verteilt, angeschlossen sein.

Die Hauptbeleuchtung, die Installation der Ausstellerstände und Objekte und eine allfällige Außenbeleuchtung sind unabhängig voneinander allpolig abschaltbar einzurichten.

Pläne über die elektrische Anlage (Schalt- und Situationspläne), welche die Hauptspeisepunkte (Schaltstationen und Verteilungspunkte) und den Verlauf der Hauptleitungen in den einzelnen Gebäuden enthalten, müssen, nach dem tatsächlichen Stand richtiggestellt, in der Betriebskanzlei aufliegen.

Für alle Räume, Verkehrswege und Fluchtwege bis zu den öffentlichen Verkehrsflächen ist außer der Hauptbeleuchtung eine von dieser unabhängige Notbeleuchtung einzurichten; die Notbeleuchtung ist vom Einbruch der Dunkelheit an für die Dauer der Anwesenheit der Besucher in Betrieb zu halten.

Die Notbeleuchtung muß von Akkumulatoren gespeist werden; jede Leuchtstelle muß eine Leistung von 5 Watt haben.

Die Lampenstellen der Notbeleuchtung sind so aufzustellen, daß die Verkehrswege bis zur Straße bei Versagen der Hauptbeleuchtung erhellt werden.

Über Ausgangstüren sind Notlampenstellen vorzusehen, deren Deckgläser einen roten Querstreifen haben.

Sonderbestimmungen für elektrische Einrichtungen

§ 13. Die Leitungen sind nach den besonderen Vorschriften für feuergefährdete Betriebsstätten und Lagerräume, gegebenenfalls für feuchte Räume, zu verlegen.

Hauptleitungen in Ausstellungsräumen können als isolierte Leitungen offen auf Isolatoren oder Porzellanrollen verlegt werden, wenn die gegeneinander spannungführenden Leitungen mindestens 5 cm voneinander entfernt, durch ihre Lage oder andere geeignete Maßnahmen gegen Beschädigung geschützt sind und nicht unmittelbar mit brennbaren Stoffen in Berührung gelangen können.

Ortsveränderliche Leitungen sind in der Regel als mittlere oder starke Gummischlauchleitungen auszuführen; Leitungen leichterer Ausführung sind auf ein Mindestmaß zu beschränken, dürfen nicht mit Klammern oder Nägeln befestigt sein und an brennbaren Stoffen anliegen. Ausnahmsweise am Boden verlegte Leitungen sind gegen mechanische Beschädigungen zu schützen.

Alle Leitungsverbindungen sind zu klemmen oder zu löten und zuverlässig zu isolieren.

Zum Anschluß von Erdleitungen dürfen Gasrohrleitungen und Heizungsrohre überhaupt nicht, Wasserleitungsrohre nur im Einvernehmen mit dem Magistrat verwendet werden.

Verteiler, Regler, Widerstände, Motore, Schaltapparate, Heizkörper u. dgl. sind den Besuchern unzugänglich, in entsprechender Entfernung von brennbaren Stoffen, gegebenenfalls auf nicht brennbaren Unterlagen, so aufzustellen und abzudecken, daß eine zufällige Berührung spannungführender Teile und eine Brandgefahr ausgeschlossen werden. Verteiler und Schaltkasten sind aus nicht brennbarem Material, wie Mauerwerk oder Eisenblech, herzustellen.

Elektrische Strahlungsöfen sowie Heizkörper mit offenen Glühspiralen dürfen kurzzeitig nur zum Zweck der Vorführung in Betrieb genommen werden.

Widerstände müssen so abgedeckt sein, daß ein Daraufliegen von Gegenständen nicht möglich ist.

Verteiler sind in Reichweite anzubringen, die Stromkreise sind deutlich lesbar zu bezeichnen.

Als Sicherungen dürfen nur vorschriftsmäßige verwendet werden; Überbrückungen der Sicherungseinsätze durch Metall sind verboten.

Bei Geräten müssen die Steckerstifte mit ausreichend hohem Schutzkragen versehen und die Steckerbuchsen am Ende des Zuleitungskabels angebracht sein.

Kerzenlampen müssen nicht brennbare Fassungsträger und Überschubrohre haben.

Glühlampen müssen mit Berührungsschutzfassungen ausgestattet sein, dürfen nicht mit Papier oder Stoffen umhüllt werden oder an brennbaren Stoffen anliegen.

Glasballons und größere Glasscheiben hochhängender Beleuchtungskörper über Verkehrswegen müssen mit

Drahteinflechtungen, die unmittelbar am Beleuchtungskörper befestigt sind, versehen sein.

Grelle Lichtquellen sind derart anzubringen oder abzublenden, daß eine Blendung Vorübergehender vermieden wird.

Akkumulatoren sind dem Leitungsquerschnitt entsprechend bei den Klemmen allpolig zu sichern.

Gaseinrichtungen

§ 14. Gasanlagen sind nach den geltenden Vorschriften auszuführen, zu betreiben und vor jeder Messe durch die Gaswerke überprüfen zu lassen.

Absperrvorrichtungen in der Hauptzuleitung sind gegen Eingriff Unberufener zu sichern; die Stellen sind genau zu kennzeichnen.

Gasmesser samt Anschlüssen und Absperrvorrichtungen sind in Schutzkasten einzuschließen.

In Betrieb stehende Gasgeräte müssen auf nicht brennbare, wärmeisolierende Unterlagen gestellt werden und in der Regel fest mit den Gasleitungen verbunden sein. Zum Anschluß ortsveränderlicher Gasgeräte sind gegen mechanische Beschädigung und gegen Abgleiten gesicherte Schläuche zu verwenden.

Gasrohre sind in der Regel an Wände zu verlegen. Ausnahmsweise auf den Fußboden verlegte Rohre sind gegen mechanische Einwirkung zu schützen.

Abgase von Gasheizgeräten sind in der Regel ins Freie abzuleiten; über Ausnahmen entscheidet der Magistrat.

Azetylenerzeugungsapparate und Dissousgasanlagen dürfen nur ausnahmsweise mit besonderer Bewilligung des Magistrates aufgestellt und vorgeführt werden.

Heizung und Lüftung

§ 15. Zur Beheizung der Messeräume dürfen nur Zentralheizungsanlagen, Öfen mit festen Brennstoffen sowie Gas- und elektrische Öfen unter fallweise festzusetzenden Voraussetzungen verwendet werden. Raumheizungen mit flüssigen Brennstoffen sind verboten.

Öfen und Heizkörper an Verkehrswegen sind gegen gefahrbringende Berührung standsicher zu umwehren.

Alle Schauräume sind entlüftbar einzurichten; erforderlichenfalls kann eine künstliche Entlüftung gefordert werden.

Sanitäre Anlagen, Kleiderablagen

§ 16. Aborte für Frauen und Männer sowie Pißorte sind an das städtische Kanalnetz anzuschließen und mit ausreichend entlüfteten Vorräumen sowie mit einer Entlüftung ins Freie zu versehen und als solche zu bezeichnen. Waschgelegenheiten mit fließendem Wasser sind in den Vorräumen vorzusehen.

Kleiderablagen dürfen die Ausgänge und Verkehrswege nicht behindern; liegt der Ausgabetisch an einem Verkehrsweg, so ist das Pult mindestens auf die Länge des Ausgabepultes um ein Drittel der erforderlichen Breite zu vergrößern.

Rauchverbot

§ 17. Das Rauchen und die Verwendung offenen Lichtes ist in allen Räumen untersagt. Ausnahmen hievon bedürfen einer ausdrücklichen behördlichen Bewilligung.

Das Rauchverbot ist leicht sichtbar und deutlich lesbar anzuschlagen.

In Räumen, in denen das Rauchen gestattet ist, müssen Aschenbehälter vorhanden sein.

Feuerlöschgeräte, Feuermelder, Alarmanlagen

§ 18. In der Regel sind in jedem Schauraum Löscheimer mit Wasser oder Kübel- bzw. Einstellspritzen bereitzustellen. Handfeuerlöscher dürfen nur dann verwendet werden, wenn sie für die gedachten Zwecke zugelassen sind; vor jeder Messe ist jedoch ihre Wirksamkeit überprüfen zu lassen und durch eine Bestätigung der überprüfenden Stelle nachzuweisen.

Der Magistrat kann für ausgedehnte Anlagen die Einrichtungen von Feuermelde- und Alarmanlagen verlangen.

In Gebäuden und im Freien können je nach Ausdehnung der Anlage Hydranten gefordert werden. Die Feuerlöschgeräte sind stets leicht zugänglich und von jeder Verstellung freizuhalten.

Die Standorte der Hydranten und Feuermelder sind so zu kennzeichnen, daß sie von weitem sichtbar sind.

Feuerwache

§ 19. Für jede größere Anlage kann vom Magistrat eine Wache der Feuerwehr der Stadt Wien für die Dauer der Messe sowie für die Zeit der Einrichtung und Räumung vorgeschrieben werden.

Diensträume

§ 20. Für die behördlichen Aufsichtsorgane (Bundespolizei, Feuerwehr) und erforderlichenfalls für die Löschgeräte sind geeignete Räume beizustellen.

Die Räume sollen ebenerdig, direkt zugänglich und belichtet sowie beheizbar, entsprechend eingerichtet und mit einem unmittelbaren Anschluß an das Staatstelefon und an die Hauszentrale versehen sein.

Erste Hilfeleistung

§ 21. Für Erste Hilfeleistung bei Erkrankungen und Unfällen sind die erforderlichen Behelfe, Arzneien, Labemittel und Verbandzeug, entsprechend der Kundmachung des Wiener Magistrates vom 25. September 1930, M.Abt. 52-1369/30, in jeder größeren Anlage in einem direkt entlüfteten und belichteten Raum (Arztzimmer) bereitzustellen und staubdicht zu verwahren.

Die ständige Anwesenheit eines Arztes oder einer mit der Ersten Hilfeleistung vertrauten Person kann verlangt werden.

Im Arztzimmer sind ein Waschtisch mit fließendem Wasser, ein Ruhelager und eine Tragbahre vorzusehen.

Hausordnung

§ 22. Die Messeleitung hat eine Hausordnung dem Magistrat zur Genehmigung vorzulegen. Diese hat insbesondere die von den Besuchern und Ausstellern zu beachtenden Vorschriften sowie die Pflichten der Aufsichtspersonen im Fall einer Gefahr zu enthalten.

Die Messeleitung hat durch Aufsichtspersonen dahin zu wirken, daß die Hausordnung eingehalten wird.

Die genehmigte Hausordnung ist den Aufsichtspersonen auszufolgen und in den Messeanlagen an mehreren Stellen deutlich sichtbar anzuschlagen.

Aufsichtspersonen

§ 23. Für die Dauer der Messe sowie für die Zeit der Einrichtung und Räumung hat die Messeleitung eine ausreichende Anzahl kenntlich gemachter und mit der Hausordnung vertrauter Aufsichtspersonen beizustellen.

Die halbe Anzahl der Aufsichtspersonen ist von der Feuerwehr der Stadt Wien vor jeder Messe mit der Handhabung der Feuerlöschgeräte schulen zu lassen.

Überprüfungen, Befunde

§ 24. Die Überprüfung der Betriebssicherheit besonderer Einrichtungen, wie elektrische Licht- und Kraftanlagen, Blitzschutzanlagen, Podien, Aufhänge- und Zugvorrich-

tungen, Zentralheizungs- und Lüftungsanlagen, Feuerstätten, Gasleitungen, Rauchabzüge und Rauchklappen, Hydranten, Schieber und Schläuche, Feuermelde- und Alarmanlagen u. dgl., kann vorgeschrieben werden.

Die Befunde sind vor jeder Messe dem Magistrat vorzulegen. Im übrigen sind die Bestimmungen der Kundmachung vom 30. September 1930, M.Abt. 52-2134/30, betreffend die Betriebssicherheit gewisser Einrichtungen in Vergnügungsstätten, sinngemäß einzuhalten.

Abschnitt C
Schlußbestimmung
Bestehende Anlagen

§ 25. Ob und inwieweit von einzelnen technischen Bestimmungen bei zur Zeit des Wirksamkeitsbeginnes dieser Kundmachung bestehenden Anlagen abgesehen werden kann, entscheidet der Magistrat nach Maßgabe der Betriebssicherheit.

Ausnahmen

§ 26. Würde die Einhaltung einzelner technischer Bestimmungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen, so kann der Magistrat Ausnahmen zulassen, wenn die erforderliche Betriebssicherheit auf andere Weise erreicht werden kann.

Der Magistrat ist auch berechtigt, weitergehende Aufträge zu erteilen, wenn trotz Einhaltung der im Abschnitt B enthaltenen Bestimmungen dies zum Schutz von Leben und Gesundheit der Besucher erforderlich ist.

Strafen

§ 27. Übertretungen dieser Kundmachung und der auf Grund derselben erlassenen Anordnungen sowie der genehmigten Hausordnung durch die Veranstalter, Aussteller oder Besucher werden mit Verwarnung, Geldstrafen bis zu 200 S oder Arreststrafen bis zu zwei Wochen geahndet.

Wirksamkeit

§ 28. Diese Kundmachung tritt mit dem Tag der Verlautbarung in Kraft, gleichzeitig verliert die Kundmachung des Wiener Magistrates vom 3. Juli 1934, M.Abt. 52-T 46/46/33, ihre Wirksamkeit[1]).

Die gesetzlichen Bestimmungen für Filmvorführungen, Veranstaltungen nach dem Wiener Theatergesetz, gewerbliche Betriebe u. dgl. werden durch diese Kundmachung nicht berührt.

Anmerkung: [1]) Die Kundmachung wurde an den Amtstafeln der magistratischen Bezirksämter vom 20.–30. Jänner 1950 angeschlagen. Sie ist am 1. Februar 1950 in Kraft getreten.

Kundmachung vom 28. August 1951, M.Abt. 70-III/3/51, betreffend Schutz der Gartenanlagen einschließlich der gärtnerisch ausgestalteten Flächen des Praters im Gebiet der Stadt Wien, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 76, in der Fassung der Kundmachungen vom 7. Juli 1964, M.Abt. 70-I/58/64, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 57, und vom 19. September 1967, M.Abt. 70-II/152/67, Amtsblatt „Stadt Wien" Nr. 78

Auf Grund der §§ 77 und 111 der Verfassung der Stadt Wien in der Fassung von 1931 wird zum Schutz der allgemein zugänglichen Gartenanlagen im Gebiet der Stadt Wien verordnet:

§ 1. 1. Die Benützung der Wege ist nur Fußgängern gestattet.

Die als Kleinkinderspielplätze bezeichneten Spielplätze dürfen nur von Kleinkindern und deren Begleitpersonen betreten werden.

In die bundeseigenen Gärten Schönbrunn, Belvedere, Burggarten und Volksgarten ist Kindern unter zehn Jahren der Eintritt nur in Begleitung Erwachsener gestattet.

2. Das Radfahren, auch mit Kleinfahrrädern, das Schieben von Fahrrädern sowie das Reiten ist verboten.

Andere Fahrzeuge, ausgenommen Krankenfahrstühle und Kinderwagen, dürfen nur mit Genehmigung des Magistrates oder, sofern Bundesgärten in Betracht kommen, der zuständigen Bundesdienststelle (Bundesgartenverwaltung bzw. Burghauptmannschaft in Wien und Schloßhauptmannschaft Schönbrunn) verwendet werden.

3. Die Benützung der Wege und der übrigen Gartenflächen zu Privatzwecken, wie zum Beispiel für die Aufstellung von Tischen, Bänken, Stühlen, Ständen, Automaten, Kastanienbratöfen, Sodawasserwagen u. dgl. sowie für Lichtbildaufnahmen, einschließlich des Filmens (mit Ausnahme von Amateuraufnahmen) gleichfalls, ist nur mit Genehmigung einer der vorangeführten Dienststellen gestattet. Die Benützung der Anlagen oder Einfriedungen zum Anbringen oder Ablegen von Druckwerken oder sonstigen Gegenständen ist unzulässig. Auch die Verteilung von Flugblättern ist in öffentlichen Gartenanlagen untersagt. *(Amtsblatt „Stadt Wien" Nr. 78/67)*

4. Das Betreten von Rasen- und Pflanzungsflächen, sofern sie nicht für den Verkehr freigegeben sind, sowie jede Beschädigung oder Verunreinigung der Gartenanlagen, Bauwerke (Wetterhäuschen u. dgl.) und Denkmäler ist verboten. Insbesondere dürfen Blumen oder Zweige nicht abgerissen oder abgeschnitten, Bäume nicht erklettert, angeschnitten oder gekennzeichnet, Bänke nicht beschädigt, beschmutzt oder von der Stelle gerückt, bestiegen oder zum Liegen benützt werden. Einfriedungen dürfen nicht beschädigt oder zum Sitzen, Abstellen von Gegenständen, zum Aufhängen oder Befestigen von Kleidern, Gerätschaften u. dgl., zum Turnen oder Klettern benützt werden. Das Ausgießen von Wasser oder sonstigen Flüssigkeiten auf Wege oder sonstige Gartenflächen ist untersagt. Das Wegwerfen von Papier, Speiseresten und Abfällen jeder Art ist verboten.

5. Das Fußballspielen sowie das Werfen von Steinen oder Stöcken, das Schießen mit Schleudern, Blasrohren und ähnlichen Geräten, ebenso das Abbrennen von Knallpräparaten ist unstatthaft. Roller, sogenannte Holländer und Kinderdreiräder dürfen in abschüssigen Geländestellen nicht verwendet werden.

In den bundeseigenen Gärten Schönbrunn, Belvedere, Burggarten und Volksgarten dürfen Kinderfahrzeuge, wie Roller, Dreiräder u. dgl., nicht mitgenommen werden.

Das Spiel mit Sand ist nur auf den Sandspielplätzen gestattet.

Musizieren ohne besondere Genehmigung ist verboten.

6. Hunde sind an der Leine zu führen, wobei stets darauf zu achten ist, daß Rasen- und Pflanzungsflächen von Hunden nicht betreten werden. Hunde sind von Sandspielplätzen fernzuhalten.

In die bundeseigenen Gärten Schönbrunn, Belvedere und Burggarten dürfen Hunde und andere Tiere nicht mitgenommen werden.

7. Bei Glatteis dürfen in den Anlagen nur die bestreuten Wege begangen werden. Das Anlegen von „Schleifen" sowie das Rodeln und Skilaufen ist verboten.

8. In öffentlichen Gartenanlagen, die nicht ständig geöffnet bleiben, ist der Aufenthalt nur so lange gestattet, als auf den Tafeln an den Eingängen ersichtlich ist. Solche

Gartenanlagen sind beim Ertönen der Zeichen, die die Schließung ankündigen, zu verlassen.

9. Die für einzelne Gartenanlagen durch Tafeln besonders kundgemachten Vorschriften sind einzuhalten. Solche Vorschriften können von den in Betracht kommenden Gartenverwaltungen nach Genehmigung durch den Magistrat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion Wien erlassen werden.

10. Den Weisungen des Gartenaufsichtspersonals sowie sonstiger Aufsichtsorgane ist Folge zu leisten.

11. Diese Bestimmungen haben auch auf Lagerwiesen sowie auf außerhalb von Gartenanlagen auf Verkehrsflächen gelegene Rasenflächen und Baumpflanzungen – ausgenommen Waldflächen im Sinne der forstgesetzlichen Bestimmungen – sinngemäß Anwendung zu finden. Ferner gelten diese Bestimmungen für die gärtnerisch ausgestalteten Flächen des Praters; die Waldflächen des Praters unterliegen den forstgesetzlichen Bestimmungen. *(Amtsblatt Stadt Wien Nr. 78/67)*

12. Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159/1960, sowie des Forstrechtsbereinigungsgesetzes, BGBl. Nr. 222/1966, werden hiedurch nicht berührt. *(Amtsblatt Stadt Wien Nr. 57/64 und 78/67)*

§ 2. Übertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 1000 S oder mit Arrest bis zu zwei Wochen geahndet, unvorgreiflich der allfälligen gleichzeitigen gerichtlichen Verfolgung bei Vorliegen eines strafgesetzlichen Tatbestandes sowie der möglichen Geltendmachung privatrechtlicher Ansprüche. *(Amtsblatt Stadt Wien Nr. 57/64)*

§ 3. Mit dem Inkrafttreten dieser Kundmachung[1]) tritt die Magistratskundmachung vom 30. April 1930, Zl.: M.Abt. 52-1424/30, außer Kraft.

Anmerkung: [1]) Das war am 28. August 1951.

Kundmachung des Wiener Magistrates vom 13. Juni 1952, M.Abt. 58-1127/52, betreffend den Schutz von Wasserversorgungsanlagen der Stadt Wien, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 53, in der Fassung der Kundmachung vom 13. Juli 1964, M.Abt. 58-1024/64, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 59

Auf Grund des § 111 der Verfassung der Stadt Wien in der Fassung von 1931 wird verordnet:

1. Das Betreten von Anlagen, die der Wasserversorgung der Stadt Wien dienen (Wasserbehälter, Aquädukte, Einsteigtürme u. dgl.), sowie der zugehörenden eingefriedeten Grundstücke durch unbefugte Personen ist verboten.

2. Jede Verunreinigung und Beschädigung der im Punkt 1 bezeichneten Anlagen und Grundstücke sowie der Leitungsstrecken der I. und II. Wiener Hochquellenleitung, insbesondere auch das unbefugte Entfernen der Grasnarbe, das Abladen von Schutt, Unkraut, Mist und Jauche und sonstigen Gegenständen ist verboten.

3. Auf den über Anlagen der im Punkt 1 angeführten Art sowie über den Leitungsstrecken der I. und II. Hochquellenleitung liegenden Grundflächen ist das Austreiben von Geflügel, das Weiden von Haustieren, das Befahren mit Fahrzeugen aller Art sowie das Entfernen, Versetzen oder Beschädigen der Trassensteine verboten. Ebenso ist das Ackern und Düngen daselbst – sofern hiefür nicht eine besondere Anordnung besteht – gleichfalls verboten.

4. Verboten ist ferner jedes eigenmächtige Hantieren an den öffentlichen Feuerhydranten, wie das Abschrauben der Kappen und die Entnahme von Wasser sowie die eigenmächtige Betätigung der Unterflurhydranten, Wasserleitungsschieber und sonstigen Einrichtungen der Wasserleitung sowie deren Beschädigung.

5. Desgleichen ist jede Verunreinigung der öffentlichen Auslaufbrunnen und deren Umgebung mit schmutzigem Wasser, Futterrückständen u. dgl., Verstopfung der Wasserläufe, die Entnahme von Wasser mit verunreinigten Gefäßen sowie die Aufstellung von Wassergefäßen bei Brunnen, insoweit hiedurch der Verkehr gehindert wird, untersagt. Ebenso ist die Beschädigung von öffentlichen Auslaufbrunnen verboten.

6. Schläuche aus Blech oder anderen Stoffen und Holzrinnen dürfen an den Auslauföffnungen der Brunnen nur während der Dauer des Füllens größerer Gefäße angebracht werden und sind hierauf sofort zu entfernen. Es ist nicht gestattet, die an den Auslauföffnungen der Brunnen angebrachten Selbstschlußhähne oder Druckhebel an den Ständern festzubinden.

Wer den Bestimmungen der Punkte 1 bis 5 oder 6 Abs. 1 zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird vom Magistrat mit einer Geldstrafe bis zu 1000 S oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft. *(Amtsblatt Stadt Wien Nr. 59/64)*

Die Behörde hat im Straferkenntnis, womit der Beschuldigte einer nach dieser Kundmachung strafbaren Verwaltungsübertretung schuldig erkannt wird, auch über die aus dieser Übertretung abgeleiteten privatrechtlichen Ansprüche der Stadt Wien gegen den Beschuldigten zu entscheiden (§ 57 VStG 1950).

Ausnahmen von den Bestimmungen der Punkte 2 und 3 können vom Magistrat der Stadt Wien bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Gründe erteilt werden.

Die Magistratskundmachung vom 16. Mai 1923, M.Abt. 34b-1280/23, betreffend Bestimmungen zum Schutz von Wasserleitungsanlagen, wird hiemit aufgehoben.

Kundmachung des Wiener Magistrats vom 10. April 1953, M.Abt. 58-2834/52, betreffend die widmungswidrige Benützung öffentlicher Rettungszillen und Rettungsmittel der Stadt Wien sowie öffentlicher Brücken, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 33

Auf Grund § 111 der Verfassung der Stadt Wien in der Fassung von 1931 wird verordnet:

Jede wie immer geartete Beschädigung öffentlicher Rettungszillen und sonstiger Rettungsmittel der Stadt Wien, die widmungswidrige Verwendung sowie jede den ordnungsmäßigen Gebrauch dieser Gegenstände beeinträchtigende Handlung, wie insbesondere das Besteigen von Rettungszillen durch hiezu nicht berechtigte Personen, ist verboten. Jede widmungswidrige Benützung von dem öffentlichen Verkehr dienenden Brücken, insbesondere das Besteigen von Brückentragwerksteilen, -widerlagern und -geländern durch hiezu nicht berechtigte Personen, das Abwerfen von Gegenständen u. dgl. sowie das Herunterspringen von Brücken ist verboten.

Übertretungen dieser Kundmachung werden unbeschadet einer allfälligen strafgerichtlichen Ahndung mit Geldstrafen bis zu 400 S oder mit Arreststrafen bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Behörde hat im Straferkenntnis, womit der Beschuldigte einer nach dieser Kundmachung strafbaren Verwaltungsübertretung schuldig erkannt wird, auch über die aus dieser Übertretung abgeleiteten privatrechtlichen Ansprüche der Stadt Wien gegen den Beschuldigten zu entscheiden.

Kundmachung des Wiener Magistrats vom 30. Mai 1960, M.Abt. 58-650/60, betreffend das Verbot des Befahrens der Alten Donau mit Motorbooten, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 47

Auf Grund der §§ 77 und 111 der Verfassung der Stadt Wien wird verordnet:

Das Befahren der Alten Donau mit Motorbooten ist verboten. Ausgenommen von diesem Verbot sind Boote mit Elektro-Außenbordmotor mit einer Leistung bis zu 250 Watt und einer Geschwindigkeit bis zu 7 km/h.

Diese elektrisch betriebenen Boote müssen mit einem wirksamen Schutz gegen unbeabsichtigtes Berühren des Propellers durch Badende versehen sein. Die Akkumulatorenbatterien sind im Boot so zu befestigen, daß sie gegen Verrutschen und Herausstürzen bei Umkippen des Bootes gesichert sind, und außerdem so abzudecken, daß die Pole nicht unbeabsichtigt berührt werden können.

Die Antriebsvorrichtung hat so beschaffen zu sein, daß eine Verschmutzung des Wassers durch sie vermieden wird.

Weitere Ausnahmen vom Verbot des Befahrens der Alten Donau mit Motorbooten können nur in einzelnen Fällen auf besonderes, bei der M.Abt. 58 einzubringendes Ansuchen gewährt werden.

Übertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 1000 S oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

Die Kundmachung des Wiener Magistrats vom 23. September 1954, M.Abt. 58-2444/54, betreffend das Verbot des Befahrens der Alten Donau mit Motorbooten, tritt hiemit außer Kraft.

Diese Kundmachung tritt am 15. Juni 1960 in Kraft.

Kundmachung des Magistrates der Stadt Wien vom 12. August 1964, M.Abt. 16-237/64, betreffend die Beisetzung in Leichenkammern und die Aufbahrung von Leichen im Stadtgebiet von Wien, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 69

Auf Grund der §§ 77 und 111 der Verfassung der Stadt Wien in der geltenden Fassung wird kundgemacht:

§ 1. Die Leichen verstorbener Personen sind nach Vornahme der Totenbeschau ohne Verzug in einem für die Unterbringung von Leichen geeigneten und nur für diesen Zweck bestimmten Raum (Leichenkammer) beizusetzen.

§ 2. Die Aufbahrung einer Leiche in einem anderen als dem auf einem Friedhof (einer Leicheneinäscherungsanlage) oder in einer Leichenkammer für diesen Zweck bestimmten Raum ist verboten; dies gilt auch dann, wenn die Aufbahrung nur zum Zweck und für die Dauer religiöser Zeremonien (Einsegnung) stattfinden soll. Wenn jedoch eine Leiche auf einem Friedhof bestattet werden soll, der über eine würdige Aufbahrungsmöglichkeit nicht verfügt, kann die Einsegnung auch in der diesem Friedhof nächstgelegenen Kirche jener Religionsgesellschaft, nach deren Ritus die Bestattungszeremonien vorgenommen werden sollen, stattfinden.

§ 3. (1) Die Vorschriften der §§ 1 und 2 dieser Kundmachung gelten nicht in bezug auf Leichen, für die das Leichenbegängnis ehrenhalber von einer Gebietskörperschaft oder von einer gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaft für Religionsdiener oder Ordensangehörige, die in Gemeinschaft leben, veranstaltet wird. Das beabsichtigte Leichenbegängnis ist von den vertretungsberechtigten Organen der Veranstalter dem Magistrat unverzüglich nach Vornahme der Totenbeschau, jedenfalls aber vor Durchführung der Aufbahrung gemäß den Abs. 2 und 3 anzuzeigen.

(2) Die Anzeige hat zu enthalten:

1. Vor- und Zuname und den letzten Wohnort des Verstorbenen,
2. Tag und Stunde und die genaue Bezeichnung des Aufbahrungsortes,
3. die Art der Versargung der Leiche,
4. die Konduktführung.

(3) Der Anzeige ist eine Gleichschrift der Todesbescheinigung oder eine Bescheinigung des Totenbeschauarztes, aus der die Art und Ursache des Todes sowie die Freigabe der Leiche zur Bestattung hervorgeht, zur Einsicht anzuschließen.

(4) Ein solches Leichenbegängnis darf nur unter Einhaltung der vom Magistrat nach den gegebenen Verhältnissen im Einzelfall erteilten Aufträge zur Gewährleistung der Gesundheit und Sicherheit von Menschen durchgeführt werden.

§ 4. Durch die Bestimmungen dieser Kundmachung werden bundes- und landesgesetzliche Vorschriften einschließlich deren Durchführungsverordnungen nicht berührt.

§ 5. Übertretungen der Bestimmungen dieser Kundmachung werden von den magistratischen Bezirksämtern mit einer Geldstrafe bis zu 1000 S oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 6. Diese Kundmachung tritt am 1. September 1964 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kundmachung des Wiener Magistrates vom 31. Juli 1953, Zl.: M.Abt. 16-525/1953, betreffend die Beisetzung in Leichenkammern und die Aufbahrung von Leichen im Stadtgebiet von Wien, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien vom 19. August 1953, Nr. 66, zur Gänze außer Kraft.

Kundmachung vom 14. September 1964, M.Abt. 58-1169/64, über das Verbot des Besitzes und der Haltung von bestimmten Tieren, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 79

Gemäß § 111 der Verfassung der Stadt Wien wird angeordnet:

§ 1. (1) Der Besitz und die Haltung von lebenden echten Raubsäugetieren (ausgenommen Hauskatze und Haushund), Krokodilen, Großechsen und Schlangen sind verboten.

(2) Diese Kundmachung findet keine Anwendung auf:

a) Hochschulen und deren Einrichtungen;
b) Erzeuger von Heilmitteln, sofern die Tiere zur Gewinnung von Heilmitteln dienen;
c) befugte Tierhändler;
d) öffentliche Tiergärten, Tierschauen, Zirkusse und Tierschutzhäuser;
e) Tiertransporte in ausbruchssicheren Käfigen bzw. Behältnissen.

§ 2. (1) Der Magistrat kann auf Antrag den Besitz und die Haltung von im § 1 Abs. 1 aufgezählten Tieren bewilligen, wenn deren sichere Verwahrung gewährleistet erscheint.

(2) Die Bewilligung kann auch gegen Widerruf und unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

(3) Den Organen des Magistrats ist der Zutritt zu Tieren, deren Besitz und Haltung gemäß Abs. 1 bewilligt wurden, jederzeit zu gestatten.

§ 3. Jeder Verkauf eines unter die Bestimmungen des § 1 Abs. 1 fallenden Tieres an eine andere als im § 1 Abs. 2 lit. a) bis d) aufgezählte Person oder Einrichtung ist dem Magistrat binnen drei Tagen anzuzeigen.

§ 4. Wer den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 oder § 2 Abs. 3 oder § 3 oder einer gemäß § 2 Abs. 2 vorgeschriebenen Bedingung oder Auflage zuwiderhandelt, begeht – sofern die Tat nicht unter das Strafgesetz fällt – eine Verwaltungsübertretung und wird vom Magistrat mit einer Geldstrafe bis zu 1000 S oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 5. Diese Kundmachung tritt mit 1. Oktober 1964 in Kraft.

Kundmachung vom 16. September 1964, M.Abt. 58-1625/64, über das Verbot des Abschießens von Tauben im verbauten Stadtgebiet, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 79

Gemäß § 111 der Verfassung der Stadt Wien wird verordnet:

§ 1. Im verbauten Stadtgebiet ist das Abschießen von Tauben verboten.

§ 2. Der Magistrat kann auf Antrag Ausnahmen vom Verbot des § 1 bewilligen. In der Bewilligung sind die in sicherheitspolizeilicher Hinsicht erforderlichen Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben.

§ 3. Wer der Bestimmung des § 1 oder einer gemäß § 2 vorgeschriebenen Bedingung oder Auflage zuwiderhandelt, begeht – sofern die Tat nicht unter das Strafgesetz fällt – eine Verwaltungsübertretung und wird vom Magistrat mit einer Geldstrafe bis zu 1000 S oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 4. Diese Kundmachung tritt mit 1. Oktober 1964 in Kraft. Gleichzeitig verliert die Magistratskundmachung vom 6. Juli 1928, M.Abt. 52-1703/28, Verordnungsblatt des Wiener Magistrats, Jahrgang 1928, Seite 84, ihre Wirksamkeit.

Kundmachung vom 3. Februar 1965, M.Abt. 58-1918/64, über das Verbot des Betretens und des Befahrens der Wienflußregulierungsanlagen, Amtsblatt Stadt Wien Nr. 13

Gemäß § 111 der Verfassung der Stadt Wien wird verordnet:

§ 1. Im Bereich der Wienflußregulierungsanlagen sind das Betreten des Flußbettes, der Mauern, Böschungen, Abfahrtsrampen, Abgangsstiegen und Rettungsleitern sowie das Befahren der Abfahrtsrampen und des Flußbettes mit Fahrzeugen aller Art verboten.

§ 2. Ausgenommen vom Verbot des § 1 sind:

a) Organe des Bundes und der Stadt Wien in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes oder Dienstes und
b) Personen, die im Auftrag des Magistrats die Regulierungsanlagen zu betreten oder zu befahren haben.

§ 3. Wer den Bestimmungen des § 1 zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird vom Magistrat mit einer Geldstrafe bis zu 1000 S oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 4. Diese Kundmachung tritt mit 1. März 1965 in Kraft. Gleichzeitig verliert die Magistratskundmachung vom 20. Mai 1903, M.Abt. V – 1835/03, Verordnungsblatt des Wiener Magistrates, Jahrgang 1903, Seite 66, ihre Wirksamkeit.

Kundmachung des Wiener Magistrats vom 19. Juni 1968, MA 58-357/68, betreffend das Verbot des Befahrens der linksufrigen Donauregulierungsanlagen, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 30

Auf Grund des § 77 Z. 3 und § 111 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien wird verordnet:

§ 1. Das Befahren des linksufrigen Hochwasserschutzdammes und des Inundationsgebietes des Donaustromes im Bereich der Stadt Wien durch Fahrzeuge aller Art, ausgenommen Fahrräder, ist verboten.

§ 2. Das Fahrverbot ist durch Straßenverkehrszeichen gemäß § 52 Z. 1 der Straßenverkehrsordnung 1960 und Zusatztafeln mit der Aufschrift „Radfahren auf eigene Gefahr gestattet" an allen Auffahrtsrampen zum Hochwasserschutzdamm ersichtlich zu machen.

§ 3. (1) Ausgenommen von diesem Verbot sind Fahrzeuge der Gebietskörperschaften, der Bundeswasserbauverwaltung und der Österreichischen Bundesforste sowie Fahrten im Auftrag einer Gebietskörperschaft oder der Österreichischen Bundesforste, Warentransporte zur Belieferung der im Inundationsgebiet gelegenen Gewerbebetriebe sowie Wirtschaftsfuhren zum Transport von Gras, Heu und Holz.

(2) Über begründetes Ansuchen kann der Magistrat der Stadt Wien nach Anhörung des Bundesstrombauamtes aus wichtigen Gründen Ausnahmegenehmigungen zum Befahren des Hochwasserschutzdammes und des Inundationsgebietes erteilen. Diese Genehmigungen können unter Vorschreibung von Bedingungen und Auflagen, insbesondere hinsichtlich Zahl, Art und Tonnage der Fahrzeuge, der einzuhaltenden Fahrstrecke und einer allfälligen Einschränkung auf bestimmte Tage oder Stunden, sowie zeitlich befristet oder gegen Widerruf, der auch bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Bedingungen und Auflagen verfügt werden kann, erteilt werden.

§ 4. Übertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arreststrafen bis zu drei Wochen geahndet.

Kundmachung des Magistrats der Stadt Wien, MA 43-6840/1970, über die Benützung der Friedhöfe der Stadt Wien, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 4/1971

Auf Grund des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 26/1965, wird verordnet:

§ 1. Friedhöfe können im Jänner, Februar, November und Dezember von 8 bis 17 Uhr, im März, April, September und Oktober von 7 bis 18 Uhr und im Mai, Juni, Juli und August von 7 bis 19 Uhr besucht werden.

Gewerbliche Arbeiten können, soweit nichts anderes verfügt worden ist, in der Zeit vom 1. November bis 31. März und 1. Juli bis 30. September von Montag bis einschließlich Freitag vom Aufsperren des Friedhofes bis 17 Uhr und am Samstag bis 12 Uhr verrichtet werden. In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni und vom 1. Oktober bis 31. Oktober kann an sämtlichen Wochentagen bis 18 Uhr gewerbsmäßig gearbeitet werden.

§ 2. Das Verhalten während des Aufenthaltes ist dem Ernst, der Weihe, der Würde und der Widmung des Friedhofes entsprechend anzupassen. Insbesondere ist untersagt, Friedhofsanlagen, Gräber oder Grabmäler zu verunreinigen oder zu beschädigen, Pflanzen und Erdmaterial von fremden Anlagen zu entfernen, im Friedhof zu lärmen, zu betteln, Waren zum Verkauf anzubieten, zu werben oder Reklame zu entfalten.

Abfälle aller Art, wie zum Beispiel Unkraut, alte Kränze, Blumenspenden oder überschüssige Erde, sind in Abfallbehälter oder auf Ablagerungsplätze zu schaffen.

Das Versetzen eines Grabdenkmales oder einer Grabeinfassung, das Entfernen oder Versetzen einer Grab- oder Gruftdeckplatte sowie die Herstellung einer Untermauerung oder einer Grabstellenausmauerung ist, sofern keine Baubewilligung erforderlich ist, nur dann zulässig, wenn vorher in der Friedhofskanzlei eine Meldung erstattet worden ist.

Die Mitnahme von Tieren ist nur dann zulässig, wenn diese für gewerbliche Arbeiten benötigt und ihre Verwendung von der Friedhofsverwaltung zugelassen worden ist.

§ 3. Gewerbliche Arbeiten dürfen nur von Gewerbetreibenden verrichtet werden. Die bei diesen Arbeiten verwendeten Materialien, Geräte und Hilfsmittel dürfen, sofern keine Bewilligung erteilt worden ist, nicht auf Vorrat gelagert werden, sondern sind, ebenso wie das anfallende Altmaterial, täglich aus dem Friedhof zu entfernen. Die Gewerbetreibenden dürfen die Verkehrsflächen im Friedhof mit motorlosen Fahrzeugen, wie Handwagen, Handkarren, Schiebetruhen, Steinmetzrodeln u. dgl., sowie mit Motor-Lastenrollern innerhalb der zugelassenen Arbeitszeit befahren. Motorisierte oder pferdebespannte Lastfahrzeuge dürfen zur Beförderung von Arbeitskräften, Grabausstattungsgegenständen, Materialien, Geräten und Werkzeugen von Gewerbetreibenden auf den für sie gekennzeichneten Straßen sowie Fahrräder ohne Motorantrieb benützt werden, wenn die Friedhofsverwaltung der Verwendung zugestimmt hat.

Jeder Gärtner hat bei Kennzeichnung der von ihm zur Ausschmückung übernommenen Grabstellen die Anordnungen der Friedhofsverwaltung zu befolgen.

§ 4. Die Verwendung von Kinderwagen und Invalidenfahrzeugen für Einzelpersonen ist zulässig. Die Verwendung aller anderen Fahrzeuge ist nur dann zulässig, wenn die Friedhofsverwaltung ihre Zustimmung erteilt hat oder sie von Gewerbetreibenden im Rahmen der Bestimmungen des § 3 verwendet werden. Soweit Fahrzeuge zugelassen worden sind, dürfen mit ihnen nur die bezeichneten Straßen befahren werden und keine höheren Geschwindigkeiten als 20 km/h entwickelt werden. An Regentagen und nach Regengüssen ist die Einfahrt auch für zugelassene Fahrzeuge untersagt. Am Karsamstag, 1. Mai, Vortag des Muttertages, Muttertag, Pfingstsamstag, 31. Oktober, 1. und 2. November sowie am 23., 24., 30. und 31. Dezember ist das Befahren des Friedhofes mit Personenkraftwagen dann verboten, wenn nicht die Friedhofsverwaltung die Zustimmung für das Befahren an diesen Tagen ausdrücklich erteilt hat. Die Friedhofsverwaltung kann fallweise besondere Anordnungen treffen, wenn dies notwendig erscheint, um Störungen bei der Benützung des Friedhofes hintanzuhalten.

§ 5. Den Anordnungen und Weisungen der mit der Aufrechterhaltung der Ruhe, der Ordnung und des Anstandes im Friedhof betrauten städtischen Organe ist Folge zu leisten. Personen, die diesen Anordnungen oder Weisungen nicht nachkommen, können vom Friedhof gewiesen werden.

§ 6. Übertretungen dieser Kundmachung werden mit Geld bis 3000 S oder mit Arrest bis zu drei Wochen bestraft.

§ 7. Diese Kundmachung tritt am 1. Jänner 1971 in Kraft. Mit dem gleichen Tag tritt die Kundmachung des Magistrats der Stadt Wien, MA 43-6526/1966, außer Kraft.

Kundmachung des Magistrates der Bundeshauptstadt Wien vom 7. Februar 1972, MA 62-I/120/71, über die Haustorsperre und die Hausbeleuchtung, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 11

Auf Grund des § 76 Zl. 3 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien in der Fassung der Kundmachung der Wiener Landesregierung vom 15. Oktober 1968, LGBl. für Wien Nr. 28, wird angeordnet:

§ 1. Die Tore aller im Gebiet der Stadt Wien gelegenen Häuser müssen in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr gesperrt sein. In der Zeit von 7 Uhr bis 21 Uhr sind sie offen zu halten.

§ 2. (1) Die Bundespolizeidirektion Wien kann auf Antrag des Hauseigentümers oder seines verantwortlichen Stellvertreters von den im § 1 vorgeschriebenen Verpflichtungen im Einzelfall Ausnahmen bewilligen, wenn die Mehrheit der Wohnungsinhaber dafür ist und Bedenken vom Standpunkt der örtlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung nicht entgegenstehen. Die Bewilligung ist bei Häusern mit Berufs-, Geschäfts- oder Behördenverkehr nur zu erteilen, wenn überdies für die ortsübliche Abwicklung desselben hinreichend Sorge getragen erscheint.

(2) Die Ausnahmebewilligung kann an Auflagen, Bedingungen oder Fristen geknüpft werden. Der wesentliche Inhalt des Bescheides ist durch Anschlag im Haus kundzumachen.

§ 3. Die Bestimmung des § 1 zweiter Satz findet keine Anwendung für Wohnhäuser, welche

a) nur von einer Familie bewohnt werden,
b) die entsprechenden technischen Einrichtungen (Gegensprechanlagen oder Toröffnungsanlagen) aufweisen oder
c) unbewohnt sind.

§ 4. (1) Der Hauseigentümer oder sein verantwortlicher Stellvertreter hat dafür zu sorgen, daß das Haustor während der Sperre auf Verlangen der im Haus wohnenden Mieter und solcher Personen, die am Eintritt ein berechtigtes Interesse haben, wie insbesondere auf Verlangen von behördlichen Organen in Ausübung ihres Dienstes, geöffnet wird. Die mit dem Öffnen betraute Person ist verpflichtet, das Tor wieder abzusperren. Der Hauseigentümer oder dessen verantwortlicher Stellvertreter ist zur Anbringung einer Hausglocke (Klingel, Klingelzug usw.) unmittelbar neben dem Hauseingang und zu deren Instandhaltung verpflichtet.

(2) Wohnt die zur Öffnung des Haustores verpflichtete Person in einem anderen, in unmittelbarer Nähe gelegenen Haus, so ist der Hauseigentümer zur Anbringung einer entsprechenden, jederzeit gut lesbaren Hinweistafel verpflichtet.

§ 5. Zur Hintanhaltung einer Gefahr für die körperliche Sicherheit hat der Hauseigentümer oder sein verantwortlicher Stellvertreter dafür zu sorgen, daß die allgemein zugänglichen Räume des Hauses (Stiegen, Gänge u. dgl.) in der Zeit vom Eintritt der Dunkelheit bis zur Torsperre und in der Zeit vom Aufsperren des Tores bis zum Eintritt der Tageshelle (also auch in den Morgenstunden) entsprechend beleuchtet sind. Dieser Vorschrift ist auch dann

Genüge geleistet, wenn unmittelbar neben dem Hauseingang ein Schalter angebracht ist, der es ermöglicht, die Stiegenbeleuchtung (Minutenlicht) sofort einzuschalten; der Schalter muß durch Glimmlicht oder Leuchtfarbe entsprechend gekennzeichnet sein. Diese Begünstigung gilt nicht für Häuser mit Berufs-, Geschäfts- oder Behördenverkehr.

§ 6. Verletzungen der durch diese ortspolizeiliche Verordnung bestimmten Verpflichtungen werden vom Magistrat mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arreststrafen bis zu drei Wochen geahndet.

§ 7. Diese Kundmachung tritt am 1. März 1972 in Kraft, zugleich tritt die Kundmachung des Magistrats der Bundeshauptstadt Wien über die Haustorsperre und die Hausbeleuchtung, G.Z. M.Abt. 62-I/H/2/60, verlautbart im Amtsblatt Stadt Wien Nr. 24/1960, in der Fassung des Amtsblattes Stadt Wien Nr. 20/1962, außer Kraft. Bisherige Bewilligungen gelten als Bewilligungen gemäß § 2 dieser Kundmachung.

Kundmachung des Wiener Magistrats vom 1. Oktober 1973, MA 64-1898/73, betreffend Aufgrabungen in öffentlichen Verkehrs- und Erholungsflächen, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 44

Auf Grund der § 76 und § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien wird verordnet:

Bewilligungspflicht

§ 1. (1) Vor Aufgrabungen, Minierungen oder Bohrungen in oder unter öffentlichen Verkehrsflächen, Herstellungen von Gehsteigen sowie vor Aufgrabungen auf Straßen und Wegen innerhalb öffentlicher Erholungsflächen ist die Bewilligung des Magistrats zu erwirken (Aufgrabungsbewilligung); hiebei ist es ohne Belang, ob und in welcher Art diese Verkehrsflächen ausgestaltet sind.

(2) Unter Aufgrabung, Minierung oder Bohrung im Sinne dieser Kundmachung sind alle Arbeiten zu verstehen, durch die ein Eingriff in den Körper einer Verkehrs- oder Erholungsfläche ausgeführt wird.

(3) Bei der Durchführung von Arbeiten in einer Gleiszone ist überdies mindestens drei Tage vor Baubeginn die Zustimmung des Eigentümers der Gleisanlage einzuholen. Als Arbeiten in der Gleiszone gelten alle baulichen Maßnahmen innerhalb der Gleise einschließlich eines Streifens von 50 cm Breite beiderseits der äußeren Schienenkanten sowie in Verkehrsflächen auf Eindeckungen oder unter Überbrückungen der Stadtbahn- oder Straßenbahntrassen sowie sonstiger Bahntrassen.

(4) Ein Rechtsanspruch auf die Erteilung der Aufgrabungsbewilligung steht nur zu, wenn die Aufgrabung, Minierung oder Bohrung der Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung, der Herstellung von Aufschließungsleitungen oder der Behebung eines das Leben oder die Gesundheit von Menschen gefährdenden Gebrechens dient.

Bewilligungsverfahren

§ 2. (1) Der Antrag auf Erteilung der Aufgrabungsbewilligung ist beim Magistrat mittels der aufliegenden Formblätter für jede einzelne Aufgrabung getrennt in dreifacher Ausfertigung mindestens zwei Wochen vor dem beabsichtigten Arbeitsbeginn einzubringen. Der Antrag ist vom Bauwerber und vom Bauführer zu unterfertigen und mit einer Lageskizze in einem für die Beurteilung des Antrags ausreichenden Maßstab zu belegen; für Maßnahmen geringeren Umfangs kann vom Magistrat auf die Vorlage einer Lageskizze verzichtet werden.

(2) Die Verpflichtungen zur Erwirkung einer verkehrsbehördlichen Bewilligung nach der Straßenverkehrsordnung und erforderlichenfalls zur Erwirkung einer Gebrauchserlaubnis nach dem Gebrauchsabgabegesetz bleiben unberührt.

(3) Tritt ein Wechsel des Bauführers ein, hat der neue Bauführer vor Inangriffnahme der Arbeiten den Antrag auf Erteilung der Aufgrabungsbewilligung nachträglich zu unterfertigen.

Kosten der Wiederherstellung, Akontozahlung

§ 3. Für die endgültige Wiederherstellung der Verkehrsfläche (§ 19) hat der Bauwerber vor Erteilung der Aufgrabungsbewilligung einen vom Magistrat vorzuschreibenden Betrag zu entrichten, dessen Höhe den voraussichtlichen Kosten dieser Wiederherstellung zuzüglich des jeweils geltenden Verwaltungskostenbeitrags entspricht. Dieser Betrag ist nach Fertigstellung der Wiederherstellungsarbeiten durch den Magistrat abzurechnen.

Winter- und Aufgrabungssperre

§ 4. Während der Wintermonate, das ist die Zeit vom 1. Dezember bis 1. März jeden Jahres, und während der Haftungszeit nach der Neuherstellung der Decke einer öffentlichen Verkehrsfläche ist jede Aufgrabung untersagt (Winter- und Aufgrabungssperre). Der Magistrat kann in besonders dringenden und berücksichtigungswürdigen Fällen Ausnahmen von der Winter- oder Aufgrabungssperre zulassen; die Dringlichkeit solcher Aufgrabungen ist schriftlich zu begründen.

Gebrechensbehebung

§ 5. Bei der Behebung von Gebrechen, die eine sofortige und unaufschiebbare Aufgrabung erfordern, sind der Magistrat, das örtlich zuständige Bezirkspolizeikommissariat und bei Arbeiten in der Gleiszone überdies der Eigentümer dieser Gleisanlage unverzüglich vom Arbeitsbeginn zu verständigen. In solchen Fällen ist spätestens am folgenden Werktag die gemäß § 1 vorgeschriebene Aufgrabungsbewilligung nachträglich zu beantragen.

Erteilung der Aufgrabungsbewilligung

§ 6. (1) Über den Antrag auf Erteilung der Aufgrabungsbewilligung hat der Magistrat innerhalb einer Woche, vom Tag des Einlanges des Antrags gerechnet, schriftlich zu entscheiden. Sind vom Bewilligungswerber Ergänzungen beizubringen, beginnt diese Frist erst mit dem Tag des Einlangens dieser Ergänzungen zu laufen.

(2) In der Aufgrabungsbewilligung sind der Beginn, die Dauer (Aufgrabungsfrist) und der Umfang der genehmigten Arbeiten festzusetzen. Zugleich hat der Magistrat erforderlichenfalls Auflagen für die technische Durchführung der Arbeiten zu erteilen, insbesondere die Anordnung von Minierungen oder Bohrungen an Stelle von Aufgrabungen bei Querung verkehrsreicher Straßen oder an Stelle von Aufgrabungen in öffentlichen Verkehrsflächen, deren Straßendecken sich in Aufgrabungssperre befinden.

(3) Vor Erteilung der Aufgrabungsbewilligung darf mit den Arbeiten nicht begonnen werden.

Geltungsdauer der Aufgrabungsbewilligung

§ 7. (1) Eine erteilte Aufgrabungsbewilligung erlischt, wenn die genehmigten Arbeiten nicht binnen einer Woche nach dem in der Bewilligung festgesetzten Beginn in Angriff genommen werden.

(2) Während der Durchführung der Arbeiten ist die Aufgrabungsbewilligung auf der Baustelle zu verwahren

und auf Verlangen den Organen des Magistrats oder der Bundespolizei vorzuweisen.

(3) Für die Verlängerung der Geltungsdauer einer bereits erteilten Aufgrabungsbewilligung sowie für die Erweiterung des genehmigten Umfangs ist gemäß § 1 eine neuerliche Bewilligung zu erwirken.

Verpflichtungen des Bauführers zur Sicherung der Einbauten

§ 8. (1) Die Arbeiten sind unter Einhaltung der geltenden bau- und verkehrsbehördlichen Vorschriften von befugten Gewerbetreibenden auszuführen.

(2) Der Bauführer ist verpflichtet, sich durch Einsichtnahme in die Pläne bei den zuständigen Behörden und Fachdienststellen über die Lage der vorhandenen Einbauten und Leitungen zu informieren und für deren Sicherung bei der Ausführung der Arbeiten zu sorgen. Den von den Behörden und Fachdienststellen gestellten Bedingungen zur Sicherung der Einbauten und Leitungen ist auf Kosten des Bauwerbers zu entsprechen.

(3) Spätestens drei Werktage vor der Aufgrabung, Minierung oder Bohrung ist der Beginn der Arbeiten allen in Betracht kommenden Behörden und Fachdienststellen vom Bauführer nachweislich anzuzeigen.

(4) In Flächen mit Baumpflanzungen sind Einbauten in einem Mindestabstand von 1.50 m von der Baumachse zu verlegen. Baumwurzeln dürfen nicht entfernt, sondern müssen nötigenfalls unterminiert werden.

(5) Der Bauwerber und der Bauführer haften zur ungeteilten Hand für alle Schäden an den Einbauten, die im Aufgrabungsbereich während der Arbeitsdurchführung oder innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der vom Magistrat festgesetzten Ausführungsfrist eintreten, sofern nicht vom Bauwerber oder Bauführer nachgewiesen wird, daß der Schaden durch dritte Personen, für die sie nicht haften, verschuldet wurde oder allein auf Mängel der betreffenden Einbauten zurückzuführen ist.

Kennzeichnung der Aufgrabungsstelle

§ 9. Der Bauführer hat an der Aufgrabungsstelle seinen Namen und den Zweck der Aufgrabung, Minierung oder Bohrung bis zur Fertigstellung der Arbeiten in gut lesbarer Weise ersichtlich zu machen. Bei Aufgrabungen größerer Ausdehnung hat dies am Beginn und am Ende des Aufgrabungsbereichs zu erfolgen.

Vermessungszeichen

§ 10. Festpunkte der Stadtvermessung sowie andere Vermessungselemente dürfen weder eigenmächtig entfernt noch beschädigt werden. Eine gegebenenfalls erforderliche Verlegung solcher Festpunkte oder anderer Vermarkungen ist beim Magistrat zu beantragen.

Hohlräume im Straßenkörper, Pölzung der Baugrube

§ 11. (1) Stößt der Bauführer im Zuge einer Aufgrabung, Minierung oder Bohrung auf Hohlräume im Straßenkörper, sind diese im Einvernehmen mit dem Magistrat mit geeignetem Material auszufüllen und zu verdichten.

(2) Bei nicht ausreichend standsicherem Material ist die Künette der Baugrube zu pölzen; treten dennoch Schäden an der angrenzenden Straßendecke auf, hat sich die Wiederherstellung der Straßendecke (§ 19) auf Kosten des Bauwerbers auf alle beschädigten Teile zu erstrecken.

(3) Pölzholz darf in der Baugrube nur ausnahmsweise und mit ausdrücklicher Zustimmung des Magistrats nur dann belassen werden, wenn dies zwingende technische Rücksichten erfordern.

Funde

§ 12. Funde von numismatischem, historischem oder geologischem Wert sind zu sichern und unverzüglich dem Magistrat anzuzeigen.

Lagerung und Abfuhr von Aushubmaterial

§ 13. (1) Die Aufgrabungsstelle ist entsprechend den verkehrsbehördlichen Vorschriften allseitig gegen die Verkehrsflächen abzusichern. Lagerungen von Aushubmaterial, Baumaterial, Schutt u. dgl. dürfen nur innerhalb der gekennzeichneten Arbeitsstellen vorgenommen werden und sind gegen ein Abrutschen auf die Verkehrsfläche wirksam zu sichern.

(2) Das Einschlagen von Eisenstangen zwecks Anbringung von Abschrankungen u. dgl. in Asphalt- oder Betondecken ist untersagt.

(3) Wassereinlaufschächte, Kanalgitter, Kanaldeckel, Schaltkästen, Hydranten, Abdeckungen der Erdkästen von elektrischen Weichen, Schieberkästen, Kellerfenster u. dgl. sind von Lagerungen freizuhalten. Zu Masten mit elektrischen Einrichtungen muß jederzeit ein entsprechender Zugang gewahrt bleiben.

(4) Wenn es die Lage oder der Umfang der Aufgrabung oder die Sicherheit erfordert, hat der Magistrat die sofortige Abfuhr des Aushubmaterials vorzuschreiben oder Auflagen über eine Zwischenverführung oder die Art der Lagerung, insbesondere hinsichtlich der Verwendung von Pfostenwänden, Containern u. dgl. zu erteilen. Die angrenzenden Verkehrsflächen sind von Verschmutzungen freizuhalten. Anfallender Schutt und übrigbleibendes Aushubmaterial sind innerhalb von drei Tagen, jedenfalls aber bis längstens Freitag jeder Woche abzuführen.

Vermeidung von Belästigungen

§ 14. (1) Bei der Durchführung von Aufgrabungen hat der Bauführer jede Gefährdung und jede vermeidbare Belästigung hintanzuhalten. Die Arbeiten sind unter größtmöglicher Vermeidung von Lärm, Staubentwicklung und Verunreinigung der Luft durchzuführen. Arbeiten, die mit einer unzumutbaren Lärmbelästigung verbunden sind, insbesondere der Einsatz von Aufbruchgeräten, Baumaschinen und von Transportfahrzeugen, sind in der Nachtzeit zwischen 20 und 6 Uhr untersagt. Der Magistrat hat für die Behebung von Gebrechen, die eine sofortige und unaufschiebbare Aufgrabung erfordern, sowie aus Verkehrsrücksichten oder aus anderen öffentlichen Rücksichten Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot zuzulassen.

(2) Wenn es das öffentliche Interesse erfordert, kann der Magistrat die Durchführung der Arbeiten während bestimmter Tageszeiten oder während der Nachtzeit anordnen.

(3) Mit der Bewilligung oder der Anordnung von Arbeiten während der Nachtzeit kann der Magistrat besondere Auflagen für die Durchführung der Arbeiten, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von Baumaschinen, erteilen.

Zuschütten der Baugrube

§ 15. (1) Nach Fertigstellung der Arbeiten ist die Künette oder Baugrube unverzüglich lagenweise zuzuschütten. Das Füllmaterial muß für diesen Verwendungszweck geeignet und darf weder durchnäßt noch gefroren sein. Wenn das gewonnene Aushubmaterial den vorgenannten Anforderungen nicht oder nicht in vollem Umfang entspricht, ist es durch entsprechend gekörntes Füllmaterial zu ersetzen oder zu ergänzen. Über die Eignung des Materials entscheidet der Magistrat. Das Einschlämmen der Künette oder Baugrube ist unzulässig.

(2) Der Einbau der obersten Lagen hat mit gebrochenem Felsgestein in einer dem jeweiligen Ausbauzustand der Straßendecke entsprechenden Dicke zu erfolgen.

(3) Der Magistrat hat die entsprechend den technischen Erfordernissen notwendigen technischen Auflagen über das Zuschütten der Künette oder Baugrube, über die Eignung und Verdichtung des Füllmaterials und die erforderlichen Verdichtungswerte vorzuschreiben.

Verdichtung des Füllmaterials

§ 16. (1) Jede Lage des eingebrachten Füllmaterials ist maschinell zu verdichten. Wenn es die Schonung der Einbauten erfordert, ist eine händische Verdichtung der untersten Lagen bei entsprechender Verringerung der Lagendicke und bei Verwendung von mindestens 10 kg schweren Stößeln zulässig.

(2) Die Verdichtung hat derart zu erfolgen, daß die vorgeschriebenen Verdichtungswerte erreicht werden und später keine Setzungen des Füllmaterials auftreten können. Wird bei den vom Magistrat durchgeführten Lastplattenversuchen festgestellt, daß die erforderlichen Verdichtungswerte nicht erreicht werden, hat der Bauführer unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen, wie Nachverdichtungen oder erforderlichenfalls die Auswechslung des eingebrachten Füllmaterials vorzunehmen. In diesem Fall haben der Bauwerber und der Bauführer zur ungeteilten Hand die Kosten der Lastplattenversuche zu tragen.

Vorläufige Wiederherstellung der Straßendecke

§ 17. (1) Unmittelbar nach Zuschüttung der Künette oder Baugrube ist diese vorläufig mit bituminösem Kalt- oder Heißmischgut ebenflächig abzudecken und zu verdichten, wobei für Fahrbahnen mindestens 60 kg bzw. für Gehsteige mindestens 30 kg Mischgut je Quadratmeter Straßenfläche aufzubringen sind. Die Herstellung von Überhöhungen der vorläufig wiederhergestellten Straßendecke gegenüber den übrigen Straßenflächen ist unzulässig.

(2) In Straßen von untergeordneter Verkehrsbedeutung in den Randgebieten kann mit Bewilligung des Magistrats von der Abdeckung mit bituminösem Mischgut Abstand genommen werden.

(3) Der Bauführer hat spätestens drei Tage nach der vorläufigen Wiederherstellung der Straßendecke dem Magistrat durch Rücksendung der Aufgrabungsbewilligung oder durch schriftliche Mitteilung die Fertigstellung der Arbeiten anzuzeigen. Die vorläufig wiederhergestellte Straßendecke ist auf Kosten und Gefahr des Bauwerbers bis zum Beginn der endgültigen Wiederherstellung in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Dies gilt auch unmittelbar vor Straßenneu- und -umbauten.

Hinterfüllung nach Minierungen und Bohrungen

§ 18. Die Hinterfüllung von Hohlräumen nach Minierungen oder Bohrungen hat unter Aufsicht von Organen des Magistrats zu erfolgen. Für solche Hinterfüllungen ist Magerbeton der Betongüte B 80 zu verwenden; der Magistrat hat, wenn dies zwingende technische Rücksichten erfordern, für die Hinterfüllung besondere Auflagen zu erteilen.

Endgültige Wiederherstellung der Straßendecke

§ 19. (1) Die endgültige Wiederherstellung der Straßendecke hat in jedem Fall durch den Magistrat auf Kosten des Bauwerbers unter Verwendung des nach § 3 entrichteten Betrags zu erfolgen. Dem Eigentümer einer Gleisanlage ist jedoch auf dessen Antrag vom Magistrat unter Bekanntgabe der Art der Ausführung und unter gleichzeitiger Festsetzung einer Frist die endgültige Wiederherstellung der Straßendecke in der Gleiszone zu übertragen; der Magistrat hat die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten zu überprüfen.

(2) Bei Aufgrabungsarbeiten von Behörden und Fachdienststellen kann der Magistrat die endgültige Wiederherstellung der Straßendecke diesen unter Bekanntgabe der Art der Ausführung, unter gleichzeitiger Festsetzung einer Frist und unter der Auflage übertragen, daß die vom Magistrat herangezogenen Straßenbaufirmen mit der Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten betraut werden. Für Straßen von besonderer Verkehrsbedeutung kann der Magistrat anordnen, daß die endgültige Wiederherstellung der Straßendecke unmittelbar nach Zuschütten der Künette oder Baugrube zu erfolgen hat. Der Magistrat hat die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten zu überprüfen.

(3) An den Rändern der Künette oder Baugrube sind allseitige Übergriffe von mindestens 20 cm Breite bei Fahrbahnen bzw. von mindestens 15 cm Breite bei Gehsteigen herzustellen. Verbleiben von den wiederherzustellenden Straßendecken unter Berücksichtigung der Übergriffe bis zu den Randsteinen, zum Rinnsalpflaster oder bis zur Baulinie Streifen von weniger als 50 cm Breite, so ist die Straßendecke einschließlich des Unterbaus auch auf diesen Streifen zu erneuern.

(4) Beim Aufbruch beschädigte Rand- oder Pflastersteine aller Art sind durch neue oder neuwertige zu ersetzen. Das Aufbringen des Belags auf die Betonunterlage ist erst nach ausreichender Erhärtung des Betons zulässig; bis zu diesem Zeitpunkt ist die Künette oder Baugrube vom Bauführer, der mit der endgültigen Wiederherstellung der Straßendecke betraut ist, vorschriftsmäßig abzuschranken und zu beleuchten.

(5) Bei Aufgrabungen in Betondecken, die nach dem 1. Jänner 1955 hergestellt worden sind, ist jedes durch die Aufbrucharbeiten beschädigte Betonfeld zur Gänze zu erneuern; Betonfelder von Straßendecken, die vor dem 1. Jänner 1955 hergestellt worden sind, sind lediglich zur Hälfte zu erneuern.

(6) Werden Asphaltgehsteige, für die die Haftungsfrist zur Zeit der Erteilung der Aufgrabungsbewilligung noch nicht abgelaufen ist, aufgebrochen, ist der Belag bis zu einer Gehsteigbreite von 3 m zur Gänze neu herzustellen. Bei breiteren Gußasphaltgehsteigen kann mit Zustimmung des Magistrats die Wiederherstellung des Belags auf halbe Gehsteigbreite unter Herstellung einer Längsfuge beschränkt werden.

(7) Der Magistrat hat die für die endgültige Wiederherstellung von Fahrbahn- und Gehsteigbelägen nach Aufgrabungen erforderlichen technischen Auflagen unter Berücksichtigung des jeweiligen Ausbauzustands der Straßendekke vorzuschreiben.

Wiederherstellung von unbefestigten Straßenflächen

§ 20. (1) Bei Aufgrabungen in unbefestigten Straßenflächen und Gehwegen sowie in unbefestigten Flächen von Erholungsgebieten sind die Grasnarbe, die Humusschichte und das übrige Aushubmaterial getrennt zu lagern und beim Zuschütten und Verdichten wieder in der ursprünglichen Lage einzubringen.

(2) Wenn es die Verkehrslage erfordert, kann der Magistrat auch die Einbringung einer mindestens 20 cm dicken Schicht aus gebrochenem Felsgestein der Körnung 0/35 mm in der obersten Lage vorschreiben.

Räumung und Säuberung der Baustelle

§ 21. (1) Der Bauführer hat die Baustelle sowohl nach Zuschüttung der Künette oder Baugrube als auch nach Fertigstellung der Wiederherstellungsarbeiten von allen übrigbleibenden Materialien zu räumen und zu säubern;

ebenso sind an der Verkehrsfläche haftende Beton- oder Asphaltreste vorsichtig zu entfernen und abzuführen. Kommt der Bauführer dieser Verpflichtung nicht nach, hat der Magistrat die Räumung und Säuberung der Baustelle von zurückgebliebenen Materialien und Schuttmengen sowie das Entfernen und Abführen der an der Verkehrsfläche haftenden Beton- oder Asphaltreste anzuordnen. Bei Gefahr im Verzug hat der Magistrat die erforderlichen Maßnahmen zur unverzüglichen Räumung und Säuberung der Baustelle von zurückgebliebenen Materialien und Schuttmengen sowie das Entfernen und Abführen der an der Verkehrsfläche haftenden Beton- oder Asphaltreste auf Kosten und Gefahr des Verpflichteten zu veranlassen.

(2) Für die Erfüllung der Verpflichtungen des Bauführers nach Abs. 1 haftet neben diesem der Bauwerber.

Ersatzvornahme

§ 22. Wird der Verpflichtung zur vorläufigen Wiederherstellung gemäß § 17 oder bei Übertragung der endgültigen Wiederherstellung der Straßendecke nach § 19 Abs. 1 und 2 dieser Verpflichtung nicht rechtzeitig, nicht in vollem Umfang oder nicht ordnungsgemäß entsprochen, hat der Magistrat unter Einräumung einer angemessenen Frist die Durchführung dieser Wiederherstellungsarbeiten anzuordnen. Bei Gefahr im Verzug hat der Magistrat die erforderlichen Maßnahmen zur unverzüglichen Wiederherstellung der Straßendecke auf Kosten und Gefahr des Verpflichteten zu veranlassen.

Haftung für Schäden nach Aufgrabungen

§ 23. (1) Die Bauführer haben die Aufgrabung, Minierung oder Bohrung, die Zuschüttung der Künette oder der Baugrube, die vorläufige sowie die endgültige Wiederherstellung der Straßendecke nach den allgemein anerkannten Regeln der technischen Wissenschaften sowie den vom Magistrat vorgeschriebenen technischen Auflagen durchzuführen.

(2) Der Bauwerber und der Bauführer haften zur ungeteilten Hand vom Tag des Beginns der Aufgrabung, Minierung oder Bohrung bis zum Ende des zweiten auf das Aufgrabungsjahr folgenden Jahres für alle Schäden und Schadensfolgen nach Aufgrabungen, Minierungen oder Bohrungen; von dieser Haftung werden Qualitätsmängel der wiederhergestellten Straßendecke ausgenommen. Für diese haftet der vom Magistrat bestellte Bauführer.

(3) Wird innerhalb der Haftzeit ein Mangel offenbar, hat der Magistrat unter Einräumung einer angemessenen Frist dessen Behebung anzuordnen.

Überprüfung während der Bauführung

§ 24. (1) Wenn Organe des Magistrats feststellen, daß die Aufgrabung und Sicherung oder die Zuschüttung einer Künette oder Baugrube, die Minierung oder Bohrung oder die vorläufige oder endgültige Wiederherstellung der Straßendecke unsachgemäß oder nicht den allgemein anerkannten Regeln der technischen Wissenschaften und den vom Magistrat vorgeschriebenen technischen Auflagen entsprechend erfolgt, haben sie die unverzügliche Beseitigung der festgestellten Mängel anzuordnen.

(2) Ist eine Aufgrabung ohne Bewilligung in Angriff genommen worden oder bei Gefahr im Verzug, haben die Organe des Magistrats die Fortsetzung der Arbeiten zu untersagen.

Strafbestimmungen

§ 25. Übertretungen der Bestimmungen der §§ 1 und 4 bis 21 dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder mit Arrest bis zu 14 Tagen geahndet. In besonders schweren Fällen können Geld- oder Arreststrafen nebeneinander verhängt werden.

Schlußbestimmungen

§ 26. Die vorliegende Kundmachung tritt am 1. November 1973 in Kraft. Die Magistratskundmachung vom 2. Juni 1962, M.Abt. 64-2091/62, tritt mit Inkrafttreten dieser Kundmachung außer Kraft.

Kundmachung des Magistrats der Stadt Wien vom 26. September 1974, MA 22-559/74, betreffend das Verbot der Verwendung von mit Verbrennungsmotoren angetriebenen Geräten oder Maschinen zur Pflege von Grün- und Gartenanlagen im Gebiet der Stadt Wien, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 43

Auf Grund des § 76 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien wird verordnet:

§ 1. Zur Pflege von allgemein zugänglichen Gartenanlagen einschließlich der gärtnerisch ausgestalteten Flächen des Praters, von kleingärtnerisch genutzten Flächen, von Grünflächen im Bauland – ausgenommen land- und forstwirtschaftlich bzw. erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen – sowie von Grünflächen im Zuge von Verkehrsflächen dürfen an Samstagen von 12 Uhr bis 24 Uhr und an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 Uhr bis 24 Uhr keine mit Verbrennungsmotoren angetriebenen Geräte oder Maschinen verwendet werden.

§ 2. Übertretungen der Bestimmungen des § 1 sind mit einer Geldstrafe bis zu 3000 S zu bestrafen.

§ 3. Diese Kundmachung tritt mit 1. November 1974 in Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 13. Februar 1975, MA 62-I/163/74, über die sittlichkeitspolizeiliche Regelung der Prostitution, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 20

Auf Grund der §§ 76 Z. 8 und 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, wird verordnet:

§ 1. Die Ausübung gewerbsmäßiger Unzucht (Prostitution) durch Frauen im Gebiet der Stadt Wien unterliegt den Bestimmungen dieser Verordnung. Gewerbsmäßigkeit liegt vor, wenn die Unzucht in der Absicht ausgeübt wird, sich durch ihre wiederkehrende Begehung eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen.

§ 2. Soweit in den nachfolgenden Bestimmungen nicht ausdrücklich eine andere Behörde genannt ist, ist gemäß der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 16. April 1968, LGBl. für Wien Nr. 27/1968, unter Behörde die Bundespolizeidirektion Wien zu verstehen.

§ 3. Die Ausübung der Prostitution durch minderjährige oder verheiratete Frauen ist verboten. Die Ausübung durch andere Frauen unterliegt der Meldepflicht (§§ 4 und 5).

§ 4. (1) Frauen, die die Prostitution im Gebiet der Stadt Wien auszuüben beabsichtigen, haben dies vor Beginn der Tätigkeit persönlich der Behörde zu melden. Ebenso haben sich Frauen zu melden, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung die Prostitution bisher ohne entsprechende Meldung ausgeübt haben. Die Meldung ist bei der Bundespolizeidirektion Wien, Sicherheitsbüro, 1090 Wien, Berggasse 41, zu erstatten.

(2) Die Behörde hat die Entgegennahme der Meldung zu verweigern, wenn sie von einer im § 3 erster Satz

genannten Person erstattet wurde. Sie kann die Entgegennahme bei Frauen ohne österreichische Staatsbürgerschaft verweigern, wenn gegen solche fremdenpolizeiliche Maßnahmen ergriffen wurden.

(3) Die Behörde kann die weitere Ausübung der Prostitution einer Frau für höchstens drei Jahre untersagen, wenn sie wiederholt Bestimmungen über die Regelung der Prostitution übertreten hat.

§ 5. Der Behörde sind ferner die Beendigung, die vorübergehende Unterbrechung sowie die Wiederaufnahme der Prostitution unverzüglich persönlich zu melden. Ebenso sind der Behörde alle Wohnungsänderungen unbeschadet der meldepolizeilichen Bestimmungen binnen einer Woche zu melden. Die Meldungen sind bei der im § 4 Abs. 1 bezeichneten Stelle vorzunehmen.

§ 6. (1) Die Ausübung der Prostitution in der Wohnung der Prostituierten ist verboten.

(2) Das Anwerben von Männern und die Ausübung der Prostitution haben so unauffällig wie möglich zu erfolgen. Das Anwerben und das Verweilen zum Zweck des Anwerbens von Männern vor Schulen, Kirchen, öffentlichen Gebäuden, Kasernen, Gastgewerbebetrieben jeglicher Art sowie in und vor Bahnhöfen ist verboten. Das Beisammenstehen von mehr als zwei Prostituierten ist verboten.

§ 7. (1) Die Behörde kann nach Entgegennahme der Anmeldung den betreffenden Personen für das Anwerben von Männern zeitliche und örtliche Beschränkungen (Verbote und Gebote) vorschreiben, welche aus öffentlichen Rücksichten notwendig erscheinen. Die Beschränkungen sind so festzusetzen, daß die Wahrnehmbarkeit der Prostitution durch die Öffentlichkeit und die Belästigung derselben unter Bedachtnahme auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse ein zumutbares Ausmaß nicht übersteigen.

(2) Zur Abwehr oder Beseitigung störender Mißstände können die gemäß Abs. 1 getroffenen Anordnungen jederzeit geändert werden.

§ 8. Alle von der Behörde entgegengenommenen Meldungen sind von dieser dem Magistrat der Stadt Wien – Gesundheitsamt bekanntzugeben.

§ 9. (1) Eine Verwaltungsübertretung begeht

1. eine minderjährige oder verheiratete Frau, wenn sie entgegen dem Verbot des § 3 Prostitution ausübt;
2. eine Frau, die Prostitution ausübt,
   a) ohne vorherige Meldung gemäß § 4 Abs. 1 erstattet zu haben,
   b) obwohl die Entgegennahme ihrer Meldung gemäß § 4 Abs. 2 verweigert worden ist,
   c) obwohl ihr die Ausübung der Prostitution gemäß § 4 Abs. 3 untersagt worden ist;
3. wer die im § 5 bezeichneten Meldungen nicht oder nicht rechtzeitig erstattet;
4. wer den im § 6 enthaltenen Geboten und Verboten zuwiderhandelt;
5. wer die gemäß § 7 verfügten Beschränkungen nicht beachtet.

(2) In den Fällen des Abs. 1 Z. 1, 2, 4 und 5 ist auch der Versuch strafbar.

(3) Die Verwaltungsübertretungen werden vom Magistrat als Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 3000 S oder Arreststrafe bis zu drei Wochen geahndet.

(4) Für die Dauer der Geltung landesgesetzlicher Bestimmungen, womit die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz wegen Übertretung ortspolizeilicher Verordnungen im Rahmen der Sittlichkeitspolizei der Bundespolizeidirektion Wien übertragen wird, obliegt dieser die Ahndung der in den Abs. 1 und 2 bezeichneten Verwaltungsübertretungen in erster Instanz.

§ 10. Diese Verordnung findet auf Handlungen oder Unterlassungen keine Anwendung, die den Tatbestand einer bundes- oder landesgesetzlichen Regelung oder einer hierauf gestützten Verordnung bilden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich einschlägiger strafgesetzlicher Bestimmungen, der Bestimmungen des Art. VIII EGVG 1950 und der sonstigen Polizeibefugnisse. Die Bestrafung wegen Übertretung der Verordnung vom 9. Mai 1974, BGBl. Nr. 314, gemäß § 12 Abs. 2 des Geschlechtskrankheitengesetzes, StGBl. Nr. 152/1945, schließt jedoch eine Bestrafung nach den Bestimmungen dieser Verordnung nicht aus.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit 12. Mai 1975 in Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 4. Dezember 1975, MA 22-671/75, betreffend das Verbot bzw. die Einschränkung der Verwendung von Auftausalzen zur Vermeidung bzw. Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 51, in der Fassung der Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 15. Dezember 1978, MA 22-109/78, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52

Auf Grund des § 76 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien wird verordnet:

§ 1. Auftausalze zur Vermeidung bzw. Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte dürfen auf den für den öffentlichen Fahrzeugverkehr bestimmten Verkehrsflächen, auf Stiegenanlagen im Zuge von dem öffentlichen und privaten Verkehr dienenden Gehsteigen und Gehwegen, Eisenbahnanlagen und Haltestellenbereichen öffentlicher Verkehrsmittel nur bis zum Ausmaß von 15 g pro Quadratmeter zu bestreuender Fläche und Streueinsatz verwendet werden.

§ 2. Auf allen übrigen öffentlichen und privaten Verkehrsflächen (Gehsteigen, Zufahrten, Abstellplätzen u. dgl.) dürfen Auftausalze nicht verwendet werden.

§ 3. (1) Vom Verbot des § 2 kann der Magistrat auf Antrag mit Bescheid Ausnahmen gewähren, wenn die Verwendung von Auftausalzen im Interesse der Sicherheit von Personen oder Sachen dringend geboten ist.

(2) Genehmigungen nach Abs. 1 sind nur im unbedingt notwendigen Ausmaß, erforderlichenfalls bedingt, befristet, mit Auflagen oder auf bestimmte Verkehrsflächen eingeschränkt zu erteilen.

(3) Genehmigungen nach Abs. 1 sind zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie gewährt wurden, weggefallen sind.

(4) Das Verbot des § 2 kann der Magistrat für die Dauer von höchstens drei Tagen aufheben, wenn die Bekämpfung von Glatteis mit herkömmlichen Streumitteln dadurch wirkungslos wird, daß diese Streumittel durch die das Glatteis bildenden Niederschläge in kurzer Zeit mit einer Eisschicht überzogen werden und dies in weiten Teilen des Wiener Stadtgebietes auftritt. Die Aufhebung des Verbotes ist im Österreichischen Rundfunk bekanntzugeben. *(Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52/78)*

§ 4. Übertretungen der Bestimmungen des § 1 und des § 2 sind mit einer Geldstrafe bis zu 3000 S zu bestrafen.

§ 5. Bis 31. März 1976 dürfen den zur Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte auf den im § 2 bezeichneten Verkehrsflächen verwendeten Streumitteln Auftausalze beigemengt werden, jedoch nur bis zu einem maximalen Mischungsverhältnis von zehn Gewichtsteilen Streumittel zu einem Gewichtsteil Auftausalz.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1976 in Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 10. Dezember 1975, MA 62-I/336/75, betreffend die Reinhaltung von Verkehrsflächen und Privatgrundstücken, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52

Auf Grund des § 76 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, wird verordnet:

Reinhaltung von Verkehrsflächen

§ 1. (1) Das Verunreinigen der Straßen und Plätze, Gehwege, Gräben, Flußufer, Brücken und öffentlichen Anlagen durch Schutt, Erde und Aushubmaterial, Hauskehricht und sonstige Abfälle aller Art, durch Ausgießen von Flüssigkeiten, durch faulende oder fäulniserregende Substanzen sowie durch Stalljauche oder Unrat ist verboten.

(2) Vom Verbot des Abs. 1 ist das Hinauskehren des Waschwassers auf den Gehsteig beim Reinigen von Hausfluren oder von sonstigen ebenerdigen Räumlichkeiten ausgenommen, wenn dies auf andere Weise nicht bewerkstelligt werden kann; hiebei ist auf die Passanten Rücksicht zu nehmen und das Wasser vom Gehsteig unverzüglich wieder abzukehren und das Rinnsal zu reinigen.

§ 2. Das Wegwerfen von Papier (Zeitungsblättern, Ankündigungszetteln, Fahrscheinen, Papierabfällen u. dgl.) auf öffentlichen Verkehrsflächen und allgemein zugänglichen Grundstücken ist verboten.

§ 3. Das Klopfen von Teppichen auf öffentlichen Verkehrsflächen und das Ausstauben von Gegenständen jeder Art auf öffentliche Verkehrsflächen ist verboten.

§ 4. Es ist untersagt, in die öffentlichen Abfallsammelkörbe andere als im Freien anfallende kleinere Abfälle, wie Papier und Speiserückstände, zu legen.

Reinhaltung von Privatgrundstücken

§ 5. Das Verunreinigen von Privatgrundstücken durch Abfälle aller Art ist verboten. Als Verunreinigung gilt das Wegwerfen und Ausgießen sowie jegliche Ablagerung von Abfällen, wie insbesondere Schutt, Aushubmaterial, altem Hausrat, Gerümpel, Fahrzeug-, Maschinen- und Gerätewracks oder Teilen davon, alten Reifen, Haus- und Hofkehricht, kalter Asche und Schlacke, Ruß, Speisen oder Speiserückständen, Lumpen, Scherben, Knochen, Metallen, Blechdosen, Altpapier sowie hauswirtschaftlichen, pflanzlichen und betrieblichen Abfallprodukten und sonstigen Gegenständen, derer sich der Inhaber nach den Umständen des Falles offenbar entledigen wollte.

§ 6. Verunreinigungen im Sinne des § 5 hat der Grundeigentümer oder dessen Stellvertreter, im Fall einer Bestandgabe oder Überlassung zur Nutzung jedoch der Bestandnehmer oder Nutzungsberechtigte, ohne unnötigen Aufschub, jedenfalls binnen eines Monats nach Kenntnis der Verunreinigung, zu beseitigen, auch wenn er an dieser nicht mitgewirkt hat.

§ 7. Kommt der gemäß § 6 zur Beseitigung einer Verunreinigung Verpflichtete dieser Obliegenheit nicht nach, so hat ihm der Magistrat – unbeschadet zivilrechtlicher Ersatzansprüche und der verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortlichkeit – mit Bescheid die Entfernung der Abfälle innerhalb einer nach den Umständen des Falles zu bemessenden Frist aufzutragen. Kann der zur Beseitigung der Verunreinigung Verpflichtete nicht festgestellt werden, so ist dieser Auftrag dem Grundeigentümer bzw. dessen Stellvertreter zu erteilen.

Abgrenzungs-, Straf- und Schlußbestimmungen

§ 8. (1) Die Bestimmungen dieser Verordnung sind nicht anwendbar auf:

1. die mangelnde Reinhaltung des Gebäudeinneren, der Innenhöfe und der Einrichtungen zur Tierhaltung sowie die Verwendung von Senk- und Düngergruben;
2. das Ablagern von produktionsbedingten Abfällen aus Landwirtschafts- und Gärtnereibetrieben sowie von pflanzlichen Abfällen in hiefür vorgesehenen Düngergruben oder zum Zweck der Kompostierung oder Weiterverwendung;
3. Ablagerungen, die auf Grund anderer Rechtsvorschriften zulässig oder genehmigt sind;
4. Handlungen oder Unterlassungen, die nach der Magistratskundmachung vom 28. August 1951, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 76, in der Fassung der Kundmachung vom 19. September 1967, Amtsblatt „Stadt Wien" Nr. 78, betreffend den Schutz der Gartenanlagen im Gebiet der Stadt Wien, verboten sind.

(2) Die Verbote des § 1 bis § 5 dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Handlungen oder Unterlassungen, die schon nach einer bundes- oder landesgesetzlichen Regelung geboten oder verboten sind.

(3) Der § 6 und der § 7 dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Verunreinigungen, deren Beseitigung auf Grund anderer Rechtsvorschriften angeordnet werden kann.

§ 9. Übertretungen der Bestimmungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arrest bis zu drei Wochen geahndet.

§ 10. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Kundmachung des Magistrats vom 3. Juni 1966, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47/1966, betreffend die Reinhaltung von Verkehrsflächen und Privatgrundstücken außer Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 10. Dezember 1975, MA 16-850/75, betreffend die Reinhaltung von Gebäuden, Innenhöfen und Einrichtungen zur Tierhaltung sowie die Verwendung von Senk- und Düngergruben, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52

Auf Grund des § 76 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, wird verordnet:

§ 1. (1) Die Eigentümer von Gebäuden oder deren Stellvertreter (Gebäudeverwalter), im Fall einer Bestandgabe oder Überlassung zur Nutzung jedoch die Bestandnehmer oder Nutzungsberechtigten, haben für die möglichste Reinhaltung des Gebäudeinneren einschließlich der darin befindlichen Bestandsobjekte (Wohnungen, Betriebsstätten, Lagerräume usw.) sowie die sanitären Anlagen (Aborte usw.) und der Innenhöfe Sorge zu tragen und überhaupt alles zu vermeiden, wodurch gesundheitliche Gefährdungen auftreten können oder die Nachbarschaft übermäßig belästigt werden könnte.

(2) Im Fall der Vermietung von Räumen geht die Haftung nur dann auf den Mieter über, wenn der Vermieter (dessen Stellvertreter) nicht zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung eines der Verpflichtung des Abs. 1 widersprechenden Zustandes beigetragen hat. Dies gilt auch im Fall einer anderweitigen Überlassung von Räumen zur Nutzung.

§ 2. Einrichtungen zur Tierhaltung (Stallungen usw.) sind in einem solchen Zustand zu halten, daß keine

gesundheitlichen Übelstände entstehen, das Einnisten von Ratten, Mäusen und Ungeziefer nicht begünstigt und die Nachbarschaft nicht übermäßig belästigt wird. Bereits verwendete, übelriechende Stallstreu darf im Freien nicht ausgebreitet und getrocknet werden. Gesammelter Unrat ist rechtzeitig zu beseitigen. Für die Haftung gelten die Bestimmungen des § 1 Abs. 1.

§ 3. Senk- und Düngergruben dürfen nicht überfüllt werden, ihre Räumung ist nach Bedarf in den Morgenstunden, und zwar in den Monaten April bis September bis 9 Uhr, in den Monaten Oktober bis März bis 10 Uhr vormittags, vorzunehmen. Nach beendeter Räumung ist die Umgebung der Grube unverzüglich zu reinigen. Nach jeder Öffnung sind Senk- und Düngergruben wieder ordnungsgemäß mit dem Deckel zu verschließen. Für die Haftung gelten die Bestimmungen des § 1 Abs. 1.

§ 4. Entsteht in Wohnungen oder sonstigen Unterkünften durch mangelnde Reinhaltung, durch das Ausmaß der Benützung oder durch ein nachteiliges Verhalten der Bewohner ein die Sicherheit oder Gesundheit von Menschen gefährdender Übelstand oder eine unzumutbare Belästigung der Nachbarschaft, so hat der Magistrat unbeschadet einer Bestrafung dem Hauseigentümer, dessen Stellvertreter und im Fall der Vermietung auch dem Mieter oder im Fall einer anderweitigen Überlassung auch dem in Betracht kommenden Bewohner mit Bescheid auf deren Kosten die zur Beseitigung des Übelstandes erforderlichen Aufträge zu erteilen und für deren Erfüllung eine nach Dringlichkeit des einzelnen Falles zu bestimmende Frist festzusetzen. Dies gilt sinngemäß auch für das sonstige Gebäudeinnere (Betriebsstätten, Lagerräume usw.), die sanitären Anlagen (Aborte usw.), die Innenhöfe, für die Einrichtungen zur Tierhaltung und Senk- und Düngergruben.

§ 5. Wird den nach § 4 erteilten Aufträgen nicht entsprochen, so hat der Magistrat mit Bescheid die weitere Benützung der in Betracht kommenden Wohnungen oder sonstigen Unterkünfte, des sonstigen Gebäudeinneren (Betriebsstätten, Lagerräume usw.), der sanitären Anlagen (Aborte usw.), der Innenhöfe, der Einrichtungen zur Tierhaltung und der Senk- und Düngergruben im erforderlichen Umfang zu untersagen und nötigenfalls auch die Räumung anzuordnen.

§ 6. Besteht infolge eines Übelstandes eine die Sicherheit oder Gesundheit von Menschen unmittelbar bedrohende Gefahr, so kann der Magistrat auch ohne vorherige Erteilung von Aufträgen gemäß § 4 die im § 5 vorgesehenen Maßnahmen anordnen.

§ 7. (1) Die Gebote oder Verbote dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Handlungen und Unterlassungen, die schon nach einer bundes- oder landesgesetzlichen Regelung geboten oder verboten sind.

(2) Die im § 4 bis § 6 dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen finden keine Anwendung, wenn in anderen Rechtsvorschriften entsprechende Maßnahmen bereits vorgesehen sind.

§ 8. Übertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arrest bis zu drei Wochen bestraft.

§ 9. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Kundmachung des Wiener Magistrats vom 26. April 1930, M.Abt. 13-3745/1930, betreffend die Reinhaltung von Hausgrundstücken, Bau- und Lagerplätzen, Düngergruben und Kanälen, verlautbart im Verordnungsblatt des Wiener Magistrats, V, S. 54, in der Fassung der Kundmachung vom 11. August 1964, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 67/1964, und der Kundmachung vom 30. Dezember 1974, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 5/1975, außer Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 8. Juni 1976, MA 62-I/155/76, betreffend das Verbot der Ausübung des Reitsports in der Lobau, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 27

Auf Grund des § 76 Z. 3 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, wird verordnet:

§ 1. Zur Vermeidung von Belästigungen und Gefährdungen von Erholungsuchenden ist im Gebiet der Lobau die Ausübung jeglichen Reitsports verboten. Unter Lobau ist der im angeschlossenen und eine Anlage zu dieser Verordnung bildende Plan dargestellte sowie im § 2 näher umschriebene Bereich des 22. Wiener Gemeindebezirkes zu verstehen[1]).

Anmerkung: [1]) Vom Abdruck des Planes wird aus Platzersparungsgründen abgesehen.

§ 2. Der Bereich der Lobau wird wie folgt umschrieben: Hubertusdamm (Marchfelddamm) von der Gemeindegrenze mit Groß-Enzersdorf bis zur Einmündung des Donau-Oder-Kanals – Ostufer dieses Kanals bis zum nördlichen Ölhafendamm – Dammkrone bis zur Einfriedung des Zentraltanklagers – diese Einfriedung in zuerst nördlicher, dann nordwestlicher und schließlich kurz südlicher Richtung bis zum Schleppgleis – Bahnanlage Richtung Frachtenbahnhof Lobau, nach dem Bahnhof nördlich abzweigendes Schleppgleis bis zur rechts neben der Bahnanlage errichteten Trafo-Station – Trafo-Station, Verlauf der Freileitung bis zur Abzweigung – rechte Freileitung bis zum Kreuzungspunkt mit dem Weg zum ehemaligen Körberbrückl – dieser Weg bis zum Parkplatz – rechter Rand des Parkplatzes und des restlichen Wegstücks zum ehemaligen Körberbrückl am Tischwasser – Südufer von Tischwasser, Mühlwasser, Oberleitner Wasser und Groß-Enzersdorfer Arm bis zur Gemeindegrenze – Gemeindegrenze in zunächst südlicher Richtung bis zum Hubertusdamm (Marchfelddamm).

§ 3. (1) Diese Verordnung erstreckt sich nicht auf Straßen mit öffentlichem Verkehr, welche in das Gebiet der Lobau hineinreichen.

(2) Die Verordnung findet keine Anwendung auf strafbare Handlungen, die als Verwaltungsübertretungen nach den Bestimmungen des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440, und des Wiener Feldschutzgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 38/1969, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 44/1974, zu ahnden sind.

§ 4. Übertretungen des im § 1 enthaltenen Verbots werden vom Magistrat mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arreststrafen bis zu drei Wochen bestraft.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit 1. August 1976 in Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 4. April 1977, MA 62-I/115/76, betreffend die Ausübung des Reitsportes in Wien 2, Prater, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 18

Auf Grund des § 76 Z. 3 und des § 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, wird verordnet:

§ 1. Die Ausübung des Reitsportes in den allgemein zugänglichen Gebieten des Praters ist außerhalb von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Sinne der Straßenverkehrsordnung 1960 nur auf den beschilderten Reit- und

Zureitwegen gestattet. Zureitwege dürfen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß benützt werden, wobei jedoch das Galoppieren verboten ist.

§ 2. Die Reiter haben bei Ausübung des Reitsportes jede Gefährdung oder Belästigung der Fußgänger zu vermeiden. Bei Begegnung mit Fußgängern haben die Reiter entweder in ausreichend sicherer Entfernung vorbeizureiten oder erforderlichenfalls die Gangart des Pferdes so zu zügeln, daß ein unbehindertes Ausweichen oder Vorbeibewegen möglich ist.

§ 3. Die beschilderten Reit- und Zureitwege dürfen von Fußgängern nur an übersichtlichen Stellen überquert werden. Im übrigen ist das Betreten und das Befahren mit Fahrzeugen aller Art verboten.

§ 4. (1) Die Ausübung des Reitsportes in den allgemein zugänglichen Gebieten des Praters ist nur mit Pferden gestattet, welche beiderseits am Kopfgestell eine von der Behörde zugewiesene Nummer tragen. Die Nummer besteht aus höchstens drei arabischen Ziffern in schwarzer Farbe, welche eine Höhe von mindestens sieben Zentimeter und eine Strichdicke von sieben Millimeter aufweisen müssen. Sie sind auf weißem Grund anzubringen, der die Form eines Kreises von mindestens zehn Zentimeter Durchmesser hat. Die Nummerntafeln müssen aus wetterbeständigem Material gefertigt sein. Bei Bedarf können von der Behörde auch andere voneinander gut unterscheidbare Farben bestimmt werden.

(2) Die Nummern werden vom Magistrat (Magistratisches Bezirksamt für den 2. Bezirk) an Pferdehalter über deren Ansuchen entsprechend der Zahl ihrer Reitpferde zugewiesen. Im Interesse der Raschheit, Einfachheit und Zweckmäßigkeit kann mit der Ausfolgung der Nummern auch der Landesfachverband für Reiten und Fahren in Wien, 1, Seilerstätte 13, betraut werden. Nicht mehr benötigte Nummern sind bei der Behörde abzumelden.

§ 5. (1) Die Behörde und, sofern dieser mit der Ausfolgung der Nummern betraut wurde, auch der Landesfachverband für Reiten und Fahren in Wien haben über die Zuweisung der Nummern Aufzeichnungen zu führen, welche zumindest die Namen und Adressen der Pferdehalter, die zugewiesenen Nummern und deren Farbe enthalten.

(2) Die Pferdehalter, denen Nummern zugewiesen wurden, haben für die Führung von Aufzeichnungen zu sorgen, aus denen lückenlos hervorgeht, von wem und während welcher Zeit die zugewiesenen Nummern zum Reiten verwendet wurden. Die Aufzeichnungen müssen zumindest Vor- und Zuname sowie Anschrift des Reiters, bei minderjährigen Personen auch des gesetzlichen Vertreters, und die Zeit der Verwendung enthalten. Die Aufzeichnungen sind vollständig und wahrheitsgemäß zu führen. Der Behörde ist jederzeit Einschau in die Aufzeichnungen zu gewähren und es sind allenfalls erforderliche Auskünfte zu erteilen.

§ 6. (1) Jeder Reiter hat bei Ausübung des Reitsportes in den allgemein zugänglichen Gebieten des Praters über Verlangen von behördlichen Organen mittels eines amtlichen Lichtbildausweises seine Identität nachzuweisen.

(2) Die Behörde hat Personen, die ein rechtliches Interesse glaubhaft machen, über deren schriftliches Verlangen die Person des Reiters bekanntzugeben, dessen Pferd eine bestimmte Nummer getragen hat.

§ 7. Übertretungen der in den §§ 1 bis 6 enthaltenen Gebote und Verbote werden vom Magistrat mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arreststrafen bis zu drei Wochen geahndet.

§ 8. Diese Kundmachung findet auf Handlungen oder Unterlassungen keine Anwendung, die den Tatbestand einer bundes- oder landesgesetzlichen Regelung bilden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Straßenverkehrsordnung 1960 und der Bestimmungen des Forstgesetzes 1975. Ebenso bleibt die Magistratskundmachung vom 28. August 1951, betreffend Schutz der Gartenanlagen einschließlich der gärtnerisch ausgestalteten Flächen des Praters im Gebiet der Stadt Wien, Zl. M.Abt. 70-III/3/51, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 76, in der jeweils geltenden Fassung unberührt.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1977 in Kraft.

Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 2. Jänner 1979, Zl. MA 64-2308/78, betreffend die Sicherung der Gas- und Elektrizitätsversorgung auf Liegenschaften, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 2

Auf Grund der §§ 76 und 108 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, der Kundmachung LGBl. für Wien Nr. 11/1976 und der Gesetze LGBl. für Wien Nr. 33/1976, 19/1977 und 12/1978 wird verordnet:

§ 1. (1) Der Eigentümer (jeder Miteigentümer) oder Bauberechtigte einer Liegenschaft hat dafür zu sorgen, daß die Gas- und Elektrizitätsversorgung für Gebäude und bauliche Anlagen auf derselben für alle Wohn- und Betriebseinheiten in gutem, den gesetzlichen Vorschriften und den Erfahrungen der technischen Wissenschaften entsprechendem Zustand hergestellt und erhalten wird. Er hat sich laufend vom guten Zustand der Anlagen und Einrichtungen für die Gas- und Elektrizitätsversorgung seiner Liegenschaft zu überzeugen.

(2) Der Eigentümer (jeder Miteigentümer), Bauberechtigte und Nutzungsberechtigte (wie Mieter, Pächter, Mitbewohner, Untermieter) von Wohn- und Betriebseinheiten hat den Vertretern des Magistrats zur Ermöglichung der Aufsicht über den Erhaltungszustand und der Überwachung der genauen Einhaltung der den Eigentümern (Miteigentümern) oder Bauberechtigten obliegenden Verpflichtungen den Zutritt zu allen Teilen eines bestehenden Gebäudes oder einer baulichen Anlage zu jeder Tageszeit, bei Gefahr auch zur Nachtzeit, zu gestatten und ist verpflichtet, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 2. Der Magistrat kann den Eigentümer (Miteigentümer) oder Bauberechtigten verhalten, die mangelhaften Anlagen oder Einrichtungen für die Gas- oder Elektrizitätsversorgung in guten, den gesetzlichen Vorschriften und den Erfahrungen der technischen Wissenschaften entsprechenden Zustand zu versetzen, wenn die Versorgung der Wohn- oder Betriebseinheiten mit Gas oder Elektrizität bereits unterbrochen ist oder die Mängel als so schwerwiegend angesehen werden, daß die weitere Versorgung im Hinblick auf die Gefahrensituation nicht mehr vertretbar erscheint.

§ 3. Die Verpflichtung nach § 1 Absatz 1 besteht so lange, als Wohn- oder Betriebseinheiten Nutzungsberechtigten noch zum regelmäßigen Gebrauch dienen.

§ 4. Die Wirksamkeit sämtlicher auf Grund dieser Verordnung erlassener Bescheide wird durch einen Wechsel in der Person des Eigentümers (Miteigentümers) nicht berührt. Die Verpflichtungen nach dieser Verordnung treffen jeden Eigentümer (Miteigentümer) oder Bauberechtigten, unabhängig davon, wann und von wem diese Zustände hervorgerufen worden sind.

§ 5. Übertretungen der Verpflichtungen dieser Verordnung werden, unbeschadet der Herstellung des geforderten Zustandes im Wege der Zwangsvollstreckung, mit Geldstrafen bis zu 3000 S oder Arrest bis zu drei Wochen geahndet.

Buchbinderei

Gerald Frauenberger

7201 Neudörfl/Leitha
Pöttschinger Straße 19
Telefon: 0 26 22/57 50

EUROPAPIER
vereinigt mit Roeder-Haimburger
Handelsges. m. b. H. & Co. KG
Die österreichische Papiergroßhandlung
von europäischem Format
WIR LIEFERN FÜR JEDEN DAS GEEIGNETSTE PAPIER
Zentrale: 1215 WIEN, Autokaderstraße 88
Postfach 18, Telex 07-4137, Tel. (0 222) 38 75 11
Zweigstelle: 8021 GRAZ, Lastenstraße 37
Postfach 1043, Telex 03-1732, Tel. (0 31 22) 91 47 31–33
Zweigstelle: 6040 INNSBRUCK, Haller Straße 212
Postfach 939, Telex 05-3597, Telefon (0 52 22) 61 3 55
Zweigstelle: 5020 Salzburg, Karolingerstraße 3A
Telex 63071, Telefon (0 62 22) 44 6 33–35
Annahmestelle: 4020 LINZ, Hafferlstraße 7/6
Tel. (0 732) 78 8 75

Seit 1870

PAUL GERIN

BUCH- UND OFFSETDRUCK

Wissenschaftliche Werke deutsch u. fremdsprachig, Kataloge, Zeitschriften, Fahrscheine, Lose, Wertpapiere, Drucksachen für Industrie und Gewerbe

1021 WIEN, ZIRKUSGASSE 13

Fernsprecher 24 85 45

BUCH- UND OFFSETDRUCKEREI

Karl Werner

Bücher
Zeitschriften
Zeitungen
Ein- und Mehrfarbendrucke

1071 Wien VII, Bandgasse 34
Telefon 93 36 63 Serie
1070 Wien VII, Lerchenfelder Straße 37
Telefon 93 81 75, 93 81 76



Foto: Gerlach

Wohnhausanlage Wien, 16.,
Wernhardtstraße

universale

„UNIVERSALE"
HOCH- UND TIEFBAU AG

1010 Wien, Renngasse 6
Telefon (0 22 2) 63 06 61

Mitglied der Vereinigung
Industrieller Bauunternehmungen
Österreichs

BAU

Wiener Internationale Messe

Messegelände, Wien 2

Wiener Frühjahrsmesse

Wiener Herbstmesse

**Ideen, Produkte, Informationen, Problemlösungen –
in dieser Vielfalt und Konzentration nur in WIEN**



Auskünfte und Messeausweise:
Wiener Messe-Aktiengesellschaft
A-1071 Wien 7, Messeplatz 1, Postfach 124
Telefon: (0 22 2) 93 15 24-0, Telex: 01-3491

Oberösterreichisches
Tagblatt
für die
ganze Familie

DER AMTSSCHIMMEL HILFT!

RAT UND AUSKUNFT

	Seite
Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien	II/69
Bürgerdienst der Stadt Wien	II/70
Eingaben bei Behörden	II/70
Bauwesen	II/72
Bestattungs- und Friedhofswesen	II/79
Bildung und außerschulische Jugendbetreuung	II/83
Dampfkesselüberwachung	II/86
Feuerwehr und Katastrophenschutz Wien	II/86
Förderungsaktionen der Stadt Wien	II/89
Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Jagd und Fischerei, Naturschutz	II/92
Öffentliches Gartenwesen und amtlicher Pflanzenschutzdienst	II/96
Gemeindevermittlungsämter	II/96
Gesundheitswesen	II/97
Gewerbewesen	II/103
Glücksspielbewilligungen	II/107
Grundstücksangelegenheiten	II/107
Kanalisation	II/108
Kraftfahrwesen und Straßenverkehr	II/109
Kulturamt	II/111
Lebensmittel- und Marktwesen	II/112
Lehrlinge	II/115
Liegenschaftserwerb durch Ausländer	II/115
Museen der Stadt Wien	II/116
Musterschutz	II/117
Opferfürsorge	II/118
Präsenzdiener und Zivildienstleistende	II/119
Reitsport im Prater	II/119
Schiffahrt	II/119
Schulwesen	II/120
Sozialhilfe für Jugend, Familie und Alter	II/125
Sozialversicherung	II/134
Sportförderung der Stadt Wien	II/139
Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten	II/141
Städtische Bäder	II/146
Städtische Unternehmungen	
E-Werke	II/151
Gaswerke	II/158
Verkehrsbetriebe	II/160
Statistisches Amt der Stadt Wien	II/175
Steuern, Abgaben und Gebühren	II/176
Straßenreinigung, Müll-(Hauskehricht-)Abfuhr und Fuhrpark	II/188
Straßenverwaltung und Straßenbeleuchtung	II/190
Veranstaltungswesen	II/191
Veterinärwesen	II/193
Wählerevidenz	II/198
Wasserrecht	II/198
Wasserversorgung	II/199
Wiener Stadt- und Landesarchiv	II/202
Wiener Stadt- und Landesbibliothek	II/203
Wirtschaftsförderung durch Institutionen	II/204
Wohnungswesen	II/205

DER AMTSSCHIMMEL HILFT!

In diesem Abschnitt zeigt sich der Amtsschimmel nur von seiner guten Seite. Er galoppiert nicht, er bockt nicht, er ist nicht eigensinnig, hier will er nichts anderes als helfen, raten und führen. Zugleich will er zeigen, daß er besser ist als sein Ruf.

In den vielen Lebenslagen, die den Menschen von heute nötigen, ein Amt, eine Behörde aufzusuchen, bietet er seine hilfreiche Hand, um überflüssige Wege zu ersparen und sofort den richtigen Weg zu finden. Er gibt Anleitung, welche Unterlagen zu beschaffen oder mitzubringen sind, er gibt Aufklärung über die Leistungen der Gemeinde Wien auf den verschiedensten Gebieten.

Der Amtsschimmel ist auch nicht böse darüber, wenn ein eifriger Leser dieses Handbuches Druckfehler und andere Ungereimtheiten feststellt, denn davor ist auch der Amtsschimmel nicht gefeit. Es macht ihm nichts aus, wenn ihm Vorschläge für eine bessere Gestaltung dieses Buches gemacht werden. Auch der Amtsschimmel kann noch lernen! Die Leser werden daher ersucht, Anregungen und Vorschläge zur Gestaltung dieses Buches an die Redaktion des Handbuches der Stadt Wien, Büro des Magistratsdirektors, Rathaus, 1082 Wien, zu senden.

Hier ist der Amtsschimmel nicht das vielgelästerte ungebärdige Vieh, als das er dem einzelnen bisweilen entgegentritt und für das er dann verallgemeinernd gehalten wird, hier gibt er sich, wie er wirklich und normalerweise ist, wie er zehntausendfach täglich und stündlich in treuer Pflichterfüllung seinen Dienst versieht, als Diener am Menschen, als Diener am gemeinsamen Werk. Möge dieser Abschnitt seine Mission erfüllen: den Rat- und Hilfesuchenden nützen! Dann wiehert befriedigt

der Amtsschimmel

PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

(MA 53)

Der Presse- und Informationsdienst (MA 53) hat nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien den Verkehr und die Vermittlung des Verkehrs mit Vertretern der Publikationseinrichtungen wahrzunehmen.

Dazu gehören u. a.:

Herstellung von Druckwerken für die Öffentlichkeit

Herstellung und Verleih von Filmen, Tonbildschauen und anderen audiovisuellen Produkten

Durchführung von Rundfahrten und Führungen zur Information der Wiener Bevölkerung und der Besucher Wiens

Herausgabe der „Rathaus-Korrespondenz", des „Amtsblattes der Stadt Wien", des „Landesgesetzblattes für Wien", des „Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers", der Zeitschrift „wien aktuell" sowie sonstiger Zeitschriften

Durchführung von Informationsausstellungen

Die täglich erscheinende „Rathaus-Korrespondenz" versorgt die Massenmedien mit Nachrichten aus der Wiener Stadtverwaltung. Eine wöchentliche Zusammenfassung der Meldungen unter dem Titel „RK-intern" gibt einen stichwortartigen Überblick über die Ereignisse der Woche.

Zeitschrift „wien aktuell"

Die kommunale Monatszeitschrift „wien aktuell" erscheint seit 1975 im Vierfarbdruck. Sie bringt in erster Linie Berichte über Themen aus dem Bereich der Kommunalverwaltung, darüber hinaus aber auch über alle übrigen, allgemein interessanten Aspekte des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Bundeshauptstadt. Dazu kommen heimatkundliche, kulturgeschichtliche und lokalhistorische Berichte sowie vornehmlich auf Viennensia ausgerichtete Buch- und Zeitschriften-Rezensionen. Ein eigener Dokumentations- und Diskussionsteil umfaßt Berichte, Kommentare und Meinungen über kommunale und kommunalpolitische Themen aller Art. Die Redaktion ist unter Tel. 42 8 00*, 2972 und 2961, zu erreichen.

Als Sonderdruck von „wien aktuell" erschienen 1979 vier Postwürfe, darunter einmal die Zeitschrift „Wien – unsere Stadt", die allen Wiener Haushalten zugesandt wurden. Die Wandzeitung „wien aktuell" erscheint monatlich.

Amtsblatt der Stadt Wien

Das Amtsblatt der Stadt Wien wird wöchentlich herausgegeben. Darin werden alle amtlichen Verlautbarungen veröffentlicht, soweit sie den Bereich der Wiener Stadtverwaltung betreffen, und zwar im einzelnen: Landtag, Gemeinderat, Landesregierung, Stadtsenat, Gemeinderatsausschüsse (Sitzungsprotokolle), Ehrungen und Personelles, Vergabe von Arbeiten (Ausschreibungen), Kundmachungen der Stadt- und Landesplanung (Auflegungen, Bausperren, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne usw.), Gewerbeanmeldungen, Konzessionsverleihungen, Bauansuchen, Standesamtliche Aufgebote. Die Redaktion ist unter Tel. 42 8 00*, 2973, zu erreichen.

Prospekte und Broschüren

Der Presse- und Informationsdienst hat in der letzten Zeit folgende Prospekte und Broschüren herausgegeben:

- Budget 1979
- Wien kurzgefaßt (9. Auflage)
- Wien in Zahlen (Stand: August 1979)
- Die Stadt Wien hilft – Ein Ratgeber für jedermann (8. Auflage)
- Franz Josefs-Kai
- Möchten Sie hier Urlaub machen (Neue Donau)
- Wiener U-Bahn „U 1" (Nestroy-Platz)
- Kleiner Ratgeber für Spitalspatienten (Neuauflage)
- Wien lädt ein . . . Rundfahrten „Modernes Wien"
- Wiener Kommunale Schriften:
  - Band 1: Stadtverfassung
  - Band 2: Gemeindewahlordnung
  - Band 3: Geschäftsordnung für den Magistrat/Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien
- Informationskarte für werdende Eltern
- Eine glückliche junge Frau – Krankenschwester in Wien (Neuauflage)
- Vorbeugen ist besser als heilen
- Damit Ihr Geld mehr wert ist – Tips für Konsumenten
- Praterstern

Rundfahrten „Modernes Wien"

Die von der MA 53 durchgeführten Rundfahrten „Modernes Wien" geben einen Überblick über die neuen Planungen und Bauvorhaben der Stadt Wien. Der Fahrplan ist im Rundfahrtenbüro in der Schmidt-Halle des Rathauses erhältlich und wird auf Wunsch gern zugesandt. Für Gruppen werden nach Möglichkeit auch fremdsprachenkundige Rundfahrtenführer beigestellt; die Routen können frei vereinbart werden. Anmeldungen schriftlich oder telefonisch unter 42 8 00*, 2950. Für Schulklassen u. ä. werden diese Fahrten im allgemeinen kostenlos durchgeführt.

BÜRGERDIENST DER STADT WIEN

Der Bürgerdienst ist eine Einrichtung der Wiener Stadtverwaltung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, alle Wünsche, Beschwerden, Anregungen und Fragen der Stadtbewohner unbürokratisch und auf möglichst raschem Wege weiterzuleiten bzw. zu behandeln. Die Hilfestellung des Bürgerdienstes beschränkt sich nicht auf Probleme, die die Stadtverwaltung betreffen, Rat und Hilfe werden vielmehr für alle Lebensbereiche angeboten. Die Arbeitsweise des Bürgerdienstes orientiert sich an den Bedürfnissen des Einzelfalles. Deshalb, und da manche Probleme erfahrungsgemäß an Ort und Stelle besser beurteilt werden können, werden von den Mitarbeitern auch Hausbesuche gemacht.

In jenen Fällen, die eine längere Bearbeitungszeit erfordern, werden die Rat- und Hilfesuchenden laufend über den Stand ihrer Angelegenheit informiert.

Bürgerdienstaußenstellen

Um bürgernäher und effizienter reagieren zu können und den Menschen in den Bezirken lange Anfahrtswege zu ersparen, wurden mehrere Bürgerdienstaußenstellen eingerichtet. Da es für sie keine Abgrenzung der örtlichen Zuständigkeit gibt, kann jeder Stadtbewohner selbst entscheiden, an welche Außenstelle er sich wenden will.

Derzeit gibt es folgende Außenstellen:
10, Laxenburger Straße 43–47, Tel. 64 42 41
11, Enkplatz 2, Tel. 74 52 34
13, Hietzinger Kai 1–3, Tel. 82 24 92
15, Gasgasse 8–10, Tel. 83 11 48
16, Richard Wagner-Platz 19, Tel. 92 53 77
18, Martinstraße 100, Tel. 34 13 39
21, Am Spitz 1, Tel. 38 34 92
22, Kagran, Schrödingerplatz 1, Tel. 23 85 65
23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2, Tel. 86 35 40

Die Öffnungszeiten sind Montag bis Mittwoch und Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr; an Donnerstagen ist bis 19 Uhr geöffnet, um auch dem Berufstätigen die Möglichkeit zu geben, seine Bürgerdienststelle aufsuchen zu können.

Stadtinformation

Eine bereits bewährte Einrichtung rundet das Angebot des Bürgerdienstes ab. Die Stadtinformation (Rathaus, Eingang Friedrich Schmidt-Platz) steht ebenso wie die Bürgerdienstaußenstellen für alle Wünsche, Beschwerden, Anregungen und Fragen zur Verfügung. Persönliche Vorsprachen sind Montag bis Mittwoch und Freitag von 7.30 bis 18 Uhr, Donnerstag von 7.30 bis 19 Uhr möglich.

Telefonisch ist die Stadtinformation unter der Nummer 43 89 89 Tag und Nacht erreichbar. Außerhalb der Dienststunden nimmt ein Tonband die Anrufe auf.

Sofortmaßnahmen

Bei besonders schwerwiegenden Mißständen, die einer raschen Behebung bedürfen, besteht auch die Möglichkeit, das Referat für Sofortmaßnahmen innerhalb der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision einzuschalten. Dieses Referat ist über die Rufnummer der Stadtinformation (43 89 89) zu erreichen.

EINGABEN BEI BEHÖRDEN

Die Kanzleiordnung regelt die Abwicklung der Kanzleigeschäfte in den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien. Sie enthält auch Vorschriften, deren Kenntnis für einen Antragsteller von Vorteil ist, weil dadurch Ärger vermieden sowie Geld und Zeit erspart werden können.

Wo kann ein Ansuchen eingebracht werden?

Ansuchen können mit der Post übermittelt oder in der betreffenden Dienststelle abgegeben werden. Wenn man nicht weiß, welche Dienststelle des Wiener Magistrats für die Erledigung des Ansuchens zuständig ist, wird darüber die Magistratsdirektion mündlich oder telefonisch Auskunft geben. An den Magistrat der Stadt Wien gerichtete Schriftstücke ohne nähere Bezeichnung werden von der Magistratsdirektion an die nach der Geschäftseinteilung zuständige Dienststelle weitergeleitet.

Wann kann man ein Ansuchen einbringen?

Mündliche Anträge können während der für den Parteienverkehr vorgesehenen Zeiten, die bei den einzelnen Dienststellen unterschiedlich sind, gestellt werden. In der Regel sind die Vormittagsstunden dem Parteienverkehr vorbehalten. Schriftliche Eingaben können auch außerhalb des Parteienverkehrs innerhalb der Amtsstunden abgegeben werden. Bei Gefahr im Verzug werden Mitteilungen jederzeit entgegengenommen. In dringenden Fällen können Anträge auch telegrafisch oder mit Fernschreiben eingebracht werden.

Ist eine Eingabe mit Kosten verbunden?

Im allgemeinen sind für Ansuchen Gebühren zu entrichten, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Es ist daher zu empfehlen, die Höhe der Gebühren zu erfragen. Der Beamte wird die Partei einladen, die Stempelmarken beizubringen. Wenn dem Ersuchen zur Beibringung der Stempelmarken nicht nachgekommen wird, muß der Beamte eine Meldung an das Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern erstatten, das den Betrag in mindestens der doppelten Höhe vorschreibt.

Amtssprache

Da die Amtssprache deutsch ist, sind die Eingaben in dieser Sprache abzufassen. Bei fremdsprachigen Schriftstücken ist die Beibringung einer beglaubigten Übersetzung erforderlich. Eine Ausnahme bilden Urkunden in lateinischer Sprache, bei denen eine beglaubigte Übersetzung nicht notwendig ist.

Kann die Partei eine Eingangsbestätigung verlangen?

Die Behörde ist verpflichtet, auf Verlangen eine Bestätigung auszustellen, daß und wann bei ihr ein Schriftstück eingelangt ist. Dies kann bei der Einhaltung einer Frist wichtig sein.

Was geschieht mit Ansuchen, die bei einer unzuständigen Dienststelle einlangen?

Anträge, die an eine für die Erledigung einer Angelegenheit nicht zuständige Dienststelle gerichtet sind, werden auf Gefahr des Einschreiters (Absenders) der zuständigen Stelle übermittelt und der Einschreiter von der Abtretung (Weiterleitung) der Eingabe verständigt.

Kann Akteneinsicht gewährt werden?

Bei Nachweis eines rechtlichen Interesses kann den Parteien vom Leiter der Dienststelle Akteneinsicht gewährt werden.

Was ist bei der Berechnung von Fristen nach den Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes zu beachten?

Bei der Berechnung einer Frist, die nach Tagen bestimmt ist, wird der Tag nicht mitgerechnet, in den der Zeitpunkt oder das Ereignis fällt, wonach sich der Anfang der Frist richten soll.

Nach Wochen, Monaten oder Jahren bestimmte Fristen enden mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monates oder Jahres, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tag entspricht, an dem die Frist begonnen hat. Fehlt dieser Tag in dem letzten Monat, so endet die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monates.

Der Beginn und Lauf einer Frist wird durch Sonn- oder Feiertage nicht behindert.

Der Ablauf einer Frist wird durch einen Samstag, Sonntag, gesetzlichen Feiertag oder durch den Karfreitag gehemmt. In diesem Fall endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.

Wie erfolgt die Zustellung einer schriftlichen Ausfertigung an die Partei?

Art der Zustellung

Die schriftlichen Ausfertigungen werden durch die Post oder durch Organe des Magistrats zugestellt.

Ort der Zustellung

Die Zustellung hat in der Wohnung, in der gewerblichen Betriebsstätte, im Geschäftsraum oder am Arbeitsplatz der Person, der zugestellt werden soll (Empfänger), und bei Anwälten und Notaren in deren Kanzlei zu erfolgen; eine außerhalb dieser Räume vorgenommene Zustellung ist nur gültig, wenn die Annahme des Schriftstückes nicht verweigert wurde.

In Ermangelung einer Wohnung (gewerbliche Betriebsstätte, Geschäftsraum, Arbeitsplatz) können Zustellungen vorgenommen werden, wo der Empfänger angetroffen wird.

Ersatzzustellung

Wird der Empfänger nicht angetroffen, so kann an jeden dem Zusteller bekannten erwachsenen Angestellten oder zur Familie gehörigen Hausgenossen des Empfängers zugestellt werden.

Werden auch solche Personen nicht angetroffen, so kann das zuzustellende Schriftstück dem in demselben Haus wohnenden Vermieter oder einer von diesem bestellten, ebenfalls dort wohnenden Aufsichtsperson eingehändigt werden, wenn diese Personen zur Annahme bereit sind.

Ist die Zustellung auf diesem Wege nicht möglich, so wird das zuzustellende Schriftstück, wenn die Zustellung durch die Post zu vollziehen war, bei dem zuständigen Postamt, in allen anderen Fällen aber bei der Bezirksvertretung hinterlegt. Diese Hinterlegung wird durch eine an der Tür der Wohnung (Kanzlei) oder an der Eingangstür der gewerblichen Betriebsstätte (Geschäftsraum) befestigte schriftliche Anzeige und nach Tunlichkeit auch durch mündliche Mitteilung an die Nachbarn bekanntgemacht.

Die vorschriftsmäßige Hinterlegung des zuzustellenden Schriftstückes hat die Wirkung der Zustellung. Die Beschädigung oder das Abreißen der Anzeige hat auf die Gültigkeit der Zustellung keinen Einfluß.

Wenn der Empfänger seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort nur vorübergehend verlassen hat und ihm das zuzustellende Schriftstück nicht rechtzeitig nachgesendet werden kann, so wird es der Behörde zurückgestellt.

Wird die Annahme eines Schriftstückes von einer Person, der gültig zugestellt werden kann, verweigert, so wird das Schriftstück am Zustellungsort zurückgelassen oder, falls dies nicht möglich ist, bei dem zuständigen Postamt oder bei der Bezirksvertretung hinterlegt. Die Zurücklassung oder Hinterlegung hat die Wirkung der Zustellung.

Zustellung zu eigenen Handen

Bei Schriftstücken von besonderer Wichtigkeit ist die vorhin erwähnte Ersatzzustellung nicht erlaubt. Diese Schriftstücke dürfen nur dem Empfänger ausgehändigt werden (Zustellung zu eigenen Handen).

Öffentliche Bekanntmachung

Zustellungen an Personen, deren Wohnung unbekannt ist, oder an Personen, die der Behörde nicht bekannt sind, können, wenn kein Vertreter bestellt ist, durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen und gelten, sofern in den Verwaltungsvorschriften nichts anderes bestimmt ist, als vollzogen, wenn seit dem Anschlag an der Amtstafel der Behörde zwei Wochen verstrichen sind.

Wohnungswechsel

Eine Partei, die während eines Verfahrens ihren Wohnsitz verlegt, hat dies in ihrem eigenen Interesse der Behörde mitzuteilen.

KOH-I-NOOR HARDTMUTH

1091 WIEN

Liechtensteinstraße 155, Tel. 34 13 81

K O H - I - N O O R - Bleistifte, Minen
M O N A L I S A - Wachskreiden
M O N A L I S A - Faserschreiber
M O N A L I S A - Farbstifte
M O N A L I S A - Pulverfarben
M O N A L I S A - Schulbleistifte

Österreichische Qualitätsprodukte

BAUWESEN

Wo kann gebaut werden?

Im Interesse eines geordneten Ausbaues der Stadt nach modernen städtebaulichen Gesichtspunkten werden vom Gemeinderat für die verschiedenen Teile des Stadtgebietes besondere Widmungen festgesetzt. Der Gemeinderat kann aber auch einzelne Gebiete als Schutzzonen erklären, das sind jene Gebiete, die wegen ihres örtlichen Stadtbildes in ihrem äußeren Erscheinungsbild erhaltungswürdige Gebiete als in sich geschlossenes Ganzes bilden. Diese Widmungen und Schutzzonen sind Inhalt des Flächenwidmungsplanes, der festlegt, welchen Verwendungen die im Gemeindegebiet gelegenen Liegenschaften zugeführt werden können. Die Bauordnung kennt folgende Widmungsarten der Grundstücke, welche Unterscheidung nach der Art der zugelassenen Nutzung getroffen wird:

A. Grünland:
- a) ländliche Gebiete;
- b) Erholungsgebiete, und zwar:
  1. Parkanlagen,
  2. Kleingartengebiete,
  3. Sport- und Spielplätze,
  4. Freibäder,
  5. Zeltplätze,
  6. Grundflächen für Badehütten und
  7. sonstige für die Volksgesundheit und Erholung der Bevölkerung notwendige Grundflächen;
- c) Schutzgebiete, und zwar:
  1. der Wald- und Wiesengürtel,
  2. Parkschutzgebiete;
- d) Friedhöfe.

B. Verkehrsbänder (Straßenzüge und Verkehrswege übergeordneter Bedeutung).

C. Bauland:
- a) Wohngebiete;
- b) Gartensiedlungsgebiete;
- c) gemischte Baugebiete;
- d) Industriegebiete;
- e) Lagerplätze und Ländeflächen.

D. Sondergebiete:
- a) Ausstellungsgelände;
- b) Grundflächen für Klär- und Rückstauanlagen;
- c) Grundflächen für Wasserbehälter;
- d) Freistreifen;
- e) Sonstige Grundflächen.

Grundsätzlich darf nur im Bauland gebaut werden. Der Bebauungsplan, der vom Gemeinderat auf Grund des Flächenwidmungsplanes erstellt wird, enthält jene Bestimmungen, wie in den einzelnen Teilen des Baulandes gebaut werden darf. So dürfen im Wohngebiet nur Wohngebäude und Nebengebäude errichtet werden sowie öffentlichen Zwecken dienende Gebäude, Hotels und Bürohäuser, Werkstätten kleineren Umfanges und Geschäftshäuser dann, wenn keine Umweltbeeinträchtigung eintritt. Der Ausbau der Dachgeschosse ist nunmehr ohne Einschränkung dann zulässig, wenn der Fußboden aller Aufenthaltsräume nicht höher liegt als die für die Beurteilung der zulässigen Gebäudehöhe maßgebende Ebene und die verglichene lichte Raumhöhe mindestens 2,50 m beträgt. Es kann jedoch mit Zustimmung der örtlich zuständigen Bezirksvertretung von der Forderung, daß der Fußboden unterhalb der für die Beurteilung der zulässigen Gebäudehöhe maßgebenden Ebene liegen muß, Abstand genommen werden. Einschränkend dürfen in Schutzzonen als Wohnungen verwendete Aufenthaltsräume nicht als Büro- oder Geschäftsräume verwendet werden, und es ist der Ausbau von Dachgeschossen von in Schutzzonen bestehenden Gebäuden, in denen die Zahl der Wohnungen die der Büro- oder Geschäftsräume überwiegt, nur für Wohnungen, Hauswaschküchen und die dazugehörigen Nebenräume sowie für Triebwerksräume zulässig, und es können Anordnungen getroffen werden, einzelne Baukörper, wie Brunnen, Säulen usw., zu erhalten. Auch die Errichtung von Einstellräumen für Kraftfahrzeuge der Bewohner des Wohngebietes und der dort Beschäftigten ist gestattet. Hingegen dürfen in Industriegebieten nur Gebäude oder Anlagen für Betriebs- oder Geschäftszwecke aller Art mit Ausnahme von Beherbergungsbetrieben errichtet werden. Lediglich im gemischten Baugebiet dürfen Wohnungen und andere Anlagen nebeneinander errichtet werden, sofern letztere beim Betrieb nicht umweltverschmutzend wirken und Gefahren oder unzumutbare Belästigungen für die Nachbarschaft herbeiführen. Außerhalb des Baulandes dürfen nur solche Bauten errichtet werden, die der jeweiligen Widmung entsprechen. So ist im ländlichen Gebiet die Errichtung solcher baulicher Anlagen gestattet, die land- und forstwirtschaftlichen oder berufsgärtnerischen Zwekken dienen; hiezu gehören auch die erforderlichen Wohnbauten. Ebenso können Bauten für öffentliche Zwecke, wie Amtsgebäude, Schulen u. dgl., errichtet werden. Im Kleingartengebiet ist die Errichtung von Kleingartenhäusern im Ausmaß von höchstens 15. v. H. der Fläche des Kleingartens, jedoch keinesfalls mehr als 35 m², und einer Gebäudehöhe von 3,50 m zulässig, wobei die Gebäudehöhe, sofern das Gelände des Kleingartens steiler als 1 : 10 geneigt ist, mehr als 3,50 m betragen kann, aber an keiner Stelle 5 m überschreiten darf; am höchsten Punkt des anschließenden Geländes darf jedoch auch in diesem Fall die Gebäudehöhe von 3,50 m nicht überschritten werden. Der Dachfirst darf nicht höher als 1,50 m über dem für die höchstzulässige Gebäudehöhe maßgeblichen oberen Abschluß der Außenmauer liegen. Die näheren Bestimmungen darüber können dem Wiener Kleingartengesetz vom 12. Dezember 1978, LGBl. für Wien Nr. 3/1979, entnommen werden. Im Gartensiedlungsgebiet dürfen nur Wohngebäude, Sommerhäuser und Gebäude mit Geschäftsräumen für Geschäfte des täglichen Bedarfes, Gaststätten und Gemeinschaftsanlagen, die öffentlichen Zwecken dienen, errichtet werden. Beim Sommerhaus darf die bebaute Fläche das Ausmaß von 35 m² nicht überschreiten, und es ist eine Gebäudehöhe von 3,50 m bzw. bei Geländeneigungen über 10% eine solche von 5 m zulässig. Im Parkschutzgebiet dürfen Springbrunnen, Wetterhäuschen u. dgl., nicht jedoch z. B. Badeanstalten errichtet werden. In einem Weingartengebiet wird der Bau einer Weinhauerhütte, im Waldgebiet der Bau eines Forsthauses mit den Widmungsbestimmungen im Einklang stehen.

Über die für die einzelnen Teile des Stadtgebietes geltenden Bestimmungen kann sich jedermann bei der MA 21 (1, Rathaus, 5. Stiege, 2. Stock, Tür 406–413) an den für den Parteienverkehr bestimmten Tagen (Dienstag und Donnerstag von 8 bis 12.30 Uhr) durch Einsichtnahme in die Evidenzblätter der Stadtkarten informieren. Geringe Restflächen der äußeren Bezirke der Stadt sind von diesen Plänen noch nicht erfaßt, und es herrscht innerhalb dieser Gebiete generelle Bausperre. In der MA 21 wird auch Auskunft darüber erteilt, ob für ein bestimmtes Gebiet der Stadt Abdrucke der Regulierungsbestimmungen (Plando-

kumente) vorhanden sind und unter welcher Plannummer diese im städtischen Drucksortenverschleiß in der Stadthauptkasse (1, Rathaus, 7. Stiege, Hochparterre, Tür 103) käuflich erworben werden können.

Der Gemeinderat bzw. bei unwesentlichen Abänderungen und Ergänzungen die örtlich zuständige Bezirksvertretung hat auch die gesetzliche Möglichkeit, die für ein bestimmtes Gebiet geltenden Widmungen und Bebauungsbestimmungen abzuändern. In der Regel wird hiebei eine zeitlich befristete Bausperre in der Dauer von längstens zweimal zwei Jahren verhängt, innerhalb welcher Neu-, Zu- oder Umbauten sowie Grundabteilungen in dem von der Bausperre betroffenen Gebiet nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn sie der beabsichtigten Änderung nicht zuwiderlaufen.

Die Festsetzung und Abänderung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne durch den Gemeinderat bzw. die örtlich zuständige Bezirksvertretung sind Verordnungen, die durch kein Rechtsmittel angefochten werden können.

Vor der Vorlage der Anträge an den Gemeinderat werden die Entwürfe für wesentliche Abänderungen oder Neufestsetzungen der Bebauungspläne durch vier Wochen zur öffentlichen Einsicht in der MA 21 aufgelegt. Die Zeit der Auflegung wird durch Veröffentlichung im Amtsblatt „Stadt Wien", im Amtsblatt der Wiener Zeitung und an den Amtstafeln des Rathauses und des Amtshauses des in Betracht kommenden Bezirkes kundgemacht. Innerhalb der Auflagefrist können schriftliche Stellungnahmen zu dem Entwurf bei der MA 21 eingebracht werden, denen jedoch nicht der Charakter von Rechtsmitteln zukommt. Neu beschlossene Abänderungen bzw. Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes werden ebenfalls in den oben erwähnten Plandokumenten festgehalten.

Welche Voraussetzungen muß ein Grundstück aufweisen, damit gebaut werden darf?

Bei der Schaffung oder Veränderung eines Bauplatzes, Bauloses (im Gartensiedlungsgebiet) oder eines Kleingartens sind die Bestimmungen der Bebauungspläne einzuhalten. Ein Bauplatz muß unmittelbar an die vorgesehene öffentliche Verkehrsfläche angrenzen, Kleingartenanlagen oder Einzelkleingärten müssen unmittelbar, die Kleingärten innerhalb einer Kleingartenanlage unmittelbar oder mittelbar über mindestens 4 m breite Aufschließungswege bzw. mindestens 2,50 m breite Nebenwege mit einer öffentlichen Verkehrsfläche in Verbindung stehen und eine solche Gestalt und Größe aufweisen, daß darauf ein Gebäude errichtet werden kann, das den Bestimmungen der Bauordnung und des Wiener Kleingartengesetzes entspricht. Ein Baulos muß unmittelbar oder mittelbar über Aufschließungswege an eine öffentliche Verkehrsfläche angrenzen. Die seitlichen Grenzen des Bauplatzes, des Bauloses oder des Kleingartens sollen möglichst senkrecht zur öffentlichen Verkehrsfläche bzw. zum Aufschließungsweg verlaufen. Durch die Verbauung der Liegenschaft darf auch nicht die Bebaubarkeit der unmittelbar angrenzenden oder benachbarten Liegenschaften beeinträchtigt werden. Die Größe des Bauplatzes soll mindestens 500 m², die eines Bauloses muß mindestens 250 m² und die eines Kleingartens soll mindestens 250 m² und höchstens 400 m² betragen. Bei Kleingärten können in Einzelfällen Abweichungen hievon bis zu einer Mindestgröße von 120 m² und bis zu einer Höchstgrenze von 650 m² bewilligt werden, wenn dies die zweckmäßige Aufteilung der Grundflächen erfordert. Bauplätze müssen zumindest durch einen Streifen von 3 m Breite an das öffentliche Verkehrsnetz angrenzen. Dieser Verbindungsstreifen muß einen Anschluß an den Straßenkanal ermöglichen. Die Aufschließungswege im Gartensiedlungsgebiet müssen mindestens 4 m, wenn befahrbar 6 m breit sein. Außerdem muß der Bauplatz die entsprechende Anbaureife besitzen, d. h. die vor dem Bauplatz gelegene öffentliche Verkehrsfläche muß befestigt und die unterirdischen Einbauten, wie Kanal und Wasserleitung, hergestellt sein. Allerdings kann von diesem Bauverbot unter gewissen Voraussetzungen Abstand genommen werden.

Kann auch auf einer Grundfläche, die nicht an das öffentliche Straßennetz angrenzt, gebaut werden?

Die Eigentümer derartiger Grundstücke haben dann die Möglichkeit, diese Grundflächen zu bebauen, wenn auf ihren Antrag im Bebauungsplan eine neue Verkehrsfläche festgesetzt wird. Dient diese lediglich der besseren Aufschließung des Grundes, so kann anläßlich der Festsetzung des Bebauungsplanes bestimmt werden, daß diese Verkehrsfläche von den Eigentümern der anliegenden Bauplätze nach Anordnung der Gemeinde hergestellt, erhalten, gereinigt, beleuchtet und mit den notwendigen Einbauten versehen wird. Diese Verpflichtung wird auch grundbücherlich sichergestellt. Im Gartensiedlungsgebiet genügt, wie schon erwähnt, ein an das öffentliche Verkehrsnetz angebundener Aufschließungsweg.

Was ist bei einem Grundkauf zu überlegen?

Vor Erwerb einer Grundfläche muß sich der Käufer über den Verwendungszweck, der seinen Absichten entspricht, im klaren sein. Wegen der Vielfalt der Widmungen und der darauf gegründeten Nutzungsbeschränkungen empfiehlt es sich, vor Abschluß eines Grundkaufes bzw. vor der Realisierung eines Projektes bei der MA 21 und sodann bei der Baubehörde (Vermessungsreferate der MA 36 und 37 bzw. wegen Bauplatzgenehmigung bei der MA 35, alle 17, Kalvarienberggasse 33) anzufragen, ob und in welcher Art (im Hinblick auf die Widmung und die Bebaubarkeit) das geplante Vorhaben realisierbar ist. Es ist vor allem zu bedenken, daß anläßlich der Genehmigung einer Grundfläche als Bauplatz oder der Bewilligung zur Errichtung einer Baulichkeit Grundflächen zu den Verkehrsflächen abzutreten sind. Bei erstmaliger Abtretung hat diese im allgemeinen unentgeltlich zu erfolgen. Auf die Straßenbreite ist insofern Bedacht zu nehmen, als bei einer Abtretung von Grundflächen für das öffentliche Straßennetz der verbleibende Rest der Liegenschaft seine selbständige Bebaubarkeit deswegen verlieren kann, weil die in der Bauordnung geforderte Mindestgröße für einen Bauplatz nicht mehr vorliegt. Auch der Höhenlage der Straße kommt deswegen Bedeutung zu, weil für den Projektanten der Umstand wichtig sein kann, ob sein Grundstück die gleiche Höhe wie das Straßenniveau aufweist oder nicht. Die Bestimmungen über die Bauklasse (Gebäudehöhe) und die Bauweise, die mögliche Ausnutzbarkeit des Grundes sowie die besondere Ausgestaltung der zu errichtenden Baulichkeit sind ebenfalls Umstände, die schon vor der Projektierung entsprechend beachtet werden sollen.

Es kann möglich sein, daß bestimmte Grundflächen als Grundflächen für öffentliche Zwecke gewidmet sind. Derartige Grundflächen werden für einen privaten Interessenten in der Regel kein Interesse besitzen, da sie den Zweck haben, Bauland für Versorgungseinrichtungen der Gemeinde und des Bundes (Schulen, Amtsgebäude, Krankenhäuser, Bäder, Kindergärten u. dgl.) sicherzustellen. Für solche Flächen besteht auch ein Enteignungsrecht zugunsten der genannten Gebietskörperschaften ebenso wie für Friedhöfe und öffentliche Erholungsflächen.

Was ist im Zuge einer Bauführung zu erwirken?

A) Die behördliche Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen

Soll nun eine Grundfläche als Bauplatz genehmigt werden oder soll auf einem solchen ein Neu-, Zu- oder Umbau errichtet werden, hat der Abteilungs- bzw. Bauwerber vorher bei der MA 36 (für die Bezirke 1 bis 9 und 20) bzw. der MA 37 (für alle übrigen Bezirke) um die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen gemäß dem geltenden Bebauungsplan anzusuchen. Er hat dabei den Nachweis des Eigentums bzw. die Zustimmung des Grundeigentümers (aller Miteigentümer) und einen Lageplan (in zweifacher Ausfertigung), aus dem die Situierung der eigenen und der angrenzenden Liegenschaften samt der darauf befindlichen Baubestände sowie Name und Wohnort der Liegenschaftseigentümer ersichtlich sind, dem Ansuchen anzuschließen. Dabei gelten die Gegenüberliegenden ebenfalls als Anrainer.

Die zuständigen Stellen (Vermessungsreferate) der vorgenannten Magistratsabteilungen befinden sich in 17, Kalvarienberggasse 33.

Die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen enthält:

a) sämtliche die Grundstücke und deren unmittelbare Umgebung berührenden Angaben des Bebauungsplanes;
b) die Kennzeichnung der nach den Fluchtlinien ins öffentliche Gut abzutretenden oder vom öffentlichen Gut einzubeziehenden Grundflächen;
c) wenn das Grundstück in einer Schutzzone liegt, diese Tatsache und die sich daraus allenfalls ergebenden Beschränkungen und sonstige besondere Bestimmungen, wie Höhen- und Flächenbeschränkungen, Ein- und Ausfahrtsverbot, Verbot der Herstellung von Erkern u. a. m.

Bei Gebieten, für die noch kein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan besteht, oder über die eine Bausperre verhängt wurde, findet keine Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen und Höhenlagen statt. Die Gültigkeitsdauer der Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen beträgt ein Jahr. Wenn sich jedoch nach Ablauf dieser Frist die Verhältnisse nicht geändert haben, kann die weitere Gültigkeitsdauer ebenfalls wieder für ein Jahr bestätigt werden.

B) Grundabteilung

Im Fall der Schaffung eines oder mehrerer Bauplätze, Baulose oder Kleingärten oder Teilen von solchen ist eine Grundabteilung durchzuführen. Das gleiche gilt auch für die Veränderung eines Bauplatzes, eines Bauloses, eines Kleingartens, Teilen von solchen oder einer sonstigen bebauten Liegenschaft sowie für die Übertragung von Grundstücken in das öffentliche Gut und die Veränderung von Grundstücken im Wald- und Wiesengürtel. Sonstige Veränderungen des Gutsbestandes eines Grundbuchskörpers sind anzuzeigen. Der Einschreiter, auch Abteilungswerber genannt, hat die auf Grund der Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen erstellten Abteilungspläne in mindestens siebenfacher Ausfertigung bei gleichzeitiger Beibringung der Grundbuchsauszüge der betroffenen Liegenschaften, des Bescheides über die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen samt zugehörigem Plan sowie der Zustimmung aller unmittelbar betroffenen Grundeigentümer (an die allenfalls Grundstücksflächen abzugeben oder von denen Grundstücksflächen zu übernehmen und in den Bauplatz einzubeziehen sind) bei der MA 64, 3, Am Modenapark 1–2, 4. Stock, zur Genehmigung einzureichen. Zur Herstellung von Grundabteilungsplänen sind grundsätzlich nur die Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen befugt. Ist die Stadt Wien mitbetroffener Grundstückseigentümer, so sind, abgesehen vom Fall der unentgeltlichen Grundabtretung in das öffentliche Gut, die Kaufs- bzw. Verkaufsverhandlungen über abzutretende bzw. einzubeziehende Grundstücksteile mit der MA 69, 1, Ebendorferstraße 1, 3. Stock, zu führen. Befinden sich zwischen einer Verkehrsfläche und einem Grundstück nicht bebaubare Grundstücksflächen (Ergänzungsflächen) oder liegt ein selbständig nicht bebaubarer Grund zwischen zwei selbständig bebaubaren Bauplätzen (Ergänzungsflächen), so werden diese selbständig nicht bebaubaren Grundstücksteile anläßlich einer Bauplatzbeschaffung zum Bauplatz einzubeziehen sein. Scheitern Vergleichsverhandlungen mit den Eigentümern derartiger Teilflächen, so kann die Enteignung beantragt werden, vorausgesetzt, daß die Liegenschaft nicht bebaut bzw. die darauf befindlichen Baulichkeiten abbruchsreif sind oder deren Abtragung aus Verkehrsrücksichten notwendig ist. Es kann auch die Enteignung solcher Grundstücksflächen beantragt werden, deren Übertragung in das öffentliche Gut anläßlich des Abteilungs-(Bau-)Falles notwendig ist.

Die Gültigkeitsdauer eines Grundabteilungsbescheides beträgt zwei Jahre vom Tag der Zustellung des Bescheides an gerechnet; der Bescheid tritt außer Kraft, wenn nicht innerhalb dieser Zeit seine grundbücherliche Durchführung erfolgte oder mit der Bebauung noch nicht begonnen wurde.

C) Baubewilligung

Bei folgenden Bauführungen ist vor Beginn die Bewilligung der Behörde zu erwirken:

a) Neu-, Zu- oder Umbauten;
b) Errichtung aller sonstigen baulichen Anlagen über und unter der Erde, zu deren Herstellung ein wesentliches Maß bautechnischer Kenntnisse erforderlich ist, die mit dem Boden in eine kraftschlüssige Verbindung gebracht werden und wegen ihrer Beschaffenheit geeignet sind, öffentliche Rücksichten zu berühren;
c) Änderungen oder Instandsetzungen von Gebäuden und baulichen Anlagen, wenn diese von Einfluß auf die Festigkeit, die gesundheitlichen Verhältnisse, die Feuersicherheit oder auf die subjektiv öffentlichen Rechte der Nachbarn sind oder durch sie das äußere Ansehen oder die Raumeinteilung geändert wird sowie jede Änderung der bewilligten Raumwidmungen oder des bewilligten Fassungsraumes eines Gebäudes oder einer baulichen Anlage;
d) der Abbruch von Gebäuden oder baulichen Anlagen. Für Gebäude in Schutzzonen darf jedoch nur mit Zustimmung des zuständigen Gemeinderatsausschusses die Abbruchsbewilligung erteilt werden, wenn an der Erhaltung des Gebäudes infolge seiner Wirkung auf das örtliche Stadtbild kein Interesse besteht, ansonsten die Bewilligung zu versagen ist. Zu versagen ist die Abbruchsbewilligung auch dann, wenn sich das Gebäude wohl nicht in einer schon beschlossenen Schutzzone, aber in einem, wegen seines örtlichen Stadtbildes in seinem äußeren Erscheinungsbild erhaltungswürdigen Gebiet befindet;
e) Änderungen an Gebäuden in Schutzzonen, die die äußere Gestaltung, den Charakter oder den Stil eines Gebäudes beeinflussen;
f) Veränderungen oder Beseitigungen von das örtliche Stadtbild oder die äußere Gestaltung, den Charakter oder den Stil eines Gebäudes beeinflussenden baulichen Ziergegenständen in Schutzzonen;
g) die Veränderung der Höhenlage einer Grundfläche, soweit sie von Einfluß auf bestehende bauliche Anlagen

auf eigenen oder benachbarten Grundflächen oder deren widmungsgemäße Verwendung ist;

h) das Anlegen von Steinbrüchen, Schotter-, Sand-, Lehm- und Tongruben sowie anderer Anlagen zur Ausbeutung des Untergrundes, ferner das Anlegen von Schlacken-, Schutt- und Müllhalden;

i) die Aufstellung von Motoren und Maschinen mit motorischem Antrieb, wenn dadurch die Festigkeit des Gebäudes beeinflußt wird.

Für alle nicht genannten baulichen Maßnahmen ist keine Bewilligung der Behörde erforderlich. Jedoch bedürfen Anlagen (Be- und Entlüftungsanlagen, maschinelle Einrichtungen u. dgl.), die geeignet sind, eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen herbeizuführen oder die Nachbarschaft in einer das örtlich zumutbare Ausmaß übersteigenden Weise unter Berücksichtigung der Bestimmungen über die Flächenwidmung und der für das entsprechende Widmungsgebiet zulässigen Nutzungen zu belästigen, einer Bewilligung.

Um die Bewilligung ist bei der zuständigen Baubehörde (für die Bezirke 1 bis 9 und 20 die MA 36 in 17, Kalvarienberggasse 33, für alle anderen Bezirke die Außenstellen der MA 37 in den einzelnen Bezirken am Sitz der magistratischen Bezirksämter) anzusuchen. Dem Gesuch um Baubewilligung hat der Bauwerber einen entsprechenden Grundbuchsauszug über die Liegenschaft, die Zustimmung des Grundeigentümers (auch aller Miteigentümer), sofern dieser eine vom Bauwerber verschiedene Person ist, sowie die amtliche Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen samt dazugehörigem Plan anzuschließen. Ansuchen um Baubewilligungen im Namen dritter Personen müssen mit einer Vollmacht belegt sein. Nicht eigenberechtigte Personen können nur durch ihren gesetzlichen Vertreter einschreiten. Die Baupläne, die gleichfalls anzuschließen sind, müssen im Maßstab 1 : 100 verfaßt sein; sie sind in dreifacher Ausfertigung vorzulegen und haben insbesondere zu enthalten:

a) den Lageplan, der die betroffenen Grundstücke der zu bebauenden Liegenschaften, deren Nummern, die Zahlen der Einlagen und das Flächenausmaß dieser Grundstücke, die Umrisse der darauf bestehenden und geplanten baulichen Anlagen, deren Ausmaße und die Höhenlage des anschließenden Geländes ausweisen muß; ferner sind im Lageplan die Grundstücke der unmittelbar angrenzenden und direkt gegenüberliegenden Liegenschaften, deren Nummern, die Zahlen der Einlagen und Orientierungsnummern, die Namen und Anschriften aller ihrer Eigentümer sowie die Umrisse des Baubestandes auf diesen Liegenschaften, die angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen samt deren Abmessungen und Höhenlagen unter maßgerechter Eintragung von Gleisen, Alleebäumen, Gehsteigen, Banketten und Masten sowie die Nordrichtung einzutragen;

b) die Grundrisse sämtlicher Geschosse, die notwendigen Schnitte und Ansichten;

c) bei Bauführungen, durch die Nutzraum neu geschaffen oder aufgelassen wird, das Ausmaß dieser Flächen;

d) die Spielplätze für Kinder;

e) die Aufstellplätze der Müllgefäße;

f) bei Häusern mit mehr als einer Wohnung oder Betriebseinheit den für die Hausbriefanlagen vorgesehenen Platz.

Sollten auf Grund der zu erteilenden Baubewilligung Bäume im Sinne des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 27 vom 7. Mai 1974 zum Schutze des Baumbestandes in Wien gefällt werden müssen, ist im Sinne des vorangeführten Gesetzes die Bewilligung hiefür beim zuständigen magistratischen Bezirksamt zu erwirken und diese dem Gesuch um Baubewilligung anzuschließen.

Die Baupläne und Beschreibungen müssen vom Bauwerber, vom Eigentümer (allen Miteigentümern) der Liegenschaft, vom Verfasser und vom Bauführer oder deren berechtigten Vertretern unter Beisetzung ihrer Eigenschaft unterfertigt sein. Wird eine mündliche Verhandlung anberaumt, so sind neben dem Bauwerber, dem Grundeigentümer und dem Planverfasser insbesondere auch die Nachbarn (Anrainer) zur Geltendmachung ihrer Rechte und rechtlichen Interessen zu laden, sofern nicht von vornherein feststeht, daß eine Verletzung ihres Anrainerrechtes ausgeschlossen ist. Einem Mieter kommt im Bauverfahren grundsätzlich keine Parteistellung zu; er ist daher auch nicht zur Bauverhandlung einzuladen. Es sei denn, er tritt selbst als Bauwerber auf. Nach durchgeführtem Verfahren erkennt die Behörde über die Zulässigkeit der Bauführung durch schriftlichen Bescheid. Gegen den Bescheid kann binnen zwei Wochen nach Zustellung die Berufung an die Bauoberbehörde für Wien eingebracht werden, welche endgültig entscheidet. Die Berufung ist bei der Behörde einzubringen, die den Bescheid erlassen hat.

Die Gültigkeit der erteilten Baubewilligung wird unwirksam, wenn binnen zwei Jahren, vom Tag der Rechtskraft an gerechnet, mit dem Bau nicht begonnen wurde oder wenn die Bauführung nicht innerhalb zweier Jahre nach Baubeginn vollendet ist. Diese Fristen können in begründeten Ausnahmefällen unter Bedachtnahme auf Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vor Ablauf jedoch verlängert werden, wenn öffentliche Rücksichten nicht entgegenstehen; insbesondere zählt als solcher Grund der Mangel finanzieller Mittel, sofern rechtzeitig um die Gewährung eines Kredites angesucht wurde und begründete Aussicht auf Gewährung eines solchen besteht.

Vor Rechtskraft einer Baubewilligung darf jedoch auf keinen Fall mit dem Bau begonnen werden. Die erteilte Baubewilligung kann entweder auf unbestimmte Zeit oder auf bestimmte Zeit bzw. gegen jederzeitigen Widerruf erteilt worden sein. Die letzteren beiden Fälle werden dann in Betracht kommen, wenn ein Bau nur vorübergehenden Zwecken dient oder nicht dauernd bestehen bleiben kann, sei es, weil die Baulichkeit in begründeten Ausnahmefällen den Bestimmungen der Bauordnung nicht voll entspricht, sei es wegen des bestimmungsgemäßen Zweckes des Grundes.

D) Abweichungen von bewilligten Bauvorhaben

Von dem behördlich genehmigten Bauplan darf nur nach Genehmigung der Änderung abgegangen werden. Es ist vor Durchführung der Änderung unter Vorlage eines neuen Bauplanes um Genehmigung der Änderung anzusuchen. Für das durchzuführende Verfahren gilt das unter C) Gesagte.

E) Benützungsbewilligung

Sofern nicht von der Benützungsbewilligung im Baubewilligungsbescheid Abstand genommen wurde, ist vor Benützung eine Benützungsbewilligung zu erwirken. In einem solchen Fall ist eine Augenscheinsverhandlung zur Feststellung der bauordnungsgemäßen Ausführung durchzuführen. Das Ansuchen um Benützungsbewilligung ist gleichfalls bei der Baubehörde (MA 36 bzw. 37) nach Fertigstellung der Baulichkeit einzubringen. Der hierüber ausgestellte Bescheid ist deswegen von Bedeutung, weil dadurch erst die Erlaubnis zur Benützung der Wohnung bzw. des Hauses, zum Abschluß von Mietverträgen, zur Aufnahme von Darlehen, Steuererleichterungen, Abschreibungen u. dgl. gegeben ist.

Ist eine Bauführung beabsichtigt, wird es für den Bauwerber zweckmäßig sein, sich schon vor der Erstellung der Pläne von der zuständigen Baudienststelle über die Zulässigkeit des Projektes unverbindlich beraten zu lassen. Insbesondere wird es auch vorteilhaft sein, bei Errichtung von Geschäftsportalen, Werbeanlagen und Gestaltung von Fassaden eine unverbindliche Äußerung der MA 19 im Hinblick auf die Stadtbildpflege einzuholen. Die MA 19 befindet sich in 12, Niederhofstraße 23, 5. Stock, Tür 504 bis 541.

Mit welchen wesentlichen finanziellen Belastungen durch die Behörde anläßlich der Herstellung eines Bauwerkes hat der Bauwerber zu rechnen?

A) Kanaleinmündungsgebühr

Von Baulichkeiten auf Bauplätzen oder sonstigen bebauten Flächen müssen alle Abwässer unterhalb der Verkehrsfläche in den Kanal geleitet werden, wenn der Bauplatz oder die bebaute Fläche von einem bei der Bauführung bereits bestehenden Straßenkanal ohne Verbindung über eine andere Liegenschaft nicht mehr als 30 m entfernt ist. Ausnahmen von dieser Verpflichtung können zugelassen werden, wenn hiedurch keine Schädigung öffentlicher Interessen und kein Nachteil für die Nachbarschaft entstehen. Bei erstmaligem unmittelbarem oder mittelbarem Anschluß an den Straßenkanal ist eine Kanaleinmündungsgebühr zu entrichten. Für den Fall der Vergrößerung des Bauplatzes, der Errichtung eines weiteren Neubaues oder eines Zubaues in waagrechter Richtung oder bei Umwandlung einer bisherigen Teilkanalisation in eine Vollkanalisation (Regen- und Schmutzwässer) sind Ergänzungsgebühren zu entrichten.

Die Höhe der Gebühr ist in den einzelnen Widmungsgebieten unterschiedlich. Sie wird von der zuständigen Baubehörde (MA 36 für die Bezirke 1 bis 9 und 20, für alle anderen Bezirke die Außenstellen der MA 37) festgesetzt, die auch über die Höhe und Einzahlungsart Auskunft erteilt.

B) Gehsteigherstellung

Jeder Eigentümer eines Neu-, Zu- oder Umbaues ist verpflichtet, entlang der Baulinien seines Bauplatzes einen Gehsteig nach den Anordnungen der Behörde in der vorgeschriebenen Breite herzustellen, wobei es gleichgültig ist, ob an oder hinter der Baulinie gebaut wird (siehe hiezu Abschnitt „Straßenverwaltung und Straßenbeleuchtung").

Vor Ausführung des Gehsteiges ist um die Bekanntgabe der Breite und Bauart und um die Aussteckung der Höhenlage anzusuchen. Diese Ansuchen sind für die Bezirke 1 bis 9 und 20 an die MA 36, für die übrigen Bezirke an die MA 37, 17, Kalvarienberggasse 33, zu richten.

Der Beginn der Gehsteigherstellung ist der Behörde rechtzeitig anzuzeigen. Um die dazu erforderliche Aufgrabungsbewilligung ist bei der MA 28, 17, Lienfeldergasse 96, anzusuchen. Nach Fertigstellung des Gehsteiges ist um die Feststellung der ordnungsgemäßen Herstellung bei der MA 28 einzukommen, wobei von der Behörde eine Haftungszeit festgesetzt wird.

Bei Portalentfernungen ist der freiwerdende Teil des Gehsteiges in jenen Zustand zu versetzen, der dem unmittelbar angrenzenden Gehsteig entspricht.

Granitpflaster- und Klinkergehsteige, die vor Ende des Jahres 1929 ordnungsgemäß hergestellt wurden, gelten als generell in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen.

Andere Gehsteige, die noch nicht ausdrücklich in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen wurden, es wäre denn, daß sie schon vor 1883 hergestellt worden sind, stehen in der Erhaltungspflicht des Liegenschaftseigentümers, der für die Instandhaltung zivil- und strafrechtlich verantwortlich ist. Solche noch nicht übernommene Gehsteige können nach Ablauf der Haftungszeit, im allgemeinen fünf Jahre nach dem Bau, nur dann über ausdrückliches schriftliches Ansuchen in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen werden, wenn sie sich in gutem, ordnungsgemäßem, den Vorschriften entsprechendem Zustand befinden. Ansuchen sind an die MA 28 zu richten. Auf schriftliches Ansuchen werden von der MA 28 auch Bestätigungen über solche Übernahmen von Gehsteigen in die Erhaltung der Stadt Wien gegeben.

Gehsteigauf- und -überfahrten

Gehsteigauf- und -überfahrten zur Ausfahrt aus einer Liegenschaft dürfen nur mit Bewilligung der Behörde hergestellt werden. Um diese Bewilligung ist bei der MA 28 anzusuchen (siehe hiezu Abschnitt „Straßenverwaltung und Straßenbeleuchtung").

C) Beitrag zu den Kosten der Herstellung von Verkehrsflächen

Die Gemeinde ist berechtigt, bei erstmaligem Anbau an Verkehrsflächen einen Beitrag zu den Kosten der Herstellung dieser Flächen von den Anliegern einzuheben. Auch für schon bestehende Verkehrsflächen kann vor erstmaligem Anbau auf bisher unbebauten Bauplätzen dieser Betrag eingehoben werden.

Die Höhe des Betrages ergibt sich aus der anrechenbaren Breite der Fahrbahn, der anrechenbaren Frontlänge des Bauplatzes und den für den Quadratmeter festgesetzten Einheitssatz, der derzeit 260 S beträgt.

D) Wasseranschluß

Bei jedem Gebäude, das Aufenthaltsräume (Wohn- und Arbeitsräume und Küchen) enthält, muß eine hinreichende Versorgung mit Genußwasser gesichert sein. Wo ein Rohrstrang des städtischen Wasserversorgungsnetzes nicht mehr als 30 m von der Bauplatzgrenze entfernt liegt, ist anläßlich des Baues eine Zuleitung in das Haus herzustellen und für einen Wasserauslauf in jeder Wohnung sowie außerdem für einen allgemein zugänglichen Auslauf im Keller oder Erdgeschoß vorzusorgen. Diese Verpflichtung besteht auch dann, wenn der städtische Rohrstrang gelegt wird, die Baubewilligung für das gegenständliche Haus jedoch erst nach dem 2. Mai 1930 erteilt worden ist.

Wird ein städtischer Wasserrohrstrang auf Antrag von Interessenten verlegt, so haben diese allein, soweit nicht öffentliche Interessen gegeben sind, die gesamten Kosten der Verlegung zu tragen. Handelt es sich dabei um die Versorgung mit Wasser zu Trink- und Haushaltszwecken, so kann der Kostenersatz bis auf 20 v. H. ermäßigt werden.

In jedem Fall sind jedoch die Kosten der Herstellung der Abzweigleitung vom städtischen Rohrstrang bis zum Wasserzähler, die durch die Gemeinde Wien erfolgt, vom Wasserabnehmer zu tragen. Dieser hat vor Beginn der Arbeiten eine Vorauszahlung in der Höhe der voraussichtlichen Kosten zu entrichten.

An dauernd auflaufenden Gebühren sind die Wasserbezugsgebühr für das abgegebene Wasser und die Wasserzählergebühr für die Beistellung und laufende Instandhaltung der Wasserzähler zu erwähnen.

Die Wasserabgabe aus dem städtischen Wasserversorgungsnetz bedarf einer schriftlichen Anmeldung des Wasserabnehmers. Näheres siehe unter Abschnitt „Wasserversorgung".

E) Schaffung von Stellplätzen

(Wiener Garagengesetz in der gültigen Fassung)

Bei Neu- und Zubauten sind in Ansehung des künftigen Bedarfes Anlagen zum Einstellen von Kraftfahrzeugen zu schaffen (Pflichtstellplätze).

Die Anzahl der erforderlichen Stellplätze richtet sich nach der Art bzw. Widmung des Bauvorhabens.

Diese Verpflichtung kann

a) auf dem eigenen Bauplatz oder
b) auf einem anderen Bauplatz, der nicht mehr als 500 m entfernt ist, jedoch mit Ersichtlichmachung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung im Grundbuch,

erfüllt werden. Wenn die Verpflichtung zur Schaffung von Einstellplätzen oder Garagen nach den Varianten a) oder b) nicht oder nicht voll erfüllt wird, so kann eine entsprechende Ausgleichsabgabe an die Stadt Wien entrichtet werden.

Die Ausgleichsabgabe beträgt derzeit 50.000 S je Stellplatz.

Für die Errichtung von Garagen bzw. Schaffung von Einstellplätzen für Kraftfahrzeuge ist eine baubehördliche Bewilligung im Sinne der §§ 60 und 70 oder 71 der Bauordnung erforderlich. Davon ausgenommen sind Einstellplätze für höchstens zehn Krafträder oder zwei Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von je 3.500 kg auf einer unbebauten Liegenschaft oder in einem nicht allseits durch Gebäudemauern umschlossenen Hof von mindestens 80 m² Grundfläche, weiters in der Abstandsfläche gegen Nachbarliegenschaften, wenn diese mindestens 3 m breit ist.

Sollen die im vorigen Absatz genannten Kraftfahrzeuge in Räumen, die für andere Zwecke gewidmet sind, abgestellt werden, ist mindestens eine Woche vorher der Behörde die Anzeige zu erstatten. Das Einstellen in solchen Räumen ist u. a. unzulässig, wenn der Raum den einzigen oder einen durch besondere Vorschriften geforderten Ausgang von Aufenthaltsräumen bildet, eine benützte Feuerstätte enthält oder eine unmittelbare Verbindung zu Räumen mit einer benützten Feuerstätte aufweist. Auch für solche Anlagen gelten die im Garagengesetz enthaltenen Vorschriften.

Welche Folgen bringt unbefugtes Bauen mit sich?

Ohne rechtskräftig erlangte Baubewilligung dürfen keine bewilligungspflichtigen Bauführungen vorgenommen werden. Derartige Baulichkeiten gelten rechtlich als nicht bestehend. Es wird daher, falls eine nachträgliche rechtliche Sanierung infolge Unvereinbarkeit mit den Bestimmungen der Bauordnung nicht möglich erscheint, ihre Abtragung angeordnet und auch zwangsweise von der Behörde durchgeführt. Daneben haben die Personen, die für die Errichtung eines nicht bewilligten Bauwerkes einzustehen haben, mit empfindlicher Bestrafung zu rechnen.

Wo kann eine unzumutbare Belästigung durch Baulärm angezeigt werden?

Unzumutbare Lärmbelästigungen durch Baumaschinen können auf Grund des Gesetzes vom 26. Jänner 1973 zum Schutz gegen Baulärm jederzeit angezeigt werden. Solche Anzeigen nimmt täglich Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr ein eigener Baulärm-Ombudsmann der MA 39, 11, Rinnböckstraße 15, Tel. 74 53 93, und außerhalb der Dienstzeit, also auch nachts und am Wochenende, der Permanenzingenieur, 1, Am Hof 10, 5. Stock, Tür 511, Tel. 42 8 00*, 2941 oder Tel. 63 66 71*, 398, entgegen. Alle Lärmanzeigen werden sofort überprüft.

Welche Verwertungsmöglichkeiten bieten Grundstücke im Wald- und Wiesengürtel?

Im Interesse der gesamten Bevölkerung muß der Wald- und Wiesengürtel als wichtigstes Erholungsgebiet unversehrt erhalten bleiben. Bauführung und Parzellierung für Kleingartenzwecke im Wald- und Wiesengürtel sind daher allgemein verboten. Gegen Zuwiderhandelnde wird unnachsichtig eingeschritten.

Der Eigentümer eines im Wald- und Wiesengürtel gelegenen Grundstückes hat jedoch jederzeit die Möglichkeit, ein derartiges Grundstück der Stadt Wien zum Kauf anzubieten. Die Stadt Wien ist zur Einlösung verpflichtet.

Besteht eine Verpflichtung, Instandhaltungsarbeiten an der Baulichkeit vorzunehmen?

Jeder Eigentümer einer Baulichkeit hat dafür zu sorgen, daß die Baulichkeit und die dazugehörigen Anlagen (Vorgärten, Hofanlagen, Einfriedungen u. dgl.) in gutem, der Baubewilligung und den Vorschriften der Bauordnung entsprechendem Zustand erhalten werden. Für Gebäude in Schutzzonen besteht darüber hinaus die Verpflichtung, das Gebäude und die dazugehörigen Anlagen und baulichen Ziergegenstände in stilgerechtem Zustand und nach den besonderen Bestimmungen im Aufbauplan zu erhalten. Die Behörde hat notwendigenfalls den Hauseigentümer zur Behebung von Baugebrechen unter Gewährung einer angemessenen Frist zu verhalten. Im Zuge der Instandsetzung des Baukörpers eines Gebäudes oder eines baulichen Ziergegenstandes kann die Behörde dessen stilgerechte und nach den besonderen Bestimmungen im Aufbauplan festgesetzte Ausgestaltung oder dessen Angleichung in Stil, Bauform, Dachform u. dgl. an die benachbarten Gebäude in derselben oder gegenüberliegenden Häuserzeile verfügen. Sie ordnet erforderlichenfalls aber auch Sicherungsmaßnahmen, die Räumung oder den Abbruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen an.

Der Hauseigentümer ist verpflichtet, den Bauzustand seiner Baulichkeit zu überwachen und es erst gar nicht auf einen derartigen Auftrag der Behörde ankommen zu lassen. Er haftet für Beschädigungen zivil- und strafrechtlich; er kann jedoch auch von Mietern auf Zuhaltung des Mietvertrages geklagt werden. Schließlich kann ihm nach den Vorschriften des § 8 des Mietengesetzes auf Antrag der Mieter die Schlichtungsstelle den Auftrag zur ordnungsgemäßen Erhaltung des Hauses oder zur Durchführung von Verbesserungen am Haus erteilen, wenn eine ausreichend große Hauptmietzinsreserve dafür Deckung bietet.

Die Behörde kann schließlich auf Grund der Bauordnung wegen Vernachlässigung des konsensmäßigen Zustandes der Baulichkeit ein Verwaltungsstrafverfahren durchführen und nach den Bestimmungen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes die Instandsetzung (oder die Abtragung) der Baulichkeit auf Gefahr und Kosten des Eigentümers im Wege der Ersatzvornahme durchführen.

Was sind notstandspolizeiliche Maßnahmen?

Bei unmittelbar drohender Gefahr kann die Behörde auch ohne Anhörung des Eigentümers einer Baulichkeit erforderliche Sicherungsmaßnahmen zur Hintanhaltung einer Gefährdung der Gesundheit von Menschen oder der Schädigung ihres Eigentums auf Gefahr und Kosten des Eigentümers anordnen und sofort vollstrecken lassen.

Wo kann eine unmittelbare, akute Gefährdung durch einen Bauschaden angezeigt werden?

Bei plötzlichem Eintritt der Gefahr und wenn die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen keinen Aufschub duldet (auch am Wochenende oder zur Nachtzeit), ist die Anzeige beim Permanenzingenieur (1, Am Hof 10, 5. Stock, Tür 511, Tel. 42 8 00*, 2941 oder Tel. 63 66 71*, 398) zu erstatten, der alles zur Beseitigung der akuten Gefahr Erforderliche durch die Feuerwehr oder einen befugten Gewerbetreibenden oder, wenn das nicht ausreichen würde, die Räumung der gefährdeten Verkehrsflächen veranlaßt, im übrigen aber die notwendige Meldung an die zuständige Baupolizeiabteilung weiterleitet.

Was ist eine Ersatzvornahme?

Wenn der Gebäudeeigentümer einer ihm nach den Bauvorschriften obliegenden Verpflichtung nicht, nicht vollständig oder nicht zur gehörigen Zeit nachgekommen ist, so kann die mangelnde Leistung nach vorheriger Androhung durch die Behörde auf Gefahr und Kosten des Verpflichteten vollstreckt werden. Wenn der Eigentümer einer Baulichkeit nicht zugleich Grundeigentümer ist, so haftet auch letzterer für die Erfüllung aller sich aus dem Bestand der Baulichkeit ergebenden Verpflichtungen.

Wie erfolgt das Verfahren zur Durchführung der Ersatzvornahme?

Zunächst wird dem Verpflichteten die Ersatzdurchführung der notwendigen Maßnahmen angedroht, wobei die Behörde auf den Bescheid verweist, in dem die Verpflichtung ausgesprochen wurde. Wird der Verpflichtete auf Grund dieser Androhung nicht tätig, erläßt die Vollstrekkungsbehörde einen Bescheid zur Vorauszahlung der Kosten gegen nachträgliche Verrechnung. Sodann ergeht eine Vollstreckungsverfügung des Inhaltes, daß die durchzuführenden Arbeiten nunmehr im Auftrag der Behörde durch eine von ihr bestellte Privatfirma durchgeführt würden. Nach Durchführung der Arbeiten werden die Kosten im Wege des Kostenersatzbescheides hereingebracht. Gegen die Androhung der Ersatzmaßnahme ist kein Rechtsmittel, gegen den Auftrag zur Vorauszahlung der Kosten und die Vollstreckungsverfügung beschränkte, gegen den Kostenersatzbescheid volle Berufung zulässig.

Für alle Kosten, die der Stadt Wien für eine im Wege der Ersatzvornahme in Vollstreckung des baupolizeilichen Auftrages bewerkstelligte Leistung erwachsen, besteht an der Liegenschaft ein gesetzliches Vorzugspfandrecht für die Stadt Wien. Das gleiche gilt im übrigen auch für die Kosten notstandspolizeilicher Maßnahmen. Eine Zwangsversteigerung auf Grund eines solchen Pfandrechtes kann jedoch erst drei Jahre nach Vorschreibung der Kosten an den Verpflichteten beantragt werden.

Vollstreckungsbehörden der Stadt Wien zur Durchführung der Ersatzvornahme sind die MA 25, 17, Kalvarienberggasse 33, und die MA 64, 3, Am Modenapark 1–2, 4. Stock, welche auch die näheren Auskünfte anläßlich eines anhängigen Verfahrens erteilen.

Wie erfolgt die Instandsetzung von Baulichkeiten, die dem Mietengesetz bzw. dem Zinsstoppgesetz unterliegen?

Soweit derartige Baulichkeiten instandsetzungsbedürftig sind, sind die Bestimmungen des § 7 Mietengesetz anzuwenden; wenn daher die ordnungsgemäßen Erhaltungsauslagen die von den Mietern zu entrichtenden Hauptmietzinse übersteigen, kann der Vermieter oder mindestens ein Drittel der Mieter oder auch die Gemeinde gemäß § 7 des Mietengesetzes eine Erhöhung der Hauptmietzinse um den Fehlbetrag bei der Schlichtungsstelle des zuständigen magistratischen Bezirksamtes beantragen. Die Erhöhung des Hauptmietzinses ist unter Berücksichtigung einer siebenjährigen Zinsreserve und eines angemessenen Zeitraumes, höchstens jedoch zehn Jahre, für die Deckung der Instandsetzungskosten zu bemessen. Wenn eine Partei sich mit der Entscheidung der Schlichtungsstelle nicht zufrieden gibt oder wenn das Verfahren vor dieser nicht binnen vier Wochen zum Abschluß gebracht ist, kann das zuständige Bezirksgericht zur Entscheidung angerufen werden. Vor Entscheidung über den Antrag ist die Stellungnahme der für Bauangelegenheiten zuständigen Stelle (MA 25) über die erforderlichen Erhaltungsarbeiten und die Angemessenheit der Preise über die Bestandsdauer der Instandsetzung einzuholen.

Bei Objekten, die dem Zinsstoppgesetz unterliegen, ist die Mietzinserhöhung analog den Bestimmungen des § 7 des Mietengesetzes zu berechnen. Die zuständige Stelle in Wien ist die MA 50, Zentrale Schlichtungsstelle, 1, Dobihoffgasse 6.

Bei Objekten, die weder dem Mieten- noch dem Zinsstoppgesetz unterliegen, sind Beiträge zum Erhaltungsaufwand nur im ordentlichen Rechtsweg durchzusetzen.

In welchem Umfang ist bei Erhaltungsarbeiten eine Baubewilligung erforderlich?

Bei der Renovierung eines Gebäudes werden in der Regel nicht nur Baumeister-, sondern auch Schlosser-, Tischler-, Maler-, Anstreicher-, Installateurarbeiten u. dgl. notwendig sein. Einer Baubewilligung durch die Baubehörde bedarf es jedoch nur insoweit, als dadurch der Bauzustand an sich betroffen wird. Zur Erlangung einer Baubewilligung ist jedoch, wie schon oben angeführt, ein normales Bauverfahren durchzuführen. Oftmals werden sich für den Liegenschaftseigentümer insofern Schwierigkeiten ergeben, als er insbesondere dann, wenn er das Grundstück bereits mit der erbauten Liegenschaft erworben hat, nicht über die nötigen Unterlagen verfügt.

Es besteht für ihn jederzeit die Möglichkeit, in den bei der Stadt Wien einliegenden Akten Einsicht zu nehmen, Abschriften und Ablichtungen anzufertigen.

Wo liegen die Bauunterlagen bestehender oder bereits abgetragener Gebäude zur Einsicht auf?

In der MA 20, 1, Rathaus, 7. Stiege, Halbstock, Tür Nr. 216, liegen die Baueinlagen der Bezirke 1 bis 9 und 20 auf, die Baueinlagen der übrigen Bezirke liegen in den Außenstellen der MA 37.

Sind die Baupläne allgemein zugänglich?

Nein, nur der Hausbesitzer (Hausverwalter) oder ein von ihm Bevollmächtigter hat das Recht zur Einsichtnahme bzw. Ablichtung. Ferner besteht dieses Recht anläßlich der Verfassung von Bauplänen bezüglich der berührten Nachbarliegenschaften im notwendigen Umfang.

Welche Gebühr ist für die Einsichtnahme zu entrichten?

Das Ansuchen um die Bewilligung der Einsichtnahme ist mit 70 S zu stempeln, die Verwaltungsabgabe beträgt 10 S. Insgesamt sind also 80 S zu entrichten.

Wie hoch ist die Gebühr für das Recht, eine Plankopie anfertigen zu dürfen?

Außer dem Bundesstempel von 70 S ist eine Verwaltungsabgabe von 10 S + 80 S zu entrichten, insgesamt also 160 S.

Worin besteht der Unterschied zwischen Einsichtnahme und Ablichtung?

Bei einer Einsichtnahme dürfen lediglich Notizen aus den in der Baueinlage befindlichen Bescheiden gemacht und unmaßstäbliche Strichskizzen der Baupläne angefertigt werden; das Merkmal der Ablichtung ist, daß ein Plan oder auch nur ein Teil eines Planes nach Auflegen eines transparenten Papieres nachgezeichnet oder eine Fotokopie bestellt wird.

Was kostet die Anfertigung einer Fotokopie?

Für eine Xeroxkopie werden 2.50 S berechnet; für Kopien über Mikrofilm sind 3.50 S je Negativ (Mikrofilm) und 10 S für Rückstrahlungen über Mikrofilm und für das Positiv A 4 (für jeden Plan bis zum Ausmaß von 70 × 90 cm ist eine Aufnahme – Mikrofilm – notwendig; für jeden Ausschnitt ist eine eigene Aufnahme erforderlich) zu bezahlen. Für Lichtpausen im Format A 4 wird eine Gebühr von 1 S eingehoben, für Transparentpausen im Format A 4 (inkl. Aufnahme) sind 20 S zu bezahlen.

Größere Pläne werden als Vielfaches des Normformates A 4 ausgewertet. Die Verwaltungsabgabe von 10 S + 80 S und der 70 S-Bundesstempel sind auch in diesem Fall zu entrichten.

Wann sind die Gebühren fällig?

Sämtliche Gebühren sind im vorhinein zu entrichten; auch die Kosten für die Anfertigung von Fotokopien.

Generalstadtplan, Stadtkarte Wien 1 : 2000 und Behelfskarte von Wien

Der Generalstadtplan ist ein Plan im Maßstab 1 : 2500, der die vom Gemeinderat beschlossene Regulierung enthält. Vom Wiener Stadtgebiet existieren 153 Blätter, die zum Stückpreis von 20 S in der MA 20, 1, Rathaus, 7. Stiege, Halbstock, Tür 216, an Interessenten abgegeben werden.

Seit Juni 1962 werden die Nachdrucke der Generalstadtplanblätter als Zweifarbendrucke herausgebracht. Der Rotaufdruck enthält die nach der Bauordnung geltenden Bebauungsbestimmungen und die Angabe über die Flächenwidmung. Der Preis für ein Blatt des Zweifarbendruckes beträgt 40 S.

An Stelle des Generalstadtplanes, der nicht mehr evidentgehalten wird, tritt die neue Wiener Stadtkarte im Maßstab 1 : 2000. Diese Karte wird von der MA 41 hergestellt. Das gesamte Wiener Stadtgebiet wird auf ca. 400 Blättern dargestellt werden. Bisher liegen 291 Blätter der neuen Stadtkarte vor, die das Stadtgebiet etwa östlich der Linie Kahlenberg–Inzersdorf umfassen. Darin sind nicht nur alle topografischen Einzelheiten des Stadtgebietes mit großer Genauigkeit, sondern auch sämtliche rechtskräftigen Bebauungsbestimmungen dargestellt. Die bereits ausgedruckten Blätter der neuen Stadtkarte 1 : 2000, welche von hoher Präzision ist und die außer der Situation auch die Angabe des „Regulierungsplanes" enthält, werden für die Situation zum Blattpreis von 25 S und für die Situation mit der Regulierung zum Blattpreis von 40 S in der MA 20 an Interessenten abgegeben.

Die Behelfskarte ist eine Darstellung der Verhältnisse in der Natur (Situation) und vornehmlich für Planungsarbeiten geeignet. Die Behelfskarte wurde in den Maßstäben 1 : 10.000 (23 Blätter) und 1 : 5000 (90 Blätter) aufgelegt. Sie kann ebenfalls in der MA 20 zum Blattpreis von 15 S erworben werden.

Baugrundkataster

Wo ist etwas über Baugrundverhältnisse in Wien (guter oder schlechter Baugrund) zu erfahren?

In der MA 29, Unterabteilung Grundbau, 12, Niederhofstraße 23, besteht ein Baugrundkataster, auf Grund dessen Baugrundverhältnisse beurteilt werden können. Es sind Aufzeichnungen vorhanden über Bohr-, Brunnen- und Schachtprofile, Baulichkeiten mit besonderen Gründungen, alte Einbauten, Gerinne, Ziegel- und Schottergruben. Ferner können bodenphysikalische Kennziffern und chemische Grundwasseranalysen eingesehen werden.

Für die Benützung des Baugrundkatasters wird auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 26. Juni 1959, Pr.Z. 1494, eine Gebühr erhoben.

Die Gebühr beträgt 85 S je Benützung von Aufzeichnungen, welche die gleiche Baugrundkatasterzahl tragen, oder für jede Benützung einer in den Lageplänen unmittelbar aufscheinenden Eintragung ohne Baugrundkatasterzahl.

Die Gebühr ist noch vor Benützung in Bargeld zu begleichen. Von der Entrichtung sind u. a. Personen ausgenommen, welche Unterlagen aus dem Baugrundkataster nachweisbar für eine wissenschaftliche Arbeit (z. B. Dissertation) benötigen, sowie Personen und Firmen, welche Aufzeichnungen für den Baugrundkataster in wesentlichem Umfang freiwillig zur Verfügung stellen.

BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

(Städtische Bestattung, MA 43)

Die Bestattung der Toten erfolgt in Wien durch das der Stadt Wien gehörige Unternehmen „Städtische Bestattung", das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Hinterbliebenen in den schweren Tagen nach dem Tode eines Angehörigen mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen.

Wenn in einer Familie ein Todesfall eintritt, wende man sich unverzüglich an die Städtische Bestattung, wo geschulte und erfahrene Beamte zur Verfügung stehen. Die Städtische Bestattung übernimmt alle im Zusammenhang mit der Totenbestattung stehenden Leistungen, wie Erd- und Feuerbestattung, Aufbahrungen in besonders hiefür eingerichteten Räumen auf den Wiener Friedhöfen, Beistellung von Särgen oder Urnen, Trauerfeiern, Vermittlung von Aufträgen für Parten und Danksagungen, Traueranzeigen in den Tageszeitungen, musikalische und gesangliche Leistungen bei Trauerfeiern, Anmeldung bei den Religionsgesellschaften usw., Überführungen im In- und Ausland, Exhumierungen, Begräbnisbestellungen bei Lebzeiten und alle mit der Bestattungsdurchführung verbundenen Besorgungen.

Bei Eintritt eines Sterbefalles ist unverzüglich nachstehendes zu veranlassen:

Bei Eintritt eines Todesfalles im Wohnhaus

1. Vom behandelnden Arzt den „ärztlichen Behandlungsschein" besorgen.

2. Den Todesfall der Städtischen Bestattung (siehe Magistrat, Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie) bekanntgeben.

3. Den Todesfall zwecks Vornahme der Totenbeschau unverzüglich anzeigen.

Die Anzeige wird entgegengenommen:

a) beim Bezirksgesundheitsamt Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr (siehe Magistrat, MA 15); Montag bis Freitag in der Zeit von 15.30 bis 16 Uhr wird die Anzeige beim zuständigen Totenbeschauarzt entgegengenommen; welcher Totenbeschauarzt Dienst hat, ist aus einer Hinweistafel am magistratischen Bezirksamt zu entnehmen;
b) beim Zentralen Totenbeschaudienst, Tel. 55 55 66, Samstag, Sonn- und Feiertag sowie am 24. und 31. Dezember von 8 bis 16 Uhr.

Am Karfreitag und am 2. November (Allerseelen) ist die Anzeige beim Bezirksgesundheitsamt bzw. Totenbeschauarzt vorzunehmen.

Die Anzeige des Todesfalles und die Totenbeschau sind gesetzlich vorgeschrieben. Die Todesfallanzeige hat in der Regel mündlich zu erfolgen; dabei sollen der „Ärztliche Behandlungsschein" und womöglich Personaldokumente des Verstorbenen vorgewiesen werden. Die Städtische Bestattung ist bereit, Todesfallanzeigen entgegenzunehmen und an die zuständige Stelle telefonisch weiterzuleiten.

Die Totenbeschau wird noch am gleichen Tag der Todesfallanzeige vorgenommen. Es ist dafür zu sorgen, daß der Totenbeschauarzt freien Zutritt zum Verstorbenen hat. Vor der Totenbeschau darf an dem Verstorbenen keine Änderung, insbesondere keine Umkleidung, vorgenommen werden. Für den Totenbeschauarzt sind der „Ärztliche Behandlungsschein" und die Personaldokumente des Verstorbenen bereitzuhalten. Der Totenbeschauarzt nimmt den „Ärztlichen Behandlungsschein" an sich und stellt nach der Totenbeschau die „Todesbescheinigung" und den „Leichenbegleitschein" aus.

Von der erfolgten Totenbeschau ist die Städtische Bestattung durch die Hinterbliebenen sofort zu verständigen, worauf die Abholung des Verstorbenen vorgenommen wird. Bei der Abholung ist der „Leichenbegleitschein" zu übergeben. Nach den geltenden Bestimmungen muß die Abholung noch am Tag der Totenbeschau durchgeführt werden.

4. Nach der Totenbeschau, spätestens aber an dem dem Sterbetag folgenden Werktag, ist bei dem für den Sterbeort zuständigen Standesamt (siehe Magistrat, MA 61) die Eintragung im Sterbebuch vornehmen zu lassen. Bei Totgeburten mit einer Körperlänge von weniger als 35 cm ist zwar die Totenbeschau, nicht aber die Anmeldung beim Standesamt erforderlich. Für die Durchführung der Bestattung genügt in diesen Fällen der vom Totenbeschauarzt ausgestellte „Leichenbegleitschein", der der Städtischen Bestattung zu übergeben ist.

Die Anzeige beim Standesamt hat werktags, Montag bis Freitag, in der Zeit von 7.30 bis 14.30 Uhr zu erfolgen. Zur Anzeige beim Standesamt sind in folgender Reihenfolge verpflichtet:

a) der Ehegatte, sonst der nächste Familienangehörige,
b) derjenige, in dessen Wohnung sich der Sterbefall ereignet hat,
c) jede Person, die bei dem Tod zugegen war oder von dem Sterbefall aus eigener Wissenschaft unterrichtet ist.

Dem Standesamt ist die vom Totenbeschauarzt ausgestellte „Todesbescheinigung" zu übergeben. Ferner sollen folgende Personaldokumente des Verstorbenen (soweit vorhanden) vorgelegt werden: Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis oder Heimatschein (Heimatrollenauszug), Heiratsurkunde, Meldezettel. Bei Verwitweten oder Geschiedenen außerdem: Sterbeurkunde des Ehegatten (der Ehegattin), Scheidungsurteil.

Der Anmeldende muß sich mit einem Personalausweis (möglichst mit Lichtbild) ausweisen. Er soll dem Standesamt über die Person des Verstorbenen folgende Angaben machen: Beruf, Religion, Familienstand, Kinder (Namen und Alter), Pensionsbezug.

Nach Eintragung des Sterbefalles folgt der Standesbeamte eine „Mitteilung an die Magistratsabteilung 43 – Städtische Friedhöfe" („Bescheinigung über die Eintragung eines Sterbefalles") sowie die „Sterbeurkunde" und einen „Auszug aus dem Sterbebuch" aus. Für die Behebung des Krankenkassensterbegeldes, Geltendmachung von Versicherungsansprüchen usw. wird je ein „Auszug aus dem Sterbebuch" benötigt. Es empfiehlt sich, eine entsprechende Anzahl solcher „Auszüge aus dem Sterbebuch" ausstellen zu lassen.

5. Die vom Standesamt ausgefertigte „Mitteilung an die Magistratsabteilung 43 – Städtische Friedhöfe" („Bescheinigung über die Eintragung eines Sterbefalles") muß sofort der Anmeldestelle der Städtischen Bestattung übergeben werden, da ohne dieses Dokument die Durchführung der Bestattung oder Überführung unzulässig ist.

Bei Eintritt eines Todesfalles im Krankenhaus

1. Nach Erhalt der Todesnachricht den Todesfall der Städtischen Bestattung (siehe Magistrat, Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie) bekanntgeben. Falls die Verwaltung des Krankenhauses innerhalb von 48 Stunden von der Städtischen Bestattung keine Verfügung über den Verstorbenen erhält, erfolgt die Bestattung von Amts wegen.

2. Kleider für den Verstorbenen müssen in der Totenkammer des Krankenhauses innerhalb von 24 Stunden nach Erhalt der Todesnachricht abgegeben werden. Im Krankenhaus vorhandene Kleider des Verstorbenen werden von der Verwaltung des Krankenhauses nur an die nächsten Angehörigen (Eltern, Kinder, Gatte, Geschwister) ausgefolgt. Schmuck, Bargeld usw. verbleibt bis zur Verlassenschaftsabhandlung im Depot des Krankenhauses.

3. Die Anzeige des Sterbefalles bei dem für den Sterbeort zuständigen Standesamt (siehe Magistrat, MA 61) erfolgt durch die Krankenanstalt. Die Städtische Bestattung gibt bekannt, wann die Hinterbliebenen wegen allfälliger Ergänzung dieser Anzeige beim Standesamt vorsprechen müssen. Die Vorsprache beim Standesamt hat werktags, Montag bis Freitag, in der Zeit von 7.30 bis 14.30 Uhr zu erfolgen. Bei dieser Vorsprache sollen dem Standesamt folgende Personaldokumente des Verstorbenen (soweit vorhanden) vorgelegt werden: Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis oder Heimatschein (Heimatrollenauszug), Heiratsurkunde, Meldezettel. Bei Verwitweten oder Geschiedenen außerdem: Sterbeurkunde des Ehegatten (der Ehegattin), Scheidungsurteil.

Dem Standesamt sollen über die Person des Verstorbenen folgende Angaben gemacht werden: Beruf, Religion, Familienstand, Kinder (Namen und Alter), Pensionsbezug.

Nach Eintragung des Sterbefalles folgt der Standesbeamte eine „Mitteilung an die Magistratsabteilung 43 – Städtische Friedhöfe" („Bescheinigung über die Eintragung eines Sterbefalles") sowie die „Sterbeurkunde" und einen „Auszug aus dem Sterbebuch" aus. Für die Be-

hebung des Krankenkassensterbegeldes, Geltendmachung von Versicherungsansprüchen usw. wird je ein „Auszug aus dem Sterbebuch" benötigt. Es empfiehlt sich, eine entsprechende Anzahl solcher „Auszüge aus dem Sterbebuch" ausstellen zu lassen.

4. Die vom Standesamt ausgefertigte „Mitteilung an die Magistratsabteilung 43 – Städtische Friedhöfe" („Bescheinigung über die Eintragung eines Sterbefalles") muß sofort der Anmeldestelle der Städtischen Bestattung übergeben werden, da ohne dieses Dokument die Durchführung der Bestattung oder Überführung unzulässig ist.

Weitere Hinweise für die Anmeldung bei der Städtischen Bestattung

Die Anmeldung kann in jeder Anmeldestelle (siehe Magistrat, Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie) erfolgen.

Die Städtische Bestattung steht für die Anmeldung eines Todesfalles auch am Wochenende und an Feiertagen in der Filiale, 4, Goldeggasse 19, von 7.30 bis 15.30 Uhr zur Verfügung.

Zur Anmeldung des Sterbefalles empfiehlt sich die Mitnahme von Dokumenten über einen etwa bestehenden Sterbegeldanspruch gegen Versicherungsanstalten, Krankenkassen usw., damit den Hinterbliebenen die mit der Flüssigmachung dieser Beträge verbundenen Wege nach Möglichkeit erspart werden können. Solche Dokumente sind: Ablebensversicherungspolizzen und Zusatzversicherungspolizzen sowie die zugehörigen Zahlungsabschnitte der letzten drei Monate, Arbeits- und Lohnbestätigung, ausgestellt vom Dienstgeber, Pensionsbescheid und letzter Postzahlungsabschnitt bzw. Kontoauszug, Mitgliedskarte der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) usw.

Bestattungskosten sind im allgemeinen vor Durchführung der Bestattungsfeier zu erlegen. Die Städtische Bestattung verfügt jedoch über eine eigene Kreditstelle, die in der Zentrale des Unternehmens ihren Sitz hat. Hier werden bei Vorliegen der für die Kreditgewährung üblichen Voraussetzungen die Bestattungskosten gestundet bzw. Ratenvereinbarungen getroffen.

Wahl des Friedhofes und der Grabstelle

Wegen der Auswahl des Friedhofes bzw. der Grabstelle in dem gewünschten Friedhof wende man sich am zweckmäßigsten direkt an die MA 43, 1, Werdertorgasse 6, Tel. 63 66 76, bzw. an die Verwaltung des betreffenden Friedhofes. Es empfiehlt sich unbedingt, die gewählte Grabstelle vor dem endgültigen Erwerb selbst zu besichtigen.

Erdbestattung

Für die Erdbestattung stehen zur Verfügung:

1. Einfache Gräber für einen Verstorbenen, Laufzeit zehn Jahre, ohne Möglichkeit der Laufzeitverlängerung.

2. Familiengräber in laufender Reihe und in ausgesuchter Lage für vier Verstorbene; Laufzeit zehn Jahre, jeweils um weitere zehn Jahre verlängerbar.

3. Gruftartige Gräber mit Steindeckel für vier Verstorbene; Laufzeit 20 Jahre, jeweils um zehn Jahre verlängerbar.

4. Grabkammern, das sind ausgemauerte gruftartige Gräber für vier Verstorbene; Laufzeit 60 Jahre, jeweils um zehn Jahre verlängerbar.

5. Grüfte für sechs oder neun Verstorbene mit den gleichen Rechten, wie sie für Grabkammern gelten.

EINTEILUNG DER FRIEDHÖFE

a) Hauptfriedhöfe

In den Hauptfriedhöfen sind sämtliche Grabstellentypen vorhanden.

Alle Hauptfriedhöfe haben bestimmte Zuweisungsbereiche, das heißt, daß für die aus dem Zuweisungsbereich stammenden Verstorbenen in dem betreffenden Hauptfriedhof Grabstellen zu den einfachen Entgelten abgegeben werden.

Wiener Zentralfriedhof

Der Zuweisungsbereich umfaßt die Bezirke 1 bis 23.

Stammersdorfer Zentralfriedhof

Der Zuweisungsbereich umfaßt den 20. und 21. Bezirk.

Asperner Zentralfriedhof

Der Zuweisungsbereich umfaßt den 22. Bezirk.

Liesinger Zentralfriedhof

Der Zuweisungsbereich umfaßt den 23. Bezirk.

b) Wahlfriedhöfe

In den übrigen Friedhöfen gibt es nur Grabstellen in ausgesuchter Lage, die für Verstorbene, die innerhalb eines bestimmten Stadtgebietes (Zone) gewohnt haben, zu den hiefür bestimmten Entgelten, die außerhalb davon gewohnt haben, zu erhöhten Entgelten überlassen werden. Auch die Hauptfriedhöfe gelten dann als Wahlfriedhöfe mit doppelten Entgelten, wenn dort Verstorbene bestattet werden sollen, die nicht aus dem Zuweisungsbereich des Hauptfriedhofes stammen.

Feuerbestattung

Die Einäscherung von Verstorbenen findet in der Simmeringer Feuerhalle, gegenüber dem 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofes sowie in der Stammersdorfer Feuerhalle statt.

1. Grabstellen für Urnenbestattung

Urnengräber für acht Aschenurnen in laufender Reihe oder in ausgesuchter Lage; Laufzeit zehn Jahre.

Die Bestattung von Urnen ist ferner in Nischen von hiezu bestimmten „Urnenmauern", in Nischen von Grabsteinen sowie in Erdgräbern, in denen bereits Erdbestattungen stattgefunden haben, zulässig.

2. Urnenhaine

Urnenbestattungen können in den Urnengrabstellen des Urnenhaines der Simmeringer Feuerhalle und in denen der innerhalb des Südwestfriedhofes, des Stammersdorfer Zentralfriedhofes und der Friedhöfe Meidling, Ober-St. Veit, Baumgarten, Hütteldorf, Hernals, Ottakring, Dornbach, Pötzleinsdorf, Neustift, Grinzing, Sievering, Groß-Jedlersdorf, Jedlesee, Kagran, Aspern, Mauer, Liesing, Atzgersdorf, Erlaa und Inzersdorf gelegenen Urnenhaine vorgenommen werden.

Allgemeines

1. Besuchszeiten

Die Friedhöfe sind in den Monaten

Jänner, Februar, November und Dezember von 8 bis 17 Uhr,

März, April, September und Oktober von 7 bis 18 Uhr,

in den übrigen Monaten von 7 bis 19 Uhr geöffnet.

2. Ordnungsbestimmungen

Das Verhalten während des Aufenthaltes ist dem Ernst, der Weihe und der Widmung des Friedhofs entsprechend anzupassen. Insbesondere ist untersagt, Friedhofsanlagen, Gräber oder Grabmäler zu verunreinigen oder zu beschädigen, Pflanzen und Erdmaterial von fremden Anlagen zu entfernen, im Friedhof zu lärmen, zu betteln, Waren zum Verkauf anzubieten, zu werben oder Reklame zu entfalten.

Abfälle aller Art, wie z. B. Unkraut, alte Kränze, Blumenspenden oder überschüssige Erde, sind in Abfallbehälter oder auf Ablagerungsplätze zu schaffen.

Die Mitnahme von Tieren ist nur dann zulässig, wenn diese für gewerbliche Arbeiten benötigt werden und ihre Verwendung von der Friedhofsverwaltung zugelassen worden ist.

Die Verwendung von Kinderwagen und Invalidenfahrzeugen für Einzelpersonen ist zulässig. Für Fahrzeuge der Gewerbetreibenden gilt eine Sonderregelung. Im Wiener Zentralfriedhof können Personenkraftwagen einfahren, wenn ein Einfahrtsschein gelöst und ein Entgelt für die Einfahrt bezahlt wird. Es dürfen jedoch nur die bezeichneten Straßen benützt werden. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 20 Stundenkilometer.

3. Gesperrte Friedhöfe

In den Friedhöfen Kaiser-Ebersdorf, Meidling, Altmannsdorf, Hetzendorf, Lainz, Hadersdorf, Gersthof, Pötzleinsdorf, Heiligenstadt, Stammersdorf-Ort, Leopoldau, Hirschstetten, Stadlau, Erlaa, Siebenhirten und Kalksburg werden keine neuen oder heimgefallenen Grabstellen abgegeben. Beilegungen in bestehenden Gräbern sind nur bis zum 31. Dezember 1985 möglich.

Grabrechtsangelegenheiten

1. Benützungsrecht

Das Recht an einer Grabstelle ist ein privatrechtliches Benützungsrecht eigener Art. Als Benützungsberechtigter gilt der Erleger des ersten Grabstellenentgeltes. Das Benützungsrecht umfaßt das Recht zur Beisetzung der zulässigen Anzahl von Särgen und Aschenkapseln, zur gärtnerischen Ausgestaltung und schließlich das Recht zur Aufstellung eines Gedenkzeichens am Kopfende der Grabstelle. Alle sonstigen Vorhaben bedürfen einer besonderen Vereinbarung mit der MA 43.

Das Benützungsrecht geht im Erbweg über. Es kann durch Rechtsgeschäfte auf den Todesfall oder unter Lebenden nicht übertragen werden.

2. Friedhofstarife

Für Entgelte wird grundsätzlich die Vorauszahlung vereinbart. Streichungen, Ermäßigungen, Stundungen oder Teilzahlungen sind nicht vorgesehen.

a) Grabstellenentgelte:

Die Höhe der Entgelte richtet sich nach dem Friedhof und nach der jeweiligen Lage einer Grabstelle.

Hauptfriedhöfe:

Familiengrab in laufender Reihe
für vier Leichen auf zehn Jahre 280 S

Familiengrab in ausgesuchter Lage für vier Leichen auf zehn Jahre 580 bis 1.460 S

Wahlfriedhöfe:

Familiengrab in ausgesuchter Lage
für vier Leichen auf zehn Jahre 1.160 bis 2.920 S

In einzelnen Friedhöfen kann ein Familiengrab schon bei Lebzeiten, also ohne Bestattung eines Verstorbenen, erworben werden. In diesem Fall erhöhen sich die Entgelte um 100%.

Entgelt für ein Urnengrab:

1 m² für acht Aschenkapseln
auf zehn Jahre 280 bis 1.460 S

b) Arbeitsentgelte:

Beisetzung einer Leiche 1.455 bis 2.630 S
Beisetzung einer Aschenkapsel 390 bis 1.365 S
Enterdigung einer Leiche 1.540 bis 2.685 S
Enterdigung einer Aschenkapsel 160 bis 1.390 S
Einäscherung einer Leiche 400 S

3. Erlöschen des Benützungsrechtes an Grabstellen

Das Benützungsrecht erlischt nach Ablauf der Zeitdauer, für welche die Grabstelle erworben worden ist. Diese Zeitspanne ist auf der Quittung über den Erwerb der Grabstelle angegeben. Innerhalb eines Jahres nach dem Erlöschen des Benützungsrechtes wird das Benützungsrecht über Verlangen um jeweils zehn Jahre erneuert, wenn die Grabausgestaltung zu diesem Zeitpunkt der Friedhofsordnung entspricht.

4. Erhaltung der Grabstellen

Die Grabstellen müssen stets in gutem und gepflegtem Zustand erhalten werden. Wird dieser Verpflichtung trotz schriftlicher Aufforderung durch die MA 43 nicht entsprochen, erlischt das Benützungsrecht. Der Benützungsberechtigte kann nach Einholung der Zustimmung der MA 43 Gedenkzeichen entfernen. Die MA 43 ist berechtigt, Gedenkzeichen nach dem Erlöschen des Benützungsrechtes zu entfernen und darüber frei zu verfügen, wenn der Benützungsberechtigte sich nicht verpflichtet hat, innerhalb einer angemessenen Frist die Gedenkzeichen selbst zu entfernen.

DIE ÖMV
IM DIENSTE
ÖSTERREICHS

Die Stadt Wien haftet nicht für den Bestand der auf den Grabstellen befindlichen Gedenkzeichen, Bepflanzung und sonstigen Grabausstattung.

5. Auskünfte

a) Über Lage oder Laufzeit eines Grabes (nur bei Angabe des Namens und der Sterbedaten eines darin beerdigten Verstorbenen) bei der Verwaltung des betreffenden Friedhofes.

b) Grabrechtsfragen bei der MA 43, 1, Werdertorgasse 6, Tel. 63 66 76.

c) Herstellung von Fundamenten, Grabausmauerungen, Grüften und sonstige technische Angelegenheiten, wie unter b).

6. Einzahlung von Entgelten

Bei Erwerb einer Grabstelle, Verlängerung oder Erneuerung des Benützungsrechtes sind die Entgelte für die Wiener Friedhöfe in der Tarifstelle der MA 43, 1, Werdertorgasse 6, Tel. 63 66 76, einzuzahlen.

Bei Erwerb einer Grabstelle, Verlängerung oder Erneuerung des Benützungsrechtes anläßlich einer Bestattungsdurchführung übernimmt die Städtische Bestattung die Einzahlung der Entgelte.

Grabausstattung

1. Ausschmückung

Die Ausschmückung von Grabstellen kann den örtlichen Filialen der Städtischen Friedhofsgärtnerei bzw. den Friedhofsmeistern (Kontrahenten) oder anderen Privatgärtnern übertragen werden; im Friedhof Baumgarten besorgen die Grabausschmückung nur private Gärtner.

2. Gedenkzeichen

Die Städtische Steinmetzwerkstätte, 11, Simmeringer Hauptstraße 339, gegenüber dem 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofes (Tel. 74 12 01) nimmt Bestellungen auf Grabsteine, Einfassungen, Grabdeckplatten, Gruftbeläge und alle sonstigen Grabausstattungsgegenstände entgegen.

3. Fundamente

Im Wiener und Stammersdorfer Zentralfriedhof, im Südwestfriedhof und in den Friedhöfen Hietzing, Baumgarten, Ottakring, Hernals und Neustift sowie im Urnenhain der Simmeringer Feuerhalle können Fundamente für Grabsteine und Grabeinfassungen nur bei den jeweiligen Verwaltungen bestellt werden. In allen übrigen städtischen Friedhöfen können sie von jedem befugten Baugewerbetreibenden ausgeführt werden.

BILDUNG UND AUSSERSCHULISCHE JUGENDBETREUUNG

(MA 13)

Landesjugendreferat

Das Landesjugendreferat Wien ist mit der außerschulischen Jugendarbeit beauftragt und daher für den Freizeitbereich von rund 250.000 Kindern und Jugendlichen (von sechs bis 19 Jahren) zuständig.

In Zusammenarbeit mit Schule, Elternhaus und Jugendorganisationen werden Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt, werden Einrichtungen, wie Jugendleiterschule und Medienzentrum, geschaffen und betreut, die der Förderung der musischen und sportlichen Anlagen, der Weckung von Kreativität und Fantasie, der Kommunikation und einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen dienen sollen.

Um dieses Ziel zu erreichen, führt das Landesjugendreferat Wien in Zusammenarbeit mit Schule, Jugendorganisationen, verschiedenen Magistratsabteilungen und vielen anderen Institutionen folgende Aktionen und Veranstaltungen durch:

Redewettbewerb mit der Österreichischen Liga der Vereinten Nationen
Bezirksjugendsingen im Rahmen der Wiener Festwochen, Landessingen (jedes dritte Jahr)
Dichterlesungen an Wiener Pflichtschulen
„Maifest" auf dem Rathausplatz und im Rathaus
„Volkstanzfest vor dem Schloß Schönbrunn" und Volkstanzkurse
Medienerziehung, Schulung der Lehrer und Jugendleiter, Führung eines Medienzentrums, Symposien
Filmdiskussionen
„Wiener Ferienspiel" für alle Wiener Schulkinder
„pop-odrom", ein Bandwettbewerb in den Gruppen Rock, Jazz und Folk
Schikurse während der Weihnachts- und Semesterferien
„Wiener Ferien Club", Freizeitangebote für junge Leute ab 15 Jahren
„Schultheater-Festival", für Spielgruppen an Wiener Schulen
Internationale Jugendtheatertage in Wien
„Treffpunkt Schule", Spielnachmittage in sieben „offenen Schulen"
„Samstag-Klubs" in Volks- und Sonderschulen mit schulfreiem Samstag
Kurse in Modellbau, Zeichnen und Malen usw.
Freizeitaktionen zum Nulltarif während der Semesterferienwoche
Sportaktionen in Zusammenarbeit mit der MA 51, z. B. „Fahrt zum Spiel", „Schwimmen" usw.

weiters betreut das Landesjugendreferat Wien in Zusammenarbeit mit den Vereinen „Wiener Jugendkreis" bzw. „Jugendzentren der Stadt Wien"

die Jugendleiterschule der Stadt Wien, 8, Zeltgasse 7, und derzeit 20 Jugend- und Kommunikationszentren, und zwar

Jugendzentrum Leopoldstadt
2, Wehlistraße 178, Tel. 26 61 64
Kulturelles Jugendzentrum Erdberg
3, Gestettengasse 12–14, Tel. 73 47 26
Haus der Jugend am Matzleinsdorfer Platz
5, Grünwaldgasse 4, Tel. 55 14 784
Haus der Wiener Jugend
8, Zeltgasse 7, Tel. 42 14 35
Jugendzentrum Alsergrund
9, Marktgasse 35, Tel. 31 42 70
Club „Bassena"
10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse Nr. 2/A/2/16, Tel. 68 53 57
Jugendzentrum Wendstattgasse
10, Wendstattgasse 3, Tel. 68 16 58
Jugendzentrum Kaiser-Ebersdorf
11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 67, Tel. 76 46 104
Jugendzentrum Simmering
11, Pantucekgasse 13, Tel. 76 13 88

Jugendzentrum Hietzing
13, Eduard Klein-Gasse 2, Tel. 82 12 05
Jugendzentrum Rudolfsheim
15, Hollergasse 22–26, Tel. 85 81 13
Musisches Zentrum
15, Schwendergasse 41, Tel. 85 14 44
Jugendzentrum Währing
18, Weimarer Straße 8–10, Tel. 43 99 39
Jugendzentrum Strebersdorf
21, Dr. Albert Geßmann-Gasse 38, Tel. 39 14 37
Jugendzentrum Großfeldsiedlung
21, Meistergasse 3, Tel. 38 71 19
Jugendzentrum Floridsdorf
21, Prager Straße 20, Tel. 30 13 04
Jugendzentrum Prinzgasse
22, Breitenlee, Prinzgasse 3, Tel. 22 61 46
Jugendzentrum Donaustadt
22, Kagran, Bernoullistraße 1, Tel. 23 31 49
Jugendzentrum Rennbahnweg
22, Kagran, Lieblgasse 3, Tel. 23 61 08
Jugendzentrum Liesing
23, Liesing, Gattererderstraße 10, Tel. 88 42 86

Das Landesjugendreferat Wien organisiert die Jungbürgerfeiern (Jungbürgerbuch), führt die Subventionierung der Wiener Jugendorganisationen und anderer Organisationen durch und unterstützt diese Organisationen durch Verleih von Filmgeräten und Filmen und stellt Diskussionsleiter zur Verfügung.

Städtische Büchereien

Zentrale: Haus des Buches, 8, Skodagasse 20, Tel. 42 61 63

Die Wiener Städtischen Büchereien sind öffentliche Leihbüchereien, die bestrebt sind, jedem Wiener den Lesestoff, den er benötigt oder der ihm Freude und Entspannung bringt, zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Das Angebot an Büchern und Zeitschriften reicht vom Bilderbuch für das Vorschulkind über alle Gattungen der Unterhaltungsliteratur bis zum Sachbuch der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen. In den Städtischen Büchereien werden damit jedem Interessierten Mittel zur Selbstbildung, Information, Unterhaltung und Entspannung angeboten. Die Benützung ist für Kinder und Jugendliche gratis, für Erwachsene beträgt die Gebühr 2 S pro Buch bei drei Wochen Entlehnfrist. Es gibt in Wien ein Netz von 56 Städtischen Büchereien, sodaß jeder Wiener seine Bücherei in einer zumutbaren Entfernung findet. In den dünn besiedelten Außenbezirken, wo eine eigene Zweigstelle nicht mehr rentabel geführt werden kann, bringen Bücherbusse die Bücher regelmäßig als mobile Büchereien zu den Interessenten. In der Zentrale der Städtischen Büchereien gibt es das besonders reichhaltige Buchangebot der Hauptbücherei mit ca. 70.000 Bänden und eine Musikbücherei, in der an Abhörtischen Musik nach Wunsch gratis gehört werden kann. Seit Oktober 1977 werden dort auch Musikkassetten verliehen. (Siehe das Verzeichnis der Büchereistellen beim Magistrat, MA 13.)

Musiklehranstalten der Stadt Wien

Die Stadt Wien hat mit der Errichtung der Musiklehranstalten eine Bildungseinrichtung geschaffen, die vom elementaren Musikunterricht bis zur Ausbildung hochqualifizierter Berufsmusiker reicht.

Die breite Basis des Bildungsangebotes stellt die Kindersingschule dar, in der in dreijährigen Kursen im Rahmen Städtischer Volksschulen Gesang und Blockflöte unterrichtet wird.

Hier wird die Grundlage für eine lebenslange innige Beziehung zur Musik gelegt, auf der nicht nur ein weiterführendes Fachstudium aufbauen kann, sondern mit der auch ein wesentlicher Beitrag zur Heranbildung eines fachkundigen musikverständigen Publikums geleistet wird. Damit wird in beiden Richtungen der Ruf Wiens als Stätte der Musik gesichert, der nur in einer Atmosphäre eines breitgestreuten Musikverständnisses gedeihen kann.

17 Bezirksmusikschulen bieten die Möglichkeit eines Übertritts in das Konservatorium der Stadt Wien und damit die Voraussetzung für ein Berufsstudium, das sowohl zu einer Fachreife- bzw. Diplomprüfung als auch zur Staatlichen Lehrbefähigung als Musikerzieher führen kann. (Siehe das Verzeichnis der Musikschulen beim Magistrat, MA 13.)

Seit dem Studienjahr 1978/79 besteht als 18. Musikschule die „Internationale Schule für Musik", die den Kindern der in Wien ansässigen Diplomaten und UNO-Angestellten zur Verfügung steht.

Institutionen der Erwachsenenbildung

Die Institutionen der Erwachsenenbildung in Wien bieten ein umfassendes Lernangebot in allen Wissensgebieten mit modernen, audio-visuell unterstützten Lehrmethoden an.

Folgende Einrichtungen der berufsbildenden und der allgemeinbildenden Erwachsenenbildung stehen zur Verfügung:

Berufsförderungsinstitut: 1, Wipplingerstraße 33, Tel. 63 37 11

Wirtschaftsförderungsinstitut: 18, Währinger Gürtel Nr. 97–99, Tel. 34 66 22

Wiener Volkshochschulen: Die Wiener Volkshochschulen bieten in zahlreichen Arbeitsstellen (siehe Abschnitt Kultur, Freizeit und Sport) Weiterbildung auf allen Wissensgebieten, in Fremdsprachen, künstlerischen Fertigkeiten und berufsförderndem Allgemeinwissen. Die Kurse beginnen jeweils im September und im Februar, Auskünfte erteilt der Verband Wiener Volksbildung, 2, Ferdinandstraße 16 bis 18, Tel. 26 25 46.

Bildungswerke: Katholisches Bildungswerk der Erzdiözese Wien, 1, Stephansplatz 6, Tel. 52 55 31
Evangelisches Bildungswerk, 5, Hamburger Straße 3, Tel. 56 37 99

Verband Wiener Volksbildungswerk: 9, Berggasse 17, Tel. 34 01 55

Auskünfte über Fragen der Erwachsenenbildung erteilt das Volksbildungsreferat der MA 13, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, Tel. 42 8 00*, 2729.

Landesbildstelle Wien

7, Zieglergasse 49, Tel. 93 32 24

Medien-Verleihstellen:

Mitte, 7, Zieglergasse 49
Nordost, 21, Angerer Straße 14
Südost, 3, Reisnerstraße 43
Südwest, 14, Penzinger Straße 59

Der Landesbildstelle obliegt die Versorgung der Wiener Pflichtschulen mit audio-visuellen Medien und Geräten, die technische Betreuung dieser Geräte, die Beschaffung und Selbstproduktion von Unterrichtsfilmen, Diaserien und anderer audio-visueller Lehrmittel sowie die audio-visuelle umfassende Fachberatung; weiters die Beschaffung audio-visueller Medien und Geräte für Dienststellen und Institutionen des Magistrats sowie die fotografische und filmische Dokumentation wichtiger Ereignisse der Wiener Stadtverwaltung.

In den angeführten Medien-Verleihstellen können von den Wiener Bildungseinrichtungen Filme und audio-visuelle Lehrmittel – vor allem für den Unterrichtsgebrauch – entlehnt werden. Die Entlehnung an Wiener Pflichtschulen erfolgt kostenlos. Die Entlehnung von Filmen und Filmprojektoren an Privatpersonen und Privateinrichtungen ist an den Nachweis der Befähigung, Filmprojektoren ordnungsgemäß bedienen zu können, gebunden. Dieser Nachweis kann bei allen Landesbildstellen sowie bei der Bundesstaatlichen Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm erworben werden.

Im Fotoarchiv der Landesbildstelle, in dem Fotos von Wiener Persönlichkeiten, Gebäuden, wichtigen Ereignissen sowie Flugbilder vorhanden sind, kann man gegen Leistung einer entsprechenden Gebühr Kopien dieser Archivstücke erwerben.

Die Landesbildstelle dient unter Bedachtnahme auf die Gegebenheiten und Erfordernisse der Gegenwart mit ihren Facheinrichtungen als audio-visuelle Servicestelle allen Bildungseinrichungen, Dienststellen und Institutionen des Wiener Magistrats.

Modeschule der Stadt Wien

12, Hetzendorfer Straße 79

Die Wiener Modeschule im Schloß Hetzendorf hat die Aufgabe, den Nachwuchs für die kreativen Modeberufe auszubilden. Sie vermittelt eine gründliche technisch-gewerbliche Fachbildung, die mit allgemeinbildendem Unterricht und einer modisch-künstlerischen Schulung verbunden ist. Die Absolventen können die Berufe des Modezeichners, der Modelldirektrice, des Modellisten und Einkäufers für die Modebranche ausüben oder nach einer Praxiszeit die Meisterprüfung ablegen und selbständige Unternehmer werden.

Um Aufnahme können sich Mädchen und Burschen nach erfolgreicher Absolvierung der achten Schulstufe bewerben. Bei der Aufnahmsprüfung werden die modisch-künstlerische Begabung, das Geschick für Handwerksarbeit und das Intelligenzniveau als Voraussetzung für das fünfjährige Studium getestet. Die erste Klasse gilt als neuntes Pflichtschuljahr. Für Maturanten verkürzt sich die Studienzeit um ein Jahr.

Den Studierenden stehen fünf Fachabteilungen mit Lehrwerkstätten zur Wahl: „Modeentwurf und Damenkleidermachen", „Modell-Modisterei", „Modell-Lederwaren", „Strick- und Wirkmode" und „Textilentwurf und -druck". Die Ausbildung umfaßt auch die Teilnahme an Ausstellungen und Wettbewerben sowie die Mitarbeit an der Kollektionsgestaltung für Modeschauen von internationalem Ruf.

Studium: kostenlos
Materialkosten: jährlich ca. 3.000 S
Werkstättenbeitrag ab drittem Studienjahr jährlich 300 S

Konservatorium der Stadt Wien

Das Studium am Konservatorium der Stadt Wien ist ein berufsbildendes Fachstudium. Studierende im Pflichtschulalter werden nur bei außergewöhnlicher Begabung aufgenommen, werden aber in der Regel an eine der angeschlossenen 17 städtischen Musikschulen verwiesen.

Aufnahmebedingung ist der Nachweis der Musikalität und die Eignung für das gewählte Studienfach im Rahmen einer Aufnahmsprüfung. Als Alterslimit gilt für Neueintretende lediglich das mit der Ausbildungsstufe korrespondierende Alter.

Zur Wahl stehen folgende Abteilungen:

I – Komposition, Dirigieren und Korrepetition
II – Tasteninstrumente
III – Saiteninstrumente
IV – Blasinstrumente und Schlagwerk
V – Sologesang (Seminar für Berufschorsänger, Seminar für Lied und Oratorium)
VI – Musikerziehung
VII – Orchester und Chor
VIII – Oper
IX – Unterhaltungsmusik (Seminar für Schrammelmusik)
X – Jazz
XI – Tanz

Das Studium schließt mit einer Reifeprüfung bzw. darüber hinaus mit einer Diplomprüfung ab, die sowohl für die Laufbahn als Solist als auch Orchestermitglied oder Chorsänger qualifiziert.

Schüler, die eine pädagogische Laufbahn anstreben, können die Staatliche Lehrbefähigungsprüfung ablegen, die zum Instrumentalunterricht an Allgemeinbildenden Höheren Schulen sowie zum Gesangs- oder Instrumentalunterricht an Musikschulen, Pädagogischen Akademien, musisch-pädagogischen Gymnasien usw. und als Lehrer im freien Beruf berechtigt.

Da die Stadt Wien für alle Ausgaben des Konservatoriums voll aufkommt, sind ordentliche Schüler, d. h. solche, die außer dem jeweiligen Hauptfach die theoretischen Ergänzungsfächer und als Nebenfach Klavier belegen, von Studiengebühren gänzlich befreit. Außerordentliche Schüler zahlen je nach Fach durchschnittlich 600 S pro Schuljahr.

Die Fachbibliothek des Konservatoriums steht unentgeltlich zur Verfügung. Aus dem Instrumentenarchiv können von Musikschülern nach Maßgabe des Fundus Leihinstrumente gegen eine geringe Leihgebühr entlehnt werden.

Die Anmeldungen sind jeweils in der ersten Septemberwoche für den Schulbeginn, in der letzten Jännerwoche für das Sommersemester möglich.

VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI
Köhler/Gürtler
INTERNATIONALES PRIVATRECHT
Umfang: 539 Seiten, Kunstledereinband, S 610,– inkl. MwSt.

DAMPFKESSELÜBERWACHUNG

(MA 32)

Pflichten der Benützer von Hochdruckkesseln, Dampfgefäßen und Druckbehältern

Dem zuständigen Überwachungsorgan, das ist entweder der Dampfkesselprüfungskommissär des Bundeslandes Wien (8, Friedrich Schmidt-Platz 5) oder der Dampfkesselinspektor des Technischen Überwachungs-Vereines (1, Krugerstraße 16), muß schriftlich angezeigt werden:

a) die Aufstellung und die Absicht der Benützung einer Dampfkesselanlage, eines Dampfgefäßes oder eines Druckbehälters, damit vorher die Erprobung oder Betriebsprüfung vorgenommen werden kann,
b) die Bereitstellung eines Kessels, eines Dampfgefäßes oder eines Druckbehälters zu den wiederkehrenden Untersuchungen (alle drei Jahre innere Untersuchung und alle sechs Jahre zusätzlich Druckprobe),
c) alle Veränderungen und größeren Ausbesserungen,
d) die beabsichtigte Änderung der Ausrüstung, z. B. Feuerungsanlage, Sicherheitsventile oder Speisevorrichtung,
e) der Standortwechsel oder die Außerbetriebnahme eines Kessels, eines Dampfgefäßes oder eines Druckbehälters,
f) der Verkauf eines Kessels, eines Dampfgefäßes oder eines Druckbehälters unter Angabe des Käufers.

Wartung von Dampfkesseln und Wärmekraftmaschinen

Zur selbständigen Wartung (Bedienung) von konventionell beheizten Dampfkesseln (nicht nuklear beheizten Dampfkesseln) sowie zur selbständigen Wartung (Bedienung, Führung) von Wärmekraftmaschinen dürfen nur solche Personen (Betriebswärter) zugelassen werden, die

a) mindestens 18 Jahre alt sind,
b) nüchternes und verläßliches Verhalten aufweisen und die erforderliche Vertrauenswürdigkeit besitzen,
c) die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten sich angeeignet haben und
d) ihre Befähigung durch das Zeugnis über die mit Erfolg abgelegte fachtechnische Prüfung nachweisen.

Für die Abnahme dieser Prüfung sind die Dampfkesselprüfungskommissäre des Bundeslandes Wien und die Dampfkesselinspektoren des Technischen Überwachungs-Vereines zuständig.

Um zur Prüfung als Betriebswärter zugelassen zu werden, muß der Bewerber nachweisen, daß er die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten beim Betrieb eines Dampfkessels oder jener Gattung von Wärmekraftmaschinen, für deren Wartung er die Berechtigung anstrebt, sich durch eine in der Regel nicht unter neun Monate dauernde praktische Verwendung unter Aufsicht eines geprüften Betriebswärters angeeignet hat.

Befreit von der Ablegung der Prüfung sind Personen für die Wartung von

a) Niederdruckdampfkesseln, das sind Dampfkessel mit einem Betriebsdruck bis 0,5 bar,
b) Dampfkesseln bis 1 bar und Heißwasserkesseln bis 120° C, sofern der Rauminhalt 50 m³ nicht überschreitet,
c) Zwergkesseln, das sind Dampfentwickler, bei denen das Produkt aus dem Betriebsdruck in bar und dem gesamten Rauminhalt in Liter die Zahl 20 nicht überschreitet,
d) Dampfkesseln, bei denen der zulässige Betriebsdruck 6 bar und das Produkt aus dem zulässigen Betriebsdruck und dem Wasserinhalt in Liter die Zahl 600 nicht übersteigt (z. B. ein Kessel mit einem Betriebsdruck von 4 bar und einem Inhalt von 150 Liter),
e) elektrisch beheizten Dampfkesseln,
f) ortsfeste Dampfkraftmaschinen mit einer Dauerleistung bis 150 kW,
g) ortsfeste Verbrennungskraftmaschinen bis 370 kW.

FEUERWEHR UND KATASTROPHENSCHUTZ WIEN

(MA 68)

Welche Hilfeleistungen der Feuerwehr der Stadt Wien sind unentgeltlich?

Die Feuerwehr leistet bei öffentlichen Notständen innerhalb Wiens im allgemeinen kostenlos Hilfe. Ein öffentlicher Notstand in diesem Sinne liegt dann vor, wenn dem einzelnen oder der Allgemeinheit augenblicklich schwerwiegende Gefahr für Leben, körperliche Sicherheit, Freiheit von Menschen oder für wertvolle Sachgüter drohen, die mit anderen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abgewendet werden können.

Solche öffentliche Notstände sind: Brände, drohende oder vermutete Brandgefahr, Ausströmen von Giftgasen, Entwicklung feuer- oder explosionsgefährlicher Dämpfe, Explosionen, Einsturz von Gebäuden, Gerüsten, Elementarereignisse, wie Hochwasser, Sturm, außergewöhnliche Niederschläge. In diesen Fällen – die Aufzählung ist selbstverständlich nicht vollständig – erfolgt die Hilfe der Feuerwehr kostenlos. Voraussetzung ist aber, daß die Feuerwehraktion nicht durch vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten verursacht wurde. Ein Beispiel für ein vorsätzlich schuldhaftes Verhalten ist Brandlegung, etwa zum Zweck des Versicherungsbetruges. Ein grob fahrlässiges Verhalten (sogenannte auffallende Sorglosigkeit) liegt z. B. dann vor, wenn ein Brand in einer gewerblichen Betriebsanlage verursacht wurde, weil rechtskräftige Betriebsbedingungen nicht beachtet wurden.

Bei Verkehrsunfällen leistet die Feuerwehr kostenlos Hilfe.

Versperrte Räume werden von der Feuerwehr kostenlos geöffnet, wenn dies zur Behebung eines feuer- oder explosionsgefährlichen oder sicherheitsgefährdenden Zustandes notwendig ist. Dies trifft z. B. zu, wenn in dem versperrten Raum ein Gasgerät, ein Petroleumofen in Betrieb, ein elektrisches Bügeleisen eingeschaltet, ein Kind oder eine hilfsbedürftige erwachsene Person eingeschlos-

sen ist. Das Schließen offengelassener Wasserläufe in versperrten Räumen ist unter allen Umständen kostenersatzpflichtig.

Bei mißbräuchlichem Herbeirufen der Feuerwehr können dem Täter die Kosten der Ausrückung auferlegt werden. Der Tatbestand des mißbräuchlichen Herbeirufens der Feuerwehr ist außer bei Mystifikationen auch dann gegeben, wenn die Ausfahrt der Feuerwehr durch bewußt unrichtige Angaben zu dem Zweck bewirkt wird, eine nicht in den Wirkungskreis der Feuerwehr fallende oder gebührenpflichtige Leistung kostenlos zu erreichen.

Für dringende Hilfeleistungen, die nicht der Behebung eines öffentlichen Notstandes dienen, sowie für die Beistellung von Personal, Fahrzeugen, Geräten, Ausrüstungsgegenständen der Feuerwehr der Stadt Wien sind die festgesetzten Gebühren zu entrichten oder Kosten zu ersetzen. Dies gilt insbesondere für das Beseitigen von Verkehrshindernissen, Entfernen falsch geparkter PKWs und das Abschleppen solcher Fahrzeuge auf einen Lagerplatz der Stadt Wien. Schriftliche Ansuchen um gebührenpflichtige Hilfeleistungen oder Beistellungen sind stempelpflichtig.

Wie verhält man sich bei einem Brand?

Das Verhalten bei Entstehung oder Entdeckung eines Brandes ist für das Ausmaß des Schadens von wesentlicher Bedeutung. Je früher die Feuerwehr mit der Brandbekämpfung einsetzen kann, umso geringer wird der Schaden sein. Jedermann, der einen Brand wahrnimmt, muß daher auf raschestem Wege die Feuerwehr verständigen (Tel. 122). In Objekten, die eine Brandmeldeanlage mit direkter Verbindung zur Feuerwehrzentrale besitzen, ist der Brandmelder zu betätigen. Nach erfolgter Verständigung der Feuerwehr sind die Löschkräfte in der Nähe des Brandobjektes – falls es sich um eine größere Betriebsanlage handelt, beim Einfahrtstor – zu erwarten und zur Brandstelle zu weisen.

Wenn – unabhängig von der sofortigen Verständigung der Feuerwehr – die Möglichkeit besteht, erste Löschversuche vorzunehmen, ist zu beachten, daß

Löschwasser nicht in Rauch und Flammen, sondern direkt auf die brennenden Gegenstände geschleudert werden soll,

zum Löschen brennender Flüssigkeiten kein Wasser, sondern feiner Sand oder ein für Flüssigkeitsbrände geeigneter Handfeuerlöscher (für Brandklasse B) zu verwenden ist,

leicht brennbare Gegenstände aus der Nähe des Brandes entfernt oder, wenn dies nicht möglich ist, mit Wasser bespritzt werden müssen.

Sind die ersten Löschversuche erfolglos, muß getrachtet werden, dem Feuer durch rasches Schließen von Türen und Fenstern die Luftzufuhr abzusperren.

Stiegenhäuser und Fluchtwege für Menschen sind vor Verqualmung durch Schließen der einmündenden Türen und Öffnen der Fenster ins Freie zu schützen.

Menschen, die infolge verqualmter Fluchtwege nicht mehr ins Freie gelangen können, sollen sich – die Türen hinter sich schließend – in die nächstgelegenen Räume begeben, dort die Fenster öffnen und sich der Feuerwehr durch Zuruf bemerkbar machen. Bei Nacht sind die Räume zu beleuchten.

Bei Wohnungsbränden sollen nach Möglichkeit in der über der brennenden Wohnung gelegenen Wohnung die Vorhänge vor den Fenstern abgenommen und leicht brennbare Gegenstände aus der Fensternähe entfernt werden, ebenso auf Balkonen.

Die Gefahr einer schlagartigen Brandausbreitung bei Zimmerbränden ist vor allem in neueren Wohnhausanlagen sehr gering. Es besteht somit in diesen Fällen keinerlei Grund zur Panik.

Abschließend soll noch erwähnt werden, daß die Tätigkeit der Löschmannschaft selbstverständlich nicht durch Neugierige behindert werden darf und die Anordnungen zur Freihaltung des erforderlichen Platzes beachtet werden müssen.

Was darf auf Dachböden gelagert werden?

Auf Dachböden dürfen leicht entzündliche, zündschlagfähige oder schwer löschbare Stoffe, insbesondere brennbare Flüssigkeiten, Brennstoffe, Reisig, Heu, Stroh, Seegras, brennbares Verpackungsmaterial oder brennbare Abfälle, nicht gelagert werden. Von diesem Verbot ist unter bestimmten Voraussetzungen die Lagerung von Erntegütern in landwirtschaftlichen Betrieben ausgenommen. Alle auf Dachböden gelagerten Gegenstände müssen leicht zugänglich sein, Rauchfänge und Dachbodenfenster müssen von jeder Lagerung frei bleiben.

Im Sinne dieser Vorschrift dürfen also in Dachböden Möbel, unter Ausschluß von Polstermöbeln, die mit Seegras, Afrik oder dgl. gefüllt sind, sowie Kisten, Koffer u. ä. gelagert werden, wenn sie in einer dem Bodenausmaß angemessenen Menge geordnet und übersichtlich untergebracht werden. In den Möbelstücken, Kisten und Koffern dürfen auch Schriften, Bücher, Kleider, Wäsche u. dgl. verwahrt werden.

Wie müssen Dachbodenabteile beschaffen sein?

Dachbodenabteile müssen so beschaffen sein, daß die in ihnen untergebrachten Gegenstände auch dann als zugänglich anzusehen sind, wenn die Abteile versperrt sind. Dies trifft dann zu, wenn

1. die Dachbodenabteile so angeordnet und bemessen sind, daß in allen allgemein zugänglichen Teilen des Dachbodens Verkehrswege von mindestens 1 m Breite freibleiben,
2. die Abteile durch Lattenwände mit möglichst großem Lattenabstand unter Ausschluß von Drahtgitter gebildet sind, wobei die Höhe der Lattenwände 2 m nicht überschreiten soll und an den Wänden Stacheldraht oder ähnliche Hindernisse unter keinen Umständen angebracht werden dürfen.

Überdies müssen Dachfenster und Rauchfänge außerhalb der Abteile bleiben und dürfen die Dachbodenabteile nicht an Rauchfängen anliegen.

Das Herstellen von Dachbodenabteilen bedarf der Zustimmung des Hauseigentümers und muß vor Inangriffnahme der Arbeit der zuständigen Baubehörde angezeigt werden.

Wie vermeidet man Brände durch elektrische Anlagen?

Alle Arbeiten an elektrischen Anlagen und Geräten dürfen nur von einem Elektrofachmann ausgeführt werden.

Zur Vermeidung von Feuer und sonstigen Gefahren sind die elektrischen Anlagen in ordnungsgemäßem Zustand zu erhalten. Es empfiehlt sich, die Anlagen in regelmäßigen Zeiträumen durch einen Sachverständigen überprüfen zu lassen. Festgestellte Mängel sind durch einen Elektrofachmann beseitigen zu lassen.

Das Verwenden geflickter oder überbrückter Sicherungen ist verboten. Sicherungen in richtig bemessener Stärke sind stets erreichbar und in genügender Zahl vorrätig zu halten. Löst eine Sicherung, z. B. ein Selbstschalter, wie-

derholt aus, so ist ein Elektrofachmann zuzuziehen und zunächst der Fehler zu beheben. Besonders wichtig ist die Kennzeichnung der einzelnen Stromkreise, damit im Fehlerfall bzw. im Brandfall die betroffenen Räume oder Gebäude rasch spannungslos gemacht werden können.

Werden an elektrischen Anlagen ungewöhnliche Erscheinungen, wie z. B. Lichtbögen, Funken, brenzlicher Geruch, auffallende Geräusche, festgestellt, so sind die elektrischen Anlagen sofort abzuschalten. Ein Elektrofachmann ist beizuziehen, der den Mangel beseitigt. Erst dann darf die Anlage wieder unter Spannung gesetzt werden.

Alle ortsveränderlichen Geräte, insbesondere Elektrowärmegeräte, wie z. B. Bügeleisen, Heizkissen, Elektrokocher, Tauchsieder, Heizgeräte, sind so aufzustellen und zu betreiben, daß sie keinen Brand verursachen können. Sie sind nach Gebrauch vom Netz zu trennen. Sind elektrische Heizgeräte längere Zeit nicht betrieben worden, so sind sie vor ihrer Inbetriebnahme gründlich von Staubablagerungen zu reinigen.

Bewegliche Leitungen für ortsveränderliche Elektrogeräte sind besonders pfleglich zu behandeln, bei Benützung so zu verlegen und nach Gebrauch so aufzubewahren, daß sie nicht geknickt oder verletzt werden. Sie sind zu schützen, z. B. vor Betreten, besonders jedoch vor Überfahren. Beschädigte bewegliche Leitungen, vor allem Anschluß- und Einführungsstellen, dürfen nicht weiter benützt werden. Insbesondere ist bei mehrtägiger Abwesenheit (Urlaub) zu empfehlen: Fernsehapparate, Kühlschränke, Barbeleuchtungen sowie überhaupt sämtliche E-Geräte vom Netz trennen bzw. die betreffenden Sicherungen abheben.

Was muß beachtet werden, wenn Gegenstände offen verbrannt oder Bodenflächen abgesengt werden sollen?

Das offene Verbrennen von Gegenständen mit erheblicher Entwicklung von Flammen oder Flugfeuer sowie das Absengen von Bodenflächen ist nur mit Bewilligung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes zulässig. Die Bewilligung wird im allgemeinen – sofern sie nicht aus besonderen Gründen versagt werden muß – unter nachstehenden Bedingungen erteilt:

1. Das Verwenden brennbarer Flüssigkeiten zum Anfachen von Feuer ist verboten;
2. das Feuer muß in sicherer Entfernung von Baulichkeiten sowie brennbaren Lagerungen angelegt und ständig durch eine erwachsene, dazu befähigte Person überwacht werden;
3. das offene Verbrennen von Gegenständen oder das Absengen von Bodenflächen darf nicht bei starkem Wind vorgenommen werden;
4. bei Auftreten eines die Umgebung gefährdenden Funkenfluges ist das Feuer sofort zu löschen;
5. nach dem Verbrennen oder Absengen sind alle glimmenden Reste abzulöschen. Hiefür sind vor dem Anlegen des Feuers entsprechende Vorkehrungen zu treffen, insbesondere Löschmittel bereitzustellen;
6. das Verbrennen oder Absengen darf nur in Teilstücken erfolgen. Durch entsprechende Maßnahmen, wie Umpflügen eines genügend breiten Streifens, sind solche Teilstücke zu schaffen;
7. der Zeitpunkt des Verbrennens oder Absengens ist zeitgerecht der MA 68 (Tel. 63 66 71) anzuzeigen.

Das Verbrennen von Laub, Reisig oder anderen pflanzlichen Abfällen in geringen Teilmengen (maximal $^1/_2$ m³) auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch benützten Flächen bedarf keiner Bewilligung, doch sind dabei die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Was soll man über den Rauchfangkehrer wissen?

Das Reinigen der Rauchfänge von den Ablagerungen Ruß, Pech, Asche u. dgl. darf nur von befugten Rauchfangkehrern besorgt werden. Am Kehrtag haben die Wohnparteien im Haus anwesend zu sein und dem Rauchfangkehrer Zutritt in die Wohnungen zu gestatten, damit er die Ablagerungen bei den Putztürchen entnehmen kann.

Das Wegtragen der entfernten Ablagerungen aus den einzelnen Wohnungen oder Geschäftslokalen ist nicht Pflicht des Rauchfangkehrers, sondern obliegt den Mietern, das Wegschaffen der Ablagerungen aus allen übrigen Räumen des Hauses dem Hauseigentümer, der auch dafür zu sorgen hat, daß die Ablagerungen bis zu ihrer Abfuhr gefahrlos verwahrt werden.

Das Reinigen der eisernen Öfen und kleinen verschiebbaren Herde sowie der Kachelöfen kann der Wohnungsmieter selbst ausführen oder ausführen lassen. Durch die Kehrarbeiten darf die gewöhnliche Benützung der Feuerstätten nicht behindert und eine vermeidbare Belästigung nicht verursacht werden. In der Zeit von 17 bis 6.30 Uhr darf nur mit Zustimmung des Hauseigentümers und der Mieter gekehrt werden. Ausgenommen sind Gewerbebetriebe, in denen die Kehrung wegen der besonderen Betriebsverhältnisse nur in dieser Zeit vorgenommen werden kann.

Der Hauseigentümer sowie die Mieter haben dafür zu sorgen, daß dem Rauchfangkehrer an den verlautbarten Kehrtagen (Anschlag im Haus) wie auch anläßlich der jährlichen Überprüfung sämtliche Kehrgegenstände und Rauchfangputztürchen leicht und gefahrlos zugänglich sind und daß die Kehrung sowie die Entnahme der Ablagerungen ungehindert vorgenommen werden können. Die Rauchfangputztürchen dürfen (z. B. durch Möbel) nicht verstellt werden.

Kann die Kehrung an den verlautbarten Kehrtagen durch Verschulden des Hauseigentümers oder einer Mietpartei nicht vorgenommen werden, so hat der Schuldtragende die Kehrung unverzüglich auf seine Kosten zu veranlassen.

Was hat bei der Aufstellung eines Ofens zu geschehen?

Derjenige, der eine neue Einmündung in einen Rauchfang oder in eine ähnliche Abgasleitung einer Feuerstätte herstellen will, hat dem für das Haus bestellten Rauchfangkehrer vorher davon Mitteilung zu machen.

Was ist bei der Aufstellung eines Ölofens zu beachten?

Vor Aufstellung eines Ölofens unbedingt den zuständigen Rauchfangkehrer zu Rate ziehen (es muß die Eignung des Rauchfanges festgestellt werden). Die Aufstellung sollte nach Möglichkeit nur von einem Fachkundigen vorgenommen werden. Zumindest wäre nach den Richtlinien der Österreichischen Brandverhütungsstellen – Merkblatt BV/106 – Zentralstelle für Brandverhütung, 3, Schwarzenbergplatz 7/4, vorzugehen.

Ohne Genehmigung dürfen Ölöfen für Einzelheizung nur dann verwendet werden, wenn sie in allen Teilen nach den Erfahrungen der technischen Wissenschaft hergestellt sind, d. h. mit einem Geräteschild mit dem Namen des Herstellers, der Typenbezeichnung, der Fabriksnummer, der Nennleistung in kcal/h (kW), einem Brenner, der sich gefahrlos zünden und leicht reinigen läßt, einer Regeleinrichtung, einer Überlaufsicherung, einem Zugbegrenzer

sowie einer Tropftasse unterhalb der ölführenden Teile des Ölofens versehen sind. Zur Inbetriebsetzung dürfen nur die von der Erzeugerfirma angegebenen Heizölsorten sowie die in der Betriebsanleitung angeführten Zündmittel verwendet werden. Die Benützung von Spiritus, Benzin, Benzol u. dgl. ist höchst gefährlich und streng verboten! Bei Betriebsunterbrechung darf erst nach Abkühlen wieder gezündet werden.

In Wohnungen dürfen in freistehenden Behältern höchstens 300 l oder in Kanistern 60 l Heizöl gelagert werden, wenn ein Ausfließen und Überlaufen in andere Bestandsobjekte oder Wohnungen wirksam verhindert wird.

Behälter mit einem Inhalt bis 300 l sind in einem waagrechten Abstand von mindestens 2 m von der Feuerstätte unterzubringen und gegen gefahrbringende Erwärmung entsprechend zu sichern.

Der Seitenabstand kann bis auf 1 m verringert werden, wenn gegen Strahlungswärme eine Dämmwand aus nicht brennbaren Baustoffen zwischen Wärmeerzeugern bzw. ihren Rauchrohren und den Behältern errichtet wird.

Empfohlen wird, vor Anschaffung eines Ölofens den zu seinem Anschluß vorgesehenen Rauchfang vom zuständigen Rauchfangkehrermeister auf seinen baulichen Zustand und seine Eignung zum Ölofenanschluß, Ölheizgeräte vor jeder Heizperiode durch einen Fachkundigen, überprüfen zu lassen.

Außerdem empfiehlt es sich, bei der Verwendung von Ölheizgeräten einen Pulverlöscher, geeignet für die Brandklasse B mit einem Mindestfüllgewicht von 6 kg (P 6), in der Wohnung bereitzuhalten.

Wie heizt man richtig?

Ofen und Rauchfanganlage bilden eine Einheit. Auch der modernste Ofen kann nicht gut funktionieren, wenn er an einen baulich mangelhaften, versotteten (nasses Mauerwerk) oder für diesen Ofen ungeeigneten Rauchfang angeschlossen ist. Deshalb ist vor dem Aufstellen eines neuen Ofens der Rauchfangkehrer zu fragen, ob der vorhandene Rauchfang zum Anschluß geeignet ist.

Auch später, während der Heizperiode, ist auf die richtige Funktion des Rauchfanges zu achten. Damit der richtige Zug entsteht und aufrechterhalten wird, ist zu beachten:

1. Den Ofen nur mit dem Brennmaterial heizen, für das er vorgesehen ist.
2. Bei der Bedienung nach der Heizanleitung des Ofenherstellers vorgehen!
3. Zu Beginn der Heizperiode vorerst wenig Brennmaterial auf einmal, dafür aber ungedrosselt brennen lassen. Dadurch wird das Mauerwerk des Rauchfanges erwärmt und der richtige „Auftrieb" hergestellt.
4. Brennmaterialien nicht mischen! Jeder Brennstoff braucht eine andere Luftmenge, um einwandfrei abzubrennen. Daher bei festen Brennstoffen im Dauerbrand: entweder nur Holz, nur Kohlen, nur Briketts oder nur Koks!
5. Die Wohnung nicht völlig gegen Zugluft abdichten; der Ofen braucht Verbrennungsluft.
6. Mit dem Brennmaterial (auch flüssigem oder Gas) nicht zu sehr sparen, der Rauchfang funktioniert so besser. Zu frühes Drosseln lohnt nicht, weil der Rauchfang darunter leidet und dann – früher oder später – kostspielig repariert werden muß.
7. Am Anfang und am Ende der Heizperiode starkes Drosseln überhaupt meiden – es besteht Lebensgefahr durch eindringende Rauchgase!

Weitere Auskünfte erteilt das Referat für Feuerstätten und Rauchfänge, 1, Am Hof 9, Tel. 63 66 71*, 299, an jedem Dienstag.

Was hat bei Rauchgasbeschwerden zu geschehen?

Es ist sofort der zuständige Rauchfangkehrer zu benachrichtigen. Ist dieser nicht erreichbar oder muß Vergiftungsgefahr befürchtet werden, ist die Feuerwehr der Stadt Wien (Tel. 122) zu verständigen.

Bei Stadtgasgeruch (Vergiftungsgefahr) sind die Wiener Stadtwerke – Gaswerke (Tel. 43 09*, 113–119) oder die Feuerwehr sogleich zu benachrichtigen.

FÖRDERUNGSAKTIONEN DER STADT WIEN

(MA 4, 5, 50)

Wiener Strukturverbesserungsaktion

Maßnahmen, die sehr entscheidenden Einfluß auf die Investitionstätigkeit in Wien genommen haben, waren die seinerzeitige Industrieansiedlungsaktion und die Großhandelsaktion. Diese Aktionen, die ursprünglich Zinsenzuschußaktionen darstellten, waren im Jahr 1975 auf die Gewährung einmaliger Baukostenzuschüsse umgestellt worden. Die Stadt Wien hat diese beiden Aktionen Ende 1976 zur „Wiener Strukturverbesserungsaktion" zusammengefaßt und folgende Schwerpunkte gesetzt:

Schaffung neuer Arbeitsplätze, Rationalisierung ohne Verringerung der Zahl der qualifizierten Arbeitsplätze oder Sicherung bestehender Arbeitsplätze, Schaffung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Verbesserung der Umweltsituation am alten Betriebsstandort oder Berücksichtigung sonstiger wesentlicher öffentlicher Interessen, insbesondere der Freimachung von Betriebsflächen am alten Standort für Zwecke kommunaler Versorgungseinrichtungen.

Die Baukostenzuschüsse betragen für die Errichtung neuer Betriebsobjekte an einem neuen Standort für Produktions- und Forschungszwecke 10%, für die Errichtung neuer Betriebsobjekte an einem neuen Standort für Großhandelszwecke 7% und für die Errichtung neuer Betriebsobjekte an einem bestehenden Standort und den Ankauf sowie die Adaptierung von Altobjekten für Produktions-, Forschungs- oder Großhandelszwecke 5% der Bemessungsgrundlage.

An Eigenmitteln fordert die Stadt Wien bei neuen Betriebsobjekten für Produktions- und Forschungszwecke mindestens 20%, bei den übrigen Vorhaben mindestens 30% der förderbaren Baukosten. Der Rest kann anderweitig finanziert werden.

Gemeinsame Kreditaktion für die Wiener Klein- und Mittelbetriebe

Diese Aktion wird unter Beteiligung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, der Kammer der

gewerblichen Wirtschaft für Wien und der Stadt Wien durchgeführt. Der Bund, die Kammer und die Stadt Wien stellen je ein Drittel der erforderlichen Kreditmittel zur Verfügung. Die Kredithöhe beträgt maximal 50.000 S, die Verzinsung 4% und die Laufzeit vier Jahre. Die Kredite werden für Investitionen oder für Betriebsmittelverstärkung gewährt.

Wiener Kleinbetriebezuschußaktion für Neugründungen und Modernisierungen (Kleinbetriebezuschußaktion)

Diese Aktion der Stadt Wien ermöglicht direkte Barzuschüsse zu Investitionen von Kleinunternehmungen. Kleinbetriebe im Sinne dieser Aktion sind solche, deren Umsatz 14 Mio S pro Jahr, die Bilanzsumme 4 Mio S bzw. die Beschäftigtenzahl 40 nicht überschreitet. (Die Überschreitung eines dieser drei Grenzwerte wird toleriert.)

Durch die Schaffung einer Positivliste – die hier aus Platzgründen nicht abgedruckt, aber beim Kreditverein der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien oder bei anderen Kreditinstituten eingesehen werden kann –, in der alle förderbaren Branchen konkret angeführt sind, wird eine Konzentration der Förderung erreicht.

Die Förderung ist mehrstufig aufgebaut, wobei neben einer allgemeinen Investitionsförderung, die sich auf 10% der für die Bemessung maßgeblichen Investitionskosten (d. s. maximal 2 Mio S) beläuft, bei Neugründungen eines Betriebes, sofern der Betrieb nicht durch die gemeinsame Existenzgründungsaktion gefördert wird, zusätzlich eine Neugründungsförderung in der Höhe von 5% der Investitionskosten gewährt werden kann. Neben diesen beiden Förderungen können im Rahmen der Schwerpunktförderung Nahversorgung zusätzliche Prämien in der Höhe von 3% bzw. 5% oder 10% der geförderten Investitionskosten in Anspruch genommen werden.

Gemeinsame Existenzgründungsaktion (Bürges und Stadt Wien)

Diese Aktion hat eine maximale Kredithöhe von 4 Mio S und eine maximale Laufzeit von zehn Jahren, die Verzinsung beträgt 8% p. a. Dazu gibt es einen 15%igen Zuschuß zu Investitionen und Übernahmekosten, Betriebsräumlichkeiten (auch Ablöse), Maschinen und Einrichtungen. Die Kreditnehmer müssen jünger als 45 Jahre, österreichische Staatsbürger und bisher unselbständig beschäftigt gewesen sein. Gefördert werden Neugründungen sowie Betriebsübernahmen von Klein- und Mittelbetrieben.

Aktion zur Förderung wassersparender Investitionen

Im Rahmen dieser Aktion fördert die Stadt Wien Investitionen, die eine Einschränkung des industriellen Wasserverbrauches bzw. Abwasseranfalles bewirken. Der nicht rückzahlbare Investitionszuschuß, den die Stadt Wien gewährt, beträgt 10% der förderbaren Investitionshöhe und kann bis zu 500.000 S pro Vorhaben erreichen. Als Eigenmittel sind mindestens 20% der Investitionssumme vorgeschrieben. Förderungsanträge, die im übrigen vor Durchführung der Investitionen bzw. vor Baubeginn gestellt werden müssen, können über ein Kreditinstitut oder direkt an den Magistrat der Stadt Wien gerichtet werden. Die Aktion läuft per 31. Dezember 1980 aus.

Aktion Baurechtsgründe

Zur Förderung von kleinen und mittleren Betrieben unterhält die Stadt Wien eine Aktion, in deren Rahmen Liegenschaften im Baurecht zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden und die zu einem für den Betrieb günstigen Zeitpunkt von diesem erworben werden können. Im Rahmen dieser Aktion werden voll aufgeschlossene Liegenschaften nach Beratung im Wirtschaftsbeirat für Wien den aus gesamtwirtschaftlicher Sicht am meisten förderungswürdigen Betrieben zur Verfügung gestellt. Die Gewährung der Vergünstigungen ist von der korrekten Durchführung des Investitionsvorhabens und der Einhaltung der Vertragsbestimmungen abhängig.

Die Ermäßigung kann beim Bauzins bis zu 90%, beim Kaufpreis bis zu 60% betragen.

Refundierung von Anliegerleistungen

Diese Aktion, in deren Rahmen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die aus Anlaß von Betriebsneuansiedlungen oder Betriebsverlagerungen in Wien Betriebsobjekte für Produktions- und Forschungszwecke mit einem Investitionsvolumen von mindestens 5 Mio S errichten, gefördert werden können, ist als Ausgleich für jene Unternehmungen gedacht, die durch eine ungünstige Form oder Situierung des Grundstückes besonders betroffen sind. Bei der Berechnung der Höhe des Betrages, der im Rahmen der Aktion refundiert wird, wird von einer „Normbelastung" je m² Grundfläche ausgegangen. Bis zu der durch die Normbelastung festgelegten Grenze sind die Anliegerleistungen (Anliegerbeitrag, Gehsteigherstellung und Kanaleinmündungsgebühr) als zumutbar zu bezeichnen; der die Normbelastung überschreitende Teil der jeweiligen Gebühr kann refundiert werden.

Wiener Fremdenverkehrskreditaktion 1970

Die Stadt Wien und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien haben gemeinsam diese Kreditaktion zur Leistungssteigerung, Modernisierung und Rationalisierung von Wiener Beherbergungsbetrieben, Heilbade- und Kuranstalten sowie Privatbädern geschaffen. Derartige Kredite können bei der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien und der Ersten österreichischen Spar-Casse angesprochen werden. Die Stadt Wien und die Kammer Wien gewähren zu den Sparkassenkrediten Zinsenzuschüsse von insgesamt 3,5% p. a., 30% des gesamten Investitionsvorhabens müssen durch Eigenmittel finanziert werden. Die maximale Kredithöhe beträgt 2,5 Mio S, die Laufzeit höchstens zehn Jahre.

Sonderkreditaktion Privatbäder im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion

Im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion wurde eine Sonderquote mit einem Gesamtkreditrahmen von 8,5 Mio S zur Förderung der Wiener Privatsommerbäder eingerichtet. Zu diesem Kredit, der eine Laufzeit von 15 Jahren erreichen kann, schießen Stadt Wien und Kammer Wien gemeinsam 6% p. a. zu den Zinsen zu. Finanziert werden bis zu 30% der Investitionen, die vor allem im Hinblick auf das neue Bäderhygienegesetz 1976 zur Sanierung des Bades vorgenommen werden müssen.

Aktion zur Förderung der Wiener Privatbäder

Im Rahmen dieser Aktion sind private Unternehmen, die im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind und in Wien gegen Entgelt allgemein zugängliche Schwimmbäder betreiben, antragsberechtigt. Nicht gefördert werden Gemeinschaftsbadeanlagen in/bei Wohnhaus-

anlagen, Strandbäder sowie Bäder, die unmittelbar oder im Wege von Beteiligungsgesellschaften usw. mittelbar von Gebietskörperschaften betrieben werden.

Gefördert werden können für den Weiterbestand des Bades unbedingt erforderliche und insbesondere aufgrund des neuen Bäderhygienegesetzes vom 6. Mai 1976, BGBl. Nr. 254, unerläßliche Sanierungsmaßnahmen. Dazu gehören u. a. Schwimmbeckensanierungen, Sanierung oder Errichtung von Durchschreite- und Kinderfreibecken, von Reinigungs- und Wärmeanlagen für das Badewasser, Brauseanlagen, WCs und Umkleideanlagen. Das Ansuchen um Förderung muß vor Baubeginn gestellt werden. Die Preisangemessenheit der Investition muß von einem beeideten Zivilingenieur bestätigt werden. Der Förderungswerber muß darüber hinaus eine Kreditzusage aus der Sonderaktion für Privatsommerbäder im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion haben. Er darf mit dieser genannten Aktion 30% der förderungswürdigen Investitionen finanzieren, für 10% müssen Eigenmittel vorhanden sein und die restlichen 60% bekommt er im Rahmen der Aktion zur Förderung der Wiener Privatbäder in Form eines einmaligen nicht rückzuerstattenden Investitionszuschusses. Dieser darf für die jeweilige Investition nur einmal gewährt werden. Allerdings ist die Inanspruchnahme für verschiedene Investitionsvorhaben zu verschiedenen Zeitpunkten zulässig, wobei die Zuschüsse aber insgesamt die Summe von 3 Mio S je Bad nicht überschreiten dürfen.

Aktion zur Förderung von betrieblichen Infrastrukturinvestitionen von Wiener Beherbergungsbetrieben

Die Stadt Wien gewährt zum Zweck der Modernisierung, Erweiterung oder Errichtung von Beherbergungsbetrieben einmalige Investitions- bzw. Baukostenzuschüsse. Im Falle eines bestehenden Beherbergungsbetriebes muß der Förderungswerber im Besitz der Zusicherung eines Kredites im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion bzw. eines Bürges-Fremdenverkehrssonderkredites sein. Beim Neubau eines Beherbergungsbetriebes muß es sich um einen Betrieb der Kategorie B mit mindestens 150 Betten handeln. Für bestehende Beherbergungsbetriebe werden einmalige nicht rückzuerstattende Investitionszuschüsse, und zwar für die Installation von Abwassersträngen 40% dieser Investition, maximal jedoch 600 S/Bett, Verstärkung von Steigleitungen für Gas, Wasser und Heizung 40% dieser Investition, maximal 300 S/Bett, Verstärkung von Stromleitungen 40% dieser Investition, maximal 120 S/Bett, Herstellung von Aufzügen 25% dieser Investition, maximal 4.500 S/Bett, Errichtung eines Fernschreibers 20% dieser Investition, maximal 1.000 S/Bett und Installation einer neuen Telefonanlage 15% dieser Investition, maximal 1.500 S/Bett gewährt. Für die Errichtung von Beherbergungsbetrieben gewährt die Stadt Wien einen einmaligen nicht rückzuerstattenden Baukostenzuschuß im Ausmaß von 7% der förderbaren Baukosten, maximal jedoch 5 Mio S pro Vorhaben bzw. 23.000 S/Bett. Der Förderungsantrag ist mit den erforderlichen Unterlagen beim Magistrat der Stadt Wien einzureichen.

Ärztekreditaktion

Um die ausreichende Versorgung der Wiener Bevölkerung durch praktische Ärzte sicherzustellen, wird die erstmalige Niederlassung von praktischen Ärzten unter Berücksichtigung des örtlichen Bedarfes in Form zinsgünstiger Kredite bis zu einer maximalen Höhe von 300.000 S, welche bei der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien, der Ersten österreichischen Spar-Casse, der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank angesprochen werden können, gefördert. Die Verzinsung dieser Kredite beträgt 4% p. a., die Laufzeit zehn Jahre (davon zwei Jahre rückzahlungsfrei). Der Abschluß eines Vertrages mit der Wiener Gebietskrankenkasse ist u. a. eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährung eines solchen Kredites.

Kreditaktion zur Renovierung und Modernisierung von Wiener Kinos

Im Rahmen dieser Aktion werden Kredite von maximal 1 Mio S zu derzeit 8,5% und einer fünfjährigen Laufzeit gewährt. Der Gesamtrahmen beträgt 50 Mio S. Die Stadt Wien haftet bis zur Höhe dieses Betrages und verzichtet auf die Vergnügungssteuer für einen Teil der Kinoeinnahmen, um die Rückzahlung der Kredite zu erleichtern.

U-Bahn-Aktion

Es handelt sich bei dieser Aktion um eine gemeinsame Hilfsaktion der Stadt Wien und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien für die durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedrohten Gewerbebetriebe. Die Hilfsmaßnahmen umfassen:

1. Gewährung von Zinszuschüssen zu Bankkrediten,
2. Übernahme der teilweisen oder gänzlichen Bürgschaft für Kredite,
3. Gewährung von Bargeldzuwendungen, wenn der Betrieb noch während der Bauzeit und für immer eingestellt werden muß,
4. kostenlose Betriebsberatung.

Die Förderungshöhe beträgt mindestens 5.000 S und maximal 2 Mio S und wird in jedem Einzelfall gemeinsam von der Stadt Wien und der Kammer festgelegt.

Garagenförderungsaktion

Im Rahmen dieser Aktion, die vor allem die Parkraumsituation im Geschäftsstraßenbereich sowie im dichtverbauten Gebiet verbessern soll, wird die Errichtung gewerblicher Garagen mit tunlichst mindestens 300 Stellplätzen – diese Anzahl kann im dichtverbauten Gebiet auch unterschritten werden – gefördert.

Die Förderung besteht in der Gewährung von einmaligen Baukostenzuschüssen, und zwar bei der Errichtung von Tiefgaragen in der Höhe von maximal 18% (in den Bezirken 2 und 10 bis 23) bzw. 14% (in den Bezirken 3 bis 9) bzw. 10% (im 1. Bezirk) der reinen Baukosten; die Errichtung von Hochgaragen im Einzugsbereich von Geschäftsstraßen wird in den Bezirken 2 bis 23 generell mit 10% der reinen Baukosten gefördert. Der Eigenmittelanteil beträgt in allen Fällen mindestens 25% der reinen Baukosten.

Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke

Zur Förderung des Ausbaues von Dachböden zwecks Schaffung von Wohnungen leistet die Stadt Wien unter bestimmten Voraussetzungen nicht rückzahlbare Baukostenzuschüsse. Außerdem kann die Stadt Wien für Kredite, die von Kreditinstituten oder anderen Unternehmen nach den in dieser Aktion festgelegten Bedingungen gewährt werden, die Haftung gemäß § 1357 ABGB übernehmen. Die Förderung stellt eine freiwillige Maßnahme der Stadt Wien dar. Ein Rechtsanspruch auf diese Förderung besteht nicht. Anträge um Förderung sind an die MA 50, 1, Doblhoffgasse 6, zu richten.

Zinsenfreie Darlehen zur Herstellung von Kanalanschlüssen

Im Rahmen dieser Aktion gewährt die Stadt Wien zur Vermeidung sozialer Härtefälle unverzinsliche Darlehen für die Herstellungskosten von baubehördlich vorgeschriebenen Kanalanschlüssen von Häusern mit mehreren Mietern und Eigenheimen an das öffentliche Kanalnetz.

Die Laufzeit beträgt in der Regel fünf Jahre.

Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien

(Wiener Zuwanderer-Fonds)

Der Wiener Zuwanderer-Fonds wurde im Jahr 1972 gegründet. In ihm sind die Stadt Wien und die Sozialpartner vertreten. Ziel des Fonds ist es, die Zuwanderer aus dem In- und Ausland nach Wien zu fördern. Dies geschieht durch breit getreute Information ebenso wie durch mehrfach gestaffelte Wohnraum-Beschaffungsprogramme.

In den österreichischen Bundesländern wird mit eigenen Publikationen für den Arbeitsmarkt und Lebensraum Wien geworben. Wohnplätze und Startwohnungen erleichtern den Österreichern aus den Bundesländern die Arbeitsaufnahme und die Integration in die Bundeshauptstadt.

Für ausländische Arbeitnehmer gibt es nicht nur eine Reihe von Beratungsstellen, sondern auch tägliche Hörfunksendungen und telefonische Nachrichtendienste in serbokroatischer und türkischer Sprache.

Geschäftsstelle des Fonds: 1, Schottenring 25, Tel. 31 21 60.

Bürozeiten: Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 11.30 Uhr und von 12 bis 16 Uhr,
Freitag von 7.30 bis 11.30 Uhr und von 12 bis 15.30 Uhr.

Informationszentrum: 10, Hofherrgasse 1, Tel. 64 21 51.
Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 19 Uhr, Freitag von 7.30 bis 13.30 Uhr.

FORSTWIRTSCHAFT, LANDWIRTSCHAFT, JAGD UND FISCHEREI, NATURSCHUTZ

(MA 22, 47, 49, 58)

Welche Bedeutung hat der Wald für den Großstädter?

Die Pflege und Erhaltung des Waldes ist für die Landeskultur im allgemeinen und für die Großstadt im besonderen lebenswichtig. Der Wald bildet nicht nur ein Luftreservoir zur Erneuerung bzw. Verbesserung der durch den Staub und die Abgase der Großstadt verpesteten Luft, er dient auch als Ausflugsgebiet für die erholungsbedürftige Großstadtbevölkerung. Seine wasserrückhaltende Kraft verhindert weitgehend Überschwemmungen bei länger anhaltenden Niederschlägen; die Filterwirkung eines gesunden Waldbodens garantiert eine kontinuierliche Schüttung geringen Temperaturschwankungen unterworfenen und hygienisch einwandfreien Quellwassers. Gerade letzterer Umstand ist für die Stadt Wien von besonderer Bedeutung, kommt doch der größte Teil des weltbekannten Wiener Trinkwassers aus den stadteigenen Quellenschutzgebieten, zu denen auch im Wiener Bereich mit Wald bestockte Erholungsgebiete hinzukommen.

In Erkenntnis der Wohlfahrtswirkungen des Waldes führt die Stadt Wien auch innerhalb bereits verbauten Gebietes Neuaufforstungen durch. Da sich der Großteil der Wälder Wiens im Landschaftsschutzgebiet (Wald- und Wiesengürtel) befindet und zahlreiche Einzelnaturdenkmäler aufweist, finden auch unter diesem Gesichtspunkt Erhaltungsarbeiten statt.

Was ist zum Schutz des Waldes zu beachten?

Zum Schutz des Waldes gegen Übergriffe werden gemäß den forstrechtlichen Bestimmungen Forstschutzorgane bestellt, die von der Behörde als solche vereidigt sind und denen die Rechte und Pflichten von öffentlichen Wacheorganen zukommen. In Ausübung ihres Dienstes haben sie gesetzwidrige Handlungen gegen das Waldeigentum zu verhindern bzw. zur Anzeige zu bringen. Solche sind z. B. Anhacken, Anplätzen, Ringeln von Bäumen, Abhauen, Abschneiden von Wipfeln, Ästen und Zweigen, Ausgraben von Bäumen und Sträuchern, Abstellen von Fahrzeugen im Wald, Beschädigungen von Saaten und Kulturen, Ablagern von Mist und Unrat in den Wäldern, Anzünden von Feuern, Holzdiebstähle usw. Lediglich einzelne kleine Zweige dürfen ohne wesentliche Beschädigung der Pflanze abgerissen werden. Übertretungen der forstrechtlichen Bestimmungen können von der Verwaltungsbehörde je nach den Umständen mit Strafen bis zu 60.000 S oder Arrest bis zu vier Wochen belegt werden. Die Forstschutzorgane haben bei kleineren Übertretungen (Forstfrevel) die Befugnis, ähnlich wie die Polizei, Strafmandate zu erteilen. Die Forstschutzorgane dürfen in Ausübung ihres Dienstes gegebenenfalls auch von ihren Waffen Gebrauch machen und Gesetzesübertreter zum Zweck ihrer Vorführung vor die Behörde auch festnehmen. Im Landschaftsschutzgebiet sorgen auch Naturwachtorgane für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.

Wie verhält man sich bei Waldbränden?

Grundsätzlich ist jedermann verpflichtet, ein im Wald oder in dessen Gefährdungsbereich unbeaufsichtigt oder verlassen angetroffenes Feuer oder auch ein Schadensfeuer nach Kräften zu löschen bzw. auf schnellstem Wege der Polizeidienststelle oder dem Gemeindeamt zu melden. Zur Löschung eines Waldbrandes ist jedermann verpflichtet.

Wer erteilt Auskünfte in Forstangelegenheiten?

Innerhalb der Landesgrenzen von Wien befinden sich 7.596 ha Wald, das sind 18,5% der Landesfläche.

Als Forstbehörden fungieren in Wien in der Bezirksverwaltungsinstanz die zuständigen magistratischen Bezirksämter, in deren Amtsbereich die Forste gelegen sind, in der Instanz des Landeshauptmannes ist die MA 58, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock (Tel. 42 8 00*, 4212), als Forstbehörde zuständig. Die Wahrung aller Naturschutzbelange obliegt der MA 22, 1, Bartensteingasse 13 (Tel. 42 8 00*, 2007 oder 2018).

Den Forstbehörden stehen als forstfachliche Organe die Bezirksforstinspektion und die Landesforstinspektion Wien zur Seite, die ihren Sitz im Amtsgebäude der MA 49, 1, Volksgartenstraße 3, Tel. 42 8 00*, 4118, haben. Diesen Dienststellen obliegt die staatliche Forstaufsicht über alle innerhalb des Bundeslandes Wien gelegenen Forste, wie z. B. Überprüfung der Zulässigkeit von Schlägerungen,

Rodungen von Waldböden, Überwachung des Vollzuges der forstgesetzlichen Bestimmungen, Begutachtung von Wirtschaftsplänen, Anordnung und Überwachung von Maßnahmen zur Bekämpfung forstlicher, tierischer und pflanzlicher Schädlinge, forstfachliche Beratung der Waldbesitzer usw.

Die MA 49, 1, Volksgartenstraße 3, Tel. 42 8 00*, 4111, verwaltet den gesamten im Eigentum der Stadt Wien stehenden Forstbesitz, der ein Ausmaß von rund 40.000 ha umfaßt. Der MA 49 unterstehen im Wienerwaldbereich die städtische Forstverwaltung Lainz (13, Lainzer Tiergarten, Hermesvilla, Tel. 84 13 15), die Forstverwaltung Lobau (Groß-Enzersdorf, Elisabethstraße 17, Tel. 0 22 49/ 353), ferner die Quellenschutzforste der 1. Wiener Hochquellenwasserleitung, und zwar die städtischen Forstverwaltungen Hirschwang, Naßwald und Stixenstein, Niederösterreich, schließlich im Bereich der 2. Wiener Hochquellenwasserleitung die städtische Forstverwaltung Wildalpen, Steiermark. Der Forstverwaltung Hirschwang ist ein modern eingerichtetes Sägewerk als forstlicher Nebenbetrieb angeschlossen, in welchem der Großteil der aus den Quellenschutzforsten der 1. Wiener Hochquellenwasserleitung anfallenden Rundhölzer eingeschnitten wird.

Die im Rahmen dieser Bewirtschaftung sich ergebenden Holzverkäufe (Schnittholz, Rundholz, Faserholz, Grubenholz, Brennholz usw.) größeren Umfangs werden zentral durch die MA 49 bearbeitet, der auch die Verwaltung der Jagd- und Fischereieigenreviere wie auch jene der Gemeindejagdgebiete und Fischereipachtreviere im Land Wien obliegt.

Landwirtschaft

Die neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sieht eine Trennung des Forstamtes vom Landwirtschaftsbetrieb vor. Die Agenden des Landwirtschaftsbetriebes gingen auf die neu geschaffene MA 47 über. Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien blickt bereits auf eine recht bewegte Vergangenheit zurück.

Im Jahr 1919 gründete die Stadt Wien im Verein mit der damaligen amtlichen Übernahmsstelle für Vieh und Fleisch sowie der Habsburg-Lothringischen Vermögensverwaltung (später Kriegsgeschädigten-Fonds) die Land- und Forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft m. b. H., an welcher die drei genannten Gesellschafter zu je einem Drittel beteiligt waren. Im Jahr 1926 erwarb die Stadt Wien den Anteil der amtlichen Übernahmsstelle für Vieh und Fleisch zur Gänze und den des Kriegsgeschädigten-Fonds zum größeren Teil, so daß sie 90% der Anteile in ihrem Besitz vereinigte. Nach Auflösung des Kriegsgeschädigten-Fonds kaufte die Gemeinde Wien im Jahr 1941 vom Rechtsnachfolger des Ersteren, dem Deutschen Reich (Reichsdomänenverwaltung), die restlichen 10% der Anteile und wurde damit Alleininhaberin der Gesellschaft. Nach Ausscheiden der Forstverwaltung Lobau und des Nebenbetriebes Säge- und Sperrholzwerk Orth an der Donau entschloß sich die Gemeindeverwaltung im Jahr 1942, von der bisherigen Gesellschaftsform abzugehen und den nunmehr rein landwirtschaftlichen Betrieb in ein städtisches Unternehmen mit der Bezeichnung „Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien" umzuwandeln.

In dieser Form blieb es bis 30. November 1973, als der Gemeinderat das Unternehmen auflöste und es der MA 49 als Landwirtschaftsreferat angliederte. Nunmehr, wie oben erwähnt, von letzterer wieder getrennt, werden von der Zentrale mit dem Sitz in 3, Vordere Zollamtsstraße 11 (Tel. 72 24 99, 73 22 87), die stadteigenen Höfe Lobau, Laxenburg, Wallhof, Vösendorf, Lindenhof in Eggenburg sowie die Weingüter Cobenzl und Magdalenenhof, ferner die von der Republik Österreich, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, gepachteten ehemaligen Fondsgüter Eßling, Rutzendorf, Orth und Schloßhof und schließlich der gesamte Streubesitz der Stadt Wien, soweit er landwirtschaftlich nutzbar ist, verwaltet. Derzeit beträgt die reine landwirtschaftliche Nutzfläche rund 3.000 ha.

Hatte das seinerzeitige Unternehmen, mit ca. 15.000 ha ungleich größer als heute, vor rund 60 Jahren in der Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg vornehmlich die Aufgabe, zur Linderung des Lebensmittelmangels beizutragen, besteht diese heute in der Hauptsache darin, den landwirtschaftlichen Grundbesitz der Stadt sozusagen kostendeckend zu konservieren, um im Bedarfsfall der Stadt Gründe, für welchen Zweck auch immer, jederzeit zur Verfügung stellen zu können. Sollte sich, was nicht zu erwarten, immerhin aber denkbar ist, jemals wieder eine Versorgungskrise abzeichnen, würde auch die heutige Fläche von 3.000 ha noch ausreichen, städtische Anstalten mit Grundnahrungsmitteln eigener Erzeugung zu beliefern.

Wer darf in Wien jagen?

Jeder der im Besitz einer gültigen Wiener Jagdkarte ist und dem von einem Jagdpächter oder -eigentümer die Erlaubnis hiezu erteilt wurde, sofern er nicht selbst Jagdpächter oder Eigenjagdbesitzer ist.

Die Jagdkarte erhält er über Ansuchen bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamt.

Die Landes- und Revierjagdkarte gilt nur für das jeweilige Kalenderjahr.

Wie komme ich zu einer Jagdkarte?

Die *Landesjagdkarten* für das ganze Gebiet der Stadt Wien werden von dem *magistratischen Bezirksamt* ausgestellt, in dessen Amtsgebiet der Antragsteller seinen *Wohnsitz* hat. Für Personen, die in Wien keinen Wohnsitz haben, ist das Magistratische Bezirksamt für den 1., 8. Bezirk zuständig.

Die *Revierjagdkarten* mit Gültigkeit für ein bestimmtes Jagdgebiet werden von dem nach seinem Geltungsbereich zuständigen magistratischen Bezirksamt ausgestellt.

Die *Tagesjagdkarten* mit Gültigkeit für ein bestimmtes Jagdgebiet werden von jedem magistratischen Bezirksamt in Wien sowie von den Forstverwaltungen Lainz und Lobau der MA 49 für acht aufeinanderfolgende Tage an Personen ausgestellt, die eine gültige Jagdkarte, gleichgültig welchen Bundeslandes, besitzen.

Voraussetzungen für die Ausstellung einer Jagdkarte sind:

a) der Nachweis einer Jagdhaftpflichtversicherung und
b) der Nachweis der jagdlichen Eignung des Bewerbers.

Beide Nachweise werden durch eine entsprechende Bescheinigung des Wiener Landesjagdverbandes, 2, Taborstraße 39, erbracht. Für das Bundesland Niederösterreich werden Jagdkarten an in Wien wohnhafte Personen von der Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung, 9, Alserbachstraße 41, ausgestellt.

Was ist zum Schutz des Wildes zu beachten?

Jeder Hundehalter hat seinen Hund so zu halten, daß er dem Wildstand keinen Schaden zufügen kann. Erforderlichenfalls muß der Hund im oder beim Haus entsprechend verwahrt, außerhalb des Hauses an der Leine geführt werden. Alleinjagende Hunde können von jedem Jagdaufsichtsorgan erschossen werden. Jede Beunruhigung und Verfolgung von Wild, wie auch das Fangen und Aneignen von Wild (Wilddiebstahl!), sowie das Aufstellen von Fallen – ausgenommen durch den Jagdausübungsberechtigten im Rahmen der jagdgesetzlichen Bestimmungen – sind verboten.

Zur Überwachung der Einhaltung der jagdrechtlichen Vorschriften sind für jedes Jagdgebiet beeidete Jagdaufseher bestellt, die als öffentliche Wache gelten. Sie sind mit einem Dienstabzeichen, welches das von einem Hirschgeweih umrahmte Wappen der Stadt Wien zeigt, sowie mit einem Dienstausweis versehen.

Wer erteilt Auskünfte über Jagdangelegenheiten?

Das Wiener Jagdgebiet umfaßt 22 Eigenjagdgebiete und 15 Gemeindejagden. Als Bezirksjagdbehörde fungiert das *magistratische Bezirksamt,* in dessen Sprengel sich ein Jagdgebiet befindet, *Landesjagdbehörde* ist die MA 58, 1, Volksgartenstraße 3. Die fachliche Beratung des Wiener Magistrats wird durch den *Landesjagdbeirat* durchgeführt. Jeder Bezirk hat einen *Bezirksjagdbeirat.* Sämtliche Jagdkartenbesitzer in Wien gehören dem *Wiener Landesjagdverband,* 2, Taborstraße 39, an. Auskünfte in Jagdangelegenheiten für Wien erteilen die MA 49 und 58.

Wer darf in Wien fischen?

Personen, die im Gebiet der Stadt Wien die Fischerei ausüben wollen, benötigen hiezu:

1. *Eine Fischereilizenz.* Diese wird vom Eigentümer, Pächter oder Bewirtschafter eines Wiener Fischereirevieres oder eines Wiener Fischwassers, das nicht in die Revierbildung einbezogen ist, ausgestellt;
2. *eine gültige Fischerkarte.* Diese wird vom Wiener Fischereiausschuß, 3, Am Modenapark 1–2, 3. Stock, jeden Montag, Mittwoch und Freitag in der Zeit von 8 bis 12 Uhr ausgegeben. Für das Bundesland Niederösterreich werden die Fischerkarten an die in Wien wohnhaften Personen von der Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung, 9, Alserbachstraße 41, von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr ausgegeben. Es gibt einjährige und dreijährige Fischerkarten, die für die betreffenden Kalenderjahre gültig sind.

Personen, die um Ausstellung einer Fischerkarte beim Wiener Fischereiausschuß ansuchen, haben entweder eine Fischerkarte vom Vorjahr oder eine Fischereilizenz für ein Wiener Fischereirevier bzw. Wiener Fischerwasser vorzuweisen, die von dem betreffenden Fischereiausübungsberechtigten gefertigt sein muß. Personen unter 14 Jahren darf keine Fischerkarte ausgestellt werden. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren haben die schriftliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (Vater oder Vormund) zur Ausübung der Fischerei beizubringen.

Welche Hilfsmittel dürfen zum Fischfang nicht verwendet werden?

Sprengstoffe, Gifte, Betäubungsmittel sowie elektrischer Strom dürfen zum Fischfang nicht verwendet werden. Auch das Fischen mit Schlingen, Legschnüren und mit Licht sowie das Prellen, Stechen und Beschießen der Fische (Harpunen!) ist verboten. Desgleichen dürfen in fließenden Gewässern keine stehenden Fangvorrichungen (Fischwehren) angebracht werden.

Zur Überwachung der Einhaltung der fischereirechtlichen Vorschriften, zu welchen außer den genannten Verboten insbesondere auch die Bestimmungen über die Schonzeiten und Brittelmaße (Körperlänge) der Fische zählen, sind für jedes Fischereirevier Fischereiaufseher bestellt, die als öffentliche Wache gelten. Sie sind mit einem Dienstabzeichen mit der Aufschrift „Beeidete Wache" und einem Dienstausweis versehen.

Was bezweckt der Naturschutz?

Das Naturschutzgesetz und die Naturschutzverordnungen (LGBl. für Wien Nr. 1/1955, 5/1955, 6/1955 und 13/1957) haben die öffentliche Obsorge für die Erhaltung der heimatlichen Natur in allen ihren Erscheinungsformen zum Ziel.

Insbesondere werden geschützt:

a) Einzelschöpfungen der Natur als Naturdenkmäler (Naturdenkmalschutz);
b) wildwachsende Pflanzen und freilebende Tiere bestimmter Arten (Schutz des Pflanzen- und Tierreiches);
c) räumlich abgegrenzte Naturgebiete als Naturschutzgebiete (Naturgebietsschutz);
d) die Landschaft als bildhafte Gesamterscheinung der Natur (Landschaftsschutz).

Gegenwärtig verfügt Wien über 450 Naturdenkmäler, die wegen ihrer Eigenart bzw. Seltenheit oder wegen ihres kulturellen bzw. wissenschaftlichen Wertes oder wegen des besonderen Gepräges, das sie dem Landschaftsbild verleihen, mit Bescheid zu Naturdenkmälern erklärt wurden. Neben Bäumen, Baum- oder Gehölzgruppen zählen dazu Standorte seltener Pflanzen (z. B. Orchideen, Schneerosen), geologische Aufschlüsse (z. B. Vulkangestein, neolithischer Feuer- und Hornsteinbergbau), Teiche, Quellen, Weiher und Relikte bereits seltener autochtoner Waldgesellschaften. Eine dendrologische Attraktion ersten Ranges (auch international gesehen) stellt eine Ansammlung von mehr als 700 Gehölzen (114 Spezies aus 59 Gattungen und rund 75 Varietäten, davon Nadelhölzer 53/15/67) auf einer 5 ha großen Liegenschaft in Neuwaldegg dar. Die Wiener Naturdenkmäler sind durch Metallplaketten mit dem Wiener Wappen, in besonderen Fällen auch durch Tafeln oder Pultsteine mit erläuterndem Text, gekennzeichnet.

19 Pflanzenarten sind gänzlich und 34 Pflanzenarten teilweise geschützt. Gänzlich geschützt sind u. a. Aurikel, Diptam, Küchenschelle, Ragwurz, Seidelbast, Steinröserl und Waldhyazinthe. Der Handel mit vollkommen oder teilweise geschützten Pflanzen ist grundsätzlich verboten; teilweise geschützte Pflanzen können fallweise für den Handel freigegeben werden. Außerhalb von Pflanzenschutzgebieten ist das Pflücken von Pflanzen, die nicht gänzlich geschützt sind, für den persönlichen Bedarf nur in einer Menge gestattet, die leicht von Daumen und Zeigefinger einer Hand umfaßt werden kann (Handstrauß).

Ohne Genehmigung der Naturschutzbehörde ist in der freien Natur verboten:

a) Einzelgehölze oder Hecken zu roden, zu schlägern, kahlzuschneiden oder abzubrennen;
b) Rasenflächen, Rohr- und Schilfbestände abzubrennen.

Das Entfernen oder Zerstören von Brutstätten oder Nestern aller freilebenden geschützten Tiere, auch wenn sie keine Jungtiere enthalten, ist untersagt.

Ähnliche Schutzbestimmungen gelten auch für die gänzlich und teilweise geschützten Tiere. Zu den gänzlich geschützten Tierarten gehören u. a. alle einheimischen, nicht jagdbaren freilebenden Vogelarten mit Ausnahme von Feld- und Haussperling sowie der verwilderten Haustaube, ferner einzelne Säugetiere (Fledermäuse, Igel, Spitzmäuse), Reptilien, Amphibien, Insekten; teilweise geschützt sind die Weinbergschnecken und die Rote Waldameise.

Wien besitzt zwei große Naturschutzgebiete. Den Lainzer Tiergarten mit ca. 2.300 ha und die 1978 zum Naturschutzgebiet erklärte Lobau mit ca. 2.000 ha Fläche. Im Westen und Nordwesten der Lobau schließen ca. 460 ha Landschaftsschutzgebiete an.

Als Bestandteil des 1905 geschaffenen Wald- und Wiesengürtels genießen der Wienerwald, der Prater und Teile

des Laaer bzw. des Wienerberges Schutz als Landschaftsschutzgebiete. Endlich unterliegen auch Grün- und Parkanlagen, die zu Parkschutzgebieten gehören, nicht nur den Bestimmungen der Bauordnung, sondern gelten gleichzeitig auch als Landschaftsschutzgebiete im Sinne des Naturschutzgesetzes.

Vorhaben, deren Durchführung schädigende Rückwirkungen auf das Landschaftsbild oder auf das innere Gefüge des Landschaftshaushaltes (Klima, Bodenbildung, Grundwasserführung, Pflanzenkleid, Tierleben) zur Folge haben, können auch außerhalb der geschützten Flächen vom Magistrat untersagt werden.

Wer beschäftigt sich mit Naturschutz?

In erster Linie ist die MA 22, 1, Bartensteingasse 13 (Tel. 42 8 00*, 2007 oder 2018), als Naturschutzbehörde mit Angelegenheiten des Naturschutzes befaßt. Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sowie Marktaufsichts-, Forst-, Jagd- und Fischereiorgane haben bei der Vollziehung des Naturschutzgesetzes mitzuwirken. Zu ihrer Unterstützung können mit den einschlägigen Bestimmungen vertraute Personen als ehrenamtliche Naturschutzorgane herangezogen werden, die nach Prüfung und Bestellung, wenn sie in Ausübung ihres Dienstes handeln und das vorgeschriebene Dienstabzeichen tragen, als öffentliche Wache anzusehen sind.

Das Naturschutzgesetz sieht für Übertretungen Geldstrafen bis zu 30.000 S oder Arreststrafen bis zu drei Monaten vor, die bei erschwerenden Umständen nebeneinander verhängt werden können.

Was ist der Zweck des Wiener Baumschutzgesetzes?

Durch dieses Gesetz sollen im Gebiet der Stadt Wien alle Laub- und Nadelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 40 cm, gemessen in 1 m Höhe vom Beginn der Wurzelverzweigung, einschließlich ihres Kronen- und Wurzelbereiches geschützt werden, um für die Wiener Bevölkerung eine gesunde Umwelt zu erhalten. Dabei ist es belanglos, ob sich die Bäume auf öffentlichem oder privatem Grund befinden. Der Grundeigentümer ist daher prinzipiell verpflichtet, den Baumbestand zu erhalten.

Was verbietet das Gesetz?

Es ist verboten, Bäume durch chemische, mechanische oder andere Einwirkungen zu schädigen, im Wuchs zu hemmen oder zum Absterben zu bringen. Weiters Bäume, die vom Gesetz geschützt sind, zu fällen, auszugraben, auszuhauen oder sonstwie zu entfernen.

Nicht verboten ist jedoch das Schneiden (Stutzen) von Bäumen, welches ohne Gefährdung ihres Bestandes lediglich Verschönerungs-, Veredelungs- oder Pflegezwecken dient.

Auf welche Bäume findet dieses Gesetz keine Anwendung?

a) Auf Bäume, die in Baumschulen, Gärtnereien oder sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsstätten produktions- oder nutzungsbedingt entfernt werden müssen;
b) auf Bäume in Wäldern im Sinne des Forstgesetzes;
c) auf Obstbäume;
d) auf Bäume in Kleingartenanlagen und
e) auf Bäume, die auf Grund behördlicher Anordnungen (Wasserrechtsgesetz, Kulturpflanzenschutzgesetz) entfernt werden müssen.

Was ist zu tun, wenn ein geschützter Baum entfernt werden muß?

Vor allem ist um die behördliche Bewilligung beim zuständigen magistratischen Bezirksamt anzusuchen. Dem Ansuchen sind Pläne oder Skizzen, aus denen der gesamte Baumbestand und der Standort der zu entfernenden Bäume hervorgeht, in vierfacher Ausfertigung anzuschließen. Die Behörde kann unter bestimmten, im Gesetz genannten Voraussetzungen die Bewilligung erteilen. Grundsätzlich muß als angemessener Ausgleich für die durch die Bewilligung erfolgte Verminderung des Baumbestandes pro angefangenen 15 cm Stammumfang ein Ersatzbaum mittlerer Baumschulqualität mit einem Stammumfang von 8 bis 15 cm gepflanzt werden. Es muß daher bereits das Ansuchen um Bewilligung der Entfernung von Bäumen Angaben über entsprechende Ersatzpflanzungen enthalten.

Wem obliegt die Ersatzpflanzung und wo ist sie vorzunehmen?

Primär ist der Inhaber der Bewilligung zur Entfernung der Bäume zur Ersatzpflanzung verpflichtet. Soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, hat die Ersatzpflanzung auf derselben Liegenschaft oder im Umkreis von höchstens 300 m vom Standort des zu entfernenden Baumes auf eigenem oder fremdem Grund in der Art und Weise zu erfolgen, wie es im Bescheid vorgeschrieben wird. Ist eine Ersatzpflanzung auf fremdem Grund geplant, muß der Grundeigentümer vorher zustimmen.

Was geschieht, wenn die Ersatzpflanzung nicht oder nicht vollständig vorgenommen werden kann?

In einem solchen Fall tritt der Magistrat in die Verpflichtung der Ersatzpflanzung ein, welche in erster Linie auf öffentlichem Gut oder sonstigen im Eigentum der Gebietskörperschaften stehenden Grundflächen im Umkreis von höchstens 300 m vom Standort des zu entfernenden Baumes, ansonsten möglichst im verbauten Gebiet, erfüllt werden soll.

Zur Deckung der der Stadt Wien aus diesen Ersatzpflanzungen erwachsenden Kosten oder auch zur Beschaffung der hiefür geeigneten Grundflächen ist vom Bewilligungsinhaber eine Ausgleichsabgabe zu entrichten, die pro Ersatzbaum 8.000 S beträgt.

Auskünfte in allen Angelegenheiten des Wiener Baumschutzgesetzes erteilen die zuständigen magistratischen Bezirksämter und die MA 58, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 4219).

S. SCHNEIDER

Ein- und Verkauf von Alteisen, Nutzeisen und Metallen-Schrottpressen
1232 Wien XXIII, Inzersdorf, Triester Str. 228-232, Tel. 67 26 67

ÖFFENTLICHES GARTENWESEN UND AMTLICHER PFLANZENSCHUTZDIENST

(MA 42)

Was ist zu tun, wenn durch zu groß gewordene Alleebäume Wohnungen oder Geschäftslokale verdunkelt werden?

Man wendet sich an die MA 42, 3, Am Heumarkt 2b, Tel. 72 21 71, die für die Pflege aller städtischen Gärten und Baumpflanzungen zuständig ist.

Wo erhalten Gartenbesitzer Auskunft über Krankheiten und Schädlinge, die in ihrem Garten auftreten?

Sie wenden sich unter Mitnahme einer frischen Pflanzenprobe an den amtlichen Pflanzenschutzdienst der MA 42, 3, Am Heumarkt 2b, Tel. 72 21 71, der die Pflanzen untersucht und die Gartenbesitzer über Art und Bekämpfbarkeit der Krankheit oder des Schädlings aufklärt.

Verwahrlosung des Nachbargartens

Wenn ein Nachbargarten sehr verwahrlost ist und die Gefahr besteht, daß tierische und pflanzliche Schädlinge die eigenen Pflanzenkulturen oder die der Nachbarn schädigen können, wenn Schädlinge in Massen auftreten, z. B. San José-Schildlaus, wende man sich an die MA 42, 3, Am Heumarkt 2b, Tel. 72 21 71, die im Land Wien auch den amtlichen Pflanzenschutzdienst besorgt, Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen anordnet –, die Durchführung der Pflanzenschutzgesetze und der Magistratskundmachung, betreffend die Winterspritzung der Obstgehölze, überwacht sowie über die offiziell anerkannten Spritzmittel und deren Verwendung Auskunft gibt.

Was hat der Absender von Obst, Pflanzen, Pflanzenteilen usw. bei Sendungen in das Ausland zu tun?

Er wendet sich an den amtlichen Pflanzenschutzdienst der MA 42, 3, Am Heumarkt 2b, Tel. 72 21 71, der nach einer Beschau der zu versendenden Ware ein Pflanzenschutzzeugnis für die Ausfuhr ausstellt, vorausgesetzt, daß die Ware den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Was hat der Empfänger ausländischer Sendungen von Obst, Pflanzen und Pflanzenteilen usw. zu tun?

Er verständigt ebenfalls den amtlichen Pflanzenschutzdienst der MA 42, 3, Am Heumarkt 2b, Tel. 72 21 71, der im Sinne der Pflanzeneinfuhrverordnung und Qualitätsklassenverordnung nach Beschau der Sendung eine Freigabe veranlaßt.

GEMEINDEVERMITTLUNGSÄMTER

(MA 62)

Wegen Geldforderungen, sonstiger Ansprüche auf bewegliche Sachen, bei Streitigkeiten über Liegenschaftsgrenzen, über Servituten sowie in Besitzstreitigkeiten empfiehlt es sich, vor Anrufung des Gerichtes bei dem Gemeindevermittlungsamt, in dessen Sprengel ein Streitteil seinen Wohnsitz hat, die Vornahme eines Vergleichsversuches zu beantragen. Die Gemeindevermittlungsämter sind in Wien in jedem Gemeindebezirk bei der Bezirksvorstehung eingerichtet. Auf Grund eines solchen Antrages wird der Gegner für einen bestimmten Tag zum Gemeindevermittlungsamt vorgeladen. Die Vertrauensleute dieses Amtes werden sich bemühen, zwischen den beiden Streitteilen einen Vergleich herbeizuführen. Wenn eine Einigung zustande kommt, wird der Inhalt des Vergleiches schriftlich niedergelegt und auf Verlangen den Parteien eine Amtsurkunde darüber ausgefertigt. Von besonderer Bedeutung ist, daß diese Urkunde die Wirkung eines gerichtlichen Vergleiches hat, so daß die gerichtliche Zwangsvollstrekkung durchgeführt werden kann, wenn eine Partei die übernommenen Verpflichtungen nicht einhält. Aber auch dann, wenn sich die Parteien schon außergerichtlich geeinigt haben, können sie Geld ersparen, wenn sie derartige Einigungen als Vergleich in das Amtsbuch des Gemeindevermittlungsamtes eintragen lassen. Auch in diesen Fällen wird den Parteien, die den Vergleich vor dem Gemeindevermittlungsamt abschließen, eine Amtsurkunde ausgefertigt, die, wie oben dargelegt, die Wirkung eines gerichtlichen Vergleiches hat.

In Ehrenbeleidigungsangelegenheiten ist die Vornahme eines Sühneversuches durch das Gemeindevermittlungsamt gesetzlich vorgeschrieben. Der Beleidigte wird sich daher zweckmäßigerweise noch vor der Einbringung der Ehrenbeleidigungsklage an das Gemeindevermittlungsamt wenden, in dessen Sprengel der Beleidiger seinen Wohnsitz hat, und die Anberaumung einer Sühneverhandlung beantragen. Auch in diesen Fällen werden die Vertrauensleute des Amtes bestrebt sein, dem Beleidigten Genugtuung zu verschaffen, indem sie den Beleidiger je nach der Sachlage zur Abgabe einer mündlichen, schriftlichen oder öffentlichen Ehrenerklärung, unter Umständen auch zur Leistung einer Geldbuße für einen wohltätigen Zweck, veranlassen werden. Sollte der Sühneversuch jedoch erfolglos bleiben, erhält der Beleidigte darüber eine Bescheinigung, welche er der Ehrenbeleidigungsklage beilegen muß.

Da das Einschreiten der Gemeindevermittlungsämter mit keinen Kosten verbunden ist, können auf diese Weise in vielen Fällen die nicht unbedeutenden, mit gerichtlichen Verfahren zusammenhängenden Kosten erspart werden.

GESUNDHEITSWESEN

(MA 14, 15, 17)

An wen wendet man sich bei einer Geruchs- oder Lärmbelästigung durch einen gewerblichen Betrieb?

An das zuständige magistratische Bezirksamt. Sanitäre Übelstände anderer Art, die als solche empfunden werden, sind gleichfalls dem zuständigen magistratischen Bezirksamt bekanntzugeben.

An wen wendet man sich bei Rattenplage?

Bei Rattenplage wende man sich gleichfalls an das zuständige magistratische Bezirksamt; Namen und Anschriften der Eigentümer oder des Verwalters des Hauses bzw. Grundstückes sind anzugeben.

Wer nimmt Schädlingsbekämpfungen vor?

Bei Schädlingsbefall (Wanzen, Flöhe usw.) wende man sich an behördlich konzessionierte Schädlingsvertilger, deren Anschrift bei der entsprechenden Innung erfragt werden kann (Tel. 72 56 11*, 364). Entlausungen werden im Bedarfsfall auch von der Desinfektionsanstalt der Stadt Wien, 3, Arsenalstraße 7, entgeltlich vorgenommen.

Wer führt die Rattenbekämpfung durch?

Die auf Grund der Verordnung vom 12. August 1964 in der Fassung der Verordnung vom 18. Dezember 1969 mit Bescheid des Magistrats der Stadt Wien mit der Durchführung der Rattenbekämpfung betrauten gewerbeberechtigten Schädlingsbekämpfer.

Jeder Eigentümer (Nutznießer, Pächter, Mieter) ist auf Grund dieser Verordnung des Wiener Magistrats *verpflichtet,* den Angestellten des Schädlingsbekämpfungsunternehmens (den einzelnen Firmen wurden Rayons zugewiesen) das Betreten aller in Betracht kommenden Grundstücke, Häuser und Räume zu *gestatten* und die Nachschau sowie die Rattenbekämpfung (Köderauslegung) durch diese Personen zu dulden.

Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, gewärtigt *Bestrafung* durch das zuständige magistratische Bezirksamt.

Die Nachschau erfolgt sechsmal, in bestimmten, aus der Verordnung ersichtlichen Randgebieten dreimal jährlich.

Ergibt die Nachschau Rattenbefall oder die Gefahr eines solchen, müssen Bekämpfungsmaßnahmen (Auslegung von Rattenködern) so lange und so oft als notwendig durchgeführt werden!

Die Kosten der regelmäßigen Nachschau *und* Rattenbekämpfung sind vom Eigentümer (Pächter, Nutznießer) des Grundstückes zu tragen. Bei Häusern mit vermieteten Wohnungen gehören diese Kosten zu den Betriebskosten.

Vergiftungsinformation

Sei November 1973 ist an der I. Medizinischen Universitätsklinik (Vorstand Prof. Dr. Deutsch) eine *„Vergiftungsinformationszentrale"* errichtet, die Auskünfte über Gegenmaßnahmen bei Vergiftungen erteilt. Diese Auskunftsstelle ist durchlaufend von einem entsprechend ausgebildeten Arzt besetzt. Telefonisch erreichbar ist diese „Vergiftungsinformation" unter 42 89 (Allgemeines Krankenhaus), Kl. 4266, oder in besonders dringenden Fällen unter der sogenannten Alarmnummer 43 43 43.

Vernichtung giftiger und gifthältiger Stoffe

Bei der MA 39 ist seit 1969 eine Koordinationsstelle zur Vernichtung von giftigen und gifthältigen Stoffen und Abfällen eingerichtet. Diese Stelle erteilt jegliche Auskünfte und ist unter Tel. 74 36 31 während der Dienststunden erreichbar.

Verdacht auf Gesundheitsschädigung durch Lebensmittel

Da Vergiftungen durch Lebensmittel lebensgefährlich sein können, ist zunächst für sofortige *ärztliche Behandlung* des Erkrankten zu sorgen. Dann ist sofort das zuständige Bezirksgesundheitsamt mündlich oder telefonisch zu verständigen. Reste von Lebensmitteln, Erbrochenes u. dgl. sind für eine allfällige Untersuchung sicherzustellen.

Schutzimpfungen

Schutzimpfungen können von jedem praxisberechtigten Arzt vorgenommen werden. Die meisten Schutzimpfungen können jedoch ohne Formalitäten in den *Bezirksgesundheitsämtern* vorgenommen werden, und zwar jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr.

Auch in den Mutterberatungsstellen können vorschulpflichtige Kinder geimpft werden.

Ein wesentlicher Teil des Impfprogramms findet in den *Schulen* statt; die verschiedenen Schutzimpfungen werden hier von den Schulärzten planmäßig vorgenommen.

Für *Auslandsreisende* besteht im Gesundheitsamt, 1, Schottenring 24, 2. Stock, Tür 215, eine Impfstelle, die Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr geöffnet ist.

Nähere Einzelheiten über die verschiedenen Schutzimpfungen siehe die Tabelle „Das Wichtigste über Schutzimpfungen!"

Gesundheitspaß und Notfallskarte

Bei plötzlichen Erkrankungen und bei Unfällen kann es von größter Bedeutung, ja sogar lebensrettend sein, daß der Arzt sofort über die wichtigsten medizinischen Daten des Patienten unterrichtet ist. Zu diesem Zweck wird in Wien an allen geburtshilflichen Stationen bzw. von den freipraktizierenden Hebammen den Eltern ein *Gesundheitspaß* für das Neugeborene übergeben, worin zunächst Blutgruppe, Rhesusfaktor, Geburtsgewicht usw., später aber auch Impfungen, Seruminjektionen, Kinderkrankheiten, Stoffwechselkrankheiten und andere medizinisch notwendige Informationen vom Arzt eingetragen werden. Der Gesundheitspaß ist auch in den städtischen Mutterberatungsstellen, Kindergärten und Bezirksgesundheitsämtern kostenlos erhältlich und soll von den Eltern sorgfältig aufbewahrt werden.

Für Erwachsene werden in allen Bezirksgesundheitsämtern kostenlos sogenannte *Notfallskarten* (in handlichem Führerscheinformat) ausgegeben, die dem gleichen Zweck dienen und es dem Arzt ermöglichen, bei Unfällen sowie bei plötzlichen Erkrankungen mit Bewußtlosigkeit rasche und wirksame Hilfe zu leisten, ohne Schaden anzurichten. Es wird allen Wienerinnen und Wienern empfohlen, sich solche Karten zu besorgen, die nötigen Eintragungen – Impfzustand (insbesondere bezüglich Tetanus), Allergiehinweise, Blutgruppe, Unverträglichkeit bestimmter Medikamente, Diabetes usw. – durch den Hausarzt vornehmen zu lassen und die Karte *ständig bei sich zu tragen.* Auf die

Das Wichtigste über Schutzimpfungen

Schutzimpfung gegen	Wird empfohlen für	Zahl der Einzelimpfungen	Wird durchgeführt in folgenden städtischen Dienststellen	Impfzeiten	Anmerkung
Tuberkulose (BCG-Impfung)	Neugeborene, Kinder, Jugendliche, Krankenpflegepersonal, ansteckungsgefährdete Personen	1	Geburtshilfliche Krankenanstalten, Schulen (3. und 4. Volksschulklasse) Tuberkulosereferat des Gesundheitsamtes, 1, Zelinkagasse 5, 2. Stock, Tür 264	Tuberkulosereferat: Auskunft Tel. 66 14*, 553	Außer bei Neugeborenen wird vor der Impfung eine Tuberkulinprobe durchgeführt; bei positivem Ausfall derselben erübrigt sich die Impfung
Poliomyelitis (Kinderlähmung) A) **Schluck**impfung	Kinder (ab 4. Lebens**monat),** Jugendliche, Erwachsene	3	Bezirksgesundheitsämter, Mutterberatungsstellen, Kindergärten, Schulen		Die Schluckimpfung darf n u r während der öffentlich angekündigten Impftermine durchgeführt werden (Impftermine an sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern während aller Schulferien nur einmal wöchentlich)
B) Impfung nach **Salk** (Injektion)	Kinder und Jugendliche, falls Schluckimpfung aus Termingründen nicht möglich	3–4	Bezirksgesundheitsämter	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr	
Pocken (Blattern)	Kleinkinder im 2. oder 3. Lebensjahr (freiwillige Erstimpfung); im 12. Lebensjahr Wiederimpfung (freiwillig ab 1. Jänner 1979)	1	Bezirksgesundheitsämter	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr	**Erst**impfungen nach dem 3. Lebensjahr sollen nur bei dringender Notwendigkeit und unter besonderen, vom Arzt zu erfragenden Schutzmaßnahmen durchgeführt werden
	vor Reisen in pockengefährdete Gebiete; Krankenpflegepersonal		Impfstelle für Auslandsreisende, 1, Schottenring 24, 2. Stock, Tür 215, Tel. 66 14*, 548	Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr	
Tetanus (Wundstarrkrampf)	Jugendliche, Erwachsene, insbesondere Arbeiter, Sportler, Gärtner, Soldaten, Kraftfahrer usw.	3	Bezirksgesundheitsämter Impfstelle für Auslandsreisende	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr	
Diphtherie–Tetanus	Kinder ab 2. Lebensjahr	3	Bezirksgesundheitsämter Mutterberatungsstellen, Schulen	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr	
Diphtherie–Tetanus–Pertussis (Keuchhusten)	Kinder ab 3. Lebensmonat bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres. Im 2. Lebensjahr Diphtherie-Tetanus	3 1	Bezirksgesundheitsämter Mutterberatungsstellen	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr, jeweilige Beratungszeiten	

Schutz-impfung gegen	Wird empfohlen für	Zahl der Einzel-impfungen	Wird durchgeführt in folgenden städtischen Dienststellen	Impf-zeiten	Anmerkung
Röteln	Frauen im Wochenbett 13- bis 14jährige Mädchen Risikogruppen (Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen usw.), sofern ihr Rötelnantikörpertiter 1 : 16 oder weniger beträgt	1	Geburtshilfliche Abteilungen, Universitäts-Kinderklinik, 9, Lazarettgasse 14, Schulen	Mittwoch 14 bis 16 Uhr	Darf keinesfalls *während* einer Schwangerschaft erfolgen
Masern und Mumps	Kinder ab dem 2. Lebensjahr	1	Bezirksgesundheitsämter	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr	
FSME („Zeckenkrankheit")	gefährdete Berufe, Reisende in Zeckengefahrengebiete (Kinder erst ab dem 4. Lebensjahr)	3	Bezirksgesundheitsämter Impfstelle für Auslandsreisende	Impftermine werden öffentlich angekündigt	Ist der Zeckenbiß bereits erfolgt, so kann FSME-*Immunglobulin* verabreicht werden, Auskunft: Tel. 66 14*, 526
Typhus–Paratyphus	Auslandsreisende in Gefahrengebiete	3	Bezirksgesundheitsämter (für Kinder), Impfstelle für Auslandsreisende	Dienstag und Freitag 9 bis 11 Uhr Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr	Neuerdings ist auch eine *Schluck*impfung auf ärztliche Verschreibung verfügbar
Cholera	Auslandsreisende in Gefahrengebiete	2			
Gelbfieber	Auslandsreisende in Gefahrengebiete	1	Impfstelle für Auslandsreisende	Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr	
andere Infektionskrankheiten (gegen Voranmeldung)	Auslandsreisende in Gefahrengebiete				

Möglichkeit, sich die Blutgruppe kostenlos bei Blutspendeaktionen bestimmen zu lassen, wird aufmerksam gemacht.

Mutter-Kind-Paß

Schwangere und Ärzte erhalten den vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz herausgegebenen Mutter-Kind-Paß in jedem Bezirkgesundheitsamt oder im Gesundheitsamt, 1, Gonzagagasse 23, 2. Stock, Tür 255 (siehe auch Abschnitt Steuern, Abgaben und Gebühren, Geburtenbeihilfe).

Risikokinder

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat in Zusammenarbeit mit der Universitäts-Kinderklinik ein Zentrum für Entwicklungsdiagnostik und cerebrale Bewegungsstörungen eingerichtet.

Kinder, deren psychologische oder motorische Entwicklung abweichend von der Norm erscheint, werden dort nach Anmeldung zur Diagnosestellung und fallweise auch zur Therapie angenommen. Die Anmeldung kann durch den Arzt oder die Eltern des Kindes erfolgen:

Universitäts-Kinderklinik Wien,
Zentrum für Entwicklungsdiagnostik und cerebrale Bewegungsstörungen, Oberarzt Dr. Lesigang, Tel. 42 89*, 4307, oder
Spezialambulanz für Entwicklungsdiagnostik und cerebrale Bewegungsstörungen, 10, Gellertgasse 42–48, Tel. 64 35 84.

Beratungsstelle für Übergewicht bei Kindern

Ebenfalls gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik führt das Gesundheitsamt auch eine „Beratungsstelle für fettsüchtige Kinder", und zwar in 9, Währinger Gürtel 74 bis 76 (Universitäts-Kinderklinik), Tel. 42 89*, 4321.

Gehörtestungen bei Kindern

Bei Vorschulkindern werden ab dem fünften Lebensjahr außer in Kindergärten auch im Gesundheitsamt der Stadt Wien, 1, Zelinkagasse 3, jeden Montag von 8 bis 11 Uhr kostenlose Untersuchungen des Gehörs durchgeführt. Bei Schulkindern werden diese Untersuchungen vom Schulärztlichen Dienst veranlaßt.

Sehtests bei Kleinkindern

Das Gesundheitsamt führt in allen Wiener Kindergärten Sehtests für Kinder ab dem dritten Lebensjahr durch. Für Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, besteht ebenfalls die Möglichkeit, eine Testung auf Augenfehler im Gesundheitsamt kostenlos durchführen zu lassen (1, Zelinkagasse 3, Montag von 8 bis 11 Uhr).

Jugendzahnkliniken

Für Kinder und Jugendliche werden konservierende und chirurgische Zahnbehandlungen in den Jugendzahnkliniken kostenlos durchgeführt:

9, Salzergasse 28, Tel. 31 53 34, Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, kieferorthopädische Behandlung Donnerstag von 13 bis 14 Uhr;

10, Erlachgasse 100, Tel. 62 48 435, Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr;

15, Geyschlägergasse 2–12, Tel. 92 79 183, Montag bis Freitag von 12.30 bis 15.30 Uhr;

21, Am Spitz 1, Tel. 38 15 04*, 260, Montag und Freitag von 8 bis 11 Uhr für vorschulpflichtige Kinder und Montag bis Freitag von 13 bis 15 Uhr für Schulkinder bis 18 Jahre.

Wo und wie kann man sich auf Tuberkulose untersuchen lassen?

Auf Tuberkulose kann sich *jeder* ohne irgendwelche Formalitäten in der für seinen Wohnbezirk zuständigen städtischen Tuberkulose-Fürsorgestelle untersuchen lassen. Er wird dort von einem Facharzt untersucht und über seinen Gesundheitszustand unterrichtet. Diese Klarheit zu schaffen, ob man gesund oder krank, vielleicht sogar infektiös erkrankt ist, liegt in jedermanns eigenem Interesse, vor allem aber im Interesse seiner Familie und seiner Mitmenschen.

In den Tuberkulosefürsorgestellen der Stadt Wien werden alle Personen kostenlos untersucht, auch dann, wenn sie Mitglied einer Krankenkasse oder bemittelt sind.

Tuberkulosekranke und auch Krankheitsverdächtige sind nach den Bestimmungen des Tuberkulosegesetzes verpflichtet, den Einladungen zu ärztlichen Aussprachen und Untersuchungen Folge zu leisten. (Siehe das Verzeichnis der Tbc-Fürsorgestellen beim Magistrat, MA 15.)

Röntgenreihenuntersuchungen

Für Röntgenuntersuchungen größerer Personengruppen, wie Betriebsuntersuchungen, steht ein fahrbares Schirmbildgerät zur Verfügung. Mit diesem können an Ort und Stelle bis zu 400 Personen in einem halben Tag untersucht werden. Für solche Untersuchungen ist ein Kostenbeitrag zu leisten. Nähere Informationen im Gesundheitsamt (Tel. 66 14*, 551, 556).

Tuberkulosehilfe

Tuberkulosekranken kann entsprechend den Bestimmungen des Tuberkulosegesetzes Tuberkulosehilfe gewährt werden. Der Antrag ist in der zuständigen Tuberkulosefürsorgestelle des Wohnbezirkes einzureichen. Dort werden auch die näheren Auskünfte erteilt (siehe Magistrat, MA 15). Die wirtschaftliche Tuberkulosehilfe kann jenen Patienten verweigert werden, die den der Heilung und Besserung ihres Leidens dienenden Anordnungen der Amtsärzte nicht nachkommen.

Wie kommt man in eine Heilstätte für Tuberkulosekranke?

Jeder Kranke, der eine Heilstättenbehandlung anstrebt, wende sich an die für seinen Wohnbezirk zuständige *Tbc-Fürsorgestelle* (siehe Magistrat, MA 15). Dort wird er ärztlich untersucht und seine Einweisung veranlaßt.

An wen wendet man sich bei Anzeichen einer Geschlechtskrankheit?

Bei den allerersten Anzeichen einer Geschlechtskrankheit, so geringfügig sie auch sein mögen, wende man sich sofort an einen Arzt bzw. Facharzt oder an die städtische „Geschlechtskrankenberatungsstelle", 1, Neutorgasse 20 (Ecke Schottenring), wo täglich von 8 bis 11 Uhr ohne irgendwelche Formalitäten kostenlose Beratung und Behandlung durch Fachärzte stattfindet.

Gesundenuntersuchungsstellen

Gesundenuntersuchungen finden statt in 3, Hainburger Straße 57 (Dienstag, Mittwoch und Freitag vormittag sowie Montag und Dienstag nachmittag für Frauen, Donnerstag vormittag und Mittwoch nachmittag für Männer), 9, Lazarettgasse 14, I. Medizinische Universitäts-Klinik, Ambulanz (Dienstag und Donnerstag nachmittag für Frauen), 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse Nr. 2 C (Dienstag nachmittag und Mittwoch vormittag für Frauen, Montag vormittag und Donnerstag nachmittag für Männer), 13, Hietzinger Kai 1–3 (Montag und Dienstag nachmittag für Frauen, Mittwoch und Donnerstag nachmittag für Männer), 15, Sorbaitgasse 3 (Montag, Dienstag und Donnerstag vormittag für Frauen, Mittwoch vormittag und Freitag nachmittag für Männer), 16, Montleartstraße 37, Wilhelminenspital, 1. Medizinische Abteilung, Pavillon 23 (Montag, Dienstag und Donnerstag nachmittag für Frauen, Mittwoch nachmittag für Männer; Montag ab 16.30 Uhr findet die Abendambulanz für Frauen und Männer statt).

Außerdem besteht eine spezielle *Brustambulanz* in der Gesundenuntersuchungsstelle, 15, Sorbaitgasse 3 (Montag von 10 bis 11 Uhr), gegen telefonische Voranmeldung in der Zentrale der Gesundenuntersuchungsstellen, 1, Schottenring 24, Tel. 66 14*, 574.

Die Anmeldung für die Gesundenuntersuchung erfolgt von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 11 Uhr *persönlich* in der Zentrale, 1, Schottenring 24, Parterre, Tür 18, mit den Markierungsbögen der Krankenkassen und dem letzten Befundschein der Gesundenuntersuchung bzw. mit einem Personalausweis.

Da eine beginnende Krebserkrankung vollkommen beschwerdefrei verläuft, ist eine frühzeitige Erkennung derselben nur durch eine jährliche Vorsorgeuntersuchung bei sich völlig gesund fühlenden Personen möglich. Bei diesen Untersuchungen können auch vorkrebsige Erkrankungen, welche unbehandelt später zu einem Krebsleiden führen könnten, aber auch andere chronische Krankheiten aufgedeckt und einer frühzeitigen Behandlung zugeführt werden.

Die Beratungsstelle für *Raucher* soll entwöhnungswilligen Rauchern und Raucherinnen Rat und Hilfe geben. Die Anmeldung hiezu muß, ebenso wie zur Gesundenuntersuchung, *persönlich* Montag bis Freitag von 8 bis 11 Uhr im Gesundheitsamt der Stadt Wien, 1, Schottenring 24, Parterre, Tür 18, erfolgen. Weitere Raucherberatungsstellen befinden sich in 5, Margaretengürtel 96, Tel. 55 11 07

(Mittwoch von 15 bis 18 Uhr), 11, Simmeringer Hauptstraße 93–95, Tel. 74 17 85 (Mittwoch von 15.30 bis 18 Uhr), und 20, Pappenheimgasse 48–52, Tel. 33 93 26, 33 71 68 (Montag von 15 bis 18 Uhr).

Seit Juni 1979 besteht in den Räumen der Raucherberatungsstelle 1, Schottenring 24, Parterre, Tür 18, eine Ernährungsberatung, Beratungszeit Dienstag und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr, Tel. Voranmeldung 66 14*, 661, 662, 663.

Worauf soll man vor einer Reise in tropische Länder achten?

Tropenreisen werden immer häufiger, erfordern jedoch gewisse gesundheitliche Vorsichtsmaßnahmen. Wer einen Tropenaufenthalt von mehr als einen Monat plant, sollte sich auf Tropentauglichkeit ärztlich untersuchen lassen.

Eine solche Untersuchungsstelle besteht im Gesundheitsamt der Stadt Wien, 1, Schottenring 24, 2. Stock, Tür 215, und kann gegen telefonische Voranmeldung (66 14*, 547 oder 548) in Anspruch genommen werden. Hier werden auch Ratschläge für kürzere Aufenthalte erteilt und Merkblätter mit den wichtigsten Verhaltensmaßnahmen ausgegeben. So erfährt man alles Wissenswerte über die notwendigen Medikamente, die Kleidungs- und Ernährungshygiene, über die sonstige persönliche Hygiene in den Tropen sowie über die vor Antritt der Reise durchzuführenden Schutzimpfungen (siehe auch Abschnitt „Schutzimpfungen", Impfstelle für Auslandsreisende).

Diabetiker-Beratungsstelle

Diabetiker und ihre Angehörigen können die Beratungsstelle des Österreichischen Diabetikerverbandes in Anspruch nehmen. Sie befindet sich im Amtshaus 1, Schottenring 22–24 (Eingang Zelinkagasse 5, Parterre, Tür 20), und ist Dienstag von 16 bis 18 Uhr geöffnet.

Was kann bei Trunksucht unternommen werden?

Alkoholismus ist ein Symptom einer ihm zugrunde liegenden seelischen, geistigen, körperlichen oder sozialen Krankheit. Wenn ein Mensch immer wieder in alkoholisiertem Zustand angetroffen wird oder während desselben selbst- und gemeingefährlich ist, ist die Krankheit schon weit fortgeschritten und bedarf ärztlicher oder fürsorgerischer Betreuung.

Man kann Alkoholismus daran erkennen, daß ein Mensch genötigt ist, eine bestimmte Menge Alkohol zu sich zu nehmen. Dazu werden viele Gründe angeführt, die das Trinkenmüssen erklären sollen. Es ist krankhaft, wenn immer häufiger oder regelmäßig eine immer größere Menge Alkohol konsumiert werden muß oder wenn nach einer bestimmten Menge das Trinken nicht mehr beendet werden kann.

Es soll nicht zugewartet werden, bis das Stadium des chronischen Alkoholismus erreicht ist. Dieses ist an körperlichen, geistigen und seelischen Störungen zu erkennen, welche auch nach jahrelanger Behandlung oder Internierung nicht in jedem Fall völlig behoben werden können.

Es empfiehlt sich, dem Kranken zur freiwilligen Vorsprache bei der Beratungsstelle des Gesundheitsamtes der Stadt Wien des Referates Psychohygiene in 2, Kleine Sperlgasse 2b, Tel. 24 64 24, zu raten. Die Sprechstunden werden Montag und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr abgehalten. An jedem Montag und Donnerstag von 18 bis 19 Uhr sind Sprechstunden der Ärzte bzw. es finden zu diesen Zeiten gruppenpsychotherapeutische Behandlungen statt. Die Beratungen sind unentgeltlich.

Es bestehen weitere Beratungsstellen für Alkoholkranke:

Arbeiter-Abstinentenbund, 15, Hackengasse 13, Tel. 92 33 67, und der Beratungsdienst der Caritas Wien, 5, Wiedner Hauptstraße 105, Tel. 55 43 76 (Montag, Dienstag und Freitag von 17 bis 20 Uhr).

Anton Proksch-Institut (Stiftung Genesungsheim Kalksburg), 23, Mackgasse 7–9, Tel. 88 41 37, 88 41 38 (Montag, Mittwoch und Samstag von 16 bis 20 Uhr).

Beratungsstelle des Genesungsheimes Kalksburg für Alkoholabhängige:

3, Hainburger Straße 68–70, Tel. 72 29 552 (Montag, Mittwoch und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr).

In allen diesen Beratungsstellen werden ausschließlich freiwillige Patienten beraten, behandelt und fürsorgerisch betreut. Die *Aufnahme in das Genesungsheim Kalksburg* erfolgt ausschließlich freiwillig über die Beratungsstellen des Referates Psychohygiene der Stadt Wien (siehe oben) oder über die Ambulanz der Psychiatrischen Universitäts-Klinik, 9, Spitalgasse 23.

Für solche Kranke, die selbst- oder gemeingefährlich sind, die dem Unterhalt der Familie nicht nachkommen, deren Alkoholismus weit fortgeschritten ist oder bei denen der Verdacht einer alkoholischen Geistesstörung besteht, ist der Polizeiarzt am Polizeikommissariat des Wohnbezirkes zuständig.

Auf Antrag der Angehörigen kann beim zuständigen Bezirksgericht die Einleitung eines Entmündigungsverfahrens beantragt und über die Bundespolizeidirektion kann ein Gasthausverbot erwirkt werden.

Wie verhält man sich bei Verdacht einer Geisteskrankheit?

Wenn das Verhalten eines Mitmenschen den Verdacht erweckt, daß es sich um Anzeichen einer Geisteskrankheit handelt, ist zunächst die Frage von Bedeutung, ob und von wem er betreut wird. Viele Geisteskranke finden sich durchaus zurecht und sind von ihren Angehörigen leicht zu beraten. Die Anweisungen des behandelnden Arztes sind natürlich genau zu beachten; die Einnahme vorgeschriebener Medikamente muß eventuell von den Angehörigen überwacht werden.

Geisteskranke, die aus einer psychiatrischen Station wieder nach Hause entlassen sind, sollen die Mithilfe der Beratungsstellen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien *(Referat Psychohygiene)* ansprechen, um wieder richtigen Anschluß im sozialen Leben zu finden und Rückfällen vorzubeugen.

Zentrale und Auskunft: 1, Schottenring 24, 2. Stock, Tür 225, Tel. 66 14*, 543 (Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr).

Die Beratungsstellen befinden sich in 2, Kleine Sperlgasse 2b, Tel. 24 64 24 (Dienstag und Freitag von 15 bis 19 Uhr), 3, Hainburger Straße 68–70, Tel. 72 29 552 (Dienstag und Freitag von 15 bis 19 Uhr), 8, Wickenburggasse 15, Tel. 43 99 22, 43 26 00 (Dienstag, Donnerstag und Freitag von 15 bis 19 Uhr), 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse 2/G, Tel. 68 36 95 (Dienstag und Donnerstag von 15 bis 19 Uhr), 12, Längenfeldgasse 20, Tel. 83 76 15 (Montag und Dienstag von 9 bis 19 Uhr, Donnerstag von 14 bis 19 Uhr), 22, Kagran, Steigenteschgasse 142, Tel. 23 12 32 (Dienstag und Donnerstag von 15 bis 20 Uhr).

In den Beratungsstellen findet auch eine Beratung für *Angehörige* statt, die insbesondere dann in Anspruch genommen werden soll, wenn sich bei der häuslichen Pflege Schwierigkeiten ergeben. Auch Betriebe, die ehemals Geisteskranke eingestellt haben, können sich zu ihrer

Beratung der Mithilfe des Referates Psychohygiene bedienen.

Für *Alterspatienten,* die psychische Schwierigkeiten haben, steht der geriatrische Dienst des Referates Psychohygiene zur Beratung ihrer Probleme zur Verfügung. Auch dieser kann selbstverständlich von Angehörigen oder der mit der Pflege solcher Patienten befaßten Personen zur Beratung herangezogen werden.

Nur bei Gefahr im Verzug, insbesondere bei Verdacht der Selbst- oder Gemeingefährlichkeit, ist im Wege der Polizei (Wachzimmer oder Kommissariat) der zuständige *Polizeiarzt* zu verständigen, dessen Entscheidung es obliegt, ob die Einweisung in eine geschlossene Anstalt zur Beobachtung des Geisteszustandes erforderlich ist.

Was ist bei Drogenabhängigkeit oder Sucht zu veranlassen?

Für Personen, die in Abhängigkeit von einem Suchtmittel (z. B. Haschisch, Opiate usw.) geraten sind, bestehen ebenfalls Beratungsmöglichkeiten in der Beratungsstelle des Referates Psychohygiene für Drogenabhängige in 9, Borschkegasse 1, Tel. 42 67 86 (Mittwoch und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr).

Diese Beratungsstelle ist auch für Angehörige und Freunde der Betroffenen, die dem abhängig Gewordenen aus seiner Situation helfen wollen, zugänglich. Überdies obliegt dieser Stelle die Beurteilung der medizinisch erforderlichen Maßnahmen im Falle des Aussetzens einer Strafverfolgung nach der Suchtgiftgesetznovelle 1971.

Für stationäre Entziehungskuren steht die Drogenstation des Genesungsheimes Kalksburg in 23, Breitenfurter Straße 517, zur Verfügung (Aufnahme über die Ambulanz der Psychiatrischen Universitätsklinik, 9, Spitalgasse 23). Überdies besteht im Rahmen der Caritas eine Beratungsstelle für drogengefährdete Jugendliche unter fachlicher Leitung in 17, Schellhammergasse 3 (Montag bis Freitag von 19 bis 22 Uhr), im Rahmen eines Klubs.

Wie kommt man zu einem Spitalsbett?

Für die Aufnahme in ein öffentliches Krankenhaus stellt der behandelnde Arzt einen *„Spitalszettel"* aus.

Die *Sicherung des Spitalsbettes* und die *Beistellung eines Krankenwagens* für nicht gehfähige Patienten besorgt die nächste Polizeiwachstube. Die Spitalseinweisung ist vorzuweisen.

Gehfähige Patienten können sich um ein freies Spitalsbett direkt an die *Aufnahmekanzlei* bzw. *Ambulanz* eines öffentlichen Krankenhauses wenden.

Über die Notwendigkeit der Aufnahme entscheidet allein die Krankenanstalt.

Zur Spitalsaufnahme sind folgende *Dokumente* mitzubringen: Meldezettel, Nachweis der Staatszugehörigkeit, Geburts-(Tauf-)Schein, Trauschein. Selbstzahlende Patienten haben die Pflegegebühren für einen bestimmten Zeitraum im voraus zu erlegen. Krankenversicherte Patienten bringen ihre Mitgliedskarte und nach Möglichkeit auch einen Kostenverpflichtungsschein ihrer Krankenkasse mit.

Spitalsombudsmann

Er nimmt Verbesserungsvorschläge und Beschwerden in Spitalsangelegenheiten für die Wiener Kranken- und Pflegeanstalten entgegen und überprüft jeden einzelnen Beschwerdefall und jede Anregung. Telefonisch erreichbar unter 63 21 37, Montag von 13 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr. Persönliche Vorsprachen jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr, 1, Schottenring 24, 3. Stock, Tür 363. Briefe sind an dieselbe Adresse zu richten.

In welchen Fällen interveniert der Rettungsdienst der Stadt Wien?

Die „Rettung" interveniert bei allen Unfällen und Vergiftungen sowie bei plötzlichen lebensbedrohlichen Erkrankungen außerhalb der Wohnung. Befindet sich der Patient in der eigenen Wohnung, so obliegt bei Erkrankungen die dringliche ärztliche Hilfe grundsätzlich dem praktischen Arzt (an Samstagen und Sonntagen dem ärztlichen Notdienst, Tel. 55 46 46).

Der Interventionsbereich der Rettung erstreckt sich über alle 23 Wiener Bezirke.

Die Rettung kann von jedermann über Tel. 144 in Anspruch genommen werden.

Hiebei beachten: Kurze, aber klare Angaben am Telefon, Bekanntgabe der eigenen Telefonnummer, Erwarten des Ambulanzwagens am Interventionsort oder – wenn nötig – an einer vereinbarten Stelle, von der die Einweisung zum Interventionsort erfolgt!

In welchen Fällen kann der Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien in Anspruch genommen werden?

Der Krankenbeförderungsdienst, auch kurz „Sanität" genannt, führt die Transporte Kranker in die Spitäler, Heimtransporte aus den Spitälern sowie Verlegungen in andere Anstalten durch.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Sanität zum Transport eines Patienten in das Krankenhaus ist die *vorherige* Sicherstellung eines Spitalsbettes und die ärztlich bestätigte Notwendigkeit des Transportes mittels Sanitätswagens. (Die Sicherstellung des Spitalsbettes kann durch den behandelnden Arzt oder mit dem von ihm ausgestellten Spitalszettel durch die Polizei über die Bettenzentrale erfolgen.) Die Anforderung des Krankenbeförderungsdienstes erfolgt durch die Polizei.

Für Heimtransporte ist die anstaltsärztliche Bestätigung, daß der Patient *liegend* mittels Sanitätswagens transportiert werden muß, nötig!

Bei Anforderung beachten: Angaben, ob Infektionskrankheit, Diagnose; Personaldokumente, Nachweise über Krankenkassenzugehörigkeit, Rentenbescheide usw. bereithalten!

Während welcher Tages- und Nachtzeiten kann man in einer öffentlichen Apotheke Wiens Arzneimittel kaufen?

Von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr sowie an Samstagen von 8 bis 12 Uhr. Außerhalb dieser Betriebszeiten können Arzneimittel in den im Bereitschaftsdienst stehenden Apotheken bezogen werden, die aus der neben der Eingangstür jeder Apotheke angebrachten Aufschriftstafel zu ersehen sind.

Wie spreche ich eine Verdienstentgangsvergütung bei Maßnahmen nach dem Epidemiegesetz an?

Bei dem magistratischen Bezirksamt, das die Verfügung erlassen hat, muß *binnen sechs Wochen nach Aufhebung der Verfügung der Anspruch schriftlich* geltend gemacht werden. (Formulare liegen bei den magistratischen Bezirksämtern auf; das Ansuchen ist stempelfrei.)

GEWERBEWESEN

(MA 63, MBÄ)

Was ist ein Gewerbe?

Eine nicht gesetzlich verbotene Tätigkeit, die selbständig, regelmäßig und in der Absicht betrieben wird, einen Ertrag oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen, und die von der Anwendung der Gewerbeordnung 1973 nicht ausgeschlossen ist.

Auf welche Tätigkeiten ist die Gewerbeordnung 1973 nicht anzuwenden?

Alle dem Erwerb dienenden Tätigkeiten, die im § 2 GewO 1973 aufgezählt sind, z. B. die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebengewerbe, der Bergbau, die literarische Tätigkeit, die häusliche Nebenbeschäftigung, die zur Berufsausübung zählenden Tätigkeiten der Rechtsanwälte, Notare, Ziviltechniker, Wirtschaftstreuhänder, Ärzte, Dentisten, Hebammen, die Ausübung der Erwerbszweige des Privatunterrichtes und der Erziehung, der Betrieb von Bank- und Versicherungsgeschäften, der Betrieb von Unterhaltungsunternehmen (Theater, Kino usw.).

Wie teilt man die Gewerbe ein?

Die GewO 1973 teilt die Gewerbe in freie und gebundene Gewerbe, Handwerke und konzessionierte Gewerbe ein. Eine besondere Art der Gewerbeausübung stellt der Industriebetrieb dar, der insbesondere durch hohen Kapitaleinsatz und organisatorische Trennung in eine technische und kaufmännische Führung gekennzeichnet ist.

Wie wird das Recht zur Ausübung eines Gewerbes begründet?

Bei den freien und gebundenen Gewerben und bei den Handwerken durch die vorschriftsmäßige Anmeldung des Gewerbes bei der Gewerbebehörde, das ist in Wien beim magistratischen Bezirksamt des Gewerbestandortes. Bei den konzessionierten Gewerben durch Erteilung der Konzession, um die beim magistratischen Bezirksamt – bei manchen konzessionierten Gewerben beim Landeshauptmann (MA 63) oder beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie – anzusuchen ist.

Wer kann ein Gewerbe anmelden bzw. um die Erteilung einer Konzession ansuchen?

Derjenige, der die von der GewO 1973 aufgestellten allgemeinen und besonderen Voraussetzungen erfüllt. Zu den allgemeinen Voraussetzungen, die ohne Rücksicht auf die Art des angestrebten Gewerbes, also von jedem Gewerbeanwärter erfüllt werden müssen, zählen:

a) die Eigenberechtigung, die grundsätzlich mit der Vollendung des 19. Lebensjahres, also mit der Volljährigkeit, eintritt;

b) die Freiheit von Ausschließungsgründen, die dann vorliegt, wenn der Gewerbeanwärter nicht wegen gewisser, durch die Strafgerichte zu ahndender Delikte verurteilt wurde (vorsätzliche strafbare Handlungen, die mit mehr als einjähriger Freiheitsstrafe bedroht sind oder sonstige strafbare Handlungen, die aus Gewinnsucht begangen wurden oder gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoßen; Finanzvergehen) und über sein Vermögen nicht schon einmal der Konkurs oder zweimal das Ausgleichsverfahren eröffnet worden ist. Bei Vorliegen solcher Ausschließungsgründe hat die Gewerbebehörde den Anmelder zwingend von der Ausübung des Gewerbes auszuschließen;

c) die österreichische Staatsbürgerschaft.
Angehörige eines Staates, mit dem ein Gegenseitigkeitsverhältnis besteht (derzeit z. B. mit der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und den USA) oder solche, die vom Landeshauptmann (MA 63) die Gleichstellung mit Inländern erhalten haben, sind den österreichischen Staatsbürgern in dieser Hinsicht gleichgestellt. Für die Ausübung von Waffengewerben ist eine solche Gleichstellung mit Inländern nicht möglich.

Den besonderen Voraussetzungen hat der Gewerbeanwärter je nach der Art des Gewerbes zu entsprechen; sie betreffen vor allem den Befähigungsnachweis, das ist der Nachweis, daß der Einschreiter die fachlichen einschließlich der kaufmännischen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen besitzt, um die dem betreffenden Gewerbe eigentümlichen Tätigkeiten selbständig ausführen zu können. Die Befähigung für ein gebundenes Gewerbe ist durch Belege der folgenden Art nachzuweisen:

Zeugnis über eine erfolgreich abgelegte Lehrabschlußprüfung oder Nachweis einer schulmäßigen Ausbildung; Zeugnis über eine fachliche Tätigkeit; Zeugnis über eine erfolgreich abgelegte Prüfung; Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Schule; Zeugnis über den erfolgreichen Besuch eines Lehrganges. Der Befähigungsnachweis für ein Handwerk ist durch die Vorlage des Zeugnisses über die erfolgreich abgelegte Meisterprüfung zu erbringen.

Gewerbeberechtigungen für konzessionierte Gewerbe, bei denen der Befähigungsnachweis sehr unterschiedlich gestaltet ist, können nur dann erteilt werden, wenn bei Erfüllung der allgemeinen Voraussetzungen für die Ausübung von Gewerben gegen den Bewerber keine Tatsachen vorliegen, die es zweifelhaft machen, ob er die für die Ausübung des Gewerbes erforderliche Zuverlässigkeit besitzt. Auf den Bedarf nach der beabsichtigten Gewerbeausübung ist im Gegensatz zur früheren Rechtslage nur noch bei Erteilung einer Konzession für die Ausübung des Rauchfangkehrer- oder Bestattergewerbes Rücksicht zu nehmen. Die Voraussetzungen für die Ausübung von Gewerben sind von der Behörde in bestimmten Fällen nachzusehen, und zwar ist eine Nachsicht unter bestimmten Bedingungen sowohl vom Ausschluß von der Gewerbeausübung als auch vom Befähigungsnachweis zu erteilen. Zuständig für die Nachsichtserteilung ist nach der Art der zu erteilenden Nachsicht entweder die Gewerbebehörde erster Instanz (in Wien die magistratischen Bezirksämter), der Landeshauptmann (in Wien die MA 63) oder der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

Anträge betreffend Mietwagengewerbe mit Personenkraftwagen, Taxigewerbe, Hotelwagengewerbe oder Fiakergewerbe sind beim MBA 1/8, 1, Wipplingerstraße 8, einzubringen, für alle anderen Konzessionen nach dem Gelegenheitsverkehrsgesetz bei der MA 63, 1, Wipplingerstraße 8.

Können nur physische (Einzel-)Personen ein Gewerbe anmelden?

Nein, auch juristische Personen (wie die Gebietskörperschaften, Bund, Länder und Gemeinden; die Kapitalgesellschaften, Aktiengesellschaft und Gesellschaft m. b. H.; Vereine usw.) und Personengesellschaften des Handelsrechtes (offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft) können Gewerbe ausüben, müssen jedoch einen Geschäftsführer bestellt oder die Ausübung einem Pächter übertragen haben.

Welche Angaben hat die Gewerbeanmeldung bzw. das Konzessionsansuchen zu enthalten?

Die persönlich oder schriftlich zu erstattende Anmeldung hat die genaue Bezeichnung des Gewerbes und des für die Ausübung in Aussicht genommenen Standortes zu enthalten. Der Anmeldung sind die Urkunden über Vor- und Familiennamen, Wohnung, Alter und Staatsangehörigkeit (Geburtsurkunde, Meldezettel, Staatsbürgerschaftsnachweis) und – soweit ein Befähigungsnachweis für das Gewerbe vorgeschrieben ist – die entsprechenden Zeugnisse oder der Bescheid über die erteilte Nachsicht anzuschließen.

Darf ein Gewerbetreibender auch Tätigkeiten anderer Gewerbe ausüben?

Ja, zur Ausübung von Handwerken befugte Gewerbetreibende dürfen auch Leistungen verwandter Handwerke erbringen, sofern hiedurch der sich aus der Gewerbeberechtigung ergebende Charakter des Gesamtbetriebes gewahrt bleibt.

Allen Gewerbetreibenden steht außerdem das Recht zu, ihre Betriebseinrichtungen, sonstigen mechanischen Einrichtungen, Betriebsmittel, sonstigen Betriebsbehelfe und Betriebsgebäude instandzuhalten und instandzusetzen. Soweit es aus Gründen der Sicherheit notwendig ist, haben sie sich bei Ausübung dieser Rechte entsprechend ausgebildeter und erfahrener Fachkräfte zu bedienen. Darüber hinaus stehen sowohl den Erzeugern und Dienstleistungsgewerbetreibenden als auch den Händlern in der Gewerbeordnung erschöpfend aufgezählte spezifische Rechte zu. Dazu gehört insbesondere für die Erzeuger das Recht, Arbeiten, die im zulässigen Umfang ihrer Gewerbeausübung liegen, zu planen sowie alle jene Vorarbeiten und Vollendungsarbeiten vorzunehmen, die dazu dienen, ihre Erzeugnisse absatzfähig zu machen. Daneben steht ihnen auch das Recht zu, die dem marktmäßigen Verkauf ihrer Erzeugnisse dienenden Verpackungen herzustellen und zu bedrucken sowie neben den Waren eigener Erzeugung auch fremde Erzeugnisse gleicher Art und entsprechendes Zubehör zu verkaufen. Den Händlern steht insbesondere das Recht zum Verkauf gebrauchter Waren, zum Vermieten von Waren und zur Vermittlung des Kaufes und Verkaufes von Waren, jedoch ohne ständig damit betraut zu sein, zu. Außerdem dürfen sie die Waren an die Bedürfnisse des Marktes anpassen, die gelieferten Waren an Ort und Stelle montieren und die regelmäßige Wartung (Service) der verkauften Waren vornehmen. In diesem Zusammenhang steht ihnen auch der Austausch schadhaft gewordener Bestandteile zu. Desgleichen sind die Händler berechtigt, Bestellungen auf Waren, zu deren Verkauf sie befugt sind, zu übernehmen und diese Waren auch durch befugte selbständige Erzeuger herstellen zu lassen. Sie sind auch berechtigt, zu diesem Zweck Maß zu nehmen. Den Dienstleistungsgewerbetreibenden stehen die den Erzeugern eingeräumten Rechte sinngemäß zu, wenn der Charakter des Betriebes als Dienstleistungsbetrieb gewahrt bleibt.

Wer ist zur Führung eines Nebenbetriebes berechtigt?

Gewerbetreibende, die Handwerke, gebundene oder konzessionierte Gewerbe ausüben, dürfen gewerbliche Tätigkeiten, die den Gegenstand eines gebundenen Gewerbes oder eines Handwerkes bilden und im wirtschaftlichen und fachlichen Zusammenhang mit der Tätigkeit des Hauptbetriebes stehen, ausführen, wenn sie dabei eine Person, die den Befähigungsnachweis für das betreffende Gewerbe erbringt, hauptberuflich beschäftigen. Die Führung eines solchen Nebenbetriebes bedarf in jeder Betriebsstätte einer Bewilligung durch die Gewerbebehörde. Nicht als Nebenbetrieb darf das Gewerbe der Spediteure geführt werden.

Was versteht man unter einer weiteren Betriebsstätte?

Unter einer weiteren Betriebsstätte ist jede standortgebundene Einrichtung zu verstehen, die zur regelmäßigen Entfaltung einer gewerblichen Tätigkeit in einem anderen Standort als dem, auf den die Gewerbeanmeldung oder die Konzession lautet, bestimmt ist. Eine weitere Betriebsstätte liegt nicht vor, wenn es sich um eine Tätigkeit von nicht mehr als drei Tagen handelt. Wird eine solche Tätigkeit jedoch mehr als einmal innerhalb eines Zeitraumes von vier Monaten ausgeübt, liegt ein nicht zulässiges Feilbieten im Umherziehen vor.

Wann darf ein Gewerbe in einer weiteren Betriebsstätte ausgeübt werden?

Ein Gewerbe darf in einer weiteren Betriebsstätte innerhalb wie außerhalb der Standortgemeinde dann ausgeübt werden, wenn die Ausübung im Standort der weiteren Betriebsstätte nach den in Betracht kommenden Rechtsvorschriften zulässig ist und der Gewerbeinhaber hievon bei der Behörde die Anzeige erstattet hat bzw. bei konzessionierten Gewerben die Bewilligung der Behörde erhalten hat. Für die Ausübung des Gewerbes in der weiteren Betriebsstätte kann vom Gewerbetreibenden ein Filialgeschäftsführer bestellt werden, der dann der Behörde gegenüber für die Einhaltung der gewerberechtlichen Vorschriften in der weiteren Betriebsstätte verantwortlich ist.

Dürfen außerhalb von Betriebsstätten gewerbliche Tätigkeiten verrichtet werden?

Ja, Gewerbetreibende dürfen insbesondere im Rahmen ihres Gewerbes Waren, Roh- und Hilfsstoffe sowie Betriebsmittel überall einkaufen und einsammeln, Waren auf Bestellung überall hinliefern, bestellte Arbeiten überall verrichten, Tätigkeiten des Gewerbes, die ihrer Natur nach nur außerhalb von Betriebsstätten vorgenommen werden können, überall verrichten, auf Märkten Waren verkaufen und Bestellungen entgegennehmen, auf Messen Waren verkaufen, Bestellungen entgegennehmen und Kostproben verabreichen oder ausschenken, unentgeltlich Kostproben in den zum Verkauf bestimmten Räumen eines anderen Gewerbetreibenden verabreichen oder ausschenken, sofern letzterer zum Verkauf der betreffenden Waren berechtigt ist, und bei Festen, sportlichen Veranstaltungen oder sonstigen Anlässen, die mit größeren Ansammlungen von Menschen verbunden sind, den Kleinverkauf von Lebens- und Genußmitteln und sonstigen Waren, die zu diesen Gelegenheiten üblicherweise angeboten werden, vorübergehend ausüben, jedoch nicht im Umherziehen von Ort zu Ort oder von Haus zu Haus.

Was versteht man unter der Verlegung des Betriebes?

Unter der Verlegung des Betriebes ist die Änderung des Standortes der Gewerbeausübung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Standortgemeinde zu verstehen. Sie ist bei Anmeldungsgewerben der Gewerbebehörde (in Wien dem magistratischen Bezirksamt des neuen Standortes)

anzuzeigen, bei konzessionierten Gewerben ist um die Bewilligung der Verlegung anzusuchen.

Ist der Standort des Gewerbes und der weiteren Betriebsstätten zu kennzeichnen?

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, ihre Betriebsstätten mit einer äußeren Geschäftsbezeichnung zu versehen. Die äußere Geschäftsbezeichnung hat zumindest den Namen des Gewerbetreibenden und einen im Rahmen der Gewerbeberechtigung gehaltenen unmißverständlichen Hinweis auf den Gegenstand des Gewerbes in gut sichtbarer Schrift zu enthalten.

Muß das Gewerbe vom Gewerbeinhaber persönlich ausgeübt werden?

Es steht ihm frei, für die Ausübung seines Gewerbes einen Geschäftsführer zu bestellen, der der Behörde gegenüber für die Einhaltung der gewerberechtlichen Vorschriften verantwortlich ist. Er kann jedoch auch die Ausübung des Gewerbes einem Pächter übertragen, der es auf eigene Rechnung und im eigenen Namen ausübt. Geschäftsführer und Pächter müssen den für die Ausübung des Gewerbes vorgeschriebenen persönlichen Voraussetzungen entsprechen. Der Geschäftsführer muß außerdem seinen Wohnsitz im Inland haben und in der Lage sein, sich im Betrieb entsprechend zu betätigen. Der Gewerbeinhaber hat die Bestellung des Geschäftsführers oder die Übertragung der Ausübung des Gewerbes an den Pächter beim magistratischen Bezirksamt anzuzeigen, bei konzessionierten Gewerben hat er dafür die Bewilligung der Behörde einzuholen.

Was sind Fortbetriebsrechte?

Darunter versteht man das Recht der Verlassenschaft nach dem Gewerbeinhaber, des überlebenden Ehegatten, der Kinder und Wahlkinder, des Masseverwalters, des gerichtlich bestellten Zwangsverwalters oder Zwangspächters, einen Gewerbebetrieb auf Grund der von einer anderen Person erstatteten Gewerbeanmeldung oder der dieser erteilten Konzession fortzuführen. Der Fortbetrieb ist von den Fortbetriebsberechtigten dem magistratischen Bezirksamt anzuzeigen. Die Fortbetriebsberechtigten haben ohne unnötigen Aufschub einen Geschäftsführer zu bestellen, wenn sie die für die Ausübung des betreffenden Gewerbes vorgeschriebenen persönlichen Voraussetzungen nicht nachweisen. Die zur Nachsichtserteilung zuständige Gewerbebehörde kann jedoch auf deren Antrag die Bestellung eines Geschäftsführers nachsehen, wenn mit der Ausübung des Gewerbes ohne Geschäftsführer keine Gefahren für das Leben oder die Gesundheit der Menschen verbunden sind.

Wann liegt eine genehmigungspflichtige gewerbliche Betriebsanlage vor?

Eine gewerbliche Betriebsanlage darf nur mit Genehmigung der Behörde errichtet oder betrieben werden, wenn sie wegen der Verwendung von Maschinen und Geräten, wegen ihrer Betriebsweise, wegen ihrer Ausstattung oder sonst geeignet ist, das Leben oder die Gesundheit des Gewerbetreibenden, der mittätigen Familienangehörigen, der Nachbarn oder der Kunden, die die Betriebsanlage aufsuchen, oder das Eigentum oder sonst dingliche Rechte der Nachbarn zu gefährden, die Nachbarn durch Geruch, Lärm, Rauch, Staub, Erschütterung oder in anderer Weise zu belästigen, die Religionsausübung in Kirchen, den Unterricht in Schulen, den Betrieb von Kranken- und Kuranstalten oder die Verwendung oder den Betrieb anderer öffentlichen Interessen dienender benachbarter Anlagen oder Einrichtungen zu beeinträchtigen, die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs an oder auf Straßen mit öffentlichem Verkehr wesentlich zu beeinträchtigen oder eine nachteilige Einwirkung auf die Beschaffenheit der Gewässer herbeizuführen. Die Genehmigungspflicht besteht auch dann, wenn die Gefährdungen, Belästigungen, Beeinträchtigungen oder nachteiligen Einwirkungen nicht durch die Inhaber der Anlage oder seine Erfüllungsgehilfen, sondern durch Personen bewirkt werden, die die Anlage der Art des Betriebes gemäß in Anspruch nehmen. Um die Genehmigung der Betriebsanlage hat der Unternehmer des Gewerbebetriebes anzusuchen. Vor der Genehmigung der Betriebsanlage darf mit der Errichtung oder mit dem Betrieb derselben nicht begonnen werden. Ein Wechsel in der Person des Gewerbeinhabers bedingt keine neue Genehmigung der Betriebsanlage. Die von der Behörde für den Betrieb der genehmigten Anlage vorgeschriebenen Auflagen gelten auch für den neuen Gewerbeinhaber. Wird eine genehmigte Anlage so geändert, daß sich neue oder größere Gefährdungen, Belästigungen, Beeinträchtigungen oder nachteilige Einwirkungen ergeben können, so bedarf auch die Änderung der Anlage einer Genehmigung.

Wann endigt eine Gewerbeberechtigung?

Mit dem Tod der natürlichen Person, im Falle von Fortbetrieben erst mit der Endigung des Fortbetriebsrechtes;
mit dem Untergang der juristischen Person;
mit der Änderung des Wirkungsbereiches der juristischen Person;
mit der Versagung der Eintragung einer Personengesellschaft des Handelsrechtes in das Handelsregister oder, wenn die Personengesellschaft der Gewerbebehörde nicht innerhalb der gesetzten Frist die Eintragung in das Handelsregister nachgewiesen hat, mit Fristablauf;
mit dem Ausschluß von der Ausübung des Gewerbes;
mit der Zurücklegung der Gewerbeberechtigung;
mit der Entziehung der Gewerbeberechtigung durch die Behörde;
durch das Urteil eines Gerichtes;
mit Zeitablauf oder mit Eintritt einer auflösenden Bedingung.

Was versteht man unter dem Ruhen der Gewerbeberechtigung?

Hier handelt es sich um die Nichtausübung der Gewerbeberechtigung. Das Ruhen und die Wiederaufnahme der Gewerbeausübung ist vom Gewerbetreibenden binnen drei Wochen der Landeskammer der gewerblichen Wirtschaft anzuzeigen. Diese Anzeige bewirkt nicht wie die bei der Gewerbebehörde zu erklärende Zurücklegung des Gewerbes den gänzlichen und unwiderruflichen Verzicht auf das Gewerberecht.

Was geschieht bei Übertretung gewerbegesetzlicher Vorschriften?

Verstöße gegen gewerberechtliche Vorschriften, die von der GewO 1973 für strafbar erklärt wurden, bilden Verwaltungsübertretungen und werden mit Geldstrafen bis zu 30.000 S oder mit Arreststrafen bis zu sechs Wochen geahndet. Wenn ein Gewerbeinhaber mindestens dreimal wegen Übertretung von gewerberechtlichen Vorschriften, die die Ausübung seines Gewerbes regeln, bestraft worden und ein weiteres vorschriftswidriges Verhalten zu befürch-

ten ist, hat die Behörde seine Gewerbeberechtigung zu entziehen.

Ist die gewerbliche Sonntagsarbeit gestattet?

Nein, an Sonntagen hat grundsätzlich alle gewerbliche Arbeit zu ruhen. Die Nichteinhaltung der Sonntagsruhevorschriften wird nach den Strafbestimmungen der GewO 1973 geahndet.

Gibt es Ausnahmen vom Sonntagsruhegebot?

a) Auf Grund des Sonntagsruhegesetzes sind die an Gewerbelokalen und Werksvorrichtungen vorzunehmenden Säuberungs- und Instandhaltungsarbeiten, die ohne wesentliche Störung des Betriebes oder ohne Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter an Wochentagen nicht verrichtet werden können, die erforderliche Bewachung der Betriebsanlagen, die Arbeiten zur Vornahme der Inventur,-und zwar einmal im Jahr, unaufschiebbare Arbeiten vorübergehender Natur, welche entweder aus öffentlichen, insbesondere aus sicherheitspolizeilichen Rücksichten oder in Notfällen vorgenommen werden müssen und schließlich die persönlichen Arbeiten des Gewerbeinhabers, insoweit dieselben ohne Verwendung eines Hilfsarbeiters und nicht öffentlich verrichtet werden, erlaubt.

b) Darüber hinaus wurde durch Verordnungen bei einzelnen Kategorien von Gewerben, bei denen ihrer Natur nach eine Unterbrechung des Betriebes oder ein Aufschub der betreffenden Arbeit untunlich (z. B. bei Hochöfen) oder bei denen der Betrieb an Sonntagen im Hinblick auf die täglichen oder an Sonntagen – allenfalls auch nur in bestimmten Gebieten – besonders hervortretenden Bedürfnisse der Bevölkerung (z. B. Gastgewerbe, Schwimmbäder, Kleinverkauf gewisser Waren im Prater und im Ausflugsgebiet) oder des öffentlichen Verkehrs (z. B. Taxi) erforderlich ist, die Sonntagsarbeit gestattet.

Müssen an Sonntagen die Geschäftsräume geschlossen sein?

In den Stunden, während welcher die Sonntagsarbeit für den Handelsbetrieb nicht gestattet ist, müssen die Geschäftsräumlichkeiten geschlossen gehalten werden. Auch jene Inhaber von Handelsgewerben, die keine Dienstnehmer beschäftigen, dürfen den Geschäftsbetrieb nicht ausüben und müssen die Geschäftsräumlichkeiten geschlossen halten.

Welche Regelung gilt an gesetzlichen Feiertagen?

Nach dem Feiertagsruhegesetz gelten die Vorschriften über die Sonntagsruhe sinngemäß für die gesetzlichen Feiertage, das sind: 1. und 6. Jänner, Ostermontag, 1. Mai, Christi-Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, 15. August, 26. Oktober, 1. November, 8., 25. und 26. Dezember.

Für welche Gewerbebetriebe gilt das Ladenschlußgesetz?

Die Bestimmungen des Ladenschlußgesetzes gelten für alle ständigen und nichtständigen für den Kleinverkauf von Waren bestimmten Betriebseinrichtungen (Läden und sonstige Verkaufsstellen); der Geltungsbereich dieses Gesetzes erfaßt daher z. B. nicht die Geschäfte der Friseure und Mietwaschküchen.

Hingegen gelten als Betriebseinrichtungen im Sinne des Ladenschlußgesetzes auch alle Einrichtungen und Veranstaltungen (Werbevorführungen) von gewerblichen Unternehmungen, bei denen Warenbestellungen im Kleinverkauf entgegengenommen werden.

Ausgenommen sind: die Warenabgabe aus Automaten, der Warenverkauf im Rahmen eines Gastgewerbes, der Marktverkehr, Marketendereien im Kasernenbereich und Tankstellen.

Für welche Tage gilt das Ladenschlußgesetz?

Das in Rede stehende Gesetz gilt *nur für Werktage.*

Wie sind die Geschäftszeiten geregelt?

Nach der auf Grund des Ladenschlußgesetzes ergangenen Wiener Ladenschlußverordnung dürfen die Verkaufsstellen für den Kleinverkauf von Lebensmitteln von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 18.30 Uhr, an Samstagen in der Zeit von 6.30 bis 14 Uhr und die Geschäfte für den Kleinverkauf von anderen Waren als Lebensmitteln von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 18 Uhr und an Samstagen in der Zeit von 8 bis 13 Uhr offengehalten werden. Den Einkaufsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragend, ist auf Grund von Sonderbestimmungen das längere Offenhalten von Süßwarenfachgeschäften, Blumengeschäften, Verkaufsstellen auf Bahnhöfen usw. gestattet.

Besteht eine Offenhaltepflicht?

Die Gewerbetreibenden sind nach dem Ladenschlußgesetz zum Offenhalten ihrer Verkaufsstellen während der zulässigen Geschäftszeiten nicht verpflichtet; sie müssen aber bei Eintritt des Ladenschlusses die Geschäfte schließen und während der ganzen Ladenschlußzeit geschlossen halten.

Ist die Nichteinhaltung der Ladenschlußbestimmungen strafbar?

Wer entgegen den Ladenschlußvorschriften seine Verkaufsstelle nicht geschlossen hält, Waren verkauft oder Bestellungen entgegennimmt, ist nach den Bestimmungen der GewO 1973 zu bestrafen. Kunden, die zu Beginn der Ladenschlußzeit im Geschäft anwesend sind, dürfen noch bedient werden.

Wiener Betriebs- und Baugesellschaft m. b. H.
Wohnbau — Schulbau — Industriebau — Tiefbau
1014 Wien, Wallnerstraße 4 **63 16 95—97, 63 87 04—06**

GLÜCKSSPIELBEWILLIGUNGEN

(MA 62)

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1962, BGBl. Nr. 169, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98/1979, regelt das Glücksspielwesen. Dem Bund kommt grundsätzlich das Recht zur Durchführung von Glücksspielen zu (Glücksspielmonopol). In bestimmten Fällen kann dieses Recht auf Einzelpersonen oder juristische Personen übertragen werden. Von den in Betracht kommenden Ausspielungen werden hier die sogenannten Glückshäfen und Juxausspielungen behandelt.

Was ist ein Glückshafen?

Glückshafen ist eine Ausspielung, bei welcher die Spieler durch Ziehung die auf ihre Loszettel (Spielanteile) entfallenden Treffer oder Nieten ermitteln oder zur Ermittlung beitragen. Die Anzahl der Treffer muß mindestens 1% der aufgelegten Loszettel betragen.

Was ist eine Juxausspielung?

Juxausspielungen sind solche Ausspielungen, bei denen auf jeden Spielanteil ein Treffer entfällt und die Spieler durch Ziehung die auf ihren Loszettel entfallenden Treffer ermitteln. Der Gesamtwert der Treffer muß mindestens 25% des Spielkapitals (Anzahl × Preis der Loszettel) betragen.

Erteilung der Bewilligung

Um die Bewilligung ist mindestens zwei Wochen vor dem Termin beim Magistrat der Stadt Wien, MA 62, 1, Rathausstraße 9, einzureichen. Für die Abfassung des Ansuchens können bei dieser Dienststelle Formulare verlangt werden. Das Ansuchen und die Bewilligung sind im bestimmten Ausmaß gebühren- und verwaltungsabgabepflichtig.

Glücksspielapparate, Glücksspielautomaten

Ausspielungen mittels eines Glücksspielapparates und Glücksspiele, die nicht in Form einer Ausspielung durchgeführt werden, dürfen, soweit sie dem Glücksspielmonopol unterliegen, nur in einer Spielbank durchgeführt werden. Ausspielungen mittels eines Glücksspielautomaten, wenn der Einwurf den Betrag oder Gegenwert von 5 S und der Gewinn den Betrag oder den Gegenwert von 100 S nicht übersteigen, unterliegen nicht dem Glücksspielmonopol; doch ist in Wien der entgeltliche Betrieb von Spielapparaten unter Erbringung oder Inaussichtstellung von Geld- und Warenleistungen nach § 30 Abs. 1 Z. 1 des Wiener Veranstaltungsgesetzes in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 22/1976 verboten. Davon ist nur der Betrieb von Unterhaltungsspielapparaten auf Grund bestehender, von der MA 7 erteilter Konzessionen ausgenommen.

GRUNDSTÜCKSANGELEGENHEITEN

(MA 69)

Was mache ich, wenn ich der Stadt Wien einen Grund verkaufen will?

Zuständig für die Grunderwerbungen der Stadt Wien ist die MA 69, 1, Ebendorferstraße 1, 3. Stock. Liegenschaften können der Stadt Wien schriftlich oder mündlich angeboten werden. Zur raschen Behandlung eines Anbotes ist die Angabe der Grundbuchs-Einlagezahl, der Katastralgemeinde des Grundbuches und die Grundstücksbezeichnung sowie auch die Bekanntgabe der Nutzungsverhältnisse (z. B. Eigennutzung, Vermietung oder Verpachtung) erforderlich. Auch der erwartete Kaufpreis soll nach Möglichkeit angegeben werden.

Wie ist die weitere Vorgangsweise?

Ergibt die Prüfung des Anbotes, daß für die Stadt Wien Interesse an dieser Liegenschaft besteht, werden die Kaufverhandlungen aufgenommen und stellt, kann volle Übereinstimmung über den abzuschließenden Kaufvertrag erzielt werden, die MA 69 an den zuständigen Gemeinderatsausschuß bzw. an den Gemeinderat den Antrag auf Genehmigung des Vertrages. Mit der Verständigung des Vertragspartners über die Genehmigung wird dann der Vertrag für beide Teile rechtsverbindlich. Vor der Genehmigung durch die zuständige Körperschaft tritt eine Bindung der Stadt Wien nicht ein.

Was geschieht nach der Genehmigung des Vertrages?

Nach der Vertragsgenehmigung wird – wenn nichts anderes vereinbart wurde – von der Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten, 1, Rathaus, 4. Stiege, Hochparterre, Tür 110, die Kaufvertragsurkunde errichtet und die grundbücherliche Durchführung des Rechtsgeschäftes veranlaßt.

Was mache ich, wenn ich von der Stadt Wien ein Grundstück mieten oder pachten will?

Zuständig für die Vermietung und Verpachtung von unbebauten Grundstücken – ausgenommen landwirtschaftlich nutzbare Äcker –, die der Stadt Wien gehören, ist die MA 69, 1, Ebendorferstraße 1.

Wer sich für ein bestimmtes Grundstück interessiert, kann sein Ansuchen unter näherer Bezeichnung der gewünschten Fläche (z. B. EZ., Adresse, Grundstücksnummer, Katastralgemeinde, Ausmaß) und Bekanntgabe der angestrebten Nutzung schriftlich oder mündlich einbringen.

Wie ist die weitere Vorgangsweise?

Ergibt die Prüfung des Ansuchens, daß die Stadt Wien die angestrebte Fläche nicht selbst benötigt, so erhält der

Bewerber einen unverbindlichen Vertragsentwurf mit dem Ersuchen, diesen zu unterschreiben und an die MA 69 rückzusenden. Nach Rücklangen werden die Vertragsbedingungen dem nach der Wiener Stadtverfassung jeweils zuständigen Organ zur Genehmigung vorgelegt. Vor der Genehmigung tritt eine Bindung der Stadt Wien nicht ein.

Wird die Genehmigung erteilt, so wird der Bewerber hievon schriftlich verständigt.

Wann hat die MA 69 bei Grundabteilungen mitzuwirken?

Falls im Zuge einer Grundabteilung (Bauplatzschaffung oder bewilligungspflichtige Bauführung) dem Abteilungswerber von der Baubehörde der Erwerb von Grundflächen, die im Eigentum der Stadt Wien stehen oder im öffentlichen Gut verbüchert sind, vorgeschrieben wird, so sind die entsprechenden Kaufverhandlungen mit der MA 69 zu führen. Erforderlich ist ein Ansuchen um Verkauf dieser Flächen und die Beilage von drei Gleichstücken des Abteilungsplanes. Alle Eingaben und Beilagen an die MA 69 sind stempelfrei.

Auch diese Transaktionen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Genehmigung durch die nach der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien zuständigen Organe, das sind die Gemeinderatsausschüsse, der Stadtsenat und der Gemeinderat.

Technische Beratung von Siedlern und Kleingärtnern

Wenn der Inhaber einer Siedlerstelle oder eines Kleingartenloses ein Bauvorhaben ausführen will, kann er bezüglich der Bauberatung bei der MA 69 – Kleingarten- und Siedlungsangelegenheiten, 1, Ebendorferstraße 1, 1. Stock, Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vorsprechen.

Gebührenfreiheit von Eingaben

Alle Eingaben und Ansuchen an die MA 69 betreffend Grundstücksangelegenheiten sind stempelfrei.

KANALISATION

(MA 30)

Wem gehört der auf Straßengrund liegende Teil eines Hauskanals?

Die Hauskanäle bilden einschließlich der Einmündung in den öffentlichen Straßenkanal einen Bestandteil des Hauses. Ihre Instandhaltung obliegt daher dem Hauseigentümer. Er hat sich hiezu eines konzessionierten Baugewerbetreibenden zu bedienen. Die Baupläne der Hauskanalanlagen für die Bezirke 1 bis 9 und 20 erliegen bei der MA 20, 1, Rathaus, 7. Stiege, Halbstock, Tür 216, in allen anderen Fällen bei der betreffenden Außendienststelle der MA 37, 17, Kalvarienberggasse 33.

Wie verhält man sich bei Abort- oder Hauskanalverstopfungen?

Abort- und Hauskanalverstopfungen können für ganz Wien telefonisch der zentralen Funkleitstelle der MA 30 bekanntgegeben werden: Von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 17 Uhr sowie Samstag von 7 bis 12 Uhr, unter Tel. 57 75 75*, 455, in der übrigen Zeit sowie an Sonn- und Feiertagen unter Tel. 57 75 75*, 462 und 485. Die Funkleitstelle der MA 30 in 6, Grabnergasse 2 bzw. 6, hat Tag- und Nachtbetrieb.

Die Gebührenverrechnung erfolgt auf Grund von Arbeitsbestätigungen. Diesbezügliche Auskünfte erteilt die MA 30, 6, Grabnergasse 6, Tel. 57 75 75*, 453. Die aufgelaufene Gebühr ist mit Erlagschein an die zuständige Stadtkasse einzuzahlen.

Wie verhält man sich, wenn man durch Abwasser von Industrie- und Gewerbebetrieben gestört wird (z. B. Geruchsbelästigung)?

Hiebei genügt es, telefonisch die Funkleitstelle der MA 30, 57 75 75*, 455, Montag bis Freitag von 7 bis 17 Uhr und an Samstagen von 7 bis 12 Uhr, zu allen übrigen Zeiten 57 75 75*, 462, anzurufen. Außerdem kann, ohne jeden Bundesstempel, darüber eine Anzeige in schriftlicher Form an die MA 30, Kanalisation, in 6, Grabnergasse 4–6, gemacht werden. Diese Anzeigen werden dann durch das Referat Chemie der MA 30 weiterverfolgt.

Wie bestellt man die Räumung von Senk- und Sickergruben und von Hauskläranlagen?

Senkgruben-, Sickergruben- und Hauskläranlagen-Räumungen sind für die Bezirke 1 bis 3, 11 und 20 bis 22 im Betriebslokal 22, Stadlau, Waldrebengasse 2, Tel. 22 16 97, für die Bezirke 4 bis 6, 10, 12 und 23 in 10, Windtenstraße 1, Tel. 62 02 24, für die Bezirke 7 bis 9 und 13 bis 19 in 14, Hackinger Straße 3, Tel. 94 32 62, von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 16 Uhr anzumelden, ausgenommen, wenn einer dieser Tage ein Feiertag ist. Schriftliche Anmeldungen sind mit einem 70 S-Bundesstempel zu versehen.

Die Verrechnung erfolgt wie bei Verstopfungen.

Kann eine Senkgrube durch den Hauseigentümer oder Benützer selbst geräumt werden?

Um die Selbsträumung einer Senkgrube ist beim zuständigen magistratischen Bezirksamt anzusuchen, das eine schriftliche Erledigung im Einvernehmen mit der MA 30 hinausgibt. Das Gesuch ist mit einem 70 S-Bundesstempel zu versehen. Die Bedingungen, unter denen eine positive Erledigung erfolgen kann, können bei dieser Abteilung erfragt werden.

Wie verhält man sich im Falle von Gebrechen an den Hauskanalanlagen (Rohrbrüche, Rohrundichtheit, Rattenwühlungen und sonstige Kanalgebrechen) bzw. bei Kellerüberflutungen?

Hauskanalgebrechen können beim zuständigen Bezirksbetriebslokal, beim Bereitschaftsdienst oder schriftlich in gleicher Weise wie Hauskanalverstopfungen angezeigt werden. Sie werden an die zuständige Baupolizeiabteilung zur Ausstellung eines befristeten Instandsetzungsauftrages weitergeleitet.

In besonderen Fällen kann die Gruppe Baupolizei der MA 30, 6, Grabnergasse 6, Tel. 57 75 75*, 427, 428, 429 und 476, während der Amtsstunden Auskunft geben.

Bei Kellerüberflutungen kann eine Untersuchung Aufschluß geben, ob die Überflutung durch Bauschäden im Kanal verursacht wurde. Hauskanaluntersuchungen wer-

den über schriftliches Ansuchen des Hauseigentümers oder dessen Bevollmächtigten durchgeführt. Ansuchen sind mit zweimal 70 S-Bundesstempel zu versehen. Die Gebührenverrechnung erfolgt auf Grund von Arbeitsbestätigungen.

Wer bemißt die Gebühr für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen und wer schreibt sie vor?

Die Gebühr für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen, die nicht nur die Kosten der Räumung der schliefbaren Hauskanalanlagen, sondern auch jene der Straßenkanäle decken soll, wird durch die MA 4, Ref. 5, 1, Rathaus, 8. Stiege, 2. Stock, Tel. 42 8 00*, 2447, festgesetzt und mit Erlagschein durch die zuständige Stadtkasse vorgeschrieben. Ansuchen um Abschreibung der Gebühr für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen (z. B. im Falle von Demolierungen) sind gleichfalls an die MA 4, Ref. 5, zu richten. In der jährlichen Gebühr für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen ist die Räumung von Rohr-Hauskanälen und Regenwasserabläufen *nicht* inbegriffen. Diese ist in gleicher Weise wie die Behebung von Verstopfungen zu bestellen und zu vergüten.

Wer erteilt die Baubewilligung zum Neu- oder Umbau einer Hauskanalanlage?

Die baupolizeilichen MA 36 (für die Bezirke 1 bis 9 und 20) und 37 (für die Bezirke 10 bis 19 und 21 bis 23), 17, Kalvarienberggasse 33, Tel. 43 16 51*, 271, und deren Außenstellen. Die für den Entwurf einer Hauskanalanlage erforderlichen Unterlagen können, soweit sie das öffentliche Kanalnetz betreffen, vom Bauherrn oder Bauunternehmer in der MA 30, 6, Grabnergasse 6, 2. Stock, Tür 471, von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 13 Uhr eingesehen werden. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Die technische Begutachtung größerer Entwürfe für Hauskanalanlagen erfolgt in der selben Abteilung, Gruppe für baupolizeiliche Angelegenheiten (1., 4., 6. bis 11. und 19. Bezirk, 2. Stock, Tür 478; 13., 21. und 22. Bezirk, 2. Stock, Tür 477; 14. und 23. Bezirk, 2. Stock, Tür 479; 2., 3., 5., 12., 15. bis 18. und 20. Bezirk, 2. Stock, Tür 452a).

Sprechtage Dienstag und Donnerstag von 8 bis 12.30 Uhr.

Wer schreibt die Kanaleinmündungsgebühr vor?

Die Kanaleinmündungsgebühr bzw. eine allfällige Ergänzungsgebühr wird durch die zuständige Baupolizeiabteilung festgesetzt, die auch über die Höhe und Einzahlungsart Auskunft erteilt. Die Vormerkung über bezahlte bzw. vorgeschriebene Kanaleinmündungsgebühren führt die MA 6, Buchhaltungsabteilung VIII, Kanalisation und Wasserwerke, 6, Grabnergasse 6, Tel. 57 75 75*, 338. Diesbezügliche Auskünfte sind dort einzuholen.

Welche Stoffe dürfen in Kanäle nicht hineingeschüttet werden?

Feuergefährliche, explosive, heiße, stark säure-, fett- oder ölhältige, schädliche oder widerliche Dämpfe entwikkelnde Flüssigkeiten, feste Stoffe, wie Asche u. dgl., auch im zerkleinerten Zustand, sowie Abluft und Gase, dürfen in Kanäle nicht hineingeschüttet bzw. hineingeleitet werden, weil sie den Bestand und den Betrieb der Kanalisationsanlagen gefährden.

Darf ein Privater Schnee in das städtische Kanalnetz einleeren?

Die Bewilligung zum Einleeren von Schnee in das städtische Kanalnetz kann in besonderen berücksichtigungswürdigen Fällen über mündliches oder schriftliches, mit 70 S gestempeltes Ansuchen bei der MA 30 unentgeltlich erteilt werden. Eigenmächtiger Schnee-Einwurf ist verboten.

Wer stellt Kanal- und Senkgrubenbefunde aus?

Für baubehördliche Zwecke eines Bauwerbers, Haus- bzw. Liegenschaftseigentümers werden Befunde über Hauskanalanlagen, Senk- und Sickergruben von der MA 30, Gruppe für baupolizeiliche Angelegenheiten, 6, Grabnergasse 6, 2. Stock, ausgestellt (1., 4., 6. bis 11. und 19. Bezirk, 2. Stock, Tür 478; 13., 21. und 22. Bezirk, 2. Stock, Tür 477; 14. und 23. Bezirk, 2. Stock, Tür 479; 2., 3., 5., 12., 15. bis 18. und 20. Bezirk, 2. Stock, Tür 452a). Ein mit einem 70 S-Bundesstempel versehenes Ansuchen ist beizubringen, auf das Verwaltungsabgabemarken im Betrag von 200 S für Hauskanäle, von 120 S für Senk- oder Sickergruben bzw. 200 S für Senk- *und* Sickergruben aufzukleben sind. Außerdem ist ein nicht aufgeklebter 70 S-Bundesstempel beizulegen, der für die Befundausfertigung dient.

KRAFTFAHRWESEN UND STRASSENVERKEHR

(MA 35, 46, 70)

Umbau von Kraftfahrzeugen

Auskunft über die technischen Vorschriften, die beim Umbau von Kraftfahrzeugen einzuhalten sind, erhält man bei der MA 46, 12, Niederhofstraße 23, oder in der Prüfstelle für Kraftfahrzeuge, 3, Schlechtastraße 4.

Wie bewirbt man sich um einen Führerschein?

Die Anmeldung zum Erwerb eines Führerscheines erfolgt mittels eines Formblattes, das bei allen Bezirkspolizeikommissariaten und auch beim Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien, 9, Türkenstraße 22a, erhältlich ist. Dem Ansuchen sind 70 S-Bundesstempel, zwei Paßbilder, ein Personalausweis, die Geburtsurkunde und der Meldezettel des Führerscheinwerbers anzuschließen. Die Einreichung muß beim Polizeikommissariat des Wohnsitzes erfolgen; sie kann auch durch einen Bevollmächtigten (z. B. durch die Fahrschule) vorgenommen werden. Bei Vorliegen des Mindestalters von 18 Jahren (für Kleinkrafträder 16 Jahren) und der erforderlichen Verkehrszuverlässigkeit (siehe Punkt Führerscheinentzug) wird nach amtsärztlicher Untersuchung hinsichtlich der körperlichen und geistigen Eignung und bestandener Lenkerprüfung der Führerschein vom Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien ausgestellt.

Aus welchen Gründen kann der Führerschein entzogen werden?

Der Führerschein kann wegen Verlustes der körperlichen oder geistigen Eignung, wegen Krankheit oder Invalidität entzogen werden. Weitaus häufiger erfolgt jedoch der

Führerscheinentzug, weil die Verkehrszulässigkeit nicht mehr gegeben ist. Die Dauer der Entziehung richtet sich nach der Schwere der begangenen Rechtsverletzung. Solche Entziehungsgründe sind z. B. alkoholisiertes Lenken, Fahrerflucht, strafgerichtliche Verurteilungen größeren Ausmaßes oder zu wiederholten Malen, vor allem Gefährdung der körperlichen Sicherheit, Sittlichkeitsdelikte, zahlreiche oder besonders schwere Verwaltungsstrafen in Verkehrssachen usw. Der Führerscheinentzug wird vom Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien ausgesprochen. Gegen dessen Bescheid kann an den Landeshauptmann (MA 70) und bei einer Entziehung über fünf Jahre an das Bundesministerium für Verkehr berufen werden.

Wie bewirbt man sich um eine Fahrschullehrer- oder eine Fahrlehrer-Berechtigung?

Auch hier sind die Personaldokumente und die erforderlichen Verwendungszeugnisse (dreijähriger Besitz des Führerscheines und insgesamt dreijährige Fahrpraxis für die im Ansuchen angestrebten Führerscheingruppen), bei Fahrschullehrer-Ansuchen überdies der Nachweis der gesetzlich geforderten besonderen schulmäßigen Ausbildung dem Ansuchen an die MA 70, 9, Viriotgasse 8, anzuschließen. Nach bestandener Prüfung und bei Vorhandensein der Vertrauenswürdigkeit wird die Bewilligung zur Ausübung der Lehrtätigkeit als Fahrschul- oder Fahrlehrer in entsprechendem Umfang erteilt. Der mit einem Lichtbild versehene Fahrlehrerausweis wird erst nach Eingehen eines Dienstverhältnisses mit einer Fahrschule auf deren Ansuchen ausgestellt.

Wie bewirbt man sich um eine Konzession für den Linienverkehr oder für den Betrieb einer Fahrschule?

Der Antrag auf Verleihung einer Konzession zum Betrieb einer Kraftfahrlinie oder für eine Fahrschule kann bei der MA 70, 9, Viriotgasse 8, eingebracht werden.

Wie bewirbt man sich um die kraftfahrrechtliche Ermächtigung als Prüfstelle für die wiederkehrende Begutachtung?

Zur Reparatur von Kraftfahrzeugen berechtigte Gewerbetreibende können sich dann, wenn ihre Werkstätte über eine entsprechende technische Ausstattung, unter anderem über einen Bremsprüfstand oder ein Bremsmeßverzögerungsgerät mit Schreiber sowie einen Infrarot-Abgastester verfügt, unter Bekanntgabe der für die Begutachtung verantwortlichen geeigneten Personen (Kraftfahrzeugmechanikermeister, Kraftfahrzeugmechanikergeselle mit nachgewiesener dreijähriger Praxis, Gerichtssachverständiger für das Kraftfahrzeugwesen oder dgl.) bei der MA 46, 12, Niederhofstraße 23, um die Ermächtigung zur wiederkehrenden Begutachtung von Krafträdern (darunter fallen auch die Motorfahrräder), von Personenkraftwagen, außer solchen zur entgeltlichen Personenbeförderung, von Kombinationskraftwagen, außer solchen zur entgeltlichen Personenbeförderung, oder zur Beförderung gefährlicher Güter und von leichten Anhängern bewerben.

Diesem Ansuchen sind die Konzessionsurkunde bzw. der Gewerbeschein, bei protokollierten Firmen ein Handelsregisterauszug und die Zeugnisse der für die Begutachtung verantwortlichen Personen beizulegen. Die als Nachweis für die vorgenommene Begutachtung bzw. zur Feststellung des nächsten Begutachtungstermines vorgesehenen Begutachtungsplaketten sind beim Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien und die Begutachtungsformblätter bei der Österreichischen Staatsdruckerei zu beziehen.

Welche Dienststelle ist für die Erlassung dauernder oder vorübergehender Verkehrsverbote oder Verkehrsbeschränkungen (z. B. Einbahnstraßen, Halte- oder Parkverbote, Ladezonen) zuständig?

Die MA 46, 12, Niederhofstraße 23, Tel. 83 66 16, erläßt auf Grund des Ergebnisses eines behördlichen Ermittlungsverfahrens die notwendigen Verordnungen.

Wer ist für die Anbringung und Instandhaltung von Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs (z. B. Verkehrsampeln, Straßenverkehrszeichen, Bodenmarkierungen usw.) verantwortlich?

a) Einrichtungen zur Kennzeichnung dauernder Verkehrsverbote oder Verkehrsbeschränkungen werden von der MA 46 angebracht (Tel. 83 66 16);
b) Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs aus Anlaß von Arbeiten auf oder neben der Straße oder von Veranstaltungen sind vom Bauführer bzw. Veranstalter auf Grund einer bei der MA 46 einzuholenden Bewilligung anzubringen und zu erhalten.

Ausnahmen von Verkehrsbeschränkungen

Anträge auf Ausnahmen von Verkehrsbeschränkungen jeder Art sind bei der MA 46, 12, Niederhofstraße 23 (schriftlich mit 70 S-Bundesstempel versehen), einzubringen.

Ist die Absperrung einer Privatstraße durch den Grundeigentümer oder Verwalter zulässig?

Dient eine Privatstraße dem öffentlichen Verkehr, kann sie also von jedermann unter den gleichen Bedingungen benützt werden, dann darf sie nur von der Behörde gesperrt oder sonstwie für den Verkehr beschränkt werden (Einbahnstraßen, Gewichtsbeschränkungen u. a.). Straßen ohne öffentlichen Verkehr können vom Grundeigentümer oder Verwalter unter Beachtung der sonstigen Rechtsvorschriften gesperrt oder auch auf bestimmte Fahrzeuge beschränkt werden.

Erlaubnis zur Benützung von Verkehrsflächen zu besonderen Zwecken

Für den Gebrauch von öffentlichen Verkehrsflächen samt den dazugehörigen Anlagen einschließlich des Untergrundes und des darüber befindlichen Luftraumes zu verkehrsfremden Zwecken, z. B. zu gewerblichen Tätigkeiten oder zur Werbung, ist eine Erlaubnis zu erwirken.

Ansuchen sind bei der MA 35 – G (Gebrauchserlaubnisse), 12, Theresienbadgasse 3, einzubringen. Soweit durch den angestrebten Gebrauch das Privatrecht eines Dritten berührt wird, ist dessen Zustimmung anläßlich des Antrages nachzuweisen.

Für die erteilte Erlaubnis ist, wenn die Verkehrsfläche öffentlicher Gemeindegrund ist, eine Gebrauchsabgabe zu entrichten. Die Höhe dieser Abgabe richtet sich nach dem einen Bestandteil des Gebrauchsabgabegesetzes bildenden Tarif.

KULTURAMT

(MA 7)

Studienförderung

Welche Arten von Beihilfen und Stipendien gibt es?

Im Rahmen des Stipendienwerkes der Stadt Wien können aus den vom Gemeinderat hiefür jeweils genehmigten Budgetmitteln Schülerbeihilfen, Studienbeihilfen, Abschlußstipendien für Dissertanten und Habilitanten, Arbeitsstipendien für Wissenschaftler und Künstler, Auslandsstipendien, Anerkennungsstipendien und Stiftungsstipendien gewährt werden. Eingereicht wird beim Kulturamt der Stadt Wien – MA 7, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, 3. Stock, Tür 316/317, wo auch die hiefür erforderlichen Formulare erhältlich sind.

Wer erhält eine Schulbeihilfe, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe?

Für Schülerinnen und Schüler an den von der Stadt Wien geführten Schulen und Lehranstalten, wie der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, der Lehranstalt für gehobene Sozialberufe (Vorbereitungslehrgang), des Institutes für Heimerziehung, des medizinisch-technischen Fachdienstes, sowie für Schülerinnen und Schüler der öffentlichen und mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten privaten, allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ab der neunten Schulstufe kann, sofern vom Bund (Studienbeihilfekommission des Bundes) kein Anspruch besteht, eine Schulbeihilfe genehmigt werden. Bei den Schülerinnen der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen der Stadt Wien ist lediglich die Würdigkeit (guter Lernerfolg) – nicht die Bedürftigkeit – nachzuweisen. Die monatlichen Beihilfen betragen im ersten Schuljahr 300 S, im zweiten Schuljahr 400 S, im dritten Schuljahr 500 S und im vierten Schuljahr 600 S. Bei der Vergabe der weiteren Schulbeihilfen wird neben dem Lernerfolg (Notendurchschnitt 2,8) auch das elterliche Einkommen nach dem jeweils geltenden Einkommensteuergesetz (das Jahresnettofamilieneinkommen darf 70.000 S nicht übersteigen) berücksichtigt. Die Höhe der Schulbeihilfen reicht von 1.000 bis 6.400 S.

Wer erhält eine Studienbeihilfe, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe?

Die allgemeinen Voraussetzungen für die Gewährung von Studienbeihilfen sind:

1. es darf kein Anspruch auf Ausbildungsbeiträge, Studienbeihilfen oder Stipendien vom Bund (Studienbeihilfekommission des Bundes) bestehen,
2. österreichische Staatsbürgerschaft des Bewerbers,
3. Wohnort Wien,
4. Bedürftigkeit,
5. günstiger Studienerfolg (Notendurchschnitt 2,8).

Für die Beurteilung der Bedürftigkeit sind die Einkommen des Studenten, die Einkünfte seiner Eltern bzw. der für ihn unterhaltspflichtigen Personen im abgelaufenen Kalenderjahr heranzuziehen. Die Höhe der möglichen Studienbeihilfe resultiert aus der Berechnung des Jahresnettofamilieneinkommens und kann bis zu 27.000 S betragen.

Als Nachweis eines normal verlaufenen positiven Studienfortganges gelten Prüfungszeugnisse über die bisherigen Studiensemester innerhalb der von der österreichischen Hochschülerschaft für die einzelnen Fakultäten und Fachrichtungen auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse angegebenen Studienzeiten.

Anträge auf Gewährung von Schulbeihilfen und Studienbeihilfen können bis zum 15. Mai des laufenden Studienjahres eingebracht werden.

Welche Arten von Arbeitsstipendien für Künstler gibt es und was ist für den Erhalt eines Arbeitsstipendiums erforderlich?

Das Kulturamt der Stadt Wien vergibt jährlich eine begrenzte Anzahl von Arbeitsstipendien für Literaten, Komponisten, Maler und Grafiker sowie Bildhauer und angewandte Künstler. Die Höchstgrenze beträgt 25.000 S. Der Bewerber hat nachstehende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. österreichische Staatsbürgerschaft,
2. Arbeitsstätte und Wohnsitz in Wien,
3. Altersgrenze 40 Jahre,
4. er soll bereits:
   a) eigene Werke bei einem renommierten Verlag bzw. in angesehenen Literaturzeitschriften veröffentlicht haben,
   b) mindestens ein eigenes Werk bei einem Musikverlag veröffentlicht haben,
   c) in der Öffentlichkeit durch Ausstellungen Erfolge erzielt haben oder durch künstlerische Arbeiten seine Würdigkeit belegen (Finanzierung von Ausstellungen oder Druckkosten von Katalogen können nicht unterstützt werden),
5. das Arbeitsstipendium soll für die Fertigstellung eines konkreten, bereits begonnenen literarischen, kompositorischen bzw. künstlerischen Werkes oder für künstlerische Experimente, die zu einem Ergebnis führen, gewidmet sein.

Einsendetermine sind der 28. Februar und der 31. August des laufenden Kalenderjahres. Über die Vergabe von Arbeitsstipendien entscheidet der zuständige amtsführende Stadtrat. Er bedient sich dabei einer Jury von fachlich qualifizierten, magistratsunabhängigen Persönlichkeiten.

Wer erhält ein Wissenschafts- bzw. ein Forschungsstipendium?

Das Kulturamt der Stadt Wien vergibt jährlich ca. 30 Wissenschaftsstipendien in der Höhe von 10.000 bis 25.000 S zur Fertigstellung bzw. Durchführung von wissenschaftlichen Arbeiten bzw. Forschungsvorhaben. Für die Bewerbungen – diese können laufend gestellt werden – sind nachstehende Voraussetzungen erforderlich:

1. österreichische Staatsbürgerschaft,
2. Arbeitsstätte und Wohnsitz in Wien,
3. Altersgrenze 40 Jahre,
4. abgeschlossene Hochschulbildung,
5. die Bewerber müssen über die dem betreffenden Thema entsprechende wissenschaftliche Qualifikation verfügen,
6. das Bewerbungsprojekt muß klar als aktuelles wissenschaftliches Vorhaben erkennbar sein,
7. Angabe von Referenzen durch Nennung von anerkannten Fachleuten (z. B. Universitätsprofessoren), Beigabe von mindestens einer schriftlichen Referenz.

Verwaltungs-, Druck- und Reisevorhaben sowie Ankauf von Geräten können finanziell nicht unterstützt werden. Vor der Antragstellung ist eine Aussprache mit dem Fachreferenten erforderlich.

Fremdenverkehr

Das Kulturamt der Stadt Wien ist mit den behördlichen Agenden des Fremdenverkehrs betraut.

Um dem Bedürfnis der ausländischen Gäste nach besonders preiswerten Quartieren entgegenzukommen und um vor allem dem Trend „Zurück zur Natur" gerecht zu werden, hat die Stadt Wien im Westen und Süden der Stadt Campingplätze angelegt, die sich lebhafter Frequenz erfreuen.

Aus denselben Gründen wurden von der Stadt Wien vor allem für die jüngeren Besucher Jugendgästehäuser geschaffen.

Das internationale Studentenheim der Stadt Wien wird während der Ferienzeit als Hotel der Kategorie B geführt und dient somit einerseits dem Fremdenverkehr und ermöglicht andererseits durch den Ertrag eine geringere Miete für das Studentenheim.

Jugendgästehaus der Stadt Wien, 13, Schloßberggasse 8, Tel. 82 15 01

Städtischer Campingplatz Wien West I, 14, Hüttelbergstraße 40, Tel. 94 14 49

Städtischer Campingplatz Wien West II, 14, Hüttelbergstraße 80, Tel. 94 23 14

Städtischer Campingplatz Wien Süd, 23, Atzgersdorf, Gerbergasse 2, Tel. 86 92 18

Internationales Studentenheim der Stadt Wien, 19, Gymnasiumstraße 85, Zufahrt Vegagasse 20, Tel. 34 26 73

Förderung der Altstadterhaltung

Aus den Erträgnissen des durch Landesgesetz im Jahr 1972 geschaffenen Zuschlags zu den Fernsehgebühren („Kulturschilling") werden vornehmlich Zuschüsse zur Durchführung von Restaurierungsarbeiten an Altstadtobjekten vergeben. Die Objekte müssen innerhalb der vom Gemeinderat ausgewiesenen „Schutzzonen" liegen oder sonst von besonderer Bedeutung für das Stadtbild sein (z. B. unter Denkmalschutz stehen). Gefördert wird die Erhaltung des äußeren Erscheinungsbildes, d. h. Fassaden, Dächer, Durchfahrten, Höfe. Der Zuschuß soll ein Beitrag zu jenen Mehrkosten sein, die dem Eigentümer durch den Besitz eines für das Stadtbild bedeutenden Gebäudes bei Restaurierungen entstehen, und wird von Fall zu Fall je nach den notwendigen Arbeiten und der sozialen Lage des Bewerbers bemessen. Die Einreichung erfolgt beim Kulturamt der Stadt Wien (MA 7, 8, Friedrich Schmidt-Platz Nr. 5, Referat für Stadtbild- und Denkmalpflege).

LEBENSMITTEL- UND MARKTWESEN

(MA 59)

Das Marktamt der Stadt Wien hat seinen Sitz in 3, Am Modenapark 1–2, Tel. 72 36 31. Überdies sind auf allen größeren Märkten oder in den magistratischen Bezirksämtern Außenstellen eingerichtet, die die Bezeichnung „Marktamtsabteilung" tragen. Im Amtlichen Telefonbuch Wien sind die Dienststellen der MA 59 unter „Marktamt Städt." zu finden.

Verdacht der übermäßigen Preisforderung für Lebensmittel und mangelhafte Preisauszeichnung

Für Lebensmittel bestehen nur noch zum Teil amtlich festgesetzte Höchstpreise (z. B. für Mehl, Schwarzbrot, Zucker, Vollmilch und für verschiedene Rind- und Selchfleischarten sowie für insgesamt 14 Wurstsorten). Aber auch der freien Preiserstellung sind durch das Preisgesetz Grenzen gesetzt. So ist eine erhebliche Überschreitung des im ordentlichen Geschäftsverkehr jeweils üblichen Preises für Bedarfsgegenstände oder Bedarfsleistungen gleicher Art und Beschaffenheit unzulässig.

Die in Geschäftslokalen zum Verkauf an Letztverbraucher feilgehaltenen und die in Schaufenstern (Schaukästen) sichtbar ausgestellten Waren müssen mit Preisschildern versehen sein. Die Preise für Waren, die zum baldigen Verkauf bestimmt sind, können auch in Preisverzeichnissen, die an leicht sichtbarer Stelle angebracht sein müssen, ausgewiesen werden. In Gastgewerbebetrieben aber müssen die Preise für die jeweils angebotenen Speisen und Getränke in Preisverzeichnissen (Speise- und Getränkekarten) enthalten sein. Außerdem sind die Speisekarten jener Betriebe, in denen regelmäßig warme Speisen verkauft werden, zusätzlich außen neben der Eingangstür gut lesbar anzubringen.

Bei Verdacht einer überhöhten Preisforderung oder bei Feststellung einer unterlassenen oder mangelhaften Preisauszeichnung wende sich der Verbraucher an die Marktamtsabteilung des Bezirkes.

Wo können sich Verbraucher, Gewerbetreibende und Produzenten über Preise und Zufuhren von Lebensmitteln eingehend informieren?

Das Marktamt erhebt wöchentlich die Preise für Fleisch, Fleischwaren, Eier und Viktualien und veröffentlicht diese in einem Wochenausweis. Ergänzend dazu werden monatlich auch die Preise der anderen wichtigen Lebensmittel festgestellt und in einem Monatsausweis veröffentlicht. Diese Marktamtsausweise können in der Kanzlei des Marktamtes in 3, Am Modenapark 1–2, Tel. 72 36 31*, 254, sowohl in Einzelexemplaren als auch im Abonnement erworben werden.

Beschwerden über Qualitätsmängel bei Lebensmitteln und bei Verdacht der Gesundheitsschädlichkeit oder der Verdorbenheit

Man wende sich *ehestens* an die zuständige *Marktamtsabteilung,* welche die Begutachtung der Ware und die Überprüfung des Falles durchführt.

Sofern eine ernstliche Störung der Gesundheit auftritt, die auf den Genuß eines nicht mehr einwandfreien Lebensmittels zurückgeführt wird, nehme man sofort *ärztliche Hilfe* in Anspruch. Etwa noch vorhandene *Speisenreste sind aufzubewahren.* Möglichst bald ist sodann die zuständige *Marktamtsabteilung zu verständigen,* damit eine Überprüfung des Speisenrestes bzw. des im Bezugsgeschäft vorhandenen Vorrates an der betreffenden Ware durchgeführt wird, um den Fall klarzustellen und den weiteren Verkauf dieses Lebensmittels zu verhindern.

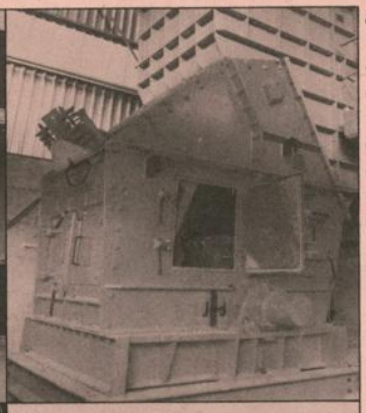
Pilzberatung und Pilzbeschau

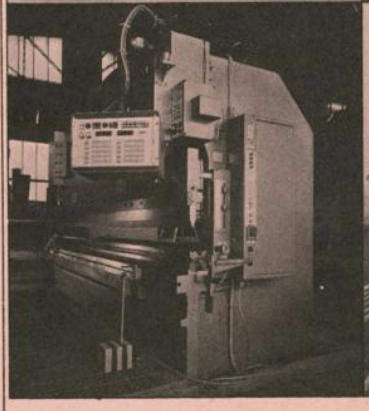
Es wird empfohlen, nur solche Pilze zu sammeln und zu genießen, die man einwandfrei als genußtauglich erkannt

VOEST-ALPINE FINALINDUSTRIE

bewährte und
wirtschaftliche Problemlösungen:









auf den Gebieten:

- ○ Energie
- ○ Gewinnung und Rückgewinnung von Rohstoffen
- ○ Transport und Umschlag
- ○ Verarbeitung
- ○ Bearbeitung
- ○ Bautechnik

VOEST-ALPINE AG
Unternehmensbereich
Finalindustrie
Postfach 2, A-4010 Linz
Tel. (0 732) 585-0*, Telex 02-2331

VOEST-ALPINE

Hobby extra

Die volle Würze entdecken.

Die besondere Mischung heller und dunkler Tabake verleiht dieser Cigarette ihre volle Würze.

Langer, leichter Rauchgenuß wird zum echten Geschmackserlebnis.



hat. Auf den Märkten dürfen nur Pilze verkauft werden, die von den Organen des Marktamtes beschaut wurden. Jedermann hat aber die Möglichkeit, selbstgesammelte Pilze in den Marktamtsabteilungen oder im Marktamt kostenlos beschauen zu lassen. Zur exakten Pilzbestimmung sind nur ganze unverletzte Exemplare geeignet!

Im Marktamt, 3, Am Modenapark 1–2, 2. Stock, ist eine ständige Pilzschau eingerichtet, die an Wochentagen von 8 bis 18 Uhr frei zugänglich ist und die wichtigsten genußtauglichen und auch giftigen Pilze zeigt.

Muß meine Waage, mein Metermaß geeicht sein?

Nach dem Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 20. März 1973, BGBl. Nr. 174/1973, sind alle Meßgeräte (Maße, Meßwerkzeuge, Waagen, Gewichte, Abfüllmaschinen, Fässer, Personenwaagen, Fieberthermometer), wenn sie im öffentlichen Verkehr verwendet oder bereitgehalten werden, zu eichen und zeitgerecht nachzueichen. Von einer Verwendung spricht man nicht nur, wenn die Meßgeräte für den An- und Verkauf verwendet werden, sondern auch dann, wenn sie zur Überprüfung der Lieferungen, zur Bestimmung des Arbeitslohnes, zur Kontrolle von Arbeitsleistungen und zur Messung von Sachentschädigungen gebraucht werden. Bereitgehalten ist ein Meßgerät dann, wenn die äußeren Umstände erkennen lassen, daß es ohne besondere Vorbereitung in Gebrauch genommen werden kann (überzählige Waagen in Verkaufslokalen!).

Die MA 59 verlautbart alljährlich in der Tagespresse und in den Fachzeitschriften, welche Meßgeräte nachzueichen sind, um Beanstandungen der Handels- und Gewerbetreibenden wegen Nichtbeachtung der Eichvorschriften zu vermeiden.

In dieser alljährlichen Verlautbarung wird u. a. bezüglich der Nacheichpflicht ausgeführt:

Der Nacheichung unterliegen alle eichpflichtigen Gegenstände mit Ausnahme von Meßgeräten, die nur aus Glas, Porzellan oder Steingut bestehen sowie Flüssigkeitsmaße aus Metall bis zu 2 Liter Inhalt und emaillierte Flüssigkeitsmaße.

Die Nacheichfrist beträgt grundsätzlich zwei Jahre. Es gibt aber auch längere Nacheichfristen.

Die eichamtliche Überprüfung erfolgt in Wien beim Eichamt Wien, 20, Gasteigergasse 2–4. Feststehende oder schwer transportierbare Eichobjekte können nach Anmeldung beim Eichamt (Tel. 33 55 01*, 223) auf dem Verwendungsplatz nachgeeicht werden. Auskünfte, insbesondere über Nacheichfristen, erteilt auch jede Marktamtsabteilung.

Zuweisung von Verkaufsplätzen auf Märkten

Ständige Lebensmittelmärkte

Stabile oder transportable Marktstände werden meistens durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden mit Zustimmung des Marktamtes weitergegeben. Die Zuweisung der Marktplätze für diese Marktstände oder – bei den in den letzten Jahren errichteten Märkten – die Marktplatzvergabe in Form eines Bestandvertrages erfolgt durch die MA 59, 3, Am Modenapark 1–2, 2. Stock, über Vorschlag der jeweils örtlich zuständigen Marktamtsabteilung nach den Bestimmungen der Marktordnung für die Stadt Wien für bestimmte oder unbestimmte Zeit. Die marktamtliche Zuweisung oder der Bestandvertrag bilden die Grundlage für die Erlangung einer entsprechenden Gewerbeberechtigung. Interessenten für einen Marktstand wird empfohlen, vorerst mit der zuständigen Marktamtsabteilung Rücksprache zu nehmen, da man hier mit den örtlichen Verhältnissen vertraut ist und den Bewerber um einen Marktstand rechtzeitig beraten und unter Umständen vor Schaden bewahren kann.

Landparteienplätze

Auf größeren Märkten bestehen Landparteienplätze, die von landwirtschaftlichen Produzenten und Marktfahrern bezogen werden können. Die landwirtschaftlichen Produzenten müssen zum Nachweis ihrer Produzenteneigenschaft ein Produzentenvormerkbuch vorweisen, welches gegen Ersatz der Selbstkosten von jener Marktamtsabteilung ausgestellt wird, in deren Bereich sich der landwirtschaftliche Betrieb befindet bzw. – wenn es sich um einen außerhalb Wiens gelegenen Betrieb handelt – von jener Marktamtsabteilung, in deren Bereich der Landparteienplatz liegt, welchen die zukünftige Marktpartei beziehen möchte.

Temporäre Märkte

Diese in unterversorgten Stadtrandgebieten errichteten Märkte (derzeit sechs Märkte: 10, Per Albin Hansson-Siedlung-Ost; 11, Thürnlhofstraße; 22, Hirschstetten, Quadenstraße; 22, Kagran, Bernoullistraße; 22, Kagran, Rennbahnweg; 23, Liesing) können von landwirtschaftlichen Produzenten, Marktfahrern und Lebensmittelkleinhändlern bzw. -erzeugern bezogen werden. Nähere Auskünfte erteilt die zuständige Marktamtsabteilung.

Flohmarkt

Den Flohmarkt, der jeden Samstag, ausgenommen an Feiertagen, in der Zeit von 8 bis 18 Uhr im 6. Bezirk auf dem oberen Naschmarkt bei der Stadtbahnstation Kettenbrückengasse abgehalten wird, können sowohl Gewerbetreibende als auch Amateure beziehen. Die Dauerplätze für Gewerbetreibende werden von der MA 59, 3, Am Modenapark 1–2, 2. Stock, zugewiesen. Die Tagesplätze für Amateure werden durch die Marktamtsabteilung für den 4. bis 7. Bezirk in einem Marktstand neben dem Amtsgebäude (gegenüber der Stadtbahnstation Kettenbrückengasse) jeweils zwei Stunden vor Marktbeginn und gegen Vorweis eines Lichtbildausweises vergeben. Diese Tagesplätze dürfen einem Bewerber nur dreimal je Kalenderjahr zugewiesen werden. Marktgegenstände des Flohmarktes sind handgefertigte kunstgewerbliche Gegenstände, Kunstgegenstände geringeren Wertes, antiquarische Bücher, Schriften, Fotos, Altwaren kleineren Ausmaßes, gebrauchte Textilien und Schuhe sowie alte Münzen und Medaillen.

Verkaufsstände aus besonderen Anlässen

Auskünfte über die Aufstellungsmöglichkeiten aus besonderen Anlässen (z. B. Fastenmarkt, Kirchweihmärkte, Allerheiligenmarkt, Christkindlmarkt, Christbaummarkt usw.) erteilen die örtlich zuständigen Marktamtsabteilungen, welche nach Prüfung der Verhältnisse auch die Marktplätze zuweisen, die Einhebung der Marktgebühren besorgen und den Marktverkehr auf solchen Gelegenheitsmärkten überwachen. Diese Märkte können ebenfalls von Marktfahrern und Gewerbetreibenden, Allerheiligen- und Christbaummärkte auch von landwirtschaftlichen Produzenten bezogen werden.

Für die Vergabe von Marktplätzen auf allen angeführten Märkten werden amtlich festgesetzte Marktgebühren bzw. vertraglich vereinbarte Bestandzinse eingehoben. Die Verkaufszeiten und die Marktgegenstände, welche auf den einzelnen Märkten verkauft werden dürfen, sind durch die Marktordnung geregelt.

Wie bekomme ich eine Bewilligung (Gebrauchserlaubnis) zur Aufstellung eines transportablen Straßenstandes?

Ansuchen um die Bewilligung (Gebrauchserlaubnis) zur Aufstellung eines transportablen Straßenstandes, ausgenommen Zeitungsverkaufsständen, sind an die MA 59, 3, Am Modenapark 1–2, mit möglichst genauer Angabe des gewünschten Standortes (Planskizze) zu richten. An der gleichen Stelle oder telefonisch unter der Nummer 72 36 31*, 251 und 252, werden auch Auskünfte über die zulässigen Standtypen und die Voraussetzungen für eine Gebrauchserlaubnis erteilt.

Wann und wie lange dürfen Geschäfte offenhalten?

Lebensmittelkleinhandelsgeschäfte dürfen (werktags) Montag bis Freitag von 7 bis 18.30 Uhr und an Samstagen von 6.30 bis 14 Uhr, Kleinhandelsgeschäfte mit anderen Waren als Lebensmittel (werktags) Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, an Samstagen von 8 bis 13 Uhr offenhalten. Innerhalb dieser genannten Zeitspannen bleibt es dem einzelnen Gewerbetreibenden überlassen, seine Offenhaltezeit selbst zu bestimmen. Die Ladenschlußzeiten für einige Gewerbezweige sind abweichend davon geregelt. Auskünfte darüber erteilen die MA 59, 3, Am Modenapark 1–2, Tel. 72 36 31*, 251, sowie alle Marktamtsabteilungen.

Städtische Brückenwaagen

11, Simmeringer Markt
Tragkraft: 25 t, Ausmaß: 8,00 × 2,80 m
12, Meidlinger Markt
Tragkraft: 25 t, Ausmaß: 8,00 × 2,80 m
15, Meiselmarkt
Tragkraft: 25 t, Ausmaß: 8,00 × 2,75 m
20, Hannovermarkt
Tragkraft: 25 t, Ausmaß: 8,00 × 2,80 m
23, Großmarkt Wien-Inzersdorf, Laxenburger Straße 365
Tragkraft: 50 t, Ausmaß: 2 × 2 Waagtische je 10,00 × 3,00 m

Wie wirkt das Marktamt bei Gewerberechtsüberschreitungen und unbefugtem Gewerbebetrieb?

Dem Marktamt obliegt auch die Ausübung der gewerbepolizeilichen Überwachung und Überprüfung von Unternehmen im Sinne der Gewerbeordnung. Beschwerden sind an das örtlich in Frage kommende magistratische Bezirksamt oder an die zuständige Marktamtsabteilung zu richten.

Wo kann sich der Verbraucher beim Lebensmitteleinkauf beraten lassen?

Groß- und Einzelverbraucher erhalten für den Lebensmitteleinkauf über jeweils günstige Kaufgelegenheiten, über die Preislage oder über die Verwendungsmöglichkeiten noch nicht allegemein bekannte Waren bei den Marktamtsabteilungen oder in der MA 59 (beim Referat Konsumentenberatung), 3, Am Modenapark 1–2 (Tel. 72 36 31*, 252), Auskunft.

Warum besuchen die Wiener Hausfrauen gerne die Märkte?

1. Weil dort die Auswahl an Lebensmitteln, besonders an Gemüse und Obst, groß ist;
2. weil durch die freie Auslegung der Waren den Käufern ohne jeglichen Kaufzwang die Besichtigung sowie der Qualitäts- und Preisvergleich möglich ist;
3. weil sich infolge des gehäuften gleichzeitigen Angebotes gleichartiger Waren eine für den Verbraucher günstige Preisbildung ergibt;
4. weil die dort gegebene ständige lebensmittel- und preispolizeiliche Kontrolle durch das Marktamt den Verbraucher wirksamer vor Schädigung zu wahren vermag;
5. weil das vielfältige Angebot eine raschere Erledigung des Einkaufes ermöglicht und daher Zeit sparen hilft.

farbenkönig
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Malerarbeiten · Tapetenarbeiten · Anstreicherarbeiten · Fußbodenverlegearbeiten · Korrosions-Betonschutz · Sandstrahlen · Spezialbeschichtungen
3430 TULLN, WILHELMSTRASSE 2–6 ☎ 0 22 72/26 04, 22 91 FS 1265125
1090 WIEN, MÜLLNERGASSE 23–25 ☎ 02 22/34 22 80, 31 52 78
3133 TRAISMAUER, GARTENRING 7 ☎ 0 27 83/365
3442 ASPARN, KRONAUER STRASSE 1 ☎ 0 22 72/72 71
1190 WIEN, MUTHGASSE 56 ☎ 37 12 00, 37 12 50

LEHRLINGE

Bürokaufmannslehrlinge

Beim Magistrat der Stadt Wien werden alljährlich Bürokaufmannslehrlinge, bekannter unter dem Ausdruck „Rathauslehrlinge", aufgenommen.

Rathauslehrling bedeutet nicht, nur im Rathaus tätig zu sein und zu lernen, sondern in den städtischen Dienststellen, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind, mitzuarbeiten.

Die Ausbildung als Bürokaufmannslehrling dauert drei Jahre. Der Lehrvertrag wird in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft protokolliert. Neben der praktischen Ausbildung in mehreren Dienststellen ist die Kaufmännische Berufsschule zweimal wöchentlich je einen halben Tag zu besuchen.

Nach dem ordnungsgemäßen Abschluß der Lehre ist eine Anstellung als Kanzleibeamter bei der Stadt Wien möglich. Jeder Lehrling kann auch die Lehrabschlußprüfung (§ 21 Berufsausbildungsgesetz) ablegen.

Wer kann Bürokaufmannslehrling werden?

Jeder, der die gesetzliche Schulpflicht erfüllt hat und Interesse für diese Ausbildung und die für diesen Beruf erforderliche geistige und körperliche Eignung hat. Der Antrag auf Aufnahme als Bürokaufmannslehrling kann schon während des neunten Schuljahres nach Erhalt des positiven Semesterzeugnisses, etwa ab Februar, gestellt werden und ist an die MA 2, Personalamt, Aufnahmedienst, zu richten.

Dem Aufnahmeansuchen mit Lebenslauf ist das Abschlußzeugnis des achten Schuljahres sowie das Halbjahrszeugnis des neunten Schuljahres anzuschließen. Mitte Mai wird bei einem schriftlichen Test die Eignung des Bewerbers festgestellt und die Aufnahme, die im August stattfindet, in die Wege geleitet.

Bautechnische Zeichnerlehrlinge

In den Bauabteilungen des Magistrats der Stadt Wien werden auch alljährlich einige bautechnische Zeichnerlehrlinge (bisher Lehrlinge des technischen Dienstes) aufgenommen.

Die Ausbildung dauert drei Jahre. Der Lehrvertrag wird in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft protokolliert.

Neben der praktischen Ausbildung in mehreren Dienststellen ist einmal wöchentlich einen ganzen Tag die Berufsschule für Baugewerbe zu besuchen.

Nach dem ordnungsgemäßen Abschluß der Lehre erfolgt die Anstellung als technischer Zeichner oder als Beamter des technischen Dienstes bei der Stadt Wien. Jeder Lehrling kann auch die Lehrabschlußprüfung (§ 21 Berufsausbildungsgesetz) ablegen.

Hinsichtlich der Aufnahme gelten die oben für die Bürokaufmannslehrlinge angeführten Bedingungen sinngemäß.

LIEGENSCHAFTSERWERB DURCH AUSLÄNDER

(MA 62)

Nach dem Ausländergrunderwerbsgesetz vom 16. Juni 1967, LGBl. für Wien Nr. 33, können Ausländer das Eigentum und bestimmte andere Rechte an Wiener Grundstücken in der Regel nur mit behördlicher Genehmigung erwerben.

Wer gilt als Ausländer?

Ausländer im Sinne des Gesetzes sind alle natürlichen Personen, die nicht österreichische Staatsbürger sind, sowie Gesellschaften, die ihren Sitz im Ausland haben. Gesellschaften mit dem Sitz im Inland gelten dann als Ausländer, wenn an ihnen Nichtösterreicher oder ausländische Gesellschaften überwiegend beteiligt sind. Die Bestimmungen über die Genehmigung finden keine Anwendung, wenn zwischenstaatliche Verträge entgegenstehen oder wenn fremde Staaten bzw. bestimmte internationale Organisationen als Erwerber auftreten. Auch der Erwerb einer Liegenschaft im Erbweg bedarf keiner Genehmigung.

Auf welche Rechte bezieht sich das Gesetz?

Grundsätzlich ist der Erwerb des Eigentums, des Miteigentums (auch Eigentumswohnungen), eines Baurechtes oder einer persönlichen Dienstbarkeit an die behördliche Genehmigung gebunden, desgleichen der Erwerb von Miet- und Pachtrechten, die im Grundbuch eingetragen werden sollen. Andere Miet- und Pachtverträge sind nicht genehmigungspflichtig.

Wer entscheidet über das Genehmigungsansuchen?

Die Genehmigung erteilt nach Anhörung der zuständigen gesetzlichen Interessenvertretung die Wiener Landesregierung. Das Ansuchen ist beim Amt der Wiener Landesregierung, MA 62, 1, Rathausstraße 9, einzubringen, wobei der Antragsteller seine Staatsbürgerschaft und die Geburtsdaten anzugeben und eine Begründung des Erwerbes beizufügen hat. Im Falle von Gegenseitigkeit mit dem Heimatstaat des Antragstellers auf Grund zwischenstaatlicher Verträge ist die Staatsbürgerschaft nachzuweisen.

Unter welchen Voraussetzungen wird die Genehmigung erteilt?

Ein Anspruch auf Genehmigung besteht grundsätzlich nur dann, wenn am Zustandekommen des Rechtsgeschäftes ein volkswirtschaftliches oder soziales Interesse besteht. Aber selbst bei Vorliegen eines solchen Interesses muß die Genehmigung versagt werden, wenn andere öffentliche Interessen, z. B. solche militärischer oder sicherheitspolizeilicher Natur, entgegenstehen. Die Durchführung des Rechtsgeschäftes im Grundbuch ist nur zulässig, wenn der Erwerber den Bescheid über die Genehmigung vorlegt.

Strafbestimmungen

Wer eine Genehmigung durch bewußt falsche Angaben oder durch Verschweigung von Tatsachen erschleicht oder wer eine Verabredung zur Umgehung des Gesetzes trifft, begeht eine Verwaltungsübertretung, die mit Geldstrafen bis 300.000 S geahndet werden kann. Der gleichen Strafe unterliegen vorsätzliche falsche Angaben über die Beteiligung von Ausländern an einer inländischen Gesellschaft.

MUSEEN DER STADT WIEN

(MA 10)

Was sind die Museen der Stadt Wien und was sieht man dort?

Das Historische Museum der Stadt Wien, das sich seit 1959 im neuerbauten Haus auf dem Karlsplatz befindet, zählt zu den bedeutendsten Stadtmuseen Europas. Die nach modernen Grundsätzen aufgestellte Schausammlung bietet einen Überblick über den Werdegang Wiens, von der frühesten Besiedlung des heimischen Bodens in vorgeschichtlicher Zeit über das römische Vindobona und die aufstrebende mittelalterliche Stadt bis zur Entstehung der heutigen Großstadt. In enger Verflechtung mit der geschichtlichen Dokumentation wird die Kunst und Kultur Wiens in einer Vielfalt verschiedenartiger Objekte dargestellt und anschaulich gemacht. Zu den größten Schätzen des Museums gehören die steinernen Bildwerke und Glasgemälde aus St. Stephan und die Bestände aus dem Städtischen Zeughaus; eine Sehenswürdigkeit besonderer Art ist die mitten im Museum völlig unverändert wiedererstandene Wohnung Franz Grillparzers.

Jeder Wiener kennt das Historische Museum, zumindest von außen, aber wahrscheinlich kennt so mancher nicht die zum Historischen Museum gehörenden Musiker-Gedenkstätten der Stadt Wien. Unter diesem Sammelbegriff verbergen sich weltberühmte Sehenswürdigkeiten: die Mozart-Erinnerungsräume in Mozarts Wohnhaus, 1, Domgasse 5, das Johann Strauß-Museum in der Johann Strauß-Wohnung, 2, Praterstraße 54, das Haydn-Museum in Haydns Wohnhaus, 6, Haydngasse 19, die Beethoven-Erinnerungsräume in Beethovens Wohnhaus, 1, Mölkerbastei 8, das Schubert-Museum in Schuberts Geburtshaus, 9, Nußdorfer Straße 54, dessen Generalinstandsetzung den alten Bauzustand wiederherstellte, und schließlich das ergreifend schlichte Sterbezimmer Franz Schuberts im Haus 4, Kettenbrückengasse 6. Die kleinen Museen, die in diesen denkwürdigen Räumen eingerichtet wurden, sind eigentlich Dependancen des Hauptmuseums, ihr Eigendasein entspricht der hohen Bedeutung der Musik innerhalb der Kulturgeschichte Wiens. Dazu gehören auch die beiden, der biografischen Dokumentation gewidmeten Beethoven-Gedenkstätten in den Wohnhäusern 19, Probusgasse 6, und 19, Döblinger Hauptstraße 92.

Ähnlich verhält es sich mit den Gedenkräumen in der Villa Wertheimstein, am Rand des schönen Wertheimsteinparks, 19, Döblinger Hauptstraße 96, wenngleich die Bedeutung dieser Gedächtnisstätte mehr lokaler Art ist. Der im ursprünglichen Zustand erhaltene Salon der Villa, ein typisches Interieur aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war zu seiner Zeit ein Treffpunkt berühmter Gelehrter und Künstler. Daneben sind für die Dichter Eduard von Bauernfeld und Ferdinand von Saar, die zu den ständigen Gästen der Villa gehörten, Gedenkzimmer eingerichtet.

Auch die museal ausgestatteten Ausgrabungsstätten „Römische Ruinen unter dem Hohen Markt" und „Römische Baureste" (in der Feuerwehrzentrale Am Hof) sind Dependancen des Historischen Museums. Hingegen sind – im Verband des Historischen Museums – das Uhrenmuseum, 1, Schulhof 2, und das Pratermuseum, das sich im neuen Planetariumsgebäude am Eingang zum Volksprater befindet, echte Spezialsammlungen, die aber auch für ein breites Publikum von besonderem Interesse sind. Beide Museen sind aus Privatsammlungen hervorgegangen. Das Uhrenmuseum, eine der bedeutendsten Sammlungen dieser Art, gibt in der neuen systematischen Aufstellung einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Uhr. Weniger methodisch geht es im Pratermuseum zu, wo in einer Fülle von buntestem Allerlei verklungene Pratertage wieder lebendig werden; ein Besuch dieser reizenden Sammlung ist ebenso vergnüglich wie lokalgeschichtlich aufschlußreich. 1979 wurde auch die aus der Mitte des 13. Jahrhunderts stammende Virgilkapelle im Verkehrsbauwerk am Stephansplatz dem Publikum zugänglich gemacht. In diesem Museum ist auch eine Sammlung von Fundkeramik zu sehen. In einem der Stadtbahnpavillons am Karlsplatz finden Ausstellungen statt, die dem Werk Otto Wagners gewidmet sind.

Alle Museen der Stadt Wien sind ganzjährig geöffnet. Die Besuchszeiten siehe Magistrat, MA 10. In allen Museen bzw. Gedenkstätten der Stadt Wien wird freier Eintritt gewährt.

Sonderausstellungen des Historischen Museums der Stadt Wien

Alljährlich werden im Museum auf dem Karlsplatz Sonderausstellungen in den dafür bestimmten Räumen veranstaltet. Sie bleiben im allgemeinen durch drei Monate geöffnet. Es wird entweder ein aktuelles Thema behandelt oder ein in der Schausammlung nur in großen Zügen behandelter Geschichtsabschnitt breit dokumentiert. Dadurch werden Teile der für kulturgeschichtliche Museen unerläßlichen Studiensammlung der Öffentlichkeit wenigstens kurzfristig zugänglich gemacht. Obwohl der Themenkreis der Ausstellungen nach Art und Zweck des Museums begrenzt ist, ist die Themenzahl praktisch unerschöpflich. So wird es immer etwas Neues im Historischen Museum der Stadt Wien zu sehen geben. Die Ausstellungen, zu denen ausführlich kommentierende, illustrierte Kataloge erscheinen, werden durch Plakate und in Presse, Rundfunk und Fernsehen angekündigt. Ein gesonderter Eintrittspreis wird nicht eingehoben.

Wie kommt man zu einer Führung im Historischen Museum?

Das Historische Museum der Stadt Wien verlautbart allmonatlich sein Führungsprogramm. Dieses sieht in der Hauptsache Führungen an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen vor. Es wird von Fachbeamten des Museums in leicht faßlicher Weise durch die gesamte Schausammlung geführt, auch durch einzelne Abteilungen, wobei auf die Dinge genauer eingegangen werden kann, und natürlich auch durch die Sonderausstellungen. Ferner finden Führungen statt in den beiden Ausgrabungsstätten und im Uhrenmuseum. Außer Programm werden nach entsprechender Vereinbarung für geschlossene Gruppen auch Sonderführungen veranstaltet. Diese können telefonisch (42 8 04/46) angemeldet werden. Alle Führungen sind kostenlos.

Was sind die Studiensammlungen des Historischen Museums?

Freilich kann in den Schauräumen nur ein Teil der vorhandenen Bestände ausgestellt werden, nicht nur aus Platzmangel, sondern auch um das besonders Wichtige nicht in der Fülle des weniger Wichtigen untergehen zu lassen. Der andere Teil der Bestände findet seinen Platz in den Depots, die somit die Studiensammlung umfassen, zum Unterschied von der Schausammlung.

Hier ist an erster Stelle die Grafiksammlung des Historischen Museums der Stadt Wien zu nennen, die nach verschiedenen sachlichen Gesichtspunkten geordnet in Mappen und Kassetten aufbewahrt wird. Der Schwerpunkt dieser großen, sehr wertvollen Sammlung von Zeichnungen, Aquarellen, Druckgrafik und Fotografien liegt im 19. Jahrhundert. In der Sekundär-Galerie des Museums befinden sich noch einige tausend Ölgemälde, die zum Teil von erster Qualität sind. Die Hauptmasse der Zeughausbestände ist in der Waffenkammer übersichtlich aufgestellt. Im Lapidarium des Museums befinden sich noch viele Funde aus der römischen Zeit, ferner Plastiken, steinerne Hauszeichen, Epitafe u. dgl. Schließlich beherbergen die Depots des Museums noch kostbare Miniaturen, eine große Münzensammlung, zahlreiche Totenmasken sowie eine Unzahl von kunsthandwerklichen Erzeugnissen und kulturgeschichtlich wichtigen Objekten. Auch das Uhrenmuseum hat nur einen Teil seiner Bestände ausgestellt; in seinem Depot finden sich zahlreiche, oft sehr wertvolle Stücke. Das Depot des Pratermuseums enthält u. a. interessante Archivalien zur Geschichte des Volkspraters. Schließlich sind die Modesammlungen des Historischen Museums der Stadt Wien, Schloß Hetzendorf, 12, Hetzendorfer Straße 79, zu nennen. Dort befindet sich eine reichhaltige Sammlung von Bekleidungsstücken aus verflossenen Zeiten und eine ansehnliche (auch öffentlich zugängliche) Fachbibliothek. Eine dauernde Ausstellung ist aber dort aus Platzmangel leider nicht möglich. Die Modesammlungen im Schloß Hetzendorf sind zur Gänze deponiert und daher ausschließlich als Studiensammlung zu betrachten.

Die Studiensammlungen können aus naheliegenden Gründen nicht allgemein zugänglich sein. Eine Ausnahme bildet nur die Grafiksammlung, für die den wissenschaftlich Interessierten der Studiensaal des Museums zur Verfügung steht.

Hier soll noch auf die „Wiener Bezirksmuseen" hingewiesen werden, die – von eigenen Museumsvereinen getragen – sich in allen Gemeindebezirken Wiens gebildet haben. Dem Historischen Museum der Stadt Wien obliegt die fachliche Aufsicht über die an sich selbständigen Bezirksmuseen, die der intensiven Pflege der heimatlichen Bezirksgeschichte gewidmet sind.

Welche Wünsche kann das Historische Museum der Stadt Wien noch erfüllen?

Es bleibt die erste und wichtigste Aufgabe eines Museums, das Vergängliche, soweit es für die Nachwelt auch nur von einigem Interesse sein kann, zu bewahren. Wenn daher Kunstwerke oder irgendwelche andere geschichtlich oder kulturgeschichtlich bemerkenswerte Objekte, die in irgendeinem Zusammenhang mit Wiens Geschichte stehen, in Gefahr geraten, vernichtet oder verschleudert zu werden, so möge die Direktion des Historischen Museums schriftlich oder mündlich unverzüglich verständigt werden. Auch wenn es sich herausstellen sollte, daß der Gegenstand nicht bewahrenswert ist, schadet ein blinder Alarm nichts, wohl aber können im gegenteiligen Fall der Allgemeinheit unersetzliche Werte verlorengehen. Dies ist eine Bitte, die sich an jeden, der Wien liebt, richtet.

Das Historische Museum erteilt im Rahmen seiner Möglichkeiten Auskünfte, aber es darf weder Expertisen ausstellen noch Schätzungsgutachten abgeben. Das Historische Museum will jede einschlägige Forschungsarbeit gerne mit Rat und Tat unterstützen, aber es kann unmöglich die Arbeit selbst liefern. Das Historische Museum beteiligt sich gerne an den volksbildenden Aufgaben von Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen, indem es die entsprechenden Teile seiner Sammlungen zugänglich macht, aber es kann nicht als Requisitenkammer benützt werden. In den Schauräumen des Museums darf fotografiert werden, aber nur ohne Gebrauch von Stativ und Blitzlicht; ferner ist die Verwendung dieser Aufnahmen für die Reproduktion im Druck grundsätzlich untersagt. Hiefür werden Fotos von allen Objekten gegen Kostenersatz jedermann überlassen. Reproduktionsgenehmigungen werden gegen begründetes, schriftliches Ersuchen in großzügiger Weise erteilt, für wissenschaftliche Zwecke kostenlos, ansonsten gegen Vorschreibung einer angemessenen Gebühr. In jedem Fall wird eine kurze schriftliche Anfrage an das Historische Museum rasch Klarheit schaffen.

MUSTERSCHUTZ

Was ist ein Muster?

Muster oder Modell ist ein Vorbild, das sich auf die Form eines Industrieerzeugnisses bezieht und zur Übertragung auf ein solches Erzeugnis geeignet ist.

Welche Rechte ergeben sich aus einem Muster?

Der Musterinhaber ist allein berechtigt, das Muster auf Industrieerzeugnisse anzuwenden; er kann dieses Recht auch ganz oder teilweise an andere übertragen.

Wie wird der Musterschutz erworben?

Durch Hinterlegung des Musters in zwei Stücken bei der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, in deren Bezirk der Hinterleger seinen Wohnsitz oder seine Niederlassung hat. Das Muster wird in ein Register eingetragen.

Wie lange gilt der Musterschutz?

Höchstens drei Jahre vom Zeitpunkt der Registrierung des Musters. Eine Verlängerung ist nicht möglich.

Wann ist die Registrierung ungültig?

Die Registrierung ist nichtig und ohne Wirkung, wenn bewiesen wird:

a) daß nach dem Muster verfertigte Industrieerzeugnisse schon vor der Hinterlegung des Musters im In- oder Ausland im Verkehr waren;
b) daß das Muster schon früher in einem veröffentlichten Druckwerk erschienen ist;
c) daß das Muster schon früher auf den Namen eines Anderen im Inland registriert worden ist;
d) daß der Hinterleger das Muster widerrechtlich an sich gebracht hat.

Über die Ungültigkeit der Hinterlegung entscheidet das magistratische Bezirksamt.

Sind Eingriffe in das Musterrecht verfolgbar?

Jeder Eingriff in das Musterrecht durch unbefugte Übertragung oder Nachbildung eines geschützten Musters oder durch den Verschleiß der nach dem Muster verfertigten Waren begründet für den Verletzten das Recht, auf die Einstellung der Eingriffe zu dringen. Auch kann er die Unbrauchbarmachung der zur Nachbildung dienlichen Werkzeuge und Hilfsmittel verlangen. Diesbezügliche Anträge sind beim zuständigen magistratischen Bezirksamt einzubringen.

Wurde der Eingriff wissentlich begangen, so ist der Schuldige mit Geld oder Arrest zu bestrafen, jedoch nur dann, wenn der Verletzte binnen sechs Wochen von dem Zeitpunkt an, in dem er von der Übertretung und der Person des Täters Kenntnis erlangt hat, bei der zuständigen Behörde (magistratisches Bezirksamt) einen Strafantrag stellt.

Schadenersatzansprüche sind bei Gericht geltend zu machen.

OPFERFÜRSORGE

(MA 12)

Opferfürsorge – Anspruchsberechtigung und Begünstigungen

Als Opfer im Sinne des Opferfürsorgegesetzes 1947 gelten Personen, die infolge ihres Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich oder infolge politischer oder rassischer Verfolgung in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 gewisse Schädigungen erlitten haben. Als Schädigungen sind anzusehen der Tod, schwere Gesundheitsschädigung, Haft von mindestens drei Monaten, Verlust oder Minderung des Einkommens in der Dauer von mindestens dreieinhalb Jahren, Abbruch oder Unterbrechung des Studiums oder einer Berufsausbildung in der Dauer von mindestens dreieinhalb Jahren, Emigration in der Dauer von mindestens dreieinhalb Jahren, Leben im Verborgenen im Mindestausmaß von sechs Monaten (ab dem sechsten Lebensjahr), Tragen des Judensterns in der Dauer von mindestens sechs Monaten oder eine Freiheitsbeschränkung von mindestens sechsmonatiger Dauer in Deutschland oder den von Deutschland besetzten Gebieten. Je nach der Art und der Schwere der Schädigung erhalten die Opfer selbst oder ihre Hinterbliebenen einen Opferausweis oder eine Amtsbescheinigung.

Die Inhaber von *Opferausweisen* und *Amtsbescheinigungen* erhalten *Begünstigungen*

1. auf dem Gebiet der Renten- und Unfallversicherung;
2. bei Gründung, Wiederaufrichtung oder Stützung der wirtschaftlichen Existenz;
3. bei Vergebung von Geschäftsstellen der Klassenlotterie, Lottokollekturen und Tabakverschleißgeschäften;
4. bei Vergebung und Zuweisung von Wohnungen, Siedlerstellen und Kleingärten;
5. auf den Gebieten der Steuer- und Gebührenpflicht;
6. durch Nachlaß und Ermäßigung von Studien- und Prüfungsgeldern;

ferner *Entschädigungen* für

1. erlittene Haft;
2. entstandene Haft- und Gerichtskosten;
3. politische Maßregelungen im öffentlichen Dienst;
4. erlittene Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden (Internierungen, Konfinierungen, Zwangsaufenthalte in einem Getto, Leben im Verborgenen, Judensterntragen, Einkommensminderungen um mindestens 50% von mindestens 3½ Jahren, Abbruch bzw. eine mindestens 3½jährige Unterbrechung der Berufsausbildung).

Die Inhaber von *Amtsbescheinigungen* bzw. deren Hinterbliebene haben überdies Anspruch auf

1. Rentenfürsorge- und Witwen- und Waisenbeihilfen, Sterbegeld;
2. Heilfürsorge.

Schriftliche Anträge um Anerkennung als Opfer sind bei der MA 12, 1, Schottenring 24, einzubringen.

Aushilfen nach dem Opferfürsorgeabgabegesetz

Die Erträge der Abgabe nach diesem Gesetz sind der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, den Opfern politischer Verfolgung und des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und ihren Hinterbliebenen sowie den Zivilinvaliden gewidmet.

Die hier gewährten Aushilfen stellen keine regelmäßigen Leistungen dar, sie werden nur in besonderen Notstandsfällen gewährt.

Kriegsversehrte bzw. ihre Hinterbliebenen richten ihre diesbezüglichen Ansuchen zweckmäßigerweise an den Kriegsopferverband, 8, Lange Gasse 53, der mit der Ausgabe von finanziellen Unterstützungen betraut ist. Eine Mitgliedschaft bei diesem Verband ist hiezu nicht nötig. Solche Ansuchen können aber auch bei der Behindertenhilfe der MA 12, 1, Schottenring 24, 1. Stock, Tür 111, eingebracht werden.

Opfer politischer Verfolgung und des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und deren Hinterbliebene richten entsprechende Ansuchen an die MA 12, Referat Opferfürsorge, 1, Schottenring 24.

Für Zivilinvalide ist in der gleichen Sache das Referat Behindertenhilfe der MA 12, 1, Schottenring 24, 1. Stock, Tür 111, zuständig.

ihre geschmackvolle qualitätsdrucksache von

druck und verlag ernst schwarcz

1090 wien 9, sensengasse 4, telefon 42 65 24 △

PRÄSENZDIENER UND ZIVILDIENSTLEISTENDE

(MA 62)

Wehr- und Zivildienstpflichtige haben neben anderem auch Anspruch auf Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe nach den entsprechenden Vorschriften des Heeresgebührengesetzes. Die Anträge sind beim zuständigen magistratischen Bezirksamt einzureichen. Mit dem Antrag auf Familienunterhalt sind ein Einkommensnachweis sowie sämtliche den Wehr- oder Zivildienstpflichtigen bzw. dessen Familienangehörige betreffende Personaldokumente, mit dem Antrag auf Wohnkostenbeihilfe auch noch ein Nachweis über die Höhe der Wohnkosten (z. B. Mietzinsbestätigung) vorzulegen. Gegebenenfalls haben Zivildienstpflichtige auch die Familienbeihilfekarte beizubringen. Die Antragsformulare sind ebenfalls beim zuständigen magistratischen Bezirksamt erhältlich.

REITSPORT IM PRATER

(MA 62)

Die Ausübung des Reitsportes in den allgemein zugänglichen Gebieten des Praters ist seit 1. Mai 1977 außerhalb von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Sinne der Straßenverkehrsordnung 1960 nur auf den beschilderten Reit- und Zureitwegen gestattet. Die Pferde sind dabei mit einer beiderseits am Kopfgestell angebrachten Nummer zu kennzeichnen. Die Nummer wird vom Magistratischen Bezirksamt für den 2. Bezirk zugewiesen (Amtsblatt der Stadt Wien vom 28. April 1977, Heft 18).

SCHIFFAHRT

(MA 45, 58)

Wer darf Motorboot fahren?

Zur selbständigen Führung von Wasserfahrzeugen mit Motoren von einer Leistung über 3,68 kW (früher 5 PS) auf der Donau und den österreichischen Seen mit Ausnahme des Bodensees ist ein Schiffsführerpatent notwendig.

Wie und wo bekommt man ein Schiffsführerpatent?

Das Schiffsführerpatent erhält man über Ansuchen bei den Ämtern der Landesregierungen (in Wien: MA 58, 1, Volksgartenstraße 3, in Niederösterreich: Landesamt III/1, 4, Operngasse 21, und in Oberösterreich: Verkehrsreferat, Linz, Landhaus).

Voraussetzung ist die Vollendung des 18. Lebensjahres.

Dem Ansuchen sind die Personaldokumente sowie der Nachweis einer insgesamt mindestens sechsmonatigen zufriedenstellenden Betätigung im praktischen Schiffsdienst auf Motorschiffen auf der Donau bzw. auf den österreichischen Seen oder das Zeugnis über den Besuch einer Schiffsführerschule sowie zwei Lichtbilder anzuschließen.

Bei Vorhandensein der persönlichen Verläßlichkeit und der körperlichen und geistigen Eignung wird die bescheidmäßige Zulassung zur Schiffsführerprüfung ausgesprochen. Nach bestandener Prüfung wird das Schiffsführerpatent ausgestellt.

Wann darf ein Motorboot in Verkehr gesetzt werden?

Motorboote dürfen auf österreichischen Binnengewässern nur in Verkehr gesetzt werden, sofern sie sich in einem die volle Verkehrssicherheit gewährleistenden Zustand befinden.

Darüber hinaus wird gefordert:

1. Jedes Motorboot muß gemäß der Verordnung betreffend die Einführung des Nummernzwanges für Motorfahrzeuge auf den österreichischen Binnengewässern, BGBl. Nr. 352/1927, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 535/1978, mit einem Kennzeichen versehen sein, welches aus einem großen lateinischen Buchstaben und aus einer danebengestellten Ordnungszahl in arabischen Ziffern besteht. Der Buchstabe bezeichnet das Bundesland, in dem das Kennzeichen zugeteilt wurde, die Ordnungszahl bezeichnet die Nummer, unter der das Boot bei der Schiffahrtsbehörde erster Instanz, in deren Bereich der Standort des Fahrzeuges gelegen ist, vorgemerkt ist. Motorboote mit dem Standort Wien erhalten den Kennzeichenbuchstaben „A".

2. Motorboote, deren Motoren eine Leistung über 14,71 kW (früher 20 PS) besitzen, müssen gemäß der Schiffspatentverordnung, BGBl. Nr. 120/1936, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 535/1978, mittels Bescheid zum Verkehr zugelassen sein und ein Schiffspatent besitzen.

Die Kennzeichenzuweisung bzw. Ausstellung der Schiffspapiere erfolgt über Antrag durch die MA 58. Erforderlich ist der Nachweis des rechtmäßigen Eigentums des Fahrzeuges.

Was ist bei Feststellung der Motorleistung zu beachten?

Für die Beurteilung der Motorleistung eines Motorschiffes ist ausschließlich die typenmäßige kW-Zahl maßgebend. Eine von wem immer bestätigte Motordrosselung bleibt bei der Beurteilung der Voraussetzungen für die Ausstellung eines Schiffspatentes (über 14,71 kW, früher 20 PS) oder die Notwendigkeit des Besitzes eines Schiffsführerpatentes (über 3,68 kW, früher 5 PS) außer Betracht.

Wo dürfen Schiffe verheftet werden oder anlegen?

Außer in Notfällen dürfen Schiffe nur an den hiefür bestimmten und von der Schiffahrtsbehörde genehmigten Länden und Landungsplätzen verheftet werden. Auch das Anlegen außerhalb der hiefür bestimmten Uferstrecken ist anderen als dem Sport dienenden oder den Uferbewohnern gehörenden Ruderschiffen nur mit besonderer schiffahrtsbehördlicher Bewilligung gestattet.

Sondervorschriften für die Befahrung des Wiener Donaukanals durch Sportboote

Die Überleitung des Donauverkehrs auf den Wiener Donaukanal ist nicht ohne weiteres möglich, da das enge Fahrwasser, die scharfen Krümmungen und die verhältnismäßig starke Strömung einer freizügigen Ausübung der Schiffahrt, wie sie auf dem Donaustrom möglich ist, hindernd im Wege stehen.

Diesen Schwierigkeiten wird durch eine Sonderregelung der Schiffahrt im Donaukanal in der „Wasserstraßen-Verkehrsordnung" aus dem Jahr 1971 Rechnung getragen. Nach diesen Vorschriften ist Sportmotorbooten das Befahren des Donaukanals verboten. Nicht durch Maschinenkraft angetriebene Sportboote dürfen den Donaukanal befahren. Es ist jedoch zu beachten, daß bei unsichtigem Wetter die gesamte Schiffahrt auf dem Donaukanal verboten ist.

Die Durchfahrt durch die Schleuse Nußdorf ist Sportbooten, die über Land getragen werden können, auch dann nicht gestattet, wenn das Nußdorfer Wehr geschlossen ist. Diese Boote haben vielmehr bei geschlossenem Wehr die Umsetzanlage am rechten Kanalufer zu benützen.

Die unmittelbare schiffahrtspolizeiliche Aufsicht im Wiener Donaukanal wird von den Stromaufsichten „Nußdorf" und „Praterkai" besorgt, die mit je einem Strommeister als Schiffahrtspolizeiorgan besetzt sind.

Dürfen Sportboote in öffentlichen Häfen fahren?

Sportboote dürfen öffentliche Häfen nur insoweit befahren, als dies zum Anlaufen oder Verlassen ihres Liegeplatzes erforderlich ist.

SCHULWESEN

(MA 56)

Gesetzliche Grundlagen

Der Wiener Landtag hat am 30. Juni 1976 das Gesetz über die äußere Organisation der öffentlichen Pflichtschulen und der öffentlichen Schülerheime im Land Wien und über die Zusammensetzung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien (Wiener Schulgesetz) beschlossen. Dieses Gesetz wurde im LGBl. für Wien Nr. 20/1976 verlautbart. Eine Novelle hiezu wurde am 2. April 1979 beschlossen und im LGBl. für Wien Nr. 16 kundgemacht. Neben den darin enthaltenen Bestimmungen, die im wesentlichen für die Wiener Schulorganisation von Bedeutung sind, müssen noch das Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 139/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 231/1977, und das Schulpflichtgesetz, BGBl. Nr. 241/1962, in der Fassung des BGBl. Nr. 322/1975, erwähnt werden.

Mit dem Wiener Schulgesetz wurde die gesamte Materie der Wiener Schulorganisation in einem Gesetz zusammengefaßt. Das Gesetz enthält alle Wien betreffenden Regelungen über Aufbau, Organisationsformen, Klassenschülerzahlen, Errichtung, Erhaltung, Auflassung und Sprengel sowie über die Schulzeit der Pflichtschulen. Darüber hinaus ist darin auch die Zusammensetzung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien geregelt.

Neben der Zusammenfassung der geltenden Rechtslage bringt jedoch das Wiener Schulgesetz auch inhaltlich Neuerungen, die durch die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 323/1975, ausgelöst wurden.

Die wichtigsten Neuerungen seien in der Folge kurz dargestellt:

1. Koedukative Führung der Schule

Die Pflichtschulen sind allgemein ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, der Rasse, des Standes, der Klasse, der Sprache und des Bekenntnisses zugänglich. Eine getrennte Unterrichtserteilung für Knaben und Mädchen ist auch vom Gesetz her nicht mehr vorgesehen. Lediglich im Unterrichtsgegenstand Leibesübungen ist an der Hauptschule, an der Oberstufe der Sonderschule, am Polytechnischen Lehrgang und an der Berufsschule die Geschlechtertrennung angeordnet.

2. Schülerzahlen

Für bestimmte Arten von Gegenständen, für die Einrichtung von alternativen Pflichtgegenständen, Freigegenständen und unverbindlichen Übungen sowie für die Einführung eines Förderunterrichtes sind nunmehr Mindestzahlen festgelegt, ab denen das zusätzliche Unterrichtsangebot an der Schule eingerichtet wird. Zur Verbesserung der Unterrichtsorganisation in einzelnen Unterrichtsgegenständen ist der Unterricht statt für die gesamte Klasse in Schülergruppen zu erteilen. Die Gruppenteilung ist in allen Schularten für jene Gegenstände vorgesehen, die eine besonders intensive Beschäftigung des Lehrers mit dem Schüler erfordern (z. B. Lebende Fremdsprache, Werkstättenunterricht in der Berufsschule).

3. Schulversuche

Nunmehr wird die Möglichkeit von Schulversuchen zur Differenzierten Sonderschule und zur Integrierten Grundschule geschaffen. Auch an den Berufsschulen sollen Schulversuche möglich sein. In den Berufsschulen können nun im Wege dieser Schulversuche Schüler in einzelnen Unterrichtsgegenständen nach ihren Leistungen in Leistungsgruppen im Klassenverband oder klassenübergreifend zusammengefaßt werden. Zur Förderung des Übertrittes in höhere Leistungsgruppen oder zur Vermeidung des Übertrittes in tiefere Leistungsgruppen sind erforderlichenfalls Förderkurse einzurichten; für die leistungsfähigeren Schüler können zusätzliche Unterrichtsgegenstände vorgesehen werden.

Durch die 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 234/1971, wurden bereits Schulversuche zur Schulreform auf breiter Basis ermöglicht. Schulversuche an den Berufsschulen können in den Schuljahren bis 1981/82, alle anderen Schulversuche in den Schuljahren bis 1979/80 begonnen werden; sie sind je nach der Zahl der in Betracht kommenden Schulstufen auslaufend abzuschließen.

Schulorganisation in Wien

Volksschulen

Volksschulen werden in Wien nur als vierklassige Volksschulen für die erste bis vierte Schulstufe geführt. Die Volksschule ist die Schule der Sechs- bis Neunjährigen.

Mit 212 öffentlichen Volksschulen im Schuljahr 1979/80 erreicht Wien einen hohen Versorgungsgrad, sodaß jeder Schulpflichtige eine Volksschule bei einem ihm zumutbaren Schulweg erreichen kann.

Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen

Nach Abschluß der Volksschule stehen dem Schüler grundsätzlich zwei Schultypen zu Verfügung: die Hauptschule und die allgemeinbildende höhere Schule.

Die Hauptschule schließt an die vierte Schulstufe der Volksschule an und vermittelt in einem vierjährigen Bildungsgang den Schülern eine über das Lehrziel der Volksschule hinausreichende Allgemeinbildung. Sie befähigt sie für das praktische Leben und für den Eintritt in berufsbildende Schulen und soll überdies geeigneten Schülern den Übertritt in allgemeinbildende höhere Schulen ermöglichen. Hauptschulen sind zweizügig zu führen. Der erste Klassenzug ist gegenüber dem zweiten Klassenzug durch erhöhte Anforderungen gekennzeichnet. Im ersten Klassenzug ist als Pflichtgegenstand eine lebende Fremdsprache vorgesehen (zumeist Englisch). Im ersten Klassenzug der Hauptschule besteht die Möglichkeit, als Freigegenstand Latein zu belegen, um den Übertritt in die allgemeinbildende höhere Schule zu erleichtern.

Die allgemeinbildenden höheren Schulen schließen an die vierte Schulstufe der Volksschule an und umfassen acht Schulstufen. Sie gliedern sich in eine vierjährige Unterstufe und eine vierjährige Oberstufe. Abgesehen von den Sonderformen gibt es folgende Formen der allgemeinbildenden höheren Schulen:

1. das Gymnasium mit Unterstufe und folgenden Formen der Oberstufe:
   a) Humanistisches Gymnasium,
   b) Neusprachliches Gymnasium,
   c) Realistisches Gymnasium;
2. das Realgymnasium mit Unterstufe und folgenden Formen der Oberstufe:
   a) Naturwissenschaftliches Realgymnasium,
   b) Mathematisches Realgymnasium;
3. Wirtschaftskundliches Realgymnasium für Mädchen mit Unter- und Oberstufe;
4. das Oberstufenrealgymnasium.

Im Unterstufenbereich unterscheiden sich Gymnasium und Realgymnasium dadurch, daß im Gymnasium Latein ab der 3. Klasse und im Realgymnasium Geometrisches Zeichnen in der Unterstufe unterrichtet wird.

Das Humanistische Gymnasium hat in der 5. bis 9. Klasse Griechisch, das Neusprachliche Gymnasium eine zweite lebende Fremdsprache und das Realistische Gymnasium Darstellende Geometrie in der Oberstufe. Im Naturwissenschaftlichen Realgymnasium wird Latein in der 5. bis 9. Klasse unterrichtet; ferner erfolgt in der Oberstufe alternativ ein Unterricht in Darstellender Geometrie oder ein ergänzender Unterricht in den Unterrichtsgegenständen Biologie und Umweltkunde, Physik und Chemie. Im Mathematischen Realgymnasium wird in der Oberstufe eine zweite lebende Fremdsprache und Darstellende Geometrie unterrichtet.

Eine vorerst nur als Schulversuch bestehende Form für die Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen ist die Integrierte Gesamtschule.

In der Integrierten Gesamtschule ist die 5. bis 8. Schulstufe ohne Trennung in Hauptschule und allgemeinbildende höhere Schule zusammengefaßt. Das Grundmodell der Wiener Schulversuche mit der Integrierten Gesamtschule sieht vor, daß abweichend von der herkömmlichen Form des Unterrichts im Verband der Jahrgangsklassen in den Pflichtgegenständen Deutsch, Mathematik und Lebende Fremdsprache ein Unterricht in fachspezifischen Leistungsgruppen eingerichtet wird, wobei eine Differenzierung nach drei Niveaus erfolgt. In allen übrigen für die Mittelstufenschulen gesetzlich vorgesehenen Pflichtgegenständen wird der Unterricht weiterhin im Klassenverband in den sogenannten Stammklassen erteilt. Zur Begünstigung von Aufstufungen und zur Vermeidung von Abstufungen wird den Schülern ein zeitlich begrenzter Intensivunterricht in Förder- und Stützkursen angeboten. Integrierte Gesamtschulen sind an den folgenden städtischen Hauptschulen eingerichtet:

10, Herzgasse 27/I
10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Wendstattgasse 5/I
11, Enkplatz 4
14, Spallartgasse 18
21, Pastorstraße 29
22, Hirschstetten, Plankenmaisstraße 30
22, Kagran, Anton Sattler-Gasse 93
23, Atzgersdorf, Steinergasse 25
23, Inzersdorf, Anton Baumgartner-Straße 119
23, Liesing, Dirmhirngasse 29

In Wien befindet sich aber auch die erste Integrierte Gesamtschule Österreichs, die an einem Bundesgymnasium an Stelle der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule geführt wird (Bundesrealgymnasium, 23, Mauer, Anton Krieger-Gasse 25).

Sonderschulen

Schulpflichtige Kinder, die infolge physischer oder psychischer Behinderung dem Unterricht in der Volks- oder Hauptschule nicht zu folgen vermögen, aber dennoch bildungsfähig sind, haben ihre allgemeine Schulpflicht in einer ihrer Eigenart und Bildungsfähigkeit entsprechenden Sonderschule zu erfüllen.

Sehr zu Unrecht hat die Sonderschule in den Augen der Bevölkerung eine Abwertung erfahren, die sie nicht verdient. Sie ist eine Bildungseinrichtung, die auf die speziellen Bedürfnisse der Schüler in weit größerem Maß Rücksicht nehmen kann, als dies in den allgemeinen Volks- und Hauptschulen möglich ist. Das weit ausgebaute Wiener Sonderschulwesen umfaßt neben der Allgemeinen Sonderschule auch Spezialeinrichtungen, wie die Sonderschulen für schwerstbehinderte Kinder, für körperbehinderte Kinder, für schwerhörige Kinder, für sehgestörte Kinder und für sprachgestörte Kinder, die Sondererziehungsschule und die Heilstättensonderschule. Besondere Betreuung des Schülers ergibt sich allein schon aus den Klassenschülerzahlen; während sie an der Volks- und Hauptschule höchstens 36 und durchschnittlich 30 beträgt, übersteigt die Zahl der Schüler in einer Klasse der Sonderschule für blinde Kinder, einer Sonderschule für taubstumme Kinder oder einer Sonderschule für schwerstbehinderte Kinder nicht zehn, die Zahl der Schüler in einer Klasse einer Sonderschule für sehgestörte Kinder nicht zwölf und die Zahl der Schüler in einer Klasse einer sonstigen Sonderschule nicht 18. Daraus ergibt sich, daß sich der Lehrer dem einzelnen Schüler doppelt bis dreimal soviel widmen kann als an den anderen Schulen.

Über die Aufnahme eines Kindes in eine Sonderschule entscheidet der Stadtschulrat für Wien auf Ansuchen der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten des Kindes oder auf Antrag des Leiters der Schule, dem das Kind zur Aufnahme vorgestellt worden ist oder dessen Schule es besucht.

Ganztagsschulen

Die vorläufig nur als Schulversuch geführten Ganztagsschulen stellen keine eigene Schultype dar; es handelt sich bei ihnen um Volksschulen, Hauptschulen oder Sonderschulen mit Ganztagsbetrieb. Mit der Einrichtung dieses Schulversuches im Herbst 1974 setzt die Stadt Wien einen neuen Akzent im Schulwesen. Im Schuljahr 1979/80 werden folgende Schulen als Ganztagsschulen geführt:

Volksschulen:

2, Aspernallee 5
10, Carl Prohaska-Platz

12, Am Schöpfwerk
20, Spielmanngasse 1
21, Dopschstraße
21, Irenäusgasse
23, Wohnpark Alt-Erlaa
Hauptschulen:
11, Hasenleitengasse 9
14, Hochsatzengasse 22–24
16, Roterdstraße 1
22, Kagran, Anton Sattler-Gasse 93 (auch Integrierte Gesamtschule)

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits durch effektivere Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen sollen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem Schüler die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Festigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von Lehrern und Erziehern. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitkursangebot bietet dem Schüler Möglichkeiten eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen, um Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung angeboten.

Die Schulzeit beginnt in der Regel um 8 Uhr und endet für Volksschüler um 15.30 Uhr, für Hauptschüler um 17.30 Uhr. Für Volksschüler besteht die Möglichkeit des Verbleibens an der Ganztagsschule unter Aufsicht von Lehrern oder Erziehern bis 17.30 Uhr.

Polytechnischer Lehrgang

Der Polytechnische Lehrgang hat im neunten Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht jenen Schülern, die weder eine mittlere oder höhere Schule besuchen noch in der Volks-, Haupt- oder Sonderschule verblieben sind, die allgemeine Grundbildung im Hinblick auf das praktische Leben und die künftige Berufswelt zu festigen, bei Mädchen insbesondere die hauswirtschaftliche Ausbildung zu fördern sowie durch eine entsprechende Berufsorientierung die Berufsentscheidung vorzubereiten. Der Polytechnische Lehrgang umfaßt ein Schuljahr und ist in Wien, abgesehen von einigen an Sonderschulen angeschlossenen Klassen, eine selbständige Schule.

Berufsschulen

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden, fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen (Lehrlingen) die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern. Die Berufsschule umfaßt so viele Schulstufen (Schuljahre) wie es der Dauer des Lehrverhältnisses entspricht.

Berufsbildende mittlere und höhere Schulen

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes fachlich grundlegende Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem, wirtschaftlich-frauenberuflichem oder sozialem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen. Die berufsbildenden mittleren Schulen schließen an die achte Schulstufe an und umfassen je nach ihrer Art ein bis vier Schulstufen.

Berufsbildende mittlere Schulen sind:
a) gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
b) Handelsschulen,
c) Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe,
d) Fachschulen für Sozialberufe.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kaufmännischem oder wirtschaftlich-frauenberuflichem Gebiet befähigt und ihnen das Studium der gleichen oder einer verwandten Fachrichtung an einer Hochschule ermöglicht. Die berufsbildenden höheren Schulen schließen an die achte Schulstufe an und umfassen fünf Schulstufen. Die Ausbildung wird durch die Reifeprüfung abgeschlossen.

Berufsbildende höhere Schulen sind:
a) höhere technische und gewerbliche Lehranstalten,
b) Handelsakademien,
c) höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe.

Voraussetzung für die Aufnahme in eine berufsbildende höhere Schule ist die erfolgreiche Erfüllung der ersten acht Jahre der allgemeinen Pflichtschule sowie die erfolgreiche Ablegung einer Aufnahmsprüfung, durch welche die geistige und körperliche Eignung des Schülers für die betreffende Fachrichtung festzustellen ist.

Schulpflicht

Für alle Kinder (auch Kinder von Ausländern), die sich in Österreich dauernd aufhalten, besteht allgemeine Schulpflicht. Die allgemeine Schulpflicht beginnt mit dem auf die Vollendung des sechsten Lebensjahres folgenden 1. September und dauert neun Schuljahre. Die allgemeine Schulpflicht wird durch den Besuch von allgemeinbildenden Pflichtschulen erfüllt, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um öffentliche Pflichtschulen oder private Pflichtschulen mit Öffentlichkeitsrecht handelt:

In den ersten vier Schuljahren der allgemeinen Schulpflicht durch den Besuch einer Volksschule, im 5. bis 8. Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht durch den Besuch einer Hauptschule, im neunten Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht durch den Besuch eines Polytechnischen Lehrganges oder durch den Weiterbesuch einer Hauptschule, in allen Schuljahren erforderlichenfalls durch den Besuch einer Sonderschule.

Ab dem fünften Schuljahr kann die allgemeine Schulpflicht auch durch den Besuch einer allgemeinbildenden höheren Schule (Gymnasium, Realgymnasium und Wirtschaftskundliches Realgymnasium für Mädchen) erfüllt werden. Nach Beendigung der Hauptschule kann die Schulpflicht im neunten Schuljahr an Stelle des Polytechnischen Lehrganges auch durch den Besuch einer Handelsschule, einer Fachschule, einer Handelsakademie oder einer sonstigen berufsbildenden mittleren oder höheren Schule erfüllt werden. Berufsbildende mittlere Schulen sind z. B. die beiden Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Frauenberufe, 9, Hahngasse 35, und 12, Dörfelstraße 1. An diesen beiden Schulen werden eine einjährige Haushaltungsschule und eine dreijährige Fachschule geführt. Durch den Besuch beider Schultypen wird die allgemeine Schulpflicht im neunten Schuljahr erfüllt.

Schließlich steht den Schülern, die innerhalb der acht Jahre das Lehrziel der Hauptschule nicht erreicht haben, das Recht zu, an Stelle des Polytechnischen Lehrganges die Hauptschule ein Jahr weiter zu besuchen.

Aufnahme in die Volksschule

Die schulpflichtig gewordenen Kinder sind von ihren Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten zur Schülereinschreibung bei jener Volksschule anzumelden, die sie besuchen sollen. Hiebei sind die Kinder nach Tunlichkeit persönlich vorzustellen. Für die Schülereinschreibung ist zumeist ein Zeitraum von einer Woche im April durch Verordnung des Stadtschulrates für Wien festgesetzt. Diese Frist und die vorzulegenden Personalurkunden sind durch Anschläge an der Schule ersichtlich.

Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, sind auf Ansuchen ihrer Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten zum Anfang des Schuljahres in die Volksschule aufzunehmen, wenn sie bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollenden und schulreif sind. Schulreif ist ein Kind, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Unterricht in der Volksschule zu folgen vermag, ohne körperlich oder geistig überfordert zu werden. Das Ansuchen der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten ist innerhalb der Frist für die Schülereinschreibung beim Leiter jener Volksschule, die das Kind besuchen soll, schriftlich einzubringen. Der Schulleiter hat zur Feststellung der Schulreife vor der Aufnahme die persönliche Vorstellung des Kindes zu verlangen. Nach Ablegung eines pädagogisch-psychologischen Tests entscheidet der Schulleiter über die Aufnahme des Kindes in die Schule.

Hat der Schulleiter die vorzeitige Aufnahme abgelehnt, so können die Eltern innerhalb von 14 Tagen beim Stadtschulrat für Wien ein Ansuchen um Entscheidung über die vorzeitige Aufnahme einbringen. Das gleiche gilt, wenn der Schulleiter über das bei ihm eingebrachte Ansuchen nicht innerhalb von vier Wochen entschieden hat. Die Entscheidung des Schulleiters wird erst mit Ablauf der Antragsfrist wirksam; so lange die Entscheidung des Schulleiters nicht wirksam ist oder keine gegenteilige Entscheidung des Bezirksschulrates vorliegt, darf das Kind die Schule besuchen.

Stellt sich nach Schuleintritt eines vorzeitig aufgenommenen Kindes heraus, daß die Schulreife doch nicht gegeben ist, so ist die vorzeitige Aufnahme des Kindes zu widerrufen. Aus dem gleichen Grund können auch die Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten das Kind vom Schulbesuch abmelden. Der Widerruf oder die Abmeldung sind jedoch nur bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres zulässig.

Zurückstellung schulpflichtiger Kinder vom Schulbesuch

Schulpflichtige Kinder, die noch nicht schulreif sind, sind auf Ansuchen ihrer Eltern oder sonstiger Erziehungsberechtigten oder von Amts wegen für das erste Jahr ihrer allgemeinen Schulpflicht vom Schulbesuch zurückzustellen, wenn keine Schuleinrichtungen zu ihrer Förderung bestehen und sie nicht in eine Sonderschule eingewiesen werden. Die Zurückstellung vom Schulbesuch darf nur vor Beginn des Schuljahres oder nach erfolgtem Schuleintritt vor dem Ende des laufenden Kalenderjahres ausgesprochen werden.

Die Zeit, während der ein schulpflichtiges Kind vom Schulbesuch zurückgestellt war, ist in die Dauer der allgemeinen Schulpflicht einzurechnen.

Vorschulklassen

Mit der Einrichtung von Vorschulklassen, vorerst noch als Schulversuch, wurde ein Weg beschritten, den vom Schulbesuch zurückgestellten Kindern wesentliche Impulse für die Erlangung der Schulreife zu geben. Neben den vom Schulbesuch zurückgestellten Kindern können dort auch Kinder aufgenommen werden, deren vorzeitige Aufnahme in die Schule widerrufen wurde. Vorschulklassen bestehen in jedem Bezirk an mehreren Schulen. Ihr Besuch ist freiwillig.

Fernbleiben von der Schule

Pflichtschüler dürfen nur im Fall gerechtfertigter Verhinderung der Schule fernbleiben. Als Rechtfertigungsgründe für die Verhinderung gelten insbesondere:

a) Erkrankung des Schülers,
b) mit der Gefahr der Übertragung verbundene Erkrankungen von Hausangehörigen des Schülers,
c) Erkrankung der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie der Hilfe des Schülers bedürfen,
d) außergewöhnliche Ereignisse im Leben des Schülers, in der Familie oder im Hauswesen des Schülers,
e) Ungangbarkeit des Schulweges oder schlechte Witterung, wenn die Gesundheit des Schülers dadurch gefährdet ist.

Die Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten des Kindes haben den Klassenlehrer (Klassenvorstand) oder den Schulleiter von jeder Verhinderung des Schülers ohne Aufschub mündlich oder schriftlich unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen. Auf Verlangen des Schulleiters hat die Benachrichtigung jedenfalls schriftlich und bei einer länger als einer Woche dauernden Erkrankung oder Erholungsbedürftigkeit allenfalls unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses zu erfolgen.

Berufsschulpflicht

Alle Lehrlinge im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes, BGBl. Nr. 142/1969, sowie Personen, die in einem Lehrberuf in besonders selbständigen Ausbildungseinrichtungen ausgebildet werden, haben die Berufsschule zu besuchen. Die Berufsschulpflicht beginnt mit dem Eintritt in ein Lehrverhältnis oder in ein Ausbildungsverhältnis gemäß § 30 des Berufsausbildungsgesetzes und dauert bis zu dessen Ende, längstens aber bis zum erfolgreichen Abschluß der letzten lehrplanmäßig vorgesehenen Schulstufe.

Berufsschüler, deren Lehrverhältnis oder Ausbildungsverhältnis während eines Schuljahres geendet hat, können bis zum Ende dieses Schuljahres die Berufsschule weiter besuchen.

Regelung der Schulzeit für die öffentlichen Pflichtschulen Wiens

Gesetzliche Grundlagen: Schulzeitgesetz, Bundesgesetz vom 16. Juli 1964, BGBl. Nr. 193, in der Fassung des BGBl. Nr. 468/1974 und BGBl. Nr. 142/1978, und Wiener Schulgesetz, Landesgesetz vom 30. Juni 1976, LGBl. für Wien Nr. 20, in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 16/1979.

In den öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen (Volks-, Haupt-, Sonderschulen, Polytechnischer Lehrgang) sowie in den berufsbildenden Pflichtschulen (Berufsschulen) in Wien beginnt das Schuljahr am ersten Montag im September. Die Hauptferien beginnen in diesen Schulen an dem Samstag, der frühestens am 28. Juni und spätestens am 4. Juli liegt; sie enden mit dem Beginn des nächsten Schuljahres.

An den Pflichtschulen sind folgende Tage schulfrei:

a) die Sonntage und die gesetzlichen Feiertage, der Allerseelentag sowie der 15. November;
b) die Tage vom 24. Dezember bis einschließlich 6. Jänner (Weihnachtsferien); überdies können der 23. Dezember sowie der 7. Jänner, wenn es für einzelne Schulen aus Gründen der Ab- und Anreise der Schüler zweckmäßig ist, vom Stadtschulrat für Wien durch Verordnung schulfrei erklärt werden;

c) der einem schulfreien Freitag unmittelbar folgende Samstag;
d) die Tage von Montag bis einschließlich Samstag der Semesterferien. Die Semesterferien beginnen am ersten Montag im Februar;
e) die Tage vom Samstag vor dem Palmsonntag bis einschließlich Dienstag nach Ostern (Osterferien);
f) die Tage vom Samstag vor bis einschließlich Dienstag nach Pfingsten (Pfingstferien);
g) für Schüler, die der evangelischen Kirche A. B. und H. B. angehören, der 31. Oktober und für Schüler, die der israelitischen Religionsgesellschaft angehören, die Feiertage ihres Bekenntnisses (Offenbarungsfest, Neujahrsfest usw.).

Der Stadtschulrat für Wien kann zur Abhaltung von Elternsprechtagen in jedem Unterrichtsjahr zwei Tage und aus anderen besonderen Anlässen des schulischen oder sonstigen öffentlichen Lebens bis zu zwei weitere Tage durch Verordnung schulfrei erklären.

Darüber hinaus kann bei Unbenützbarkeit des Schulgebäudes, in Katastrophenfällen oder aus sonstigen zwingenden oder aus im öffentlichen Interesse gelegenen Gründen die unumgänglich notwendige Zeit vom Stadtschulrat für Wien durch Verordnung schulfrei erklärt werden.

Der Stadtschulrat für Wien kann für Volks- und Sonderschulen – ausgenommen jene, welche nach dem Lehrplan der Hauptschulen geführt werden – und für Polytechnische Lehrgänge den Samstag schulfrei erklären. Dies kann jedoch nur dann erfolgen, wenn sich in einer geheimen Befragung die Mehrheit der Erziehungsberechtigten sowie der Lehrer einer Schule dafür aussprechen. Auf Grund der bereits durchgeführten Befragungen ist an etwa drei Viertel der Volksschulen, den meisten Sonderschulen sowie an allen Polytechnischen Lehrgängen der Samstag schulfrei. Für jene Kinder mit 5-Tage-Schulwoche, deren Eltern eine Betreuung am Samstag wünschen, hat die Stadt Wien entsprechende Einrichtungen (Schülerklubs) geschaffen.

In den allgemeinbildenden Pflichtschulen darf die Zahl der Unterrichtsstunden an einem Tag für Schüler der 1. und 2. Schulstufe höchstens fünf, für Schüler der 3. und 4. Schulstufe höchstens sechs, für Schüler der 5. und 6. Schulstufe höchstens sieben und für Schüler ab der 7. Schulstufe höchstens neun betragen. Zur Abhaltung des Unterrichtes in den Pflichtgegenständen Leibesübungen, Werkerziehung, in Freigegenständen und in Unverbindlichen Übungen sowie zur Abhaltung des Förderunterrichtes darf diese Stundenanzahl um höchstens eine Stunde täglich überschritten werden. Weiters hat in diesen Schulen der Unterricht in der Regel um 8 Uhr zu beginnen. Mit Zustimmung des Stadtschulrates für Wien kann jedoch aus wichtigen Gründen der Unterrichtsbeginn auf frühestens 7 Uhr oder spätestens auf 9 Uhr verlegt werden. Der Unterricht darf nicht nach 17 Uhr enden. Nur in Ausnahmefällen (z. B. Handarbeits- und Werkstättenunterricht) darf er ab der 5. Schulstufe bis 18 Uhr dauern. Am Samstag darf der Unterricht höchstens fünf Unterrichtsstunden, längstens aber bis 12 Uhr dauern.

An Berufsschulen mit ganztägigem Unterricht darf die Zahl der Unterrichtsstunden nicht mehr als zehn, an Berufsschulen mit halbtägigem Unterricht nicht mehr als sechs betragen. Bezüglich des Unterrichtsbeginnes gelten die gleichen Bestimmungen wie bei den allgemeinbildenden Pflichtschulen. Das Unterrichtsende darf nicht nach 18 Uhr liegen.

Eine Unterrichtsstunde hat in allen Pflichtschulen 50 Minuten zu dauern. In Einzelfällen kann jedoch der Stadtschulrat für Wien aus zwingenden Gründen die Dauer einer Unterrichtsstunde mit 45 Minuten festsetzen.

Bezüglich der Pausen gilt für die allgemeinbildenden Pflichtschulen folgende Regelung:

Zwischen den einzelnen Unterrichtsstunden sind Pausen vorzusehen. Jede Pause, ausgenommen die Pause nach der zweiten Unterrichtsstunde am Vormittag, dauert zehn Minuten. Nach der zweiten Unterrichtsstunde am Vormittag ist eine Pause von 15 Minuten festzusetzen. Jede Pause am Nachmittag dauert fünf Minuten.

In den Berufsschulen ist während des Vormittagsunterrichtes spätestens zwischen der dritten und vierten Unterrichtsstunde eine Pause von 15 Minuten, während des Nachmittagsunterrichtes eine Pause von zehn Minuten vorzusehen. Bei ganztägigem Unterricht ist außerdem zwischen dem Vormittagsunterricht und dem Nachmittagsunterricht eine Mittagspause in der Dauer von einer Stunde vorzusehen.

Der Beginn des Schuljahres sowie der Beginn und die Dauer der Hauptferien sind für die allgemeinbildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in Wien (Gymnasien, Realgymnasien, Fachschulen, Handelsschulen, Handelsakademien, höhere technische und gewerbliche Lehranstalten u. dgl.) in gleicher Weise wie für die Pflichtschulen geregelt. Bezüglich der übrigen Regelungen (schulfreie Tage, tägliche Unterrichtszeit usw.) gibt es bei diesen Schulen einige geringfügige Abweichungen bzw. Sonderregelungen für bestimmte Schultypen.

Fachschulen der Stadt Wien

Fachschule der Stadt Wien für Damenkleidermacher, 15, Siebeneichengasse 17, Tel. 83 54 30.

Die Fachschule bildet junge Mädchen in einem vierjährigen Bildungsgang zur Kleidermachergehilfin aus. In der Ausbildung nimmt die Arbeit in der Werkstätte einschließlich der Fachkunde und der Modetechnik breiten Raum ein. Der Lehrplan umfaßt darüber hinaus Schnittzeichnen und Modellarbeit, Entwurf- und Modezeichnen, Materialienkunde und Textilchemie. Neben allgemeinbildenden Gegenständen werden die Mädchen auch in kaufmännischen Gegenständen auf ihr künftiges Berufsleben vorbereitet. Das Ziel der Schule ist eine gründliche praktische und theoretische Ausbildung für eine Reihe von Berufen.

Das Zeugnis über die mit Erfolg absolvierte Schule ersetzt die Lehrzeit und die Lehrabschlußprüfung in den Lehrberufen Bürokaufmann, Damenkleidermacher, Einzelhandelskaufmann, Großhandelskaufmann, Herrenkleidermacher und Industriekaufleute. Nach einjähriger Praxis berechtigt das Zeugnis weiters zur Zulassung zur Meisterprüfung für das Damenkleidermacher- und Herrenkleidermachergewerbe. Für den Antritt der anderen Gewerbe gelten ebenfalls eine Reihe von Begünstigungen.

Aufnahmsvoraussetzung ist die Absolvierung von acht Pflichtschuljahren. Durch den Besuch der Schule wird die Schulpflicht im neunten Schuljahr erfüllt.

Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Frauenberufe, 9, Hahngasse 35, Tel. 34 92 96; 12, Dörfelstraße 1, Tel. 83 62 52.

Die beiden Fachschulen bieten Mädchen eine fundierte praktische und theoretische Ausbildung für ihre Tätigkeit als Hausfrau im eigenen Haushalt, für hauswirtschaftliche Frauenberufe in großen Familienhaushalten sowie in Anstalts- und Fremdenverkehrsbetrieben.

An beiden Schulen werden eine einjährige Haushaltungsschule und eine dreijährige Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe geführt.

Die Schulen bieten eine gediegene praxisbezogene Ausbildung in Weißnähen, Kleidermachen und Hauswirtschaft. Dazu kommen allgemeinbildende und kaufmännische Fächer, sodaß die Schule auch eine gute Berufsvorbildung für eine Reihe von Berufen ist. Das Zeugnis der dreijährigen Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe ersetzt die Lehrzeit und die Lehrabschlußprüfung in den Lehrberufen

Bürokaufmann, Einzelhandelskaufmann, Großhandelskaufmann, Hotel- und Gastgewerbeassistent und Industriekaufmann.

Aufnahmevoraussetzung ist die Absolvierung von acht Pflichtschuljahren. Durch den Besuch dieser Schulen wird die Schulpflicht im neunten Schuljahr erfüllt.

Für den Besuch der Fachschulen der Stadt Wien ist kein Schulgeld zu entrichten. Alle näheren Auskünfte erteilen die Schuldirektionen.

Uhrmacherlehrwerkstätte der Stadt Wien

Die Uhrmacherlehrwerkstätte im 1. Zentralberufsschulgebäude, 6, Mollardgasse 87, wurde im Jahr 1903 von der damaligen Uhrmachergenossenschaft gegründet und wird seit 1925 von der Stadt Wien geführt.

Die Uhrmacherlehrwerkstätte der Stadt Wien wurde vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie als besondere selbständige Ausbildungseinrichtung im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes BGBl. Nr. 142/1969 anerkannt.

Ihr Besuch ersetzt die Lehrzeit für das Uhrmachergewerbe. Nach Ablauf der Ausbildungszeit haben die Absolventen das Recht, bei der Kammer der gewerblichen Wirtschaft die Gesellenprüfung abzulegen. Die Ausbildungszeit dauert dreieinhalb Jahre und ist ebenso lang wie die Lehrzeit im Uhrmachergewerbe. Nach Ablegung der Gesellenprüfung und zweieinhalbjähriger Tätigkeit als Geselle kann die Meisterprüfung abgelegt und das Uhrmacherhandwerk selbständig ausgeübt werden. Nähere Auskünfte über die Aufnahme in die Uhrmacherlehrwerkstätte werden in der MA 56, 6, Mollardgasse 87, erteilt.

SOZIALHILFE FÜR JUGEND, FAMILIE UND ALTER

(MA 11, 12, 15)

Beratung für Schwangere

Je früher Schwangere ärztliche Beratung aufsuchen, desto erfolgreicher können Ärzte raten und helfen. Der regelmäßige Besuch der Beratungsstelle soll spätestens im dritten Schwangerschaftsmonat einsetzen.

In den Schwangerenberatungsstellen der Stadt Wien erfolgt die Untersuchung und Beratung durch Fachärzte. Es werden dort alle notwendigen Untersuchungen einschließlich der Blutuntersuchungen vorgenommen. Es ist sehr wichtig, während der Schwangerschaft ständig unter ärztlicher Beratung zu stehen, denn nur dann kann bei dem geringsten Anzeichen einer gesundheitlichen Gefährdung rechtzeitig die entsprechende Behandlung einsetzen. Auch die im Mutter-Kind-Paß vorgesehenen Untersuchungen werden dort vorgenommen.

Die Schwangerenberatungsstellen der Stadt Wien befinden sich: 10, Kundratstraße 3 (Franz Josef-Spital), 13, Wolkersbergenstraße 1 (Krankenhaus Lainz), 15, Huglgasse 1–3 (Elisabeth-Spital), 16, Montleartstraße 37 (Wilhelminenspital).

Auskünfte für Schwangere

Auskünfte und Ratschläge werden auch in den Wiener Entbindungsanstalten und in den gynäkologischen Abteilungen der Krankenhäuser gegeben (telefonische oder persönliche Voranmeldung wegen der Dienststunden und der eventuellen Bedingungen notwendig!): Rudolfstiftung, 3, Boerhaavegasse 13, I. und II. Universitäts-Frauenklinik des Allgemeinen Krankenhauses, 9, Alser Straße 4, Sanatorium Hera, 9, Löblichgasse 14, Krankenanstalt Goldenes Kreuz, 9, Lazarettgasse 16, Franz Josef-Spital, 10, Kundratstraße 3, Krankenhaus Lainz, 13, Wolkersbergenstraße 1, St. Josef-Krankenhaus, 13, Auhofstraße 189, Hanusch-Krankenhaus, 14, Heinrich Collin-Straße 30, Elisabeth-Spital, 15, Huglgasse 1–3, Wilhelminenspital, 16, Montleartstraße 37, Krankenanstalt des Göttlichen Heilandes, 17, Dornbacher Straße 20–26, Ignaz Semmelweis-Frauenklinik, 18, Bastiengasse 36–38, Rudolfinerhaus, 19, Billrothstraße 78.

Schwangerenturnen

Wenn der behandelnde Arzt nicht anders entscheidet, sollen Frauen in der Schwangerschaft ein Schwangerenturnen besuchen.

Schwangerenturnen wird an folgenden Krankenhäusern veranstaltet:

I. und II. Universitäts-Frauenklinik des Allgemeinen Krankenhauses, 9, Alser Straße 4, Franz Josef-Spital, 10, Kundratstraße 3, St. Josef-Krankenhaus, 13, Auhofstraße Nr. 189, Hanusch-Krankenhaus, 14, Heinrich Collin-Straße 30, Elisabeth-Spital, 15, Huglgasse 1–3, Wilhelminenspital, 16, Montleartstraße 37, Ignaz Semmelweis-Frauenklinik, 18, Bastiengasse 36–38, und 21, Freytaggasse 32 (Anmeldung beim Jugendamt für den 21. Bezirk).

Elternschulen

In den Elternschulen haben Mütter und Väter Gelegenheit, sich über alle mit der Geburt eines Kindes zusammenhängenden Fragen sowie über Säuglingspflege und die Entwicklung des Kindes zu informieren. Sie können auch individuelle Fragen stellen sowie Wickeln und Baden des Säuglings praktisch üben.

Die Kurse dauern sechs bis sieben Wochen und sind unentgeltlich. Sie werden von Gynäkologen, Kinderfachärzten, Psychologen, Sozialarbeitern, Referenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte und teilweise von Konsumentenberatern abgehalten.

Elternschulen der Stadt Wien: 2, Obere Augartenstraße Nr. 14, 3, Sechskrügelgasse 11, 5, Schönbrunner Straße 54, 6, Amerlingstraße 11, 8, Schlesingerplatz 4, 10, Gudrunstraße 128, 11, Enkplatz 2, 12, Schönbrunner Straße 259, 13, Hietzinger Kai 1–3, 14, Linzer Straße 253–255, 15, Rosinagasse 4, 16, Richard Wagner-Platz 19, 17, Rhigasgasse 4, 19, Billrothstraße 42–48, 20, Pappenheimgasse 27–31, 21, Freytaggasse 32, 21, Mitterhofergasse 2, 22, Kagran, Schrödingerplatz 1, 23, Liesing, Haeckelstraße 4.

Mutterberatung

Die Beratungstage und -stunden sind bei den Mutterberatungsstellen angekündigt. In den Mutterberatungsstellen werden nur gesunde Säuglinge und Kleinkinder bis zu sechs Jahren betreut. Die Kinder werden dort auf ihr Gewicht geprüft, vom Arzt auf den Gesundheitszustand untersucht und geimpft. Die im Mutter-Kind-Paß vorgesehenen Untersuchungen werden durchgeführt. Die Mütter werden in allen Fragen der Pflege, Ernährung und Erziehung des Kindes beraten. Der Rachitis der Kinder wird durch Verabreichung von Vitamin D-Präparaten vorgebeugt.

Die Anschriften der Mutterberatungsstellen siehe Magistrat, MA 11.

Wie hilft die Stadt Wien den Müttern?

Jede Frau, die in Wien ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat und sich vor der Geburt des Kindes bei dem nach ihrem Aufenthalt zuständigen Bezirksjugendamt unter Vorlage des Meldezettels sowie des Mutter-Kind-Passes mit den Ergebnissen der ersten und zweiten Untersuchung anmeldet, erhält nach Entbindung eines lebenden Kindes, nach freier Wahl, eine Säuglingsausstattung oder eine Ausstattung für Kleinkinder unentgeltlich beigestellt. Die Anmeldung kann von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 15 Uhr im Jugendamt des Wohnbezirkes durchgeführt werden.

Eine zukünftige Wahlmutter hat mit der Übernahme eines Kindes in unentgeltliche Pflege vor Vollendung des 18. Lebensmonates Anspruch auf Säuglingsausstattung oder Ausstattung für Kleinkinder; mit diesem Zeitpunkt erlischt ein allfälliger Anspruch der leiblichen Mutter.

Die Säuglingsausstattung besteht aus 15 Windeln, 5 Strickwindeln, 3 Hemdchen, 3 Jäckchen, 1 Strampelsack, 1 Frottee-Strampelanzug, 1 Latzhose, 1 Macco-Hemdchen, 1 Decke, 1 Häubchen, 1 Windelhöschen, 1 Flaschensauger, 1 Spielzeugkalender und Pflegemittel, alles verpackt in einer Plastiktasche.

Die Ausstattung für Kleinkinder enthält 5 Windeln, 2 Strickwindeln, 2 Windelhöschen, 1 Strumpfhose, 1 Latzhose, 1 Frottee-Pulli, 1 Frottee-Nachthemd, 1 Overall, 1 Wäschegarnitur, 1 Badetuch, 1 Waschhandschuh, 1 Spielzeugkalender und 1 Kinderspielzeug.

Obdachlose Schwangere und Mütter können vor und nach ihrer Entbindung im Zentralkinderheim der Stadt Wien, falls sie noch minderjährig sind, auch im Mutter-und Kind-Heim, 11, Pleischlgasse 2, für einige Zeit wohnen. Die Aufnahme erfolgt über das Bezirksjugendamt des letzten Aufenthaltes in Wien.

Informationskurse für Wöchnerinnen

An allen Entbindungsabteilungen Wiens werden Wöchnerinnen vom Kinderarzt und der Kinderschwester über die wichtigsten Belange des Säuglings unterrichtet. Eine Sozialarbeiterin spricht über mögliche Hilfen. Diese Kurzinformationen ersetzen nicht die so wichtige Elternschule.

Sozialhilfeleistungen für werdende Mütter und Wöchnerinnen

Werdende Mütter und Wöchnerinnen, denen kein Anspruch auf Zuerkennung der Wochenhilfe durch eine Krankenkasse zusteht, wenden sich, wenn sie die sozialhilferechtliche Wochenhilfe anstreben, an das Jugendamt ihres Wohnbezirkes. Vorzuweisen sind Personaldokumente, Meldezettel, Einkommensnachweise der Haushaltsangehörigen sowie eine Bestätigung über den voraussichtlichen Tag der Entbindung. Das Bezirksjugendamt nimmt das Ansuchen entgegen und leitet den Akt an das zuständige Sozialreferat. Von der Erledigung wird die Gesuchstellerin schriftlich in Kenntnis gesetzt.

Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder in den Tagesheimen der Stadt Wien

Säuglingskrippen, Kleinkinderkrippen, Kindergärten und Horte

In den Säuglingskrippen werden Kinder im Alter von acht Wochen bis zu einem Jahr, in Kleinkinderkrippen Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr, in Kindergärten Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Schulalter betreut. Für behinderte Kleinkinder werden Sondergruppen geführt.

In den Hort- und Tagesheimschulhortgruppen werden Schulkinder betreut, die unter fachkundiger Anleitung ihre Schulaufgaben erledigen und ihre Freizeit sinnvoll gestalten können.

Die Anmeldung erfolgt bei dem für den Wohnort des Kindes zuständigen Bezirksjugendamt. Auskünfte erteilen die Leiter der Kindertagesheime.

Kinder in den Erholungsheimen der Stadt Wien

In den Kindererholungsheimen der Stadt Wien werden erholungsbedürftige Kinder im Alter von drei bis 15 Jahren aufgenommen. Einige dieser Heime sind während des ganzen Jahres in Betrieb.

Die **Anmeldung** der Kinder erfolgt im Bezirksjugendamt des Wohnsitzes.

Voraussetzung für die Aufnahme von Kindern ist die durchgeführte Tetanus-Schutzimpfung.

Grundsätzlich wird der volle Ersatz der Fahrtkosten und der Pflegegebühren durch Einhebung entsprechender Beiträge der Eltern oder sonstigen Leistungsverpflichteten (Krankenkassen u. a.) angestrebt. Die Bezirksjugendämter gewähren Ermäßigungen, die bis zu Freiplätzen reichen können.

In den Kindererholungsheimen der Stadt Wien finden im Rahmen der Schullandheimaktion auch ganze Schulklassen in geschlossenen Turnussen Aufnahme. In einer idealen Verbindung von naturnahem Unterricht und Erholung finden Kinder und Lehrkräfte zu einer fruchtbaren Gemeinschaft zusammen. Bei Vorliegen sozialer Bedürftigkeit gewähren die Bezirksjugendämter den Kindern der Schulklassen Ermäßigungen und in besonderen Fällen auch Freiplätze.

Kindertelefon

Das Kindertelefon – 63 53 64 – steht Kindern, Eltern sowie allen an Kinderproblemen Beteiligten von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr als Serviceeinrichtung zur Verfügung. In den übrigen Stunden läuft ein Tonband.

Ein Mitarbeiter des Jugendamtes nimmt die Anrufe entgegen, beantwortet Fragen und geht auf Wünsche und Problemstellungen der Kinder ein, allenfalls informiert er über weiterführende Hilfen oder geeignete Kontaktstellen.

Erziehungsproblematische und gefährdete Kinder und Jugendliche: Beratung und Betreuung

Bei Erziehungsproblemen und in Fragen der Gefährdung von Kindern und Jugendlichen stehen die Bezirksjugendämter und spezielle Beratungsstellen mit Rat und Hilfe zur Verfügung. In den Bezirksjugendämtern beraten und betreuen Sozialarbeiter Familien mit Kindern, die Fragen oder Probleme haben (Sprechstunden Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 8 bis 9 Uhr, allgemeine Auskünfte Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr). In den ambulanten Erziehungsberatungsstellen der Bezirksjugendämter stehen Psychologen zur Verfügung. Der Psychologische Dienst bietet außerdem stationäre Beobachtungsmöglichkeiten an.

Neben ambulanter Beratung und Hilfestellung können spezielle Einrichtungen empfohlen und für die Unterbringung in geeigneten Therapie- oder Erziehungseinrichtungen gesorgt werden, wenn dies zur Lösung der Probleme erforderlich ist.

Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen

2, Karmelitergasse 9 (Montag von 16.30 bis 19.30 Uhr und Freitag von 13 bis 15.30 Uhr)
3, Baumgasse 12 (Montag von 16.30 bis 19.30 Uhr)
3, Sechskrügelgasse 11 (Freitag von 13 bis 15.30 Uhr)
4, Favoritenstraße 18 (Mittwoch von 16 bis 19 Uhr)
6, Linke Wienzeile 82 (Donnerstag von 13 bis 15.30 Uhr)
9, Sobieskigasse 28–30 (Mittwoch von 16.30 bis 19.30 Uhr)
9, Währinger Straße 39 (Freitag von 13 bis 15.30 Uhr)
10, Laxenburger Straße 43–47 (Montag von 13 bis 15.30 Uhr und Mittwoch von 16.30 bis 19.30 Uhr)
10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse Nr. 2/F/2 (Montag von 16.30 bis 19.30 Uhr und Freitag von 13 bis 15.30 Uhr)
11, Enkplatz 2 (Montag von 13 bis 15.30 Uhr)
12, Hufelandgasse 2 (Mittwoch von 13 bis 19 Uhr)
14, Linzer Straße 251 (Dienstag von 16.30 bis 19.30 Uhr und Freitag von 13 bis 16.30 Uhr)
15, Gasgasse 8–10 (Dienstag von 13 bis 15.30 Uhr)
16, Ottakringer Straße 217 (Montag von 13 bis 19.30 Uhr)
17, Leopold Ernst-Gasse 22 (Mittwoch von 13 bis 15.30 Uhr)
19, Billrothstraße 42–48 (Donnerstag von 13 bis 15.30 Uhr)
20, Brigittaplatz 10 (Mittwoch von 13 bis 15.30 Uhr)
21, Freytaggasse 32 (Anmeldung Montag von 11 bis 12 und von 16 bis 19 Uhr)
21, Großfeldsiedlung, Kürschnergasse 9 (Montag von 13 bis 19 Uhr)
21, Mitterhofergasse 2 (Mittwoch von 13 bis 15.30 Uhr)
22, Kagran, Schrödingerplatz 1 (Mittwoch von 13 bis 15.30 Uhr)
23, Liesing, Haeckelstraße 4 (Mittwoch von 13 bis 19.30 Uhr)

Diese Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen stehen unentgeltlich zur Verfügung. Sie garantieren dem Ratsuchenden Vertraulichkeit und Unverbindlichkeit der Inanspruchnahme. Sie übernehmen auch längerdauernde ambulante Betreuungen.

Telefonische Erziehungsauskunft

Für dringende Fälle steht den Ratsuchenden die telefonische Erziehungsauskunft zur Verfügung. Montag bis Freitag von 8 bis 11 Uhr gibt eine Psychologin unter der Nummer 63 35 33 Auskunft. In allen Erziehungsbelangen werden Informationen über einschlägige Beratungsstellen und Institutionen, nach Möglichkeit aber auch konkrete Kurzberatungen geboten.

Institute für Erziehungshilfe

5, Siebenbrunnenfeldgasse 7, Tel. 55 13 20, 55 27 51
14, Mühlbergstraße 7, Tel. 97 15 70, 97 22 34 („Stadt des Kindes")
19, Heiligenstädter Straße 82/14, Tel. 36 12 35, 36 31 12
21, Patrizigasse 2, Tel. 38 63 28, 38 62 55

Die Institute für Erziehungshilfe arbeiten auf tiefenpsychologischer Basis und behandeln insbesondere neurotische Kinder, die Anpassungsschwierigkeiten haben. Jedes vorgestellte Kind wird nach der telefonischen Voranmeldung zu einem Intelligenz- und Persönlichkeitstest eingeladen. Die Eltern werden erzieherisch beraten. Alle Leistungen sind kostenlos.

Sonderpädagogische Ambulanzen für behinderte Kleinkinder

12, Endergasse 1, Tel. 85 21 17
14, Auer-Welsbach-Park, Tel. 83 92 03 (Spielzeugberatung für behinderte Kinder)
21, Franklinstraße 28, Tel. 38 41 10

Eltern behinderter Kleinkinder können sich an die Sonderpädagogischen Ambulanzen des Jugendamtes wenden. Fachleute gehen dort auf ihre Probleme ein und bieten kostenlos Hilfen an.

Institute für Sozialtherapie

2, Im Werd 19, Tel. 33 42 66, 35 63 11
Anmeldung Montag von 12 bis 19 Uhr
Dieses Institut betreut verhaltensschwierige Kinder und deren Bezugspersonen, insbesondere aus dem 2. Bezirk.
9, Lustkandlgasse 50, Tel. 34 65 35*, 234
Anmeldung Montag von 12 bis 19 Uhr
Dieses Institut betreut verhaltensschwierige Kinder und deren Bezugspersonen, insbesondere aus den umliegenden Bezirken.
10, Puchsbaumgasse 30–36, Tel. 62 83 245
Anmeldung Montag von 10 bis 19 Uhr
Dieses Institut bietet tiefenpsychologisch orientierte Lebenshilfe, insbesondere für Jugendliche mit sozialen Schwierigkeiten.

Sozialpädagogische Beratungsstellen

3, Rochusgasse 8, Tel. 73 54 98
10, Zohmanngasse 28, Tel. 62 62 02

Dieser Beratungsstelle ist außerdem eine Krisenintervention sstation für abgängige Kinder und Jugendliche angeschlossen.

20, Wasnergasse 33, Tel. 35 55 30

Lernhilfen sowie Angebote für interessante Freizeitgestaltung und Beratung der Eltern dienen dazu, Schulkinder aus dem Bezirk bei schwierigen sozialen Verhältnissen wirksam ambulant zu betreuen, um Konflikte in Schule und Elternhaus zu bessern und eventuell sonst notwendigen Heimunterbringungen vorzubeugen.

Anmeldungen Montag von 8 bis 17 Uhr.

Jugendinformationszentren

Einen für Österreich ganz neuen Weg in der Jugendarbeit ging das Jugendamt der Stadt Wien mit den Jugendinformations- und Beratungszentren, kurz „info-centers" genannt: Info-center 1, 6, Damböckgasse 1, Tel. 57 72 21, Info-center 2, 17, Rötzergasse 29, Tel. 46 86 69, Info-center 3, 21, Prager Straße 20, Tel. 30 33 89. Sie sind Montag bis Freitag von 12 bis 19 Uhr geöffnet und bieten allen jungen Leuten im Alter von etwa 15 bis 25 Jahren kostenlose Beratung auf allen Gebieten, die sie bewegen. Diese Beratung erstreckt sich von der Information über Sport und andere Freizeitmöglichkeiten bis zu Gesprächen mit einem Psychiater über höchst persönliche Probleme. Das „info-center" gleicht äußerlich mehr einem Klub als einer amtlichen Einrichtung: neben dem großen Raum mit bequemen Fauteuils, in dem Jugendzeitschriften aufliegen und musikalische Untermalung geboten wird, gibt es auch ein Aussprachezimmer, in dem sich der Ratsuchende mit dem Fachmann unter vier Augen unterhalten kann. Als Mitarbeiter stehen Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Jugendrechtler, Jugendpsychologen und ein Jugendpsychiater zur Verfügung. Fragen im psychischen Bereich (z. B. Gefühl der Einsamkeit und Isolation, Minderwertigkeitsgefühl, Aggression, Depression usw.), im sozialen Bereich (z. B. Konflikte mit Eltern, Freunden und Vorgesetzten, Schulprobleme usw.) und auf juristischem Gebiet (z. B. Arbeitsrecht, Eherecht, Strafrecht) werden ohne Zeitdruck mit dem anonym bleibenden Besucher erörtert.

Rechtshilfe für Kinder und Jugendliche

Die Bezirksjugendämter geben Auskunft in allen Rechtsfragen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Sie führen Amtsvormundschaften über unehelich geborene Kinder und Waisen und vertreten diese Mündel in allen rechtlichen Angelegenheiten gegenüber Behörden und Personen, sie sorgen insbesondere für die Feststellung der Vaterschaft zu unehelich geborenen Kindern und für die Geltendmachung der Unterhaltsansprüche. Sie können auch durch die zuständigen Pflegschaftsgerichte zum besonderen Sachwalter bestellt werden zwecks Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen für uneheliche Kinder – auch dann, wenn die Mutter oder ein anderer Vormund ist – und für eheliche Kinder, wenn die Ehe geschieden wurde oder sonst zerrüttet ist. Überdies sind sie kraft Gesetzes besonderer Sachwalter zur Durchsetzung der Unterhaltsansprüche für Kinder, denen durch Gerichtsbeschluß Unterhaltsvorschuß gewährt wird.

Adoptionsstelle des Jugendamtes der Stadt Wien

Die Adoptionsstelle des Jugendamtes der Stadt Wien (1, Neutorgasse 18, 3. Stock, Tel. 66 14*, 451, 454, 455) hat die Aufgabe, Kinder, die zur Adoption freigegeben wurden, an geeignete Adoptionseltern zu vermitteln.

Wie hilft die Stadt Wien Lehrlingen?

Das Jugendberufsfürsorgereferat des Jugendamtes der Stadt Wien, 1, Neutorgasse 18, 3. Stock, Tel. 66 14*, 458, hilft Eltern und Lehrlingen bei Schwierigkeiten in der Lehr- bzw. Arbeitsstelle. In diesen Angelegenheiten sowie bei familiären Schwierigkeiten können sich Lehrlinge und Eltern aber auch an die in den Berufsschulen tätigen Sozialarbeiter wenden.

In Berufsausbildung stehende Jugendliche können bei Bedürftigkeit Lehrlingsbeihilfen und Berufskleidung erhalten. Die Anmeldung erfolgt in den Bezirksjugendämtern.

Ehe- und Familienberatung

In den Ehe- und Familienberatungsstellen der Stadt Wien in 1, Schottenring 24, 3. Stock, Tür 394, und 12, Meidlinger Hauptstraße 2 (Ecke Schönbrunner Straße), stehen Gynäkologen, Juristen, Psychologen, Psychiater und Sozialarbeiter zur Verfügung, um bei Ehe-, Partnerschafts- und Familienangelegenheiten, bei Fragen der Ehescheidung und der Familienplanung zu beraten. Vollste Diskretion und Anonymität wird zugesichert. Die Beratungen erfolgen völlig kostenlos und finden in der Beratungsstelle 1, Schottenring 24, jeden Montag und Donnerstag, in der Beratungsstelle 12, Meidlinger Hauptstraße 2, jeden Mittwoch von 16 bis 18.30 Uhr statt. Es besteht die Möglichkeit einer telefonischen Voranmeldung unter Tel. 63 89 96 (jeden Montag und Donnerstag von 13.30 bis 15.30 Uhr).

Für Beratung und Hilfe in Angelegenheiten der Familienplanung, wie Geburtenregelung und Schwangerschaftsunterbrechungen, und damit zusammenhängenden Fragen stehen Gynäkologen und Sozialarbeiter außerdem in folgenden Einrichtungen der Stadt Wien zur Verfügung:

Elisabethspital, 15, Huglgasse 1–3
Montag von 13 bis 15.30 Uhr, Tel. 95 65 51*, 265

Wilhelminenspital, 16, Montleartstraße 37
Dienstag und Donnerstag von 13.30 bis 15.30 Uhr, Tel. 95 25 11*, 2207

Ignaz Semmelweis-Frauenklinik, 18, Bastiengasse 36–38
Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Dienstag von 16 bis 18 Uhr. Um telefonische Voranmeldung für Beratungen in dieser Beratungsstelle wird gebeten, Tel. 47 61 75 oder 47 15 15*, 306.

Die Beratungen und Untersuchungen in den Familienplanungsstellen erfolgen völlig kostenlos; es ist kein Krankenschein erforderlich.

Spezielle Individualhilfe und Erwachsenenbetreuung

Diplomierte Sozialarbeiter befassen sich in eingehenden Gesprächen mit den Klienten und deren individuellen Problemen und suchen gemeinsame Lösungsmöglichkeiten. Hilfestellung wird durch Information, Intervention, Resozialisierung und Rehabilitation, Vermittlung von sozialen Diensten, Betreuung alter Menschen usw. angeboten (z. B. bei materiellen Sorgen, Unterkunftsschwierigkeiten, Arbeitsplatzproblemen).

Sozialarbeiter stehen im „Verbindungsdienst" zu den Krankenanstalten (incl. den psychiatrischen und neurologischen) und zu den Pflegeheimen der Stadt Wien den Patienten und deren Angehörigen zur Verfügung, um ihnen bei der Bewältigung der durch die Erkrankung entstandenen Probleme sowie bei der beruflichen und sozialen Rehabilitation zu helfen.

Auch die Betreuung der in Wien ansässigen Flüchtlinge wurde von Sozialarbeitern übernommen.

Sozialarbeiter können in den Außenstellen der MA 12 erreicht werden:

Außenstelle I: 8, Lerchengasse 19, 1. Stock, Tel. 43 89 01 (Bezirke 1 bis 9 und 11)

Außenstelle II: 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, Tür 102, Tel. 83 16 01*, 333 (Bezirke 10, 12, 13, 23), und 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse 2/D/3, Ebene, Tel. 68 55 71

Außenstelle III: 15, Camillo Sitte-Gasse 6–8, 2. Stock, Tür 6, Tel. 95 69 71, 95 69 99 (Bezirke 14 bis 19)

Außenstelle IV: 21, Holzmeistergasse 14, Tel. 38 15 11 (Bezirke 20 bis 22).

Sozialberatung

Die MA 12 hat in den Wiener Bezirken Sozialberatungsstellen eingerichtet.

Die Wiener Sozialberatung steht jedermann kostenlos, streng diskret und unverbindlich offen, der in persönlichen oder familiären Angelegenheiten Auskünfte, Rat oder Hilfe sucht. Die Beratung erfolgt auf Wunsch auch ohne Namensnennung. Keine andere Stelle erfährt, was dem Sozialberater oder Juristen anvertraut wird – ganz egal, was es ist.

Die Beratungsstellen sind regelmäßig an dem angegebenen Wochentag in der Zeit von 15 bis 18.30 Uhr geöffnet.

1, Gonzagagasse 23 (im Amtshaus), Donnerstag; 2, Karmelitergasse 9 (im Amtshaus), Dienstag; 3, Landstraßer Hauptstraße 127 (Eingang Baumgasse 12), Donnerstag; 4, Favoritenstraße 18 (im Amtshaus), Mittwoch; 5, Am Hundsturm 18, Donnerstag; 6, Magdalenenstraße 13, Mittwoch; 7, Hermanngasse 26 (im Amtshaus), Mittwoch; 8, Schlesingerplatz 4 (im Amtshaus), Mittwoch; 9, Galileigasse 8 (in der Volkshochschule), Montag; 10, Arthaberplatz 18 (in der Volkshochschule), Mittwoch; 11, Enkplatz 2 (im Amtshaus), Mittwoch; 12, Meidlinger Hauptstraße 2 (im Sozialreferat), Mittwoch; 13, Hietzinger Kai 1–3 (im Amtshaus), Montag; 14, Dreyhausenstraße 29 (im Pensionistenheim), Dienstag; 15, Schwendergasse 41 (im Haus der Begegnung), Donnerstag; 16, Richard Wagner-Platz 19 (im Amtshaus), Dienstag; 17, Elterleinplatz 14 (im Amtshaus), Donnerstag; 18, Martinstraße 100 (im Amtshaus), Mittwoch; 19, Gatterburggasse 2a (im Haus der Begegnung), Donnerstag; 20, Brigittaplatz 10

(im Amtshaus), Donnerstag; 21, Großfeldsiedlung, Kürschnergasse 9 (im Haus der Begegnung), Dienstag; 22, Kaisermühlen, Schüttaustraße 2 (in der Volkshochschule), Mittwoch; 23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2 (im Amtshaus), Dienstag.

Sozialer Notruf

In der MA 12 ist ein „Sozialer Notruf" installiert, ein von der Rathausvermittlung unabhängiger Telefonanschluß. Durch die Wahl der Rufnummer

63 11 77

ist der Hilfesuchende direkt mit dem diensthabenden Sozialbeamten verbunden.

Diese Einrichtung steht der Wiener Bevölkerung, im besonderen alten, gebrechlichen Menschen für dringende Auskünfte oder für die Vermittlung dringender Hilfeleistungen von Montag bis Freitag von 7.30 bis 20 Uhr und an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 8 bis 20 Uhr zur Verfügung. Außerhalb der Dienststunden getätigte Anrufe werden auf Tonband gespeichert und am darauffolgenden Werktag beantwortet.

Wer hat Anspruch auf Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes?

Anspruch auf Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes hat, wer den Lebensbedarf für sich und die mit ihm in Familiengemeinschaft lebenden unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderen Personen oder Einrichtungen erhält.

Zum Lebensbedarf gehören: der Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Bekleidung; Körperpflege, Hausrat, Beheizung und andere persönliche Bedürfnisse, inklusive der Pflege der Beziehungen zur Umwelt und die Teilnahme am kulturellen Leben in angemessenem Ausmaß; Krankenhilfe; Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen; Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung.

Wie erlangt man eine Geldleistung?

Man wendet sich mit allen *Personaldokumenten* und dem *Meldezettel* (Meldeabschnitt) an das Sozialreferat des Wohnbezirkes, wo über den Antrag entschieden wird. Kann über einen Antrag nicht sofort entschieden werden (weil Erhebungen notwendig sind), gewährt das Sozialreferat in dringenden Fällen eine vorläufige *Sofortleistung.*

Wie bekommt man eine Dauerleistung der Sozialhilfe?

Anspruchsberechtigte Personen, die nachweisbar zumindest auf die Dauer von sechs Monaten arbeitsunfähig sind, können sich um eine Dauerleistung bewerben. Der Nachweis der Arbeitsunfähigkeit entfällt bei Frauen, wenn sie das 60., bei Männern, wenn sie das 65. Lebensjahr überschritten haben.

Der Hilfesuchende begibt sich mit *allen Personaldokumenten,* dem *Meldezettel* (Meldeabschnitt) und allen *Nachweisen,* die über Familien-, Wohnungs- und Einkommensverhältnisse Aufschluß geben, in das Sozialreferat seines Wohnbezirkes und bringt dort sein Ansuchen vor. Dieses Amt überprüft die Angaben über die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse und trifft seine Entscheidung. Von der Erledigung erhält der Bewerber um eine Dauerleistung einen *schriftlichen Bescheid.* Ist in der *Zwischenzeit* bis *zur Erledigung* Hilfe erforderlich, gewährt das Sozialreferat *einmalige Aushilfen.*

Wie erhält man Hilfe in besonderen Lebenslagen?

Hilfe in besonderen Lebenslagen kann Personen gewährt werden, die auf Grund ihrer besonderen persönlichen, familiären oder wirtschaftlichen Verhältnisse oder infolge außergewöhnlicher Ereignisse einer sozialen Gefährdung ausgesetzt sind und der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen, um in die Gesellschaft und das Erwerbsleben eingegliedert zu werden. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht in Hilfen zum Aufbau und zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage und wirtschaftlichen Hilfen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen kann unabhängig von einem Anspruch auf Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes gewährt werden. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen erbringt der Sozialhilfeträger als Träger von Privatrechten. Auf die Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.

Der Hilfesuchende begibt sich mit allen Personaldokumenten, dem Meldezettel (Meldeabschnitt) und allen Nachweisen, die über seine Familien-, Wohnungs- und Einkommensverhältnisse sowie über die die soziale Gefährdung bedingenden außergewöhnlichen Ereignisse Aufschluß geben, in das Sozialreferat seines Wohnbezirkes und bringt dort sein Ansuchen vor. Das Amt überprüft die vorgelegten Unterlagen und trifft sodann seine Entscheidung. Von der Erledigung erhält der Hilfesuchende eine schriftliche Mitteilung. Hilfe in besonderen Lebenslagen kann in Form von Geldleistungen, Sachleistungen oder persönlicher Hilfe erbracht werden.

Wer bekommt kostenlos ärztliche Hilfe, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Heilbäder und Strahlentherapie?

Wer krankenversichert ist, wendet sich an seine Krankenkasse. Nur für jene unbemittelten Personen, die keine Krankenkassenleistungen beanspruchen können, übernimmt die Sozialhilfe die Kosten für ärztliche Behandlung, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel.

Wer also *kein* Krankenkassenmitglied und auch *nicht* familienversichert ist, wendet sich, wenn er Heilbehandlung benötigt, an das Sozialreferat seines Wohnbezirkes. Hier erhält er einen *Krankenschein,* der für das laufende Kalendervierteljahr gilt. Mit diesem Schein kann er sich in die *unentgeltliche* Behandlung eines praktischen Kassenarztes *nach freier Wahl* begeben, der ihn an einen Kassenfacharzt nach freier Wahl oder an ein Ambulatorium überweisen kann.

Werden vom Arzt *Medikamente* verordnet, können diese aus einer Apotheke nach freier Wahl auf Kosten des Sozialhilfeträgers bezogen werden. Gewisse Spezialitäten bedürfen allerdings vor ihrer Abgabe der Genehmigung durch den Amtsarzt des Bezirksgesundheitsamtes.

Hält der behandelnde Arzt ein Hilfsmittel für notwendig (z. B. *Einlagen, orthopädische Schuhe, Prothesen, Stützapparat* usw.), fertigt er einen Verordnungsschein für Heil- und Hilfsmittel aus, der – nach Einholung eines Kostenvoranschlages – bei dem nach dem Wohnort des Patienten zuständigen Sozialreferat einzureichen ist. Dauerkrankenhilfeempfänger mit Ausweis können kleine Heilbehelfe (Brillen, Bandagen) ohne Genehmigung direkt bei Optikern und Bandagisten beziehen. Nach Genehmigung kann der Heilbehelf bei einem der zugelassenen Vertragslieferanten nach freier Wahl auf Rechnung des Sozialhilfeträgers bezogen werden.

Sind zur Durchführung der Heilbehandlung *physikalische Leistungen* (Höhensonne, Kurzwellen, Bestrahlungen

mit Sollux- oder Profunduslampen, Galvanisationen usw.) oder *Heilbäder* (Schwefelbäder, Moorbäder, Schlammpackungen u. ä.) oder *Röntgenleistungen* erforderlich, stellt der behandelnde Arzt einen für diese Zwecke vorgesehenen Verordnungsschein aus. Der Genehmigung durch den Amtsarzt des Gesundheitsamtes bedürfen nur die Verordnungen für Mammographie und Tomographie.

Wer bekommt kostenlose Zahnbehandlung?

Wer unbemittelt ist und eine *Zahnbehandlung* benötigt, *ohne* Anspruch auf Kassenleistungen zu haben, beantragt beim Sozialreferat seines Wohnbezirkes die Ausstellung eines *Zahnbehandlungsscheines*. Mit diesem Schein kann er sich in *unentgeltliche* Behandlung eines Vertragszahnarztes oder Vertragsdentisten nach *freier* Wahl begeben.

Behindertenhilfe

Personen, die infolge eines Leidens oder Gebrechens daran gehindert sind, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Schulbildung, Erziehung oder Berufsausbildung zu erlangen oder beizubehalten, können Behindertenhilfe bekommen, sofern sie österreichische Staatsbürger sind, ihren Wohnsitz in Wien und nicht auf Grund anderer Rechtsvorschriften die Möglichkeit haben, eine solche Leistung zu bekommen. Die Leiden bzw. Gebrechen, die zu einer solchen Hilfe führen, können Fehlformen und Funktionsstörungen jeglicher Art sein, auch psychische Erkrankungen und Anfallsleiden zählen dazu.

Als Hilfeleistungen kommen in Betracht:

Eingliederungshilfe, Hilfe zur Unterbringung, geschützte Arbeit, Beschäftigungstherapie, Übernahme von Fahrt- und Transportkosten und persönliche Hilfe. Dauernd bettlägerige Personen bzw. solche, die ununterbrochene, nachhaltige Pflege durch eine andere Person benötigen, können ein monatliches Pflegegeld erhalten, sofern sie das 15. Lebensjahr vollendet haben.

Anträge sind in der MA 12, Referat Behindertenhilfe, 1, Schottenring 24, 1. Stock, Tür 111, Tel. 66 14*, 227, 221, oder 1. Stock, Tür 114 (Pflegegeld), Tel. 66 14*, 258, 628, vom Behinderten selbst oder einem hiezu von ihm schriftlich Bevollmächtigten zu stellen.

Für Auskünfte und individuelle Beratungen dient die Montag und Donnerstag jeweils von 15 bis 18.30 Uhr geöffnete Beratungsstelle für Behinderte, 1, Gonzagagasse 21, Parterre, Tür 7, Tel. 66 14*, 624.

Außerdem kümmert sich das Referat Körperbehindertenbetreuung und orthopädische Angelegenheiten im Gesundheitsamt der Stadt Wien, 1, Zelinkagasse 5, Parterre, Tür 10, Tel. 66 14*, 563, um alle Körperbehinderten, läßt sie durch ihre Fachärzte untersuchen, ist ihnen bei der Aufnahme in Spitäler und Heilstätten behilflich und unterstützt sie bei der Versorgung mit orthopädischen Heilbehelfen (Prothesen, Stützmiedern, Stützapparaten, orthopädischen Einlagen und orthopädischen Schuhen).

Überdies sorgt die Ärztliche Körperbehindertenbetreuung durch ständige fachärztliche Überwachung aller Kinder in den städtischen Schulen vorbeugend gegen jede Gefahr der Entwicklung von Behinderungen, z. B. einer Rückgratverkrümmung durch schlechte Haltung der Kinder (Sonderturnen).

Untersuchungen nur gegen Voranmeldung. Sprechstunden der Fürsorgerinnen Mittwoch von 8 bis 12 Uhr.

Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse für Behinderte

Für Behinderte aller Altersstufen, insbesondere aber für Jugendliche, werden Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse geführt.

Kurszeit: Montag bis Donnerstag von 8 bis 15.30 Uhr, Freitag von 8 bis 15 Uhr. Die Kursteilnehmer werden je nach der Schwere ihrer Behinderung bzw. nach ihren Fähigkeiten erprobt, trainiert und für verschiedene Arbeiten angelernt. Ziel der Kurse ist es, die Behinderten ganz oder zumindest teilweise ins Erwerbsleben einzugliedern. Kann dieses Ziel nicht erreicht werden, soll die Beschäftigung mit produktiver Arbeit im Rahmen der Kurse den Behinderten einen sinnvollen Lebensinhalt geben.

Die Aufnahme in die Kurse ist vom Ergebnis einer eingehenden allgemein ärztlichen und fachärztlichen Untersuchung abhängig. Ungestempelte Aufnahmeansuchen können *jederzeit* schriftlich an die Behindertenhilfe der Stadt Wien, Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse, 16, Seeböckgasse 12–14, Tel. 46 42 83, 46 52 44, gerichtet werden.

Fahrbegünstigungen für Behinderte

Anträge auf Gewährung von Fahrbegünstigungen für die Benützung der Straßen-, Stadt-, Schnell- und U-Bahn sind in der MA 12, 1, Gonzagagasse 21, Parterre, Tür 8, Tel. 66 14*, 224, 232, einzubringen.

Die *Voraussetzungen* für eine Verleihung sind:
schwere Gehbehinderung,
wirtschaftlich beengte Lage und
ein nachgewiesen erhöhter und dauernder Bedarf. (Als solcher wird anerkannt: Aufsuchen eines entfernt gelegenen Arbeitsplatzes oder der ständige, wöchentlich mehrmals notwendige Besuch eines entfernt gelegenen Spitalambulatoriums bzw. Facharztes oder einer Kuranstalt.)
Blinde erhalten die Fahrbegünstigung ohne den Nachweis der Fahrtnotwendigkeit und der schweren Gehbehinderung, die übrigen Verleihungsbestimmungen gelten sinngemäß wie für die anderen Bewerber. Die Verleihung ist bei Blinden an keine Einkommensgrenze gebunden.

Zur Ausgabe gelangen – je nach der Lage des Falles – Frei-Netzkarten für den Hilfsbedürftigen, wenn nötig, auch für eine Begleitperson; ermäßigte Netzkarten, für die der Beteilte einen monatlichen Beitrag von derzeit 208 S durch Aufkleben einer Wertmarke auf die Fahrlegitimation beizutragen hat.

Alle diese Fahrbegünstigungen werden für einen längeren Zeitraum, gewöhnlich für einige Monate, vergeben. Sie gelten für die Straßen-, Stadt-, Schnell- und U-Bahn sowie für Autobuslinien, die frühere Straßenbahnlinien ersetzen. Die Benützung der innerstädtischen Autobusse ist in die Begünstigung nicht eingeschlossen.

Ausflugsaktion für Behinderte

Mit Hilfe des Wiener Roten Kreuzes wird Rollstuhlfahrern ermöglicht, in der Zeit vom April bis Oktober Ausflüge in die nähere Umgebung Wiens zu machen. Zwei eigens dafür adaptierte Fahrzeuge mit Begleitpersonal können je sechs Behinderte mit ihrem Rollstuhl befördern. Die Teilnahme ist kostenlos, für die entstehenden Kosten kommt das Sozialamt auf. Anmeldungen für die Halbtagsausflüge nimmt der Landesverband Wien vom Roten Kreuz, 5, Am Hundsturm 18, unter Tel. 55 46 46 jeweils Montag bis Donnerstag von 8 bis 17 Uhr sowie Freitag von 8 bis 14 Uhr entgegen.

Wie kommt man in ein Pflegeheim?

Voraussetzung für die Aufnahme in ein Pflegeheim ist vor allem ein höherer Grad von Pflegebedürftigkeit. Nicht aufgenommen werden Infektions- und Geisteskranke.

Der Antrag ist beim Sozialreferat des Wohnbezirkes (des Aufzunehmenden) zu stellen. In besonders dringen-

den Fällen kann die Antragstellung auch in der MA 12 – Aufnahmestelle erfolgen. Erforderlich sind:

1. Ein ärztlicher Antrag (jeder praktische Arzt hat die erforderlichen Formulare);
2. falls der Aufzunehmende nicht selbst beim Amt erscheinen kann, seine Erklärung, daß er mit einer Einweisung in ein Pflegeheim einverstanden ist; kann er diese Erklärung nicht selbst unterschreiben, muß seine Bereitschaft zum Pflegeheimeintritt von zwei Zeugen bestätigt sein; im Falle seiner Entmündigung hat der Kurator das Einverständnis zu geben;
3. Personaldokumente und Meldezettel (Meldeabschnitt);
4. Einkommensnachweise des Einzuweisenden bzw. seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen.

Bei Lebensgefahr kann von den unter Punkt 4 angeführten Erfordernissen *vorerst* Abstand genommen werden. Ausländer sind den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt.

Grundsätzlich wird der Pflegling einen Tag vor der Aufnahme verständigt. Die Abholung selbst erfolgt mit dem Sanitätswagen.

Geriatrischer Dienst

Für Alterspatienten, die seelische Schwierigkeiten haben, sowie für ihre Angehörigen oder Pflegepersonen steht der „Geriatrische Dienst" des Gesundheitsamtes zur Verfügung.

Auskunft und Beratung in 2, Kleine Sperlgasse 2b, Tel. 24 64 24.

Wie bekommt man Hauskrankenpflege?

Hauskrankenpflege umfaßt die fachliche Krankenpflege, im unbedingt notwendigen Ausmaß auch Heimhilfe bzw. Familienhilfe. Sie wird je nach Bedarf bei vorübergehender Erkrankung einer Person gewährt, wenn die Aufnahme derselben in ein Krankenhaus nicht unbedingt erforderlich ist. Voraussetzung ist, daß keine nahen Angehörigen vorhanden sind, welchen eine Pflegeleistung zuzumuten ist.

Hauskrankenpflege wird allgemein auf die Dauer der jeweiligen Erfordernisse gewährt.

Beizubringen ist ein vom behandelnden Arzt ausgestellter Befund, aus dem die Pflegebedürftigkeit und die Notwendigkeit einer Pflegeperson hervorgeht.

Die erkrankte Person oder nahe Angehörige wenden sich an das Sozialreferat ihres Wohnbezirkes. Neben dem Befund des Arztes sind sämtliche Personaldokumente sowie die Einkommensnachweise des Antragstellers beizubringen. In nachweisbar dringlichen Fällen können die Einkommensnachweise nachgebracht werden. (Die Beibringung des Einkommensnachweises entfällt bei Personen, die bereit und imstande sind, die vollen Kosten zu tragen.) Betreute Personen, die hiezu nicht imstande sind, haben zu den Kosten der Hauskrankenpflege einen Beitrag zu leisten, der nach sozialhilferechtlichen Grundsätzen berechnet wird.

In den Fällen der Hauskrankenpflege wird eine Krankenschwester des Vereins „Wiener Sozialdienste" beigestellt, die nach den Anweisungen des Arztes die Pflege leistet.

Personen, die für die Kosten einer Hauskrankenpflege selbst aufkommen, wenden sich direkt an den Verein „Wiener Sozialdienste", 15, Camillo Sitte-Gasse 6–8, Tel. 95 25 96. Eine Pflegestunde kostet 121,50 S zuzüglich 8% Umsatzsteuer (Stand 1979).

Mobile Krankenschwestern

Für Kranke, die in häuslicher ärztlicher Behandlung stehen, gibt es neuerdings auch die Möglichkeit, vom Gesundheitsamt kostenlos über Anforderung des Arztes eine „Mobile Krankenschwester" zu ihrer Unterstützung beigestellt zu bekommen.

Auskunft: Zentrale der Mobilen Schwestern, 1, Stadiongasse 6–8/15, Tel. 42 8 00*, 3852, 3897.

Wie bekommt man Heimhilfe?

Voraussetzung für die Bewilligung einer Heimhilfe ist, daß die den Haushalt führende Person, obwohl nicht einer Krankenpflege bedürftig, doch an der Führung der Wirtschaft gehindert ist, und sich niemand in der Wohnung befindet, der diese Arbeit übernehmen könnte. Heimhilfe umfaßt die Körperpflege und Haushaltsführung, und zwar: Einkaufen, Kochen, Betten machen und andere laufende häusliche Arbeiten.

Sie wird gewährt bei bloßer Pflegebedürftigkeit alter und behinderter Personen, die keiner Krankenpflege bedürfen, wenn dadurch eine Unterbringung in einer Anstalt vermieden werden kann. Heimhilfe für pflegebedürftige Personen wird im allgemeinen nur im Ausmaß von zwei Stunden täglich bzw. bis drei Stunden (dreimal wöchentlich) jedoch ohne Beschränkung der Dauer gewährt.

Die Beitragsleistung zu den Kosten der Heimhilfe erfolgt in gleicher Weise wie in den Fällen der Hauskrankenpflege. 1 Stunde kostet 97 S zuzüglich 8% Umsatzsteuer (Stand 1979).

Auch die übrigen Erfordernisse (ärztliches Attest, Personaldokumente, Einkommensnachweise) sind die gleichen wie bei Hauskrankenpflege. Die Anträge sind ebenfalls beim zuständigen Sozialreferat des Wohnbezirkes zu stellen.

Familienhilfe

Die Familienhilfe bezweckt die Erhaltung der Familieneinheit, wenn durch den zeitweisen Ausfall der Mutter (Erkrankung, Anstaltsaufenthalt, Entbindung usw.) ansonsten eine Heimunterbringung der Kinder notwendig wäre.

Die Dauer der Familienhilfe richtet sich nach der jeweiligen Situation. Die tägliche Einsatzdauer kann bis zu acht Stunden betragen (jedoch niemals nachts).

Essenszustelldienst

Den Essenszustelldienst können behinderte, insbesondere alte und gebrechliche Personen in Anspruch nehmen, die nicht in der Lage sind, eine Mahlzeit selbst zuzubereiten oder die dazu nötigen Einkäufe zu machen, und denen auch keine Hilfe durch Dritte (Angehörige) zur Verfügung steht. Diesen Personen wird täglich von Montag bis Freitag, auf Wunsch auch Samstag und Sonntag, eine fertige Mittagsmahlzeit in die Wohnung zugestellt. Der Essensempfänger hat nur die Kosten der Mahlzeit, d. s. derzeit 33 S, und zwar wöchentlich im voraus, d. s. 165 S, für das Samstag- und Sonntagmenü je 36,50 S zu bezahlen, während die Zustellkosten zur Gänze von der Stadt Wien getragen werden. Für Essensempfänger, die eine Diätkost benötigen, ist der Bezug eines Diabetiker-Menüs für Zuckerkranke oder einer Diät für Magen-, Galle- und Leberleidende (Schonkost ohne Schweinefleisch, fett- und salzarm) möglich. Eine Diät-Mahlzeit kostet derzeit 39 S, d. s. pro Woche 195 S, Samstag und Sonntag ebenfalls je 39 S (Preise Stand 1979). Essensbezieher mit geringem Einkommen haben die Möglichkeit, um Ermäßigung des Essenspreises anzusuchen. Die dafür notwendigen Anträge

werden von den Essenszustellern abgegeben und sind mit dem letzten Pensionsabschnitt an das zuständige Sozialreferat einzusenden.

Anmeldung zum Essensbezug:

MA 12, 1, Schottenring 24, Tel. 66 14*, 252, sowie Sozialreferat des Wohnbezirkes.

Wohnungsreinigungsdienst

Personen, die nicht mehr in der Lage sind, selbst oder mit Hilfe von Angehörigen eine gründliche Wohnungsreinigung durchzuführen, steht ein Wohnungsreinigungsdienst zur Verfügung. Die Anmeldung erfolgt in den Sozialreferaten, in der MA 12, Tel. 66 14*, 243 oder 240 (Heimhilfereferat), und beim Notruf für Soziales und Gesundheit, Tel. 63 11 77. Der Dienst ist bis zu einem Einkommen von 3.239 S für Alleinstehende bzw. von 4.619 S bei Ehepaaren kostenlos. Bei höherem Einkommen werden die Kostenbeiträge gestaffelt verrechnet. Der Einsatz erfolgt höchstens dreimal pro Jahr (Stand 1979).

Wäschepflegedienst

Der Wäschepflegedienst umfaßt das Abholen, Zustellen und allfällige Ausbesserungsarbeiten an der Wäsche. Die Betreuten haben nur die Kosten der Wäscherei zu tragen, die Zustellung und Ausbesserung der Wäsche ist kostenlos. Die Anmeldung erfolgt bei den in der Rubrik „Wohnungsreinigungsdienst" angeführten Stellen.

Besuchsdienst

Der Besuchsdienst kann von Personen in Anspruch genommen werden, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung menschliche Kontakte entbehren müssen. Die Besucher kommen ein- bis dreimal wöchentlich und stehen für Unterhaltung, Spaziergänge sowie Arztbesuche und Behördenwege zur Verfügung. Der Besuch ist kostenlos und dauert ca. zwei Stunden. Die Anmeldung erfolgt bei den in der Rubrik „Wohnungsreinigungsdienst" angeführten Stellen.

Reparaturdienst

Der Reparaturdienst wird vom Verein Wiener Volkshilfe im Auftrag der Stadt Wien besorgt. Es werden notwendige Instandsetzungsarbeiten in der Wohnung durchgeführt, deren Ausübung nicht an eine Konzession gebunden ist. Der Dienst ist bis zu einem Einkommen von 3.239 S für Alleinstehende bzw. von 4.619 S für Ehepaare kostenlos. Bei höherem Einkommen werden gestaffelte Kostenbeiträge verrechnet. Anmeldung beim Verein in 10, Senefeldergasse 11, Tel. 62 92 31/26.

Wer erhält Blindenbeihilfe?

Personen, die blind oder schwerst sehbehindert sind, haben Anspruch auf eine Blindenbeihilfe, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen (oder Volksdeutsche sind), das 15. Lebensjahr vollendet und in Wien ihren Wohnsitz haben. Ein Anspruch auf Blindenbeihilfe besteht jedoch nicht, wenn der Blinde oder schwerst Sehbehinderte aus dem Grund der Blindheit bzw. der Sehbehinderung als Selbstgeschädigter einen gleichen Anspruch nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, dem Heeresversorgungsgesetz oder dem Opferfürsorgegesetz hat.

Die Blindenbeihilfe wird ferner nicht ausbezahlt, und sie wird eingestellt, wenn sich der Blinde oder schwerst Sehbehinderte auf Kosten des Sozialhilfeträgers in einer Heil- und Pflegeanstalt oder in einer Anstalt des Sozialhilfeträgers befindet.

Der Antrag auf Gewährung der Blindenbeihilfe ist bei der MA 12, 1, Gonzagagasse 21, Parterre, Tür 5 und 6, Tel. 66 14*, 285, 622, einzubringen. Es sind dort die Voraussetzungen der Anspruchsberechtigung nachzuweisen. Die Blindenbeihilfe gebührt von dem auf die Antragstellung folgenden Monat an und wird in den Monaten Juni und Dezember in doppelter Höhe ausbezahlt.

Wie erhält man einen Nachweis über die Familien- und Einkommensverhältnisse zur Erlangung von Begünstigungen (früher Mittellosigkeitszeugnis)?

Der Bewerber behebt im Sozialreferat seines Wohnbezirkes den entsprechenden *Vordruck* und füllt ihn *wahrheitsgetreu* mit deutlicher Schrift aus. Unter Vorlage von *Personaldokumenten* und *Einkommensnachweisen* wird die Richtigkeit der Angaben durch das Amt geprüft und das Zeugnis bzw. die Bestätigung, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, an den Bewerber ausgehändigt.

Armenrechtszeugnisse werden nicht mehr ausgegeben. Wer kein entsprechendes Einkommen bezieht, kann bei Gericht einen Antrag auf Verfahrenshilfe stellen.

Eine Stempelgebühr ist für die Ausfertigung solcher Zeugnisse *nicht* zu entrichten.

Pensionistenausweis

Alle Dauersozialhilfebezieher und Empfänger von Ausgleichszulage–Pensionen mit ständigem Wohnsitz in Wien, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, haben Anspruch auf Ausstellung eines Pensionistenausweises. Mit diesem Ausweis ist die Inanspruchnahme folgender Begünstigungen möglich:

a) Ermäßigte Benützung öffentlicher Verkehrsmittel,
b) ermäßigter Besuch der städtischen Bäder,
c) ermäßigter Besuch des Tiergartens Schönbrunn,
d) ermäßigter Besuch des Hauses des Meeres.

Seniorenwochen

Die Stadt Wien veranstaltet jedes Jahr im Herbst eine Seniorenwoche, in deren Rahmen den Senioren Wiens neben einem Unterhaltungsprogramm spezielle Informationen über das Angebot der sozialen Hilfen der Stadtverwaltung sowie Hinweise für eine problemlose Lebensführung im Alter geboten werden.

Weihnachtspakete

Sämtliche Dauersozialhilfebezieher und alle Empfänger einer wirtschaftlichen Tbc-Hilfe erhalten von der Stadt Wien jedes Jahr ein Lebensmittelpaket als Weihnachtsgeschenk überreicht, dessen Inhalt je nach Normal-, Diät- und Diabetikerkost verschieden ist.

Pensionistenklubs

Die von der Stadt Wien geführten Pensionistenklubs sind während der Wintermonate (ab 24. September bis Ende April) im wahrsten Sinne des Wortes eine „Heimstätte" für unsere alten Mitbürger. Sie sind von Montag bis Freitag von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Die alten Leute finden in gemütlichen, warmen Räumen nicht nur das beliebte Schalerl Kaffee und des öfteren eine gute Mehlspeise, sondern auch Zerstreuung, geselligen Anschluß und fürsorgerische Betreuung. Es stehen den Besuchern Tageszeitungen, Bücher, Zeitschriften, Radioapparate und diverse Spiele zur Verfügung; Lichtbildervorträge, Verkehrserziehungsvorträge, Filmvorführungen und künstlerische Ver-

anstaltungen bringen Abwechslung in die Pensionistenklubs. Außerdem erhalten die Besucher zweimal monatlich neben der täglichen Jause ein vollständiges Mittagessen. Diese Einrichtungen erfreuen sich immer größerer Beliebtheit (im Betriebsjahr 1979/80 167 Klubs). Die Anmeldungen erfolgen im Sozialreferat des Wohnbezirkes oder im Klub selbst. Aufgenommen werden Sozialhilfebezieher und Pensionisten mit kleineren Pensionen, nach Maßgabe der freien Plätze auch Personen mit höherem Einkommen.

Landaufenthaltsaktion

Von der Stadt Wien wird in der Zeit von Mai bis September die Landaufenthaltsaktion durchgeführt. Teilnahmeberechtigt sind alle Dauersozialhilfeempfänger und Pensionistenklubbesucher. Die Urlauber sind in Vertragspensionen der Stadt Wien im Burgenland, in Niederösterreich, in Oberösterreich und in der Steiermark untergebracht. Den Gästen werden drei Mahlzeiten geboten. Für Schonkost steht eine eigene Pension in Niederösterreich zur Verfügung. Jeder Pension ist eine Betreuerin zugeteilt, die sich um das Wohl der Urlauber, insbesondere um ärztliche Hilfe, kümmert, die Qualität und Menge der Mahlzeiten überprüft sowie Unzukömmlichkeiten abstellt.

Für den 14tägigen Urlaub ist ein dem Einkommen des Teilnehmers entsprechender Kostenbeitrag zu leisten.

Mütterurlaub

Alleinstehende Mütter, die Dauersozialhilfe beziehen, haben in den Sommermonaten die Möglichkeit, entweder gemeinsam mit ihren Kindern oder alleine einen 14tägigen Erholungsaufenthalt in einer Vertragspension der Stadt Wien zu verbringen. Im letzteren Fall werden die Kinder in einem Heim des Wiener Jugendhilfswerkes untergebracht.

Für diesen Urlaub ist von den Müttern ein geringer Kostenbeitrag zu leisten.

Fahrt ins Grüne

Erstmalig im Jahr 1973 wurde in den Monaten Juli und August von der Stadt Wien die Aktion „Fahrt ins Grüne" durchgeführt. Diese Aktion im Rahmen der sozialen Dienste verfolgt den Zweck, älteren Mitbürgern der Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 täglich von Montag bis Freitag Halbtagsfahrten (13.30 bis 18 Uhr) per Autobus zu am Stadtrand gelegenen Erholungsstätten zu ermöglichen, damit sie dort in frischer Luft Erholung und Entspannung genießen. Die Kosten dieser der Gesundheit und dem Wohlergehen der älteren Mitbürger gewidmeten Aktion trägt die Stadt Wien.

Die Abfahrt der Autobusse erfolgt für den 4., 5., 7. und 9. Bezirk vor den magistratischen Bezirksämtern, für den 6. Bezirk vor dem Amtshaus in der Amerlingstraße, für den 8. Bezirk vor dem Amtshaus am Schlesingerplatz und für den 1. Bezirk Ecke Schwertgasse/Wipplingerstraße.

Ausflugsaktion

In der Zeit von April bis Oktober wird die Ausflugsaktion durchgeführt. Teilnahmeberechtigt sind hier alle Dauersozialhilfeempfänger, Pensionistenklubbesucher und Pfleglinge der Wiener Pflegeheime. Die Aktion umfaßt fünf kleine bzw. zwei oder drei größere Ausflugsfahrten. Geboten wird ein komplettes Mittagessen und eine Jause. Die Fahrten werden mit modernen Autobussen durchgeführt.

Pensionistenheime

Der Fonds „Kuratorium Wiener Pensionistenheime" hat sich die Aufgabe gestellt, Pensionistenheime zu errichten und zu führen, in die rüstige alte Menschen, die seit mindestens zwei Jahren ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben, aufgenommen werden können. Da die Pensionistenheime als reine Wohnheime geführt werden und nicht als Pflegeheime oder Altersspitäler, *können dauernd pflegebedürftige Personen weder aufgenommen noch weiter belassen werden.*

Der Fonds hat derzeit dreizehn Heime in Betrieb, und zwar:

Pensionistenheim „Augarten", 2, Rauscherstraße 16, 273 Heimplätze
Pensionistenheim „Erdberg", 3, Würtzlerstraße 25, 229 Heimplätze
Pensionistenheim „Laaerberg", 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse 3, 232 Heimplätze
Pensionistenheim „Haidehof", 11, Rzehakgasse 4, 264 Heimplätze
Pensionistenheim „Föhrenhof", 13, Dr. Schober-Straße 3, 232 Heimplätze
Pensionistenheim „Rosenberg", 13, Rosenhügelstraße Nr. 192, 300 Heimplätze
Pensionistenheim „Penzing", 14, Dreyhausenstraße 29 (Ecke Ameisgasse), 259 Heimplätze
Pensionistenheim „Schmelz", 15, Ecke Schanzstraße – Ibsenstraße, 250 Heimplätze
Pensionistenheim „Liebhartstal", 16, Thaliastraße 157, 245 Heimplätze
Pensionistenheim „Döbling", 19, Pfarrwiesengasse 23, 272 Heimplätze
Pensionistenheim „Leopoldau", 21, Großfeldsiedlung, Kürschnergasse 10, 292 Heimplätze
Pensionistenheim „Sonnenhof", 22, Stadlau, Viktor Kaplan-Straße 6–8, 165 Heimplätze
Pensionistenheim „Atzgersdorf", 23, Gatterederstraße 12, 240 Heimplätze

Um den Heimbetrieb kennenzulernen, können Pensionisten nach Voranmeldung einen Monat in einem Pensionistenheim probewohnen.

Urlaub im Pensionistenheim ist in solchen Fällen möglich, in denen Angehörige einen Pensionisten in der Zeit, in der sie selber Urlaub machen, im Pensionistenheim versorgt wissen wollen.

Um z. B. alleinstehenden Personen nach einem Krankenhausaufenthalt eine entsprechende Betreuung zu ermöglichen oder um den Angehörigen vom Pflegebedürftigen einen Urlaub zu ermöglichen, ist eine vorübergehende Aufnahme in eine Abteilung für besondere Betreuung eines Pensionistenheimes für pflegebedürftige mobilisierbare Pensionisten (im Rahmen der Sozialindikation) möglich.

Vormerkungen bzw. Anmeldungen für ein Wiener Pensionistenheim können nur in der Geschäftsstelle des Fonds, 1, Schottenring 25, in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 8 und 11 Uhr erfolgen. Folgende Unterlagen sind erforderlich: Staatsbürgerschaftsnachweis, Meldezettel, letzter Pensionsabschnitt (ohne Sonderzahlung).

Kuratorium Wiener Jugendheime

Das Kuratorium Wiener Jugendheime dient dem Ziel, Pflegekinderheime, Wohn- und Tagesheime, sonstige Heime sowie Rehabilitationseinrichtungen für Kinder und Jugendliche und für Arbeitnehmer bis zum vollendeten 27. Lebensjahr mit ordentlichem Wohnsitz, gewöhnlichem Aufenthalt oder aufrechtem Lehr- oder Dienstverhältnis in Wien zu errichten und zu führen.

Am 1. Juli 1976 wurde das in zweijähriger Bauzeit in 13, Amalienstraße 51, errichtete Jugendwohnheim Ober-St. Veit eröffnet. Dieses Heim dient der Unterbringung von je 140 männlichen und weiblichen Arbeitnehmern in 280 Wohneinheiten, wobei auch die Möglichkeit zur Freizeitgestaltung geboten wird.

Ein zweites Wohnheim in 23, Gatterederstraße (Jugendwohnheim Atzgersdorf), steht kurz vor der Eröffnung und wird 192 männlichen Lehrlingen und 167 männlichen ausgebildeten Arbeitnehmern einen Wohnplatz bieten.

Mietzinsbeihilfe

Für Mieter von Wohnungen, die dem Mietengesetz oder dem Zinsstoppgesetz unterliegen und für welche der Hauptmietzins infolge von Reparaturarbeiten gemäß § 7 oder § 2 in Verbindung mit § 7 des Mietengesetzes erhöht wurde, ist die Gewährung einer Mietzinsbeihilfe im Rahmen der Sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien möglich.

Für die Bemessung der Mietzinsbeihilfe ist nur das monatliche Familieneinkommen (netto) maßgebend.

Eine Mietzinsbeihilfe wird in der Regel gewährt, wenn der Hauptmietzins auf mehr als das Sechsfache erhöht wurde und die Entscheidung der Schlichtungsstelle (des Gerichtes) vor dem 1. August 1974 ergangen ist. Bei Hauptmietzinserhöhungen ab dem 1. August 1974 besteht Anspruch auf Mietzinsbeihilfe des Bundes. Die Anträge sind beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt einzubringen.

In sozialen Härtefällen kann Mietzinsbeihilfe auch bei einer geringeren Zinserhöhung sowie zusätzlich zu der seitens des Bundes gewährten Mietzinsbeihilfe gegeben werden. Auch ist die Gewährung eines Vorschusses auf die beim Finanzamt beantragte Beihilfe bis zu deren Auszahlung möglich.

Anträge können schriftlich oder mündlich bei der MA 12, 1, Schottenring 24, 1. Stock, Tür 102, 102a, 167 und 195, Referat Soziale Mietzinsbeihilfe, eingebracht werden (Vorsprache nach Wohnadressen, Tel. Leiter 66 14*, 244, Referenten 253, 257, 268, 275, 283, 295).

SOZIALVERSICHERUNG

(MA 14)

Allgemeine Sozialversicherung

Die Allgemeine Sozialversicherung der unselbständig Erwerbstätigen wird durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, in der jeweils geltenden Fassung geregelt. Sie umfaßt als Vollversicherung die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie als Teilversicherung auch einzelne der genannten Versicherungszweige für sich allein. Zur Vollversicherungspflicht tritt in der Regel auch Arbeitslosenversicherungspflicht nach den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AlVG), BGBl. Nr. 199/1958.

Versicherungspflicht

Der Vollversicherung unterliegen alle Dienstnehmer und Lehrlinge einschließlich der Heimarbeiter sowie bestimmte Gruppen von Schülern und Personen, die eine Ausbildung im Rahmen der Berufsfürsorge erhalten. Ebenso sind bestimmte Gruppen von selbständig Erwerbstätigen, die den Dienstnehmern gleichgestellt werden, wie z. B. Hebammen, hauptberuflich tätige Lehrer und Erzieher sowie Musiker, wenn sie in keinem Dienstverhältnis stehen, selbst keine Angestellten beschäftigen und wenn die Beschäftigung ihren Hauptberuf und die Hauptquelle ihrer Einnahmen bildet, vollversichert. Wenn das Entgelt (Einkommen) aus der Beschäftigung bei für kürzere Zeit als eine Woche vereinbarten Dienstverhältnissen höchstens 131 S täglich, bei für mindestens eine Woche oder auf unbestimmte Zeit vereinbarten Dienstverhältnissen höchstens 393 S wöchentlich oder höchstens 1.708 S monatlich beträgt, liegt Geringfügigkeit der Beschäftigung vor, und es besteht nur Teilversicherungspflicht in der Unfallversicherung. Handelt es sich jedoch um eine Beschäftigung als Lehrling oder als Hausbesorger, so gilt eine solche nicht als geringfügig, wenngleich die angeführten Entgeltgrenzen nicht erreicht werden. Ebenso gilt eine Beschäftigung dann nicht als geringfügig, wenn ein die obigen Ansätze übersteigendes Entgelt nur deshalb nicht erreicht wird, weil im Betrieb wegen Arbeitsmangels Kurzarbeit eingeführt wurde oder weil die Beschäftigung im Laufe des betreffenden Monats oder der betreffenden Woche begonnen hat, geendet hat oder unterbrochen wurde.

Die im Betrieb als Dienstnehmer oder Lehrlinge beschäftigten Angehörigen des Dienstgebers sind wie betriebsfremde Personen vollversichert, es sei denn, daß es sich um den land-(forst-)wirtschaftlichen Betrieb eines selbständigen Landwirtes handelt und die Beschäftigung hauptberuflich ausgeübt wird. In einem solchen Fall sind die Kinder, Enkel, Wahlkinder, Stiefkinder und Schwiegerkinder des Dienstgebers von der Vollversicherung des ASVG ausgenommen, unterliegen dann jedoch der Unfallversicherungspflicht sowie der Versicherungspflicht in der Bauernkrankenversicherung und Bauernpensionsversicherung.

Dienstnehmer und Heimarbeiter sind arbeitslosenversicherungspflichtig, wenn sie krankenversicherungspflichtig sind, Lehrlinge sind erst im letzten Lehrjahr arbeitslosenversicherungspflichtig.

Freiwillige Versicherung

Personen, die keiner gesetzlichen Krankenversicherung unterliegen oder die aus einer Pensionsversicherung ausgeschieden sind, können sich in der Kranken- bzw. Pensionsversicherung freiwillig versichern. Wird ein Antrag auf freiwillige Selbstversicherung in der Krankenversicherung innerhalb von sechs Wochen nach dem Ausscheiden aus einer vorangegangenen Pflichtversicherung gestellt, so beginnt die Selbstversicherung unmittelbar im Anschluß an die Pflichtversicherung, in allen anderen Fällen erst mit dem Antrag. Im Gegensatz zur freiwilligen Weiterversicherung in der Pensionsversicherung sind für die Selbstversicherung in der Krankenversicherung vorangegangene Versicherungszeiten nicht erforderlich.

Das Recht auf Weiterversicherung in der Pensionsversicherung muß bis zum Ende des sechsten, auf das Ausscheiden aus der Pflichtversicherung folgenden Monates geltend gemacht werden. Die Weiterversicherung in der Pensionsversicherung ist zulässig, wenn der Antragsteller in den letzten zwölf Monaten vor dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung mindestens sechs oder in den letzten 36 Monaten mindestens zwölf oder in den letzten fünf Jahren jährlich mindestens drei Versicherungsmonate einer gesetzlichen Pensionsversicherung aufweist. Hat der

Antragsteller insgesamt jedoch mindestens 120 Versicherungsmonate in einer gesetzlichen Pensionsversicherung erworben, so kann er sich jederzeit und ohne Bindung an eine Antragsfrist weiterversichern.

Frauen, die die Voraussetzungen für eine freiwillige Weiterversicherung in der Pensionsversicherung nicht erfüllen und sich der Erziehung und Pflege eines Kindes widmen, können, sofern sie durch die Pflege und Erziehung des im gemeinsamen Haushalt lebenden Kindes in ihrer Arbeitskraft überwiegend beansprucht werden und sie den Wohnsitz im Inland haben, bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes eine Selbstversicherung abschließen. Zu einer solchen Selbstversicherung sind entweder die Mutter, die Wahlmutter oder die Stiefmutter berechtigt. Die entsprechenden Anträge auf Selbstversicherung sind bei der Pensionsversicherungsanstalt einzubringen, in deren Versicherung die Antragstellerin zuletzt nach dem ASVG Versicherungszeiten als Arbeiterin oder Angestellte erworben hat.

Eine freiwillige Weiterversicherung ist bei gleichzeitigem Bestehen einer gesetzlichen Pflichtversicherung im gleichen Versicherungszweig grundsätzlich ausgeschlossen.

Eine Sonderform der freiwilligen Versicherung stellt die Möglichkeit des nachträglichen Einkaufes von Versicherungszeiten in der Pensionsversicherung dar. Personen, die im Zeitraum vom 1. Jänner 1939 bis 31. Dezember 1978 mindestens 180 Pflichtbeitragsmonate oder vom 1. Jänner 1956 bis 31. Dezember 1978 mindestens 60 Pflichtbeitragsmonate in einer gesetzlichen Pensionsversicherung erworben haben und noch keine Pension beziehen, können für die im Zeitraum vom 1. Jänner 1956 bis 31. Dezember 1976 gelegenen Monate, während derer sie nicht versichert waren, durch Entrichtung von Beiträgen Versicherungszeiten einkaufen. Hiebei ist für jeden einzukaufenden Monat für Männer ein Beitrag von 1.000 S, für Frauen ein solcher von 700 S zu entrichten. Diese Beiträge erhöhen sich pro Jahr um 8,5 v. H., soweit sie nach dem 31. Dezember 1977 entrichtet werden. Die Beiträge sind innerhalb von sechs Monaten nach Bewilligung des Einkaufes für sämtliche im angeführten Zeitraum gelegenen, versicherungsfreien Monate zu entrichten, eine Auswahl nur einzelner Monate ist nicht möglich. In Härtefällen kann jedoch eine Ratenzahlung bzw. eine Herabsetzung der Beiträge bewilligt werden. Es ist nunmehr auch ein nachträglicher Einkauf von Versicherungszeiten für Zeiten der Kindererziehung (Pflege) möglich.

Sozialversicherungsbeiträge

Die Bemessung der Sozialversicherungsbeiträge erfolgt vom Entgelt (einschließlich der Sachbezüge), auf das der Dienstnehmer Anspruch hat oder das er darüber hinaus vom Dienstgeber oder einem Dritten erhält, d. h. es unterliegen also auch vom Dienstgeber über den Anspruch hinaus freiwillig gewährte Zuwendungen ebenso wie z. B. Trinkgelder der Beitragspflicht. Beitragsfrei hingegen sind z. B. Aufwandentschädigungen und Spesenersätze, die Abfertigung, Wohnungsbeihilfe, Familienbeihilfe u. dgl. Eine Aufzählung der beitragsfreien Entgeltteile findet sich im § 49 Abs. 3 ASVG.

Die Bemessung der Beiträge ist durch eine Höchstbeitragsgrundlage begrenzt. Diese ist jeweils in der Krankenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung sowie in der Unfall- und Pensionsversicherung gleich hoch, wobei in der Unfall- und Pensionsversicherung die Höchstbeitragsgrundlage jährlich neu bemessen wird. Die Höchstbeitragsgrundlage in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung beträgt ¾ hievon.

Für Sonderzahlungen, wie z. B. ein 13. und 14. Monatsgehalt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, sind ebenfalls Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten, jedoch nur bis zum Zweifachen der jeweiligen monatlichen Höchstbeitragsgrundlage im Jahr, wobei für die Arbeitslosenversicherung nur das Einfache heranzuziehen ist.

Die Beitragssätze betragen in der Krankenversicherung 5% für Angestellte, 7,5% für Arbeiter, in der Arbeitslosenversicherung 2,1% für Arbeiter und Angestellte, in der Unfallversicherung 1,5% sowie in der Pensionsversicherung 17,5%. Von den Beiträgen entfallen bis auf die Unfallversicherungsbeiträge, die der Dienstgeber zur Gänze allein zu tragen hat, jeweils die Hälfte auf den Dienstgeber und den Dienstnehmer (in der Pensionsversicherung entfallen auf den Versicherten 9,25% und auf den Dienstgeber 10,25%). Für Arbeiter, die im Erkrankungsfall Anspruch auf Weiterzahlung der Bezüge (Entgeltfortzahlungsgesetz) haben, sowie für Heimarbeiter ermäßigt sich der Krankenversicherungsbeitrag auf 6,3%.

Leistungen

Aus der Krankenversicherung gebühren als wichtigste Sachleistungen Krankenbehandlung einschließlich allfällig notwendiger Anstaltspflege, Heilmittel und Heilbehelfe, Zahnbehandlung und Zahnersatz, Hilfe bei körperlichen Gebrechen sowie vorbeugende Jugendlichen- und Gesundenuntersuchungen. Als Barleistungen sind Krankengeld, gegebenenfalls an dessen Stelle Familien- oder Taggeld, Wochengeld, Entbindungsbeitrag und Bestattungskostenbeitrag vorgesehen.

Aus der Pensionsversicherung gebührt eine Alterspension, wenn die versicherte Person

1. das 65. Lebensjahr (Männer) bzw. das 60. Lebensjahr (Frauen) vollendet hat,
2. am nächsten Monatsersten nach der Vollendung dieses Alters oder – falls der Pensionsantrag später gestellt wird – nach der Stellung des Antrages nicht eine pensionsversicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, aus der ein Entgelt von mehr als 2.593 S im Monat gebührt, und
3. 180 anrechenbare Versicherungsmonate, hievon zwölf in den letzten 36 Monaten, aufzuweisen hat.

Die vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit gebührt, wenn der Versicherte nach Vollendung des 60. Lebensjahres (die Versicherte nach Vollendung des 55. Lebensjahres) innerhalb der letzten 15 Monate vor dem Stichtag (das ist der dem Pensionsantrag folgende Monatserste) mindestens 52 Wochen eine Geldleistung aus der Arbeitslosenversicherung bezogen hat, für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit. Für diesen Anspruch ist ebenfalls erforderlich, daß mindestens 180 Versicherungsmonate, hievon zwölf in den letzten 36 Monaten, nachgewiesen werden.

Die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer (Frühpension) gebührt männlichen Versicherten, wenn sie das 60. Lebensjahr erreicht haben bzw. weiblichen Versicherten bei Erreichung des 55. Lebensjahres. Voraussetzung für den Anfall dieser Pension ist, daß außer der Erfüllung der Wartezeit von 180 Monaten insgesamt mindestens 420 für die Bemessung der Leistung anrechenbare Versicherungsmonate erworben sind, hievon innerhalb der letzten 36 Monate vor dem Stichtag 24 Pflichtbeitragsmonate der Pensionsversicherung. Ferner darf der Versicherte am Stichtag weder selbständig noch unselbständig erwerbstätig sein.

Übt ein Alterspensionist wieder eine pensionsversicherungspflichtige Beschäftigung aus, so gebührt ihm (für höchstens 36 Monate) nach Erwerbung von je zwölf Beitragsmonaten ein Zuschlag zur Alterspension. Dieser beträgt für je zwölf Beitragsmonate 1,5 % des vierzehnten Teiles der Summe der auf diese Monate entfallenden Beiträge.

Anspruch auf eine erhöhte Alterspension hat derjenige, der trotz Berechtigung die Alterspension noch nicht beansprucht. Die Erhöhung beträgt für je weitere zwölf Versicherungsmonate, abgestuft nach dem Lebensalter (61. Lebensjahr bis ab 71. Lebensjahr), 2 bis 5 % der Alterspension.

Wegen Berufsunfähigkeit eines Angestellten oder Invalidität eines Arbeiters gebührt eine Pension, wenn

1. die Berufsunfähigkeit (Invalidität) entweder dauernd oder zwar vorübergehend, aber länger als 26 Wochen anhaltend ist und

2. 60 anrechenbare Versicherungsmonate, hievon zwölf in den letzten 36 Monaten, vorliegen.

Bei Personen, die nach dem 31. Dezember 1955 erst nach Vollendung des 50. Lebensjahres erstmalig pensionsversicherungspflichtig werden, sind als Wartezeit für die Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension 96 Monate erforderlich.

Die Witwe eines Versicherten sowie die Waisen bis zum 18. Lebensjahr – bei längerer beruflicher Ausbildung, z. B. Studium, auch länger – erhalten eine Pension, wenn der Verstorbene 60 (eventuell 96) anrechenbare Versicherungsmonate, hievon zwölf in den letzten 36 Monaten, erworben hatte. Eine solche Pension gebührt auch insbesondere dann, wenn der Verstorbene bereits selbst Pensionist war.

Die für sämtliche Arten von Pensionsansprüchen erforderliche Dritteldeckung, das ist das Erfordernis, daß in den letzten 36 Monaten zwölf Versicherungsmonate vorliegen müssen, entfällt, wenn die Zeit zwischen dem 1. Jänner 1939 oder vom späteren erstmaligen Eintritt in die Versicherung an bis zum Stichtag zu zwei Dritteln durch Versicherungsmonate gedeckt ist.

Wenn das Gesamteinkommen des Pensionsberechtigten einschließlich des Einkommens des Ehegatten nicht die Höhe des Richtsatzes erreicht, erhält er zur Pension eine Ausgleichszulage. Die Ausgleichszulage ist gleich dem Unterschied zwischen dem Gesamteinkommen einschließlich der Pension und dem Richtsatz. Die Höhe des Richtsatzes wird auf Grund der Pensionsanpassung (§ 293 ASVG) jährlich neu festgesetzt.

Pensionsbezieher, die auf Grund körperlicher oder geistiger Gebrechen der ständigen Wartung und Hilfe bedürfen, haben Anspruch auf einen Hilflosenzuschuß.

Die Bezieher von Pensionen aus der Pensionsversicherung sind krankenversichert, wenn und solange sie sich ständig im Inland aufhalten. Die Beiträge zu dieser Krankenversicherung werden überwiegend von den Pensionsversicherungsträgern geleistet, von den Pensionen selbst wird nur ein geringfügiger Anteil einbehalten.

Leistungen aus der Pensionsversicherung gebühren grundsätzlich nur über Antrag. Zur Antragstellung ist das hiefür aufliegende Formblatt zu verwenden, und es sind die entsprechenden Unterlagen und Urkunden beizuschließen. Der Antrag auf eine Pension ist grundsätzlich beim zuständigen Versicherungsträger zu stellen, kann jedoch, insbesondere in den Fällen, in denen der Versicherte etwa wegen der weiten Entfernung seines Wohnsitzes oder wegen körperlicher Gebrechen nicht ohne weiteres in der Lage ist, den Versicherungsträger selbst aufzusuchen, auch bei jedem anderen Versicherungsträger oder überhaupt bei jeder anderen Behörde, wie z. B. Bezirksverwaltungsbehörde, Gemeindeamt usw., eingebracht werden. Der Antrag wird dann von diesen Stellen an den zuständigen Versicherungsträger weitergeleitet, wobei als Tag der Antragstellung nicht erst das Einlangen beim zuständigen Versicherungsträger, sondern bereits der Zeitpunkt der Einbringung bei der betreffenden Behörde gilt.

Auf Leistungen aus der Unfallversicherung besteht Anspruch, wenn der Versicherte einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit erleidet. Als hauptsächliche Leistungen aus der Unfallversicherung gebühren als Sachleistung die Unfallheilbehandlung sowie als Barleistung die Versehrtenrente. Wird durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit der Tod des Versicherten verursacht, so gebühren neben einem Sterbegeld, Witwen- und Waisenrenten in bestimmten Fällen auch Eltern- und Geschwisterrenten. Für die Dauer der Unfallheilbehandlung kann auch eine besondere Unterstützung gewährt werden, bei Anstaltspflege gebührt Familien- und Taggeld. Ist nach einem Arbeitsunfall mit Dauerfolgen die Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit im ursprünglichen oder einem zumutbaren neuen Beruf möglich, so werden Berufsfürsorgeleistungen (berufliche Ausbildungen sowie Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle oder einer anderen Erwerbsmöglichkeit) gewährt. Für die Dauer der Einarbeitung in einem neuen Beruf können Zuschüsse gewährt werden.

Aus der Arbeitslosenversicherung gebühren nach einer bestimmten Anwartschaft bei Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe. Dienstnehmerinnen, die einen Karenzurlaub im Sinne des Mutterschutzgesetzes in Anspruch nehmen, erhalten Karenzurlaubsgeld. Für alleinstehende Mütter gebührt unter bestimmten Voraussetzungen eine Sondernotstandshilfe.

Für Versicherte oder Bezieher einer Pension aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit, die an einer körperlichen oder geistigen Behinderung leiden, werden von den Pensionsversicherungsträgern und vom Unfallversicherungsträger überdies Leistungen zur Rehabilitation gewährt. Diese umfassen neben medizinischen Hilfen auch solche beruflicher und sozialer Art, wie Gewährung einer beruflichen Ausbildung, Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle, Gewährung von Übergangsgeld, Beitrag zu den Kosten des Unterhaltes des Versicherten und seiner Angehörigen während beruflicher Ausbildungsmaßnahmen.

Rechtsmittelverfahren

Im Bereich der Sozialversicherung ist grundsätzlich zwischen zwei Arten von Rechtsmittelverfahren zu unterscheiden, nämlich dem Verfahren in Verwaltungssachen und dem Verfahren in Leistungssachen, wobei als Verfahren in Verwaltungssachen jedes Verfahren gilt, bei dem es nicht um die Feststellung des Bestandes oder Umfanges einer Versicherungsleistung geht. Das Verfahren in Verwaltungssachen ist ein normales Verwaltungsverfahren mit Instanzenzug bis zum Landeshauptmann bzw. zum Bundesministerium für soziale Verwaltung, während das Verfahren in Leistungssachen ein gerichtliches Verfahren ist. Hat nun ein Versicherungsträger von Amts wegen oder über Antrag eines Versicherten oder seines Dienstgebers einen Bescheid erlassen, bei dem es sich um eine Angelegenheit des Verwaltungsverfahrens handelt (z. B. wenn die Versicherungspflicht oder die Versicherungsberechtigung einer Person strittig ist, wenn ein Dienstgeber für Beitragsschuldigkeiten haftbar gemacht wird, wenn die Beitragspflicht von Bezügen festgestellt wird oder der Versicherungsträger dem Dienstgeber Beiträge zur Nachzahlung vorschreibt usw.), so kann gegen einen solchen Bescheid binnen einem Monat nach der Zustellung ein Einspruch eingebracht werden. Der Einspruch ist schriftlich bei dem Versicherungsträger einzubringen, der den Bescheid erlassen hat. Eine unmittelbare Einbringung des Einspruches beim Landeshauptmann ist unzulässig und kann zu einer Versäumnis der Einspruchsfrist führen. Wurde der Einspruch ordnungsgemäß beim Versicherungsträger eingebracht, so wird er von diesem unter Anschluß der Akten und einer Stellungnahme zum Einspruchsvorbringen dem

Landeshauptmann (Amt der Landesregierung) zur Entscheidung vorgelegt. Einsprüche haben grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung, d. h. der Bescheid des Versicherungsträgers kann auch dann sofort vollstreckt werden, wenn er angefochten wurde. In besonderen Fällen kann der Landeshauptmann dem Einspruch jedoch aufschiebende Wirkung zuerkennen, und zwar dann, wenn durch eine vorzeitige Vollstreckung ein nicht wiedergutzumachender Schaden entstünde. Ein Antrag auf aufschiebende Wirkung ist gleichzeitig mit dem Einspruch einzubringen. Eine nachträgliche Einbringung ist nur innerhalb der Einspruchsfrist möglich.

Hat nun der Landeshauptmann auf Grund eines Einspruches über die Versicherungspflicht einer Person oder deren Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung entschieden, so kann der Bescheid des Landeshauptmannes binnen zwei Wochen nach der Zustellung durch eine schriftlich beim Amt der Landesregierung einzubringende Berufung angefochten werden. Über die Berufung entscheidet als letzte Instanz das Bundesministerium für soziale Verwaltung. In allen anderen Angelegenheiten, z. B. Beitragspflicht, endet der Instanzenzug bereits beim Landeshauptmann, und es ist eine Berufung unzulässig.

Was die Kosten des Verfahrens in Verwaltungssachen betrifft, so ist das Verfahren von sämtlichen Gebühren und Abgaben befreit, und es trägt jede am Verfahren beteiligte Partei ihre Kosten selbst. Eine Verpflichtung zum Kostenersatz erfolgt nur dann, wenn eine Partei durch mutwillige Verschleppung des Verfahrens infolge irreführender Angaben oder ungerechtfertigter Aussageverweigerung zusätzliche Kosten verursacht. Wird der Bescheid eines Landeshauptmannes oder des Bundesministeriums für soziale Verwaltung infolge Erschöpfung des Instanzenzuges durch Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof angefochten, so ist die unterlegene Partei verpflichtet, der obsiegenden Partei auch deren Kosten zu ersetzen.

Gegen Bescheide der Versicherungsträger in einer Leistungssache (z. B. Krankengeld, Pension) findet ein Rechtsmittelverfahren im eigentlichen Sinne nicht statt. Solche Bescheide können binnen drei Monaten durch Klage an das zuständige Schiedsgericht der Sozialversicherung angefochten werden, wobei sie dann in dem Umfang, in dem die Klage erhoben wurde, automatisch außer Kraft treten und die Zuständigkeit zur Entscheidung an die gerichtlichen Instanzen übergeht.

Die Klage muß eine gedrängte Darstellung des Streitfalles, die Angabe der Beweismittel und ein bestimmtes Entscheidungsbegehren enthalten. Der Bescheid des Versicherungsträgers ist in Ur- oder Abschrift anzuschließen. Die Klage ist in zweifacher Ausfertigung beim zuständigen Schiedsgericht der Sozialversicherung oder beim Versicherungsträger selbst einzubringen. Beim Schiedsgericht kann die Klage auch mündlich zu Protokoll gegeben werden. Über die Klage entscheidet das Schiedsgericht in Form eines Urteiles oder Beschlusses. Gegen ein solches Urteil kann in der Unfall- und Pensionsversicherung in bestimmten Fällen, jedoch nur unter der Voraussetzung der Aktenwidrigkeit oder der unrichtigen rechtlichen Beurteilung, eine Berufung an das Oberlandesgericht Wien eingebracht werden.

Im Verfahren vor den Schiedsgerichten oder dem Oberlandesgericht Wien hat der Versicherungsträger dem Kläger jedenfalls die Zeugen-, Sachverständigen- und Beisitzergebühren, die Barauslagen (z. B. das Fahrgeld) sowie den Verdienstentgang zu ersetzen, und zwar auch dann, wenn der Kläger unterliegt. Die übrigen Auslagen des Klägers, z. B. Barauslagen bei Erhebung der Klage (Anwaltskosten), sind vom Kläger selbst zu tragen, können jedoch nach Billigkeit auch dem Versicherungsträger zum Ersatz auferlegt werden.

Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sowie Karenzurlaubsgeld sind beim zuständigen Arbeitsamt geltend zu machen. Wird der Anspruch nicht anerkannt, so kann der Anspruchswerber gegen den ablehnenden schriftlichen Bescheid binnen zwei Wochen eine Berufung beim Arbeitsamt einbringen. Über diese Berufung entscheidet das Landesarbeitsamt.

Stempelgebühren und sonstige Abgaben

Alle Eingaben, wie Einsprüche, Klagen, sowie Vollmachten in Sozialversicherungsangelegenheiten sind stempel- und gebührenfrei, soweit und solange sie nur für Zwecke der Sozialversicherung verwendet werden. Wird davon jedoch auch ein anderer Gebrauch gemacht, so sind die in Betracht kommenden Abgaben nachträglich zu entrichten. Ausgenommen von der Gebührenfreiheit ist das Exekutionsverfahren zur Eintreibung nicht rechtzeitig entrichteter Beiträge.

Sozialversicherung der Gewerbetreibenden

Die Sozialversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig erwerbstätigen Personen umfaßt die Krankenversicherung, Pensionsversicherung und Unfallversicherung. Wesentlichste Rechtsquelle bezüglich der Kranken- und Pensionsversicherung ist nunmehr das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz-GSVG, BGBl. Nr. 560/1978. Die Durchführung der Versicherung obliegt der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

Krankenversicherung

Diese Krankenversicherung (früher Meisterkrankenversicherung) umfaßt den Großteil aller selbständig Erwerbstätigen bzw. Gewerbetreibenden. Versicherungspflichtig sind vor allem die Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft; die Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft und die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer der Kammern der gewerblichen Wirtschaft sind; die zu Geschäftsführern bestellten Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer der bezeichneten Kammern sind; die Bezieher einer Pension aus der gewerblichen Sozialversicherung; die ordentlichen Kammerangehörigen einer Ärztekammer, sofern sie freiberuflich tätig sind; die Mitglieder der Rechtsanwaltskammern; die Mitglieder der Österreichischen Apothekerkammer in der Abteilung für selbständige Apotheken; die Mitglieder der Ingenieurkammern; die Mitglieder der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

Ausgenommen von der Pflichtversicherung sind Personen, die einen Gewerbebetrieb als Deszendentenbetrieb weiterführen oder die auf Grund eines Pensionsbezuges aus einer ASVG-Pensionsversicherung nach dem ASVG krankenversichert sind.

Personen, die auf Grund einer Erwerbstätigkeit nach dem ASVG oder in der Beamtenkrankenversicherung pflichtversichert sind, können für die Dauer einer solchen Erwerbstätigkeit das Ruhen der Selbständigen-Krankenversicherung beantragen.

Als Leistungen aus der Selbständigen-Krankenversicherung gebühren Krankenbehandlung bzw. ärztliche Hilfe, allenfalls notwendige Anstaltspflege, Heilmittel und Heilbehelfe, Zahnbehandlung und Zahnersatz, Hilfe bei körperlichen Gebrechen und Gesundenuntersuchungen. Bei Todesfall gebührt ein Bestattungskostenbeitrag. Die Leistungen werden, abgesehen vom Begräbniskostenbeitrag, bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze des Versicherten als Sachleistungen, darüber hinaus aber nur mehr als

Barleistungen in Form eines Kostenersatzes auf Grund der vorgelegten Rechnungen gewährt. Hiebei werden bis höchstens 80 v. H. der Kosten vergütet. Bei Gewährung von Sachleistungen besteht eine Kostenbeteiligung des Versicherten von 20 v. H., die nachträglich eingehoben wird. Die für die Gewährung von Sachleistungen und Barleistungen maßgeblichen Einkommensgrenzen werden im jeweiligen Gesamtvertrag zwischen den Versicherungsträgern und den Ärzten festgelegt.

Anspruch auf Leistungen für Familienangehörige des Versicherten besteht nur dann, wenn diese im Rahmen der Familienversicherung mitversichert werden. Für eine solche Mitversicherung sind zusätzliche Beiträge zu entrichten. Kinder, Enkel, Wahlkinder, Stief- und Pflegekinder sind auch ohne Bestand einer Familienversicherung anspruchsberechtigt.

Das GSVG sieht auch die Möglichkeit einer Zusatzversicherung vor, bei deren Abschluß dann neben den allgemeinen Leistungen auch Krankengeld, Taggeld und Wochengeld gebührt.

Pensionsversicherung

Die Pensionsversicherung umfaßt gleichfalls im wesentlichen die Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft; die Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft und die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer der bezeichneten Kammern sind; die zu Geschäftsführern bestellten Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer der Kammern der gewerblichen Wirtschaft sind; die ordentlichen Kammerangehörigen einer Ärztekammer, sofern sie freiberuflich tätig sind; die Mitglieder der Rechtsanwaltskammern; die Mitglieder der Österreichischen Apothekerkammer in der Abteilung für selbständige Apotheker; die Mitglieder der Ingenieurkammern; die Mitglieder der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, die freiberuflichen Journalisten und die freiberuflich tätigen bildenden Künstler.

Als Versicherungsbeitrag sind 10,50 v. H. der Einkünfte aus der versicherungspflichtigen Tätigkeit (nicht auch aus sonstigen Einkünften) zu leisten. Mindestbeitragsgrundlage sind 5.325 S. Die Höchstbeitragsgrundlage beträgt derzeit 21.700 S monatlich und wird jährlich neu festgesetzt. Die Leistungen entsprechen im Prinzip jenen der Pensionsversicherungen nach dem ASVG.

Unfallversicherung

Unfallversicherungspflichtig sind die Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft; die ordentlichen Kammerangehörigen einer Ärztekammer, sofern sie freiberuflich tätig sind; die Mitglieder der Rechtsanwaltskammern; die Mitglieder der Österreichischen Apothekerkammer in der Abteilung für selbständige Apotheker; die Mitglieder der Ingenieurkammern, die Mitglieder der Kammer der Wirtschaftstreuhänder; die Mitglieder der Tierärztekammer und die freiberuflich tätigen bildenden Künstler, die überdies auch noch in der Krankenversicherung nach dem ASVG pflichtversichert sind.

Sozialversicherung der Bauern

Die Sozialversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen umfaßt ebenfalls drei Versicherungszweige, nämlich Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung. Rechtsquelle ist hier vor allem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz-BSVG, BGBl. Nr. 559/1978. Die Durchführung der Versicherung erfolgt einheitlich durch die Sozialversicherungsanstalt der Bauern.

Krankenversicherung

Versicherungspflichtig in der Krankenversicherung sind Personen, die auf ihre Rechnung und Gefahr einen land-(forst)wirtschaftlichen Betrieb im Sinne der Bestimmungen des Landarbeitsgesetzes führen oder auf deren Rechnung und Gefahr ein solcher Betrieb geführt wird; der Versicherungspflicht unterliegen ferner die Kinder, Enkel, Wahl- und Stiefkinder sowie die Schwiegerkinder einer der bezeichneten Personen, sofern sie hauptberuflich in diesem Betrieb beschäftigt sind.

Die Höhe der Versicherungsbeiträge hängt vom Einheitswert des Betriebes ab.

Als Leistungen werden Krankenbehandlung, Heilmittel, Heilbehelfe, Krankenpflege, Zahnbehandlung, Mutterschaftsleistungen und vorbeugende Jugendlichen- und Gesundenuntersuchungen gewährt. Als einzige Barleistung gebührt im Todesfall des Versicherten Bestattungskostenbeitrag.

Pensionsversicherung

Der Versicherungspflicht in der Pensionsversicherung unterliegt im wesentlichen der gleiche Personenkreis wie bei der Bauern-Krankenversicherung, ausgenommen sind Personen, die auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften in einer anderweitigen Pensionsversicherung pflichtversichert sind, öffentlich Bedienstete, die Anspruch auf Ruhegenuß haben, Bezieher einer anderweitigen Alters- oder Erwerbsunfähigkeitspension oder eines Ruhegenusses, die mittätigen Ehegattinnen von Versicherten unter bestimmten Voraussetzungen sowie Jagd- und Fischereipächter.

Die Beiträge richten sich nach dem Einheitswert des Betriebes und sind nach Versicherungsklassen gestaffelt. Die Beiträge für die ebenfalls versicherten Angehörigen eines Betriebsführers sind bis zu einem Einheitswert von 35.000 S gleich hoch wie die des Betriebsführers, in den höheren Versicherungsklassen jedoch niedriger. Versicherungsträger ist die Sozialversicherungsanstalt der Bauern.

Die Leistungen entsprechen im Prinzip denen des ASVG, vorzeitige Alterspensionen sind jedoch nicht vorgesehen. Für das Verfahren in Verwaltungs- und Leistungssachen gelten im wesentlichen die Verfahrensvorschriften des ASVG.

Unfallversicherung

Die Versicherung umfaßt im wesentlichen jenen Personenkreis, der auch in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist.

Beamten-Kranken- und Unfallversicherung

Die Kranken- und Unfallversicherung der öffentlich-rechtlichen Bediensteten wird durch das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, geregelt (soweit nicht einzelne Gebietskörperschaften durch eigene Krankenfürsorgeeinrichtungen diesbezüglich vorgesorgt haben), welches an die Stelle des früheren Bundesangestellten-Krankenversicherungsgesetzes getreten ist. Der Versicherungspflicht unterliegen im wesentlichen die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund, einem Bundesland, Gemeindeverband oder einer Gemeinde stehenden Beamten, die unkündbaren Dienstnehmer eines von diesen Körperschaften geführten Betriebes (öffentlichen Fonds, Anstalten, Stiftungen), ferner die Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen, der gesetzgebenden Körperschaften, des Verfassungsgerichtshofes, des Rechnungshofes usw., sofern diese Personen nicht der Pflichtversicherung nach dem ASVG unterliegen oder sofern ihnen nicht im Erkrankungsfall bzw. bei Dienstunfällen und Berufskrankheiten

zumindest gleichwertige Leistungen auf Grund anderweitiger gesetzlicher Regelungen zustehen. Diese Ausnahme erstreckt sich je nach der Gleichwertigkeit der anderweitigen Leistungsansprüche entweder auf die Unfall- oder die Krankenversicherung oder beide zugleich.

Die Krankenversicherung umfaßt die Versicherungsfälle der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes, die Unfallversicherung Berufskrankheiten, Dienstunfälle sowie durch Berufskrankheit oder Dienstunfall verursachte Todesfälle.

An Leistungen werden aus der Krankenversicherung Krankenbehandlung, Heilmittel und Heilbehelfe, Zahnbehandlung und Zahnersatz, Anstaltspflege, Hebammenbeistand, ärztlicher Beistand und Gesundenuntersuchungen als Sachleistungen, Wochengeld, Entbindungsbeitrag und Sterbegeld als Barleistungen gewährt. Aus der Unfallversicherung gebühren Unfallheilbehandlung, Körperersatzstücke und orthopädische Behelfe als Sachleistungen, Versehrtenrente, Versehrtengeld, Witwenbeihilfe, Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten als Barleistungen.

SPORTFÖRDERUNG DER STADT WIEN

(MA 51)

Wie schon in den vergangenen Jahren bildete die rege Bautätigkeit einen der Schwerpunkte der Maßnahmen auf dem Sportsektor. Das umfangreiche Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges. m. b. H. verwalteten Anlagen wird schrittweise verwirklicht. Unter anderem wird für das Wiener Stadion eine neue Heizungsanlage hergestellt. Die Bauarbeiten an der Bezirkssportanlage 20, Brigittenauer Lände, konnten plangemäß abgeschlossen werden. An der Tribüne auf der Sportanlage 19, Hohe Warte, wurden Finalisierungsarbeiten vorgenommen. Mit dem Ausbau der Westtribüne des Sportzentrums West wurde begonnen. Es werden zwei zusätzliche Spielfelder angelegt, während die für den Spielbetrieb notwendigen Garderoben in die Westtribüne eingebaut werden. Für bauliche Herstellungen wurden im Jahr 1978 rund 64 Mio S aufgewendet. Die fachlichen Grundlagen für die einzelnen Baumaßnahmen wurden gemeinsam mit den zuständigen Fachabteilungen erarbeitet.

Über Wunsch berät die MA 51 auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit zur Einsichtnahme in eine umfangreiche Sportdokumentation, sodaß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzungen für eine intensive Beratung der Bauwerber geschaffen werden konnten.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat und Wiener Landessportfachrat sowie deren Arbeits- und Fachausschüsse) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Die Mitarbeit bei den Maßnahmen zur widmungsgemäßen Vorsorge für Sport- und Erholungsflächen, der Kampf um die Sicherung von in ihrem Bestand gefährdeten Sportanlagen und die Beschlußfassung über die Verleihungsbestimmungen für die neu geschaffene Ehrenurkunde des Wiener Landessportrates für verdiente Sportler und Funktionäre standen im Mittelpunkt der umfangreichen Tätigkeit. Dem Wiener Landessportrat obliegt weiters die Verteilung der Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Zur Aufteilung der Förderungsmittel für den Fachverbandssport wurde wieder auf das schon bewährte Punktesystem zurückgegriffen, das die Zahl der Vereine und ihrer Mitglieder, die sportlichen Erfolge und Aktivitäten, die Durchführung von Lehrgängen, die Entsendung von Landesauswahlen zu internationalen Wettkämpfen und die Durchführung von Meisterschaften sowie nationalen und internationalen Wettkämpfen berücksichtigt. Aus den Mitteln der Leistungssportförderung wurden allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnehmen, 65% der Fahrtkosten rückvergütet (800.000 S). Bei der Teilnahme an Europacupbewerben wurden rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt, wobei die Entschädigungssätze je nach Entfernung gestaffelt werden (300.000 S). Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 500.000 S angewiesen. Für die im Vorjahr ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern (Subjektförderung) wurden 300.000 S aufgewendet.

Im Jahr 1978 fanden vier Sitzungen des Wiener Landessportrates und zehn Sitzungen seines Arbeitsausschusses statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 31. Mai 1978 seine Vollversammlung ab, während sein Fachausschuß siebenmal zu Beratungen zusammentrat.

Die MA 51 betreibt derzeit 20 Jugendspielplätze und 41 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen werden. Weitere sieben Spielplätze und 93 Sportanlagen wurden den Wiener Sportorganisationen zur Durchführung des Sportbetriebes in Bestand gegeben. Die Sportanlagen 10, Triester Straße Nr. 106, 10, Laxenburger Straße – Heuberggstättenstraße, 16, Kendlerstraße 38, und 20, Lorenz Müller-Gasse – Spielmanngasse 8, werden von der MA 51 selbst geführt. Seit dem Jahr 1966 werden die Anlagen zur künstlichen Erzeugung von Schnee sowie der Schlepplift in Wien 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), betrieben. Diese Sportstätten im unmittelbaren Naherholungsbereich unserer Stadt erfreuen sich bei den Wintersportlern größter Beliebtheit und haben sich im Sportleben unserer Stadt einen festen Platz gesichert. In der Saison 1977/78 wurden auf dieser Schleppliftanlage 123.012 Erwachsene und 103.595 Kinder befördert. Auf der Himmelhof-Wiese in Wien 13 steht seit dem Jahr 1974 den weniger geübten Skifahrern ein „Baby-Lift" zur Verfügung, auf dem im gleichen Zeitraum 10.860 Erwachsene und 19.640 Kinder befördert wurden.

Die Fitneßstrecke mit insgesamt 20 Stationen auf dem Cobenzl wird in Zusammenarbeit mit dem Wiener Landesschiverband betrieben. Sie findet im Winter auch als Langlaufloipe Verwendung. Für die Benützer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit.

Die städtischen Spielplätze, Turnsäle und Schwimmhallen sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges. m. b. H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Wiener Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Verrechnung der tatsächlichen Kosten erfolgt entweder in Form der Zahlung einer entsprechenden Miete an für die Verwaltung der Anlagen zuständige Dienststellen der Stadt Wien oder

durch die Gewährung einer angemessenen Entschädigung an die betriebsführenden Institutionen.

Im Jahr 1978 konnten einschließlich des Sportgroschens und der Förderung aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer Beihilfen von 120,546.966 S gewährt werden (Sportgroschen 9,420.000 S, Förderung aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer 3,387.736 S, Subventionen 62,214.230 S, sonstige Beiträge 45,525.000 S).

Auf Grund des Sportgroschengesetzes wurde im Jahr 1978 eine Einnahme von 8,769.999,77 S erzielt; ausgegeben wurden 9,420.000 S. Der Differenzbetrag von 650.000,23 S wurde der Rücklage entnommen. Gemäß einer im Arbeitsausschuß für die Vergabe der Sportgroschenmittel getroffenen Vereinbarung erhalten die drei Wiener Dachverbände und der Wiener Fußball-Verband als größter Fachverband eine Unterstützung von je 75.000 S zur Deckung ihres Verwaltungsaufwandes. Der Restbetrag soll im Verhältnis von etwa 50 : 50 einerseits für bauliche Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen, andererseits zur Deckung der Spesen für den Sportbetrieb verwendet werden. Die Sportverbände haben bei der MA 51 307 Ansuchen eingebracht, die in zehn Anträgen dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Genehmigung vorgelegt wurden. Die Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich (ASKÖ) erhielt 39%, die Österreichische Turn- und Sport-Union 24%, der Allgemeine Sportverband Österreichs (ASVÖ) und der Wiener Fußball-Verband erhielten je 14% der Gesamtmittel. Der verbleibende Betrag wurde vom zuständigen amtsführenden Stadtrat auf Vorschlag der MA 51 vergeben.

Den Veranstaltern sportlicher Darbietungen kann seit 1. Jänner 1971 über Ansuchen als Förderung aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer eine Subvention in der Höhe der im Vorjahr erbrachten Steuerleistung gewährt werden. Die Beihilfen müssen im Bundesland Wien für die Intensivierung der Nachwuchsbetreuung, die Instandhaltung von Sportstätten, die Beschaffung bzw. Erhaltung der Funktionsfähigkeit von Sportgeräten oder die Durchführung von Sportveranstaltungen verwendet werden. Aus diesem Titel wurden im Jahr 1978 Beihilfen im Gesamtbetrag von 3,387.736 S bereitgestellt. Ab 1. Jänner 1977 wurde der Stadtsenat gemäß § 37 Abs. 2 des Vergnügungssteuergesetzes für Wien 1963 in der Fassung des LGBl. Nr. 37/1976 ermächtigt, die Veranstalter sportlicher Darbietungen in Einzelfällen über schriftliches Ansuchen für ein Kalenderjahr von der Entrichtung der Vergnügungssteuer zu befreien, wenn auf Grund der bisherigen Tätigkeit des Veranstalters die Gewähr gegeben ist, daß er die erlassene Vergnügungssteuer in der oben angeführten Weise verwendet. Von dieser Regelung haben im Jahr 1978 eine Reihe von Sportorganisationen Gebrauch gemacht, wobei die Ansuchen von der MA 4 vor der Behandlung im Stadtsenat der MA 51 zur Beurteilung der Vorraussetzungen für die Inanspruchnahme der Sondergenehmigung übermittelt wurden.

Die Wiener Sportorganisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt. Der Wiener Sport-Club erhielt zum Ausbau seiner Sportanlage einen Beitrag von 13 Mio S. Dem Landesverband Wien der ASKÖ wurden 2 Mio S für den Ausbau seiner Sportanlage in 15, Schmelz, verlängerte Johnstraße, zu einem Freizeit- und Erholungspark angewiesen. Die Neugestaltung des Spielfeldes der Sportanlage des Favoritner Athletik-Clubs in 10, Kennergasse, wurde mit 1 Mio S unterstützt. Die Organisationskomitees zur Durchführung der Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften 1979 und der Hallenleichtathletik-Europameisterschaften 1979 erhielten je 400.000 S zur Vorbereitung der Veranstaltungen. Zur teilweisen Deckung der Aufwendungen für die von ihnen betriebenen Sportanlagen wurde den Wiener Sportorganisationen eine Beihilfe von 5 Mio S zur Verfügung gestellt. In konsequenter Fortsetzung des in den Vorjahren eingeschlagenen Weges wurden dem Wiener Jugendkreis für seine Tätigkeit im Dienst der sporttreibenden Jugend Wiens 3,429.000 S überwiesen. Zur Förderung der Fachverbände sowie des Leistungssportes wurden insgesamt 4 Mio S aufgewendet.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", Jugendschwimmaktion „Talent Leistungsschwimmen" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" und diversen Fachverbänden durchgeführt. Die benötigten Anlagen wurden zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen gemietet. Weiters wurde die organisatorische Arbeit, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der vom Wiener Jugendkreis und den Fachverbänden eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht. Der Wiener Jugendkreis entlohnt die als freie Mitarbeiter geführten Fachkräfte aus den bereitgestellten Subventionen. Diese Aktionen wenden sich zum Teil an Anfänger, die zu regelmäßiger sportlicher Betätigung angeregt werden sollen, zum Teil aber auch an jugendliche Talente mit speziellen Begabungen für eine bestimmte Sportart. Das große Interesse an einem Teil dieser Aktionen zwingt immer wieder zum Ausbau der vorgesehenen Maßnahmen in den entsprechenden Bereichen, während auf anderen Sektoren ein Rückgang der Frequenz in Kauf genommen werden muß.

Beim „Sportplatz der offenen Tür" wurden nicht nur Neigungsgruppen für Tischtennis eingerichtet, sondern auf einzelnen Sportanlagen auch Schwerpunkte für den Unterricht im Basketball, Handball, in der Leichtathletik, im Geräteturnen und im Schilanglauf (Kunststoffloipe) gebildet. Die Aktion fand im Jahr 1978 vom 8. Mai bis 1. September auf 21 Sportstätten statt. Es konnten 27.730 Teilnehmer gezählt werden.

Bei der „Jugendeislaufaktion" wurden Normalkurse, Kleinkinderkurse für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr, Mutter- und Kind-Kurse für Mütter mit ihren Kindern in vorschulpflichtigem Alter, ein Perfektionskurs und ein Eishockeykurs ausgeschrieben. Bei diesem Programm konnten vom 14. November 1977 bis 10. März 1978 33.044 Teilnehmer in der Donauparkhalle begrüßt werden.

Die beliebten „Fahrten zum Schnee" sind aus dem Aktionsprogramm nicht mehr wegzudenken und finden jedes Jahr begeisterte Zustimmung. Vom 15. Jänner bis 5. März 1978 waren an acht Sonntagen Fahrten nach Göstling a. d. Ybbs, Wienerbruck und Lassingtal-Joachimsberg vorgesehen, doch mußte die letzte Fahrt und das damit verbundene Abschlußskirennen wegen der warmen Witterung und der schlechten Schneeverhältnisse abgesagt werden. An den Fahrten nahmen 1.719 Kinder teil. Für die nordischen Sportler wurden Übungen auf der Langlaufloipe in 10, Laxenburger Straße – Heuberggstättenstraße, abgehalten. Später wurden an drei Sonntagen verschiedene Zielgebiete angefahren, wobei das erworbene Können in der Praxis erprobt werden konnte.

Haben sich die bisher erwähnten Aktionen in erster Linie an die Anfänger gerichtet, wurden in der Folge Aktionen für jugendliche Talente mit speziellen Begabungen für eine bestimmte Sportart fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband Wien wurde vom 7. November 1977 bis 3. April 1978 die Jugendschwimmaktion „Talent-Leistungsschwimmen" in drei Wiener Hallenbädern durchgeführt. Bei dieser Aktion mußten die

Kinder im Alter von sieben bis zwölf Jahren vor der Aufnahme ein Leistungslimit erbringen, das jedoch bei einigem Talent erfüllbar war. An diesem Kurs nahmen 104 Kinder teil, die von zehn Trainern des Landesschwimmverbandes Wien betreut wurden. In der Zeit vom 10. April bis 19. Juni 1978 wurde erstmalig die Aktion „Talent-Spezial 1978" im Wiener Amalienbad angeschlossen. 51 Kinder, die sich beim „Talent-Leistungsschwimmen" auf Grund ihrer Leistungsbereitschaft und ihres Leistungsvermögens qualifiziert hatten, wurden von Trainern des Landesschwimmverbandes Wien weiter betreut. Ziel dieser speziellen Aktion war die Festigung der erlernten Schwimmtechnik, der vorsichtige Beginn einer Spezialisierung durch stärkeres Training in einer bestimmten Stilrichtung und die Erhöhung der Anforderungen in bezug auf den Trainingsumfang. Die Förderung des Interesses für das Rennschwimmen soll letztlich zu einem nahtlosen Übergang in den Vereinssport führen. Nach Abschluß der Aktion konnten von den Trainern sechs Kinder für den Schwimmsport auf Vereinsgrundlage gewonnen werden.

In Zusammenarbeit mit dem Fachverband für Turnen wurde die Aktion „Talent-Turnen" durchgeführt. Die Aufnahme und Auswahl der Kinder in die Leistungsriegen erfolgt immer nach den Wiener Meisterschaften. Die Besten aus diesen Meisterschaften werden zum Training eingeladen. An diesem Training nahmen 20 Mädchen und 24 Knaben teil, die von vier Trainerinnen und Trainern betreut wurden.

In den Semesterferien vom 6. bis 11. Februar 1978 wurde in Zusammenarbeit mit der Bäderverwaltung und dem Landes-Skiverband Wien ein spezielles Sportprogramm angeboten. In den Bädern, Sporthallen, beim Jugendeislaufen und dem Skilanglauf, auf den Skipisten Hohe Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese und den täglichen Fahrten zum Schnee in diesem Zeitraum konnten insgesamt 48.861 Kinder gezählt werden.

Ein Großteil der vorher aufgezählten Aktionen bildete Spielstationen des Wiener Ferienspiels 1978 und rundete auch das Programm des Wiener Ferienclubs ab.

Das große Interesse der Jugend führte zur Überlegung, einen Teil der Aktionen auch für Erwachsene zu veranstalten. Anläßlich des Staatsfeiertages am 26. Oktober führte die Bundessportorganisation wieder in ganz Österreich Fit-Läufe und Fit-Märsche durch. Die MA 51 koordinierte gemeinsam mit den Dachverbänden diese Veranstaltungen für den Wiener Raum. Die Wiener Landessportorganisation führte am 16. September 1978 den „Tag des Sports" durch. Am Vormittag wurden in 117 Schulen mit etwa 30.000 Kindern sportliche Bewerbe durchgeführt, wobei in 35 Schulen sogar eine Beteiligung der Eltern erreicht werden konnte. Auf dem Franz Horr-Platz und im Wiener Praterstadion wurden Fußball-Wettspiele ausgetragen, bei denen unter den Kindern beinahe Länderspielstimmung herrschte. Nachmittags fand ein Volkslauf vom Schwarzenbergplatz zum Rathausplatz statt, bei dem 2.200 Teilnehmer gezählt werden konnten. Den Abschluß bildete um 17 Uhr ein großes Sportfest im „Sportzentrum West", das rund 13.000 Zuschauer anlockte. Im Mittelpunkt stand der Jugendfußball-Länderkampf Schweiz gegen Österreich. Das Programm wurde durch Vorführungen deutscher Spitzenturner auf dem Rhönrad und durch Demonstrationen der Polizeihundestaffel umrahmt. Für die musikalischen Höhepunkte sorgte die Jugendmusikgruppe aus Ravelsbach.

Im Rahmen der Aktion „Sportplatz der offenen Tür" wurde der Betrieb auf mehreren Sportanlagen bis 19 Uhr ausgedehnt. Die bei den Erwachsenensportaktionen eingesetzten Sportlehrer nahmen auch Leistungen für das Österreichische Sport- und Turnabzeichen (ÖSTA) ab. Die unter der Devise „Vom Hallenspaß ins kühle Naß" gestartete Schwimm- und Gymnastikaktion für Erwachsene wurde wie im Vorjahr ganzjährig durchgeführt. Sie fand viermal wöchentlich (sechs Kurse) in einem eigens adaptierten Gymnastikraum und dem Bad der Wiener Stadthalle statt und bestand aus einer Stunde Gymnastik und einer Stunde Schwimmtraining. Zum Abschluß konnte noch die Sauna besucht werden.

Neben 400 Turnsälen in den städtischen Pflichtschulen stehen den Wiener Sportorganisationen auch acht städtische Sporthallen zur Verfügung. Die Ansätze für die Erhaltung des Inventars und die Beschaffung von Einrichtungen und Geräten auf diesem Sektor konnten in den letzten Jahren mit dem Bauprogramm der Schulverwaltung koordiniert werden, sodaß ein langjährig bestehender Nachholbedarf befriedigt werden konnte.

STAATSBÜRGERSCHAFTS- UND PERSONENSTANDS-ANGELEGENHEITEN

(MA 61)

Staatsbürgerschaftsnachweis

Zur Ausstellung des Staatsbürgerschaftsnachweises ist jene Gemeinde (jener Gemeindeverband) zuständig, in deren Bereich die Person, auf die sich der Staatsbürgerschaftsnachweis bezieht, ihren ordentlichen Wohnsitz hat. Für in Wien wohnhafte Personen und verstorbene Personen, die im Zeitpunkt ihres Todes den ordentlichen Wohnsitz in Wien hatten, wird der Staatsbürgerschaftsnachweis von der MA 61, 1, Rathaus, 8. Stiege, Parterre (Parteienverkehr Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr), ausgestellt. Die vor dem Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965, demnach vor dem 1. Juli 1966, ausgestellten Staatsbürgerschaftsnachweise sind weiterhin gültig.

Zur Ausstellung des Staatsbürgerschaftsnachweises sind folgende Dokumente vorzulegen:

Personaldokumente (wie Geburts-, Heiratsurkunde), Meldenachweis, gegebenenfalls Nachweis über den Erwerb akademischer Grade und bei Beantragung und Behebung durch eine Mittelsperson eine Vollmacht; weiters wären womöglich alte Staatsbürgerschaftsnachweise, Auszüge aus der Heimatrolle, Heimatscheine, Einbürgerungsurkunden und -bescheide sowie Bescheinigungen und Bescheide über den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Erklärung, und zwar sowohl eigene wie auch solche des Ehemannes, des ehelichen Vaters oder der unehelichen Mutter, mitzubringen.

Auszug aus der Heimatrolle

Personen, die am 13. März 1938 in einer österreichischen Gemeinde heimatberechtigt waren, können die Aus-

Fernwärme:

HBW

Energiebewußt, umweltfreundlich, bequem, preiswert.

Die Heizung von morgen, für Menschen von heute.

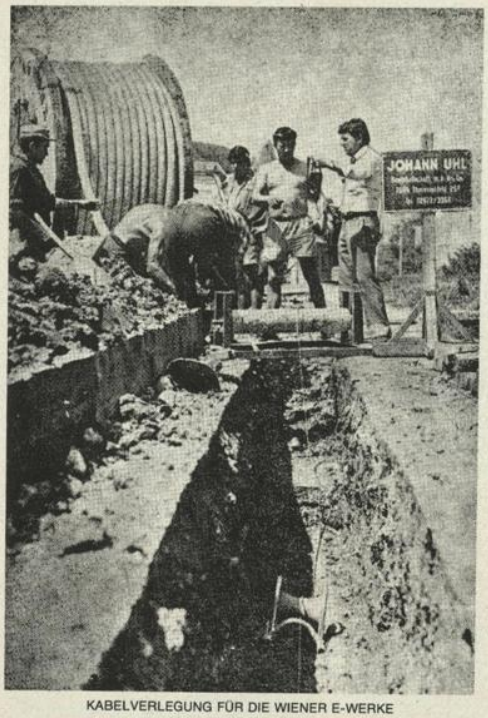
Die optimale Wärmeversorgung für Tausende Wohnungen, Bürogebäude, Krankenhäuser, Schulen, Industriebauten im Rahmen des Energiekonzeptes der Stadt Wien.

Versorgungssicherheit durch den Verbundbetrieb der

HEIZBETRIEBE WIEN

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

1090 WIEN, SPITTELAUER LÄNDE 45, TEL. 31 15 11/DURCHWAHL



KABELVERLEGUNG FÜR DIE WIENER E-WERKE

KOMMERZIALRAT

JOHANN

UHL

BAUGESELLSCHAFT M. B. H. & CO.

HOCH- UND TIEFBAU

2604 THERESIENFELD, NÖ.
WIENER STRASSE 6 – 12
TELEPHON 0 26 22/39 66, 59 64

KONTRAHENT DER WIENER STADTWERKE

stellung eines Auszuges aus der Heimatrolle bei ihrer früheren Heimatgemeinde beantragen. Der Auszug aus der Heimatrolle wird jedoch nicht als Nachweis über den Besitz der Staatsbürgerschaft anerkannt.

Für die Ausstellung des Heimatrollenauszuges sind dieselben Personaldokumente wie für die Ausstellung eines Staatsbürgerschaftsnachweises (siehe vorstehende Rubrik „Staatsbürgerschaftsnachweis"), allenfalls auch Nachweis über den Erwerb akademischer Grade und Vollmacht der Mittelsperson erforderlich.

Was ist zu tun, um heiraten zu können?

Zuständig für das Aufgebot ist das Standesamt, in dessen Bezirk einer der beiden Verlobten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Wenn keiner der beiden Verlobten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, ist das Standesamt Wien-Innere Stadt zuständig. Bei der Bestellung des Aufgebotes sind von beiden Verlobten vorzuweisen:

1. die beglaubigten Abschriften aus dem Geburtenbuch des Standesamtes,
2. die Heiratsurkunden der Eltern, bei unehelich Geborenen die Geburtsurkunden der Mütter,
3. die Staatsbürgerschaftsnachweise,
4. die Meldezettel,
5. Lichtbildausweise.

Eheunmündig sind männliche Personen vor Vollendung des 19. und weibliche Personen vor Vollendung des 16. Lebensjahres. Für die Eheschließung benötigen daher:

A) Männliche Personen zwischen dem vollendeten 18. und 19. Lebensjahr

1. eine mit der Rechtskraftbestätigung versehene Ehemündigkeitserklärung des Vormundschaftsgerichtes;
2. entweder die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (ein Elternteil bzw. Vormund) und desjenigen, dem Pflege und Erziehung der betreffenden Person zustehen, **oder** eine mit der Rechtskraftbestätigung versehene Volljährigkeitserklärung des Vormundschaftsgerichtes.

B) Weibliche Personen

1. Zwischen dem vollendeten 15. und 16. Lebensjahr
   a) eine mit der Rechtskraftbestätigung versehene Ehemündigkeitserklärung des Vormundschaftsgerichtes und
   b) die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (ein Elternteil bzw. Vormund) und desjenigen, dem Pflege und Erziehung der betreffenden Person zustehen.
2. Zwischen dem vollendeten 16. und 19. Lebensjahr nur die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (ein Elternteil bzw. Vormund) und desjenigen, dem Pflege und Erziehung der betreffenden Person zustehen.
3. Zwischen dem vollendeten 18. und 19. Lebensjahr die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (ein Elternteil bzw. Vormund) und desjenigen, dem Pflege und Erziehung der betreffenden Person zustehen, **oder** eine mit der Rechtskraftbestätigung versehene Volljährigkeitserklärung des Vormundschaftsgerichtes.

Unter gewissen Umständen kann die verweigerte Zustimmung des gesetzlichen Vertreters oder desjenigen, dem Pflege und Erziehung der betreffenden Person zustehen, zur Eingehung der Ehe durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes ersetzt werden.

Nähere Auskünfte erteilt das Standesamt.

Bereits verheiratet gewesene Personen müssen die Nachweise über Eingehung und Auflösung ihrer Vorehen erbringen. Es sind dies Heiratsurkunden und Sterbeurkunden bzw. die mit der Rechtskraftbestätigung versehenen Urteile über Scheidung oder sonstige Auflösung der früheren Ehen.

Frauen, deren Vorehe noch nicht zehn Monate aufgelöst ist, bedürfen der Befreiung vom Eheverbot der Wartezeit. Auskunft darüber erteilt das Standesamt.

Ausländer müssen ein Ehefähigkeitszeugnis, das ist ein Zeugnis der zuständigen inneren Behörde ihres Heimatstaates oder dessen Vertretungsbehörde in Österreich darüber beibringen, daß der beabsichtigten Ehe ein in den Gesetzen des Heimatstaates begründetes Ehehindernis nicht entgegensteht. Kann das Ehefähigkeitszeugnis nicht beigebracht werden, so darf das Standesamt die Trauung nur auf Grund einer Befreiung von der Beibringung des ausländischen Ehefähigkeitszeugnisses durch den Oberlandesgerichtspräsidenten vornehmen. Dies gilt auch für Staatenlose. Nähere Auskunft erteilt das Standesamt.

Können Eheleute ihren gemeinsamen Familiennamen wählen?

Österreichische Ehegatten führen den gleichen Familiennamen, der grundsätzlich jener des Mannes ist, es sei denn, die Verlobten bestimmen beim Standesamt vor der Eheschließung den Familiennamen der Frau als gemeinsamen Familiennamen (auf dieses Recht werden die Verlobten anläßlich der Aufgebotsbestellung beim Standesamt hingewiesen). Ist der gemeinsame Familienname derjenige des Mannes, hat jedoch die Frau das höchstpersönliche Recht, diesem Namen ihren bisherigen Familiennamen unter Setzung eines Bindestriches nachzustellen, und sie kann diesen Doppelnamen insbesondere auch im Verkehr mit Behörden führen und verlangen, daß sie in Urkunden aller Art damit bezeichnet wird. Dies gilt jedoch nicht für die Führung der Personenstandsbücher und die Ausstellung von Personenstandsurkunden durch das Standesamt. Ein Familienname, der von einer früheren geschiedenen oder aufgehobenen Ehe abgeleitet wird, darf nicht als gemeinsamer Familienname geführt, bestimmt oder von der Frau dem gemeinsamen Familiennamen nachgestellt werden.

Wie kommt man zu einer Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunde?

Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden, ebenso beglaubigte Abschriften aus dem Geburten-, Familien- oder Sterbebuch, stellt jenes Standesamt aus, in dessen Amtsbezirk sich die Geburt oder der Sterbefall ereignet hat bzw. vor dem die Ehe geschlossen wurde (die Standesämter und ihre Amtsbezirke sind im Abschnitt „Magistrat der Stadt Wien" bei der MA 61 angeführt). Diese Personenstandsurkunden und beglaubigten Abschriften können aber nur von den Personen verlangt werden, auf die sich die Eintragung bezieht, sowie von deren Ehegatten, Vorfahren und Abkömmlingen (Eltern, Großeltern bzw. Kinder, Enkelkinder usw.); andere Personen erhalten diese Urkunden nur, wenn sie hiefür dem Standesamt ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen können.

Über die Anzeige eines Sterbefalles beim Standesamt und die anschließende Ausstellung von Sterbeurkunden bzw. Abschriften aus dem Sterbebuch lesen Sie bitte die entsprechenden Absätze im vorigen Kapitel „Bestattungs- und Friedhofswesen" nach.

Welchen Einfluß hat die Eheschließung auf die österreichische Staatsbürgerschaft?

Die österreichische Staatsbürgerschaft wird seit dem 1. Juli 1966 durch Eheschließung weder erworben noch

verloren. Eine Österreicherin, die einen Ausländer heiratet, verliert daher dadurch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, selbst wenn sie durch die Heirat die Staatsbürgerschaft ihres Mannes erwirbt. Ebensowenig erwirbt eine Fremde durch Heirat mit einem österreichischen Staatsbürger die österreichische Staatsbürgerschaft. Sie kann aber durch Abgabe einer Staatsbürgerschaftserklärung österreichische Staatsbürgerin werden. Solche Staatsbürgerschaftserklärungen sind schriftlich bei der MA 61, 1, Rathaus, 8. Stiege, Parterre (Parteienverkehr Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr), abzugeben. Ein entsprechendes Formular steht bei dieser Dienststelle zur Verfügung. Dies gilt für in Wien wohnhafte Frauen, außerdem aber auch für Frauen, die zwar nicht in Wien wohnen, jedoch in Wien geheiratet haben, wenn sie noch am Tag der Eheschließung die Staatsbürgerschaftserklärung abgeben. Wenn die Ausländerin, die diese Erklärung abgibt, noch nicht eigenberechtigt ist, bedarf sie der Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters oder allenfalls des Gerichtes.

Anläßlich der Abgabe dieser Erklärung sind folgende Dokumente persönlich vorzulegen:

Personaldokumente (wie Geburts-, Heiratsurkunde), Meldenachweis, Nachweis über die bisherige Staatsbürgerschaft, Staatsbürgerschaftsnachweis des Gatten, gegebenenfalls Nachweis über den Erwerb akademischer Grade und Nachweis über die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters oder des Gerichtes.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 61.

Wie bekommt man die österreichische Staatsbürgerschaft?

Das Gesuch um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist schriftlich abzufassen und vom eigenberechtigten Bewerber persönlich zu unterfertigen. Ist der Bewerber nicht eigenberechtigt, so ist das Ansuchen für ihn entweder von seinem gesetzlichen Vertreter persönlich oder mit dessen schriftlicher Zustimmung von ihm selbst oder einer dritten Person zu unterfertigen. In bestimmten Fällen kann die fehlende Zustimmung des gesetzlichen Vertreters durch das Gericht ersetzt werden. Soll sich die Einbürgerung auf Rechtsnachfolger (Gattin, Kinder, allenfalls auch Enkel) erstrecken, dann ist das nur möglich, wenn die Erstreckung von diesen Personen schriftlich beantragt wird. Hiebei gilt bezüglich der Unterfertigung der Erstreckungsanträge das gleiche, was bezüglich der Unterfertigung des Einbürgerungsansuchens ausgeführt wurde. Anträge auf Erstreckung der Einbürgerung sind dem Einbürgerungsansuchen anzuschließen und mit diesem zugleich einzureichen; sie können aber auch nachgereicht werden, solange das Einbürgerungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Zunächst ist die Verleihung der Staatsbürgerschaft von einer Anzahl allgemeiner Voraussetzungen abhängig, wie z. B. einer bejahenden Einstellung zur Republik Österreich, Unbescholtenheit, dem Nichtbestehen von Aufenthaltsverboten, der Sicherung des Lebensunterhaltes u. a. Sodann ist die Dauer des der Einbürgerung unmittelbar vorangehenden ununterbrochenen ordentlichen Wohnsitzes in Österreich von großer Bedeutung. Im allgemeinen wird die Einbürgerung erst möglich sein, wenn der Bewerber einen mindestens zehnjährigen ordentlichen Wohnsitz in Österreich aufweist. Hat ein Fremder zwar noch nicht seit zehn, aber mindestens seit vier Jahren seinen Wohnsitz in Österreich, kann ihm die Staatsbürgerschaft nach Anhörung des Bundesministeriums für Inneres nur verliehen werden, wenn hiefür ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund vorliegt, wie z. B. engste familiäre Bindungen zu österreichischen Staatsbürgern oder der Umstand, daß es sich um einen Konventionsflüchtling handelt. An Personen, die noch keinen vierjährigen ordentlichen Wohnsitz in Österreich aufweisen, kann die österreichische Staatsbürgerschaft nur dann verliehen werden, wenn die Bundesregierung bestätigt, daß die Verleihung wegen der von diesen Personen bereits erbrachten oder von ihnen noch zu erwartenden außerordentlichen Leistungen im Interesse der Republik Österreich liegt oder wenn es sich um einen Minderjährigen handelt und ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund für die Verleihung vorliegt. In allen bisher angeführten Einbürgerungsfällen haben die Bewerber keinen Anspruch auf die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Diese Einbürgerungen liegen vielmehr im freien Ermessen der Behörde, wobei sich diese von Rücksichten auf das allgemeine Wohl, die öffentlichen Interessen und das Gesamtverhalten der Bewerber leiten zu lassen hat.

Ein Anspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist jedoch bei Erfüllung der allgemeinen und in einzelnen Fällen auch noch bestimmter zusätzlicher spezieller Einbürgerungsvoraussetzungen in folgenden Fällen gegeben:

1. wenn der Bewerber einen der Verleihung der Staatsbürgerschaft unmittelbar vorangehenden ununterbrochenen 30jährigen ordentlichen Wohnsitz in Österreich aufweist;
2. wenn die Bewerberin die österreichische Staatsbürgerschaft durch einen der folgenden Umstände verloren hat und binnen zwei Jahren nach Auflösung des Ehebandes um die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft ansucht:
   a) Verehelichung mit einem Ausländer,
   b) Erwerb derselben fremden Staatsangehörigkeit gleichzeitig mit dem Ehegatten oder
   c) Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit des Ehemannes während der Ehe;
3. wenn der Bewerber die österreichische Staatsbürgerschaft durch Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit während der Zeit, in der er noch nicht eigenberechtigt war, verloren hat, sofern er binnen zwei Jahren nach Erlangung der Eigenberechtigung darum ansucht;
4. wenn der Bewerber minderjährig und ledig ist, ein Elternteil die österreichische Staatsbürgerschaft bereits besitzt und er diesem Elternteil – wäre dieser Ausländer – im Falle der Verleihung der Staatsbürgerschaft folgen könnte;
5. wenn der Bewerber schon früher einmal durch mindestens zehn Jahre ununterbrochen die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hat, sofern er einen mindestens einjährigen ununterbrochenen, der Einbürgerung unmittelbar vorangehenden Wohnsitz in Österreich aufweist;
6. wenn der Bewerber in Österreich geboren, seit Geburt staatenlos ist und einen ordentlichen Wohnsitz von mindestens zehn Jahren in Österreich aufweist, wobei ununterbrochen mindestens fünf Jahre unmittelbar vor der Verleihung der Staatsbürgerschaft liegen müssen. In diesem Fall kann die Verleihung innerhalb einer Frist beantragt werden, die mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt und spätestens zwei Jahre nach dem Eintritt der Volljährigkeit endet.

Kraft Gesetzes erwirbt ein Fremder – bei Erfüllung der allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen – die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn er sie durch mindestens zehn Jahre ununterbrochen besessen hat und Österreich aus rassischen oder politischen Gründen verlassen mußte, während seines Aufenthaltes im Ausland eine fremde Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben hat, zum zeitlich unbeschränkten Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt ist, seinen ordentlichen Wohnsitz im Gebiet der

Republik Österreich begründet und dies der zuständigen Behörde (Amt der Landesregierung) anzeigt.

Ansuchen um die Verleihung der Staatsbürgerschaft können von in Wien wohnhaften Personen bei der MA 61 eingereicht werden, wo für diesen Zweck auch ein Formular zur Verfügung steht. Für die Einbürgerungsansuchen im Ausland wohnhafter Bewerber ist das Amt der Wiener Landesregierung (MA 61) nur dann zuständig, wenn der Bewerber in Wien oder im Ausland geboren ist, sonst das Amt der Landesregierung, in dessen Bereich der Bewerber geboren ist.

Über die Möglichkeit des Erwerbes der Staatsbürgerschaft für Ausländerinnen, die mit Österreichern verheiratet sind, gibt der Abschnitt „Welchen Einfluß hat die Eheschließung auf die österreichische Staatsbürgerschaft?" Aufschluß.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 61.

Kann man die österreichische Staatsbürgerschaft beibehalten, wenn man eine fremde erwirbt?

Die Bewilligung hiefür ist möglich, wenn die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft wegen der vom Bewerber bereits erbrachten oder von ihm zu erwartenden Leistungen oder aus einem besonders berücksichtigungswürdigen Grund im Interesse der Republik Österreich liegt und wenn der fremde Staat, dessen Staatsangehörigkeit er anstrebt, der Beibehaltung zustimmt, sofern eine solche Zustimmung in zwischenstaatlichen Verträgen vorgesehen ist (derzeit besteht ein Vertrag mit den Staaten BRD, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Norwegen und Schweden). Die Bewilligung kann nur wirksam werden, wenn der diesbezügliche schriftliche Bescheid vor dem Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit zugestellt wurde.

Ansuchen um Bewilligung der Beibehaltung der Staatsbürgerschaft können von in Wien wohnhaften Personen schriftlich bei der MA 61 eingereicht werden. Für die Beibehaltungsansuchen im Ausland wohnhafter Bewerber ist das Amt der Wiener Landesregierung (MA 61) nur dann zuständig, wenn der Bewerber in Wien oder im Ausland geboren ist, sonst das Amt der Landesregierung, in dessen Bereich der Bewerber geboren ist.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 61.

Kann man auf die österreichische Staatsbürgerschaft verzichten?

Ein österreichischer Staatsbürger kann auf die österreichische Staatsbürgerschaft verzichten, wenn er eine fremde Staatsbürgerschaft besitzt und bestimmte weitere gesetzliche Bedingungen erfüllt. Die schriftlichen Verzichtserklärungen können von in Wien wohnhaften Personen bei der MA 61 eingereicht werden. Für die Verzichtserklärungen im Ausland wohnhafter Personen ist das Amt der Wiener Landesregierung (MA 61) nur dann zuständig, wenn der Verzichtende in Wien oder im Ausland geboren ist, sonst das Amt der Landesregierung, in dessen Bereich der Verzichtende geboren ist.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 61.

Bescheinigungen über das Ausscheiden aus dem Staatsverband

Strebt ein Staatsbürger eine fremde Staatsangehörigkeit an und ist ihm die Beibehaltung der Staatsbürgerschaft nicht bewilligt worden, so hat ihm die Behörde auf seinen Antrag zu bescheinigen, daß er im Falle des Erwerbes der fremden Staatsangehörigkeit aus dem österreichischen Staatsverband ausscheidet.

Anträge auf Ausstellung solcher Bescheinigungen sind von in Wien wohnhaften Personen bei der MA 61, 1, Rathaus, 8. Stiege, Hochparterre (Parteienverkehr Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr), einzubringen. Für die Anträge der im Ausland lebenden Bewerber um solche Bescheinigungen sind die österreichischen Berufskonsulate, wo jedoch solche nicht bestehen, die österreichischen diplomatischen Vertretungsbehörden zuständig, in deren Bereichen diese Personen ihren ordentlichen Wohnsitz haben.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 61.

Kann man seinen Namen ändern lassen?

Familien- und Vornamen von österreichischen Staatsbürgern und Staatenlosen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich können aus wichtigen Gründen geändert werden, Familiennamen besonders dann, wenn sie zum Beispiel anstößig oder lächerlich wirken oder das wirtschaftliche Fortkommen des Antragstellers untragbar gefährden. Ein wichtiger Grund ergibt sich auch, wenn für ein Pflege- oder ein Stiefkind der Familienname des Pflege- oder des Stiefvaters erbeten wird.

Ansuchen um Namensänderung sind schriftlich abzufassen, ausführlich zu begründen und persönlich zu unterfertigen. Allenfalls können derartige Anträge bei der Behörde auch niederschriftlich aufgenommen werden. Ist der Namensänderungswerber nicht eigenberechtigt, ist das Ansuchen von seinem gesetzlichen Vertreter (ein Elternteil mit Zustimmung des anderen Elternteiles bzw. Vormund mit Einwilligung des Vormundschaftsgerichtes) einzubringen.

Ansuchen um Änderung des Familiennamens sind von in Wien wohnhaften Namensänderungswerbern bei der MA 61, 1, Rathaus, 8. Stiege, Hochparterre (Parteienverkehr Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr), einzubringen, Ansuchen um Änderung des Vornamens bei der Bundespolizeidirektion Wien, Administrationsbüro, 1, Schottenring 7–9.

Nähere Auskünfte erteilt die MA 61.

VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Popper

WOHNUNGSGEMEINNÜTZIGKEITSGESETZ

Umfang: 391 Seiten, Kunstledereinband, S 450,– inkl. MwSt.

STÄDTISCHE BÄDER

(MA 44)

In welchen städtischen Bädern kann man „schwitzen"?

Sauna-Abteilungen und Dampfbadeinrichtungen gibt es im Dianabad, 2, Lilienbrunngasse 7–9, im Amalienbad, 10, Reumannplatz 9, im Theresienbad, 12, Hufelandgasse 3, im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42–44, im Hallenbad Floridsdorf, 21, Franklinstraße 22, und im Weisselbad, 21, Weisselgasse 5.

Sauna-Abteilungen gibt es im Apostelbad, 3, Apostelgasse 18, im Einsiedlerbad, 5, Einsiedlerplatz 18, im Hermannbad, 7, Hermanngasse 28, im Geiselbergbad, 11, Geiselbergstraße 54, im Hallenbad Simmering, 11, Florian Hedorfer-Straße 5, im Ratschkybad, 12, Ratschkygasse 26, im Hallenbad Hietzing, 13, Atzgersdorfer Straße 14, im Penzinger Bad, 14, Hütteldorfer Straße 136, im Ottakringer Bad, 16, Johann Staud-Straße 11, im Währinger Bad, 18, Klostergasse 27, im Hallenbad Döbling, 19, Geweygasse 6, und im Bad Liesing, 23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 14–16.

In welchen Sauna-Abteilungen können „Sie und Er" gemeinsam baden?

Familiensauna gibt es im Dianabad Dienstag von 13 bis 21.30 Uhr; im Apostelbad Mittwoch von 18.30 bis 21.30 Uhr; im Einsiedlerbad Samstag von 14 bis 20 Uhr; im Hermannbad Mittwoch von 18.30 bis 21.30 Uhr und Samstag von 15 bis 20 Uhr; im Amalienbad Donnerstag von 17 bis 21.30 Uhr (nur in Abteilung Frauen); im Geiselbergbad Mittwoch von 18.30 bis 21.30 Uhr und Samstag von 15 bis 20 Uhr; im Hallenbad Simmering Samstag und Sonntag von 13 bis 18 Uhr; im Ratschkybad Mittwoch von 18 bis 21.30 Uhr; im Hallenbad Hietzing Samstag und Sonntag von 13 bis 18 Uhr; im Penzinger Bad Donnerstag von 9 bis 21.30 Uhr; im Thaliabad Freitag von 19 bis 21.30 Uhr; im Jörgerbad Mittwoch von 18.30 bis 21.30 Uhr; im Währinger Bad Samstag von 15 bis 20 Uhr; im Weisselbad Mittwoch und Donnerstag von 17 bis 21.30 Uhr und Samstag von 13 bis 20 Uhr; im Bad Liesing Samstag von 15 bis 20 Uhr.

Gemischte Sauna gibt es im Apostelbad Dienstag von 14 bis 21.30 Uhr und Samstag von 8 bis 20 Uhr; im Einsiedlerbad Dienstag von 18 bis 21.30 Uhr und Freitag von 15 bis 21.30 Uhr; im Hallenbad Simmering Dienstag von 18.30 bis 21.30 Uhr und Donnerstag von 18 bis 21.30 Uhr; im Ratschkybad Dienstag von 18 bis 21.30 Uhr und Samstag von 8 bis 20 Uhr; im Hallenbad Hietzing Dienstag von 12 bis 21.30 Uhr und Donnerstag von 18.30 bis 21.30 Uhr; im Penzinger Bad Freitag von 9 bis 21.30 Uhr und Samstag von 8 bis 20 Uhr; im Ottakringer Bad Dienstag von 15 bis 21.30 Uhr; im Thaliabad Donnerstag von 18 bis 21.30 Uhr; im Währinger Bad Mittwoch von 16.30 bis 21.30 Uhr und Freitag von 18 bis 21.30 Uhr; im Hallenbad Döbling Dienstag von 12 bis 21.30 Uhr, Donnerstag von 16 bis 21.30 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 13 bis 18 Uhr; im Bad Liesing Mittwoch von 13 bis 21.30 Uhr.

Kann man in einem städtischen Hallenbad „textilfrei" schwimmen?

Diese Möglichkeit besteht im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42–44, Samstag von 18 bis 21.30 Uhr. Gäste der gemischten Sauna können während dieser Zeit die Schwimmhalle ebenfalls textilfrei benützen. Es gelten die normalen Sauna- bzw. Schwimmhallenpreise.

In welchen städtischen Bädern gibt es Wannenbäder?

Innerhalb der Volksbäder (vor allem Brausebäder) gibt es Wannenbäder *ohne* Ruhegelegenheit in 2, Vereinsgasse Nr. 31, und 22, Stadlau, Genochplatz 11; außerdem im Apostelbad, 3, Apostelgasse 18, im Hermannbad, 7, Hermanngasse 28, im Geiselbergbad, 11, Geiselbergstraße 54, im Thaliabad, 16, Friedrich Kaiser-Gasse 11, und im Bad Liesing, 23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 14–16.

Wannenbäder *mit* Ruhegelegenheit gibt es im Amalienbad, 10, Reumannplatz 9, im Theresienbad, 12, Hufelandgasse 3, im Penzinger Bad, 14, Hütteldorfer Straße 136, im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42–44, im Hallenbad Floridsdorf, 21, Franklinstraße 22, und im Weisselbad, 21, Weisselgasse 5.

In welchen städtischen Bädern kann man schon vor Eröffnung bzw. nach Schließung der Sommerbäder Sonnenbäder nehmen?

Im Amalienbad, 10, Reumannplatz 9, und im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42–44.

Ist in den Kinderfreibädern Eintritt zu zahlen und welche Kinder dürfen dieselben besuchen?

Der Eintritt in ein städtisches Kinderfreibad ist nur Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren gestattet. Kindern im Alter von mehr als 15 Jahren sowie Erwachsenen (Angehörigen der Kinder usw.) ist der Aufenthalt im Bad nicht gestattet.

Der Eintritt ist frei.

Die Kinderfreibäder stehen in den Monaten Juni bis August Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, bei Schönwetter bis 18 Uhr offen.

In welchen städtischen Schwimmhallen besteht die Möglichkeit, abends baden zu gehen?

Im Dianabad, 2, Lilienbrunngasse 7–9 (Dienstag bis Freitag), im Hallenbad Simmering, 11, Florian Hedorfer-Straße 5 (Dienstag bis Freitag), im Theresienbad, 12, Hufelandgasse 3 (Freitag), im Hallenbad Hietzing, 13, Atzgersdorfer Straße 14 (Dienstag bis Freitag), im Ottakringer Bad, 16, Johann Staud-Straße 11 (Donnerstag und Freitag), im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42–44 (Freitag), im Hallenbad Döbling, 19, Geweygasse 6 (Dienstag bis Freitag), und im Hallenbad Floridsdorf, 21, Franklinstraße Nr. 22 (Mittwoch), gibt es einen allgemein zugänglichen Abendbetrieb bis 21.30 Uhr, im Amalienbad, 10, Reumannplatz 9 (Freitag) bis 20.30 Uhr und im Jörgerbad (Mittwoch und Donnerstag) bis 20.30 Uhr und (Freitag) bis 21.30 Uhr zu normalen Schwimmhallenpreisen. An allen übrigen Abenden werden sie von Schwimmvereinen für Trainingszwecke genützt.

In den städtischen Schwimmhallen wird durch entsprechend ausgebildete Schwimmlehrer Schwimmunterricht erteilt.

In welchen städtischen Schwimmhallen besteht die Möglichkeit, morgens baden zu gehen?

Im Dianabad, 2, Lilienbrunngasse 7–9, Dienstag und Donnerstag ab 6.30 Uhr, Samstag und Sonntag ab 7 Uhr,

Preise in den städtischen Bädern

WARMBÄDER ab 1. März 1979		SCHWIMMHALLE Badezeit	Kabinen 1 Stk.	Kabinen 5 Stk.	Kabinen Erm. 1 Stk.	Kästchen 1 Stk.	Kästchen 5 Stk.	Kästchen Erm. 1 Stk.	Kästchen (**) Jugend 15–18 J.	Kästchen Kinder 6–15 J.	Nachzahlung je angef. Stunde (*)	BRAUSEBAD Badezeit	Einzel Br. 1 Stk.	Einzel Br. Erm. 1 Stk.	Kinder 1 Stk.	Ge. meins. Br. 1 Stk.	SONNENBAD Badezeit	Kabinen 1 Stk.	Kabinen Erm. 1 Stk.	Kästchen 1 Stk.	Kästchen Erm. 1 Stk.
Hallenbäder	Dianabad	2 Stunden	30,—	120,—	15,—	17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—	1 Stunde	14,—	7,—	3,—	7,—	3 Stunden	22,—	11,—	12,—	6,—
	Amalienbad		30,—	120,—	15,—	17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—										
	HB Simmering					17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—										
	Theresienbad		30,—	120,—	15,—	17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—		14,—	7,—	3,—	7,—					
	HB Hietzing					17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—										
	Ottakringer Bad					17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—										
	Jörgerbad		30,—	120,—	15,—	17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—		14,—	7,—	3,—	7,—				12,—	6,—
	HB Döbling					17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—										
	HB Floridsdorf		30,—	120,—	15,—	17,—	70,—	9,—	9,—	6,—	6,—										
Warmbäder	Apostelbad											1 Stunde	14,—	7,—	3,—	7,—					
	Einsiedlerbad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Hermannbad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Geiselbergbad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Ratschkybad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Penzinger Bad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Thaliabad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Währinger Bad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Weisselbad												14,—	7,—	3,—	7,—					
	Liesinger Bad												14,—	7,—	3,—						
	Volksbäder												14,—	7,—	3,—	7,—					

WARMBÄDER ab 1. März 1979		SAUNA (DAMPFBÄDER) Badezeit	Kabinen 1 Stk.	Kabinen 1 Stk.	Kabinen Erm. 1 Stk.	Kästchen 1 Stk.	Kästchen 5 Stk.	Kästchen Erm. 1 Stk.	Kästchen Kinder 1 Stk.	Nachzahlung je angef. Stunde	Schwimmhalle	WANNENBAD Badezeit	1 Stk.	5 Stk.	Erm. 1 Stk.
Hallenbäder	Dianabad	3 Stunden	70,—	280,—	35,—	55,—	220,—	28,—	28,—	15,—	Nach Möglichkeit Mitbenützung der Schwimmhalle	1 Stunde	24,—	100,—	12,—
	Amalienbad		70,—	280,—	35,—	55,—	220,—	28,—	28,—	15,—					
	HB Simmering					55,—	220,—	28,—	28,—	15,—					
	Theresienbad		70,—	280,—	35,—	55,—	220,—	28,—	28,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	HB Hietzing					55,—	220,—	28,—	28,—	15,—					
	Ottakringer Bad					55,—	220,—	28,—	28,—	15,—					
	Jörgerbad		70,—	280,—	35,—	55,—	220,—	28,—	28,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	HB Döbling					55,—	220,—	28,—	28,—	15,—					
	HB Floridsdorf		70,—	280,—	35,—	55,—	220,—	28,—	28,—	15,—			24,—	100,—	12,—
Warmbäder	Apostelbad	3 Stunden				45,—	180,—	23,—	23,—	15,—		1 Stunde	24,—	100,—	12,—
	Einsiedlerbad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—					
	Hermannbad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	Geiselbergbad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	Ratschkybad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—					
	Penzinger Bad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	Thaliabad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	Währinger Bad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—					
	Weisselbad					45,—	180,—	23,—	23,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	Liesinger Bad		50,—	200,—	25,—	45,—	180,—	23,—	23,—	15,—			24,—	100,—	12,—
	Volksbäder												24,—	100,—	12,—

SOMMERBÄDER ab 1. Mai 1979	KABINEN				KÄSTCHEN UND MITBENÜTZUNG						
	Tageskarte	Tageskarte ermässigt	Nachm.karte ab 13 Uhr	Nachm.karte ab 13 Uhr ermäßigt	Tageskarte	Tageskarte ermäß.	Halbtagskarte Vor- u. Nach.	Halbtagskarte erm.	(**) Jugendliche 15–18 J.	Kinder 6–15 J.	ab 16 Uhr Mo–Fr.
	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.
Laaer-Berg Bad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Theresienbad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
HB Hietzing	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Baumgarten (verp.)	32,—		20,—		20,—		12,—		7,—	4,—	
Hütteldorf	25,—	12,50	15,—	7,50	15,—	7,50	10,—	5,—	6,—	3,—	6,—
Hadersd.-Weidlingau	35,—	18,—	20,—	10,—	20,—	10,—	12,—	6,—	7,—	4,—	7,—
Ottakringer Bad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Kongreßbad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Schafbergbad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Krapfenwaldlbad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Hohe Warte	35,—	18,—	20,—	10,—	20,—	10,—	12,—	6,—	7,—	4,—	7,—
Angelibad	35,—	18,—	20,—	10,—	20,—	10,—	12,—	6,—	7,—	4,—	7,—
Alte Donau	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Gänsehäufel	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—
Stadlau (verp.)	32,—		20,—		20,—		12,—		7,—	4,—	
Liesing	35,—	18,—	20,—	10,—	20,—	10,—	12,—	6,—	7,—	4,—	7,—
Höpflerbad	40,—	20,—	22,—	11,—	22,—	11,—	14,—	7,—	7,—	4,—	7,—

SOMMERBÄDER ab 1. Mai 1979	SAISONKARTEN									
	Kabinen	Kästchen	Mitbenützer		tiefe Kästchen		Strand	Vorbau	Vorbau Kabine ab Baujahr 1971	große Kabine
			Erwachs.	Kinder	einfach	Mitbenützer	Kabine	Kabine		
	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1Stk.	1 Stk.	1 Stk.	1 Stk.	
Laaer-Berg Bad	1000,—	500,—	400,—	140,—						
Theresienbad	1000,—	500,—	400,—	140,—						
HB Hietzing										
Baumgarten (verp.)	850,—	425,—	320,—	140,—						
Hütteldorf	600,—	300,—	250,—	120,—						
Hadersd.-Weidlingau	850,—	425,—	320,—	140,—						
Ottakringer Bad	1200,—	600,—	500,—	140,—	750,—	500,—				
Kongreßbad	1000,—	500,—	400,—	140,—						2500,—
Schafbergbad	1200,—	600,—	500,—	140,—	750,—	500,—				
Krapfenwaldlbad	1000,—	500,—	400,—	140,—						
Hohe Warte	850,—	425,—	320,—	140,—						
Angelibad	850,—	425,—	320,—	140,—						
Alte Donau	1000,—	500,—	400,—	140,—						
Gänsehäufel	1000,—	500,—	400,—	140,—			2500,—	3000,—	3600,—	
Stadlau (verp.)	650,—	325,—	270,—	140,—						
Liesing	850,—	425,—	320,—	140,—						
Höpflerbad	1200,—	600,—	500,—	140,—	750,—	500,—				2500,—

JAHRESKARTEN

Ohne Zeiteinschränkung

	1979	ab 1980
Hallenbad		
Erwachsene	500,—	650,—
Jugendliche 15–18 J. **)	250,—	325,—
Kinder 6–15 J.	150,—	200,—
Hallenbad + Sommerbad		
Erwachsene	750,—	1000,—
Jugendliche 15–18 J.**)	380,—	500,—
Kinder 6–15 J.	220,—	300,—

SONSTIGES

Wertsachen – Aufbewahrung	10,—
Schlüsselersatz	100,—
Solarium	20,—
Münzhaartrockner	2,—
Leihgebüren	
Bademantel	12,—
Badeanzug	12,—
Leintuch	12,—
Badehose	8,—
Trockentuch	8,—

SCHWIMMUNTERRICHT

Erwachsene	
1 Lektion	30,—
5 Lektionen	120,—
Kinder	
1 Lektion	12,—
5 Lektionen	50,—

Nachzahlung für Badende, die ohne gültige Karte im Badebereich angetroffen werden: S 100,—

*) Gilt auch für Aufzahlung an Warmbadebetrieben.

**) Gilt für Jugendliche von 15–18 Jahren, Schüler, Berufsschüler und Hochschüler über 18 Jahre mit gültigem Schülerausweis ohne Beschränkung auf den Wohnsitz.

Betriebszeiten in den städtischen Bädern

Bad	Abteilung	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Dianabad	Schwimmhalle	S 12–15 F 15–17 V 17–19 W 19–21.30	6.30–21.30	9–21.30	6.30–21.30	9–21.30	7–18	7–12
	Sauna/Dampfbad		13–21.30 Fam.	13–21.30	9–21.30	9–21.30	7–18	7–12
	Ambulatorium	7.30–12 13–18	7.30–12 13–18	7.30–12 13–18	7.30–12 13–18	7.30–12 13–16		
Amalienbad	Schwimmhalle		9–18	9–19	9–18	9–20.30	8–18	7–12
	Sauna/Dampfbad		13–19 M	9–21.30 F	9–17 F 17–21.30 Fam.	9–21.30 M	7–12 M 13–18 F	7–12 M
	Wanne/Brause				13–19	9–19	7–18	7–12
	Medizinalbad		8–19	8–19	8–19	8–19	8–13	
	Sonnenbad		9–18	9–18	9–18	9–18	9–18	8–12
Simmering	Schwimmhalle	S 12.30–17.30 W 17.30–21.30	9–21.30	6.30–21.30	9–21.30	6.30–21.30	8–18	8–18
	Sauna		12–18.30 18.30–21.30 Gem.	9–21.30	9–16 16–21.30 Gem.	9–21.30	8–13 13–18 Fam.	8–13 13–18 Fam.
Theresienbad	Schwimmhalle		9–19	9–19	9–20.30	9–21.30	7–18	7–12
	Sauna/Dampfbad			13–21.30	9–21.30	9–21.30	7–18	7–12
	Wannenbad			13–19	9–19	9–19	7–18	7–12
	Brausebad				9–19	9–19	7–18	7–12
Hietzing	Schwimmhalle	S 12.30–15 F 15–17.30	9–21.30	6.30–21.30	9–21.30	6.30–21.30	8–18	8–18
	Sauna		12–18.30 F 12–21.30 Gem.	9–21.30	9–16 16–21.30 Gem.	9–21.30	8–13 13–18 Fam.	8–13 13–18 Fam.
Ottakringer Bad	Schwimmhalle		9–19	9–19	9–21.30	9–21.30	8–18	8–18
	Sauna		15–21.30 Gem.	13–21.30	9–21.30	9–21.30	8–18	8–18
Jörgerbad	Schwimmhalle		9–18	9–20.30	9–20.30	9–21.30	8–18	7–12
	Sauna/Dampfbad			9–18.30 18.30–21.30 Fam.	9–21.30	9–21.30	18–21 N 8–18	7–12
	Wanne/Brause			13–19	13–19	9–19	8–18	7–12
	Sonnenbad		9–17 F	9–17 F	9–17 M	9–17 F	9–13 M 13–17 F	9–12
Döbling	Schwimmhalle	V 12.30–15 S 15–17.30	9–21.30	6.30–21.30	9–21.30	6.30–21.30	8–18	8–18
	Sauna		12–21.30 Gem.	9–21.30	9–16 F 9–16 M 16–21.30 Gem.	9–21.30	8–13 13–18 Gem.	8–13 13–18 Gem.

Betriebszeiten in den städtischen Bädern

Bad	Abteilung	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Hallenbad Floridsdorf	Schwimmhalle		9–19	9–21.30	9–19	9–19	7–18	7–12
	Sauna/Dampfbad		16–21.30	13–21.30	9–21.30	9–21.30	7–18	7–12
	Wannenbad				13–19	9–19	8–18	8–12
Apostelbad	Sauna		14–21.30 Gem.	13–18.30 F 18.30–21.30 Fam.	9–21.30 F	9–21.30 M	8–20 Gem.	
	Wanne/Brause				12–19	9–19	8–18	
Einsiedlerbad	Sauna		13–18 M 18–21.30 Gem.	13–21.30 F	9–21.30 M	9–15 F 15–21.30 Gem.	8–14 M 14–20 Fam.	
	Brausebad				12–19	9–19	8–18	
Hermannbad	Sauna			13–18.30 F 18.30–21.30 Fam.	9–21.30 F	9–21.30 M	8–15 M 15–20 Fam.	
	Wanne/Brause				12–19	9–19	8–18	
Geiselbergbad	Sauna		13–21.30 F	13–18.30 M 18.30–21.30 Fam.	9–21.30 F	9–21.30 M	8–15 M 15–20 Fam.	
	Wannenbad					13–19	8–18	
	Brausebad				12–19	9–19	8–18	
Ratschkybad	Sauna		13–18 F 18–21.30 Gem.	13–18 M 18–21.30 Fam.	9–21.30 F	9–21.30 M	8–20 Gem.	
	Brausebad				12–19	9–19	8–18	
Penzinger Bad	Sauna		13–21.30 F	13–21.30 M	9–21.30 Fam.	9–21.30 Gem.	8–20 Gem.	
	Wanne/Brause				12–19	9–19	8–18	
Thaliabad	Dampfbad			13–21.30 F	9–18 M 18–21.30 Gem.	9–19 F 19–21.30 Fam.	8–18 M	
	Wanne/Brause				9–19	9–19	8–18	
Währinger Bad	Sauna			13–16.30 F 16.30–21.30 Gem.	9–21.30 F	9–18 M 18–21.30 Gem.	8–15 M 15–20 Fam.	
	Brausebad				12–19	9–19	8–18	
Weisselbad	Sauna			13–17 M 17–21.30 Fam.	9–17 F 17–21.30 Fam.	9–21.30 M	8–13 M 13–20 Fam.	
	Wanne/Brause				12–19	9–19	8–18	
Bad Liesing	Sauna			13–21.30 Gem.	9–21.30 F	9–21.30 M	8–15 M 15–20 Fam.	
	Wannenbad					13–19	8–18	
	Brausebad				12–19	9–19	8–18	
Volksbad 22	Wanne/Brause					13–19	8–18	
Sonstige Volksbäder	Wanne/Brause				12–19	9–19	8–18	
Sommerbäder		9–19	9–19	9–19	9–19	9–19	8–19	8–19
Kinderfreibäder		10–12 13–17	10–12 13–17	10–12 13–17	10–12 13–17	10–12 13–17		

Erläuterungen: M = Männer; F = Frauen; S = Senioren; V = Versehrte; W = Warmbadebetrieb; Fam. = Familiensauna; Gem. = Gemischte Sauna; N = Nacktbaden

im Amalienbad, 10, Reumannplatz 9, Sonntag ab 7 Uhr, im Hallenbad Simmering, 11, Florian Hedorfer-Straße 5, Mittwoch und Freitag ab 6.30 Uhr, im Theresienbad, 12, Hufelandgasse 3, Samstag und Sonntag ab 7 Uhr, im Hallenbad Hietzing, 13, Atzgersdorfer Straße 14, Mittwoch und Freitag ab 6.30 Uhr, im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42–44, am Samstag ab 7 Uhr, im Hallenbad Döbling, 19, Geweygasse 6, Mittwoch und Freitag ab 6.30 Uhr.

In welchen Sommerbädern stehen auch Becken mit erwärmtem Wasser zur Verfügung?

Die sehr beachtlichen Wassermengen in den Becken des Sommerbades Laaer Berg werden, wenn sie durch ungünstige Witterungseinflüsse abgekühlt sind, rasch durch eine Gasfeuerung wieder auf angenehme Badetemperatur gebracht. Gleiches geschieht auch im Schafbergbad. Die Kesselanlage des Bades in Liesing deckt witterungsbedingte Wärmeverluste im Becken ab. Im Ottakringer Bad sorgt die Wärme aus der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig für ein gleichmäßig temperiertes Beckenwasser. Weiters steht im Theresienbad ein von der Kesselanlage des Warmbades temperiertes Badewasser im Freien zur Verfügung. Im Strandbad Alte Donau kann man nicht nur im Naturwasser, sondern auch in drei Becken, die von einer Gaskesselanlage mit Wärme versorgt werden, baden. Im schön gelegenen Krapfenwaldlbad stehen drei Becken mit vorgewärmtem Wasser zur Verfügung. Wiens größtes Sommerbad, das Strandbad Gänsehäufel, hat ebenfalls neben dem alten Wellenbecken groß angelegte Beckenanlagen mit warmem Wasser erhalten. Das Wasser im neu eröffneten Höpflerbad wird in allen drei Becken mit Gasheizung auf angenehme Temperatur gebracht. Das Sommerbad neben dem Hallenbad Hietzing verfügt als erstes Bad in Wien über eine Solaranlage für die Erwärmung des Wassers in drei Becken. In den Sommerbädern dauert die Badesaison von etwa Anfang Mai bis etwa Mitte September.

Gibt es für die städtischen Bäder eine Jahreskarte?

Für Hallenbäder gibt es eine Jahreskarte (Bäderpaß H), welche zu allen Betriebszeiten ohne Zeiteinschränkung gültig ist. Das Theresienbad, das Hallenbad Hietzing und das Ottakringer Bad kann man mit dieser Jahreskarte vom 1. Mai bis 30. September nicht benützen. Eine kombinierte Jahreskarte (Bäderpaß HS) berechtigt zum Eintritt in alle Hallen- und Sommerbäder.

Die Jahreskarten (Ausweis mit Lichtbild) werden erstmalig in der MA 44, 7, Hermanngasse 24–26, Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr, ausgestellt, in den Folgejahren ist die Wertmarke bei den Kassen der Hallenbäder zu erwerben.

Gibt es besondere Ermäßigungen für Pensionisten?

Für alle Dauersozialhilfebezieher und Empfänger von Ausgleichszulage-Pensionen mit ständigem Wohnsitz in Wien, die einen Pensionistenausweis, ausgestellt von der MA 12 (blaue Karte SD 323), besitzen, gibt es für alle Bäder an allen Tagen Ermäßigungskarten. Die gemeinsamen Brausebäder können sogar unentgeltlich benützt werden.

STÄDTISCHE UNTERNEHMUNGEN

ELEKTRIZITÄT IN WOHNUNG UND BETRIEB

Anschluß gewerblicher Anlagen an das Netz der WStW-EW

A. Anschluß eines neu erbauten oder Verstärkung des Hausanschlusses eines bereits bestehenden Hauses

Der Bauherr (Anschlußwerber) hat in seinem eigenen Interesse, womöglich noch vor der Planung der Anlage, spätestens jedoch vor Inangriffnahme der Bauarbeiten, das Einvernehmen mit der zuständigen technischen Abnehmergruppe bzw. für in Überlandgebieten gelegene Anlagen bei der zuständigen Betriebsstelle der WStW-EW herzustellen und die dort erhältliche Anfragekarte sowie eine Bedarfsanmeldung mit den notwendigen Angaben auszufüllen.

Bei Neuanschluß eines Hauses wird sodann von den WStW-EW ein unverbindlicher Kostenvoranschlag für die durch den Neuanschluß bedingten Herstellungen (Kabelverlegungen, Transformatorenbeistellungen usw.) und den vom Anschlußwerber an die WStW-EW hiefür zu bezahlenden Baukostenzuschuß erstellt; bei gegebener technischer Notwendigkeit wird dem Anschlußwerber außerdem die Bedingung gestellt, einen für die Unterbringung einer Abspanneranlage geeigneten Raum den WStW-EW kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Bei Erweiterung eines schon bestehenden Anschlusses können den Bewerbern hiefür je nach dem Umfang des zusätzlichen Energiebedarfes und der hiefür erforderlichen technischen Maßnahmen Anschlußbedingungen vorgenannter Art (Baukostenzuschuß, Raumbeistellung) von den WStW-EW gestellt werden.

Vor Durchführung der Anschlußarbeiten hat der Anschlußwerber eine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung verbindlich zu unterzeichnen und den darin vorgeschriebenen Baukostenzuschuß zu erlegen.

B. Anschluß einer Abnehmeranlage in einem bereits bestehenden Objekt

a) Elektrizitätszähler noch nicht vorhanden

Der Inhaber (Mieter) der Räumlichkeiten, die von den WStW-EW versorgt werden sollen, hat hiezu einen behördlich konzessionierten Elektrotechniker zu beauftragen. Dieser stellt das Einvernehmen mit der zuständigen technischen Abnehmergruppe bzw. für im Überlandgebiet gelegene Anlagen bei der zuständigen Betriebsstelle der WStW-EW her und füllt die dort erhaltene Anfragekarte sowie eine Bedarfsanmeldung mit den notwendigen Angaben aus. Sodann wird von den WStW-EW ein Kostenvoranschlag für die durch den Neuanschluß bedingten Herstellungen (Kabelverlegung, Transformatorenbeistellung usw.) und den vom Anschlußwerber an die WStW-EW hiefür zu bezahlenden Baukostenzuschuß erstellt; bei gegebener technischer Notwendigkeit wird dem Anschlußwerber außerdem die Bedingung gestellt, einen für die Unterbringung einer Abspanneranlage geeigneten Raum den WStW-EW kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Vor Durchführung der Anschlußarbeiten hat der Anschlußwerber eine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung verbindlich zu unterzeichnen und den darin vorgeschriebenen Baukostenzuschuß zu erlegen. Der Elektrotechniker führt nun die notwendigen Installationsarbeiten entsprechend den Wünschen und Zwecken des Auftraggebers unter Einhaltung der bestehenden Sicherheitsvorschriften und Anschlußbedingungen aus und überprüft gegebenenfalls die vorhandenen Installationen auf ihren vorschriftsmäßigen Zustand. Danach hat der Elektrotechniker mit einem von ihm beschafften vorgeschriebenen Anmeldeformular die Anlage bei der für den betreffenden Bezirk zuständigen technischen Abteilung (im Überlandgebiet bei der zuständigen Betriebsstelle) der WStW-EW zum Anschluß anzumelden und den vom Stromabnehmer gewünschten Tarif bekanntzugeben.

Die WStW-EW lassen daraufhin nach Bezahlung eines allfälligen Baukostenzuschußpauschales für das vorgelagerte Hochspannungsnetz bzw. eines Baukostenzuschusses für Anschluß von Sauna, Nachtspeicherofen, Direktheizung usw. durch ihre Organe die Montage der Meßeinrichtung vornehmen.

b) Elektrizitätszähler bereits vorhanden

Ist hingegen in der Anlage bereits ein Elektrizitätszähler vorhanden, so hat der neue Anlageninhaber bei Übernahme der Räumlichkeiten sofort die Anmeldung bei der für den betreffenden Stadtbezirk zuständigen Abnehmerverrechnungsgruppe bzw. für in Überlandgebieten gelegene Anlagen bei der zuständigen Betriebsstelle der WStW-EW vorzunehmen (telefonisch, schriftlich oder durch persönliche Vorsprache) und den von ihm gewünschten Tarif bekanntzugeben sowie eine Bedarfsanmeldung auszufüllen. Sodann wird seitens der WStW-EW ein Kostenvoranschlag für die durch den Neuanschluß bedingten Herstellungen (Kabelverlegungen, Transformatorenbeistellung usw.) und dem vom Anschlußwerber an die WStW-EW hiefür zu bezahlenden Baukostenzuschuß erstellt. Bei gegebener technischer Notwendigkeit wird dem Anschlußwerber außerdem die Bedingung gestellt, einen für die Unterbringung einer Abspanneranlage geeigneten Raum den WStW-EW kostenlos zur Verfügung zu stellen. Vor Durchführung der Umschreibung der Anlage hat der Anschlußwerber eine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung verbindlich zu unterzeichnen und den darin vorgeschriebenen Baukostenzuschuß zu erlegen. Die Übernahme der Anlage sowie die getroffene Tarifwahl sind den WStW-EW von neuen Abnehmern schriftlich zu bestätigen. Ist der neue Abnehmer (Anlageninhaber) der Rechtsnachfolger des früheren, so übernimmt er mit dessen Rechten auch dessen Verpflichtungen.

Erweiterungen von bereits in Benützung befindlichen Abnehmeranlagen (zusätzliche Installationen bzw. Änderungen des Anschlußwertes) sind vor Durchführung den WStW-EW anzumelden.

Anschlußwert einer Stromverbrauchseinrichtung

ist die zu deren Betrieb benötigte elektrische Nennleistung, die bei motorischen Geräten (Staubsauger, Bodenbürste usw.) und Wärmegeräten (Kochplatte, Bügeleisen usw.) auf dem Leistungsschild, bei Glühlampen auf dem Gewindesockel oder dem Glaskolben, in Watt (W) angegeben ist. An diesen Stellen ist auch die Spannung in Volt (V) angegeben, für die das betreffende Gerät bzw. die Lampe gebaut ist (vgl. den Abschnitt „Spannung"), ferner, und zwar bei motorischen Geräten, bei Rundfunkgeräten und bei manchen Wärmegeräten auch die Stromart (vgl. den Abschnitt „Stromarten"), an die das Gerät angeschlossen werden darf. Da sich (mit der später angeführten Einschränkung) die von einem Gerät aufgenommene Leistung (W) als Produkt der Betriebsspannung (V) mal der entsprechenden Stromstärke in Ampere (Amp. A) ergibt, kann letztere, sofern auf dem Leistungsschild nicht angegeben, durch Division der Leistung durch die Spannung ermittelt werden (Watt : Volt = Ampere). Ein Vergleich dieses Ergebnisses mit der auf dem Leistungsschild des Elektrizitätszählers angegebenen Stromstärke (A) zeigt, ob der Anschluß eines Gerätes oder der gleichzeitige Anschluß mehrerer Geräte (deren Leistungen bzw. Stromaufnahmen dann zu addieren sind) mit Rücksicht auf die Belastbarkeit des Zählers vorgenommen werden darf. Die entsprechende Überlegung gilt auch bezüglich der Belastbarkeit der vorgeschalteten Sicherungen (vgl. Abschnitt „Sicherungen").

Für größere Stromverbrauchseinrichtungen (Motoren, Heizungseinrichtungen u. dgl.) wird die Leistung (=Anschlußwert) fallweise in Kilowatt (kW) angegeben, wobei 1000 W = 1 kW.

Die oben angegebene einfache Berechnung: Volt × Ampere = Watt gilt bei Wechselstrom jedoch nur für Glühlampen und gewöhnliche Wärmegeräte. Für andere Geräte (z. B. Motoren) wird die Stromaufnahme in Ampere oder eine für ihre Berechnung geeignete andere Angabe zusätzlich auf dem Leistungsschild eingestempelt.

Kilowattstunde (kWh)

ist die Maßeinheit für die dem Stromverbraucher gelieferte elektrische Arbeit, mit anderen Worten, für den vom Elektrizitätszähler gemessenen und angezeigten Verbrauch an elektrischer Energie. Wie unter „Anschlußwert einer Stromverbrauchseinrichtung" erläutert ist, wird dieser Anschlußwert, d. h. die zum Betrieb einer Lampe oder eines Elektrogerätes benötigte elektrische Leistung, in Watt (W) bzw. in der größeren Einheit von 1000 W = 1 kW (Kilowatt) angegeben. Wird die Leistung von 1 kW während der Zeitdauer einer Stunde (abgekürzt h aus dem lateinischen hora = Stunde) aus der elektrischen Leitung entnommen, so wird 1 kW × 1 h = 1 kWh verbraucht und in Licht bzw. Wärme oder mechanische Arbeit umgewandelt.

Die so vom Stromverbraucher mit jeweils einem bestimmten Leistungsbedarf der in Betrieb befindlichen Lampen und Geräte verbrauchte elektrische Energie muß gleichzeitig und im gleichen Ausmaß im Kraftwerk durch die Stromerzeuger bzw. durch die von deren Antriebsmaschinen aufzubringende Arbeit gedeckt werden. Eine Lampe von 100 W = 0.1 kW verbraucht demnach in einer Stunde 0.1 kW × 1 h = 0.1 kWh, in 20 Stunden 0.1 kW × 20 h = 2 kWh.

Spannung

Die Spannung des elektrischen Stromes ist z. B. mit dem Druck des Wassers in einer Rohrleitung vergleichbar; sie wird in Volt (V) angegeben. Im Wiener Stromversorgungsgebiet beträgt die normale Netzspannung (siehe auch „Stromarten") bei Drehstrom 220 Volt (für Licht und die meisten Geräte) bzw. 380 Volt (vor allem für größere Motoren).

Lampen und Geräte jeder Art dürfen nur an jene Spannung (gegebenenfalls auch Stromart, siehe „Stromarten") angeschlossen werden, für die sie gebaut sind. Diese Spannung ist auf der Lampe bzw. dem Leistungsschild des Gerätes angegeben (vgl. auch „Anschlußwert einer Stromverbrauchseinrichtung"). Nichtbeachtung dieser Spannung führt, oft sofort, zur Zerstörung der betreffenden Lampen bzw. Geräte und verursacht vielfach weitere Schäden und Gefahren.

Stromarten

In Wien wird an die Verbraucher je nach Maßgabe der örtlichen Netzverhältnisse Drehstrom 220 V bzw. 380 V abgegeben. Abnehmeranlagen mit kleinerem Anschlußwert (Licht, kleinere Geräte) werden nur an zwei Leitungen des Drehstromsystems, solche mit größerem Anschlußwert an alle Leitungen desselben angeschlossen.

Sicherungen

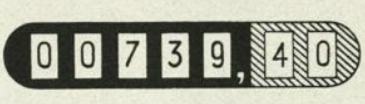
sind Einrichtungen zum Schutz elektrischer Installationen und Stromverbrauchseinrichtungen. Ihre Wirkungsweise beruht darauf, daß ein dünner, für eine bestimmte Höchststromstärke bemessener Draht, der in einer quarzsandgefüllten Porzellanpatrone eingebettet ist, bei Überlastung durchschmilzt. Dadurch wird der an diese Sicherung angeschlossene Teil der Installation abgeschaltet, wodurch Schäden an diesem Installationsteil und den daran angeschlossenen Stromverbrauchseinrichtungen verhindert werden. Um Schäden jeder Art, vor allem Brandschäden, an Installationen und Geräten sicher zu vermeiden, muß die Sicherung so bemessen werden, daß sie bewußt den schwächsten Teil der Verbraucheranlage bildet; die Festsetzung ihrer Stärke ist daher Sache des Fachmannes. Es dürfen ausschließlich nur die jeweils von ihm vorgesehenen Sicherungspatronen verwendet werden, die immer in Vorrat zu halten sind. In Haushalten werden statt Sicherungen auch Leitungsschutzschalter verwendet.

Notbehelfe irgendwelcher Art („geflickte Sicherungen") gefährden nicht nur die elektrischen Einrichtungen, sie können auch Brände und Unfälle verursachen, weshalb solche Notbehelfe verboten sind.

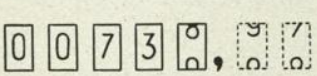
Zählerablesung

Der an der Anzeigeeinrichtung eines Elektrizitätszählers ersichtliche Zählerstand ändert sich fortlaufend entsprechend dem Verbrauch in der Abnehmeranlage. Der in kWh (siehe „Kilowattstunde") gemessene Stromverbrauch der Anlage innerhalb eines beliebigen Zeitabschnittes wird als Differenz der am Beginn und am Ende dieses Zeitabschnittes abgelesenen Zählerstände ermittelt. Durch Multiplikation dieses in kWh ermittelten Verbrauches mit dem laut Tarif für 1 kWh zu zahlenden Arbeitspreis ergeben sich die Verbrauchskosten der Abnehmeranlage für diesen Zeitabschnitt.

Die von den WStW – EW verwendeten Zähler besitzen ein Fenster, in dem Ziffern zu sehen sind.



Stehen die Ziffern so, daß in einem Feld zwei Ziffern, jede aber nur zum Teil, sichtbar sind, so ist (immer von rechts nach links gelesen) in jedem Feld die niedrigere Ziffer abzulesen.



Da an der Hundertstelstelle, zweites Feld rechts vom Dezimalstrich, die zum Teil noch sichtbare 7 kleiner ist als die schon zum Teil sichtbare 8, an der Zehntelstelle analog die 9 kleiner als die 0 (die ja 10 Zehntel entspricht) und an der Einerstelle (links vom Dezimalstrich) analog die 8 kleiner ist als die erst zum Teil sichtbare 9, ist somit abzulesen: 0738.97 kWh.

Im allgemeinen genügt es jedoch, die der Angabe von ganzen kWh entsprechenden Ziffern abzulesen (739 kWh im Beispiel), wobei die letzte Stelle unter der Ziffer 5 der nächsten Stelle ab- und über der Ziffer 5 der nächsten Stelle aufzurunden ist.

Tarifwahl

Soweit mit Rücksicht auf die Bestimmungen der „Allgemeinen Tarife der WStW – EW" dem Abnehmer die Wahl des für ihn günstigsten unter mehreren Tarifen freisteht, erteilen die zuständigen Bezirksgruppen im Direktionsgebäude bzw. die Betriebsstellen im Überlandgebiet diesbezügliche Auskünfte und Ratschläge.

Jeder Abnehmer hat grundsätzlich den Tarif selbst zu wählen (Tarifwahlblatt bzw. Tarifwahlkarte). Er ist an den gewählten Tarif erstmalig bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres gebunden. Die Bindung gilt jeweils für ein weiteres Verrechnungsjahr, wenn der Abnehmer nicht bis längstens einen Monat nach der Vorlage der Jahresabrechnung das Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) schriftlich von einer anderen Tarifwahl in Kenntnis setzt.

Neue Abnehmer oder Nachfolger in bestehenden Anlagen wählen einen der angeführten Tarife mittels eines Tarifwahlblattes bzw. einer Tarifwahlkarte, welche bei den einzelnen Abnehmergruppen in der Direktion der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke, bei den Beratungsstellen sowie den Betriebsstellen erhältlich sind.

Grundpreis, Meßpreis und Arbeitspreis

Diese Teilung des Entgeltes für den Strombezug erklärt sich aus folgendem:

Elektrizität läßt sich wirtschaftlich nur in sehr bescheidenem Maße speichern; es muß sich vielmehr in jedem Augenblick ihre Erzeugung dem jeweiligen Verbrauch anpassen.

Die Kraftwerke mit allen ihren vielfältigen Nebeneinrichtungen, die Umspann- und Unterwerke usw. müssen daher auch bei geringem Bedarf voll betriebsbereit gehalten werden. Dadurch entstehen dauernd, unabhängig vom jeweiligen Bedarf des Versorgungsgebietes, nicht unerhebliche, praktisch gleichbleibende *feste* Kosten, die den größten Teil der Gesamtkosten der Stromerzeugung ausmachen. Zu diesen festen Kosten gehören u. a. die Aufwendungen für Personal, Instandhaltung, Steuern, Versicherungen u. dgl., weiters die Zahlung des Leistungspreises für Fremdstrombezug, ferner der Aufwand für die Verzinsung und Tilgung des immer sehr bedeutenden Anlagenkapitals bzw. für die Erneuerung der Einrichtungen.

Der andere, wesentlich geringere Teil dieser Erzeugungskosten ist vom wechselnden Ausmaß der Energielieferung, also der Zahl der von den Abnehmern verbrauchten bzw. im Kraftwerk erzeugten kWh, abhängig und daher durch den Verbrauch von Brennstoff, Schmiermitteln usw. sowie durch die beträchtlichen Kosten der Fortleitung und Verteilung der elektrischen Energie bedingt (*bewegliche* Kosten).

Dementsprechend ist es durchaus begründet und daher auch vertretbar, daß wenigstens ein Teil der festen Kosten als fixer Teil des Stromentgeltes, also als Grundpreis, dem Stromverbraucher angelastet wird. Der Arbeitspreis hingegen berücksichtigt neben dem auf die abgegebene kWh bezogenen Rest der festen Kosten naturgemäß die beweglichen Kosten. Der Meßpreis ist das Entgelt für die jeweils notwendige Meßeinrichtung.

Gas- und Stromverrechnung

Die Durchführung der Jahresabrechnung geht so vor sich, daß zunächst der Jahresverbrauch des vergangenen

Abrechnungszeitraumes vom Zähler des Kunden der Wiener Stadtwerke abgelesen wird. Der Vorjahrsverbrauch bildet (neben dem Grundpreis, dem Meßpreis, der Zählergebühr sowie einem geschätzten durchschnittlichen Verbrauchsanstieg) die Grundlage für die Ermittlung des zu erwartenden Gesamtrechnungsbetrages für den voraussichtlichen Gas- und Stromverbrauch der folgenden zwölf Monate.

Dieser Gesamtrechnungsbetrag ist in fünf gleich hohen Teilbeträgen vom Kunden zu bezahlen, wobei bei der einmal jährlichen Endabrechnung die durch den tatsächlich erfolgten Gas- und Stromverbrauch sich ergebenden Mehr- oder Minderzahlungen berücksichtigt werden.

Anläßlich der Endabrechnung wird auch die vom Kunden zu leistende Anzahlung für die Vorauslieferung von Strom und Gas in der Höhe eines durchschnittlichen Monatsverbrauches für die abgelaufene Jahresperiode rückverrechnet und für die folgende Jahresperiode neu vorgeschrieben.

Diese neue Art der Verbrauchsabrechnung bringt besonders den Kunden eine Reihe von Vorteilen. Zufolge der fünfmal jährlich zu entrichtenden gleich hohen Teilbeträge wird die bisher besonders in den Wintermonaten fühlbare starke finanzielle Belastung vermieden und damit eine gleichmäßige Verteilung der Gas- und Strombezugskosten auf das ganze Jahr erzielt.

Die Möglichkeit, die jeweiligen Teilrechnungsbeträge in Form eines Einzugsauftrages bei dem entsprechenden Geldinstitut der Kunden bargeldlos zu begleichen, wirkt sich besonders für berufstätige Kunden vorteilhaft aus.

Durch diese Form der Jahresablesung ist die Zugänglichkeit zum Zähler nur noch einmal jährlich erforderlich.

Weiters kann, da die Teilbeträge im vorhinein bekannt sind, im Bedarfsfall leichter als bisher am Inkassotag die Begleichung durch einen Nachbarn, Angestellten, Portier usw. durchgeführt werden.

Die seit der Einführung der Jahresabrechnung gewonnenen praktischen Erfahrungen haben gezeigt, daß das neue Gas- und Stromverrechnungssystem der Wiener Stadtwerke bei der überwiegenden Anzahl der Kunden Anklang findet.

Abmeldung des Energiebezuges

Bei Abmeldung des Strom- und Gasbezuges infolge Übersiedlung, Todesfall, Geschäftsauflösung usw. ist eine schriftliche Mitteilung an die Gas- und Stromverrechnung zu richten. In Ausnahmefällen wird die Abmeldung auch telefonisch zur Kenntnis genommen. Insbesondere wird um die Bekanntgabe der neuen Wohnadresse gebeten. Sollte hingegen die Abmontierung eines Meßgerätes gewünscht werden, so ist die Gas- und Stromverrechnung unbedingt schriftlich davon in Kenntnis zu setzen. Ist dem Vormieter der Nachfolger bereits bekannt, so wird gebeten, diesen vom Abrechnungstermin zwecks Unterfertigung des Gas- und Stromlieferungsvertrages zu unterrichten.

Laß das sein . . . . !

Klopfen Sie, bitte, nicht am Zähler herum, wenn er einmal nicht funktionieren sollte; ihn so zu behandeln, nützt nichts. Es ist viel ratsamer, auch zur Schonung Ihrer Brieftasche, die WStW–EW sofort zu verständigen.

Schaltern und Steckdosen tut es nicht gut, wenn sie als Kleiderhaken benützt werden; manchmal rächen sie sich dafür zu Ihrem Ärger!

Verdrehen, Verknoten und Knicken von Anschlußschnüren, auch ihre Benützung zum Herausziehen des Steckers aus der Steckdose (anstatt hiezu den Stecker selbst anzufassen), gibt zwar begründeten Anlaß zu Neuanschaffungen, aber auch zu Kurzschlüssen! Ebenso ist es keineswegs ratsam, die Anschlußschnur nach dem Bügeln um das noch heiße Bügeleisen zu wickeln.

Bei eingeschalteten Heizkissen einzuschlafen ist ebensowenig zu empfehlen, als sich mit der ganzen Körperschwere auf das Heizkissen zu legen oder es unbeaufsichtigt zum Aufwärmen des Bettes zu verwenden.

Das Bügeleisen bei wenn auch noch so kurzer Unterbrechung des Bügelns nicht auszuschalten, das Bügeleisen oder Glühlampen zum Anwärmen des Bettes, die elektrische Heizsonne zum raschen Trocknen leichter Stoffe zu benützen: lohnt sich das im Hinblick auf die damit verbundene Brandgefahr?

Kochplatten eignen sich nicht zur Raumbeheizung; sie werden bei solcher Fehlverwendung zwar rasch glühend, dadurch aber sehr bald schadhaft.

Elektrische Kochtöpfe (Teekocher, Kaffeekannen) sollen nicht ohne Inhalt eingeschaltet werden und bleiben; andererseits sollen sie beim Reinigen nicht ins Wasser getaucht werden. Letzteres gilt auch für Kochplatten, deren Oberfläche aber trotzdem immer peinlich sauber zu halten ist, weil deren Verschmutzung verlängerte Kochdauer und damit erhöhten Stromverbrauch bedingt.

Tauchsieder sollen vor dem Einschalten bis nach dem Ausschalten ins Wasser getaucht sein, ohne daß jedoch der Schnuranschluß benetzt wird.

Terminplan für die Ablesung und das Inkasso der Jahresabrechnung sowie der Teilbeträge

Bezirke	Ablesung 5. Teilbetrag	Jahres-abrechnung 1. Teilbetrag	2. Teilbetrag	3. Teilbetrag	4. Teilbetrag
5, 6, 15	Jänner	März	Mai	September	November
2, 3	Februar	April	Juni	Oktober	Dezember
10, 11	März	Mai	September	November	Jänner
17, 18, 19	April	Juni	Oktober	Dezember	Februar
14, 16	Mai	September	November	Jänner	März
12, 13, 23	Juni	Oktober	Dezember	Februar	April
22, NÖ 1. Teil	September	November	Jänner	März	Mai
21, NÖ 2. Teil	Oktober	Dezember	Februar	April	Juni
1, 4, 7, 8	November	Jänner	März	Mai	September
9, 20	Dezember	Februar	April	Juni	Oktober

Sparen wollen am falschen Platz bedeutet es, schadhaft gewordene Elektrogeräte, Schalter, Leitungen usw. nicht vom *Fachmann* reparieren zu lassen, desgleichen mit der fachgerechten Erneuerung abgenützter Kohlenbürsten am Motor des Staubsaugers, der Bodenbürste, des Ventilators usw. solange zu säumen, bis weitaus kostspieligere Schäden am Motor eingetreten sind.

Zu schwache oder nicht blendungsfreie Beleuchtung ist der größte Feind der Augen; Augenschäden, Kopfschmerzen, Unlustgefühle und nicht zuletzt schlechte Arbeitsergebnisse sind die Folgen. Doch nützt auch starke Beleuchtung dann nichts, wenn dort, wo Licht hinfallen soll, Schatten ist.

Zur Beratung in allen Fragen der Elektrizitätsanwendung stehen den Abnehmern der WStW–EW die zuständigen technischen Abnehmergruppen, 9, Mariannengasse 4, die Beratungsstelle, 6, Mariahilfer Straße 41–43, 1. Stock, sowie die Betriebsstellen in Baden, Klosterneuburg, Liesing, Mödling, Purkersdorf, Schwechat und Stammersdorf zur Verfügung.

Tarife für Haushaltabnehmer

(Stand 1. Jänner 1980)

I. Haushalt-Tarif H 95*)

Arbeitspreis	95,1 g/kWh
Jahresgrundpreis:	
für 1 oder 2 Tarifräume	66,— S (5,50 S/Monat)
für 3 Tarifräume	171,60 S (14,30 S/Monat)
für 4 Tarifräume	303,60 S (25,30 S/Monat)
für 5 Tarifräume	448,80 S (37,40 S/Monat)
für jeden weiteren Tarifraum	158,40 S (13,20 S/Monat)
Jahresmeßpreis derzeit für den	
2-Leiter-Zähler	92,40 S (7,70 S/Monat)
3- oder 4-Leiter-Zähler	276,– S (23,– S/Monat)

Als Tarifraum gilt unabhängig davon, ob in dem betreffenden Raum eine Elektroinstallation vorhanden ist oder nicht:
a) jeder bewohnbare Raum über 8,8 m² Grundfläche,
b) eine Grundfläche von je angefangenen weiteren 30 m² in einem Raum mit mehr als 30 m².

II. Kleinstabnehmer-Tarif K 454*)

Arbeitspreis	4,54 S/kWh
Jahresmeßpreis derzeit für den	
2-Leiter-Zähler	92,40 S (7,70 S/Monat)
3- oder 4-Leiter-Zähler	276,– S (23,– S/Monat

III. Nachtstrom-Tarif N 47*)

für Heißwasserspeicher und Speicherheizgeräte	
Arbeitspreis	47,7 g/kWh
Jahresgrundpreis für Speicheröfen	
je angefangene 500 W Anschlußwert	20,40 S (1,70 S/Monat)
Jahresmeßpreis derzeit für den	
2-Leiter-Zähler	92,40 S (7,70 S/Monat)
3- oder 4-Leiter-Zähler	276,– S (23,– S/Monat)
Steuergerät (bzw. Schaltbefehl)	156,— S (13,— S/Monat)

IV. Pauschaltarif P*)

Für Kompressionskühlschränke und Tiefkühltruhen bis 100 l Nutzinhalt	346,80 S/Jahr	(28,90 S/Monat)
bis 150 l Nutzinhalt	420,— S/Jahr	(35,— S/Monat)
bis 200 l Nutzinhalt	519,60 S/Jahr	(43,30 S/Monat)
bis 250 l Nutzinhalt	607,20 S/Jahr	(50,60 S/Monat)

V. Sonderregelungen

1. Zusätzlicher Grundpreis für Geräte, die das übliche Ausmaß von Stromverbrauchseinrichtungen im Haushalt übersteigen

a) Direktheizgeräte, Saunaöfen u. ä.; der zusätzliche Jahresgrundpreis beträgt je angefangene 500 W Anschlußwert	94,80 S	(7,90 S/Monat)*)
b) Schwimmbeckenheizungen, Dachrinnenheizungen u. ä.; der zusätzliche Jahresgrundpreis beträgt für je angefangene 500 W Anschlußwert	283,20 S	(23,60 S/Monat)*)

Je Haushaltanlage sind 2,2 kW grundpreisfrei.

2. Grundpreisfreistellung
Es erfolgt eine Grundpreisfreistellung für die unter Pkt. 1 a und 1 b genannten Stromverbrauchseinrichtungen, wenn eine Sperrschalteinrichtung (z. B. TFR-Empfänger) eingebaut wird.
Jahresmeßpreis hiefür 156,— S (13,— S/Monat)*)

Derzeit gelten folgende Sperrzeiten:
1. Oktober bis 31. März, Montag bis Freitag von 7 bis 9 Uhr und von 16 bis 20 Uhr.

3. Baukostenzuschüsse
Der einmalige, unverzinsliche und nicht rückzahlbare Baukostenzuschuß beträgt derzeit
für Direktheizungen, Saunen, Schwimmbeckenheizungen, Dachrinnenheizungen u. ä. je angefangene 500 W Anschlußwert 382,50 S

Je Haushaltanlage sind 2,2 kW baukostenzuschußfrei.

VI. Nebengebühren

Mahnung oder Wiedervorlage von Rechnungen inkl. Porto	21,30 S
Wiederinbetriebsetzung stillgelegter Anlagen	106,30 S
Neuerliche Anlagenüberprüfung nach Mängeln	106,30 S
Prüfung erweiterter oder abgeänderter Anlagen	106,30 S
Änderung von Meßeinrichtungen	106,30 S
Für jede Aus- oder Einschaltung	53,15 S
Zwischenablesungen oder Plombierungen	53,15 S
Ein- oder Ausschaltung von Saisonanlagen	53,15 S
Für Abnehmerummeldungen	53,15 S

Zu allen Preisen kommen bei den Abrechnungen noch 8% Umsatzsteuer hinzu.

*) Gemäß Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Dezember 1979, Zl. 36.902/20-III-7/79, erfolgt in den Abrechnungen für den Zeitraum ab 1. Jänner 1980 vor Hinzurechnung der Umsatzsteuer ein Zuschlag von 14,9%. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie beabsichtigt, die Umwandlung des Prozentsatzes auf die Tarife möglichst bald durchzuführen.

Verbrauch elektrischer Haushaltsgeräte

Geräte	Anschlußwert in Watt	Benützungsdauer in Stunden für den Verbrauch einer kWh
Glühlampen	25	40
	40	25
	60	16½
	100	10
Rasierapparat	6	167
Ventilator	20	50
Heizmatte	40	25
Heizkissen	60	16½
Radioapparat (Transistor)	20	50
Kaffeemühle	80	12½
Handrührgerät	120	8½
Fernsehapparat	140	7
Bodenbürste	350	2¾
Brotröster	450	2¼
Haartrockner	450	2¼
Staubsauger	500	2
Rührgerät	500	2
Tauchsieder	700	1¼
Heizgerät	1000	1
Einzelkochplatte	1200	¾
Doppelkochplatte	2000	½
Heizgerät	2000	½
Stereoanlage	60	16½

ferner wird verbraucht für:

10 l Heißwasser 85° C	1 kWh	Geschirrspülmaschine (10–12 Maßgedecke) 1 komplettes Spülprogramm etwa	2,5 kWh
Elektrokochen pro Person und Tag etwa	1 kWh	4 kg Wäsche mit der Bügelmaschine bügeln etwa	1 kWh
Kühlschrank pro Tag	0,6–2 kWh		
4 kg Wäsche in einer Waschmaschine waschen etwa	3,5 kWh	1 kg Wäsche mit Thermostatbügeleisen bügeln	1 kWh

Produkte aus gutem Haus!

MAX® Möbelplatten

Thermax® Brandschutz-System

isovolta A.G.

GAS IN WOHNUNG UND BETRIEB

Geschäftsstellen der Wiener Stadtwerke-Gaswerke und ihr Wirkungsbereich

Direktion: 8, Josefstädter Straße 10–12, Tel. 43 09, für die Bezirke 1, 3, 4, 6 bis 11, 16 bis 19 sowie für die Gemeinden Schwechat und Klosterneuburg; für den Gebrechenbehebungsdienst Tel. 43 09*, 517, 518, 519.

Geschäftsstelle Meidling: 12, Theresienbadgasse 3, Tel. 83 35 41, für die Bezirke 5, 12 bis 15, 23 sowie Purkersdorf.

Geschäftsstelle Brigittenau: 20, Denisgasse 39, Tel. 33 35 21, für die Bezirke 2, 20 bis 22 sowie die Gemeinden Bisamberg, Gerasdorf, Groß-Enzersdorf und Langenzersdorf.

Außenstelle Mödling: Mödling, Hauptstraße 68, Tel. 902*, 42 03, 0 22 36*, 42 03, für die Gemeinden Biedermannsdorf, Breitenfurt, Brunn am Gebirge, Gießhübl, Gumpoldskirchen, Guntramsdorf, Hennersdorf, Hinterbrühl, Kaltenleutgeben, Laxenburg, Maria Enzersdorf, Mödling, Perchtoldsdorf, Traiskirchen, Vösendorf und Wiener Neudorf.

Allgemeines

Die Lieferung von Gas erfolgt nach vorheriger Gasbezugsanmeldung auf Grund der „Allgemeinen Bedingungen für den Gasbezug aus den Wiener Stadtwerken-Gaswerke" nach Maßgabe der bestehenden Gaserzeugungs- und -verteilungsanlagen.

Das Gas darf nur für den eigenen Bedarf des Abnehmers verwendet werden. Die Versorgung Dritter, mit Ausnahme von Untermietern, ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Gaswerke gestattet.

Die Lieferbereitschaft begründet keinen klagbaren Anspruch.

Der Gasabnehmer hat keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn die Gaswerke aus irgendeinem Grund an der Lieferung des Gases verhindert sind oder eine Störung in der Gaslieferung eintritt. Bei Störungen in der Gaslieferung wird eine rasche Behebung zugesichert.

Die Gaswerke übernehmen für den Zustand der Gaszuleitungen und der Gasverteil- und -benützungsanlagen in den Räumlichkeiten der Gasabnehmer keine Haftung, sind aber über Wunsch bereit, die Gasanlagen unentgeltlich zu überprüfen und bei beabsichtigten Gaseinrichtungen beratend mitzuwirken.

Den mit einer amtlichen Dienstlegitimation (mit Lichtbild) versehenen Angestellten der Gaswerke muß jederzeit der ungehinderte Zutritt zu den Gaszählern und allen Gasverbrauchseinrichtungen gestattet werden.

Wie wird eine Gaszuleitung bestellt?

Die Herstellung, Änderung und Instandsetzung von Hausanschlußleitungen (Abzweigungen vom Straßenhauptrohr) führen ausschließlich die Gaswerke, und zwar über schriftliche Bestellung und auf Kosten des Bestellers, aus.

Von der zuständigen Geschäftsstelle (siehe vorstehend) kann zunächst mündlich, schriftlich oder fernmündlich ein unverbindlicher schriftlicher Kostenvoranschlag verlangt werden. Die Herstellungskosten einer Gaszuleitung richten sich nach dem Querschnitt und der Länge der Zuleitung sowie nach der Art der Straßendecke und den Verkehrsverhältnissen. Die Kosten erhöhen sich, wenn die Zuleitung in zwei Abschnitten bzw. verkehrsbedingt in den Nachtstunden hergestellt werden muß. Bei Erstellung des Kostenvoranschlages müssen die ungünstigsten Verhältnisse angenommen werden. Mit der Bestellung soll nicht bis zum Winter gewartet werden, da bei gefrorenem Boden ein Frostzuschlag verrechnet werden müßte. Die Bestellung erfolgt in der zuständigen Geschäftsstelle. Da die Gasleitung Eigentum des Liegenschaftsbesitzers (z. B. der Hausinhabung) bleibt, kann die Bestellung für die Neuherstellung, Auswechslung oder Trennung der Leitung nur durch die Hausinhabung bzw. deren bevollmächtigten Stellvertreter (Hausverwaltungen usw.) erfolgen. Dies gilt auch für den Fall einer Beschädigung der Leitung durch Fremdeinwirkung. Bei der Bestellung ist eine Anzahlung zu leisten. Nach der Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 2. Jänner 1979, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 2, ist der Liegenschaftseigentümer verpflichtet, die Gas- und Elektrizitätsversorgung sicherzustellen.

Wie wird die Aufstellung eines Gaszählers bestellt?

Die Zählung der abgegebenen Gasmenge erfolgt durch amtlich geeichte Gaszähler; die Anzeigen des Gaszählers werden der Verrechnung zugrunde gelegt.

Die Bestimmung der Größe, der Art und des Aufstellungsortes des Gaszählers ist den Gaswerken vorbehalten. Die Gaszähler einschließlich der Verbindungsstücke, soweit diese von den Gaswerken beigestellt werden, bleiben ihr Eigentum und werden von ihnen gewartet. Als teilweises Entgelt für die Beistellung und Wartung des Gaszählers sowie für die Kosten der Gasverrechnung wird eine nach dem Anschlußwert der Gaszähler abgestufte Gaszählergebühr in nachstehender Höhe eingehoben (Stand 1. Februar 1980):

Type	NB 1,5	NB 2 u. 5 G4 u. 6	NB7	NB 10 u. 15 G10 u. 16	NB 30 G25
Schilling Monat (ohne Umsatzsteuer)	3,70	7,20	10,90	26,20	43,50

Diese Gaszählergebühr wird gemeinsam mit den für die verbrauchten Gasmengen fälligen Beträgen im Rahmen des Jahresinkassos verrechnet.

Die Aufstellung eines Gaszählers wird in der zuständigen Geschäftsstelle bestellt, wobei eine Gebühr je nach Größe der Nennbelastung des Gaszählers zu entrichten ist. Vorher ist vom Eigentümer bzw. Benützer der Gasanlage über den Installateur, der die Gasanlage hergestellt hat, eine amtliche Überprüfung (Kommissionierung) zu beantragen. Umfaßt die Gasanlage auch Gasgeräte, die an einen Kamin angeschlossen werden müssen (Warmwassergeräte, Kessel, Einzelheizöfen – mit Ausnahme der sogenannten „Außenwandgeräte"), so ist spätestens mit der Bestellung des Gaszählers ein gültiger Kaminbefund auf dem Überprüfungsbefund abzugeben. Ein Überprüfungsbefund ist jedoch im Zusammenhang mit jeder Kommissionierung und jedem Gerätetausch erforderlich.

Was kostet das Erdgas?

1 m³ Erdgas entspricht 11,1648 kWh. Der Preis für eine Kilowattstunde (kWh) beträgt 38,54 g (ohne Umsatzsteuer) für Haushalte und für Raumheizung (Stand 1. Februar 1980).

Über Ansuchen des Abnehmers kann hingegen der Gaspreis für gewerbliche und industrielle Verwendung auf 36,86 g/kWh (ohne Umsatzsteuer) ermäßigt werden.

Wenn ein gewerblicher oder industrieller Betrieb Gas nicht nur für den Produktionsprozeß, sondern auch zur Raumheizung benützt, so werden die für die erstgenannte

Verwendung verbrauchten Gasmengen mit 36,86 g (ohne Umsatzsteuer), die für die Raumheizung verbrauchten Gasmengen mit 38,54 g (ohne Umsatzsteuer) in Rechnung gestellt (Stand 1. Februar 1980).

Wo erfolgt die Beratung über die Einrichtung von Gasheizungsanlagen?

Eine fachkundige Beratung über die Einrichtung von Gasheizungsanlagen wird in den zuständigen Geschäftsstellen sowie in der Informationsstelle, 6, Mariahilfer Straße 63, Tel. 57 96 01, erteilt. Wärmebedarfsberechnungen für Objekte, die zentral beheizt werden sollen, erfolgen kostenlos in der Informationsstelle Mariahilfer Straße an Hand von mitgebrachten Bauplänen. Gleichzeitig ist in dieser Informationsstelle Montag bis Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr, Freitag von 8 bis 15.15 Uhr (Juli bis August Montag bis Freitag von 8 bis 15.15 Uhr) eine Heizgas-Geräteausstellung mit spezieller Heizungsberatung eingerichtet.

Vor der Ausführung einer Gasheizungsanlage ist vom Installateur oder der Heizungsfirma ein Antrag auf Anschlußgenehmigung bei den Wiener Stadtwerken-Gaswerke einzureichen.

Wo erhält der Gasabnehmer Auskünfte bezüglich Gasrechnungen?

Allgemeine Auskünfte über Gasrechnungen erteilt die Strom- und Gasverrechnung der Wiener Stadtwerke in der Direktion der Elektrizitätswerke, 9, Mariannengasse 4, Tel. 43 80, bzw. Wiener Stadtwerke-Gaswerke, Abteilung Großkonsumabrechnung, 8, Josefstädter Straße 10–12, Tel. 43 09. System der Gasverrechnung siehe Abschnitt „Elektrizität in Wohnung und Betrieb".

Wie erfolgt die Abmeldung des Gasbezuges?

Im Normalfall (z. B. bei Wohnungswechsel) genügt eine rechtzeitige Vereinbarung (auch telefonisch) wegen der Schlußstandablese mit der verrechnenden Stelle (Strom- und Gasverrechnung der Wiener Stadtwerke in der Direktion der Elektrizitätswerke, 9, Mariannengasse 4, Tel. 43 80, bzw. Wiener Stadtwerke-Gaswerke, Abteilung Großkonsumabrechnung, 8, Josefstädter Straße 10–12, Tel. 43 09).

Soll der Gaszähler demontiert werden, so ist dies bei der zuständigen Geschäftsstelle der Wiener Stadtwerke-Gaswerke persönlich oder schriftlich zu beantragen.

Wie komme ich zu einem preiswerten Gasgerät?

Vor Ankauf eines neuen Gasgerätes können die Ausstellungen der Wiener Stadtwerke-Gaswerke, 6, Mariahilfer Straße 63, und 12, Theresienbadgasse 3, besichtigt werden.

Nach Wahl des zusagenden Gasgerätes kann dieses bei einem konzessionierten Installateur über die *„Gasgemeinschaft Wien"* bestellt werden. Die Gasgemeinschaft Wien ist eine Vereinigung, der die Wiener Stadtwerke-Gaswerke, konzessionierte Installateure Wiens und österreichische Gasgeräteerzeuger angehören. Sie bezweckt die Herstellung von Gasanlagen in den Wiener Häusern und die Belieferung der Wiener Haushalte mit guten und preiswerten inländischen Gasgeräten zu günstigen Teilzahlungsbedingungen. In Wien dürfen nur Gasgeräte und -feuerstätten mit Prüfzeichen der ÖVGW (Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach) verwendet werden.

Wie kann ich mir zu günstigen Bedingungen ein Badezimmer bzw. eine Einzelraumheizung oder Etagenheizung einrichten?

Die Finanzierung durch die Gasgemeinschaft Wien ermöglicht es jedem Konsumenten im Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke-Gaswerke, sich die nötigen Einrichtungen und die Installation eines Badezimmers, einer Etagenheizung oder einer Einzelraumheizung zu günstigen Teilzahlungsbedingungen anzuschaffen.

Ebenso werden Gas-Haussteigleitungen zu denselben günstigen Bedingungen durch die Gasgemeinschaft Wien finanziert.

Ein Teil des gesamten Betrages ist bei der Bestellung zu erlegen.

Nähere Auskünfte erteilt die „Gasgemeinschaft Wien", 6, Mariahilfer Straße 63, 1. Stock, Tel. 57 96 02.

Was mache ich, wenn mein Gasgerät nicht richtig funktioniert?

Falls kein Installateur erreichbar ist, kann die Direktion der Wiener Stadtwerke-Gaswerke, Tel. 43 09, Gebrechenbehebungsdienst, angerufen und der kostenlose Besuch eines Monteurs verlangt werden. Kleinere Mängel wird dieser selbst beheben (z. B. durch Einbau eines Gaszählerfilters), bei größeren Reparaturen allerdings erfolgt die Verweisung an einen konzessionierten Installateur. Ein guter Rat: Nicht selbst Schäden reparieren, da dadurch der Schaden möglicherweise noch vergrößert werden kann; aber auch nicht an Pfuscher wenden, denn Pfuscherarbeiten kommen gewöhnlich teurer als die Arbeit des Fachmannes und stellen ein hohes Sicherheitsrisiko dar!

Die wichtigste Grundlage für eine Gerätefunktion ist jedoch eine regelmäßige Gerätewaftung durch einen Fachmann.

Wie verhält man sich bei Gasgebrechen?

Tritt Gasgeruch auf, so ist folgendes zu beachten:

1. Sämtliche Gashähne, soweit sie gefahrlos erreichbar sind, schließen.
2. Offene Flammen sofort löschen. Elektrische Schalter und Klingeln nicht betätigen. Zugehörige Sicherungen nur dann herausschrauben, wenn sie sich außerhalb des gaserfüllten Raumes befinden. Gas-Luft-Gemische stellen eine Explosionsgefahr dar!
3. Durch Öffnen der Fenster und Türen Durchzug herstellen, um die Räume gründlich zu lüften.
4. Sofortige telefonische Meldung an die Wiener Stadtwerke-Gaswerke, 8, Josefstädter Straße 10–12, Tel. 43 09*, 517, 518, 519, Gebrechenbehebungsdienst (0–24 Uhr).

WIENER VERKEHRSBETRIEBE

Netz und Netzeinteilung

Das Verkehrsnetz der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe umfaßt (ohne fallweise Einlage- und Verstärkungslinien)
39 Straßenbahnlinien,
und zwar 21 Radiallinien
6 Rundlinien
11 Durchgangslinien,
Gesamtbetriebslänge ca. 210 km.

3 Stadtbahnlinien,
Gesamtbetriebslänge ca. 21 km.

2 U-Bahn-Linien,
Gesamtbetriebslänge ca. 15 km.

36 Autobuslinien im Einheitstarif,
Gesamtbetriebslänge ca. 230 km.

3 Innerstädtische Autobuslinien sowie
1 Kahlenberglinie,
Gesamtbetriebslänge ca. 13 km (Sondertarif).

TARIFBESTIMMUNGEN

Die Tarifbestimmungen gelten für die Straßenbahn-, Stadtbahn-, U-Bahn- und Autobuslinien der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe.

Sie gelten ferner für die in die Tarifgemeinschaft mit den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe einbezogenen Strecken der Wiener Schnellbahn der ÖBB und auf den in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Kraftfahrlinien der öffentlichen und privaten Autobusunternehmen. Sie regeln den Einheitstarif, den Sondertarif, den Gelegenheitsverkehr und die Gebühren.

I. EINHEITSTARIF

A. Allgemeines

Der Einheitstarif gilt auf allen Straßenbahn-, Stadtbahn- und U-Bahn-Linien sowie auf den Autobuslinien, für die nicht der Sondertarif gilt, ferner auf den in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Strecken der Wiener Schnellbahn der ÖBB und auf den in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Kraftfahrlinien der öffentlichen und privaten Autobusunternehmen.

Die Linien der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, auf denen der Einheitstarif gilt, sind in Kurzstrecken eingeteilt.

B. Fahrkarten

Alle Fahrkarten gelten für eine Fahrt ohne Fahrtunterbrechung auf der für die Erreichung des Fahrzieles zeitmäßig kürzesten Fahrstrecke.

Alle Fahrkarten mit Ausnahme des 4-Kurzstrecken-Fahrscheines sind unübertragbar, sobald mit ihnen eine Fahrt angetreten worden ist.

1. Fahrscheine
gelten für eine Fahrt mit oder ohne Umsteigen an allen Tagen von Betriebsbeginn bis Betriebsschluß.
Sie kosten
pro Stück beim Schaffner oder
beim Fahrscheinausgabeautomaten
mit Ausgabezuschlag . . . . . 12 S
pro Stück im Vorverkauf . . . . . 8,60 S

Der Kindertarif
gilt für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr; bei weiterhin nachgewiesenem Schulbesuch bis Ende des Unterrichtsjahres, in dem das 15. Lebensjahr vollendet wird, ausgenommen Schüler berufsbildender Pflichtschulen.

Bei Inanspruchnahme von Fahrscheinen für Kinder hat das Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahr auf Verlangen sein Alter mit einem Lichtbildausweis, aus dem sein Geburtsdatum hervorgeht, nachzuweisen. Eine Schülerstreckenkarte zum Schülertarif II (siehe E/Punkt 3/a) gilt gleichfalls als Nachweis zur Inanspruchnahme des Kindertarifes. Über das 15. Lebensjahr hinaus werden nur der von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe ausgestellte Kinderausweis mit Lichtbild und die Schülerstreckenkarte zum Schülertarif II (siehe E/Punkt 3/a) anerkannt.

Antragsformulare für die Ausstellung von Kinderausweisen sind in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, und bei allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen zum Preis von 25 S (Ausfertigungsgebühr) erhältlich.

Für die Ausstellung eines Kinderausweises ist eine Geburtsurkunde, ein Lichtbild (siehe E/Punkt 3/d) und bei Verlängerung über das vollendete 15. Lebensjahr eine Schulbesuchsbestätigung auf dem Antragsformular erforderlich.

Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr werden unentgeltlich befördert. Ebenso werden Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr an Sonn- und Feiertagen sowie in den für die Wiener Schulen laut Schulzeitgesetz festgelegten Ferien unentgeltlich befördert.

Bei Inanspruchnahme der unentgeltlichen Beförderung hat das Kind auf Verlangen sein Alter mit einem Lichtbildausweis, aus dem sein Geburtsdatum hervorgeht, nachzuweisen.

Fahrscheine für Kinder kosten
pro Stück beim Schaffner oder
beim Fahrscheinausgabeautomaten
mit Ausgabezuschlag . . . . . 4 S
pro Stück im Vorverkauf . . . . . 3,50 S

Nachttarif

Auf Wagen mit der Kennzeichnung „Nachttarif" gelten zwei Fahrscheine zu je 12 S für eine Fahrt mit oder ohne Umsteigen. Auf den genannten Wagen gelten weder der Kindertarif noch Zeitkarten (mit Ausnahme der 24-Stunden-Netzkarte) noch andere Fahrkarten. Ebenso haben im Tagesverkehr gelöste Fahrscheine keine Gültigkeit, doch kann eine auf solchen Wagen begonnene Fahrt, sofern die gelösten Fahrscheine noch zum Umsteigen berechtigen, auf einem im Fahrplan des nächsten Tages verkehrenden Wagen fortgesetzt und beendet werden.

2. 4-Kurzstrecken-Fahrscheine
sind nur im Vorverkauf erhältlich und gelten an Werktagen von Montag bis Freitag ab 8 Uhr bis Betriebsschluß, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztägig für 4-Kurzstrecken-Fahrten, die nicht an den Tag und die Person gebunden sind. Auf der Wiener Schnellbahn der ÖBB und den Autobuslinien in Tarifgemeinschaft sind sie nicht gültig, wenn auf diesen Wagen der entsprechende Hinweis angebracht ist.
Sie kosten pro Stück . . . . . 17 S

3. Pensionistenfahrscheine
sind nur im Vorverkauf erhältlich und gelten für eine Fahrt mit oder ohne Umsteigen an Werktagen von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis Betriebsschluß, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztägig.
Sie kosten pro Stück . . . . . 5,30 S

Sie gelten nur in Verbindung mit einem Lichtbildausweis (Pensionistenausweis), der Beziehern von Dauerfürsorgeunterstützungen sowie Beziehern von Renten oder Pensionen und deren Ehegatten vom Magistrat der Stadt Wien (Sozialreferate in den magistratischen Bezirksämtern) ausgestellt wird, sofern deren Einkommen den Richtsatz der Ausgleichszulage gemäß §§ 292 ff. ASVG nicht übersteigt.

C. Zeitkarten

1. Netzkarten

a) 24-Stunden-Netzkarten

sind nur im Vorverkauf erhältlich und berechtigen zu beliebig vielen Fahrten innerhalb von 24 Stunden ab der markierten Uhrzeit.

Sie kosten pro Stück . . . . . 43 S

b) Netzkarten mit Wochen-, Monats- und Halbjahreswertmarken berechtigen zu beliebig vielen Fahrten an allen Tagen von Betriebsbeginn bis Betriebsschluß während des auf der Wertmarke ersichtlichen Gültigkeitszeitraumes.

Wochenwertmarken mit 5tägiger Gültigkeit gelten von Montag bis Freitag

Wochenwertmarken mit 6tägiger Gültigkeit gelten von Montag bis Samstag

Wochenwertmarken mit 7tägiger Gültigkeit gelten von Montag bis Sonntag

innerhalb einer Kalenderwoche,

Monatswertmarken gelten an allen Tagen innerhalb eines Kalendermonates

Halbjahreswertmarken gelten an allen Tagen innerhalb von sechs Kalendermonaten.

Fällt bei Monats- und Halbjahreswertmarken (ausgenommen Wertmarken für Schülerfreikarten) der letzte Tag der Gültigkeit auf einen Samstag, Sonn- oder Feiertag, so gilt als letzter Gültigkeitstag der darauffolgende Werktag; ist dieser ein Samstag, wird der nächstfolgende Werktag als letzter Tag der Gültigkeit angesetzt.

Der Preis beträgt für eine

Wochenwertmarke mit 5tägiger Gültigkeit . . . . . 67 S
Wochenwertmarke mit 5tägiger Gültigkeit für Lehrlinge . . . . . 34 S
Wochenwertmarke mit 6tägiger Gültigkeit . . . . . 81 S
Wochenwertmarke mit 6tägiger Gültigkeit für Lehrlinge . . . . . 41 S
Wochenwertmarke mit 7tägiger Gültigkeit . . . . . 94 S
Monatswertmarke . . . . . 395 S
Monatswertmarke für Lehrlinge . . . . . 198 S
Halbjahreswertmarke . . . . . 1.975 S
Monatswertmarke für Schüler zum Schülertarif III (siehe E/Punkt 3/a) . . . . . 277 S

Alle Netzkarten mit ermäßigten Wertmarken für Lehrlinge gelten nur in Verbindung mit einem von der Direktion der Berufsschule oder der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen für das laufende Unterrichtsjahr ausgestellten Berufsschulausweis. Diese Ausweise müssen mit einem Lichtbild versehen sein, das den Inhaber des Ausweises leicht und zweifelsfrei erkennen läßt.

Schüler können den Gültigkeitsbereich ihrer Streckenkarte zum Schülertarif III auf eine Netzkarte durch Erwerb und Aufkleben einer Zusatzwertmarke erweitern. Die Karte berechtigt zu Fahrten auf der vorgeschriebenen Strecke entsprechend den Bestimmungen für Schülerstreckenkarten während der Gültigkeitsdauer der Streckenkarte und zu Fahrten entsprechend den Bestimmungen für Netzkarten während des auf der Zusatzwertmarke ersichtlichen Gültigkeitszeitraumes.

Der Preis der Zusatzwertmarke beträgt für

Schülertarif III . . . . . 55 S

2. Schülerstreckenkarten

berechtigen zu beliebig vielen Fahrten an Werktagen von Betriebsbeginn bis Betriebsschluß während des auf der Wertmarke ersichtlichen Gültigkeitszeitraumes.

Der Preis beträgt für

Schülertarif I . . . . . 55 S
Schülertarif II . . . . . 144 S
Schülertarif III . . . . . 222 S

D. Bestimmungen für Fahrkarten im Vorverkauf

Fahrkarten im Vorverkauf in Blöcken zu fünf Stück oder einem Vielfachen davon, 4-Kurzstrecken-Fahrscheine jedoch auch einzeln, sind in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, ferner in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen zu den angekündigten Verkaufszeiten und bei privaten Vorverkaufsstellen erhältlich. Bei Fahrpreisänderungen endet die Benützbarkeit mit dem Inkrafttreten des neuen Fahrpreises.

Fahrkarten, die im Vorverkauf erworben und nicht benützt wurden, werden, sofern nicht anläßlich von Tarifänderungen andere Verfügungen getroffen werden, weder zurückgekauft noch umgetauscht.

E. Bestimmungen für Zeitkarten

1. Allgemeine Bestimmungen

a) Alle Zeitkarten sind unübertragbar.

b) Sie sind mit Ausnahme der 24-Stunden-Netzkarte im Nachtverkehr ungültig.

c) Die Bediensteten der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe bzw. die Bediensteten der in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Verkehrsunternehmen sind berechtigt, Zeitkarten, ausgenommen die 24-Stunden-Netzkarten, abzunehmen, wenn
die Zeitkarte nicht mit einem Lichtbild versehen ist,
begründete Zweifel bestehen, daß der Zeitkartenbenützer die durch das Lichtbild dargestellte Person ist,
die Wertmarke nicht oder nicht vollständig aufgeklebt ist,
die Nummer der Netzkarte nicht auf der Wertmarke eingetragen ist bzw. mit ihr nicht übereinstimmt,
auf der Karte und Wertmarke Ausbesserungen oder Radierungen der Schrift vorgenommen sind,
die Karte in unstatthafter Weise benützt wird, durch Personen zu Zeiten oder auf Linien, für die sie nicht gilt.
Bei unstatthaftem Gebrauch verliert die Zeitkarte ihre Gültigkeit und wird eingezogen. Es besteht kein Anspruch auf irgendeine Entschädigung.

d) Beschädigte, abgenützte oder verschmutzte Netzkarten mit Wochen-, Monats- oder Halbjahreswertmarken werden von der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, kostenlos umgetauscht. Alle übrigen Zeitkarten werden gegen Entrichtung einer Gebühr von 25 S neu ausgestellt.

e) Die Bediensteten der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe bzw. die Bediensteten der in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Verkehrsunternehmen sind berechtigt, 24-Stunden-Netzkarten abzunehmen, wenn die Karte in unstatthafter Weise benützt wird, nach Ablauf der Gültigkeitsdauer oder auf Linien, für die sie nicht gilt.

f) Bei ungerechtfertigter Abnahme wird nur jener Teil des Kartenpreises zurückerstattet, der auf die Tage der Verkürzung der tarifmäßigen Geltungsdauer der Zeitkarte entfällt.

g) Für abhandengekommene Zeitkarten und Wertmarken (ausgenommen Schülerkarten) wird kein Ersatz geleistet.

h) Die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe behalten sich das Recht vor, die Zeitkarten durch Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" innerhalb der gesetzlichen Verlautbarungsfrist für Tarifmaßnahmen zu kündigen; sie zahlen in diesem Fall den Zeitkartenbesitzern über Verlangen und gegen Rückstellung der Zeitkarte innerhalb einer von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe zu bestimmenden angemessenen Frist den der restlichen Laufzeit der gekündigten Zeitkarte entsprechenden Teilbetrag vom Kartenpreis zurück.

2. Bestimmungen für Netzkarten
ausgenommen 24-Stunden-Netzkarte und Monatsnetzkarte zum Schülertarif III.

a) Netzkarten und Stammkundenkarten für Bonusmarken sind nur in Verbindung mit dem Kauf einer Wertmarke erhältlich.

b) Auf der Netzkarte sind Name und Anschrift des Benützers einzutragen, weiters ist auf der dafür vorgesehenen Stelle der Netzkarte ein Lichtbild fest anzubringen, das den Benützer zweifelsfrei erkennen läßt.

c) Vor Antritt der ersten Fahrt hat der Benützer die Wertmarke auf die dafür vorgesehene Stelle der Netzkarte voll aufzukleben und die Nummer der Netzkarte auf der Wertmarke einzutragen.

d) Alle Eintragungen sind entweder mit Tinte, Schreibmaschine, Filzstift oder Kugelschreiber vorzunehmen.

e) Wochenwertmarken für Netzkarten (ausgenommen die Wochenwertmarken für Lehrlinge) sind in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, ferner in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen zu den angekündigten Verkaufszeiten und bei privaten Vorverkaufsstellen erhältlich.

f) Monats- und Halbjahreswertmarken für Netzkarten sowie sämtliche Wertmarken für Lehrlinge sind nur in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, und bei den betriebseigenen Vorverkaufsstellen zu den angekündigten Verkaufszeiten erhältlich. Bei letztgenannten Stellen findet der Verkauf der Monatswertmarken nur in der Zeit vom 20. eines jeden Monats bis einschließlich 5. des darauffolgenden Monats statt.

g) Um die Gültigkeit einer Netzkarte zu verlängern, genügt es, eine Wertmarke mit der gewünschten Gültigkeitsdauer zu kaufen, auf die dafür vorgesehene Stelle der Netzkarte voll aufzukleben und die Nummer der Netzkarte auf der Wertmarke einzutragen.

h) Monats- und Halbjahresnetzkarten können beim Kauf der Wertmarke bei den unter f) genannten Stellen und dort angegebenen Zeiten gegen Verlust versichert werden.

3. Bestimmungen für Schülerkarten

a) Schüler der öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schulen erhalten bis Ende des Unterrichtsjahres bzw. ordentliche Hörer von Universitäten bis Ende des Sommersemesters im Studienjahr, in dem sie das 30. Lebensjahr vollenden, Schülerkarten. Für Abendkurse oder kurzfristige Kurse und für die Zeit der Sommerferien werden keine Schülerkarten ausgegeben.
Es erhalten Schüler berufsbildender Pflichtschulen
Schülerkarten zum Schülertarif I,
Schüler der allgemeinbildenden Pflichtschulen, der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und der allgemeinbildenden höheren Schulen bis Ende des Unterrichtsjahres, in dem sie das 15. Lebensjahr vollenden,
Schülerkarten zum Schülertarif II
sowie Schüler der gleichen Schultypen wie unter Schülertarif II, jedoch ab dem Unterrichtsjahr nach vollendetem 15. Lebensjahr und Schüler der Lehranstalten für gehobene Sozialberufe, der berufspädagogischen Lehranstalten und ordentliche Hörer der Universitäten,
Schülerkarten zum Schülertarif III.

b) Es werden ausgegeben:
Schülerstreckenkarten, die den Schüler berechtigen, auf der vorgeschriebenen Strecke zwischen polizeilich gemeldetem Wohnsitz und Schule (Universität, jedoch ohne Institute, und sonstige Unterrichtsanstalten) zu fahren.
Schülernetzkarten

c) Findet der lehrplanmäßige Unterricht nur während eines Teiles des Gültigkeitsmonats statt, so gilt die Schülerkarte nur für diesen Teil der Laufzeit entsprechend dem dann geänderten Aufdruck auf der Wertmarke. Ein Preisnachlaß für die allenfalls verkürzte Gültigkeitsdauer wird nicht gewährt.

d) Sämtliche Schülerkarten werden von der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, auf Grund von Schulbesuchsbestätigungen bis Ende des Unterrichtsjahres bzw. auf Grund des Inskriptionsnachweises bis Ende des Sommersemesters im laufenden Studienjahr ausgegeben. Bei der Einreichung ist ein Lichtbild, das den Schüler, für welchen die Schülerkarte ausgefertigt werden soll, leicht und unzweifelhaft erkennen läßt, erforderlich.

e) Jeder unstatthafte Gebrauch der Schülerkarte hat ebenso wie das Nichtbeachten der für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung ergehenden Anordnungen der Bediensteten der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe die Abnahme der Karte und unter Umständen die Entziehung der Fahrbegünstigung für das laufende Unterrichtsjahr bzw. Winter- und Sommersemester des Studienjahres zur Folge.
Die Karte samt Lichtbild ist Eigentum der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe und wird nur zur Benützung überlassen. Der Schüler hat bei Abnahme (Entzug) keinen Anspruch gegen die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe auf Rückstellung der Karte oder des Lichtbildes. Ersätze für abhandengekommene Schülerkarten werden nur gegen Vorlage einer polizeilichen Meldung ausgegeben.

f) Antragsformulare für die Ausstellung von Schülerkarten sind in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, und bei allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen zum Preis von 25 S (Ausfertigungsgebühr) erhältlich.

g) Bei der Ausstellung einer Schülerkarte (Schülerfreikarte) ohne das unter f) genannte Antragsformular ist ebenso wie bei der Neuausstellung der Schülerkarte auf Grund einer Änderung des Namens oder der Anschrift des Schülers oder eines allfälligen Schulwechsels eine Gebühr von 25 S zu entrichten.

h) Wertmarken für Schülerkarten sind bei den unter Abschnitt E/Punkt 2/f genannten Stellen zu den dort angegebenen Zeiten erhältlich.

4. Bonus bei Monatswertmarken

a) Bei jedem Kauf einer Monatswertmarke zu 395 S erhält der Käufer eine der Monatswertmarke angeschlossene Bonusmarke, die, von der Wertmarke losgetrennt, auf die dafür vorgesehenen Felder der Stammkundenkarte geklebt werden kann.

b) Für zehn nicht entwertete, aufgeklebte Bonusmarken verschiedener Monate innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren wird bei einer der unter Abschnitt E/ Punkt 2/f genannten Stellen zu den dort angegebenen Zeiten gegen Abgabe der Stammkundenkarte eine Monatswertmarke ohne Bonusmarke kostenlos ausgegeben.

c) Bonusmarken werden, sofern nicht anläßlich von Tarifänderungen andere Verfügungen getroffen werden, weder durch Bargeld noch durch andere Fahrausweise oder Wertmarken eingelöst.

5. Rückkauf von Wertmarken

a) Alle Arten von Wertmarken für Zeitkarten werden bis vor Beginn der Gültigkeit zum vollen Preis zurückgekauft.

b) Alle Arten von Wertmarken für Zeitkarten, deren Gültigkeit bereits begonnen hat, werden zurückgekauft, wobei für jeden Gültigkeitstag einschließlich des Tages der Rückgabe der Betrag von drei Fahrscheinen à 8,60 S in Abzug gebracht wird.
Bei Wertmarken für Schülerstreckenkarten zum Schülertarif II wird dafür der Betrag von drei Fahrscheinen à 3,50 S pro Gültigkeitstag in Abzug gebracht.

c) Alle Arten von Wertmarken für Zeitkarten, deren Gültigkeit bereits begonnen hat oder schon abgelaufen ist, werden bei Nachweis von Unfall, Krankheit oder Tod zurückgekauft. Hiebei wird für jeden Gültigkeitstag, für den dieser Nachweis nicht erbracht werden kann, der Betrag von drei Fahrscheinen à 8,60 S in Abzug gebracht. Bei Wertmarken für Schülerkarten zum Schülertarif II wird dafür der Betrag von drei Fahrscheinen à 3,50 S pro Gültigkeitstag in Abzug gebracht.

d) Monatswertmarken zu 395 S werden nur unter den in den Punkten a) bis c) genannten Bedingungen zurückgekauft, wenn entweder die Wertmarke mit Bonusmarke oder die Wertmarke mit dazugehöriger Stammkundenkarte, in die die entsprechende Bonusmarke eingeklebt ist, vorgelegt werden. Im Falle eines Rückkaufes wird die Bonusmarke entweder eingezogen oder entwertet und kann nicht auf die für den kostenlosen Erwerb einer Monatswertmarke notwendige Zahl von zehn Bonusmarken angerechnet werden.

e) Bei Rückkauf von Halbjahreswertmarken für Netzkarten werden für jeden bereits abgelaufenen Monat der Preis einer Monatswertmarke und für die abgelaufenen Monatsteile pro Tag der Betrag von drei Fahrscheinen à 8,60 S in Anrechnung gebracht.

f) Der Rückkauf aller Wertmarken für Zeitkarten kann in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, und in der Dienststelle für Kunden- und Informationsdienst, 4, Favoritenstraße 9–11, erfolgen. Wird eine Zeitkarte mit Wertmarke auf dem Postweg zum Rückkauf eingereicht, so wird das Datum des Poststempels als Rückgabetag anerkannt.

6. Rückkauf von 24-Stunden-Netzkarten
Nicht benützte 24-Stunden-Netzkarten werden, sofern anläßlich von Tarifänderungen nicht andere Verfügungen getroffen werden, weder zurückgekauft noch umgetauscht.

F. Beförderung von Gepäck und Hunden

1. Für die Beförderung eines Gepäckstückes, das in einer Dimension das Maß von 60 cm überschreitet (Rohre, Platten, Rollen, Leisten u. dgl. über 150 cm) oder jedes Hundes (ausgenommen in geschlossenen Behältern) hat der Fahrgast, der das Gepäckstück oder den Hund mit sich führt, den jeweils für die Fahrstrecke entsprechenden Fahrpreis eines Fahrscheines zu 12 S bzw. im Vorverkauf zu 8,60 S, einer 24-Stunden-Netzkarte oder des entsprechenden Anteiles eines 4-Kurzstrecken-Fahrscheines zu entrichten.
Auf Netzkarten mit Wochen-, Monats- oder Halbjahreswertmarken (ausgenommen Schülernetzkarten) kann für die Beförderung eines Gepäckstückes oder jedes Hundes eine Wertmarke derselben Preislage auf der Netzkarte unterhalb des Lichtbildes aufgeklebt werden. Im übrigen gelten hiefür die Bestimmungen des Abschnittes E/Punkt 2 sinngemäß.

2. Unter der Voraussetzung ihrer Beförderungszulässigkeit entsprechend den Beförderungsbedingungen können folgende Gepäckstücke vom Fahrgast unentgeltlich mitgeführt werden:
1 Kinderwagen, 1 Puppenwagen, 1 Krankenfahrstuhl, 1 Kinderfahrzeug (z. B. Kinderdreirad, Kinderroller usw.), 1 Sportgerät, 1 Blumenkranz, 1 Christbaum (Äste zusammengebunden), 1 Fahrrad (zusammengeklappt), 1 Campingmöbelstück, 1 Einkaufstaschenroller, Musikinstrumente, Fahnenstangen, Transparente und ähnliche Gegenstände (einzeln oder gebündelt).

G. Wiener Schnellbahn der Österreichischen Bundesbahnen

1. Allgemeines
In eine Tarifgemeinschaft mit den Österreichischen Bundesbahnen sind die Strecken zwischen Liesing und Süßenbrunn bzw. Strebersdorf einbezogen. Als Schnellbahnzüge gelten alle als solche besonders gekennzeichneten Züge auf den genannten Strecken. Wenn als Schnellbahnzüge gekennzeichnete Züge auf anderen Strecken verkehren, kommen bei ihrer Benützung die Tarife gemäß dem Personen- und Reisegepäcktarif der Österreichischen Bundesbahnen zur Anwendung.

2. Gültigkeit der Fahrausweise
Alle zum Umsteigen gültigen Fahrausweise der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe gelten ebenso wie die Bestimmungen über den Kindertarif auch im Bereich der Wiener Schnellbahn.

3. Fahrkartenausgabe
Bei den Schnellbahnkassen und in jenen ÖBB-Bahnhöfen, welche in den von den Österreichischen Bundesbahnen herausgegebenen Heftchen „Personen- und Gepäcktarif ÖBB – Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe" genannt werden, werden besonders gekennzeichnete Fahrscheine ausgegeben.
Sie kosten
pro Stück mit Ausgabezuschlag . . . . . 12 S
zum Kindertarif
pro Stück mit Ausgabezuschlag . . . . . 4 S

H. Kraftfahrlinien der öffentlichen und privaten Autobusunternehmen

1. Allgemeines
Die in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Kraftfahrlinien der öffentlichen und privaten Autobusunternehmen sind mit Liniensignalen (mit Zusatzbuchstaben „B") und durch Tafeln besonders gekennzeichnet.

2. Fahrausweise
Alle Personen, die im Besitz eines innerhalb des Einheitstarifes zum Umsteigen gültigen Fahrausweises der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe sind, werden unter Berücksichtigung der Bestimmungen über den Kindertarif ohne Lösen einer zusätzlichen Fahrkarte auf den in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Kraftfahrlinien der öffentlichen und privaten Autobusunternehmen befördert.

Von den Lenkern der öffentlichen und privaten Autobusunternehmen werden auf diesen Linien keine Fahrkarten der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ausgegeben.

3. Kahlenbergerdorf–Besonderer Tarif
Personen, die im Einzugsbereich der Heiligenstädter Straße zwischen Burgstall und Donauwarte wohnen und dort polizeilich gemeldet sind, ferner solche, die im Gemeindegebiet von Wien wohnen und im Einzugsbereich der Heiligenstädter Straße zwischen Burgstall und Donauwarte ständig beschäftigt sind, erhalten in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, oder an der Vorverkaufsstelle der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe im Bahnhof Heiligenstadt der Wiener Stadtbahn (U-Bahn) gegen Vorweis eines polizeilichen Meldezettels bzw. einer vom Dienstgeber ausgestellten Bestätigung, Beibringung eines Lichtbildes und Erlag der Ausfertigungsgebühr von 25 S eine auf Namen lautende Erkennungskarte mit sechsmonatiger Gültigkeit.
Gegen Vorweisung dieser Erkennungskarte können Autobuslinien der Firmen Dr. Richard, Verkehrsbetriebe, KG, und Franz Zuklin & Co., Reisebüro und Autobusunternehmen, mit Fahrausweisen des Einheitstarifes, ausgenommen 4-Kurzstrecken-Fahrscheine und Schülerkarten, unter Berücksichtigung der Bestimmungen über den Kindertarif zwischen Bahnhof Heiligenstadt der Wiener Stadtbahn (U-Bahn) und Donauwarte benützt werden. Führt ein Fahrgast ein Gepäckstück oder einen Hund mit sich, so gelten für die Beförderung gleichfalls die auf diesen Linien zulässigen Fahrausweise des Einheitstarifes.
Auf diesen Autobuslinien der Firmen Dr. Richard, Verkehrsbetriebe, KG, und Franz Zuklin & Co., Reisebüro und Autobusunternehmen, werden keine Fahrkarten der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ausgegeben.

II. SONDERTARIF

A. Allgemeines

Der Sondertarif gilt auf den innerstädtischen Autobuslinien und auf der Kahlenberg-Autobuslinie. Im Sondertarif werden keine Zeitkarten und keine Fahrkarten im Vorverkauf ausgegeben. Für die Beförderung zum Kindertarif gelten sinngemäß die Bestimmungen des Punktes I/B/1. Für die Beförderung eines Gepäckstückes oder eines Hundes gelten sinngemäß die Bestimmungen des Punktes I/F.

B. Innerstädtische Autobuslinien

Fahrscheine gelten für eine Fahrt mit oder ohne Umsteigen an den Betriebstagen von Betriebsbeginn bis Betriebsschluß.

Sie kosten
pro Stück . . . . . 2,50 S
zum Kindertarif
pro Stück . . . . . 1 S

C. Kahlenberg-Autobuslinie

Die Kahlenberg-Autobuslinie ist für die Berechnung des Fahrpreises in Teilstrecken unterteilt.

Fahrscheine gelten für eine Fahrt ohne Umsteigen an allen Tagen von Betriebsbeginn bis Betriebsschluß.

Sie kosten
pro Stück für die Teilstrecke Grinzing–Krapfenwaldgasse, Berg- oder Talfahrt . . . . . 8 S
für die Teilstrecke Krapfenwaldgasse–Kahlenberg, Berg- oder Talfahrt . . . . . 8 S
für die Strecke Grinzing–Kahlenberg,
Berg- oder Talfahrt . . . . . 11 S
Berg- und Talfahrt am selben Tag . . . . . 19 S
zum Kindertarif
pro Stück für die Strecke Grinzing–Kahlenberg, Berg- oder Talfahrt . . . . . 4 S

Kahlenberg – Besonderer Tarif

Personen, die auf dem Kahlenberg, auf dem Cobenzl, in Josefsdorf oder auf dem Leopoldsberg wohnen und dort polizeilich gemeldet sind, ferner solche, die auf dem Kahlenberg, auf dem Cobenzl, in Josefsdorf oder auf dem Leopoldsberg ständig beschäftigt sind, erhalten in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, 6, Rahlgasse 3, gegen Vorweis eines polizeilichen Meldezettels bzw. einer vom Dienstgeber ausgestellten Bestätigung, Beibringung eines Lichtbildes und Erlag der Ausfertigungsgebühr von 25 S eine auf ihren Namen lautende Erkennungskarte mit sechsmonatiger Gültigkeit.

Gegen Vorweisung dieser Erkennungskarte kann die Kahlenberg-Autobuslinie mit Fahrausweisen des Einheitstarifes, ausgenommen 4-Kurzstrecken-Fahrscheine, unter Berücksichtigung der Bestimmungen über den Kindertarif benützt werden. Führt der Fahrgast ein Gepäckstück oder einen Hund mit sich, so gelten für die Beförderung gleichfalls die auf dieser Linie zulässigen Fahrausweise des Einheitstarifes. Für die Gültigkeit einer Schülerkarte mit der Vorschreibung Kahlenberg-Autobuslinie ist keine Erkennungskarte erforderlich.

Auf der Kahlenberg-Autobuslinie werden keine Fahrkarten des Einheitstarifes ausgegeben.

III. GELEGENHEITSVERKEHR (SONDERWAGEN)

Zur fallweisen Beförderung von Personen oder Gütern können Sonderwagen bestellt werden.

1. Der Sonderwagentarif für die Personenbeförderung mit Straßenbahnwagen oder Autobussen setzt sich aus einem Kilometerentgelt, den Personalkosten und allfälligen Regiezuschlägen zusammen.
2. Der Sonderwagentarif für die Güterbeförderung mit Lasttrieb- und Lastbeiwagen der Straßenbahn oder der Stadtbahn setzt sich aus einem Kilometerentgelt, den Personalkosten und allfälligen Regiezuschlägen zusammen.
3. Es wird jedenfalls ein Mindestentgelt verrechnet.
Wenn eine Sonderwagenbestellung bis 24 Stunden vor Fahrbeginn abgesagt wird, wird nichts verrechnet; erfolgt die Absage später, so ist eine Absageentschädigung in der Höhe des Mindestentgeltes zu entrichten, sofern sich nicht aus besonderen Umständen ein höherer Betrag ergibt.
4. Zu den nach den Punkten 1, 2 und 3 verrechneten Tarifen wird noch die jeweils gültige Umsatzsteuer in Rechnung gestellt.
5. Bei Sonderwagenbestellungen, die vorwiegend anderen Zwecken als der Personen- oder Güterbeförderung dienen, wird mit dem Auftraggeber eine Sondervereinbarung getroffen.
6. Nähere Auskünfte über die Bestellung, Bedingungen und Tarife für Sonderwagen der Straßenbahn oder der Stadtbahn werden
a) zur Personenbeförderung vom Fahrplanbüro,
b) zur Güterbeförderung von der Betriebsüberwachung,
beide in 4, Favoritenstraße 9–11, erteilt.
7. Für Sonderautobusse zur Personenbeförderung werden derartige Auskünfte von der Abteilung für den Autobusbetrieb in 4, Favoritenstraße 9–11, erteilt.

IV. GEBÜHREN

1. Die Mehrgebühr beträgt bei Bezahlung innerhalb einer Woche 150 S, bei späterer Bezahlung 450 S.
2. Die Gebühr für Wagenreinigung beträgt 150 S.

Auskünfte

Auskünfte (Tel. 65 9 30)
über Linienführung
Fahrtzeiten
Fahrtziele
gibt: die Kundendienststelle, Klappe 2361;
über Intervallzeiten
gibt: die Verkehrsabteilung, Klappe 2411;
über Gültigkeit und Preis von Fahrscheinen
Fahrausweisen
Beförderungsbestimmungen
geben: die Abteilung für Tarifangelegenheiten, Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, Klappe 923, und die Kundendienststelle, Klappe 2362;
über allgemeine Betriebsangelegenheiten
gibt: die Betriebsabteilung, Klappe 2215;
über Wagentechnische Angelegenheiten
gibt: die Wagentechnische Abteilung, Klappe 3211.

Kunden- und Informationsdienst

Der Kunden- und Informationsdienst der Verkehrsbetriebe befindet sich im Informationszentrum „Karlsplatz" (Fußgängerpassage; Tel. 57 31 86), Montag bis Freitag von 7 bis 18 Uhr, Samstag von 7 bis 14 Uhr, und im „Kundendienstbüro" (4, Favoritenstraße 9–11; Tel. 65 9 30*, 2362), Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr.

Anliegen allgemeiner Art sind schriftlich an die Kundendienststelle, 4, Favoritenstraße 9–11, 2. Stock, Tür 455, zu richten und, wenn sie durch die Post zugestellt werden, auf alle Fälle mit einfachem Porto zu frankieren. Für unrichtig markierte Fahrscheine wird nur dann eine Vergütung geleistet, wenn der Ersatzfahrschein vorgelegt wird. Der Beschwerdeführer erhält bei berechtigten Fahrscheinreklamationen das ausgelegte *Porto rückerstattet.*

Fundgegenstände

Als Fundgegenstand gelten alle in den Wagen, Wartehallen, Haltestellengebäuden und Diensträumen der Straßenbahn, Stadtbahn und des Autobusses gefundenen Gegenstände. Die Angestellten des Betriebes sind verpflichtet, Fundgegenstände an sich zu nehmen bzw. von anderen Personen gefundene und ihnen übergebene Gegenstände zu übernehmen und noch am selben Tag in der zuständigen Verkehrskanzlei abzugeben.

Der Angestellte, dem ein Fundgegenstand übergeben wird, hat die Übernahme des Fundes zu bestätigen sowie den Namen und die Adresse des Finders aufzunehmen und diesen zu befragen, ob er Anspruch auf Finderlohn erhebt oder nicht und wie hoch er den Fundgegenstand bewertet. Wird die Angabe des Namens und der Anschrift verweigert, bedeutet dies Verzicht auf die Finderrechte (Finderlohn, Fundgegenstand bzw. Erlös).

Für vergessene Fundgegenstände besteht kein Anspruch auf Finderlohn.

Die Angestellten sind verpflichtet, Fundgegenstände vom Finder gegen Bestätigung abzuverlangen, wobei die Wahrung des Rechtes auf den Finderlohn gewährleistet ist. Bei Verweigerung der Ausfolgung des Fundgegenstandes an den Bediensteten hat dieser den Namen und die Adresse des Finders aufzunehmen. Die Angestellten sind berechtigt, Fundgegenstände auszufolgen, wenn der Verlustträger einerseits durch genaue Beschreibung des Fundgegenstandes, andererseits bezüglich seiner Anschrift sich hinreichend ausweisen kann.

Nicht abgeholte Fundgegenstände im Wert von mehr als 50 S werden dem Fundamt der Bundespolizeidirektion Wien, 1, Bräunerstraße 5, übermittelt und dem Verlustträger in den Dienststunden des Polizeifundamtes ausgefolgt, wogegen „Kleinstfunde" im Wert bis zu 50 S nach einer Woche dauernden Aufbewahrung in den Verkehrskanzleien von den Findern (Privatfindern oder Angestellten) durch drei Jahre hindurch verwahrt werden. Sie erwerben nach einem Jahr das Recht, den Fundgegenstand zu gebrauchen und nach weiteren zwei Jahren das Eigentumsrecht.

Leicht verderbliche Fundgegenstände werden am Tag des Fundes knapp vor Betriebsschluß bestmöglich veräußert. Der bei der Veräußerung erzielte Erlös wird wie ein gefundener Geldbetrag behandelt.



STEYR-DAIMLER-PUCH AKTIENGESELLSCHAFT

BEHÖRDENVERKAUF

1010 Wien, Kärntner Ring 7
Tel. 52 35 81 DW 305, Fernschreiber 131706 sdphv a

REPARATURWERKSTÄTTEN

1100 Wien, Laxenburger Straße 135, Telefon 64 26 61
1110 Wien, Zweite Haidequerstraße 3, Telefon 76 45 11

U-Bahn, Stadtbahn, Schnellbahn, Straßenbahn und Autobus

Betriebsbeginn und Betriebsschluß

1 = Pro Linie: Gesamtstrecke (bei Radiallinien zuerst stadtauswärts), darunter Teilstrecken in gleicher Fahrtrichtung; hierauf Gesamtstrecke retour und Teilstrecken retour
U = U-Bahn
S = Schnellbahn
Stb = Stadtbahn
Bhf. = Betriebsbahnhof der Straßenbahn
. . . – = Gleicher Streckenbeginn wie in Zeile darüber
– . . . = Gleiches Streckenende wie in Zeile darüber
2 = Fahrzeit
3 = Erster Zug bzw. Wagen
4 = Letzter Zug bzw. Wagen
MF = Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertage)
MS = Montag bis Samstag (ausgenommen Feiertage)
Sa = Samstag (ausgenommen Feiertage)
So = Sonntag
SS = Samstag und Sonntag

Linien und Zeiten ohne zusätzliche Anmerkungen gelten täglich

U-Bahn

1	2	3	4
U1			
Nestroyplatz–Reumannplatz	10	5.36	0.10
Stephansplatz– . . .	8	5.33	
Reumannplatz–Nestroyplatz	10	5.20	0.00
U4			
Karlsplatz **Stb**–Heiligenstadt **Stb**	11	5.23	23.48
Heiligenstadt **Stb**–Karlsplatz **Stb**	11	5.13	23.32

Stadtbahn

1	2	3	4
W			
Karlsplatz **U**–Hütteldorf-Hacking	22	5.28	23.36
. . . –Meidling Hauptstraße	10		23.48
Meidling Hauptstraße–Hütteldorf-Hacking	12	5.17	
Hütteldorf-Hacking–Karlsplatz **U**	22	5.00	23.21
. . . –Meidling Hauptstraße	12		23.41
G			
Heiligenstadt **U**–Meidling Hauptstraße	20	5.20	20.00
. . . –Währinger Straße-Volksoper	6		20.10
Meidling Hauptstraße–Heiligenstadt **U**	20	5.23	19.43
Währinger Straße-Volksoper– . . .	6	5.07	
GD			
Friedensbrücke **U**–Meidling Hauptstraße	21	5.14	23.39
Alser Straße– . . .	11	5.02	
Friedensbrücke **U**–Währinger Straße-Volksoper	7		23.49
Meidling Hauptstraße–Friedensbrücke **U**	21	5.18	23.23
Währinger Straße-Volksoper– . . .	7	5.02	

Schnellbahn

1	2	3	4
Liesing–Meidling–Floridsdorf	32	MS 4.36 So 5.29	23.29
Meidling–Floridsdorf–Süßenbrunn (–Gänserndorf)	33	5.00	23.30
Wien Mitte/Landstraße **U**–Süßenbrunn	21	4.42	23.42
Meidling–Floridsdorf–Strebersdorf (–Stockerau)	31	4.45	23.45
Meidling–Floridsdorf	23	4.45	0.30
Süßenbrunn–Floridsdorf–Meidling (von Gänserndorf)	33	4.52	23.52
Strebersdorf–Floridsdorf–Meidling (von Stockerau)	31	5.09	23.09
Strebersdorf–Wien Mitte/Landstraße **U** (von Stockerau)	19	5.09	0.09
Floridsdorf–Meidling–Liesing	33	5.02	23.02
Floridsdorf–Meidling	23	4.47	0.02
Floridsdorf–Wien Mitte/Landstraße **U**	10	4.47	0.17

1	2	3	4
Südbahnhof–Erzherzog Karl-Straße	16	MS 5.25 So 5.55	19.20
Südbahnhof–Stadlau	14		20.05
Erzherzog Karl-Straße–Südbahnhof	15	MS 5.45 So 6.15	20.04
Stadlau–Südbahnhof	13	MF 5.36	So 20.16
Wien Nord/Praterstern–Flughafen Wien (7.28–20.28 Intervall 60 Min.)	38	MS 5.15 So 6.15	21.18
Flughafen Wien–Wien Nord/Praterstern (8.18–21.18 Intervall 60 Min.)	32	MS 5.30 So 6.38	21.18
(Rennweg–Flughafen Wien: nicht im Einheitstarif)			
Straßenbahn			
A (Rundlinie über Ring, dann Kai)			
Stadlauer Brücke **S**–Ring–Kai		5.14	22.51
Bellariastraße–Kai–Stadlauer Brücke **S**	33	5.35	23.07
Reichsbrücke–Praterstern **S**	5	4.51	
Elderschplatz–Ring–Kai		5.09	
Bellariastraße–Kai–Elderschplatz	25		23.22
Stadlauer Brücke **S**–Praterstern **S**	15		23.42
Elderschplatz–. . .	5		0.06
Praterstern **S**–Stadlauer Brücke **S**	17	4.57	
. . . –Elderschplatz	6		0.01
Ak (Rundlinie über Kai, dann Ring)			
Stadion–Kai–Ring			22.45
Elderschplatz–Kai–Ring		5.16	
Bellariastraße–Ring–Stadion	29	5.39	22.14
B (Rundlinie über Ring, dann Kai)			
Kaisermühlen–Ring–Kai		5.02	23.41
Bellariastraße–Kai–Kaisermühlen	33	5.20	
Reichsbrücke–Ring–Kai		4.57	
Bellariastraße–Kai–Reichsbrücke	22		0.15
Bk (Rundlinie über Kai, dann Ring)			
Kaisermühlen–Kai–Ring		5.10	23.41
Bellariastraße–Ring–Kaisermühlen	34	5.28	23.06
Reichsbrücke–Kai–Ring		5.06	
Bellariastraße–Ring–Reichsbrücke	23		0.14

1	2	3	4
D (Börse–Schwarzenbergplatz: nicht an So)			
Nußdorf–Südbahnhof **S**	43	MS 5.29	MS 21.30
Augasse–. . .	28	MS 5.11	
Nußdorf–Schottenring, Börse	MS 23 So 21	5.24	23.45
Augasse–. . .	8	So 5.11	
Schwarzenbergplatz–Südbahnhof **S**	8	So 5.31	23.45
Nußdorf–Währinger Gürtel Bhf.	14		0.30
Südbahnhof **S**–Nußdorf	43	MS 5.08	MS 22.17
Währinger Gürtel Bhf.–. . .	16	MS 5.09	
Schottenring, Börse–. . .	MS 23 So 21	MS 5.47 So 5.28	0.09
Südbahnhof **S**–Schwarzenbergplatz	8	So 5.22	23.36
E_2			
Radetzkystraße–Gersthof, Herbeckstraße	42	5.35	23.23
Gersthof–. . .	5	5.22	
Gersthof, Herbeckstraße–Radetzkystraße	41	5.28	22.45
. . . –Gersthof	5		23.59
Währing Bhf.–Radetzkystraße	36	4.58	
G_2 (So ab und bis Schottentor)			
Radetzkystraße–Hohe Warte	42	MS 5.43	MS 23.00
Schottentor–Hohe Warte	19	So 5.45	So 23.19
Währinger Gürtel Bhf.–Hohe Warte	12	5.09	
Hohe Warte–Radetzkystraße	41	MS 5.25	MS 22.22
Hohe Warte–Schottentor	20	So 5.25	So 22.59
Währinger Gürtel Bhf.–Radetzkystraße	30	MS 5.11	
Hohe Warte–Währinger Gürtel Bhf.	11		23.41
H_2			
Prater, Hauptallee–Hernals, Wattgasse	MS 42 So 38	5.45	MS 21.53 So 22.53
. . . –Radetzkystraße	8	5.12	23.31
Hernals, Wattgasse–Prater, Hauptallee	MS 42 So 38	5.02	MS 21.12 So 22.12
Radetzkystraße–. . .	7		23.21
J			
Ottakringer Straße–Stadionbrücke	44	5.02	22.50
Radetzkystraße–. . .	14		23.26
Stadionbrücke–Ottakringer Straße	42	5.03	22.50
. . . –Marxerbrücke	11	4.52	
. . . –Radetzkystraße	12		23.11

1	2	3	4
O			
Floridsdorfer Brücke–Raxstraße	47	5.02	23.00
Raxstraße–Floridsdorfer Brücke	46	5.04	23.44
Gudrunstraße– . . .		5.03	
Südbahnhof–Raxstraße		MS 5.20	
T			
Schottenring, Börse–St. Marx	31	5.42	23.57
Weiskirchnerstraße–St. Marx	13	5.17	
St. Marx–Schottenring, Börse	32	5.11	23.27

Straßenbahn, Autobus

Linien mit A, B oder S: Autobus. Andere: Straßenbahn.

1S (MS; Sondertarif) Schottentor–Landstraße **U** (Wien Mitte **S**)	14	MS 6.12	MF 19.42 Sa 13.54
Landstraße **U** (Wien Mitte **S**)– Schottentor	13	MS 6.30	MF 20.00 Sa 14.12
2S (MS; Sondertarif) Bellariastraße–Stephansplatz **U**	16	MS 6.32	MF 20.00 Sa 14.04
Stephansplatz **U**–Bellariastraße	13	MS 6.43	MF 19.42 Sa 13.46
. . . –Babenbergerstraße			MF 20.12 Sa 14.13
3S (MS; Sondertarif) Schottenring **U**–Graben, Petersplatz	7	MS 6.41	MF 19.45 Sa 13.59
Graben, Petersplatz–Schottenring **U**	8	MS 6.48	MF 19.52 Sa 14.08
5			
Praterstern **S**–Westbahnhof **Stb**	36	5.17	20.01
. . . –Josefstädter Straße **Stb**	25		23.00
Wallensteinplatz–Westbahnhof **Stb**	27	5.11	
Westbahnhof **Stb**–Praterstern **S**	39	5.07	20.29
Josefstädter Straße **Stb**– . . .	27		22.30
Klosterneuburger Straße–Praterstern **S**	10	5.05	
Josefstädter Straße **Stb**–Wallensteinplatz	18		23.30

1	2	3	4
6			
Westbahnhof **Stb**–Simmeringer Hauptstraße	33		23.05
Favoriten, Leebgasse– . . .	17	4.58	
Burggasse/Stadthalle **Stb**– . . .	35	5.15	
Westbahnhof **Stb**–Favoriten Bhf.	18		23.40
Simmeringer Hauptstraße–Westbahnhof **Stb**	31	5.19	23.05
Favoriten, Leebgasse–Burggasse/Stadthalle **Stb**	18	4.54	
Reumannplatz **U**–Westbahnhof **Stb**	19	MF 5.09	
Gräßlplatz– . . . (nur ein Zug)	26	MS 5.16	
Simmeringer Hauptstraße–Favoriten Bhf.	15		23.35
6A (an MS Rundlinie) Simmeringer Hauptstraße, Krausegasse–Simmeringer Lände–Haidestraße–Simmeringer Hauptstraße	18	MF 5.25 Sa 5.28	MF 22.25 Sa 20.58
. . . –Simmeringer Lände	8	So 5.28	So 20.58
Simmeringer Lände–Simmeringer Hauptstraße, Krausegasse	7	So 5.36	So 21.06
8			
Liechtenwerder Platz–Meidling **S**	39	5.26	23.58
Währinger Gürtel Bhf.– . . .	37	4.44	
Gumpendorfer Straße **Stb**– . . .	12	4.45	
Meidling **S**–Liechtenwerder Platz	40	4.57	0.07
. . . –Westbahnhof **Stb**	15		0.36
9			
Gersthof–Westbahnhof **Stb**	28	5.31	22.31
Währing Bhf.– . . .	24	MF 5.01	
Westbahnhof **Stb**–Gersthof	MF 27 SS 24	MF 5.36 SS 6.03	23.06
Johann Nepomuk Berger-Platz– . . .	13	MF 5.22	
10			
Dornbach–Hietzing **Stb**	25	5.16	22.41
Ottakring Bhf.– . . .	17	5.02	
Dornbach–Ottakring Bhf.	9		23.34
Hietzing **Stb**–Dornbach	26	5.22	23.09
Ottakring Bhf.– . . .	8	5.04	
10A			
Dornbach–Elderschplatz	50	5.20	22.40
Traisengasse **S**–Dornbach	50	5.35	21.57
. . . –Heiligenstadt **U Stb**	15	MS 4.55	

1	2	3	4
Saarplatz–Dornbach	21	4.55	
Elderschplatz–Saarplatz	27		23.27
Traisengasse **S**–Dornbach	41	5.25	
11A			
Elderschplatz–Griegstraße	17	5.23	23.20
Walcherstraße– . . .	12	4.54	
Elderschplatz–Reichs-brücke	4		23.51
Griegstraße–Elderschplatz	18	5.09	23.27
Reichsbrücke– . . .	4	5.16	
Griegstraße–Reichsbrücke	14		23.42
13A			
Alser Straße–Südbahnhof **S**	28	5.35	23.57
Pilgramgasse **Stb**– . . .	13	5.28	
Südbahnhof **S**–Alser Straße	28	5.08	23.30
14A			
Mariahilfer Straße, Amerlingstraße–Reumannplatz **U**	22	5.20	23.15
Reumannplatz **U**–Mariahilfer Straße, Amerlingstraße	22	5.01	22.57
15A			
Meidling **S**–Simmeringer Hauptstraße	31	5.21	23.14
Rudolfshügelgasse–Laaer Berg-Straße	8	4.54	
. . . –Simmeringer Haupt-straße	17	5.08	
Meidling **S**–Rudolfshügel-gasse	13		23.59
Simmeringer Hauptstraße–Meidling **S**	33	5.27	23.28
Laxenburger Straße– . . .	13	5.01	
Laaer Berg-Straße– . . .	20	5.03	
Simmeringer Hauptstraße–Garage Raxstraße	19		23.43
16A			
Hetzendorf **S**–Zanaschka-gasse	8	MF 4.56 Sa 5.30 So 5.36	23.14
Zanaschkagasse–Hetzendorf **S**	7	MF 4.52 SS 5.28	23.21
18			
Burggasse/Stadthalle **Stb**–Stadionbrücke	32	5.22	0.24
Währinger Gürtel Bhf.– . . . (nur ein Zug)	50	MS 4.52	
Gumpendorfer Straße **Stb**– . . .	25	5.11	
Stadionbrücke–Burggasse/Stadthalle **Stb**	33	5.02	23.45

1	2	3	4
22B			
Schüttauplatz–Lobau	17	MF 5.30 SS 8.20	MF 18.20 SS 18.30
. . . –Biberhaufen	15	MF 4.35 Sa 5.40 So 7.00	22.00
Lobau–Schüttauplatz	17	MF 5.47 SS 8.37	MF 18.37 SS 18.45
Biberhaufen– . . .	15	MF 4.50 Sa 5.55 So 7.15	22.15
23B			
Schüttauplatz–Industrie-straße	9	MS 5.40 So 7.20	20.20
Industriestraße–Schüttau-platz	9	MS 5.30 So 7.00	19.55
24B (MS)			
Stadlau **S**–Neu-Breitenlee	10	MF 4.45 Sa 5.30	MS 23.30
Neu-Breitenlee–Stadlau **S**	10	MF 4.55 Sa 5.40	MS 23.40
25 (MF in der Hauptverkehrszeit als 25R bzw. 25K Rundlinie von/bis Leopoldau über Ring bzw. Kai)			
Praterstern **S**–Leopoldau **S**	32	5.17	0.19
Reichsbrücke–Kagran	19	4.27	
. . . –Leopoldau **S**	25	4.28	
Leopoldau **S**–Praterstern **S**	33	4.50	23.47
Kagran–Praterstern **S**	25	4.43	
Leopoldau **S**–Reichs-brücke	24		0.48
25A			
Leopoldauer Platz–Süßenbrunn **S**	15	MS 5.02 So 6.04	22.14
Süßenbrunn **S**–Leopoldauer Platz	15	MS 5.17 So 7.05	23.05
Invalidensiedlung– . . .	25	MS 5.24 So 6.19	22.34
Kagraner Platz– . . .	7	MS 4.55 So 5.43	
Neu-Eßling– . . .	21	MS 5.11	
Leopoldauer Platz–Invalidensiedlung	25	MS 5.30 So 5.50	23.35
25B			
Stadlau **S**–Wagramer Straße	7	MF 5.00 SS 6.00	20.00
Wagramer Straße–Stadlau **S**	7	MF 5.10 SS 6.10	20.10

1	2	3	4
26			
Schwedenbrücke–Stadlau	40	5.17	0.00
Reichsbrücke– . . .	24	4.28	
Praterstern **S**– . . .	28		0.18
Stadlau–Schwedenbrücke	41	4.53	23.21
Reichsbrücke– . . .	15	5.02	
Stadlau–Praterstern **S**	29		23.48
. . . –Reichsbrücke	22		0.46
26A			
Stadionbrücke–Groß-Enzersdorf	38	5.26	23.11
Wehlistraße–Eßling	26	4.41	
Stadlau **S**–Groß-Enzersdorf	20	4.59	23.59
Stadionbrücke–Wehlistraße	9		23.27
Groß-Enzersdorf–Stadionbrücke	35	5.22	22.52
Aspern– . . .	23	5.04	
Eßling– . . .	32	5.10	
Wehlistraße– . . .	8	5.15	
Groß-Enzersdorf–Wehlistraße	27		0.22
26B (MS)			
Eßling, Schule–Lehenstraße	8	MF 4.42 Sa 6.05	MS 19.24
Lehenstraße–Eßling, Schule	8	MF 4.50 Sa 6.15	MS 19.38
27A (MF bei starkem Verkehr werden Kurse nach „Am Heidjöchl" geführt)			
Floridsdorf **S**–Aspern	21	5.02	0.00
Kagraner Platz– . . .	11	4.52	
Aspern–Floridsdorf **S**	21	5.06	23.21
Kagraner Platz– . . .	11	MF 5.08	
Aspern–Kagraner Platz	11		0.21
27B			
Genochplatz		MF 5.15	19.45
		Sa 5.45	6.00
Aspern		MF 5.30	20.00
		Sa 12.15	13.00
28A			
Floridsdorf **S**–Großfeldsiedlung	25	5.12	0.12
Großfeldsiedlung–Floridsdorf **S**	23	5.06	23.36
29 (MF nach Bedarf)			
Schwedenbrücke–Floridsdorfer Brücke	18		
29B (MS)			
Floridsdorf **S**–Sandrockgasse	10	MS 5.35	MS 20.00
Sandrockgasse–Floridsdorf **S**	10	MS 5.45	MS 20.15

1	2	3	4
30A			
Groß-Jedlersdorf–Nordrandsiedlung, Leopoldau **S**	20	MS 4.59 So 6.31	22.31
. . . –Gerasdorfer Straße, Illgasse	13	MS 4.54	
Nordrandsiedlung, Leopoldau **S**–Groß-Jedlersdorf	20	MS 5.19 So 7.04	23.04
Gerasdorfer Straße, Illgasse– . . .	13	MS 5.07	
30A, 32A			
Groß-Jedlersdorf–Ruthnergasse	3	MS 5.20 So 6.24	23.24
Ruthnergasse–Groß-Jedlersdorf	4	MS 5.23 So 6.27	23.27
31			
Schottenring **U**–Stammersdorf	39	5.22	0.07
Floridsdorf, Peitlgasse– . . .	13	4.55	
Wallensteinplatz– . . .	29	5.12	
Stammersdorf–Schottenring **U**	39	5.09	23.28
Floridsdorf, Peitlgasse– . . .	23	4.56	
Groß-Jedlersdorf– . . .	29	5.05	
Stammersdorf–Floridsdorf **S**	17		23.57
. . . –Floridsdorf, Peitlgasse	13		0.42
31/5 (MS nach Bedarf)			
Floridsdorf **S**–Josefstädter Straße	33	MS 4.56	
31B (MF)			
Stammersdorf, Bahnhofplatz–Stammersdorf, Zentralfriedhof	4	8.00	18
Stammersdorf, Zentralfriedhof–Stammersdorf, Bahnhofplatz	4	8.07	18.07*
* vom 3. November bis 31. März letzter Wagen eine Stunde früher			
32			
Schottenring **U**–Strebersdorf	42	5.38	0.01
Floridsdorf **S**– . . .	15	4.59	
Floridsdorf, Peitlgasse–Schottenring	24	5.13	
Strebersdorf–Schottenring **U**	39	5.14	23.26
. . . –Floridsdorf **S**	12		0.36

1	2	3	4
32A (MS)			
Strebersdorf–			
Groß-Jedlersdorf	9	MS 6.13	MF 19.13
			Sa 13.00
Groß-Jedlersdorf–			
Strebersdorf	8	MS 6.05	MF 19.05
			Sa 12.46
32B			
Floridsdorf **S**–			
Schwarzlackenau	14	MS 5.00	21.00
		So 7.00	
Schwarzlackenau–			
Floridsdorf **S**	14	MS 4.45	21.15
		So 7.15	
34A			
Nußdorfer Straße **Stb**–			
Floridsdorf **S**	17	5.00	22.45
Floridsdorf **S**–Nußdorfer			
Straße **Stb**	20	5.20	23.00
35A			
Floridsdorfer Brücke–			
Salmannsdorf	32	5.20	23.22
. . . –Nußdorfer Straße **Stb**	10	5.10	
. . . –Glanzing	22		0.09
Nußdorfer Straße **Stb**–			
Glanzing	12		0.22
Salmannsdorf–Floridsdorfer			
Brücke	28	5.17	23.40
Nußdorfer Straße **Stb**– . . .	8	5.00	
Glanzing– . . .	22	MF 5.15	
Salmannsdorf–Nußdorfer			
Straße **Stb**	16		23.55
38			
Schottentor–Grinzing	22	5.31	0.12
Döblinger Gürtel– . . .	12	4.56	
Grinzing–Schottentor	22	5.08	23.48
. . . –Währinger			
Gürtel Bhf.	11		0.33
38S (Sondertarif)			
Grinzing–Kahlenberg	19	MS 6.50	20.00*
		So 8.00	
Kahlenberg–Grinzing	19	MS 7.10	20.20*
		So 8.20	
* im Sommer bei Bedarf längere Betriebsdauer			
39A			
Saarplatz–Sievering	11	5.11	23.22
Sievering–Saarplatz	9	5.26	23.13
. . . –Grinzinger Allee	8		23.40
40A			
Schottenring, Börse–			
Döblinger Friedhof	22	6.11	23.30
Währinger Gürtel– . . .	11	6.01	
Währinger Straße **Stb**– . . .	12		23.55
Döblinger Friedhof–			
Schottenring, Börse	20	5.50	23.08
. . . –Währinger Straße **Stb**	11		23.44

1	2	3	4
41			
Schottentor–Pötzleinsdorf	22	5.31	0.12
Pötzleinsdorf–Schottentor	23	5.16	23.49
Gersthof– . . .	15	5.16	
Pötzleinsdorf–Gersthof	6		0.31
41A			
Pötzleinsdorf–Neustifter			
Friedhof	7	6.20	19.00
Neustifter Friedhof–			
Pötzleinsdorf	5	6.30	19.10
42			
Schottentor–Antonigasse,			
Währing, Kreuzgasse Bhf.	17	5.38	23.23
Antonigasse–Schottentor	17	5.22	23.08
42B			
Hernals, Wattgasse–			
Schafberg	15	MS 6.15	20.00**
		So 7.00*	
Schafberg–Hernals,			
Wattgasse	15	MS 6.30	20.15**
		So 7.15*	
* Anfang Oktober bis Ende Mai eine Stunde später			
** Anfang Oktober bis Ende Mai 45 Minuten früher			
43			
Schottentor–Neuwaldegg	26	5.33	0.12
Hernals, Wattgasse– . . .	10	5.09	
Hernalser Gürtel– . . .	17	5.31	
Neuwaldegg–Schottentor	25	5.20	23.46
Hernals, Wattgasse– . . .	16	5.17	
Neuwaldegg–Hernals,			
Wattgasse	9		0.37
43B			
Neuwaldegg–Siedlung			
Waldandacht	15	MS 6.00	20.00
		So 8.00	
Siedlung Waldandacht–			
Neuwaldegg	15	MS 6.15	MS 20.15
		So 8.30	So 20.30
44			
Schottentor–Dornbach	23	5.25	23.15
Johann Nepomuk Berger-			
Platz– . . .	10	MS 5.09	
Dornbach–Schottentor	22	5.34	22.55
Hernals, Wattgasse– . . .	17	5.04	
44B (vom 1. November bis 31. März nur bis Trenkgasse)			
Dornbach–Mitterberg	9	MF 5.25	20.00
		Sa 5.45	
		So 7.25	
Mitterberg–Dornbach	9	MF 5.30	20.10
		Sa 5.45	
		So 7.25	

1	2	3	4
46			
Dr. Karl Renner-Ring–			
Joachimsthalerplatz	20	5.26	0.16
Joachimsthalerplatz–			
Dr. Karl Renner-Ring	19	5.07	23.56
46B			
Maroltingergasse–Schloß			
Wilhelminenberg via			
Wilhelminenstraße	10	MF 5.45	21.45
		SS 6.15	
via Johann Staud-Straße	10	MF 6.00	22.00
		SS 6.30	
Schloß Wilhelminenberg–			
Maroltingergasse			
via Wilhelminenstraße	10	MF 5.55	MF 22.00
		SS 6.25	SS 21.55
via Johann Staud-Straße	10	MF 6.10	22.10
		SS 6.40	
Maroltingergasse–Scheiben-			
wiese	5	MF 6.05	20.20
		Sa 6.35	
		So 7.50	
Scheibenwiese–Maroltinger-			
gasse	5	MF 6.10	20.25
		Sa 6.40	
		So 7.55	
48A			
Dr. Karl Renner-Ring–			
Sanatoriumstraße	27	5.26	23.33
Joachimsthalerplatz– . . .	8	5.10	
Sanatoriumstraße–			
Dr. Karl Renner-Ring	27	5.20	23.09
Joachimsthalerplatz– . . .	18	5.06	
Sanatoriumstraße–Gutrater-			
platz	7		0.06
49			
Dr. Karl Renner-Ring–			
Hütteldorf	33	5.27	0.16
Breitensee Bhf.– . . .	13	5.11	
Urban Loritz-			
Platz **Stb**– . . .	22	5.17	
Hütteldorf–Dr. Karl Renner-			
Ring	34	5.26	23.43
Baumgarten– . . .	28	MF 5.29	
Breitensee Bhf.–			
Urban Loritz-Platz **Stb**	8	5.06	
. . . –Dr. Karl Renner-			
Ring	19	5.08	
Hütteldorf–			
Breitensee Bhf.	13		0.47
49A			
Hütteldorf-Hacking **Stb**–			
Wolfersberg–			
Bierhäuselberg–			
Hütteldorf-Hacking **Stb**	17	5.02	21.10
49B			
Hütteldorf-Hacking **Stb**–			
Wolfersberg–Hainbach,			
Steinbachstraße	22	MS 5.55	23.30
		So 6.35	

1	2	3	4
Hainbach, Steinbachstraße–			
Wolfersberg–Hütteldorf-			
Hacking **Stb**	22	MS 5.20	MS 22.20
		So 6.01	So 22.25
Bierhäuselberggasse/			
Mondweg– . . .	9		23.09
50B			
Hütteldorf-Hacking **Stb**–			
Weidlingau	15	MS 4.30	23.05
		So 6.05	
Weidlingau–Hütteldorf-			
Hacking **Stb**	10	MS 4.45	23.20
		So 6.20	
52			
Burgring–Baumgarten	32	5.26	22.23
Rudolfsheim Bhf.– . . .	15	5.18	23.30
Baumgarten–Burgring	33	5.33	21.53
Rudolfsheim Bhf.– . . .	17	5.06	
Baumgarten–Rudolfsheim			
Bhf.	14		23.44
52B			
Hütteldorf-Hacking **Stb**–			
Siedlung Jägerwald	10	MS 4.50	23.05
		So 6.15	
Siedlung Jägerwald–			
Hütteldorf-Hacking **Stb**	10	MS 5.00	23.20
		So 6.30	
53B			
Unter-St. Veit–Hackinger			
Kai	10	5.42	20.06
. . . –Ober-St. Veit	3	5.30	23.27
Unter-St. Veit–Jagdschloß-			
gasse bzw. Gemeindeberg	10	5.30	23.27
Hietzing **Stb**, Kennedybrük-			
ke–Stock im Weg*	12	5.30	20.30
Hackinger Kai–			
Unter-St. Veit	10	5.53	20.17
Ober-St. Veit– . . .	3	5.48	23.37
Jagdschloßgasse bzw.			
Gemeindeberg–			
Unter-St. Veit	10	5.41	23.34
Stock im Weg–			
Hietzing **Stb**, Kennedy-			
brücke*	12	5.43	20.43
* Hietzing **Stb**–Unter-			
St. Veit: nicht im			
Einheitstarif!			
56B			
Hietzing **Stb**–Mauer via			
Speising	22	MS 5.15	23.20
		So 7.15	
via Rosenhügel	22	MS 5.00	23.45
		So 7.00	
. . . –Montecuccoliplatz	5	MS 5.00	MS 0.25
		So 7.00	So 0.30
. . . –ORF-Zentrum			
Küniglberg	10	MF 6.05	MF 0.30

1	2	3	4
Mauer–Hietzing **Stb**			
via Speising	22	MS 5.22 So 7.37	0.07
via Rosenhügel	22	MS 5.37 So 7.37	23.42
Montecuccoliplatz– . . .	5	MS 4.55 So 7.10	0.20
ORF-Zentrum Küniglberg– . . .	10	MF 4.50	MF 20.20
57A			
Babenbergerstraße– Schwendergasse	18	6.00	23.00
Schwendergasse– Babenbergerstraße	18	5.40	22.40
58			
Burgring–Unter-St. Veit	30	5.45	0.16
Rudolfsheim Bhf.– . . .	12	5.28	
Unter-St. Veit–Burgring	32	5.32	23.46
Rudolfsheim Bhf.– . . .	17	5.28	
Unter-St. Veit–Rudolfsheim Bhf.	12		0.42
60			
Hietzing **Stb**–Rodaun	26	5.24	23.53
Speising Bhf.–Mauer	12	4.57	
. . . –Rodaun	16	5.01	
Hietzing **Stb**–Speising Bhf.	12		0.38
Rodaun–Hietzing **Stb**	27	5.20	0.10
Speising Bhf.– . . .	12	5.02	
Mauer– . . .	19	5.10	
Rodaun–Speising Bhf.	17		0.18
60/62 (nach Bedarf) Hietzing **Stb**–Lainz, Wolkersbergenstraße	18		
60A			
Liesing **S**–Maurer Berg	22	MS 5.18 So 6.25	22.55
Maurer Berg–Liesing **S**	22	MS 5.10 So 6.10	22.40
Liesing **S**–Maurer Berg		19.55	22.55
60B (vom 1. November bis Palmsonntag täglich erst ab 12 Uhr)			
Speising–Lainzer Tiergarten	10	MS 5.35 So 7.50	20.50
Lainzer Tiergarten– Speising	10	MS 5.50 So 8.00	21.00
61A			
Opernring–Meidling **S**	20	5.45	0.11
Meidling **S**–Opernring	20	5.25	23.51
62			
Kärntner Ring, Oper– Lainz, Wolkers- bergenstraße	46	5.31	23.38

1	2	3	4
Meidling **S**– . . .	22	5.13	
Kärntner Ring, Oper– Speising, Fehlingergasse	36		0.11
Lainz, Wolkersbergenstraße– Kärntner Ring, Oper	44	5.14	23.29
Speising Bhf.– . . .	39	4.52	
Lainz, Wolkersbergenstraße– Meidling **S**	20		23.59
62B			
Meidling **S**–Liesing **S**	18	MF 5.00 Sa 5.30 So 6.00	0.00
Liesing **S**–Meidling **S**	18	MF 4.30 Sa 5.00 So 5.25	23.30
63A			
Wienerbergstraße–Südwest- friedhof	29	5.19	23.08
Meidling Haupt- straße **Stb**– . . .	17	5.20	
Wienerbergstraße– Meidling Hauptstraße **Stb**	10		23.23
Südwestfriedhof–Wiener- bergstraße	29	5.41	22.57
Meidling Haupt- straße **Stb**– . . .	13	5.06	
Tivoli– . . .	24	5.32	
Südwestfriedhof– Meidling Hauptstraße **Stb**	15		23.42
64			
Mariahilf–Alt- Erlaa, Rößlergasse	29	5.36	22.59
Alt-Erlaa, Rößler- gasse–Mariahilf	26	5.30	23.17
. . . –Bhf. Favoriten	23		23.32
Mariahilf– Bhf. Favoriten	16		23.42
64A (MF werden in den Verkehrsspitzen Einlagen Wohnpark Neu-Erlaa-Wohnpark bzw. Wohnpark Atzgersdorf-Wohnpark geführt)			
Meidling Hauptstraße **Stb**– Liesing **S**			
via Siebenhirten	33	4.50	23.08
via Atzgersdorf	30	5.00	23.23
Liesing **S**–Meidling Hauptstraße **Stb**			
via Siebenhirten	33	5.30	23.51
via Atzgersdorf	30	5.20	23.40
Siebenhirten– . . .	26	5.09	
Atzgersdorf– . . .	20	5.05	
65			
Kärntner Ring, Oper– Stefan Fadinger-Platz	20	5.43	0.11
Stefan Fadinger-Platz– Kärntner Ring, Oper	20	5.24	23.51
. . . –Favoriten Bhf.	7		0.30

1	2	3	4
65A			
Stefan Fadinger-Platz–Inzersdorf, Industriegebiet Zetschegasse	13	5.08	23.52
Inzersdorf, Industriegebiet Zetschegasse–Stefan Fadinger-Platz	14	5.08	23.36
66A			
Reumannplatz **U**–Liesing **S**	36	5.19	21.56
Sahulkastraße–Siedlung Wienerfeld	4	4.49	
. . . –Inzersdorf, Purkytstraße	14	4.50	
Raxstraße, Rudolfshügelgasse–Inzersdorf, Purkytgasse	15	5.06	
. . . –Wohnpark Alt-Erlaa	18	5.13	
. . . –Wohnpark Alt-Erlaa	22		23.26
. . . –Inzersdorf, Großmarkt	16	MF 5.25 Sa 5.50	MF 18.07 Sa 8.10
Liesing **S**–Reumannplatz **U**	37	5.55	22.33
Siedlung Wienerfeld–Raxstraße, Rudolfshügelgasse	6	4.56	
. . . –Reumannplatz **U**	10	5.05	
Inzersdorf, Purkytgasse– . . .	21	5.04	
Wohnpark Alt-Erlaa– . . .	24	5.33	23.49
Inzersdorf, Großmarkt– . . .	19	MF 5.42 Sa 6.08	MF 18.25 Sa 8.32
67			
Reumannplatz **U**–Kurzentrum Oberlaa	15	5.08	23.48
. . . –Rothneusiedl	11	4.54	
. . . –Per Albin Hansson-Siedlung Ost	13	5.00	0.30
Kurzentrum Oberlaa–Reumannplatz **U**	15	5.27	0.12
Rothneusiedl– . . .	11	5.07	
Per Albin Hansson-Siedlung Ost– . . .	12	5.18	0.41
Reumannplatz **U**–Raxstraße	10	5.18	0.30
Favoriten Bhf.– . . .	10	4.56	
Raxstraße–Reumannplatz **U**	8	5.08	0.22
. . . –Favoriten Bhf.	8		0.39
67A			
Siedlung Wienerfeld–Unterlaa	16	4.49	20.29
Rothneusiedl– . . .	11		22.34
Unterlaa–Siedlung Wienerfeld	16	5.05	20.25
. . . –Rothneusiedl	11		22.45

1	2	3	4
68A			
Reumannplatz **U**–Laaer Berg	12	5.11	0.30
Laaer Berg–Reumannplatz **U**	11	4.59	0.14
69A (MS)			
Südbahnhof **S**–Gräßlplatz	8	MS 5.10	MF 22.00 Sa 14.00
Gräßlplatz–Südbahnhof **S**	8	MS 5.21	MF 22.11 Sa 14.11
71			
Schwarzenbergplatz–Zentralfriedhof	30	5.24	23.45
Simmering Bhf.– . . .	8	5.07	
Schwarzenbergplatz–Simmering Bhf.	21		0.09
Zentralfriedhof–Schwarzenbergplatz	29	5.16	23.38
Simmering Bhf.– . . .	21	5.01	
Zentralfriedhof–Simmering Bhf.	7		0.13
71A			
Zentralfriedhof–Schwechat	6	5.00	0.00
Schwechat–Zentralfriedhof	6	5.06	0.05
72A			
Zentralfriedhof–Kaiser-Ebersdorf	7	MS 5.08 So 5.18	23.45
Kaiser-Ebersdorf–Zentralfriedhof	9	5.06	23.51
73A			
Simmeringer Hauptstraße **S**–Pantucekgasse	9	5.04	23.36
Pantucekgasse–Simmeringer Hauptstraße **S**	9	MF 5.06 SS 5.13	23.45
79B			
Stadionbrücke–Speicher Albern	MS 24 So 23	MS 5.45 So 6.00	MS 20.00 So 19.00
. . . –Kaiser-Ebersdorf	16	MS 5.20	MS 20.00
Speicher Albern–Stadionbrücke	23	MS 6.10 So 6.30	MS 20.30 So 19.30
Kaiser-Ebersdorf– . . .	16	MS 5.34	MS 20.38
80A			
Praterstern **S**–Lusthaus	21	MF 5.28 Sa 6.48 So 5.28	22.28

1	2	3	4
Praterstern **S**–Simmeringer Lände via Haidestraße	23	MF 5.18	MF 20.43
Praterstern **S**–Stadionbrücke	12	MF 4.50 SS 5.18	23.08
Stadionbrücke–Lusthaus	9	Sa 5.40	
Stadionbrücke–Simmeringer Lände via Haidestraße	11	SS 5.45	SS 20.55
Lusthaus–Praterstern **S**	19	MF 5.50 Sa 7.10 So 5.50	22.20
Simmeringer Lände–Praterstern **S**	19	MF 5.41	MF 21.04
Simmeringer Lände, E-Werk–Praterstern **S**	16	MF 5.36	
Stadionbrücke–Praterstern **S**	10	MF 5.05 SS 5.30	23.30
Lusthaus–Stadionbrücke	9		SS 22.50
Simmeringer Lände–Stadionbrücke	9	SS 5.56	SS 21.04

1	2	3	4
80B (MS)			
Stadionbrücke–Handelskai–Speicher Albern	24	MS 5.45	MS 18.30
Speicher Albern–Handelskai–Stadionbrücke	24	MS 6.18	MS 19.03
160A (MS)			
Liesing **S**–Siebenhirten, Triester Straße	15	MF 5.41 Sa 6.01	MS 20.45
Siebenhirten, Triester Straße–Liesing **S**	14	MF 5.06 Sa 5.42	MS 19.50
164A			
Liesing **S**–Kalksburg	14	MF 5.20 Sa 5.44 So 6.05	19.43
Kalksburg–Liesing **S**	14	MF 5.35 Sa 6.01 So 6.22	20.00

STATISTISCHES AMT DER STADT WIEN

(MA 66)

Welche Aufgaben hat das Statistische Amt der Stadt Wien?

Die Statistik soll die für das Studium von Entwicklungstendenzen und zur Fundierung von Entscheidungen notwendigen Daten in entsprechender Gliederung zur Verfügung stellen. Das Statistische Amt der Stadt Wien führt zur Erreichung dieses Ziels eigene Erhebungen durch, sammelt das von der städtischen Verwaltung, der Bundesstatistik und zahlreichen anderen Quellen zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial, wertet es aus und bringt es in übersichtlicher Form in Publikationen zur Darstellung.

Die umfangreichste und ausführlichste dieser Veröffentlichungen ist das jährlich erscheinende „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien". Es enthält in tabellarischer und grafischer Darstellung statistische Unterlagen über meteorologische und geografische Verhältnisse, Bevölkerungsstand, -struktur und -bewegung, Gesundheits- und Sozialwesen, Industrie, Gewerbe und Handel, Verkehr, Fremdenverkehr, Wohnungswesen, kommunale Einrichtungen, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Preise, Lebenshaltung und Löhne, Unterricht und Kultur, Kultuswesen, Sport, Verwaltung und Rechtswesen sowie Finanzen und Steuern. Ebenfalls jährlich, nur in geringerem Umfang, prägnant und kurz gefaßt, daher früher im Jahr, erscheint das „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien". Die „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" erscheinen vierteljährlich und enthalten neben Monatsübersichten nach dem neuesten Stand auch interessante statistische Ergebnisse und Untersuchungen, in ausführlicher Form dargestellt und kommentiert. Auch der jährliche Bericht über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung, Betriebe und städtischen Unternehmungen „Die Verwaltung der Stadt Wien" wird vom Statistischen Amt herausgegeben. Außerdem werden noch fallweise Sonderhefte veröffentlicht, die jeweils ein besonderes Thema behandeln. In den letzten Jahren ist die zahlenmäßige Darstellung Wiens in Österreich und in der Ostregion, aber auch ein Vergleich mit anderen Städten, zu einem zentralen Aufgabenbereich des Statistischen Amtes geworden. Die wichtigsten Daten erscheinen in Form von Faltbroschüren.

Daten, die den Publikationen nicht zu entnehmen sind, können von Wissenschaftlern, Wirtschaftsexperten, Sozial- und Kommunalpolitikern, Studenten und anderen Interessenten aus dem im Archiv des Statistischen Amtes der Stadt Wien aufbewahrten Material ersehen werden. Durch den Anschluß an das Integrierte Statistische Informationssystem des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ISIS) steht überdies ein sachlich und regional tiefgegliedertes statistisches Datenmaterial für ganz Österreich zur Verfügung.

Bei periodisch wiederkehrenden Zählungen oder auch bei einmaligen Erhebungen obliegt dem Statistischen Amt neben der Vorbereitung und Organisation der Durchführung vor allem die zahlenmäßige Auswertung und Darstellung für das Wiener Stadtgebiet. Hiezu gehören die Volks-, Häuser-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, agrarstatistische Erhebungen, Verkehrszählungen und der Mikrozensus, bei dem vierteljährlich von über 100 Interviewern 3.500 Haushalte befragt werden.

Als wertvoller und unentbehrlicher Arbeitsbehelf steht eine Fachbibliothek zur Verfügung, die sich vorwiegend aus statistischen, wirtschafts- und kommunalpolitischen Werken zusammensetzt und durch regen Publikationsaustausch mit verwandten Institutionen des In- und Auslandes ständig bereichert wird. Die Bestände der Bibliothek sind nicht nur für den internen Amtsgebrauch wichtig und für sämtliche Stellen des Magistrats zugänglich, sondern können auch von anderen Behörden, Instituten, Studierenden und fachlich Interessierten benützt werden.

STEUERN, ABGABEN UND GEBÜHREN

(MA 4, 6)

ANKÜNDIGUNGSABGABE

Von öffentlichen Ankündigungen innerhalb des Gebietes der Stadt Wien, die durch Druck, Schrift, Bild oder Ton an öffentlichen Verkehrsanlagen oder in öffentlichen Räumen angebracht, ausgestellt oder vorgenommen werden, ist eine Abgabe zu entrichten. Unter Ankündigungen sind auch alle fremden Ankündigungen durch Hörfunk und Fernsehen, die von Studios im Gebiet der Stadt Wien ihren Ausgang nehmen, zu verstehen.

Was sind öffentliche Verkehrsanlagen oder Räume?

Unter öffentlichen Verkehrsanlagen versteht man sowohl Verkehrs- oder Erholungsflächen als auch Eisenbahnen und Flußläufe. Erfolgt die Ankündigung auf Privatliegenschaften oder in Privaträumen, dann werden sie als öffentlich angesehen, wenn sie von öffentlichen Verkehrsanlagen aus wahrgenommen werden. Ebenso müssen Privaträume öffentlichen Räumen gleichgehalten werden, wenn sie dem allgemeinen Zutritt, auch gegen Entgelt oder nur vorübergehend, offenstehen. Genauso gelten die in Wien verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel als öffentliche Räume.

Welche Ankündigungen sind von der Abgabe befreit?

Ankündigungen, die von Ämtern des Bundes, der Stadt Wien, des Landes Niederösterreich sowie von gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in Besorgung ihrer Aufgaben veranlaßt werden; ferner Ankündigungen von Wahlen sowie die Ankündigungen politischen Inhaltes der politischen Parteien.

Weiters sind von der Abgabe befreit: Ankündigungen des Geschäftsbetriebes des Ankündigenden vor oder in seinen Geschäftsräumen, an seinen Waren oder Betriebsmitteln oder an dem Gebäude, in dem sich sein Geschäftslokal befindet, sofern sie nur diesen Geschäftsbetrieb betreffen; alle Ankündigungen, die von den öffentlichen Verkehrsunternehmungen zur Belehrung des Publikums über ihre Verkehrs- und Beförderungsverhältnisse sowie ihre Verkehrsbedingungen erlassen werden und der Aushang von Tages- und politischen oder wirtschaftlichen Wochenzeitungen an öffentlichen Anschlagtafeln.

Überdies sind Ankündigungen, die ausschließlich oder vorwiegend und ohne Erwerbsabsichten wissenschaftlichen, gemeinnützigen oder Bildungszwecken dienen, über Ansuchen von der Abgabe zu befreien.

Wie hoch ist das Ausmaß der Abgabe?

Für Ankündigungen, für die ein Entgelt zu leisten ist, beträgt die Abgabe 10 v. H. des vereinnahmten Entgeltes unter Ausschluß der Abgabe und der Umsatzsteuer, die nicht zur Bemessungsgrundlage gehören. Wird aber die Ankündigung durch einen Vermittler besorgt, so gilt als Bemessungsgrundlage der vom Vermittler zu entrichtenden Abgabe das vom Ankündigenden an ihn zu leistende Entgelt, wobei jenes Entgelt, das dieser an den die Ankündigung unmittelbar besorgenden Unternehmer zu leisten hat, aus der Bemessungsgrundlage ausscheidet.

Wenn für eine Ankündigung kein Entgelt gefordert wird, ist die Bemessungsgrundlage vom Magistrat durch Vergleich mit Entgelten für ähnliche Ankündigungen festzusetzen.

Wer ist Abgabepflichtiger?

Wird die Ankündigung durch einen Vermittler besorgt, so hat dieser die Abgabe zu entrichten. Er kann jedoch die Abgabe vom Ankündigenden einziehen. Dieser haftet mit dem Vermittler zur ungeteilten Hand für die Abgabe.

Wird eine Ankündigung ohne Vermittler durchgeführt, so hat der Ankündigende die Abgabe zu entrichten.

Wird die Ankündigung durch den Rundfunk vorgenommen, so hat der Inhaber des Rundfunkunternehmens für die Abgabe aufzukommen. Er kann sie jedoch vom Ankündigenden einziehen. Dieser haftet mit dem Inhaber des Rundfunkunternehmens zur ungeteilten Hand für die Abgabe.

Wann ist die Abgabe zu erklären und zu entrichten?

Alle Personen, die Ankündigungen gegen Entgelt besorgen, haben dies erstmals innerhalb einer Woche dem Magistrat anzuzeigen und in der Folge für jeden Monat bis spätestens 10. des darauffolgenden Monats eine Abgabenerklärung vorzulegen und die Abgabe zu entrichten.

Will der Ankündigende die Ankündigung selbst vornehmen, so muß er die Abgabe vorher entrichten.

Bei Ankündigungen durch an Kraftfahrzeuge angebrachte Plakate (auch Angebote zum Autoverkauf) sind besondere Zahlscheine aufgelegt, die zur Vereinfachung der Abrechnung und Einzahlung bereits alle für die Selbstbemessung der Ankündigungsabgabe erforderlichen Angaben vorsehen. Diese Zahlscheine sind bei allen magistratischen Bezirksämtern (Einlaufstelle) sowie in der Stadtinformation (Rathaus) und in der Außenstelle Karlsplatz erhältlich.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 4, 1, Ebendorferstraße 1, 2. Stock (Tel. 42 8 00*, 2474 und 2437). Die Abgabe ist an die MA 6, Abgabenhauptverrechung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2633), zu entrichten. Dort ist auch die Abgabenerklärung einzubringen.

ANZEIGENABGABE

Für Anzeigen (Inserate), welche in die in Wien erscheinenden Druckwerke gegen Entgelt aufgenommen oder mit solchen ausgesendet oder verbreitet werden, ist eine Abgabe zu leisten.

Wann erscheint ein Druckwerk in Wien?

Als Erscheinungsort muß Wien dann angesehen werden, wenn die Verbreitung des Druckwerkes erstmalig von hier aus erfolgt. Hat der Unternehmer, der die Verbreitung des Druckwerkes besorgt, seinen Standort in Wien bzw. übt er die verwaltende Tätigkeit überwiegend in Wien aus, so ist Wien ebenfalls Erscheinungsort.

Welche Anzeigen sind von der Abgabe befreit?

Anzeigen, die von Ämtern des Bundes oder der Stadt Wien in amtlichen Blättern erlassen werden, ferner Anzei-

gen im Kleinen Anzeiger der Zeitungen, die lediglich Arbeits- oder Stellengesuche betreffen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß seitens des abgabepflichtigen Unternehmers von dem, der die Anzeige veranlaßt, nachweisbar um die Abgabe verminderte Tarife eingehoben werden, wenn die Tarife schon unter Einrechnung der Abgabe festgesetzt sind.

Weiters sind eigenwerbende Anzeigen der Verlage in von diesen veröffentlichten Zeitungen und Zeitschriften bei Anzeigentauschgeschäften und bei gegenseitigen Anzeigengeschäften befreit, soferne infolge Rabattgewährung ein gegenüber dem jeweiligen Verlagstarif vermindertes Entgelt vereinnahmt wird.

Wer ist abgabepflichtig?

Zur Entrichtung der Abgabe ist der Eigentümer des Unternehmens, das die Veröffentlichung oder Verbreitung der Anzeige besorgt, bzw. der Verleger oder Herausgeber des Druckwerkes verpflichtet. Sind dies verschiedene Personen, so ist jene abgabepflichtig, der die Zahlung des Entgeltes für die Veröffentlichung oder Verbreitung der Anzeige geleistet wird, während die übrigen zur ungeteilten Hand für die Entrichtung der Abgabe haften. Wird die Anzeige durch einen Vermittler veröffentlicht oder verbreitet, so ist dieser der Abgabepflichtige. Der Abgabepflichtige ist berechtigt, den Abgabebetrag von dem, der die Anzeige veranlaßt, einzuziehen.

Wie hoch ist die Abgabe?

Die Abgabe beträgt 10 v. H. des Entgeltes, das für die Vornahme bzw. Verbreitung der Anzeige geleistet werden mußte, unter Ausschluß der Abgabe und der Umsatzsteuer, die nicht zur Bemessungsgrundlage gehören.

Wann ist die Abgabe zu erklären und zu entrichten?

Der Abgabepflichtige hat erstmals innerhalb einer Woche von der Tatsache der Abgabepflicht dem Magistrat Mitteilung zu machen und in der Folge für jeden Monat bis längstens 14. des darauffolgenden Monats eine Abrechnung über die für die Vornahme bzw. Verbreitung von Anzeigen vereinnahmten Entgelte vorzulegen und auch innerhalb dieser Zeit die Abgabe zu entrichten.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 4, 1, Ebendorferstraße 1, 2. Stock (Tel. 42 8 00*, 2474 und 2437). Die Abgabe ist an die MA 6, Abgabenhauptverrechnung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2633), zu entrichten. Dort ist auch die Abgabenerklärung einzubringen.

AUSGLEICHSABGABE NACH DEM WIENER BAUMSCHUTZGESETZ

Das Wiener Baumschutzgesetz dient zur Erhaltung des Baumbestandes in Wien. Wird die Entfernung von Bäumen bewilligt, müssen für die gefällten Bäume neue als Ersatz gepflanzt werden.

Wann ist eine Ausgleichsabgabe zu entrichten?

Können Ersatzpflanzungen nicht oder nicht zur Gänze durchgeführt werden, ist eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Abgabepflichtig ist der Bewilligungsträger, der um die Genehmigung der Entfernung der Bäume angesucht hat.

Zweck der Ausgleichsabgabe

Die Erträgnisse der Ausgleichsabgabe werden zur Anpflanzung von Bäumen durch den Magistrat verwendet.

Wie hoch ist die Ausgleichsabgabe?

Die Höhe der Ausgleichsabgabe richtet sich nach der Anzahl der Ersatzpflanzungen, die nicht durchgeführt werden konnten. Für jede nicht durchgeführte Ersatzpflanzung sind 8.000 S zu entrichten.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Die Ausgleichsabgabe wird auf Grund der im rechtskräftigen Bescheid des magistratischen Bezirksamtes enthaltenen Feststellung, wie weit der Verpflichtung zur Ersatzpflanzung nicht entsprochen werden kann, mit gesondertem Bescheid der MA 4, Ref. 5, 1, Rathaus, 8. Stiege, 2. Stock, Tür 430–433 (Tel. 42 8 00*, 2443), festgesetzt. Die Abgabe ist an die MA 6, Abgabenhauptverrechnung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2654), zu entrichten.

Unter welchen Voraussetzungen kann die Ausgleichsabgabe rückerstattet werden?

Erlischt die Bewilligung nach dem Baumschutzgesetz durch ausdrücklichen Verzicht, so kann bis zum Ablauf des auf den Verzicht folgenden Kalenderjahres die Rückerstattung beantragt werden. Der Anspruch muß bei der MA 4, Ref. 5, geltend gemacht werden.

AUSGLEICHSABGABE NACH DEM WIENER GARAGENGESETZ

Bei Neu- und Zubauten sowie bei Widmungsänderungen sind in Ansehung des künftigen Bedarfes Anlagen zum Einstellen von Kraftfahrzeugen zu schaffen. Die Anzahl der zu errichtenden Stellplätze (Pflichtstellplätze) ist vom vorgesehenen Verwendungszweck und vom Ausmaß des Bauvorhabens abhängig.

Wann ist eine Ausgleichsabgabe zu entrichten?

Wird ein Bauvorhaben (eine Widmungsänderung) bewilligt, ohne daß die Verpflichtung zur Schaffung von Einstellplätzen oder Garagen überhaupt oder voll erfüllt wird, so ist an die Stadt Wien eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Abgabepflichtig ist der Bauwerber. Der Einheitssatz der Ausgleichsabgabe beträgt derzeit je Stellplatz 50.000 S.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Die Ausgleichsabgabe wird auf Grund der im Baubescheid enthaltenen Feststellung, um wieviel die Zahl der vorgesehenen Stellplätze hinter dem gesetzlich geforderten Ausmaß zurückbleibt, mit gesondertem Bescheid von der MA 4, Ref. 1, 1, Rathaus, 4. Stiege, 2. Stock, Tür 451 (Tel. 42 8 00*, 2418), vorgeschrieben. Die Abgabe ist an die MA 6, Abgabenhauptverrechnung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2633), zu entrichten.

Unter welchen Voraussetzungen kann die entrichtete Ausgleichsabgabe erstattet werden?

Erlischt die Baubewilligung durch Verzicht oder durch Zeitablauf, so steht ein Anspruch auf Erstattung des entrichteten Abgabebetrages zu. Dieser Anspruch muß jedoch spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres, das

auf das Erlöschen der Baubewilligung folgt, bei der MA 4, Ref. 1, geltend gemacht werden. Desgleichen besteht ein Erstattungsanspruch innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach Rechtskraft der Baubewilligung bzw. drei Jahren nach Rechtskraft der Benützungsbewilligung, wenn fehlende Stellplätze nachträglich geschaffen werden.

DIENSTGEBERABGABE

Für das Bestehen eines Dienstverhältnisses in Wien ist vom Dienstgeber eine Abgabe zu entrichten, die zur Errichtung einer Untergrundbahn verwendet wird. Ein Dienstverhältnis liegt vor, wenn der Dienstnehmer dem Dienstgeber (öffentlich-rechtliche Körperschaft, Unternehmer, Haushaltsvorstand) seine Arbeitskraft schuldet. Dies ist der Fall, wenn die tätige Person in der Ausübung ihres geschäftlichen Willens unter der Leitung des Dienstgebers steht oder im geschäftlichen Organismus des Dienstgebers dessen Weisung zu folgen verpflichtet ist.

Wann besteht ein Dienstverhältnis in Wien?

Ein Dienstverhältnis besteht dann in Wien, wenn der Beschäftigungsort des Dienstnehmers in Wien liegt. Erfolgt eine Beschäftigung abwechselnd an verschiedenen Orten, aber von einer festen Arbeitsstätte aus, so gilt diese als Beschäftigungsort. Bei Beschäftigungen ohne feste Arbeitsstätte gilt der Wohnsitz des Dienstnehmers als Beschäftigungsort. Hausgehilfen, die beim Dienstgeber wohnen, haben dort ihren Beschäftigungsort. Hat der Dienstgeber mehrere Wohnsitze, so ist jener maßgebend, an dem er den überwiegenden Teil des Jahres verbringt.

Welche Dienstgeber bzw. welche Dienstverhältnisse sind von der Abgabe befreit?

Von der Abgabe sind befreit: Gebietskörperschaften mit Ausnahme der von ihnen verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; ferner die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegrafenanstalt; Dienstverhältnisse, bei denen der Dienstnehmer das 55. Lebensjahr überschritten hat; Dienstverhältnisse im Sinne des Behindertengesetzes, des Opferfürsorgegesetzes und des Invalideneinstellungsgesetzes; Lehrverhältnisse im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes; Dienstverhältnisse mit einer wöchentlich zu leistenden Arbeitszeit von höchstens zehn Stunden; Dienstverhältnisse mit Hausbesorgern; Dienstverhältnisse während der Dauer des Beschäftigungsverbotes für werdende Mütter und nach der Entbindung sowie während des anschließenden Karenzurlaubes; Dienstverhältnisse während der Zeit, in der der Dienstnehmer den ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst leistet.

Wie hoch ist die Abgabe?

Die Abgabe beträgt für jeden Dienstnehmer und für jede angefangene Woche eines bestehenden Dienstverhältnisses 10 S.

Wann ist die Abgabe zu erklären und zu entrichten?

Die Abgabe ist für jeden Monat bis zum 10. des folgenden Monats zu entrichten. Für jedes Kalenderjahr ist bis zum 10. Februar des nächstfolgenden Jahres eine Erklärung abzugeben.

Weiters besteht die Möglichkeit, diesen Abrechnungs- und Zahlungsvorgang durch Pauschalierung sowie Bewilligung monatlicher Akontozahlungen für die Dauer des gleichbleibenden Beschäftigtenstandes zu vereinfachen, wenn dadurch ohne wesentliche Veränderung der Abgabenhöhe die Bemessung und Einhebung der Abgabe vereinfacht wird.

Wann wird die Abgabe rückerstattet?

Über Antrag wird Abgabepflichtigen die geleistete Dienstgeberabgabe rückerstattet, wenn die Summe der von ihnen aus Dienstverhältnissen geleisteten Entgelte (Arbeitslöhne) in jenem Kalenderjahr, für das die Rückerstattung begehrt wird, monatlich 3.000 S nicht erreicht und das steuerpflichtige Einkommen des Abgabepflichtigen im gleichen Zeitraum (Kalenderjahr) 30.000 S nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für den Ehegatten um 20% und für jede weitere Person, für die der Abgabepflichtige kraft Gesetzes zu einer Unterhaltsleistung verpflichtet ist, um je weitere 10%.

Der Antrag auf Rückerstattung für ein Kalenderjahr ist bis zum Ablauf des nächstfolgenden Jahres einzubringen.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 4, 1, Ebendorferstraße 1, 2. Stock (Tel. 42 8 00*, 2296, 2434, 2438, 2472, 2473, 2484). Die Abgabe ist an die nach dem Standort (Wohnsitz) des Dienstgebers zuständige Stadtkasse zu entrichten. Dort ist auch die Abgabenerklärung einzubringen.

GEBRAUCHSABGABE

Für den Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund, der als Verkehrsfläche dem öffentlichen Verkehr dient, samt den dazugehörigen Anlagen einschließlich seines Untergrundes und des darüber befindlichen Luftraumes ist vorher eine Gebrauchserlaubnis zu erwirken, wenn der Gebrauch über die widmungsmäßigen Zwecke dieser Fläche hinausgehen soll.

Wie hoch ist die Abgabe und wie ist die Fälligkeit geregelt?

Die Höhe der Abgabe ist aus dem dem Gebrauchsabgabegesetz angeschlossenen Tarif zu entnehmen. Der Tarif unterscheidet zwischen einmaligen Abgaben, Jahresabgaben und Selbstbemessungsabgaben. Die einmaligen Abgaben sind innerhalb eines Monats nach Zustellung des Abgabenbescheides, die Jahresabgaben bis 2. Mai jeden Jahres im vorhinein und die Selbstbemessungsabgaben für jeden Kalendermonat bis zum 15. des darauffolgenden Monats zu entrichten.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Eine Gebrauchserlaubnis wird nur auf Antrag von der MA 35-G, 12, Theresienbadgasse 3 (Tel. 83 16 01*, 284), erteilt. Diese ist auch die Bemessungsstelle für die Gebrauchsabgabe. Die Abgabe ist an die Stadtkasse, in deren Bereich sich das Objekt befindet, für das die Gebrauchserlaubnis erteilt wurde, zu entrichten. Ohne Rücksicht auf die Objektslage ist für Baustofflagerungen und bei Selbstbemessungsabgaben die Abgabe an die MA 6, Abgabenhauptverrechnung, zu entrichten, bei der bei Selbstbemessungsabgaben auch die Abgabenerklärungen innerhalb der gleichen Frist wie die Zahlung einzubringen sind. Für Jahresabgaben wird den Abgabepflichtigen im April jedes Jahres ein elektronisch erstellter, vollcodierter Zahlschein zugesandt. Die Abgabenhauptverrechnung ist in 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2633).

GEBÜHREN FÜR DIE BENÜTZUNG UND RÄUMUNG VON UNRATSANLAGEN

A. ABWASSERGEBÜHR

Der an einen Straßenkanal angeschlossene Grundbesitz innerhalb der Stadt Wien unterliegt der Abwassergebühr.

Wann beginnt oder endet die Gebührenpflicht?

Die Gebührenpflicht beginnt bei Grundbesitz, der bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits an einen Kanal angeschlossen ist, am 1. Jänner 1979. In allen anderen Fällen beginnt sie mit Ablauf des Kalenderviertels, in dem der Kanalanschluß hergestellt wurde. Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Kalenderviertels, in dem der Kanalanschluß beseitigt wurde.

Wonach richtet sich die Höhe der Gebühr?

Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der auf der Liegenschaft bezogenen Wassermenge. Es werden nicht nur die aus der städtischen Wasserleitung bezogenen Wassermengen, sondern auch die aus Brunnen gewonnenen Mengen zur Berechnung herangezogen.

Welche Ermäßigungen der Abwassergebühr gibt es?

1. Für Eigenheime und Kleingärten kann ein pauschaler Abzug für das zur Bewässerung von Grünflächen verwendete Wasser beantragt werden.
2. Werden mehr als 200 m^3 des bezogenen Wassers nachweislich nicht in den Kanal eingeleitet, kann bis zum Ende des folgenden Kalenderjahres für diese Wassermengen die Rückerstattung der Gebühr beantragt werden.

Bemessung und Entrichtung der Gebühr

Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 6, 6, Grabnergasse 6 (Tel. 57 75 75*, 225). Die Gebührenbescheide werden von der EDV-Anlage ausgedruckt. Die Gebühren sind an die für die Liegenschaft zuständige Stadtkasse zu entrichten. Verfügt der Abgabepflichtige über ein Konto bei einem Geldinstitut, so kann die Gebühr auch im Lastschrifteinzugsverfahren durch Abbuchung von seinem Konto entrichtet werden.

B. SENKGRUBENRÄUMUNG UND SONSTIGE ARBEITSLEISTUNG

Für die Räumung von Senk- und Sickergruben, Hauskläranlagen und Abscheidern aller Art wird eine Gebühr je nach Menge des Aushubs vorgeschrieben.

Für besondere Arbeitsleistungen, wie die Behebung von Verstopfungen, sind Gebühren nach Maßgabe der aufgewendeten Arbeitsstunden und der eingesetzten Geräte zu bezahlen.

Wann entsteht die Gebührenpflicht?

Die Gebührenpflicht entsteht mit der Vornahme der Arbeitsleistung.

Wer ist Gebührenschuldner?

Wird die Räumung bei der MA 30 beantragt, ist der Antragsteller Gebührenschuldner. Muß im öffentlichen Interesse die Arbeitsleistung vorgenommen werden, so ist der Schuldner der Grundsteuer für den Grundbesitz, auf dem die Arbeitsleistung vorgenommen wurde, Gebührenschuldner.

Bemessung und Entrichtung der Gebühr

Die Gebühren werden von der MA 30 vorgeschrieben. Sie sind bei der für die Liegenschaft zuständigen Stadtkasse einzubezahlen.

GETRÄNKE- UND GEFRORENESSTEUER

Die entgeltliche Abgabe von Getränken mit Ausnahme von Milch an den Letztverbraucher (Konsumenten) unterliegt der Getränkesteuer. Die entgeltliche Abgabe von Gefrorenem an Verbraucher im Gebiet der Stadt Wien unterliegt der Gefrorenessteuer.

Wie hoch ist die Getränkesteuer?

Die Getränkesteuer beträgt 10 v. H. des Entgeltes, das dem Verbraucher für das Getränk ausschließlich der Getränkesteuer, der Umsatzsteuer, der Abgabe von alkoholischen Getränken und des Bedienungsgeldes in Rechnung gestellt wird (Kleinhandelspreis).

Wie hoch ist die Gefrorenessteuer?

Die Gefrorenessteuer beträgt 10 v. H. des Entgeltes für das Gefrorene einschließlich üblicher Beigaben (z. B. Waffeln), die nicht gesondert in Rechnung gestellt werden. Ein allfälliges Bedienungsgeld sowie die Umsatzsteuer gehören nicht zur Bemessungsgrundlage der Steuer.

Wer ist steuerpflichtig?

Steuerpflichtig ist, wer steuerpflichtige Getränke oder wer Gefrorenes entgeltlich abgibt.

Bemessung, Abrechnung und Entrichtung der Getränke- und Gefrorenessteuer

Der Steuerpflichtige hat bis zum 10. eines jeden Monats die Getränke und das Gefrorene (einschließlich der Beigaben), für die im Vormonat eine Steuerschuld entstanden ist, im allgemeinen bei der für seinen Betrieb örtlich zuständigen Stadtkasse nach Art, Menge und Kleinhandelspreisen abzurechnen und die Steuer hiefür zu entrichten. Befindet sich jedoch der Betrieb des Abgabepflichtigen außerhalb Wiens, ist die Abgabenerklärung (Abrechnung) bei der MA 6, Abgabenhauptverrechnung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2659), einzubringen und dorthin auch die Steuer zu entrichten.

Unternehmer, die neu in die Steuerpflicht treten, haben ihren Betrieb binnen drei Tagen nach Eröffnung dem Magistrat (der örtlich zuständigen Stadtkasse) anzuzeigen. Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 7, 1, Rathaus, 6. Stiege, 2. Stock, Tür 439 (Tel. 42 8 00*, 2450).

GRUNDBESITZABGABEN

Unter den von der Stadt Wien zur Vorschreibung und Einhebung gelangenden Grundbesitzabgaben versteht man die Grundsteuer und die Müllabfuhrabgabe.

A. GRUNDSTEUER

Die Grundsteuer ist eine Sach- und Realsteuer, der der inländische Grundbesitz unterliegt. Steuerschuldner ist der Eigentümer oder, wenn der Steuergegenstand ein grund-

stücksgleiches Recht ist (z. B. Baurecht), der Berechtigte. Ebenso sind Gebäude auf fremdem Grund und Boden (Superädifikate) selbständige Steuergegenstände und damit grundsteuerpflichtig. Gehört ein Steuergegenstand mehreren, so sind sie Gesamtschuldner, d. h. sie haften gemäß § 891 ABGB zur ungeteilten Hand. Diese Umstände werden vom Finanzamt nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes festgestellt. Für die Grundsteuer haftet auf dem Steuergegenstand ein gesetzliches Pfandrecht.

Wie wird die Grundsteuer festgesetzt?

Maßgebend für die Festsetzung der Grundsteuer ist der Einheitswert, der für den Steuergegenstand nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes von den Behörden der Abgabenverwaltung des Bundes (Lagefinanzamt) festgestellt wurde. Das Finanzamt setzt durch Anwendung einer Steuermeßzahl auf den Einheitswert den Steuermeßbetrag fest. Die Steuermeßzahl beträgt:

1. bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben für die ersten angefangenen oder vollen 50.000 S des Einheitswertes 1,6 v. T., für den Rest des Einheitswertes 2 v. T.;
2. bei Einfamilienhäusern für die ersten angefangenen oder vollen 50.000 S des Einheitswertes 0,5 v. T., für die weiteren angefangenen oder vollen 100.000 S des Einheitswertes 1 v. T. und für den Rest des Einheitswertes 2 v. T.;
3. bei Mietwohn- und gemischtgenutzten Grundstücken für die ersten angefangenen oder vollen 50.000 S des Einheitswertes 1 v. T., für die weiteren angefangenen oder vollen 50.000 S des Einheitswertes 1,5 v. T. und für den Rest des Einheitswertes 2 v. T.;
4. bei den übrigen Grundstücken für die ersten angefangenen oder vollen 50.000 S des Einheitswertes 1 v. T., für den Rest des Einheitswertes 2 v. T.

Der Steuermeßbetrag bildet die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer. Durch Anwendung von Hebesätzen wird der Jahresbetrag der Grundsteuer von der Stadt Wien errechnet und bescheidmäßig vorgeschrieben. In Wien beträgt der Hebesatz für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen 500 v. H. und für das Grundvermögen 420 v. H. Der Grundsteuerbescheid ist ein Dauerbescheid und gilt bis zur Erlassung eines neuen Bescheides weiter.

Wie wirkt sich der Eigentumswechsel auf die Steuerpflicht aus?

Bei Eigentumswechsel (z. B. Verkauf, Schenkung, Erbweg) wirkt der Grundsteuerbescheid auch gegen den Rechtsnachfolger, auf den der Steuergegenstand nach dem Feststellungszeitpunkt übergegangen ist oder übergeht. Die Steuerpflicht geht erst mit dem der Änderung folgenden Kalenderjahr auf ihn über. Für das laufende Kalenderjahr bleibt daher der bisherige Eigentümer unbeschadet entgegenstehender privatrechtlicher Vereinbarungen steuerpflichtig. Der Eigentumswechsel ist grundsätzlich beim Finanzamt und nicht beim Magistrat der Stadt Wien zu melden.

Wann wird die Grundsteuer fällig?

Die Grundsteuer wird am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu je einem Viertel ihres Jahresbetrages fällig. Liegt der Jahresbetrag unter 400 S, so ist die Abgabe bis 15. Mai zu entrichten. Nachzahlungen für vorangegangene Fälligkeitszeitpunkte sind innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides zu leisten.

Wie kann die Steuerpflicht oder die Höhe der Bewertung angefochten werden?

Im Hinblick darauf, daß die Bewertung durch die Abgabenbehörden des Bundes (Finanzämter) erfolgt, sind Einwendungen, die sich gegen die Steuerpflicht oder die Höhe des Einheitswertes und Steuermeßbetrages richten, nicht erst gegen den von der Stadt Wien erlassenen Grundsteuerbescheid, sondern schon gegen den Einheitswert- und Grundsteuermeßbescheid des Finanzamtes zu richten. Der Grundsteuerbescheid kann hingegen mit einer solchen Begründung nicht angefochten werden.

Wie kann eine zeitliche Grundsteuerbefreiung erlangt werden?

In Wien werden für folgende Baulichkeiten, die unter bestimmten Voraussetzungen errichtet wurden, zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer gewährt:

1. wiederhergestellte Wohnhäuser, die durch Kriegseinwirkung zerstört oder beschädigt waren;
2. Wohnhäuser, die an Stelle des Wiederaufbaues eines durch Kriegseinwirkung zerstörten oder beschädigten Wohnhauses an einem anderen Ort errichtet worden sind, und für die eine Hilfe aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gewährt worden ist;
3. Klein- und Mittelwohnungen, die durch Neu-, Zu-, Um-, Auf- und Einbauten neu geschaffen wurden;
4. Klein- und Mittelwohnungen, die durch Umbau von Baulichkeiten errichtet worden sind, deren Erhaltung auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen zur Wahrung des Stadtbildes in Altstadtkernen oder auf Grund des Denkmalschutzgesetzes vorgeschrieben ist;
5. Baulichkeiten, deren Errichtung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 gefördert worden ist;
6. Baulichkeiten, deren Errichtung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gefördert worden ist;
7. Heime für Ledige, Schüler, Studenten, Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer sowie für betagte Menschen, wenn die Heime durch Neu-, Zu-, Um-, Auf- und Einbauten errichtet wurden.

Die Befreiung dauert bei rechtzeitigem Ansuchen 20 Jahre, gerechnet vom Beginn des Kalenderjahres an, das der Bauvollendung folgt. Das Ansuchen ist in der MA 4, Ref. 5, 1, Ebendorferstraße 1, 2. Stock, Tür 303, einzubringen; dem Ansuchen sind die Baubewilligung samt Plänen, die Benützungsbewilligung und die Bezeichnung der Räume, für die die Befreiung beantragt wird, unter Anführung der topografischen Nummern und Angabe der Nutzfläche beizuschließen.

Die MA 4, Ref. 5, setzt das Ausmaß der Befreiung in einem Hundertsatz fest und berücksichtigt diesen Hundertsatz bei der Bemessung der Grundsteuer.

Bemessung und Entrichtung der Grundsteuer

Die Grundsteuerbescheide werden von der EDV-Anlage ausgedruckt. Die für die Liegenschaft zuständige Stadtkasse hält den gespeicherten Datenbestand auf dem aktuellen Stand. Adreßänderungen, Änderungen des Zustellungsbevollmächtigten, Namensänderung durch Eheschließung usw. sind daher der für die Liegenschaft zuständigen Stadtkasse bekanntzugeben. Anfragen in rechtlicher Hinsicht sind an die MA 4, Ref. 5, 1, Rathaus, 8. Stiege, 2. Stock, Tür 430–433 (Tel. 42 8 00*, 2443), zu richten.

Die Grundsteuer ist zu den Fälligkeitsterminen an die zuständige Stadtkasse bargeldlos zu überweisen. Zur Erleichterung der bargeldlosen Überweisung werden vierteljährlich elektronisch erstellte Lastschriftanzeigen mit einem Zahlschein als Allonge übermittelt. Ferner kann die Entrichtung der Grundbesitzabgaben mittels Bankeinzuges erfolgen.

B. MÜLLABFUHRABGABE

Die Abgabe wird für die Bereitstellung der Einrichtungen der öffentlichen Müllabfuhr bzw. deren Benützung eingehoben. Die Abgabepflicht besteht ohne Rücksicht darauf, ob die öffentliche Müllabfuhr tatsächlich benützt wird oder nicht. Abgabeschuldner ist der Eigentümer der Liegenschaft.

Wie erfolgt die Abfuhr des Mülls?

Die Stadt Wien stellt derzeit zur Aufnahme des anfallenden Mülls folgende Arten von Sammelgefäßen bei:

Kleingefäße mit 35 l Inhalt, Kunststoffgefäße mit 50 l Inhalt, Normalgefäße mit 110 l Inhalt und Großgefäße mit 220 l, 770 l und 1.100 l Inhalt. Die Art und Zahl der Sammelgefäße wird jeweils nach den sanitären und betriebsmäßigen Erfordernissen bescheidmäßig festgesetzt. Ein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Art von Sammelgefäßen besteht nicht. Der Inhalt der Sammelgefäße wird in der Regel jährlich 52mal eingesammelt. Eine Ausnahme bilden z. B. die in Kleingartenanlagen gelegenen Kleingartenflächen (Lose), die im Sinne des Wiener Kleingartengesetzes benützt werden. Für diese kann beantragt werden, der Jahresvorschreibung eine 30malige Einsammlung zugrundezulegen.

Wie wird die Höhe der Abgabe errechnet?

Die als Jahresabgabe zu erhebende Abgabe ist durch Multiplikation der Zahl der für die Liegenschaft festgesetzten Sammelgefäße mit der Zahl der jährlichen Einsammlungen und mit dem Grundbetrag zu errechnen. Der Grundbetrag ist derzeit für Kleingefäße mit 35 l und 50 l Inhalt mit 8 S, für Normalgefäße mit 110 l Inhalt mit 14 S, für Großgefäße mit 220 l Inhalt mit 28 S, für Großgefäße mit 770 l Inhalt mit 98 S und für Großgefäße mit 1.100 l Inhalt mit 140 S festgesetzt. Die jährliche Abgabe wird durch schriftlichen Bescheid festgelegt und wirkt auch gegen alle späteren Liegenschaftseigentümer. Die Müllabfuhrabgabe wird wie die Grundsteuer zu je einem Viertel am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November ihres Jahresbetrages fällig. In der Abgabe ist die Umsatzsteuer in Höhe von 8% bereits enthalten.

Die Vorgangsweise bei Änderung der Zahl der Sammelgefäße siehe „Der Amtsschimmel hilft!", Abschnitt Straßenreinigung, Müll-(Hauskehricht-)Abfuhr und Fuhrpark.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Die Feststellungs- und Abgabenbescheide werden von der EDV-Anlage ausgedruckt. Die für die Liegenschaft zuständige Stadtkasse hält den gespeicherten Datenbestand auf dem aktuellen Stand. Adreßänderungen, Änderungen des Zustellungsbevollmächtigten, Namensänderung durch Eheschließung usw. sind daher der für die Liegenschaft zuständigen Stadtkasse bekanntzugeben. Anfragen in rechtlicher Hinsicht sind an die MA 4, Ref. 5, 1, Rathaus, 8. Stiege, 2. Stock, Tür 430–433 (Tel. 42 8 00*, 2443), zu richten.

Die Müllabfuhrabgabe ist zu den Fälligkeitsterminen an die örtlich zuständige Stadtkasse zu entrichten.

HUNDEABGABE

Für das Halten von Hunden im Gebiet der Stadt Wien wird eine Abgabe eingehoben.

Ab wann ist für das Halten eines Hundes die Hundeabgabe zu entrichten?

Die Abgabepflicht entsteht, sobald der Hund das Alter von drei Monaten erreicht bzw. sobald er in das Gebiet der Stadt Wien gebracht wird.

Wann und wo hat die Anmeldung des Hundes zu erfolgen?

Die Anmeldung hat innerhalb von 14 Tagen nach Eintreten der Abgabepflicht bei der Stadtkasse jenes Bezirkes, in dem der Hund gehalten wird, zu erfolgen.

Wie hoch ist die Abgabe und welche Begünstigungen sind vorgesehen?

Die Höhe der Abgabe richtet sich nach der Anzahl der im selben Haushalt oder Betrieb gehaltenen Hunde. Wird im selben Haushalt oder Betrieb nur ein Hund gehalten, so beträgt die Abgabe für diesen Hund pro Kalenderjahr 400 S. Werden im selben Haushalt oder Betrieb mehrere Hunde gehalten, so beträgt die Abgabe für den zweiten und jeden weiteren Hund pro Kalenderjahr 600 S. Blinde und Invalide, die den Hund infolge ihres Gebrechens unbedingt benötigen, sind von der Hundeabgabe befreit; allerdings erstreckt sich diese Befreiung nur auf einen Hund. Für je einen Wachhund in einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb wird eine um 200 S ermäßigte Hundemarke ausgegeben. Bei der Berechnung der Abgabenhöhe werden solche Hunde nicht mitgezählt, für die eine Befreiung in Anspruch genommen wird, wohl aber solche, für die der Abgabepflichtige eine Ermäßigung erwirkt. Bei einem Wechsel des Hundehalters während des Abgabejahres entsteht für den Nachfolger die Abgabepflicht neu, er ist jedoch berechtigt, eine von seinem Vorgänger an die Stadt Wien bereits geleistete Abgabe mit höchstens dem Betrag, den er selbst zu leisten hätte, in Anrechnung zu bringen. Wenn ein Hund nachweislich verendet oder getötet wird, so kann der Halter an Stelle dieses Hundes einen anderen Hund halten, ohne daß für diesen im selben Kalenderjahr noch einmal die Abgabe zu leisten ist. Keinen Ermäßigungs- oder Befreiungsgrund bildet es, wenn der Hund nicht das ganze Jahr gehalten wurde. Weist der Abgabepflichtige nach, daß ein Hund zum überwiegenden Teil des Abgabenjahres außerhalb des Gebietes der Stadt Wien gehalten und für diesen Hund an eine andere österreichische Gemeinde eine Hundeabgabe entrichtet wurde, so ist über Antrag die an die Stadt Wien entrichtete Hundeabgabe zu erstatten. Dieser Antrag ist bis spätestens 31. Jänner des nächstfolgenden Kalenderjahres einzubringen.

Wann und wo ist ein Befreiungs- oder Ermäßigungsgrund geltend zu machen?

Innerhalb der Anmeldungsfrist bei der zuständigen Stadtkasse.

Wie ist die Abgabe zu entrichten und wie kommt der Hundehalter in den Besitz der Marke?

Die Abgabe ist an die nach dem Wohnort zuständige Stadtkasse bargeldlos zu entrichten. Zu diesem Zweck wird dem Hundehalter bei der Anmeldung des Hundes ein Zahlschein ausgefolgt. Ebenso wird jährlich immer im Dezember für das folgende Jahr ein elektronisch erstellter, vollcodierter Zahlschein zugeschickt. Nach Einlangen der Zahlung erhält der Hundehalter die Hundemarke per Post übermittelt.

Wann ist die Abgabe zu entrichten?

Die Hundeabgabe ist spätestens bis Ende April des laufenden Jahres zu entrichten.

Welche Pflichten hat der Hundehalter nach dem Hundeabgabegesetz?

Neben der Pflicht zur An- bzw. Abmeldung des Hundes hat der Hundehalter dafür Sorge zu tragen, daß der Hund außerhalb des Hauses die Marke sichtbar trägt.

LOHNSUMMENSTEUER

Jeder Gewerbetreibende hat für seine in Wien beschäftigten Arbeitnehmer die Lohnsummensteuer in der Höhe von 2% der in einem Monat bezahlten Lohnsumme (Löhne und Gehälter) zu entrichten. Abgabepflichtiger Gewerbetreibender ist jeder, der vom Finanzamt zur Gewerbesteuer veranlagt wird.

Was versteht man unter Lohnsumme?

Die Lohnsumme ist die Summe der Vergütungen, die der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer in einer Betriebsstätte gezahlt hat. Als solche Vergütungen gelten grundsätzlich alle Arbeitslöhne, soweit sie nicht von der Lohnsteuer befreit sind (z. B. sonstige Bezüge bis 8.500 S pro Kalenderjahr sowie bestimmte Zulagen und Zuschläge – dazu gehören Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen, in Überstundenentlohnungen enthaltene Zuschläge für Mehrarbeit und Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit –, soweit sie den Freibetrag von 5.070 S monatlich oder 1.170 S wöchentlich bzw. 195 S täglich nicht übersteigen). Es gehören daher alle Bruttoentgelte oder Sachleistungen im Ausmaß, in dem sie Arbeitslohn darstellen, zur Lohnsumme.

Was gehört nicht zur Lohnsumme?

Lehrlingsentschädigungen zählen nicht zur Lohnsumme. Ebenso gehören Bezüge von Arbeitnehmern, die als begünstigte Personen nach den Bestimmungen des Invalideneinstellungsgesetzes beschäftigt werden, nicht zur Lohnsumme. Auch Entschädigungen als Ersatz für entgangene oder entgehende Einnahmen oder Kurzarbeiterunterstützungen gelten nicht als Lohnsumme.

Muß für jede Lohnsumme Lohnsummensteuer entrichtet werden?

Übersteigt die Lohnsumme des gesamten Betriebes im Kalendermonat nicht 15.000 S, so bleiben 10.000 S steuerfrei.

Wann ist die Lohnsummensteuer zu entrichten und zu erklären?

Die Lohnsummensteuer für einen Kalendermonat ist bis zum 15. des darauffolgenden Monats zu entrichten. Überdies muß für jedes abgelaufene Kalenderjahr bis Ende Februar des darauffolgenden Kalenderjahres eine Erklärung über die Berechnungsgrundlage abgegeben werden. Diese Erklärung ist nach Kalendermonaten aufzugliedern.

Bemessung und Entrichtung der Abgabe

Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 4, 1, Ebendorferstraße 1, 2. Stock (Tel. 42 8 00*, 2296, 2434, 2438, 2472, 2473, 2484). Die Lohnsummensteuer ist bei der Stadtkasse des Bezirkes, in dem sich das Unternehmen befindet, zu entrichten. Dort ist auch die Lohnsummensteuererklärung abzugeben.

OPFERFÜRSORGEABGABE

Der Besuch von Filmvorführungen gegen Entgelt unterliegt der Opferfürsorgeabgabe.

Wie hoch ist die Abgabe und wie ist die Fälligkeit geregelt?

Die Opferfürsorgeabgabe beträgt, sofern der Preis für die Eintrittskarte zu einer Filmvorführung abzüglich der Umsatzsteuer und der Opferfürsorgeabgabe 10 S nicht übersteigt, 10 g, sonst 20 g. Sie ist gleichzeitig mit der Vergnügungssteuer, jedoch gesondert, beim Magistrat abzurechnen und zu entrichten (siehe unter „Vergnügungssteuer").

Wer ist abgabepflichtig?

Abgabepflichtig sind die Unternehmer der Filmvorführungen. Sie sind berechtigt, die Opferfürsorgeabgabe auf die Besucher der Filmvorführungen zu überwälzen. Die Abgabepflicht entsteht mit der Veräußerung der Eintrittskarte.

ORTSTAXE

Wer im Gebiet der Stadt Wien in einem Beherbergungsbetrieb gegen Entgelt Aufenthalt nimmt, hat die Ortstaxe zu entrichten. Zum Entgelt zählt nicht die Umsatzsteuer. Zum Entgelt zählen weiters nicht das Bedienungsgeld, ein allfälliger Heizzuschlag und das Entgelt für Frühstück, wenn diese in den vom Magistrat vidierten Zimmerpreistabellen gesondert ausgewiesen werden, jedoch nur bis zum ortsüblichen Ausmaß.

Wer ist von der Entrichtung der Ortstaxe befreit?

Minderjährige, die sich in Wien zum Schulbesuch oder zur Berufsausbildung oder in Jugendherbergen aufhalten, Studierende an Wiener Hoch- und Fachschulen sowie Personen, die für eine Beherbergung je Tag kein höheres Entgelt als 20 S zu entrichten haben. Ferner werden über Ansuchen diejenigen Personen, die im selben Beherbergungsbetrieb mehr als drei Monate ununterbrochen Aufenthalt nehmen und je Tag kein höheres Entgelt als 29 S zu leisten haben, von der Ortstaxe befreit. Die Befreiung wird frühestens ab dem vierten Aufenthaltsmonat, bei später einlangenden Ansuchen jedoch erst ab dem Einlangen des Ansuchens beim Magistrat wirksam.

Wie hoch ist die Ortstaxe?

Die Ortstaxe beträgt je Person und Beherbergung für höchstens 24 Stunden bei einem Beherbergungsentgelt

bis zu	50 S			2 S
über	50 S	bis zu	100 S	3 S
über	100 S	bis zu	150 S	4 S
über	150 S	bis zu	300 S	6 S
über	300 S	bis zu	400 S	8 S
über	400 S	bis zu	500 S	9 S
über	500 S	bis zu	600 S	10 S
über	600 S	bis zu	700 S	12 S
über	700 S	bis zu	800 S	13 S
über	800 S	bis zu	900 S	14 S
über	900 S	bis zu	1.000 S	15 S
über	1.000 S			18 S.

Wie, bis zu welchem Termin und an wen wird die Ortstaxe abgeführt?

Die Inhaber der Beherbergungsbetriebe haben die Ortstaxe von den Beherbergten einzuheben und dem Magistrat bis zum 14. des der Beherbergung nächstfolgenden Monats eine Abgabenerklärung einzureichen und die Abgabe zu entrichten. Die Erklärung sowie die Zahlung sind an die Abgabenhauptverrechnung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2633), zu richten. Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 1, 1, Rathaus. 4. Stiege, 2. Stock, Tür 451 (Tel. 42 8 00*, 2418).

PARKOMETERABGABE

Die Parkometerabgabe hat den Zweck, die Nachfrage nach den knappen Parkplätzen durch ein geringes Entgelt zu steuern.

Wann ist die Parkometerabgabe zu entrichten?

Wird ein mehrspuriges Fahrzeug in einer Kurzparkzone abgestellt, ist Parkometerabgabe zu bezahlen. Die Kurzparkzone ist zusätzlich durch ein Hinweisschild „Abstellen von mehrspurigen Fahrzeugen nur gegen Entgelt" gekennzeichnet. Der Begriff „Abstellen" umfaßt sowohl das Halten als auch das Parken.

Wie hoch ist die Parkometerabgabe?

Die Abgabe beträgt für eine Parkzeit von einer halben Stunde 2 S, für eine Parkzeit von einer Stunde 4 S und für eine Parkzeit von 1½ Stunden 6 S.

Wie wird die Parkometerabgabe entrichtet?

Zu Beginn des Abstellens des Fahrzeuges ist ein Parkschein zu entwerten. Die Parkscheine für halbstündiges, einstündiges und eineinhalbstündiges Parken sind bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, Trafiken, Tankstellen und den Vorverkaufsstellen der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe erhältlich.

Wie wird der Parkschein richtig entwertet?

Die Entwertung des Parkscheines hat durch deutlich sichtbares und haltbares Ankreuzen des Beginnes der Abstellzeit zu erfolgen, wobei angefangene Viertelstunden unberücksichtigt gelassen werden können. Bei Verwendung mehrerer Parkscheine sind auf jedem Parkschein übereinstimmend die gleichen, der Ankunftszeit entsprechenden Daten anzukreuzen.

Wo ist der Parkschein anzubringen?

Der Parkschein ist bei mehrspurigen Kraftfahrzeugen mit Windschutzscheibe hinter dieser und durch diese gut erkennbar, bei anderen mehrspurigen Fahrzeugen an einer sonst geeigneten Stelle gut wahrnehmbar anzubringen.

Wer ist von der Parkometerabgabe befreit?

Die Abgabe ist nicht zu entrichten für

1. Fahrzeuge, die für den Bund, eine andere Gebietskörperschaft oder die Österreichischen Bundesbahnen zugelassen sind, ausgenommen Personenkraftwagen;
2. Einsatzfahrzeuge;
3. Fahrzeuge, die von Ärzten bei einer Fahrt zur Leistung ärztlicher Hilfe von ihnen selbst gelenkt werden und die beim Abstellen mit einer Tafel „Arzt im Dienst" gekennzeichnet sind;
4. Taxis, die zum Zweck der Kundenaufnahme oder der Abfertigung anhalten;
5. Fahrzeuge, die von körperbehinderten Personen benützt werden, die gemäß § 2 Abs. 2 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes von der Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer befreit sind, sowie Fahrzeuge, mit denen Inhaber eines Ausweises gemäß § 29 Abs. 4 der Straßenverkehrsordnung 1960 befördert bzw. vom Inhaber eines solchen Ausweises gelenkt werden.

Wer ist in Angelegenheiten der Parkometerabgabe zuständig?

Die MA 4, Ref. 5, 1, Rathaus, 8. Stiege, 2. Stock, Tür 430–433 (Tel. 42 8 00*, 2443), erteilt Auskünfte über die Parkometerabgabe, stellt Bescheinigungen über die Befreiung aus und führt bei Nichteinhaltung der Bestimmungen des Parkometergesetzes Strafverfahren durch.

SPORTGROSCHEN

Bei den im Gebiet der Stadt Wien gegen Entgelt zugänglichen Sportveranstaltungen wird der Sportgroschen eingehoben.

Wie hoch ist die Abgabe und wie ist die Fälligkeit geregelt?

Der Sportgroschen beträgt 10 v. H. des Entgeltes für die Teilnahme an der Veranstaltung ausschließlich der Umsatzsteuer. Er ist gleichzeitig mit der Vergnügungssteuer, jedoch gesondert, beim Magistrat abzurechnen und zu entrichten (siehe unter „Vergnügungssteuer").

Wer ist abgabepflichtig?

Abgabepflichtig ist der Veranstalter.

VERGNÜGUNGSSTEUER

Filmvorführungen, großflächige Projektionen durch Fernsehempfangsanlagen, Erwerbszwecken dienende Vorführungen von Licht- und Schattenbildern, Theatervorstellungen und Tanzvorführungen, Konzerte und sonstige musikalische Darbietungen, Ausstellungen, Zirkusvorstellungen, Tanzbelustigungen, Varieté- und Kabarettveranstaltungen, bunte Abende, Modeschauen, Stripteasevorführungen, Shows und Kunstlaufvorführungen auf Eis- oder Rollbahnen, Kartenspiele, Puppenspiele, sportliche Veranstaltungen, Tombolen, pratermäßige Volksbelustigungen, Spielautomaten, Musikautomaten an öffentlichen Orten, in Gast- und Schankwirtschaften unterliegen der Vergnügungssteuer. Diese Aufzählung ist nur beispielsweise zu verstehen und schließt nicht aus, daß andere Veranstaltungsarten ebenfalls der Vergnügungssteuer unterliegen können. Für die Steuerpflicht des Veranstalters ist es unerheblich, ob für die Teilnahme an den Veranstaltungen ein Entgelt verlangt wird oder nicht.

Wo und wann sind die Veranstaltungen anzumelden?

Der Unternehmer hat die Veranstaltung spätestens drei Werktage vor der Veranstaltung, und zwar für Einzelveranstaltungen (mit Ausnahme von Sportveranstaltungen und Veranstaltungen in Kinos, Theatern, Konzerthäusern und Praterbetrieben) bei der MA 4, Ref. 7, Außenstelle, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2449, 2455), anzumelden. Täglich oder sonst regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen sowie Einzelveranstaltungen im Rahmen der Dauerveranstaltungen und Sportveranstaltungen, Kinos, Theater, Konzertdirektionen und Praterbetriebe sind bei der MA 4, Ref. 7, 1, Rathaus, 6. Stiege, 2. Stock, Tür

Nr. 439–441, anzumelden. Für das Halten von Spiel-, Unterhaltungs- und Musikautomaten hat die Anmeldung spätestens innerhalb einer Woche nach der Aufstellung bei der MA 4, Ref. 7, 1, Rathaus, 6. Stiege, 2. Stock, Tür 439, zu erfolgen. Wird die Befreiung von der Steuer aus einem der im Gesetz genannten Gründe angestrebt, ist die Veranstaltung fünf Tage vor dem Veranstaltungstag anzumelden.

Wie hoch ist die Vergnügungssteuer?

Art und Höhe der Steuer richtet sich nach der Art der Veranstaltung. Anläßlich der Anmeldung ist eine Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuer zu leisten.

Wer ist steuerpflichtig?

Steuerpflichtig ist der Unternehmer der Veranstaltung. Unternehmer der Veranstaltung ist jeder, in dessen Namen oder auf dessen Rechnung die Veranstaltung durchgeführt wird.

Abrechnung der Vergnügungssteuer

Der Unternehmer hat die Abrechnung bei einmaligen Veranstaltungen binnen zwei Wochen nach der Veranstaltung unter Anschluß der nicht verwendeten Karten, bei täglich oder sonst regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen längstens am 10. des Folgemonats für den unmittelbar vorangehenden Kalendermonat dem Magistrat vorzulegen.

Bemessung und Entrichtung der Vergnügungssteuer

Bemessungsstelle ist die jeweilige Anmeldestelle. Einreichungsstelle für die Steuererklärungen ist für Dauerveranstaltungen die MA 6 – Abgabenhauptverrechnung, für alle anderen Veranstaltungen die jeweilige Anmeldestelle. Abrechnungen für Besucher- und Zählkarten sind gleichfalls bei der Abgabenhauptverrechnung einzubringen. Die Vergnügungssteuer ist an die Abgabenhauptverrechnung, 1, Volksgartenstraße 3 (Tel. 42 8 00*, 2632, 2646, 2656), zu entrichten.

WASSERGEBÜHREN

Für die Abgabe von Wasser aus städtischen Wasserversorgungsanlagen und für die Beistellung und laufende Instandhaltung der Wasserzähler sind Wasserbezugsgebühren und Wasserzählergebühren zu entrichten. Abgabepflichtig ist jeder Wasserabnehmer, der über eine selbständige Abzweigleitung Wasser aus der städtischen Wasserleitung entnimmt. Es sind dies:

1. der Hauseigentümer für die über den Wasserzähler seines Hauses bezogene Wassermenge;
2. der Bauherr für Bauzwecke;
3. der Nutzungsberechtigte von unbebauten Grundstücken;
4. der Betriebsinhaber;
5. der sonstige Wasserverbraucher.

Mehrere Miteigentümer haften zur ungeteilten Hand. Wasserverbraucher, die im Vergleich zu den übrigen an denselben Wasserzähler angeschlossenen Wasserverbrauchern übermäßig große Wassermengen beziehen, können zur Anmeldung eines eigenen Wasserzählers verhalten werden.

Höhe der Gebühren

Die Höhe der Wasserbezugsgebühr richtet sich nach der Menge des Wasserverbrauches.

Für jeden Kubikmeter abgegebenen Wassers ist eine Wasserbezugsgebühr von 6,60 S zu entrichten.

Die Höhe der Wasserzählergebühr richtet sich nach der Anschlußgröße des Wasserzählers (lichter Durchmesser des Anschlußrohres) und beträgt zwischen 240 S und 2.880 S jährlich. In den Wassergebühren ist die Umsatzsteuer in Höhe von 8% bereits enthalten.

Wann werden die Wasserbezugsgebühren und die Wasserzählergebühren fällig?

Die Wasserbezugsgebühr wird nach erfolgter Ablesung des Wasserzählers jährlich ermittelt und bescheidmäßig vorgeschrieben. Der Bescheid enthält die Angaben über den Wasserverbrauch und die für den Verbrauchszeitraum vorgeschriebenen Teilzahlungen. Die in der jährlichen Abrechnung eventuell ausgewiesene Nachzahlung ist bis zum 15. des der Zustellung des Wassergebührenbescheides folgenden Monats zu entrichten. Bis zu dieser Abrechnung sind vierteljährliche Teilzahlungen zum 15. Jänner, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober zu leisten. Die Wasserzählergebühr ist eine Jahresgebühr, die zu je einem Viertel des Jahresbetrages zugleich mit der vorgeschriebenen Wasserbezugsgebühr fällig wird.

Bemessung und Entrichtung der Gebühren

Bemessungsstelle ist die MA 4, Ref. 6, 6, Grabnergasse 6 (Tel. 57 75 75*, 225). Die Gebühren sind an die zuständige Stadtkasse zu entrichten. Verfügt der Abgabepflichtige über ein Konto bei einem Geldinstitut, so kann die Gebühr auch im Lastschrifteinzugsverfahren durch Abbuchung von seinem Konto entrichtet werden.

Weitere Ausführungen über die Zuleitung und Abgabe von Wasser siehe „Der Amtsschimmel hilft!", Abschnitt Wasserversorgung.

ALLGEMEINES

Wo erhält der Abgabepflichtige Auskunft über die Höhe und Fälligkeit der von ihm zu entrichtenden städtischen Abgaben?

Im allgemeinen erhält der Abgabepflichtige Auskunft über die von ihm zu entrichtenden städtischen Abgaben bei den Stadtkassen bzw. bei der Abgabenhauptverrechnung. Die Zuständigkeit der einzelnen Stadtkassen oder der Abgabenhauptverrechnung ist aus den Bemessungsbescheiden zu ersehen oder richtet sich nach dem Wohnort oder Betriebsort des Abgabepflichtigen sowie bei Grundbesitz nach der Lage desselben. Die Anschriften der einzelnen Stadtkassen bzw. der Abgabenhauptverrechnung siehe Magistrat, MA 6.

Wer erhält Auskunft über den Kontenstand eines Abgabepflichtigen?

Nur die Abgabepflichtigen selbst oder die mit einer rechtsgültigen Vollmacht sich ausweisenden Personen sowie die Verpächter getränkesteuerpflichtiger Betriebe, sofern dies im Pachtvertrag vorgesehen ist, erhalten Auskunft über den Kontenstand.

Wie sind die städtischen Abgaben zu bezahlen?

Zur Vereinfachung der Verwaltung wurde in den Stadtkassen der bargeldlose Zahlungsverkehr eingeführt. Dies wird insbesondere durch Verwendung von einheitlichen Zahlscheinen ermöglicht. Mit den Zahlscheinen kann bei sämtlichen österreichischen Kreditinstituten (Sparkassen, Banken, Landeshypothekenanstalten, Raiffeisenkassen

und Volksbanken) sowie bei allen Postämtern einbezahlt werden. Dadurch bieten sich den Steuerpflichtigen eine Vielzahl von Einzahlungsmöglichkeiten. Die Zahlscheine sind in der Abgabenhauptverrechnung, der Stadthauptkasse und in den Stadtkassen erhältlich und werden bei allen elektronisch verrechneten Abgaben automatisch zugesandt. Für alle jene, die ein Girokonto bei einem Kreditinstitut führen, besteht die Möglichkeit, mittels des Zahlscheines eine Überweisung bargeldlos über das Konto durchzuführen. Bei Überweisungen ist zu beachten, daß Abgaben erst am Tag der Gutschrift auf ein Konto der empfangsberechtigten Kasse als entrichtet gelten. Der Überweisungsauftrag soll daher eine angemessene Zeit vor dem Zahlungstermin erteilt werden, damit die Gutschrift bis zum Fälligkeitstag erfolgen kann und die im Überweisungsverkehr einen Säumniszuschlag ausschließende Nachfrist von zwei Werktagen nicht überschritten wird.

Die dritte Möglichkeit, Abgaben zu entrichten, ist der Bankeinzugsverkehr. Der Abgabepflichtige kann die Grundbesitzabgaben und die Wasserbezugsgebühren über sein Geldinstitut einziehen lassen. Er erlangt dadurch folgende Vorteile:

keine Evidenthaltung der Zahlungstermine,
Abbuchung in genauer Höhe zum Fälligkeitstag,
Wege zum Geldinstitut und Wartezeiten entfallen.

Die einmalige Erteilung eines „Abbuchungsauftrages für Lastschriften" an das Geldinstitut genügt.

Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, die Fälligkeitstermine einzuhalten, um den Anfall von Nebengebühren (Säumniszuschlag, Mahngebühr) zu vermeiden.

Was ist bei der Ausfüllung der Zahlscheine oder Erlagscheine zu beachten?

Um ohne schriftliche Rückfrage von Seite der Abgabenhauptverrechnung oder der Stadtkassen den eingezahlten Betrag der Verrechnung zuführen zu können und um den zahlenden Abgabepflichtigen selbst Ärger und Zeit zu ersparen, ist es notwendig, auf dem Einzahlungsbeleg den Widmungszweck, das ist die Steuerart, Kontonummer und Fälligkeit (Gebührenzeitraum), anzugeben. Weiters sind der Name und die Anschrift des Einzahlers anzuführen. Gelangen vorcodierte Zahlscheine zur Aussendung, so sollen nur diese zur Einzahlung verwendet werden. Die Einzahlung von mehreren Abgaben unterschiedlicher Art mit einem einzigen Einzahlungsbeleg führt zu unerwünschten Fehlbuchungen und ist daher zu vermeiden.

LOHNSTEUER

Wie und wo bekommt man eine Lohnsteuerkarte?

Jeder Arbeitnehmer wird im eigenen Interesse zum Beginn eines neuen Lohnsteuerkartenzeitraumes oder bei Antritt eines neuen Arbeitsplatzes dem Arbeitgeber seine Lohnsteuerkarte übergeben. Er würde sonst erhebliche Nachteile beim Lohnsteuerabzug zu tragen haben. Legt ein Arbeitnehmer seine Lohnsteuerkarte *nicht* vor oder verzögert die Rückgabe, so hat der Arbeitgeber zur Berechnung der Lohnsteuer dem tatsächlichen Arbeitslohn einen Zuschlag von monatlich 2.860 S oder wöchentlich 660 S oder täglich 110 S hinzuzurechnen und dürfen Absetzbeträge nicht angewendet werden.

Die Lohnsteuerkarten werden auf Grund der zur Personenstandsaufnahme abgegebenen Haushaltslisten für alle Arbeitnehmer, die in Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben, für drei Jahre ausgestellt. Alle Arbeitnehmer, die keine Lohnsteuerkarte erhalten haben, und solche, die im Laufe des Jahres ihren ersten Arbeitsplatz antreten, müssen die Ausstellung einer Lohnsteuerkarte beantragen, um steuerliche Nachteile zu vermeiden. Für die Ausstellung sind in Wien die magistratischen Bezirksämter zuständig, und zwar jeweils jenes Bezirksamt, in dessen Amtsbereich der Arbeitnehmer im Zeitpunkt der letzten Personenstandsaufnahme (10. Oktober 1979) seinen Wohnsitz hatte. Wenn ein Arbeitnehmer nach der Personenstandsaufnahme seinen Wohnsitz von einer anderen Gemeinde nach Wien verlegt hat, ist die Lohnsteuerkarte von der Gemeinde auszustellen, in der er im Zeitpunkt der Personenstandsaufnahme gewohnt hat.

Arbeitnehmer, die aus mehreren Dienstverhältnissen Arbeitslohn beziehen, benötigen für jedes Dienstverhältnis eine eigene Lohnsteuerkarte. Auch die Ausstellung dieser weiteren Lohnsteuerkarten ist beim zuständigen magistratischen Bezirksamt zu beantragen, soweit sie nicht bereits auf Grund der Personenstandsaufnahme ausgefertigt wurden.

Der Antrag auf Ausstellung einer Lohnsteuerkarte kann sowohl mündlich als auch schriftlich gestellt werden. Wird er mündlich eingebracht, so ist es zweckmäßig, folgende Personalpapiere mitzubringen: die Meldezettel der Ehegatten, die Heiratsurkunde und gegebenenfalls die Lohnsteuerkarte des Ehegatten.

Welche Ereignisse können eine Änderung der Lohnsteuerkarte bewirken?

Da die Lohnsteuerkarten auf Grund der Haushaltslisten zur Personenstandsaufnahme ausgestellt werden, richten sich die darin enthaltenen Angaben nach den Familienverhältnissen am 10. Oktober des Jahres, in dem die Personenstandsaufnahme stattfand (Stichtag der Personenstandsaufnahme). Änderungen der Familienverhältnisse nach dem 10. Oktober 1979 müssen daher auch in die Lohnsteuerkarte eingetragen sein. Solche Eintragungen sind vom Arbeitnehmer, sofern nur die Änderung seines Familienstandes (Verehelichung, Auflösung des Eheverbandes) ohne Auswirkungen auf den Vermerk von Kindern auf der Lohnsteuerkarte vorzunehmen ist, beim magistratischen Bezirksamt seines Wohnbezirkes, in allen anderen Fällen jedoch beim Wohnsitzfinanzamt zu beantragen.

Als Ereignisfälle für Änderungen auf der Lohnsteuerkarte durch das Finanzamt, die dort vom Arbeitnehmer in seinem Interesse zu beantragen sind, gelten:

1. wenn dem Arbeitnehmer zu seinem Haushalt nach dem Stichtag der Personenstandsaufnahme Kinder hinzukommen, für die ihm oder dem anderen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten Familienbeihilfe auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 oder eine gleichartige ausländische Beihilfe im Sinne des § 4 dieses Gesetzes gewährt wird;
2. wenn die aus der Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit des anderen im gemeinsamen Haushalt lebenden unbeschränkt steuerpflichtigen Ehegatten zukommenden Bezüge oder dessen sonstige Einkünfte über 10.000 S jährlich (zuzüglich des Werbungskostenpauschbetrages von 4.914 S), was für den Anspruch des Alleinverdienerabsetzbetrages bisher hemmend war, nicht mehr bestehen oder in einem darunter liegenden Jahresbetrag zufließen, wodurch die Voraussetzung für den Alleinverdienerabsetzbetrag eintritt und dieser auf der Lohnsteuerkarte zu bescheinigen ist.

Eine Verpflichtung des Arbeitnehmers, beim Finanzamt die Berichtigung der Lohnsteuerkarte zu beantragen, besteht in den Fällen:

1. wenn der Anspruch auf Familienbeihilfe für Kinder wegfällt und damit die Voraussetzung zum Vermerk der Kinder auf der Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers und ebenso des im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten, sofern auch dieser lohnsteuerpflichtige Einkünfte hat und die Kinder auf der Lohnsteuerkarte vermerkt sind;
2. wenn der Alleinverdienerabsetzbetrag eingetragen ist, die Voraussetzungen hiefür aber weggefallen sind, da z. B. dem anderen Ehegatten nunmehr Einkünfte über 10.000 S jährlich (zuzüglich des Werbekostenpauschbetrages von 4.914 S) zufließen oder es ist eingetreten, daß die Ehegatten dauernd getrennt leben bzw. die Ehe getrennt wurde.

Der Arbeitnehmer hat den Antrag auf Berichtigung der Lohnsteuerkarte spätestens einen Monat nach Eintritt des Ereignisses beim Wohnsitzfinanzamt zu stellen.

Beim Wohnsitzfinanzamt kann die Ergänzung der Lohnsteuerkarte durch Eintragung eines Absetzbetrages bzw. von Freibeträgen für folgende Zwecke beantragt werden:

1. Werbungskosten, sofern sie den Jahrespauschbetrag von 4.914 S übersteigen (zu den Werbungskosten gehören hauptsächlich die Beiträge an Berufsverbände, die notwendigen Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, die Ausgaben für Werkzeuge und Berufskleidung). Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit eigenem Kraftfahrzeug werden über Antrag beim Dienstgeber durch diesen in Form eines Pauschbetrages berücksichtigt. Neben diesen Ausgaben gibt es aber noch erhöhte Werbungskosten für Reisende, besondere Werbungskosten für bestimmte Berufsgruppen und Aufwendungen zur Beseitigung von Schäden aus Naturkatastrophen, worüber das zuständige Finanzamt genaue Auskunft gibt;
2. Sonderausgaben (z. B. Renten und dauernde Lasten, Beiträge und Versicherungsprämien zu einer freiwilligen Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung, Lebensversicherung und zu freiwilligen Witwen-, Waisen-Versorgungs- und Sterbekassen, Beiträge zur Schaffung von Wohnraum, Beiträge für die Errichtung von Eigentumswohnungen und Eigenheimen und Darlehensrückzahlungen in Verbindung mit der Schaffung von Wohnraum), sofern diese Aufwendungen das Sonderausgabenpauschale von 3.276 S jährlich übersteigen. Die Gewährung des Absetzbetrages für Sonderausgaben ist an Jahreshöchstbeträge gebunden, die je nach Zweckbindung der Aufwendungen und dem Familienstand unterschiedlich hoch bestimmt sind;
3. außergewöhnliche Belastungen (hiefür kommen hauptsächlich Aufwendungen für mittellose Angehörige, körperlich und geistig behinderte Kinder und Aufwendungen für Spital, Heilbehelfe und Kurbehelfe in Betracht);
4. Freibetrag für Opfer der politischen Verfolgung (der Steuerpflichtige ist Inhaber eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung);
5. Freibetrag für Körperbehinderte (Kriegsbeschädigung, Arbeitsunfall, Behinderung als Folge von Krankheit und als Opfer von Verbrechen).

Für alle Eintragungen von Freibeträgen auf der Lohnsteuerkarte ist unbedingt notwendig, daß der entsprechende Antrag bis spätestens 31. Jänner des Jahres, das dem Jahr folgt, in dem diese Ausgaben entstanden sind, gestellt wird. Der Antrag kann auch schriftlich beim Wohnsitzfinanzamt eingebracht werden. Neben der Lohnsteuerkarte sind auch die erforderlichen Unterlagen beizufügen, worüber die Auskunft des Finanzamtes einzuholen ist.

JAHRESAUSGLEICH

Was muß der Lohnsteuerpflichtige über den Jahresausgleich auf Antrag wissen?

Durch den Jahresausgleich wird die einbehaltene Lohnsteuer, die im Verlauf eines Jahres verschieden hoch sein kann, so berechnet, als ob in allen Lohnzahlungszeiträumen ein gleich hoher Arbeitslohn zugeflossen wäre. Dadurch kann eine Milderung der Progression der Lohnsteuer herbeigeführt werden.

Der Jahresausgleich kann vom Arbeitnehmer beantragt werden, wenn er in einem Kalenderjahr

1. Arbeitslöhne bezogen hat, die in den einzelnen Lohnzahlungszeiträumen nicht gleich hoch waren;
2. neben den laufenden Bezügen sonstige, insbesondere einmalige Bezüge erhalten hat;
3. nicht ständig beschäftigt war;
4. Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte eingetragen hat, ohne daß dies vom Arbeitgeber beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt wurde;
5. Anspruch auf den Alleinverdienerabsetzbetrag gehabt hat, dieser jedoch auf der Lohnsteuerkarte nicht eingetragen ist, oder im Laufe des Jahres rückwirkend gestrichen wurde (z. B. anläßlich der Ausschreibung einer Lohnsteuerkarte für die Ehegattin).

Der Jahresausgleich ist vom Arbeitgeber durchzuführen, wenn der Arbeitnehmer das ganze Jahr über nur bei einem Arbeitgeber beschäftigt war. War der Arbeitnehmer nicht ständig beschäftigt oder stand er in mehreren Arbeitsverhältnissen, dann ist für den Jahresausgleich das Wohnsitzfinanzamt zuständig. Wird der Jahresausgleich wegen des Alleinverdienerabsetzbetrages beantragt, ist hiefür ebenfalls das Wohnsitzfinanzamt zuständig.

Der Antrag auf den Jahresausgleich muß bis spätestens 31. März des folgenden Jahres gestellt werden. Nach diesem Zeitpunkt wird der Jahresausgleich wegen Fristversäumnis nicht mehr vorgenommen.

HAUSSTANDSGRÜNDUNG

Wer hat Anspruch auf den Erstattungsbetrag?

Hausstandsgründung ist ein Sonderfall der außergewöhnlichen Belastung. Steuerpflichtige, die erstmals eine Ehe schließen, haben Anspruch auf einen einmaligen Erstattungsbetrag von 7.500 S (für beide Ehegatten zusammen daher 15.000 S), wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. es muß sich um die erste Ehe handeln;
2. die unbeschränkte Steuerpflicht muß bestehen;
3. ein inländischer Wohnsitz muß vorliegen;
4. der Mittelpunkt der Lebensinteressen muß im Inland liegen.

Der Antrag auf diesen Abgeltungsbetrag ist innerhalb von zwölf Monaten nach der Verehelichung beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt zu stellen.

Hat ein verheirateter Steuerpflichtiger bereits einmal einen Hausstand, gleichgültig ob im Inland oder im Ausland, gegründet, dann kann er nach einer Scheidung seiner Ehe nicht noch einmal Kosten für eine Hausstandsgründung geltend machen.

Wenn sich der Steuerpflichtige erstmals allein eine Wohnung einrichtet, kann ein steuerlicher Absetzbetrag in Anspruch genommen werden. Dem ledigen Steuerpflichtigen kann ein Freibetrag von 2.500 S jährlich durch fünf Jahre oder im ersten Kalenderjahr einmal der fünffache Betrag, also 12.500 S, über Antrag zuerkannt werden. Ein Nachweis der angeschaffenen Gegenstände ist grundsätzlich nicht erforderlich.

FAMILIENBEIHILFE

Wer hat Anspruch auf Familienbeihilfe?

Personen österreichischer Staatsbürgerschaft, Staatenlose und Flüchtlinge diesen gleichgestellt, weiters Ausländer nach einem fünfjährigen ständigen Aufenthalt im Inland, die im Bundesgebiet einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, sowie ausländischen Arbeitnehmern dann, wenn sie im Inland bei einem Dienstgeber beschäftigt sind nach dreimonatiger bewilligter Beschäftigungsdauer, gebührt Familienbeihilfe,

1. für minderjährige Kinder (bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres);
2. für volljährige Kinder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die für einen Beruf ausgebildet oder in einem erlernten Beruf in einer Fachschule fortgebildet werden, wenn ihnen durch den Schulbesuch die Ausübung ihres Berufes nicht möglich ist;
3. für volljährige Kinder, die wegen einer vor Vollendung des 19. Lebensjahres oder während einer späteren Berufsausbildung, jedoch spätestens vor Vollendung des 27. Lebensjahres, eingetretenen körperlichen oder geistigen Behinderung voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich selbst den Unterhalt zu verschaffen und die nicht selbst über ein Gesamtvermögen von mehr als 240.000 S verfügen.

Anspruch auf Familienbeihilfe für ein unter 1. bis 3. genanntes Kind hat eine Person jedoch nur dann, wenn das Kind zu ihrem Haushalt gehört, die Unterhaltskosten von ihr überwiegend getragen werden und das Kind nicht verheiratet ist. Für die Elternteile besteht ein Wahlrecht bezüglich der Familienbeihilfe für haushaltszugehörige Kinder; begehren beide Elternteile die Familienbeihilfe, ist sie dem Elternteil zu gewähren, der das Kind überwiegend pflegt.

Unter denselben Voraussetzungen, nach denen für Kinder Familienbeihilfe gewährt wird, haben Vollwaisen einen selbständigen Beihilfenanspruch.

Wodurch wird der Anspruch auf Familienbeihilfe ausgeschlossen?

Kein Beihilfenanspruch besteht,

1. für Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und selbst Einkünfte in einem monatlich 1.500 S übersteigenden Betrag beziehen, wobei Lehrlingsentschädigungen und steuerfreie Einkünfte nicht einzubeziehen sind. Vom Bruttoeinkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit ist außerdem der Werbungskostenpauschalbetrag von 4.914 S jährlich für die Beurteilung, ob die Grenze der eigenen Einkünfte des Kindes überschritten wird, in Abzug zu bringen;
2. für Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und im elterlichen Betrieb hauptberuflich tätig sind;
3. für Kinder, die verheiratet sind;
4. für Kinder eines ausländischen Arbeitnehmers, wenn dessen Beschäftigung nicht länger als drei Monate dauert und außerdem, wenn gegen die Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer verstoßen wurde;
5. für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die ständig im Ausland sich aufhalten, kann die Familienbeihilfe nach Maßgabe zwischenstaatlicher Abkommen gewährt werden.

Höhe der Familienbeihilfe

Der einer Person zustehende Betrag an Familienbeihilfe bestimmt sich nach der Anzahl der Kinder, für die ihr Familienbeihilfe gewährt wird.

Die Familienbeihilfe beträgt

für ein Kind monatlich	910 S
für zwei Kinder monatlich	1.860 S
für drei Kinder monatlich	2.930 S
für vier Kinder monatlich	3.900 S

für jedes weitere Kind monatlich 1.010 S mehr.

Die Familienbeihilfe einer Vollwaise beträgt monatlich 910 S. Für jedes Kind, das erheblich behindert ist, erhöht sich die Familienbeihilfe monatlich um 1.100 S. Die Familienbeihilfe wird in zwölf gleichhohen Monatsbeträgen zur Auszahlung gebracht.

Wie wird der Anspruch auf Familienbeihilfe geltend gemacht?

Familienbeihilfe wird grundsätzlich nur auf Antrag gewährt. Der Antrag ist beim Finanzamt des Wohnsitzes einzubringen.

Der Anspruch auf Familienbeihilfe wird durch die Familienbeihilfenkarte bescheinigt, die dem Dienstgeber bzw. der bezugsauszahlenden Stelle zu übergeben oder dem Finanzamt zu überlassen ist. Die Dienstgeber und die Bezüge auszahlenden Stellen haben die Familienbeihilfe gemeinsam mit den Bezügen anzuweisen; Anspruchsberechtigte, die die Familienbeihilfenkarte dem Finanzamt zu überlassen haben (Selbständige), erhalten die Familienbeihilfe im Wege der Österreichischen Postsparkassen ausgezahlt oder auf Antrag auf ihrem Abgabenkonto gutgeschrieben. Ein Anspruchsberechtigter kann zugunsten eines anderen Anspruchsberechtigten auf die Familienbeihilfe verzichten, wenn dieser die Familienbeihilfe begehrt; der Verzicht kann widerrufen werden.

Meldepflicht und Rückzahlung

Der Anspruch auf Familienbeihilfe erlischt mit Ablauf des Monats, in dem eine Anspruchsvoraussetzung wegfällt oder ein Ausschließungsgrund eintritt. Personen, denen Familienbeihilfe gewährt oder an Stelle des Anspruchsberechtigten ausgezahlt wird, sind verpflichtet, alle Tatsachen zu melden, welche ein Erlöschen des Anspruches bewirken. Ferner sind Änderungen des Namens und der Anschrift ihrer Person oder der Kinder, für die ihnen Familienbeihilfe gewährt wird, zu melden. Die Meldung hat binnen 14 Tagen beim Finanzamt zu erfolgen. Zu unrecht bezogene Familienbeihilfen sind zurückzuzahlen.

GEBURTENBEIHILFE

Wer hat Anspruch auf Geburtenbeihilfe?

Anspruch auf Geburtenbeihilfe hat eine Mutter für jedes von ihr geborene Kind, wenn sie im Bundesgebiet ihren Wohnsitz hat. Bei Müttern, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, ist der Anspruch dann gegeben, wenn sie sich unmittelbar vor der Geburt des Kindes mindestens drei Jahre ständig im Bundesgebiet aufgehalten haben. Das Kind selbst hat Anspruch auf den ersten Teil der Geburtenbeihilfe, wenn die Mutter die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt hat, jedoch noch vor Antragstellung gestorben ist, und sich das Kind im Inland aufhält.

Anspruch auf den zweiten Teil der Geburtenbeihilfe haben a) die Mutter, b) die Wahlmutter, c) die Pflegemutter, d) eine sonstige Person, bei der sich das Kind ständig in unentgeltlicher Pflege befindet, wenn das Kind im Zeitpunkt der Vollendung des ersten Lebensjahres bei ihr haushaltszugehörig ist, bei sonst gleichen Voraussetzungen wie für den ersten Teil der Geburtenbeihilfe. Den zweiten Teil der Geburtenbeihilfe können Ausländerinnen nur dann erhalten, wenn es sich um die Mutter handelt.

Höhe der Geburtenbeihilfe

Die Geburtenbeihilfe beträgt für jedes lebend- oder totgeborene Kind 2.000 S. Die Geburtenbeihilfe beträgt jedoch 8.000 S für jedes Kind, wenn sich die Mutter während der Schwangerschaft bestimmten ärztlichen Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß unterzogen hat, das Kind die erste Lebenswoche vollendet hat und ärztlich untersucht wurde.

Anspruch auf den zweiten Teil der Geburtenbeihilfe mit nochmals 8.000 S besteht, wenn das Kind das erste Lebensjahr vollendet hat und den ärztlichen Untersuchungen unterzogen wurde, die im Mutter-Kind-Paß bestimmt sind.

Den Mutter-Kind-Paß bekommt jede werdende Mutter kostenlos bei allen Gesundheitsämtern und zum Teil auch bei den Fachambulatorien der Krankenkassen, bei den praktischen Ärzten sowie bei Schwangeren- und Mutterberatungsstellen.

In Wien wird der Mutter-Kind-Paß auch bei der MA 15, Gesundheitsamt, 1, Gonzagagasse 23, 2. Stock, Tür 216, und in jedem Bezirksgesundheitsamt ausgegeben.

Wie wird der Anspruch auf Geburtenbeihilfe geltend gemacht?

Geburtenbeihilfe wird grundsätzlich nur auf Antrag gewährt. Der Antrag ist beim Finanzamt des Wohnsitzes innerhalb von zwei Jahren nach Geburt des Kindes einzubringen. Als Nachweis für die Geburt des Kindes ist die Geburtsurkunde, für die Totgeburt die Sterbeurkunde beizubringen. Die im Mutter-Kind-Paß bestimmten ärztlichen Untersuchungen sind durch ärztliche Bestätigung nachzuweisen. Die aus Anlaß der Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes vorgesehene Erhöhung der Geburtenbeihilfe ist gesondert zu beantragen. Die Geburtenbeihilfe wird in der Regel im Wege der Österreichischen Postsparkasse ausgezahlt. Erhält die anspruchsberechtigte Mutter jedoch Dienstbezüge oder einen Ruhe- und Versorgungsgenuß vom Bund, von einem Bundesland oder von einer Gemeinde mit über 2.000 Einwohnern, ferner von den Österreichischen Bundesbahnen oder der Post- und Telegrafenanstalt, dann erfolgt die Auszahlung von der bezugsliquidierenden Stelle auf Grund eines entsprechenden Bescheides des Finanzamtes. Eine zu Unrecht bezogene Geburtenbeihilfe ist zurückzuzahlen.

STRASSENREINIGUNG, MÜLL-(HAUSKEHRICHT-)ABFUHR UND FUHRPARK

(MA 48)

Wer ist zur Reinigung der Straßen verpflichtet?

Der städtischen Straßenreinigung obliegt die Reinigung der Fahrbahn einschließlich beider Rinnsale, während die Liegenschaftseigentümer bzw. deren Vertreter (Hauswarte) für die Reinigung der Gehsteige zu sorgen haben. Hiebei ist es verboten, den Schmutz von den Gehsteigen in das Rinnsal zu kehren. Der Kehricht ist auf andere, geeignetere Weise zu beseitigen, wie etwa dadurch, daß er in die Hausmüllgefäße eingebracht wird. Das Hinauskehren des Waschwassers auf den Gehsteig beim Reinigen von Hausfluren oder von sonstigen ebenerdigen Räumlichkeiten ist nur dann gestattet, wenn dies auf andere Weise nicht bewerkstelligt werden kann. Hiebei ist auf die Passanten Rücksicht zu nehmen und das Wasser vom Gehsteig unverzüglich wieder abzukehren sowie das Rinnsal zu reinigen (StVO 1960, Kundmachung des Wiener Magistrats vom 3. Juni 1966).

Wer ist zur winterlichen Betreuung der Gehwege und Gehsteige verpflichtet?

Grundsätzlich der anrainende Liegenschaftseigentümer bzw. dessen Vertreter (Hauswart). Diese Verpflichtung gilt jedoch nur bis zu zwei Drittel der Gehsteigbreite, mindestens aber bis 1,5 m, wenn es sich nicht um Haltestellen- oder Kreuzungsbereiche handelt (Verordnungen des Magistrats der Stadt Wien vom 16. November 1962, MA 70-II/195/62, und vom 14. Oktober 1965, MA 70-II/81/65). Der städtischen Straßenreinigung obliegt nur die Betreuung der Übergänge über die Fahrbahn. Die Verpflichtung der Liegenschaftseigentümer zur winterlichen Betreuung der Gehsteige besteht nur im Ortsgebiet in der Zeit von 6 bis 22 Uhr (StVO 1960, § 2 Abs. 1 Z. 15 und § 93 Abs. 1).

Dürfen die Müllgefäße der Straßenreinigung durch Private benützt werden?

Die an bestimmten Stellen in den Straßen aufgestellten Müllgefäße dienen nur den Organen der Straßenreinigung zur Einbringung des von den Fahrbahnen eingesammelten Kehrichts. Eine Benützung dieser Gefäße durch Private ist verboten. Weiters ist auch das Ablagern von Hausmüll in die öffentlichen Abfallsammelkörbe verboten. Hiefür sind die in den Liegenschaften bereitgestellten Sammelgefäße für den Hausmüll zu verwenden (Müllabfuhrgesetz 1965). Es dürfen daher die öffentlichen Sammelkörbe nur für kleinere, im Freien anfallende Abfälle, wie Papier und Speiserückstände, benützt werden. Das Wegwerfen von Papier (Zeitungsblättern, Ankündigungszetteln, Fahrscheinen, Papierabfällen u. dgl.) auf öffentliche Verkehrsflächen und allgemein zugängliche Grundstücke ist verboten. Diejenigen, die dabei betreten werden, haben mit Organstrafmandaten von seiten der Polizei zu rechnen.

Welche Bestimmungen bestehen gegen „wilde" Ablagerungen von Müll und auf welche Weise kann man kleinere und größere Mengen von Sperrmüll und Gerümpel loswerden?

Das Ablagern von Müll, Schutt und sonstigen Abfällen aller Art auf öffentlichen Straßen und Flächen, Gräben, Flußufern sowie auf fremden Privatgrundstücken ist nach der Kundmachung des Magistrats vom 3. Juni 1966 verboten. Gröbere Übertretungen dieser Bestimmungen werden mit Geldstrafen bis zu 2.000 S oder Arrest bis zu zwei Wochen geahndet.

Kleinere Mengen Gerümpel (kein Bauschutt) bis zum

Inhalt eines Autokofferraumes sowie bis zu vier Autoreifen (nicht von Gewerbebetrieben) werden bei folgenden Ablagerungsstätten der MA 48 von Montag bis Freitag von 7 bis 15 Uhr und Samstag von 7 bis 11.30 Uhr (werktags) kostenlos übernommen:

2, Dresdner Straße 119; 2, Stoffellagasse 7a; 10, Sonnleithnergasse 30; 11, Simmeringer Hauptstraße 32; 14, Zehetnergasse 7; 16, Flötzersteig 12 – Müllverbrennungsanlage (Maximallänge 70 cm); 16, Kendlerstraße 37; 19, Grinzinger Straße 151; 19, Krottenbachstraße 6 (Zufahrt Leidesdorfgasse); 21, Fultonstraße 10; 22, Breitenlee, Breitenleer Straße 268.

Größere Mengen werden auf den städtischen Planierungen gegen Gebühr entgegengenommen. Auskünfte über Planierungen: MA 48, 5, Einsiedlergasse 2, Montag bis Freitag von 7 bis 15.30 Uhr, Tel. 55 16 11*, 288 oder 270.

Abholungen ab Haustor bzw. Gehsteig kosten 140 S pro Kubikmeter; für Abholungen vom Dachboden, Keller oder von der Wohnung müssen die Kosten gesondert vereinbart werden. Bestellungen: MA 48, Montag bis Freitag von 6 bis 10 Uhr, Tel. 55 16 11*, 288.

Wo und wie melde ich den Bedarf eines Müllgefäßes an?

Ein Ansuchen um erstmalige Beistellung von Müllgefäßen und Einbeziehung von Liegenschaften in die regelmäßige Müllabfuhr der Stadt Wien kann nur durch den Hauseigentümer oder dessen bevollmächtigten Vertreter (Hausverwalter) schriftlich unter Angabe von Anschrift, Grundbucheinlagezahl und Zahl der Mieteinheiten (Wohnungen, Geschäftslokale, Werkstätten u. a.) des Hauses bei der MA 48, 5, Einsiedlergasse 2, stempelfrei eingebracht werden.

Die leihweise Beistellung der Gefäße und Auf- oder Anhängevorrichtungen sowie deren Aufstellung erfolgt kostenlos durch die Stadt Wien.

Werden jedoch die Richtlinien zur Planung von Aufstellplätzen für Müllgefäße (MA 48/M 1-35/76 vom 26. November 1976) nicht eingehalten, so werden die Kosten für die Auf- oder Anhängevorrichtungen dem Hausbesitzer bzw. der Hausverwaltung in Rechnung gestellt.

Wo, wie und wann beantrage ich eine Veränderung der Zahl der vorhandenen Gefäße?

Wenn die vorhandenen Gefäße nicht ausreichen, kann jederzeit ein schriftliches Ansuchen um Vermehrung der Müllgefäße eingebracht werden.

In begründeten Fällen kann auch ein Antrag auf Verminderung der Zahl der Müllgefäße eingebracht werden; solchen Ansuchen wird allerdings nur dann entsprochen, wenn vom sanitären Standpunkt keine Bedenken dagegen bestehen.

Die beiden vorstehend angeführten Ansuchen können ebenfalls nur vom Hauseigentümer oder dessen bevollmächtigten Vertreter schriftlich eingebracht werden und sind mit einem 70 S-Bundesstempel und einer 15 S-Verwaltungsabgabemarke zu versehen; letztere ist bei den Stadtkassen in den magistratischen Bezirksämtern und bei der Betriebskasse der MA 48 erhältlich.

Die Anzahl der Einsammlungen der Müllgefäße wurde im Müllabfuhrgesetz 1965, LGBl. für Wien Nr. 19, für ganz Wien mit 52 (jede Woche einmal) festgesetzt. Gemäß § 8 Abs. 4 des obzitierten Gesetzes wird für die in Kleingartenanlagen gelegenen Kleingartenflächen (Lose), die im Sinne des Wiener Kleingartengesetzes benützt werden, über Antrag die Zahl der Einsammlungen mit 30mal je Kalenderjahr festgesetzt. Der Antrag bedarf der Bestätigung durch den Kleingartenverein oder dessen Verband auf die Richtigkeit der angegebenen Benützung im Sinne des Wiener Kleingartengesetzes.

Was darf ich *nicht* in die Müllgefäße einleeren:

Erde, Schlamm, Flüssigkeiten, landwirtschaftliche Abfälle, Fäkalien, Stallmist, Kadaver, Benzin- und Ölrückstände, heiße Asche oder Schlacke, weiters Abfälle, welche die zur Abfuhr verwendeten Einrichtungen beschädigen oder die mit der Abfuhr betrauten Organe gefährden können, wie z. B. explosive Gegenstände, ätzende Substanzen, Farb- und Karbidrückstände.

Eine Bitte:
Schont die Müllgefäße!
Haltet die Straßen rein!

Was geschieht mit Altöl und sonstigen Kohlenwasserstoffen?

Altöl, Benzinrückstände, Lösungsmittel sowie Lack- und Farbreste werden von der Firma EBS (vorm. BIA) Entsorgungsbetriebe Simmering Ges. m. b. H. u. CO KG., 11, Alberner Hafenzufahrtsstraße 31, Tel. 76 16 26, übernommen.

Ablieferungsort für solche Abfälle ist deren Betrieb im Ölhafen Lobau, Tel. 77 72 47.

Wer entfernt unbrauchbar gewordene Kraftfahrzeuge (Wracks) von öffentlichen Straßen und Plätzen?

Besitzer von Fahrzeugwracks oder von Fahrzeugen, die unbrauchbar geworden sind, können durch Abtretung ihres Fahrzeuges an die MA 48 aller Sorgen wegen der Abschleppung des Fahrzeuges ledig sein. In jedem Polizeiwachzimmer, auf jedem magistratischen Bezirksamt und bei den Dienststellen der Kraftfahrorganisationen (ARBÖ, ÖAMTC) erhält man eine vorgedruckte Erklärung, die nur auszufüllen und mittels eines der Erklärung beiliegenden Kuverts portofrei der MA 48 einzusenden ist. Wem der Weg zu einer der angeführten Stellen zu weit ist, der kann auch telefonisch bei der MA 48 (Tel. 55 16 11*, 214) einen solchen Vordruck anfordern und erhält diesen dann ehestens zugesandt. Wichtig ist aber, daß die MA 48 nur solche Fahrzeuge abschleppen darf, die ordnungsgemäß bei der Zulassungsbehörde (Polizei) abgemeldet wurden und für die ein Besitznachweis (Typenschein, Einzelgenehmigung) beigeschlossen ist. Wer seinen Typenschein oder die Einzelgenehmigung aus irgendeinem Grund wieder benötigt (z. B. wenn man den Fahrzeugmotor ausbaut, um ihn weiter zu verwenden), kann das Dokument, nach Eintragung eines amtlichen Vermerkes durch die MA 48, wieder erhalten. Die MA 48 wird dann binnen weniger Tage für die Abschleppung des unbrauchbar gewordenen Fahrzeuges Sorge tragen.

Eine weitere Vereinfachung stellt ein im Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien, 9, Türkenstraße 22a, aufgestellter „Wrackbriefkasten" dar. Dort sind alle erforderlichen Unterlagen vorhanden, um in den Genuß der Vorteile der kostenlosen Abschleppaktion zu kommen. Die ausgefüllten Erklärungen können in den „Wrackbriefkasten" eingeworfen werden und werden auf kürzestem Weg in die MA 48 gebracht.

Wer sein Fahrzeug abmeldet und es dann der MA 48 überläßt, muß unbedingt bei jener Versicherungsgesellschaft, bei der er haftpflichtversichert ist, den Versicherungsvertrag kündigen, weil er sonst trotz Abmeldung des Fahrzeuges weiterhin seine Versicherungsprämie zu bezahlen hätte.

STRASSENVERWALTUNG UND STRASSENBELEUCHTUNG

(MA 28, 33, 64)

Gehsteigherstellung

Jeder Eigentümer eines Neu-, Zu- oder Umbaues im Bauland oder einer fundierten Einfriedung an einer Baulinie ist verpflichtet, wenn der Bebauungsplan im Querschnitt der Verkehrsfläche nichts anderes bestimmt, in der vollen Länge des Bauplatzes oder Bauloses nach den Angaben der Behörde einen Gehsteig herzustellen. Bei der Herstellung einer nicht fundierten Einfriedung an der Baulinie ist nach den gleichen Grundsätzen ein Gehsteig in vorläufiger Bauart herzustellen. Unter bestimmten Voraussetzungen hat die Behörde jedoch von der Verpflichtung zur Herstellung eines Gehsteiges abzusehen bzw. über Ansuchen die Herstellung des Gehsteiges zu stunden, wenn nicht öffentliche Interessen die Herstellung eines Gehsteiges verlangen.

Vor Ausführung des Gehsteiges ist um Bekanntgabe der Höhenlage, Breite und Bauart und um die Aussteckung der Höhenlage anzusuchen (70 S-Bundesstempel). Diese Ansuchen sind für die Bezirke 1 bis 9 und 20 an die MA 36, für die übrigen Bezirke an die MA 37, 17, Kalvarienberggasse 33, zu richten.

Gehsteigauf- und -überfahrten zur Einfahrt bzw. Ausfahrt aus einer Liegenschaft dürfen nur mit Bewilligung der Behörde hergestellt werden. Um diese Bewilligung ist bei der MA 28 anzusuchen. Das Ansuchen ist mit 70 S-Bundesstempel und 97 S-Verwaltungsabgabemarken (32 S für die Auffahrt und 65 S für die Überfahrt) zu belegen.

Für die Gehsteigherstellung ist auch eine Aufgrabungsbewilligung erforderlich, um die bei der MA 28 anzusuchen ist. Nach Fertigstellung des Gehsteiges ist um die Feststellung der vorschriftsmäßigen Herstellung bei der MA 28, 17, Lienfeldergasse 96, anzusuchen (70 S-Bundesstempel und 65 S-Verwaltungsabgabemarken), wobei von der Behörde die Haftungszeit festgesetzt wird.

Bei Portalentfernungen ist die freiwerdende Gehsteigfläche mit dem gleichen Belag, den der Gehsteig aufweist, zu versehen, also in den meisten Fällen 2 cm Gußasphalt auf 10 cm Unterlagsbeton.

Übernahme von Gehsteigen in die Erhaltung der Stadt Wien

Wer hat die Gehsteige instandzuhalten, welche Gehsteige sind in der Erhaltung der Stadt Wien, was ist zu tun, um noch nicht übernommene Gehsteige in die Erhaltung der Stadt Wien zu übergeben?

Granitpflaster- und Klinkergehsteige, die vor Ende des Jahres 1929 ordnungsgemäß hergestellt wurden, gelten als generell in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen.

Andere Gehsteige, die noch nicht ausdrücklich in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen wurden, es wäre denn, daß sie schon vor 1883 hergestellt worden sind, stehen in der Erhaltungspflicht des Liegenschaftseigentümers, der für die Instandhaltung zivil- und strafrechtlich verantwortlich ist. Solche noch nicht übernommenen Gehsteige können nach Ablauf der Haftungszeit, im allgemeinen drei Jahre nach dem Bau, nur dann über ausdrückliches schriftliches Ansuchen (70 S-Bundesstempel und 65 S-Verwaltungsabgabemarken) in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen werden, wenn sie sich in gutem, ordnungsgemäßem, den Vorschriften entsprechendem Zustand befinden. Ansuchen sind an die MA 28, 17, Lienfeldergasse 96, zu richten. Auf schriftliches Ansuchen (zweimal 70 S-Bundesstempel, 8 S-Verwaltungsabgabemarken) werden von der MA 28 auch Bestätigungen ausgestellt, ob der Gehsteig in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen wurde. Gehsteigauf- und -überfahrten werden nicht in die Erhaltung der Stadt Wien übernommen.

Aufgrabungen auf öffentlichen Straßen

Unter welchen Bedingungen kann in öffentlichen Straßen oder Plätzen aufgegraben werden?

Jede Aufgrabung in einer öffentlichen Straße oder einem öffentlichen Platz (Gehsteig oder Fahrbahn) bedarf der vorherigen Bewilligung der MA 28, 17, Lienfeldergasse 96, die nur unter bestimmten technischen Bedingungen erteilt werden kann. Es ist daher bei notwendigen Aufgrabungen, wie für Hauskanalanschlüsse, Einwurfschächte, Ölabfüll- und sonstige private Leitungen und Gehsteigherstellung, rechtzeitig bei der MA 28 um die Aufgrabungsbewilligung anzusuchen. Um Neuanschlüsse an das Gas-, Wasser-, Strom- und Fernsprechnetz ist vorher bei den Wiener Stadtwerken bzw. den Wasserwerken oder der Post- und Telegraphenverwaltung anzusuchen.

Für Termine der Wintermonate, das ist vom 1. Dezember bis 1. März, werden Aufgrabungen, außer bei Gebrechen, nicht bewilligt.



Wer behebt Straßen-(Fahrbahn- und Gehsteig-)Schäden?

Für die Behebung von Straßenschäden ist die MA 28, 17, Lienfeldergasse 96, Tel. 46 16 91, zuständig, die jede Mitteilung (schriftlich oder telefonisch) über schadhafte Fahrbahn- oder Gehsteig-Stellen entgegennimmt (Journaldienst). Außerhalb der Dienststunden sind telefonische Mitteilungen an den Permanenzingenieur, Tel. 42 8 00*, 2941, oder 63 66 71*, 398, zu richten.

Was ist zu tun, wenn in irgendeiner Gegend Straßenlampen nicht brennen?

Auf keinen Fall schimpfen und alles auf sich beruhen lassen, sondern den Störungsfall mit genauer Zeit- und Ortsangabe (z. B. seit gestern, dem 23. März, ist die elektrische Straßenlampe vor dem Haus, 16, Friedmanngasse 27, finster) so rasch als möglich melden, entweder:

a) einem Rayonssicherheitswachebeamten mit dem Ersuchen, die Meldung an die zuständige Stelle (Wiener Stadtwerke – Elektrizitätswerke, Betrieb und Erhaltung der öffentlichen Beleuchtung) weiterzugeben,
b) telefonisch unter 33 35 73 an die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke, Abteilung B 5 (Betrieb und Erhaltung der öffentlichen Beleuchtung), oder
c) unter 43 89 89 an die Stadtinformation täglich von 0 bis 24 Uhr.

Je schneller die *richtige* Meldung an die *richtige* Stelle kommt, desto rascher kann die Störung behoben werden.

Was soll man tun, wenn eine öffentliche Uhr falsche Zeit zeigt, stehengeblieben ist oder die Zifferblätter nachts schlecht oder gar nicht beleuchtet sind?

Den Störungsfall mit genauer Zeit- und Ortsangabe (z. B. die öffentliche Uhr auf dem Lichtmast Margaretenplatz steht seit heute früh 8.20 Uhr und ihre Zifferblätter waren gestern abends nicht beleuchtet) auf kürzestem Weg (am besten telefonisch)

a) unter 78 26 29*, 24, an die MA 33, 3, Senngasse 2, Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr oder
b) unter 43 89 89 an die Stadtinformation täglich von 0 bis 24 Uhr

melden.

Je früher die Meldung einlangt, umso schneller kann die Störung behoben werden.

Ist eine kurzfristige Behebung der Störung nicht möglich, so wird dies dadurch kenntlich gemacht, daß die Uhr außer Betrieb genommen und von Hand aus auf 12 Uhr gestellt wird.

VERANSTALTUNGSWESEN

(MA 7)

Wann kommt das Wiener Veranstaltungsgesetz und wann das Wiener Kinogesetz zur Anwendung?

Das Wiener Veranstaltungsgesetz, welches mit Ausnahme des Kino- und Messewesens das gesamte Veranstaltungswesen zusammenfassend neu regelt, gilt für Theateraufführungen jeder Art und für öffentliche Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes traten im Jahr 1971 an Stelle der früheren Vorschriften des Wiener Theatergesetzes, des Wiener Ausstellungsgesetzes und der auf diese Gesetze gestützten Verordnungen. Eine Novellierung erfolgte 1976. Die technischen Bestimmungen wurden im Jahr 1978 durch das Wiener Veranstaltungsstättengesetz neu geregelt, das besondere Vorschriften über die Lage, Beschaffenheit, Einrichtung und Betrieb von Veranstaltungsstätten, wie Volltheater, Saaltheater, Zirkusanlagen, Volksvergnügungsstätten und sonstige Anlagen, enthält.

Das Wiener Veranstaltungsgesetz statuiert ausdrücklich, daß die erwähnten Veranstaltungen immer dann als öffentlich zu gelten haben, wenn sie allgemein zugänglich sind. Nicht allgemein zugängliche Veranstaltungen gelten dann als öffentlich, wenn an ihnen mehr als 20 Personen teilnehmen können; sie sind jedoch nicht öffentlich, wenn es sich um Familienfeiern oder um solche häusliche Veranstaltungen handelt, die in bestimmungsgemäßer Verwendung einer privaten Wohnung stattfinden.

Nach den Bestimmungen des Veranstaltungsgesetzes werden die danach zu beurteilenden Veranstaltungen in drei Gruppen eingeteilt, und zwar

1. in weder anmeldepflichtige noch konzessionspflichtige Veranstaltungen, d. h. in Veranstaltungen, welche abgehalten werden dürfen, ohne daß sie der Behörde zur Kenntnis gebracht werden müssen;
2. in anmeldepflichtige Veranstaltungen, für deren Durchführung keine Bewilligung, sondern lediglich eine rechtswirksame Anmeldung erforderlich ist;
3. in konzessionspflichtige Veranstaltungen, welche nur auf Grund einer vorherigen Bewilligung durchgeführt werden dürfen.

Die unter Punkt 1 und 2 fallenden Veranstaltungen sind im Gesetz taxativ aufgezählt.

Demnach bedürfen *weder einer Anmeldung noch einer Bewilligung:*

1. Veranstaltungen zum Empfang von Hörfunk- und Fernsehübertragungen;
2. der Betrieb von Musikautomaten;
3. Schallplatten- und Tonbandaufführungen;
4. andere musikalische Darbietungen, wenn sie in Gastgewerbebetrieben oder Buschenschenken durchgeführt werden;
5. sportliche Veranstaltungen mit Ausnahme des Betriebes von Sportstätten und der Berufssportveranstaltungen von Boxern, Ringern und ähnlichen Kampfsportlern;
6. Feuerwerke, wenn für die Verwendung der pyrotechnischen Gegenstände eine Bewilligung nach dem Pyrotechnikgesetz 1974 vorliegt.

Die Gruppe der *anmeldepflichtigen Veranstaltungen* umfaßt folgende Veranstaltungen:

1. Vorträge, Vorlesungen und musikalische Darbietungen, insbesondere Konzerte, Akademien, Instrumental- und

Gesangsvorträge, wenn sie nicht nach den vorstehenden Punkten 1 bis 4 ohnedies anmeldefrei sind;

2. theater- und varietéartige Veranstaltungen folgender Art:
   a) Theateraufführungen und Varietévorführungen, wenn die Veranstaltungsstätte einen Fassungsraum von weniger als 50 Personen besitzt und keine ihrer Natur nach wilden Raub- oder Großtiere verwendet werden,
   b) Theateraufführungen und Varietévorführungen ohne Erwerbscharakter durch Dilettanten, ausgenommen Stripteasevorführungen,
   c) fallweise Theateraufführungen und Varietévorführungen ohne Erwerbscharakter als zusätzlicher Teil einer sonst nicht unter das Veranstaltungsgesetz fallenden Veranstaltung,
   d) Marionetten-, Puppen- und Schattenspiele,
   e) Vorführungen von Zauberkunststücken ohne bühnenmäßige Ausstattung,
   f) Tanzvorführungen ohne bühnenmäßige Ausstattung oder szenischen Aufwand, ausgenommen Stripteasevorführungen;
3. Tanzunterhaltungen und Feste:
   a) Bälle, Redouten, Kostümfeste, Kränzchen, Parties und sonstiger Publikumstanz, wenn der Tanz in der Zeit vom 1. Jänner bis zum Sonntag vor Ostern in einer Veranstaltungsstätte durchgeführt wird, die für diese Veranstaltungsart bereits bescheidmäßig für geeignet befunden wurde, oder wenn in der gleichen Veranstaltungsstätte nicht an mehr als an sechs Tagen eines Kalendermonats Publikumstanzveranstaltungen durchgeführt werden,
   b) Wohltätigkeitsfeste unter Ausschluß von konzessionspflichtigen Theateraufführungen, Zirkusvorführungen und Tierschauen,
   c) Umzüge zu Vergnügungszwecken und Eisfeste,
   d) jahreszeitlich bedingte oder im Zusammenhang mit Volksbräuchen stattfindende Feste;
4. Kinderunterhaltungsapparate;
5. pratermäßige Volksvergnügungen;
6. Betrieb von Eislauf- und Tennisplätzen sowie anderen Sportstätten;
7. Ausstellungen, ausgenommen Tierschauen;
8. Modeschauen mit künstlerischem Beiprogramm und alle anderen Modeschauen, die keine gewerblichen Vorführungen sind.

Einer *Konzession* bedürfen alle bisher nicht bezeichneten sonstigen Veranstaltungen, d. h. insbesondere Theater- und Varietéaufführungen, sofern sie nicht bloß der Anmeldepflicht unterliegen, ferner Veranstaltungen, wie Zirkusse, Tierschauen, Publikumstanz und Unterhaltungsspielapparate.

Die für die Anmeldung und Konzessionserteilung zuständige MA 7 nimmt Anmeldungen täglich von 8 bis 13 Uhr in ihrer Anmeldestelle, 1, Volksgartenstraße 1–3, 3. Stock, Tür 446 bzw. 412, entgegen, während Ansuchen um Erteilung einer Konzession in den Amtsräumen, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, 3. Stock, bzw. in der Kanzlei im 2. Stock einzureichen sind.

Nach der gesetzlichen Bestimmung muß die Anmeldung für eine Veranstaltung grundsätzlich spätestens *eine Woche* vor dem Tag der Veranstaltung bei der Behörde einlangen und ist nur in wenigen Ausnahmefällen noch bis zu dem der Veranstaltung vorangehenden Tag möglich.

Vor Erteilung einer Konzession bzw. Ausstellung einer Bescheinigung über eine rechtswirksame Anmeldung für eine dem Veranstaltungsgesetz unterliegende Veranstaltung muß die *Veranstaltungsstätte* in bau- und feuerpolizeilicher sowie betriebstechnischer Hinsicht entweder als geeignet angesehen werden können (falls die Nichteignung noch nicht festgestellt und die Eignungsfeststellung nicht zwingend vorgeschrieben ist, überdies kein Auftrag zur Erwirkung der Eignungsfeststellung erteilt wurde; ferner bei Bundesgebäuden für Theateraufführungen, in denen Private fallweise als Veranstalter auftreten) oder die Eignung bescheidmäßig festgestellt sein.

Zwingend erforderlich ist die Eignungsfeststellung jedenfalls bei konzessionspflichtigen und gewissen anmeldepflichtigen Theateraufführungen und Varietévorführungen, bei Zirkussen, Tierschauen, Feuerwerken, Schießbuden, gewissen pratermäßigen Volksvergnügungen, bei Ausstellungen, Marionetten-, Puppen- und Schattenspielen, Vorführungen von Zauberkunststücken ohne bühnenmäßige Ausstattung und Wohltätigkeitsfesten sowie bei Veranstaltungen, falls die Teilnehmerzahl 100 oder mehr Personen umfaßt, und zwar bei Vorlesungen, Vorträgen, musikalischen Darbietungen, Tanzvorführungen ohne bühnenmäßige Ausstattung und szenischen Aufwand, ferner bei fallweisen und bloß anmeldepflichtigen Tanzunterhaltungen und Publikumstanzunterhaltungen, Eisfesten, beim Betrieb von Sportstätten, bei Sportveranstaltungen und Modeschauen mit künstlerischem Beiprogramm.

Nach dem Wiener Kinogesetz 1955 in der Fassung der letzten Wiener Kinogesetznovelle 1969 ist für die öffentliche Aufführung von Filmen mit mehr als 10 mm Breite eine behördliche Bewilligung (Konzession) erforderlich. Einer behördlichen Bewilligung bedarf auch die öffentliche Aufführung anderer, durch Projektion oder auf ähnliche Weise erzeugter Bilder, die Aufführung von Stehbildern und von Schmalfilmen bis 10 mm Breite jedoch nur, wenn sie im Rahmen eines Erwerbsunternehmens stattfindet. Die Ansuchen sind ebenfalls bei der MA 7, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, einzureichen.

Bemerkt wird noch, daß eine Veranstaltung nach dem Wiener Kinogesetz dann *nicht* öffentlich ist, wenn sie in einem *privaten Haushalt ohne Erwerbsabsicht* stattfindet.

Vor Erteilung der behördlichen Bewilligung zur Aufführung von Filmen, Stehbildern u. dgl. ist die *Betriebsstätte* gleichfalls von der Behörde zu genehmigen.

Die Eignungsfeststellung (Genehmigung) der Veranstaltungs-(Betriebs-)Stätte in bau- und feuerpolizeilicher sowie betriebstechnischer Hinsicht erfolgt durch die MA 35 – Gruppe V (Technische Theater- und Kinopolizei, technische Sicherheitseinrichtungen bei Menschenansammlungen), 17, Kalvarienberggasse 33, 2. Stock. Diesbezüglichen Ansuchen an diese Abteilung sind Skizzen und Pläne im Maßstab 1 : 100 und auch Beschreibungen in drei Gleichschriften anzuschließen.

PAPIER-BÜROBEDARFS-
HANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.
ULRICH
1010 WIEN 1, SEILERSTÄTTE 30
TELEFON 52 39 57
Auslieferungslager-Großhandel
1030 WIEN 3, KOLLERGASSE 1
Telefon 75 31 07 Serie

VETERINÄRWESEN

(MA 60)

Wer ist berechtigt, eine Hausschlachtung bzw. Fleischausschrotung durchzuführen und was ist dabei zu beachten?

Kleintiere, wie Kaninchen, Hühner, Enten, Gänse u. dgl., können ohne weiteres von der Hausfrau oder einer Hilfskraft geschlachtet bzw. gestochen werden (wobei allerdings die Bestimmungen der Verordnung über das Schlachten und Töten von Tieren zum Wiener Tierschutzgesetz zu beachten sind). Anders ist es mit der Schlachtung und Fleischausschrotung größerer Tiere, deren Fleisch nicht nur im Haus verwendet, sondern auch gegen Entgelt abgegeben werden soll. Es ist dies ein Recht des Fleischergewerbes, das durch eine besondere Ausnahmebestimmung der Gewerbeordnung unter bestimmten Voraussetzungen den Landwirten zukommt. Es gilt diese Ausnahme auch für solche Personen, die, ohne berufsmäßig Landwirte zu sein, außerhalb eines eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebes in ihrer Hauswirtschaft Schweine gehalten, dieselben aufgezogen haben. Werden in solchen Fällen die Tiere infolge Notstandes oder auch zum Zweck einer besseren Verwertung des Tieres im Haus geschlachtet, sodann das gewonnene Frischfleisch stückweise im Gehöft gegen Entgelt abgegeben, so kann hiebei von einem unbefugten Gewerbebetrieb nicht die Rede sein. Für alle Hausschlachtungen gilt, daß sie nur vereinzelt, nicht regelmäßig, d. h. nicht gewerbsmäßig, dem Umfang der Landwirtschaft bzw. Tierhaltung in der Hauswirtschaft entsprechend, erfolgen dürfen. Die Verwendung fleischergewerblich ausgebildeter Arbeitskräfte ist, ebenso wie das Schlachten in eigenen Betriebsanlagen oder die Abgabe von Frischfleisch außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes (Gehöftes), verboten, da in diesen Fällen der Tatbestand des unbefugten Gewerbebetriebes gegeben wäre. Wie steht es nun hiebei mit der Beschaupflicht? Dies ist durch den § 13 des Tierseuchengesetzes und den § 1 der Vieh- und Fleischbeschauverordnung geregelt. Danach unterliegt alles Schlachtvieh (Einhufer, Rinder) und in gewerblichen Schlachtlokalitäten auch alles Stechvieh (Schweine, Kälber, Schafe und Ziegen) der Vieh- und Fleischbeschau. Alle Notschlachtungen – sowohl bei Schlacht- als auch bei Stechvieh – unterliegen ausnahmslos der Beschaupflicht. Wird das Fleisch aus einer Hausschlachtung von Stechvieh vom Erzeuger zerteilt und direkt an den unmittelbaren Verbraucher entgeltlich abgegeben (Ausschrotung), dann entfällt die Beschaupflicht. Diese ist aber vorhanden, wenn Fleisch – wenn auch nur teilweise – an gewerbliche Betriebe verkauft werden soll. Im Hinblick auf die gesundheitlichen Gefahren durch den Genuß unbeschauten Fleisches, das von anscheinend gesunden Tieren stammt (z. B. Finnenbefall), wird auch in den Fällen, in denen die Beschaupflicht von Stechvieh nicht obligatorisch ist, die Beschau dringend angeraten. Die Vornahme der Vieh- und Fleischbeschau ist bei den Veterinäramtsabteilungen der magistratischen Bezirksämter anzumelden.

Welche Begleitpapiere braucht man für Hunde oder Katzen, die zu Tierausstellungen gebracht werden?

Angaben über die veterinärpolizeilichen Erfordernisse für Hunde oder Katzen, die an Tierausstellungen, Tierschauen u. dgl. teilnehmen, sind in der Regel in den jeweiligen Ausschreibungen der Ausstellungsleitung enthalten.

Für Wien ist derzeit seitens der Behörde der Nachweis einer gültigen Wutschutzimpfung vorgeschrieben. Diese Impfung muß mindestens 30 Tage vor Ausstellungsbeginn erfolgt sein und darf nicht länger als ein Jahr zurückliegen.

Was hat man zu tun, wenn man mit einem Hund in das Ausland fahren will?

Man erkundigt sich vorerst bei der Vertretung (Gesandtschaft, Botschaft oder Konsulat) des Landes, in welches der Hund gebracht werden soll, welche Bedingungen bei der Einfuhr zu erfüllen sind: ob das Ursprungs- und Gesundheitszeugnis bezüglich seiner Echtheit z. B. von der Gesandtschaft beglaubigt werden muß; ob eine Schutzimpfung gegen die Wutkrankheit erforderlich ist.

Das Ursprungszeugnis wird, falls es die Seuchenverhältnisse erlauben, bei der Veterinäramtsabteilung des für den Wohnort des Hundebesitzers zuständigen magistratischen Bezirksamtes zwischen 8 und 9 Uhr bzw. zwischen 14 und 15 Uhr ausgestellt. Der Hund (mit Hundemarke) ist zur amtstierärztlichen Untersuchung mitzunehmen.

In Wien werden Schutzimpfungen gegen die Wutkrankheit bei Hunden und Katzen von jedem zur tierärztlichen Praxis zugelassenen Privattierarzt durchgeführt. Vor allem ist vom Tierbesitzer dabei zu beachten, daß nach den Bestimmungen der Einfuhrländer die Impfung mindestens 30 Tage vor dem Grenzübertritt vorgenommen werden muß.

Für die Einfuhr von Hunden oder Hauskatzen nach Österreich – wie auch für die vorübergehende Ausfuhr, etwa im Reiseverkehr – ist der Nachweis einer Schutzimpfung gegen die Wutkrankheit nötig. Diese Impfung muß ebenfalls zumindest 30 Tage vor dem Grenzübertritt erfolgt und darf nicht älter als ein Jahr sein.

Wer beseitigt verendete Tiere?

Verendete Tiere werden kostenlos von der Tierkörperverwertungsanstalt abgeholt. Der Tierbesitzer hat verendete Tiere ehestmöglich mündlich oder telefonisch beim magistratischen Bezirksamt, beim Amtstierarzt oder im nächsten Sicherheitswachzimmer anzumelden. Eigenmächtiges Eingraben von Tierleichen ist verboten. Einzelne kleinere Tiere, wie Hühner, Meerschweinchen u. dgl., können, wenn sie nicht unter Seuchengefahr gestorben sind, verbrannt werden.

Was müssen die Tierbesitzer von der Anzeige der Tierseuchen wissen?

Der Tierbesitzer hat den Verdacht auf eine Tierseuche unverzüglich, d. h. so rasch wie möglich , dem Amtstierarzt, dem magistratischen Bezirksamt oder der nächsten Polizeidienststelle mitzuteilen.

Die Anzeichen anzeigepflichtiger Tierseuchen sind in der Belehrung über Tierseuchen zu § 17 des Tierseuchengesetzes beschrieben.

Die Symptome der einzelnen Tierseuchen soll der Tierhalter kennen, um rechtzeitig den Ausbruch der Seuche festzustellen oder wenigstens Verdacht zu schöpfen. Er wird sich dadurch vor Schaden, vor einer Bestrafung und vor dem Verlust einer staatlichen Entschädigung wegen Unterlassung der rechtzeitigen Anzeige bewahren.

Auskünfte über die Erscheinungen bei Tierseuchen geben die Amtstierärzte, die praktischen Tierärzte und die Landwirtschaftskammer.

Wann ist ein Tierpaß erforderlich?

Für Haustiere, die zu den Wiederkäuern, Einhufern oder Schweinen gehören, sind Tierpässe beizubringen, wenn die Tiere:

a) auf einen Markt, eine Auktion, eine Ausstellung oder eine Tierschau;
b) anläßlich des Wechsels des ständigen Aufenthaltsortes in eine andere Gemeinde gebracht;
c) mittels Eisenbahn, Schiffen, Kraftfahrzeugen (Anhängern) oder Luftfahrzeugen über den Bereich einer Ortsgemeinde hinaus befördert;
d) ohne einen ständigen Aufenthaltsort zu haben, von Ort zu Ort getrieben werden.

Der Begriff „Gemeinde" im Sinne dieser Bestimmungen umfaßt in Wien das gesamte Gemeindegebiet, sodaß das Verbringen von Tieren von einem Wiener Gemeindebezirk in einen anderen ohne Beibringung eines Tierpasses erfolgen kann.

Anmeldungen für Tierpaßausstellungen sind in den Veterinäramtsabteilungen der magistratischen Bezirksämter schriftlich oder zwischen 8 und 9 Uhr bzw. 14 und 15 Uhr telefonisch oder mündlich zu machen.

Sollen Haustiere, die zur Gattung der Wiederkäuer, Einhufer und Schweine gehören, aus dem Wiener Stadtgebiet zur direkten Schlachtung in den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx gebracht werden, ist dies beim zuständigen Amtstierarzt wegen Ausstellung eines Abtriebscheines anzumelden.

Wie erfolgt eine Überprüfung des nach Wien eingebrachten Fleisches?

Alles Fleisch, das in das Gebiet der Stadt Wien eingeführt wird und zum gewerbsmäßigen Verkauf oder zur gewerbsmäßigen Verarbeitung bestimmt ist, unterliegt der amtstierärztlichen Überbeschau. Dies bezieht sich aber nicht nur auf das Fleisch selbst, sondern auch auf die daraus hergestellten Fleischwaren (Würste u. dgl.) sowie auf alle bei der Schlachtung gewonnenen und zum menschlichen Genuß geeigneten Produkte (Fett, Innereien, Därme u. dgl.).

Die Betriebe, die Fleisch- und Fleischwaren verarbeiten oder verkaufen (Fleischer, Gaststätten, Lebensmittelgeschäfte u. dgl.), haben die Verpflichtung, diese Waren bei ihrer Einbringung nach Wien sofort zur Überbeschau zu bringen. Die Überbeschau wird im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, am Fleischdetailmarkt Wien 3, auf den Landparteienplätzen der Wiener Märkte – für das dort zu verkaufende Fleisch – und fallweise in genehmigten Betrieben (für die Waren dieser Betriebe) durch die zuständigen Veterinäramtsabteilungen der magistratischen Bezirksämter (MA 60) vorgenommen.

Was soll die Hausfrau bei verdorbenen Fleischwaren beachten?

Stellt die Hausfrau bei Aufbewahrung von Fleisch oder Fleischwaren Zeichen von Verderbnis, z. B. abweichenden Geruch und Geschmack oder abweichende Farbe, fest, so muß von dem Genuß solcher Ware ernstlich abgeraten werden. Will sie aber über die Genußtauglichkeit Gewißheit haben, dann kann sie sich an den Amtstierarzt des zuständigen magistratischen Bezirksamtes wenden, der ihr über die Verwendungsfähigkeit solchen Fleisches fachmännischen Rat erteilt. Ebenso kann sie auch dort Fleisch und Fleischwaren, die sie eben gekauft hat, auf ihre Genußfähigkeit und ihre Qualität beurteilen lassen. Bei berechtigter Beschwerde wird er veranlassen, daß ihr für die beanstandete Ware Ersatz gegeben wird, darüber hinaus aber wird er Vorsorge treffen, daß solche Ware aus dem Verkehr gezogen wird und damit andere Käufer vor Schaden bewahrt werden. Gleiches gilt für Geflügel, Wildbret und Fische sowie deren Zubereitungen. Werden beim Zerteilen Veränderungen, wie Knötchen, Geschwüre, parasitäre Gebilde, Verfärbungen, Geruchsabweichungen usw., gesehen, liegt es im Interesse des Konsumenten, den fachlichen Rat der Amtstierärzte über die Genußtauglichkeit dieser Waren einzuholen.

Bakterielle Lebensmittelvergiftungen

Unter einer bakteriellen Lebensmittelvergiftung versteht man eine unter Vergiftungserscheinungen beim Menschen auftretende Krankheit, die durch den Genuß bakterienhaltiger Lebensmittel entsteht und als Einzel- oder Massenerkrankung oder in ausgedehnten Epidemien vorkommt. Als Ursache kommen Lebensmittel tierischer und pflanzlicher Herkunft in frischem, zubereitetem und konserviertem Zustand in Betracht. Krankmachend wirkt das von den Bakterien gebildete Gift.

Wenige Stunden nach der Mahlzeit, in der Regel zwei bis acht Stunden, seltener erst nach einigen Tagen, stellen sich die ersten Krankheitserscheinungen ein. Diese beginnen mit allgemeiner Mattigkeit, Leibschmerzen, Aufstoßen, Kollern im Leib, Übelkeit und Erbrechen. Sehr bald folgen auch Durchfälle mit dünnen bis wässerigen Stühlen. Zuweilen treten Kopfschmerzen, Afterzwang und Wadenkrämpfe auf. Die Temperatur ist meistens nur wenig erhöht. In schweren Fällen kommen auch nervöse Symptome, wie Benommenheit, Störungen der Augenbewegungen und Akkomodation, bei Kindern auch Krämpfe, vor. Bei schwerem Verlauf kann die Erkrankung in ein bis vier Tagen unter Kreislaufschwäche zum Tod führen. Todesfälle sind aber selten. Der Verlauf ist in der Mehrzahl der Fälle leicht, Heilung erfolgt nach wenigen Tagen. Von den Patienten werden die Bakterien mit dem Stuhl und Urin ausgeschieden. Im allgemeinen hört die Ausscheidung mit der Genesung oder einige Tage danach auf. Die Ausscheidung der Keime kann aber auch Wochen und Monate, ja sogar jahrelang andauern. Solche Personen werden als Bakterienausscheider bzw. Dauerausscheider bezeichnet. Diese können die Quelle neuer Erkrankungen werden, indem sie unter Außerachtlassung der hygienischen Vorsichtsmaßnahmen Lebensmittel mit ihren Ausscheidungen verunreinigen.

Lebensmittelvergiftungen, die nach Genuß von Fleisch oder Fleischwaren entstehen, werden Fleischvergiftungen genannt. Der allergrößte Teil der Fleischvergiftungen wird durch den Genuß von rohem oder unvollkommen durchgebratenem oder nicht völlig durchgekochtem Fleisch verursacht. Dabei hängt die Schwere der Erkrankung in erster Linie von der Menge der aufgenommenen Bakterien und deren Giftgehalt ab. Bei höheren Außentemperaturen findet eine starke Vermehrung und Anreicherung der etwa vorhandenen Keime statt. Bei Kühlhaustemperaturen von nur wenigen Graden über dem Gefrierpunkt wird das Bakterienwachstum wohl verzögert, nicht aber aufgehoben. Es bleibt daher Fleisch im Kühlraum nur kurze Zeit frisch, nach einer mehrwöchigen Lagerung ist es nicht mehr unbedenklich. Bereits zerteiltes Fleisch soll rasch verbraucht werden. Besondere Vorsicht ist bei faschiertem Fleisch geboten. Dieses darf nur einige Stunden im Kühlschrank vorrätig gehalten werden und ist bis spätestens abends zuzubereiten und zu braten.

Schließlich sei noch auf die bakteriellen Lebensmittelvergiftungen hingewiesen, die nach dem Genuß von rohen Enten- und Hühnereiern oder mit solchen zubereiteten Speisen, wie Mayonnaisen, Salate, Puddings, Mehlspeisen und auch Faschiertem, zurückzuführen sind. In letzter Zeit hat auch aus dem Ausland eingeführtes Trockeneipulver Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

Wenn Gesundheitsschädigungen durch Lebensmittel auftreten, ist sofort der zuständige Amtsarzt zu benachrichtigen. Dieser nimmt nach erfolgter Meldung an Ort und Stelle die Ermittlung über den Verlauf und die Ursache der Erkrankung auf. Vor allem entnimmt er auch Proben von Harn, Kot und sonstigen Ausscheidungen der Patienten und von verdächtigten Lebensmitteln. Handelt es sich bei solchen um Fleisch, Fleischwaren oder Eier, so sind diese Ermittlungen gemeinsam mit dem Amtstierarzt vorzunehmen, der seine Nachforschungen auch auf etwaige verdächtige Erkrankungen der Schlachttiere und des Geflügels ausdehnen muß.

Um Lebensmittelschädigungen zu vermeiden, sind zahlreiche gesetzliche Vorschriften erlassen worden. Aber auch die Beachtung der allgemeinen Hygiene in den Betrieben sowie beim Verbraucher ist zur Verhütung von Lebensmittelvergiftungen unbedingt notwendig.

Körung und Haltung von Vatertieren zur Zucht

Seit 1. Jänner 1964 dürfen nur nach den Bestimmungen des Wiener Tierzuchtförderungsgesetzes gekörte Vatertiere zur Zucht verwendet werden.

Vatertiere im Sinne dieses Gesetzes sind Hengste, Stiere, Eber, Schaf- und Ziegenböcke, die zur Zucht verwendet werden, sowie Zuchthähne von Haushuhnrassen in bestimmten Betrieben.

Anträge auf Körungen von Vatertieren sind von deren Haltern schriftlich beim Kammeramt der Wiener Landwirtschaftskammer, 6, Gumpendorfer Straße 15, einzubringen und müssen eine Beschreibung des Vatertieres, dessen Standort, die angestrebte Zuchtverwendung und Abstammungs- und Leistungsnachweise enthalten.

Unter welcher Voraussetzung dürfen Kraftfahrzeuge (Anhänger) zu Tiertransporten verwendet werden?

Kraftfahrzeuge (Anhänger), die zu Transporten von Wiederkäuern, Einhufern, Schweinen oder Geflügel verwendet werden sollen, müssen vorher beim zuständigen magistratischen Bezirksamt zwecks Überprüfung, ob das Fahrzeug für Tiertransporte geeignet ist, angemeldet werden. Die Fahrzeuge (Anhänger) müssen undurchlässige Böden aufweisen und so beschaffen sein, daß das Herausfallen von Streu und Exkrementen und das Abfließen von Harn und Sekreten nach Möglichkeit hintangehalten wird.

Bei erfolgter Genehmigung wird für das Fahrzeug (Anhänger) ein Kontrollbuch ausgestellt, das bei Transporten stets mitgeführt werden muß; vom Transportführer sind die einzelnen Tiertransporte jeweils in das Kontrollbuch einzutragen.

Wann müssen Kraftfahrzeuge desinfiziert werden?

Nach jedem Tiertransport sind die verwendeten Kraftfahrzeuge bzw. ihre Anhänger, bevor sie zu anderen Fahrten benützt werden, unter amtlicher Aufsicht zu reinigen und zu desinfizieren, z. B. auch alle jene Fahrzeuge, auf denen lebende Schweine in Fleischerbetriebe zur Schlachtung geführt werden. In Wien steht für diese Reinigung und Desinfektion die Wagendesinfektionshalle auf dem Zentralviehmarkt zur Verfügung. Die Verwendung nichtdesinfizierter Kraftwagen bzw. Anhänger wird nach dem Tierseuchengesetz bestraft. Denn werden auf nicht vorschriftsmäßig gereinigte und desinfizierte Wagen nach Beförderung lebender Tiere andere Güter verladen, so werden diese mit verschiedenen, darunter auch gesundheitsschädigenden Keimen verunreinigt und können so zum Ausbruch einer Krankheit bei Menschen oder Tieren führen.

Was hat der Tierbesitzer bei Erkrankungen des Geflügels oder der Schweine zu tun?

Vor allem soll nicht zugewartet werden, auch wenn angenommen wird, daß es sich nur um eine Magen-Darm-Störung, Erkältung, Vergiftung oder sonstige nicht anzeigepflichtige Krankheit handelt. Der Tierbesitzer soll zunächst den praktischen Tierarzt zu Rate ziehen. Bei unvorhergesehenen Todesfällen oder bei Verenden nach kurzer Krankheitsdauer ist dies dem Amtstierarzt unverzüglich anzuzeigen. Der Amtstierarzt veranlaßt die Abholung der Tierleichen oder bei Seuchenverdacht die Durchführung der Obduktion in der Tierärztlichen Hochschule. Beim Geflügel kommen zur Zeit an seuchenhaften Erkrankungen vor allem Geflügelpest und auch ansteckende Hühnerlähmung, bakterielle Kückenruhr und Hühnertyphus sowie Geflügelcholera vor. Unter den Schweinen tritt am häufigsten Rotlauf, seltener Schweinepest und vereinzelt ansteckende Schweinelähmung auf. Wie kann nun der Tierbesitzer dem Auftreten der Seuchen in seinem Tierbestand vorbeugen?

1. Neu angekaufte Tiere sind 14 bis 40 Tage getrennt vom alten Bestand zu halten.
2. Die Futteraufnahme und die Abgänge der Tiere sind zu beobachten.
3. Von den erprobten Schutzimpfungen gegen Geflügelpest und Rotlauf der Schweine soll unbedingt Gebrauch gemacht werden.
4. An die Hühner sollen nie rohe Eierschalen und Geflügelschlachtabfälle wegen Gefahr der Einschleppung von Geflügelseuchen verfüttert werden.
5. Bruteier, Eintagsküken und Zuchtgeflügel dürfen nur aus kontrollierten Betrieben gekauft werden. Auskünfte hierüber sind von den Amtstierärzten zu erhalten.
6. An Schweine soll Küchentrank nur nach zweistündigem Kochen verabreicht werden.

Schließlich soll sich der Tierbesitzer in allen Fragen der Seuchenvorbeugung, der Tierzucht, der Impfung und der Tierhaltung an den Amtstierarzt wenden, der in den magistratischen Bezirksämtern zwischen 8 und 9 Uhr und 14 bis 15 Uhr zu erreichen ist.

Untersuchung des Schweinefleisches oder Speckes auf Trichinen

Auf Grund des Fleischbeschau-Übergangsgesetzes 1971 (BGBl. Nr. 331 vom 24. Juni 1971) ist die Untersuchung auf Trichinen bei geschlachteten Schweinen, die der Beschau unterliegen, ab 1. Jänner 1972 obligatorisch durchzuführen; sie bildet einen Bestandteil der Beschau.

Städtische Freibank

Die Wiener Freibank ist eine Verkaufsstelle ausschließlich für minderwertiges und bedingt taugliches Fleisch. Letzteres muß, bevor es zum Verkauf gelangt, durch Sterilisieren, und zwar durch Kochen oder Dämpfen, für den menschlichen Genuß brauchbar gemacht werden.

Freibankwaren sind nicht gesundheitsschädlich, wohl aber im Nahrungs- und Genußwert herabgesetzt.

Der Fleischverkehr wird daselbst durch die Freibankordnung geregelt. An Fleischer, Selcher, Wirte u. dgl. sowie Wiederverkäufer darf kein Fleisch verabfolgt werden.

Die Freibank ist ein Teil des Schlachthofes St. Marx; sie steht unter der veterinärbehördlichen Aufsicht des Magistrats. Sie soll einerseits dem Tierbesitzer den bestmöglichen reellen Erlös bieten, andererseits den Käufer hinsichtlich Kaufpreis und Qualität der Ware vor Übervorteilung schützen.

Verhalten bei Bißverletzungen

1. Hunde und Katzen, aber auch andere Tiere, die Menschen gebissen oder sonstwie in beiß- oder angriffslustiger Art verletzt haben, dürfen nicht getötet werden, sondern müssen sicher verwahrt und tierärztlich beobachtet werden, da sie von vornherein als wutverdächtig anzusehen sind.
2. Die Dauer der ausbruchsicheren Verwahrung (Kontumazierung) und tierärztlichen Beobachtung solcher Tiere beträgt 14 Tage.
3. Tierärztliche Beobachtung:
   a) Die erste Untersuchung des betreffenden Tieres durch einen Tierarzt muß sofort nach der Verletzung erfolgen.
   b) Die zweite tierärztliche Untersuchung muß 14 Tage nach der Biß- oder sonstigen Verletzung stattfinden. Bei Bißwunden im Bereich des Kopfes jedoch sowie bei tiefen und schweren Bißwunden am Körper ist das Tier, das gebissen hat, bereits sieben Tage nach dem Biß zum zweiten Mal vom Tierarzt zu untersuchen. Nach weiteren sieben Tagen muß dann bei diesen Tieren eine dritte tierärztliche Untersuchung erfolgen.

   Erst wenn das fragliche Tier bei der tierärztlichen Untersuchung am 14. Tag nach der von ihm gesetzten Verletzung noch gesund befunden wurde, ist anzunehmen, daß die betreffende Person nicht mit dem Erreger der Wutkrankheit (Tollwut, Lyssa) angesteckt wurde.
4. Bis zum Abschluß der Untersuchungen ist das Tier kontumaziert, das ist seuchensicher, verwahrt zu halten:
   a) Das Tier ist so zu verwahren, daß es weder ausbrechen noch Personen oder Tiere verletzen kann.
   b) Wird ein Hund vorübergehend außer Haus gebracht, so ist er mit einem Maulkorb zu versehen und an der Leine zu führen.
   c) Die Tötung, der Abverkauf oder jede sonstige Veräußerung des kontumazierten Tieres ist verboten.
   d) Jede Erkrankung oder Veränderung im normalen Benehmen sowie ein etwa erfolgtes plötzliches Verenden (auch infolge äußerer Gewaltanwendung) des Tieres ist dem Untersuchungstierarzt sofort mitzuteilen. Als besonders auffallend ist zu beachten: Scheues Benehmen, verminderte oder aufgehobene Freßlust, Beißsucht, starrer Blick, Fressen von Holz, Stroh u. dgl., Lähmungen (besonders Unterkiefer und Hinterhand!)

Anzeigen in Tierschutzangelegenheiten

Anzeigen in Tierschutzangelegenheiten sind in Wien an die Dienststellen der Polizei oder an das zuständige magistratische Bezirksamt zu richten.

Tuberkulose- und Brucellosebekämpfung bei Haustieren

Die Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder und Ziegen und der Brucellose (Abortus Bang) der Rinder ist gesetzlich angeordnet, demnach werden alle Rinder- und Ziegenbestände dem Bekämpfungsverfahren unterzogen. Nach Ausmerzung der mittels Tuberkulinisierung bzw. Blutuntersuchung als Reagenten festgestellten Tiere erfolgt nach zweimaliger negativer Untersuchung über Antrag des Tierhalters die Anerkennung der Tuberkulose- bzw. Brucellosefreiheit des Bestandes. In periodischen Abständen werden weiterhin Bestandsuntersuchungen vorgenommen. Zur Erhaltung der Seuchenfreiheit ist es vor allem notwendig, daß alle neueingestellten Rinder und Ziegen ebenfalls aus tuberkulose- und brucellosefreien Beständen stammen. Der Nachweis dafür ist durch vorschriftsmäßige und gültige Zeugnisse zu erbringen. Für genaue Auskünfte und Beratungen stehen die Dienststellen des Veterinäramtes der Stadt Wien zur Verfügung.

Verbot des Besitzes und der Haltung von bestimmten Tieren

Gemäß Magistratskundmachung vom 14. September 1964 ist der Besitz und die Haltung von lebenden echten Raubsäugetieren (ausgenommen Hauskatze und Haushund), Krokodilen, Großechsen und Schlangen verboten.

Diese Kundmachung findet keine Anwendung auf:

a) Hochschulen und deren Einrichtungen;
b) Erzeuger von Heilmitteln, soferne die Tiere zur Gewinnung von Heilmitteln dienen;
c) befugte Tierhändler;
d) öffentliche Tiergärten, Tierschauen, Zirkusse und Tierschutzhäuser;
e) Tiertransporte in ausbruchssicheren Käfigen bzw. Behältnissen.

Der Magistrat kann auf Antrag den Besitz und die Haltung obgenannter Tiere bewilligen, wenn deren sichere Verwahrung gewährleistet erscheint.

Jeder Verkauf eines solchen Tieres an andere als in oben angeführten Punkten a) bis d) aufgezählten Personen oder Einrichtungen ist dem Magistrat binnen drei Tagen anzuzeigen.

Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien

Ein wesentlicher Bestandteil des von den MA 59 und 60 repräsentierten „Konsumentenschutzes" in der neuen Geschäftsgruppe „Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz" ist die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien. Ihr Wirkungskreis geht weit über die vom Namen umfaßte Tätigkeit hinaus; er erstreckt sich grundsätzlich auf

– alle veterinäramtlichen Untersuchungen für die Veterinärämter in den Bezirken und auf den Markt- und Schlachtbetrieb in St. Marx, das sind alle bakteriologischen, pathologisch-anatomischen, serologischen und histologischen sowie chemischen Untersuchungen, die für die Fleischbeschau, Überbeschau, Auslandsfleischuntersuchung, Tierseuchenbekämpfung u. dgl. in Wien durchzuführen und im Fleischbeschauübergangsgesetz und Tierseuchengesetz geregelt sind;

– Lebensmitteluntersuchungen und Begutachtungen von Lebensmittelproben, und zwar Lebensmittel tierischer Herkunft mit Ausnahme von Milch und Milchprodukten, die vornehmlich das Marktamt der Stadt Wien einsendet bzw. Privatpersonen zur Untersuchung bringen, nach dem Lebensmittelgesetz;

– sonstige Untersuchungen und Begutachtungen für andere Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien, des Bundes oder für Private, auf die Fortbildung der Amtstierärzte und Lebensmittelpolizeiorgane sowie auf die Verbreitung von einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten.

Die Anstalt ist den Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung gleichgestellt, und sie ist an den Bundesgebührentarif gebunden.

Ziel der veterinärmedizinischen Untersuchungen, es handelt sich meist um bakteriologische Untersuchungen von Fleisch, ist es vor allem, sogenannte Fleischvergifter – Salmonellen – anläßlich der Fleischbeschau festzustellen. Natürlich werden auch Erreger von Tierseuchen sowie andere menschenpathogene Keime und Verderbniserreger bei dieser Gelegenheit nachgewiesen, und es läßt sich mit dieser auch in den anderen Kulturstaaten gebräuchlichen Untersuchungsmethode gesundheitsschädliches und verdorbenes Fleisch, soweit die Ursache bakterieller Natur ist, erkennen.

Zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung müssen steigende Mengen von Fleisch, vor allem von Gefrierfleisch, als Verarbeitungsfleisch, vielfach aus fernen Ländern, über deren hygienische Bedingungen wir nicht ausreichend informiert sind, importiert werden. Auch dieses Fleisch wird im Rahmen der Ein- und Durchfuhrverordnung von der Anstalt untersucht.

Diese Untersuchungen haben den Zweck, den Menschen vor gesundheitlicher Gefährdung im Lebensmittelverkehr und den inländischen Tierbestand vor der Einschleppung von Seuchenerregern zu schützen. In der gewissenhaften Durchführung dieser Auslandsfleischuntersuchung besitzt Wien als Großverbrauchs- und Lebensmittelzentrum eine besondere Verpflichtung, der sich das Veterinäramt und die Untersuchungsanstalt stets bewußt waren. Die ständige Beschäftigung mit dem Salmonellennachweis hat auch bewirkt, daß die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien in der Salmonellendiagnostik die größten Erfahrungen auf diesem Fachgebiet und international einen hervorragenden Ruf besitzt.

Außer diesen genannten bakteriologischen Untersuchungen hat die Lebensmitteluntersuchungsanstalt noch eine Reihe anderer Untersuchungen für veterinäramtliche Zwecke u. a. auch auf Antibiotika und Chemotherapeutika im Fleisch durchzuführen. So werden alle in den Wirtschaftsbetrieben der Spitäler gehaltenen Schweine anläßlich der Schlachtung bakteriologisch auf Salmonellen untersucht und zahlreiche Untersuchungen zum Nachweis oder Ausschluß von Tierseuchen durchgeführt.

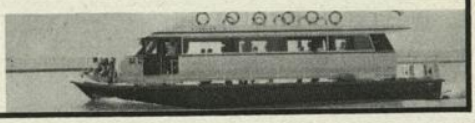
Bei den Lebensmitteluntersuchungen nach dem Lebensmittelgesetz 1975 handelt es sich um Untersuchungen und Begutachtungen vom Rang gerichtsmedizinischer oder gerichtschemischer Untersuchungen, daher ist es eine außerordentlich verantwortungsvolle und heikle Arbeit. Von der einwandfreien Arbeit der Untersuchungsanstalt ist die Effektivität der Lebensmittelkontrolle des Marktamtes und des Veterinäramtes der Stadt Wien in weitestgehendem Maß abhängig.

Alle Proben werden den notwendigen Untersuchungen, wie chemischen Untersuchungen auf Wasser, Fett, Eiweiß, Asche, Stärke und Bindegewebseiweiß unterzogen. Bei zahlreichen Proben kommen noch bakteriologische, histologische Gewebeuntersuchungen oder serologische Untersuchungen auf Milch-, Sojaeiweiß, auf Geflügel-, Schaf-, Pferdefleisch oder Blutplasma dazu. Alle Proben werden fotografiert und neuerdings werden auch komplizierte Untersuchungsverfahren zum Nachweis von Pflanzenschutzmitteln, wie DDT in Fleisch und anderen Lebensmitteln, durchgeführt. Untersucht werden hauptsächlich Proben von Fleisch, Fleischwaren, Fleischkonserven, Gasthausspeisen, Geflügel, Wild, Fische, einschließlich Zubereitungen und Konserven, Schmalz und tierisches Rohfett u. a. m. Gegenwärtig beläuft sich die untersuchte und begutachtete Probenzahl auf ca. 4.000 Proben, von denen rund 2.500 Proben vom Marktamt zur Untersuchung gebracht werden.

Es ist ein erklärtes Ziel der Anstaltsleitung, die vorhandene, durch Personal und Einrichtung bestimmte Untersuchungskapazität so einzusetzen, daß damit der größtmögliche Verbraucherschutz erreicht wird. Es ist selbstverständlich, daß ein präventiver Verbraucherschutz weitaus wirkungsvoller als eine bloß nachlaufende Strafjustiz ist, weil er eine viel größere Breitenwirkung besitzt. Auch das neue Lebensmittelgesetz 1975 fußt schließlich auf dieser Erkenntnis. Da unverhältnismäßig häufig Unkenntnis und Nachlässigkeit Ursache von Lebensmittelbeanstandungen sind, ist es ganz selbstverständlich, daß die Anstaltsleitung die Information und die Präventivkontrolle forciert. Privatproben werden als Beschwerden von Privaten, vornehmlich aber von der Fleischwarenindustrie, zur Untersuchung gebracht, wobei es sich um Gegenproben oder Betriebskontrollproben handelt. In zunehmendem Maß senden aber auch Importfirmen und Handelsketten Warenproben zur Untersuchung, wobei es den Firmen vor allem auf rasche Lieferung des Gutachtens und einwandfreie, sichere Begutachtung ankommt. Besonders begrüßt wird auch, daß in den Befunden Fotos jeder Ware enthalten sind.

Eine echte Präventivmaßnahme im Rahmen der Versorgung der Patienten in den Spitälern der Stadt Wien ist eine Vorbegutachtung von Fleischwaren, die der MA 17 für die Spitäler der Stadt Wien angeboten werden. Nicht zuletzt ist das neue Gütesiegel der Stadt Wien für Fleischwaren eine präventive Verbraucherschutzmaßnahme. Die Betriebe werden viermal jährlich vom Veterinäramt einer Hygienekontrolle unterworfen und viermal werden vom Marktamt Proben gezogen, die von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien untersucht werden. Der Käufer hat bei mit dem Gütesiegel der Stadt Wien ausgezeichneten Produkten die Gewähr einer optimalen Kontrolle der Hygiene im Erzeugungsbetrieb und der Warenbeschaffenheit.

SCHIFFSREISEN AM NEUSIEDLER SEE, modernst ausgerüstete Zweirumpfschiffe, kentersicher, Betriebsausflüge, Charterfahrten, Gruppenreisen, Fahrten für Schulkinder.
Bordbar, Stereoanlage, Aussichtsdeck, Kabinenheizung
Purbacher Motorschiffahrts-Ges. m. b. H.
Purbach am Neusiedler See, Telefon-Nr. 0 26 83/55 90, 51 80



WÄHLEREVIDENZ

(MA 62)

Die Wählerevidenz wird mittels elektronischer Datenverarbeitungsanlage geführt. Sie bildet die Grundlage für das Wählerverzeichnis bei den Nationalrats- und Gemeinderatswahlen sowie bei der Wahl des Bundespräsidenten. Auch die für die Durchführung von Volksbegehren und Volksabstimmungen erforderlichen Stimmlisten werden auf Grund der Wählerevidenz hergestellt.

Für jeden Wahlberechtigten werden Vor- und Familienname und das Geburtsdatum in einer Personendatei gespeichert. Eine Adreßdatei erlaubt die Gliederung der Gesamtevidenz in Wahlsprengel und die Zuordnung jeder Person zur Adresse ihres ordentlichen Wohnsitzes.

Voraussetzung für die Aufnahme in die Wählerevidenz ist der Besitz des Wahlrechtes zum Nationalrat. Dieses Wahlrecht haben alle österreichischen Staatsbürger, die am Stichtag der Wahl das 19. Lebensjahr vollendet haben. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind jedoch Personen, die von einem Gericht wegen bestimmter strafbarer Handlungen verurteilt worden sind. Der Wahlausschluß endet in der Regel fünf Jahre nach dem Ende der Strafe. Auch Entmündigte sind vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Die Wählerevidenz wird vom Magistrat ständig auf dem laufenden gehalten. Zu diesem Zweck müssen wahlberechtigte Personen bei Übersiedlungen anläßlich der polizeilichen Anmeldung auch einen zusätzlichen Meldezettel ausfüllen, der von der Meldebehörde an die MA 62 weitergeleitet wird. Bei Übersiedlungen von einer Gemeinde in eine andere besteht überdies eine Verständigungspflicht der Gemeinden untereinander, da jeder Wahlberechtigte nur einmal in den Wählerevidenzen eingetragen sein darf. Die Namen jener Personen, die das Wahlalter erreicht haben und damit im folgenden Jahr das Wahlrecht erlangen, werden von der Bundespolizeibehörde dem Magistrat mitgeteilt. Andere Veränderungen in der Wählerevidenz werden auf Grund amtlicher Mitteilungen der Gerichte und der Standesämter durchgeführt.

In der Wählerevidenz kann jedermann, der sich von ihrer Richtigkeit und Vollständigkeit überzeugen will, Einsicht nehmen. Österreichische Staatsbürger können auch im Wege eines Einspruches die Aufnahme eines Wahlberechtigten oder die Streichung eines nicht Wahlberechtigten begehren. Hat der Einspruch die Aufnahme eines Wahlberechtigten in die Wählerevidenz zum Gegenstand, so ist außer den notwendigen Belegen auch ein von dem Betroffenen eigenhändig gefertigtes Wähleranlageblatt anzuschließen. Über die Einsprüche entscheiden die nach der Nationalrats-Wahlordnung im Amt befindlichen Bezirkswahlbehörden.

In die Wiener Wählerevidenz kann bei der MA 62, 1, Rathausstraße 9, täglich außer Samstag und Sonntag von 8 bis 12 Uhr Einsicht genommen, und es können auch mündliche oder schriftliche Einsprüche gegen die Wählerevidenz eingebracht werden.

WASSERRECHT

(MA 45, 58)

Ableitung von Schmutzwässern in Gewässer oder sonstige Gefährdungen der Wasserbeschaffenheit

Alle Gewässer sind so rein zu halten, daß die Gesundheit von Menschen und Tieren nicht gefährdet ist, Grund- und Quellwasser als Trinkwasser verwendet, Tagwässer zum Gemeingebrauch sowie zu gewerblichen Zwecken benutzt, Fischwässer erhalten sowie Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und sonstige fühlbare Schädigungen vermieden werden können.

Die Einleitung von Abwässern ist nur auf Grund einer wasserrechtlichen Bewilligung (für Wien ist die MA 58 zuständig) in Gewässer (einschließlich des Grundwassers) zulässig. Eine Bewilligung hiezu erfolgt nur, wenn die Abwässer, je nach der Größe des Vorfluters, mechanisch oder biologisch gereinigt werden.

Auch sonstige Maßnahmen, welche die Verunreinigung eines Gewässers zur Folge haben können, bedürfen einer wasserrechtlichen Bewilligung. Hiezu zählen insbesondere die Ausbeutung von Sand- und Schottergruben und das Anlegen von Müll- und Schuttablagerungsplätzen.

Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe

Die Lagerung und Leitung von Brenn- und Kraftstoffen auf Mineralölbasis einschließlich von Rohöl ist nur auf Grund einer wasserrechtlichen Bewilligung zulässig, es sei denn, daß die Anlagen zur Lagerung und Leitung dieser Stoffe nach den gewerberechtlichen Vorschriften genehmigungspflichtig sind oder dem Bergrecht oder dem Schiffahrtsrecht unterliegen und das Vorhaben außerhalb wasserrechtlich besonders geschützter Gebiete geplant ist. Ausgenommen von der Bewilligungspflicht sind überdies Brenn- und Kraftstoffe mit einem Stockpunkt von + 25° Celsius und darüber sowie alle übrigen Brenn- und Kraftstoffe, wenn die in Betracht kommende Menge 1.000 l nicht übersteigt. Für wasserrechtlich besonders geschützte Gebiete kann jedoch auch hinsichtlich dieser Stoffe eine Genehmigungspflicht vorgesehen werden. Auskunft über derartige Gebiete erteilt für Wien die MA 58.

Hochwasserschäden an privaten Liegenschaften

Nach dem Wasserrechtsgesetz hat der Eigentümer von durch Hochwasser bedrohten oder beschädigten Liegenschaften für deren Schutz oder Instandsetzung selbst aufzukommen.

Wenn ein Eigentümer einen auf seinem Grund entstandenen Hochwasserschaden nicht beheben läßt, kann der Nachbar zum Schutz seiner dadurch bedrohten Liegenschaft behördliche Hilfe in Anspruch nehmen, und zwar in Wien bei der MA 58, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock.

Mit Bescheid kann der Eigentümer der beschädigten

Liegenschaft gezwungen werden, die Ausführung der nötigen Schutzmaßnahmen auf Kosten derjenigen, von deren Liegenschaften die Gefahr abgewendet werden soll, entweder selbst vorzunehmen oder deren Vornahme zu gestatten und hiezu nach dem dabei erreichten eigenen Vorteil beizutragen.

Auskunft über Grundwasserstände

Die MA 45 unterhält in Wien ein ausgedehntes Netz von Grundwasserbeobachtungsstellen. Aus den mitunter langjährigen Beobachtungsdaten lassen sich oft gute Rückschlüsse auf die Grundwasserverhältnisse der Umgebung ziehen.

Die von der Abteilung gesammelten Beobachtungsergebnisse stehen der Öffentlichkeit bei der MA 45, 12, Niederhofstraße 23, 2. Stock, zur Verfügung.

GIG
METALL
FASSADEN
Ing. Grill & Grossmann
Stahl- und Leichtmetallbau
A-4800 Attnang-Puchheim
Telefon 07674/2581 Serie
Telex 0268517
Büro Wien: 1010 Wien 1
Weihburggasse 9
Telfeon 0222/522240

WASSERVERSORGUNG

(MA 31)

Gesetzliche Grundlagen der Wasserversorgung

Die Wasserversorgung von Wien ist landesgesetzlich geregelt. Die bezüglichen Bestimmungen findet man

a) im Gesetz über die Zuleitung und Abgabe von Wasser (Wasserversorgungsgesetz 1960), LGBl. für Wien Nr. 10/1960, in der Fassung der LGBl. für Wien Nr. 13/1961, 21/1962, 18/1969, 3/1974, 16/1974, 5/1976 und 7/1977;
b) in der Verordnung zur Durchführung des Wasserversorgungsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 20/1960,
c) in der Wassergebührenordnung 1976, Amtsblatt der Stadt Wien Heft 49/1975, in der Fassung Amtsblatt der Stadt Wien Heft 48/1978;
d) in der Kundmachung vom 29. März 1974, betreffend Gebühren gemäß § 20 Abs. 5 des Wasserversorgungsgesetzes 1960, Amtsblatt der Stadt Wien Heft 17/1974, in der Fassung Amtsblatt der Stadt Wien Heft 48/1978;
e) in der Verordnung über Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren, Überwachungsabgaben und Amtstaxen, LGBl. für Wien Nr. 11/1968;
f) in der Verordnung, womit bestimmte Ö-Normen für verbindlich erklärt werden, LGBl. für Wien Nr. 23/1960, 14/1963 und 16/1964.

Zum Schutz der Wasserversorgungsanlagen der Stadt Wien besteht eine Kundmachung des Wiener Magistrats vom 13. Juni 1952, M.Abt. 58-1127/52, bzw. vom 13. Juli 1964, M.Abt. 58-1024/64.

Wie vermeidet man einen Wassermehrverbrauch?

Wasser ist ein kostbares Gut, das nicht in unbeschränkter Menge vorhanden ist. Im Interesse aller liegt es daher, mit diesem Gut sparsamst umzugehen und *jede Wasserverschwendung zu vermeiden.*

Die Verluste durch undichte Auslaufventile und besonders durch Abortspüler übersteigen oft den nützlichen Verbrauch, da sie Tag und Nacht bestehen, während sich der normale Verbrauch nur auf wenige Stunden beschränkt. Dieser nutzlose Mehrverbrauch muß außerdem bezahlt werden.

Jeder Wasserabnehmer soll daher im eigenen Interesse Undichtheiten sofort beheben lassen.

Durch Beobachtung des Wasserzählers, besonders des Nachtverbrauches, läßt sich leicht erkennen, ob Undichtheiten bestehen.

Der Wasserabnehmer hat die Innenanlage in Abständen von mindestens drei Monaten auf ihre Dichtheit zu überprüfen. Diese Überprüfung kann erfolgen durch:

a) Überwachung des durchschnittlichen Tagesverbrauches durch monatliche Ablesung des Wasserzählers;
b) Sperre aller Entnahmestellen der Innenanlage, verbunden mit der Kontrolle des Wasserzählers;
c) Überprüfung der Dichtheit der Innenanlage durch einen hiezu nach den gewerberechtlichen Vorschriften befugten Gewerbetreibenden.

Der Nachweis der Dichtheit der Innenanlage gilt als erbracht, wenn der ermittelte durchschnittliche Tagesverbrauch von dem zuletzt festgestellten nicht abweicht bzw. die Abweichung des durchschnittlichen Tagesverbrauches mit Sicherheit auf ein geändertes Verbrauchsgeschehen zurückgeführt werden kann. Ferner gilt der Nachweis der Dichtheit als erbracht, wenn bei Sperre aller Entnahmestellen der Wasserzähler keinen Verbrauch anzeigt oder wenn der mit der Überprüfung der Innenanlage beauftragte Gewerbetreibende ihre Dichtheit bescheinigt.

Undichtheiten müssen unverzüglich von einem Installateur behoben werden, wie es das Wasserversorgungsgesetz vorschreibt.

Die regelmäßige und ungestörte Versorgung mit gutem und gesundem Trinkwasser ist ein *Lebensinteresse der Großstadt.* Unsere *Wasserleitung* ist daher ein *lebenswichtiges Organ.* Dieses muß mit der *gleichen Sorgfalt* gepflegt und betreut werden, wie alles übrige, von dem unser Leben abhängt.

Was macht man bei Wasserleitungsgebrechen?

Wahrgenommene Gebrechen an den öffentlichen Wasserleitungseinrichtungen (Straßenrohrsträngen, Auslaufbrunnen, Hydranten usw.) sind unverzüglich den Wasserwerken, 6, Grabnergasse 6, Tel. 57 75 75, anzuzeigen.

Das gleiche gilt auch bei Gebrechen an der Abzweigleitung, das ist die Leitung vom Straßenrohrstrang bis zum Wasserzähler, oder am Wasserzähler.

Die eigenmächtige Behebung von Gebrechen an der Abzweigleitung oder am Wasserzähler durch den Wasserabnehmer ist untersagt.

Der Wasserleitungsbereitschaftsdienst ist bei Tag und Nacht unter Tel. 57 75 75 erreichbar. Die Feuerwehr ist in solchen Fällen nicht zu alarmieren. Bei Gebrechen an der Innenanlage ist die Berufung eines Installateurs zu veranlassen und die Wasserleitungsbereitschaft nur dann anzurufen, wenn die Leitung aus irgendwelchen Gründen nicht abgesperrt werden kann und Gefahr im Verzuge ist. Für die im Interesse des Wasserabnehmers erfolgte Inanspruchnahme des Wasserleitungsbereitschaftsdienstes, soweit es sich nicht um Gebrechen an den im Eigentum der Stadt Wien stehenden Wasserversorgungsanlagen handelt, sind die jeweils festgesetzten Gebühren zu entrichten.

Bei Gebrechen und Undichtheiten an der Innenanlage, d. s. alle Wasserleitungsanlagen nach dem Wasserzähler, ist bis zu deren Behebung das der Gebrechensstelle nächstliegende Absperrventil vom Wasserabnehmer zu schließen, wobei die von der Absperrung betroffenen Wasserverbraucher nach Möglichkeit rechtzeitig vorher zu verständigen sind. Die Lage der Absperrvorrichtungen ist durch den Wasserabnehmer festzustellen und zu kennzeichnen. Gebrechen an der Innenanlage sind sowohl vom Wasserabnehmer als auch von den einzelnen Wasserverbrauchern (Mieter, Pächter usw.) hinsichtlich der innerhalb ihrer gemieteten Räume befindlichen Wasserversorgungsanlagen (Auslaufhähne, Klosettspülungen usw.) unverzüglich beheben zu lassen. Bei nicht rechtzeitiger Behebung derartiger Gebrechen kann gegen den Schuldtragenden die Strafamtshandlung eingeleitet werden.

Die Feststellung nicht sichtbarer Gebrechen an der Innenanlage ist durch Beobachtung des Wasserzählers in einer Zeit, in der keine Wasserentnahme stattfindet (Nachtzeit), möglich.

Die Behebung jeglichen Gebrechens an der Innenanlage, d. s. alle Wasserleitungsteile nach dem Wasserzähler, darf nur durch einen befugten Installateur erfolgen.

Für Kanal- und Abortverstopfungen, schadhafte Dachrinnen, eindringendes Regen- und Schmelzwasser sind die Wasserwerke überhaupt nicht zuständig; in solchen Fällen ist eine Verständigung derselben zwecklos und nur mit Kosten verbunden. Derartige Anzeigen sind an die zentrale Funkleitstelle der MA 30 zu richten. Diese hält Permanenzdienst und ist an Werktagen in der Zeit von 7 bis 17 Uhr sowie an Samstagen in der Zeit von 7 bis 11 Uhr unter Tel. 57 75 75*, 455, in der übrigen Zeit unter Tel. Nr. 57 75 75*, 262, erreichbar.

Besteht ein Anspruch auf Wasserlieferung?

Jeder an die städtischen Wasserleitungen angeschlossene Wasserabnehmer hat nach Maßgabe der allgemeinen örtlichen Versorgungsanlage Anspruch auf die Belieferung mit gesundheitlich einwandfreiem Wasser. Ein Anspruch auf eine bestimmte Wasserbeschaffenheit oder einen bestimmten Betriebsdruck besteht nicht. Ein Wasseranschluß ist nur dann möglich, wenn bis zu dem zu versorgenden Grundstück ein öffentlicher Rohrstrang verlegt ist.

Wie erfolgt die Anmeldung eines Wasseranschlusses?

Bei Anmeldung eines Wasseranschlusses ist vom Wasserabnehmer (Hauseigentümer, Bauherr, Nutzungsberechtigter, Betriebsinhaber und sonstiger Wasserverbraucher) ein bei den Wasserwerken erhältliches Anmeldeformular auszufüllen und gleichzeitig eine Vorauszahlung in der Höhe der voraussichtlichen Kosten zu erlegen. Hiebei sind auch die für den Wasserbezug maßgebenden Unterlagen (Grundbuchsauszug bzw. Grundbesitzbogen, Zustimmung des Haus- bzw. Grundeigentümers, Baubewilligung) zur Einsicht vorzulegen.

Änderungen in der Person des Wasserabnehmers sowie das Ende des Wasserbezuges sind der MA 4, Ref. 6, Wassergebühren, 6, Grabnergasse 6, binnen zwei Wochen schriftlich anzuzeigen.

Die Herstellung der Abzweigleitung erfolgt durch die Stadt Wien auf Kosten des Wasserabnehmers.

Die Kosten der Instandhaltung von Abzweigleitungen trägt die Stadt Wien, sofern das Gebrechen nicht vom Wasserabnehmer verschuldet wurde.

Der Wasserabnehmer hat außerdem die Kosten einer von ihm veranlaßten Änderung einer Abzweigleitung zu tragen.

Der Wasserzähler wird von der Stadt Wien beigestellt, verbleibt in deren Eigentum und wird von ihr instandgehalten. Die Behebung von Schäden an Wasserzählern, die nicht auf mangelhaftes Material, normale Abnützung, höhere Gewalt, auf Verschulden Dritter oder Verschulden der Organe des Magistrats zurückzuführen sind, erfolgt auf Kosten des Wasserabnehmers.

Der Wasserzähler kann jederzeit ausgewechselt werden. Sofern die Auswechslung auf Verlangen des Wasserabnehmers außerhalb der normalen Arbeitszeit erfolgt, hat dieser die hiefür auflaufenden Mehrkosten zu tragen.

Alle nach dem Wasserzähler anzuschließenden Rohrleitungen und Wasserleitungseinrichtungen dürfen nur von befugten Installateuren nach vorher eingeholter Genehmigung der Wasserwerke nach den hiefür bestehenden Vorschriften (Durchführungsverordnung zum Wasserversorgungsgesetz) ausgeführt werden.

Wie schütze ich Wasserleitungseinrichtungen gegen Frost?

Zur Verhinderung des Einfrierens der Wasserleitungseinrichtungen sind die Kelleröffnungen geschlossen zu halten. Die freiliegenden Wasserleitungsteile, wie Hauswechsel, Wasserzähler usw., sind in geeigneter und ausreichender Weise vor Frost zu schützen. Dies geschieht durch Umhüllung der betreffenden Wasserleitungsteile mit Stoffresten oder dgl.; Wasserzähler und Hauswechsel können auch in einem mit Sägespänen, Holzwolle oder ähnlichem Material ausgefüllten und mit einem leicht abnehmbaren Deckel versehenen Holzkasten untergebracht werden. Die zu diesem Zweck angebrachten Umhüllungen müssen derart beschaffen sein, daß sie vom Ableseorgan ohne Zeitverlust und ohne Anwendung von Gewalt entfernt werden können. Bei andauernder Kälte empfiehlt es sich, um ein Einfrieren der Stockwerksleitungen zu vermeiden, auch die Haustore und Gangfenster geschlossen zu halten und jene Leitungen, die der Frosteinwirkung ausgesetzt sind, während der Nachtzeit im Einvernehmen mit den Hausparteien abzusperren und zu entleeren, unter Umständen sogar tagsüber nur zeitweise in Betrieb zu nehmen und hierauf selbstverständlich wieder zu entleeren. Bei der Entleerung bzw. Füllung der Leitungen ist die höchstgelegene Wasserentnahmestelle jedes Steigstranges so lange geöffnet zu halten, bis die Leitung vollständig entleert ist bzw. bei Füllung, bis Wasser aus dieser austritt, sodann aber wieder zu schließen.

Keinesfalls darf man zur Verhinderung von Frostschäden die Wasserleitungsauslässe, Auslaufhähne, Klosette usw. rinnen lassen, weil dadurch bekanntlich große Wassermengen ungenützt verlorengehen. Außerdem besteht die Gefahr, daß hiedurch die Ablaufleitungen vereisen und gänzlich einfrieren.

Für jene Wasserabnehmer, welche ihre Gartengrundstücke nur in der schönen Jahreszeit nutzen, besteht die

Möglichkeit, den Wasserzähler über die Wintermonate gegen Entrichtung der vorgesehenen Gebühren ausbauen zu lassen und somit die Frostbeschädigung des Wasserzählers überhaupt zu verhindern.

Die gewissenhafte Befolgung der angeführten Hinweise gibt die beste Gewähr für das einwandfreie Funktionieren der Wasserleitungseinrichtungen auch bei strengstem Frost.

Welche Vorschriften gelten sonst noch?

a) Zutritt zu den Wasserversorgungsanlagen, Hilfeleistungspflicht

Den mit Ausweiskarten versehenen behördlichen Organen ist der Zutritt zu allen Wasserversorgungsanlagen in Grundstücken, Gebäuden oder Teilen von solchen (Wohnungen, Geschäftslokale, Betriebe, Kellerabteilungen u. dgl.) vom Verfügungsberechtigten zu gestatten, der auch zum Öffnen verschlossener Türen und zu solchen Hilfeleistungen verpflichtet ist, die er ohne nennenswerten Einsatz seiner Arbeitskraft besorgen kann (Abheben und Auflegen von Schachtdeckeln u. dgl.); allenfalls vorhandenes Grundwasser ist aus dem Wasserzählerschacht zu entfernen.

b) Betätigung des Hauswechsels

Der Hauswechsel ist durch den Wasserabnehmer öfter vorsichtig zu schließen und wieder zu öffnen, um ihn gebrauchsfähig zu erhalten, wobei alle von der Absperrung betroffenen Wasserverbraucher vorher zu verständigen sind. Die Wasserzählerableseorgane sind nicht befugt, den Hauswechsel zu betätigen.

c) Wasserzähler

Der Aufstellungsplatz des Wasserzählers ist stets in gutem Zustand zu erhalten und die jederzeitige leichte Zugänglichkeit des Wasserzählers zu gewährleisten. Der Wasserzähler ist gegen Frost, von außen eindringendes Wasser und sonstige Beschädigung zu schützen. Die zu diesem Zweck angebrachten Umhüllungen müssen derart beschaffen sein, daß sie von den Ableseorganen ohne Zeitverlust und ohne Anwendung von Gewalt entfernt werden können.

Störungen, Unterbrechungen, Betriebsdruck, Wasserbeschaffenheit

Die Stadt Wien haftet nicht für Schäden, die durch Veränderungen der Druckverhältnisse oder der Wasserbeschaffenheit oder durch Störung oder Unterbrechung der Wasserversorgung eintreten.

Vorübergehende Absperrung des Wasserzuflusses

Bei einer aus Betriebsrücksichten notwendigen Absperrung des Wasserzuflusses ist der Wasserabnehmer verpflichtet, unverzüglich sämtliche von der Absperrung betroffenen Wasserverbraucher in Kenntnis zu setzen.

Eingaben in Wassergebührenangelegenheiten

Anfragen über die Höhe der Gebühren (Gebührenbemessung) sind an die MA 4, Ref. 6, 6, Grabnergasse 6, zu richten. Dabei ist die im Gebührenbescheid links oben angeführte Kontonummer anzugeben.

In Fragen der Entrichtung der Gebühr (Einzahlung, Rückstände, Guthaben) gibt die zuständige Stadtkasse Auskunft.

Öffentliche Wasserleitungseinrichtungen

Jede vorsätzliche Beschädigung, jede eigenmächtige Betätigung von städtischen Wasserversorgungsanlagen und jede unbefugte Entnahme von Wasser aus öffentlichen Auslaufbrunnen zu anderen als zu Trink- und Haushaltszwecken ist untersagt.

Verboten ist ferner jedes eigenmächtige Hantieren an den öffentlichen Feuerhydranten, wie das Abschrauben der Kappen und die Entnahme von Wasser, sowie die eigenmächtige Betätigung der Unterflurhydranten, Wasserleitungsschieber und sonstigen Einrichtungen der Wasserleitung sowie deren Beschädigung.

Dergleichen ist jede Verunreinigung der öffentlichen Auslaufbrunnen und deren Umgebung mit schmutzigem Wasser, Futterrückständen u. dgl., Verstopfung der Wasserläufe, die Entnahme von Wasser mit verunreinigten Gefäßen sowie die Aufstellung von Wassergefäßen bei Brunnen, insoweit hiedurch der Verkehr gehindert wird, untersagt. Ebenso ist die Beschädigung von öffentlichen Auslaufbrunnen verboten.

Schläuche aus Blech oder anderen Stoffen und Holzrinnen dürfen an den Auslauföffnungen der Brunnen nur während der Dauer des Füllens größerer Gefäße angebracht werden und sind hierauf sofort zu entfernen. Es ist nicht gestattet, die an den Auslauföffnungen der Brunnen angebrachten Selbstschlußhähne oder Druckhebel an den Ständern festzubinden.

Elektrische Erdung an Wasserleitungsanlagen

Das bisher verwendete System der Schutzerdung von elektrischen Geräten, Betriebsmitteln usw. ist nicht mehr im üblichen Ausmaß wirksam. Die Zunahme des elektrischen Konsums und der nicht in allen Gebietsteilen Wiens gleiche Erdungsübergangswiderstand von einigen Ohm lassen es fragwürdig erscheinen, Geräte, die mit mehr als 6 Ampere abgesichert sind, an die Wasserleitung zu erden.

Zufolge der technischen Entwicklung ist bei der Verlegung von Wasserleitungsrohren in zunehmendem Maß der Einsatz von schlecht oder nicht leitenden Werkstoffen erforderlich. Bei Abänderungen der Wasserleitungsinnenanlage unter Verwendung von nicht leitenden Werkstoffen verliert die Wasserleitungsanlage ihre Eigenschaft als Schutzerdung im Sinne der Vorschriften für Elektrotechnik. In diesem Fall ist es im Interesse der körperlichen Sicherheit notwendig, die für die in Verwendung stehenden Elektrogeräte, wie Elektroherde, Elektrospeicher, Waschmaschinen, Elektroöfen, Staubsauger, Mixer u. dgl., bisher vorgesehenen Schutzmaßnahmen durch einen befugten Fachmann dahin überprüfen zu lassen, ob sie den Vorschriften für Elektrotechnik noch entsprechen. Im gegebenen Fall sind geeignete Maßnahmen zu treffen und die Mieter des betreffenden Hauses in Kenntnis zu setzen.

Nach den Bestimmungen des Elektrotechnikgesetzes (BGBl. Nr. 57/1965) hat derjenige, der elektrische Anlagen bzw. elektrische Betriebsmittel errichtet, herstellt, instandhält oder betreibt, für die Instandhaltung der erforderlichen Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen Sorge zu tragen.

WIENER STADT- UND LANDESARCHIV

(MA 8)

Das Stadtarchiv hat eine lange Tradition. Die Nachrichten über seine Existenz reichen ins 15. Jahrhundert zurück, das älteste erhaltene Stück – eine Babenbergerurkunde – stammt aus dem Jahr 1208. Durch Jahrhunderte hat das Archiv die für die Stadt wichtigen Urkunden, Aktenbestände, Protokolle, Verträge, Grundbücher usw. verwahrt. Mit der Erhebung Wiens zu einem Bundesland übernahm das Stadtarchiv im Jahr 1922 zugleich die Funktionen eines Landesarchivs und wurde damit auch für die Übernahme von bedeutsamen Registraturbeständen aus Teilen der staatlichen Verwaltung zuständig. Daneben wurden schon im vorigen Jahrhundert historische Sammlungen angelegt, die derzeit im Bereich der Dokumentation ausgebaut werden.

Was findet man im Archiv?

Politiker und Verwaltungsbeamte: Sie finden die Protokolle und Akten der Vertretungskörper (Gemeinderat, Landtag, Ausschüsse), der leitenden und zahlreicher nachgeordneter Dienststellen des Magistrats (besonders im rechtlichen und baupolizeilichen Bereich), die Vertragssammlung (Verträge der Stadt Wien, Schuldscheine), die Stiftbriefe, gerichtliche Unterlagen (Bezirksgerichte, Landesgerichte, Handelsgericht, Jugendgericht), amtliche Veröffentlichungen, von der Stadt vergebene Forschungsaufträge, Spezialkarteien (Ehrungen, Verkehrsflächenbenennungen) sowie in der Archivbibliothek kommunalpolitische und stadthistorische Werke. Eine im Aufbau befindliche „Dokumentation des 20. Jahrhunderts" erschließt die Sitzungsprotokolle von Gemeinderat und Landtag; außerdem befaßt sie sich mit Grundsatzerklärungen und Programmen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur.

Ratsuchende in persönlichen Angelegenheiten: Viele, die nach einer Scheidung eine neue Ehe schließen, die um ihre Pension oder Rente einkommen, die ein Grundstück erwerben oder veräußern wollen, stellen plötzlich fest, daß alte Originaldokumente und Unterlagen verlorengegangen sind. Die angeführten Fälle sind zwar nicht die einzigen, in welchen das Archiv unter Umständen behilflich sein kann, aber bei weitem die häufigsten. Gerade hier ist das Archiv bemüht, die Anfragenden weitestgehend zu unterstützen, da sie sich zumeist auf dem Gebiet einer ihnen nicht vertrauten Materie bewegen.

Wissenschaftler und Heimatkundler: Die umfangreichen archivalischen Bestände bilden ein reiches Quellenmaterial für geschichtswissenschaftliche und heimatkundliche Arbeiten oder Dissertationen. Es sei hier nur auf die Urkunden, die bis ins 13. Jahrhundert, und die Grundbücher, die bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen, verwiesen. Reiche Unterlagen sind zur Verwaltungs- (Alte Registratur, Hauptregistratur, städtische Ämter) und Personengeschichte, aber auch zur Zeitgeschichte (Verwaltungsunterlagen der Jahre 1934 bis 1945!) vorhanden. Den Heimatkundler werden vor allem die Bestände der ehemals selbständigen Gemeinden auf Wiener Boden oder die wertvollen historischen Pläne interessieren, ebenso die reichhaltigen Sammlungen verschiedenster Art. Wichtig sind für ihn auch bezirkskundliche Materialsammlungen, die nur handschriftlich vorliegen. Schließlich ist auf die Archivbibliothek zu verweisen, die neben zahlreichen historischen und archivalischen Fachzeitschriften aus vielen europäischen Ländern auch eine Spezialsammlung zur vergleichenden Städte- und Regionalgeschichte enthält. Außerdem wird an der Herausgabe eines Wiener historischen Atlasses gearbeitet.

Familienforscher und Genealogen: Der spezifische Aufbau der Verwaltung in der Zeit von 1783 bis 1848 hatte zur Folge, daß wertvollstes personengeschichtliches Material (Testamente und Verlassenschaftsabhandlungen) dieser Epoche fast geschlossen ins Archiv gelangt ist, wobei an ältere Bestände (Testamente sind schon aus dem 16., in Einzelstücken aus dem 14. Jahrhundert erhalten) angeknüpft werden kann. Diese Überlieferungstradition wird im Archiv auch für den Folgezeitraum der staatlichen Gerichtsverwaltung durch entsprechende Auswahlmethoden gewahrt. Eine überaus wichtige Quelle – vor allem in Anbetracht der dezentral verwahrten kirchlichen Matriken – sind die Totenbeschauprotokolle der Stadt Wien, die von 1648 bis 1920, in geänderter Form bis 1944, nahezu lückenlos im Archiv vorliegen. Auf wertvolle Unterlagen aus den Registraturen des einstigen Konskriptionsamtes, einen umfangreichen Bestand an Friedhofsbüchern, aber auch auf Innungsunterlagen sei nur hingewiesen, ebenso auf die in ständiger Erweiterung befindliche Biographisch-genealogische Sammlung. Gegen Gebühr werden auch Auskünfte aus den Meldeunterlagen der Bundespolizeidirektion aus den Jahren 1920 bis 1941 erteilt.

Es ist klar, daß eine kurze Skizzierung der Bestandsgruppen keine vollständige Aufzählung enthalten kann. So wäre u. a. noch auf die Gruppe „Persönlichkeiten" hinzuweisen, die so einzigartige Schätze enthält wie das letzte Testament Ludwig van Beethovens oder das Testament von Joseph Haydn, auf illustrierte mittelalterliche Handschriften, das Ehrenbürgerbuch oder auf Nachlässe von Politikern und Wissenschaftlern. Es gibt eben kaum ein Gebiet der Wiener Geschichte, das nicht in irgendeiner Form seinen Niederschlag in den Beständen des Archivs gefunden hätte.

Das Wiener Stadt- und Landesarchiv ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr geöffnet, sodaß auch Berufstätigen die Möglichkeit geboten ist, an den unmittelbaren Quellen der Wiener Geschichte zu forschen. Während der Sommermonate gilt eine Sonderregelung. Zu bestimmten Themen werden auf dem Gang vor dem Archiv im Rathaus Kleinausstellungen gezeigt, zu denen Kataloge herausgegeben werden. Diese Ausstellungen werden zum Teil auch an anderen Orten Wiens präsentiert.

Bei Netzhautschäden die
ZEISS FERNROHR-LUPENBRILLE
bis zu 8facher Vergrößerung!



Mo bis Fr ohne
Pause von
8 bis 18 Uhr

Ottakringer Straße 114
seit 1887 Telefon 46 31 57

WIENER STADT- UND LANDESBIBLIOTHEK

(MA 9)

Wien besitzt in der Stadt- und Landesbibliothek eine eigene, allgemein zugängliche wissenschaftliche Bibliothek – als solche die drittgrößte Wiens und viertgrößte Österreichs. Sie wurde im Jahr 1856 wiedergegründet, nachdem sie schon zwischen etwa 1400 und 1780 (damals wurde sie für rund 6.500 fl an die Hofbibliothek verkauft) bestanden hatte. Ursprünglich als Handbibliothek des Rates der Stadt Wien und der Gemeindeverwaltung für deren juridische und kommunalpolitische Bedürfnisse angelegt, erweiterte sie sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer großen, für jedermann frei benützbaren wissenschaftlichen Präsenzbibliothek, deren Bestände Mitte 1979 mehr als 310.000 Druckschriften, 205.000 Handschriften, rund 15.000 Musikhandschriften und mehr als 60.000 Notendrucke – in allen Sparten auch seltenste Weltraritäten – umfassen. Ihre Aufgabe ist es, alle jene Werke zu sammeln, die in alter und neuer Zeit über das Kulturleben, die Geschichte, Heimatkunde und Topographie unserer Stadt berichten, ebenso alle auch nur einigermaßen bedeutenden Bücher, die von Wienern oder namhaften österreichischen Dichtern, Schriftstellern und Fachgelehrten auf schöngeistigem, geistes- und rechtswissenschaftlichem Gebiet verfaßt werden und wurden. Von den Werken ausländischer Autoren sind in ihr nur die wichtigsten, für das geistige Leben Wiens wesentlichen oder für eine öffentliche Studienbibliothek mit der zentralen Aufgabe „Wien" notwendigen vertreten. Durch Vermächtnis wurden zusätzlich große Sammlungen philosophischer, pädagogischer und biographischer Literatur erworben. Hingegen findet man hier nur wenige naturwissenschaftliche und technische Werke. Wohl aber bewahrt die Wiener Stadt- und Landesbibliothek fast alle Wiener Tageszeitungen, Wochenblätter und literarischen oder geistes- und rechtswissenschaftlichen Zeitschriften auf; in ihrer Dokumentationsstelle, dem Zeitungs- und Zeitschriftenindex – dem einzigen auf diesem Gebiet –, in der Stadtchronik und im Gedenktagekataster hält sie alle kulturell und politisch bedeutsamen Ereignisse und Persönlichkeiten sowie die wichtigsten Pressestimmen, die darüber berichten, fest. Dazu kommen noch große Sammlungen von Zeitungsausschnitten, etwa 120.000 (Plakaten), Plakaten aus Politik, Kultur und Wirtschaft, Flugschriften aus dem Revolutionsjahr 1848, eine Erotica-Sammlung, Theaterzettel, einmalige Taschenbücher, eine Almanache-Sammlung, Casanova-, Faust-, Venedig- und Trenck-Sammlungen, Reiseführer, Todesanzeigen und Partezettel, Kochbücher und Volksliedersammlungen usw. Von besonderer Bedeutung sind die Bestände an Viennensia, frühen Wiener Drucken, solchen zu den beiden Türkenbelagerungen 1529 und 1683 sowie jene der Josephinischen Zeit. Neben dem im Computer eingespeicherten Personen-Gedenktagekataster gibt eine Biographien-Sammlung Auskunft über mehr als 8.000 Persönlichkeiten, die für Wien von Bedeutung sind oder waren.

Außerdem besitzt die Wiener Stadt- und Landesbibliothek ein Tonarchiv (derzeit etwa 140 Tonbänder und 650 Schallplatten), das die Stimmen, festgelegt in Ansprachen oder Werken ihrer Dichtung, von bedeutenden Wiener Persönlichkeiten sammelt, um auch diese für die Zukunft festzuhalten.

Die Handschriftensammlung und die Musiksammlung verwahren die Nachlässe und die Erwerbungen von Handschriften der großen österreichischen Dichter und Komponisten. Die Originalmanuskripte von Haydn, Beethoven, Schubert und Strauß, die umfangreiche Sammlung von Grillparzers Dramenentwürfen und Reinschriften, von Raimunds und Nestroys Dichtungen, sind von höchstem Wert, ebenso das „Karl Kraus-Archiv". Sie sind nicht nur Gegenstand der Verehrung für Besucher aus aller Welt, sondern vor allem auch die ursprünglichste Quelle für die musikalische und literarische Forschung. Beide Sammlungen können von Montag bis Freitag zwischen 9 und 15 Uhr benützt werden.

Der Lesesaal der Wiener Stadt- und Landesbibliothek befindet sich im Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock, Tür 333. Einzeltische für jeden Leser bieten für insgesamt 30 Personen Platz, ein schallschluckender Bodenbelag und gute Beleuchtung sorgen für ein freundliches Studienklima. Drei Mikrofilm-Lesegeräte, eines davon ein modernster Reader-Printer, stehen den Lesern zur Verfügung, um das vorhandene Mikrofilmmaterial zu studieren. So ist z. B. die Wiener Zeitung von 1703 bis fast zur Gegenwart in Mikrofilm vorhanden, der Völkische Beobachter von 1938 bis 1945 wird es in Kürze sein, von der Plakatsammlung wurden bisher rund 10.000 Stück auf Farbdiapositiven verfilmt, weiters große Teile der Nestroy-, Grillparzer-, Raimund-, Schubert-, Strauß-, Beethoven-Bestände usw. Bei größtmöglicher Schonung der Originale können diese nunmehr im Medium des Films jedermann leicht zugänglich gemacht werden. Auf dem Gang vor dem Lesesaal sind Vitrinen installiert, in welchen die Bibliothek in Wechselausstellungen (von 1950 bis Ende 1979 gab es 188) jeweils einen Teil ihrer Sammlungen über ein bestimmtes Thema oder eine bestimmte Persönlichkeit zur Schau stellt. Dank ihrer modernen Magazine und entsprechenden Behelfe ist die Bibliothek in der Lage, jedes gewünschte Buch – soweit vorhanden – innerhalb von etwa 20 Minuten für den

Österreichs größte TIEFDRUCKEREI mit einem modernst ausgestatteten OFFSETBETRIEB

elbemühl

GRAPHISCHE INDUSTRIE Ges. m. b. H.
Altmannsdorfer Str. 154–156, 1232 Wien
Postfach 27 Telefon 67 25 11

Lesesaal bereitzustellen; Musikalien und Handschriften sind fast sofort zugänglich. Einzige Bedingung für die Benützung durch den Leser ist hiebei die – übrigens kostenlose – Lösung einer Lesekarte auf Grund einer Lichtbildlegitimation mit gültiger Adressenangabe. Zur Beratung der Leser bei der Buchauswahl macht im Katalogzimmer der Druckschriftensammlung während der Benützungszeiten von Montag bis Donnerstag von 9 bis 18.30 Uhr und Freitag von 9 bis 16.30 Uhr ständig ein Fachbeamter Dienst, unterstützt von Katalogen, die nach verschiedenen Gesichtspunkten angelegt – Autoren, Schlagwort- und Fachgruppenkatalog – Auskunft geben. Sofort erhältlich sind die Bücher des im Lesesaal aufgestellten „Handapparates", der etwa 6.000 Bände umfaßt und wichtige Nachschlagebücher sowie zusammenfassende Werke enthält. Wer sich also rasch über einen Gegenstand informieren will – sei es für Beruf, Studium oder auch nur aus Interesse und Neigung –, kann dies durch einen Besuch in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek tun. Die Werke sind allerdings grundsätzlich in der Bibliothek selbst zu benützen. Entlehnungen sind nur für den Dienstgebrauch des Magistrats in Ausnahmefällen möglich.

Seit 1960 steht den Lesern auch eine „Europa-Bibliothek" zur Verfügung. Sie umfaßt gegenwärtig etwa 2.000 Werke, alle Fragen der europäischen Einigung betreffend, vor allem politischer, wirtschaftlicher, statistischer und geisteswissenschaftlicher Art. Im Schlagwortkatalog ist sie durch eine eigene Schlagwortgruppe ausgeworfen und auf diese Weise leicht zu benützen. Ebenso wird durch Schlagwörter auf die mit den Europafragen zusammenhängenden Werke verwiesen, die nicht in der „Europa-Bibliothek" unmittelbar zu finden sind.

Ein Mikrofilmlabor und ein Kopiergerät ermöglichen es, Kopien aller Art für den Bibliotheksbenützer zur Verfügung zu stellen.

Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek bietet insbesondere den Studenten der rechts- und geisteswissenschaftlichen Fächer, den Juristen, den Lehrern an Pflicht- und Mittelschulen, den Heimatforschern, Musikwissenschaftlern und Journalisten reiches Studienmaterial. Sie gibt darüber hinaus aber auch allen an der Dichtung, Geschichte und dem geistigen und kulturellen Leben Wiens interessierten Personen Gelegenheit, ihr Wissen zu erweitern und verborgene Schätze kennenzulernen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DURCH INSTITUTIONEN

(MA 4, 5)

Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft m. b. H.

3, Am Modenapark 2, Tel. 72 52 59

Wiener Unternehmungen, denen es für eine Kreditaufnahme lediglich an entsprechenden Sicherheiten in dem von den Kreditunternehmungen geforderten Ausmaß ermangelt, die also sonst kreditfähig und kreditwürdig wären, können die fehlenden Sicherheiten durch eine Bürgschaft der Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft, an der die Stadt Wien, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien und Kreditinstitute beteiligt sind, ersetzen. Die Mittel hiefür stellt die Stadt Wien zur Verfügung. Voraussetzung ist, daß die Kredite zur Finanzierung von Investitionen dienen, die eine Anpassung oder Umstellung der Produktionsstruktur, die Verbesserung der Regionalstruktur sowie die Rationalisierung oder eine Erweiterung des Unternehmens herbeiführen sollen. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden ebenso gefördert wie Betriebsverlagerungen und Betriebsneugründungen in Wien sowie Betriebsmittelanschlußkredite. Die Kredithöhe kann zwischen 200.000 und 2,5 Mio S, die Laufzeit bei maximal zehn Jahren liegen. Verbürgt werden bis zu 80% des Gesamtkredits.

Kapital – Beteiligungs Aktiengesellschaft

3, Am Modenapark 2, Tel. 73 26 25

Die Geschäftstätigkeit dieser Gesellschaft, an der die Stadt Wien, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Kreditinstitute und Versicherungen beteiligt sind, liegt vor allem in der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung von Betrieben unter Beistellung von Risikokapital. Dieses Kapital soll vor allem zur Finanzierung von Investitionen zur Strukturänderung von Unternehmen und zur Neugründung von Unternehmen verwendet werden. Dabei sollen Beteiligungen an inländischen Unternehmungen der Industrie, des Gewerbes, des Verkehrs, des Handels und des Fremdenverkehrs übernommen werden. Ebenso ist die Übernahme von Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen zum Zweck der Exportförderung unter Sicherstellung der Versorgung inländischer Unternehmungen mit Rohstoffen und Vorprodukten vorgesehen.

Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft m. b. H.

6, Windmühlgasse 26, Tel. 57 03 35, 57 02 26

Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, das von der Stadt Wien erstellte Programm zur Schaffung von geeigneten Betriebsflächen für betriebliche Erweiterungen und Betriebsneuansiedlungen in Wien durchzuführen. In diesen Aufgabenbereich fällt die Beratung sowie die Herstellung von Kontakten zu den zuständigen Behörden, insbesondere die Bereitstellung geeigneter Betriebsflächen in den von der Stadt Wien neu erschlossenen Industriezonen, sowie die Revitalisierung von Betriebshöfen und Industrieobjekten zwecks Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben.

Wiener Innovationsgesellschaft m. b. H.

3, Untere Viaduktgasse 16, Tel. 75 75 04

Zielsetzung dieser Gesellschaft, an der die Stadt Wien neben Banken und Interessenvertretungen maßgeblich beteiligt ist, ist die Förderung solcher Vorhaben, die der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, neuer Produkte und neuer Verfahren dienen, mit denen dem Wandel der Nachfragestruktur oder den Anforderungen nach höheren Qualitäten entsprochen oder eine Senkung der Produktionskosten erreicht werden kann, also der Entwicklung und Anwendung insbesondere von

a) Produkten und Verfahren mit hoher Wertschöpfung,
b) technischen Neuerungen bei Produkten und Produktionsverfahren, die auf neuen technologischen Erkenntnissen beruhen, insbesondere auch, wenn sie eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation bewirken, den

Energieverbrauch senken, die Abhängigkeit von der Versorgung mit knappen Rohstoffen verringern oder den Austausch von Rohstoffen gegen geringwertige Rohmaterialien, insbesondere Abfallstoffe, ermöglichen,

c) zahlungsbilanzwirksamen Produkten, das sind solche, die entweder günstige Exportvoraussetzungen haben oder Importe substituieren können.

Exportförderung und Exportberatung Ges. m. b. H.

3, Landstraßer Hauptstraße 5 (Eingang Untere Viaduktgasse 16), Tel. 72 92*, 341 oder 495

Diese Gesellschaft wurde mit der Zielsetzung gegründet, kleinere und mittlere Betriebe des Handels und Gewerbes sowie der Industrie in die Lage zu versetzen, österreichische Güter und Dienstleistungen zu exportieren oder ihre Exporttätigkeit zu verstärken.

Die Förderung umfaßt sowohl die Beratung und Unterstützung dieser Unternehmungen in allen Fragen, die sich aus der Exporttätigkeit ergeben, als auch die Gewährung von zinsbegünstigten Krediten, für welche die Stadt Wien die erforderlichen Mittel in Form niedrig verzinster Einlagen zur Verfügung stellt bzw. für die sie auch die Ausfallshaftung bis zu 90% der Kreditsumme übernimmt.

Exportgeschäfte sind dann förderbar, wenn mindestens 30% des Fakturenwertes Wiener Wertschöpfung sind und der Exporteur mindestens 50% seiner Lohnsummensteuer in Wien entrichtet.

Informationszentrum für die Wiener Wirtschaft

4, Operngasse 20b, Tel. 57 25 75

Diese Einrichtung hat die Aufgabe, als zentrale Beratungsstelle insbesondere Wiener Klein- und Mittelbetrieben in allen relevanten wirtschaftlichen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Tätigkeit umfaßt die eingehende Beratung und Information über die Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen von Förderungsaktionen und die Hilfestellung für die Kontaktaufnahme zu Fachleuten öffentlicher und privater Einrichtungen über Betriebsgrundstücke, Betriebsobjekte, Geschäftslokale, Standortberatung, Export- und Innovationsfragen sowie weitere mit der Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehende Fragen wie Bauvorschriften, Gewerberecht, Arbeitsmarkt usw.

WOHNUNGSWESEN

(MA 50, 52)

In der MA 50 ist das Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien eingerichtet (1, Doblhoffgasse 6, Parterre). Das Wohnungsberatungszentrum umfaßt Auskunftsstellen über Gemeindewohnungen, Wohnbeihilfen, Wohnungsverbesserung, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen (Tel. 42 8 00*, 3327, 4176, 4175), sowie Kredit- und Finanzierungsberatung (Tel. 42 8 00*, 3380, 4171, 4172, 4173, 4174).

Wie bewerbe ich mich um eine Gemeindewohnung?

Ansuchen um die Vermietung einer Gemeindewohnung sind mittels eines bei allen Außenstellen kostenlos erhältlichen Vordruckes, dem sogenannten Wohnungswerber-Aufnahmeblatt, bei der für den Wohnbezirk des Bewerbers zuständigen Außenstelle der MA 50 einzubringen. Das in allen Teilen genau auszufüllende Wohnungswerber-Aufnahmeblatt ist zweckmäßigerweise vom Antragsteller unter gleichzeitiger Vorlage aller Personaldokumente (d. s. Geburtsurkunde, Heiratsurkunde, Staatsbürgerschaftsurkunde oder Staatsbürgerschaftsnachweis, Meldezettel und Einkommensnachweis) aller mitziehenden Personen, womöglich *persönlich* (eventuell durch einen mit Vollmacht ausgestatteten Vertreter), zu überreichen.

Die Außenstellen, die die gemachten Angaben auf Grund der vorgelegten Dokumente usw. überprüfen und später auch eine Erhebung der Wohnverhältnisse des Einreichers an Ort und Stelle durchführen, befinden sich:

1., 9. Bezirk, 9, Währinger Straße 43, Tel. 42 35 75*, 233
2. Bezirk, 2, Karmelitergasse 9, Tel. 33 16 11*, 267, 268
3. Bezirk, 3, Karl Borromäus-Platz 3, Tel. 72 51 71*, 290, 299
4., 5. Bezirk, 5, Schönbrunner Straße 54, Tel. 55 45 85*, 277, 278
6., 7., 8. Bezirk, 7, Hermanngasse 24–26, Tel. 93 76 46*, 255, 256
10. Bezirk, 10, Laxenburger Straße 43–47, Tel. 64 36 31*, 273, 274
11. Bezirk, 11, Enkplatz 2, Tel. 74 35 86*, 278
12. Bezirk, 12, Schönbrunner Straße 259, Tel. 83 16 01*, 288, 289
13., 14. Bezirk, 13, Hietzinger Kai 1–3, Tel. 82 26 51*, 352, 353
15. Bezirk, 15, Gasgasse 8–10, Tel. 83 36 11*, 248, 249
16. Bezirk, 16, Richard Wagner-Platz 19, Tel. 92 26 96*, 248, 249
17. Bezirk, 17, Elterleinplatz 14, Tel. 43 61 01*, 253
18. Bezirk, 18, Martinstraße 100, Tel. 34 25 20*, 292
19. Bezirk, 19, Gatterburggasse 14, Tel. 36 42 50*, 253, 254
20. Bezirk, 20, Brigittaplatz 10, Tel. 33 35 11*, 242
21. Bezirk, 21, Am Spitz 1, Tel. 38 15 04*, 202, 245
22. Bezirk, 22, Kagran, Schrödingerplatz 1, Tel. 23 35 61*, 207, 208
23. Bezirk, 23, Liesing, Lehmanngasse 1, Tel. 86 96 17*, 48

Sie haben nur jeden Dienstag und Freitag in der Zeit zwischen 8 und 13 Uhr allgemeinen Parteienverkehr und stehen in dieser Zeit auch für telefonische Auskünfte zur Verfügung.

Auskünfte können auch persönlich oder telefonisch (Tel. 42 8 00*, 3346, 3347, 3348 und 3349) an jedem Werktag (außer Samstag) in der Zeit von 8 bis 13 Uhr bei der Zentralen Auskunftsstelle der MA 50, 1, Doblhoffgasse 6, eingeholt werden.

In Wien sind konstant rund 20.000 Wohnungssuchende vorgemerkt. Die große Zahl der Gründerzeit-Wohnungen, die den qualitativen Anforderungen von heute nicht mehr entsprechen, verhindert trotz der Bautätigkeit der Stadt

Wien ein weiteres Absinken der Vorgemerkten. Es ist daher mit Ausnahme der Notstandsfälle noch immer mit längeren Wartezeiten zu rechnen.

Der Wohnbedarf eines Bewerbers wird im wesentlichen nach Richtlinien, die sich die Verwaltung der Stadt Wien selbst auferlegt hat, beurteilt.

Welche finanziellen und persönlichen Bedingungen muß ein Bewerber für eine Gemeindewohnung erfüllen?

Eigenberechtigte Personen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen – Volksdeutsche, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, sind den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt – und deren jährliches Nettoeinkommen 70% des gemäß § 8 Abs. 3 Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Jahreseinkommens (Familieneinkommen) nicht übersteigt, können sich bei Vorliegen einer dringenden Wohnbedürftigkeit um eine Gemeindewohnung bewerben. Ab Mitte des Jahres 1976 sind bei Zuteilung einer neugeschaffenen Gemeindewohnung 5% der Gesamtbaukosten als Baukostenbeitrag (Mietzinsvorauszahlung) zu entrichten. Mietzinsvorauszahlungen sind auch für freiwerdende Wohnungen der Stadt Wien zu leisten, wenn sie im Rahmen der Wohnbauförderung 1954 oder nach dem 7. November 1958 mit besserer Ausstattung errichtet wurden. Außerdem muß der in Aussicht genommene Benützer sich verpflichten, im Zeitpunkt der Überlassung der geförderten Wohnung bestehende Miet- oder sonstige Rechte an einer anderen Wohnung nachweislich aufzugeben.

Bei geringem Einkommen besteht die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der Familien- und Vermögensverhältnisse ein zinsenloses Eigenmittelersatzdarlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 zu beanspruchen.

Wohnbeihilfen

Wohnbeihilfen sind laufende Zuschüsse für Wohnungsinhaber, die die ständigen Wohnkosten (Miete, Baurate, Nutzungsentgelt, Rückzahlungsrate des Eigenmittelersatzdarlehens oder Rückzahlungsrate des Verbesserungskredites) auf Grund ihres geringen Einkommens aus eigenem nicht tragen können.

Die Gewährung einer Wohnbeihilfe kann nur in der Höhe erfolgen, die sich aus dem Unterschied zwischen zumutbarem und anrechenbarem Wohnungsaufwand ergibt. Sie darf die Höhe des zu leistenden Annuitätendienstes bzw. des Hauptmietzinses nicht übersteigen. Die Bewilligung ist von der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und einer angemessenen Nutzfläche abhängig. Die Wohnbeihilfe gibt es nur für jene Personen, die Hauptmieter, Eigentümer oder Nutzungsberechtigte einer aus Mitteln des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, des Wohnungsverbesserungsgesetzes oder des Wiener Wohnbaufonds geförderten bzw. einer nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 verbesserten Wohnung sind.

Der Antrag auf Gewährung einer Wohnbeihilfe ist unter Verwendung des hiefür aufgelegten Formblattes und unter Anschluß der in diesem Formblatt angeführten Nachweise über die Voraussetzungen an die MA 50, Referat Stundung, 1, Doblhoffgasse 6, Parterre (Parteienverkehr Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr, Tel. 42 8 00*, 3301, 3302, 3307, 3332, 3338, 3383, 3335), zu richten. Er darf frühestens drei Monate vor Bezugsfertigstellung der Baulichkeit eingebracht werden. Die Beratungsstelle für Wohnbeihilfenwerber befindet sich ebenfalls in 1, Doblhoffgasse 6, Parterre, geöffnet Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr.

Mietzinsbeihilfen

Zugleich mit der Novelle zum Mietengesetz, BGBl. Nr. 409/1974, wurde durch eine Novelle zum Einkommensteuergesetz der § 106a eingeführt. Nach dieser Bestimmung gewährt das örtlich zuständige Finanzamt eine Mietzinsbeihilfe, auf die ein gesetzlicher Anspruch besteht, unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß eine Mietzinserhöhung gemäß § 7 des Mietengesetzes bzw. gemäß § 2 des Zinsstoppgesetzes für die Durchführung von ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten vorliegen. Die Mietzinserhöhung muß *mehr* als das Vierfache des gesetzlichen Mietzinses betragen, d. h. die vierfache Erhöhung muß jeder Mieter selbst bezahlen und die Differenz zum Mehrbetrag erhält er, wenn sein Einkommen folgende Grenzen nicht übersteigt: für eine Person 60.000 S jährlich, für zwei Personen 77.000 S jährlich; für jede weitere Person erhöhen sich die vorgenannten Grenzen um je 5.000 S jährlich.

Das Formular für diese Mietzinsbeihilfe ist beim örtlich zuständigen Finanzamt in zweifacher Ausfertigung zu holen, und es ist von jener Stelle auszufüllen, die die rechtskräftige Entscheidung gemäß § 7 des Mietengesetzes bzw. § 2 des Zinsstoppgesetzes gefällt hat. Diese Stellen sind entweder das örtlich zuständige magistratische Bezirksamt bei Entscheidungen gemäß § 7 des Mietengesetzes, die MA 50 – Zentrale Schlichtungsstelle in 1, Bartensteingasse 9, 1. Stock, Tür 104, bei Entscheidungen gemäß § 2 des Zinsstoppgesetzes oder, wenn das Gericht angerufen wurde, das zuständige Bezirksgericht.

Für jene Fälle, bei denen eine Mietzinserhöhung vor dem 1. August 1974 bewilligt wurde, gilt folgendes (wenn beispielsweise ein Mieter erst jetzt eine solche Wohnung bezieht):

Die Mietzinsbeihilfe der Gemeinde Wien ist für sogenannte „Altwohnungen" vorgesehen, wenn der Hauptmietzins gemäß § 7 Mietengesetz rechtskräftig nach dem 20. Dezember 1967 auf mehr als das Sechsfache erhöht wurde. Wenn aber für das betreffende Haus von der Stadt Wien bereits ein zinsenfreies Instandhaltungsdarlehen gewährt wurde, das noch nicht zur Gänze zurückgezahlt ist, wird keine Mietzinsbeihilfe gegeben. Die Gewährung ist auch von dem Familieneinkommen, dem Familienstand und der Anzahl der bewohnten Räume abhängig.

Für die Behandlung von Anträgen auf Gewährung der Mietzinsbeihilfe ist die MA 12, Referat Soziale Mietzinsbeihilfen, 1, Schottenring 24 (Parteienverkehr Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr, Tel. 66 14*, 244), zuständig.

Außerdem besteht in gewissen Einzelfällen noch die Möglichkeit, Beihilfen vom Sozialreferat der MA 12, das sich in den örtlich zuständigen magistratischen Bezirksämtern befindet, zu erhalten, wobei vorher mündlich vorzusprechen wäre.

Genossenschaftswohnungen

Die Gemeinde Wien hat in 1, Doblhoffgasse 6, das „Wohnungsberatungszentrum" (W.B.Z.) eingerichtet.

Aufgabe des W.B.Z. ist es, der wohnungssuchenden Bevölkerung einen Überblick über den öffentlich geförderten Wohnungsmarkt zu geben. Die im W.B.Z. aufliegenden Programme befassen sich grundsätzlich nur mit bereits förderungsmäßig zugesicherten und in Bau befindlichen Projekten. Der Wohnungssuchende erhält hier alle Angaben, wie Örtlichkeit, Beschaffenheit, Bezugstermin, Höhe der Eigenmittelaufbringung sowie die monatlichen Belastungen.

Die im W.B.Z. aufliegenden Bauvorhaben beinhalten jene Wohnungen, die entsprechend den Förderungsbestimmungen der Wiener Landesregierung der MA 50 zur Verfügung gestellt werden müssen.

Ferner hat die Stadt Wien im Rahmen des W.B.Z. auch eine Kreditberatungsstelle eingerichet, die dem Wohnungsinteressenten alle Möglichkeiten der Finanzierung seiner gewünschten Wohnung aufzeigt. Es besteht sogar die Möglichkeit, bei der Kreditberatungsstelle (Betreuung erfolgt durch die „Z") um die zinsenlosen Kredite im Rahmen der Wohnbauförderung einzureichen.

Die Dienststunden im W.B.Z. sind Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr.

Rückzahlung von Finanzierungsbeiträgen (Eigenmitteln)

Gibt ein Mieter oder Nutzungsberechtigter einer gemeinnützigen Bauvereinigung eine Wohnung, für die er anläßlich des Bezuges neben dem Mietzins oder Nutzungsentgelt Eigenmittel (Grund- und Baukostenanteile) geleistet hat, auf, hat er gemäß § 17 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes 1979 Anspruch auf Rückzahlung eines Betrages, der sich wie folgt errechnet:

Die ursprünglich geleisteten Eigenmittel werden um 2% pro Jahr vermindert (Abschreibung, in der Praxis auch als „Verwohnung" bezeichnet) und der verminderte Betrag sodann nach dem Verbraucherpreisindex 1976 bzw. den entsprechenden vorangegangenen Indizes (Kleinhandelspreise 1938, Verbraucherpreise 1958 bzw. 1966) aufgewertet.

Der ausscheidende Mieter oder Nutzungsberechtigte hat zunächst gegenüber der Bauvereinigung binnen acht Wochen nach Räumung der Wohnung Anspruch auf Auszahlung des abgewerteten Betrages. Gleichzeitig darf binnen drei Monaten nach Räumung ein neuer Miet- oder Nutzungsvertrag nur unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, daß vom neuen Mieter der aufgewertete Betrag bezahlt wird. Kommt es innerhalb der ersten drei Monate zu keinem Vertragsabschluß, hat der Ausscheidende für weitere drei Monate die Möglichkeit, selbst zu diesen Bedingungen einen neuen Mieter zu suchen und diesen der Bauvereinigung vorzuschlagen. Die Bauvereinigung kann den Vorgeschlagenen nur aus triftigen Gründen oder dann ablehnen, falls sie mit einer anderen Person einen Vertrag abschließt.

Zur Feststellung des zurückzuzahlenden Betrages kann im Streitfall ein Antrag bei der MA 50 – Zentrale Schlichtungsstelle, 8, Buchfeldgasse 6, 2. Stock, eingebracht werden.

Wohnbauförderungsgesetz 1968

Nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der geltenden Fassung besteht die Förderung in Gewährung eines mit 0,5% verzinslichen Darlehens mit 50jähriger Laufzeit im Ausmaß von 45 bzw. 50% der Gesamtbaukosten und in Gewährung eines Annuitätenzuschusses für ein weiteres Bankdarlehen gleichfalls bis zu 45% der Gesamtbaukosten. Für die Errichtung von Eigenheimen wird das Landesdarlehen mit einem Fixbetrag von 250.000 S pro Wohneinheit und zusätzlich 20.000 S für jedes im Haushalt lebende Kind gewährt.

10 bzw. 5% der Gesamtbaukosten, wofür bei zu niedrigem Einkommen ein zinsenfreies Eigenmittelersatzdarlehen angesprochen werden kann, sowie allfällige Grundkostenanteile hat der Förderungswerber selbst zu tragen.

Gefördert wird die Errichtung von Eigenheimen und von Wohnungen bis zu einem Gesamtausmaß von grundsätzlich 130 m² Wohnnutzfläche durch Neubau, Auf-, Zu- oder Einbauten in bestehenden Baulichkeiten und Umbau in verbesserungswürdigen bzw. denkmalgeschützten Baulichkeiten.

Die gleichen Förderungsmaßnahmen gelten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 auch für „Verbesserungen größeren Umfanges" in verbesserungswürdigen Baulichkeiten. Voraussetzungen sind hiefür, daß die Baugenehmigung vor dem 1. Juli 1948 (1. Jänner 1968 bzw. 1. Jänner 1974 bei energiesparenden Maßnahmen) erteilt wurde, mindestens zwei Drittel der Gesamtnutzfläche Wohnzwecken dienen und mindestens die Hälfte der darin befindlichen Wohnungen nicht größer als jeweils 150 m² sind. Arbeiten, die der ordnungsgemäßen Erhaltung der Baulichkeiten dienen, können im Rahmen der Wohnbauförderung nicht finanziert werden.

Als Verbesserungen größeren Umfanges sind solche zu verstehen, deren veranschlagte Gesamtkosten je m² mindestens 25%, jedoch nicht mehr als 80% der zur Errichtung von Neubauwohnungen notwendigen angemessenen Gesamtbaukosten betragen.

Als Verbesserungsmaßnahmen gelten die Errichtung, Ausgestaltung und Umgestaltung von Gemeinschaftsanlagen, wie zentrale Waschküchen, Zentralheizungen, Personenaufzüge, der Anschluß an zentrale Wärmeversorgungsanlagen, die Errichtung oder Umgestaltung von Wasser-, Licht- und Gasleitungen und Beheizungsanlagen, die Vereinigung, Teilung sowie Änderung der Grundrißgestaltung von Wohnungen sowie Arbeiten, die der Erhöhung des Schall- und Wärmeschutzes dienen.

Mit dem Bau und mit den Verbesserungsarbeiten darf nicht vor schriftlicher Darlehenszusicherung begonnen werden.

Bei geringem Einkommen können Wohnbeihilfen in Anspruch genommen werden.

Darlehenswerber können Gemeinden, gemeinnützige Bauvereinigungen, andere juristische Personen und natürliche Personen sein, sofern sie hinsichtlich der Liegenschaft oder Baulichkeit Eigentümer, Wohnungseigentümer oder Bauberechtigte sind.

Die MA 50 ist Geschäftsstelle des Landeswohnbauförderungsbeirates für Wien.

Genaue Informationen erhält man bei der MA 50, 1, Doblhoffgasse 6, 1. Stock, Tel. 42 8 00*, 3387, 3392, 3395, 3396, 3398, 3399, 3319, 3390. Antragsformulare sind in der vorgenannten Dienststelle oder in der Drucksortenstelle des Rathauses, 7. Stiege, Hochparterre, erhältlich.

Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke

Die Stadt Wien fördert den Ausbau von Dachböden zur Schaffung von Wohnungen durch Gewährung von nicht rückzahlbaren Baukostenzuschüssen in der Höhe von maximal 20% der angemessenen Baukosten und durch Übernahme der Bürgschaft für die zur Finanzierung des Bauvorhabens bei Kreditinstituten aufzunehmenden Darlehen. Förderungswerber im Rahmen dieser mit Gemeinderatsbeschluß vom 16. Dezember 1976, Pr. Z. 4426, geschaffenen Aktion können physische eigenberechtigte Personen österreichischer Staatsbürgerschaft und juristische Personen mit Sitz im Inland sein, die hinsichtlich der zu errichtenden Wohnung das Miet- oder Nutzungsrecht bzw. Wohnungseigentum erwerben. Besteht die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer anderen öffentlichen Förderungsaktion (insbesondere Wohnbauförderung 1968), so findet diese Förderung keine Anwendung. Merkblätter, Antragsformulare und nähere Auskünfte sind in der MA 50, 1, Doblhoffgasse 6, erhältlich.

Privater Wohnungsmarkt

Bei Inanspruchnahme des privaten Wohnungsmarktes ist zu beachten, daß mit dem Inkrafttreten des Mietrechtsän-

derungsgesetzes (1. Jänner 1968) Vereinbarungen zwischen dem Hauseigentümer und dem Hauptmieter über die Höhe des Mietzinses zulässig sind (freie Mietzinsbildung). Ausgenommen hievon sind nur die mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wiederhergestellten Mietwohnungen und sonstige Wohnungen mit gebundenen Mietzinsen (z. B. mit Hilfe der Wohnbauförderung 1954, Wohnbauförderung 1968 oder des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds errichtete Mietwohnungen).

Eine freie Mietzinsvereinbarung bei Neuvermietungen ist ab 1. August 1974 aber nur möglich, wenn Wasserentnahme und Abort in der Wohnung sind. Bei Nichtzutreffen ist im Fall einer Neuvermietung nach dem 1. August 1974 nur die Vereinbarung eines Hauptmietzinses von höchstens 4 S pro m² zulässig.

Für solche schlecht ausgestatteten Wohnungen (sogenannten Substandardwohnungen), die am 1. August 1974 vermietet sind, friert der Hauptmietzins in der am 1. August 1974 zulässigen Höhe ein, bzw. kann er bei Vorhandensein einer Indexklausel nur bis höchstens 4 S pro m² erhöht werden.

Mietwohnungen

Bei Mietwohnungen ist zu beachten, wann diese Wohnung errichtet und aus welchen Mitteln sie gebaut wurde; danach ergeben sich verschiedene Gruppen, die mietrechtlich verschieden zu behandeln sind.

Mieterschutzwohnungen

Für Wohnungen in vor dem Jahr 1917 gebauten Häusern beträgt die Höhe des gesetzlichen Zinses 1 S pro Friedenskrone 1914. Es ist aber bei der Neuvermietung, wenn die Wohnung binnen sechs Monaten nach Räumung durch den früheren Mieter vermietet wird, und bei einer Dauer des Mietverhältnisses von mehr als sechs Monaten eine freie Zinsvereinbarung zwischen dem Hauseigentümer und dem Mieter möglich. Der Kündigungsschutz des Mietengesetzes ist gegeben. Der Mieter kann sein Mietrecht an eintrittsberechtigte Personen im gemeinsamen Haushalt weitergeben, er hat dies nur dem Vermieter anzuzeigen. Nach seinem Tod treten diese Angehörigen (auch der Lebensgefährte), ohne daß es einer Anzeige an den Vermieter bedarf, in den Mietvertrag ein. Für eine Übertragung des Mietrechtes an andere Personen benötigt er die Zustimmung des Vermieters.

Zinsstoppwohnungen

Für alle Wohnungen in Häusern, die nach dem Jahr 1917 gebaut wurden, war ursprünglich die Höhe des Zinses nicht geregelt. Durch Verordnung im Jahr 1939 und das Zinsstoppgesetz des Jahres 1954 ist nun der Zins gesetzlich festgelegt. Es ist aber bei der Neuvermietung, wenn die Wohnung binnen sechs Monaten nach Räumung durch den früheren Mieter vermietet wird, und bei einer Dauer des Mietverhältnisses von mehr als sechs Monaten eine freie Zinsvereinbarung zwischen dem Hauseigentümer und dem Mieter möglich. Es gilt auch der Kündigungsschutz des Mietengesetzes.

Auch hier sind freie Mietzinsvereinbarungen bei Neuvermietungen ab 1. August 1974 nur mehr bei Wohnungen zulässig, die Wasserentnahme und Abort in der Wohnung besitzen. Bei allen anderen Wohnungen (sog. Substandardwohnungen) ist nur ein Hauptmietzins von höchstens 4 S pro m² zulässig.

Für bereits am 1. August 1974 vermietete Wohnungen friert der Mietzins in der an diesem Tag zulässigen Höhe ein, bzw. kann er bei Vorhandensein einer Indexklausel nur bis höchstens 4 S pro m² erhöht werden.

Wiederaufbauwohnungen

Soweit kriegszerstörte oder -beschädigte Wohnungen aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wiederhergestellt wurden, unterliegen sie gesetzlichen Zinsbeschränkungen sowie dem Kündigungsschutz des Mietengesetzes. Hier sind bis zur Rückzahlung des Wohnhaus-Wiederaufbaufondsdarlehens keine freien Mietzinsvereinbarungen möglich.

Mietwohnungen, die nach dem Jahr 1954 errichtet wurden

Hier gibt es wohl keine Vorschriften über die Höhe des Zinses, doch für alle vor dem Jahr 1968 fertiggestellten Wohnungen gilt der Kündigungsschutz des Mietengesetzes. Zinsbeschränkungen sind nur jene Wohnungen unterworfen, die mit öffentlichen Mitteln errichtet worden sind.

Mietwohnungen, die ab dem Jahr 1968 erbaut wurden

Für diese Wohnungen, sofern sie ohne öffentliche Mittel errichtet wurden, gibt es keine Vorschriften über Zinshöhe und keinen Kündigungsschutz. Bei Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln errichtet wurden, bestehen Vorschriften über die Höhe des Zinses, und sie unterliegen auch dem Kündigungsschutz.

Rechtsauskünfte in Mietrechtsangelegenheiten

Diese Auskünfte erhält man in der MA 50, 8, Buchfeldgasse 6, 2. Stock, Parteienverkehr Dienstag und Freitag von 8 bis 12 Uhr, Tel. 43 89 61/22, 31, 21.

Wie tausche ich meine Wohnung (Privat- oder Gemeindewohnung)?

Nach der derzeitigen Rechtslage ist ein Wohnungstausch nur mit Zustimmung der Hauseigentümer möglich.

Mieter von Gemeindewohnungen können bei Vorliegen triftiger Gründe die Wohnungen tauschen. Die Tauschpartner haben das beim zuständigen Hausinspektor aufliegende Formular auszufüllen und es zur Genehmigung der Städtischen Wohnhäuserverwaltung, 1, Doblhoffgasse 6, einzusenden.

Wenn einer der Tauschpartner Mieter in einem Privathaus ist, kann das Tauschansuchen erst dann behandelt werden, wenn der Eigentümer des Privathauses das Tauschformular mitunterfertigt hat. Bei einem Tausch einer Privatwohnung darf nicht übersehen werden, daß sich damit dem privaten Hauseigentümer die Möglichkeit der freien Mietzinsbildung eröffnet.

Hinsichtlich der eventuell bestehenden Verpflichtung zur Entrichtung eines Baukostenbeitrages für die Tauschwohnung wird das Zentralreferat der MA 52 in jedem konkreten Fall Auskunft geben.

Wie finde ich einen Tauschpartner?

Für alle jene Parteien, die aus irgendeinem Grund ihre Wohnung zu tauschen wünschen und noch keinen Tauschpartner haben, gibt die Stadt Wien als Beiblatt zum Amtsblatt „Stadt Wien" den „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" heraus, der das Auffinden geeigneter Partner ermöglicht.

Die Einrichtung des „Amtlichen Wohnungstauschanzeigers", der sich seit Jahren bei der Bevölkerung bestens bewährt hat, bietet hiezu die aussichtsreichsten Möglichkeiten. Jeder Interessent erwirbt schon durch eine einzige Einschaltung Anspruch auf dreimalige Aufnahme seines Angebotes im Abstand von sechs Wochen, also insgesamt während eines Zeitraumes von viereinhalb Monaten. Hiezu

kommt noch die Zusendung der drei aufeinanderfolgenden Nummern des „Amtlichen Wohnungstauschanzeigers". Das Tauschangebot ist daher nicht auf eine einzige Einschaltung beschränkt, und es können innerhalb jener langen Zeitspanne mehrere Tauschwohnungen ausfindig gemacht werden. Auch kann der Leser des „Amtlichen Wohnungstauschanzeigers" alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die sich ihm bieten, wie z. B.: Tausch von einer Wohnung auf zwei Kleinwohnungen und umgekehrt, Tausch von Dienstwohnungen, Eigentumswohnungen und Wohnungen in Siedlungshäusern in Wien, von und nach den Bundesländern, Ringtausch, wenn mehrere Wohnungsinhaber untereinander tauschen usw.

Viele Tauschwerber sind der irrigen Meinung, daß eine Einschaltung erfolglos bleiben muß, da doch nach ihrer Ansicht alle Bewerber, die im Tauschanzeiger aufscheinen, eine größere oder bessere Wohnung haben wollen. Tatsache ist, daß in den meisten Fällen jene Tauschwerber, die eine kleinere Wohnung anstreben, meistens ältere Leute, den Betrag für die Einschaltung nicht oder nur sehr schwer aufbringen können oder Angst vor dem Zulauf der Tauschlustigen haben, die auf Grund des Tauschangebotes die Wohnung besichtigen wollen. Sie lassen daher ihre Tauschabsicht nicht im Tauschanzeiger veröffentlichen und beschränken sich darauf, nur die Zeitung zu kaufen, um sich so die Wohnung auszuwählen, die sie anstreben. Dasselbe trifft beim Tausch Privatwohnungen gegen Hauswartwohnungen und umgekehrt zu.

Für jeden, der eine Veränderung seiner Wohnverhältnisse herbeiführen will, erscheint eine Einschaltung im „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" überaus zweckmäßig, um breiteren Interessentenkreisen bekanntzuwerden und auf diese Weise zu einer rascheren Lösung seines Wohnungsproblems zu gelangen.

Wie soll eine Tauschanzeige beschaffen sein?

Der „Amtliche Wohnungstauschanzeiger" enthält Einschaltungen von Personen, die ihre Wohnung innerhalb von Wien, aber auch von Wien in die Bundesländer und umgekehrt, tauschen wollen.

Die Einschaltungen sind übersichtlich nach den einzelnen Bezirken und innerhalb der Bezirke nach Wohnungsgrößen geordnet. Die Rubriken „Hauswartwohnung für Mietwohnung", „Mietwohnung für Hauswartwohnung", „Tauschangebote von Wien in die Bundesländer" und „Tauschangebote aus den Bundesländern nach Wien" sollen das rasche Auffinden des geeigneten Tauschpartners ermöglichen.

In der ersten Spalte wird die angebotene Wohnung angeführt. Das wichtigste Gebot bei der Einschaltung ist die wahrheitsgetreue Angabe aller Tatsachen, die das vorhandene Tauschobjekt betreffen. Der Interessent soll sich auf Grund des Tauschangebotes bereits ein ungefähres Bild über Zustand, Größe und Beschaffenheit der angezeigten Tauschwohnung machen können. Es wird dadurch vermieden, daß die Tauschwerber unnötig Zeit und Fahrtspesen für die Besichtigung der Tauschwohnung vergeuden. Der Leser soll aus der Anzeige schon entscheiden können, ob eine genaue Erkundigung und Besichtigung der Tauschwohnung überhaupt auf Grund der eigenen Wünsche in Frage kommt. Entspricht die angekündigte Wohnung den Vorstellungen des Interessenten, so soll dieser auf einfachste Art mit dem Tauschwerber in Verbindung treten können. Postlagernde Zuschriften und die Möglichkeit einer Besichtigung nach schriftlicher Verständigung soll daher nur in jenen Fällen angewendet werden, wo wirklich zwingende Notwendigkeiten eine solche verzögernde Fühlungnahme rechtfertigen. Das wird beispielsweise dann der Fall sein, wenn der Hauptmieter infolge seiner unregelmäßigen Berufsausübung nicht angeben kann, wann er in seiner Wohnung anzutreffen ist.

Die Tauschanzeige soll daher außer dem Namen und der Anschrift des Hauptmieters noch folgende Hinweise enthalten:

1. Größe der Tauschwohnung.
2. Angabe der Nebenräume:

Z. B. Vorzimmer, Badezimmer, Badenische, Kammer, Abstellraum, Erker, Balkon, Loggia usw.

3. Lage der Tauschwohnung:

Gassenseitig, kein Gegenüber, freie Aussicht und Bezeichnung des Stockwerkes.

4. Beschaffenheit der Tauschwohnung:

Parkettboden, gekachelte Kochnische, Terrazzoboden, Warmwasserspeicher, Telefonanschluß, Kachelofen, elektrischer Herd usw.

5. Gemeindebau, Gemeindealtbau, Gemeindesiedlung, Privathaus.
6. Besichtigungsmöglichkeit:

Angabe der Besichtigungszeit, telefonische Verständigung, schriftliche Verständigung, postlagernde Zuschriften.

7. Angabe des Gesamtzinses:

Um sich über die finanzielle Frage der Zinsleistung ein richtiges Bild machen zu können, soll nicht der Grundzins, sondern die Gesamtleistung angegeben werden, das ist Grundzins plus öffentliche Abgaben plus Betriebskosten. Das Reinigungsgeld ist in diesen Betrag nicht einzurechnen.

8. Sonstige Angaben:

Nur wenn sie mit der Wohnung in sinngemäßer Verbindung stehen, z. B. Siedlungshaus mit Obstgarten, 200 m², Zentralwaschküche, Bad im Haus, Nähe Westbahnhof, Nähe Schönbrunn usw. . . .

Alle anderen Einschaltungswünsche, die nicht mit der Deklaration der Wohnung in Einklang stehen, wie insbesondere „Wertausgleich", „Ablöse und Übersiedlungskosten werden ersetzt", können nicht berücksichtigt werden. Auch die Ankündigung, daß Gas und elektrisches Licht installiert sei, wird nur bei Wohnungen, die sich in den Bundesländern befinden, Berechtigung haben, da in Wien kaum eine Wohnung ohne diese Voraussetzung tauschfähig sein wird.

In der zweiten Spalte soll die gewünschte Tauschwohnung aufscheinen. Hier soll die Wohnungsgröße, der gewünschte Bezirk und die Stockhöhe der angestrebten Tauschwohnung angegeben werden. Im Gegensatz zur linken Rubrik, die präzise Angaben enthalten soll, wird die gewünschte Wohnung weniger detailliert anzuführen sein, es sollen jedoch die unbedingten Erfordernisse, um derentwillen ein Tausch angestrebt wird, hervorgehoben werden.

Erst durch die Ankündigung des Tauschwunsches besteht die Möglichkeit, daß ein Interessent dem Tauschangebot nähertreten kann. Je mehr Angebote und Zuschriften auf Grund der Veröffentlichung einlangen, desto größer wird die Auswahl der in Frage kommenden Tauschwohnungen sein und desto vollkommener wird sich die Vorstellung der zu erwerbenden Tauschwohnung realisieren lassen. Gerade aber für eine Wohnungsvergrößerung ist die Einschaltung unerläßlich, da diese ja die Auswahl für jene Hauptmieter bedeutet, die eine Wohnungsverkleinerung vornehmen wollen.

Änderungen des Wortlautes einer Tauschanzeige innerhalb einer dreimaligen Einschaltung können aus drucktechnischen Gründen nicht vorgenommen werden.

Wie treten die Tauschpartner in Verbindung?

Findet der Tauschwillige im „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" ein Tauschansuchen, das seinen Wünschen entspricht, dann soll er sich *sofort* mit dem Tauschwerber in

Verbindung setzen, dessen Wohnung besichtigen sowie ihm Gelegenheit geben, auch seine eigene Wohnung in Augenschein zu nehmen. Eine genaue Prüfung der zum Tausch vorgesehenen Wohnung vermeidet nachträgliche Enttäuschungen.

Mitunter können nicht alle Wünsche in bezug auf Größe, Beschaffenheit u. a. der gewünschten Wohnung durch den Tausch von zwei Wohnungen erfüllt werden. Da ergibt sich aber die Möglichkeit, durch einen Ringtausch, bei dem mehrere Tauschwerber in Erscheinung treten, das Tauschvorhaben einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Für die Einschaltung, die in drei fortlaufend erscheinenden Nummern im „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" erfolgt, und die Zusendung dieser drei Nummern ist eine Gebühr von 59,50 S zu erlegen. Dieser Betrag kann auch mittels eines Zahlscheines der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien mit Kontonummer 696 202 605 überwiesen werden. In der Rubrik „Empfänger" ist einzusetzen: Stadt Wien – Pressedienst, Rathaus. In der Rubrik „Verwendungszweck" ist einzusetzen: MA 50, Amtlicher Wohnungstauschanzeiger.

Wo kann der Wohnungstauschanzeiger bezogen werden?

Der „Amtliche Wohnungstauschanzeiger" ist im Wohnungstauschreferat der MA 50, 1, Doblhoffgasse 6, 1. Stock, Tür 166, in den Bezirksstellen des Wohnungsamtes und in den Trafiken zum Preis von 3 S erhältlich. Um den Tauschwerbern die Beschaffung des „Amtlichen Wohnungstauschanzeigers" zu erleichtern und gleichzeitig den Interessenten die regelmäßige Zustellung zu gewährleisten, ist der Bezug auch im Abonnement möglich. Nach Erlag oder Überweisung von 9 S plus 10,50 S Postgebühr = 19.50 S mittels eines Zahlscheines der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien mit Kontonummer 696 202 605 werden die jeweils laufende Nummer und die zwei folgenden Nummern des „Amtlichen Wohnungstauschanzeigers" durch Postzustellung den Abonnenten übermittelt. Hiedurch wird insbesondere den Tauschinteressenten außerhalb Wiens die rechtzeitige Zustellung gewährleistet.

Wo kann die Einschaltung in den „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" vorgenommen werden?

Die Einschaltung in den „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" kann Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr im Wohnungstauschreferat, MA 50, 1, Doblhoffgasse 6, 1. Stock, Tür 166, oder telefonisch unter Tel. 42 8 00*, 850, veranlaßt werden. Diese Dienststelle gibt auch über alle Fragen, die mit dem Wohnungstausch zusammenhängen, Auskünfte. Überdies werden Tauschanzeigen auch in den Außenstellen des Wohnungsamtes in den Bezirken (Dienstag und Freitag von 8 bis 13 Uhr) entgegengenommen.

Wer kann eine Wiederaufbauwohnung mieten?

Wohnungen, die unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds im wesentlich gleichen Umfang wie vor der Kriegseinwirkung wiederhergestellt wurden, können nur von demjenigen gemietet werden, der im Zeitpunkt der Kriegseinwirkung deren Hauptmieter war. Ist er seither verstorben, so geht das Anrecht auf die Miete (sog. Optionsrecht) auf die nach dem Mietengesetz eintrittsberechtigten Personen über; hiezu zählen sein überlebender Ehegatte, seine Verwandten in gerader Linie einschließlich der Wahlkinder oder seine Geschwister, vorausgesetzt jedoch, daß diese Personen schon zum Zeitpunkt der Kriegseinwirkung mit ihm im gemeinsamen Haushalt in der Wohnung gewohnt haben. Wurde jedoch die Wohnung nicht im wesentlich gleichen Umfang wiederhergestellt oder durch Aufstockung des Hauses neu geschaffen, so wird nur derjenige Mieter der Wohnung, dem sie von der Gemeinde (in Wien MA 50) rechtskräftig zugewiesen wurde. Hiefür kommt in erster Linie nur in Betracht, wer seine Wohnung durch Kriegseinwirkung verloren hat, es sei denn, daß er bereits Mieter (Inhaber) einer Wohnung oder Inhaber eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung ist, die unter Berücksichtigung der allgemeinen Wohnverhältnisse des Familienstandes, der beruflichen und sonstigen besonderen persönlichen Verhältnisse seiner Person und der zu seinem Hausstand gehörigen Personen entspricht. Wenn aber kein sog. Ausgebombter die Wohnung annimmt, hat die Gemeinde dem Hauseigentümer unverzüglich nach Ablauf der Zuweisungsfrist nachweislich mitzuteilen, daß sie die Wohnung nicht zuweisen kann. Der Hauseigentümer hat hierauf das Recht, die Wohnung einem nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 lit. a, b und c bzw. § 1 Abs. 2 lit. a und b des Neuvermietungsgesetzes, BGBl. Nr. 225/1956, vorgemerkten Wohnungssuchenden (also einem wegen Obdachlosigkeit oder wegen drohender Obdachlosigkeit, wegen Überbelages, wegen Gesundheitsschädlichkeit Vorgemerkten oder bei Ehepaaren nach mindestens einjähriger Dauer der Ehe, wenn die Ehepartner keinen gemeinsamen Haushalt führen können), binnen drei Wochen nach Erhalt der Mitteilung zu vermieten. Kann auch der Hauseigentümer die Wohnung innerhalb dieser Frist nicht vermieten, kann die Gemeinde sie einem vorgemerkten Wohnungssuchenden binnen längstens drei weiteren Wochen nach Erstattung eines sog. Fünfervorschlages (§ 6 Abs. 4 und 5 NVG.) zuweisen. Wenn auch dies nicht möglich ist, kann der Hauseigentümer nach Ablauf dieser Frist über die Wohnung frei verfügen (§ 8 NVG.).

Unrechtmäßige Bezieher einer mit Fondsmitteln wiederaufgebauten Wohnung müssen, abgesehen von dem verlorengegangenen Geldaufwand für gegebenenfalls durchgeführte Investitionen, nicht nur mit der zwangsweisen Räumung ohne Beistellung eines Ersatzquartiers, sondern auch, neben dem Hauseigentümer, mit einer empfindlichen Bestrafung rechnen.

Förderungsmaßnahmen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 22. Oktober 1969, BGBl. Nr. 426, zuletzt novelliert im BGBl. Nr. 337/1978, werden durch das Land Wien Verbesserungen an „verbesserungswürdigen" Wohnhäusern und in Klein- und Mittelwohnungen, sofern die baubehördliche Baubewilligung grundsätzlich vor dem 1. Juli 1948 (allenfalls 1. Jänner 1968) erteilt wurde, gefördert. Als Förderungswerber können der Eigentümer (bzw. Miteigentümer), der Wohnungseigentümer, der Bauberechtigte und der Mieter auftreten. Voraussetzung für die Gewährung von Förderungsmaßnahmen ist, daß sich die Baulichkeit in einem guten Zustand befindet und daß es sich um Klein- bzw. Mittelwohnungen bis zu einem Höchstausmaß von 150 m² handelt. Ferner muß die Baulichkeit ganzjährig bewohnbar und auch tatsächlich bewohnt sein.

Als Verbesserungen werden insbesondere die Errichtung oder die Ausgestaltung sowie Umgestaltung von Gemeinschaftsanlagen (z. B. Zentralheizungen, Personenaufzüge, zentrale Waschküchen, Anschluß an zentrale Wärmeversorgungsanlagen usw.), ferner in Einzelwohnungen die Errichtung oder die Umgestaltung von Wasserleitungs-, Lichtleitungs-, Gasleitungs-, Beheizungs- und sani-

tären Anlagen in normaler Ausstattung sowie Arbeiten, die der Erhöhung des Schall- und Wärmeschutzes oder der Verminderung des Energieverbrauches und des Energieverlustes von Zentralheizungs- und Warmwasseranlagen dienen, angesehen. Als Verbesserungen gelten auch die Vereinigung zweier oder mehrerer Kleinwohnungen zu einer normal ausgestatteten Klein- oder Mittelwohnung und die Teilung von Wohnungen in normal ausgestattete Klein- oder Mittelwohnungen sowie Änderung der Grundrißgestaltung zur Schaffung von Klein- oder Mittelwohnungen in normaler Ausstattung, desgleichen Maßnahmen, die den Wohnbedürfnissen von Behinderten und alten Menschen dienen. Die Förderung von energiesparenden Maßnahmen ist an Objekten mit einer behördlichen Baubewilligung vor dem 1. Jänner 1974 zulässig, die Förderung des Anschlusses von Zentralheizungsanlagen an Fernwärme auch in noch jüngeren Objekten.

Nicht gefördert werden Arbeiten zur Instandhaltung von Baulichkeiten. Vor Zusicherung der Förderungsmaßnahmen bzw. vor ausdrücklicher Erlaubnis durch die Fondsverwaltung darf mit den Verbesserungsarbeiten nicht begonnen werden.

Die Förderung besteht in der Gewährung von Annuitätenzuschüssen durch das Land Wien zur Tilgung von Darlehen, die bei Kreditunternehmen und Bausparkassen aufgenommen wurden. Der jährliche Zinsfuß darf nicht höher als 2½ v. H. über der im Zeitpunkt der Zusicherung bestehenden Nominalverzinsung der dem Zeitpunkt der Zusicherung unmittelbar vorangegangenen zur Zeichnung aufgelegten öffentlichen Anleihe liegen, die Dauer der Laufzeit nicht mehr als zwölf und nicht weniger als zehn Jahre betragen. Die Zuschußleistung des Landes beträgt 40 v. H. der Annuität.

Liegen die Gesamtbaukosten der Verbesserung je m² unter 25 v. H. der für die Neuerrichtung einer Wohnung festgesetzten angemessenen Gesamtbaukosten oder kann der Eigentümer eine der allgemeinen Voraussetzungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 nicht erfüllen, so besteht wie für Mieter die Möglichkeit einer Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. In keinem Fall dürfen die Kosten das Limit von 80 v. H. der festgesetzten angemessenen Gesamtbaukosten für die Neuerrichtung einer Wohnung überschreiten.

Im Rahmen des Wohnungsberatungszentrums in 1, Doblhoffgasse 6, ist eine Auskunftsstelle über Verbesserungsfragen eingerichtet, bei der auch Anträge um Wohnungsverbesserung eingebracht werden können. Merkblätter und Antragsformulare sind bei der MA 50 sowie in der Drucksortenstelle des Rathauses, 7. Stiege, Hochparterre, erhältlich.

Wissenswertes für Mieter von Gemeindewohnungen

Mietvertrag

Die Städtische Wohnhäuserverwaltung (MA 52) schließt mit den Personen, die vom Wohnungsamt (MA 50) eine Zuweisung für eine städtische Wohnung erhalten haben, einen Mietvertrag ab.

Als Bestandteil dieses Vertrages gilt auch die

Hausordnung

Sie ist in jedem städtischen Wohnhaus angeschlagen. Die Nichtbeachtung der Hausordnung kann ebenso wie die Verletzung des Mietvertrages zur Auflösung des Mietverhältnisses führen.

Pflege der neuerrichteten Wohnung

Die bei Neubauten unvermeidliche Mauerfeuchtigkeit soll durch Heizen (Ausheizen der Wohnung) und gründliches Lüften beseitigt werden, weil sonst die im Raum befindlichen Holzfußböden und Möbel das Wasser aufnehmen und Schaden erleiden.

Zentralheizung

Viele städtische Wohnungen haben Zentralheizung. Die Heizungskosten werden entweder mit der monatlichen Miete in Form einer Vorauszahlung oder direkt durch die Heizbetriebe Wien Ges. m. b. H. zur Vorschreibung gebracht. Einmal jährlich wird der Wärmeverbrauch auf Grund der auf den Heizkörpern montierten Meßgeräte festgestellt. Auf Grund dieser abgelesenen Werte werden die tatsächlichen Heizungskosten ermittelt. Manche Mieter sind dann unangenehm überrascht, wenn sie zur Leistung von hohen Nachzahlungen aufgefordert werden. Diese Mieter haben übersehen, daß auch bei der Bedienung der Radiatoren gewisse Grundregeln des ökonomischen Heizens beachtet werden sollen:

1. Die Radiatoren sollen gedrosselt werden, wenn die gewünschte Raumtemperatur erreicht ist;
2. kurzzeitiges Vollüften vermeidet ein Auskühlen der Wände und kostet weniger Wärme.

Maschinelle Waschkücheneinrichtungen

Die Stadt Wien stattet die Waschküchen nur mehr mit vollautomatischen Waschmaschinen aus. Diese Waschmaschinen erledigen das eingestellte Waschprogramm ohne zusätzliche Steuerung. Allerdings ist jede komplizierte mechanische Einrichtung gegen Bedienungsfehler anfällig. Daher sollen nur Personen, die mit der Bedienung der Maschinen vollkommen vertraut sind, diese Einrichtungen benützen. Die Städtische Wohnhäuserverwaltung sorgt durch die Abhaltung von Waschvorträgen dafür, daß die Mieter mit der Bedienung der Maschinen vertraut werden.

Spielplätze

Auf den Spielplätzen der städtischen Wohnhausanlagen sind Turn- und Spielgeräte aufgestellt. Obwohl diese Geräte so konstruiert sind, daß bei widmungsgemäßem Gebrauch eine Gefährdung der Kinder nicht eintreten kann, obliegt es den Eltern zu entscheiden, ob ihre Kinder die notwendige Gewandtheit haben, um diese Geräte gefahrlos benützen zu können.

Die Benützung der Spielgeräte erfolgt auf Gefahr und Verantwortung der Eltern. Außerdem werden überall dort, wo es nach den örtlichen Gegebenheiten möglich ist, Grünflächen als Spielwiesen freigegeben und als solche gekennzeichnet.

Autoabstellplätze

Auf Grund des Wiener Garagengesetzes wird bei jeder Wohnhausanlage die vorgesehene Zahl von Autoabstellplätzen geschaffen. Es gibt Autoabstellplätze im Freien, in ein- oder mehrgeschossigen offenen Parkdecks oder in Tiefgaragen. Die Abstellplätze werden den Mietern gegen Entrichtung eines monatlichen Entgeltes zur Verfügung gestellt.

Veränderung in der Wohnung

Für bauliche Maßnahmen in der Wohnung oder solche, die die äußere Gesamterscheinung eines Hauses verändern (z. B. Fenster, Loggien u. dgl.), muß der Mieter die Zustimmung der Hausverwaltung einholen. Sind die ge-

planten Maßnahmen so umfangreich, daß die Raumeinteilung abgeändert, Wände durchbrochen oder beseitigt werden sollen, so ist außer der Zustimmung des Hauseigentümers auch noch die Genehmigung der Baupolizei erforderlich. In diesen Fällen dürfen bauliche Veränderungen trotz des Einverständnisses der Hausverwaltung dann nicht durchgeführt werden, wenn die Bewilligung der Baupolizei nicht erreicht oder darum gar nicht angesucht wird.

Kündigung des Mietverhältnisses

Seitens der Wohnhäuserverwaltung wird ein Mieter nur aus wichtigen, im Mietengesetz angeführten Gründen gerichtlich aufgekündigt werden. Solche wichtigen Kündigungsgründe sind z. B. die Nichtbezahlung des Mietzinses, das grob ungehörige Verhalten des Mieters oder seiner Angehörigen gegen die übrigen Bewohner des Hauses, der erheblich nachteilige Gebrauch der Bestandssache (gemeint ist damit die grobe Vernachlässigung der Wohnung).

Der Mieter kann sein Mietverhältnis jedoch ohne Angabe von Gründen jederzeit aufkündigen. In beiden Fällen ist die vereinbarte Kündigungsfrist einzuhalten.

Beschwerden

Beschwerden können mündlich oder schriftlich beim zuständigen Hausinspektor sowie bei der MA 52 vorgebracht werden. Die Beschwerdeführer müssen sich jedoch darüber im klaren sein, daß gewissen Beschwerden auf jeden Fall der Erfolg versagt bleiben wird. Es ist z. B. nur schwer möglich, Beschwerden, die sich gegen den zumutbaren Lärm der im Hof oder auf der Straße spielenden Kinder oder gegen Straßenlärm überhaupt richten, zu entsprechen. In Extremfällen wird die Hausverwaltung selbstverständlich eingreifen.

An die Städtische Wohnhäuserverwaltung Beschwerden heranzutragen, deren Erledigung in die Kompetenz der Bundespolizeibehörden fällt, ist zwecklos. Dazu gehören z. B. alle die im Einführungsgesetz zum Verwaltungsverfahrensgesetz aufgezählten Tatbestände (Störung der Ordnung, Erregung ungebührlichen Lärms) sowie alle mit dem Betrieb von Kraftfahrzeugen zusammenhängenden Angelegenheiten.

Zentrale Schlichtungsstelle bei der MA 50

Die Zentrale Schlichtungsstelle, 8, Buchfeldgasse 6, 2. Stock, Tür 104, Parteienverkehr Dienstag und Freitag von 8 bis 12 Uhr, Tel. 43 89 61/22, 31, 21, ist zuständig für die:

I. Festsetzung oder Feststellung der Miteigentumsanteile zur Begründung von Wohnungseigentum, und zwar:

Festsetzung der Mindestanteile in Form von Nutzwerten gemäß § 5 des Wohnungseigentumsgesetzes 1975 – WEG 1975, BGBl. Nr. 417/1975, sofern an *keinem* auf der Liegenschaft befindlichen selbständigen Objekt vor dem 1. September 1975 (§ 29 Abs. 1 Z. 1 WEG 1975) das Wohnungseigentum erworben (grundbücherlich einverleibt) worden ist.

Für die Erledigung solcher Ansuchen sind folgende Unterlagen erforderlich:

Rechtliche Unterlagen:

Ein Ansuchen um die Festsetzung der Nutzwerte für alle Objekte auf der Liegenschaft mit Angabe der Anschrift (Straße, Hausnummer), Einlagezahl und Katastralgemeinde, da Wohnungseigentum begründet werden soll. Auch die Anschrift (sowie die Tel. Nr.) des Einschreiters wäre anzuführen.

Im Antrag wäre auch anzuführen, ob das Haus schon errichtet wurde oder nicht (§ 4 Abs. 1 WEG 1975).

Bei den sonstigen selbständigen Räumlichkeiten ist außer der bauplanmäßigen Widmung deren spezifischer Verwendungszweck (Büro, Espresso, Werkstätte, Kindergärten usw.) bekanntzugeben.

Das Ansuchen und die Beilagen sind gemäß § 36 Abs. 5 des Mietengesetzes gebührenfrei.

Im Antrag sind auch jene Teile der Liegenschaft, die in Form eines Zuschlages einzelnen Objekten zufallen sollen (§ 1 Abs. 2 WEG 1975: offene Balkone, Terrassen, Keller- oder Dachbodenräume, Hausgärten, Abstellplätze für höchstens zwei Kraftfahrzeuge je selbständige Wohnung oder sonstige selbständige Räumlichkeit der Liegenschaft), anzuführen und zuzuordnen.

Beizulegen sind:

1. **ein Grundbuchsauszug** (nicht älter als drei Monate);

2. **eine Liste,** in der enthalten sind:
der Liegenschaftseigentümer, die Mit- bzw. Wohnungseigentümer sowie die Wohnungseigentumsbewerber (im Streitfall unter Nachweis der Rechtsstellung durch Vorlage der schriftlichen Zusage des Wohnungseigentums an einem Objekt der Liegenschaft), nach Stiegen (Trakten, Hausteilen) und Türnummern geordnet mit Vor- und Zunamen jeder Partei (bei Ehegatten, die gemeinsam Wohnungseigentum begründen wollen, beide Vornamen bei einer Türnummer) sowie die Anschrift jeder Partei. Bitte auch bei jeder Partei deren Rechtsstellung anzuführen: Liegenschaftseigentümer = LE, Miteigentümer = ME, Wohnungseigentümer = WE, Wohnungseigentumsbewerber = WEB. Bei noch nicht vergebenen Objekten dazuschreiben: noch nicht vergeben.

3. **Allenfalls Vollmachten** der Parteien für einen Vertreter.
Diese Vollmachten müssen (gemäß § 10 AVG 1950) auf eine natürliche eigenberechtigte Person und dürfen nicht auf eine juristische Person lauten. Bei außerhalb Wiens wohnenden Parteien, die gemäß § 19 AVG 1950 nicht zu einer notwendigen Verhandlung geladen werden dürfen, empfiehlt sich zur Verwaltungsvereinfachung dringend, einen in Wien wohnenden Vertreter zu bestellen.

Diese Vollmachten können auch nur Spezialvollmachten für die Vertretung vor der Zentralen Schlichtungsstelle sein und sind dann gemäß § 36 Abs. 5 Mietengesetz gebührenfrei.

Es kann auch eine Sammelvollmacht vorgelegt werden mit etwa folgendem Wortlaut:

Spezialvollmacht

für Herrn, Frau . . . , per Anschrift . . .
zur Vertretung vor der Zentralen Schlichtungsstelle – Magistrat der Stadt Wien MA 50 – in Wien 1, Bartensteingasse 9, 1. Stock, in Angelegenheit Nutzwertfestsetzung gemäß § 5 des Wohnungseigentumsgesetzes 1975 für das Haus Wien . . . , EZ . . ., Kat. Gem. . .

Wien, den . . .

Stiege 1
Tür Nr. 1 (sonst. Räumlichk.) Herbert Maier ME Unterschrift
Tür Nr. 2 Hauswartwohnung
Tür Nr. 3 Wohnung Walter Müller WE Unterschrift
Tür Nr. 4 Wohnung Rudolf Egert WEB Unterschrift
Tür Nr. 5 (sonst. Räumlichk.) Inge Buchner WE Unterschrift
Tür Nr. 6 (sonst. Räumlichk.) noch nicht vergeben

Technische Unterlagen:
Die MA 40 benötigt diese für die Nutzwertfestsetzung, sie sind aber mit dem Antrag bei der Zentralen Schlichtungsstelle einzureichen.

Für technische Auskünfte stehen die zuständigen Referenten der MA 40, 1, Rathausstraße 14–16, 3. Stock, Tür 409 p, zur Verfügung.
Referatsleiter: Tel. 42 8 00*, 3665.
Sachbearbeiter für alle Bezirke: Tel. 42 8 00*, 3652 und 3657

4. A) **1 Parie genehmigter Baupläne** (Maßstab 1 : 100) mit Lageplan (mit Nordpfeil), Schnitten und Ansichten.

Alle Pläne müssen baubehördlich genehmigt oder aber beglaubigt sein, d. h. sie müssen außer Stampiglie und Unterschrift eines Zivilingenieurs bzw. Zivilarchitekten zusätzlich eine Beglaubigungsklausel tragen (z. B.: „Dieser Plan stimmt mit dem am . . . baubehördlich genehmigt überein"). Sie müssen überdies dem letzten *Stand* der Planung bzw. dem *Bestand* entsprechen und vollständig kotiert sein, wobei die einzelnen Koten – auch bei Lichtpausen oder Fotokopien – deutlich lesbar sein sollen. Sofern in den Plänen die Türnummern und Abgrenzungen der Bestandsobjekte nicht gut sichtbar oder unrichtig sind (eine Änderung der baubehördlich genehmigten Pläne, die Urkunden sind, ist unzulässig), wären zusätzliche Planskizzen mit den erforderlichen Eintragungen (zweifach) vorzulegen.

B) **Wenn andere Teile der Liegenschaft einer selbständigen** Wohnung oder einer sonstigen selbständigen Räumlichkeit zugeschlagen werden sollen (§ 5 Abs. 1 WEG 1975), die nicht im baubehördlich genehmigten Plan enthalten sind (z. B. Hausgärten, zusätzliche Abstellplätze u. ä. m.), sind hiefür entsprechende Pläne, aus denen Lage, Umfang und Ausmaß dieser Liegenschaftsteile hervorgehen, vorzulegen; in besonderen Fällen sind diese Pläne über Aufforderung durch Geometerpläne zu ergänzen oder zu ersetzen.

5. **Rechtskräftiger Baubewilligungs- bzw. Benützungsbewilligungsbescheid** (mit Rechtsklausel).

6. A) **Nutzflächenaufstellung (§ 6 WEG 1975)** dreifach

Diese Aufstellung ist von einem für Hochbau zuständigen Ziviltechniker oder von einem für dieses Fach allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen zu verfassen und hat die Nutzflächen aller selbständigen Wohnungen und sonstigen selbständigen Räumlichkeiten der Liegenschaft zu beinhalten.

Es sind jeweils Länge und Breite jedes einzelnen Raumes (übereinstimmend mit den im Plan eingetragenen Koten), dessen Fläche sowie die Gesamtfläche jedes einzelnen Objektes auszuweisen.

B) Die Flächen der im § 1 Abs. 2 WEG genannten Liegenschaftsteile (offene Balkone, Terrassen, Keller- oder Dachbodenräume, Hausgärten, Abstellplätze für höchstens zwei Kraftfahrzeuge je selbständige Wohnung oder sonstige selbständige Räumlichkeit der Liegenschaft), sofern sie sich aus den genehmigten oder anderen Plänen (Punkt 4 A und B) ergeben, sind ebenfalls in der unter A genannten Weise anzuführen; dabei ist gleichzeitig auch anzugeben, welchen selbständigen Objekten diese Teile zugeordnet werden sollen.

7. **Baubeschreibung** (dreifach)
Sie hat für diesen Zweck vor allem Angaben über
- die Lage des Hauses in bezug auf seine Umgebung (Garten- bzw. Parklage, Straßenhöfe, Verwertung der umliegenden Freiflächen usw.),
- die Ausstattung des Hauses (Anzahl und Höhe der Geschosse, Art und Ausgestaltung des Daches, Art, Zahl und Lage der Objekte, vorhandene Aufzüge – für welche Geschosse –, Sammelheizung, zentrale Warmwasserbereitung, Müllabwurfschächte usw.),
- die Ausstattung der einzelnen Objekte (bei Wohnungen z. B. Balkone, Terrassen, Bad, WC im Wohnungsverband, Art der Beheizung, Fußböden, Verfliesung, Belichtung, Gas- und Stromanschluß usw.) sowie
- die Verwendung und Ausgestaltung der unbebauten Flächen der Liegenschaft zu enthalten.

In der Baubeschreibung soll auch auf besondere Vor- und Nachteile der Verwertbarkeit von Flächen oder Objekten aufmerksam gemacht werden.

Außerdem ist anzugeben, ob eine Hauswartwohnung vorgesehen ist (Tür Nr. anführen!).

8. A) **Bescheinigung nach § 12 Abs. 2 Z. 2 WEG 1975**
Die Bescheinigung wird von der Baubehörde (MA 36 bzw. MA 37) ausgestellt.
Zuständig sind:
Für die Bezirke 1 bis 9 und 20
MA 36, 17, Kalvarienberggasse 33, Tel. 43 16 51;
für die übrigen Bezirke die Außenstellen der MA 37,
10, Laxenburger Straße 43–47, Tel. 64 36 31*, 236
11, Enkplatz 2, Tel. 74 35 86*, 282
12, Schönbrunner Straße 259, Tel. 83 16 01*, 252
13, Hietzinger Kai 1–3 (13. und 14. Bezirk), Tel. 82 26 51*, 312
15, Gasgasse 8–10, Tel. 83 36 11*, 257
16, Richard Wagner-Platz 19, Tel. 92 26 96*, 257
17, Kalvarienberggasse 33, Tel. 43 16 51*, 329
18, Martinstraße 100, Tel. 34 25 20*, 284
19, Gatterburggasse 14, Tel. 36 42 50*, 244
21, Am Spitz 1, Tel. 38 15 04*, 250
22, Kagran, Schrödingerplatz 1, Tel. 23 35 61*, 241
23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2, Tel. 86 96 17*, 46
Parteienverkehr Dienstag und Donnerstag vormittags.

B) **Festsetzung oder Feststellung der Eigentumsanteile in Form von Mietwerten 1914** (also in Kronen) gemäß § 2 des Wohnungseigentumsgesetzes – WEG, BGBl. Nr. 149/1948, sofern an mindestens *einem* selbständigen Objekt vor dem 1. September 1975 (§ 29 Abs. 1 Z. 1 WEG 1975) Wohnungseigentum erworben (grundbücherlich einverleibt) worden ist.
Für die Erledigung solcher Ansuchen sind folgende Unterlagen erforderlich:

Rechtliche Unterlagen: Ein Ansuchen um die Festsetzung von Jahresmietwerten für 1914 für alle Objekte auf der Liegenschaft mit Angabe von Einlagezahl und Anschrift (Straße, Hausnummer) mit dem Hinweis, daß Wohnungseigentum begründet werden soll. Auch die Anschrift des Einschreiters ist anzuführen.

Beizulegen sind: Ein Grundbuchsauszug, der nicht älter als drei Monate ist, und die Vollmachten sämtlicher Liegenschaftseigentümer.
Das Ansuchen und die Beilagen sind gemäß § 36 Abs. 5 Mietengesetz gebührenfrei (Vollmachten nur dann, wenn es sich um Spezialvollmachten für das Verfahren vor der Schlichtungsstelle handelt).

Technische Unterlagen:
1. Bescheinigung der Baupolizei MA 36 oder MA 37 nach § 5 Abs. 2 lit. a Wohnungseigentumsgesetz über die Anzahl der selbständigen Objekte, die geändert wurden.
2. Baubehördlich genehmigte Konsenspläne oder beglaubigte Kopien derselben mit Eintragung der Türnummern und der Abgrenzungen der Mietobjekte, die geändert wurden. Unter diesen Plänen soll sich nötigenfalls auch ein Schnitt befinden, der die Höhenlage der Geschosse angibt.

3. Eine detaillierte Flächenberechnung der Flächenmaße der geänderten Objekte unter Angabe der Länge und Breite jedes einzelnen Raumes ohne Tür- und Fensternischen, beginnend mit den Haupträumen Zimmer, Kabinett, Küche, Vorraum, Bad, Abort usw., in *dreifacher* Ausfertigung. Einzutragen sind die Mauerlichtmaße. Allenfalls kann die Drucksorte Nr. 1070, Verlag Sandner, 1, Franziskanerplatz 5, verwendet werden.
4. Eine kurze Baubeschreibung der geänderten Objekte, insbesondere mit Hinweis auf die Ausstattung des Hauses und der Wohnungen (Sammelheizung, Aufzüge), in dreifacher Ausfertigung.
5. Zur Begründung von Wohnungseigentum im Sinne des § 1 Abs. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes an Keller- und Bodenräumen, Hausgärten, Garagen, Einstellplätzen im Hof u. a. m., zusammen mit dem Wohnungseigentum an selbständigen Objekten im Sinne des § 1 Abs. 1 Wohnungseigentumsgesetz (also zusätzlich mit einer Wohnung oder einem Geschäftsobjekt usw.), ist ein Bau- bzw. Lageplan (*letzterer* in zweifacher Ausfertigung) mit einer Flächenberechnung in zweifacher Ausfertigung und allenfalls mit den erforderlichen Baubewilligungen (z. B. bei Einstellplätzen im Hof, gewissen Verwendungszwecken des Dachbodens usw.) beizubringen[1]).

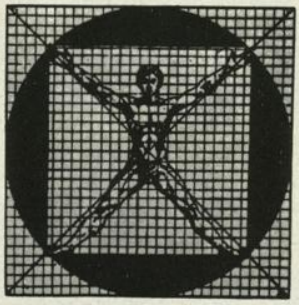
II. Erledigung von Anträgen nach § 2 des sog. Zinsstoppgesetzes (Bundesgesetz vom 29. Juni 1954, BGBl. Nr. 132/1954) auf Mietzinserhöhung im Sinne des § 7 des Mietengesetzes wegen Durchführung von unbedingt notwendigen Erhaltungsarbeiten für Mietobjekte, welche gemäß § 1 Abs. 2 des Mietengesetzes von dessen Bestimmungen ausgenommen sind, aber den bis 30. Juni 1954 in Geltung gestandenen preisrechtlichen Vorschriften unterlagen.

Die Zentrale Schlichtungsstelle ist auch für Mietzinserhöhungen in Häusern zuständig, in welchen sich sowohl Mietobjekte befinden, deren Mietzinsbildung dem Zinsstoppgesetz unterliegt, als auch Mietobjekte, deren Mietzinsbildung den Bestimmungen des Mietengesetzes unterliegt (Mischobjekte).

Diesen Anträgen sind bei Ansuchen um Grundsatzentscheidung nach § 28 Abs. 2 des Mietengesetzes folgende Unterlagen beizulegen bzw. Angaben zu machen (§ 27 Abs. 2 des Mietengesetzes):

a) Kostenvoranschläge in dreifacher Ausfertigung, von denen sowohl der Hauseigentümer als auch die Mieter je eine im Sinne der Streichungen und Anmerkungen durch die technische Fachabteilung (MA 25) geänderte Ausfertigung der Kostenvoranschläge vor der Verhandlung erhalten und sich bis zur Verhandlung mit den Professionisten besprechen können und dann in der Lage sind, bei der mündlichen Verhandlung die entsprechende Stellungnahme (bei den Mietern allenfalls verbindliche Gegenkostenvoranschläge) abzugeben;
b) eine Aufstellung über die Jahresmietzinse für 1914 (bei Bauten, bei denen die behördliche Baubewilligung vor dem 28. Jänner 1917 erteilt wurde), ansonsten eine Liste über die am 1. Juni 1954 bezahlten sog. Stoppzinse bzw. der Jahresmietwerte 1914, sofern sie im Sinne des § 19 Abs. 2 Z. 15 des Mietengesetzes vergleichsweise errechnet wurden, der einzelnen Mietgegenstände unter Angabe ihrer topografischen Bezeichnung (Türnummern) und des Vor- und Zunamens der Mieter sowie die Nutzfläche des Hauses, nach den einzelnen Bestandsobjekten gegliedert (in Anwendung des § 2 Abs. 2 Z. 7 des Mietengesetzes);
c) ein Nachweis (mit zweifacher Aufstellung) darüber, daß die Auslagen für das Haus auch unter Heranziehung der in den letzten sieben Jahren, jedoch erst ab 1. August 1969, nicht zu den im § 6 Abs. 1 des Mietengesetzes genannten Zwecken verwendeten Teile der Hauptmietzinse samt dem verrechnungspflichtigen Teil frei vereinbarter Hauptmietzinse (Art. II Z. 2 des Mietrechtsänderungsgesetzes, BGBl. Nr. 281/1967) nicht gedeckt sind (die sog. Mietzinsabrechnung der letzten sieben Jahre bzw. ab 1. August 1969, zurückgerechnet von dem Tag der Einreichung um die erste Grundsatzentscheidung bei der Schlichtungsstelle);
d) eine Berechnung der Beträge, auf welche die Hauptmietzinse unter Berücksichtigung der Deckung der Kosten der Erhaltungsarbeit zuzüglich einer angemessenen Verzinsung des aufgewendeten eigenen oder fremden Kapitals innerhalb eines Zeitraumes von längstens zehn Jahren zu erhöhen sind;
e) die Höhe der letzten jährlichen Betriebskosten, Grundsteuer und Verwaltungskosten;
f) allfälliger Jahresbetrag von 13 g pro Krone und Jahr gemäß § 9 des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes;
g) allfälliger Jahresbetrag für die Vermögenssteuer vom Haus;
h) Verrechnung von 25% der Einnahmen aus der Vermietung von Reklameflächen am Haus u. ä. m.

Ferner ist nunmehr seit 1. August 1974 eine vorläufige Mietzinserhöhung zulässig, wenn sich der Vermieter nach der Grundsatzentscheidung oder anläßlich dieser verpflichtet, die Erhaltungsarbeiten innerhalb einer angemessenen Frist in Angriff zu nehmen und durchzuführen.



Wir nehmen Mass

an den Wünschen und Anforderungen, die der Markt respektive unsere Kunden und Abnehmer an uns herantragen. Ihren Niederschlag findet dieses marktbezogene Denken in einer Kollektionssortimentierung, die in Breite und Tiefe und in ihrer überdurchschnittlichen Qualitätsausrüstung zu dem besten zählt, was auf dem Sektor Bodenbeläge angeboten wird.
Sie finden in der IPW-Kollektion in allen Fällen den richtigen Bodenbelag.
Für die Verlegung im Objektbereich werden die Präferenzfaktoren, hohe Abriebfestigkeit und leichte Reinigung immer voll erfüllt. Für den Endverbraucher können unsere Kunden aus einer Vielzahl modisch orientierter Dessins und Farben wählen, die auf den modischen Geschmackbedarf ihrer Abnehmer abgestimmt sind.
Daß Qualität ihren Preis hat, gilt auch für Interplastic Bodenbeläge, denn:
Der Ärger über schlechte Qualität hält länger als die Freude über den niedrigeren Preis.
Wenn auch Sie in Ihrer Planung dem Qualitätsniveau einen hohen Stellenwert einräumen, sind wir der richtige Gesprächspartner für Sie. Bestimmen Sie Zeit und Ort der Kollektionsvorstellung. – Wir stehen jederzeit gerne zu Ihrer Verfügung.

Lieferprogramm:
PVC-Preßbeläge / PVC-Homogenbeläge
PVC-Heterogenbeläge / Spezialbeläge
Gummibodenbeläge / Nadelfilzbeläge
PVC-Plattenbeläge / Schaumpolsterbeläge
Teppichböden / Zubehör
Raumausstattungsbeläge und Gutprogramm

Interplastic
BODENBELÄGE immer ein Gewinn

Interplastic erzeugt auch Abdichtungsbahnen für den Hoch- und Tiefbau sowie PVC-Folien für eine Vielzahl von Anwendungen.

Interplastic-Werk Ges.m.b.H., Franz-Fritsch-Straße 11, A-4600 Wels, Telefon: 0 72 42 - 69 56, Telex: 025 / 535

[1]) Wenn Wohnungseigentum am Zubehör (§ 1 Abs. 2 Wohnungseigentumsgesetz) nicht begründet werden soll, entfallen die Unterlagen nach Abs. 5.

Diese vorläufige Mietzinserhöhung soll die relativ hohen Zwischenzinsen zum Nachteil der Mieter verhindern.

Hält der Vermieter in der Folge, nachdem eine vorläufige Mietzinserhöhung bewilligt wurde, seine Zusage nicht ein, so hat er diese Beträge samt gesetzlichen Zinsen zurückzuerstatten.

Bei Ansuchen um Endentscheidung nach § 28 Abs. 3 Mietengesetz sind folgende Unterlagen beizulegen bzw. Angaben zu machen:

a) Durchschläge (nicht quittierte Originalrechnungen) der Rechnungen in einfacher Ausfertigung;
b) die gleichen Unterlagen wie bei den Anträgen auf Grundsatzentscheidung unter lit. b;
c) wenn in der Grundsatzentscheidung die Mietzinsabrechnung für sieben Jahre, zurückgerechnet vom Tag der ersten Einreichung bei der Schlichtungsstelle, durchgeführt wurde, *ist die Mietzinsabrechnung bis zum Tag der tatsächlichen Erhöhung der Mietzinse zu ergänzen;* wenn die Mietzinsabrechnung anläßlich der Grundsatzentscheidung unterblieb (sei es, weil das Ausmaß der Reparaturen jedenfalls eine Mietzinserhöhung auch ohne Mietzinsabrechnung rechtfertigte, sei es aber auch, weil die Mietzinsabrechnung der Endentscheidung vorbehalten wurde) oder wenn die Mietzinsabrechnung seinerzeit nur vorbehaltlich der Überprüfung bei der Endentscheidung anerkannt wurde, *ist sie für den gesamten Zeitraum* (sieben Jahre zurück vom Tag der Einreichung der Grundsatzentscheidung bei der Schlichtungsstelle bis zum Tag der tatsächlichen Mietzinserhöhung) *vorzulegen;*
d) eine Berechnung wie unter lit. d bei den Ansuchen um Grundsatzentscheidung;
e) die Höhe der letzten jährlichen Betriebskosten, Grundsteuer und Verwaltungskosten;
f) allfälliger Jahresbetrag von 13 g pro Krone und Jahr gemäß § 9 des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes;
g) allfälliger Jahresbetrag für die Vermögenssteuer vom Haus;
h) Verrechnung von 25% der Einnahmen aus der Vermietung von Reklameflächen am Haus u. ä. m.

Ferner ist die Zentrale Schlichtungsstelle ab 1. Jänner 1980 gemäß § 22 Abs. 4 Pkt. 10 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes – WGG, BGBl. Nr. 139/1979, für die Erledigung folgender Anträge zuständig:

1. Feststellung der Zulässigkeit des von der Bauvereinigung für eine Miet- oder Nutzungswohnung verlangten Mietzinses (Nutzungsentgeltes).
2. Anträge auf Erhöhung des Mietzinses (Nutzungsentgeltes) für ordnungsgemäße Erhaltungsarbeiten.
3. Überprüfung des Preises für den Verkauf von Eigentumswohnungen (Eigenheimen).
4. Entscheidung über Anträge betreffend die Verpflichtung der Genossenschaft zur jährlichen Rechnungslegung und Einsichtsgewährung.
5. Überprüfung der Höhe der an den ausscheidenden Mieter oder Nutzungsberechtigten von der Genossenschaft zurückzuzahlenden Eigenmittelanteile.

Anträge nach Pkt. 1 und 3 können nur innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der baubehördlichen Benützungsbewilligung, bei allfälligem früheren Beziehen der Baulichkeit ab diesem Zeitpunkt gestellt werden.

Gemäß der Übergangsbestimmung des § 39 Abs. 8 Ziff. 3 WGG gilt der § 22 jedoch nicht für Anträge, die auf eine Überprüfung der Endabrechnung der gesamten Baukosten oder des Saldos, der zum 31. Dezember 1978 auszuweisen ist, gerichtet sind; diesbezügliche Einwendungen können nicht nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, sondern nur auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen oder vertraglicher Vereinbarung erhoben werden.

Weiters ist zu Anträgen nach Pkt. 1 und 3, womit die Überprüfung der Zulässigkeit des Entgeltes oder Preises mit der Behauptung begehrt wird, zu bemerken, daß im Verfahren nach Vorlage der Endabrechnung über die gesamten Baukosten durch die belangte Bauvereinigung dem Antragsteller durch die Schlichtungsstelle (Gericht) aufzutragen ist, binnen sechs Monaten die behaupteten Berechnungsfehler kurz und vollständig anzugeben. Über einen pauschalen Antrag auf Überprüfung kann daher nicht entschieden werden.

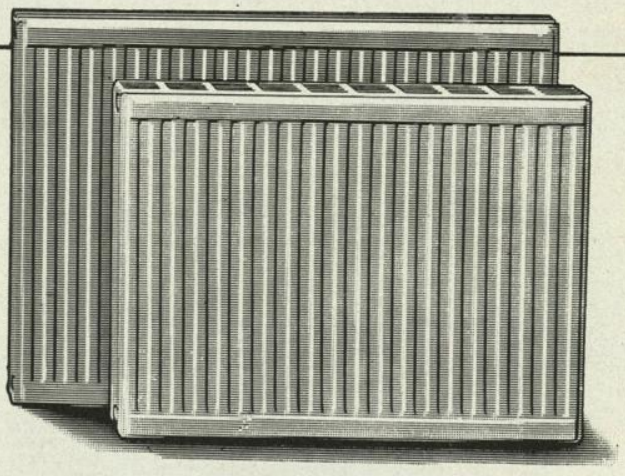
Sprechen Sie mit uns . . .

Bauelemente
Bild- und Tontechnik
Fernschreib-, Signal- und Nachrichtentechnik
Energietechnik

SIEMENS

Elektrohausgeräte
Installationstechnik
Medizinische Technik

Siemens Aktiengesellschaft Österreich



● Moderne Plattenheizkörper und klassische Gliederradiatoren ● maßgeschneiderte Einbaulösungen durch die Vielzahl der Modelle ● Auswahl unter 18 exklusiven Wunschfarben ● die behagliche Kachelofenwärme des Stahlradiators ● garantierte österreichische Qualität.

AGA

Der denkbar beste Radiator

BÜRGERMEISTER DER STADT WIEN

1282	Konrad Poll
1285	Heinrich Hansgraf
1287	Konrad von Eslarn
1288 . . 1305	Konrad Poll
1305–1307	Heinrich Chrannest
1307	Dietrich von Kahlenberg
1308	Heinrich von der Neisse
1309	Niklas von Eslarn
1310	Heinrich von der Neisse
1310–1313	Niklas von Eslarn
1313–1315	Niklas Poll
1316	Hermann von Sankt Pölten
1316–1317	Niklas von Eslarn
1318	Hermann von Sankt Pölten
1319–1323	Otto Wilfleinstorfer
1324–1327	Niklas Poll
1327–1328	Stephan Chriegler
1329–1330	Heinrich Lang
1332–1333	Dietrich Urbetsch
1333–1334	Hermann Snaezl
1335–1337	Dietrich Urbetsch
1337–1338	Konrad von Eslarn
1338–1339	Berthold Poll
1340–1343	Konrad Wiltwerker
1344	Hagen von Spielberg
1345–1347	Reinprecht Zaunrüd
1348–1349	Friedrich von Tierna
1350–1351	Dietrich Flusthart
1352	Friedrich von Tierna
1353	Heinrich Würfel
1354	Dietrich Flusthart
1355	Leopold Polz
1356–1357	Heinrich Straicher
1357–1358	Haunold Schuchler d. Ä.
1358–1359	Leopold Polz
1359–1360	Heinrich Straicher
1360–1361	Haunold Schuchler d. Ä.
1362–1364	Hans von Tierna
1364	Friedrich Rüschl
1365–1366	Lukas Popfinger
1366–1367	Thomas Swaeml
1368–1370	Niklas Würfel
1370–1371	Thomas Swaeml
1372–1374	Ulrich Rößl
1374–1376	Jans am Kienmarkt
1376–1379	Paul Holzkäufl
1379–1381	Jans am Kienmarkt
1381–1386	Paul Holzkäufl
1386–1395	Michael Geukramer
1396	Paul Holzkäufl
1396–1397	Paul Würfel
1398	Jakob Dorn
1398–1399	Hans Rockh
1399–1400	Paul Holzkäufl
1401	Berthold Lang
1401–1402	Paul Würfel
1402–1403	Haunold Schuchler d. J.
1403–1404	Konrad Vorlauf
1404–1405	Paul Würfel
1405–1406	Rudolf Angerfelder
1406–1408	Konrad Vorlauf
1408–1409	Hans Feldsberger
1410	Paul Geyr
1410–1411	Albrecht Zetter
1411–1419	Rudolf Angerfelder
1420–1421	Hans Musterer
1422	Ulrich Gundloch
1423–1425	Konrad Holzler d. Ä.
1425–1426	Hans Scharffenberger
1427	Paul Würfel
1428–1429	Niklas Undermhimmel
1430–1433	Konrad Holzler d. Ä.
1434–1439	Hans Steger
1440–1441	Konrad Holzler d. J.
1442	Andre Hiltprant
1443	Hans Steger
1444–1446	Hans Haringseer
1447–1449	Hans Steger
1450–1451	Konrad Holzler d. J.
1452	Oswald Reicholf
1453	Niklas Teschler
1454	Oswald Reicholf
1455	Konrad Holzler d. J.
1456–1457	Niklas Teschler
1457	Thomas Schwarz
1457–1460	Jakob Starch
1461–1462	Christian Prenner
1462	Sebastian Ziegelhauser
1462–1463	Wolfgang Holzer
1463–1464	Friedrich Ebmer
1464–1466	Ulrich Metzleinstorffer
1467	Martin Enthaimer
1467–1473	Andreas Schönbrucker
1473–1479	Hans Heml
1479–1484	Laurenz Haiden
1485–1486	Stephan Een
1487–1489	Leonhard Radauner
1489–1490	Laurenz Taschendorfer
1490	Stephan Een
1490–1493	Paul Keck
1494–1496	Friedrich Geldreich
1497–1499	Paul Keck
1500–1501	Wolfgang Rieder
1502	Leonhard Lackner
1503	Wolfgang Zauner
1504–1507	Paul Keck
1507	Sigmund Pernfuß
1508	Paul Keck
1509–1510	Wolfgang Rieder
1511–1512	Hans Süß
1512	Leonhard Pudmannsdorfer
1513	Hans Kuchler
1514–1515	Friedrich Piesch
1515	Dr. Johann Kaufmann
1516	Hans Süß
1516–1517	Hans Rinner
1518	Leonhard Pudmannsdorfer
1519–1520	Wolfgang Kirchhofer
1520–1521	Hans Süß
1521	Dr. Martin Siebenbürger
1522–1524	Gabriel Guetrater
1524–1526	Hans Süß
1526	Roman Staudinger
1527	Sebastian Sulzbeck
1528–1530	Wolfgang Treu
1531	Sebastian Eysler
1532–1533	Wolfgang Treu
1534–1535	Dr. Johann Pilhamer
1536–1537	Wolfgang Treu
1538–1539	Hermes Schallautzer
1540–1541	Paul Pernfuß
1542–1546	Stephan Tenck

1547–1548	Sebastian Schrantz
1549–1550	Sebastian Hutstocker
1551–1552	Christoph Hayden
1553–1555	Sebastian Hutstocker
1556–1557	Hans Übermann
1558–1559	Georg Prantstetter
1560–1561	Thomas Siebenbürger
1562–1563	Hermann Bayr
1564–1565	Matthias Brunnhofer
1566–1567	Hans Übermann
1568–1569	Georg Prantstetter
1570–1571	Hanns vom Thau
1572–1573	Georg Prantstetter
1574–1575	Hanns vom Thau
1576–1577	Christoph Hutstocker
1578–1579	Hanns vom Thau
1580–1581	Bartholomäus Prantner
1582–1583	Hanns vom Thau
1584–1585	Bartholomäus Prantner
1586–1587	Oswald Hüttendorfer
1588–1589	Hanns vom Thau
1590–1591	Georg Fürst
1592–1595	Bartholomäus Prantner
1596–1597	Paul Steyrer
1598–1599	Oswald Hüttendorfer
1600–1601	Andreas Rieder
1602–1603	Georg Fürst
1604–1607	August Haffner
1608–1609	Lukas Lausser
1610–1613	Daniel Moser
1614–1615	Veit Resch
1616–1622	Daniel Moser
1623–1625	Paul Wiedemann
1626–1637	Daniel Moser
1638–1639	Christoph Faßoldt
1640–1645	Konrad Pramber
1646–1648	Caspar Bernhardt
1648–1654	Johann Georg Dietmayr
1654–1655	Dr. Thomas Wolfgang Puchenegger
1656–1659	Johann Georg Dietmayr von Dietmannsdorf
1660–1663	Johann Christoph Holzner
1664–1667	Johann Georg Dietmayr von Dietmannsdorf
1667–1669	Johann Christoph Holzner
1670–1673	Daniel Lazarus Springer
1674–1677	Dr. Peter Sebastian Fügenschuh
1678–1679	Daniel Lazarus Springer
1679–1683	Johann Andreas von Liebenberg
1683–1687	Simon Stephan Schuster
1688–1691	Daniel Fockhy
1692–1695	Johann Franz Peickhardt
1696–1699	Jakob Daniel Tepser
1700–1703	Johann Franz Peickhardt
1704–1707	Jakob Daniel Tepser
1708–1712	Johann Franz Wenighoffer
1713–1716	Johann Lorenz Trunck von Guttenberg
1717–1720	Dr. Josef Hartmann
1721–1724	Franz Josef Hauer
1725–1726	Dr. Josef Hartmann
1727–1728	Franz Josef Hauer
1729–1730	Johann Franz Purck
1731–1732	Dr. Franz Daniel Edler von Bartuska
1733–1736	Andreas Ludwig Leitgeb
1737–1740	Johann Adam von Zahlheim
1741–1744	Dr. Peter Joseph Kofler
1745–1751	Andreas Ludwig Leitgeb
1751–1764	Dr. Peter Joseph Edler von Kofler
1764–1767	Dr. Josef Anton Bellesini
1767–1773	Leopold Franz Gruber
1773–1804	Josef Georg Hörl
1804–1823	Stephan Edler von Wohlleben
1823–1834	Anton Lumpert
1834–1837	Anton Joseph Edler von Leeb
1838–1848	Ignaz Czapka (1843: von Winstetten)
1851–1861	Dr. Johann Kaspar Freiherr von Seiller
1861–1868	Dr. Andreas Zelinka
1868–1878	Dr. Cajetan (Frh. v.) Felder
1878–1882	Dr. Julius Ritter von Newald
1882–1889	Eduard Uhl
1889–1894	Dr. Johann Prix
1894–1895	Dr. Raimund Grübl
1895–1896	Dr. Hans von Friebeis (Regierungskommissär)
1896–1897	Josef Strobach
1897–1910	Dr. Karl Lueger
1910–1912	Dr. Josef Neumayer
1912–1919	Dr. Richard Weiskirchner
1919–1923	Jakob Reumann
1923–1934	Karl Seitz
1934–1938	Richard Schmitz*)
1938–1940	Dr. Ing. Hermann Neubacher*)
1940–1943	Philipp Wilhelm Jung*)
1943–1945	Hanns Blaschke*)
1945–1951	Dr. h. c. Theodor Körner
1951–1965	Dr. h. c. Franz Jonas
1965–1970	Bruno Marek
1970–1973	Dr. h. c. Felix Slavik
1973–	Leopold Gratz

*) Nicht durch demokratische Wahl, sondern durch Bestellung in dieses Amt berufen.

MAGISTRATSDIREKTOREN DER STADT WIEN

1870–1883	Wilhelm Grohmann
1884–1891	Alois Bittmann
1891–1896	Alexander Krenn
1896–1900	Viktor Tachau
1900–1903	Moritz Preyer
1903–1909	Dr. Richard Weiskirchner
1909–1914	Karl Appel
1914	Dr. Max Weiß
1914–1918	Dr. August Nüchtern
1918–1919	Karl Pawelka
1919–1934	Dr. Karl Hartl
1934–1938	Dr. Rudolf Hießmannseder
1938–1939	Dr. Rudolf Hornek
1945–1953	Dr. Viktor Kritscha
1953–1962	Dr. Walter Kinzl
1962–1975	Dr. Rudolf Ertl
1976–	Dr. Josef Bandion

EHRENBÜRGER DER STADT WIEN

Anton Friedrich Graf Mittrowsky von Mitrowitz auf Nemischl, Präsident der k. k. Studien-Hof-Kommission; ernannt am 17. Oktober 1801.

Josef Freiherr von Kielmannsegg, Erbherr auf Gföhl, k. k. n.-ö. Regierungsrat; ernannt am 17. Oktober 1801.

Ferdinand Edler von Hohenberg, Direktor der Baukunstschule der k. k. Akademie der bildenden Künste; ernannt am 15. Februar 1804.

Ludwig Montoyer, k. auch k. k. Hofarchitekt; ernannt am 25. September 1805.

Rudolf Graf von Wrbna, k. auch k. k. Hofkammer- und Münz- und Bergwesen-Vizepräsident, landesfürstl. Hofkommissär; ernannt am 16. Jänner 1806.

Dr. Josef von Sonnenfels, Hofrat der vereinigten Hofkanzlei; ernannt am 11. November 1806.

Leopold Freiherr von Haan, Hofrat der k. k. vereinigten böhmischen, österreichischen und galizischen Hofkanzlei, Beisitzer der Hofkommission in Gesetzessachen; ernannt am 15. November 1809.

Augustin Reichmann von Hochkirchen, Vizepräsident der k. k. n.-ö. Landesregierung; ernannt am 2. Jänner 1810.

Ferdinand Graf Bissingen von Nippenburg, Geheimer Rat und Kämmerer, bevollmächtigter Hofkommissär in Inner-Österreich; ernannt am 2. Jänner 1810.

Ferdinand von Fechtig, Geheimer Rat, Vizepräsident der obersten Justizstelle; ernannt am 4. Mai 1810.

Philipp Graf und Herr von Edling, Geheimer Rat und Kämmerer, gew. Obersthofmeister der Erzherzogin Maria Luise, späteren Kaiserin von Frankreich; ernannt am 6. Oktober 1810.

Karl Fürst zu Schwarzenberg, k. k. General-Feldmarschall, Geheimer Rat; ernannt am 24. Oktober 1813.

Clemens Lothar Fürst von Metternich-Winneburg, Haus-, Hof- und Staatskanzler; ernannt im November 1813.

Josef Freiherr von Haggenmüller zu Grünberg, k. k. n.-ö. Regierungsrat, außerordentlicher Rat der Akademie der bildenden Künste; ernannt am 2. November 1815.

Bernhard von Anders, k. k. wirkl. Hofrat, Beisitzer der Hofkommission in Tarifsachen; ernannt am 16. Mai 1816.

Dr. Johann Christian Schiffner, Sanitätsmagister und erster Stadtphysikus; ernannt am 22. September 1834.

Anton Graf von Kolowrat-Liebsteinsky, k. k. Staats- und Konferenzminister; ernannt am 2. April 1839.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz, Präsident der k. k. n.-ö. Landesregierung; ernannt am 12. Februar 1840.

Johann Josef Knolz, k. k. Regierungsrat und Landesprotomedicus; ernannt am 10. Dezember 1840.

Josef Ritter von Spaun, k. k. Hofrat und Lottogefällsdirektor; ernannt am 18. Mai 1841.

Maximilian Freiherr von Wimpffen, kommandierender General; ernannt am 8. Juli 1841.

Josef Graf Sedlnitzky, Präsident der k. k. obersten Polizei- und Zensur-Hofstelle; ernannt am 24. März 1842.

Anton Gilbert Edler von Seydel, Realitätenbesitzer; ernannt am 6. Juli 1842.

Paul Sprenger, kais. Hofbaurat; ernannt am 24. Oktober 1842.

Josef Baumgartner, k. k. Architekt der n.-ö. Provinzial-Bau-Direktion; ernannt am 24. Oktober 1842.

Franz Graf von Hartig, Sektionschef im k. k. Staats- und Konferenzrate; ernannt am 15. Dezember 1842.

Salomon Mayer Freiherr von Rothschild, k. preuß. geheimer Kommerzienrat; ernannt am 9. Februar 1843.

Bartholomäus Graf von Stürmer, Internuntius und bevollmächtigter Minister; ernannt am 14. April 1843.

Karl Graf von Inzaghi, Oberster Kanzler der k. k. vereinigten Hofkanzlei, Präsident der Studien-Hofkommission; ernannt am 20. April 1843.

Franz Freiherr von Pillersdorf, Hofkanzler der k. k. vereinigten Hofkanzlei; ernannt am 20. April 1843.

Franz Graf von Kuefstein, k. k. Kämmerer, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister; ernannt am 4. Juli 1843.

Georg Graf Erdödy von Monyorókerék, Geheimer Rat, Erbobergespan der Varasdiner Gespanschaft; ernannt am 7. November 1843.

Ferdinand Leopold Graf Palffy von Erdöd, k. k. Kämmerer, Erbobergespan des Preßburger Komitates; ernannt am 14. Mai 1844.

Johann Freiherr Krticzka von Jaden, Vizekanzler der k. k. vereinigten Hofkanzlei; ernannt am 30. August 1845.

Dr. Anton Winter, Justizamtmann der fürstlich Liechtensteinischen Herrschaft in Lichtenthal in Wien; ernannt am 1. Dezember 1845.

Franz Freiherr von Buffa-Castellalto und Lilienberg, Herr und Landstand in Tirol, k. k. n.-ö. Regierungsrat; ernannt am 12. August 1846.

Johann Josef Prechtl, Direktor des k. k. polytechnischen Institutes in Wien; ernannt am 9. November 1846.

Dr. Ludwig Michael von Schwanthaler, Professor der Bildhauerei an der Akademie in München; ernannt am 3. Februar 1847.

Adam Burg, k. k. n.-ö. Regierungsrat, Professor; ernannt am 20. Mai 1847.

Anselm Salomon Freiherr von Rothschild, k. preuß. geheimer Kommerzienrat; ernannt am 2. August 1847.

Adolf Fürst zu Schwarzenberg, Mitglied des n.-ö. Gewerbevereines; ernannt am 26. Februar 1848.

Josef Graf von Radetzky, k. k. Feldmarschall; ernannt am 7. August 1848.

Josef Freiherr Jellačič von Buzim, k. k. Feldzeugmeister; ernannt am 4. September 1849.

Julius Freiherr von Haynau, Feldzeugmeister; ernannt am 4. September 1849.

Franz Josef Fürst von Dietrichstein, Generalmajor und Obersthofmeister des Erzherzogs Franz von Modena; ernannt am 25. Jänner 1850.

Felix Fürst zu Schwarzenberg, k. k. Feldmarschall-Leutnant und k. k. Ministerpräsident; ernannt am 7. Jänner 1851.

Maximilian Graf O'Donnel, k. k. Oberst, Flügeladjutant Sr. Majestät des Kaisers; ernannt am 19. Februar 1853.

Heinrich Freiherr von Heß, k. k. General-Feldzeugmeister, Generalstabschef der Armee; ernannt am 18. Dezember 1855.

Karl Ferdinand Graf Buol von Schauenstein, Präsident der Ministerkonferenz und Minister des Äußeren; ernannt am 29. April 1856.

Dr. Karl Freiherr von Krauß, Präsident des k. k. Obersten Gerichtshofes; ernannt am 8. April 1859.

Ludwig Ritter von Benedek, k. k. Feldzeugmeister; ernannt am 4. November 1859.

Johann Freiherr Kempen von Fichtenstamm, k. k. Feldzeugmeister; ernannt am 4. November 1859.

Dr. Franz Freiherr von Sommaruga, Zweiter Präsident des Obersten Gerichtshofes; ernannt am 18. Juli 1860.

Dr. Anton Ritter von Schmerling, k. k. Staatsminister; ernannt am 8. März 1861.

Karl Wilhelm Fürst von Auersperg, Präsident des Herrenhauses; ernannt am 18. Februar 1862.

Dr. Franz Hein, Präsident des Abgeordnetenhauses; ernannt am 18. Februar 1862.

Franz Grillparzer, Dichter; ernannt am 5. Jänner 1864.
Anton Alexander Graf Auersperg, als Dichter *Anastasius Grün*, Mitglied des Herrenhauses; ernannt am 8. April 1864.
Ludwig Freiherr von Gablenz, k. k. Feldmarschall-Leutnant; ernannt am 22. November 1864.
Wilhelm von Tegetthoff, Vizeadmiral; ernannt am 24. Juli 1866.
Josef Fürst Colloredo-Mannsfeld, Präsident der Staatsschulden-Kontrollkommission; ernannt am 25. Jänner 1867.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust, k. k. Reichskanzler; ernannt am 27. Dezember 1867.
Matthias Konstantin Reichsgraf von Wickenburg, Präsident der Stadterweiterungs-Kommission; ernannt am 18. Jänner 1870.
Georg Sigl, Fabriksbesitzer; ernannt am 11. Februar 1870.
Dr. Karl Giskra, k. k. Minister des Innern; ernannt am 20. April 1870.
Ernst Karl Heinrich Graf von Hoyos-Sprinzenstein, Geheimer Rat und Kämmerer; ernannt am 17. Oktober 1873.
Dr. Eduard Sueß, k. k. Professor an der Wiener Universität; ernannt am 17. Oktober 1873.
Dr. Karl Freiherr von Rokitansky, Präsident der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften; ernannt am 8. Jänner 1874.
Dr. Josef Hyrtl, Professor an der Wiener Universität; ernannt am 17. März 1874.
Franz Ritter von Khunn, Gemeinderat, vormals Bürgermeister-Stellvertreter; ernannt am 4. Februar 1875.
Josef Ritter von Führich, Professor an der Akademie der bildenden Künste; ernannt am 12. Februar 1875.
Dr. Josef Klucky, Gemeinderat; ernannt am 29. August 1876.
Dr. Cajetan Felder, gewesener Bürgermeister der Stadt Wien; ernannt am 5. Juli 1878.
Heinrich Ritter von Ferstel, k. k. Oberbaurat; ernannt am 21. April 1879.
Dr. Ignaz Kuranda, Publizist, Reichsrats-Abgeordneter, ehemaliger Gemeinderat; ernannt am 22. März 1881.
Adolf Ignaz Mautner Ritter von Markhof, Brauereibesitzer und Großindustrieller, Errichter des Kronprinz Rudolf-Kinderspitals; ernannt am 24. Juni 1881.
Eduard von Bauernfeld, Dichter; ernannt am 10. Jänner 1882.
Friedrich Schmidt, k. k. Oberbaurat; ernannt am 6. September 1883.
Hans Graf Wilczek, Geheimer Rat und Herrenhausmitglied; ernannt am 14. September 1883.
Dr. Theophil Ritter von Hansen, k. k. Oberbaurat; ernannt am 21. Dezember 1883.
Dr. Rudolf Eitelberger von Edelberg, k. k. Hofrat, Direktor des österr. Museums für Kunst und Industrie; ernannt am 3. März 1885.
Dr. Anton Freiherr Hye von Glunek, Geheimer Rat, Herrenhausmitglied, gewesener Rechtslehrer; ernannt am 25. Mai 1886.
Alfred Ritter von Arneth, Geheimer Rat, Direktor des geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchives, Herrenhausmitglied, Präsident der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften; ernannt am 10. Juni 1887.
Dr. Leopold Hasner Ritter von Artha, Geheimer Rat, Unterrichtsminister a. D.; ernannt am 25. Juni 1889.
Ludwig Lobmeyr, Herrenhausmitglied, k. k. Kommerzialrat; ernannt am 26. Juli 1889.
Eduard Uhl, gewesener Bürgermeister der Stadt Wien; ernannt am 14. November 1889.
Nikolaus Dumba, Herrenhausmitglied und Landtagsabgeordneter; ernannt am 25. Juli 1890.
Dr. Karl Lueger, Bürgermeister der Stadt Wien; ernannt am 3. Juli 1900.
Dr. Heinrich Ritter von Wittek, Geheimer Rat und Eisenbahnminister a. D.; ernannt am 5. Mai 1905.
Alois Prinz von und zu Liechtenstein, Landmarschall von Niederösterreich; ernannt am 23. November 1906.
Dr. Richard Graf von Bienerth-Schmerling, Geheimer Rat, k. k. Ministerpräsident a. D.; ernannt am 28. März 1916.
Dr. Richard Weiskirchner, Geheimer Rat, k. k. Minister a. D., Bürgermeister der Stadt Wien; ernannt am 2. Mai 1916.
Ottokar Graf Czernin, Minister des Äußern; ernannt am 2. Mai 1918.
Jakob Reumann, Bürgermeister; ernannt am 21. Dezember 1923.
Dr. Franz Klein, Universitätsprofessor für Zivilprozeßrecht; ernannt am 11. April 1924.
Dr. Richard Strauss, Komponist; ernannt am 16. Mai 1924.
Karl Seitz, Bürgermeister; ernannt am 6. September 1929.
Leopold Kunschak, Präsident des Nationalrates; ernannt am 8. November 1946.
Dr. h. c. General a. D. Theodor Körner, Bürgermeister; ernannt am 23. April 1948;
DDr. h. c. Karl Renner, Bundespräsident; ernannt am 28. Oktober 1948.
Dr. Adolf Schärf, Vizekanzler; ernannt am 15. April 1955.
Johann Böhm, Zweiter Präsident des Nationalrates, Präsident des Gewerkschaftsbundes; ernannt am 21. November 1958.
Oskar Kokoschka, akad. Maler; ernannt am 10. Februar 1961.
DDr. h. c. Ing. Julius Raab, Bundeskanzler; ernannt am 10. März 1961.
Dr. h. c. Franz Jonas, Bürgermeister; ernannt am 21. April 1961.
DDr. Franz König, Erzbischof, Kardinal; ernannt am 25. Oktober 1968.
Bruno Marek, Komm.-Rat, Bürgermeister; ernannt am 22. Jänner 1970.
Robert Stolz, Professor, Komponist; ernannt am 9. Juli 1970.
Dr. Bruno Kreisky, Bundeskanzler; ernannt am 11. Dezember 1975.
Dr. h. c. Felix Slavik, Bürgermeister und Landeshauptmann a. D.; ernannt am 28. Februar 1977.
Anton Benya, Präsident des Nationalrates und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes; ernannt am 29. Juni 1977.
Herbert von Karajan, Dirigent; ernannt am 24. April 1978.
Dr. Dr. h. c. Karl Böhm, Professor, Generalmusikdirektor; ernannt am 12. September 1978.
Dr. Hertha Firnberg, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung; ernannt am 24. September 1979.

Männer und Frauen, die sich um die Republik Österreich oder die Stadt Wien besonders verdient gemacht haben, kann der Gemeinderat zu Ehrenbürgern ernennen – § 7 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien.
In Wien wohnhafte österreichische Staatsbürger können vom Gemeinderat durch Ernennung zu Bürgern ausgezeichnet werden – § 6 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien.

BÜRGER DER STADT WIEN

Georg Philp, Gemeinderat; ernannt am 3. April 1919.
Heinrich Schmid, Stadtrat; ernannt am 3. April 1919.
Hans Arnold Schwer, Stadtrat; ernannt am 3. April 1919.
Johann Knoll, Stadtrat; ernannt am 15. April 1919.
Hans Schneider, Stadtrat; ernannt am 15. April 1919.
Gustav Hillinger, Stadtbuchhaltungsdirektor; ernannt am 11. Juni 1919.
Dr. Wilhelm Exner, Sektionschef; ernannt am 26. April 1920.
Carl Michael Ziehrer, Kapellmeister; ernannt am 9. Juli 1920.
Karl Kantner, freiw. Feuerwehrhauptmann; ernannt am 4. März 1921.
Dr. Johann Palisa, Hofrat, Astronom; ernannt am 4. März 1921.
Dr. Ernst Fuchs, Hofrat, Professor, Augenarzt; ernannt am 23. Juni 1921.
Edmund Hellmer, Hofrat, Professor, Bildhauer; ernannt am 30. September 1921.
Ludwig Basch, Redakteur; ernannt am 2. Dezember 1921.
Max Devrient, Burgschauspieler; ernannt am 16. Dezember 1921.
Anton Kreutzer, Gemeinderat; ernannt am 20. Jänner 1922.
Ferdinand Leißner, Bezirksrat; ernannt am 20. Jänner 1922.
Anton Amon, Schauspieler; ernannt am 7. April 1922.
Anton Hlawaček, Landschaftsmaler; ernannt am 12. Mai 1922.
Alfred Grünfeld, Pianist und Komponist; ernannt am 16. Juni 1922.
Dr. Lazar Rosenfeld, Polizei-Oberbezirksarzt; ernannt am 11. Juli 1922.
Josef Fuhrmann, freiw. Feuerwehrhauptmann; ernannt am 26. Juli 1922.
Karl Baumgartner, Burgschauspieler; ernannt am 10. Oktober 1922.
Karl Streitmann, Professor, Operettensänger; ernannt am 20. Oktober 1922.
Dr. Adam Müller-Guttenbrunn, Schriftsteller; ernannt am 17. November 1922.
Alois Rohrauer, Ehrenpräsident des Touristenvereines „Die Naturfreunde"; ernannt am 17. November 1922.
Josef Obrist, Gemeinderat; Obmann des Arbeiter-Sängerbundes; ernannt am 6. März 1923.
Viktor Keldorfer, Chormeister; ernannt am 13. April 1923.
Viktor Kutschera, Schauspieler; ernannt am 13. April 1923.
Auguste Wilbrandt-Baudius, Burgschauspielerin; ernannt am 29. Mai 1923.
Arnold Rosé, Konzertmeister; ernannt am 8. November 1923.
Dr. Rudolf Tyrolt, Schauspieler; ernannt am 22. Dezember 1923.
Dr. Robert Gersuny, Hofrat, Direktor des Rudolfinerhauses; ernannt am 25. Jänner 1924.
Dr. Sigmund Freud, Professor, Neurologe, Psychologe; ernannt am 22. April 1924.
Anton David, Gemeinderat; ernannt am 30. Mai 1924.
Eduard Zetsche, akad. Maler; ernannt am 23. Dezember 1924.
Karl Zewy, akad. Maler; ernannt am 24. April 1925.
Ludwig Wutschel, Gemeinderat; ernannt am 18. September 1925.
Georg Reimers, Burgschauspieler; ernannt am 9. Oktober 1925.
Heinrich Schoof, Professor, Lehrer und Mentor der Arbeitersänger; ernannt am 16. Oktober 1925.
Karl Führich, Professor, Ehrenchormeister, Komponist; ernannt am 20. November 1925.
Gustav Schäfer, ehem. Gemeinderat; ernannt am 23. Dezember 1925.
Dr. Friedrich Becke, Hofrat, Universitätsprofessor; ernannt am 29. Jänner 1926.
Edmund Melcher, ehem. Gemeinderat, Architekt und Stadtbaumeister; ernannt am 26. Februar 1926.
Dr. Karl Ornstein, Rechtsanwalt; ernannt am 7. Mai 1926.
Laurenz Widholz, Nationalrat; ernannt am 7. Mai 1926.
Raimund Körbler, Gemeinderat; ernannt am 10. September 1926.
Martin Spörr, Musikdirektor; ernannt am 26. November 1926.
Wenzel Jellinek, Obmann der Allg. Arbeiterkranken- und Unterstützungskasse; ernannt am 15. Dezember 1926.
Dr. Wilhelm Kienzl, Komponist; ernannt am 27. Dezember 1926.
Alexander Demetrius Goltz, Präsident der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens; ernannt am 11. Februar 1927.
Dr. Karl Schönherr, Dichter; ernannt am 4. März 1927.
Dr. Julius Wagner-Jauregg, Hofrat, Universitätsprofessor, Neurologe; ernannt am 27. Mai 1927.
Dr. Josef Meder, Hofrat; ernannt am 28. Juni 1927.
Hans Temple, akad. Maler; ernannt am 28. Juni 1927.
Dr. Eusebius Mandyczewski, Hofrat, Professor; ernannt am 2. August 1927.
Edmund Eysler, Operettenkomponist; ernannt am 7. Oktober 1927.
William Unger, Professor, Grafiker; ernannt am 7. Oktober 1927.
Albert Sever, Abgeordneter zum Nationalrat, Landeshauptmann a. D.; ernannt am 18. November 1927.
Albert Heine, Hofrat, Regisseur, Ehrenmitglied des Burgtheaters; ernannt am 24. Februar 1928.
Dr. Karl Glossy, Hofrat, Direktor der Städt. Sammlungen; ernannt am 9. März 1928.
Hedwig Bleibtreu, Hofschauspielerin; ernannt am 19. Oktober 1928.
Anna Kallina, Hofschauspielerin; ernannt am 19. Oktober 1928.
Rosa Mayreder, Schriftstellerin; ernannt am 19. Oktober 1928.
Willy Thaller, Burgschauspieler; ernannt am 19. Oktober 1928.
Karl Zeska, Hofschauspieler; ernannt am 19. Oktober 1928.
Johann Kremenezky, Seniorchef der Firma Kremenezky; ernannt am 8. Februar 1929.
Dr. Carl Stiaßny, Rechtsanwalt; ernannt am 8. Februar 1929.
Marianne Hainisch; ernannt am 12. April 1929.
Richard Waldemar, Schauspieler; ernannt am 31. Mai 1929.

Babette Devrient-Reinhold, Burgschauspielerin; ernannt am 22. November 1929.

Dr. Josef Redlich, Professor, Jurist; ernannt am 31. Jänner 1930.

Dr. Rudolf Beer, Theaterdirektor; ernannt am 14. März 1930.

Emil Ertl, Schriftsteller; ernannt am 14. März 1930.

Eduard Jordan, Bürgerschullehrer i. R.; ernannt am 14. März 1930.

Felix Salten, Schriftsteller; ernannt am 14. März 1930.

Franz Schalk, Professor, Direktor der Wiener Staatsoper i. R.; ernannt am 14. März 1930.

Georg Stern, Hofrat, Direktor der Länderbank i. R.; ernannt am 14. März 1930.

Dr. Richard Wettstein, Hofrat, Professor, Botaniker; ernannt am 14. März 1930.

Max Winter, Sozialpolitiker und Schriftsteller, Vizebürgermeister; ernannt am 14. März 1930.

Oskar Lehner, Kommerzialrat; ernannt am 25. April 1930.

Dr. Alfred Adler, Professor, Arzt; ernannt am 11. Juli 1930.

Dr. Michael Haberlandt, Hofrat, Professor, Ethnologe; ernannt am 3. Oktober 1930.

Hugo Darnaut, Professor, akad. Maler; ernannt am 5. Dezember 1930.

Dr. Josef Hoffmann, Professor, Architekt; ernannt am 23. Dezember 1930.

Emil Sauer, Hofrat, Professor, Geheimrat, Pianist; ernannt am 23. Dezember 1930.

Ernst Arndt, Professor, Kammerschauspieler; ernannt am 13. März 1931.

Viktor Zwilling, Fürsorgeamtsvorstand; ernannt am 15. März 1931.

Josef Jaksch, Hofrat, Vorstand des Schubertbundes; ernannt am 20. März 1931.

Michael Hackl, Leiter des Konsumvereines Niederösterreich; ernannt am 21. April 1931.

Otto Treßler, Burgschauspieler; ernannt am 8. Mai 1931.

Dr. Rudolf Larisch, Hofrat, Professor; ernannt am 10. Juli 1931.

Karl Moll, akad. Maler; ernannt am 10. Juli 1931.

Helene Richter, Schriftstellerin; ernannt am 10. Juli 1931.

Anton Hueber, Bundesrat; ernannt am 7. Oktober 1931.

Dr. Anton Eiselsberg, Univ.-Prof., Hofrat; ernannt am 26. Jänner 1932.

Dr. Markus Hajek, Univ.-Prof.; ernannt am 19. Februar 1932.

Dr. Karl Noorden, Univ.-Prof., Geheimrat; ernannt am 19. Februar 1932.

Josef Reiter, Tonkünstler; ernannt am 19. Februar 1932.

Johann Wancura, Komm.-Rat; ernannt am 19. Februar 1932.

Dr. Adolf Menzel, Hofrat; ernannt am 10. Mai 1932.

Dr. Hans Horst Meyer, Univ.-Prof.; ernannt am 3. Juni 1932.

Rudolf Slatin Pascha, Afrikaforscher; ernannt am 7. Juni 1932.

Wilhelm Johann Holczabek, Schulrat; ernannt am 1. Juli 1932.

Karl Lafite, Professor, Komponist; ernannt am 2. Oktober 1932.

Franz Cizek, Professor; ernannt am 23. November 1932.

Dr. Arnold Durig, Hofrat, Professor; ernannt am 23. November 1932.

Leopold Happisch, Obmann der Naturfreunde; ernannt am 31. März 1933.

Dr. Oswald Redlich, Hofrat, Professor, Historiker, Präsident der Akademie der Wissenschaften; ernannt am 14. Juli 1933.

Heinrich Glücksmann, Professor; ernannt am 3. November 1933.

Albert Bassermann, Schauspieler; ernannt am 7. November 1946.

Robert Stolz, Komponist; ernannt am 24. April 1947.

DDr. h. c. Joseph Marx, Hofrat, Professor, Komponist; ernannt am 19. Juni 1947.

Dr. Hans Finsterer, Professor, Chirurg; ernannt am 24. Juni 1947.

Paul Speiser, Vizebürgermeister; ernannt am 21. Juli 1947.

Conrad Lötsch, Gemeinderat; ernannt am 20. Februar 1948.

Gabriele Proft, Abgeordnete zum Nationalrat; ernannt am 18. Februar 1949.

Arnold Schönberg, Komponist; ernannt am 14. September 1949.

Dipl.-Ing. Dr. Karl Holey, Hofrat, Professor, Dombaumeister; ernannt am 17. Februar 1950.

Josef Enslein, Unterstaatssekretär a. D.; ernannt am 23. März 1950.

Hans Preyer, Bezirksvorsteher; ernannt am 27. April 1951.

Ferdinand Buchberger, Bezirksvorsteher; ernannt am 26. Oktober 1951.

Dr. Viktor Kritscha, Magistratsdirektor; ernannt am 14. Dezember 1953.

Dr. Leopold Zechner, Hofrat, Abgeordneter zum Nationalrat, 2. Präsident des Stadtschulrates; ernannt am 18. Juni 1954.

Johann Resch, Gemeinderat, amtsführender Stadtrat a. D.; ernannt am 14. November 1957.

Leopold Thaller, amtsführender Stadtrat a. D.; ernannt am 19. September 1958.

Dr. Lise Meitner, Professor, Atomphysikerin; ernannt am 24. Oktober 1958.

Karl Honay, Vizebürgermeister, posthum ernannt am 26. Juni 1959.

Karl Maisel, Bundesminister a. D.; ernannt am 11. November 1960.

Josef Afritsch, Bundesminister für Inneres; ernannt am 10. März 1961.

Karl Lakowitsch, Komm.-Rat, amtsführender Stadtrat, Landeshauptmann-Stellvertreter; ernannt am 16. Februar 1962.

Dr. Walter Kinzl, Magistratsdirektor; ernannt am 21. September 1962.

Hans Mandl, Hofrat, amtsführender Stadtrat, Vizebürgermeister; ernannt am 31. Juli 1964.

Franz Koci, amtsführender Stadtrat; ernannt am 31. Juli 1964.

Bruno Marek, Komm.-Rat, Erster Präsident des Wiener Landtages; ernannt am 29. Jänner 1965.

Dr. Max Neugebauer, Abgeordneter zum Nationalrat, amtsführender Präsident des Stadtschulrates für Wien; ernannt am 30. Juli 1965.

Franz Glaserer, Gemeinderat, amtsführender Stadtrat; ernannt am 22. November 1968.

Rudolf Sigmund, Komm.-Rat, Gemeinderat, amtsführender Stadtrat; ernannt am 22. November 1968.

Dr. Dr. h. c. mult. Clemens Holzmeister, Baurat h. c., em. Hochschulprofessor; ernannt am 14. Mai 1971.

Rosa Jochmann, Abgeordnete zum Nationalrat i. R.; ernannt am 18. Juni 1971.

Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner, Erster Präsident des Nationalrates, Bundesminister a. D.; ernannt am 19. November 1971.

Dr. Wilhelm Stemmer, Erster Präsident des Wiener Landtages a. D.; ernannt am 27. September 1974.

Karl Mühlhauser, Komm.-Rat, Generaldirektor, Dritter Präsident des Wiener Landtages a. D.; ernannt am 27. September 1974.
Maria Jacobi, Gemeinderat, amtsführender Stadtrat a. D.; ernannt am 25. April 1975.
Fritz Wotruba, Professor, akad. Bildhauer; posthum ernannt am 17. Oktober 1975.
Otto Probst, Dritter Präsident des Nationalrates; ernannt am 16. Dezember 1976.
Dr. Heinrich Drimmel, Bundesminister a. D., Landeshauptmann-Stellvertreter und Vizebürgermeister a. D.; ernannt am 28. Februar 1977.
Alfred Porges, Komm.-Rat, Vorsitzender des Bundesrates a. D., Direktor der Wiener Messe AG a. D.; ernannt am 29. Juni 1977.
Mag. Dr. Hermann Schnell, Hofrat, Präsident des Stadtschulrates für Wien, Abgeordneter zum Nationalrat; ernannt am 21. Mai 1979.
Hans Böck, Stadtrat a. D.; ernannt am 27. Juni 1979.
Dr. Dr. h. c. Fritz Bock, Präsident, Vizekanzler a. D., Bundesminister a. D.; ernannt am 29. Oktober 1979.
Hans Bock, Präsident, Vizebürgermeister a. D.; ernannt am 19. November 1979.

EHRENRING DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 82 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Navratil, Dr. Dr. Sc. Johann, o. Univ.-Prof.

EHRENMEDAILLE DER BUNDESHAUPTSTADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

in Gold

1979

Della Casa Lisa, Kammersängerin
Forer Alois, Prof., Hofrat, o. Hochschulprofessor
Frodl, Dr. Walter, o. Univ.-Prof., Kunsthistoriker
Hessing Gustav, o. Hochschulprofessor
Hoffmann, Dr. Alfred, Univ.-Prof., Historiker
Hotter Hans, Prof., Kammersänger
König, Dr. Herbert, o. Univ.-Prof.
Loose Emmy, Kammersängerin
März, Dkfm. Dr. Eduard, Univ.-Prof.
Meurers, Dr. Joseph, o. Univ.-Prof.
Polzer, Dr. Kurt, Univ.-Prof.
Rysanek Leonie, Kammersängerin
Scheit Karl, o. Hochschulprofessor
Schreiner Liselotte, Kammerschauspielerin
Schuh Oscar Fritz, Prof., Oberregisseur
Seefried-Schneiderhan Irmgard, Kammersängerin
Trojan Alexander, Kammerschauspieler
Wandruszka, Dr. Adam, Univ.-Prof.
Zerbst, Dr. Fritz, o. Univ.-Prof., Theologe

in Silber

1979

Birstinger Leopold, akad. Maler und Graphiker
Brabec Emanuel, Prof.
Herze-Pernerstorfer Henny, Kammersängerin
Huber-Besch Gusti, Schauspielerin
Krotschak Richard, Prof.
Odnoposoff Ricardo, em. Hochschulprofessor
Pieler Erich, o. Univ.-Prof., akad. Bildhauer
Pfluger Paula, Schauspielerin
Sussmann Heinrich, Prof., Grafiker
Zwilling Ernst Alexander, Prof., Afrikaforscher

PROFESSOR DR. JULIUS TANDLER-MEDAILLE DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

in Gold

1979

keine Verleihung

in Silber

1979

Schubert Leopoldine

OTTO GLÖCKEL-MEDAILLE DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 91 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

keine Verleihung

VERDIENSTPLAKETTE DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

in Gold

1979

keine Verleihung

in Silber

1979

keine Verleihung

in Bronze

1979

keine Verleihung

JOSEF KAINZ-MEDAILLE DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Raky Hortense, Schauspielerin
Bißmeier Joachim, Schauspieler
Langenfass Rolf, Bühnen- und Kostümbildner

Förderungspreise

1979

Roll Gertrud, Schauspielerin
Menrad Karl, Schauspieler
Palma Bernd, Regisseur
Piplits Erwin, Bühnen- und Kostümbildner

JOHANN NESTROY-RING DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 91 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Ambesser Axel von, Regisseur
Basil Otto, Prof., Schriftsteller und Publizist

DR. KARL RENNER-STIFTUNG

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

keine Verleihung

PREISE DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Literatur: *Frischmuth Barbara*
Publizistik: *Schulmeister, Dr. Otto*
Musik: *David Thomas Christian*, Hochschulprofessor
Malerei und Grafik: *Brauer Arik*, akad. Maler
Bildhauerei: *Pillhofer Josef*, Prof., akad. Bildhauer
Angewandte Kunst: *Jax Gerhard*
Architektur: *Kurrent, Mag. arch. Friedrich*, Univ.-Prof.
Geisteswissenschaften: *Hunger, Dr. Herbert*, Univ.-Prof.
Naturwissenschaften: *Parkus, Dipl.-Ing. Dr. techn. Heinz*, Univ.-Prof.
Volksbildung: *Eksl Josef*, Prof.

FÖRDERUNGSPREISE DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Literatur:
Fritz Marianne
Unger Heinz Rudolf
Musik:
Rüdenauer Meinhard
Bildende Kunst:
Fink Tone, akad. Maler
Steininger Erich, akad. Maler
Wissenschaft:
Drosg, Dr. Manfred, Univ.-Doz.
Feldbauer, Dr. Peter, Univ.-Doz.
Niedermüller, Dipl.-Ing. Dr. techn Hans, Univ.-Doz.
Springer-Kremser, Dr. Marianne
Volksbildung:
Ehalt, Dr. Hubert Christian

KINDER- UND JUGENDBUCHPREIS DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Kleinkinderbuch:
Harranth Wolf („Claudia mit einer Mütze voll Zeit" – Verlag Jungbrunnen)
Kinderbuch:
Recheis Käthe („Der weite Weg des Nataiyu" – Verlag Herder)
Wiener Autorengruppe beim Verlag für Jugend und Volk: „Damals war ich 14"
Illustration:
Paleček Josef („Claudia mit einer Mütze voll Zeit" – Verlag Jungbrunnen)

SPORTEHRENZEICHEN DER STADT WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Baumeister Ernst
Baumgartner Hubert
Fallmann Anton
Happich Günther
Krankl Hans
Obermayer Erich
Persidis Peter
Pirkner Hans
Prohaska Herbert
Sara Robert
Schachner Walter
Valenta Ursula
Weber Heribert
Weyer Fritz

WIENER GRABSTÄTTEN BERÜHMTER FRAUEN UND MÄNNER

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Zentralfriedhof

b) Widmung von Gräbern in bevorzugter Lage

Muschik Johann, Prof., Kunstkritiker, gestorben 2. Oktober 1979, 40–134

c) Inobhutnahme von Grabstellen

Hüttenbrenner, Dr. Andreas, Primarius, Chirurg, gestorben 27. Mai 1944, 59 E 1–27–28

Merz Carl, Schriftsteller und Kabarettist, gestorben 31. Oktober 1979, 40–135

Torberg Friedrich, Schriftsteller, gestorben 10. Oktober 1979, Israelitische Abteilung, Alter Teil, VI–0–3

Wels, Ing. Franz, Flugzeugkonstrukteur, gestorben 18. Oktober 1940, 30 C–3–33

Friedhof Grinzing

c) Inobhutnahme von Grabstellen

Fellner Ferdinand, Architekt, gestorben 22. März 1916, An der Mauer Nr. 21

Friedhof Hietzing

c) Inobhutnahme von Grabstellen

Hellmesberger, Musikerdynastie, Gruftgruppe 15–4 D

Friedhof Südwest

c) Inobhutnahme von Grabstellen

Mühlhauser Karl, Kommerzialrat, Generaldirektor i. R., Zweiter bzw. Dritter Präsident des Wiener Landtages a. D., gestorben 14. März 1979, 2–4–16

Urnenhain der Feuerhalle

c) Inobhutnahme von Grabstellen

Adler, DDr. Guido, Univ.-Prof., Musikwissenschaftler, gestorben 15. Februar 1941, 6–3–4–71

Wiener Hafen Gesellschaft m.b.H.

Wiener Hafen und Lager Ausbau- und Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H.

Wiener Hafen Lager- und Umschlagsbetriebe Gesellschaft m.b.H.

Wien 2., Seitenhafenstraße 15 · Telefon 74 16 61 Serie · Briefanschrift: 1023 Wien, Postfach 5

Betriebe:	Bahnstation:	Telefon:	Fernschreiber:
Freudenau Wien 2, Seitenhafenstraße 15	Wien – Hafen Freudenau	74 16 71	13-4602
Kaianlage Wien 2, Handelskai 269	Wien – Lagerhaus	24 15 61	13-4687
Albern Wien 11, Hafen Albern	Wien – Hafen Albern	77 63 99	13-4687
Lobau Wien 22, Hafen Lobau		77 64 18	13-4602

Eigenes Zollamt mit Permanenzdienst von 7.30 bis 20 Uhr

EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE UM DAS BUNDESLAND WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 82 bis 93 veröffentlichten Listen

GROSSES GOLDENES EHRENZEICHEN MIT DEM STERN

1979

Gratz Leopold, Bürgermeister und Landeshauptmann

GROSSES GOLDENES EHRENZEICHEN

1979

Fröhlich-Sandner Gertrude, Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter
Hintschig, Dkfm. Alfred, Kommerzialrat, Bundesrat, Stadtrat a. D., Generaldirektor der Wiener Messe AG
Hunger, Dr. Dr. h. c. Herbert, o. Univ.-Prof.
Pallin, Dr. Franz, Präsident des Obersten Gerichtshofes
Pfoch Hubert, Erster Präsident des Wiener Landtages
Schneider, Dr. Georg, Landesamtsdirektor des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung
Tsiter, Dr. Chrysostomos, Erzbischof, Metropolit von Austria
Waiz, Dr. Walter, Sektionschef

GROSSES SILBERNES EHRENZEICHEN

1979

Cabana, Dipl.-Ing. Rudolf, Direktor der WStW-VB
Cretnik, Dr. Herbert, Kommerzialrat, Generaldirektor
Hahn Fritz, Zweiter Präsident des Wiener Landtages
Jurcik, Dr. Walter, Veterinärdirektor
Klestil, Dkfm. Dr. Thomas, ao. Gesandter und bev. Minister
Leodolter, Dkfm. Dr. Josef, Obersenatsrat i. R.
Scholle, Dipl.-Ing. Dr. Josef, Direktor der WStW-GW
Seidl Josef, Bundesrat a. D.
Sinzinger, Dr. Felix, Präsident des Oberlandesgerichtes Wien
Skopalik, Dr. Walter, Obersenatsrat

GOLDENES EHRENZEICHEN

1979

Bauer, Dr. Wilhelm, Senatsrat
Buchwieser, Dkfm. Dr. Bruno, Präsident
Gabriele Franz, Hofrat, Abgeordneter zum Nationalrat a. D.
Gerhold Leopold, Hofrat, Landesschulinspektor
Glassl, Dr. Adelheid, Senatsrat
Grimme, Dipl.-Ing. Karl Maria, Prof., Theaterkritiker
Gruber, Dr. Franz, Primarius
Grünberger, Ing. Friedrich Florian, Prof., Architekt
Jürgens Udo, Sänger und Komponist
Jürgenssen, Dr. Olaf, Obermedizinalrat, Primarius
Koberger Ferdinand Gebhard, Prälat, Generalabt
Koska Alfred, Prof., Verleger
Loebenstein, Dr. Heinrich, Primarius
Mautner-Markhof, Dipl.-Ing. DDr. Georg
Mikesch, Dr. Alfred, Direktor i. R.
Mlczoch, Dr. Felix, ao. Univ.-Prof.
Molden Otto, Prof., Präsident, Schriftsteller
Neugebauer, Dr. Hermann, Univ.-Doz., Präsident der Ärztekammer für Wien
Onken Walter E., Kommerzialrat, Präsident des Skal-Klubs Wien
Plöckinger, Dipl.-Ing. Dr. Friedrich, Hofrat, Direktor des Technologischen Gewerbemuseums Wien
Raab Riki, Prof., ehem. Solotänzerin
Rismondo Piero, Prof., Schriftsteller und Theaterkritiker
Scheu, Dr. Friedrich, Publizist
Schlauer, Dipl.-Ing. Rudolf, Vizedirektor der WStW-GW
Schmetterer, Dr. Dr. h. c. Leopold, o. Univ.-Prof., Generalsekretär
Schmid, Dipl.-Ing. Dr. Hans, Univ.-Prof.
Schreiber, Dr. William, Prof.
Schütz, Dipl.-Ing. Dr. Paul, Senatsrat
Sellinger Bonifaz, Prälat, Abt
Strotzka, Dr. Hans, o. Univ.-Prof.
Supperer, Dr. Rudolf, o. Univ.-Prof.
Zerritsch Fritz, Prof., akad. Maler

SILBERNES EHRENZEICHEN

1979

Adam Viktor, Direktor
Arbesser-Rastburg, Dr. Maximilian, Kammerrat, Prokurist
Bartl Josef, Kommerzialrat, Textilhandelskaufmann
Bauer, Dr. Josef, Direktor
Beschta Johann, Oberamtsrat
Braunegg Heinz
Braunegg, Dr. Klaus
Butschowitz, Ing. Egon, Techn. Oberamtsrat i. R.
Cerny Gertraude, Prokurist
Charvat Leopold, Regierungsrat, Berufsschulinspektor
Denk Johann, Regierungsrat, Oberamtsrat
Dietzel Kurt, Direktor
Egger Josef Gustav, Kommerzialrat
Gluttig Kurt, Oberamtsrat
Gratzenberger Franz, Regierungsrat, Bezirksschulinspektor
Guhswald, Dkfm. Dr. Josef, Rechtsanwalt
Gutstein, Dr. Friedrich, Obermedizinalrat
Herlitzka Ernst K., Prof., Redakteur und Archivleiter
Horacek Josef, Architekt, Baurat h. c.
Kaiser, Dr. Reinhard, w. Hofrat
Kandler Johann, Oberamtsrat
Koch Otto, Oberamtsrat
Konhäuser, Mag. Eugenie, Senatsrat
König Josef, Oberamtsrat
Kornek Josef, Oberamtsrat
Kral, Dkfm. Karl, Generaldirektor
Lanzelsdorfer Friederike, Regierungsrat, Bezirksschulinspektor
Machura, Dr. Lothar, Prof., Hofrat
Meixner, Dipl.-Ing. Dr. Erich, Baurat h. c.
Miksch Willy, Schriftsteller
Neunteufel Josef, Oberamtsrat
Pauser, Dipl.-Ing. Alfred
Pöcksteiner, Dkfm. Dr. Ernst
Proksch Alfred, Prof., Grafiker
Proskowetz Ernst, Abteilungsleiter i. R.
Reis, Ing. Peter, Oberlandwirtschaftsrat
Schäfer-Elmayer, Dkfm. Dr. Diether
Schlichting Werner, Architekt
Scholl, Ing. Otto, Kommerzialrat
Skolnik Egon, Firmeninhaber
Slama Julius, Kommerzialrat
Stelzhammer Hugo, Firmeninhaber
Stern Stefan
Strasky, Ing. Otto, Techn. Oberamtsrat
Träxler, Dkfm. Eva-Hermine
Vogel Robert, Vorsitzender der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen Österreichs
Wagerer, Dr. Franz, Oberstudienrat, Rektor des Bundeskonvikts
Wech, Dr. Leopold, Prof., Pädagoge
Weigl Leopold, Oberamtsrat
Zelman, Dr. Leon

GOLDENES VERDIENSTZEICHEN

1979

Bombel Felix, Kanzleioberkommissär
Drössler, Ing. Kurt (Bobby Lugano), Unterhaltungskünstler
Flurschütz Otto, Kommerzialrat
Gross-Jiresch Alice, Prof.
Hahnemann Wilhelm, Sportlehrer
Holaubek Erich, Arbeiter-Samariterbund
Jog Adolf, Kommerzialrat
Loinger Viktor, Prof.
Misarz Hermann, Arbeiter-Samariterbund
Müntner Rudolf, Kapellmeister und Komponist
Rohrschacher Laurentius, Leiter des Lehrlingsheimes „Am Augarten"
Scheidl, Dipl.-Ing. Hans, Obmann des Allgemeinen Turnvereins Gersthof
Tauche Gunther, w. Amtsrat
Tomanek Ernst, Präsident der Wiener Pfadfinder
Walter Franz, Regierungsrat, Amtsdirektor i. R.
Weinhengst Georg, Prof., Musiktherapeut
Wolf, Ing. Alfred, Bezirksmuseumsleiter
Zukrigl Maria, Amtsrat i. R.

SILBERNES VERDIENSTZEICHEN

1979

Bazarowski Elsa, Sekretärin des Österreichischen Stenografenverbandes
Debelak Georg, Aufseher
Dubrawa Robert, Abteilungsinspektor
Fürst Hans
Graf Heinrich
Nachazel Friedrich, Kommandant des Tiroler Schützenbataillons in Wien
Ramharter Karl
Steindl Franz

EHRENZEICHEN FÜR DIE ERRETTUNG VON MENSCHEN AUS LEBENSGEFAHR

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 82 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Gollner Rudolf, Inspektor
Hossner, Mag. Lothar, Mittelschulprofessor
Kralik Franz
Mika Eduard

EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE IM WIENER FEUERWEHR- UND RETTUNGSWESEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 80 bis 93 veröffentlichten Listen

1979

Für 40jährige Tätigkeit:
Dokoupil Lia, Zugsführer
Rothsedl Franz, Ehren-Kolonnenkommandant

Für 25jährige Tätigkeit:
Cistin Alfred, Stationsführer
Jungwirth Margarethe, Telefonistin
Kautsch, Ing. Wilhelm, Sanitätsmeister
Kovacs, Dr. Friedrich, Medizinalrat, Rettungsarzt
Kössler Friedrich, Oberfeuerwehrmann
Machala Rudolf, Protokollführer
Manker Friedrich, Stationsleiter
Radinger Herbert, Stationsführer
Rohrer Franz, Oberbrandmeister
Schenkel Heinrich, Sanitätsgehilfe

EINSATZMEDAILLE DES LANDES WIEN

Ergänzung zu den in den Jahrgängen 92 und 93 veröffentlichten Listen

1979

Andorfer Bernhard, Feuerwehrmann
Aschenbrenner Johann, Oberfeuerwehrmann
Aspek Wolfgang, Warenboot-Steuermann
Bachheimer Josef, Oberfeuerwehrmann
Bachmayer Anton, Brandmeister
Bamacher Ludwig, Oberfeuerwehrmann
Bartosch Manfred, Feuerwehrmann
Bastl Alfred, Löschmeister
Bauer Heinrich, Hauptverwalter
Bauer Herman, Hauptlöschmeister
Bauer Johann, Matrose
Bauer Michael, Feuerwehrmann
Baumgartner Viktor, I. Steuermann
Bayer Walter, Oberfeuerwehrmann
Beigelböck Ferdinand, Oberfeuerwehrmann
Berger Robert, Oberfeuerwehrmann
Berger Robert, Oberlöschmeister
Berghofer, Dipl.-Ing. Dr. Emmerich, Feuerwehrmann
Bergkäuer Heinz, Löschmeister
Berthold Karl, Löschmeister
Berthold Markus, Hauptbrandmeister
Böhm Herbert, Hauptfeuerwehrmann
Böhm Viktor, Feuerwehrmann
Boruta Karl, Oberbrandinspektor
Bradengeyer Gerhard, Feuerwehrmann
Buchta Franz, Oberbrandmeister
Bugl Herbert, Oberfeuerwehrmann
Buljandric Tihomir, Bootsmann
Burger Franz, Löschmeister
Csákvári József, Pontonsteuermann
Csucker Franz, Brandrat
Dobesch Walter, Oberfeuerwehrmann
Ebner Ernst, Löschmeister
Ebner Erwin, Brandinspektor
Ecker Karl, Brandmeister
Eichinger Johann, II. Kapitän
Eisenheld Johann, Oberfeuerwehrmann
Els Josef, Oberbrandrat
Els Karl, Hauptbrandmeister
Fabian, Ing. Johann, Oberbrandinspektor
Feigl Heinz, Feuerwehrmann
Fieber Alfred, Oberbrandmeister
Friedrichkeit Josef, Feuerwehrmann
Friedrichkeit Robert, Feuerwehrmann
Frisch Alfred, Löschmeister
Fügenstein Stefan, Löschmeister
Fürhacker Franz, Oberfeuerwehrmann
Fürsinn Franz, Hauptfeuerwehrmann
Gajda Johann, Oberfeuerwehrmann
Gangl Adolf, Löschmeister
Gangl Rudolf, Oberfeuerwehrmann
Geringer Erwin, Oberfeuerwehrmann
Geringer Josef, Brandmeister
Girsa Josef, Oberfeuerwehrmann
Griesmayer Johann, Oberbrandinspektor
Griesmayer Leopold, Löschmeister
Griesser Wolfgang, Matrose
Guersch Horst, Oberverwalter
Haberleitner Josef, Löschmeister
Haferl Raimund, Oberfeuerwehrmann
Haider, Ing. Reinald, Oberverwalter
Hanus Josef, Hauptlöschmeister
Haslinger Kurt, Feuerwehrmann
Havel Johannes, Löschmeister
Hebenstreit Adolf, Löschmeister
Heinz Herbert, Feuerwehrmann
Hektor Heinrich, I. Steuermann
Hermanek Rudolf, Oberlöschmeister
Hillerer Karl, Kapitän
Hofer Rudolf, Feuerwehrmann
Hopovac Mircan, Matrose
Isopp Kurt, Löschmeister
Jelosits Peter, Probefeuerwehrmann
Kaiser Rudolf, Brandmeister
Katzmayer Leopold, Oberbrandmeister
Kittler Josef, Feuerwehrmann
Klecka Hans, Brandadjunkt
Kloihofer Karl, Feuerwehrmann
Knassmüller Andreas, Löschmeister
Knott Karl, Löschmeister
Kolar Anton, Oberbrandinspektor
Kolar Robert, Brandmeister
Kölbel Georg, Oberbrandmeister
Kölbel Karl, Oberfeuerwehrmann
Kopf Josef, Oberfeuerwehrmann
Kowar Helmut, Brandmeister
Kramel Franz, Oberfeuerwehrmann
Kulisek Otto, Löschmeister
Künzel Josef, Hauptbrandmeister
Kurzweil Herbert, Feuerwehrmann
Kussmann Erwin, Feuerwehrmann
Lachner Gerhard, Feuerwehrmann
Lang Franz, Probefeuerwehrmann
Lechner Karl, Feuerwehrmann

Lehensteiner Siegfried, Oberbrandmeister
Lenz Michael, Feuerwehrmann
Leskovar Rudolf, Ladestellenleiter
Lichka Johann, Feuerwehrmann
Liebl Franz, Brandmeister
Loskot Stefan, Probefeuerwehrmann
Lumplecker Peter, Matrose
Machart Rudolf, Feuerwehrmann
Marchart Eduard, Feuerwehrmann
Marchart Leopold, Feuerwehrmann
Matasovic Franz, Feuerwehrmann
Mayer Anton, VM
Mayer Erich, Oberfeuerwehrmann
Mayer Günter, Feuerwehrmann
Mayrhofer Karl, Löschmeister
Mellecker Adolf, Oberfeuerwehrmann
Moser Anton, Matrose
Muckenhuber Otto, Feuerwehrmann
Mühl Johann, Oberbrandinspektor
Nagl Franz, Hauptbrandmeister
Nagl Heinz, Oberfeuerwehrmann
Neunteufel Franz, Löschmeister
Neunteufel Karl, Löschmeister
Nirschel Theodor, Brandmeister
Ozinger Wilhelm, Direktor
Palkowitz Karl, Feuerwehrmann
Palkowitz Karl, Löschmeister
Pelzmann Franz, Oberbrandinspektor
Pelzmann Karl, Brandinspektor
Perdich, Ing. Günter, Brandrat
Peter Theodor, Brandmeister
Pichler Peter, Rechnungsleger
Pribyl Erwin, Feuerwehrmann
Pribyl Erwin, Löschmeister
Prohaska Roderich, Löschmeister
Pumper Johann, Oberfeuerwehrmann
Puschmann Franz, Oberlöschmeister
Quirgst Friedrich, Feuerwehrmann
Rainer Josef, Oberfeuerwehrmann
Ramharter Rudolf, Löschmeister
Rathwallner Erwin, Motorenwärter
Rauschmayer Erich, Löschmeister
Rauschmayer Herbert, Hauptlöschmeister
Rautner Johann, Löschmeister
Rechnitzer Erwin, Feuerwehrmann
Reckendorfer Ernst, Oberfeuerwehrmann
Reinhardt Heinz, Löschmeister
Reithofer Josef, Hauptbrandinspektor
Rettig Friedrich, Oberfeuerwehrmann
Riener Günther, Brandmeister
Ritscher Emil, Oberbrandmeister
Rohrer Franz, Oberbrandmeister
Rubenz Kurt, Brandinspektor
Ruzicka Kurt, Brandmeister
Satzinger Günther, Löschmeister
Schabl Heinz, Oberverwalter
Schachinger Franz, Löschmeister
Schaden Johann, Brandinspektor
Schaden Manfred, Probefeuerwehrmann
Schaffranek Rudolf, Oberfeuerwehrmann
Schafrath Jürgen, Probefeuerwehrmann
Schaider Franz, Feuerwehrmann
Scharf Ferdinand, Löschmeister
Scherzer Rolf, Brandmeister
Schlander Gerhard, Oberbrandmeister
Schlössl Johann, Löschmeister
Schmatz Werner, Oberfeuerwehrmann
Schmidt Christian, Feuerwehrmann
Schramitzer Leopold, Löschmeister
Schwaighofer Leopold, Feuerwehrmann
Seitl Paul, Oberbrandinspektor
Silberbauer Karl, Löschmeister
Siraz Rudolf, Probefeuerwehrmann
Sofka Gerhard, Feuerwehrmann
Sommerauer Rainer, Verwalter
Sperlich Wilhelm, Löschmeister
Spiess Karl, Löschmeister
Spitzbart Karl, Oberfeuerwehrmann
Stehno Leopold, Oberlöschmeister
Steiner Josef, Oberfeuerwehrmann
Stöckl Karl, Oberlöschmeister
Szattler Franz, Feuerwehrmann
Thim Hubert, Feuerwehrmann
Tillmann Otto, Oberfeuerwehrmann
Todt Wolfgang, Feuerwehrmann
Trabitsch Peter, Löschmeister
Tschermenjak Friedrich, Maschinenbetriebsleiter
Tulach Martin, Probefeuerwehrmann
Turban Horst, Löschmeister
Urban Alfred, Brandinspektor
Viertel Rudolf, Feuerwehrmann
Vymlatil Franz, Hauptfeuerwehrmann
Wald Franz, Feuerwehrmann
Walzer Günter, Feuerwehrmann
Watzinger Ernst, Feuerwehrmann
Weidenauer Ernst, Feuerwehrmann
Weindl Franz, Verwalter
Weintraud Michael, Feuerwehrmann
Weishäupl Leopold, Oberfeuerwehrmann
Wildner Ludwig, Löschmeister
Winkler Michael, Kapitän
Wogritsch Fritz, Oberlöschmeister
Wolf, Ing. Hugo, Zentralinspektor
Wolf Johann, Maschinenbetriebsleiter
Wolf Leopold, Oberbrandinspektor
Zetner Johann, VM
Zimmermann Hubert, Hauptfeuerwehrmann
Zimmermann Kurt, Abschnittsbrandinspektor
Zwesper Otto, Oberfeuerwehrmann

CHRONIK DER STADT WIEN

1979

2. Jänner
Ausstellung: Künstlerhaus – „Klaus Staek, Ölbilder und Aquarelle".
Todesfall: Gemeinderat a. D. Prof. Nora Hiltl (ÖVP, 74 Jahre).

3. Jänner
Sondermarken: „Internationales Jahr des Kindes"; „50 Jahre Internationaler Beratender Ausschuß für den Funkdienst – CCIR".

4. Jänner
Premiere: Volkstheater/Außenbezirke – „Die Nashörner" von Ionesco.

7. Jänner
Premiere: Staatsoper – Ballettpremiere.

9. Jänner
Ausstellungen: Künstlerhaus – „Friaulische Malerei der Gegenwart"; Secession – „Florentina Pakosta, Thomas Reinhold, Nyrom – Bilder, Zeichnungen, Objekte".
Auszeichnung: Senatsrat Dr. Alfred Psota, Direktor der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien – Großes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

10. Jänner
Ausstellungen: Rathaus, Schmidt-Halle – „Wiener Budget 1979"; Museum des 20. Jahrhunderts – „New Yorker Avantgarde".
Premiere: Stadthalle – „Holiday on Ice".
Todesfall: Univ.-Prof. Dr. Paul Kyrle, ärztlicher Leiter der Krankenanstalt Rudolfstiftung (65 Jahre).

11. Jänner
Tagesgeschehen: 21, Freytaggasse 32 – Eröffnung des 4. Instituts für Erziehungshilfe.

15. Jänner
Tagesgeschehen: Pulmologisches Zentrum – Inbetriebnahme eines neuen Röntgengerätes zur Früherkennung von Lungenkrebs.
Ausstellungen: Rathaus, Volkshalle – „Chinesische Neujahrsbilder"; Wiener Stadt- und Landesbibliothek – „Exlibris – Kunst im Buch"; Technisches Museum – „Budapester Fotoamateure zu Gast"; Zentralsparkasse, Kassensaal – „Die Umwelt schützen – heute für morgen".
Todesfall: Gemeinderat a. D. Josefa Popp (SPÖ, 84 Jahre).

16. Jänner



Auszeichnungen: Erika Pluhar, Schauspielerin, Prof. Fritz Muliar, Schauspieler, Angelika Hurwicz, Regisseur, Bert Kistner, Bühnenbildner – Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien 1978; Maria Bill, Schauspielerin, Michael A. Boettge, Schauspieler, Fritz Holy, Regisseur, Hans Hoffer, Bühnenbildner – Förderungspreis zur Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien 1978.

17. Jänner
Ausstellung: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Jerusalem – lebendige Vergangenheit".

18. Jänner
Auszeichnungen: Ing. Alfred Auer, Direktor der Kurbetriebsgesellschaft Oberlaa, Dkfm. Dr. Alfred Catharin, Generaldirektor Kurt Kirchner, Generaldirektor Karl-Reimar Ohlms – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Direktor Kommerzialrat Josef Fellner, Lea Immervoll, Hedwig Schlossmann – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Karl Dolezal – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.

20. Jänner
Ausstellung: Museum des 20. Jahrhunderts – „Alberto Giacometti, Plastiken".

22. Jänner
Ausstellung: Wiener Stadt- und Landesarchiv – „125 Jahre Wiener Geschichtsschreibung".
Auszeichnungen: Bezirksvorsteher Techn. Rat Ing. Heinrich Anton Heinz, w. Hofrat Dr. Friedrich Rennhofer, Bibliotheksdirektor der Universität Wien – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Dr. Harald Sturminger, ehem. Obmann der Musikalischen

Jugend Österreichs, Direktor i. R. Heinz R. Süssenbek, Hermann Ungerböck, Obmann des Sängerbundes der Blinden – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.

24. Jänner

Tagesgeschehen: Gündüz Ökcün, türkischer Außenminister – Besuch im Rathaus.

Auszeichnungen: Clarence Giese, Mitglied des Instituts für Europäische Studien, Architekt Victor Gruen, Prof. Wilhelm Holzbauer, Univ.-Prof. Dr. Blanka Horacek, Germanistin, Prof. Ing. Werner Jäger, Leiter des Österreichischen Instituts für Raumplanung, o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Fritz Kastner, o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Gerhard Tintner, Wissenschaftler – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

25. Jänner

Tagesgeschehen: Krankenanstalt Rudolfstiftung – Eröffnung eines neuen Personalwohnhauses.

Bestellungen: Senatsrat Mag. Roland Fuhs – Leiter der Magistratsabteilung 61 – Bevölkerungswesen; Magistratsrat Mag. Johann Schorsch – Leiter der Magistratsabteilung 22 – Umweltschutz.

26. Jänner

Auszeichnungen: Direktor i. R. Fritz Ribar, Direktor des Wiener Männergesang-Vereines – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Friedrich Allmayer, Leiter der Vivariumbühne Wien, Renée Bronneck-Uhlenhuth, Rudolf Dolezal, Margarete Fries, Schauspielerin, Hilde Sochor, Schauspielerin, Anton Strobl, Unterhaltungskünstler – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.

Premiere: Volkstheater – „Draußen vor der Tür" von Borchert.

27. Jänner

Premiere: Akademietheater – „Der Hofmeister" von Brecht/Lenz.

28. Jänner

Ausstellungen: Bezirksmuseum Simmering – „Trara – die Feuerwehr ist da"; Bezirksmuseum Floridsdorf – „Gerhart Hofbauer, Malereien und Grafiken".

31. Jänner

Tagesgeschehen: Universitäts-Kinderklinik – Eröffnung einer Spezialbücherei.

Auszeichnung: o. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Strasser, Präsident der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft – Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

1. Februar

Ausstellungen: Galerie Gumpendorf – „Prof. Franz Leissner, Ölbilder und Zeichnungen"; Bezirksmuseum Neubau – „Fritz Martinz, Bildentwürfe, Aktstudien und Zeichnungen"; Bezirksmuseum Alsergrund – Gedächtnisausstellung Ignaz Semmelweis.

3. Februar

Premieren: Burgtheater – „Purpurstaub" von O'Casey; Volkstheater/Außenbezirke – „Weekend" von Coward.

7. Februar

Ausstellungen: Rathaus, Schmidt-Halle – „Kunst als Freizeitgestaltung: Mitarbeiter der Stadt Wien stellen aus"; Galerie Alsergrund – „Stefanie Marek, Ölbilder und Aquarelle".

Auszeichnungen: Oberamtsrat Fritz Muster, Geschäftsführer des Vereins „Jugend am Werk", Regierungsrat Franz Ramharter, Bezirksschulinspektor, Amtsrat i. R. Alice Rosenberg – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Oberschulrat Kurt Heyer, Hauptschuldirektor i. R., w. Amtsrat i. R. Prof. Christian Neumeier, Volksbildner, Prof. Ferdinand Raab, Mitglied der Hofmusikkapelle Wien – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien; Kanzleikommissär Friedrich Löffelmann – Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien.

Premiere: Stadthalle – „ATA 79 – Artisten, Tiere, Attraktionen".

8. Februar

Tagesgeschehen: Durch einen Brand wird das Kaufhaus Gerngroß in der Mariahilfer Straße vernichtet.

Ausstellung: Akademie der bildenden Künste – „Markus Prachensky, Malerei".

Auszeichnung: Ing. Kurt Drössler (Bobby Lugano), Unterhaltungskünstler – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.

9. Februar

Ausstellungen: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Wolfgang Haipl, Architektur"; Künstlerhaus – „Kunst und Kind"; Secession – „Christo: The Running Fence".

10. Februar

Ausstellung: Zirkus- und Clownmuseum – „Circus en miniature".

11. Februar

Premiere: Staatsoper – „Il Trittico" von Puccini.

12. Februar

Auszeichnungen: Kammerschauspieler Prof. Günther Haenel, Kammerschauspieler Josef Meinrad, Kammerschauspielerin Susi Nicoletti, Kammersängerin Ljuba Welitsch – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold; Karl Fochler, Schauspieler – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.

Premiere: Kammerspiele – „Bodies" von Saunders.

13. Februar

Auszeichnungen: Direktor Dkfm. Alfred Kratschmer, Kommerzialrat Ing. Friedrich Östreicher, Gertraud Pönninger – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Prokurist Heinz Hesel, Hugo Kroisenbauer, Ernst Ocwirk, Sportfunktionär – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien; Edeltraute Habermann, Franz Koryta – Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien.

14. Februar

Tagesgeschehen: Sitzung des Gemeinderates und Wahl von drei Stadträten: Johann Hatzl (SPÖ), Josef Veleta (SPÖ), Prof. Dr. Helmut Zilk (SPÖ); Festlegung folgender Verwaltungsgruppen mit Wirksamkeit vom 27. Februar 1979: Personal- und Rechtsangelegenheiten (amtsführender Stadtrat Franz Nekula), Finanzen und Wirtschaftspolitik (amtsführender Stadtrat Hans Mayr), Bildung, Jugend, Familie (Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner), Kultur und Bürgerdienst (amtsführender Stadtrat Prof. Dr. Helmut Zilk), Gesundheit und Soziales (amtsführender Stadtrat a. o. Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher), Stadtplanung (amtsführender Stadtrat o. Univ.-Prof. Arch. Dipl.-Ing. Dr. techn. Dr. h. c. Rudolf

Wurzer), Umwelt und Freizeit (amtsführender Stadtrat Peter Schieder), Wohnen und Stadterneuerung (amtsführender Stadtrat Johann Hatzl), Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz (amtsführender Stadtrat Josef Veleta), Straße, Verkehr und Energie (amtsführender Stadtrat Heinz Nittel); Hubert Pfoch – Erster Präsident des Landtages; Kurt Heller, Reinhold Suttner – Bundesräte.

16. Februar

Tagesgeschehen: Francisco Tatad, philippinischer Informationsminister – Besuch im Rathaus.

Ausstellung: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Stephanie Windisch-Graetz, Fotografien".

Premiere: Theater in der Josefstadt – „Kasimir und Karoline" von Horváth.

17. Februar

Ausstellung: Messepalast – Ferienmesse.

18. Februar

Premiere: Raimundtheater – „Eine Nacht in Venedig" von Strauß.

19. Februar

Tagung: Enquete über Alterspsychiatrie.

20. Februar



Tagesgeschehen: Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Walter Scheel – Besuch im Rathaus; Imelda Romualdes Marcus, Gouverneur der philippinischen Hauptstadt Manila – Besuch im Rathaus.

Ausstellung: Technisches Museum – „Österreichische Erfindungen und ihre Weltgeltung".

Premiere: Volksoper – „Die Liebe zu den drei Orangen" von Prokofjew.

21. Februar

Ausstellung: Museum des 20. Jahrhunderts – „Reportage – Fotografen".



Auszeichnungen: Gerhard Bronner, Komponist und Kabarettist, Prof. Alexander Steinbrecher, Kapellmeister, DDDr. Peter Wehle, Komponist und Kabarettist – Johann Nestroy-Ring der Stadt Wien.

Premiere: Theater an der Wien – „Chicago" von Ebb/Fosse/Kander.

Todesfall: Leopold Hainisch, Schauspieler und Regisseur (87 Jahre).

22. Februar

Sondermarke: „Europameisterschaften der Luftgewehr- und Luftpistolenschützen Graz".

23. Februar

Ausstellung: Niederösterreichisches Landesmuseum – „Kuriositäten der zoologischen Präparation".

Premiere: Volkstheater – „Olympia" von Molnár.

24. Februar

Premiere: Akademietheater – „Die Gefährtin", „Die letzten Masken" und „Das Haus Delorme" von Schnitzler.

Sport: Hallenstadion – 10. Hallen-Leichtathletik-Europameisterschaften.

27. Februar

Auszeichnungen: Generaldirektor-Stellvertreter Regierungsrat Josef Reich, Ökonomierat Kommerzialrat Rudolf Schwarzrock, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Erwerbsgärtner, Nationalrat a. D. Direktor i. R. Karl Titze – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Kammerrat Oberamtsrat Wilhelm Goll, Margaretha Nehammer, Geschäftsführerin, Dkfm. Diether Schäfer-Elmayer – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

1. März

Ausstellungen: Technisches Museum – „80 Jahre Österreichisches Patentamt"; Museum für Völkerkunde – „Indische Spielkarten"; Künstlerhaus – „Kinderbücher".

2. März

Ausstellung: Albertina – „Josef Mikl".

Bestellungen auf Grund der neuen Geschäftseinteilung: Senatsrat Hofrat Dr. Karl Foltinek (bisher MA 7) – Leiter der Magistratsabteilung 13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung; Senatsrat Dipl.-Ing. Oskar Grösser (bisher MA 29) – Leiter der Magistratsabteilung 45 – Wasserbau; Dipl.-Ing. Herfried Vincze – Leiter der Magistratsabteilung 47 – Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien.

Premiere: Volkstheater/Außenbezirke – „Das vierte Gebot" von Anzengruber.

3. März

Premieren: Volksoper – Ballettpremiere; Volkstheater – „Die schmutzigen Hände" von Sartre.

4. März

Premiere: Burgtheater – „Wie es euch gefällt" von Shakespeare.

5. März

Tagung: Ost-West-Konferenz.

6. März

Ausstellung: Österreichische Galerie im Oberen Belvedere – „Gustav Hessing, Ölbilder".

7. März
Tagesgeschehen: Eröffnung der Wiener Internationalen Frühjahrsmesse.
Bestellung: Robert Pfleger (SPÖ) – Bezirksvorsteher des 17. Bezirkes.
Sport: Stadion – Fußball-Europacupspiel Austria–Dynamo-Dresden 3:1.

8. März
Ausstellung: Historisches Museum der Stadt Wien – „Georg Eisler – Bilder aus Wien und anderen Städten".

9. März
Ausstellung: Bezirksmuseum Döbling – „Stein – Land – Mensch, Aquarelle, Tempera, Federzeichnungen".

10. März
Ausstellungen: Burggarten – Blumenschau; Kursalon – „Wiener Kunstmesse 79".

13. März
Sondermarken: „50. Internationale Damenmodewoche"; „200 Jahre Gehörlosenbildung in Österreich"; „700 Jahre Dom in Wiener Neustadt".
Sport: Stadthalle – Weltmeisterschaften im Eiskunstlauf.

14. März
Auszeichnungen: w. Hofrat Dr. Edgar Bauer, w. Hofrat Dr. Walter Buchgraber, w. Hofrat Dr. Ferdinand Reisel, w. Hofrat Dr. Friedrich Scholz, w. Hofrat Mag. Alois Stuparek, General Franz Tuma, w. Hofrat Dr. Leopold Wallner – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Oberst Kurt Albrecht, Oberst Karl Bachlmayer, Oberst Karl Barl, Oberst Otto Grund, Oberst Stefan Patay, Oberst Franz Patzer, Oberstarzt Dr. Wilhelm Stern – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Hauptmann Ing. Ernst Hladik, Amtsoberrevident Franz Hofstädter – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien; Bezirksinspektor Franz Czerny, Offizierstellvertreter Gerhard Gerersdorfer, Bezirksinspektor Franz Hellmer, Bezirksinspektor Alfred Hintringer, Offizierstellvertreter Wilhelm Horak, Vizeleutnant Benedikt Kornfeld, Bezirksinspektor Johann Krippel, Offizierstellvertreter Helmut Laminger, Abteilungsinspektor Leopold Pawlik, Abteilungsinspektor Josef Polixmair, Bezirksinspektor Leopold Prentl, Vizeleutnant Friedrich Schiedlbauer, Offizierstellvertreter Johann Staringer, Abteilungsinspektor Johann Straka, Vizeleutnant Friedrich Strasser, Gruppeninspektor Heinrich Wiedersheim – Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien; Brandmeister Heinrich Krenn, Inspektor Gerhard Nordmann, Polizeiinspektor Rudolf Scheidl, Polizeiinspektor Johann Strak – Rettungsmedaille des Landes Wien.
Tagung: Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung.
Todesfall: Dritter Landtagspräsident a. D. Gemeinderat a. D. Karl Mühlhauser (ÖVP, 70 Jahre).

15. März
Ausstellung: Rathaus, Schmidt-Halle – „Wien und seine Hochschulen".

17. März
Todesfall: Gemeinderat Hofrat Prof. Rudolf Zörner (ÖVP, 55 Jahre).

18. März
Premiere: Staatsoper – „Parsifal" von Wagner.

20. März
Ausstellung: Österreichisches Theatermuseum – „Der Bühnenbildner Gottfried Neumann-Spallart".

22. März
Tagesgeschehen: 3, Landstraßer Hauptstraße – Eröffnung des Landstraßer Marktzentrums.
Ausstellungen: Hagen, Nordrhein-Westfalen – Wiener Wohnbauausstellung; Secession – „33 Jahre Wilhelminenberg: Von den Reiherkolonien des Neusiedler Sees zur Kulturethologie".
Premiere: Theater in der Josefstadt – „Das Jahrmarktsfest zu Plundersweilen" von Goethe.
Sondermarke: „150 Jahre Österreichisches Statistisches Zentralamt".

23. März
Auszeichnung: Senatsrat Prof. Dr. Josefine Nast – Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst.

25. März
Ausstellung: Messepalast – 50. Internationale Damenmodewoche.
Todesfall: Prof. Anton Heiller, Dirigent und Komponist (56 Jahre).

26. März



Auszeichnung: Prof. Rudolf Gamsjäger, ehem. Direktor der Wiener Staatsoper – Ehrenring der Stadt Wien.

27. März
Ausstellung: Künstlerhaus – „Belgische Kunst der 20er Jahre".
Geld: 100 S-Münze „700 Jahre Wiener Neustädter Dom".
Todesfall: Dkfm. Richard Nathschläger, Stadtrat a. D. (ÖVP, 75 Jahre).

28. März
Ausstellung: Stadthalle – „Senior aktuell".

29. März
Tagesgeschehen: St. Marx – Eröffnung des Gustana-Werkes für Fertiggerichte.

31. März
Premiere: Volkstheater – „Operette" von Gombrowicz.

1. April
Tagung: 6. Weltkongreß der Theaterkritiker.

2. April
Ausstellungen: Naturhistorisches Museum – „Bibliophile Kostbarkeiten"; Künstlerhaus – „Dänisches Design"; Bezirksmuseum Alsergrund – „Der Alsergrund einst und jetzt".

3. April
Tagesgeschehen: Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel, Abteilung für entwicklungsgestörte Kinder – Eröffnung einer Zahnstation für behinderte Kinder.
Ausstellung: Künstlerhaus – „Asenbaum: Gebogenes Holz".
Premiere: Volkstheater/Außenbezirke – „Der Widerspenstigen Zähmung" von Shakespeare.

4. April



Tagesgeschehen: Margarethe II., Königin von Dänemark, und Prinz Henrik – Besuch im Rathaus.
Ausstellungen: Wiener Stadt- und Landesarchiv – „Österreichisches Städtewesen im Mittelalter"; Wiener Stadt- und Landesbibliothek – „Kinderbücher aus vier Jahrhunderten".
Bestellung: Senatsrat Hofrat Dr. Richard Denscher – Leiter der Magistratsabteilung 7 – Kulturamt.
Tagung: Finanzwirtschaftliche Tagung.

5. April
Premiere: Stadthalle – „Frühjahrsparade" von Stolz.

6. April
Ausstellung: Albertina – „Egon Schiele – die Dokumente seines Schaffens".

7. April
Ausstellung: Hermes-Villa – „Vor 100 Jahren – Wien 1879 als Beispiel für die Zeit des Historismus".
Premiere: Burgtheater – „Der Revisor" von Gogol.

8. April
Premiere: Akademietheater – „Der Kandidat" von Sternheim.

10. April
Tagesgeschehen: Eröffnung der U-Bahn-Station Stephansplatz.

11. April
Premieren: Burgtheater – Gastspiel der Royal Shakespeare Company; Raimundtheater – „Der Bettelstudent" von Millöcker.
Sport: Stadion – Fußball-Europacupspiel Austria–Malmö 0:0.

12. April
Ausstellung: Otto Wagner-Pavillon, Karlsplatz – „Nicht realisierte Entwürfe Otto Wagners".

13. April
Ausstellung: Museum für Völkerkunde – „Elfenbeinfiguren aus Japan".

14. April
Ausstellung: Stadthalle – Blumenschau.

18. April
Auszeichnungen: Univ.-Prof. Dr. Viktor Grünberger, Vorstand der Geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung im Franz Josef-Spital, Univ.-Prof. Dr. Johann Jesserer, Vorstand der 2. Medizinischen Abteilung im Franz Josef-Spital – Großes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.
Tagung: Internationales Pharmazeutisches Symposium.

19. April
Tagesgeschehen: Krankenhaus Lainz – Inbetriebnahme der stärksten Bestrahlungsanlage der Welt zur Bekämpfung von Tumoren.
Ausstellungen: Messepalast – Fachmesse für Papier-, Büro- und Schreibwaren; Bezirksmuseum Döbling – „Draskovich und Heiligsetzer-Kohler, Zeichnungen".
Sondermarken: „Europa-CEPT 1979"; „13. CIMAC-Kongreß".

20. April
Tagesgeschehen: 14, Hütteldorf – Freigabe der neugebauten Hütteldorfer Brücke über die Wien für den Verkehr.
Ausstellung: Technisches Museum – „Unsere Welt – ein vernetztes System".

21. April
Premiere: Volkstheater – „Frühere Verhältnisse" und „Die schlimmen Buben in der Schule" von Nestroy.

23. April
Ausstellung: Zentralsparkasse, Kassensaal – „Wald – Gestaltung der Umwelt".

24. April
Auszeichnungen: Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky – Ehrenmitglied des Wiener Künstlerhauses; Direktor Viktor Adam, Kommerzialrat Josef Bartl, Heinz Braunegg, Dr. Klaus Braunegg, Prokurist Gertraude Cerny, Stefan Stern – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

25. April
Tagesgeschehen: 2, Handelskai – Grundsteinlegung zum neuen Schiffahrtszentrum.

26. April
Tagesgeschehen: Allgemeines Krankenhaus – Gleichenfeier beim zweiten Bettentrakt; 8, Zeltgasse 1 – Enthüllung einer Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus des Regisseurs Fritz Lang; 9, Fürstengasse 1 – Eröffnung des Museums moderner Kunst im Palais Liechtenstein.

Ausstellungen: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Grete Rader-Soulek, Bilder und Skizzen"; Historisches Museum der Stadt Wien – „Neue Schätze – fünf Jahre Neuerwerbungen der Wiener Stadt- und Landesbibliothek 1974–78".
Premieren: Volksoper – „Der Barbier von Sevilla" von Rossini; Theater in der Josefstadt – „Endspurt" von Ustinow.

27. April
Tagung: 33. Internationaler Kongreß der Druckformenhersteller.

28. April
Tagesgeschehen: 2, Zirkusgasse – Große Mohrengasse – Benennung der städtischen Wohnhausanlage in „Julius Bermann-Hof"; 23, Atzgersdorf, Endresstraße 24 – Eröffnung des neugebauten Höpflerbades.
Ausstellungen: Niederösterreichisches Landesmuseum – „Die Archäologie einer Großstadt: 12.000 Jahre Ur- und Frühgeschichte Berlins"; „Otto Stuckheil, Bilder, Grafiken".

30. April
Ausstellung: Künstlerhaus – „Praesenta", Fotoausstellung.
Premiere: Kammerspiele –„Cold Storage" von Ribman.

1. Mai
Ausstellung: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum – „Wien seit dem Fall der Basteien – die Geschichte der Wiener durch vier Jahrzehnte".

2. Mai
Ausstellungen: Akademie der bildenden Künste – „Timo Penttilä: Finnische Architektur"; Galerie Gumpendorf – „Dr. Karin und Wolfgang Schwanner, Fotografien".
Auszeichnung: Direktor Dkfm. Hansjörg Rossow, Vorstandsmitglied der Konsumgenossenschaft – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.
Sport: Stadion – Fußball-Europameisterschaftsspiel Österreich–Belgien 0:0.

3. Mai
Ausstellung: Künstlerhaus – „Kamera 79", Österreichische Foto- und Filmgeräteausstellung.
Auszeichnungen: Senatsrat Dr. Wilhelm Bauer – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Oberamtsrat Johann Beschta, Oberamtsrat Otto Koch, Oberamtsrat Josef König, Oberamtsrat Josef Kornek – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

4. Mai
Tagesgeschehen: Freigabe der großen Marxerbrücke im 3. Bezirk für den Verkehr.
Ausstellung: Künstlerhaus – „Das Künstlerhaus und die Wiener Ringstraße".
Auszeichnungen: Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner – Ehrenmitglied des Weltbundes der Österreicher im Ausland; Senatsrat i. R. Dr. Adelheid Glassl, Primarius Dr. Franz Gruber, ao. Univ.-Prof. Dr. Anton Luger, Generaldirektor Kommerzialrat Otto Scheiner – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

5. Mai
Ausstellung: Zirkus- und Clown-Museum – „Circuskinder".
Premiere: Burgtheater – „Komödie der Eitelkeit" von Canetti.

6. Mai
Tagesgeschehen: Nationalratswahlen; Verteilung der Mandate: 95 Sozialistische Partei Österreichs, 77 Österreichische Volkspartei, 11 Freiheitliche Partei Österreichs.
Premiere: Staatsoper – „Don Carlos" von Verdi.

7. Mai
Auszeichnungen: em. o. Univ.-Prof. Dr. Hans Bobek, Wissenschaftler, Prof. Erik Frey, Schauspieler, Hochschulprofessor Arch. Ernst Anton Plischke, Architekt, o. Univ.-Prof. Dipl. Ing. Dr. Ernst Schischka, Prof. Dr. h. c. Heinrich Schnitzler, Regisseur und Schauspieler, o. Hochschulprofessor Robert Schollum, Kapellmeister und Komponist – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.
Tagung: 13. Kongreß der Fachvereinigung der Maschinen- und Stahlbauindustrie Österreichs.

8. Mai
Ausstellung: Secession – „Österreichische Kunst 1880–1945".
Auszeichnungen: Hochschulprofessor Senta Benesch, Cellistin, o. Univ.-Prof. Dr. Walter Frodl, Kunsthistoriker, Kurt Meisel, Staatsintendant des Bayerischen Staatsschauspiels, Kammersängerin Prof. Maria Reining – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

9. Mai
Auszeichnungen: Volksschulhauptlehrer Emma Amler, Hauptschuldirektor Ernst Frassl, Volksschuldirektor Rosa Rausch – Otto Glöckel-Medaille der Stadt Wien.
Tagung: Internationaler Kneipp-Kongreß.

10. Mai
Ausstellungen: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – Neuaufstellung der China-Sammlung; Künstlerhaus – „Kaiser Franz Joseph I. und das Künstlerhaus", „Weltausstellung der Fotografie"; Messepalast – „Spiel '79".

11. Mai
Auszeichnungen: Landesschulinspektor Hofrat Leopold Gerhold – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Berufsschulinspektor Regierungsrat Leopold Charvat, Bezirksschulinspektor Regierungsrat Friederike Lanzelsdorfer, Oberamtsrat i. R. Josef Neunteufl – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Heimdirektor i. R. Laurentius Rohrschacher, Amtsrat i. R. Maria Zukrigl – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.
Bestellung: Dr. Helmut Lorenz – Vorstand der 10. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz.
Premiere: Akademietheater – „Ein Puppenheim" von Ibsen.

12. Mai
Tagung: Jahresversammlung der Europäischen Vereinigung der Reformwaren- und Herstellerverbände.

15. Mai
Ausstellungen: Akademie der bildenden Künste – „Herbert Muck: Zwischen den Dingen – Sakrale Kunst"; Museum für Völkerkunde – „Naive Kunst ab 1900"; Österreichische Galerie im Oberen Belvedere – „Slowenische Impressionisten".
Auszeichnungen: Prof. Dr. Franz Nemschak, Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Rosenzweig, ehem. Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, Prälat Dr. Leopold Un-

gar, Präsident der Caritas der Erzdiözese Wien – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Oberstudienrat Dr. Franz Wagerer, Rektor des Bundeskonvikts – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Premiere: Kammerspiele – „Der Hofrat Geiger" von Costa/Lang.
Tagung: 1. Österreich-Gespräch.

16. Mai
Ausstellungen: Albertina – „Zeichnungen und Aquarelle im Zeitalter Kaiser Franz Josephs"; Messegelände – „ifabo '79".

17. Mai
Ausstellungen: München – „Kommunaler Wohnbau in Wien"; Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Kolo Moser, Zeichnungen, Architektur".
Sondermarken: „Gewässerschutz"; „200 Jahre Innviertel".

18. Mai
Tagesgeschehen: 100-Jahr-Feier der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien.
Ausstellungen: Österreichische Nationalbibliothek – „Kinderbücher des 15. bis 19. Jahrhunderts"; Akademie der bildenden Künste – „Herta Broneder: Sinn und Unsinn".

19. Mai
Tagesgeschehen: Eröffnung der Wiener Festwochen.
Ausstellung: Messepalast – „Freizeit schöpferisch gestalten".
Auszeichnung: Prof. Alfred Koska, Verleger – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Premiere: Volkstheater – „Kaiser Franz Joseph I. von Österreich" von Duschinsky.

20. Mai
Ausstellung: Bezirksmuseum Alsergrund – „Die Juden im Mittelalter".
Premiere: Theater an der Wien – Gastspiel des Schiller-Theaters, Berlin.

22. Mai
Auszeichnungen: em. o. Univ.-Prof. Msgr. Dr. Karl Binder, Theologe, em. o. Univ.-Prof. Dr. Otto Höfler, Sprachwissenschaftler, o. Univ.-Prof. Dr. Herbert Koziol, Wissenschaftler, Prof. Heinrich Strecker, Komponist – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold; Leopold Birstinger, akad. Maler und Grafiker, Karl Anton Maly, Lyriker, Prälat Prof. Anton Wesely, Domkapellmeister von St. Stephan – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.
Bestellung: Primarius Dr. Alfred Huber – ärztlicher Direktor der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

23. Mai
Ausstellungen: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Anton Kling und sein Freundeskreis"; Messepalast – 10. Wiener Kunst- und Antiquitätenmesse.

24. Mai
Ausstellungen: Bezirksmuseum Döbling – „Ein Gruß aus Döbling, alte Ansichtskarten"; Messegelände – „Austro Glas '79 Wien".
Tagung: Internationaler Kongreß der Gesellschaft für Lungenkrankheiten.

25. Mai
Premiere: Raimundtheater – „Die Csárdásfürstin" von Kálmán.

27. Mai
Premiere: Theater an der Wien – Gastspiel des Jiddischen Staatstheaters, Bukarest.

28. Mai
Tagesgeschehen: Befragung über die Einführung der 5-Tage-Schule in den Volksschulen; 75 Prozent der Eltern stimmen dafür.
Ausstellung: Bezirksmuseum Leopoldstadt – „Oskar und Gustav Oehm, Ölbilder, Zeichnungen und Fotos".
Auszeichnungen: Prof. Dipl.-Ing. Karl Maria Grimme, Theaterkritiker, Prof. Riki Raab, ehem. Solotänzerin, Prof. Piero Rismondo, Schriftsteller und Theaterkritiker, Dr. Friedrich Scheu, Publizist – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Bestellung: Senatsrat Dipl.-Ing. Herbert Gloss – Leiter der Magistratsabteilung 29 – Brückenbau.

29. Mai
Ausstellung: Zentralsparkasse, Kassensaal – „Karol Skripsky, Bilder aus der Verzasca".
Bestellung: Mag. Margarete Stransky – Leiterin der Anstaltsapotheke der Poliklinik.
Geld: 100 S-Münze „200 Jahre Innviertel bei Österreich".
Todesfall: Gerhard Freund, Intendant der Wiener Festwochen (54 Jahre).

30. Mai
Ausstellung: Österreichisches Theatermuseum – „Die klassische Wiener Operette im 19. Jahrhundert".

31. Mai
Premiere: Theater an der Wien – Gastspiel der Vereinigten Bühnen, Graz.

1. Juni
Ausstellungen: Bregenz – Wien-Ausstellung; Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Barockes Kupfer aus Herrengrund und ornamentale Vorlageblätter".

2. Juni
Auszeichnungen: Ernst Baumeister, Hubert Baumgartner, Günther Happich, Hans Krankl, Erich Obermayer, Peter Persidis, Hans Pirkner, Herbert Prohaska, Robert Sara, Walter Schachner, Heribert Weber, Teamfußballer, Anton Fallmann, Ursula Valenta, Fritz Weyer, Sportfunktionäre – Sportehrenzeichen der Stadt Wien; Ehrungen von Sportlern, die im vergangenen Jahr Staatsmeistertitel für Wien erringen konnten.
Empfang: Europäische UNO-Sportler.
Premiere: Burgtheater – „Ein Sommernachtstraum" von Shakespeare.
Sport: Weststadion – 32. Uefa-Juniorenfußballturnier; Stadthalle – Mitteleuropäische Meisterschaften der Amateure in den Lateinamerikanischen Tänzen und Großer Preis von Österreich, Wiener Walzer-Konkurrenz.

4. Juni
Todesfall: Gemeinderat Hermine Fiala (SPÖ, 50 Jahre).

5. Juni
Auszeichnungen: Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner – Ehrenring des Theaters in der Josefstadt;

Barbara Frischmuth (Literatur), Dr. Otto Schulmeister (Publizistik), Hochschulprofessor Thomas Christian David (Musik), Prof. Josef Eksl (Volksbildung) – Preise der Stadt Wien 1979.

Bestellung: Univ.-Doz. Dr. Karl Dinstl – Vorstand der 1. Chirurgischen Abteilung in der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

6. Juni

Auszeichnung: Oberamtsrat Herbert Dolejs, Präsidialbüro – Berufstitel „Regierungsrat".

Todesfall: akad. Bildhauer Rudolf Schwaiger (55 Jahre).

7. Juni

Tagesgeschehen: Dusan Sinigoj, Vizeministerpräsident der Sozialistischen Republik Slowenien, und Tone Poljsak, Stellvertretender Außenminister – Besuch im Rathaus; 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse 2 C – Eröffnung des Favoritner Bezirksmuseums.

Ausstellung: Historisches Museum der Stadt Wien – „Wiener Stilkunst um 1900 – Zeichnungen und Aquarelle im Besitz des Historischen Museums".

Auszeichnung: Stadtphysikus Dr. Rita Krause – Berufstitel „Hofrat".

Bestellung: Obermagistratsrat Dr. Helga Klein – Leiterin des Magistratischen Bezirksamtes für den 20. Bezirk.

Premiere: Theater in der Josefstadt – „Berggasse 19" von Denker.

Sondermarken: „700 Jahre Stadt Rottenmann"; Serie „Schönes Österreich" (Hirschegg, Kleinwalsertal).

8. Juni

Ausstellung: Niederösterreichisches Landesmuseum – „Michael Prader: Grafiken".

9. Juni

Ausstellung: Heeresgeschichtliches Museum – „Das Zeitalter Kaiser Franz Joseph I. nach der Schlacht von Königgrätz bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges – 1867 bis 1914".

Premieren: Theater an der Wien – Gastspiel der Dresdner Staatsoper; Volksoper – Gastspiel der Moskauer Kinderoper.

11. Juni

Ausstellung: Rathaus, Schmidt-Halle – „Wiener Bäder".

13. Juni

Ausstellung: Modeschule der Stadt Wien – Jahresausstellung.

Sondermarke: „Jodok Fink 1853–1929".

Sport: Stadion – Sportpressefest und Fußballänderspiel Österreich–England 4:3.

14. Juni

Tagesgeschehen: Beginn der Beratungen über einen Vertrag zur Begrenzung der strategischen Rüstung (SAL II) zwischen dem Präsidenten der USA Jimmy Carter und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnjew.

15. Juni

Ausstellung: Kunsthistorisches Museum – „Funde aus Ägypten".

Premieren: Staatsoper – „Die Entführung aus dem Serail" von Mozart; Volkstheater – „Das kleine Café" von Benatzky.

17. Juni

Premiere: Volksoper – Gastspiel des Opernhauses Brünn.

18. Juni

Tagesgeschehen: Feierliche Unterfertigung des SAL II-Abkommens.

Auszeichnung: Dr. Felix Czeike, Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs – Berufstitel „außerordentlicher Universitätsprofessor".

Premieren: Akademietheater – Gastspiel des Atelje 212 Belgrad; Theater an der Wien – Gastspiel der Münchner Kammerspiele.

19. Juni

Ausstellungen: Messepalast – „Wien an die Donau – Planung und Gestaltung des Donaubereichs"; Niederösterreichisches Landesmuseum – „Otto Beckmann: Plastiken und Computergrafiken".

Bestellung: Senatsrat Dipl.-Ing. Johann Fürnkranz – Leiter der Magistratsabteilung 26 – Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten.

20. Juni

Ausstellung: Secession – 3. Internationale Grafikbiennale.

Auszeichnungen: akad. Maler Arik Brauer (Malerei und Grafik), akad. Bildhauer Prof. Josef Pillhofer (Bildhauerei), Gerhard Jax (angewandte Kunst), Univ.-Prof. Mag. arch. Friedrich Kurrent (Architektur) – Preise der Stadt Wien 1979; Kammersängerin Leonie Rysanek-Gausmann – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold; „Schönbrunn" und „Castrol gtx 2" – beste Plakate des Jahres 1978.

21. Juni

Auszeichnung: Univ.-Doz. Primarius Dr. Hermann Neugebauer – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

22. Juni

Auszeichnung: Obersenatsrat i. R. Dkfm. Dr. Josef Leodolter – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Premieren: Theater an der Wien – „Symphonie aus der heilen Welt" von Zykan; Volksoper – Gastspiel der Staatsoper Budapest.

Sondermarke: „5. Europatreffen der Heimkehrer in Wels".

23. Juni

Tagesgeschehen: Eröffnung der 2. Internationalen Jugendtheatertage.

24. Juni

Ausstellungen: Naturhistorisches Museum – 18. Internationale Guppy-Schau; Pfarrmuseum Alsergrund – „Explosionskatastrophe auf dem Alsergrund".

26. Juni

Angelobung: Ing. Karl Svoboda (SPÖ) – Abgeordneter zum Wiener Landtag.

Tagung: Internationaler Kongreß für Vexillologie.

27. Juni

Auszeichnungen: Verleihung der Einsatzmedaille des Landes Wien an Angehörige von freiwilligen Feuerwehren in Würdigung ihrer Leistungen anläßlich des Großbrandes des Kaufhauses Gerngroß.

28. Juni

Tagesgeschehen: Eröffnungskonzert „Musikalischer Sommer 1979"; Rathaus, Festsaal – Schachfestival der Wiener Jugend.

Ausstellung: Wiener Stadt- und Landesarchiv – „1529 – ein Schicksalsjahr für die Wieden".
Auszeichnung: Bundesrat a. D. Josef Seidl – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

29. Juni
Ausstellung: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Diplomarbeiten der Hochschule".

30. Juni
Auszeichnung: Robert Vogel, Vorsitzender der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen Österreichs – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

2. Juli
Auszeichnung: Dr. Leon Zelman – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Tagung: Kongreß für Semiotik.

3. Juli
Bestellung: Senatsrat Dipl.-Ing. Kurt Schwaller – Leiter der Magistratsabteilung 25 – Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser.
Premiere: Theater an der Wien – „Magie 79", Zaubershow.

5. Juli
Ausstellungen: Künstlerhaus – 1. Freie Wiener Kunst-Ausstellung; Albertina – „Meisterzeichnungen der Albertina, Facsimile".

9. Juli
Ausstellung: Österreichische Akademie der Wissenschaften – „Albert Paris Gütersloh: Das sakrale Werk".

12. Juli
Ausstellung: Akademie der bildenden Künste – „Fayga Ostrower: Grafik aus Brasilien".

15. Juli
Ausstellung: Naturhistorisches Museum – „Tree of Life", Kinderzeichnungen.

16. Juli
Auszeichnung: Elisabeth Bergner, Schauspielerin – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

17. Juli
Todesfall: Bezirksvorsteher a. D. Franz Ramel (ÖVP, 74 Jahre).

21. Juli
Ausstellung: Rathaus, Volkshalle – „Polen 79".

30. Juli
Auszeichnung: Johann Gludowatz – Jugendweltmeister im Maschinschreiben.
Tagung: 4. Kongreß für Sozialarbeit und Rehabilitation.

2. August
Ausstellung: Akademie der bildenden Künste – „Zeitgenössische chinesische Malerei".

3. August
Ausstellung: Moskau – „Rendezvous mit Wien".

4. August
Tagesgeschehen: Eröffnung des 8. Internationalen Jugendmusikfestes.

5. August
Todesfälle: Heinz Sandauer, Pianist und Komponist (68 Jahre); Christine Böhm, Schauspielerin (25 Jahre).

6. August
Tagung: Internationale Sozialkonferenz.

7. August
Auszeichnung: Prof. Dr. William Schreiber – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

9. August
Sondermarken: „Eröffnung des Internationalen Zentrums Wien"; „UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung".

13. August
Ausstellung: Österreichische Galerie im Oberen Belvedere – „Franz Zadrazil – Stadtbilder".

16. August
Ausstellungen: Rathaus, Schmidt-Halle – „Internationales Zentrum UNO-City"; Secession – „Secession 1979".

17. August
Ausstellung: Künstlerhaus – „Franz Probst", Ölbilder, Grafiken.

20. August
Tagung: UNO-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung 1979.

22. August
Ausstellung: Künstlerhaus – „Bernard und Ursula Schulze, Bildobjekte".

23. August



Tagesgeschehen: Eröffnung der UNO-City.
Geld: 100 S-Münze „Internationales Zentrum Wien 1979".

25. August
Auszeichnung: Dkfm. Dr. Max Reisch, Schriftsteller – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.

28. August
Auszeichnung: ao. Gesandter und bev. Minister Dkfm. Dr. Thomas Klestil – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

29. August
Sondermarken: „10. Weltkongreß der Internationalen Diabetes-Föderation"; „XVI. Weltstraßenkongreß – Wien 1979".
Sport: Stadion – Fußball-Europameisterschaftsspiel Österreich–Norwegen 4 : 0.

30. August
Tagesgeschehen: Großbrand in der Nationalbank.

31. August
Premiere: Theater in der Josefstadt – „Nathan der Weise" von Lessing.

1. September
Tagesgeschehen: Staatsoper – Gala anläßlich der Eröffnung der UNO-City Wien.
Ausstellungen: Wiener Stadt- und Landesarchiv – „Fischerei im alten Wien"; Wiener Stadt- und Landesbibliothek – „300 Jahre Lieber Augustin – das Pestjahr 1679".

2. September
Premiere: Volkstheater – „Romeo und Julia" von Shakespeare.

3. September
Ausstellung: Bezirksmuseum Leopoldstadt – „Friederike Singer – Bühnenbilder und Bühnenkostüme".
Bestellung: Univ.-Doz. Dr. Hannes Pichler – Vorstand der Infektionsabteilung im Franz Josef-Spital.

4. September
Tagesgeschehen: Theater an der Wien – Gala zugunsten der UNICEF.
Ausstellungen: Niederösterreichisches Landesmuseum – „Walter Berger: Gemälde und Grafiken"; Galerie Gumpendorf – „Katzen – Musik – Katzen".
Bestellung: Univ.-Doz. Dr. Franz Pesendorfer – Vorstand der 1. Medizinischen Abteilung im Krankenhaus Lainz.

5. September
Sondermarken: „Dr. Richard Zsigmondy – 50. Todestag des Nobelpreisträgers für Chemie"; „125 Jahre Österreichische Staatsdruckerei".

7. September
Ausstellungen: Messepalast – „Juwelia 79"; Niederösterreichisches Landesmuseum – „Weingartenhüter".
Premiere: Volkstheater – „Sehnsucht" von Gerhard Roth.

8. September
Tagesgeschehen: Eröffnung der Wiener Internationalen Herbstmesse.

9. September
Premiere: Staatsoper – „Der Schwur" von Mercadante.
Sport: 13. Internationaler Straßenpreis der Stadt Wien im Radrennen – Sieger Rudi Mitteregger.
Tagungen: 10. Internationaler Diabetes-Kongreß; 5. Kongreß des Europäischen Instituts für Krebsforschung.

10. September
Tagesgeschehen: Stadthalle – Eröffnung der Senioren-Woche.
Tagung: Kongreß der Hugo von Hofmannsthal-Gesellschaft.

11. September
Tagung: 10. Konferenz der Donauländer.

12. September
Auszeichnungen: Überreichung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Herrschaft an 130 Personen; Verleihung der Rettungsmedaille des Landes Wien an Angehörige der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft.

13. September
Ausstellungen: Künstlerhaus – „Kunst heute in der DDR"; Museum des 20. Jahrhunderts – „Monte Verità"; Messepalast – „Lederwaren exquisit".
Auszeichnung: Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion – Ehrensenator der Universität Wien.

14. September
Ausstellung: Messepalast – ETA-Einkaufstage.
Tagung: Österreichischer HNO-Kongreß 1979.

15. September
Ausstellungen: Österreichische Nationalbibliothek – „175 Jahre Österreichische Staatsdruckerei"; Messepalast – Österreichische Schuhmusterschau.
Premiere: Akademietheater – „Der Leibgardist" von Molnár.

16. September
Tagung: 16. Weltstraßenkongreß.
Premiere: Burgtheater – „Wunschloses Unglück" von Handke.

19. September
Sondermarken: „Spart Energie"; „Festspiel- und Kongreßhaus Bregenz".

20. September
Auszeichnungen: Bezirksschulinspektor Regierungsrat Franz Gratzenberger, Prof. Dr. Leopold Wech, Pädagoge – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Elsa Bazarowski, Sekretärin des Österreichischen Stenografenverbandes – Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien.
Bestellung: Obermagistratsrat Dr. Friedrich Weinke – Leiter des Magistratischen Bezirksamtes für den 1., 8. Bezirk.
Premiere: Theater in der Josefstadt – „Moral" von Thoma.
Tagung: Stahlbautagung.

22. September
Tagesgeschehen: Rathaus – Tag der offenen Tür.
Auszeichnung: Udo Jürgens, Sänger und Komponist – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Tagung: Weltkongreß der Multiplen Sklerose-Gesellschaft.

23. September
Ausstellung: Stadthalle – „WIBA – Wiener Bäcker-Ausstellung".

24. September
Premiere: Kammerspiele – „Jean" von Bus-Fekete.

26. September
Sport: Stadion – Fußballänderspiel Österreich–Ungarn 3 : 1.

27. September
Tagesgeschehen: Inbetriebnahme der neuen Straßenbahnlinie 64 nach Alt-Erlaa.



Auszeichnungen: Stadtrat a. D. Hans Böck, Hofrat Mag. Dr. Hermann Schnell, Präsident des Stadtschulrates für Wien, Abgeordneter zum Nationalrat – Bürger der Stadt Wien.
Sondermarke: „25. Lions-Europa-Forum Wien 1979".

28. September
Tagesgeschehen: 2, Heinestraße – Bei einem Brand im Hotel Augarten finden 27 Menschen den Tod.
Ausstellungen: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – Künstlergruppe „Der Kreis"; Künstlerhaus – „So waren sie damals – ein Bild sagt mehr als tausend Worte".

29. September
Ausstellung: Haus der Begegnung, 21, Angerer Straße 14 – Gedenkausstellung für Bundespräsident Franz Jonas.

30. September
Ausstellung: Messepalast – 51. Wiener Damenmodewoche.
Premiere: Volkstheater/Außenbezirke – „Die Heirat" von Gogol.
Todesfall: Baurat h. c. Dr. Eduard Schrack, Pionier der Elektrotechnik in Wien (90 Jahre).

1. Oktober
Ausstellung: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Die unbekannte Sammlung – der Staat als Kunstkäufer".
Auszeichnungen: Generaldirektor Kommerzialrat Dr. Herbert Cretnik – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Direktor i. R. Dr. Alfred Mikesch – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

2. Oktober
Ausstellungen: San Francisco – „Wien – eine Europäische Symphonie"; Secession – „Roland Goeschl, Plastiken, Zeichnungen" und „Peter Dvorak, Bilder".
Todesfall: Prof. Johann Muschik, Journalist (68 Jahre).

3. Oktober
Sport: Stadion – Fußball-Europacupspiel Austria-Memphis–Vejle-Dänemark 1 : 1.

4. Oktober
Ausstellung: Historisches Museum der Stadt Wien – „Wien 1529 – die erste Türkenbelagerung".
Premiere: Burgtheater – „Das Mädchen aus der Feenwelt oder Der Bauer als Millionär" von Raimund.
Tagungen: Neurologische Arbeitstagung: Gemeinsame Tagung der Deutsch-Schweiz-Österreichischen Gesellschaft für Unfallchirurgie.

5. Oktober
Ausstellung: Künstlerhaus – „Sepp Mayrhuber, Stuccolustro".

6. Oktober
Premiere: Akademietheater – „Sappho" von Grillparzer.

9. Oktober
Auszeichnungen: Kammerrat Dr. Maximilian Arbesser-Rastburg, Prokurist, Egon Skolnik, Firmeninhaber, Kommerzialrat Julius Slama, Hugo Stelzhammer, Firmeninhaber – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

10. Oktober
Ausstellungen: Albertina – „Hauptwerke der Zeichenkunst aus der Albertina"; Messegelände – Internationale Fachausstellung für industrielle Elektronik und Elektrotechnik.
Sondermarken: „100 Jahre TGM"; „100 Jahre Raab-Ödenburg-Ebenfurther Eisenbahn"; „Moderne Kunst in Österreich" (Der erbärmende Christus von Prof. Hans Fronius).

11. Oktober
Auszeichnung: Fritz Hahn, Zweiter Präsident des Wiener Landtages – Komturkreuz des päpstlichen Silvesterordens mit dem Stern.
Premiere: Raimundtheater – „Der fidele Bauer" von Fall.

12. Oktober
Ausstellung: Niederösterreichisches Landesmuseum – „Egon Schiele – Werke aus Familienbesitz".
Auszeichnung: Verwaltungsdirektor Oberamtsrat Wilhelm Engelhardt – Berufstitel „Regierungsrat".

13. Oktober
Tagung: Europatreffen der „Schlaraffia".

14. Oktober
Ausstellung: Bezirksmuseum Simmering – „Gustav und Wilhelm Jauch, Aquarelle, Zeichnungen und Karrikaturen".

15. Oktober
Ausstellung: Rathaus, Volkshalle – „Berlin grüßt Wien".
Auszeichnung: Univ.-Prof. Dr. Kurt Polzer – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.
Premiere: Burgtheater – Gastspiel des Bulgarischen Nationaltheaters, Sofia.

16. Oktober
Tagesgeschehen: Künstlerhaus-Kino – Eröffnung der Viennale 1979.
Ausstellung: Akademie der bildenden Künste – „Walter Eckert, Malerei".

17. Oktober
Premiere: Akademietheater – Gastspiel des Slowenischen Nationaltheaters, Ljubljana.
Sondermarke: „August Musger 1868–1929, Pionier der Zeitlupentechnik".

18. Oktober

Ausstellungen: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – 3. Internationale Ausstellung von Textilminiaturen; U-Bahn-Station Stephansplatz – „Wien Internationale Stadt".

Premiere: Staatsoper – „Die Hochzeit des Figaro" von Mozart.

20. Oktober

Ausstellungen: Bezirksmuseum Döbling – „Hobby-Ausstellung" und „Der Tonbandfreund Austria"; Zentralsparkasse, Kassensaal – „Möglichkeiten des Energiesparens".

22. Oktober

Tagesgeschehen: Allgemeines Krankenhaus, Universitätsklinik für Anaesthesiologie und allgemeine Intensivmedizin – Eröffnung einer neuen Intensivstation.

Auszeichnungen: Univ.-Prof. Dr. Herbert Hunger (Geisteswissenschaften), Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Heinz Parkus (Naturwissenschaften) – Preise der Stadt Wien 1979; Obermedizinalrat Dr. Friedrich Gutstein, w. Hofrat Dr. Reinhard Kaiser, Oberamtsrat i. R. Karl Köhler – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Tagung: 33. Österreichischer Ärzte-Kongreß – Van Swieten-Tagung.

23. Oktober

Auszeichnung: Dr. Chrysostomos Tsiter, Erzbischof, Metropolit von Austria – Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Geld: 100 S-Münze „Festspiel- und Kongreßhaus Bregenz".

Tagung: 2. Österreich-Gespräch.

25. Oktober

Premieren: Staatsoper – Gastspiel des Ballets du XXe Siècle Brüssel; Theater in der Josefstadt – „Buckel" von Mrozek.

26. Oktober

Ausstellungen: Naturhistorisches Museum – „Der Besucher des Naturhistorischen Museums, Fotos"; Technisches Museum – „100 Jahre elektrische Glühlampe"; Österreichisches Theatermuseum – „Tanz – 20. Jahrhundert in Wien – zum 80. Geburtstag von Prof. Riki Raab"; Österreichische Galerie im Oberen Belvedere – „Gerhard Gutruf, Ölgemälde".

29. Oktober

Auszeichnung: Oberstadtphysikus Dr. Ermar Junker, Leiter der Magistratsabteilung 15 – Gesundheitsamt – Berufstitel „Hofrat".

30. Oktober

Auszeichnungen: Architekt Prof. Ing. Friedrich Florian Grünberger – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Direktor Dr. Josef Bauer, Direktor Kurt Dietzel, Kommerzialrat Josef Gustav Egger, Architekt Baurat h. c. Josef Horacek, Baurat h. c. Dipl.-Ing. Dr. Erich Meixner, Direktor Dkfm. Dr. Ernst Pöcksteiner, Kommerzialrat Ing. Otto Scholl – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Wolf Harranth (Kleinkinderbuch), Käthe Recheis (Kinderbuch), Wiener Autorengruppe beim Verlag für Jugend und Volk (Jugendbuch), Josef Paleček (Illustration) – Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1979.

31. Oktober

Tagesgeschehen: Hofburg – Eröffnung der Österreichischen Buchwoche.

Premiere: Volkstheater/Außenbezirke – „Der Weibsteufel" von Schönherr.

Todesfall: Carl Merz, Schriftsteller und Kabarettist (73 Jahre).

1. November

Premiere: Staatsoper – Gastspiel der Bulgarischen Nationaloper, Sofia.

4. November

Tagesgeschehen: 9, Porzellangasse 33a – Enthüllung einer Gedenktafel für den Kammerschauspieler Werner Krauss.

5. November

Ausstellung: Bezirksmuseum Döbling – „Maria Baudys, Luise Giessel, Maria Hesse, Aquarelle, Tempera und Keramik".

Auszeichnungen: Hochschulprofessor Hofrat Alois Forer, Hochschulprofessor Gustav Hessing, o. Univ.-Prof. Dr. Joseph Meurers, Hochschulprofessor Karl Scheit – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Premiere: Volksoper – „My Fair Lady" von Lerner/Loewe.

6. November

Auszeichnungen: Bürgermeister Leopold Gratz – Großes Goldenes Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um das Land Wien; o. Univ.-Prof. Dr. Dr. Johann



Navratil – Ehrenring der Stadt Wien; Primarius Obermedizinalrat Dr. Olaf Jürgenssen, ärztlicher Abteilungsvorstand – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Tagung: Österreichischer Krankenhaustag.

7. November



Tagesgeschehen: König Carl XVI. Gustaf und Königin Silvia von Schweden – Besuch im Rathaus.
Empfang: Fußballmeister 1979.

8. November
Tagesgeschehen: St. Marx – Eröffnung der Wiener Kühlhaus-Frigoscandia-Gesellschaft.
Ausstellungen: Museum für Völkerkunde – „Chinesische Malerei"; Künstlerhaus – „Vinzenz Sloboda, Ölbilder, Gouachen".
Auszeichnungen: o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Herbert Hunger, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Leopold Schmetterer, Generalsekretär der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Adolphe Sibert, Präsident der Johann Strauß-Gesellschaft in Paris – Johann Strauß-Medaille.
Tagung: Weltkongreß für Kleinkindererziehung.

9. November
Ausstellung: Messepalast – 11. Wiener Kunst- und Antiquitätenmesse.
Premiere: Volkstheater – „Rose Bernd" von Hauptmann.

10. November
Todesfall: Prof. Friedrich Torberg, Schriftsteller (71 Jahre).

12. November
Auszeichnungen: Kammersänger Prof. Hans Hotter, Kammersängerin Emmy Loose-Kriso, Kammersängerin Irmgard Seefried-Schneiderhan, Kammerschauspielerin Liselotte Schreiner, Kammerschauspieler Alexander Trojan – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold; Bundesrat Stadtrat a. D. Kommerzialrat Dkfm. Alfred Hintschig – Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

13. November
Auszeichnung: Techn. Oberamtsrat Ing. Alois Hautzenberger – Berufstitel „Regierungsrat".
Tagung: 3. Weltkongreß der Internationalen Flugbegleiter-Vereinigung.

14. November
Ausstellungen: Künstlerhaus – „Curt Querner, Ölbilder, Gouachen"; Niederösterreichisches Landesmuseum – „Kleiner Himmel unter Glas, Erzeugnisse der niederösterreichischen Wachszieher".

15. November
Ausstellungen: Rathaus, Volkshalle – Weihnachtsausstellung; Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Organische Bauformen und menschliche Architektur"; Akademie der bildenden Künste – „Roland Rainer-Schüler, Architektur".
Sondermarken: „Weihnachten 1979"; „Wien lädt zur WIPA 1981".
Todesfall: Gemeinderat a. D. Frieda Nödl (SPÖ, 81 Jahre).

16. November
Tagesgeschehen: 11, Herderplatz 1 – Eröffnung eines Schulverkehrsgartens.

17. November
Premiere: Akademietheater – „Protest" von Havel, „Attest" von Kohout.
Tagung: 3. Kongreß europäischer Schriftstellerorganisationen.

19. November
Tagesgeschehen: 1, Schönlaterngasse 7a – Eröffnung der Artothek (Verleih von Bildern aus dem Besitz der Stadt Wien).
Angelobungen: Franz Mrkvicka und Christine Schirmer (SPÖ) – Abgeordnete zum Wiener Landtag.
Premiere: Staatsoper – Ballettpremiere.

20. November
Tagesgeschehen: 21, Am Hubertusdamm 17–19 – Einweihung der ersten Moschee Wiens.
Ausstellungen: Technisches Museum – „Technik im Spiel"; Secession – „181 Mitglieder der Wiener Secession".
Auszeichnungen: Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Plöckinger, Direktor des Technologischen Gewerbemuseums – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Prof. Viktor Loinger, Rudolf Müntner, Kapellmeister und Komponist, Direktor Ernst Tomanek, Präsident der Wiener Pfadfinder und Pfadfinderinnen, Prof. Georg Weinhengst, Musiktherapeut, Ing. Alfred Wolf, Leiter eines Bezirksmuseums – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien.

21. November
Ausstellung: Albertina – „Chimei Hamada, Grafiken".
Tagung: 3. Wiener Kongreßkolloquium.

22. November
Ausstellungen: Messepalast – „austro boot 79"; Kursalon – Antiquitätenschau.
Auszeichnungen: Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hans Schmid, Senatsrat Dipl.-Ing. Dr. Paul Schütz – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Dipl.-Ing. Alfred Pauser – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Premiere: Theater in der Josefstadt – „Die Unbekannte aus der Seine" von Horváth.

23. November
Ausstellung: Künstlerhaus – „Im Namen des Volkes: Dokumentation".

24. November
Tagesgeschehen: Eröffnung der U-Bahn-Strecke Schwedenplatz–Nestroyplatz.
Premiere: Burgtheater – „Sommergäste" von Gorki.

26. November
Tagesgeschehen: 17, Alszeile 71–73, und 18, Türkenschanzplatz – Gleichenfeier für die Pensionistenheime „Alszeile" und „Türkenschanze".
Auszeichnungen: Generalabt Prälat Gebhard Koberger, Abt Prälat Bonifaz Sellinger, Prof. Fritz Zerritsch – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Verwaltungsdirektor Oberamtsrat Regierungsrat Johann Denk, Oberamtsrat Kurt Gluttig, Prof. Ernst K. Herlitzka, Redakteur und Archivleiter, Oberamtsrat Johann Kandler, Senatsrat Mag. pharm. Eugenie Konhäuser, Wilhelm Miksch, Schriftsteller, Prof. Alfred Proksch, Grafiker, Oberamtsrat Leopold Weigl – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

27. November
Auszeichnungen: Dipl.-Ing. Dr. Josef Scholle, Direktor der Wiener Stadtwerke-Gaswerke – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Dipl.-Ing. Rudolf Schlauer, Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-Gaswerke – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um

das Land Wien; Techn. Oberamtsrat i. R. Ing. Otto Strasky – Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Marianne Fritz, Heinz Rudolf Unger (Literatur), Meinhard Rüdenauer (Musik), akad. Maler Tone Fink, akad. Maler Erich Steininger (bildende Kunst), Univ.-Doz. Dr. Manfred Drosg, Univ.-Doz. Dr. Peter Feldbauer, Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. techn. Hans Niedermüller, Dr. Marianne Springer-Kremser (Wissenschaft), Dr. Hubert Christian Ehalt (Volksbildung) – Förderungspreise der Stadt Wien 1979.

Bestellung: Dr. Artur Zips – Vorstand der Dermatologischen Abteilung im Pflegeheim Lainz.

28. November

Ausstellungen: Secession – „Alfred Stieglitz, Fotos"; Bezirksmuseum Alsergrund – „Der Fischfang im alten Wien und in der Roßau".

29. November

Tagesgeschehen: 14, Hütteldorfer Straße 150–158 – Eröffnung des Wiener Fechtzentrums; Stammersdorf – Grundsteinlegung für eine Landeshauptschießstätte.

Premiere: Stadthalle – „Winnetou".

Todesfall: Hofrat Dr. Norbert Janitschek, Volksbildner und Nestroy-Forscher (77 Jahre).

30. November

Ausstellung: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Heinrich Sussmann, Aquarelle, Zeichnungen".

Auszeichnungen: Univ.-Prof. Dr. Alfred Hoffmann, Historiker, Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Eduard März, Prof. Oscar Fritz Schuh, Oberregisseur, Univ.-Prof. Dr. Adam Wandruska, o. Univ.-Prof. Dr. Fritz Zerbst, Theologe – Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

1. Dezember

Ausstellungen: Wiener Stadt- und Landesarchiv – Gedächtnisausstellung Bürgermeister Fran Jonas; Bezirksmuseum Döbling – „Karl Köhler, Aquarelle".

Premieren: Akademietheater – „Schule mit Clowns" von Waechter; Volkstheater/Außenbezirke – „Acapulco, Madame" von Jamiacque.

4. Dezember

Tagesgeschehen: 9, Seegasse, und 12, Marschallplatz – Grundsteinlegungen für zwei Pensionistenheime.

5. Dezember

Ausstellung: Messepalast – „Hobby Elektronik 79".

Auszeichnungen: Leopoldine Schubert – Professor Dr. Julius Tandler-Medaille der Stadt Wien in Silber; Wilhelm Hahnemann, Sportlehrer, Dipl.-Ing. Hans Scheidl, Obmann des Allgemeinen Turnvereins Gersthof – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien; Zugsführer Lia Dokoupil, Oberfeuerwehrmann Rudolf Hammer, Ehren-Kolonnenkommandant Franz Rothsedl, Oberbrandmeister Karl Zillinger – Ehrenzeichen für 40jährige Tätigkeit im Feuerwehrwesen; Oberfeuerwehrmann Johann Ammerer, Sanitätsmeister Ing. Wilhelm Kautsch, Oberfeuerwehrmann Friedrich Kössler, Löschmeister Josef Kreuz, Kurt Leimer, Leopold Maierhofer, Löschmeister Ferdinand Niedermayer, Oberbrandmeister Franz Rohrer, Maria Unterberger, Erika Valenta – Ehrenzeichen für 25jährige Tätigkeit im Feuerwehrwesen.

6. Dezember

Auszeichnungen: Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Fröhlich-Sandner, Erster Präsident des Wiener Landtages Hubert Pfoch – Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

7. Dezember

Ausstellung: Österreichisches Museum für angewandte Kunst – „Expressive und dekorative Grafik in Wien 1900–1930".

Auszeichnungen: Inspektor Rudolf Gollner, Mag. Lothar Hossner, Franz Kralik, Eduard Mika – Rettungsmedaille des Landes Wien.

12. Dezember

Ausstellung: Museum moderner Kunst im 20er Haus – „Das Museum of Modern Art, New York, zu Gast in Wien".

Auszeichnung: Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner – Ehrenmedaille der Fachgruppe der Beherbergungsbetriebe.

13. Dezember

Auszeichnung: Senatsrat i. R. Dr. Karl Gladt – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Premiere: Raimundtheater – „Der Opernball" von Heuberger.

14. Dezember



Auszeichnungen: Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firmberg – Ehrenbürger der Stadt Wien; Dr. Franz Pallin, Präsident des Obersten Gerichtshofes, Sektionschef Dr. Walter Waiz – Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Dr. Felix Sinzinger, Präsident des Oberlandesgerichtes Wien, Obersenatsrat Dr. Walter Skopalik – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien; Kanzleioberkommissär Felix Bombel, Amtsdirektor i. R. Regierungsrat Franz Walter – Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien; Georg Debelak, Aufseher der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Robert Dubrawa, Abteilungsinspektor – Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien.

Premiere: Volkstheater – „Der Floh im Ohr" von Feydeau.

17. Dezember

Auszeichnungen: Primarius Dr. Heinrich Loebenstein, a. o. Univ.-Prof. Dr. Felix Mlczoch, o. Univ.-Prof. Dr. Hans Strotzka – Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Bestellung: Dr. Isolde Hertling – Vorstand der Krankenabteilung IIb im Pflegeheim Baumgarten.
Premiere: Kammerspiele – „Der Mustergatte" von Hopwood.

18. Dezember
Auszeichnung: Bereichsleiter Dkfm. Dr. Siegfried Wilfling – Großes Ehrenzeichen der Ärztekammer für Wien.
Sport: Donauparkhalle – Österreichische Staatsmeisterschaften im Eiskunstlauf.

19. Dezember
Angelobung: Otto Bauer (SPÖ) – Bezirksvorsteher des 14. Bezirkes.

20. Dezember
Auszeichnungen: Bürgermeister Leopold Gratz – Päpstliches Großkreuz des Silvesterordens mit dem Stern; Fritz Hahn, Zweiter Präsident des Wiener Landtages – Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Premiere: Theater in der Josefstadt – „Anatol" von Schnitzler.

21. Dezember
Premiere: Burgtheater – „Tartuffe" von Molière.

22. Dezember
Premiere: Akademietheater – „Wie immer am Donnerstag" von Bellon.

29. Dezember
Premiere: Volkstheater – „Der gläserne Pantoffel" von Molnár.

31. Dezember
Premiere: Staatsoper – „Die Fledermaus" von Strauß.

Offsettechnik
durch Leistung und Qualität an der Spitze

pj

pillerdruck

A-1070 Wien · Neustiftgasse 73–75 · Telefon: 93 76 41 Serie



Heute gestalten wir die Welt, in der morgen unsere Kinder leben werden.

Da kann es uns nicht gleichgültig sein, wie wir die Weichen für die Zukunft stellen.

Was nützt es uns, wenn wir einen Fortschritt predigen - an dem unsere Kinder einmal ersticken könnten.

Umweltbelastung muß nicht sein. Es gibt die saubere - die „weiße" Energie. Es gibt Dinge, die das Leben erleichtern - ohne die Um- und Nachwelt zu belasten.

Die ÖSTERREICHISCHE AEG-TELEFUNKEN arbeitet daran. Hier und heute.
Für den sauberen Strom - die Energie aus der Steckdose.
Für langlebige Produkte.
Für leise - nervenschonende Produkte.

Und Sie merken diese „Philosophie" an der Qualität jedes einzelnen Produktes aus dem Hause AEG-TELEFUNKEN.

Ob es Elektro-Haushaltsgeräte, Elektro-Werkzeuge, Unterhaltungselectronic oder energietechnische Anlagen oder . . .sind.

Die Verantwortung für die Zukunft liegt in der Gegenwart.

AEG-TELEFUNKEN

KULTUR, SPORT UND FREIZEIT

Seite

Pläne II/249
Weitere Theater und Kabaretts II/276
Konzert- und Veranstaltungssäle II/276
Musiklehranstalten II/277
Wiener Volkshochschulen II/277
Volksheime und Häuser der Begegnung II/277
Museen, Sammlungen und sonstige Sehenswürdigkeiten II/278
Galerien, weitere Ausstellungsräume usw. II/283
Archive, Bibliotheken II/284
Städtische Büchereien II/286
Sehenswürdigkeiten II/286
Wald- und Naturlehrpfade II/289
Sportanlagen II/290
Spezialanlagen II/299
Waldkinderspielplätze II/301

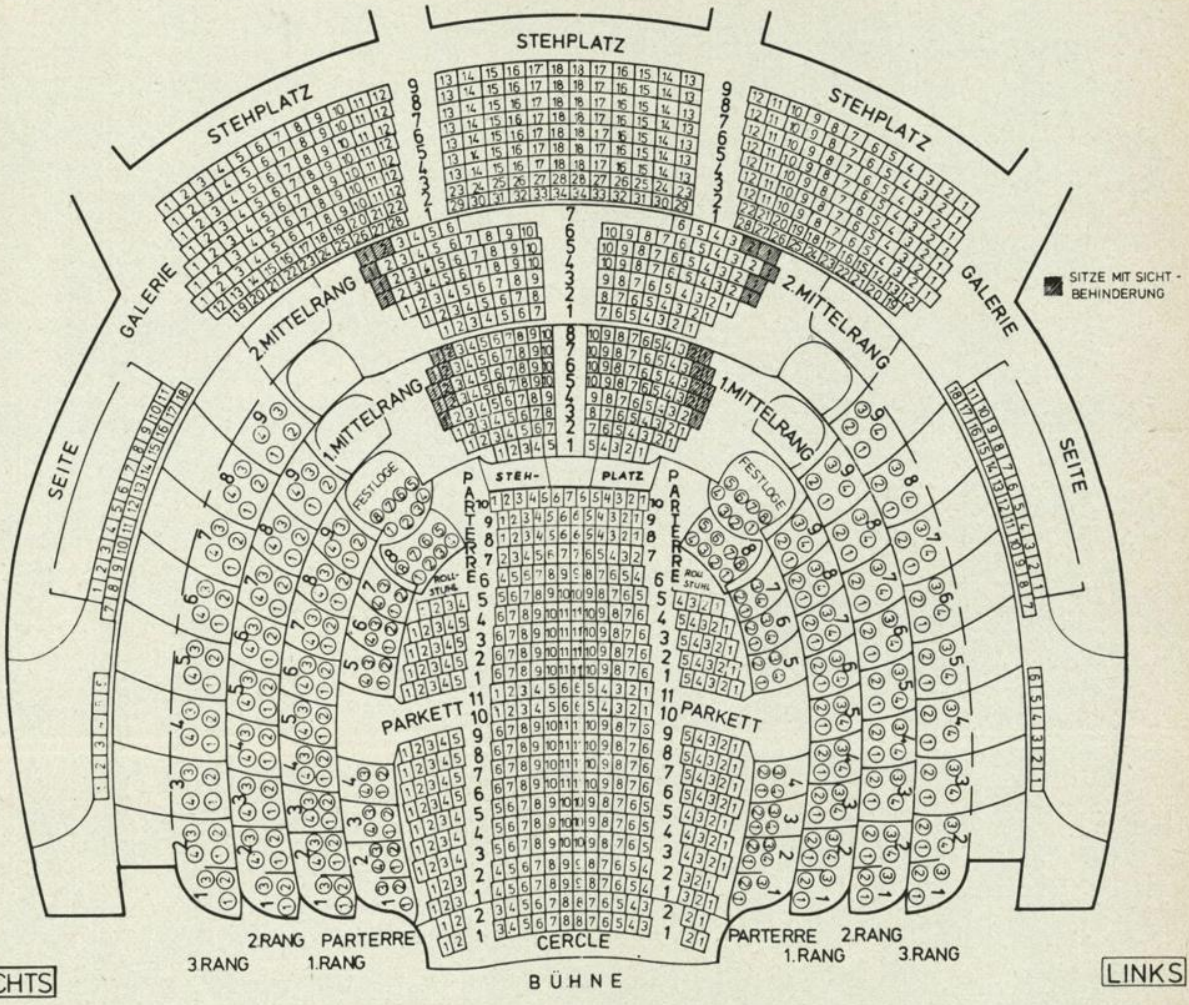
Seite

Eislaufplätze II/302
Schwimmbäder
Hallenschwimmbäder II/302
Sommerschwimmbäder II/302
Thermalbad II/303
Kinderfreibäder II/303
Wildbadeplätze II/303
Bootshausanlagen II/303
Sportkegelbahnen II/304
Schießstätten II/305
Rodelanlagen und Rodelstraßen
Jugendrodelbahn II/307
Kinderrodelhügel II/307
Rodelstraßen II/307
Uraufführungskinos II/307

Burgtheater

1, Dr. Karl Lueger-Ring 2
Direktion: Tel. 53 24*

Tageskassa
1, Goethegasse 1, Tel. 53 24*

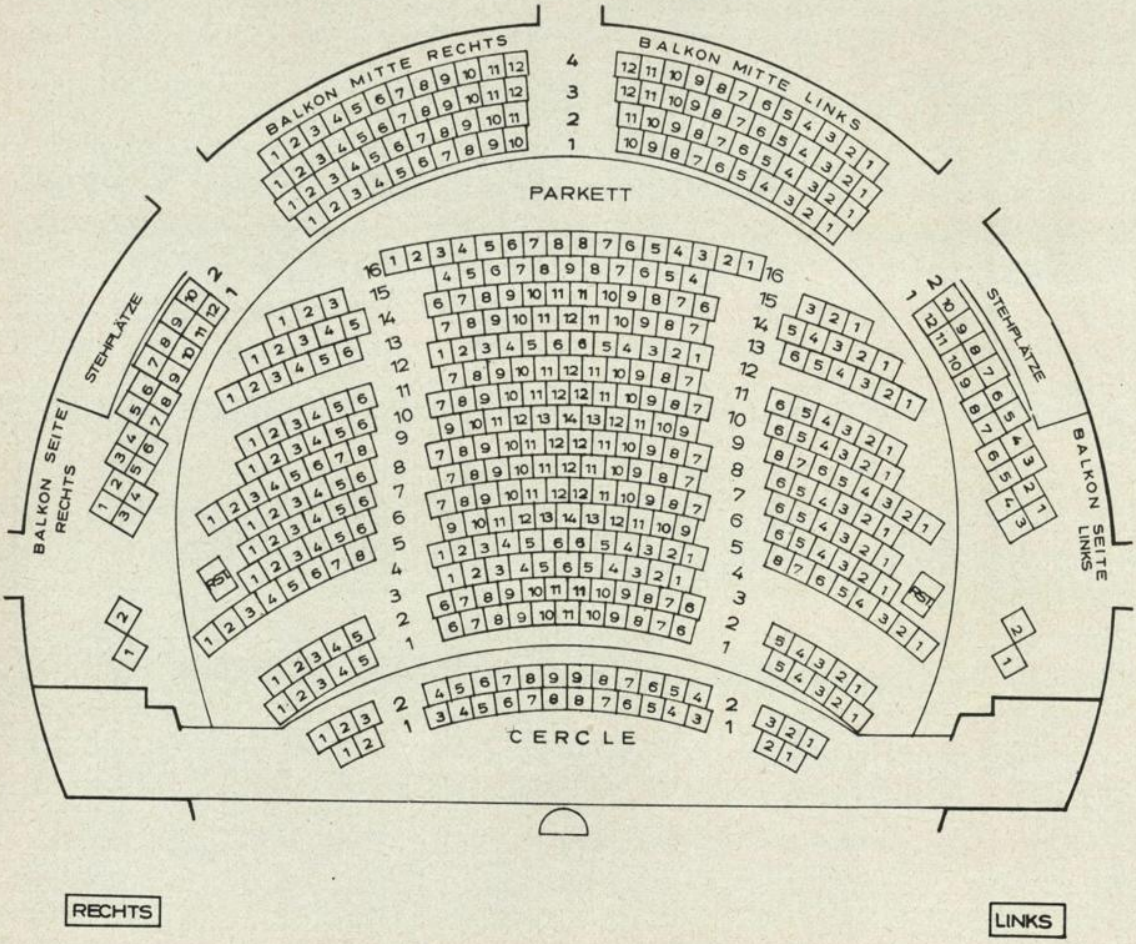


Fassungsraum: 1.511 Personen
(1.339 Sitzplätze, 172 Stehplätze)

Akademietheater

3, Lisztstraße 1
Direktion: Tel. 53 24*

Tageskassa
1, Goethegasse 1, Tel. 53 24*
Abendkassa, 3, Lisztstraße 1, Tel. 53 24*

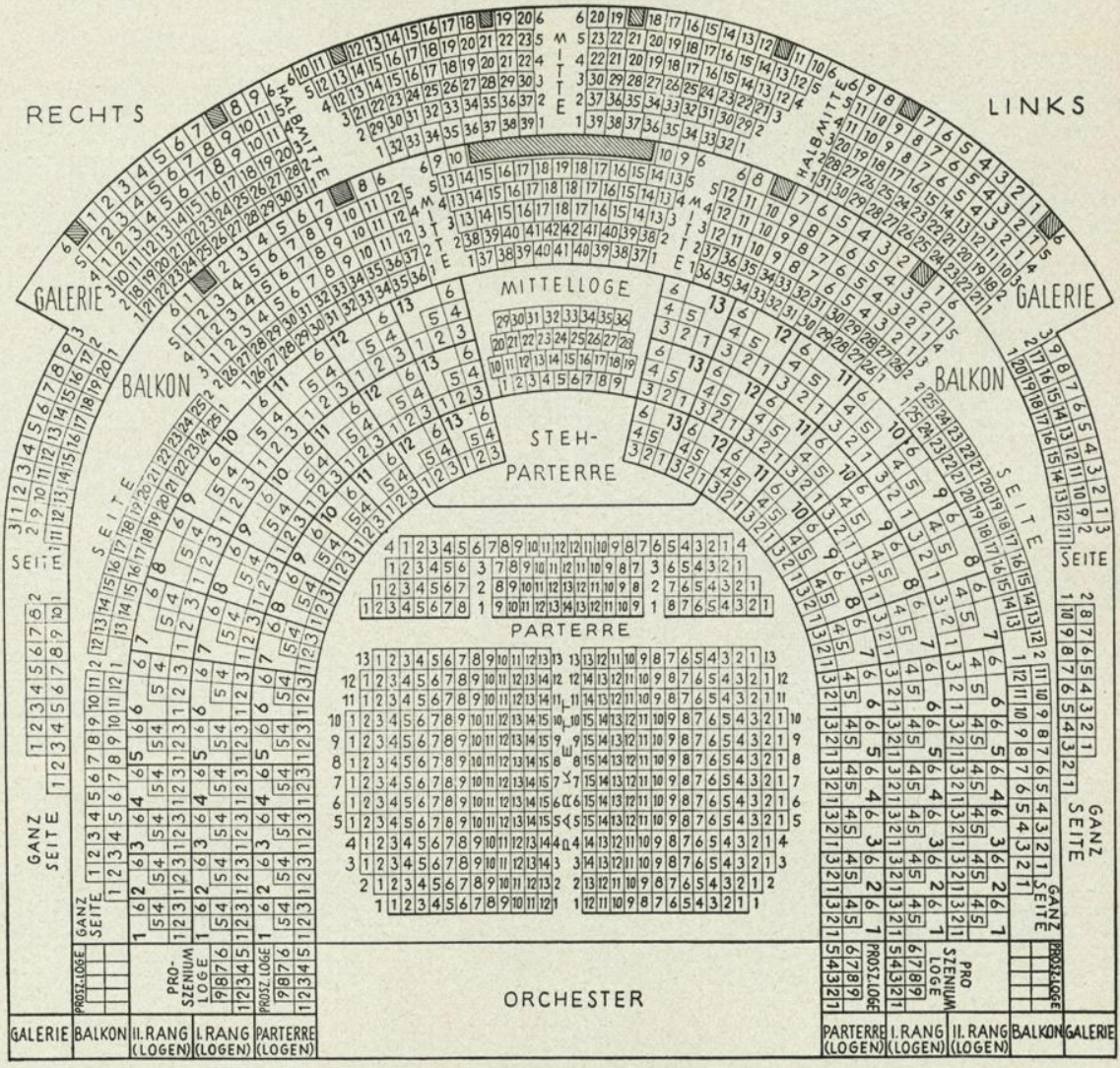


Fassungsraum: 528 Personen
(496 Sitzplätze, 32 Stehplätze)

Staatsoper

1, Opernring 2
Direktion: Tel. 53 24*

Tageskassa
1, Goethegasse 1, Tel. 53 24*

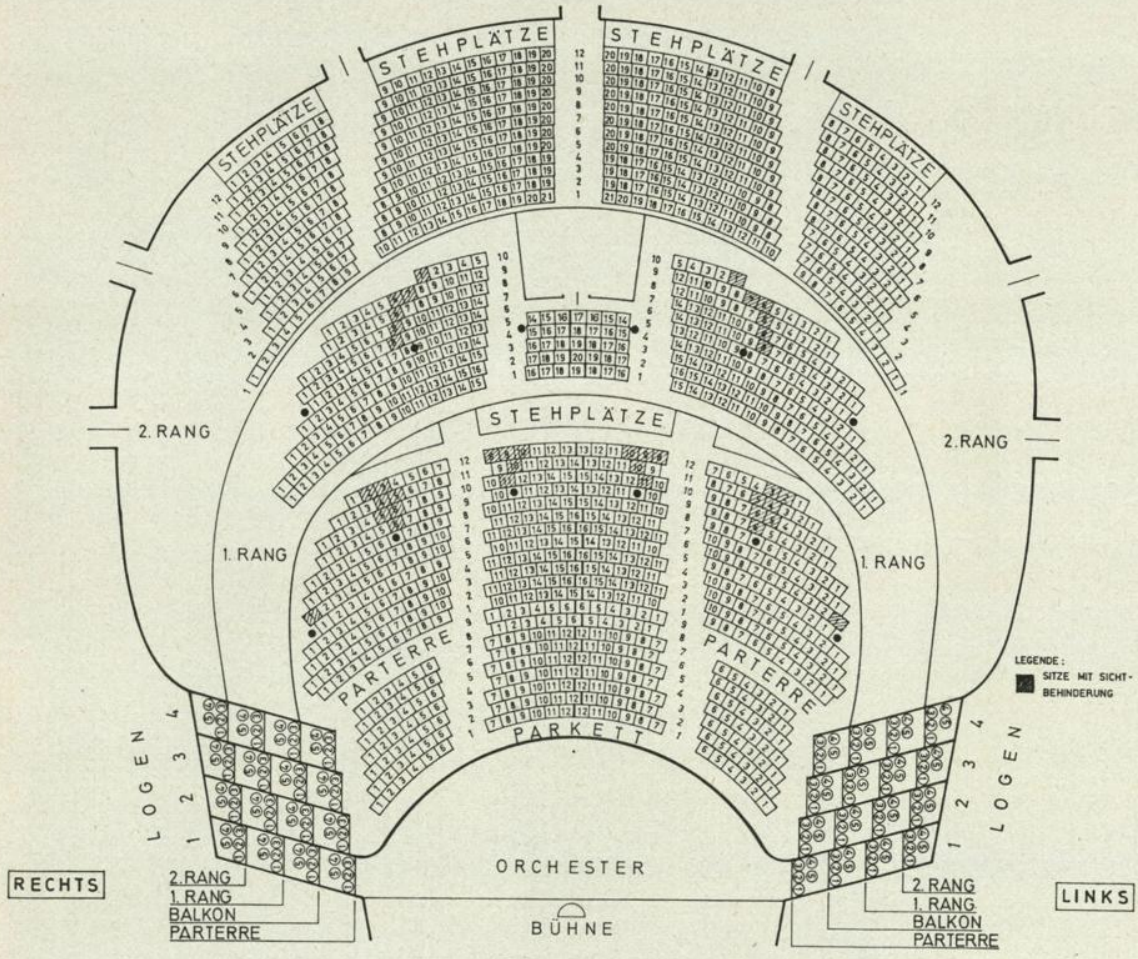


Fassungsraum: 2.209 Personen
(1.642 Sitzplätze, 567 Stehplätze)

Volksoper

9, Währinger Straße 78
Direktion: Tel. 53 24*

Tageskassa
1, Goethegasse 1, Tel. 53 24*, und
im Gebäude, Tel. 53 24*

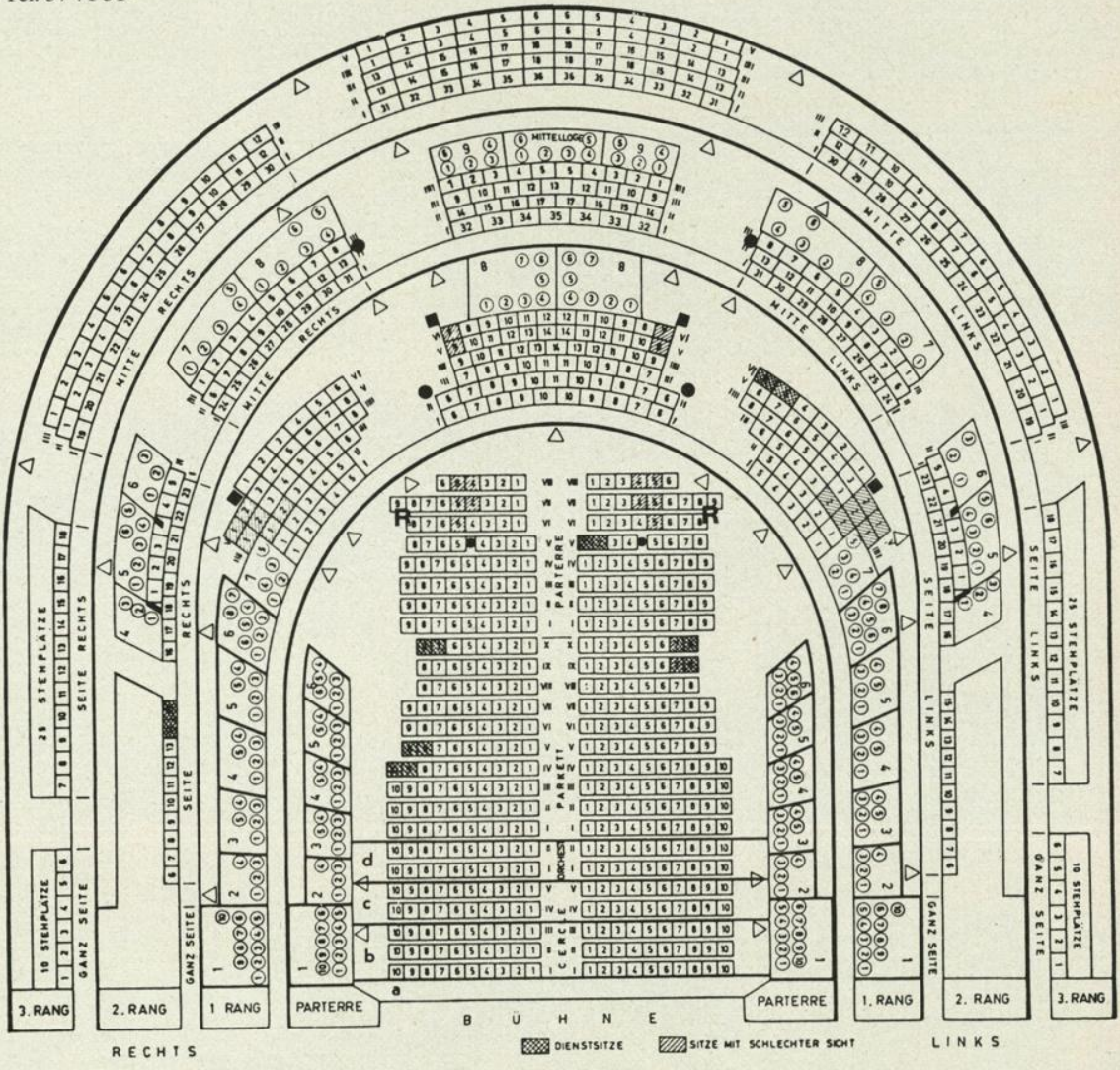


Fassungsraum: 1.589 Personen
(1.475 Sitzplätze, 114 Stehplätze)

Theater an der Wien

6, Linke Wienzeile 6
Direktion: 57 96 32*

Tageskassa im Gebäude
Tel. 57 71 51*



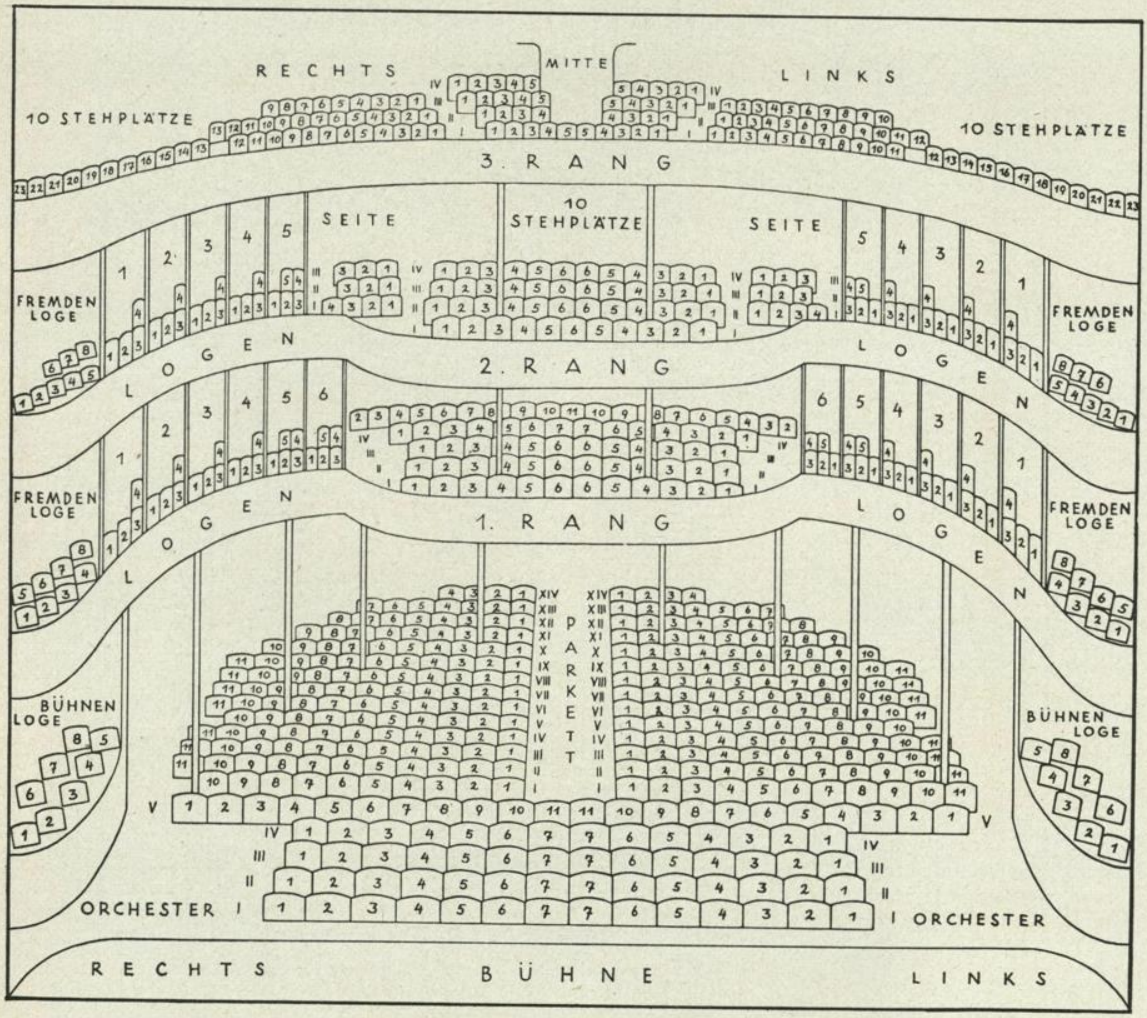
Fassungsraum:
ohne Orchesterraum: 1.124 Sitzplätze*
und 70 Stehplätze
mit kleinem Orchesterraum: 1.064 Sitzplätze*
und 70 Stehplätze
mit mittlerem Orchesterraum: 1.024 Sitzplätze*
und 70 Stehplätze
mit großem Orchesterraum: 984 Sitzplätze*
und 70 Stehplätze

* Bei Aufstellung für Rollstühle verringert sich die Zahl der Sitzplätze um jeweils 4 Plätze.

Theater in der Josefstadt

8, Josefstädter Straße 26
Direktion: Tel. 42 76 31, 42 23 41

Tageskassa im Gebäude
Tel. 42 51 27

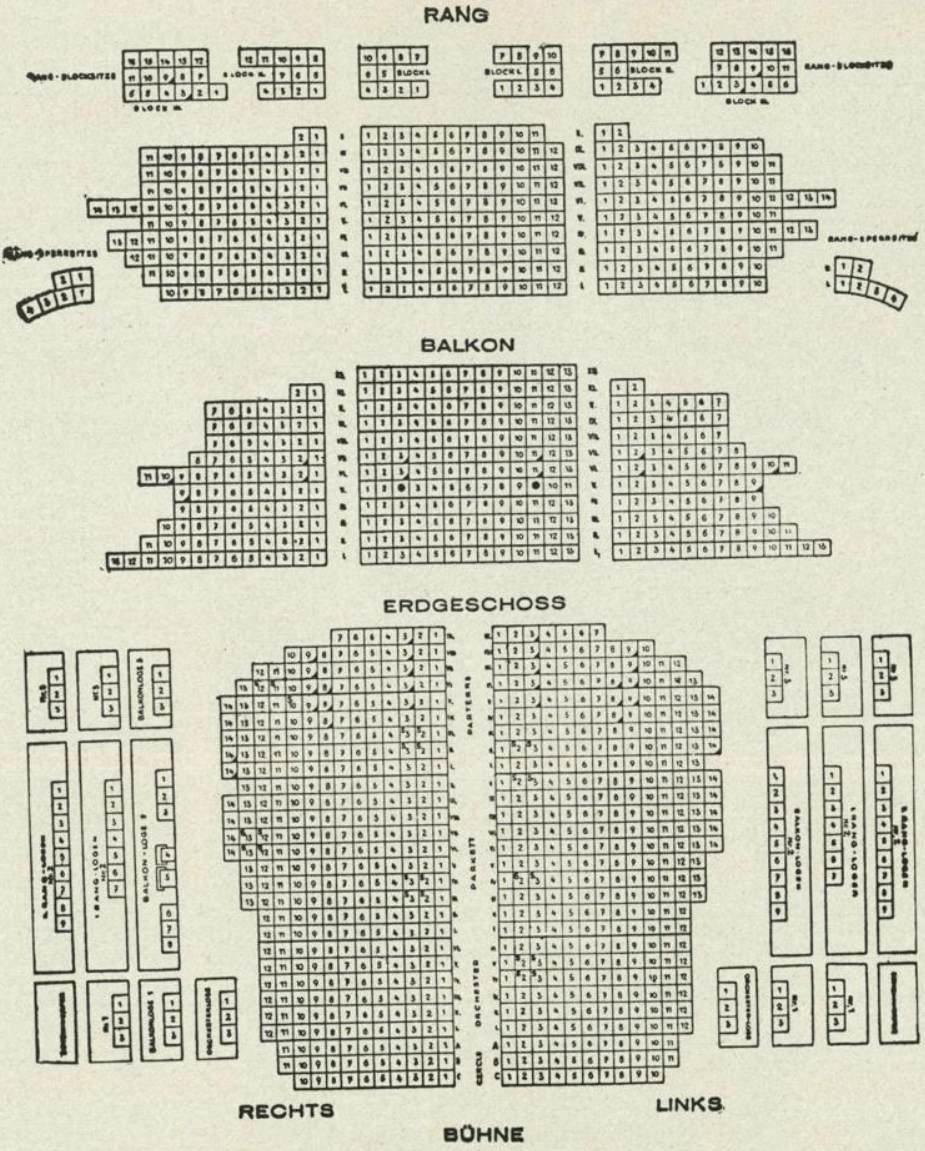


Fassungsraum: 785 Personen

Volkstheater

7, Neustiftgasse 1
Direktion: Tel. 93 21 48

Tageskassa im Gebäude
Tel. 93 27 76

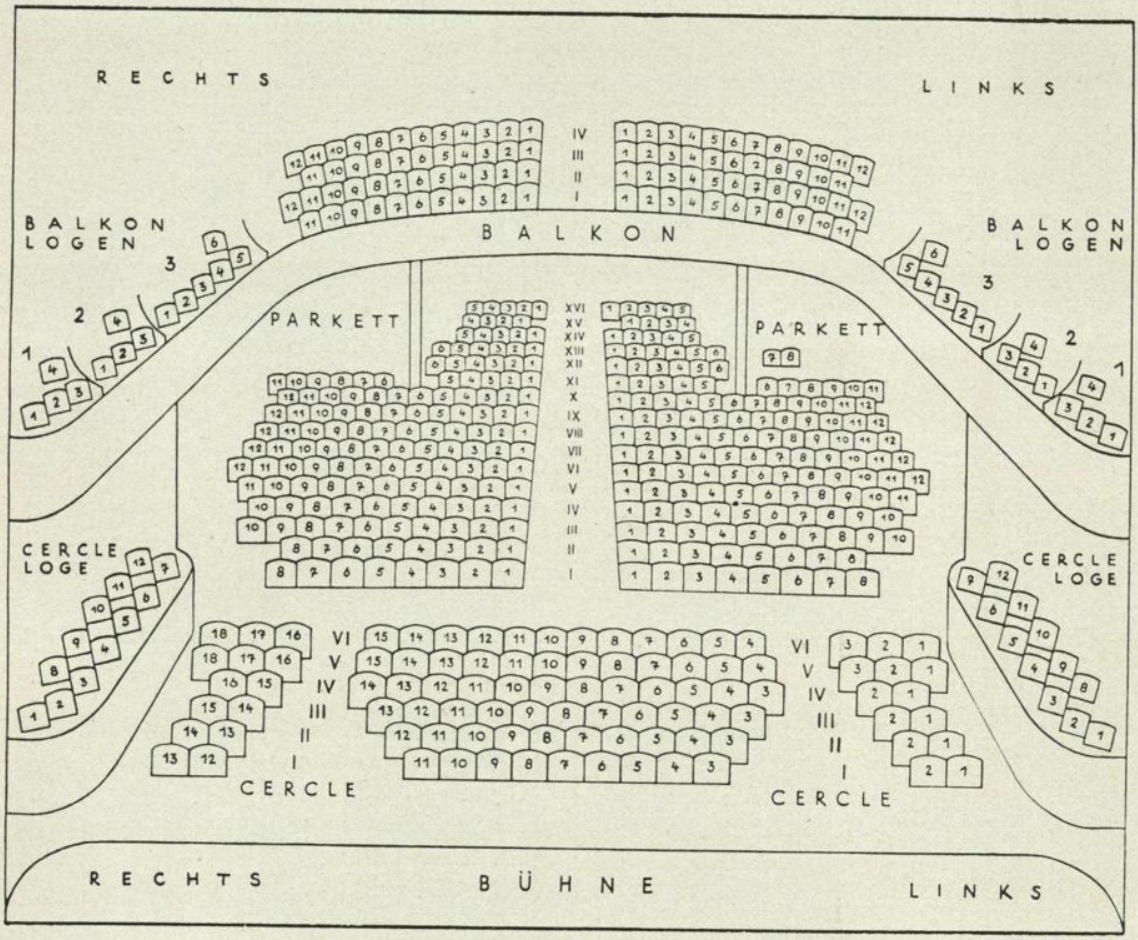


Fassungsraum: 1.539 Personen

Wiener Kammerspiele

1, Rotenturmstraße 20
Direktion: Tel. 63 29 97

Tageskassa im Gebäude
Tel. 63 28 33

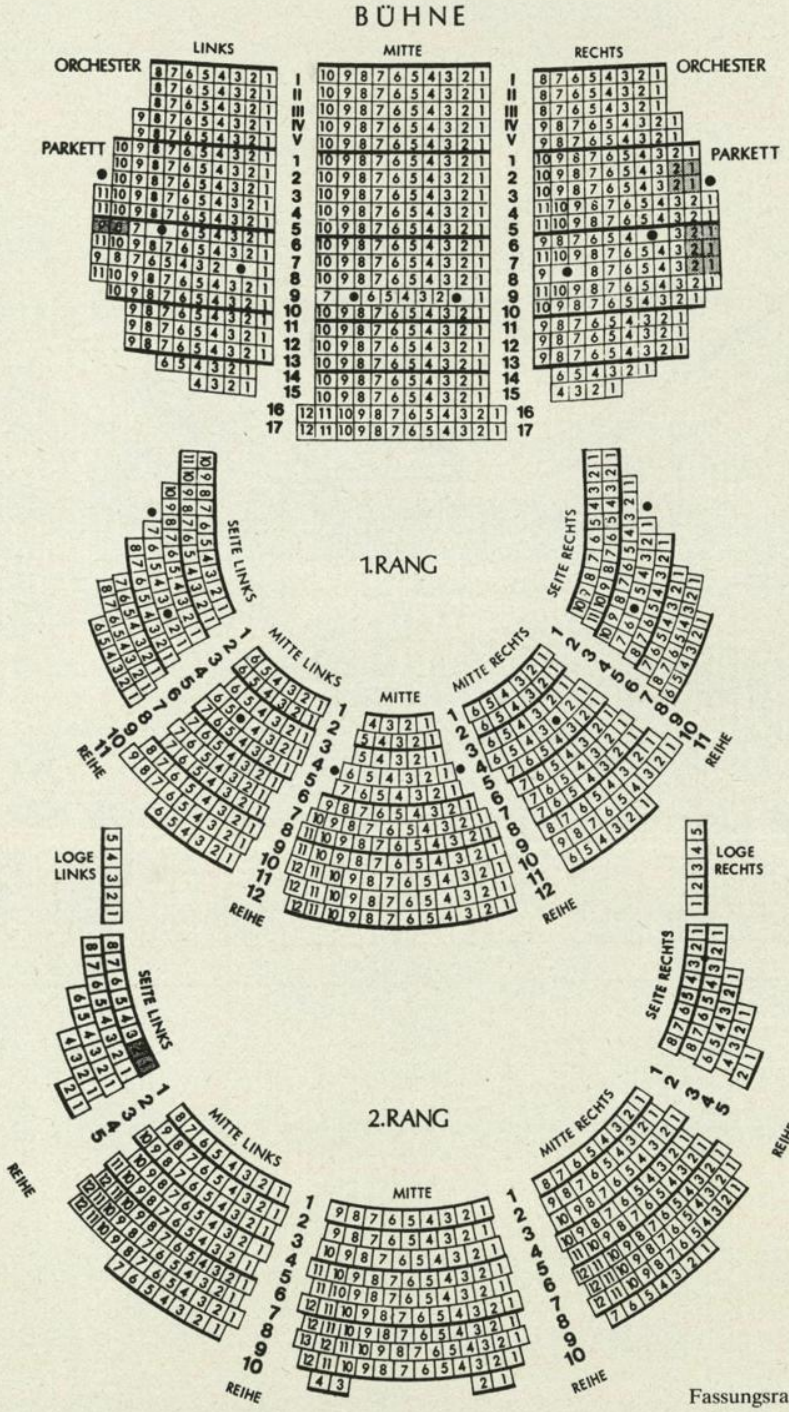


Fassungsraum: 528 Personen

Raimundtheater

6, Wallgasse 18–20

Tageskassa im Gebäude
Tel. 57 66 26

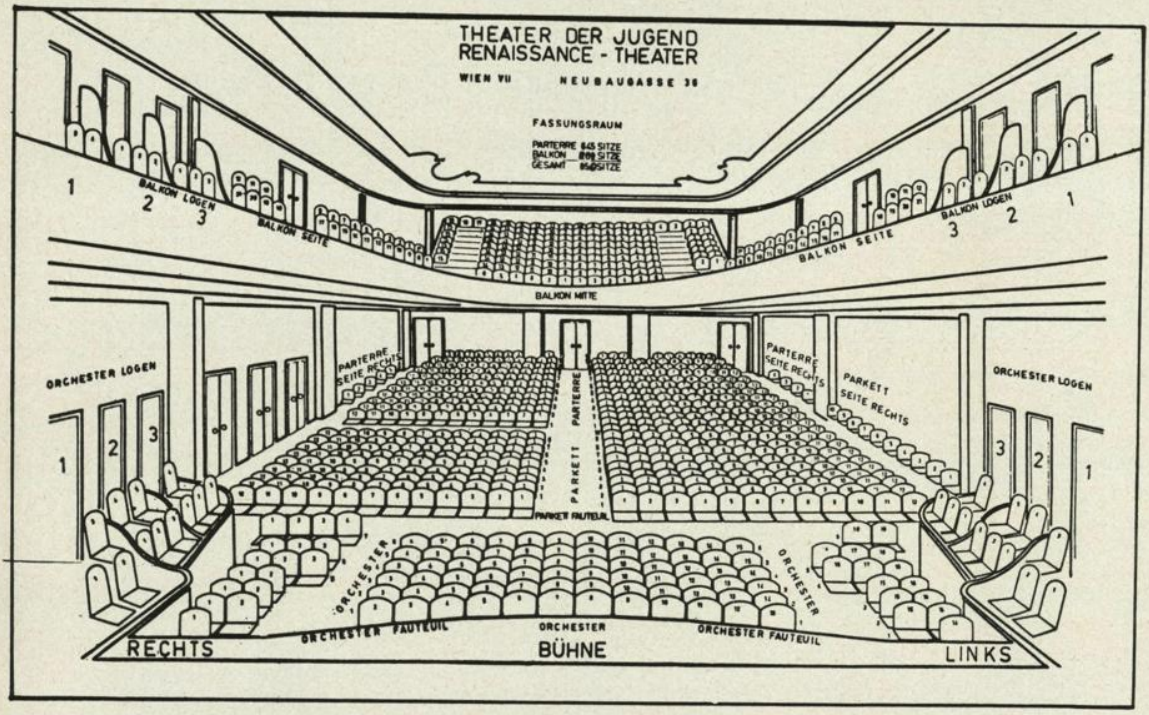


Fassungsraum: 1.333 Personen

Theater der Jugend – Renaissance-Theater

7, Neubaugasse 38
Tel. 93 25 46*

Kartenverkauf 1, Hofburg, Batthyánystiege
Tel. 52 71 33

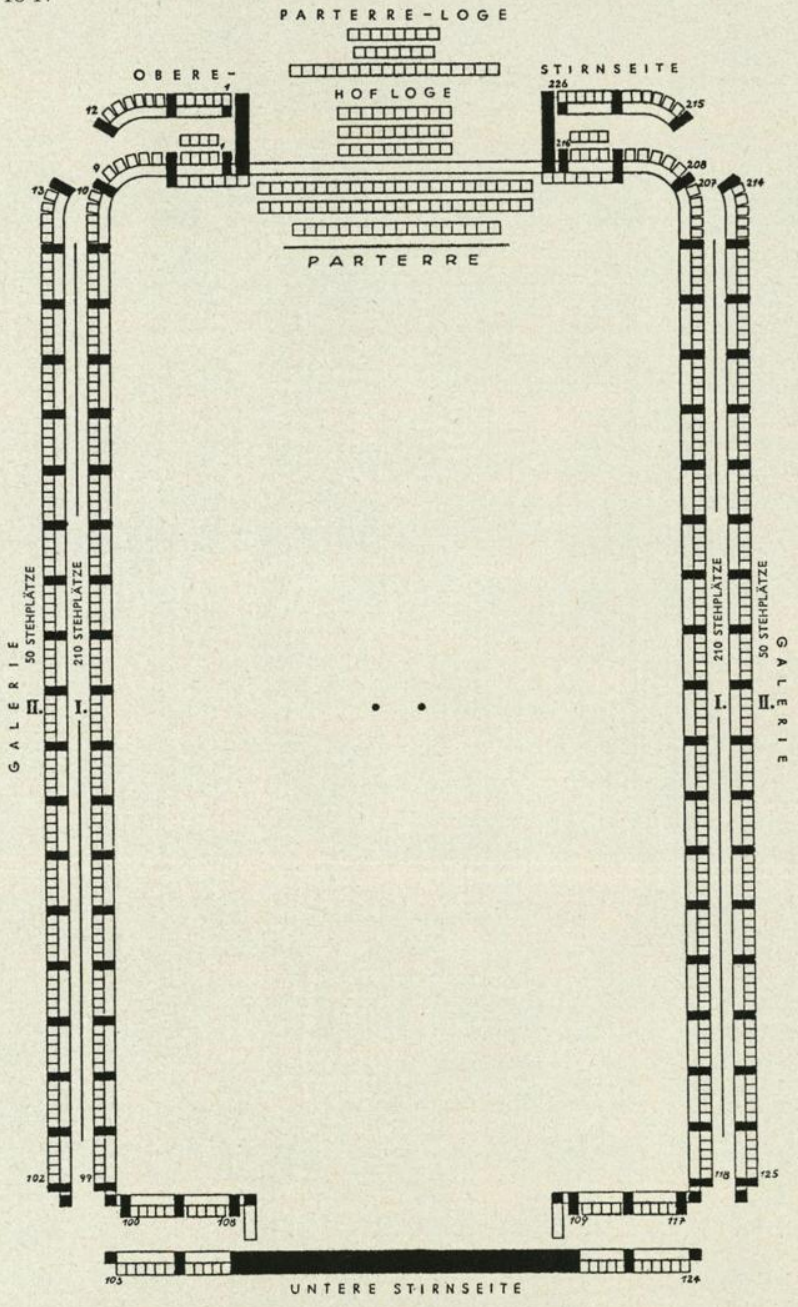


Fassungsraum: 850 Personen

Spanische Reitschule

1, Michaelerplatz, Hofburg, Kuppel

Tageskassa im Gebäude
Tel. 52 18 36, 52 18 17



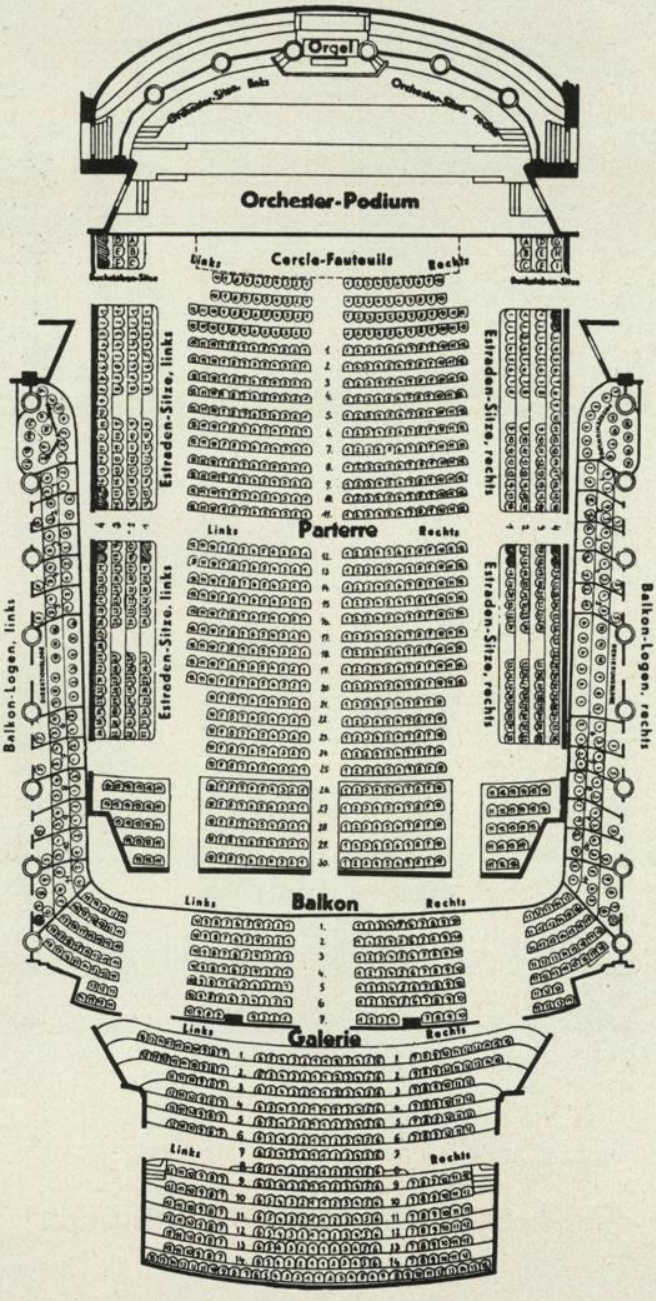
Fassungsraum: 1.093 Personen
(573 Sitzplätze, 520 Stehplätze)

Wiener Konzerthaus

(Großer Saal)

3, Lothringerstraße 20
Direktion: Tel. 72 46 86

Tageskassa im Gebäude
Tel. 72 12 11



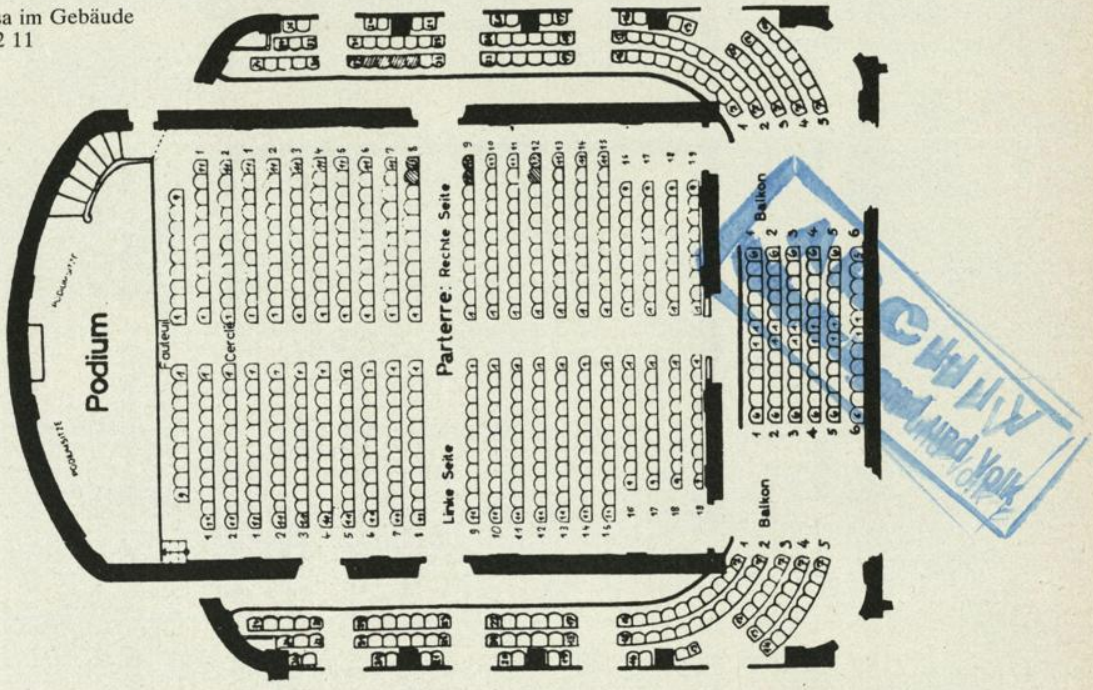
Fassungsraum: 1.840 Personen

Wiener Konzerthaus

Mittlerer (Mozart-)Saal

3, Lothringerstraße 20
Direktion: Tel. 72 46 86

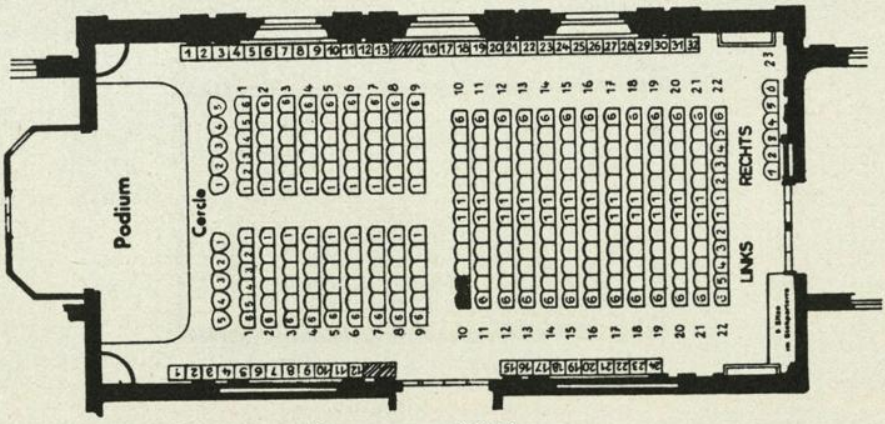
Tageskassa im Gebäude
Tel. 72 12 11



Fassungsraum: 706 Personen

Hugo Wolf-Saal:
Ensemble
Theater
im Konzerthaus
für 107 Personen

Kleiner (Schubert-)Saal

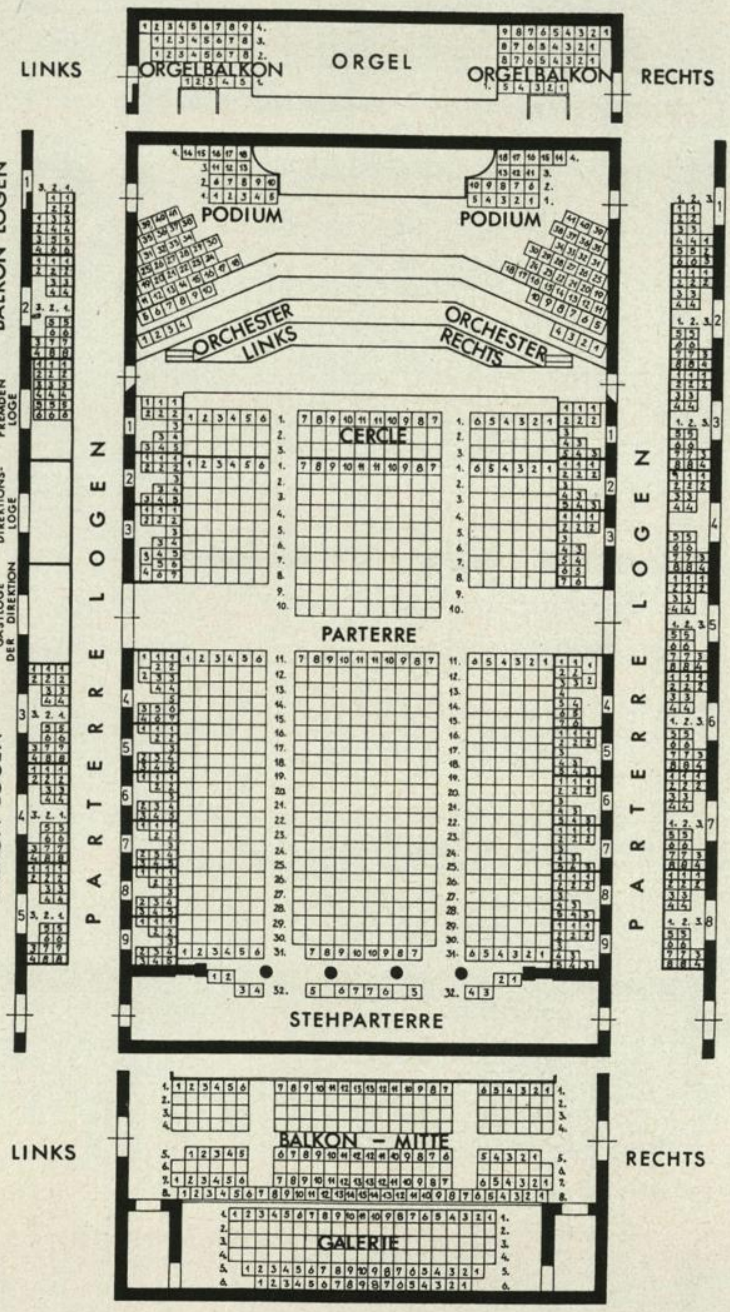


Fassungsraum: 341 Personen

Großer Musikvereinssaal

1, Bösendorferstraße 12
Direktion: Tel. 65 86 81

Tageskassa im Gebäude
Tel. 65 81 90

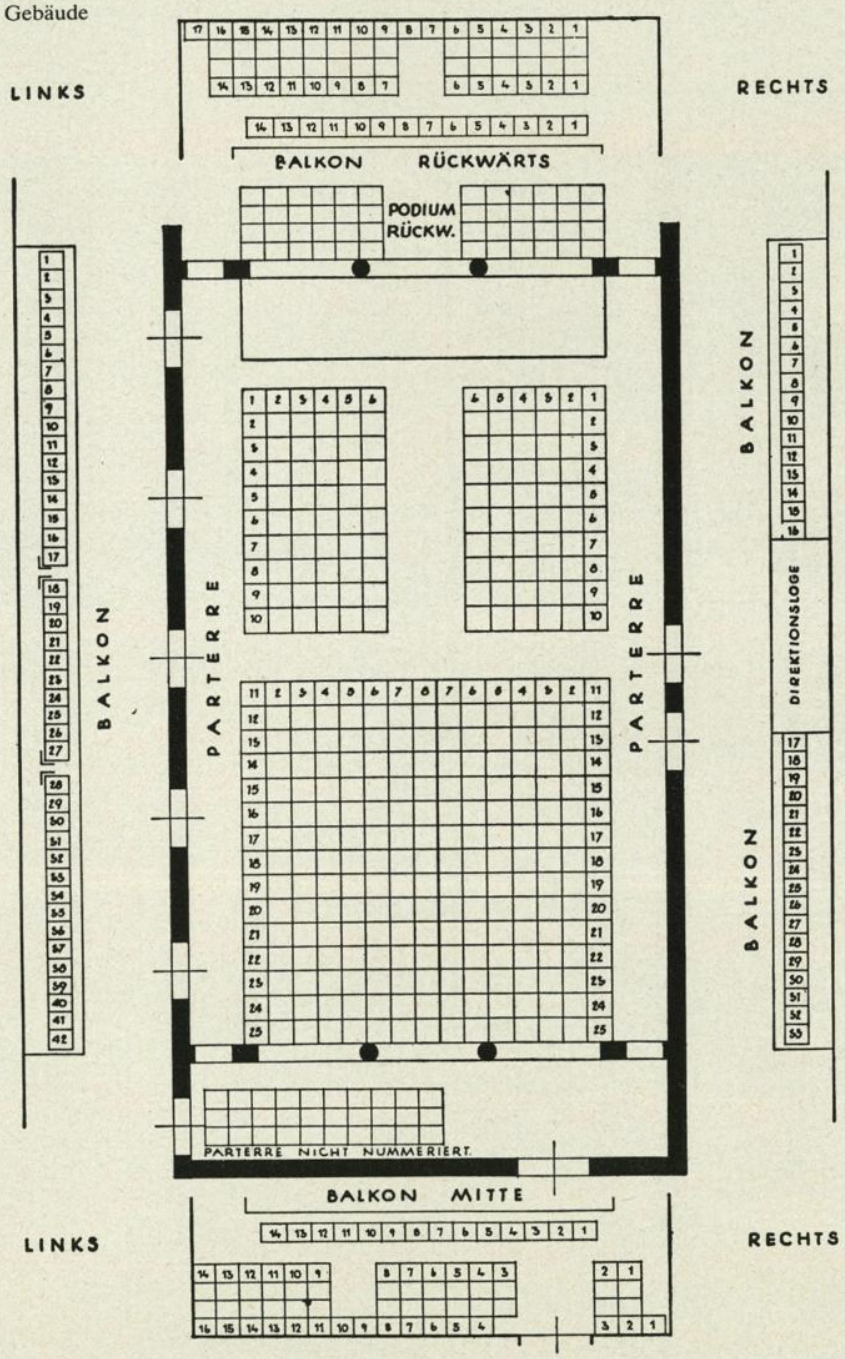


Fassungsraum: 2.042 Personen
(1.742 Sitzplätze, 300 Stehplätze)

Brahmssaal

1, Bösendorferstraße 12
Direktion: Tel. 65 86 81

Tageskassa im Gebäude
Tel. 65 81 90



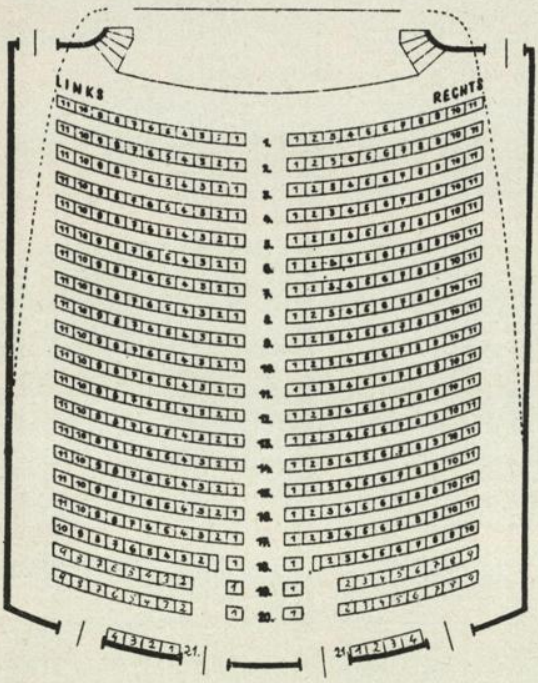
Fassungsraum: 643 Personen
Wagnersaal: 250 Personen
Kammersaal: 199 Personen

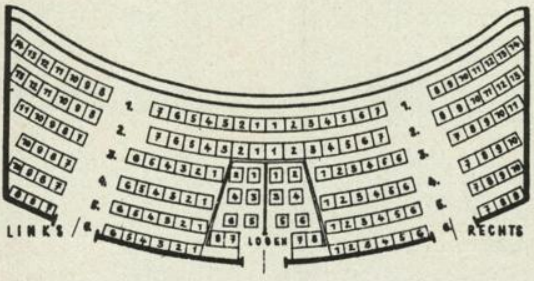
Wiener Urania

1, Uraniastraße 1

Tageskassa im Gebäude
Tel. 72 61 91*

Großer Saal





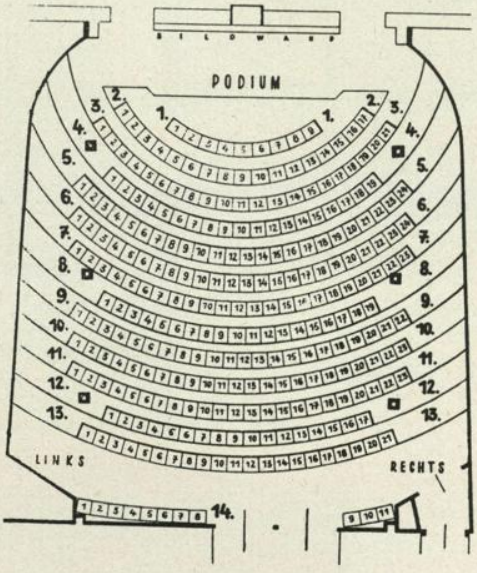
Fassungsraum: 587 Personen

Kleiner Saal: 160 Personen

Klubsaal: 100 Personen

Kammersaal: 16 Personen

Mittlerer Saal

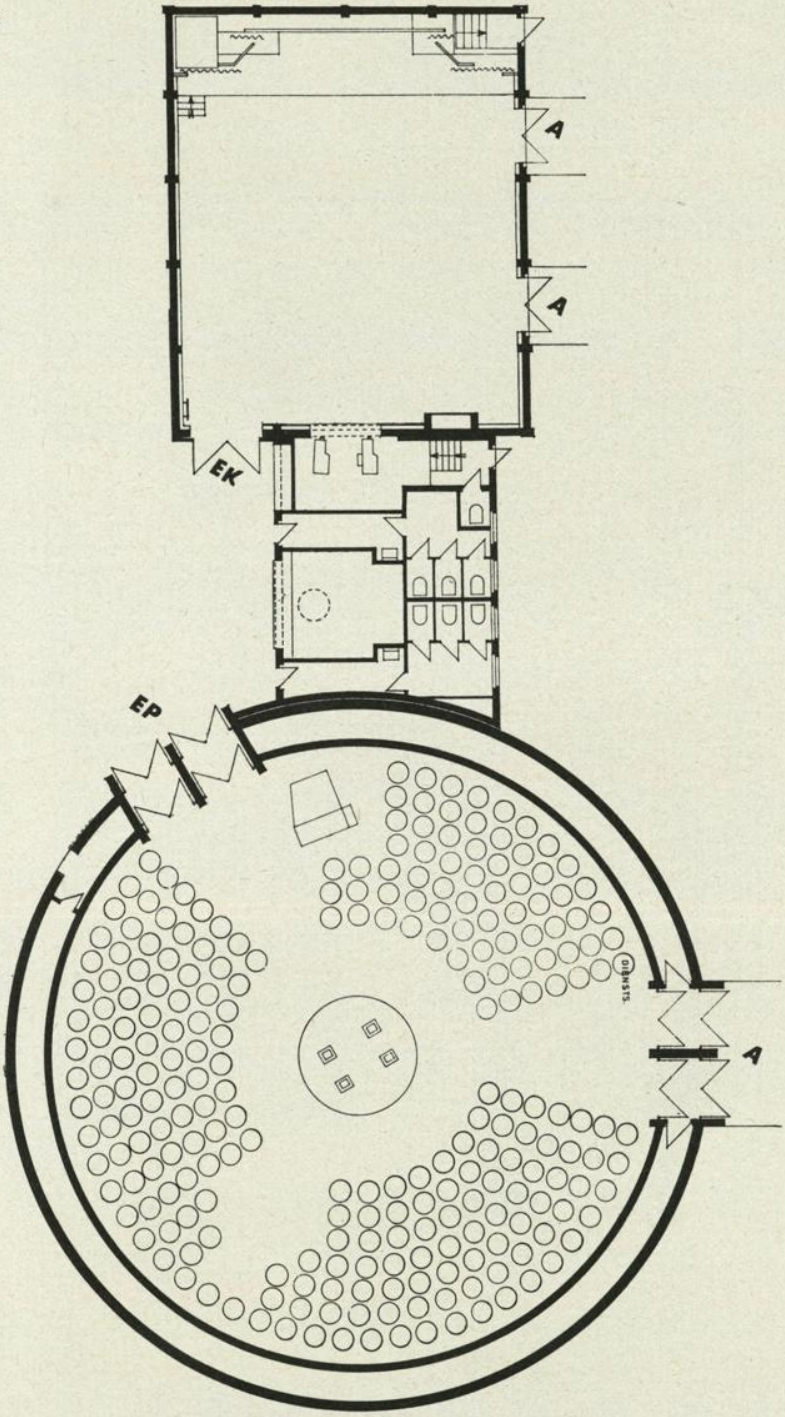


Fassungsraum: 273 Personen

Planetarium

2, Oswald Thomas-Platz 1

Tageskassa im Gebäude
Tel. 24 94 32

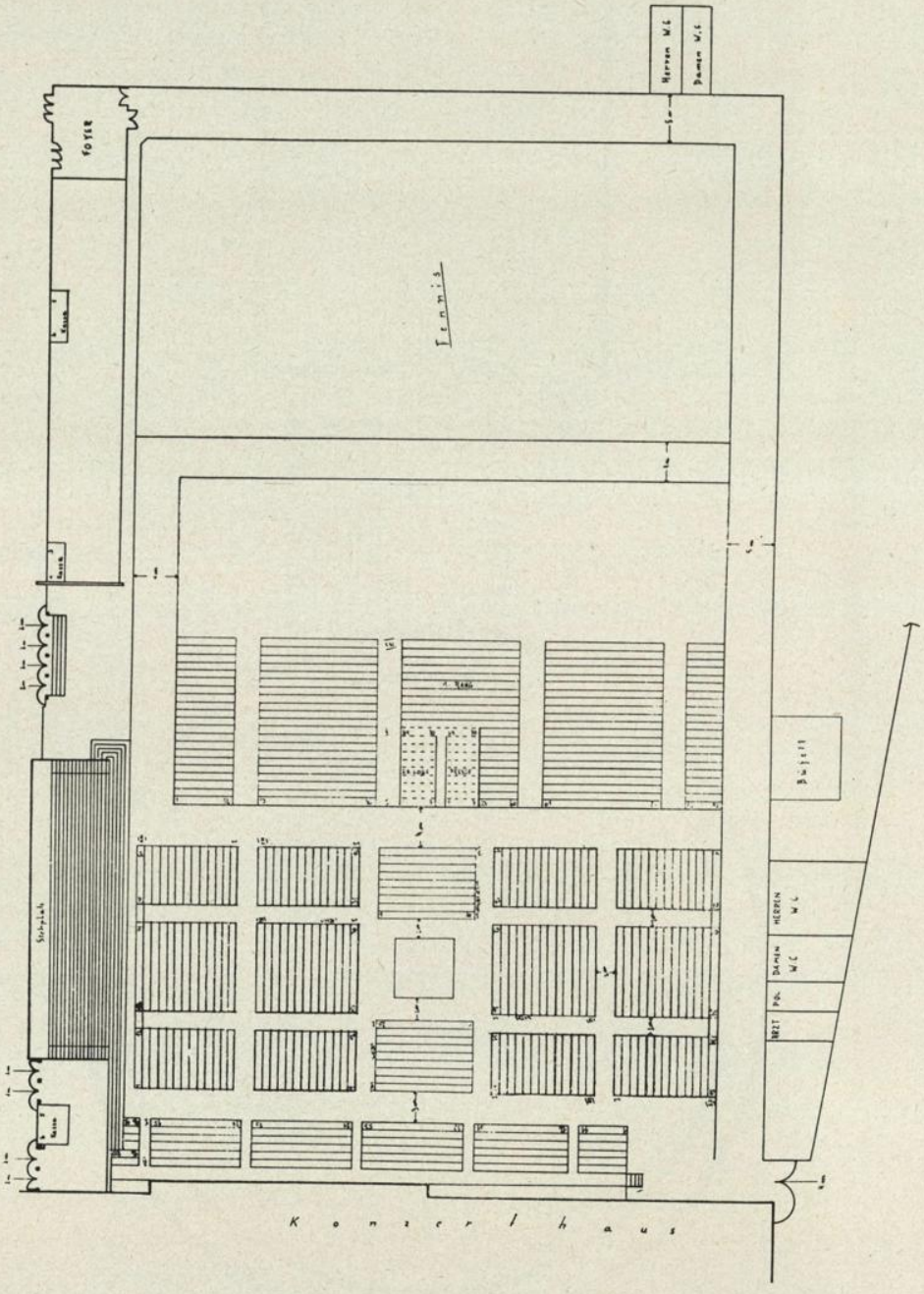


Fassungsraum Kuppelsaal: 240 Personen
Fassungsraum Vortragssaal: 186 Personen

Wiener Eislaufverein

3, Lothringerstraße 22

Tageskassa im Gebäude
Tel. 73 63 53



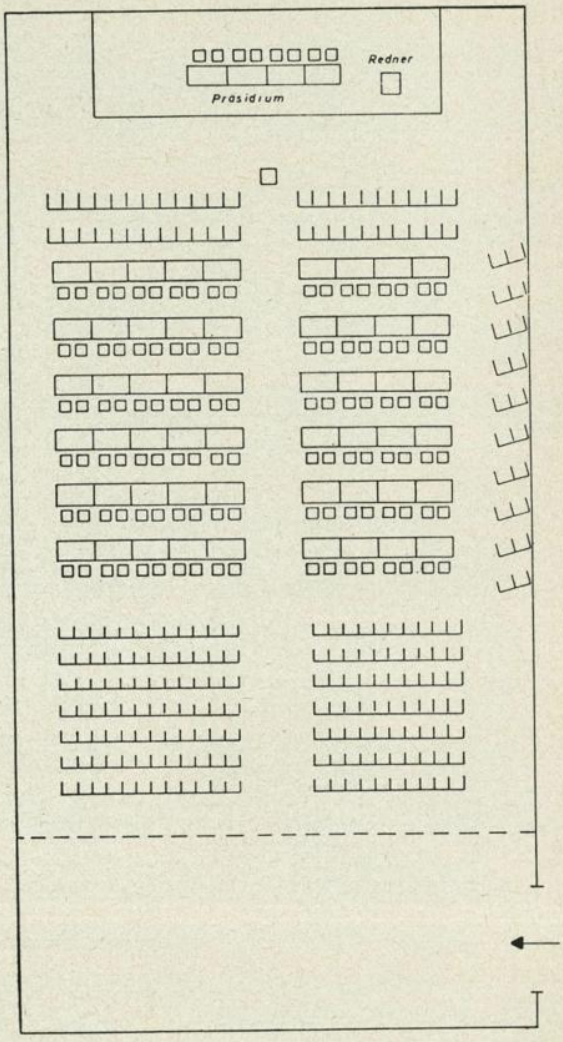
Fassungsraum: 6.278 Personen (5.178 Sitzplätze, 1.100 Stehplätze)
Obiger Plan gilt bei Ringkämpfen

Wiener Stadthalle

(Halle „A")

15, Vogelweidplatz 14

Tageskassa im Gebäude
Tel. 92 66 01*, 92 76 01*



Fassungsraum: 326 Personen

Obiger Plan gilt bei kleineren Kongressen, Tagungen und Vorträgen.
Da nicht alle Sitzplätze für weitere Verwendungsmöglichkeiten der Halle „A" abgedruckt werden können, findet sich nachstehend eine Zusammenstellung von Variationen.

Erläuterungen zu Halle A

Radball, Fechtmeisterschaften, Basketball, Badminton, kleinere Turnveranstaltungen

Fassungsraum: zirka 400 Personen
Sektoren A bis D (an den Längs- und Querseiten) mit je 2 Sitzreihen

Vorträge

Fassungsraum: zirka 440 Personen
22 Sitzreihen

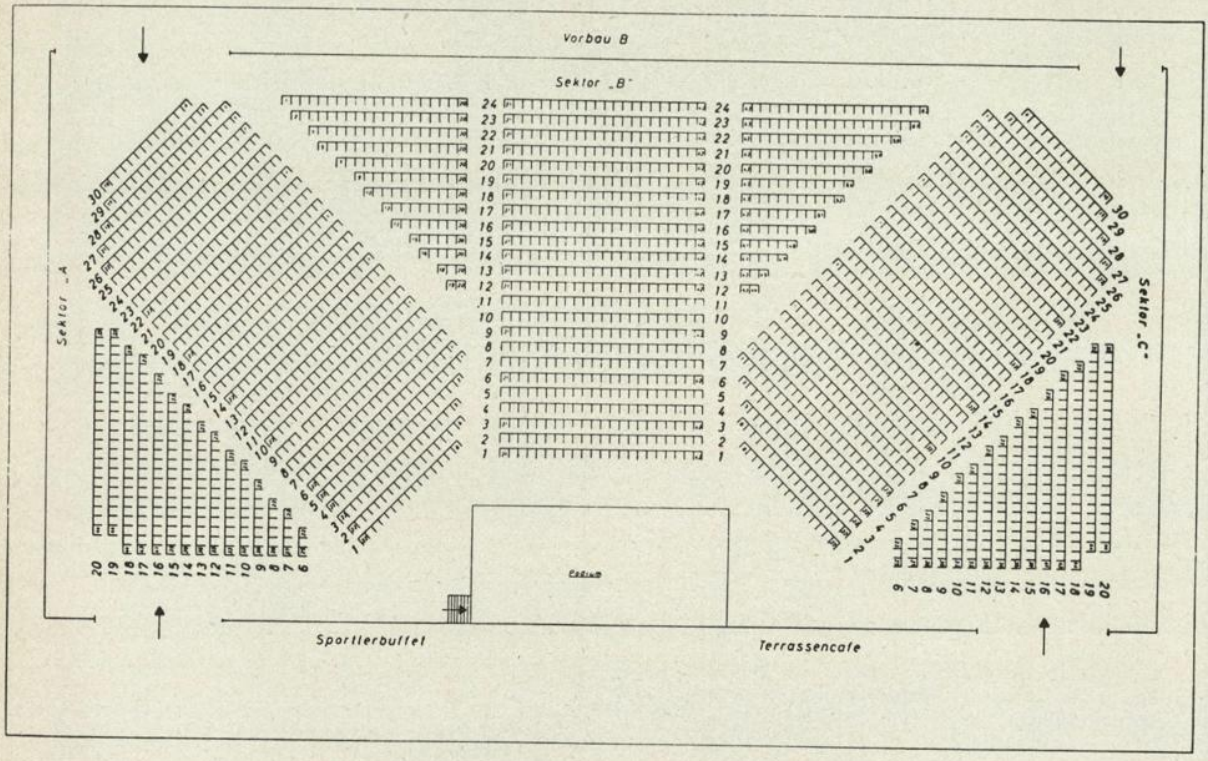
In der Wiener Stadthalle befindet sich noch eine Eistrainingshalle (sogenannte Halle „C"), die primär dem ganzjährigen Hallentraining der Eiskunstläufer zu dienen hat, aber auch dem eislaufsporttreibenden Publikum, Eishokkeyspielern und den Freunden des Eisschießens zur Verfügung steht.
Weiters befinden sich in der Wiener Stadthalle noch ein Hallenschwimmbad mit Sauna, eine Bowlinghalle mit 12 Bahnen, eine Paddel- und Ruderhalle und eine Sportkegelhalle mit 7 vollautomatischen Kegelbahnen.

Wiener Stadthalle

(Halle „B")

15, Vogelweidplatz 14

Tageskassa im Gebäude
Tel. 92 66 01*, 92 76 01*



Fassungsraum: zirka 2.500 Personen

Obiger Plan gilt bei Kongressen, Tagungen und Vorträgen – Queraufstellung der Sitze.
Da nicht alle Sitzpläne für weitere Verwendungsmöglichkeiten der Halle „B" abgedruckt werden können, findet sich nebenstehend eine Zusammenstellung von Variationen.

Erläuterungen zu Halle D

Boxen

Fassungsraum: zirka 16.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: Anstelle 1. und 2. Parkett Aufstellung der Tribüne West und 6 bis 10 Sitzreihen um den Ring)

Bühnenshow

Fassungsraum: zirka 12.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: Anstelle 1. und 2. Parkett Aufstellung von Tischen)

Eishockey, Fußball

Fassungsraum: zirka 10.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg, die Tribünen Ost, rechts und links sind verkürzt, dafür zusätzliche Aufstellung der Tribüne West)

Eisrevue

Fassungsraum: zirka 10.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg)

Hallenhandball, Basketball, Faustball

Fassungsraum: zirka 12.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg, dafür zusätzliche Aufstellung der Tribüne West)

Reiten

Fassungsraum: zirka 10.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg, die Tribünen Ost, rechts und links sind verkürzt)

Tennis

Fassungsraum: zirka 9.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg, die Tribünen Ost, rechts und links sind verkürzt, dafür zusätzliche Aufstellung der Tribüne West)

Turnen, Tanzen

Fassungsraum: zirka 8.500 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg)

Zirkus

Fassungsraum: zirka 11.000 Personen
Plan siehe nächste Seite (Änderung: 1. und 2. Parkett fällt weg, dafür zusätzliche Aufstellung der Tribüne West)

Die Tribünen sind je nach benötigter Aktionsfläche verkleinert oder vergrößert.
Die Anordnung der Sitze ist im 1. und 2. Rang bei jeder Veranstaltung die gleiche, im 2. Rang allerdings können die Sitzplätze fallweise als Stehplätze Verwendung finden.

Es gibt noch weitere Verwendungsmöglichkeiten, deren Aufzählung aber entbehrlich ist.

Erläuterungen zu Halle B

Basketball, Judo, Fechten

Fassungsraum: zirka 1.500 Personen
Sektoren A, B und C 3 Sitzreihen,
Sektor D 5 Sitzreihen

Boxen, Ringen

(Amateur- und kleinere Professionalkämpfe)
Fassungsraum: zirka 2.500 Personen
Sektoren A und C 12 Sitzreihen,
Sektoren B und D 9 Sitzreihen

Ehrungen, diverse Feierlichkeiten usw.

Fassungsraum: zirka 950 Personen bei Aufstellung von 115 Tischen

Handball, Volleyball

(Städte- und Länderspiele)
Fassungsraum: zirka 1.900 Personen
Sektoren A und C 7 Sitzreihen,
Sektoren B und D 5 Sitzreihen

Handball, Volleyball

(Abwicklung der Meisterschaften)
Fassungsraum: zirka 800 Personen
Sektoren B und D mit 2 bis 4 Sitzreihen

Konzerte, Vorträge, Kongresse usw.

Längsaufstellung der Sitze
Fassungsraum: zirka 2.500 Personen
58 Sitzreihen

Modeschau

Bei Queraufstellung der Sitze (Blick zum in der Hallenmitte befindlichen Laufsteg)
Fassungsraum: zirka 1.800 Personen
Rechts und links je 11 Reihen, Nord 6 Reihen
Bei Längsaufstellung der Sitze (Blick zur südseitig gelegenen Bühne)
Fassungsraum: zirka 1.900 Personen
51 Sitzreihen

Tanzen (Sporttanzen, Tanzmeisterschaften), **Turnen**

Fassungsraum: zirka 1.500 Personen
Sektoren A und C 10 Sitzreihen,
Sektoren B und D 7 Sitzreihen

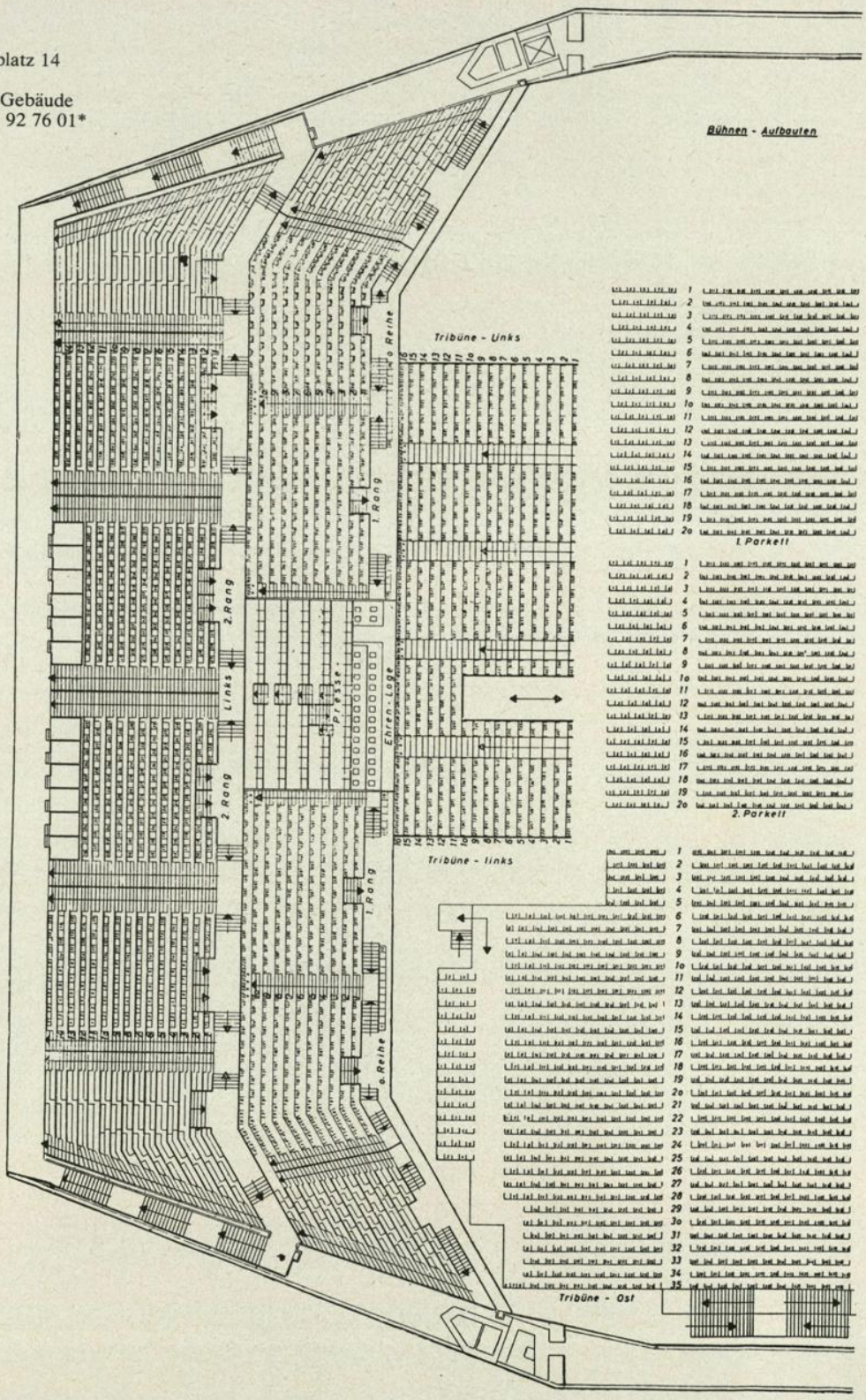
Es gibt noch weitere Verwendungsmöglichkeiten, deren Aufzählung aber entbehrlich ist.

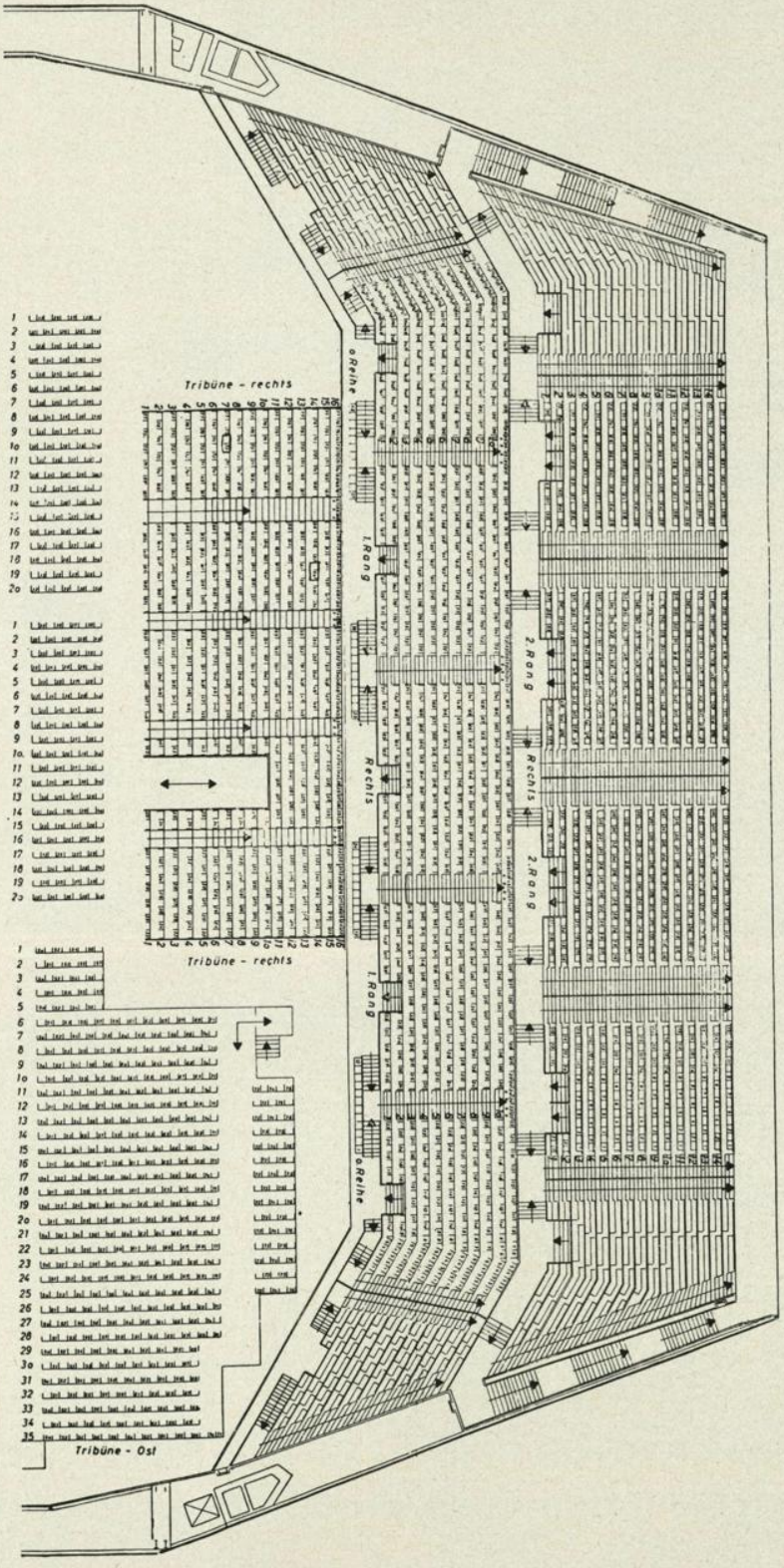
Wiener Stadthalle

(Halle „D")

15, Vogelweidplatz 14

Tageskassa im Gebäude
Tel. 92 66 01*, 92 76 01*



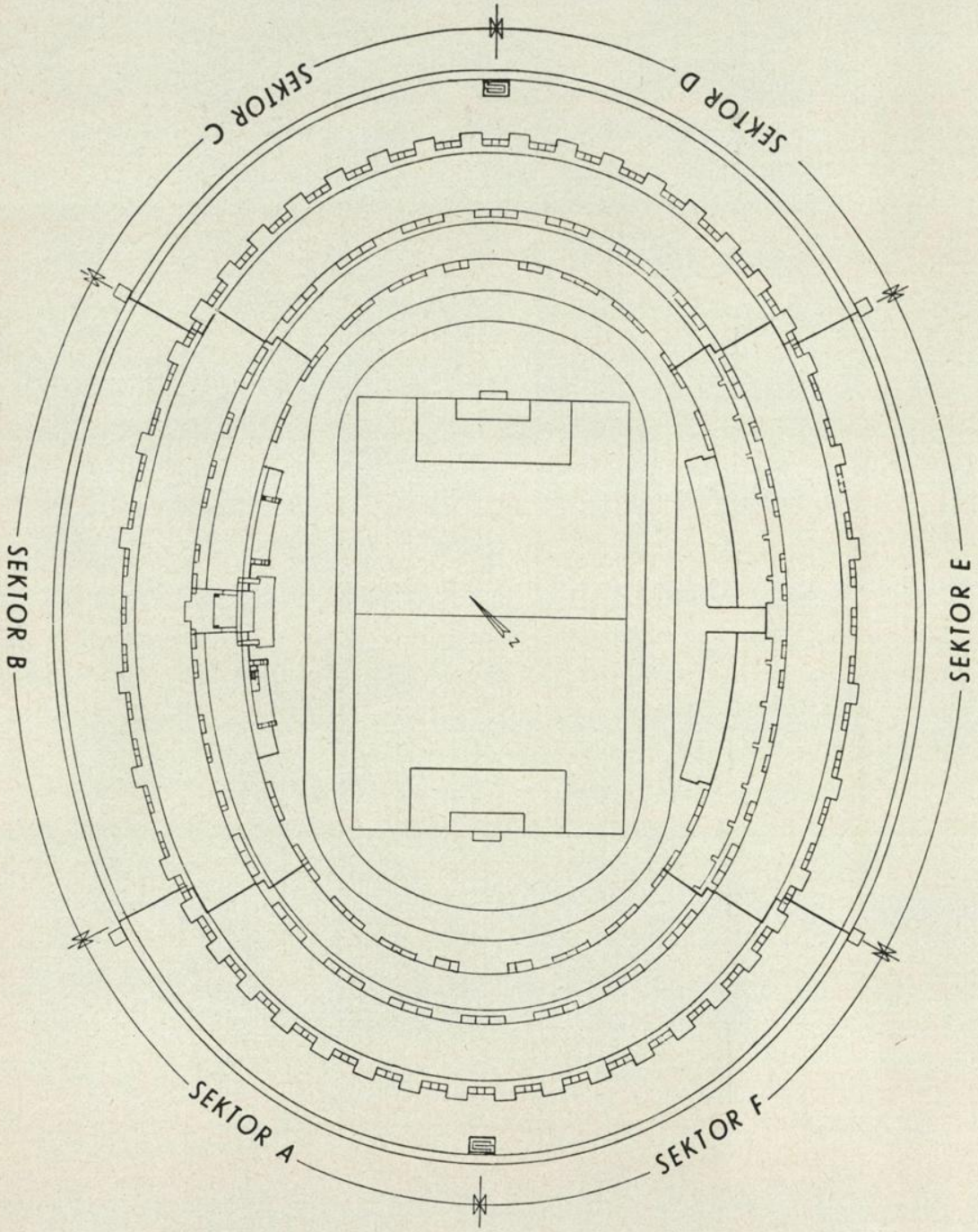


Fassungsraum:
zirka 12.000 Personen

Nebenstehender Plan gilt bei der Veranstaltung von Konzerten, Vorträgen, Kongressen und bunten Abenden. Da nicht alle Sitzpläne für weitere Verwendungsmöglichkeiten der Halle „D" abgedruckt werden können, findet sich auf dem Blatt vorher eine Zusammenstellung von Variationen.

Wiener Stadion

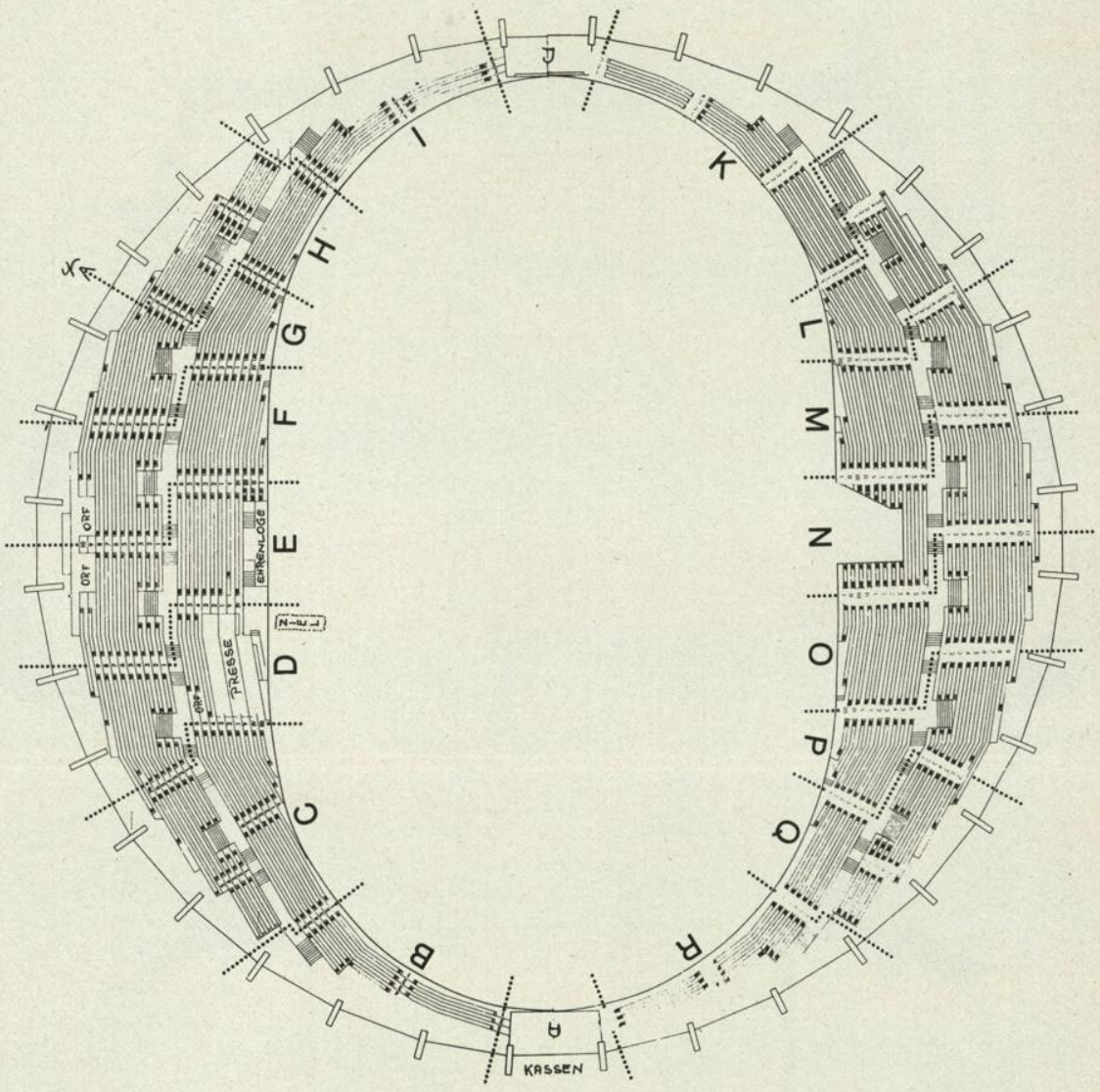
2, Prater, Krieau
Direktion: Tel. 26 21 01, 26 21 03



Fassungsraum: 72.243 Personen
(41.083 Sitzplätze,
31.160 Stehplätze im 3. Rang der Sektoren A, C, D und F)

Wiener Hallenstadion

2, Engerthstraße 267–269
Direktion: Tel. 24 05 31*



Fassungsraum: 5.354 Personen

Obiger Plan gilt bei Radrennen und Leichtathletikveranstaltungen.

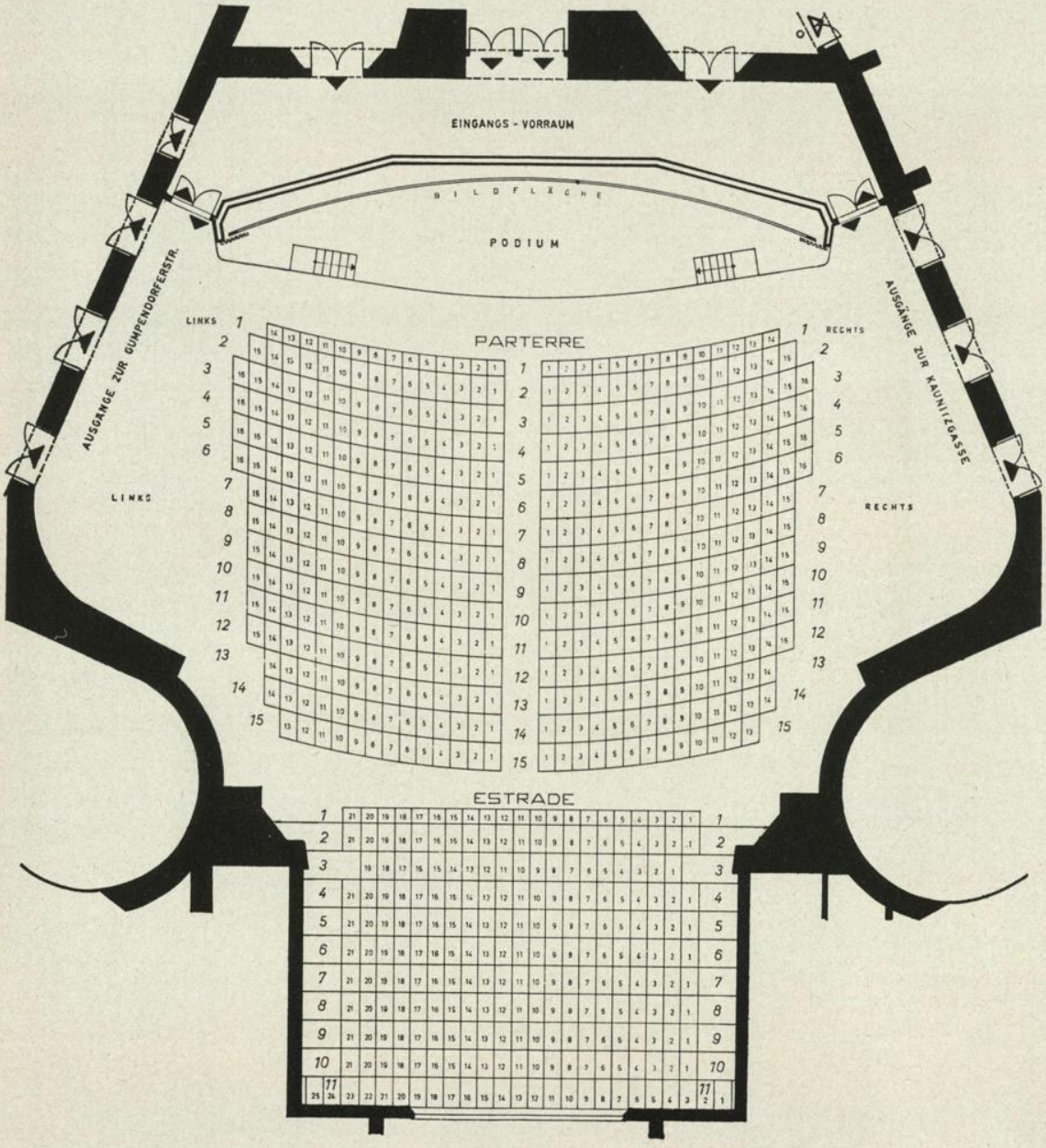
Boxen
Fassungsraum: 8.500 Personen

Apollo

(Kino)

6, Gumpendorfer Straße 63

Tageskassa im Gebäude
Tel. 57 96 51

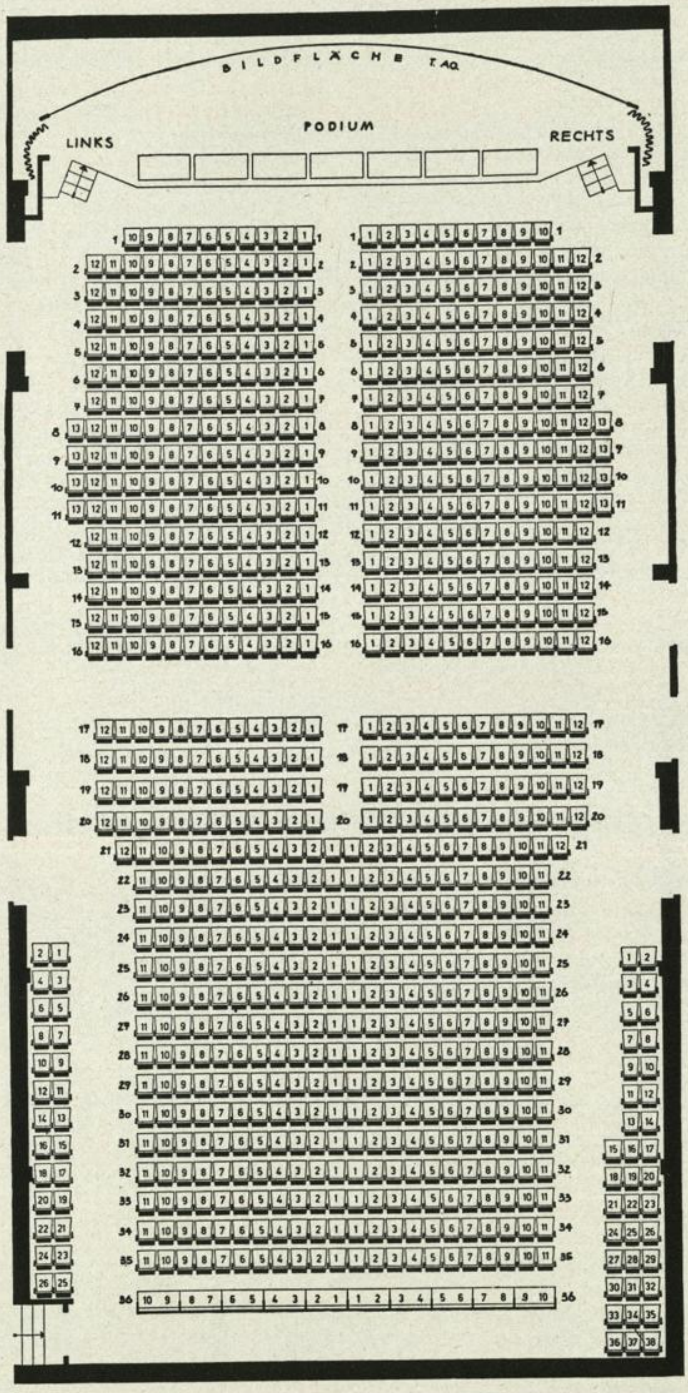


Fassungsraum: 681 Personen

Gartenbau-Kino

1, Parkring 12

Tageskassa im Gebäude
Tel. 52 23 54



Fassungsraum: 900 Personen

WEITERE THEATER UND KABARETTS

Ateliertheater am Naschmarkt, 6, Linke Wienzeile 4, Tel. 57 82 14, Direktion: Dr. Peter Janisch, Fassungsraum: 94 Personen

Theater der Courage, 1, Franz Josefs-Kai 29, Tel. 63 24 34, Direktion: Stella Kadmon, Fassungsraum: 167 Personen

Ensemble Theater im Konzerthaus, 3, Lothringerstraße Nr. 20, Tel. 66 32 00, Tageskassa: Tel. 42 51 27, Direktion: Disponenten Josef Jusik, Dieter Haspel und Walter Spirba, Fassungsraum: 107 Personen

Experiment am Lichtenwerd, 9, Liechtensteinstraße 132, Tel. 31 41 08, Direktion: Ing. Mag. Erwin Pikl, Fassungsraum: 49 Personen

Theater-Forum, 9, Porzellangasse 50, Tel. 31 54 21, Direktion: Stefan Mras, Fassungsraum: 399 Personen

„Freie Bühne Wieden", 4, Wiedner Hauptstraße 60b, Tel. 56 21 22, Direktion: Topsy Küppers, Fassungsraum: 186 Personen

Theater der Jugend im Theater im Zentrum, 1, Liliengasse Nr. 3, Tel. 52 41 01, Fassungsraum: 335 Personen

Wiener Kammeroper, 1, Bäckerstraße 7, Tel. 52 24 61, Direktion: Dr. Peter Goetz, Fassungsraum: 302 Personen

„Kleine Komödie" im Theater am Kärntnertor, 1, Walfischgasse 4, Tel. 52 42 80, Direktion: Helmut Siderits, Fassungsraum: 272 Personen

Die Komödianten im Künstlerhaus, 1, Karlsplatz 5, Tel. 57 05 04, Direktion: Conny Hannes Mayer, Fassungsraum: 120 bis 150 Personen

Herbert Lederers Theater am Schwedenplatz, 1, Franz Josefs-Kai 21, Tel. 63 20 973, Direktion: Prof. Herbert Lederer, Fassungsraum: 49 Personen

Theater im Palais Erzherzog Karl, 1, Annagasse 20, Tel. 52 14 43, Direktion: Ing. Mag. Erwin Pikl, Fassungsraum: 99 Personen

Pradler Ritterspiele, 1, Biberstraße 2, Tel. 52 54 00, Direktion: Gretl Höller, Fassungsraum: 145 Personen

Theater PupoDrom, 20, Wallensteinplatz 6, Tel. 33 42 31, Direktion: Erwin Piplits, Fassungsraum: 170 Personen

Wiener Schauspielhaus, 9, Porzellangasse 19, Tel. 34 01 01, Direktion: Hans Gratzer, Fassungsraum: 278 Personen

Schönbrunner Schloßtheater (Max Reinhardt-Seminar), 13, Schloß Schönbrunn, Tel. 82 45 66, Kanzlei: 14, Penzinger Straße 9, Tel. 82 21 88, Fassungsraum: 485 Personen

Son et Lumiere vor dem Schloß Belvedere, 3, Prinz Eugen-Straße 7, Tel. 52 56 81, Direktion: Österreichisches Kulturzentrum, Prof. Herbert Gaisbauer

Die Tribüne, Café Landtmann, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 4, Tel. 63 84 85, Direktion: Prof. Otto Ander, Fassungsraum: 135 Personen

Stegreifbühne Tschauner, 16, Maroltingergasse 43, Tel. 92 46 05, Fassungsraum: 300 Personen

Vienna's English Theatre, 8, Josefsgasse 12, Tel. 42 12 60, Direktion: Vienna's English Theatre Ges. m. b. H., Fassungsraum: 251 Personen

Kabarett „Der bunte Wagen" im „Simpl", 1, Wollzeile 36, Tel. 52 47 42, Direktion: Dr. Martin Floßmann, Fassungsraum: 235 Personen

Zentrum 22 – Theater an der Donau, 22, Kagran, Steigenteschgasse 94a, Tel. 23 12 54, Direktion: Jörg Maria Berg, Fassungsraum: 400 Personen

KONZERT- UND VERANSTALTUNGSSÄLE

Allgemein mietbar

Ehrbar-Säle, Konservatorium für Musik und dramatische Kunst, 4, Mühlgasse 28–30, Tel. 57 57 49

Hofburg, Festsäle, Wiener Kongreßzentrum, Hofburg-Betriebsgesellschaft m. b. H., 1, Heldenplatz, Tel. 57 36 66

Konzerthaus, Großer Saal, Mozart-Saal, Schubert-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft, 3, Lothringerstraße Nr. 20, Tel. 72 46 86

Landesinnung Wien der Bäcker, 8, Florianigasse 13, Tel. 42 53 96

Musikverein, Großer Saal, Brahmssaal, Gesellschaft der Musikfreunde, 1, Bösendorferstraße 12, Tel. 65 86 81

Palais Auersperg, Festsaal, Haus Arabia, 8, Auerspergstraße 1, Tel. 42 76 71

Palais Erzherzog Karl, Internationales Kulturzentrum, 1, Annagasse 20, Tel. 52 69 51

Palais Kinsky, Festsaal, Palaisverwaltung, 1, Freyung 4, Tel. 63 30 622

Palais Palffy, Beethoven-Saal, Figaro-Saal, Haydn-Salon, Österreich-Haus, Österreichisches Kulturzentrum, 1, Josefsplatz 6, Tel. 52 56 81

Palais Pallavicini, Festsaal, Wiener Rennverein, 1, Josefsplatz 5, Tel. 52 25 38

Palais Rasumofsky, Festsaal, Geologische Bundesanstalt, 3, Rasumofskygasse 23, Tel. 72 56 74*

Palais Schwarzenberg, Marmor-Saal, Kuppelsaal, Verwaltung (Hotel), 3, Schwarzenbergplatz 9, Tel. 72 51 25

Porrhaus, 4, Treitlstraße 3, Tel. 57 36 84

Sofiensäle, 3, Marxergasse 17, Tel. 72 65 88, 72 21 98

Wiener Stadthalle, Halle D, Halle B, Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*, 92 76 01*

WIG 74, Kurbetrieb Heilquelle (Thermalschwefelquelle) Oberlaa Ges. m. b. H., 10, Kurbadstraße 10, Tel. 68 16 11*

Interne Veranstaltungssäle

Albertina, Graphische Sammlung, 1, Augustinerstraße 1, Tel. 52 57 69, 52 42 32

Collegium Hungaricum, Österreichisch-Ungarische Vereinigung, 2, Hollandstraße 4, Tel. 24 05 81, 24 69 832

Haydn-Haus, 6, Haydngasse 19, Tel. 56 13 07

Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien, Konzertsaal, 1, Johannesgasse 8, Tel. 52 37 11

Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien, Festsaal, 1, Seilerstätte 26, Tel. 52 05 05

Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien, Vortragssaal, 3, Lothringerstraße 18, Tel. 56 16 85*

Konservatorium der Stadt Wien, Großer Saal, Kleiner Saal, 1, Johannesgasse 4a, Tel. 52 77 47*, 52 73 81*

Musikhaus Doblinger, Barock-Saal, Musikverlag Ludwig Doblinger, 1, Dorotheergasse 10, Tel. 52 35 04*

Österreichische Gesellschaft für Literatur, 1, Herrengasse 6, Tel. 63 81 59, 63 08 64

Österreichische Gesellschaft für Musik, 1, Hanuschgasse 3, Tel. 52 42 99, 52 31 43

Österreichischer Rundfunk, Großer Sendesaal, 4, Argentinierstraße 30a, Tel. 65 95*

Palais Lobkowitz, Eroica-Saal, Französisches Kulturinstitut, 1, Lobkowitzplatz 2, Tel. 52 49 71, 52 37 05

Palais Sternberg, Italienisches Kulturinstitut, 3, Ungargasse 43, Tel. 73 34 54, 73 46 57

Planetarium, Vortragssaal, 2, Oswald Thomas-Platz 1, Tel. 24 94 32

Schloß Schönbrunn, Große Galerie, 13, Tel. 83 36 46

Schubert-Geburtshaus, Konzertsaal, 9, Nußdorfer Straße Nr. 54, Tel. 34 59 924

Wiener Rathaus, Arkadenhof, Festsaal, Volkshalle, 1, Rathaus, Tel. 42 8 00*

Wiener Universität, Festsaal, Auditorium maximum, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 1, Tel. 43 00*

Zentralsparkasse, 3, Vordere Zollamtsstraße 13, Tel. 72 92*

(Außerdem finden in mehreren Kirchen Wiens laufend Konzerte statt.)

(Auch die Volksheime und Häuser der Begegnung vermieten Säle für Konzerte und Veranstaltungen.)

MUSIKLEHRANSTALTEN

(siehe unter Magistrat, MA 13)

WIENER VOLKSHOCHSCHULEN

Volksbildungshaus Wiener Urania, 1, Uraniastraße 1, Tel. 72 61 91*

Volkshochschule Margareten, 5, Stöbergasse 11–15, Tel. 55 31 82

Volkshochschule Wien-West, 7, Zollergasse 41, Tel. 93 05 55

Volkshochschule Wien-Nordwest, 9, Galileigasse 8, Tel. 34 52 43

Volkshochschule Favoriten, 10, Arthaberplatz 18, Tel. 64 32 43, 64 31 14

Volkshochschule Simmering, 11, Drischützgasse 1, Tel. 74 26 404

Volkshochschule Hietzing, 13, Hofwiesengasse 48, Tel. 82 03 53

Volkshochschule Ottakring, 16, Ludo Hartmann-Platz 7, Tel. 92 45 95, 92 45 99

Volkshochschule Brigittenau, 20, Raffaelgasse 13, Tel. 33 82 69, 33 21 95

Volkshochschule Wien-Nord, 21, Angerer Straße 14, Tel. 38 32 36*

Volkshochschule Liesing, 23, Liesinger Platz 3, Tel. 86 43 30, 86 43 40

Volkshochschule für Hörbehinderte, 15, Schwendergasse 41, Tel. 85 51 34

Künstlerische Volkshochschule, 9, Lazarettgasse 27, Tel. 42 43 29

Gesellschaft der Kunstfreunde, 8, Neudeggergasse 8, Tel. 42 31 25

Planetarium, 2, Oswald Thomas-Platz 1, Tel. 24 94 32

Urania-Sternwarte, 1, Uraniastraße 1, Tel. 72 61 91*

Wiener Volkssternwarte, 16, Johann Staud-Straße 10, Tel. 94 81 30

VOLKSHEIME UND HÄUSER DER BEGEGNUNG

Volksheim Per Albin Hansson-Siedlung, 10, Stockholmer Platz 18, Tel. 68 36 77

Volksheim Alt-Ottakring, 16, Ottakringer Straße 200, Tel. 46 53 98

Volksheim Heiligenstadt, 19, Heiligenstädter Straße 155, Tel. 37 31 62

Volksheim Krim, 19, Hutweidengasse 24, Tel. 36 56 06

Volksheim Groß-Jedlersdorf, 21, Siemensstraße 17, Tel. 38 16 54

Volksheim Kaisermühlen, 22, Kaisermühlen, Schüttaustraße 2, Tel. 23 23 59

Volksheim Inzersdorf, 23, Inzersdorf, Putzendoplergasse 4, Tel. 67 23 263

Haus der Begegnung Leopoldstadt, 2, Praterstern 1, Tel. 24 26 80

Haus der Begegnung Mariahilf, 6, Otto Bauer-Gasse 7, Tel. 56 14 56

Haus der Begegnung Per Albin Hansson-Siedlung Ost, 10, Ada Christen-Gasse 2, Tel. 68 55 81

Haus der Begegnung Simmering, 11, Lorystraße 40, Tel. 74 31 59

Haus der Begegnung Rudolfsheim, 15, Schwendergasse Nr. 41, Tel. 83 22 27*

Haus der Begegnung Döbling, 19, Gatterburggasse 2a, Tel. 36 46 65

Haus der Begegnung Floridsdorf, 21, Angerer Straße 14, Tel. 38 62 16

Haus der Begegnung Großfeldsiedlung, 21, Kürschnergasse 9, Tel. 38 72 59*

Haus der Begegnung Donaustadt, 22, Kagran, Bernoullistraße 1, Tel. 23 32 16*

Haus der Begegnung Liesing, 23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 1, Tel. 86 13 45

MUSEEN, SAMMLUNGEN UND SONSTIGE SEHENSWÜRDIGKEITEN

Akademie der bildenden Künste, Gemäldegalerie, Kupferstichkabinett, 1, Schillerplatz 3, Tel. 57 95 16
(Gemäldegalerie: Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 14 Uhr, Mittwoch von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr; Kupferstichkabinett: Jänner, März bis Juni, Oktober bis Dezember Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, Februar, Juli bis September Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr)

Albertina, Graphische Sammlung, 1, Augustinerstraße 1, Tel. 52 57 69, 52 42 32
Goethemuseum des Wiener Goethevereines
(Montag, Dienstag, Donnerstag von 10 bis 16 Uhr, Mittwoch von 10 bis 18 Uhr, Freitag von 10 bis 14 Uhr, Samstag, Sonntag von 10 bis 13 Uhr)

Alpengarten im Oberen Belvedere, 3, Landstraßer Gürtel 1, Tel. 75 21 49
(April bis September Montag bis Samstag von 9 bis 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 19 Uhr)

Alsergrund, Bezirksmuseum, 9, Währinger Straße 43, Tel. 34 41 33
Gedenkraum für Heimito von Doderer
(Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Alte Backstube, Bäckerhandwerk und -brauchtum, 8, Lange Gasse 34, Tel. 43 11 01
(Dienstag bis Sonntag von 12 bis 24 Uhr)

Alte Schmiede, 1, Schönlaterngasse 7a, Tel. 52 83 29
(Parterre: Dienstag bis Freitag von 11 bis 19 Uhr, Samstag von 10 bis 13 Uhr; 1. Stock: Montag bis Samstag von 10 bis 19 Uhr; 2. Stock: Montag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr)

Auer von Welsbach-Erinnerungsraum siehe Technisches Museum

Bahr-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Bahr-Mildenburg-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Barockmuseum, Österreichisches, siehe Österreichische Galerie

Bauernfeld-Gedenkraum siehe Wertheimstein, Villa

Beethoven-Wohnung (Pasqualati-Haus), 1, Mölkerbastei Nr. 8, Tel. 63 70 665
Stifter-Museum
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Beethoven-Wohnung (Eroica-Haus), 19, Döblinger Hauptstraße 92
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Beethoven-Wohnung (Heiligenstädter Testament), 19, Probusgasse 6
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Bergl-Zimmer siehe Schönbrunn, Schloß

Bestattungsmuseum, Städtisches, 4, Goldeggasse 19, Tel. 65 16 31*, 227
(Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr, gegen vorherige Anmeldung)

Böhmerwaldmuseum für Wien, 3, Ungargasse 3, Tel. 73 90 453
(gegen vorherige Anmeldung)

Botanischer Garten der Universität Wien, 3, Rennweg 14, Tel. 73 12 58
(15. April bis 15. Oktober täglich von 9 Uhr bis Einbruch der Dämmerung)

Brigittenauer Bezirksmuseum, 20, Raffaelgasse 13, Tel. 33 35 11*, 204
(Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Bundessammlung alter Stilmöbel siehe Sammlungen der Bundesmobilienverwaltung

Burgkapelle, 1, Hofburg, Schweizerhof, Tel. 52 12 86
(Dienstag, Donnerstag von 14.30 bis 15.30 Uhr)

Burgtheater, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 2, Tel. 53 24*
(Montag bis Samstag 9 und 15 Uhr, Sonntag 9 Uhr)

Circus-Museum, Österreichisches, siehe Leopoldstädter Bezirksmuseum

Clown-Museum, Österreichisches, siehe Leopoldstädter Bezirksmuseum

Döblinger Bezirksmuseum, 19, Döblinger Hauptstraße 96, Tel. 36 10 042
Weinbaumuseum
(Samstag von 15.30 bis 18 Uhr, Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr)

Doderer-Gedenkraum siehe Alsergrund, Bezirksmuseum

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1, Wipplingerstraße 8, Tel. 63 07 31*, 332
Museum des österreichischen Freiheitskampfes
(Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 17 Uhr)

Druckschriftensammlung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Eisenbahnmuseum, Österreichisches, siehe Technisches Museum

Elektropathologische Sammlung, 15, Selzergasse 19, Tel. 92 72 72
(gegen vorherige Anmeldung)

Ephesos-Museum siehe Kunsthistorisches Museum

Erzbischöfliches Dom- und Diözesanmuseum, 1, Stephansplatz 6, Tel. 52 88 86
(Mittwoch bis Samstag von 10 bis 16 Uhr, Sonn- und Feiertag von 10 bis 13 Uhr)

Esperanto-Museum, Internationales, siehe Österreichische Nationalbibliothek

Favoritner Bezirksmuseum, 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse 2 C
(Donnerstag von 17 bis 19 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr)

Feld- und Industriebahnmuseum, 13, Spohrstraße 20, Tel. 65 47 11/348, 95 17 454
(gegen vorherige Anmeldung)

Feuerwehr-Museum der Stadt Wien, 1, Am Hof 10, Tel. 63 66 71*
(Sonn- und Feiertag von 9 bis 12 Uhr)

Fiakermuseum, 17, Veronikagasse 12, Tel. 43 88 52
(Mai bis August Mittwoch von 8 bis 13 Uhr, September bis April jeden ersten Mittwoch im Monat von 8 bis 13 Uhr)

Floridsdorfer Bezirksmuseum, 21, Prager Straße 33, Tel. 38 29 584
(Samstag von 16 bis 18 Uhr, Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr)

Friedhof St. Marx, 11, Leberstraße 6–8, Tel. 74 44 273
(April bis November von 7 bis 18 Uhr, Juni, Juli von 7 bis 19 Uhr, Dezember bis März von 7 Uhr bis Einbruch der Dunkelheit)

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes (Leopold Figl-Hof), 1, Salztorgasse 6

(Montag von 14 bis 18 Uhr, Donnerstag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr)

Gendarmerie-Museum, 3, Oberzellergasse 1, Tel. 73 35 81/228
(Mittwoch von 14 bis 16 Uhr)

Geymüller-Schlössel (Sammlung Dr. Sobek) siehe Österreichisches Museum für angewandte Kunst

Glockensammlung Pfundner, 10, Troststraße 38, Tel. 64 25 43
(gegen vorherige Anmeldung)

Gloriette siehe Schönbrunn

Goethemuseum siehe Albertina

Graphiken und Plakate, Sammlung der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, 14, Leyserstraße 6, Tel. 92 26 54*, 13
(während der Schulzeit Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Grillparzer-Erinnerungsraum siehe Historisches Museum der Stadt Wien

Grillparzer-Gedenkraum siehe Österreichisches Staatsarchiv

Gustinus Ambrosi-Museum siehe Österreichische Galerie

Handschriftensammlung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Haus des Meeres, 6, Esterházypark, Tel. 57 14 17
(täglich von 9 bis 18 Uhr)

Haydn-Museum, 6, Haydngasse 19, Tel. 56 13 07
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Heeresgeschichtliches Museum, 3, Arsenal, Tel. 65 06 59, 65 42 45 (täglich außer Freitag von 10 bis 16 Uhr)

Hermesvilla, 13, Lainzer Tiergarten, Tel. 84 13 24
(Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr während der Sommermonate, Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 16 Uhr während der Wintermonate)

Hernalser Bezirksmuseum, 17, Elterleinplatz 14, Tel. 46 19 572
(Montag von 19 bis 21 Uhr)

Herzgruft der Habsburger, 1, Augustinerstraße 3, Tel. 52 33 38
(täglich 9.30 Uhr)

Hietzinger Bezirksmuseum, 13, Am Platz 2, Tel. 82 26 51*, 260
(Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz, Tel. 42 8 04
Grillparzer-Erinnerungsraum, Loos-Erinnerungsraum
(Dienstag, Mittwoch, Freitag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 19 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)
Modesammlungen im Schloß Hetzendorf, 12, Hetzendorfer Straße 79, Tel. 84 27 95
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr)

Hofburg, 1, Michaelerplatz, Tel. 57 55 54*
Schauräume (Kaiserappartements, Reichskanzlei und Amalientrakt)
(Montag bis Samstag von 8.30 bis 16.30 Uhr, Sonntag von 8.30 bis 13 Uhr)

Hoftafel- und Silberkammer siehe Sammlungen der Bundesmobilienverwaltung

Innere Stadt, Bezirksmuseum, 1, Wipplingerstraße 8, Tel. 52 50 994
(Freitag von 15 bis 17 Uhr)

Johann Strauß-Wohnung, 2, Praterstraße 54, Tel. 24 01 21
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Josefstädter Bezirksmuseum, 8, Zeltgasse 7, Tel. 42 97 263
(Mittwoch von 18 bis 21 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Jüdisches Museum, 19, Bauernfeldgasse 4, Tel. 36 16 55
(täglich)

Kainz-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Kaisergruft (Kapuzinergruft), 1, Tegetthoffstraße 2, Tel. 52 68 53
(täglich von 9 bis 16 Uhr)

Kálmán-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Kartensammlung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Kirche „Zur Heiligsten Dreifaltigkeit", 23, Mauer, Sankt Georgenberggasse, Tel. 88 51 12
(Dienstag bis Freitag von 11 bis 15 Uhr, Samstag, Sonntag von 10 bis 16 Uhr)

Konventmuseum der Barmherzigen Brüder, 2, Taborstraße 16, Tel. 26 25 24
(öffentlich nicht zugänglich)

Kunsthistorisches Museum, 1, Burgring 5, Tel. 93 45 41
Ägyptisch-Orientalische Sammlung, Antikensammlung, Sammlung für Plastik und Kunstgewerbe, Gemäldegalerie, Sekundärgalerie, Sammlung von Medaillen, Münzen und Geldzeichen
(Dienstag, Freitag von 10 bis 15 Uhr und von 19 bis 21 Uhr, Mittwoch, Donnerstag von 10 bis 15 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)
Ephesos-Museum, Waffensammlung, Sammlung alter Musikinstrumente, 1, Neue Burg, Tel. 93 45 41
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 15 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)
Neue Galerie in der Stallburg, 1, Reitschulgasse 2, Tel. 52 64 80
(Dienstag bis Donnerstag von 10 bis 15 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)
Weltliche und Geistliche Schatzkammer, 1, Hofburg, Schweizerhof, Tel. 52 63 99
(Montag, Mittwoch, Freitag von 10 bis 15 Uhr, Dienstag, Donnerstag von 13 bis 17 Uhr, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Kunstuhr (Ankeruhr), 1, Hoher Markt 10/11, Tel. 63 67 71
(täglich 12 Uhr Figurenparade mit Musik)

Kupferstichkabinett siehe Akademie der bildenden Künste

Kynologisches Museum, 7, Karl Schweighofer-Gasse 3, Tel. 93 22 94
(öffentlich nicht zugänglich)

Landstraßer Bezirksmuseum, 3, Sechskrügelgasse 11, Tel. 72 51 71*, 215
(Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Lehár-Schlössel (Schikaneder-Schlössel), 19, Hackhofergasse 18, Tel. 37 18 213
(gegen vorherige Anmeldung)

Leopoldstädter Bezirksmuseum, 2, Karmelitergasse 9, Tel. 33 16 11*, 229
Österreichisches Circus- und Clown-Museum
(Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, Samstag von 14.30 bis 17 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr)

Liesinger Bezirksmuseum, 23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2, Tel. 86 96 17*, 23
(Mittwoch und Samstag von 9 bis 12 Uhr)

Lobaumuseum, 22, Aspern, Lobau 256 (beim Forsthaus)
(Sonn- und Feiertag von 13 Uhr bis Einbruch der Dunkelheit)

Loos-Erinnerungsraum siehe Historisches Museum der Stadt Wien

Mariahilfer Bezirksmuseum, 6, Gumpendorfer Straße 4, Tel. 57 99 965
(Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr)

Medaillen-, Münzen- und Geldzeichen-Sammlung siehe Kunsthistorisches Museum

Medizinhistorisches Museum siehe Museum des Institutes zur Geschichte der Medizin

Meidlinger Bezirksmuseum, 12, Kobingergasse 7, Tel. 85 32 044
(Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr)

Michaelerkirche, Gruft, 1, Michaelerplatz, Tel. 52 14 90
(Sonntag 10.45 Uhr)

Modesammlungen im Schloß Hetzendorf siehe Historisches Museum der Stadt Wien

Mozart-Wohnung (Figaro-Haus), 1, Domgasse 5, Tel. 52 40 722
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Museum Aspern 1809, 22, Asperner Heldenplatz 9, Tel. 23 37 513
(Dienstag von 17 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9.30 bis 12 Uhr)

Museum der Mechitharisten-Congregation, 7, Mechitaristengasse 4, Tel. 93 64 17
(täglich von 8 bis 12 Uhr)

Museum des Blindenwesens, 2, Wittelsbachstraße 5, Tel. 24 45 67
(gegen vorherige Anmeldung)

Museum des Institutes für gerichtliche Medizin, 9, Sensengasse 2, Tel. 42 62 78
(öffentlich nicht zugänglich)

Museum des Institutes zur Geschichte der Medizin, 9, Währinger Straße 25, Tel. 43 21 54
Medizinhistorisches Museum, Sammlung anatomischer und geburtshilflicher Wachspräparate
(Dienstag, Donnerstag von 9 bis 15 Uhr)

Museum des Landesgerichtes Wien, 8, Landesgerichtsstraße 11, Tel. 42 55 16*
(Gefangenenhaus-Museum, öffentlich nicht zugänglich)

Museum des österreichischen Freiheitskampfes siehe Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Museum des Wiener Männergesangvereins, 1, Bösendorferstraße 12, Tel. 65 73 62
(gegen vorherige Anmeldung)

Museum für Hufbeschlag, Beschirrung und Besattlung, 3, Linke Bahngasse 11, Tel. 73 65 21
(Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr)

Museum für Völkerkunde, 1, Neue Burg, Tel. 93 45 41
(Montag, Donnerstag, Freitag, Samstag von 10 bis 13 Uhr, Mittwoch von 10 bis 17 Uhr, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Museum mittelalterlicher österreichischer Kunst siehe Österreichische Galerie

Museum Moderner Kunst, 9, Fürstengasse 2, Tel. 34 12 59
(täglich außer Dienstag von 10 bis 18 Uhr)

Museum Moderner Kunst/Museum des 20. Jahrhunderts, 3, Schweizer Garten, Tel. 65 51 21, 65 06 42
(Montag, Donnerstag, Freitag, Samstag von 10 bis 16 Uhr, Mittwoch von 14 bis 19 Uhr, Sonntag von 10 bis 13 Uhr)

Musikinstrumente, Sammlung alter, siehe Kunsthistorisches Museum

Musiksammlung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Musiksammlung der Gesellschaft der Musikfreunde, 1, Bösendorferstraße 12, Tel. 65 86 81
(gegen vorherige Anmeldung)

Naturhistorisches Museum, 1, Burgring 7, Tel. 93 45 41
Mineralogisch-Petrographische Abteilung, Geologisch-Paläontologische Abteilung, Botanische Abteilung, Zoologische Abteilung, Anthropologische Abteilung, Prähistorische Abteilung
(täglich außer Dienstag von 9 bis 13 Uhr)

Neher-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Neubau, Bezirksmuseum, 7, Hermanngasse 24–26, Tel. 93 76 46*, 224

Neue Galerie in der Stallburg siehe Kunsthistorisches Museum

Niederösterreichisches Landesmuseum, 1, Herrengasse 9, Tel. 63 57 11
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, Samstag von 9 bis 14 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 12 Uhr)

Österreich-Abteilung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Österreichische Galerie
Museum mittelalterlicher österreichischer Kunst in der Orangerie des Belvedere, 3, Rennweg 6a, Tel. 72 64 21, 72 43 58, 73 44 14
Österreichisches Barockmuseum im Unteren Belvedere, 3, Rennweg 6a
Österreichische Galerie des 19. und 20. Jahrhunderts im Oberen Belvedere, 3, Prinz Eugen-Straße 27
(Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag von 10 bis 16 Uhr, Freitag von 10 bis 13 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr)
Gustinus Ambrosi-Museum, 2, Scherzergasse 1a, Tel. 33 31 94
(Donnerstag von 10 bis 16 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr)

Österreichische Nationalbibliothek
1, Josefsplatz 1, Tel. 52 16 84, 52 69 41
(Montag bis Samstag von 11 bis 12 Uhr)
Prunksaal, Handschriften- und Inkunabelsammlung, Kartensammlung
(Prunksaal: Juni bis Oktober von 10 bis 16 Uhr; Handschriften- und Inkunabelsammlung: Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 13 Uhr, Dienstag, Donnerstag von 13 bis 19.45 Uhr; Kartensammlung: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 8.30 bis 15.30 Uhr)
Druckschriftensammlung, Zeitschriftensaal, Porträtsammlung–Bildarchiv, 1, Neue Burg, Tel. 52 68 81, 52 23 08
(Druckschriftensammlung und Zeitschriftensaal: Montag bis Freitag von 9 bis 19.45 Uhr, Samstag von 9 bis 12.45 Uhr; Porträtsammlung – Bildarchiv: Montag von 9 bis 18.45 Uhr, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 15.45 Uhr)
Musiksammlung, Papyrussammlung, 1, Augustinerstraße 1
(Musiksammlung: Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 13 Uhr, Dienstag, Donnerstag von 12 bis 15.45 Uhr; Papyrussammlung: Montag von 9 bis 19.45 Uhr, Dienstag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr)
Theatersammlung, Österreich-Abteilung, 1, Hofburg
(Theatersammlung: Montag, Dienstag, Mittwoch, Frei-

tag von 8.30 bis 15.30 Uhr; Österreich-Abteilung: Montag bis Freitag von 9 bis 15.30 Uhr)
Internationales Esperanto-Museum, 1, Hofburg, Tel. 52 10 415
(Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 15.30 Uhr)
Gedenkräume für Anna Bahr-Mildenburg, Hermann Bahr, Josef Kainz, Emmerich Kálmán, Caspar Neher, Max Reinhardt, Hugo Thimig, Carl Michael Ziehrer, 1, Josefsplatz 1
(täglich von 11 bis 12 Uhr gegen vorherige Anmeldung)
Gedenkraum für Richard Teschner, 1, Hofburg
(täglich von 8.30 bis 15.30 Uhr nur für Fachleute)

Österreichisches Filmmuseum, 1, Augustinerstraße 1, Tel. 52 62 06, 52 34 26
(täglich Vorführungen klassischer Filme von Oktober bis Mai)

Österreichisches Gartenbaumuseum, 10, Kurpark Oberlaa, Tel. 68 11 70
(Mittwoch bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, jeden ersten Samstag im Monat von 14 bis 17 Uhr, jeden ersten Sonntag im Monat von 10 bis 17 Uhr)

Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, 5, Vogelsanggasse 36, Tel. 55 31 05
(gegen vorherige Anmeldung)

Österreichisches Museum für angewandte Kunst, 1, Stubenring 5, Tel. 72 56 96, 72 68 39
Europäisches Kunstgewerbe vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Kunstgewerbe des Nahen und des Fernen Ostens
(Dienstag, Mittwoch, Freitag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 18 Uhr, Sonntag von 10 bis 13 Uhr)
Geymüller-Schlössel (Sammlung Dr. Sobek), 18, Pötzleinsdorfer Straße 102, Tel. 47 31 39
(Besichtigung nach Vereinbarung Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Führungen Sonntag 11 und 15 Uhr)

Österreichisches Museum für Volkskunde, 8, Laudongasse 15–19, Tel. 43 24 93
Schausammlungen Österreich und Europa
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)
Sammlung religiöser Volkskunst, 1, Johannesgasse 8, Tel. 52 13 37
(Mittwoch von 9 bis 15 Uhr, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Österreichisches Staatsarchiv, 1, Minoritenplatz 1, Tel. 66 15*, 2516
Haus-, Hof- und Staatsarchiv
(Montag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr, Freitag von 9 bis 12.30 Uhr)
Allgemeines Verwaltungsarchiv, 1, Wallnerstraße 6a, Tel. 66 15*, 2885
(Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 16 Uhr)
Finanzarchiv, Grillparzer-Gedenkraum, 1, Himmelpfortgasse 8, Tel. 52 35 11*, 470
(Montag, Donnerstag von 8.30 bis 12.30 Uhr, Dienstag, Mittwoch von 12.30 bis 15.45 Uhr, Freitag von 8.30 bis 15.45 Uhr)
Hofkammerarchiv, 1, Johannesgasse 6, Tel. 52 54 34
(Montag von 12.30 bis 15.45 Uhr, Dienstag, Mittwoch von 8.30 bis 12.30 Uhr, Donnerstag, Freitag von 8.30 bis 15.45 Uhr)
Kriegsarchiv, 7, Stiftgasse 2, Tel. 93 14 83, 93 27 40, 93 61 82
(Montag bis Freitag von 8.15 bis 15.45 Uhr)
Verkehrsarchiv, 3, Aspangstraße 33, Tel. 73 36 31
(Montag bis Freitag von 8.30 bis 15.30 Uhr)

Österreichisches Tabakmuseum, 9, Porzellangasse 51, Tel. 34 26 00*, 220
Prähistorische Sammlung von Tabakpfeifen, Dosen, Bildern, Dokumenten und Raucherrequisiten aller Art
(Montag von 14 bis 16 Uhr, Dienstag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr)

Österreichisches Theatermuseum, 1, Hanuschgasse 3, Tel. 52 24 27
(Dienstag bis Samstag von 9.30 bis 17 Uhr, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Ottakringer Bezirksmuseum, 16, Richard Wagner-Platz 19, Tel. 92 64 62
(Sonntag von 9 bis 11.30 Uhr)

Otto Wagner-Pavillon, 4, Karlsplatz

Palmenhaus siehe Schönbrunn

Papyrussammlung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Parlament, 1, Dr. Karl Renner-Ring 3, Tel. 42 15 25*
(Montag bis Freitag 9, 10, 11 und 15 Uhr)

Pathologisch-anatomisches Bundesmuseum, 9, Spitalgasse 2, Tel. 43 86 72
(Donnerstag von 8 bis 11.30 Uhr)

Penzinger Bezirksmuseum, 14, Penzinger Straße 59, Tel. 83 22 20
(Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr)
Ziegelmuseum, 14, Hickelgasse 5
(jeden ersten und dritten Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr)

Pfarrmuseum, 9, Marktgasse 40, Tel. 34 73 01
(Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Planetarium, 2, Oswald Thomas-Platz 1, Tel. 24 94 32
(Samstag, Sonn- und Feiertag von 14 bis 19 Uhr)

Polizeimuseum, 9, Roßauer Lände 7–9, Tel. 34 55 11
(öffentlich nicht zugänglich)

Porträtsammlung – Bildarchiv siehe Österreichische Nationalbibliothek

Post- und Telegraphenmuseum siehe Technisches Museum

Prägestempel siehe Sammlung historischer Prägestempel

Pratermuseum, 2, Oswald Thomas-Platz 1, Tel. 24 94 32
(Samstag, Sonn- und Feiertag von 14 bis 19 Uhr)

Privatgalerie Czernin, 8, Friedrich Schmidt-Platz 4, Tel. 42 78 422
(gegen vorherige Anmeldung)

Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, Tel. 42 8 00*
(Montag bis Freitag 11 Uhr)

Reinhardt-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Religiöse Volkskunst, Sammlung, siehe Österreichisches Museum für Volkskunde

Riesenrad, 2, Volksprater, Tel. 26 21 30
(März und Oktober täglich von 10 bis 22 Uhr, April bis September von 9 bis 23 Uhr)

Römische Baureste Am Hof, 1, Am Hof 9
(Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Römische Baureste unter der St. Jakobskirche, 19, Pfarrplatz 3, Tel. 37 13 43
(Sonn- und Feiertag von 15 bis 18 Uhr)

Römische Ruinen unter dem Hohen Markt, 1, Hoher Markt 3
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Römische und mittelalterliche Baureste, Johanneskirche Unterlaa, 10, Klederinger Straße, Tel. 64 36 31*, 202, 205
(gegen vorherige Anmeldung)

Rudolfsheim-Fünfhaus, Bezirksmuseum, 15, Rosinagasse Nr. 4, Tel. 85 55 504
(jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 16 bis 18 Uhr)

Saar-Gedenkraum siehe Wertheimstein, Villa

Sammlung historischer Prägestempel im Hauptmünzamt, 1, Am Heumarkt 1, Tel. 73 55 25*
(öffentlich nicht zugänglich)

Sammlungen der Bundesmobilienverwaltung
Bundessammlung alter Stilmöbel, 7, Mariahilfer Straße 88, Tel. 93 42 49*, 93 42 40*, 93 52 63*
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 12 Uhr)
Schausammlung der ehemaligen Hoftafel- und Silberkammer, 1, Hofburg, Tel. 52 23 45
(Dienstag, Freitag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Schatzkammer des Deutschen Ordens, 1, Singerstraße 7, Tel. 52 11 65
(täglich von 10 bis 12 Uhr, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag von 15 bis 17 Uhr)

Schatzkammer (Weltliche und Geistliche) siehe Kunsthistorisches Museum

Schikaneder-Schlössel siehe Lehár-Schlössel

Schloß Schönbrunn, 13, Schönbrunn, Tel. 83 36 46
Schauräume
(Oktober bis April täglich von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr, Mai bis September täglich von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, Juni bis August zusätzlich Mittwoch, Donnerstag, Samstag von 19.30 bis 21.15 Uhr)
Bergl-Zimmer
(Mai bis September täglich von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr)
Gloriette
(Mai bis Oktober täglich von 8 Uhr bis Einbruch der Dunkelheit)
Tiergarten Schönbrunn, Tel. 82 12 36
(täglich von 9 Uhr bis längstens 18.30 Uhr)
Palmenhaus (derzeit im Sonnenuhrhaus)
(täglich von 9 bis 17 Uhr)

Schotten-Abtei, Sammlungen, 1, Freyung 6, Tel. 63 76 78
(Führungen jeden Samstag 14 Uhr)

Schubert-Museum, 9, Nußdorfer Straße 54, Tel. 34 59 924
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Schuberts Sterbezimmer, 4, Kettenbrückengasse 6, Tel. 57 39 072
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Sigmund Freud-Museum, 9, Berggasse 19, Tel. 31 15 96
(Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr, Samstag, Sonntag von 10 bis 16 Uhr)

Simmeringer Bezirksmuseum, 11, Enkplatz 2, Tel. 74 68 685
(Sonntag von 9 bis 12 Uhr)

Spanische Reitschule, 1, Hofburg, Reitschulgasse 1, Tel. 52 18 36
(Morgenarbeit: Dienstag bis Samstag von 10 bis 12 Uhr; Stallbesuch: Montag bis Samstag von 14 bis 16 Uhr, Sonn- und Feiertag von 10 bis 12 Uhr)

Staatsoper, 1, Opernring 2, Tel. 53 24*
(September bis Juni 14, 15 Uhr, Juli, August 9, 10, 11, 13, 14 und 15 Uhr)

Stadthalle, 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*, 92 76 01*
(Samstag 14 Uhr, Sonntag 10, 11, 12 und 14 Uhr)

Stephansdom, 1, Stephansplatz, Tel. 52 26 01
(Dom: Montag bis Samstag 10.30, 15 Uhr; Katakomben: täglich von 10 bis 12 Uhr und von 14.30 bis 17 Uhr; Turm: täglich von 8.30 bis 12.30 Uhr und von 14 bis 16.30 Uhr; Pummerin: täglich von 8 bis 16.45 Uhr)

Stifter-Museum siehe Beethoven-Erinnerungsräume

Technisches Museum für Industrie und Gewerbe, 14, Mariahilfer Straße 212, Tel. 83 36 18*
Auer von Welsbach-Erinnerungsraum
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)
Österreichisches Eisenbahnmuseum, Tel. 56 50*, 5323
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)
Post- und Telegraphenmuseum, Tel. 83 23 06
(Dienstag bis Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Teschner-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Theatersammlung siehe Österreichische Nationalbibliothek

Thimig-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

Tiergarten siehe Schönbrunn

Tramwaymuseum, Wiener (derzeit wegen Platzmangels geschlossen)

Uhrenmuseum der Stadt Wien, 1, Schulhof 2, Tel. 63 22 65
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Urania-Sternwarte, 1, Uraniastraße 1, Tel. 72 61 91*
(Führung an sternklaren Abenden)

Virgilkapelle und Sammlung historischer Keramik aus Wien, 1, Stephansplatz, U-Bahn-Station, Tel. 52 20 943
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr)

Waffensammlung siehe Kunsthistorisches Museum

Wagenburg des Kunsthistorischen Museums, 13, Schönbrunn, Tel. 82 32 44
Sammlung historischer Prunk- und Gebrauchswagen und Monturdepot
(Dienstag bis Sonntag von 10 bis 16 Uhr, Mai bis September täglich von 10 bis 17 Uhr)

Währinger Bezirksmuseum, 18, Martinstraße 100, Tel. 47 10 855
(Donnerstag von 18 bis 20 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr)

Walter (Bruno)-Gedenkraum in der Akademie für Musik und darstellende Kunst, 3, Lothringerstraße 18, Tel. 56 16 85*
(Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr)

Weinbaumuseum siehe Döblinger Bezirksmuseum

Wertheimstein, Villa (mit dem Salon Wertheimstein und je einem Gedenkraum für Eduard von Bauernfeld und Ferdinand von Saar), 19, Döblinger Hauptstraße 96, Tel. 36 17 064
(Samstag von 15.30 bis 18 Uhr, Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr)

Zeitschriftensaal siehe Österreichische Nationalbibliothek

Zentralfriedhof, 11, Simmeringer Hauptstraße 234, Tel. 74 35 41*
Ehrengräber
(Jänner, Februar, November, Dezember von 8 bis 17 Uhr, März, April, September, Oktober von 7 bis 18 Uhr, Mai bis August von 7 bis 19 Uhr)

Ziegelmuseum siehe Penzinger Bezirksmuseum

Ziehrer-Erinnerungsraum siehe Österreichische Nationalbibliothek

GALERIEN, WEITERE AUSSTELLUNGSRÄUME USW.

Akademie der bildenden Künste, 1, Schillerplatz 3
Albertina, Graphische Sammlung, 1, Augustinerstraße 1
BAWAG Fondation, 1, Tuchlauben 5
Beethoven-Haus, 19, Probusgasse 6
Bezirksmuseum Alsergrund, 9, Währinger Straße 43
Bezirksmuseum Brigittenau, 20, Raffaelgasse 13
Bezirksmuseum Döbling, 19, Döblinger Hauptstraße 96
Bezirksmuseum Favoriten, 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Ada Christen-Gasse 2 C
Bezirksmuseum Floridsdorf, 21, Prager Straße 33
Bezirksmuseum Hernals, 17, Elterleinplatz 14
Bezirksmuseum Hietzing, 13, Am Platz 2
Bezirksmuseum Innere Stadt, 1, Wipplingerstraße 8
Bezirksmuseum Josefstadt, 8, Zeltgasse 7
Bezirksmuseum Landstraße, 3, Sechskrügelgasse 11
Bezirksmuseum Leopoldstadt, 2, Karmelitergasse 9
Bezirksmuseum Liesing, 23, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2
Bezirksmuseum Mariahilf, 6, Gumpendorfer Straße 4
Bezirksmuseum Meidling, 12, Kobingergasse 7
Bezirksmuseum Neubau, 7, Stiftgasse 8
Bezirksmuseum Ottakring, 16, Richard Wagner-Platz 19
Bezirksmuseum Penzing, 14, Penzinger Straße 59
Bezirksmuseum Rudolfsheim-Fünfhaus, 15, Rosinagasse Nr. 4–10
Bezirksmuseum Simmering, 11, Enkplatz 2
Bezirksmuseum Währing, 18, Martinstraße 100
Creditanstalt Bankverein, Kassensaal, 1, Schottengasse 6–8
EURO-Art-Stadtgalerie, 1, Führichgasse 6
Französisches Kulturinstitut, 1, Lobkowitzplatz 2
Galerie Alsergrund im Bezirksmuseum Alsergrund, 9, Währinger Straße 43
Galerie „Alte Schmiede", 1, Schönlaterngasse 7a
Galerie Ariadne, 1, Bäckerstraße 6
Galerie der Bank des Dorotheums, 1, Dorotheergasse 20
Galerie Bartenstein, 1, Bartensteingasse 6
Galerie Basilisk, 1, Schönlaterngasse 7
Galerie „Die Brücke", 1, Bäckerstraße 5
Galerie Contact bei der Oper, 1, Mahlerstraße 7
Galerie Contact im Tourotel, 10, Kurbadstraße 2
Galerie Curtse, 1, Grünangergasse 12
Galerie Gabriel, 1, Seilerstätte 19
Galerie am Graben, 1, Graben 7
Galerie Gumpendorf im Bezirksmuseum Mariahilf, 6, Gumpendorfer Straße 1
Galerie Herzog im Pferdestall, 6, Getreidemarkt 17
Galerie Hilger, 1, Dorotheergasse 2
Galerie Intact, 1, Fleischmarkt 11
Galerie im Internationalen Kulturzentrum, 1, Annagasse 20
Galerie Kleine Welt, 6, Otto Bauer-Gasse 16
Galerie Klewan, 1, Dorotheergasse 14
Galerie Krugerstraße 12, 1, Krugerstraße 12
Galerie Kunst-Kontakte, 1, Ruprechtsplatz
Galerie Lang, 1, Grünangergasse 6
Galerie Mahlerstraße, 1, Mahlerstraße 13
Galerie Modena Art, 3, Neulinggasse 25
Galerie Nagl, 1, Gluckgasse 3
Galerie Nebehay, 1, Annagasse 18
Galerie Pabst, 1, Habsburgergasse 10
Galerie Peithner-Lichtenfels, 4, Preßgasse 30
Galerie Pressehaus, 19, Muthgasse 2
Galerie Prisma, 1, Singerstraße 8
Galerie Rabensteig, 1, Rabensteig 3
Galerie am Schottenfeld, 7, Schottenfeldgasse 63
Galerie Spectrum, 1, Mahlerstraße 1
Galerie nächst St. Stephan, 1, Grünangergasse 1
Galerie in der Staatsoper, 1, Kärntner Straße
Galerie auf der Stubenbastei, 1, Stubenbastei 1
Galerie Ulysses, 1, Opernring 21
Galerie Wolfrum, 1, Augustinerstraße 10
Galerie Würthle, 1, Weihburggasse 9
Galerie ZB, Zentralbuchhandlung, 1, Schulerstraße 1–3
Galerie Zentrum, 1, Haarhof 1
Galerie 10, 1, Getreidemarkt 10
Galerie 16, 16, Ottakringer Straße 107
Gesellschaft für Musiktheater, 7, Breite Gasse 12
Grüne Galerie, 1, Stadtpark
Heeresgeschichtliches Museum, 3, Arsenal
Hermesvilla, 13, Lainzer Tiergarten
Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz
Hochschule für angewandte Kunst, 1, Kopalplatz 2
Internationaler Künstlerclub, 1, Josefsplatz 6
Italienisches Kulturinstitut, 3, Ungargasse 43
Junior-Galerie, 1, Seilerstätte 22
Kleine Galerie, 8, Neudeggergasse 6 und 8
Kunsthistorisches Museum, 1, Burgring 5
Kunstkabinett Riemergasse, 1, Riemergasse 14
Künstlerhaus, 1, Karlsplatz 5
Künstlerische Volkshochschule, 9, Lazarettgasse 27
H. Lederers Theater am Schwedenplatz, 1, Franz Josefs-Kai 21
Messepalast, 7, Messeplatz 1
Modern Art Galerie, 1, Köllnerhofgasse 6
Museum für Völkerkunde, 1, Neue Burg
Museum Moderner Kunst, 9, Fürstengasse 2
Museum Moderner Kunst/Museum des 20. Jahrhunderts, 3, Schweizer Garten
Naturhistorisches Museum, 1, Burgring 9
Neue Galerie, 1, Rotenturmstraße 27
Niederösterreichische Art-Galerie, 1, Karlsplatz 5
Niederösterreichisches Landesmuseum, 1, Herrengasse 9
Österreichische Galerie, 3, Prinz Eugen-Straße 27, und 3, Rennweg 6a
Österreichische Nationalbibliothek, Musiksammlung, Österreich-Abteilung, Prunksaal, 1, Augustinerstraße 1
Österreichische Postsparkasse, Kassensaal, 1, Georg Coch-Platz 2
Österreichisches Circus- und Clown-Museum, 2, Karmelitergasse 9
Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, 5, Vogelsanggasse 36
Österreichisches Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchner Straße 3, und 1, Stubenring 5
Österreichisches Museum für Volkskunde, 8, Laudongasse 15–19
Österreichisches Theatermuseum, 1, Hanuschgasse 3
Palais Palffy, 1, Josefsplatz 6
Polnisches Institut, 1, Am Gestade 7
Rathaus
Arkadenhof
Schmidt-Halle, 1, Friedrich Schmidt-Platz
Volkshalle, 1, Rathausplatz
Wiener Stadt- und Landesarchiv
Wiener Stadt- und Landesbibliothek
Schloß Schönbrunn, 13, Schönbrunn
Secession, Wiener, 1, Friedrichstraße 12
Technisches Museum, 14, Mariahilfer Straße 212
Theseustempel, 1, Volksgarten
Volksheim Ottakring, 16, Ludo Hartmann-Platz 7
Volkshochschule Favoriten, 10, Arthaberplatz 18
Wiener Stadthalle, 15, Vogelweidplatz 14
Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien, Kassenhalle, 3, Vordere Zollamtsstraße 13 – Gigergasse 1

Administrative Bibliothek und österreichische Rechtsdokumentation im Bundeskanzleramt, 1, Herrengasse 23, Tel. 66 15*, 2646
(Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr)

Archiv der Wiener Philharmoniker, 1, Bösendorferstraße Nr. 12, Tel. 65 65 25
(gegen vorherige Anmeldung)

Bibliothek der Akademie der bildenden Künste, 1, Schillerplatz 3, Tel. 57 95 19/44
(Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr)

Bibliothek der Albertina, 1, Augustinerstraße 1, Tel. 52 57 69, 52 42 32
(Montag bis Donnerstag von 13 bis 16 Uhr)

Bibliothek der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien, 9, Rooseveltplatz 10/4, Tel. 43 59 81*, 26
(Montag bis Freitag von 7 bis 15 Uhr)

Bibliothek der Hochschule für angewandte Kunst, 1, Kopalplatz 2, Tel. 72 21 91/458
(Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr)

Bibliothek der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien, 3, Lothringerstraße 18, Tel. 56 16 85*, 32
(Lesesaal: Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr; Leihstelle: Montag bis Freitag von 9 bis 12.30 Uhr und von 14.30 bis 16 Uhr)

Bibliothek der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, 1, Stubenring 8–10, Tel. 52 65 65*, 370
(Montag bis Donnerstag von 8 bis 19 Uhr, Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Bibliothek der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1, Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, Tel. 52 16 86*, 57
(Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr)

Bibliothek des Amerika-Hauses, 1, Friedrich Schmidt-Platz Nr. 2, Tel. 34 66 11/4620
(Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 14 bis 18 Uhr, Donnerstag von 14 bis 19 Uhr)

Bibliothek des Bundesministeriums für Finanzen, 1, Himmelpfortgasse 4–8, Tel. 52 35 11*, 248
(Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Bibliothek des Bundesministeriums für Unterricht und Kultur sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, 1, Minoritenplatz 5, Tel. 66 21*, 4302, 4295
(Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Bibliothek des Französischen Kulturinstituts, 1, Lobkowitzplatz 2, Tel. 52 49 71
(Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 bis 18.45 Uhr)

Bibliothek des Instituts für Geschichte der Medizin an der Universität Wien, 9, Währinger Straße 25, Tel. 43 21 54
(Montag bis Donnerstag von 8.30 bis 16.30 Uhr, Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Bibliothek des Italienischen Kulturinstituts, 3, Ungargasse Nr. 43, Tel. 73 34 54
(Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 16 bis 19 Uhr)

Bibliothek des Kunsthistorischen Museums, 1, Burgring 5, Tel. 93 45 41
(Dienstag, Freitag von 10 bis 15 Uhr und von 19 bis 21 Uhr, Mittwoch, Donnerstag von 10 bis 15 Uhr, Samstag, Sonntag von 9 bis 13 Uhr)

Bibliothek des Museums für Völkerkunde, 1, Neue Burg, Tel. 93 45 41
(Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr, Montag bis Donnerstag von 14 bis 16.30 Uhr)

Bibliothek des Naturhistorischen Museums, 1, Burgring 7, Tel. 93 45 41
(Anthropologische Abteilung: Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr; Botanische und Geologisch-Paläontologische Abteilung: Montag, Mittwoch, Donnerstag von 9 bis 12 Uhr; Mineralogisch-Petrographische Abteilung: Montag bis Freitag von 9 bis 11 Uhr; Prähistorische Abteilung: Dienstag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr; Zoologische Abteilung: Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr)

Bibliothek des Österreichischen Instituts für Raumplanung, 1, Franz Josefs-Kai 27, Tel. 63 87 47/25
(Montag bis Mittwoch von 8 bis 11.30 Uhr und von 13 bis 16.15 Uhr, Freitag von 8 bis 11.30 Uhr und von 13 bis 15 Uhr)

Bibliothek des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, 1, Bartensteingasse 2/I/1, Tel. 42 44 59, 42 25 31
(Montag bis Donnerstag von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr, Freitag von 10 bis 12 Uhr)

Bibliothek des Österreichischen Museums für angewandte Kunst, 1, Stubenring 5, Tel. 72 56 96
(Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Sonntag von 10 bis 13 Uhr)

Bibliothek des Österreichischen Museums für Volkskunde, 8, Laudongasse 15–19, Tel. 43 12 59, 43 24 93
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr)

Bibliothek des Österreichischen Patentamtes, 1, Kohlmarkt Nr. 8, Tel. 63 36 36*, 155
(Montag bis Freitag von 8 bis 14 Uhr)

Bibliothek des Österreichischen Zentralamtes, 1, Neue Burg, Tel. 52 46 86/72
(Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr)

Bibliothek des Post- und Telegraphenmuseums, 14, Mariahilfer Straße 212, Tel. 83 23 06
(Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr)

Bibliothek des Technischen Museums für Industrie und Gewerbe, 14, Mariahilfer Straße 212, Tel. 83 36 18, 83 36 19
(Dienstag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr)

Bibliothek des Technologischen Gewerbe-Museums, 9, Severingasse 9, Tel. 42 51 79
(Montag von 9 bis 18 Uhr, Dienstag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr, Freitag von 9 bis 13 Uhr)

Bibliothek und Archive der Post- und Telegraphenverwaltung, 1, Postgasse 8, Tel. 52 66 11*, 512
(Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr)

British Council Library, 1, Schenkenstraße 4, Tel. 63 26 16
(Montag bis Donnerstag von 10 bis 18 Uhr, Freitag von 10 bis 16 Uhr)

Bundesstaatliche Pädagogische Bibliothek beim Landesschulrat für Niederösterreich, 1, Herrengasse 23, Tel. 66 17 80*, 266
(Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Chemiebibliothek der Technischen Universität Wien, 6, Getreidemarkt 9, Tel. 57 16 51*, 231
(Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr)

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1, Wipplingerstraße 8, Tel. 63 07 31*, 332
(Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 17 Uhr)

Fakultätsbibliothek für katholische Theologie an der Universität Wien, 1, Schottenring 21, Tel. 31 25 44*, 266
(Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr)

Fakultätsbibliothek für Rechtswissenschaften an der Universität Wien, 1, Dr. Karl Lueger-Ring 1, Tel. 43 00*, 2258
(Montag bis Freitag von 8.30 bis 19 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr)

Haus des Buches, 8, Skodagasse 20, Tel. 42 61 63
(Montag, Donnerstag von 10 bis 19.30 Uhr, Dienstag, Freitag von 14 bis 19.30 Uhr)

Niederösterreichische Landesbibliothek, 1, Teinfaltstraße 8, Tel. 63 57 11*, 2847
(Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr)

Österreichische Nationalbibliothek, 1, Josefsplatz 1, Tel. 52 16 84
(Montag bis Samstag von 11 bis 12 Uhr)
Handschriften- und Inkunabelsammlung, Kartensammlung mit historischer Globus-Kollektion
(Handschriften- und Inkunabelsammlung: Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 13 Uhr, Dienstag, Donnerstag von 13 bis 19.45 Uhr; Kartensammlung: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 8.30 bis 15.30 Uhr)

Druckschriftensammlung, 1, Neue Burg, Tel. 52 16 85, 52 23 08/208, 202
Zeitschriftensaal, Porträtsammlung – Bildarchiv
(Druckschriftensammlung und Zeitschriftensaal: Montag bis Freitag von 9 bis 19.45 Uhr, Samstag von 9 bis 12.45 Uhr; Porträtsammlung – Bildarchiv: Montag von 9 bis 18.45 Uhr, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 15.45 Uhr)

Musiksammlung, Papyrussammlung, 1, Augustinerstraße 1, Tel. 52 16 84/257, 243
(Musiksammlung: Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 13 Uhr, Dienstag, Donnerstag von 12 bis 15.45 Uhr; Papyrussammlung: Montag von 9 bis 19.45 Uhr, Dienstag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr)

Theatersammlung, Österreich-Abteilung, 1, Hofburg, Tel. 52 16 84, 52 23 08/247, 245
(Theatersammlung: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 8.30 bis 15.30 Uhr; Österreich-Abteilung: Montag bis Freitag von 9 bis 15.30 Uhr)
Internationales Esperanto-Museum, 1, Hofburg, Tel. 52 10 415
(Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 15.30 Uhr)

Österreichische Phonothek, 6, Webgasse 2a, Tel. 57 36 69, 57 36 60
(Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr)

Österreichisches Staatsarchiv, 1, Minoritenplatz 1, Tel. 66 15*, 2516
Haus-, Hof- und Staatsarchiv
(Montag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr, Freitag von 9 bis 12.30 Uhr)
Allgemeines Verwaltungsarchiv, 1, Wallnerstraße 6a, Tel. 66 15*, 2885
(Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 16 Uhr)
Finanzarchiv, 1, Himmelpfortgasse 8, Tel. 52 35 11*, 470
(Montag, Donnerstag von 8.30 bis 12.30 Uhr, Dienstag, Mittwoch von 12.30 bis 15.45 Uhr, Freitag von 8.30 bis 15.45 Uhr)
Hofkammerarchiv, 1, Johannesgasse 6, Tel. 52 54 34
(Montag von 12.30 bis 15.45 Uhr, Dienstag, Mittwoch von 8.30 bis 12.30 Uhr, Donnerstag, Freitag von 8.30 bis 15.45 Uhr)
Kriegsarchiv, 7, Stiftgasse 2, Tel. 93 14 83, 93 27 40, 93 61 82
(Montag bis Freitag von 8.15 bis 15.45 Uhr)
Verkehrsarchiv, 3, Aspangstraße 33, Tel. 73 36 31
(Montag bis Freitag von 8.30 bis 15.30 Uhr)

Pädagogische Zentralbücherei der Stadt Wien, 7, Burggasse Nr. 14–16, Tel. 93 50 363
(Montag bis Freitag von 12 bis 17.30 Uhr)

Parlaments-Bibliothek, 1, Dr. Karl Renner-Ring 3, Tel. 42 15 25*, 285
(Montag bis Freitag von 9 bis 15.30 Uhr)

Phonogrammarchiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1, Liebiggasse 5, Tel. 42 22 94
(Montag bis Freitag von 9 bis 11 Uhr)

Prof. Hans Pemmer-Bibliothek, 19, Döblinger Hauptstraße 96, Tel. 36 17 064
(Samstag von 15.30 bis 18 Uhr)

Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 4, Prinz Eugen-Straße 20–22, Tel. 65 37 65
(Montag bis Freitag von 13 bis 19.30 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr)

Stadt- und Landesarchiv, Wiener, 1, Rathaus, Tel. 42 8 00*, 2707
(Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr)

Stadt- und Landesbibliothek, Wiener, 1, Rathaus, Tel. 42 8 00*, 2777
(Montag bis Donnerstag von 9 bis 18.30 Uhr, Freitag von 9 bis 16.30 Uhr)

Studienbibliothek der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft, 1, Himmelpfortgasse 13, Tel. 52 74 96
(Montag, Mittwoch von 9 bis 17 Uhr, Dienstag, Donnerstag von 9 bis 18 Uhr, Freitag von 9 bis 16.30 Uhr)

Universitätsbibliothek der Technischen Universität Wien, 4, Karlsplatz 13, Tel. 65 76 41*, 128
(Montag bis Freitag von 9 bis 19 Uhr)

Universitätsbibliothek der Universität für Bodenkultur Wien, 19, Peter Jordan-Straße 82, Tel. 34 25 00/310
(Montag bis Donnerstag von 9 bis 17 Uhr, Freitag von 9 bis 16 Uhr)

Universitätsbibliothek der Veterinärmedizinischen Universität Wien, 3, Linke Bahngasse 11, Tel. 73 65 21, 73 55 81*, 240
(Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr)

Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien, 19, Franz Klein-Gasse 1, Tel. 34 75 41*, 480
(Lesesaal: Montag bis Freitag von 9 bis 19 Uhr; Zeitschriftensaal: Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr)

Universitätsbibliothek Wien, 1, Dr. Karl Lueger-Ring Nr. 1, Tel. 43 00*, 2372
(Großer Lesesaal: Montag bis Freitag von 9 bis 21.45 Uhr, Samstag von 9 bis 12.45 Uhr; Kleiner Lesesaal: Montag bis Donnerstag von 9 bis 17.30 Uhr, Freitag von 9 bis 16 Uhr; Zeitschriftensaal: Montag bis Freitag von 9 bis 17.45 Uhr)

Zentralbibliothek der Physikalischen Institute der Universität Wien, 9, Boltzmanngasse 5, Tel. 34 11 68, 34 26 30/210
(Montag bis Freitag von 8 bis 17.30 Uhr)

Zentrale Verwaltungsbibliothek und Dokumentation für Wirtschaft und Technik, 1, Stubenring 1, Tel. 75 00*, 5482
(Mai bis September: Montag bis Freitag von 7.30 bis 12 Uhr und von 14 bis 15.30 Uhr; Oktober bis April: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr)

STÄDTISCHE BÜCHEREIEN

(siehe unter Magistrat, MA 13)

SEHENSWÜRDIGKEITEN

(Auswahl historisch und künstlerisch bedeutender Bauten)

1. Bezirk

Akademie der bildenden Künste, Schillerplatz 3
Akademie der Wissenschaften (ehemalige Universitätsaula), Dr. Ignaz Seipel-Platz 2
Albertina, Augustinerstraße 1
Alte Universität, Dr. Ignaz Seipel-Platz – Bäckerstraße 20
Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8
Andromedabrunnen, Wipplingerstraße 8 (Hof des Alten Rathauses)
Annakirche, Annagasse 3b
Augustinerkirche, Augustinerstraße bei 7
Austriabrunnen, Freyung
Basiliskenhaus, Schönlaterngasse 7
Böhmische Hofkanzlei, ehemalige (jetzt Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof), Wipplingerstraße 7 – Judenplatz 11
Bruckners Wohnhaus, Hessgasse 7
Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2
Bürgerhäuser:
Am Gestade 3, 5 und 7 (frühneuzeitliche Häuser, 16. Jahrhundert)
Am Hof 7 (ehemaliges Märkleinsches Haus)
Am Hof 12 (barockes Bürgerhaus)
Annagasse 8 (ehemaliger Deybel- oder Täuberlhof)
Annagasse 14 (Haus „Zum blauen Karpfen")
Bäckerstraße 7 (Haus mit Renaissancehof)
Bäckerstraße 12–16 (Bürgerhäuser des 15. bis 18. Jahrhunderts, mit später zum Teil veränderten Fassaden)
Domgasse 6 (ehemaliger Kleiner Bischofshof, Haus zum Roten Kreuz)
Fleischmarkt 9 (Zur Mariahilf)
Griechengasse 7 und 9 (mit gotischem Wohnturm)
Himmelpfortgasse 6 (Johann Lukas von Hildebrandt)
Judenplatz 2 (Zum großen Jordan, ehemaliger Platz des Gettos)
Kohlmarkt 11 (Großes Michaelerhaus)
Kurrentgasse 2 (ehemaliger Pfarrhof der Kirche Am Hof, Stanislaus Kostka-Kapelle)
Mölkerbastei 8 (Pasqualati-Haus, Beethoven-Haus, Stifter-Gedenkstätte)
Naglergasse 13–27 (zum Teil spätmittelalterliche Häuser mit einzelnen barock veränderten Fassaden)
Petersplatz (Pfarrhof der Peterskirche)
Rauhensteingasse 8 (früher Kleines Kaiserhaus, Sterbehaus von Wolfgang Amadeus Mozart)
Schönlaterngasse (revitalisierte Bürgerhäuser Nr. 2, 8 und 9)
Schultergasse 5 (an Stelle des Sterbehauses von Fischer von Erlach)
Schwertgasse 3 (barockes Haus „Zu den 7 Schwertern")
Seitenstettengasse 2 (Kornhäuselturm)
Sonnenfelsgasse 15–19 (Häuser aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, zum Teil noch mit Fassaden des Barock und der Renaissance)
Sterngasse 3 (Wiener Neustädter Hof)
Tuchlauben 5 (ehemaliger Hochholzerhof, Langenkellerhaus)
Weihburggasse 14 (Haus mit schmiedeeisernen Balkonen)
Bürgerliches Zeughaus, ehemaliges (jetzt Feuerwehrzentrale), Am Hof 10
Burggarten, bei Hofburg
Burgkapelle, Hofburg, Schweizerhof
Burgtheater, Dr. Karl Lueger-Ring 2
Churhaus, Stephansplatz 3
Deutschmeisterpalais, Parkring 8
Deutschordenskirche, Singerstraße bei 7
Dominikanerkirche, Postgasse 4
Donner-Brunnen, Neuer Markt
„Dreimäderlhaus", Schreyvogelgasse 10
Equitable-Palais, Stock im Eisen-Platz 3–4
Erzbischöfliches Palais, Rotenturmstraße 2
Evangelische Kirche A. B., Dorotheergasse 18
Evangelische Kirche H. B., Dorotheergasse bei 16
Fähnrichshof, Blutgasse 7
Figarohaus, Schulerstraße 8 – Domgasse 5
Franziskanerkirche, Franziskanerplatz
Griechische Kirche Hl. Barbara, Postgasse 10
Griechische Kirche Hl. Dreifaltigkeit, Fleischmarkt 15
Griechische Kirche Hl. Georg, Griechengasse 5
Grillparzers Geburtshaus, Bauernmarkt 10
Heiligenkreuzerhof, Schönlaterngasse 5 – Grashofgasse 3
Heiligenkreuzerhof-Kapelle, Schönlaterngasse 5 – Grashofgasse 3
Herzgruft der Habsburger in der Augustinerkirche, Augustinerstraße
Hildebrandthaus, Sonnenfelsgasse 3
Hofburg, Michaelerplatz – Augustinerstraße – Josefsplatz – Augustinerbastei – Heldenplatz – Ballhausplatz
Hofkammerarchiv, Johannesgasse 6 – Annagasse 5
Jesuitenkirche, Dr. Ignaz Seipel-Platz
Jesuitenkirche (ehemalige), Am Hof
Josefsbrunnen, Graben
Kaisergruft, Neuer Markt 2
Kapuzinerkirche, Neuer Markt 2
Katakomben, Stephansplatz
Kirche Maria am Gestade, Salvatorgasse 12
Kremsmünster Hof, Annagasse 4
Kriegsministerium, ehemaliges (jetzt Regierungsgebäude), Stubenring 1
Kunsthistorisches Museum, Burgring 5
Künstlerhaus, Karlsplatz
Kunstuhr am Hohen Markt, Hoher Markt 10–11
Landhaus, Herrengasse 13
Leopoldsbrunnen, Graben
Looshaus, Michaelerplatz 3
Malteserkirche, Kärntner Straße 37
Mariensäule, Am Hof
Melkerhof, Schottengasse 3
Michaelerkirche, Michaelerplatz
Minoritenkirche, Minoritenplatz
Mosesbrunnen, Franziskanerplatz
Musikvereinsgebäude, Bösendorferstraße 12
Naturhistorisches Museum, Burgring 7
Nestroys Geburtshaus, Bräunerstraße 3
Österreichisches Museum für angewandte Kunst, Stubenring 5
Österreichische Nationalbibliothek (ehemalige Hofbibliothek), Josefsplatz
Palais Bartolotti-Partenfeld (ehemaliges), Graben 11
Palais Batthyány, Bankgasse 2

Palais Caprara-Geymüller (ehemaliges), Wallnerstraße 8
Palais Collalto, Am Hof 13
Palais des Prinzen Eugen von Savoyen (jetzt Finanzministerium), Himmelpfortgasse 8
Palais Dietrichstein, Minoritenplatz 3
Palais Erdödy-Fürstenberg, Himmelpfortgasse 13
Palais Erzherzog Ludwig Viktor, Schwarzenbergplatz 1
Palais Esterházy, Wallnerstraße 4
Palais Fürstenberg, Grünangergasse 4
Palais Harrach, Freyung 3
Palais Kinsky (ehemaliges Palais Daun), Freyung 4
Palais Koburg, Seilerstätte 1
Palais Liechtenstein, Bankgasse 9
Palais Lobkowitz (ehemaliges Palais Dietrichstein), Lobkowitzplatz 2
Palais Modena (jetzt Innenministerium), Herrengasse 7
Palais Mollard-Clary, ehemaliges (jetzt Niederösterreichisches Landesmuseum), Herrengasse 9
Palais Neupauer-Breuner, Singerstraße 16
Palais Obizzi, ehemaliges (jetzt Uhrenmuseum), Schulhof 2
Palais Palffy, Josefsplatz 6
Palais Pallavicini (ehemaliges Palais Fries), Josefsplatz 5
Palais Porcia (ehemaliges), Herrengasse 23
Palais Questenberg-Kaunitz (ehemaliges), Johannesgasse 5 und 5a
Palais Rauchmiller (ehemaliges), Neuer Markt 14
Palais Rottal (ehemaliges), Singerstraße 17
Palais Schönborn-Batthyány, Renngasse 4
Palais Seilern (ehemaliges), Bäckerstraße 8
Palais Starhemberg, ehemaliges (jetzt Unterrichtsministerium und Wissenschaftsministerium), Minoritenplatz 5
Palais Strattmann-Windischgraetz, ehemaliges (jetzt Ungarische Botschaft), Bankgasse 4–6
Palais Wilczek, Herrengasse 5
Parlament, Dr. Karl Renner-Ring 3
Pestsäule, Graben
Peterskirche, Petersplatz 6
Postsparkasse, Georg Coch-Platz 2
Rathaus, Rathausplatz
Rathauspark, vor Rathaus
Ruprechtskirche, Ruprechtsplatz
Salvatorkapelle, Salvatorgasse 5
Savoysches Damenstift, Johannesgasse 15
Schottenkirche, Freyung 6
Schottenkloster, Freyung 6
Schwindhaus, Geburtshaus des Malers Moritz von Schwind, Fleischmarkt 15
Secession, Friedrichstraße 12
Spanische Reitschule, Hofburg
Staatsoper, Opernring 2
Stadtpark, Parkring
Stephansdom, Stephansplatz
„Stock im Eisen", Kärntner Straße 2
Synagoge, Seitenstettengasse 2–4
Theseustempel, Volksgarten
Universität, Dr. Karl Lueger-Ring 1
Urania, Uraniastraße 1
Ursulinenkirche, Johannesgasse 8
Vermählungsbrunnen, Hoher Markt
Volksgarten, bei Hofburg

2. Bezirk

Augartenpalais, Obere Augartenstraße 1
Barockes Bürgerhaus, Taborstraße 23
Johannes von Nepomuk-Kirche, Praterstraße – Nepomukgasse 1
Karmeliterkirche, Karmeliterplatz
Kirche der Barmherzigen Brüder, Taborstraße bei 16
Leopoldskirche, Große Pfarrgasse bei 15
Lusthaus, Prater
Planetarium, Oswald Thomas-Platz 1
Prater
Riesenrad

3. Bezirk

Alpengarten im Oberen Belvedere, Landstraßer Gürtel 1
Arsenal, Arsenalstraße
Beethovenhaus, Ungargasse 5
Belvedere, Prinz Eugen-Straße 27 – Rennweg 6
Botanischer Garten der Universität, Rennweg 14
Elisabethinenkirche, Landstraßer Hauptstraße 4a
Gardekirche, Rennweg 5a
Hauptmünzamt, Am Heumarkt 1
Hochstrahlbrunnen, Schwarzenbergplatz
Hofmannsthals Geburtshaus, Salesianergasse 12
Konzerthaus, Lothringerstraße 20
Museum Moderner Kunst/Museum des 20. Jahrhunderts, Schweizer Garten
Palais Metternich, ehemaliges (jetzt Italienische Botschaft), Rennweg 27
Palais Rasumofsky (jetzt Geologische Bundesanstalt), Rasumofskygasse 23–25
Palais Schwarzenberg, Rennweg 2
Rochuskirche, Landstraßer Hauptstraße 45
Russisch-orthodoxe Kirche, Jaurèsgasse 2
Salesianerinnenkirche, Rennweg 10
St. Marxer Friedhof (Mozarts Begräbnisstätte), Leberstraße 6
Waisenhauskirche, Rennweg bei 91
Weißgerberkirche, Kolonitzplatz

4. Bezirk

Gartenpalais Schönburg, Rainergasse 11
Glucks Wohnhaus, Wiedner Hauptstraße 32
Historisches Museum der Stadt Wien, Karlsplatz
Karlskirche, Karlsplatz
Otto Wagner-Pavillon, Karlsplatz
Paulanerkirche, Wiedner Hauptstraße – Paulanergasse 6
Schuberts Sterbehaus, Kettenbrückengasse 6
Technische Hochschule, Karlsplatz 13
Theresianum, Favoritenstraße 15

5. Bezirk

Johann Nepomuk-Linienkapelle, Schönbrunner Straße – Sankt Johann-Gasse
Josefskirche, Schönbrunner Straße bei 71
Metzleinstalerhof, Margaretengürtel 90–98

6. Bezirk

Evangelische Kirche A. B., Gustav Adolf-Kirche, Gumpendorfer Straße bei 129
Gumpendorfer Pfarrkirche St. Ägyd, Gumpendorfer Straße – Brückengasse
Haus des Meeres, Esterházypark, Gumpendorfer Straße
Haydns Wohnhaus, Haydngasse 19
Jugendstilwohnhäuser von Otto Wagner, Linke Wienzeile 38 und 40
Mariahilfer Kirche, Mariahilfer Straße bei 55
Raimunds Geburtshaus, Mariahilfer Straße 45
Theater an der Wien, Linke Wienzeile 6

7. Bezirk

Altlerchenfelder Pfarrkirche, Lerchenfelder Straße 111
Amerlings Geburtshaus, Stiftgasse 8

Bürgerhäuser:
Burggasse 13 („Zum Heiligen Josef")
Sankt Ulrichs-Platz 2 (barockes Haus)
Hofstallungen, ehemalige (jetzt Messepalast), Messeplatz 1
Lanners Geburtshaus, Mechitaristengasse 5
Lazaristenkirche, Kaiserstraße bei 7
Mechitaristenkirche, Neustiftgasse bei 4
Palais Trautson, Museumstraße 7
Stiftkirche, Mariahilfer Straße 24
Ulrichskirche, Sankt Ulrichsplatz
Wohnhäuser der ehemaligen barocken Vorstadt Spittelberg, Spittelberggasse

8. Bezirk

Alte Backstube, Lange Gasse 34
Beethovenhaus, Trautsongasse 2
Bürgerhaus, Lange Gasse 34 (barockes Haus „Zur heiligen Dreifaltigkeit")
Dreifaltigkeitskirche, Alser Straße 17
Palais Auersperg, Auerspergstraße 1
Palais Schönborn, Laudongasse 15–19
Piaristenkirche, Jodok Fink-Platz
Theater in der Josefstadt, Josefstädter Straße 26

9. Bezirk

Allgemeines Krankenhaus, Alserstraße 4, mit „Narrenturm" im Hof
Beethovens Sterbehaus, Schwarzspanierstraße 15 (Neubau)
Doderer-Gedenkraum, Währinger Straße 43 (Bezirksmuseum Alsergrund)
Josephinum, Währinger Straße 25
Lichtentaler Pfarrkirche, Marktgasse bei 40
Palais Liechtenstein, Fürstengasse 2 (Museum Moderner Kunst)
Schuberts Geburtshaus, Nußdorfer Straße 54
Servitenkirche, Servitengasse bei 9
Sigmund Freud-Wohnung, Berggasse 19
Volksoper, Währinger Straße 78
Votivkirche, Rooseveltplatz 8

10. Bezirk

Antonius-Pfarrkirche, Antonsplatz
„Arbeitercottage", Kiesewettergasse
Friedenskirche, Quellenstraße 197
George Washington-Hof, Triester Straße 52–58
Johanneskirche, Unterlaa, Klederinger Straße
Spinnerin am Kreuz, Triester Straße bei 52
Waldmüllerpark (ehemaliger Katholischer Matzleinsdorfer Friedhof) mit Grabmalhain

11. Bezirk

Krematorium (im ehemaligen „Neugebäude"), Simmeringer Hauptstraße 337
Luegerkirche, Zentralfriedhof
Schloß Kaiser-Ebersdorf, Kaiser-Ebersdorfer Straße 297
Simmeringer Pfarrkirche, Kobelgasse bei 24
Zentralfriedhof (mit Ehrengräbern)

12. Bezirk

Altmannsdorfer Pfarrkirche, Khleslplatz
Altmannsdorfer „Schlößl" (jetzt Dr. Karl Renner-Institut), Khleslplatz 12
Hetzendorfer Pfarrkiche, Marschallplatz
Schloß Hetzendorf, Hetzendorfer Straße 79

13. Bezirk

Hermesvilla, Lainzer Tiergarten
Hietzinger Pfarrkirche, Am Platz
Hofpavillon, bei Stadtbahnstation Hietzing
Lainzer Tiergarten
Schönbrunn
Werkbundsiedlung, Jagdschloßgasse

14. Bezirk

Otto Wagner-Villen, Hüttelbergstraße 26 und 28
Palais Zichy, Beckmanngasse 10–12
Pfarrkirche „Zum hl. Jakob", Einwanggasse
Schloß Laudon, Mauerbachstraße
Schloß Miller von Aichholz, Linzer Straße 429
Steinhofkirche, Baumgartner Höhe
Villa Windischgraetz, Linzer Straße 452

15. Bezirk

Christkönig-Pfarrkirche, Kriemhildplatz
Pfarrkirche Maria vom Siege, Mariahilfer Gürtel
Stadthalle, Wiener, Vogelweidplatz 14
Zwinglikirche, Schweglerstraße 39

16. Bezirk

Alt-Ottakringer Pfarrkirche, Ottakringer Straße bei 215
Biologische Station Wilhelminenberg, Savoyenstraße
Schloß Wilhelminenberg, Savoyenstraße

17. Bezirk

Kalvarienbergkirche, Bartholomäusplatz
Schloß Schwarzenberg, Waldegghofgasse

18. Bezirk

Gersthofer Pfarrkirche (ehemalige), Gersthofer Straße bei Nr. 129
Schloß Pötzleinsdorf, Geymüllergasse 1
Schubertpark (ehemaliger Währinger Ortsfriedhof) mit Grabmalhain, Währinger Straße – Teschnergasse
Türkenschanzpark, Türkenschanzstraße
Währinger Park (ehemaliger Allgemeiner Währinger Friedhof) mit Grabmalhain, Gymnasiumstraße – Semperstraße

19. Bezirk

Beethoven-Grillparzer-Haus, Grinzinger Straße 64
Beethovenhäuser, Probusgasse 6, Pfarrplatz 2 und Döblinger Hauptstraße 92 (Eroica-Haus)
Daringerkreuz, Sieveringer Straße – Daringergasse
Grinzinger Pfarrkirche, Himmelstraße 26
Heiligenstädter Kirche, Pfarrplatz 3
Hochschule für Welthandel, Franz Klein-Gasse 1
Kahlenbergkirche, Kahlenberg
Karl Marx-Hof, Heiligenstädter Straße 82–92
Lehár-Schikaneder-Schlössel, Hackhofergasse 18
Leopoldskirche, Leopoldsberg
Sieveringer Pfarrkirche, Sieveringer Straße
Trummelhof, Cobenzlgasse 30
Villa Wertheimstein, Döblinger Hauptstraße 96 (Bezirksmuseum Döbling)
Wertheimsteinpark, Döblinger Hauptstraße 96
Zwettler Hof, Hackhofergasse 17

20. Bezirk

Brigittakapelle, Forsthausgasse
Brigittakirche, Brigittaplatz

21. Bezirk

Beethoven-Gedenkstätte (ehemaliges Erdödy-Schlössel), Jeneweingasse 17
Karl Seitz-Hof, Jedleseer Straße 64–94
Pfarrkirche Loretto, Lorettoplatz
Stammersdorf (alte Weinhauerhäuser und Keller)

22. Bezirk

Donauturm, Donaupark
Historischer Ortskern von Aspern (Kirche, Nepomuk- und Florianstatuen, „Löwe von Aspern")
Schloß Eßling und Schüttkasten (Franzosenkriege), Eßlinger Hauptstraße 81–87
Schloß Süßenbrunn, Süßenbrunner Hauptstraße

23. Bezirk

Hugo von Hofmannsthal-Schlößl, Rodaun, Ketzergasse Nr. 471
Kirche „Zur Heiligsten Dreifaltigkeit", Mauer, Sankt Georgenberggasse
Maurer Schlößl, Endresstraße 100
Pfarrkirche Mauer, Maurer Hauptplatz
Schloß Alt-Erlaa, Erlaaer Straße 54

WALD- UND NATURLEHRPFADE

Anlage	Ausmaß Einrichtung Fassungsraum	Eigentümer Verwalter Pächter
2. Bezirk		
Prater, entlang Heustadelwasser ab Stadion	0,8 km	MA 42 – Stadtgartenamt
13. Bezirk		
Lainzer Tiergarten, Lainzer Tor – Hermesvilla	1,5 km	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
14. Bezirk		
Dehnepark	1 km	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Sophienalpe		Österreichische Bundesforste
16. Bezirk		
Wilhelminenberg, entlang Savoyenstraße	1 km	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
18. Bezirk		
Schafberg	2,4 km	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
22. Bezirk		
Donaupark, Vogellehrpfad	1 km	MA 42 – Stadtgartenamt
Lobau, entlang Eßlinger Furt bis Lobaumuseum	2 km	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
23. Bezirk		
Maurer Wald, Rundkurs	2,7 km	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien

SPORTANLAGEN

Abkürzungen:

F	= Fußballanlage	E	= Eislaufanlage
Fa	= Faustballanlage	B	= Basketballanlage
L	= Leichtathletikanlage	V	= Volleyballanlage
H	= Handballanlage	Ho	= Hockeyanlage
T	= Tennisanlage	Ü	= Übungsanlage

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
2. Bezirk		
Augarten Bundesspielplatz Auwiese	4 F, L	Bund Bund
Augarten Bundesspielplatz Jahnwiese	F, L, B	Bund Bund
Augarten Bundesspielplatz Schloßwiese	4 Fa, L	Bund Bund
Augarten Bundesspielplatz Sportwiese	3 Fa, L	Bund Bund
Augarten Institut der Sängerknaben	L, H, B	Bund und Privat Institut der Sängerknaben
Ausstellungsstraße 42 – Nordportalstraße Tennisanlage Prater Union	4 T	Bund Prater Union
Freudenau, Aspernallee Wiener Fußball Verband	F	Gemeinde und Bund Wiener Fußball Verband, 6, Mariahilfer Straße 99 (SK Freudenau)
Hafenzufahrtsstraße 60 SC Elan	F	Gemeinde und Bund SC Elan Sektion Fußball, 1, Julius Raab-Platz 4
Hauptallee 123a Sportanlage des Österreichischen Hockey-Verbandes	3 F, L, 9 T	Gemeinde und Bund Österreichischer Hockey-Verband, 2, Hauptallee Nr. 123a
Ichmanngasse 1 SC Finanzministerium	2 Fa, L, 9 T	Bund SC Finanzministerium, 2, Ichmanngasse 1
Krieau, Meiereistraße Vienna Cricket and Football-Club	L, 11 T	Gemeinde Vienna Cricket and Football-Club Alfred Proksch, 3, Custozzagasse 11
Meiereistraße Wiener Stadion	9 F, 2 L	Gemeinde Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14
Meiereistraße – Hauptallee Tennisanlage der Zentralsparkasse	6 T	Bund Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien, 2, Meiereistraße – Hauptallee
Prater, Birkenwiese, nächst dem Gassteg Bundessportanlage	F, Fa, L, B	Bund Bund
Prater Hauptallee 5 Tennisanlage	6 T	Gemeinde Ing. Walter Paulus, 13, Bowitschgasse 3a
Prater, Stadionallee Bundessportanlage	L	Bund Bund
Rustenschacher Allee 1 Wiener Park Club	10 T	Gemeinde Wiener Park Club, 2, Rustenschacher Allee 1
Rustenschacher Allee 5 Sportanlage des STAW	2 F, H, L, 8 T	Gemeinde und Bund Sportvereinigung STAW, 9, Maria Theresien-Straße 11
Rustenschacher Allee 7 SV Schwarz-Blau	4 T	Bund SV Schwarz-Blau, 2, Rustenschacher Allee 7
Rustenschacher Allee 9 WAC	F, L, H, 19 T	Bund Wiener Athletik SC, 2, Rustenschacher Allee 9

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Spenadlwiese ASKÖ-Sportanlage	2 F, L, 6 T	Gemeinde und Bund ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Stadionbad Tennisanlage	7 T	Gemeinde Walter Achatzi, 2, Stadionbad
Wehlistraße Elektra-Platz	3 F, 4 T	Gemeinde Sportvereinigung der Angestellten und Bediensteten der WStW-EW (FS Elektra), 9, Mariannengasse 4
Wehlistraße 178 Städtische Schulsportanlage	V	Gemeinde Gemeinde
Wohlmuthstraße 3 AHS	Fa, L, 2 B	Bund Bund
Zirkusgasse 46–48 AHS	L, 2 B	Bund Bund
3. Bezirk		
Arsenalstraße 1 Tennisanlage Arsenal	24 T	Bund TC Volley, 3, Arsenalstraße 1
Baumgasse Sportanlage LAC	F	Gemeinde LAC, 3, Baumgasse
Boerhaavegasse 15 AHS	Fa, L, B	Bund Bund
Dietrichgasse 29a WAT-Landstraße	Fa, B	Gemeinde WAT-Landstraße, 3, Dietrichgasse 29 a
Dietrichgasse 44 Pfarre Neu-Erdberg	H, B	Privat Pfarre Neu-Erdberg, 3, Dietrichgasse 44
Grasbergergasse 18 Rennweger SV	F	Gemeinde Rennweger SV, 3, Grasbergergasse 18
Hagenmüllergasse 30 AHS-Schulsportanlage	L	Bund Bund
Landstraßer Hauptstraße 65 Tennisanlage Landstraße	3 T	Privat Hans Stolberg, 3, Landstraßer Hauptstraße 65
Lothringerstraße 22 Wiener Eislaufverein	6 T	Bund Wiener Eislaufverein, 3, Lothringerstraße 22
Prinz Eugen-Straße 25 TC-Belvedere	5 T	Privat TC-Belvedere, 3, Prinz Eugen-Straße 25
Rennweg 31 Sacre Coeur	L, H, B	Privat Sacre Coeur, 3, Rennweg 31
Sechskrügelgasse 4 Tennisanlage	6 T	Privat Ing. Walter Paulus, 13, Bowitschgasse 3a
4. Bezirk		
Favoritenstraße 15 Theresianische Akademie	F, L, H, 2 T	Privat Theresianische Akademie, 4, Favoritenstraße 15
Theresianumgasse 16–18 Franz Domes-Lehrlingsheim	L, T	Privat Franz Domes-Lehrlingsheim, 4, Theresianumgasse 16–18
Waltergasse 7 AHS	L, B	Gemeinde Bund
Wiedner Gürtel 68 AHS	L, B, V	Bund Bund
5. Bezirk		
Bacherplatz Städtische Jugendsportanlage	L, H	Gemeinde Gemeinde
Reinprechtsdorfer Straße 24–26 AHS	B	Bund Bund
7. Bezirk		
Mariahilfer Straße 80 Tennisplatz Mariahilf	T	Privat Fa. Brand und Lutz, 15, Stiegergasse 18

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
8. Bezirk		
Albertgasse 18–22 AHS	L, B	Bund Bund
Hamerlingplatz 5–6 HAK und HS	L	Bund Bund
Jodok Fink-Platz 2 AHS	L, B	Privat Bund
Lerchenfelder Straße 66–68 Tennisanlage	2 T	Privat Ing. Walter Paulus, 13, Bowitschgasse 3a
Schmidgasse 1 Städtische Jugendsportanlage	B	Gemeinde Gemeinde
9. Bezirk		
Grünentorgasse 12 Tennisanlage	3 T	Privat Ing. Walter Paulus, 13, Bowitschgasse 3a
Liechtensteinstraße 37a Französisches Lyceum	L, 2 T, B, V	Privat Französisches Lyceum, 9, Liechtensteinstraße 37a
Porzellangasse 48 Tennisplatz Porzellangasse	2 T	Privat Tennisplatz Porzellangasse, 9, Porzellangasse 48
Sensengasse 1–3 Bundessportplatz	F, L, T	Bund Bund
10. Bezirk		
Absberggasse 189 Wiener Fußball Verband	2 F	Gemeinde Wiener Fußball Verband, 6, Mariahilfer Straße 99
Eibesbrunnergasse ASK KDAG-Phönix	F	Gemeinde ASK KDAG-Phönix, 12, Oswaldgasse 33
Ettenreichgasse 41–43 AHS	F, L, V	Bund Bund
Ettenreichgasse 45 Pädagogische Akademie des Bundes	L, 4 T	Bund Bund
Franzosenweg Rapid Oberlaa	F	Gemeinde SC Rapid Oberlaa, Johann Hotzer, 10, Per Albin Hansson-Straße 27/1/3
Grenzackergasse 23 Bundesspielplatz Wienerberg	F, L, 3 H, 3 B	Bund Bundesministerium für Unterricht und Kunst – Verwaltung der Bundesspielplätze, 4, Prinz Eugen-Straße Nr. 12
Gudrunstraße 31 Tennisanlage	15 T	Gemeinde Hanns Girg – Hanns Schermann, 10, Gudrunstraße 31
Kennergasse 3 FAV Athletik Sportclub	2 F	Gemeinde Favoritner Athletik Sportclub, 10, Kennergasse 3
Kundratstraße Priorat des Karmeliterklosters	F	Gemeinde Priorat des Karmeliterklosters, 10, Stefan Fadinger-Platz 2
Kurbadstraße 14 Tennisanlage Kurzentrum Oberlaa	18 T	Gemeinde Kurbetriebs-Ges. m. b. H., 10, Kurbadstraße 14
Laaer Berg-Straße 143 ESV Südost	2 F, L	Gemeinde Bundesbahn-Sportreferat, 15, Neubaugürtel 1/I/6
Laxenburger Straße – Heuberggstättenstraße Städtische Sportanlage	2 F, 6 T	Gemeinde Gemeinde
Ludwig von Höhnel-Gasse 17–19 Neulandschule	L, 2 H, T, 2 V	Privat Neulandschule, 10, Ludwig von Höhnel-Gasse 17–19
Pichelmayergasse 1 AHS	L, H, B	Bund Bund

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Raxstraße 3 Sportvereinigung Wiener Verkehrsbetriebe	2 F, L	Gemeinde Sportvereinigung der WStW-VB, 4, Favoritenstraße Nr. 9–11
Triester Straße 106 Städtische Sportanlage	2 F, L, 5 T	Gemeinde MA 51, 8, Friedrich Schmidt-Platz 4
Windtenstraße – Raxstraße ASKÖ-Sportanlage	2 F, 13 T	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
11. Bezirk		
Brehmstraße 16 Tennisanlage S.G.P.	2 T	Gemeinde S.G.P., 11, Brehmstraße 16
Enkplatz 1 Städtische Schulsportanlage	L, B	Gemeinde Gemeinde
Haidestraße 10 SC Mautner Markhof	2 F, 2 T	Gemeinde SC Mautner Markhof, 11, Simmeringer Hauptstraße Nr. 101
Hasenleitengasse 9 Städtische Schulsportanlage	L, V	Gemeinde Gemeinde
Hasenleitengasse 47–49 ESV Ostbahn Olympia XI	2 F, L, T	Gemeinde und ÖBB ESV Ostbahn Olympia XI, 11, Grillgasse 48
Hoefftgasse Städtische Schulsportanlage	Fa, L	Gemeinde Gemeinde
Kaiser-Ebersdorfer Straße 126 TC Wien Süd	6 T	Privat TC Wien Süd, 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 126
Kaiser-Ebersdorfer Straße 197 Tennisanlage Kaiser-Ebersdorf	2 T	Privat Tennisanlage Kaiser-Ebersdorf, 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 197
Leberstraße 82 Tennisanlage	11 T	Gemeinde E. Herzig, p. A. Franz Miksch, 21, Leopoldauer Platz Nr. 88
Leberstraße 84 SC Waggonfabrik Simmering	F	Gemeinde SC Waggonfabrik Simmering, 11, Simmeringer Hauptstraße 38–40
Meidlgasse 19 Tennisanlage St. Klemens	T	Privat St. Klemens, Pfarramt, 11, Meidlgasse 19
Neugebäudestraße 10a Tennisclub Neugebäude	4 T	Privat TC Neugebäude, 11, Neugebäudestraße 10a
Rzehakgasse 7–9 Städtische Schule	L	Gemeinde Gemeinde
Simmeringer Hauptstraße 207–211 Wiener Fußball Verband	2 F, 4 T	Gemeinde Wiener Fußball Verband, 6, Mariahilfer Straße 99
Werkstättenweg 75 Jugendsportanlage	B	Gemeinde Kinderfreunde, Gruppe Simmering
Zinnergasse – Klebindergasse SC Kaiser-Ebersdorf	F	Gemeinde SC Kaiser-Ebersdorf, Wolfgang Merkl, 11, Landwehrstraße 3/1/10
12. Bezirk		
Gaudenzdorfer Gürtel – Dunklergasse Städtische Jugendsportanlage	L, 4 V	Gemeinde Gemeinde
Haydnpark Städtische Jugendsportanlage	F, L	Gemeinde Gemeinde
Hervicusgasse 13–15 Union-Sportanlage	F, L, 5 T	Gemeinde FC Union XII, 12, Hervicusgasse 13–15
Hohenbergstraße 58 Tennis Tivoli	9 T	Privat Manfred Jakszus, 12, Tivoligasse 79
Johann Hoffmann-Platz Städtische Jugendsportanlage	F, L	Gemeinde Gemeinde

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Längenfeldgasse 13–15 Städtische Jugendsportanlage	L, H, 3 V	Gemeinde Gemeinde
Laskegasse gegenüber 39 TC Schönbrunner Allee	6 T	Bund TC Schönbrunner Allee, Mag. Herbert Kafka
Oswaldgasse 34 TC Meidling Tennisanlage	5 T	Gemeinde 1. TC Meidling, 12, Oswaldgasse 34
Rosasgasse 1–3 Bundesgymnasium	L, B	Bund Bund
Schneiderhangasse 3 ASKÖ-Sportanlage	F	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
13. Bezirk		
Gaßmannstraße 2 Maria Theresien-Kaserne	F, L, 7 T	Bund Bundesministerium für Landesverteidigung, Sportabteilung, 13, Gaßmannstraße 2
Geylinggasse 24 Blau-Weiß TC	9 T	Gemeinde Blau-Weiß Tennisclub, 13, Geylinggasse 24
Grünbergstraße Bundessportanlage Schönbrunn	F, L, B	Bund Bund
Gutzkowplatz – Geylinggasse 20 Hietzinger Tennisvereinigung	8 T	Gemeinde Hietzinger Tennisvereinigung, 13, Gutzkowplatz – Geylinggasse 20
Himmelhofstraße 17–19 Bundeskonvikt	L, V	Bund Bund
Hörndlwald ASKÖ-Sportanlage	F, L	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Jennerplatz 25 TC Ober-St. Veit	8 T	Gemeinde TC Ober-St. Veit, 13, Jennerplatz 25
Karl Goldmark-Platz 1 Tennisanlage	5 T	Gemeinde. SV der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt, 1, Schottenring 30
Linienamtsgasse ASVÖ 13	F, L, 14 T	Gemeinde und Bund ASVÖ – LV Wien, 7, Neubaugasse 7
Schloßberggasse Schule der Dominikanerinnen	L	Privat Schule der Dominikanerinnen, 13, Schloßberggasse
Schönbrunner Schloß-Straße 2 UNION 13	F, 2 Fa, L, 4 T, 2 B	Gemeinde und Bund UNION Wien, 1, Dominikanerbastei 6
14. Bezirk		
Achtundvierzigerplatz ASKÖ-Sportanlage	5 T, B	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Astgasse 3 Bundesgymnasium	L, B	Bund Bund
Auer-Welsbach-Park Jugendsportanlage	5 Fa, L	Gemeinde Gemeinde
Bergmillergasse 8 Tenniscenter Allround	3 T	Gemeinde Tenniscenter Allround, 14, Bergmillergasse 8
Cumberlandstraße S. K.-Westbahn	F	Gemeinde S.K.-Westbahn, 14, Beckmanngasse 22
Hauptstraße 57 Tennisanlage Erika Pokorny	T	Privat Erika Pokorny, 14, Hauptstraße 57
Hofjägerstraße – Mühlbergstraße Stadt des Kindes	F, L, 2 T, B	Gemeinde Kuratorium Wiener Jugendheime, 1, Schottenring 24
Karl Toldt-Weg Städtische Schulsportanlage	Fa	Gemeinde Gemeinde
Keißlergasse 6 Sportzentrum West	2 F	Gemeinde Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Kinkplatz ASKÖ-Sportanlage	F	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Leyserstraße 6 Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Graphik	L, H	Bund Bund
Linzer Straße 431 Tennisanlage Union West Wien	2 T	Bund Union West Wien
Mauerbachstraße 43 Tennisanlage Schloß Laudon	3 T	Privat Bund
Mauerbachstraße 47 Tennisanlage Schuh-Ski	5 T	Privat Schuh-Ski, 14, Mauerbachstraße 47
Mauerbachstraße 75 Tennisanlage Peter Pokorny	7 T	Privat Peter Pokorny, 14, Hauptstraße 57
Steinbruchstraße 7 SC Slovan Wien	F	Gemeinde SC Slovan Wien, 1, Drachengasse 3
Stockhammerngasse – Isbarygasse SC Rapid	F	Gemeinde und Privat SC Rapid, 7, Urban Loritz-Platz 5
15. Bezirk		
Auf der Schmelz ASKÖ-Sportanlage	2 F, 16 T	Bund ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Gebrüder Lang-Gasse 4 Schulbrüder	V	Privat Schulbrüder Kongregation, 21, Anton Böck-Gasse 20
Loeschenkohlgasse 8a Städtische Jugendsportanlage	Fa	Gemeinde Gemeinde
Possingergasse 4 AHS	L, H, B	Bund Bundesrealgymnasium und Wirtschaftskundliches Bundesrealgymnasium, 15, Possingergasse 4
Possingergasse 6 Universitäts-Sportzentrum Schmelz	2 F, L, 3 T	Bund Universitäts-Sportzentrum Schmelz, 15, Possingergasse 6
16. Bezirk		
Erdbrustgasse ASKÖ-Sportanlage	2 F, L, H, 9 T	Gemeinde und Privat ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Gallitzinstraße 4 Städtische Jugendsportanlage	2 Fa, L, B	Gemeinde Gemeinde
Kendlerstraße 38 Städtische Sportanlage	2 F, L	Gemeinde Gemeinde
Kendlerstraße 42 Helfort-Platz	2 F	Gemeinde SC Helfort, 16, Kendlerstraße 42
Maroltingergasse 69–71 AHS	B	Bund Bund
Paltaufgasse 14 Sportanlage Tabakregie	F	Privat SV Tabakregie, 16, Paltaufgasse 14
Schuhmeierplatz 7 AHS	B	Bund Bund
17. Bezirk		
Andergasse 5 Tennisanlage	T	Privat Tennisclub (ABV) Allgemeine Bausparkasse der Volksbanken
Franz Glaser-Gasse ASKÖ-Sportanlage	F, H, 2 T	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Hernalser Hauptstraße 214 Wiener Sportclub	F	Gemeinde Wiener Sportclub, 17, Rötzergasse 6
Jörgerstraße 24 Tennisanlage Engelmann	6 T	Privat Engelmann, 17, Jörgerstraße 24

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Marswiese, Neuwaldegger Straße 57a Union Katholische Jugend	F, L, H, 6 T	Privat Union Katholische Jugend, 1, Stephansplatz 6/6
Parhamerplatz 18–19 AHS	L, H, B	Bund Bund
Roggendorfgasse 2 Postsportanlage	4 F, H, L, 50 T	Bund Postsportverein Wien, 17, Roggendorfgasse 2
18. Bezirk		
Lacknergasse 89 VS, HS Herz Maria	V	Privat VS, HS Herz Maria, 18, Lacknergasse 89
Scheidlstraße Marianisten	H	Privat Marianisten, 18, Scheidlstraße 2
Schopenhauerstraße 44–46 Schulbrüder	B	Privat Schulbrüder Kongregation, 21, Anton Böck-Gasse 20
Starkfriedgasse 15–17 Internationales Studentenheim	T	Privat Internationales Studentenheim, 18, Starkfriedgasse Nr. 15–17
Sternwartestraße – Gustav Tschermak-Gasse Tennisanlage Austria Tabakwerke	5 T	Privat SV Austria Tabakwerke, Sektion Tennis, 18, Sternwartestraße
Währinger Park Städtische Jugendsportanlage	Fa, L	Gemeinde Gemeinde
19. Bezirk		
Billrothstraße 26–30 AHS	L, H, V	Bund Bund
Billrothstraße 73 AHS	F, L, B, V	Bund Bund
Döblinger Hauptstraße 48 Döblinger Tennisplätze Decombe	3 T	Privat Tennisschule Decombe, 19, Döblinger Hauptstraße 48
Erbsenbachgasse – Börnergasse Union TC Wien	4 T	Gemeinde Union TC Wien, 8, Laudongasse 58/7
Grinzinger Straße 84–88 Städtische Schule	2 B	Gemeinde Gemeinde
Grinzinger Straße 111 NAC	F, 2 T	Gemeinde Nußdorfer Athletiksport Club, 19, Grinzinger Straße Nr. 111
Gymnasiumstraße 75–83 AHS	L, H	Bund Bund
Hofzeile 22 Privatgymnasium Maria Regina	L, 2 V	Privat Maria Regina, 19, Hofzeile 22
Hohe Warte First Vienna FC	2 F, L, 15 T	Gemeinde First Vienna FC, 19, Hohe Warte
Krottenbachstraße 11–13 AHS	L, H, 2 V	Bund Bund
Krottenbachstraße 53 ASKÖ-Sportanlage	F	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Leidesdorfgasse 6–10 Oberdöblinger Tennisplätze	5 T	Privat Martino Tondolo, 19, Billrothstraße 52
Osterleitengasse 14 Städtische Jugendsportanlage	2 B	Gemeinde Gemeinde
Salmannsdorfer Straße 45–47 American International School	L, 2 T, B	Privat American International School, 19, Salmannsdorfer Straße 45–47
Starkfriedgasse 20 Cottage-Tennisanlage	8 T	Gemeinde Cottage-Tennisanlage, 19, Starkfriedgasse 20

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Straßergasse 37–39 Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe	L, 2 B	Bund Bund
Unterer Schreiberweg 85 Tennisanlage	T	Privat Privat
Unterer Schreiberweg – Muckentalerweg Tennisanlage	T	Privat Privat
20. Bezirk		
Brigittenauer Lände 236 ASKÖ-Sportanlage	F, L, 4 T	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Meldemannstraße 15 Wiener Fußball Verband	F	Gemeinde SC Semperit, 4, Wiedner Hauptstraße 63
Spielmanngasse 8 Städtische Sportanlage	2 F, L, 4 T	Gemeinde MA 51, 8, Friedrich Schmidt-Platz 4
21. Bezirk		
Am Hubertusdamm WAT-Sportanlage	F, L	Gemeinde und Bund WAT-Zentrale, 5, Bacherplatz 14
An der Schanze 831 Tennisclub Eden	13 T	Gemeinde und Privat Tennisclub Eden
Anton Böck-Gasse 20 Schulbrüder	3 F, Fa, L, 14 T, V	Privat Schulbrüder Kongregation, 21, Anton Böck-Gasse 20
Berzeliusgasse 7 Tennisanlage	2 T	Privat Anna Strohbach, 21, Berzeliusgasse 7
Brünner Straße 57 SGP Lokomotivfabrik	2 T	Sonstige SGP Lokomotivfabrik, 21, Brünner Straße 57
Brünner Straße 238 Österreichisches Bundesheer	F, L	Bund Bund
Brünner Straße – Jedlersdorfer Straße Sportanlage Nord Wien	F	Gemeinde SC Nord Wien, 21, Jedlersdorfer Straße 166a
Christian Bucher-Gasse ASKÖ-Sportanlage	2 F, 3 T	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Fännergasse – Pichelwangergasse RAG-Platz	F	Gemeinde und Bund SC Donaustadt-RAG, 21, Fännergasse 3
Franklinstraße 21 AHS	L, H	Bund Bund
Franklinstraße 26 AHS	Fa, L, H	Bund Bund
Fultonstraße – Nordmanngasse Wiener Fußball Verband	2 F, 10 T	Gemeinde Wiener Fußball Verband, 6, Mariahilfer Straße 99
Grabmayrgasse 13–15 Floridsdorfer TV	4 T	Verein Floridsdorfer TV und TV 1865, 21, Grabmayrgasse Nr. 13–15
Hopfengasse 4–8 Floridsdorfer Athletik SC	2 F, L, 8 T	Gemeinde Floridsdorfer Athletiksport-Club, 21, Floridsdorfer Hauptstraße 17
Jeneweingasse 17 TC Allianz	2 T	Privat Sportclub Allianz, Sektion Tennis
Jochbergengasse UNION Landhaus	2 F, 2 T	Privat UNION Wien, 1, Dominikanerbastei 6
Leopoldauer Straße 77–79 SC Shell	L, 5 T	Privat Sportclub Shell, 21, Pilzgasse 31
Lorettoplatz 5 Floridsdorfer TC	15 T	Gemeinde Floridsdorfer TC, 21, Lorettoplatz 5
Pastorstraße 29 Städtische Jugendsportanlage	L, H	Gemeinde Gemeinde

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Ringelseeplatz Städtische Jugendsportanlage	Fa, L, H, B	Gemeinde Gemeinde
Siemensstraße 89 SV Pauker Wien	T	Privat SV Pauker Wien, 21, Siemensstraße 89
22. Bezirk		
Aspern, Biberhaufenweg 18 Sp. Vg. Aspern-Herzer	F	Gemeinde Sportvereinigung Aspern-Herzer, Firma Otto Herzer, 22, Aspern, Zachgasse 18
Aspern, Hardeggasse 65 Schule Maria Frieden	L, B	Privat Schule Maria Frieden, 22, Aspern, Hardeggasse 65
Eßling, Kirschenallee SV Eßling	F, T	Gemeinde SV Eßling, 22, Eßlinger Hauptstraße 82
Hirschstetten, Plankenmaisstraße Städtische Jugendsportanlage	F, L	Gemeinde Gemeinde
Hirschstetten, Plankenmaisstraße 30 Schulsportanlage	L, B	Gemeinde Gemeinde
Hirschstetten, Spargelfeldstraße Wiener Fußball Verband	2 F, L	Gemeinde Wiener Fußball Verband, 6, Mariahilfer Straße 99
Kagran, Anton Sattler-Gasse TV Kagran ÖTB	Fa, L, H, 4 T	Privat und Verein Turnverein Kagran
Kagran, Erzherzog Karl-Straße 170 S. K. V. Feuerwehr	L, 3 T	Gemeinde S. K. V. Feuerwehr
Kagran, Natorpgasse 25 ASKÖ-Sportanlage	F, L	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Kaisermühlen, Arbeiterstrandbadstraße 128 Sportanlage der ÖBB	4 F, L, 19 T	Gemeinde Bundesbahn-Sportreferat, 15, Neubaugürtel 1/I/6
Kaisermühlen, Dampfschiffhaufen Polizeisportanlage	F, L, H	Gemeinde Polizeisportvereinigung Wien, 1, Postgasse 7
Kaisermühlen, Eiswerkstraße 20 SV Länderbank	F, L, 3 T	Privat SV Länderbank, 1, Am Hof 2
Kaisermühlen, Gänsehäufel Tennisplatz Gänsehäufel	7 T	Gemeinde Städtisches Sommerbad
Kaisermühlen, Promenadenweg 15 ASKÖ-Sportanlage	F	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Leopoldau, Aderklaaer Straße 4 Städtische Schulsportanlage	2 B	Gemeinde Gemeinde
Stadlau, Genochplatz SC Waagner-Biro	F, 3 T	Privat SC Waagner-Biro, 22, Kagran, Erzherzog Karl-Straße Nr. 127
Stadlau, Povolnygasse 4 TC Donaustadt	2 T	Gemeinde TC Donaustadt Franz Saiko, 22, Stadlau, Povolnygasse 4
Stadlau, Smolagasse FC ÖMV Stadlau	3 F, L, H, 10 T	Gemeinde FC ÖMV Stadlau
Stadlau, Steinbrechergasse Städtische Schulsportanlage	L, B	Gemeinde Gemeinde
Stadlau, Wiedgasse 4 ESV Stadlau	2 F	Gemeinde ESV Stadlau, 22, Stadlau, Wiedgasse
Süßenbrunn, Pehamgasse SC Süßenbrunn	F	Gemeinde SC Süßenbrunn-Lohberger, 22, Süßenbrunner Platz 10
23. Bezirk		
Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 239 TA Unilever	4 T	Sonstige TA Unilever, 23, Atzgersdorf, Breitenfurter Straße Nr. 239

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Atzgersdorf, Brunner Straße 59 Tennisanlage Sandoz	3 T	Privat Tennisanlage Sandoz, 23, Atzgersdorf, Brunner Straße Nr. 239
Atzgersdorf, Steinergasse 12 ASKÖ-Sportanlage	2 F, L, H	Gemeinde und Privat ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Atzgersdorf, Tullnertalgasse 1–3 Tennisanlage Heinz Gruber	7 T	Gemeinde Heinz Gruber, 10, Hardtmuthgasse 121/5
Erlaa, Erlaaer Straße 56a TC Alt-Erlaa	12 T	Privat Alt-Erlaaer TC, Ing. Walter Meinharter, 18, Lazaristengasse 8
Erlaa, Meischlgasse 11 Amateur-SC Erlaa	2 F	Gemeinde Amateur-Sport-Club Erlaa, 23, Erlaa, Altmannsdorfer Straße 208
Inzersdorf, Sterngasse ASKÖ-Sportanlage	F, 4 T	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14
Kalksburg, Mackgasse Tennisanlage	T	Sonstige Ludwig Boltzmann-Institut, 23, Kalksburg, Mackgasse
Kalksburg, Promenadenweg 3 Jesuitenkollegium	F, 2 Fa, L, 2 T, B, V	Privat Jesuitenkollegium, 23, Kalksburg, Promenadenweg 3
Kalksburg, Zangerlestraße 1. SC Kalksburg	F, 8 T	Gemeinde 1. SC Kalksburg, Ing. Roman Kreitner, 23, Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 506
Liesing, Franz Heider-Gasse ATV Liesing	6 Fa	Privat und Verein ATV Liesing, Dr. Herbert Bauer, Perchtoldsdorf, Ketzergasse 329
Liesing, Schartlgasse 10 WAT-Sportanlage	F, 4 T	Gemeinde WAT-Zentrale, 5, Bacherplatz 14
Liesing, Schartlgasse 11 Tennisanlage Reifen Tree	4 T	Privat Reifen Tree, 23, Liesing, Schartlgasse 11
Liesing, Siebenhirtenstraße ASK Liesing	2 F	Gemeinde ASK Liesing, 23, Liesing, Ketzergasse 312
Mauer, Anton Krieger-Gasse 25 AHS	L, H, 2 B, 4 V	Bund Bund
Mauer, Erhardgasse 1 UNION-Sportanlage	2 F, L, H, 9 T, B	Gemeinde UNION Wien, 1, Dominikanerbastei 6
Mauer, Franz Asenbauer-Gasse 49 Ursulinen	L, H, B	Privat Ursulinen, 23, Mauer, Franz Asenbauer-Gasse 49
Mauer, Kaserngasse 1 Blau Weiß Mauer TC	5 T	Privat Blau Weiß Mauer TC, 13, Geylinggasse 24
Rodaun, Willergasse 55 Institut Sta. Christiana	L, T	Privat Institut Sta. Christiana, 23, Rodaun, Willergasse 55
Siebenhirten, Anton Freunschlag-Gasse SPC Siebenhirten	F	Gemeinde und Privat SPC Siebenhirten, Gasthaus Divis, 23, Siebenhirten, Ketzergasse 33

SPEZIALANLAGEN

Athletic-Center, 4, Mittersteig 15	ca. 1.000 m² 600 Personen	Gemeinde Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*, Halle: Tel. 57 97 85
Bowlinghalle (32 Bahnen), 2, Hauptallee 124	4.500 m²	Gemeinde Brunswick Ges. m. b. H., 2, Hauptallee 124, Tel. 24 64 61
Bowlinghalle (12 Bahnen), 15, Hütteldorfer Straße 2		Wiener Stadthalle Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 54 61
Bowlinghalle und Kraftsportzentrum, 17, Roggendorfgasse 2		Bund Postsportverein Wien, 17, Roggendorfgasse 2, Tel. 42 23 23

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Bowlinghalle (32 Bahnen), 17, Schumanngasse 107	6.000 m²	Bund Brunswick Ges. m. b. H., 17, Schumanngasse 107, Tel. 46 43 61
Eishalle Donaupark, 22, Kagran, Wagramer Straße 1	5.850 m² 4.000 Personen	Gemeinde Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*, Halle: Tel. 24 75 08
Eishalle Stadthalle, 15, Vogelweidplatz 14		Wiener Stadthalle Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*
Eisschießanlage, 21, Oswald Redlich-Straße – Pastorstraße	2.660 m²	Gemeinde Eisschützen Leopoldau
Eisschießanlage, 22, Kaisermühlen, Arbeiterstrandbadstraße 31b	300 m²	Bund Bundesbahn-Sportreferat, 15, Neubaugürtel 1/I/6, Tel. 56 50*, 5105
Eisschießanlage, 22, Kaisermühlen	300 m²	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14, Tel. 57 63 03 (ESV Gänsehäufel)
Fit-Parcours und Natur-Langlaufloipe, 19, Am Cobenzl 96a	Fit-Parcours 2.500 m lang Langlaufloipe 6 km lang	Gemeinde Wiener Skiverband, Nordische Sektion, 4, Prinz Eugen-Straße 12, Tel. 65 52 165, Sportanlage: Tel. 32 45 182
Galopprennbahn, 2, Freudenau	970.000 m² 12.000 Personen	Gemeinde Wiener Galopprennverein, 1, Josefsplatz 5, Tel. 52 88 30, Gelände: Tel. 74 21 92
Golfplatz, Poloplatz, 2, Freudenau 65a	auf dem Gelände der Galopprenn-bahn	Österreichischer Golfverband, 4, Prinz Eugen-Straße Nr. 12, Gelände: Tel. 74 17 86 (Golf-Club Wien)
Hallenstadion, 2, Engerthstraße 267–269	51.096 m²	Gemeinde Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*, Halle: Tel. 24 05 32
Kunsteisbahnanlage Engelmann, 17, Syringgasse 6–10	3.000 m² 2.500 Personen	Privat Kunsteisbahn Engelmann Verein, 17, Syringgasse Nr. 6–10, Tel. 42 14 25
Kunsteisbahnanlage Wiener Eislaufverein, 3, Lothringerstraße 22	6.100 m² 4.000 Personen	Privat Wiener Eislaufverein, 3, Lothringerstraße 22, Tel. 73 63 53
Kunststoff-Langlaufloipe, 10, Laxenburger Straße – Heuberggstättenstraße		Gemeinde Wiener Landes-Skiverband, Nordische Sektion, 4, Prinz Eugen-Straße 12, Tel. 65 52 165
Mehrzweckhalle, 10, Kurbadstraße 14	2.500 m² F Fa L H T V B Boxen	Gemeinde Kurbetrieb – Heilquelle (Thermalschwefelquelle) Oberlaa Ges. m. b. H., 10, Kurbadstraße 14, Tel. 62 91 77
Reitschule, 3, Barmherzigengasse 17	1.200 m² 200 Personen	Privat Wiener Reitinstitut, 3, Barmherzigengasse 17, Tel. 73 16 52, 73 51 11
Reitturnierplatz, 2, Hauptallee (Ameisenwiese)	50.000 m² 300 Personen	Gemeinde Landesfachverband für Reiten und Fahren Wien, 4, Prinz Eugen-Straße 12, Tel. 65 15 52
Reitturnierplatz, Reithalle, 2, Freudenau 555	97.033 m²	Gemeinde ASKÖ – LV Wien, 5, Bacherplatz 14, Tel. 57 63 03, Gelände: Tel. 74 23 36 (Reitverein Freudenau)
Reitturnierplatz, Reithalle, 22, Süßenbrunn, Weingartenallee 18	16.000 m²	Privat Union-Reit- und Fahrverein Sankt Stephan, 1, Dominikanerbastei 6, Tel. 52 74 63

Adresse der Anlage Name	Art der Anlage Spielfelder	Grundeigentümer Benützer
Rollschuhbahnanlage, 2, Ausstellungsstraße 40 – Perspektivstraße	4.343 m² E Rollschuh	Gemeinde SPÖ 2/Kinderfreunde (Rollschuhsportverband)
Schleppliftanlage, 14, Hagenberg, Himmelhof	37.697 m²	Gemeinde MA 51, 8, Friedrich Schmidt-Platz 4, Tel. 42 8 00*, 2795, Skianlage: Tel. 82 08 233
Skianlage „Hohe Wand-Wiese“, 14, Mauerbachstraße 172 (künstliche Erzeugung von Schnee)	41.907 m²	Gemeinde MA 51, 8, Friedrich Schmidt-Platz 4, Tel. 42 8 00*, 2775, Skianlage: Tel. 97 11 57
Skisprungschanze, 13, Hagenberg, Himmelhof	898 m²	Gemeinde Ski-Union Wien, 1, Dominikanerbastei 6, Tel. 52 74 63
Trabrennplatz, 2, Krieau	152.300 m² 7.000 Personen	Gemeinde Wiener Trabrenn Verein, 1, Nibelungengasse 3, Tel. 57 72 58, Gelände: Tel. 24 13 14
Wiener Stadthalle, 15, Vogelweidplatz 14	36.280 m² F Fa L H T E B Kegelhalle Rudertrain. 23.600 Personen	Privat Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs- Ges. m. b. H., 15, Vogelweidplatz 14, Tel. 92 66 01*

WALDKINDERSPIELPLÄTZE

(Naturkinderspielplätze mit Holzgeräten, sämtliche in Verwaltung der MA 49 – Forstamt der Stadt Wien)

10. Bezirk

Laaerwald
- Böhmischer Prater
- Vogental

13. Bezirk

Lainzer Tiergarten
- Gütenbachtor
- Hackenbergwiese
- Hermesvilla
- Hirschgstemm
- Lainzer Tor
- Rohrhaus
- Rohrhaus (Fort und Indianerdorf)

14. Bezirk

Dehnepark

16. Bezirk

Gallitzinberg
- Steinbruchwiese

17. Bezirk

Rohrerbadgelände
Schwarzenbergpark

19. Bezirk

Cobenzl, Luegerwiese
Gspöttgraben
Jägerwiese

21. Bezirk

Bisamberg
- Elisabethhöhe
- Gamshöhe
- Magdalenenhof

Schwarzlackenau

22. Bezirk

Eipeldauerstraße, bei Thonetgasse

23. Bezirk

Maurerwald
- Pappelteichwiese
- Schießstätte

EISLAUFPLÄTZE

2. Bezirk
Ausstellungsstraße 40

3. Bezirk
Lothringerstraße 22 (Kunsteis)

10. Bezirk
Laaer Berg-Straße 170

11. Bezirk
Werkstättenweg 75

13. Bezirk
Geylinggasse 24

14. Bezirk
Achtundvierzigerplatz

15. Bezirk
Vogelweidplatz–Stadthalle (Kunsteis – ganzjähriger Betrieb)

17. Bezirk
Syringgasse 6 (Kunsteis)

19. Bezirk
Krottenbachstraße 53
Osterleitengasse 14

20. Bezirk
Brigittenauer Lände 236

22. Bezirk
Kaisermühlen, Donaupark-Halle (Kunsteis)

SCHWIMMBÄDER

Hallenschwimmbäder

2. Bezirk
Institut der Sängerknaben, Augarten (nicht öffentlich)
SC Finanzministerium, Ichmanngasse 1 (nicht öffentlich)

4. Bezirk
Theresianische Akademie, Favoritenstraße 15 (nicht öffentlich)

5. Bezirk
Margaretenbad, Strobachgasse 7–9

7. Bezirk
Lehranstalt Mater Salvatoris, Kenyongasse 4–12 (nicht öffentlich)

14. Bezirk
Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium, Astgasse 3 (nicht öffentlich)
Stadt des Kindes, Mühlbergstraße – Hofjägerstraße

15. Bezirk
Stadthallenbad, Vogelweidplatz 14
Universitäts-Sportzentrum Schmelz, Possingergasse 6 (nicht öffentlich)

19. Bezirk
Clara Fey Kinderdorf, Stefan Esders-Platz 1 (nicht öffentlich)
Privat-Gymnasium Maria Regina, Hofzeile 22 (nicht öffentlich)

21. Bezirk
Schulbrüder, Anton Böck-Gasse 20 (nicht öffentlich)

(Die städtischen Hallenschwimmbäder siehe unter Magistrat, MA 44)

Sommerschwimmbäder

2. Bezirk
Stadionbad, Krieau

13. Bezirk
Bundessportbad Schönbrunn

14. Bezirk
Edenbad, Amundsenstraße 2 (nicht öffentlich)

17. Bezirk
Neuwaldegger Bad, Promenadegasse 58

19. Bezirk
Grinzinger Bad, Cobenzlgasse 35
Kuranstalt Döbling, Döblinger Hauptstraße 70
Sieveringer Bad, Sieveringer Straße 267

21. Bezirk
Eisenbahnerbad, Arbeiterstrandbadstraße (nicht öffentlich)

22. Bezirk
Arbeiter-Strandbad, Arbeiterstrandbadstraße
Betriebsbad Firma Julius Meinl, Arbeiterstrandbadstraße (nicht öffentlich)
Bundessportbad Alte Donau, Arbeiterstrandbadstraße 93
1. Wiener Donau-Schwimmklub, Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Gewerkschaftsjugend, Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Konsumbetriebsbad, Strandkolonie 30–31 (nicht öffentlich)
KS-Armaturen, Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Naturfreundebad, An der unteren Alten Donau 51 (nicht öffentlich)

ÖMV-Sportanlage, Smolagasse (nicht öffentlich)
Polizei-Strandbad, Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Siemens-Bad, Dampfschiffhaufen 48 (nicht öffentlich)
Strandbad der WStW-EW, Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Strandbad Süßenbrunn, Wagramer Straße
Strandbad Wiener Ruderklub „Pirat", Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Straßenbahner-Bad, Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)
Tageserholungsstätte „Junge Garde", Dampfschiffhaufen (nicht öffentlich)

23. Bezirk

Betriebsbad der Firma Unilever, Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 164 (nicht öffentlich)
Rodaun, An der Au 2

(Die städtischen Sommerschwimmbäder siehe unter Magistrat, MA 44)

Thermalbad

10. Bezirk

Heilquelle Oberlaa, Kurbadstraße 14

Kinderfreibäder

(siehe unter Magistrat, MA 44)

WILDBADEPLÄTZE

19. Bezirk	
Kuchelau, an der Innenseite des Sporns	MA 42 – Stadtgartenamt
21. Bezirk	
An der oberen Alten Donau	MA 42 – Stadtgartenamt
Obere Alte Donau – Angelibad	MA 42 – Stadtgartenamt
Obere Alte Donau – Dragonerhäufel	MA 42 – Stadtgartenamt
22. Bezirk	
Badesee Hirschstetten	MA 42 – Stadtgartenamt
Badeteich Süßenbrunn	MA 42 – Stadtgartenamt
Lobau – Donau-Oder-Kanal, Becken 2	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Lobau – Donau-Oder-Kanal, Becken 3	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Lobau – Panozzalacke	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Mühlwasser – Biberhaufen	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Mühlwasser – Schilfweg	MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Neue Donau – Entlastungsgerinne Süd	MA 45 – Wasserbau und MA 49 – Forstamt der Stadt Wien
Untere Alte Donau – Kaiserwasser	MA 42 – Stadtgartenamt
Untere Alte Donau – Rehlacke	MA 42 – Stadtgartenamt

BOOTSHAUSANLAGEN

19. Bezirk	
Kuchelau	ATV Döbling
Kuchelau	ATV Nußdorf-Heiligenstadt
Kuchelau	Fischerei-Verein Heiligenstadt
Kuchelau	Naturfreunde Paddelsport-Sektion
Kuchelau	Sportvereinigung Schwarz-Weiß Westbahn
Kuchelau	Turn- und Sport-Union Wien
Kuchelau	WAT-Gruppe Döbling
Kuchelau	WAT-Zentrale
Kuchelau	Wiener Paddelsport-Club
Kuchelau	Wiener Ruderverein Austria
Muthgasse 127	Akademischer Faltboot-Club
Nußdorfer Sporn	Union Paddelsport-Heim
Nußdorfer Sporn	Wiener Ruderverein Donauhort
20. Bezirk	
Handelskai 3a	ÖAV Paddlergruppe Edelweiß

22. Bezirk	
Am Gänsehäufel	STAW Rudersektion
Am Kaisermühlendamm	Wiener Ruderklub „Pirat"
An der unteren Alten Donau 1	Wiener Regatta-Verein
An der unteren Alten Donau 3	Verwaltung der Bundesspielplätze
An der unteren Alten Donau 7	Ruderverein Elida
An der unteren Alten Donau 13	Wiener Ruderklub Donau
An der unteren Alten Donau 21	Wiener Ruderklub Argonauten
An der unteren Alten Donau 47	Ruderverein Friesen
An der unteren Alten Donau 49	1. Wiener Ruderklub Lia
Dampfschiffhaufen	Polizei-Sportvereinigung Wien
Dampfschiffhaufen	Wiener Ruderklub Donaubund

SPORTKEGELBAHNEN

1. Bezirk		
Dr. Karl Lueger-Ring 14	3er-Asphaltbahn	SV Creditanstalt-Bankverein
Stubenring 1	3er-Asphaltbahn	SK Handelsministerium
2. Bezirk		
Engerthstraße 257	3er-Asphaltbahn	SV Lagerhaus
Praterstern Viadukt	4er-Asphaltbahn	Bundesbahn-Sportreferat
Rustenschacher Allee 5	3er-Asphaltbahn	STAW Kegelsektion
Stadionbad	2er-Asphaltbahn	Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges. m. b. H.
3. Bezirk		
Göllnergasse 15	3er-Asphaltbahn	KSV Siemens
Kardinal Nagl-Platz – Rüdengasse	2er-Asphaltbahn	Gertrude Nikola
Lothringerstraße 22	1er-Asphaltbahn	Wiener Eislaufverein
Schimmelgasse 11	2er-Asphaltbahn	Ing. Kocina
Schlachthausgasse 13	2er-Asphaltbahn	KSK „Gut Holz"
10. Bezirk		
Gudrunstraße 11	2er-Asphaltbahn	Sportverein Felten
Keplergasse 10	2er-Asphaltbahn	Polizei-Sportvereinigung
Südbahnhof, Wiedner Gürtel 1a	4er-Asphaltbahn	Postsportverein Wien
Südbahnhof, Wiedner Gürtel 1b	3er-Asphaltbahn	Bundesbahn-Sportreferat
11. Bezirk		
Grillgasse 48	2er-Asphaltbahn	ESV Ostbahn XI
Haidequerstraße 2	2er-Asphaltbahn	Sportvereinigung WStW-EW XI
Kaiser-Ebersdorfer Straße 26	2er-Asphaltbahn	Jakob Jungschaffer
Leberstraße 82	4er-Asphaltbahn	ASKÖ Wien
13. Bezirk		
Altgasse	2er-Asphaltbahn	Union Wien
Linienamtsgasse 8	2er-Asphaltbahn	ASVÖ Wien
14. Bezirk		
Cumberlandstraße 31	3er-Asphaltbahn	Josef Steiner
Linzer Straße 105	2er-Asphaltbahn	Hotel Sitler
Mauerbachstraße 43–45	2er-Asphaltbahn	Schloßhotel Laudon
15. Bezirk		
Langauergasse 2	6er-Asphaltbahn	Bundesbahn-Sportreferat
Possingergasse 6	2er-Asphaltbahn	Universitäts-Sportzentrum Schmelz
Vogelweidplatz 14	7er-Asphaltbahn	Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs Ges. m. b. H.
16. Bezirk		
Paltaufgasse 12	2er-Asphaltbahn	KSV Tabakregie

17. Bezirk

Wattgasse – Remise	3er-Asphaltbahn	Sportvereinigung WStW-VB

20. Bezirk

Brigittenauer Lände 236	4er-Asphaltbahn	ASKÖ Wien
Pasettistraße 76	2er-Asphaltbahn	Sportklub Eisfabrik

21. Bezirk

Brünner Straße 57	3er-Asphaltbahn	KSV Lokomotivfabrik
Gaswerk Leopoldau	2er-Asphaltbahn	Sportvereinigung WStW-GW
Großfeldsiedlung EKAZENT, Restaurant Wagenradl	3er-Asphaltbahn	EKAZENT
Jedlersdorfer Straße 147	4er-Asphaltbahn	Espresso „Zum Bettelstab"
Leopoldauer Straße 79	2er-Asphaltbahn	Sportklub Shell
Rußbergstraße 2–4	8er-Asphaltbahn	Melzer Sportbahnen
Shuttleworthstraße 8	2er-Asphaltbahn	KSK Hofherr-Schrantz
Stammersdorfer Straße 42	4er-Asphaltbahn	Gertraud Christ

22. Bezirk

Aspern, Biberhaufenweg 21	2er-Asphaltbahn	Gasthaus M. Maier
Aspern, Kolonie Lobau 105	2er-Asphaltbahn	Ingeborg Veigl
Aspern, Wimpffengasse 47	2er-Asphaltbahn	Gasthaus Kurt Mayer
Aspern, Zachgasse 4	2er-Asphaltbahn	Marie Hollmann
Breitenlee, Breitenleer Straße 102	3er-Asphaltbahn	Gasthaus Pichler
Eßling, Eßlinger Hauptstraße 82	3er-Asphaltbahn	Gasthaus Müllner
Kagran, Donaufelder Straße 263	2er-Asphaltbahn	Anna Partik
Kagran, Erzherzog Karl-Straße 127	3er-Asphaltbahn	Waagner-Biro
Kaisermühlen, Eiswerkstraße 20	2er-Asphaltbahn	Sportklub Länderbank
Kaisermühlen, Polizeibad	4er-Asphaltbahn	Polizei-Sportvereinigung Wien
Kaisermühlen, Wagramer Straße 52	3er-Asphaltbahn	Gasthaus Watzal
Süßenbrunn, Bettelheimstraße 30	2er-Asphaltbahn	Eduard Brosch
Süßenbrunn, Süßenbrunner Platz 10	2er-Asphaltbahn	Franz Rohrer

23. Bezirk

Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 164	2er-Asphaltbahn	KSV Unilever
Atzgersdorf, Ziedlergasse 2	3er-Asphaltbahn	Gasthaus Hobiger
Inzersdorf, Draschestraße 85	2er-Asphaltbahn	Gasthaus Koci
Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 1	2er-Asphaltbahn	Haus der Begegnung
Liesing, Schartlgasse 10	2er-Asphaltbahn	WAT Liesing
Siebenhirten, Ketzergasse 8	4er-Asphaltbahn	Josef Buck

SCHIESS-STÄTTEN

LG = Luftgewehr
LP = Luftpistole
KK = Kleinkaliber

1. Bezirk

Postgasse 7	LG LP	Polizei-Sportvereinigung (PSV), Oberschützenmeister Polizeibezirksinspektor Josef Polixmair, 21, Jedleseer Straße 79/5, Tel. 38 39 505, 38 36 31
Stubenring 1, Regierungsgebäude	LG LP	Sportklub Handelsministerium, Oberschützenmeister Johann Schaffer, 2, Rotensterngasse 35/2/10, Tel. 24 19 534
Teinfaltstraße 8	LG LP	Hütteldorfer Schützenverein, Oberschützenmeister Oberst Ing. Josef Patzer, 13, Adolfstorgasse 2c, Tel. 82 24 11
Universität	LG LP	Sportklub Außenamt (SCAA), Oberschützenmeister Ministerialrat Dr. Josef Wiesinger, 1, Ballhausplatz 2 (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten), Tel. 66 15*, 3464

3. Bezirk

Hintere Zollamtsstraße 4	LG LP	Sportvereinigung Finanz, Sektion Sportschießen, Oberschützenmeister Karl Schorn, 12, Oswaldgasse 118, Tel. 66 23*, 2111

Landstraßer Hauptstraße	LG LP	Schützenverein Sigfried, Oberschützenmeister Günter Pollitsch, 3, Riesgasse 5/16, Tel. 72 38 592
Landstraßer Hauptstraße 9	LG LP	Wiener Schützenverein (WSV), Oberschützenmeister Ing. Karl Hayder, 19, Krottenbachstraße 94/1, Tel. 36 38 603
4. Bezirk		
Prinz Eugen-Straße 16	LG	Union Süd Wien-Sportschützen, Oberschützenmeister Gottfried Bitiste, 10, Bürgergasse 1/19, Tel. 64 70 005, 52 95 25*, 3525
Prinz Eugen-Straße 16/I	LG LP	Schwarzenberg'scher Schützenverein, Oberschützenmeister Gernot Schild, 22, Kagran, Wagramer Straße 95/5/3, Tel. 23 34 102, 73 46 99
6. Bezirk		
Nelkengasse 6a	LG LP	Sportvereinigung der WStW-GW, Oberschützenmeister Gottfried Kainz, 15, Meiselstraße 11/3/15, Tel. 83 35 41/001
8. Bezirk		
Josefstädter Straße 10–12	LG LP	Kultur- und Sportvereinigung der WStW, Oberschützenmeister Gottfried Kainz, 15, Meiselstraße 11/3/4, Tel. 83 35 41/001
9. Bezirk		
Franz Josefs-Bahnhof	LG LP	Eisenbahner-Schützenverein (ESV), Oberschützenmeister Albert Kittel, 9, Wilhelm Exner-Gasse 15/31, Tel. 34 95 044
Spittelauer Lände 45	LG LP	Schützenverein Heizbetriebe Wien, Oberschützenmeister Harald Wolf, 15, Schuselkagasse 10/6, Tel. 95 27 254
10. Bezirk		
Laxenburger Straße 2	LG LP	Justiz-SV, Schieß-Sektion, Oberschützenmeister Ernst Krautsack, 10, Hardtmuthgasse 42, Tel. 64 21 21
11. Bezirk		
Simmeringer Hauptstraße 129	LG LP	Schützenverein Siegfried, Oberschützenmeister Günter Pollitsch, 3, Riesgasse 5/16, Tel. 72 38 592
14. Bezirk		
Breitenseer Straße 61 (Vega-Payer-Weyprecht-Kaserne)	LG LP	Heeressportverein Wien, Oberschützenmeister Hauptmann Wolfgang Langecker, 3, Arsenalstraße 11a/4, Tel. 65 29 185, 23 22 36
Breitenseer Straße 88 (Kleine Breitenseer-Kaserne)	LG LP	Sportclub AUA, Oberschützenmeister Felix Leithner, 10, Laxenburger Straße 126/3, Tel. 67 41 08, 77 70*, 506
Linzer Straße 297 (Baumgartner Kasino)	LG LP	Ober-St. Veiter Sportschützenverein, Oberschützenmeister Robert Weber, 13, Preindlgasse 32/4/2, Tel. 82 46 912
Lorenz Stein-Straße 22	LG LP	Hütteldorfer Schützenverein, 13, Adolfstorgasse 2c (im Bau)
15. Bezirk		
Possingergasse 6	KK	Universitäts-Sportzentrum Schmelz, 15, Possingergasse 6, Tel. 92 26 61
16. Bezirk		
Lindauergasse 27–29/I	LG LP	Club Wiener Pistolenschützen, Oberschützenmeister Hermann Klerings, 4, Argentinierstraße 31, Tel. 65 10 064
21. Bezirk		
Donaupark (Milchbar)	LG LP	Floridsdorfer Sportschießklub, Oberschützenmeister Ernst Hoffmann, 21, Voltagasse 28–30/18/8, Tel. 38 32 60
Jedlersdorfer Straße 121	LG LP	Union Floridsdorfer Sportschützenverein (USV 21), Oberschützenmeister Franz Casagrande, 21, Leopoldauer Straße 107/7, Tel. 38 47 945, 38 35 38

22. Bezirk		
Kagran, Anton Sattler-Gasse 96	LG LP	Turnverein Kagran, Oberschützenmeister Klaus Godey, 22, Breitenlee, Prinzgasse 1/30/8/25, Tel. 93 86 74
Kagran, Kagraner Platz 28	LG LP	Sportvereinigung Finanz, Oberschützenmeister Wolfram Gruber, 15, Goldschlagstraße 12/22, Tel. 92 88 985, 72 61 11/853
Kaisermühlen, Donaupark, Wagramer Straße 1	LG LP	ASKÖ Wien, 5, Bacherplatz 14, Floridsdorf-Sportschützenklub, Oberschützenmeister Bababizky, 21, Jedleseer Straße 66–94/1, Tel. 43 80*, 3130
Süßenbrunn, Schießstätten	LG LP KK	Sportklub Handelsministerium, Oberschützenmeister Johann Schaffer, 2, Rotensterngasse 35/2/10, Tel. 24 19 534
23. Bezirk		
Atzgersdorf, Erlaaer Straße 3	LG LP	ASKÖ Wien, 5, Bacherplatz 14 (Schützengilde Weidmannsheil Atzgersdorf), Tel. 57 63 03

RODELANLAGEN UND RODELSTRASSEN

Jugendrodelbahn

16. Bezirk
Gallitzinberg, Steinbruchwiese (600 m)

Kinderrodelhügel

2. Bezirk
Prater, Jesuitenwiese

10. Bezirk
Grenzackergasse – Anningerweg

22. Bezirk
Kaisermühlen, Donaupark
Kaisermühlen, Kaiserwasser

23. Bezirk
Erlaa, Altmannsdorfer Straße 164–182

Rodelstraßen

12. Bezirk
Schwenkgasse

15. Bezirk
Eduard Sueß-Gasse

18. Bezirk
Edmund Weiß-Gasse – Leschetitzkygasse

(Die Benützung der Rodelstraßen ist an die jeweilige Verfügung der Verkehrsbehörden gebunden)

URAUFFÜHRUNGSKINOS

Apollo, 6, Gumpendorfer Straße 63, Tel. 57 96 51, Fassungsraum: 681 Personen
Art-Kino Studio I im Flotten-Kino, 6, Mariahilfer Straße Nr. 85–87, Tel. 56 51 52, Fassungsraum: 151 Personen
Burg-Kino, 1, Opernring 19, Tel. 57 84 06, Fassungsraum: 361 Personen
Elite-Kino, 1, Wollzeile 36, Tel. 52 21 76, Fassungsraum: 404 Personen
Flotten-Kino, 6, Mariahilfer Straße 85–87, Tel. 56 51 52, Fassungsraum: 384 Personen
Gartenbau-Kino, 1, Parkring 12, Tel. 52 23 54, Fassungsraum: 900 Personen
Haydn-Kino, 6, Mariahilfer Straße 57, Tel. 57 22 62, Fassungsraum: 460 Personen
Imperial-Kino, 1, Rotgasse 9, Tel. 63 32 23, Fassungsraum: 416 Personen
Kammerlichtspiele, 3, Schwarzenbergplatz 7–8, Tel. 72 62 76, Fassungsraum: 329 Personen
Kärntner-Kino, 1, Johannesgasse 3, Tel. 52 84 09, Fassungsraum: 298 Personen
Kolosseum-Kino, 9, Nußdorfer Straße 4, Tel. 34 81 06, Fassungsraum: 560 Personen
Kosmos-Kino, 7, Siebensterngasse 42–44, Tel. 93 12 26, Fassungsraum: 414 Personen
Kreuz-Kino, 1, Wollzeile 17, Tel. 52 67 16, Fassungsraum: 211 Personen
Kruger-Kino, 1, Krugerstraße 5, Tel. 52 87 67, Fassungsraum: 226 Personen
Künstlerhaus Filmtheater, 1, Akademiestraße 13, Tel. 65 43 28, Fassungsraum: 288 Personen
Maria Theresien-Kino, 7, Mariahilfer Straße 70, Tel. 93 64 70, Fassungsraum: 399 Personen
Metro-Kino, 1, Johannesgasse 4, Tel. 52 18 03, Fassungsraum: 223 Personen
Opern-Kino, 1, Friedrichstraße 4, Tel. 56 43 03, Fassungsraum: 350 Personen
Panorama Kino, 2, Praterstern 1, Tel. 24 72 42, Fassungsraum: 472 Personen
Rondell-Kino, 1, Riemergasse 11, Tel. 52 91 10, Fassungsraum: 314 Personen
Schäffer-Lichtspiele, 6, Mariahilfer Straße 37, Tel. 57 04 14, Fassungsraum: 434 Personen
Schottenring-Kino, 1, Schottenring 5, Tel. 34 52 36, Fassungsraum: 259 Personen
Tabor-Kino, 2, Taborstraße 8a, Tel. 24 61 15, Fassungsraum: 528 Personen
Tuchlauben-Kino, 1, Tuchlauben 7, Tel. 63 22 33, Fassungsraum: 392 Personen
Urania-Kino, 1, Uraniastraße 1, Tel. 72 61 94*, Fassungsraum: Großer Saal 587 Personen, Mittlerer Saal 273 Personen
Votivpark-Kino, 9, Währinger Straße 12, Tel. 34 35 71, Fassungsraum: 350 Personen
Wienzeile-Kino, 6, Linke Wienzeile 4, Tel. 57 22 75, Fassungsraum: 399 Personen